

FELDMARSCHALL
CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT 1906–1918

* * *

RIKOLA VERLAG

FELDMARSCHALL CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT

1906—1918



RIKOLA VERLAG
WIEN / LEIPZIG / MÜNCHEN
1922

FELDMARSCHALL CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT

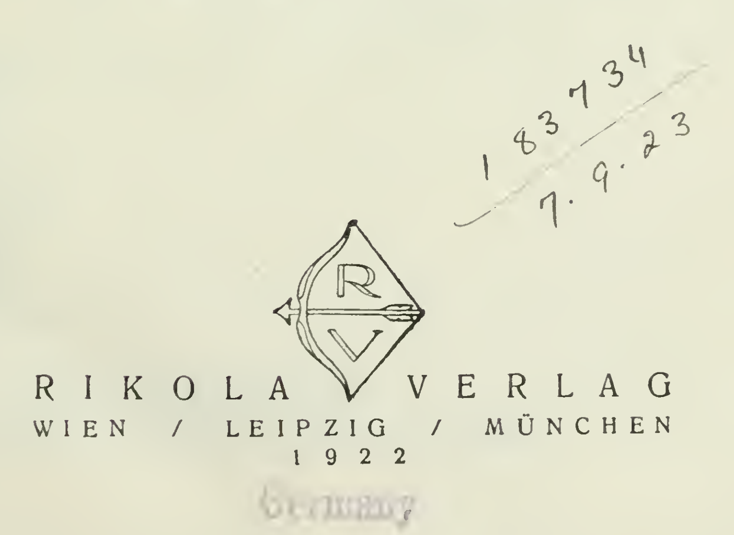
1906—1918

DRITTER BAND:

1913 und das erste Halbjahr 1914

Der Ausgang des Balkankrieges und die Zeit bis zum Fürstenmord in Sarajevo

Mit einem Anhang und drei Beilagen



RIKOLA VERLAG
WIEN / LEIPZIG / MÜNCHEN
1922

GEDRUCKT BEI R. KIESEL ZU SALZBURG

Inhalt.

Seite

Vorwort 7

1913:

Charakteristik der politisch-militärischen Lage 11
Vom Jahresbeginn bis zum Wiederausbruch der Feindseligkeiten gegen die Türkei (3. Feber 1913) 18
Audienzen, politische Besprechungen in dieser Periode 75
Militärische Vereinbarungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, Flottenabkommen 85
Militärische Maßnahmen in der Zeit bis 2. März 1913 92
Innerpolitische Zustände 95
Vom Wiederbeginn der Feindseligkeiten (3. Feber 1913) bis zum Bruch des Balkanbundes (28. Mai 1913) 101
Einzelheiten über die Vorgänge, Dokumente, Besprechungen . . 106
Die Škodra-Affäre 171
Vom Bruch des Balkanbundes bis zum Eingreifen Rumäniens (10. Juli 1913) 343
Vom Eingreifen Rumäniens bis zum Frieden von Bukarest (10. August 1913) und jenem von Konstantinopel (29. September 1913) 381
Bei den deutschen Kaisermanövern in Schweidnitz (6. bis 10. September) 422
Manöver in Böhmen, Zerwürfnis mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand 434
Von den Friedensschlüssen von Bukarest und Konstantinopel bis zum Jahresende 453
Einweihung des Völkerschlacht-Denkmals in Leipzig 467
Rückblick 505
Wesentliche militärische Maßnahmen im Ausland 510
Militärische Maßnahmen in Österreich-Ungarn 516
Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten 1913 527

DAS ERSTE HALBJAHR 1914

Jänner, Feber, März

Vorwort 547
Rumänien 549
Türkei 563
Bulgarien 572
Serbien 574
Montenegro 578
Rußland 582
Albanien 585
Epirus 594
Deutschland 595
Italien 598
Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten 601
Ergänzungen zur allgemeinen Lage 613
Vorgänge im Innern 617

Seite
Ausbau der Wehrmacht 618
Ausbildung, Manöver, Generalsbesprechung 619
Audienzen beim Thronfolger und Kaiser 622

April, Mai, Juni

Vorwort 631
Rumänien 633
Türkei 649
Serbien 661
Montenegro 663
Deutschland 665
Besuch bei General Moltke in Karlsbad 667
Rußland 674
Frankreich 675
England 675
Albanien 676
Die allgemeine Lage 694
Ausbau der Wehrmacht 697
Zusammenkünfte Kaiser Wilhelm II. mit Erzherzog Franz Ferdinand 700
Audienz beim Kaiser am 4. Juni 700
Übungsreise, Manöver, Abreise nach Sarajevo 702
Schlußwort 704

ANHANG UND BEILAGEN

Anlage 1: Skizze A: Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz Jänner 1913
Skizze B: Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz Juli 1913
Als Beilagen unter Schleife am Schlusse des Bandes
„ 2: Die Aussicht eines österreichisch-russischen Krieges und Rumänien 707
„ 3: Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der Wehrmächte infolge der in Aussicht stehenden Heeresverstärkungen (März 1913)
Als Beilage unter Schleife am Schlusse des Bandes
„ 4: Bericht über die Wahrnehmungen bei den Manövern in Deutschland 1913 720
„ 5: Protokoll des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten vom 3. Oktober 1913 724
„ 6: Verbalnote an die serbische Regierung vom 17. Oktober 1913 747
„ 7: Politische und militärische Nachrichten aus Rumänien 748
„ 8: Schreiben des italienischen Chefs des Generalstabes Generalleutnants Pollio vom 28. November 1913 752
„ 9: Jahresdenkschrift für 1913 754
„ 10: Bericht des Gesandten Grafen Czernin an den Minister des Äußern vom 11. März 1914 781
PERSONENVERZEICHNIS zu Band I bis III 791

Vorwort.

Die sich überstürzenden Ereignisse im Jahre 1913 und die andauernde Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen bedingten damals meinen häufigen Verkehr mit dem Minister des Äußern. Ich suchte diesen Verkehr großenteils auch auf schriftlichem Wege, da ich den vielbeschäftigten Minister nicht durch Besprechungen stören wollte. Auch verfügte ich selbst nicht immer über die hiezu nötige Zeit.

Überdies gewährte der schriftliche Verkehr den Vorteil, stets ein Dokument zu schaffen.

Ich lasse nun im Folgenden hauptsächlich diese Dokumente sprechen. Schon deshalb, damit genau der Ton wiedergegeben werde, den damals die Anträge und Anschauungen hatten — frei von jeder nachherigen Appretur.

Die Schilderung des Jahres 1913 und des ersten Halbjahres 1914, als der dem Kriege unmittelbar vorangehenden Zeit, habe ich besonders eingehend gehalten.

Ich habe dabei für einzelne Zeitperioden von einer zusammenfassenden Darstellung abgesehen und die Ereignisse in ihrer sukzessiven Aufeinanderfolge und Entwicklung behandelt. Der Leser soll sie gleichsam miterleben, ich möchte sagen „tagweise" verfolgen und sich den einzelnen Stadien der Entwicklung entsprechend sein Urteil bilden können, anstatt es stets nur im nachhinein auf Grund vollzogener Tatsachen festzustellen — ein für den Kritiker allerdings bequemes Verfahren.

1 9 1 3

Inhalt.

Seite

Charakteristik der politisch-militärischen Lage 11

Vom Jahresbeginn bis zum Wiederausbruch der Feindseligkeiten gegen die Türkei (3. Feber 1913) 18

Audienzen, politische Besprechungen in dieser Periode (Jahresbeginn bis Ende Feber 1913) 75

Militärische Vereinbarungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, Flottenabkommen 85

Militärische Maßnahmen in der Zeit bis 2. März 1913 92

Innerpolitische Zustände 95

Vom Wiederbeginn der Feindseligkeiten (3. Feber 1913) bis zum Bruch des Balkanbundes (28. Mai 1913) 101

Einzelheiten über die Vorgänge, Dokumente, Besprechungen . . . 106

Die Škodra-Affäre 171

Vom Bruch des Balkanbundes bis zum Eingreifen Rumäniens (10. Juli 1913) 343

Vom Eingreifen Rumäniens bis zum Frieden von Bukarest (10. August 1913) und jenem von Konstantinopel (29. September 1913) 381

Bei den deutschen Kaisermanövern in Schweidnitz (6. bis 10. September) 422

Manöver in Böhmen, Zerwürfnis mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand 434

Von den Friedensschlüssen von Bukarest und Konstantinopel bis zum Jahresende 453

Einweihung des Völkerschlacht-Denkmals in Leipzig 467

Rückblick 505

Wesentliche militärische Maßnahmen im Ausland 510

Militärische Maßnahmen in Österreich-Ungarn 516

Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten 1913 527

Charakteristik der politisch-militärischen Lage.

Die Wurzel allen Übels für die österreichisch-ungarische Monarchie war auch weiter das Verhältnis zu S e r b i e n und das hinter Serbien stehende R u ß l a n d. An dieser Wurzel mußte das Übel gefaßt werden. Alles andere war dagegen sekundärer Natur.

Die Wege, die mir dabei seit jeher vorgeschwebt hatten, waren in erster Linie: die Erreichung eines dauernden bundesstaatlichen Anschlusses Serbiens an die habsburgische Monarchie auf f r i e d l i c h e Weise, wenn aber Serbien den Anschluß ablehnt und seine gegen die Monarchie gerichteten feindseligen Aspirationen fortsetzt — und dieser Fall lag vor — der k r i e g e r i s c h e Austrag im *geeigneten* Moment.

Schon im Jahre 1906, bei meiner Ernennung zum Chef des Generalstabes, habe ich darauf hingewiesen und im Jahre 1908—1909 den Augenblick als gekommen bezeichnet, mit Serbien klare Verhältnisse zu schaffen, voraussehend, daß die Chancen für diese unvermeidliche, also unerläßliche Abrechnung weiterhin nur immer geringer werden müssen.

Noch im Jahre 1912 erschien mir — wenn auch lange nicht mehr so günstig wie 1908—1909 — die Lage immerhin geeignet, den Konflikt mit Serbien auszutragen. I m J a h r e 1 9 1 3 aber erachtete ich den l e t z t e n M o m e n t gekommen, überhaupt noch mit Aussicht auf Erfolg diesen Austrag zu vollziehen. Wenngleich schon unter weit schwierigeren Umständen als ehedem.

Würde auch d i e s e r Moment versäumt, dann schien mir die Monarchie steuerlos dem unausweichlichen Verhängnis entgegenzutreiben, das ihr von Serbien und Rußland drohte.

In dieser Überzeugung setzte ich alles daran, daß dieser l e t z t e Moment nicht unbenützt verstreiche.

E r b l i e b u n b e n ü t z t.

Die Politik der Monarchie ließ sich durch Nebensächlichkeiten gefangennehmen, vom großen Ziele ablenken. Zur Freude ihrer Feinde, denen es darauf ankam, die gegen Deutschland und Österreich-Ungarn lang geplante Tat für einen günstigeren Moment hinauszuschieben.

Preisgegeben waren die Chancen, die sich geboten hatten, aus eigener Initiative die italienische und die serbische Frage zu lösen, dem vereinten Schlag der Gegner zuvorzukommen.

Immer prekärer wurde die Lage!

Rumänien fiel in der Folge ab, Bulgarien wurde zum aktiven Mitgehen nicht gewonnen, Italien aber war und blieb der unsichere Bundesgenosse, der falsche Freund, an den man sich nun klammerte, um wenigstens sein neutrales Verhalten im Konfliktsfalle zu erlangen. Dabei nicht wissend, daß Italien bereits mit unseren Gegnern handelseins war*).

Serbien hat im Gegensatz zu dieser zögernden Politik der Monarchie geschickt und rücksichtslos sein Ziel verfolgt und es erreicht.

Diese meine Anschauungen kommen in meiner Seiner Majestät vorgelegten Denkschrift vom 20. Jänner 1913 zum Ausdruck.

Ich gebe diese Denkschrift nachfolgend wieder:

„Denkschrift.

In dem pflichtgemäßen Bedürfnis, die politische Lage dauernd zu verfolgen, vor allem auch um deren Rückwirkung auf die militärischen Verhältnisse und die daraus zu ziehenden Konsequenzen zu ermessen, sind die nachfolgenden Ausführungen niedergeschrieben.

Auf meine analoge Denkschrift vom 30. Dezember v. J. hinweisend, ersehe ich den Kern der Sache nach wie vor im Nachstehenden.

Die Entwicklung eines selbständigen großserbischen Staates ist eine eminente Gefahr für die Monarchie, sie liegt darin:

Daß erstens die Slawen der Monarchie, insbesondere die Südslawen, ihren Hort in diesem neuen, von Rußland unterstützten Staatswesen suchen, daß vor allem die Serben der Monarchie die Angliederung an dasselbe anstreben werden;

damit droht der Monarchie der Verlust der wichtigsten Gebiete für ihre Großmachtstellung und ihr wirtschaftliches Gedeihen, darunter besonders der Verlust des Küstenbesitzes und damit jener ihrer maritimen Geltung;

daß zweitens das selbständige Serbien im Verein mit Montenegro eine nennenswerte Militärmacht repräsentiert, welche sich bei jeder Komplikation der Monarchie in den Dienst der Feinde der letzteren stellen

---

*) Gelegentlich des Besuches des Königs von Italien am 19. Dezember 1918 betonte der Präsident der französischen Republik, Poincaré, daß seit 1902 Italien gegen seine damaligen Bundesgenossen Frankreich gegenüber vertragsmäßig verpflichtet, und diese Politik der Initiative König Viktor Emanuels entsprungen war.

und entweder namhafte militärische Kräfte binden oder große Mißerfolge in den südslawischen Gebieten nach sich ziehen wird;

daß drittens das aufgeflackerte Prestige des Serbentums der Monarchie einen empfindlichen moralischen Schlag, und zwar nicht nur am Balkan, dann in Bosnien-Herzegowina-Dalmatien und im eigenen Gebiet, sondern auch vor aller Welt versetzt hat, welcher den Bündniswert der Monarchie, dann ihre politische und wirtschaftliche Bewertung stark herabgedrückt hat, worüber auch sogenannte diplomatische Erfolge nicht täuschen dürfen, da sie nur als Schikanen und nicht als reelle Kraftproben angesehen werden;

daß viertens dieser Prestigeverlust von nachteiligster Wirkung auf alle Patrioten, insbesondere auf den Geist der Armee und deren pflichttreues, arbeitsfreudiges Offizierskorps ist und damit jener Faktor ruiniert wird, an welchen schließlich immer appelliert werden muß.

Eingekeilt zwischen Rußland, dann einem mächtig gewordenen Serbien und Montenegro und einem auf die Dauer kaum verläßlichen Italien wird die Monarchie zur politischen Ohnmacht und damit zum sicheren Niedergang verurteilt sein.

Dies zu vermeiden, muß also der Kern des Übels erfaßt werden, das heißt die Monarchie muß durch eine militärische Kraftäußerung ihr Prestige, besser gesagt ihre politische Geltung, wiederherstellen.

Am wirksamsten wäre dies der Fall, wenn es gelänge, in einem Krieg gegen Rußland Sieger zu sein. Mit dieser rationellsten Lösung wären auch alle anderen Fragen, darunter speziell auch die serbische, gelöst.

Wenn Deutschland nur etwas in die Zukunft blicken wollte, so müßte es zu analogen Schlüssen kommen, denn sein Fiasko in der Orientpolitik kann ihm kaum entgehen, ebensowenig wie die Umklammerung, welche ihm in der Zukunft droht, wenn nach Niedergang der Türkei die durch die Balkanstaaten verstärkte Tripleentente sich gegen den Dreibund wendet.

Es ist also auch für Deutschland nur von Vorteil, wenn die Kraftprobe zwischen Dreibund und Tripleentente möglichst bald zum Austrag kommt; also durchaus keine einseitige Belastung Deutschlands, wenn es zu diesem Krieg genötigt werden sollte.

Scheut es aber den ersten Schritt hiezu, will es diesen Krieg möglichst vermeiden, muß also die Monarchie zunächst mit einer anderen Lösung rechnen, so kann diese nur der Krieg gegen Serbien sein, um diese Macht zu zertrümmern, damit

erstens das Prestige der Monarchie wiederhergestellt,

zweitens die selbständige Entwicklung dieses für die Monarchie so gefährlichen aggressiven Nachbarstaates im Keime erstickt und damit

drittens den Feinden der Monarchie dieser stets bereite Verbündete genommen wäre.

Die Chancen für diesen Krieg nehmen mit jedem längeren Hinausschieben ab — er wäre daher im heurigen Frühjahr auszutragen, und müßte die Politik jetzt schon auf dieses Ziel gerichtet sein, ohne sich von dem scheinheiligen Nachgeben Serbiens beeinflussen zu lassen.

Die politische Vorbereitung zu diesem Kriege müßte anstreben:

Freundschaft zwischen Rumänien und Bulgarien, damit Rumänien gegen Rußland frei bliebe;

Neutralität Bulgariens; dafür wäre an Rumänien der Negotiner, an Bulgarien der Piroter Kreis zu versprechen und Bulgarien auch die weitestgehende Unterstützung seiner Forderung gegenüber Serbien zuzusagen;

die Bewaffnung Albaniens und dessen kriegerisches Eintreten gegen Serbien.

Den Mächten gegenüber wäre das Vorgehen wie folgt zu motivieren:

Seit Monaten befinden sich alle Staaten in einer wirtschaftlichen Depression, Handel und Wandel stockt etc. etc. nur weil es einem Kleinstaat gefallen hat, einen kriegerischen Überfall zu inszenieren und jetzt mit maßlosen Forderungen aufzutreten; insbesondere ist hiedurch die Monarchie betroffen und nicht nur deren wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch deren politische Lage, selbst ihr Besitzstand bedroht, weil Serbien offen deklariert, daß es die Angliederung wichtiger Gebiete der Monarchie anstrebt und damit deren Bestand, deren Ruhe und Sicherheit gefährdet, so daß die Monarchie genötigt ist, beizeiten Ordnung zu machen.

Die Aktion müßte derart geleitet werden, daß am 1. März die Mobilisierung gegen Serbien befohlen wird, so daß die Operationen Mitte März beginnen würden.

Tritt nun Rußland kriegerisch auf, dann bliebe noch in der ersten Mobilisierungswoche die Zeit, um die gegen Rußland nötigen Kräfte in ihrer ganzen Stärke nach Galizien zu dirigieren und gegen Serbien sekundäre Kräfte zu belassen, nur müßte in dem Moment, in welchem Rußland die Mobilisierung beginnt, auch österreichisch-ungarischerseits sofort die Mobilisierung gegen Rußland anbefohlen werden, welche dann jene Rumäniens und Deutschlands auslösen würde.

Ich verkenne gewiß nicht das Schwerwiegende dieser Entschlüsse, aber ich bin der Ansicht, daß dies der einzige Weg ist, welcher dazu zu führen vermag, daß die Monarchie ihre Machtstellung wiedergewinnt und auch dauernd aufrechterhält.

Auf Deutschland nochmals zurückkommend, möchte ich folgendes hervorheben:

Deutschland hat 1870/71 Frankreich militärisch entscheidend geschlagen.

Frankreich hat seither seine Wehrmacht extrem entwickelt, aber noch nicht gewagt, sie gegen Deutschland einzusetzen; Frankreich ist aber erfolgreich daran, Deutschland auf anderem Wege zu besiegen, nämlich auf finanziellem.

Mit seinen Geldkräften hat es zunächst Rußland sich dienstbar gemacht und ist jetzt sichtlich daran, das gleiche gegenüber den Balkanstaaten zu erreichen. Schon dermalen hat es Geschütze, Heeresausrüstung etc. an Serbien, Bulgarien und Griechenland geliefert und gewiß wird es diese Staaten auch nach jeder anderen Richtung finanzieren und sich damit dieselben dienstbar machen.

Während nun die Türkei als Gegengewicht ausfällt, stünden diese Staaten in der Folge der Tripleentente zur Verfügung; Serbien und Bulgarien werden zusammen in der Folge 600 bis 800 Tausend Mann bereitstellen können.

Erwägt man dazu, daß Belgien sein Heer auf 200.000 Mann verdoppelt und daß in Rumänien Kräfte am Werk sind, welche den Abfall dieses Staates vom Dreibund eifrig betreiben, so ergibt sich eine Bilanz, welche immer mehr zu ungunsten des Dreibundes ausfällt.

Drückt man die Kräfteverhältnisse in operativen Divisionen aus, so ergibt sich:

Dreibund.

Deutschland	100
Österreich-Ungarn	48
Italien	35
Rumänien	14
	197

Tripleentente.

Frankreich	83
Rußland	84
Serbien	15*)
Montenegro	4
Bulgarien	24*)
England	6
	216**)

*) Voraussichtlich nach Durchführung der Organisation der neuen Gebiete.

**) Die Tripleentente verfügt daher über einen Kräfteüberschuß von 19 Divisionen oder 280.000 Gewehren.

Albanien wird zwar einen kleinen Teil der serbisch-montenegrinischen Kräfte binden, doch dürfte anderseits Griechenland ebenfalls auf Seite der Tripleentente stehen, um in Albanien Gebiete zu erwerben.

Diese Kraftvereinigung der Tripleentente schließt also um Deutschland einen Ring, der immer und immer fester wird, welchen Deutschland daher je früher desto besser sprengen muß, wenn es von ihm schließlich nicht dauernd beengt, vielleich zerdrückt sein will.

Ich bin der Ansicht, daß für Deutschland die Stunde zu dieser entscheidenden Tat geschlagen hat und daß es dieselbe nicht versäumen sollte, so lange es ein Österreich-Ungarn an der Seite hat, in dessen Armee jetzt wohl noch das traditionelle Gefüge die Oberhand besitzt, ein Gefüge, an welchem aber in Hinkunft um so erfolgreicher gerüttelt werden wird, je mehr dermalen einer Kraftprobe mit den aggressiven Gegnern ausgewichen wird.

Zudem muß Deutschland bedenken, daß unter dem Schutz des Ringes, der es umschließen wird, die Mächte der Tripleentente sich den asiatischen Besitz der Türkei teilen und damit alle Hoffnungen zerstören werden, welche Deutschland auf seine Wirtschaftspolitik im Orient gesetzt hat.

Es ist also ganz irrig, wenn das Eintreten Deutschlands in den Dreibundkrieg als ein lediglich der Erhaltung Österreich-Ungarns geltender Dienst hingestellt wird — gleichsam als ein Opfer, welches man Deutschland nicht zumuten darf.

Ich hielte es für angemessen, mit Deutschland in dieser offenen Weise zu sprechen.

Wien, am 20. Jänner 1913. Conrad m. p."

Die Denkschrift vom 20. Jänner 1913 ergänzte ich durch folgenden Nachsatz vom 25. Jänner:

„Der plötzliche Umschwung der Lage in Konstantinopel und die dadurch voraussichtlich eintretende aktive Intervention Rußlands haben eine Situation geschaffen, welche die Monarchie aller Rücksichten und skrupulösen Verpflichtungen entbindet und derselben augenscheinlich eine neue Chance bietet, die so dringenden positiven Ziele zu verfolgen.

Worin diese bestehen, habe ich in vielen Denkschriften, so auch in jener vom 20. d. M. ausgeführt; das wesentliche gipfelt darin, Serbien und Montenegro an die Monarchie zu bringen, dadurch eine großserbische Irredenta im Keime zu ersticken und am Balkan jenen Einfluß zu gewinnen, der für den Bestand sowie für das politische und wirtschaftliche Gedeihen der Monarchie unerläßlich ist.

Die Widersacher in dieser Richtung sind vor allem Serbien und Montenegro selbst, sowie Rußland.

Sollte nun letzteres in die Aktion in Asien eintreten, so schiene mir der Moment gekommen, in welchem entweder die Kraftprobe zwischen Tripleentente und Dreibund zum Austrag gebracht oder mindestens die Aktion gegen Serbien und Montenegro durchgeführt wird.

Ich bin der Ansicht, daß die Lage energisches Handeln unter Rückstellung aller sonstigen Bedenken nahelegt.

Wien, am 25. Jänner 1913. Conrad m. p., G. d. I."

Der Leser wolle diese Ausführungen an Hand der nachfolgend geschilderten Ereignisse in Erwägung ziehen.

Vom Jahresbeginn bis zum Wiederausbruch der Feindseligkeiten gegen die Türkei (3. Feber 1913).

Am Balkan war der am 3. Dezember 1912 zwischen der Türkei und dem Balkanbund geschlossene Waffenstillstand noch in Kraft. Nur Griechenland setzte zur See die Feindseligkeiten fort. Die seit 13. Dezember 1912 in London tagende Botschafterkonferenz bemühte sich auch weiter, die Ereignisse zu lenken. Jede Großmacht trachtete aber dabei, für sich und die von ihr patronisierten Kleinstaaten die möglichsten Vorteile herauszuschlagen, daher auch bei Teilung der Türkei vor allem ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Insgesamt hatten die Mächte die von ihnen (10. Oktober 1912) feierlich deklarierte Unumstößlichkeit des status quo auf dem Balkan skrupellos über Bord geworfen. Vor allem aber leitete die Ententemächte das Streben, den Ausbruch des europäischen Krieges, der das Programm ihrer Einigung bildete, noch hinauszuschieben, da ihnen der Moment, teils wegen des Balkankonfliktes, teils ihrer noch nicht vollendeten Kriegsbereitschaft wegen, verfrüht erschien. Sie zeigten sich daher auch den meisten Wünschen des von Deutschland im friedlichen Sinne beeinflußten Österreich-Ungarn willfährig; umsomehr als diese Wünsche den Kernpunkt der Frage nicht betrafen, sich in engen Grenzen hielten und in vielen Belangen den Forderungen der anderen Staaten anbequemten.

Die meist mühselig zustande gebrachten diplomatischen Vereinbarungen der Botschafterkonferenz wurden übrigens häufig dadurch vereitelt, daß sich die Balkanstaaten darüber hinwegsetzten und ihre eigenen Wege gingen, wohl wissend, daß sie, in merito, letzten Endes die Entente — vor allem Frankreich und Rußland — auf ihrer Seite haben würden.

So war — unter dem Scheine des loyalen Zusammenstehens aller Großmächte — die Londoner Konferenz das Forum, auf dem die Ententestaaten Deutschland und Österreich-Ungarn am Gängelbande hielten, um diese beiden an einer Aktion zu hindern, die Rußland, Frankreich, England, Italien und auch Serbien und Montenegro, im Hinblick auf das große gemeinsame Ziel, vorzeitig gekommen wäre.

Der liebenswürdige, loyale und konziliante Vertreter Österreich-Ungarns auf der Konferenz, Graf Mensdorff, vermochte seinen zielbewußten, kühl urteilenden, keinerlei Bedenken zugänglichen Kollegen gegenüber nicht aufzukommen; umsomehr, als ihm keine scharfe, das Übel an der Wurzel fassende Richtlinie gegeben war.

Seine engen Beziehungen zum englischen Königshaus und zur englischen Gesellschaft fielen dabei nicht ins Gewicht. Ja, sie trugen sogar dazu bei, eine gewisse Vertrauensseligkeit gegenüber England zu erzeugen, sich in Abhängigkeit von ihm zu bringen, die England, kalt und nüchtern, für die Zwecke seines Verbandes — der Entente — zu nützen verstand.

Dem Kabinett von Wien und anscheinend auch jenem von Berlin bot die Londoner Konferenz die trügerische Gelegenheit, sich bei schwerwiegenden Entschlüssen von Verantwortlichkeit zu entlasten und im Konzert der Mächte das Heil zu suchen, obgleich von letzteren schon damals die Mehrzahl zu Deutschlands und Österreich-Ungarns Feinden zählte. Wohl fand Österreich-Ungarn in London mehr Sympathie als Deutschland, aber es war mit Deutschland verbündet und sollte daher auch mit ihm fallen.

Derart wurden auf der Botschafterkonferenz zwar die Symptome behandelt, nicht aber das Übel selbst.

Bei den durch diese Verhältnisse geschaffenen Komplikationen, die stets zu kriegerischen Verwicklungen führen konnten und die Bereitschaft für diese zu einer meiner vornehmsten Pflichten machten, kam es mir sehr darauf an, sowohl über die Vorgänge auf der Londoner Konferenz, als auch über jene bei den einzelnen Mächten unterrichtet zu sein, insbesondere in Hinsicht der militärischen Maßnahmen. Auch trachtete ich, ununterbrochen über die Ereignisse am Balkan und den dortigen Kriegsverlauf rechtzeitig orientiert zu sein. Für diese Aufklärungen waren mir die Berichte der k. u. k. Militärattachés von besonderer Bedeutung, mein Verkehr mit diesen daher auch ein besonders reger.

Die Lage auf dem Kriegsschauplatz.

Adrianopel, Skutari und Janina waren noch in türkischen Händen, erstere beide vom Feinde zerniert, letzteres daran, zerniert zu werden; die ausgedehnte, Konstantinopel direkt schützende Befestigungslinie von Čataldža, sowie jene auf Gallipoli waren im Besitze der Türken, die weitere Truppen dortselbst und in Kleinasien zusammenzogen, mit Bulgarien aber hinsichtlich der Übergabe Adrianopels noch in Verhandlung standen.

Die Angaben über Stärke, Verteilung und Zustand aller Kriegführenden schwankten. Sie gaben ein unsicheres, veränderliches Bild*).

Nach den Berichten bis 10. Jänner 1913 standen um diese Zeit:

Montenegriner: 1., 2., 3. und eine halbe 4. Division (26.000 Gewehre) um Skutari, eine halbe 4. Division (2000) bei Djakovo;

Serben: I. Armee: Kronprinz Alexander (56.000 Gew., 180 Gesch.) mit je einer Division in Skoplje, Köprülü, Prilep und Monastir;

II. Armee: Stepanović, zwei Divisionen (28.000 Gewehre, 52 Geschütze) vor der Nordwestfront Adrianopels;

III. Armee: Janković (41.000 Gewehre, 94 Geschütze) mit einer Division vor der Südfront Skutaris, mit den übrigen 2½ Divisionen bei Dibra, Kalkandelen und Elbassan.

Sandžak-Gruppe: eine Division und die ebenso starke Javor-Brigade (20.000 Gewehre, 36 Geschütze) im Raume Plevlje—Mitrovica;

Kavalleriedivision in Niš, hier auch das Gros des Haubitzregiments;

Grenzschutz an der Save—Donau 25.000 Mann des dritten Aufgebots, 140 Geschütze (?);

Grenzschutz an der Drina 15.000 Mann des dritten Aufgebots, 45 Geschütze;

im Lande noch 6000 Mann der Feldarmee, 10.000 des dritten Aufgebots, 50.000 des Landsturms.

Laut Bericht vom 2. Jänner soll Serbien die 20-Jährigen (25.000), sowie das letzte Aufgebot, 18- und 19-Jährige (50.000), 46- bis 50-Jährige (20.000) einberufen haben. Die Nachrichten vom Rücktransport serbischer Truppen ins Mutterland sollen nur teilweise Bestätigung finden.

Nach den bis Mitte Jänner eingelangten Nachrichten waren die Belagerer Skutaris passiv, so daß die Türken außerhalb des Platzes fouragieren konnten, die schwere Artillerie war erst im Antransporte. Die Montenegriner sollen sich beim Kampf in der Ebene nicht bewährt haben; es sollen Fälle von Indisziplin, unerlaubtem Heimkehren vorgekommen sein und König Nikita gelegentlich der Weihnachtsfeiertage zu einer Proklamation veranlaßt haben, die das Ausharren forderte. Die Feindschaft der katholischen und mohammedanischen Albanesen gegen

*) Hier kann auch die Skizze mit der vermuteten Lage am 24. Jänner 1913 benützt werden, Anlage 1, Skizze A (unter Schleife am Schlusse des Bandes).

Serben und Montenegriner nahm zu; es kam zu Kämpfen besonders an den Etappenlinien.

Bulgaren nach Bericht vom 16. Jänner:

I. Armee (30.000) bei Rodosto;
II. „ (80.000) um Adrianopel;
III. „ (115.000) vor Čataldža;
IV. „ (15.000) bei Dimotika (Reserve).

Der Bericht vom 18. Jänner gab die bulgarische Kriegsgliederung wie folgt:

I. Armee Kutinčew: 1., 6., 10. und 7. Division;
II. „ Ivanow: 8., 11., halbe 2. Division und eine Kavalleriebrigade;
III. „ Dimitrew: 3., 4., 5., 9. Division und eine Kavalleriebrigade;
IV. „ Kovačew: 2. und mazedonische Division, 2 Kavalleriebrigaden;
in Salonik Teile der 7. Division.

Gesamtgefechtsstand: 230.000 Gewehre, 214 Maschinengewehre, 676 Feldgeschütze (darunter 352 Schnellfeuergeschütze); 174 Gebirgsgeschütze (darunter 120 Schnellfeuergeschütze); sechsunddreißig Schnellfeuer-Haubitzen, dreißig 12 cm-Haubitzen; vierundzwanzig 15 cm-Haubitzen, vierundzwanzig 12 cm-Kanonen, zwölf russische Mörser, sechsunddreißig schwere Geschütze aus Frankreich.

Griechen: Nach Bericht vom 7. Jänner befanden sich von den acht griechischen Divisionen: drei in Salonik, eine (die 6.) im Seetransport von dort nach dem Epirus mit der Bestimmung gegen Janina, drei südlich Janina, zwei dahin im Anmarsch von Norden (Korica). Der Bericht vom 14. Jänner meldete bereits das Eintreffen der 6. Division vor Janina, und die Absicht, weitere zwei Divisionen dahin zu transportieren. Es hieß, die Griechen bereiteten den belagerungsmäßigen Angriff Janinas vor, hätten jedoch bei den Annäherungskämpfen bisher wenig Erfolg gehabt. Laut Bericht vom 16. Jänner war Kronprinz Konstantin zum Generalissimus ernannt worden. Korfu, Saseno, Valona waren griechischerseits besetzt. Ebenso alle ägäischen Inseln, außer den von den Italienern okkupierten. Der Raub an der Türkei war in vollem Zuge.

Türken: Nach Bericht vom 3. Jänner waren in Skutari 30.000, in Adrianopel 35.000, in Janina 40.000 Türken, denen vor Janina 30.000 reguläre Griechen im Süden und 7000 Freiwillige im Osten gegenüberstanden.

Laut Bericht vom 16. Jänner befanden sich:
an der Čataldža-Linie 140.000 Türken,
auf Gallipoli 30.000,
südlich des Marmara-Meeres, von Panderma bis Ismid 40.000.

Es standen in Rumelien rund 250.000 Türken gegen 250.000 Bulgaren und Serben.

Über die Qualität der türkischen Truppen lauteten die Angaben verschieden. Nach türkischen Quellen war sie gut, andere sprachen den Türken die Offensivfähigkeit völlig ab. Insbesondere schien die Kriegsbrauchbarkeit der neuformierten Nomaden-Kavallerie fraglich. Im übrigen sollten die 27 türkischen Divisionen 300 Bataillone zählen und jede derselben mit 6 Batterien zu 4 Geschützen, vielen Maschinengewehren und reichlicher Munition versehen sein.

Die Verhandlungen hinsichtlich Adrianopels verliefen bisher resultatlos. Die Bulgaren hatten wenig Hoffnung auf den Frieden. König Ferdinand soll am 16. Jänner ins Hauptquartier nach Mustafa-Pascha abgereist sein, ein dort gehaltener Kriegsrat den Angriff auf Adrianopel — bei defensivem Verhalten an der Čataldža-Linie — beschlossen haben. Der Beginn der Feindseligkeiten soll laut Bericht vom 18. Jänner für den 20. Jänner erwartet werden.

In türkischen Armeekreisen widersetzte man sich starr der Übergabe Adrianopels. Als der Großvezier Kiamil Pascha in die Übergabe willigen wollte, sprengte der rührige und entschlossene Enver Pascha am 23. Jänner 1913 das Ministerium. Der Kriegsminister Nazim Pascha fand hiebei den Tod. Der zum Großvezier ernannte Schefket Pascha soll sich zwar geweigert haben, den Hauptteil Adrianopels dem Feinde auszuliefern, aber zu gewissen Konzessionen bereit gewesen sein.

Dieser Gewaltstreich brachte einen plötzlichen Umschwung in die Lage.

Nach Bericht vom 28. Jänner wurden die Friedensverhandlungen in London abgebrochen, der Waffenstillstand seitens Bulgariens gekündigt.

Am 3. Feber 1913 begann der Krieg von neuem.

Anläßlich dessen soll der ehemalige Kriegsminister Huršid Pascha, mit Enver als Stabschef, zum Kommandanten des 10. Korps ernannt und dieses bestimmt worden sein, sich von Kleinasien nach Thrazien zu überschiffen, worauf die Offensive zu beginnen hätte.

Rußland gehörende schwere Geschütze aus Frankreich sollen vor Adrianopel eingetroffen, dieses mit Lebensmittel noch für 6—8 Wochen versehen sein.

Indessen hatte am 15. Jänner der türkische Kreuzer „Hamidie“ einen erfolgreichen Raid geführt, während ein Seegefecht bei Lemnos nach

starken Verlusten beider Gegner mit dem Rückzug der Türken in die Dardanellen endete.

Laut Berichten vom 22. und 24. Jänner hatten die Griechen einige Erfolge bei Janina, die sie an die eigentliche Gürtellinie brachten.

Nach Bericht vom 4. Feber war die griechische Kriegsgliederung: Oberkommando Kronprinz Konstantin:

im Epirus: 2., 4., 6., 8. Division und Belagerungspark (48.000 Mann);

in Thessalien: 1., 3., 5., 7. Division und Kavalleriebrigade (46.000 Mann, 800 Reiter).

Reichlich waren die Nachrichten über Serbien und Montenegro in der Zeit bis zum 3. Feber.

Der Bericht vom 17. Jänner meldete den Ersatz des demissionierenden serbischen Kriegsministers Bojović durch den der Verschwörergruppe*) angehörigen Božanović und berichtete über Befestigungsarbeiten bei Kragujevac unter Mitwirkung französischer Offiziere; ferner über wenig erfolgreiche Agitationen des Albanesen Prenk Bib Doda zugunsten Serbiens und Montenegros, dagegen über erneuerte Scharmützel zwischen diesen beiden und Albanesen. Prenk soll in Form von Waldkäufen 150.000 Francs seitens Italiens erhalten haben.

Nach den Berichten vom 20. bis 24. sollen Verpflegszuschübe für Montenegro, Geschützlieferungen für Serbien im Zuge sein (1300 Tonnen via Salonik, als Rest der großen Bestellung bei Creuzot in Frankreich). Der Rücktransport serbischer Truppen soll nur solche des dritten Aufgebotes betreffen, die zu Befestigungsarbeiten bei Jagodina, Bagrdan, Mladenovac, Lazarevac, Ralja und am Avala herangezogen wurden; also in eine gegen Österreich-Ungarn gerichtete Front. Der Grenzschutz an Save, Donau und Drina sei unverändert, dagegen nehme Serbien Truppenverschiebungen in Albanien vor und sei im Begriffe, aus den neuerworbenen Gebieten zwei neue Divisionen („Kossovo" und „Vardar") aufzustellen, für welche die Kaders bereits formiert seien. Laut Bericht vom 20. Jänner wurden alle beurlaubten Offiziere einberufen.

Die Evidenzskizze vom 24. Jänner gibt die damals vermutete Situation; siehe Anlage 1, Skizze A (unter Schleife am Schlusse des Bandes).

Laut Bericht vom 28. Jänner war an die serbischen Bahnen der Befehl ergangen, alle Waggons für Truppentransporte bereit zu halten.

---

*) Zur Verschwörergruppe zählten alle an der Ermordung König Alexanders und seiner Gattin Draga Beteiligten, denen nun der neue Hof — das Haus Karageorgjević — verpflichtet war.

Der Wiederbeginn der Feindseligkeiten gegen die Türkei schien in die serbische Truppenverteilung große Bewegung gebracht zu haben. Inwieweit diese mit Rücksicht auf etwa nötige Verstärkung gegen die türkischen Kräfte in Rumelien erfolgte, oder aber mit Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn zusammenhing, war nur allmählich zu erkennen.

Die Berichte vom 27. bis 29. Jänner melden die Kavalleriedivision im Marsche von Niš nach Norden, angeblich nach Paračin und Požarevac, den Transport von Truppen und Artilleriematerial von Mazedonien nach Serbien, das Abgehen der bei Stalać konzentrierten Truppen nach Mladenovac, den Rücktransport folgender Divisionen: Drina I, Donau I, Morava II, sowie der Morava-Brigade; durchwegs Maßnahmen, die gegen Österreich-Ungarn gedeutet werden konnten. Nach Bericht vom 29. Jänner soll Serbien das doppelte Rekrutenkontingent ausheben und zwei neue Divisionen in Serbien aufstellen, außer den aus den neuen Gebieten formierten. Der Bericht vom 3. Feber bestätigte den Rücktransport der Divisionen: Drina I, Donau I, Timok II und das Abgehen schwerer Artillerie von Niš nach Bulgarien. Die beiden Morava-Divisionen und die Morava-Brigade sollen jedoch, befürchteter Unruhen wegen, in Mazedonien verbleiben.

Die Berichte vom 29. und 31. Jänner besagen, daß Serben und Montenegriner den Angriff auf Skutari planen, daß schwere Artillerie von Salonik nach Antivari abgegangen, die montenegrinische Brigade von Djakovo nach Skutari herangezogen worden sei. Die Besatzung Skutaris sei wohl noch für sechs Wochen verpflegt, die Bevölkerung aber leide bereits Mangel. Auch sollen Unstimmigkeiten zwischen dem Festungskommandanten Hassan Riza und dem Vali herrschen.

Nach einem Bericht vom 28. Jänner des Militärattachés in Konstantinopel soll Montenegro aller Barmittel der Staatskassen entblößt, das Geld verbraucht, im Lande Hungersnot eingetreten sein. Die Regierung habe bei Rußland die Erhöhung der Subvention erbeten*).

So stellte sich zur Zeit des erneuten Kriegsbeginnes nach den eingelangten Berichten die militärische Lage auf dem Balkan dar. Ehe ich auf Einzelheiten der politischen Vorgänge eingehe, möchte ich kurz eine Skizze der diesbezüglichen Zusammenhänge geben.

---

*) Ich konnte dem Leser dieses Mitgehen in die sukzessiven Nachrichten nicht ersparen, wollte ich ihm ein Bild der Lage geben, wie es sich damals allmählich darbot und veränderte; nicht aber wie die Lage sich im Nachhinein erwies.

Die nachhinkende Kritik hat stets nur letzteres vor Augen, urteilt daher auf Grund falscher Prämissen.

Von dem durch den tripolitanischen und den Balkankrieg entfesselten Umsturz, der als Beginn des Weltkrieges bezeichnet werden kann und von Historikern als solcher auch wird angenommen werden müssen, war außer den Kriegführenden selbst niemand schwerer betroffen als Österreich-Ungarn.

Das aggressive, hartnäckig ein großserbisches Reich auf Kosten der ö.-u. Monarchie anstrebende Serbentum bedrohte deren Machtstellung, deren inneren Zusammenhang, ja selbst deren Bestand auf das vitalste. Entweder: ein anwachsendes, selbständiges Serbien und damit ein Zerfall der Monarchie, oder: ein Aufgehen Serbiens in dieser. Es handelte sich um Sein oder Nichtsein für beide. Die Frage war nur mehr durch den Kampf zu lösen, auf friedliche Schlichtung war nach Serbiens Erfolgen nicht mehr zu rechnen; die Chancen für diesen Kampf wurden aber für Österreich-Ungarn immer geringer.

Einsehend, daß dieser Kampf auf eine günstigere Gelegenheit verschoben werden müsse, richtete Serbien damals sein Streben zunächst nur auf möglichsten Gebietszuwachs in Mazedonien und auf den Ausgang zur Adria, somit auf Albanien. Ersteres Streben mußte es in Gegensatz zu Bulgarien bringen, das die gleichen Aspirationen hatte (Monastir), letzteres aber in Konflikt mit Österreich-Ungarn und Italien, die beide Interesse an Albanien und an der Fernhaltung jedes anderen Einflusses in diesem Gebiete hatten. Österreich-Ungarn, nicht nur weil jede Machtvergrößerung Serbiens diesen aggressiven Gegner stärkte, sondern auch, weil es sich in Albanien ein Gegengewicht gegen Serbien schaffen wollte; Italien aber, weil es ebensosehr wirtschaftliche Vorteile (Bahn Valona, Salonik, Konstantinopel) verfolgte, als auch den Besitz des Hafens von Valona anstrebte, in der Absicht, die Adria für die Monarchie zu sperren, den Südausgang maritim zu beherrschen und Österreich-Ungarn vom Mittelmeere auszuschließen. So kamen Österreich-Ungarn und Italien bei teilweise gleichen Zielen doch auch in scharfen Gegensatz. Diese Bestrebungen Italiens, sowie die Gründung eines selbständigen albanesischen Staates überhaupt stießen aber auch auf den Widerstand der Griechen, die Südalbanien für sich beanspruchten. Ganz besonderen Einspruch fand aber die Gründung Albaniens bei Montenegro, dessen nächstes politisches Ziel die Erwerbung Skutaris mit seiner relativ fruchtbaren Umgebung und des Ausganges zum Meere durch die schiffbare Bojana war: ein Ziel, an das sich König Nikita auch klammerte, um sich die Krone zu erhalten. Er sah sie ohnehin schon durch jene Bestrebungen gefährdet, die auf Vereinigung Serbiens und Montenegros unter einem Herrscherhaus gerichtet waren und einen nicht geringen Antagonismus

zwischen den Herrscherhäusern von Serbien und Montenegro hervorgerufen hatten.

In Albanien selbst standen sich die katholischen Nordalbanesen, die Mohammedaner und die griechisch-orthodoxen Südalbanesen gegenüber, welch letztere mehr zu Griechenland hinneigten, während die katholischen Nordalbanesen Österreich zugewendet schienen. Die Mohammedaner aber hielten sich eher abseits beider Richtungen. Im übrigen unter sich zerfahren und jeder Agitation zugänglich, wechselte die Stimmung der Albanesen derart, daß die Basis für einen neuen selbständigen Staat in dem Maße immer schwankender wurde, als keine Großmacht sich zu dem ganzen Schritt entschloß, diese Staatengründung in die Hand zu nehmen. Gegenseitige Mißgunst verhinderte dies.

Für die ö.-u. Monarchie war es überdies dadurch erschwert, daß sie nicht nur in der Niederwerfung Serbiens das Hauptziel erkennen, sondern auch mit einem Krieg gegen Rußland rechnen mußte, also ihre militärischen Kräfte nicht nach anderer Seite hin zersplittern durfte.

Ging sie aus diesen Kriegen erfolgreich hervor, dann löste sich das albanische Problem von selbst. Für den eventuellen Krieg gegen Rußland war es ihr aber vor allem nötig, Rumänien aktiv an der Seite zu haben und Italien wenigstens neutral zu erhalten. Es war daher zu dieser Zeit — nachdem es früher verabsäumt worden war, mit Italien abzurechnen — geboten, freundschaftliche Beziehungen mit diesem Bundesgenossen zu pflegen, ganz besonders aber Rumänien in jeder Weise entgegenzukommen. Eine Schwierigkeit lag darin, daß Österreich-Ungarn sich auch Bulgarien freundlich gesinnt erhalten mußte, Rumänien aber von Bulgarien als Lohn für sein Nichteingreifen in den Balkankrieg gewisse Gebietsabtretungen (Silistria etc.) verlangte, wogegen Bulgarien sich wehrte. Auch zu Griechenland kam Bulgarien wegen Gebietsansprüchen in Mazedonien in Gegensatz; vor allem aber strebte Bulgarien noch immer den Besitz von Adrianopel an, wodurch die Feindschaft mit der sich allmählich militärisch zusammenraffenden Türkei noch wach erhalten blieb. Die Türkei rechnete damit, Rumänien als Alliierten gegen Bulgarien zu gewinnen, obgleich in Rumänien auch die Idee bestand, durch Unterstützung Bulgariens die von diesem geforderten Gebietsabtretungen zu erlangen.

Die Türkei sah sich von allen Seiten bedroht, direkt von Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland, indirekt von England, Rußland und Frankreich, die sich das Osmanenreich schon nach Interessensphären teilten. Auch erhob Italien analoge Ansprüche und hielt die Inseln des Dodekanes dauernd besetzt.

Jede dieser Mächte suchte für sich das Möglichste herauszuschlagen, und insbesondere jene derselben, die mit dem seinerzeitigen Erbe Konstantinopels rechneten, waren darauf bedacht, daß die den Dardanellen-Ausgang sperrenden Inseln nicht in fremden Besitz gelangten. Daraus erklären sich auch die breiten Erörterungen der Inselfrage auf der Londoner Konferenz. Deutschland suchte ebenso die politische und militärische als auch die wirtschaftliche Annäherung an die Türkei — nicht selten auch auf Kosten Österreich-Ungarns.

Neben diesen auf den Balkan bezüglichen Komplikationen war aber durch die bereits weitgediehene, wenn auch äußerlich verhüllte Gegnerschaft der Ententemächte (Rußland, Frankreich, England) zu Deutschland und Österreich-Ungarn, sowie durch die unsichere Haltung Italiens die Lage zu einer derart gespannten geworden, daß früher oder später ein kriegerischer Austrag nicht mehr vermeidbar erschien. Diesen aber wollten eben die Mächte der Entente — wie schon an anderer Stelle bemerkt — damals noch hinausgeschoben wissen, da sie, abgesehen von eigenen inneren Schwierigkeiten (irische Frage, Duma in Rußland, finnische Frage), in Hinkunft eine für Österreich-Ungarn gefährliche Gestaltung der Verhältnisse am Balkan erhofften, ihre Kriegsmaßnahmen noch nicht auf den erwünschten Grad völliger Bereitschaft gebracht hatten und noch der Zeit bedurften, ihre mit reichen Geldmitteln inszenierte Propaganda wirksam werden zu lassen.

Ihnen hiezu nicht Zeit zu geben und diese Verhältnisse zu nützen, legte sich den Mittelmächten nahe.

Unter diesen Gesichtspunkten wolle das Nachstehende gelesen und insbesondere auch der Gang der Londoner Konferenzen verfolgt werden.

Streiflichter auf die Lage, insbesondere auf die Verhandlungen in London werfen einige Berichte des dortigen k. u. k. Militärattachés Major Horváth.

Ein am 7. Jänner eingelangter Bericht vom 3. Jänner sagt:

„Gestern fand nach den Feiertagen die erste Botschafterreunion statt, bei welcher ausschließlich die Frage der ägäischen Inseln diskutiert wurde. Der russische Botschafter erklärte, im Gegensatz zu dem früher eingenommenen Standpunkte, daß Rußland nichts einzuwenden hätte, wenn alle Inseln Griechenland zuerkannt würden. Nur bezüglich der vier Inseln Samothraki, Lemnos, Imbros und Tenedos*) stelle es die Bedingung, daß die gegenwärtigen Befestigungen geschleift, niemals irgend

---

*) Sind jene, von denen der Ausgang der Dardanellen gesperrt werden kann.

welche militärischen oder maritimen Verteidigungseinrichtungen auf denselben getroffen, sie im Falle eines Krieges gegen wen immer militärisch nicht ausgenützt und niemals an eine andere Macht abgetreten, verpachtet oder vergeben werden sollen. England, Frankreich und Deutschland stimmten dem zu, letzteres wollte aber die Neutralität auf sämtliche Inseln erstreckt wissen."

Das Schicksal der Insel Thasos sollte den Balkanalliierten überlassen bleiben.

„Bezüglich Kretas waren die Westmächte und Rußland bereit, sie auch Griechenland zuzuerkennen, während der Botschafter Italiens dies an die Bedingung knüpfen will, daß Griechenland sich bei der Delimitierung Albaniens im Süden entgegenkommend zeigt."

Der Bericht führt an, daß von England eine Warnung an die Türkei ergangen sei, „den Krieg nicht ungebührlich in die Länge zu ziehen, denn ein nachfolgender finanzieller Zusammenbruch würde selbst den asiatischen Besitz gefährden, da er unbedingt eine Intervention der Mächte zur Folge hätte".

Er enthält weiters einen Ausspruch Herrn Danews, wonach Montenegro auch selbst um den Preis von Skutari für Grenzberichtigungen in Dalmatien (Lovčen) nicht zu haben wäre, und man aus dem Verhalten des italienischen Botschafters schließen könne, daß Italien in der Skutarifrage auf Seite Montenegros stehen, sich also dem russischen Standpunkt anschließen würde.

Ein Bericht vom 12. Jänner (eingelangt am 14. Jänner) enthält folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Im Vordergrund des Interesses steht die bulgarisch-rumänische Frage. Sie ist durch die persönlichen Gegensätze zwischen Danew und Take Jonescu kompliziert. Danew*) beschuldigt Jonescu**), er hätte ihn Lügen gestraft, weil er überall erzähle, Danew hätte bei seiner Durchreise durch Bukarest Versprechungen gemacht, die er nun ableugne. Danew verlangte hierauf seine Ablösung von seiner Regierung, wurde aber beschieden, weiter zu verhandeln. Jonescu drohte auch mit Abreise und blieb nur auf Überredung des deutschen Botschafters. Dabei erzählen beide Herren den Botschaftern die widersprechendsten Dinge und kommen mit den Verhandlungen nicht weiter. Gelegentlich der Verhandlungen der Botschafter über die Demarche in Konstantinopel schlug Fürst Lichnowsky eine gleichzeitige Demarche aller Großmächte in Sofia vor, um Bulgarien zur Nachgiebigkeit gegenüber Rumänien zu veranlassen. Dem widersetzte

*) Vertreter Bulgariens.

**) Vertreter Rumäniens.

sich der russische Botschafter lebhaft, indem er behauptete, ein Nachgeben seitens Bulgariens sei unmöglich, solange Rumänien eine drohende Haltung einnimmt. Unser Botschafter machte den vermittelnden Vorschlag, daß jede Großmacht einzeln in Sofia freundschaftliche Vorstellungen mache. Dagegen sagt Danew allen Botschaftern, man solle ja keinen Druck auf Bulgarien ausüben, denn damit werde alles verdorben.

Bezüglich der Demarche in Konstantinopel weiß man — trotz Zustimmung aller Mächte — noch immer nicht, welchen Text sie erhalten und wo dieser ausgearbeitet werden soll. Der letzte Wunsch des französischen Botschafters war, die Demarchenote solle nicht von den Botschaftern in Konstantinopel, sondern hier ausgearbeitet werden. Er proponierte einen Text, der sich zwar im allgemeinen dem englischen, von mir bereits telegraphisch gemeldeten Vorschlag anlehnt, aber bezüglich der Zukunft der ägäischen Inseln in ein gewisses Dunkel gehüllt ist und so der Türkei einige Hoffnungen beläßt. Sir Edward Grey stimmte auch diesem zu, so daß es eigentlich von den Botschaftern in Konstantinopel abhängen wird, was sie der Pforte sagen. Anscheinend hofft Frankreich wie England, daß eine Verzögerung den Fall Adrianopels immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückt und dann ließe sich alles viel leichter lösen. Dieser Ansicht gab Sir Edward Grey unserem Botschafter gegenüber auch offen Ausdruck.

Die türkischen Delegierten baten Sir Edward Grey um Unterstützung, damit die Friedensunterhandlungen wieder aufgenommen werden können. Er war hiezu zu haben, verlangte aber eine bündige Erklärung vorher, zu welchen Konzessionen sie bereit seien. Adrianopel wollten sie absolut nicht aufgeben, waren aber bereit, die weitestgehenden wirtschaftlichen Zugeständnisse zu machen (Schaffung eines zollfreien Gebietes um Adrianopel u. dgl.). Die Alliierten erklärten jedoch, ohne Zedierung Adrianopels gingen sie in keine Verhandlungen ein und drohten abermals mit Abreise, warten aber anscheinend noch das Ergebnis der Demarche der Großmächte ab.

Bei allen bisherigen Verhandlungen der Botschafter sah man seitens Frankreichs und hauptsächlich Englands das Bestreben, die ägäischen Inseln insgesamt an Griechenland gelangen zu lassen, offenbar in der Befürchtung, daß, wenn sie zum Teil in türkischem Besitz blieben, sie dereinst eine Beute Rußlands würden. Rußland ergreift hingegen immer wieder die Gelegenheit, auf seinen Originalvorschlag zurückzukommen, wonach die vier Inseln beim Dardanelleneingang unter türkischer Oberhoheit bleiben sollen.

Bezüglich der Zukunft Saloniks ist noch immer keine Wendung eingetreten. Die griechische Königin soll dem König Ferdinand anläßlich

seines Aufenthaltes dortselbst gesagt haben, das Äußerste, dem Griechenland zustimmen würde, wäre ein bulgaro-griechisches Kondominium. Herr Pašić soll sogar von einem serbisch-bulgarisch-griechischen Kondominium gesprochen haben. Der Sekretär der hiesigen griechischen Gesandtschaft sagte mir, sie betrachten als einzig mögliche Lösung den Verbleib Saloniks in griechischem Besitz!

Unser Botschafter bemüht sich, dem Foreign Office auf jede mögliche Weise begreiflich zu machen, daß Skutari an Albanien fallen müsse. Viel Erfolg dürfte er dabei nicht haben, denn Englands Verhalten ist in dieser Frage ganz und gar von jenem Rußlands abhängig. Man sieht es aus der Erklärung Sir Edward Greys, daß er bereit ist, bei der Botschafterreunion die Frage aufs Tapet zu bringen, wenn eine Einigung zwischen uns und Rußland gewährleistet erscheint. Die Meldungen des Botschafters aus Rom lassen hoffen, daß Rußland in dieser Frage nicht intransigent bleiben wird und daß auch Italien unseren Standpunkt einnehmen dürfte.

Die ganze Politik Italiens während dieser Verhandlungen war etwas enigmatisch. Es ist schwer zu verstehen, wohin die große Zurückhaltung eigentlich lossteuert; eins ist sicher, daß es stets bemüht war, seine Bundesgenossen in den Vordergrund zu schieben. Nur in der Frage der ägäischen Inseln nimmt es eine mehr dezidierte Haltung ein und nimmt Stellung gegen die uneingeschränkte Erfüllung aller Wünsche Griechenlands.

Ich hatte auch wieder Gelegenheit, mit dem bulgarischen Oberst Jostow zu sprechen. Ich fand ihn in sehr gedrückter Stimmung. Wegen des Verhaltens Rumäniens blickt er der Zukunft sehr pessimistisch entgegen. Er hofft kaum, daß die Friedensunterhandlungen mit der Türkei wieder aufgenommen werden, weil die Türkei sich in ihrem Widerstande durch das Verhalten Rumäniens bestärkt fühlt. Rumänien soll vor nicht langer Zeit seine militärische Hilfe Bulgarien angeboten haben, wenn es das geforderte Territorium (Linie Turtukai—Baltschik) abtritt; nachdem dieser Antrag refüsiert wurde, unterstütze nunmehr Rumänien die Türkei. Bulgarien sei zu einer Grenzrektifikation bereit, etwa zur Abtretung der in rumänisches Gebiet einspringenden Winkel und einiger Dörfer; aber Städte (er nannte Silistria, Baltschik und Kavarna) können keinesfalls übergeben werden. Kavarna aus militärischen Gründen nicht, weil die Rumänen einen Kriegshafen daraus machen wollen, was für Warna bedrohlich wäre, bei Silistria spielen aber Gefühlsmomente eine große Rolle, da gerade das Silistrianer Regiment bei Lülé-Burgas so heldenmütig focht und enorme Verluste (50 Prozent) erlitten hat.

Über die Griechen sei man in Bulgarien empört, weil sie, den Umstand ausnützend, daß die Bulgaren einige besetzte Orte geräumt haben, um ihre Truppen bei Čataldža zu verstärken, nunmehr ihrerseits zur Besetzung der verlorenen Punkte schreiten, obwohl dort bereits bulgarische Gendarmerie organisiert wurde. So hätten sie schon Kavalla in die Hand genommen und schaffen ein »fait accompli«, um dann um so bestimmter Salonik behalten zu können. Er sagt aber, die Griechen und Serben täuschen sich sehr, wenn sie von Bulgaren bewohnte Gebiete sich zueignen, denn früher oder später werden dort »Revolutionen ausbrechen«!

Bezüglich der ägäischen Inseln erklärte er abermals, daß deren Zukunft ihnen (den Bulgaren) ganz gleichgültig sei."

Der Dienst der Militärattachés brachte es mit sich, daß dieselben mit Vertretern und Angehörigen fremder Mächte sowohl offiziellen als privaten Verkehr pflegten. Es kam mir sehr darauf an, die Attachés stets hinsichtlich ihrer Haltung entsprechend informiert zu wissen. Es war im vorliegenden Falle besonders bezüglich des heiklen Verhältnisses zu Rumänien und Bulgarien der Fall. Da nun Major Horváth in seinem Schreiben vom 12. Jänner über ein Gespräch mit dem bulgarischen Oberst Jostow berichtete, beauftragte ich ihn in einem Schreiben vom 16. Jänner, „den fremden Vertretern gegenüber sehr zurückhaltend zu sein in Bezug auf unsere Sympathien gegen die eine oder die andere Macht, insbesondere alles zu vermeiden, was unser Vertrauen bei Rumänien erschüttern könnte", und ergänzte dies in folgendem Schreiben an Major Horváth vom 21. Jänner 1913:

„Besten Dank für Brief vom 18. d. M. Tenor muß sein: Wir stehen fest zu Rumänien, darüber soll niemand im Zweifel sein;

wir wünschen aber, daß sich die Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien freundschaftlich gestalten, da wir auch mit Bulgarien auf freundschaftlichem Fuß stehen wollen.

Ich sehe nur in Serbien einen wirklichen Gegner, sowie in Montenegro, falls es sich Serbien anschließt.

Ich würde in diesem Sinne es sehr freudig begrüßen, wenn zwischen Rumänien und Bulgarien Konflikte vermieden würden, und wenn sich beide gegen Serbien wenden würden, von welch letzterem ja auch Bulgarien manches zu fordern hätte.

Dies ausschließlich zu Deiner Information bezüglich meiner Ansichten.

Sehr interessant wäre es mir, zu erfahren, ob die Bundesverpflichtung zwischen Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland auch über den Friedensschluß mit der Türkei reicht, oder ob sie dann entfällt."

Hierauf erhielt ich am 25. Jänner ein Antwortschreiben vom 23. Jänner, aus dem ich folgendes wiedergebe:

„Bezüglich der Frage Eurer Exzellenz über die Dauer der Bundesverpflichtung der Balkanstaaten erlaube ich mir auf die seinerzeit gemeldete Unterredung mit dem bulgarischen Oberst Jostow hinzuweisen, der mir gesagt hat, daß das Bundesverhältnis n u r auf die Dauer d i e s e s Krieges Gültigkeit hat und daß seiner Ansicht nach ihre freundlichen Beziehungen zu Serbien kaum von langer Dauer sein dürften, da zu viele Interessengegensätze bestehen, die dem Umstand zuzuschreiben sind, daß viele von Bulgaren bewohnte Gebiete von Serbien beansprucht werden. Der Ingrimm, mit dem die politischen Schachzüge Griechenlands von den Bulgaren betrachtet werden, und über die Oberst Jostow nicht verfehlt hat, seine Verstimmung zu äußern, dürfte auch den Fortbestand des Bundesverhältnisses gefährden. General Danglis, der griechische Chef des Generalstabes, soll, wie ein Bekannter mir erzählt hat, den Ausspruch getan haben, daß nach dem Kriege eine weitgehende Ausgestaltung der Wehrmacht Griechenlands unmittelbar ins Werk gesetzt wird, ein Zeichen, daß Griechenland nicht mit einem ungestörten Besitz seiner jetzigen Errungenschaften rechnet."

Im Einklang mit diesen Ausführungen des Londoner Berichtes stand ein solcher des k. u. k. Militärattachés in Sofia, Oberstleutnant Laxa, von dem ich Orientierung über die Lage in Bulgarien verlangt hatte. Er lautete:

„S o f i a, am 20. Jänner 1913.

Euer Exzellenz!

Es ist wohl sehr schwierig, eine militärisch-politische Skizze über die derzeitige Situation zu geben, dennoch versuche ich es, soweit ich die Verhältnisse zu beurteilen in der Lage bin, dieselbe zu schildern.

Bulgarien hat unter den Balkanstaaten des Balkanbundes für den Krieg, für die Verwirklichung seiner idealen und politischen Pläne zweifelsohne die weit größten Opfer gebracht. Es hat durch seinen Angriffskrieg 20- bis 25.000 Menschenleben allein durch den Tod eingebüßt, 40- bis 50.000 wurden teils schwer, teils leicht verwundet, und dennoch ist Bulgarien durch die heutige politische Konstellation sehr übel daran.

Adrianopel, auf das alle Augen gerichtet und von welchem kein Bulgare lassen kann, ist nicht gefallen. Seit Wochen rechnet man mit der Übergabe, aber selbst heute, auf Grund der neuesten Mitteilungen, ist es fraglich, ob Adrianopel in den nächsten Tagen, in den nächsten drei bis vier Wochen zu Fall kommt, denn Verpflegsartikel sind genügend vorhanden, wenngleich Salz, Zucker, Brennholz, Petroleum und Benzin gänzlich fehlen.

Der Balkanbund konnte bis jetzt mit den Türken keinen Frieden schließen, da jede der kriegführenden Parteien »Adrianopel« unbedingt ihr eigen nennen will.

Nun versuchen die Großmächte, durch einen mäßigen Druck auf die Türkei, dieselbe nachgiebiger zu machen. Ob dieser Schritt von Erfolg gekrönt sein wird, werden die nächsten Tage zeigen.

Die Türkei hat bei Fortsetzung des Krieges nicht viel zu verlieren. Konstantinopel kann in die Hände der Verbündeten fallen, es ist aber sehr fraglich, ob dieser für Europa so wichtige Punkt den Bulgaren überlassen werden wird. Glaube kaum — speziell Rußland wird dagegen Stellung nehmen, denn das Jahr 1877/78 ist bei den Russen in zu lebhafter Erinnerung.

Die Verbündeten gewinnen bei glücklichem Verlauf des weiteren Krieges nicht viel, können jedoch bei unglücklichem Ausgange viel verlieren. Die Opfer, die an Menschen und Material gebracht werden, sind gewiß sehr bedeutende und mit dem zu erreichenden Endzweck kaum in Einklang zu bringen.

Dies dürfte in erster Linie der Grund sein, daß man mit der Übersendung des Ultimatums — trotzdem dies in aller Munde — so lange zögert.

Salonik wurde zum Erstaunen Europas und speziell der alliierten Balkanstaaten von den Griechen genommen. Die Bulgaren haben bis zum Augenblicke nur das Nachschauen. Man wäre seitens Bulgariens am liebsten sofort gegen die Griechen mit bewaffneter Macht eingeschritten, wenn man hiedurch nicht einen europäischen Skandal befürchtet hätte. Wem nun Salonik zufallen dürfte, ist heute noch nicht bestimmt.

Durch den Umstand, daß Bulgarien alle seine Kräfte in Thrazien verwenden mußte, ist das bulgarische Hauptzentrum Monastir von den Serben genommen worden und wird von diesen, umsomehr, als Serbien durch die Schaffung eines selbständigen Albaniens große Teile des eroberten Gebietes hergeben wird müssen, kaum den Bulgaren überlassen werden.

Eine weitere brennende Frage ist nun Rumänien mit dessen Ansprüchen auf das Stück Land bis zur Linie Silistria—Balčik. Bulgarien wohl wissend, daß es kaum in der Lage ist, sofort einen zweiten Krieg zu führen, ist bereit, den Rumänen möglichst entgegenzukommen und will heute bereits 29 Dörfer und einen Terrainstreifen bei Silistria — ohne Stadt — überlassen.

Rumänien verlangt nun hartnäckig auch die Stadt, Bulgarien kann sie nicht hergeben, umsomehr, da speziell das Infanterieregiment Nr. 31

von Silistria in den diversen Kämpfen seltene Beweise von Tapferkeit und Opferwilligkeit an den Tag gelegt hat.

Österreich-Ungarn und Rußland unterstützen die rumänischen Ansprüche und sollen mit wohlmeinenden, freundschaftlichen Ratschlägen an Bulgarien herangetreten sein.

Die moralische Unterstützung Rumäniens seitens unserer Monarchie genügt, um den Bulgaren erneuert Gelegenheit zu geben, ihre geringe Sympathie und Freundschaft gegenüber der Doppelmonarchie zum Ausdrucke zu bringen. Man wollte sogar mit einem Boykott gegen Österreich-Ungarn einsetzen; doch wußte dies die Regierung zu hintertreiben.

Die Hartnäckigkeit der Rumänen wird von den meisten Bulgaren, speziell den Russophilen, dem ö.-u. Einfluß zugeschrieben.

Trotz der Erfolge der Bulgaren trifft man heute eine allgemeine Unzufriedenheit, eine allgemeine Niedergeschlagenheit.

Viele Kreise sind mit der bisherigen wankelmütigen Politik sehr unzufrieden und schreiben diese dem jetzigen Mangel an tatkräftigen Freunden für Bulgariens Angelegenheit zu. Sie bezeichnen Seine Majestät den König als jenen, der an allem schuld trägt, da er mit allen Großmächten auf gleich gutem Fuße stehen will und sich nach dem jeweiligen Winde dreht.

Man räsonniert über die bisherige Kriegführung, über den Mangel der nötigen Vorsorge im Frieden für den langersehnten Krieg mit den Türken. Sie bezeichnen Generalleutnant Sawow und Generalmajor Fičew als die Hauptschuldigen der nicht zweckentsprechenden Operationen.

Schon heute ist alles der Ansicht, daß der Friede am Balkan noch lange nicht festen Fuß gefaßt hat. Früher oder später kommt es zu einer Aussprache mit den Waffen in der Hand mit den Serben, Rumänen und Griechen.

Nicht allein, daß die Bulgaren über die Serben in ungewöhnlicher Weise losziehen, ist das gleiche bei den Serben zu finden. Der hiesige serbische Gesandte Spalaiković soll sich vor einigen Tagen in sehr scharfer Tonart über die Bulgaren ausgesprochen haben. Er sagte unter anderem: »Wir Serben sind irregeführt worden, glaubten, die Bulgaren seien besser organisiert und vorbereitet für den Krieg; wir haben die Bulgaren für stark gehalten, nun sehen wir, daß dieselben durch uns unterstützt werden müssen, um etwas zu erreichen. Wir werden von den von uns eroberten Gebieten nichts an Bulgarien abtreten.«

Daß die Griechen, die trotz Abmachungen Salonik genommen haben, und die Rumänen, die, den schwachen Moment der Bulgaren ausnützend, ein Stück Beute für sich beanspruchen, derzeit nicht nur keine Sympathien genießen, sondern von den Bulgaren gehaßt werden, ist verständlich.

Bulgarien — in erster Linie sein König — kann sich vorläufig von den Russen nicht emanzipieren. Man betrachte sich nur die Mitglieder der Friedenskonferenz: Präses Dr. Danew — ein Hauptrussophile; General Paprikow, zu Beginn des Krieges noch bulgarischer Minister in Petersburg; Madžarow, bulgarischer Minister in London, ebenfalls ein großer Anhänger Rußlands.

Finanzminister Todorow war in Petersburg, angeblich eine Anleihe für Bulgarien zu machen (glaube kaum, daß Rußland für Anleihen geeignet ist); tatsächlich soll Todorow mit einem Handschreiben des Zaren Ferdinand an Zar Nikolaus nach Rußland gereist sein, in welchem um Unterstützung und Intervention in den bulgarischen Fragen gebeten wird.

Wenig verläßlich in der Politik, erwiesene Wohltaten rasch vergessend, kann sich Bulgarien nicht plötzlich ändern; auch ist Seine Majestät König Ferdinand nicht ein Herrscher, der dies tun wird, da doch die Mache der Politik vorläufig seine Stärke war. Mit den derzeitigen großen Schwierigkeiten hat der anerkannt gute Diplomat auch nicht gerechnet. Die vielen Freundschaften, die man Bulgarien von allen Seiten entgegengebracht hat, wurden vom König stets gut verwertet. Im jetzigen kritischen Augenblick ist es schwer, das Spiel der Friedenszeiten fortzusetzen.

Ich hörte unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß man über Auftrag nachfrug, ob Bulgarien im Falle eines Krieges der Monarchie mit Serbien volle Neutralität bewahren wird, in welchem Falle man die Wünsche Bulgariens hinsichtlich Saloniks unterstützen würde. Bis nun ist keine dezidierte Antwort erfolgt.

Ich erlaube mir hier zu bemerken, daß im Falle Rumänien Bulgarien angreifen sollte, die Verbündeten Bulgarien Hilfe leisten sollen. Dies erfuhr ich von mehreren Seiten.

Zwischen den bulgarischen Generalen sollen bedeutende Zwistigkeiten vorgekommen sein. Nicht allein zwischen dem Armee-Oberkommando und dem Generalleutnant Iwanow, Kommandanten der zweiten Armee bei Adrianopel — dies brachte ich in meinem Berichte Nr. 8 vom 8. Jänner bereits zum Ausdruck — sondern auch zwischen dem Armee-Oberkommando und Generalleutnant Dimitriew, Kommandanten der dritten Armee, speziell wegen der Angriffe an der Čataldža. Die Animosität geht so weit, daß ein höherer Generalstabsoffizier des Armee-Oberkommandos die Äußerung machte: »Dimitriew hat die Čataldža nicht angegriffen, da er russophil ist und sich es mit den Russen durch den Angriff nicht verscherzen wollte.«

Häufig waren auch bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen Generalleutnant Sowow und Generalmajor Fičew, was in einzelnen Fällen zu Kompromissen führte, die ohne Zweifel schädlich waren. Sawow wollte unter allen Umständen die Čataldža forcieren und auf Konstantinopel marschieren; Fičew hatte sich dieser Idee entgegengesetzt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit.

Laxa, Obstlt."

Es ist bemerkenswert, daß beide Berichte aus der Zeit vor dem türkischen Staatsstreich (23. Jänner) stammten und schon damals die Keime der Zwietracht im Balkanbunde konstatierten, so daß es schon damals geraten war, mit dessen Zerfall zu rechnen und dies zum eigenen Vorteil auszunützen.

Zwar hielt der türkische Gewaltstreich die Verbündeten vorläufig noch geeint; Serbien, das die erstrebten Gebiete bereits in Händen hatte, half auch noch weiter seinen Bundesgenossen bei Verfolgung ihrer noch nicht erreichten Ziele; aber es war vorauszusehen, daß nach Erlangung dieser der Streit unter den Verbündeten zum Ausbruch kommen würde.

Am 22. Jänner 1913 erschien in der „Neuen Freien Presse" ein Artikel, in dem ein im Ausland weilender hoher ö.-u. Diplomat darauf hinwies, daß die Politik der Monarchie dortselbst durchaus nicht als langmütig bezeichnet und die Vermutung ausgesprochen wird, „daß in Wien eine von hoher militärischer Seite ausgehende Strömung andere als bloß diplomatische Erfolge ambitioniere".

Es lag wohl auf der Hand, daß die Gegner Österreich-Ungarns das Interesse hatten, letzterem vorzutäuschen, daß es große diplomatische Erfolge erringe, weil es ihnen darauf ankam, die Monarchie von durchgreifenden entscheidenden Schritten abzuhalten und ihr auch weiter im Konzert der Mächte Fessel anzulegen.

Der Artikel veranlaßte mich zu nachstehendem Schreiben vom 22. Jänner an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Ich habe eben den beiliegenden Artikel der »Neuen Freien Presse« vom 22. d. M. gelesen und kann nicht genug meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß von einem hohen diplomatischen Funktionär derartige Veröffentlichungen zu einer Zeit erfolgen, in der die Monarchie mitten in einer so schwierigen Aktion steht, wie es die gegenwärtige ist. Sollte es nicht möglich sein, derartiges zu verhindern?

Ich erachte es nämlich für sehr schädlich, wenn vor der Welt unwidersprochen hervorgehoben oder auch nur angedeutet wird, daß bei uns die führenden Stellen im Widerstreit liegen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Graf Berchtold beantwortete dies wie folgt:

„Euer Exzellenz!

Ihr Schreiben mit dem beigelegten Ausschnitte aus der »Neuen Freien Presse« deckt sich vollkommen mit meiner Anschauung, daß es durchaus unangebracht ist, den Glauben in eine Zweiteilung der politischen Richtlinien der maßgebenden Faktoren ... Der Autor des betreffenden Artikels steht seit längerer Zeit dem diplomatischen Dienste fern und in keiner Fühlung mit dem Auswärtigen Amte. Auch glaube ich nicht, daß der fraglichen Äußerung in der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zugemessen werden kann.

Darf ich Sie, sehr verehrter Herr Baron, bei dieser Gelegenheit fragen, ob Sie uns nicht die Freude machen wollen, Sonntag 1.30 Uhr bei uns en famille zu frühstücken? Bitte um telephonische Antwort.

Mit bestem Gruße aufrichtig der Ihrige

Berchtold."

Diesen Brief erhielt ich am 23. Jänner abends, also am Tage des türkischen Staatsstreiches, über den eben die ersten Nachrichten eingelaufen waren.

Ich schrieb am 24. Jänner an Graf Berchtold:

„Wien, 24. Jänner 1913.

Euer Exzellenz!

Gestatten Sie, daß ich meine telephonische Zusage zur liebenswürdigen Einladung für Sonntag hiermit schriftlich wiederhole und meinen ergebensten Dank hiefür sowie für E. E. hochgeschätztes Schreiben vom 23. d. M. beifüge.

Ich habe eben die sensationellen Nachrichten aus Konstantinopel gelesen, allerdings wird man erst sehen müssen, welchen Gehalt dieselben haben.

Sollte man aber, wenn sie sich bewahrheiten, diese Gelegenheit nicht benützen, um für die Monarchie wieder volle freie Hand zu gewinnen? Indem man etwa erklären würde, daß die durch den meuchlerisch inszenierten Krieg der Balkanstaaten hervorgerufenen turbulenten und stets neue Überraschungen bringenden Vorgänge auf dem Balkan die

Monarchie jetzt schon schwer wirtschaftlich geschädigt haben und sie in ihren vitalsten Existenzbedingungen schwer bedrohen, so daß sie sich demgegenüber nunmehr freie Hand wahren müsse, umsomehr, als ihre extrem friedliche Haltung bisher so wenig gewürdigt wurde.

Ich dächte, daß die neue türkische Aktion benützt werden könnte, sich von der Botschafterkonferenz zurückzuziehen, um dort nicht in Verpflichtungen verwickelt zu werden, die man später als großen Schaden empfinden würde.

So ließe sich die meiner Ansicht nach unaufschiebbare Lösung der serbischen Frage vorbereiten.

E. E. werden mir diese freie Meinungsäußerung gewiß nicht verübeln, wenn Sie in Berechnung ziehen, wie sehr mich die Frage, ob und wann sowie unter welchen Verhältnissen die Monarchie in kriegerische Verwicklung treten dürfte, fortdauernd beschäftigt.

Mit dem Ausdrucke aufrichtigster und vorzüglichster Hochachtung

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m p., G. d. I."

Für alle damals zu fassenden Entschlüsse war das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland, Italien und Rumänien von ausschlaggebender Bedeutung.

Italien gegenüber hegte ich mein altes Mißtrauen, woraus ich in deutschen Kreisen nie ein Hehl machte. Da aber die Gelegenheit versäumt worden war, die scharfen Differenzen mit Italien auszutragen, mußte man sich dazu bequemen, Italien nicht zu brüskieren, kleinere Opfer in Albanien hinzunehmen, um nicht weit größeren an anderer Seite entgegenzugehen, sich vielmehr zu deren Abwehr die Hände und den Rücken freizuhalten.

Serbien und Rußland standen jetzt im Vordergrund — Gefahren, um die man sich auf die Dauer nicht herumdrücken konnte.

Am 24. Jänner hatte mich General Graf Waldersee, der Chef der operativen Gruppe des deutschen Generalstabes, mit seinem Besuch erfreut und mir mitgeteilt, daß er aus Italien käme, wo er den Eindruck gewonnen habe, daß Italien jetzt loyal zu uns stehen werde, wir bezüglich der Verwendung von Italiens Kräften gegen Frankreich beruhigt sein können, daß damit keine Hinterhältigkeit gegen uns verbunden wäre. Auch würde Italien demnächst wegen einer Kooperation der Flotten an uns herantreten, was sich vorläufig nur wegen des dortigen Wechsels im Marinekommando verzögere. Die Details dieser Besprechung folgen später eingehend.

Noch am selben Tage berichtete ich über dieses wichtige Gespräch an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand.

Die Mitteilungen des Grafen Waldersee waren mir desto wertvoller, als Gerüchte davon wissen wollten, Deutschland stünde nicht mehr voll zur Monarchie — Gerüchte, denen ich allerdings keinen Glauben beimaß, umsomehr als mir ein Bericht vom 26. Dezember 1912 vorlag, wonach im Falle Kriegsausbruches zwischen Österreich-Ungarn und Rußland der deutsche Panzerkreuzer „Göben" in Konstantinopel sofort gewaltsam zu Gunsten des ö.-u. Kreuzers „Aspern" gegen die dort liegenden beiden russischen Kreuzer eingetreten wäre, also einen Akt tatkräftiger Loyalität erwiesen hätte.

Von besonderem Interesse war mir bei alldem der nachstehende, am 31. Jänner erhaltene Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel, Oberst Pomiankowski:

„Konstantinopel, am 28. Jänner 1913.

Euer Exzellenz!

Auf der hiesigen deutschen Botschaft ist man mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen in London sehr unzufrieden und speziell mit der von unserer Monarchie befolgten Politik gar nicht einverstanden. Man kann sich angeblich nicht erklären, weshalb wir Bulgarien gar so kräftig unterstützen und uns in der Adrianopler Frage gar auf dessen Seite gestellt haben, während es nach deutscher Auffassung für unsere und Deutschlands Interessen vorteilhafter wäre, wenn Adrianopel türkisch bleiben würde. Noch mehr kritisiert man unsere Politik in der rumänischen Kompensationsfrage, betreffs welcher man uns gleichfalls unsere Parteinahme für Bulgarien vorwirft, während wir alle Ursache hätten, unseren langjährigen Verbündeten, d. i. Rumänien, zu unterstützen.

Major von Strempel*), der sich gegenwärtig im Gegensatz zu früher reserviert verhält, teilte mir vor drei Tagen interessante Äußerungen mit, welche der hiesige rumänische Militärattaché ihm gegenüber gemacht habe. Derselbe erklärte ihm, daß die öffentliche Meinung in Rumänien über den bisherigen Mißerfolg der Unterhandlungen mit Bulgarien sehr erregt sei. Man sei besonders mit Österreich-Ungarn sehr unzufrieden, weil dessen Unterstützung im Vergleich mit jener, welche Rußland Bulgarien angedeihen läßt, viel zu schwach ist, um zu einem günstigen Resultat führen zu können. Die Erregung sei bereits so groß, daß der König in kürzester Zeit zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen sein wird. Entweder wird man sich zu einem Krieg gegen Bulgarien, oder aber zum

*) Deutscher Militärattaché in Konstantinopel.

Frieden bei gleichzeitiger Berufung eines russophilen Ministeriums entschließen, womit der bisherige dreibundfreundliche Kurs der rumänischen Politik einer Anlehnung an die Tripleentente Platz machen würde.

In gewohnt lebhafter Weise äußert auch der deutsche Botschafter Baron Wangenheim seine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage. Wie alle hiesigen Deutschen, ist auch Baron Wangenheim überzeugt, daß der Balkanbund auch nach dem Krieg beisammen bleiben wird und auf diese Weise eine neue Großmacht darstellt, mit der unsere Monarchie ernstlich rechnen muß. Vor einigen Tagen erklärte er mir, daß Österreich-Ungarn durch den Balkankrieg geschwächt sei und es demgemäß notwendig sein werde, den Dreibundvertrag einer Revision zu unterziehen. Der Botschafter begreift nicht, daß wir uns nicht zu einem energischeren Vorgehen entschließen können, nach der Reichskanzlerrede könnten wir ja doch sicher sein, daß Deutschland unbedingt mit uns geht. Der Balkanbund sei für uns eine ernste Gefahr, und das Abschwenken Rumäniens würde unsere Situation geradezu kritisch gestalten.

Für diesen Zuwachs an Kraft zu Gunsten der Gegner des Dreibundes müßten wir uns nach dem Friedensschluß nach einem Ersatz umsehen, und dieser sei — so paradox es klingen mag — nur in der Türkei zu finden. Der Dreibund muß der Türkei ihre Existenz garantieren und die gründliche Reorganisation des ganzen türkischen Staatswesens mit aller Energie in die Hand nehmen. Zur Reorganisation der Armee muß ein deutscher kommandierender General mit entsprechendem Stab hierherkommen und es müssen demselben türkischerseits weitgehende Befugnisse eingeräumt werden. Auch ö.-u. Offiziere könnten an der Reorganisation der Armee teilnehmen, doch sollte nach Ansicht des Botschafters die Reformierung der gesamten inneren Verwaltung der Türkei die eigentliche Domäne unserer Monarchie bilden. Italien würde die Reorganisation der Gendarmerie zu übernehmen haben. Auf diese Weise könnten wir innerhalb einiger Jahre aus der Türkei einen Machtfaktor schaffen, welcher die durch den neuen Balkanbund verschobene Kräftebalance wieder ins Gleichgewicht bringen würde.

Wie ich nun aus sicherer türkischer Quelle erfahre, stammt dieser Reorganisationsplan nicht von Baron Wangenheim, sondern vom ehemaligen türkischen Botschafter in Paris Münir Pascha. Der letztere hat seine Ansichten in einem Memoire niedergelegt und dasselbe sowohl seinen Freunden als auch Mahmud Schefket Pascha zur sofortigen Annahme empfohlen. Wie mir Münir mitteilt, haben sich sowohl Enver als auch Talaat Bey mit dem Plane einverstanden erklärt; auch der Ministerrat hat denselben im Prinzip angenommen, will jedoch dessen Ausführung erst nach dem Friedensschluß beginnen.

Über die Einzelheiten dieses unsere Monarchie gewiß sehr interessierenden Reorganisationsplanes werde ich E. E. mit nächstem Kurier Bericht erstatten.

Pomiankowski, Oberst."

Was die in diesem Berichte angedeutete Haltung Österreich-Ungarns gegenüber Rumänien und Bulgarien betrifft, so war man sich über das Heikle dieser Angelegenheit nirgends mehr im klaren, als in der Monarchie, aber die Interessen der letzteren erforderten es, ebensowohl mit Rumänien, als mit Bulgarien auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, und darin lag die große Schwierigkeit für die diplomatische Aktion.

Ich komme damit wieder auf die so bedeutungsvolle rumänische Frage.

Wie sehr ich, anbetrachts der Notwendigkeit in einem Kriege gegen Rußland die rumänischen Streitkräfte an Seite Österreich-Ungarns zu wissen, bemüht war, Rumänien uns als aktiven Bundesgenossen zu erhalten, geht schon aus meinem Wirken gelegentlich meiner Mission in Bukarest (Dezember 1912) hervor, sowie auch aus meinem sonstigen diesbezüglichen Verhalten; es beruhte auf einem rein militärischen Räsonnement.

Aber lediglich ein solches lag auch bezüglich Bulgariens vor, dessen man als Bundesgenossen gegen Serbien bedurfte. Die im vorstehenden Berichte angeführten Engagements mit der Türkei durften nicht störend in unser Verhältnis zu Rumänien und Bulgarien greifen.

Es war wieder einer jener Fälle, in denen es sich klar erwies, wie sehr die diplomatische Aktion, auf die militärischen Kraftverhältnisse basiert, von der Rücksicht auf sie geleitet sein müsse, und wie falsch es ist, unbekümmert um sie, Diplomatie zu treiben, an die militärische Gewalt aber erst zu appellieren, wenn die Situation verfahren ist.

Für gute Beziehungen zu Rumänien scheute ich auch kleine Mittel nicht. So gering auch Orden, offizielle Ehrungen u. dgl. bewertet werden mögen, sie spielen doch im politischen Verkehr ihre Rolle und lassen es geraten erscheinen, sich ihrer zu bedienen.

In diesem Sinne trachtete ich auch anläßlich meiner Bukarester Mission für militärische Funktionäre Rumäniens Allerhöchste Auszeichnungen zu erwirken, dem auch seitens Seiner Majestät Folge gegeben wurde.

Über die damalige Lage in Rumänien, über die großen Komplikationen und Schwierigkeiten des diplomatischen Vorgehens für Österreich-Ungarn, aber auch über Rumäniens militärische Vorkehrungen gibt eine Reihe interessanter Berichte des k. u. k. Militärattachés in

Bukarest, Oberstleutnant von Hranilović, Aufschluß, die ich teils ganz, teils auszugsweise folgen lasse.

Zunächst nachstehenden, am 8. Jänner eingelangten:

„B u k a r e s t, am 2. Jänner 1913.

Je länger die Verhandlungen in London dauern, desto nervöser wird die öffentliche Meinung in Rumänien, desto deutlicher werden die an die Adresse Bulgariens gerichteten Presseäußerungen bezüglich der zu gewährenden Kompensationen. Erst waren es nur die oppositionellen Organe, jetzt schlagen auch Regierungsblätter einen ungeduldigen Ton an, da sich die Besorgnis breit macht, Bulgarien wolle den Frieden mit der Türkei bald schließen, um dann leichter die rumänischen Ansprüche zurückweisen zu können. So hat die »Epoca« des Domänenministers Filipescu vor zwei Tagen kategorisch erklärt, die rumänisch-bulgarische Frage müsse im Laufe dieser Woche endgültig gelöst sein, und heute bringt die konservative »Politique« einen Leitartikel, in welchem Griechenland und Bulgarien wegen ihrer bisherigen Haltung einerseits gegen das aromunische Element in Mazedonien, anderseits gegen Rumänien, dem die Bulgaren ihre staatliche Existenz zu verdanken hätten, angegriffen werden.

Für die allgemeine Aufregung charakteristisch ist ein Vorfall, der sich gestern nachts in Crajova zugetragen hat. Ein Generalstabsoffizier war mit auf eine Mobilisierung bezughabenden Befehlen aus Bukarest angelangt, wollte am Morgen die Kommandanten der Rekrutierungsbureaus im Korpskommando versammelt haben und erteilte dem diensthabenden Telephonisten den Auftrag, sie hievon zu verständigen, natürlich ohne ihm den Zweck zu sagen. Der Unteroffizier, dem offenbar die das Tagesgespräch aller Cafés und Restaurants bildende Kompensationsfrage nicht unbekannt war, glaubte, es könne sich bei dieser Zusammenberufung nur um die sofortige Mobilisierung handeln und telephonierte an alle Kommandanten der Stadt, sie hätten sich früh morgens in den Kasernen einzufinden, denn es werde mobil gemacht!

Wenn aus diesen Erscheinungen auch noch nicht der Schluß gezogen werden kann, ein Abweisen der rumänischen Ansprüche seitens Bulgariens m ü s s e den Krieg zur Folge haben, so sind sie doch sehr beachtenswert, weil sie von einer S t i m m u n g Z e u g n i s g e b e n, d i e z u A k t i o n e n d r ä n g t. Die Kriegsverwaltung hat übrigens, wie ich von einem Brigadekommandanten vertraulich erfahre, die Korps verständigt, daß für den Fall eines Einmarsches in die bulgarische Dobrudža das 2. Korps (Bukarest) und das 3. Korps (Galatz) sich bei Copadiu versammeln würden, während das 1. und 4. Korps (Crajova

und Jassy) in ihren Territorien kriegsbereit Weisungen abzuwarten hätten. Das 5. Korps (Constanza) ist als Reserve für die in Bulgarien eindringende Armeegruppe bestimmt.

Meiner Ansicht nach wird Rumänien nur im äußersten Falle, also bei ausgesprochen intransigenter Haltung Bulgariens zu diesem letzten Auskunftsmittel schreiten, wobei der König und die Regierung den Entschluß gewiß nicht voreilig fassen werden. Daß sie aber, mag kommen was will, von demselben ganz absehen und auf jede Kompensation Verzicht leisten oder nichtige Rektifikationen der Grenzlinie akzeptieren, ist wegen der schon zu weit eingegangenen Engagements in der Angelegenheit nicht wahrscheinlich und wäre angesichts der unleugbaren Bewegung im Volke auch gegen die Klugheit, weil sich die Unzufriedenheit, deren Zeichen heute bereits klar sichtbar sind, bedeutend gesteigert gegen den König und die konservative Partei richten würde.

Im engsten Kausalnexus mit den rumänischen Ansprüchen stehen die Friedensverhandlungen der Balkanstaaten mit der Türkei: genau so wie die letzteren fortschreiten, fallen die Chancen für eine volle Befriedigung der ersteren. Den Rumänen käme deshalb ein Abbruch der Besprechungen sehr gelegen; der König könnte dann seinen gegenwärtigen, schon in fester Form bestehenden Plan einer Pression auf die Türkei realisieren und den Landzuwachs als Preis von Bulgarien fordern. Tritt diese Eventualität nicht ein und besonders, behält die Türkei Adrianopel, dann müßte sich Rumänien mit den vom Resultat enttäuschten Bulgaren unter weniger günstigen Auspizien auseinandersetzen. Übrigens hofft man hier, Herrn Misu werde es unter Assistenz des nach London gesendeten, dort sehr bekannten Ministers des Innern Take Jonescu zuletzt doch gelingen, zu einem befriedigenden Ende zu gelangen.

Die Türkei beobachtet den hiesigen politischen Kurs mit großer Aufmerksamkeit und scheint die spezielle Berichterstattung hierüber dem früheren Militärattaché in Bukarest, nunmehrigen Kommandanten des III. Armeekorps, Schefket Torgut Pascha, übertragen zu haben. Er weilt unter dem Vorwande, erholungsbedürftig zu sein, seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes hier und reiste auch nicht ab, als jüngst die beurlaubten Offiziere der in der Čataldža-Linie stehenden Truppen einberufen worden sind. Fühlung hat Torgut, soviel mir bekannt, noch mit keiner der offiziellen Persönlichkeiten gesucht. Er scheint bestimmt, erst im geeigneten Momente, etwa bei Wiederausbruch des Krieges, aus seiner Reserve hervorzutreten.

Ferner kann ich nicht unerwähnt lassen, daß der hiesige französische Gesandte keine Gelegenheit versäumt, in der rumänischen Gesellschaft, der er infolge Verbindung seiner Tochter mit einem Rumänen näher steht als die übrigen Diplomaten, gegen die Monarchie zu intrigieren. Österreichfreundliche höhere Offiziere haben mich aufmerksam gemacht, er hetze unausgesetzt gegen uns und werde dabei von den Mitgliedern der russischen Gesandtschaft kräftig unterstützt.

H r a n i l o v i ć, Obstlt."

Wie aus dem Früheren erinnerlich, hatte ich am 31. Dezember 1912 ein Schreiben an Hranilović gerichtet, in dem ich bestimmte Fragen hinsichtlich der militärischen Vorgänge in Rumänien stellte; die am 10. Jänner eingelangte Antwort hierauf war:

„B u k a r e s t, am 6. Jänner 1913.

In umgehender Befolgung des heute erhaltenen Befehles vom 31. Dezember 1912 berichte ich folgend:

Die militärischen Vorgänge, welche sich gegenwärtig hier abspielen, zielen, sofern man die n a h e Zukunft im Auge hat, ausschließlich auf ein Einschreiten in der Richtung der B a l k a n h a l b i n s e l ab. Sie beschränken sich bis heute auf die klaglose Vorbereitung einer raschen Mobilisierung und haben diesen Rahmen in k e i n e r Weise überschritten. Einberufungen von Reservisten, Reserveoffizieren, Standeserhöhungen oder Dislokationen haben n i c h t stattgefunden.

Zweck ist: die Armee für zwei Fälle verwendungsbereit zu haben:

1. Entweder, um m i t Bulgarien g e g e n d i e T ü r k e i vorzugehen, wobei als Gegenleistung seitens der Bulgaren mindestens die Abtretung des Raumes bis Turtukai-Balčik zu geben wäre;

2. oder g e g e n B u l g a r i e n aufzutreten, um die Grenzberichtigung brevi manu vorzunehmen.

Beide Fälle sind momentan vom Könige noch in Aussicht genommen. Der erste würde eintreten bei Wiederbeginn des Krieges zwischen den Balkanstaaten und der Türkei, sowie gleichlaufender Annahme des dann von Rumänien an Bulgarien präzise zu stellenden Antrages zu einer Kooperation. Wie die Dinge jetzt stehen, hat dieser Fall wenig Aussicht, jemals realisiert zu werden, da einer jüngstens von König Carol in Sofia (durch den Gesandten) gemachten bezüglichen Andeutung die Antwort wurde: »Die bulgarische Armee sei vollkommen retabliert und stark genug, im Verein mit ihren Verbündeten die Türkei ganz niederzuringen.« Außerdem hat Rußland in Cospoli zu verstehen gegeben, es könnte bei einer Wiedereröffnung der Feind-

seligkeiten nicht mehr neutral bleiben. Das heißt, es würde zu Gunsten der Balkanstaaten eingreifen, und zwar vermutlich gegen das armenische Hochplateau, wo eine starke türkenfeindliche Bewegung herrscht und von Rußland unterstützt wird.

Große Wahrscheinlichkeit hingegen hat der Fall 2 für sich. Der König wird immer mehr gedrängt, von den Bulgaren in kurzer Frist bindende Erklärungen zu verlangen, ob und was sie abzugeben bereit sind. Mit Ausnahme des Ministers des Äußeren, Maiorescu, ist jetzt schon das ganze Kabinett der Ansicht, die rumänisch-bulgarische Grenzfrage müsse unbedingt *vor* Abschluß der Londoner Friedensverhandlungen entschieden sein und eine ablehnende Haltung Bulgariens die sofortige Okkupation des Gebietes bis Turtukai-Balčik zur Folge haben. Zu dieser Lösung drängt auch die gesamte Opposition, sowie die öffentliche Meinung, so daß dem König schließlich nichts anderes übrig bleiben wird, als sie zu akzeptieren, obwohl er den Fall 1 lieber eintreten sähe.

Von einem *Zusammengehen mit Serbien* ist vorläufig keine Rede, weder der König noch irgend einer der maßgebenden Politiker — konservativ oder liberal — hat in letzter Zeit eine solche Idee ventiliert. Im Gegenteile lauteten sämtliche von mir gehörten Äußerungen dahin, Rumänien würde die Okkupation allein vornehmen, Österreich-Ungarn währenddessen Serbien im Zaume halten.

Die mit Bulgarien schwebenden Fragen absorbieren das Denken aller rumänischen Staatsmänner derart, daß für die Idee, mit *uns gegen Rußland* loszuschlagen, dermalen niemand ein Interesse zeigt. Zum Teil ist das auch der unleugbar geschickten Ausnützung der Situation durch die Russen zuzuschreiben. Sie versichern hier ununterbrochen, sie seien für die Ansprüche Rumäniens und warnen unter einem vor den Versprechungen des Dreibundes, welcher absolut nicht imstande sei, die seinigen zu halten.

Ich kann nicht umhin, auf Grund meiner hiesigen Beobachtungen der Entwicklung der Dinge eine ungünstige Prognose zu stellen, gleichzeitig aber auch zu betonen, daß es im vielfachen Interesse der Monarchie gelegen wäre, alles aufzubieten, die Befriedigung der rumänischen Ansprüche vor Engagierung der rumänischen Streitkräfte zu erreichen. Die friedliche Lösung mit unserer Hilfe würde unsere politische Position im Lande ungemein stärken, jede andere in gleichem Maße schwächen; noch wichtiger aber als dieser Umstand dünkt mir *im gegebenen Augenblicke die durch erstere ermöglichte Erhaltung* der *rumänischen Armee für andere, größere Zwecke*. Kommt es zur Okkupation, dann ist Rumänien

auf längere Zeit militärisch gebunden, unsere rechte Flanke in einem Kriege mit Rußland ungeschützt und das Ziel Rußlands, dem es so beharrlich nachstrebt, erreicht. Man kann sich des Verdachtes nicht entschlagen, daß diese Hoffnung eines der Motive für die russische Diplomatie war, als sie dieser Tage eröffnete, Rußland würde sich neutral verhalten, wenn Rumänien mit Bulgarien Schwierigkeiten hätte.

Wir können heute alles noch parieren, aber die Zeit drängt.

Hranilović, Obstlt."

Diesem Bericht folgten am 13. Jänner nachstehende zwei Berichte vom 10. und 11. Jänner:

„Bukarest, am 10. Jänner 1913.

In Verfolg meines gestrigen Telegrammes Nr. 5 berichte ich:

Der Minister des Äußern hat im Laufe des 8. Jänner den Gesandten der Großmächte »konfidentiell« mitgeteilt, Seine Majestät der König habe angesichts der intransigenten Haltung Bulgariens zur rumänischen Kompensationsfrage beschlossen, binnen kürzester Zeit das Gebiet bis Turtukai-Balčik militärisch besetzen zu lassen, sofern Bulgarien nicht einlenke. Es sollen hiezu 40—50.000 Mann aufgeboten, eine allgemeine Mobilisierung aber vermieden werden.

Der Anlaß zu diesem energischen Entschlusse waren Berichte des Ministers des Inneren Take Jonescu aus London, wonach Herr Danew nur die Abtretung einiger Dörfer angeboten, die Diskussion über Silistria und Balčik aber abgelehnt haben soll, so daß es zwischen den beiden zur Einstellung der Besprechungen kam. Überhaupt soll die Haltung der Bulgaren in dieser Angelegenheit und in jener eines eventuellen gemeinsamen Vorgehens gegen die Türkei eine die Eigenliebe der Rumänen verletzende und die friedliche Austragung der Grenzfrage fast unmöglich machende gewesen sein.

Die Gesandten haben von der Unterredung mit Herrn Maiorescu den Eindruck gewonnen, daß die projektierte Okkupation in drei bis vier Tagen zur Ausführung kommen dürfte. Heute sind von effektiven militärischen Maßnahmen für das Unternehmen noch keine Spuren zu entdecken; Kriegsministerium und Generalstab sind des Feiertages wegen geschlossen. Vermutlich wird noch die Antwort der Großmächte abgewartet und dann eventuell gehandelt werden.

Der Plan der Besetzung des strittigen Gebietes durch 40—50.000 Mann ohne gleichzeitige Mobilisierung der ganzen Armee scheint mir sehr gewagt und dürfte hoffentlich auf militärischen Einspruch modifiziert werden. Da man unbedingt mit einer bulgarischen Gegenaktion

rechnen muß, wäre wohl — kommt es überhaupt dazu — die gesamte Kraft bereitzustellen, um allen Fällen gewachsen zu sein.

Aus dem bewaffneten Einschreiten Rumäniens kann sich eine Reihe von Möglichkeiten ergeben, die für die Monarchie von großer Tragweite wären.

Vor allem die, daß die rumänische Armee im Süden gebunden wäre und an einem österreichisch-russischen Kriege nicht teilnehmen könnte;

ferner jene, daß das noch im Bündnisverhältnis zu Bulgarien stehende Serbien auch gegen Rumänien aufträte, was wir mit Gewalt verhindern müßten, um Rumänien nicht einer sicheren Niederlage auszusetzen;

ferner, daß Rumänien, statt gegen die Türkei vorzugehen, deren Mitwirkung gegen Bulgarien ansprechen würde, wodurch die Monarchie gezwungen wäre, die Türken zur Verlängerung des Widerstandes zu ermuntern, also das Gegenteil von dem zu tun, was jetzt im Zuge scheint.

Alle diese Möglichkeiten haben für Österreich-Ungarn wenig Vorteilhaftes, mit Ausnahme der einen, Serbien betreffenden, weil sie die Gelegenheit böte, die Rechnung mit diesem Staate endgültig abzuschließen; will man sie aber alle vermeiden, dann sollte meiner Ansicht nach hiezu im Interesse unserer Stellung in Rumänien niemals der Weg gewählt werden, die Rumänen zum Abwarten des Friedensschlusses zu bewegen, sowie auf eine nach diesem erfolgende Unterstützung zu verweisen, sondern der Druck müßte auf Bulgarien allein erfolgen.

Hranilović, Obstlt."

„Bukarest, am 11. Jänner 1913.

Euer Exzellenz!

Zu meiner dienstlichen Berichterstattung über die Situation gestatte ich mir noch einige Zeilen beizufügen, die rein unsere Politik betreffen.

Es ist ein nicht wegzuleugnendes Faktum, daß sich Rumänien in die Idee der Kompensationen schon so verrannt hat, daß ein Zurück ausgeschlossen erscheint. Mit dieser Tatsache muß unsere Politik rechnen, ob man nun das Vorgehen der Rumänen billigt oder nicht, und dieser Tatsache entsprechend muß sie sich einrichten, wenn sie hier nicht vollständig Fiasko machen will. Es ist jetzt der Moment gekommen, wo unsere Beziehungen die Feuerprobe zu bestehen haben, und in einem solchen, glaube ich, wäre jedes Schwanken von unverbesserlichem Schaden begleitet. Hauptsächlich scheint es mir dringend not-

wendig, die während des bisherigen Krieges inaugurierte bulgarenfreundliche Haltung jetzt in demselben Tempo aufzugeben, in welchem die rumänisch-bulgarischen Relationen sich verschlechtern, und darin bis zum Äußersten zu gehen. Tut man das nicht, so wird mit automatischer Sicherheit das hier in manchen Kreisen latente und von den Russen immer von neuem aufgestachelte Mißtrauen ausgelöst, dem König und der ganzen konservativen Partei aber die Möglichkeit entzogen, unter Hinweis auf einen Erfolg dagegen aufzutreten. Es wäre die bitterste Enttäuschung, die man dem König bereiten könnte, wenn man ihn jetzt einer bulgarophilen Politik zuliebe sitzen ließe. Und ganz vom egoistischen Standpunkt aus betrachtet, wäre es auch meiner Ansicht nach ein großer Fehler, das Sichere für etwas vollständig Ungewisses einzutauschen. Ich bin zwar überzeugt, daß dieser Gedanke bei uns der herrschende ist, doch scheint mir dessen Durchführung nach hiesigen Eindrücken nicht klar genug. Heute kann für uns die Leitlinie nur sein: mit Rumänien durch alle Eventualitäten; erst wenn diese Phase vorbei, kann man an eine bulgarische Annäherung denken. Diplomaten werden vielleicht dagegen einwenden, wir seien durch keine Verträge an Rumänien gebunden; das ist richtig, aber das Band, das uns mit ihm verknüpft, ist ein viel festeres als alle geschriebenen Abmachungen: es ist die Notwendigkeit!

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Hranilović, Obstlt.“

Nachtrag: Bezeichnend für die Absichten der Rumänen ist, daß der frühere Kriegsminister Filipescu, der schärfste Vertreter der Okkupationsidee, seit zwei Tagen in Konstantinopel weilt. Offenbar will er sich an Ort und Stelle überzeugen, ob ein Zusammengehen mit der Türkei gegen Bulgarien erfolgversprechend wäre. Vermutlich hat der noch immer hier weilende Torgut Schefket seinen Antrag schon gestellt.“

Diese Berichte vom 10. und 11. Jänner 1913 beantwortete ich durch nachstehende Zeilen vom 13. Jänner.

„Lieber Hranilović!

Ich war am 9. d. M. bei Graf Berchtold und habe mit ihm über die Aktion Rumäniens gesprochen und meiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß wir unbedingt offen und rückhaltlos mit Rumänien gehen müssen; die gleiche Ansicht habe ich heute in einer Audienz bei Seiner Majestät vertreten; sowohl Graf Berchtold als Seine Majestät stehen auf demselben Standpunkt; dies zu Deiner Orientierung.

Daß es, wenn ein Krieg gegen Rußland in Betracht käme, für uns erwünscht wäre, Rumänien nicht anderwärts engagiert zu sehen, liegt auf der Hand.

Sei herzlichst gegrüßt von Deinem ergebensten

Conrad, G. d. I."

Bei meinem Bemühen, uns Rumänien für den Fall eines Krieges gegen Rußland zu sichern, war es mir sehr willkommen, als ich am 15. Jänner nachstehenden, in deutscher Sprache eigenhändig geschriebenen Brief des rumänischen Chefs des Generalstabes General Averescu erhielt:

„Marele stat major.

Bukarest, (29./11. Dezember) 12.

Exzellenz!

Die Gelegenheit, die sich mir bietet, benütze ich erst jetzt, das mir vom Oberstleutnant Hranilović überbrachte Schreiben E. E. zu beantworten.

Zunächst bringe ich meinerseits auch die Freude zum Ausdruck und bitte E. E. die Versicherung entgegennehmen zu wollen, daß es für mich eine besondere Ehre ist, mit E. E. in direkter Verbindung und eventuell in Meinungsaustausch sein zu dürfen.

Dann muß ich meine Freude auch darüber aussprechen, daß die Absichten, die Ihnen zugeschickt worden sind, E. E. kompetente Beistimmung fanden.

Die eventuelle Verzögerung bei dem Beginn der Operationen gegen Osten, über die E. E. ebenso schriftlich, wie auch durch Oberstleutnant Hranilović so gütig mich warnten, wird selbstverständlich auch bei uns entsprechende Änderungen zur Folge haben.

Darüber natürlich rechne ich zur rechten Zeit auf eine weitere ausführliche Verständigung.

In der Hoffnung, daß das neue Jahr einen vollen Erfolg in allen E. E. Unternehmungen bringt, bitte ich E. E., an meine Hochachtung glauben zu wollen.

Ganz ergebenst

General Averescu."

Dieser Brief bestärkte mich in der Hoffnung, daß auf Rumänien zu dieser Zeit gerechnet werden konnte; ich beantwortete ihn am 15. Jänner:

„Euer Exzellenz!

Ich beehre mich, E. E. meinen ganz ergebensten Dank für die geschätzten Zeilen vom 29./11. Dezember 1912 zu übermitteln und dabei der Versicherung Ausdruck zu geben, daß es mich stets ganz besonders freut, mit E. E. in Kontakt zu sein.

Es ist schwer abzusehen, welche Richtung die Entwicklung der Dinge am Balkan noch nehmen wird, aber E. E. werden es mir sicher glauben, daß ich den Bestrebungen Rumäniens den vollsten Erfolg wünsche.

Wenn ich Ihnen mit irgend welchen weiteren Verständigungen bezüglich unserer Vereinbarungen dienen kann, so bitte ich ganz über mich zu verfügen.

Mit den besten Wünschen für E. E. bin ich

Ihr hochachtungsvoll ergebenster

Conrad, G. d. I.“

Nach meinen verschiedenen Aussprachen mit General Averescu war es nicht mißzuverstehen, daß unter den Bestrebungen Rumäniens die von Bulgarien verlangten Gebietsabtretungen zu verstehen waren.

Folgender, am 20. Jänner eingelangter Bericht des Attachés in Bukarest ergänzte die bisherigen:

„K. und k. Gesandtschaft in Bukarest
Militärattaché.
Res. Nr. 9.
Audienz beim König, Rückkehr des Herrn
Filipescu von Cospoli.

Bukarest, am 17. Jänner 1913.

Gestern empfing mich Seine Majestät der König in Audienz, um den neuen Schematismus für das k. und k. Heer in Empfang zu nehmen, wobei er mich beauftragte, der k. und k. Heeresleitung Höchstseinen Dank für die Aufmerksamkeit auszusprechen.

Seine Majestät schien über die außenpolitische Lage etwas beruhigter als in den jüngsten Tagen, da die aus London eingetroffenen Nachrichten besagten, die Verhandlungen mit Dr. Danew gingen zwar sehr langsam, aber doch so vor sich, daß eine friedliche Lösung der Grenzfrage erwartet werden könne. Was Rumänien erhalten werde, sei zwar noch nicht zu ersehen, aber die Angelegenheit stünde doch so, daß die Idee des Einmarsches rumänischer Truppen wieder von der Tagesordnung abgesetzt werden konnte. »Ich werde,« sagte der König, »die Armee nicht zwecklos den Gefahren eines Winterfeldzuges preisgeben, wie es viele Politiker hier von mir verlangen, die keine Ahnung davon haben, was es heißt, in einem kaum besiedelten Lande wochenlang bei 20 Grad Kälte zu biwakieren; das ist der Ruin der Kavallerie und Artillerie. Und was die Kompensationen anbelangt, so liegt uns vom militärischen Standpunkt an Silistria nichts; aber dieses Wort ist

das Schlagwort der Massen; alles will Silistria haben, und ich bin überzeugt, wenn wir nichts bekämen als nur diese Stadt, wäre die öffentliche Meinung beruhigt, ohne dieselbe wird man aber mit einem noch so großen Territorium nicht zufrieden sein.«

Diese Äußerung zeigt, wie richtig der König über die Stimmung im Lande informiert ist; in der Tat ist der Gewinn von Silistria der springende Punkt in dem ganzen rumänisch-bulgarischen Handel. Gelingt es unserer Diplomatie, Bulgarien zur Abtretung von Silistria zu bringen, den Erfolg dann auch publizistisch entsprechend auszuwerten, dann ist die politische Stellung der Monarchie in Rumänien auf lange hinaus gegen alle Werbeversuche Rußlands geschützt; im Gegenfalle würde man dem Volke erst mühsam begreiflich machen müssen, daß das Erworbene überhaupt Wert besitze.

Ziemlich unvermittelt stellte Seine Majestät nach Erörterung des politischen Themas an mich die Frage, ob es denn wahr sei, daß wir den Bulgaren 50.000 Gewehre geliefert hätten. Ich replizierte sofort, meines Wissens sei Ähnliches während des Krieges oder gar in letzter Zeit nicht erfolgt, und betonte überdies, ich hätte mich sogleich nach Auftauchen der rumänisch-bulgarischen Differenzen nach Wien mit der Anregung gewendet, die Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Bulgarien zu sperren. Wenn jedoch tatsächlich eine Lieferung stattgefunden habe, so könne es sich nur um eine lange vor dem Kriege abgeschlossene Bestellung handeln, die noch in den ersten Oktobertagen gelaufen sei.

Der König nahm meine Auskunft befriedigt zur Kenntnis und erwähnte, 50.000 Gewehre seien ja sehr viel und Rumänien hätte dann mit einer zwei Divisionen gleichkommenden Zahl von Kombattanten mehr zu rechnen. Die Nachricht stamme von der rumänischen Vertretung in Sofia, welche als Quelle die Bulgaren selbst angebe, die sich rühmten, von Österreich-Ungarn unterstützt zu werden.

Anknüpfend erlaube ich mir nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß unser Verhalten Bulgarien gegenüber mit mißtrauischer Schärfe beobachtet und beim geringsten Anlaß von allen nicht ganz gesinnungstreuen Persönlichkeiten, deren es genug gibt, als falsches Spiel ausgelegt wird, weshalb ich nicht genug warm empfehlen kann, während der Dauer der rumänisch-bulgarischen Spannung, also bis zur endgültigen Lösung des Grenzproblems, bei allen Freundschaftsäußerungen zu Bulgarien größte Vorsicht zu üben.

Schließlich melde ich, daß der ehemalige Kriegsminister Filipescu von seinem Ausflug nach Cospoli mit recht schlechten Eindrücken über die dort herrschenden Zustände rückgekehrt ist. Er war der enragierteste

Anhänger der Okkupationsidee und wollte sich überzeugen, ob es opportun wäre, für diesen Fall auf die Schlagkraft der Türkei zu rechnen. Seine Schilderungen des Gesehenen geben von der Zerfahrenheit und Indolenz der Türken, gleichwie vom Mangel an Patriotismus bei den leitenden Personen das ungünstigste Bild; sie hätten nicht einmal aus dem langen Waffenstillstand entsprechenden Nutzen gezogen, um die Armee in der Čataldža-Linie zum Wiederbeginn des Krieges geeignet zu machen. Nach Herrn Filipescus Eindrücken ist die Situation der Türken nach wie vor eine desperate. Das hat ihn offenbar in seinen kriegerischen Absichten etwas abgekühlt, denn er läßt von der Notwendigkeit sofortigen Einmarsches nichts mehr verlauten.

Hranilović, Obstlt."

Hier möchte ich auf mein schon im Früheren gegebenes Schreiben vom 21. Jänner an den k. u. k. Militärattaché in London hinweisen, in dem ich meine Stellungnahme zur bulgarisch-rumänischen Frage genau fixierte, und das mit dem Satze begann: „Wir stehen fest zu Rumänien, darüber soll niemand im Zweifel sein."

Am 26. Jänner hatte ich in einer im folgenden (Seite 82) eingehend wiedergegebenen Besprechung mit Graf Berchtold Gelegenheit, den ganzen Komplex der schwebenden Fragen zu erörtern.

Meiner Gewohnheit gemäß, wichtige mündliche Ausführungen auch schriftlich festzulegen, sandte ich am 27. Jänner nachstehendes Schreiben an ihn:

„Euer Exzellenz!

Mit Bezug auf das Gespräch, welches ich gestern mit E. E. und Herrn von Szilássy zu führen Gelegenheit hatte, erlaube ich mir meine Anschauung der Dinge dahin zusammenzufassen, daß wir durch eine dem aktiven Eingreifen ausweichende Haltung Gefahr laufen, die Sympathie Rumäniens und damit dessen so nötige Unterstützung gegen Rußland gänzlich zu verlieren und selbst Rumänien auf die Seite Rußlands abschwenken zu sehen.

Würden wir hingegen die Aktion gegen Serbien durchführen, so vermöchten wir Rumänien den Timokkreis zuzusagen und dadurch dessen Sympathie wieder zu erringen, sowie die für uns so wichtige Position König Carols zu festigen.

Vielleicht ließe sich dann auch ein Arrangement mit Bulgarien treffen, und zwar zu Gunsten Rumäniens, falls man den Bulgaren den Piroter Kreis zuwendet und sie in ihren Aspirationen in Mazedonien unterstützt.

Eine aktive Aktion in diesen Richtungen erschiene mir umso naheliegender, als nichts dafür bürgt, daß wir nicht durch irgend eine neue Balkan-Überraschung schließlich doch zu diesem Handeln gezwungen werden, wobei wir dann bei allen Teilen das Vertrauen verloren haben werden.

Ich weiß ja sehr gut, daß im Hintergrund alles dessen die Scheu vor einem Krieg mit Rußland steht, aber ich glaube, daß, wenn wir uns stets von dieser Scheu beeinflussen lassen, überhaupt unser Auftreten derart gelähmt ist, daß es dem Schaufeln des eigenen Grabes gleichkäme.

Schließlich könnte es auch trotzdem dazu kommen, daß wir, etwa rein deutscher Interessen wegen, doch zur Führung dieses Krieges genötigt werden, dem wir jetzt, wo es sich um vitale eigene Interessen handelt, so scheu aus dem Wege gehen.

Niemand würdigt das äußerst Schwierige unserer Lage mehr als ich, aber ich kann trotzdem nicht zu anderen Konklusionen kommen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der besonderen Verehrung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Bei all dem schwebte mir unablässig die Notwendigkeit vor, im Falle eines Krieges gegen Rußland Rumänien zur Seite zu haben, sowie die Gefahr, es in Zukunft als Bundesgenossen zu verlieren, alle Chancen mehr und mehr schwinden zu sehen.

Indessen hatte sich die Lage in Rumänien zunehmend verschärft, was im nachstehenden, am 27. Jänner eingelangten Bericht des Oberstleutnants von Hranilović vom 23. Jänner Ausdruck fand:

„Euer Exzellenz!

Der Minister des Innern wurde vom Ministerpräsidenten aus London zurückberufen, weil er in so wenig geschickter Weise in die Verhandlungen Misu*)-Danew**) eingegriffen hatte, daß es zwischen letzterem und ihm zu persönlichen Differenzen gekommen war.

Herr Take Jonescu***) hat nach seinem Eintreffen in Bukarest seiner Ansicht über den Stand der Dinge in dem beiliegend auszugsweise übersetzten Interview†) ziemlich unverhohlen Ausdruck gegeben, noch

---

*) Rumänischer, **) bulgarischer Vertreter auf der Londoner Konferenz.

***) Rumänischer Minister des Innern.

†) Im „Universul" vom 22. Jänner 1913; deckt sich mit den Angaben des Berichtes.

deutlicher aber seinen politischen Freunden und dem k. u. k. Gesandten gegenüber. Sie gipfelt in folgenden zwei Aussprüchen:

1. Rumänien wird Kompensationen im verlangten und erhofften Ausmaße nicht erhalten.

2. Österreich-Ungarn tut nichts zur Unterstützung Rumäniens, was die Monarchie mit Bulgarien in selbst nur diplomatischen Widerspruch bringen könnte. Alle Mächte ohne Ausnahme beteiligen sich eifrigst an dem Wettrennen um die Gunst Bulgariens.

Die Kunde von dem bevorstehenden Mißerfolg der rumänischen Politik hat sich wie ein Lauffeuer im ganzen Lande verbreitet und bei einem Teile der Politiker dumpfe Resignation, bei einem anderen aber um so heftigeren Unmut gegen den König und die Monarchie erweckt, weil »König Carol den nur Bulgariens Interessen fördernden friedlichen Ratschlägen Österreichs gefolgt sei«.

Als natürliche Folge dieser Erscheinungen kann man heute schon, ohne Besorgnis, sich bald widersprechen zu müssen, vorhersagen, daß das Vertrauen in den König, in den guten Willen der Monarchie und in deren Macht eine starke Erschütterung erleiden wird. Ebenso wird die uns gut gesinnte konservative Partei die Regierung wahrscheinlich bald an die liberale abgeben müssen, welche schon aus prinzipiellen Gründen eine der bisherigen entgegengesetzte Politik machen wird. Das heißt, sie dürfte entweder ohne Rücksicht auf uns zum Krieg gegen Bulgarien treiben, oder einfach glatt zu Rußland abschwenken.

Ich muß leider konstatieren, daß trotz der ununterbrochenen Versicherungen von Österreichs treuester Freundschaft, an denen es der Gesandte und ich nicht fehlen lassen, die Partie für uns als verloren gelten kann. Es nützt nämlich absolut nichts, wenn Graf Berchtold sagt, er stünde rückhaltlos an der Seite Rumäniens und dann diesen Worten sofort Taten folgen, die das in keiner Weise bekräftigen. Platonische Unterstützung finden die Rumänen allerwärts; von uns erwarteten sie eine effektive.

Ein Mittel, noch in letzter Stunde etwas zu retten, ließe sich, wenn man vor dem Entschluß rücksichtsloser Pression auf Bulgarien zurückscheut, noch darin erblicken, den Rumänen zu dem Wenigen, was sie in der Dobrudža erlangen, noch den serbischen Timokkreis zu verschaffen. Vielleicht wäre ein Druck auf Serbien bei uns weniger unbeliebt. Vermutlich würden wir dabei mit Rußland in Kollision geraten; die können wir aber scheinbar auf die Dauer überhaupt nur durch eine Politik absolutester Abstinenz vermeiden, die gleichbedeutend wäre mit der Selbstverurteilung zum Tode.

Schließlich noch ein Wort zur jüngsten Wendung in Cospoli: die Wiedereröffnung des Krieges würde hier im Lande mit Jubel begrüßt werden, weil man sich an die Hoffnung klammert, die Bulgaren weiter geschwächt zu sehen und dann das ersehnte Silistria zu bekommen. Es wäre nicht unmöglich, daß die öffentliche Meinung in diesem Falle die militärische Okkupation des ganzen strittigen Gebietes erzwingt. Für ein Zusammengehen mit Bulgarien gegen die Türkei wäre das Volk gegenwärtig nicht mehr zu haben und würde dem König bei Bekanntwerden solcher Absichten vielleicht peinliche Überraschungen bereiten; die letzte Probe vom kleinlichen, habsüchtigen Charakter der Bulgaren hat den bestandenen Antagonismus wesentlich vertieft.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Hranilović, Obstlt."

Der türkische Staatsstreich (23. Jänner) brachte auch in Rumänien eine neue Wendung; der Militärattaché berichtete hierüber:

„Euer Exzellenz!

Der jungtürkische Staatsstreich mit der daran geknüpften Erwartung einer eventuellen Wiedereröffnung der Feindseligkeiten hat, wie ich im Bericht Nr. 17 (geheim) andeuten konnte, in Rumänien den stärksten Eindruck gemacht und die bereits im Schwinden begriffenen Hoffnungen auf eine Befriedigung der territorialen Wünsche aufs neue belebt.

Gestern fand unter Vorsitz des Königs ein Ministerrat statt, der, ausschließlich den Kompensationsansprüchen gewidmet, deutlich den Stempel der so plötzlich geänderten Lage trug. Wie vorauszusehen war, kam es dabei zwischen dem hochfriedlich gesinnten König und den mehr oder weniger kriegerischen Ministern zu ziemlich heftigen Meinungsdifferenzen, dann in der Folge zu einem Kompromiß, das sich in dem Satze ausdrücken läßt, »die Lösung der bulgarisch-rumänischen Angelegenheit wird im Laufe der nächsten Woche unbedingt stattfinden, und zwar selbst um den Preis eines bewaffneten Einschreitens«.

Unter Lösung verstehen die Minister Maiorescu, Filipescu und Marghiloman, also die einflußreichen Konservativen, heute die Abtretung des Raumes Silistria—Kavarna, inklusive Silistria, während der König noch immer auf dem Standpunkte steht, auf das letztere kein entscheidendes Gewicht zu legen.

Herr Misu in London hat vom Minister des Äußern noch vor Zusammentritt des Ministerrates den Auftrag erhalten, Silistria zu verlangen, nach der Beratung wurde der Befehl dahin ergänzt, eine energischere Sprache als bisher zu führen, da eine weitere Verschleppung

nicht mehr hingenommen würde. Sollten die Bulgaren ihr Temporisieren fortsetzen wollen, könnte es demnach — nach einer letzten Anrufung der Intervention der Großmächte — noch vor dem 1. Feber zu einem Ultimatum kommen, dem die Okkupation bald folgen würde.

Die Gemüter sind hier durch den Umsturz in Cospoli derart erhitzt, daß die Regierung aus Selbsterhaltungstrieb sich an die Spitze der Bewegung stellen zu wollen scheint und jetzt coute que coute ihre Forderungen durchsetzen will, bevor der Friedensschluß der Balkanstaaten mit der Türkei erfolgt ist. Getrieben wird sie in dieser Absicht von der ganzen öffentlichen Meinung, gebremst nur vom König, weshalb schwer anzunehmen ist, daß der Appell an die ultima ratio ausbleibt, wenn die Bulgaren nicht nachgeben.

Nach einem Telegramm des Grafen Berchtold an den k. u. k. Gesandten wurde der diplomatische Druck auf Bulgarien zu Gunsten Rumäniens unserseits schon so verstärkt, daß sich Herr Geschow über die »feindselige Haltung« Österreich-Ungarns beklagte. Das wurde noch gestern unter den leitenden Politikern in entsprechender Art bekanntgemacht und hat auf deren Auffassung über unsere Haltung in der Kompensationsfrage klärend und ungemein günstig gewirkt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Bukarest, am 26. Jänner 1913. Hranilović, Obstlt."

Albanien. Nicht minder als die rumänische Frage hielt die albanische die Mächte in Erregung. Österreich-Ungarn vertrat den Standpunkt eines selbständigen albanischen Staates, was am 16. Dezember 1912 auf Antrag Greys auf der Londoner Konferenz auch angenommen worden war. Über das Maß seiner Souveränität, über die Grenzen seines Gebietes, über die Wahl seines Regenten herrschte Uneinigkeit; dazu kamen die Forderungen Serbiens nach einem albanesischen Hafen und einem Zugang zu diesem, sowie seine Ansprüche auf Ipek und die Ansprüche Montenegros auf Skutari, endlich jene Griechenlands auf das von ihm hartbedrängte Janina — Forderungen, deren Gewährung die Bildung eines albanesischen Staates ausgeschlossen hätte; dies insbesondere, wenn Skutari Montenegro anheimgefallen wäre. Die sich widerstreitenden Ambitionen der einzelnen politischen, nationalen und konfessionellen Parteien der Albanesen selbst, sowie jene einzelner Persönlichkeiten erhöhten die Komplikationen.

Nach einem Berichte des Attachés in London vom 3. Jänner 1913 hatte der italienische Vertreter Marquis Imperiali einen Entwurf für die künftige Verwaltung Albaniens verfaßt, der im wesentlichen folgendes enthielt:

„Rein nominelle Suzeränität des Sultans; Ausschluß jedweden türkischen Einflusses auf die Verwaltung; Ernennung des Gouverneurs durch die Großmächte; Gendarmerie unter Kommando schwedischer, norwegischer, belgischer, schweizerischer oder spanischer Offiziere; Kommission der sechs Großmächte zur Kontrolle der Verwaltung (Finanz, Justiz und Gendarmerie), die nach einer gewissen Anzahl von Jahren eventuell abgeschafft werden könnte; Anhörung der Wünsche der leitenden Männer Albaniens hinsichtlich der zu schaffenden Administration."

In dieser Hinsicht mußte sich Österreich-Ungarn gegen alles wenden, was den Einfluß fremder Mächte in Albanien gefördert, Albanien am Zusammengehen mit der Monarchie gehindert hätte, die ja an Albanien einen Bundesgenossen zu gewinnen hoffte. Der Antrag Imperialis schloß sich also für Österreich-Ungarn aus. Einen österreichischen Prinzen auf den Thron Albaniens zu bringen, verwehrte der Widerstand der Mächte, mindestens aber war zu trachten, daß Kandidaten ausgeschlossen bleiben, die auf Seite von Österreich-Ungarns Rivalen oder Gegnern standen. Die Gebiets- und Regentenfrage findet eine Beleuchtung in den mir zur Kenntnis gelangten Äußerungen eines hohen türkischen Funktionärs, geborenen Albanesen, die dieser dem Kommandanten des 15. Korps in Sarajevo, Feldmarschallleutnant von Appel, gegenüber machte; sie waren:

„Es ist Ihnen ja bekannt, daß selbst in der gegenwärtigen Türkei der Türke oder sagen wir der Osmanli bei allen Balkanvölkern, auch bei den Albanesen ohne Unterschied des Glaubens, gehaßt und teilweise auch verachtet wird. Selbst beim wildesten Tosken ist das Gefühl, etwas besseres zu sein, als der »Türke«, ziemlich lebhaft entwickelt. Ein großer Teil der Albanesen sind zwar sehr gute Mohammedaner, sehen im Sultan ihren Kalifen, sind aber erbitterte Feinde des Osmanli, der sie drückt. Es ist daher die Zeitungsnachricht von einer autonomen Provinz »Albania« unter türkischer Suzeränität kein glücklicher Gedanke, sondern so eine Art »albanesischen Ostrumeliens«. Schon aus dem Grunde, daß es doch noch einen Teil des türkischen Reiches bildet, würde es fortwährend den Plackereien seiner künftigen Nachbarn ausgesetzt sein, die trotz Autonomie in Albanien doch nur einen türkischen Brocken sehen würden, von dem jeder der Nachbarn sich möglichst viel aneignen möchte.

Aber selbst im Innern würde dieses Verhältnis zur Quelle ewiger Unruhen. Albanien müßte ein vollkommen unabhängiger Staat werden, der mit der Türkei gar nichts mehr gemeinsam hat, und unter die

Garantie der Großmächte — so als eine Art neutrales Land, wie z. B. die Schweiz oder Belgien — gestellt werden.

Die Mehrzahl der Bevölkerung, an die 60 Prozent, sind Mohammedaner, zirka 25 sind Orthodoxe und der Rest, zirka 16 bis 18 Prozent, Katholiken. Besonders in Nordalbanien, wo der Stamm der Ghegen wohnt, gab es vor ungefähr 100 bis 150 Jahren fast nur Katholiken, die erst im Laufe der letzten Jahrzehnte, namentlich um Djakovo und Prizren herum, mohammedanisch wurden, doch sind das keine fanatischen Mohammedaner, sondern nur äußerlich Islamiten, um Vexationen zu entgehen. Der Albanese überhaupt, welchem Bekenntnis er immer angehört, ist in religiöser Beziehung sehr tolerant, wenn nicht gleichgültig, daher kommt es, daß in meinem Vaterlande die Religion kein trennendes Moment bildet und nicht wie in den andern Balkanländern der Grund politischer Trennungen und Parteibildungen wird. Beweis dessen: der große albanesische Aufstand vor wenigen Jahren gegen die gleichgläubigen Türken. Nur bei den Tosken, wo die griechische Geistlichkeit, von Griechenland gewonnen und aufgehetzt, griechischen Zwecken dient, macht die Gräzisierung, namentlich in der städtischen Bevölkerung, Fortschritte.

Aber trotzdem bleibt auch der Toske in erster Linie Albanese und will weder Türke, noch weniger aber Serbe oder gar Grieche werden.

Die zahlreichen Albanesen in Novipazar, Mitrovica und Ghilan, dann in jenem Gebiete, das die Serben heute noch Altserbien nennen, wie z. B. in Ipek, Djakovo, Prizren und in dem Teile des Sandžaks nächst Sjenica fühlen sich dennoch als Albanesen und nicht als Serben, sie sind ausschließlich Mohammedaner. Issa Boljetinac z. B., der Führer der Albanesen gegen die Türken, ist ein Ghege. Gerade in diesen Teilen Altserbiens bilden die Albanesen die größere, jedenfalls aber die tüchtigere Hälfte der Bevölkerung und haben ein unbestrittenes Recht, Albanesen zu bleiben, d. h. mit dem zukünftigen Albanien vereinigt und nicht Serbien oder gar Griechenland zugeschlagen zu werden.

Es leben zirka 3 bis 3½ Millionen Albanesen. Hievon geschlossen in Massen bilden sie die Bevölkerung der Vilajets Skutari und Janina, in letzterem wohnen auch Aromunen, die jedoch eher noch zu Albanien, als zu Griechenland gehören.

Im gegenwärtigen Vilajet Kossovo sind die Mehrzahl der Bewohner Ghegen, also Albanesen, wenn auch nicht immer in großen, geschlossenen Verbänden, so doch über das ganze Land als Grundbesitzer, Handwerker etc. verteilt. Würden diese an Serbien fallen, so würden sie von diesem einfach ausgerottet oder doch ein Element, das zu steter

Empörung bereit ist. Gerade in diesen Gegenden ist noch der Einfluß Österreichs, wenn auch nicht mehr so stark wie früher, immerhin doch noch gut fühlbar, während er in der Gegend von Argyrokastron und in den Teilen an der Küste vom italienischen verdrängt wird, namentlich in den Städten am Meere. Will Österreich seinen Einfluß weiter behaupten, dann müssen gerade diese Teile: Jenipazar, Ipek, Djakovo und Prizren weiter behauptet, dann müssen gerade diese Teile zu Albanien geschlagen und nicht dem Todfeinde, d. i. Serbien, ausgeliefert werden. Hauptsache aber, wie immer, bleibt, daß das zukünftige Albanien in Landverbindung mit Österreich-Ungarn bleibt, d. h. daß es eine gewisse gemeinschaftliche Grenze oder einen Landstrich hat, wo es unmittelbar mit der Monarchie völlig gesichert verkehren kann.

Der Albanese ist leider kein Seemann und die Verbindung zur See mit Österreich ist auch nicht genügend, führt endlich durch Gegenden, in denen der italienische Einfluß Fortschritte macht, und versagt im Falle eines Krieges vollständig. Wohl kommt der Monarchie das Protektorat über die Katholiken — das sind die Malissoren und Mirditen — zu, aber gegenwärtig wenigstens steht sein Ansehen nur im Werte eines papierenen Vertrages. Wichtiger wäre es, sich den Einfluß auf die albanesischen Ghegen in soi-disant Altserbien zu sichern und das ist nicht schwer, weil die Sympathien der mohammedanischen Albanesen den Österreichern gehören, und die Ghegen bilden doch den Hauptbestandteil der Bevölkerung Nordalbaniens. Will Österreich den ihm zukommenden Einfluß und vor allem seinen wirtschaftlichen Vorteil wahren und nicht »travailler pour le roi d'Italie«, so muß es sich einen Landweg nach Albanien und eine Landgrenze gegen dieses Land ausbedingen, indem der sogenannte Sandžak derart geteilt wird, daß der albanesisch-mohammedanische Teil Jenipazar, Sjenica zu Albanien geschlagen wird und Österreich jenen Teil zu Bosnien schlägt, den es sich seinerzeit durch den Berliner Vertrag gesichert hat. Allerdings, was Montenegro dazu sagen würde, weiß ich nicht, denn Skutari muß albanesisch bleiben, schon weil die Malissoren nicht Montenegriner werden wollen. Ein Albanien ohne Skutari und Janina und ohne Prizren ist undenkbar, ist ein Leib ohne Herz und Magen."

Hinsichtlich der Regentenfrage äußerte der Funktionär:

„Albanien hat wohl einige sehr alte Familien und einige gegenwärtig mächtige Stammeshäuptlinge, wie z. B. die Toptane in Tirana, die alte Familie Topia, welche mit Skanderbeg verwandt war, oder die Dodas bei den Mirditen, aber keine derselben ist mächtig und angesehen genug, um sich an der Spitze des Landes dauernd behaupten zu können. Jede einheimische Familie, gleichgültig ob Christ oder Mohammedaner,

ob angeblich von Skanderbeg abstammend oder sonst einem albanischen Heros, würde unter der großen Eifersucht und dem Neide der anderen viel zu leiden haben und in Parteikämpfe verwickelt werden, die von den Nachbarn weidlich ausgenützt würden.

Da las ich unlängst in allen Zeitungen, daß der bekannte und viel genannte Prinz Fuad Bey von Ägypten der präsumtive Kandidat Europas sei. Nun werde ich Ihnen als geborener Albanese sagen, daß mir im Lande gar keine Sympathie für die Khedivialfamilie bekannt ist. Die Familie des Khedive stammt aus Korica in Albanien, war daher vor 100 bis 150 Jahren zweifellos albanesisch. Der Vater Mehemed Alis war ein reicher Bauer in Korica, gehörte daher nicht zur Noblesse, er war weder Bey, noch Beg, noch Aga, wanderte nach Kavala in Mazedonien aus und wurde Tabakhändler, starb auch als solcher. Der Sohn trat in türkische Dienste und machte, wie alle Albanesen, im Heere des Sultans Karriere. Er wurde Pascha von Ägypten. Seit dieser Zeit kümmerte sich niemand mehr aus der Familie Mehemed Alis um uns Albanesen. Der viel genannte Prinz Fuad ist seiner ganzen Gesinnung nach Italiener und als solcher italienischer als der König von Italien. Er wäre sicher der geeignetste Mann, um die Geschäfte desselben zu betreiben. Auch fände er im Innern, bei Christen und Mohammedanern, doch nicht jenen Anhang und wäre als Mohammedaner wieder isoliert. Wir Albanesen brauchen ein Oberhaupt, das vermöge seiner Familienbande und Familienbeziehungen mit den großen Dynastenfamilien Europas in Verbindung ist und deren Wohlwollen für Albanien sichert. Ein Mohammedaner kann doch nur wieder eine Mohammedanerin heiraten und ich glaube nicht, daß selbst der töchterreiche Fürst von Montenegro eine seiner Töchter einem mohammedanischen Fürsten von Albanien — und sei es Skanderbeg selbst — zur Frau gäbe. Wird aber der mohammedanische albanesische Fürst Christ, so ist er damit als Apostat bei allen Mohammedanern verachtet und wird unmöglich.

Wo bleiben da die erhofften Familienverbindungen, die unser Dasein sichern sollen? Bei uns ist nur ein Fürst möglich, der keine Rücksicht auf seine albanesische Verwandtschaft welcher Konfession immer zu nehmen hat und dessen Familie der Stolz jedes Albanesen durch ihre Verbindungen sein kann. Schon aus diesem Grunde ist Prinz Fuad nicht recht möglich, weil er ohne Verbindungen bliebe, und diese Familienverbindungen müssen uns vorläufig das ersetzen, was wir nicht haben und Ruhe und die Grenzen Albaniens garantieren.

Da wären z. B. die Bonapartes. Einer von ihnen würde uns durch seine Verwandtschaft unsere Stellung nur sichern und fände im Lande durch den Glanz seiner Hofhaltung Ansehen und Achtung. Von Geburt

Franzose, durch seine Mutter verwandt mit dem italienischen Königshause, im Wege seiner Frau, einer belgischen Prinzessin, mit Ihrem Allerhöchsten Herrn verwandt, ist er der Nachkomme eines Mannes, der die Welt mit seinem Ruhme erfüllt hat und doch etwas ganz anderes als der Urenkel des Tabakhändlers von Kavala.

Auch wäre da ein Prinz Battenberg; dieser ist der Bruder des heute noch in Bulgarien hochverehrten ersten Fürsten, der Schwiegersohn des Königs von Montenegro, also ein naher Verwandter eines unserer Anrainer, als solcher aber auch zugleich der Schwager unseres zukünftigen Herrn Nachbarn, des Königs von Italien, des Erbprinzen von Montenegro und des Königs von Serbien, ferner eines russischen Großfürsten, ist endlich als neveu des Zaren Alexander II. ein naher Verwandter des anderen Anrainers, des Königs von Griechenland, ist ein Verwandter des Königshauses von England und von Spanien, dann ist er weder Katholik, noch orthodox, noch Mohammedaner, sondern Protestant. Schon aus Familienrücksichten müßten ihn die Nachbarn unterstützen, und das kommt dann der Ruhe an den Grenzen, der Ruhe im Lande zugute. Auch würden Montenegro, Serbien und Griechenland zu Gunsten eines so nahen Verwandten ihrer Dynastie viel leichter auf die Teile der türkischen Erbschaft verzichten, die unbedingt zu Albanien kommen müssen."

Wie alle diese Kandidaten im Lichte Österreich-Ungarns erschienen, bedarf keines Kommentars. Als Thronanwärter waren auch der Herzog von Urach und der Prinz von Wied genannt, deren Wahl der Monarchie jedenfalls willkommener sein mußte. Als Prätendent trat auch Fürst Nikita von Montenegro auf, und auch der doppelzüngige Einheimische Essad Pascha, vielleicht auch Prenk Bib Doda mochten nach der Krone trachten.

Zur Ergänzung des früher gebotenen Bildes will ich noch eine andere albanesische Stimme bringen. Ein an mich gerichtetes Schreiben des einer hochstehenden albanesischen Familie angehörenden Ekrem Bey Vlora lautete:

„V a l o n a, 7. Jänner 1913.

Exzellenz!

Das günstige Entgegenkommen, das ich bei meinem letzten Aufenthalt in Wien gefunden habe, ermutigt mich, E. E. mit den besten Neujahrswünschen zugleich einige kurze Ausführungen über die hiesige Lage zu senden.

Der Sieg der Balkanstaaten, den ich damals voraussagte, ist eingetroffen, und wir sahen uns durch die Lage veranlaßt, die Unabhängigkeit Albaniens zu erklären. Nun sind wir durch die Blockade außer-

stande, die Konferenz zu beschicken. Wenn wir trotzdem den Bestimmungen der Konferenz hoffnungsvoll entgegensehen, so geschieht es namentlich im Vertrauen auf das Interesse und Wohlwollen der Monarchie für unser Land, und wir erwarten, daß uns nicht nur die Grenzen festgesetzt, sondern auch für die innere Verwaltung in dem von uns besprochenen Sinne Sorge getroffen wird.

Ich habe das feste Vertrauen, daß E. E. das Interesse der höchsten Stelle für mein Vaterland rege erhalten und nähren werden; weiterhin hoffe ich auch von ganzem Herzen, daß nicht nur die alten Beziehungen des Wohlwollens und der wirtschaftlichen Unterstützung zwischen der Monarchie und meiner armen Heimat fortbestehen werden, sondern, daß es uns auch vergönnt sei, unsere engen Beziehungen zur Monarchie durch die Person unseres zukünftigen Herrschers zu befestigen.

Ich hoffe, daß E. E., die immer für eine Realpolitik der Aktion gewesen sind, der leider landesüblichen Uneigennützigkeitspolitik zu unserem Wohle und zum Gedeihen der wirtschaftlichen Interessen der Monarchie kraftvollst entgegentreten werden und zeichne mit dem Ausdruck meiner ergebensten Hochachtung als

Ihr ganz ergebener

Ekrem Bey Vlora."

Zur weiteren Charakteristik des damaligen Standes der albanischen und der rumänischen Frage entnehme ich einem am 25. Jänner eingelangten Bericht des k. u. k. Militärattachés in London vom 23. Jänner folgende Stelle:

„Gestern fand eine Botschafterkonferenz statt, die sich mit den künftigen Grenzen Albaniens beschäftigt hat. Die ziemlich lang andauernde Besprechung zeitigte eigentlich gar kein Resultat. Unser Botschafter entwickelte wieder einmal die bekannten Argumente unseres Standpunktes, indes Graf Benckendorff, der russische Botschafter, mit viel Emphase auf die Gefahren hinwies, die für die montenegrinische Dynastie entstehen dürften, wenn Skutari nicht an Montenegro fällt. Am Ende der Besprechung wurde mit Nachdruck betont, daß es sich diesmal ausschließlich um die Stadt Skutari gehandelt hat, daß Rußland eventuell in dieser Frage nachgeben würde, um in anderen umso hartnäckiger auf seinem Standpunkt zu verharren.

Informationen aus Rom, die möglicherweise durch Rußland inspiriert sind, deuten darauf, daß Rußland geneigt ist, in Bezug auf Skutari unseren Standpunkt zu akzeptieren, auch die Frage von Ipek diskutabel hält, in allem anderen aber intransigent bleiben wird.

Im Gegensatz zu diesen Nachrichten steht die Unterredung, die der deutsche Botschafter am Montag mit Graf Benckendorff hatte.

Letzterer beurteilte die Lage sehr pessimistisch, sagte, daß sich in Rußland der Unwille über die Politik Sasonows immer weiterer und höherer Kreise bemächtigt, und daß selbst der Zar ungehalten sei, daß man seine friedfertige Disposition und die Nachgiebigkeit Rußlands in der serbischen Hafenfrage in Wien so wenig gewürdigt und die ganze Angelegenheit so »von oben herab« behandelt hat. Eine weitere Nachgiebigkeit (er meinte auch in der Skutari-Frage) würde allgemeine Empörung hervorrufen; zeigt sich daher Österreich in der Grenzfrage Albaniens intransigent, so scheint ihm der Krieg unvermeidlich zu sein. Wahrscheinlich waren diese Äußerungen nur ein »Bluff«, denn Graf Benckendorff ist ängstlich bestrebt, bei der Botschafterkonferenz irgend einen Erfolg zu erringen, um die Angriffe, die gegen ihn in Rußland als Katholiken und Deutschen gerichtet werden, zu parieren. Nichtsdestoweniger gewann der deutsche Botschafter ein sehr düsteres Bild von der Lage und äußerte sich dem deutschen Marineattaché gegenüber dahin, daß die Krise ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint.

Die bulgarisch-rumänische Frage scheint etwas günstiger zu stehen, obzwar Bulgarien von der Abtretung von Silistria und Balčik nichts wissen will, im übrigen aber geneigt ist, ein Territorium bis zum Kap Sv. Nikola zu zedieren, die Befestigungen von Silistria zu schleifen und sein Desinteressement bezüglich der Dobrudža zu erklären."

Die nach dem türkischen Staatsstreich eingetretene Zerfahrenheit der Mächte auf der Londoner Konferenz beleuchtet nachstehender, am 30. Jänner eingelangter Bericht unseres dortigen Militärattachés:

„London, am 28. Jänner 1913.

Euer Exzellenz!

In Kürze erlaube ich mir die Ereignisse und Verhandlungen der letzten Tage zu skizzieren.

Letzte Botschafterkonferenz: Sir E. Grey eröffnet, daß England zum Schutz seiner Untertanen, aber ohne jedwede demonstrative Absicht zwei Schlachtschiffe nach der Besikabai entsendet. Italien erklärt, auch zwei Kreuzer entsenden zu wollen. Frankreich ist entschlossen, unter keiner Bedingung der Türkei eine Anleihe zu gewähren. Deutschland betont die Notwendigkeit strikter Neutralität. Sir E. Grey teilt mit, daß Herr Danew ihm eröffnet hat, daß die Bulgaren den Waffenstillstand kündigen und die Feindseligkeiten Ende dieser Woche beginnen wollen. Es wird ihm dringend geraten, die Antwortnote der Türkei abzuwarten.

Obwohl die Alliierten bereits am Sonntag den Entschluß gefaßt haben, eine Note an die Türken zu richten, in der sie den Abbruch der Verhandlungen ankündigen, hiezu ein Komitee eingesetzt und ihre Absicht

mit Ostentation kundgemacht haben, ist diese Note noch heute nicht konzipiert. Bulgarien treibt zwar zum Abbruch der Verhandlungen, aber die anderen Bundesgenossen scheinen hiezu wenig Neigung zu haben. Oberst Jostow gab seine Abschiedskarte gestern bei mir ab, und ich höre, daß er heute abreist.

Herr Danew sagt, daß Rumänien wieder auf seine ursprünglichen Forderungen zurückgreift und dies erschwere die Verhandlungen. Bulgarien wäre bereit, die Höhe Medjedie Tabia, aber ohne Stadt Silistria, abzutreten, Rumänien das Recht zur Befestigung der Höhen zunächst der Stadt einzuräumen, aber Kavarna und Kap Kavakli kann mit Rücksicht auf Warna nicht abgetreten werden. Im übrigen ist es auch zu gewissen, dem Wesen nach ziemlich wertlosen Konzessionen betreffend der Kutzowallachen bereit.

Rußland scheint im Einverständnis mit England und Frankreich eine Aktion in Armenien vorzubereiten. Herr Sasonow sagte unserem Botschafter in Petersburg, daß Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht untätig zusehen könne, was in Armenien zugeht. Diesen Eindruck hat auch der hiesige deutsche Botschafter auf Grund einer Unterredung mit Sir E. Grey, bei welcher er befragt wurde, ob Deutschland zur Wahrung seiner Interessen in Kleinasien keine Schritte unternehmen wolle. Prinz Lichnowsky wies diese Idee mit dem Bemerken zurück, daß Deutschlands wirtschaftliche Interessen am besten durch strikte Neutralität gewahrt werden. Er hat das Gefühl, daß England und Frankreich gegebenenfalls in Syrien etwas unternehmen dürften.

Albanesische Grenzfrage: Sir E. Grey wollte von unserem Botschafter erfahren, zu welchen Konzessionen wir bereit wären, falls man hinsichtlich der Stadt Skutari unseren Standpunkt annehmen würde. Er ließ durchblicken, daß man unsere Nachgiebigkeit in Bezug auf die Umgebung von Skutari erwarte. Die englischen Vermittlungsversuche scheinen alle darauf auszugehen, festzustellen, wie weit wir in unseren Konzessionen gehen würden. Der russische Botschafter sagte dem Grafen Mensdorff, falls sie (was er bezweifle) in der Skutarifrage nachgeben würden, müßten sie anderwärts um so höhere Forderungen stellen. Prinz Lichnowsky propagiert die Idee der Entsendung einer internationalen Kommission zur Feststellung der zukünftigen Grenzen Albaniens. Diese Idee, von England unterstützt, findet natürlich bei den Russen großen Anklang.

In einer Unterredung unseres Botschafters mit König Georg betonte letzterer die Schwierigkeit der Stellung der russischen Regierung angesichts der erregten öffentlichen Meinung, die in ihren Angriffen selbst den Zaren nicht schont. Dieser, von Familiensorgen bedrückt, sei fried-

liebend und möchte jeden Konflikt vermeiden, müsse aber mit der öffentlichen Meinung doch rechnen. Die englische Regierung hat uns in der serbischen Hafenfrage unterstützt, in der albanesischen Grenzfrage müsse sie mit Rußland gehen. Unser Botschafter wies darauf hin, daß man mit der öffentlichen Meinung auch bei uns rechnen muß und den Gedanken nicht aufkommen lassen dürfe, daß Österreich in der europäischen Politik kein Gewicht habe. Der König protestierte lebhaft gegen diesen Gedanken und sagte, daß seit der Annexionskrise gerade das Gegenteil bestehe.

In verehrungsvoller Ergebenheit verharre ich

Euer Exzellenz gehorsamster

Horváth, Major."

Je verwickelter die durch die Balkankrise geschaffene Lage wurde, desto wichtiger war es, die Vorgänge bei den Großmächten zu verfolgen. Vor allem jene in Rußland.

In einem Schreiben vom 21. Jänner 1913 hatte ich den Militärattaché in Petersburg, Hauptmann Prinz Hohenlohe, beauftragt, mir über seine dortigen Eindrücke zu berichten, insbesondere auch über die Aussichten für eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Rußland und der Monarchie. Das am 3. Feber eingelangte Antwortschreiben vom 1. Feber hält solche Beziehungen bedingungsweise möglich, wenn Rußland der Ausgang aus dem Schwarzen Meere und die Rückenfreiheit für alle Ereignisse in Asien gewährleistet würde, fügt aber bei:

„Ob bei der Trialform in der Monarchie*) in Bezug auf Serbien eine friedliche Magnetpolitik oder aber eine durch die Zusicherung der Rußland zu gewährenden Unterstützung in der Dardanellenfrage von diesem Reiche uns zugestandene Eroberungspolitik einzuschlagen sein wird, ist noch nicht entschieden."

Diesem Antwortschreiben lag folgende Studie des Prinzen Hohenlohe über das englisch-russische Verhältnis bei:

„Militärattaché
bei der k. u. k. Botschaft in St. Petersburg.
Res. Nr. 55. Streng vertraulich.
Rußland und England.

Seit Beginn der jetzigen Balkankrise habe ich mich bemüht, mir über die Einflüsse Englands auf die russische Außenpolitik klar zu werden.

Bei meinen Erwägungen war ich oft nur auf instinktive Vermutungen und Kombinationen beschränkt, die sich dann allmählich durch den Gang

*) Gemeint ist die Lösung der südslawischen Frage durch trialistische Gestaltung des Reiches. (Österreich, Ungarn, Kroatien.)

der Ereignisse, durch die persönliche Haltung englischer Diplomaten, die seltenen und knappen Äußerungen derselben verdichteten und klärten, so daß ich nunmehr in vorliegendem Bericht zusammenfassend über die Rolle, die England in der jetzigen Krise spielt, zu folgendem Urteil gekommen bin.

England hat in der jetzigen Balkankrise seinen Standpunkt gegenüber der Krise 1908 und 1909 scheinbar gänzlich geändert, indem es sich den Forderungen der k. u. k. Monarchie gegenüber sympathisch verhielt und oft in manchen Fragen durch ein paralleles Arbeiten mit Deutschland auf die Erhaltung des Friedens in Europa wesentlichen Einfluß genommen hat, während in den Jahren 1908 und 1909 gerade die hetzerische und schürende Tätigkeit Englands die Konfliktsmöglichkeit zwischen Rußland und der Monarchie sehr verschärft hatte.

Diese Änderung der englischen Politik ist jedoch, wie oben erwähnt, nur eine scheinbare.

Die Endzwecke und Ziele Englands sind in allen Teilen, wo es sich um seine e i g e n e n Interessen handelt, dieselben geblieben, nur die M i t t e l zur Erreichung derselben haben sich notwendigerweise mit dem Gang der Ereignisse auf dem Balkan seit dem heurigen Sommer vollständig geändert.

Die Politik Englands am Balkan und in den Fragen des näheren Ostens (Armenien und Persien) bestehen wie früher so auch heute noch in dem Prinzip: Rußland nicht aus dem Schwarzen Meere zu lassen und den Einfluß desselben in Armenien und Persien in Schranken zu halten.

Während im Jahre 1909 England in einem Kriege Rußlands mit der Monarchie eine erwünschte Ablenkung des Zarenreiches von seinen angestammten Bestrebungen im nahen Osten erblickte, so würde seit den letzten Ereignissen am Balkan ein Krieg Rußlands gegen die Monarchie, trotz einer möglichen Schwächung des Zarenreiches, diesem die günstigste Gelegenheit bieten, seine Träume in Bezug auf die Dardanellen, Kleinasien etc. zu realisieren.

Daher die Friedensliebe Englands, dessen Anerkennung der Rechtmäßigkeit ö.-u. Forderungen und dessen oft mit Deutschlands Intentionen parallel laufende Vermittlungsaktion zur Erhaltung des europäischen Friedens.

Im jetzigen Moment gilt es für England, dem Alliierten die Bewegungsfreiheit im nahen Osten zu beschneiden, und diesem Hauptprinzip englischer Politik im gegenwärtigen Augenblick wird alles andere untergeordnet. Nur von diesem Gesichtspunkte wird es auch verständlich, daß England, das vor einem Jahre während der Marokkokrise auf die

Entfachung eines Krieges gegen Deutschland hinarbeitete, jetzt mit Deutschland zur Erhaltung des Friedens wirkt.

Der jetzt von Deutschland ausgehende Widerstand gegen die Aufrollung der kleinasiatischen Fragen seitens Rußlands ist die Frucht der Arbeit, die seitens der englischen Diplomatie in den letzten Monaten geleistet wurde.

Die englische Politik hat während der ganzen jetzigen Krise die russische Außenpolitik in hohem Maße beeinflußt; ich habe in meinen politischen Berichten mehrfach darauf hingewiesen. (Res. Nr. 265 ex 1912 und Res. Nr. 14 ex 1913. Verweise auch auf meinen Bericht Res. Nr. 251 ex 1912.)

In verstärktem Maße habe ich dies stets im Gespräche mit dem k. u. k. Botschafter und auch dem deutschen Botschafter gegenüber getan. Das erstemal bereits Anfang November.

Ich hatte damals allerdings nur ganz schwache Anzeichen, daß die Tätigkeit der hiesigen englischen Diplomaten sich in erhöhtem Maße mit der Dardanellen- und Armenienfrage beschäftige.

Zur Zeit, als in der jetzigen Krise die Kriegsgefahr zwischen Rußland und der Monarchie am stärksten war, war die sichtliche Aufregung, die in englischen Diplomatenkreisen herrschte, gewiß auch durch die Möglichkeit eines gleichzeitigen Eingreifens Rußlands im Süden hervorgerufen.

Seit der damaligen Zeit haben mich die häufigen Besuche meines englischen Kollegen in der Annahme bestärkt, daß die Negotiationen zwischen Rußland und England nicht ganz glatt verlaufen.

Er zeigte ein ganz auffallendes Interesse für alle Vorgänge im Süden des Reiches, äußerte einmal direkt seine Besorgnis über das, was das heurige Frühjahr in Bezug auf Rußlands Eingreifen im Süden bringen könnte.

Der englische Botschaftsrat M. O'Beirne sagte mir dieser Tage trotz seiner sonst wenig mitteilsamen Art, er halte es nicht für wahrscheinlich, daß Rußland im jetzigen Augenblick aktiv am Balkan oder in Kleinasien eingreife, es würde dies nur dann der Fall sein, wenn gegen alles Erwarten ein türkischer Erfolg gegen die Bulgaren eintreten sollte.

Im kaiserlich russischen Generalstabe sagte man mir bei meinem letzten, dieser Tage erfolgten Besuche, als ich auf die armenische und die Dardanellenfrage zu sprechen kam:

»Natürlich wäre die Aufrollung der Dardanellenfrage im gegenwärtigen Augenblick ein Vitalinteresse Rußlands, mais nous ne pouvons pas nous brouiller avec nos alliés à cause de cela.«

In hiesiger Gesellschaft, in Klub- und auch Militärkreisen, hört man in den allerletzten Tagen s e h r häufig die Ansicht aussprechen, es wäre Sache Rußlands, auf die vollständige Vertreibung der Türken aus Europa Einfluß zu nehmen.

Englands Politik kommt hiebei in oft wenig schmeichelhaften Ausdrücken zur Sprache.

Eben nach Abschluß vorliegenden Berichtes erhalte ich das Telegramm Eurer Exzellenz Nr. 1087 vom 31. Jänner 1913. und werde der Sache im erhöhten Maße Aufmerksamkeit widmen.

Bis jetzt ist es sehr schwer, ein kategorisches Urteil abzugeben, ob Rußland durch ein a k t i v e s Eingreifen die Balkanereignisse beeinflußt.

Die Möglichkeit ist gar nicht ausgeschlossen und sie bildet, wenn auch vielleicht noch nicht derzeit, so doch in naher Zukunft den Pivot, um welchen die Schwenkung russischer Politik gegenüber Österreich-Ungarn erfolgen k ö n n t e.

Man darf aber auch n i c h t ü b e r s e h e n, daß in der Eventualität des Scheiterns russischer Pläne im Süden infolge englischen Widerstandes die straff gespannten Leidenschaften in einem Krieg mit der Monarchie das einzige Mittel erblicken werden, um die diplomatischen Niederlagen Rußlands zu maskieren.

So ist es derzeit gar nicht abzusehen, ob die gegenwärtige Phase der Balkankrise, durch englische Politik beeinflußt, eine Annäherung oder weitergehende Entfremdung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn bringen wird.

S t. P e t e r s b u r g, am 1. Feber 1913.

P r i n z H o h e n l o h e, Hauptmann."

Meine damaligen Anschauungen über Rußland lassen sich in Folgendem zusammenfassen:

Der Zar und ein Teil seiner Umgebung scheint dem Kriege abgeneigt, wohl auch in der Sorge, Thron, beziehungsweise Macht und Einfluß zu verlieren, ebenso eine Partei, die in den Ideen Wittes und wohl auch Kuropatkins die friedliche Entwicklung Rußlands auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet höher stellt, als eine Expansionspolitik nach dem Westen; die Absicht, Rußlands Streben nach Asien zu verlegen, würde eine große Rücksichtnahme Rußlands auf England bedingen oder den Bruch mit letzterem, die mächtige panslawistische Aktionspartei aber verfolgt eine gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichtete imperialistische Politik, deren Ziele sie durch den Krieg erreichen will. Ebenso erwartet von diesem eine weitverzweigte russische Revolutionspartei den Sturz des bisherigen Regimes und die Verwirklichung ihrer

Ideen, während eine polnische sozialistische Propaganda für sich das analoge Ziel erstrebt.

Die große Masse des Volkes steht diesen Fragen indolent gegenüber, wünscht keinen Krieg, wird sich aber willenlos in diesen fügen. Welche dieser Richtungen obsiegen würde, falls Österreich-Ungarn in den Balkankrieg gerät, ist mit Sicherheit nicht bestimmbar, greifbar aber sind die kriegerischen Vorbereitungen Rußlands. Diese aufmerksamst zu verfolgen, ist daher besonders geboten.

Sie werden von der panslawistischen, auch in den hohen militärischen Kreisen reich vertretenen Aktionspartei eifrig gefördert; reichlich unterstützt von Rußlands Alliierten, insbesondere Frankreich — sie sind tatsächlich im Zuge — haben aber die erwünschte Höhe noch nicht erreicht. Soweit meine Ansicht der Lage.

Die in der Zeit vom Jahresbeginn bis zum Wiederausbruch des Balkankrieges eingelaufenen Berichte ergaben:

Zu den markantesten Maßnahmen zählte die Zurückhaltung des bereits zur Beurlaubung an der Reihe stehenden gedienten Jahrganges, bei gleichzeitiger Einberufung und forcierter Ausbildung einer erhöhten Rekrutenzahl, wodurch bei den Truppen hohe Stände (nahezu der Kriegsstand) erreicht wurden. Zwar wurde die Beurlaubung des letzten Jahrganges für März oder April in Aussicht gestellt, doch erfolgte sie nicht, sondern es wurden überdies die bereits ausgebildeten Rekruten Ende Jänner in die Front eingereiht.

Der russische Generalstab versicherte, daß außer dieser Zurückbehaltung keine Maßregel beabsichtigt sei.

Dagegen sollen für Feber die vier jüngsten noch unausgebildeten Jahrgänge der Reichswehr (Opoltschenije) in Wolhynien und Podolien einberufen werden — eine symptomatische Maßnahme, die ebensowohl die rasche Ausbildung dieses Ersatzes als dessen rechtzeitige Zurückziehung aus dem Aufmarschgebiete zum Zwecke haben konnte. Die Reichswehr repräsentierte ein großes Reservoir an Wehrpflichtigen, das sich aus den direkt in sie Eingereihten und den aus der Reserve Übertretenden bildete. Erstere hatten 23, letztere 5 Jahre in der Opoltschenije zu dienen. Von den direkt Eingereihten war bisher nur das erste Aufgebot, und dies nur ganz unzureichend, ausgebildet, denn es hatte im ganzen bloß zwei Waffenübungen von nominell sechs (de facto vier) Wochen durchzumachen, während das zweite Aufgebot jeder Ausbildung entbehrte. Jedes der beiden Aufgebote repräsentierte etwa 20 Divisionen. Das erste war im Notfall auch als Ersatz für Abgänge der Feldarmee

bestimmt. Die Inangriffnahme der Ausbildung der Reichswehr wies schon auf kriegerische Absichten, doch war diese Ausbildung an eine geraume Zeit gebunden.

Eifrig wurde die Komplettierung der Maschinengewehrabteilungen betrieben, die auf den Kriegsstand mit acht Gewehren gebracht wurden. Die an der ö.-u. Grenze dislozierten Kosakendivisionen in Zamość und Kamienec podolsk nahmen erhöhte Stände an und wurden Probealarmierungen unterzogen. Die Grenzwache wurde allenthalben verstärkt, die Beurlaubung ihres ausgedienten Jahrganges hinausgezogen, die Bahnsicherung blieb aufrecht erhalten. Truppenverlegungen nach dem Westen fanden statt, angeblich auch jene der 31. Division — die mobilisiert sein sollte — von Charkow nach Kiszinew, also anscheinend gegen Rumänien.

Zahlreich waren die Nachrichten über umfassende Befestigungsbauten, so Nowo Georgiewsk, Ossowiec, Brest, Żmerinka, Rowno, Zdolbunowo, Olita, Grodno, Kronstadt, aber auch Bender und Tiraspol, also gegen Rumänien. Bei den Werken von Warschau sollten Vorfeldlichtungen im Zuge sein, Arbeiten, die in der Regel nur kurz vor Kriegsbeginn geschehen. Aus Dubno sollen Geschütze in die befestigte Ikwa-Linie (Kremienec) gebracht werden; für alle diese Arbeiten waren große Zementbestellungen erfolgt. In Kamienec podolsk und Skierniewice sollen Fliegerabteilungen etabliert, in Luck eine Ballonhalle errichtet worden sein.

Große Autobestellungen erfolgten insbesondere in Frankreich und in der Schweiz, die Zahl der Lastautos sollte auf tausend gebracht werden.

Reichlichst waren die Materialbestellungen, und zwar mit k u r z e n Lieferfristen. So solche in Petersburg bis Feber 1913, ebenso dringlich 11.000 Kavalleriesättel, 1000 transportable Scheinwerfer, Sanitätsmaterial in Deutschland. Kriegsmaterialtransporte wurden in Fastow und Kazatin konstatiert, aber auch solche Transporte für Serbien und Bulgarien. Beim 12. Korps (Winnica) fanden abnorme Verpflegsankäufe statt, mit Lieferzeit bis Feber; es war anzunehmen, daß ähnliche Verfügungen auch seitens der Intendanzen anderer Korps getroffen worden waren.

Besonders auffällig waren Maßnahmen, welche die Bahnen betrafen. Auf den Strecken Gomel—Brjansk und Brest—Kowel wurden die Stationseinrichtungen, in Pinsk wurde die Bahnwerkstätte erweitert; in Wilna, Brest, Baranowiczi, Dubno, Rowno wurden außergewöhnliche Waggonanhäufungen beobachtet.

Für die Zerstörung der Wien—Warschauer Bahn in der Strecke von Granica bis Nowo Radomsk sollen Vorbereitungen getroffen und die Grenzwachbrigaden Kalisz, Wjelun und Czenstochau angewiesen worden sein, sich im Kriegsfall ohne Kampf zurückzuziehen.

Nach einem Bericht vom 1. Feber wären die Mobilisierungsarbeiten erneuert überprüft und die Gemeindevorsteher befehligt worden, die abzugebenden Pferde innerhalb vier Stunden bereit zu stellen.

In Petersburg soll eine militärische Beratung stattgehabt haben, der die Kommandanten der Militärbezirke Wilna, Warschau und Kiew (also der Aufmarschräume gegen Deutschland und Österreich-Ungarn) zugezogen waren. Der Kriegsminister General Suchomlinow soll durch General Kuropatkin ersetzt werden (?).

Die Schwarze Meer-Flotte soll seit November 1912 mobilisiert und auslaufbereit sein, doch sollen bei ihr Meutereien stattgefunden haben.

Es liefen auch Berichte über sozial-revolutionäre Strömungen ein, sowie darüber, daß der panslawistische Agitator Graf Bobrinski in einer Rede die sofortige Annexion Galiziens verlangte. Die Nationalisten forderten die Unterstützung der Balkanslawen.

Wenn auch manche dieser Nachrichten mit Reserve aufzunehmen waren, andere lediglich Erscheinungen einer normal fortlaufenden Heeresausgestaltung betrafen, so waren doch auch viele darunter, die in das Gebiet konkreter, unmittelbarer Kriegsvorbereitungen fielen und sich gegen Deutschland, Österreich-Ungarn, sowie auch gegen Rumänien kehrten, mit welch letzterem man also damals in Rußland noch als Gegner zu rechnen schien.

Eine Ergänzung des Resumés dieser Berichte, sowie eine Charakteristik der Stellungnahme Frankreichs bietet ein am 3. Feber eingelangter Bericht des k. u. k. Militärattachés in Paris Oberst Vidale vom 1. Feber, in dem es unter anderem heißt:

„In der Anlage folgt eine Serie Zeitungsausschnitte mit, die, abgesehen von den in ihnen enthaltenen Informationen über die allgemeine Situation, auch noch die Haltung der französischen Presse, deren feindseligen Charakter gegen die Monarchie ich schon öfter in meinen Berichten betonte, charakterisieren.

E. E. wollen daraus ersehen, daß sich die Tendenz der französischen Presse während der ganzen Krise in keiner Weise geändert hat, und alle von Seite der Botschaft unternommenen Versuche, die hiesige Regierung zu bewegen, ihren Einfluß geltend zu machen, daß die fortgesetzten Hetzereien aufhören, daß zum mindesten die Allerhöchsten Personen verschont bleiben, hatten absolut keinen Erfolg und werden unter den gegebenen Voraussetzungen auch weiter keinen Erfolg haben.

Die in Frankreich herrschende vollkommene Preßfreiheit gibt den leitenden Stellen kaum die Mittel an die Hand, den Blättern die Sprache zu verbieten; und ihr Tenor ist, bei der ungeheuren gegenseitigen

Konkurrenz der Zeitungen in Paris, beziehungsweise Frankreich, nicht nur das beste, sondern auch das billigste Reklamemittel.

Die Ursachen der fortgesetzten Ausfälle gegen Österreich-Ungarn waren von Anfang an — schon seit der bosnischen Krise — das unverhüllte Bestreben, mit jedem Wort und so oft als möglich die Zugehörigkeit zu Rußland und das Einverständnis mit der russischen Politik zu betonen, einer Politik, die durch das Verhalten Österreich-Ungarns — wie man hier allgemein informiert ist — in ihren bekannten friedliebenden Zielen*) ungerechterweise*) bedroht würde und die deutliche Unterstützung der nach Rasse, Charakter und Kultur den Franzosen so nahestehenden Slawen*), deren Nationalhymne, der Rákoczy-Marsch, hier immer lebhaft akklamiert wird!*) „Slawe" ist hier ein Schlagwort, bei dem man sich weniger eine Nation oder ein von dieser bewohntes Gebiet vorstellt, als vielmehr den grausamen Unterdrücker, den Erbfeind, das Deutschtum. Und Österreich-Ungarn ist eben der Staat, wo eine brutale deutsche Regierung und die »Kriegspartei« den geknechteten Slawen die Gewehre in die Hand drücken, um sie gegen die eigenen geliebten Brüder zu gebrauchen*).

Daß Rußland diese Auffassung selbst lanciert hat, ist begreiflich, aber es hat noch vielmehr getan. Es hat diese Auffassung pekuniär genährt und großgezogen**). Die französische Presse ist russisch, d. h. arbeitet mit russischem Geld. Der »Courrier du parlement«, dessen Artikel über die russische Armee ich ebenfalls beifügte, ist vielleicht das einzige Blatt, das Rußland angreift, es ist eben nicht subventioniert. Die öffentliche Meinung ist hier wie überall käuflich, und Rußland weiß, daß sein dafür angelegtes Geld — und es dürfte sehr viel Geld sein***) — reichliche Zinsen trägt."

Der Bericht bringt dann hinsichtlich der in Frankreich über uns verbreiteten Meinung folgendes:

„Daß wir ein Staat sind, der den Anfang der Balkankrise versäumte, um zu handeln, ein Staat, den Serbien »behandelt«, kurz ein Irrenhaus, das nur so weit ernst zu nehmen ist, als seine Bewohner und seine

---

*) Hier ironisch gemeint. Der Rákoczy-Marsch ist eine Hymne der Magyaren, also der Gegner der Slawen, mindestens der Tschechen.

**) Diese Auffassung wurde auch von jenen Hochverrätern verbreitet, die es auf Zertrümmerung Österreich-Ungarns abgesehen hatten und hiezu insbesondere auch in Frankreich tätig waren.

***) Dieses Geld soll aus den seitens Rußlands in Frankreich aufgenommenen Anleihen geflossen sein.

Direktion den Nachbarn Schwierigkeiten bereiten können. Sonst aber ist er nicht ernst zu nehmen. Das glaubt man hier und diese Meinung ist die verbreitetste."

Die dem Bericht beigeschlossenen Zitate aus verschiedenen Journalen sind reich an Gehässigkeit und Mißachtung gegenüber Österreich-Ungarn, sowie an Angriffen gegen den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, weil er sich „a n m a ß e", unter der Devise „Groß-Österreich" Einheit, Macht, Ansehen und Wohlfahrt der Monarchie heben zu wollen.

Was den zitierten Artikel aus dem „Courrier du parlament" vom 27. Jänner 1913 betrifft, so kritisiert er das Zurückbleiben Rußlands in seinen militärischen Vorbereitungen, die Mangelhaftigkeit seiner Aufmarschbahnen, die Auflassung von Festungen, die Rückverlegung von Truppen aus dem Westen nach dem Innern und macht der französischen Regierung Vorwürfe darüber, daß sie dies hinnehme, anstatt — und dies ist der eigentliche Tenor des Artikels — Rußlands Vorbereitung für einen Offensivkrieg im Westen zu fordern und zu betreiben. Am Schlusse des Artikels heißt es:

„En résumé, la mobilisation russe ne pourrait être faite que quinze jours après celle de l'Allemagne. En cas de guerre, la Russie aura pour elle ses steppes immenses. Elle s'y retirera. Elle s'y est déjà préparée. Mais nous, à quoi cela nous servira-t-il?

Et c'est pour en arriver à cette constatation que nous avons versé 17 milliards?"

Bemerkenswert ist, daß der Autor dieses Artikels Charles Dumas, Député de l'Allier, ein Sozialist war.

Ein wesentliches Symptom der Lage bildete die am 17. Jänner 1913 erfolgte Wahl Herrn Poincarés zum Präsidenten der Republik, der wegen seines Ehrgeizes, Frankreich auf die Bahn der Revanche und des kriegerischen Erfolges gegen Deutschland zu führen, ebenso bekannt war, wie wegen seiner damit zusammenhängenden Bemühungen bei Rußland. Sie waren auch schon in seinen ostentativen Reisen nach Petersburg und Moskau im August 1912 zum Ausdruck gekommen.

Wie sich England im Falle kriegerischer Konflikte verhalten würde, war schwer abzusehen. Seine traditionelle Politik ließ vermuten, daß es sich erst dann engagieren würde, wenn die Konflikte zu einer ihm unwillkommenen Machtverschiebung führen würden. Auch mochten die inneren Unruhen nicht ohne Einfluß auf seine Entscheidungen sein.

Am 27. Jänner 1913 sah man sich in England gezwungen, die am 17. Juni 1912 eingebrachte Wahlordnung zurückzuziehen, am 30. Jänner verwarf das Oberhaus die im April 1912 durch Asquith eingebrachte

Gesetzesvorlage über Irland (Homerule), die vom Unterhaus schon angenommen worden war. Sie sollte nun zur dritten Lesung kommen. Ulster, welches sich der Rücksichtnahme auf das stets brutal geknebelte katholische Irland widersetzte, brachte zirka 10.000 Freiwillige unter die Waffen und drohte mit dem Bürgerkrieg gegen Irland. Die dagegen zum Einschreiten befohlene englische Kavalleriebrigade Gough versagte den Gehorsam. Ihre Offiziere weigerten sich, gegen Ulster die Waffen zu gebrauchen.

Faßt man das für die Zeitperiode vom Jahresanfang bis zum Wiederbeginn des Balkankrieges Gesagte zusammen, so ergibt sich, daß Österreich-Ungarn nicht nur durch den Krieg schwer betroffen, sondern auch auf dem Wege zu weit größeren und gefährlicheren Komplikationen in der Zukunft war. Besorgt, die Monarchie dann in einen Krieg gegen eine überlegene, wohlvorbereitete Koalition geraten zu sehen, vermochte ich nur in einem rechtzeitigen, vorgreifenden eigenen Handeln den Ausweg aus dieser sonst unvermeidlichen Gefahr zu erblicken.

Mein diesbezüglich, auch schon in meinem Schreiben vom 27. Jänner 1913 an Graf Berchtold zum Ausdruck gebrachter Gedankengang war:

Aktion gegen Serbien; Zusage des Timok-Kreises an Rumänien, wenn es sich hiebei neutral verhält, im etwaigen Krieg gegen Rußland aber sofort an Seite der Monarchie in den Krieg tritt; Veranlassung Bulgariens, daß es gegen weitestgehende Befriedigung seiner Wünsche in Mazedonien und Zusage des Piroter Kreises gegen Serbien eingreift, die von Rumänien geforderten Kompensationen gewährt und sich mit der Pforte ausgleicht. Diesem Gedankengang lagen folgende Erwägungen zugrunde:

Nach der ganzen Entwicklung seit Jahren ist ein Waffenaustrag mit Serbien unvermeidlich, dabei die Gefahr eines Krieges gegen Rußland naheliegend. Dies umsomehr und unter um so ungünstigeren Umständen, je später dieser Waffenaustrag mit Serbien erfolgt. Im Kriegsfalle gegen Rußland ist es aus Gründen des militärischen Kraftverhältnisses nötig, Rumänien von Haus aus als aktiven Bundesgenossen zur Seite zu haben. Dermalen ist dies noch zu erhoffen, wofern Rumäniens Wünsche befriedigt werden. In der Folge wird es desto fraglicher, je mehr der Einfluß der ententefreundlichen Politiker in Rumänien zunimmt, die seitens der Entente betriebene Propaganda Wurzel faßt*), die großrumänische Idee an Umfang wächst. Für diesen Krieg ist aber auch ein

*) Bemühungen des französischen und des russischen Gesandten, die anscheinend auch in der der Entente zuneigenden Kronprinzessin eine Förderung fanden.

mindestens neutrales Verhalten Italiens von nöten; Italien leidet unter den Nachwirkungen des libyschen Krieges noch sehr in seiner militärischen Bereitschaft, hat sich wohl aus diesem Grunde eben erst seinen Dreibundgenossen freundschaftlich angenähert und dürfte von feindseliger Stellungnahme äußerstenfalls durch Konzessionen am Balkan abzuhalten sein. Der schon erkennbare Antagonismus zwischen Serbien und Bulgarien läßt hoffen, letzteres gegen ersteres zu gewinnen.

Audienzen, politische Besprechungen in dieser Periode.
(Jahresbeginn bis Ende Feber 1913).

Audienz beim Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand am 2. Jänner.

Am 2. Jänner überreichte ich dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die Jahresdenkschrift; dabei kam es nach Erörterung der allgemeinen Lage zu folgendem Zwiegespräch:

Ich: „Es wird sich sicherlich niemand mutwillig in Komplikationen stürzen, aber man muß die Dinge ansehen, wie sie sind. 1909 haben wir die uns günstige Gelegenheit versäumt, dadurch hat sich die Lage zu unserem Nachteil verändert. Ich muß auf die Gefahr aufmerksam machen, daß wir jetzt nicht nur mit einer großserbischen, sondern auch mit einer großrumänischen Propaganda zu rechnen haben."

Eh.: „Ja, — die . . . . . Ungarn!"

Ich: „Das Bedenklichste ist, daß Rumänien jetzt nach Rußland schielt."

Hierauf kam die beabsichtigte Standesreduzierung in B. H. D. und in Galizien zur Sprache, auf die ich, anbetrachts der ungeklärten und drohenden Lage, unter keiner Bedingung einzugehen bereit war. Die ohnehin nicht erhebliche Standeserhöhung stellte das Mindestmaß dessen dar, was pflichtgemäße Vorsicht gebot. Wir waren trotz derselben unseren feindlichen Nachbarn gegenüber in der Hinterhand.

Ich begründete hierauf meine Forderung, ehestens die in der Donau oberhalb Semlin stationierten Schleppschiffe in die Save zu bringen. Sie waren für den Save-Übergang unerläßlich; er war nur durch Überschiffen auf Schleppschiffgliedern, bei darauffolgendem Schlagen einer Schleppschiffbrücke durchführbar. Die Schlepper erst bei Beginn der Feindseligkeiten unter dem Feuer der erhöht liegenden serbischen Batterien vorbeizuführen, wäre ein prekäres Unternehmen gewesen.

Ich: „Ich hatte am 31. Dezember abends eine längere Besprechung mit dem Kriegsminister (Krobatin), in der ich das Hinabschaffen der Schlepper unbedingt forderte; Krobatin bemerkte, Graf Berchtold sei dagegen, weil er keine Maßnahme treffen wolle, welche die Serben zu

reizen vermöchte; ich erwiderte ihm, daß wir uns auf diesen Standpunkt nicht stellen dürfen."

Eh.: „Es wird geschehen, aber Berchtold ist auch in einer unangenehmen Lage; was für eine Politik soll er machen, wenn ihm im Ministerrat Schemua*) und Auffenberg**) sagen: Die Armee ist nicht kriegsbereit, sie steht schlechter da, wie im Jahre 1866"***).

Ich: „Das höre ich heute zum ersten Mal!"

Eh.: „Ja — ich habe mich geärgert, daß ich nicht im Ministerrat war, ich hätte mein Veto eingelegt."

Ich: „Fertig ist eine Armee in ihrer Entwicklung nie; daß sie jetzt weniger Chancen hat als 1909, ist richtig, aber schließlich können wir es jetzt noch, mit dem was wir haben, riskieren. Es ist gewiß kein leichter Entschluß, aber wenn die Lage es erfordert, muß man ihn fassen, ehe es zu spät ist."

Hierauf wurden lediglich militärische Personalfragen erörtert.

Gespräche mit dem italienischen Militärattaché Graf Albricci am 2. und 3. Jänner.

Am selben Tage (2. Jänner) sprach der italienische Militärattaché Graf Albricci bei mir vor, um mir zu berichten, daß im Dreibundkriegsfalle die italienische dritte Armee für den Rhein bestimmt sei; die weiter daran geknüpfte Besprechung folgt später.

Wir hatten Nachrichten, daß Italien Vorbereitungen für Ausrüstung eines Expeditionskorps treffe; es lag die Vermutung nahe, daß dies einer Unternehmung in Albanien gelte. Als ich Graf Albricci bei seinem erneuerten Besuch am 3. Jänner deshalb interpellierte, erklärte er alle diesbezüglichen Nachrichten als reine Erfindungen†).

---

*) Damals Chef des Generalstabes.

**) Damals Kriegsminister.

***) Nie ist Österreich-Ungarn mit einer tüchtigeren Armee ins Feld gegangen als 1914. Ihr vierjähriger heldenmütiger Kampf gegen eine erdrückende Überzahl von Feinden hat dies bewiesen. Im Jahre 1866 begann der Krieg gegen Preußen am 26. Juni; am 22. Juli war er beendet; die k. k. Nordarmee war nach kaum vier Wochen militärisch gebrochen, die Monarchie zum Friedensschluß gezwungen. Dies zum Vergleich! Was hätte Österreich-Ungarns letzte Armee — rechtzeitig verwendet — nicht zu leisten vermocht! Ich habe ihr vertraut.

†) Im Gegensatz zu dieser Versicherung hat mir gelegentlich der deutschen Kaisermanöver im September 1913 der Chef des italienischen Generalstabes Generalleutnant Pollio mitgeteilt, daß ein solches Expeditionskorps tatsächlich formiert worden war.

Mit Rücksicht auf den möglichen Kriegsfall gegen Serbien war es, außer der Bereitstellung der großen Überschiffungsmittel, auch dringend nötig, Artillerie, insbesondere schwere, zur Stelle zu schaffen, um die in überhöhenden Positionen stehenden serbischen Geschütze bekämpfen zu können. Ich forderte daher die Absendung von vier solchen Batterien nach Semlin; der Antrag stieß auf den Widerstand des Ministers des Äußern.

In einer Besprechung am 9. Jänner drückte ich Graf Berchtold darüber mein Bedauern aus. Er erwiderte: „Der Kaiser hat mich diesbezüglich gefragt; ich mußte »nein« sagen, weil wir uns den Serben gegenüber verpflichtet haben, in der Zeit, während welcher sie verhandeln, keine feindseligen Maßregeln zu ergreifen; es wäre also Wortbruch"*).

Bei dieser Besprechung gewann ich den Eindruck, daß Graf Berchtold die Meinung hatte, im Frieden sei bereits alles derart bereit, daß man eintretendenfalls sofort mit ausreichenden Kräften die Grenzen überschreiten könne. Ich klärte ihn dahin auf, daß dies nicht der Fall sei, sondern geraumer Zeit bedürfe, und ich ja, um diese abzukürzen, auch darauf bestünde, die Stände der Grenzkorps zu erhöhen, bei Seiner Majestät aber auf große Schwierigkeiten stoße.

Das Gespräch wandte sich dann Albanien zu. Graf Berchtold bemerkte hinsichtlich der vielfach genannten, verschiedenen Thronprätendenten, daß sie alle nichts taugten und am besten die Wahl eines deutschen Prinzen wäre. Ich pflichtete dem mit dem Bemerken bei, daß der Vorschlag hiezu nicht von uns ausgehen dürfe, weil dies sofort Mißtrauen wachrufen würde.

Auf meine Frage, ob es ihm möglich erschiene, Montenegro zum Bundesanschluß an uns zu bringen, meinte

Graf Berchtold: „Die Dynastie sicher! Giesl**) hat diesbezüglich schon angeklungen, der König jedoch vorläufig abgewinkt, weil er $4\frac{1}{2}$ Millionen von Rußland aus Zolleingängen erhält. Man müßte ihm diese pekuniäre Unterstützung garantieren."

Ich: „Viel Geld für diesen Herrn."

---

*) So waren durch diplomatische Bindungen militärische Maßregeln vereitelt, die bei eintretendem Kriegsfall von geradezu ausschlaggebender Bedeutung gewesen wären.

**) Ö.-u. Gesandter in Cetinje.

Graf Berchtold erwähnte, daß in Italien große Aufregung herrsche, weil Österreich-Ungarn den Besitz des Lovčen*) anstrebe und die Adria zu einem ö.-u. Meer gestalten wolle. Dies brachte uns auf die allgemeine Lage.

Ich: „Exzellenz müssen sich schlüssig werden. Die Monarchie hat am Balkan an Position verloren, und es wird schließlich doch auf eine Kraftprobe ankommen. Gewiß wäre das Beste, wenn man Rußland niederwerfen könnte, dann hätte man wohl auf hundert Jahre Ruhe."

Graf B.: „Wer weiß, ob Deutschland mithält."

Ich: „Darüber müssen Exzellenz ins klare kommen, fragen Sie bei Deutschland an. 1909 war die letzte g ü n s t i g e, jetzt ist vielleicht ü b e r h a u p t die letzte Gelegenheit. Vermeiden Sie aber vor allem, daß Rumänien und Bulgarien gegeneinander geraten. Der Konflikt zwischen beiden ist darauf zurückzuführen, daß die Rumänen besorgen, leer auszugehen, deshalb feinden sie auch ihren König an; dieser König ist aber unser Mann, wir müssen ihn halten, daher Rumänien etwas Tatsächliches zukommen lassen — Bessarabien — oder auf Kosten Serbiens den Njegotiner Kreis. Wir werden schließlich den Krieg riskieren m ü s s e n."

Graf B.: „Und wir haben dann nichts wie das Prestige."

Ich: „Aber Serbien haben wir."

Graf B.: „Da haben wir Deutschland, Frankreich, Rußland und alle gegen uns."

Ich: „Riskieren muß man schließlich immer, aber vor allem bitte ich Sie, zu verhindern, daß Rumänien etwas gegen unsere Interessen unternimmt. Die Absicht, es zum g r o ß e n Krieg zu bringen, scheint mir dermalen n i r g e n d s vorhanden. Auch Kaiser Wilhelm geht wohl an das Hindernis heran, tritt aber dann zurück."

Graf B.: „Die Bulgaren haben erklärt, daß sie nicht nur kein besetztes Gebiet herausgeben, sondern auch noch Üsküb beanspruchen."

Ich: „Dies wird, wenn es zu Friedensverhandlungen kommt, zum Krieg zwischen Bulgarien und Serbien führen; damit hätten wir wieder Gelegenheit einzugreifen."

Ich bemerkte dann, daß man die Monarchie als quantité négligeable betrachte, was Graf Berchtold negierte.

Gespräch mit dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky am 9. Jänner.

Am selben Tage (9. Jänner) war ich zum Souper beim deutschen Botschafter. Ich bat ihn, deutscherseits einzuwirken, daß die Differenzen

*) Montenegrinisches Höhenmassiv, das den k. u. k. Kriegshafen von Cattaro beherrscht.

zwischen Bulgarien und Rumänien friedlich ausgetragen werden mögen, und zwar im Sinne Rumäniens. Darauf wurde eingeworfen, daß dies schwierig sei, da man den Regimentern von Silistria, die besonders tapfer gekämpft haben, nicht sagen könne, sie seien nunmehr „Rumänen".

Ich: „Man weiß nicht, wohin die Ereignisse führen werden, und man muß die große Sache im Auge haben, d. i. den Gegensatz zwischen der Entente einerseits und dem Dreibund anderseits. Es ist fraglich, ob die Dreibundmächte entschlossen sind, die große Sache zum Austrag zu bringen."

Herr von Tschirschky: „Es wäre gut, wenn man vom Ballplatz aus direkt in Berlin anfragen würde."

Ich: „Das habe ich schon bei Graf Berchtold angeregt."

Herr von Tsch.: „Was geschieht mit Polen, wenn ein etwaiger Krieg gut ausgeht?"

Ich: „Am besten, man teilt es zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn."

Herr von Tsch.: „Was! Deutschland noch mehr Polen?"

Ich: „Macht man Polen selbständig, so verliert Österreich Galizien und Sie haben dann noch mehr Schwierigkeiten mit Ihren Polen."

Ich möchte hier vorgreifend bemerken, daß in der Folge die sogenannte austro-polnische Lösung, d. i. der Anschluß ganz Polens an die habsburgische Monarchie propagiert wurde. Auch ich hätte dies als das Wünschenwerteste betrachtet, aber daran gezweifelt, daß Deutschland es zugeben würde. Die in dieser Frage während des Weltkrieges geführten Verhandlungen haben diesen Zweifel als begründet erwiesen.

Audienz bei Seiner Majestät am 13. Jänner.

Ich erörterte Seiner Majestät an der Hand von Skizzen das Vorgehen der Serben, betonte die Notwendigkeit, Artillerie nach Semlin zu senden, bemerkte, daß ich mich mit Graf Berchtold, der dagegen Stellung nahm, im übrigen sehr gut spreche, er aber des Glaubens war, wir hätten alles Nötige im Grenzgebiet bereits zur Stelle. Ich bat Seine Majestät, Graf Berchtold nahezulegen, daß er militärische Angelegenheiten vorerst stets mit mir besprechen möge, ehe er Seiner Majestät Entscheidungen darüber vorschlage. Das Referat wandte sich dann dem Jahresbericht des Landeschefs von B. H. Feldzeugmeister Potiorek zu, der die Notwendigkeit, gegen Serbien aufzutreten, hervorhob, ferner der Frage der Standeserhöhungen bei den Grenzkorps zu einer Stärke von 120 Mann per Kompagnie. Seine Majestät besorgte ein Eingreifen Rußlands und dadurch die Herbeiführung eines allgemeinen Krieges und fragte, was in diesem

Falle gegen Serbien verfügbar bleiben würde. Ich konnte es mit „genug, um die Situation zu halten" beantworten. Meiner Ansicht, auf Seite Rumäniens stehen zu müssen, pflichtete der Kaiser bei, ich bezeichnete es daher auch als unerläßlich, die Abtretung Silistrias an Rumänien durchzusetzen. Bezüglich der gegen die Türkei geplanten Flottenaktion erklärte ich es nicht für geraten, von unserer ohnehin kleinen Kriegsflotte Schiffe zu solchen Zwecken abzutrennen. Ich wies darauf hin, daß sie bei Zuspitzung der Lage Gefahr laufen würden, zusammengeschossen zu werden. Seine Majestät bemerkte hierauf: „Ah! das wird doch nicht sein."

Gespräche mit dem rumänischen, deutschen und italienischen Militärattaché am 14. Jänner gelegentlich des Besuches bei mir.

Mit dem rumänischen Militärattaché Herrn von Eremia:

Ich: „Ich würde wünschen, daß Sie sich mit Bulgarien freundschaftlich abfinden. Ein freundschaftliches Zusammengehen Bulgariens, Rumäniens und Österreich-Ungarns wäre im gegenseitigen Interesse sehr zu begrüßen. Der Blick muß auf den Hauptgegner Rußland gerichtet sein."

Der rumän. Attaché: „Wir haben Nachricht, daß Rußland sehr unfertig ist, eine große Menge militärischen Materials bestellt habe, das jedoch erst nach langer Zeit eintreffen könne, sowie daß seitens Frankreichs ein Druck auf Rußland geübt wird, jetzt noch keinen Krieg herbeizuführen."

Ich: „Ich habe Seiner Majestät dem Kaiser gesagt, daß wir ganz und gar auf Ihrer Seite stehen."

Mit dem deutschen Militärattaché Graf Kageneck:

Wir besprachen die allgemeine Lage, die gemeinsame Flottenaktion und den sehr gewichtigen Umstand der Pulverkalamität bei der französischen Flotte, wodurch diese damals geradezu lahmgelegt war.

Mit dem italienischen Militärattaché Graf Albricci:

Auf meine Frage bezüglich Ausrüstung eines italienischen Expeditionskorps beteuerte Graf Albricci erneuert, daß alle derartigen Maßnahmen nur einen Truppenaustausch zwischen Libyen und dem Mutterland betreffen*). Auf meine Frage, wo im Kriegsfalle die italienische Reservearmee versammelt werden würde, stellte er mir eine offizielle Antwort in Aussicht. Wir besprachen dann die Lage im Mittelmeer. An Hand der Karte wies ich darauf hin, daß Italien im Besitz von Libyen, Tunis,

---

*) Vergleiche die Anmerkung auf Seite 76.

Korsika und dem Tyrrhenischen Meer eine derartige Position einnehmen würde, daß die Adria für Italien unter das Maß fiele, Rivalitäten dortselbst mit Österreich-Ungarn also gegenstandslos würden.

Besprechung mit Graf Szapáry am 17. Jänner.

Graf Szapáry war vom Minister des Äußern nach Berlin geschickt worden. Von dort rückgekehrt, besuchte er mich am 17. Jänner und teilte mir mit, daß er den Eindruck gewonnen habe, weder Kaiser Wilhelm noch Herr von Bethmann seien einem Kriege geneigt. Er habe vielmehr die Tendenz gefunden, den Krieg zu vermeiden. Mit General von Moltke hätte er wohl nicht gesprochen. Ich erwiderte, daß dies zwar die Ansicht der Genannten sein möge, damit aber nicht gesagt sei, wie man in Deutschland ansonst darüber denke. Auch wir hätten im übrigen nur die Idee, Bulgarien mit Rumänien freundschaftlich auszugleichen und lediglich den Konflikt mit Serbien gewaltsam auszutragen. Greift Rußland dagegen ein, dann wird Deutschland zum Entschluß gelangen müssen.

Audienz beim Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand am 21. Jänner.

Nach Erörterung der Dringlichkeit des Baues der bosnischen Bahnen wurden die allgemeine Lage und das geplante Flottenabkommen mit Italien besprochen. Bezüglich der Lage vertrat ich meine Ansicht daß wir bei weiterem Zögern im jetzigen Moment in Hinkunft zugrunde gehen werden und bezeichnete das Abbleiben des Deutschen Kaisers als mir nicht recht begreiflich. Hierauf:

Eh. F. F.: „Die waschen nur ihre eigene Wäsche!"

Dem Flottenabkommen mit Italien stimmte der Erzherzog zu, jedoch nur unter der Bedingung, daß es lediglich für den Dreibundfall, nicht aber für einen einseitigen Konflikt zwischen Frankreich und Italien gelte.

Dann wurden Personalfragen erörtert. Auch jene des Oberkommandos im Kriegsfalle. Der Thronfolger bestimmte, daß bei Lebzeiten Seiner Majestät Kaiser Franz Josephs er (der Erzherzog) selbst das Oberkommando führen, im Gegenfalle es Erzherzog Friedrich übertragen würde. Bei meinem folgenden Referat über die für das laufende Jahr geplanten Truppenübungen vertrat der Erzherzog eine Restringierung des Programmes, was ich als untunlich bezeichnete, mit dem Beifügen, daß wir nicht wie die Türken mit ungeübten Truppen vor den Feind gehen dürfen.

Meinem Vorschlag, sich den Ungarn zu zeigen und den Übungen der Honveds beizuwohnen, neigte der Erzherzog nicht zu und meinte: „In Ungarn wird erst Ordnung sein, bis die ungarische Frage in meinem

Sinne gelöst ist.“ Auf mein weiteres Zureden erwiderte er: „Ich werde es mir noch überlegen; wenn ich hingehe, kommen Sie mit mir.“

Hierauf meldete ich Seiner Kaiserlichen Hoheit die geplante, sehr geheim gehaltene Verwendung des 3. Korps im Kriegsfall; der Erzherzog erwiderte zu meinem größten Erstaunen: „Das habe ich schon erfahren.“

Ich: „Was? Das ist auch schon in die Öffentlichkeit gedrungen?“

Eh. F. F.: „Ich habe es zu meiner größten Überraschung von Giesl erfahren.“

Ich erwähne diesen Zwischenfall, weil er dazu beitragen mag, mein scharfes Vorgehen gegen den „Klatsch“ während des Krieges zu erklären, allerdings ein Beginnen, das bei dem eingewurzelten Unfug fast vergeblich war und mir nur Gehässigkeiten eintrug.

Schließlich bat ich Seine Kaiserliche Hoheit, die Bewilligung der erhöhten Geldmittel für die Manöver bei Seiner Majestät zu vertreten. Er sagte zu. Hinsichtlich der politischen Lage aber hatte ich das Gefühl, als ob sich der Thronfolger denken würde: „Du redest lang gut, aber machen werden wir doch nichts.“

Am 24. Jänner besuchte mich auf seiner Rückkehr von Italien General Graf Waldersee, Chef der operativen Gruppe des deutschen Generalstabes. Meine eingehende, vorwiegend militärischen Charakter tragende Besprechung mit ihm ist später bei Darlegung der Dreibund-Vereinbarungen wiedergegeben.

Besprechung mit Graf Berchtold am 26. Jänner.

Am 26. Jänner war ich bei Graf Berchtold zum Dejeuner. Nach demselben hatte ich im Beisein Herrn von Szilassys*) nachstehendes Gespräch:

Ich vertrat die Idee, daß uns nichts anderes erübrigen werde, als mit Serbien Ordnung zu machen, selbst auf die Gefahr hin, daß Rußland damit nicht einverstanden wäre, daß wir aber ganz besonders dann zugreifen müßten, wenn Rußland sich in Sonderunternehmungen gegen die Türkei einlassen sollte.

Herr von Szilassy meinte hierauf, daß es nicht so brennend sei, sondern auch ein Jahr noch Zeit habe, Rußland jetzt unbedingt den Krieg gegen uns führen würde, weil die panslawistische Idee zu tief wurzle, um Rußland abseits bleiben zu lassen, wenn wir gegen Serbien vorgingen. Er fügte bei: „Wenn wir unterliegen, ist unsere Partie verloren, wenn wir gewinnen, fällt das Zarentum, es werden revolutionäre Gebilde ent-

*) Später k. u. k. Gesandter in Athen.

stehen, die uns viel gefährlicher sind, als das zaristische Rußland. Wir dürfen es nicht durch einen Krieg in die Gefahr bringen, daß es fällt."

Auch ich verkannte nicht diese Zusammenhänge, war aber überzeugt, daß das Zarentum auch fallen würde, wenn es sich den panslawistischen Tendenzen nicht fügt*); diese aber zielten auf den Krieg gegen Österreich-Ungarn, für den Rußland sich sichtlich mit erhöhten Kräften rüstete. Ich erwiderte daher:

„Das Zuwarten wird die Situation nur verschlechtern, Rumänien und Italien sind momentan noch auf unserer Seite, die Erstarkung Serbiens wird in derselben Weise fortschreiten wie in den letzten Jahren, in denen es so Bedeutendes geleistet hat; wir müssen dann mit anderen Kräften rechnen als heute. In Italien kann sehr leicht ein Umschwung zu unseren Ungunsten eintreten, und wenn der König von Rumänien stirbt, wird auch dort eine ganz andere Richtung eingeschlagen werden; daher muß man es jetzt riskieren."

Graf Berchtold hörte diesem Zwiegespräch zu, schien aber mehr der Auffassung Herrn von Szilassys zu sein.

Auf die Bemerkung, daß Rumänien jetzt eine kleinliche Politik treibe, meinte Herr von Szilassy: „Sie sagen sich: Bessarabien werden sie ohnehin nicht bekommen und richten ihre Blicke auf Siebenbürgen."

Ich vertrat die Ansicht, daß wir trachten sollten, aus der Botschafterkonferenz herauszukommen und uns freie Hand zu sichern; wir seien in einer scheußlichen Situation, hervorgerufen durch Unentschlossenheit. Herr von Szilassy fügte bei: „und das ganz tatenlose Vorgehen Ährenthals im Jahre 1909."

Bei der weiteren Besprechung war ich mit Graf Berchtold allein. Ich lenkte das Gespräch auf die geplante Flottendemonstration gegen die Türkei und warnte davor, auch unserseits Schiffe zu entsenden. Die Situation sei zu ernst, wir müßten unsere ohnehin kleine Flotte zusammenhalten und sie für den passenden Moment sparen. Würden wir zwei bis drei Schiffe wegschicken, so liefen wir Gefahr, einen Mißerfolg zu haben. Diese guten Schiffe seien aber ein wesentlicher Teil unserer Flotte.

Graf Berchtold warf ein: „Wenn aber unter dem Druck der Flottendemonstration der Friede diktiert wird?"

Ich: „Dann bleibt uns noch immer die Zeit, zu machen, was wir für gut finden."

---

*) So zwang 1876 die panslawistische Partei den Zaren Alexander II. zum Krieg gegen die Türkei.

Am 27. Jänner ließ ich dieser Besprechung das schon im früheren vollinhaltlich angeführte Schreiben an Graf Berchtold folgen*).

Am 28. Jänner telegraphierte der k. u. k. Marineattaché aus London, daß Rußland Konstantinopel nehmen und dafür die Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn unterstützen wolle.

Gespräch mit dem österreichischen Finanzminister Herrn von Zaleski, anfangs Feber.

Das Gespräch erstreckte sich auf die Erörterung der finanziellen Lage der Monarchie mit Bezug auf einen etwaigen Krieg; Herr von Zaleski resumierte: „Die Monarchie kann überhaupt nur zwei Monate Krieg führen, dann sind wir fertig. Die einzige Hoffnung wäre, daß England uns unterstützt.“

Anfangs Feber sprach ich auch mit dem Statthalter von Dalmatien, Graf Attems, der mir die dortige Stimmung als „gut“ bezeichnete und mit Baron Nopcsa, der sich der Bereisung des rumänischen Grenzgebietes zugewendet hatte. Er berichtete zunehmende Anzeichen für Rumäniens Aspirationen auf Siebenbürgen. Diese hätten auch in Nordamerika einen Herd.

Audienz bei Seiner Majestät am 3. Feber.

Ich beantragte erneuert die Entsendung der Batterien nach Semlin. Seine Majestät erwiderte: „Da muß ich noch einmal mit Graf Berchtold sprechen.“

Weiter kam die Frage der Bahnbauten und jene der Entsendung von Gewehren nach Albanien zur Sprache. Seine Majestät stimmte der Sendung von 1000 Gewehren zu.

Ich referierte hierauf über meine Unterredung mit Graf Waldersee (am 24. Jänner) und meldete, daß für den 4. Feber ein italienischer Offizier zur Rücksprache mit mir angesagt sei. Damit kam die allgemeine Lage zur Sprache.

Ich meinte, daß der Monarchie doch nichts erübrige, als jetzt gegen Serbien vorzugehen und die Führung der Südslawen in die Hand zu nehmen, ehe es zu spät wäre. Jetzt sei Italien voraussichtlich noch sicher, mit Rumänien unter König Carol könne man noch rechnen, aber die Lage würde immer zweifelhafter und schlechter, Serbien immer stärker. England dürfte es sich vielleicht überlegen, für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ein verstärktes Rußland könne ihm kaum willkommen sein. Allerdings müßten wir auch den Krieg gegen

---

*) Siehe Seite 52.

Rußland in Erwägung ziehen, und da schiene es, daß Deutschland nicht wolle. Darauf erwiderte Seine Majestät: „Ja, die Pflicht der Regenten ist es auch, den Frieden zu erhalten."

Ich hatte das Gefühl, daß der betagte Herrscher einem Krieg abgeneigt sei. Ich sah bei meiner Überzeugung, den Krieg schließlich der Monarchie aufgedrängt zu sehen, mit Sorge der Zukunft entgegen, da ich über das allmähliche Sinken unserer Chancen nicht im Zweifel war.

Auch der innerpolitischen Verhältnisse gedachte ich im Hinblick auf den Krieg und betonte die Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die Stimmung in der Armee die loyalen nationalen Elemente nicht zu brüskieren. Ich kam dabei auch auf die Wahlreform in Ungarn zu sprechen, speziell auf das Verhältnis zu den ungarländischen Rumänen, stets geleitet von dem Streben, für den Kriegsfall gegen Rußland uns Rumänien an der Seite zu erhalten.

S. M.: „Ja, das verläßliche Element sind doch nur die Magyaren*). Tisza bemüht sich, mit den Rumänen einen modus vivendi zu finden; sie werden nicht vergewaltigt."

Ich: „Ich habe nur die Armee vor Augen und möchte nicht, daß ein Geist in sie gerät, der schädlich ist."

Schließlich erbat ich die Unterstützung Seiner Majestät für die Verbesserung der Friedensstände, wofür Ministerpräsident Graf Stürgkh ein Gesetz einbringen wolle.

Seine Majestät bezweifelte die Durchführbarkeit des Gesetzes.

Man hatte Seiner Majestät die später durch den Weltkrieg drastisch widerlegte Anschauung beigebracht, daß es der Monarchie an der hiezu erforderlichen Zahl Wehrfähiger fehle, was ich bestritt.

Militärische Vereinbarungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Flottenabkommen.

Wie ich schon an früherer Stelle erwähnte, war durch das versäumte Abrechnen mit dem unter der Maske des Bundesgenossen verkappten Italien eine Lage geschaffen, die auch Österreich-Ungarn darauf anwies, sich dem deutschen Kurs anzuschließen, der auf das Vertrauen in Italien und das Zusammengehen mit ihm gegründet war. Umsomehr, als Deutschland alles aufbot, die Monarchie für diesen Kurs zu gewinnen, beziehungsweise sie in demselben zu erhalten.

*) Man verstand es, Seine Majestät in dieser Meinung zu erhalten, trotz der Vorgänge in den Jahren 1848, 1849, 1866, 1867 und jener in früheren Jahrhunderten.

Ich habe auch schon des Zwiespaltes gedacht, der sich aus meinem Mißtrauen gegenüber Italien und der Pflicht ergab, mein dienstliches Wirken dem offiziellen Kurse anzupassen. Auch war es nicht mit Sicherheit zu ermessen, bis zu welchem Grade Italien einen Vertragsbruch treiben würde.

Zur Zeit (1913) gestalteten sich die Vereinbarungen zunächst zwischen Deutschland und Italien immer enger. Deutschland förderte sie mit allen Mitteln, und auch Italien zeigte sich — anscheinend loyal — lebhaft dafür interessiert. Ob dies auf die auch meinerseits nicht angezweifelte Loyalität des damaligen italienischen Chefs des Generalstabes, Generalleutnant Pollio, zurückzuführen war, ob es etwa auch den Intentionen einer momentan maßgebenden Partei in Italien entsprach, oder ob auch Generalleutnant Pollio von den Österreich-Ungarn feindlichen, der Entente zuneigenden Elementen hintergangen und die ganze militärische Vereinbarung nur als ein die wahren Absichten verbergendes, auf Täuschung abzielendes Gaukelspiel betrieben wurde, war schwer zu konstatieren.

Deutschland glaubte an sie! — ich hatte meine Zweifel.

Schon seit langem bestanden solche Vereinbarungen hinsichtlich der Landstreitkräfte. Sie unterlagen zeitweisen Veränderungen, so insbesondere hervorgerufen durch die Folgen des libyschen Krieges. Sie wurden hauptsächlich zwischen Deutschland und Italien geführt, da zur Zeit eine Verwendung des italienischen Heeres ausschließlich gegen Frankreich in Betracht kam, im Gegensatz zu weit zurückliegenden Abmachungen, gemäß welchen italienische Kavallerie auch auf den russischen Kriegsschauplatz gelangen sollte. Von den gegen Frankreich bestimmten Truppen hatte ein Teil durch Westösterreich zum direkten Anschluß an den deutschen Südflügel transportiert zu werden. Dies bedingte eingehende Festsetzungen auch mit dem ö.-u. Generalstab, der auf Grund der italienischerseits übermittelten Transporthefte die Durchinstradierung durch das österreichische Gebiet und die Überweisung der Transporte an die deutschen Instradierungsstellen besorgte.

Zu diesen Vereinbarungen für gemeinsame Verwendung der Landtruppen sollten nun auch solche für die Seestreitkräfte treten. Diese Vereinbarungen kamen hauptsächlich für Österreich-Ungarn und Italien in Betracht, deren Flotten sich die geringe Zahl deutscher Schiffe im Mittelmeer lediglich anzuschließen hatte.

Am 2. Jänner machte mir der italienische Militärattaché Graf Albricci die schon erwähnte Mitteilung, daß für den Transport an den Rhein die dritte italienische Armee bestimmt sei.

Ich: „Und was werden die übrigen Kräfte machen? Über die Westalpen eingreifen?“

Graf Albricci war darüber nicht orientiert und wußte nur, daß die italienischen Kräfte im Westen aufmarschieren würden mit einer strategischen Reserve in der Ebene von Cuneo und Turin. Er meinte, daß hierüber jedenfalls noch Besprechungen stattfinden würden und hiezu ein italienischer Generalstabsoffizier auf dem Wege nach Berlin sei. Er erwähnte weiters, daß über Initiative des italienischen Chefs des Generalstabes, General Pollio, der jetzigen Lage entsprechend Vereinbarungen bezüglich Kooperation der Flotten getroffen werden sollen. Admiral Graf Montecuccoli*) sei hierüber aber noch nicht unterrichtet. Dies mußte jedoch mittlerweile geschehen sein, denn am 20. Jänner berichtete mir Linienschiffskapitän Kail das große Prinzip der Flottenvereinigung und daß der k. u. k. Admiral Haus mit den verbündeten Admiralen die maritimen Details festsetzen werde.

Am 24. Jänner besuchte mich — wie schon angeführt — auf der Rückreise von Italien General Graf W a l d e r s e e im Auftrag Generals von Moltke. Er versicherte mich der vollen Loyalität Italiens. Auf Italiens Initiative werde auch das Flottenabkommen angebahnt. Daran knüpfte sich nun folgendes Gespräch:

Graf W.: „Die Italiener stehen ganz ehrlich und loyal auf Seite des Dreibundes. Ihre Idee ist: am zwölften Mobilisierungstag mit 16 Divisionen aus Westitalien nach Frankreich vorzugehen, ein oder das andere Korps durch Tirol zum Anschluß an die deutsche Armee zu senden, eine Reservearmee im Raume Mailand, Verona, Padua, Venedig, Bologna, Ferrara, Florenz zu versammeln (fünf Korps).“

Ich: „Ich hoffe, keine Reservearmee, die gegen u n s gerichtet ist.“

W.: „Keine Idee! Sie stehen auf unserer Seite, sie wollen gegen Lyon vorgehen, kombiniert mit einer Landung in Südfrankreich, wenn der Seeweg für sie frei ist. Sie erstreben daher auch eine gemeinsame Flottenaktion mit uns, bei Vereinigung der Flotten im Jonischen Meere. Die französische Flotte bewerten die Italiener minder. Der jetzige italienische Marinekommandant Rocca wird abgelöst. Sobald der neue ernannt ist, wird Italien an uns herantreten**), und es werden direkte Verhandlungen gepflogen werden.

Was den russischen Kriegsschauplatz betrifft, werden an und östlich der unteren Weichsel 13 deutsche Divisionen aufmarschieren, in der Tendenz einer Offensive, bei welcher der rechte Flügel auf Warschau

*) Ö.-u. Marinekommandant.

**) War mittlerweile geschehen.

gerichtet ist. Später werden noch 4 bis 6 Divisionen, Reserveformationen, zu diesen Divisionen nachgesendet. Eine Reservedivision formiert sich in Posen, eine Reservedivision in Breslau. Unsere Absicht ist, diese 22 Bataillone und 4 Eskadronen vom zehnten Mobilisierungstage an aus der Gegend von Kreuzberg zur Offensive gegen Czenstochau anzusetzen."

Ich: „Wir geben hiezu dort die Kavallerie" (eine Division).

W.: „Italien ist schwach an Wurfgeschützen."

Ich merkte sofort, daß diese Bemerkung darauf hinauslaufen würde, Italien unserseits mit solchen zu versehen. Diesen mir stets zweifelhaften Bundesgenossen auch noch mit Kriegsmaterial zu versorgen, das er gegen uns gebrauchen würde, ging mir denn doch zu weit trotz aller gegenseitigen diplomatischen Anbiederungen.

Ich erwiderte daher: „In dieser Frage sind wir etwas zugeknöpft."

W.: „Herr Skoda wird mit einem Antrag an Italien herantreten."

Ich: Herrn Skoda werde ich in die Arme fallen."

W.: „Italien ist jetzt bemüht, seine Heeresverhältnisse zu bessern und auszugestalten."

Ich: „Sowohl Italien als Deutschland möchten die große Entscheidung hinausziehen, obzwar sie beide der Ansicht sind, daß es zum großen Krieg k o m m e n m u ß."

W.: „Deutschland hofft, daß England sich etwas von der Tripleentente abwenden wird."

Ich: „Die Sache kann nicht n u r von diesem Gesichtspunkt beurteilt werden. An uns kann die N o t w e n d i g k e i t herantreten, den an unsere Existenz greifenden Brand in Serbien zu löschen. Wenn dann Rußland eingreift, wird eben der große Krieg entfesselt."

W.: „Wir sind darüber im klaren, daß es der Kampf des Germanentums gegen das Slawentum ist."

Ich wandte mich dagegen, daß der Krieg in d i e s e m Zeichen geführt werde, wies darauf hin, daß Österreich-Ungarn zu großem Teil slawische Bevölkerung hat, die seit Jahrhunderten in der Monarchie Schutz, sowie die Möglichkeit kultureller Entwicklung findet und deren Söhne in dem Heere dienen, mit dem wir den Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde führen wollen.

Ich bemerkte: „Hundert Millionen Slawen können Sie nicht erschlagen. Die Süd- und Westslawen müssen sich in der ö.-u. Monarchie ausleben können, es muß vermieden werden, daß sie sich den Nord- und Ostslawen anschließen."

Ich warf dann ein: „Was wird Montenegro machen? In dieser Frage liegt stets ein Konfliktspunkt zwischen uns und Italien, Grund genug, gegen Italien nicht zu offen zu sein."

Wieder auf den großen Krieg zurückkommend, meinte ich, daß ein Hinausschieben desselben seine Bedenken auch wegen Rumäniens habe, dessen wir im Kampf gegen Rußland bedürfen. Es stehe jetzt noch, unter Einfluß König Carols, an unserer Seite, zeige aber schon starke Tendenzen für das Gegenteil, so daß jedes weitere Jahr sein Mitgehen zweifelhafter mache.

W.: „Es wäre günstig, wenn Rußland in Asien, etwa im Kaukasus oder Armenien engagiert würde."

Damit erschöpfte sich das Wesentliche unserer Besprechung. Ihr Gesamteindruck war, daß Deutschland an die unverbrüchliche Bundestreue Italiens und an dessen aktives Mitgehen im Kriegsfalle glaubte, daß Deutschland mit der schließlichen Unvermeidlichkeit des großen Krieges rechnete, aber ebensowenig wie Österreich-Ungarn entschlossen war — gleich seinen Gegnern — auf diesen abzuzielen, der Initiative dieser Gegner zuvorzukommen, sich also damit begnügte, die Ereignisse an sich herantreten zu lassen. Die für eventuellen Kriegseintritt besprochenen, rein militärischen Vereinbarungen entsprachen hinsichtlich der Kraftbemessung gegen Rußland dem großen, einvernehmlich festgesetzten Grundgedanken, sich deutscherseits vorerst mit aller Wucht gegen Frankreich zu wenden. Das zugesagte Ansetzen der an und östlich der Weichsel versammelten deutschen Kräfte mit dem rechten Flügel auf Warschau trug meinem Verlangen einer Offensive dieser Kräfte in der allgemeinen Richtung auf Siedlce Rechnung.

Hier möchte ich einschalten, daß bei Kriegsbeginn diese Aktion, mit der ich so sehr gerechnet hatte, unterblieben ist. Die genannten deutschen Kräfte wurden anfänglich lediglich zum Schutze Ostpreußens und in mehr passiver Weise verwendet. Erst, und zwar unmittelbar nach Rücktritt des Generals von Prittwitz vom Kommando der deutschen Ostkräfte, trat hierin Wandel ein. Indessen hatte Österreich-Ungarn die Offensiv Schlachten von Krasnik, Komarow und Lemberg geschlagen, die Wucht des russischen Hauptstoßes aufgefangen und verhindert, daß dieser gegen das Herz Deutschlands gerichtet werde.

Besprechung mit dem italienischen Oberstleutnant Montanari am 4. Feber.

Am 4. Feber meldete sich der königlich italienische Oberstleutnant Carlo Montanari, ein Organ Generals von Pollio für operative Fragen, bei mir. Er brachte mir zwei Briefe Pollios mit, deren Inhalt darauf hinauslief, daß Oberstleutnant Montanari mir über alles Rede und Antwort zu stehen habe, daß, falls wir der Flottenaktion zustimmen, sofort italienische Delegierte für die Verhandlungen geschickt würden,

daß sich die italienische allgemeine Absicht mit jener der Deutschen decke, nämlich, die Flotten im westlichen Mittelmeer zu vereinigen und die Herrschaft zur See zu gewinnen, endlich, daß hinsichtlich der Verwendung der Landstreitkräfte selbstverständlich die größte Loyalität herrsche.

Oberstleutnant Montanari teilte nun folgendes mit:

Das 1., 2., 3. und 4.*) italienische Korps werden im Raume Aosta, Cuneo, Turin versammelt und zur Offensive gegen Frankreich angesetzt. Das 5. Korps**) gelangt nach Mailand.

(Obzwar Oberstleutnant Montanari nichts darüber bemerkte, vermutete ich darin einen Mißtrauensakt gegenüber der Schweiz.)

Das 6. Korps (Bologna) und das 8. Korps (Florenz) bleiben à double usage, um entweder nachgezogen oder gegen Landungsversuche der Franzosen verwendet zu werden.

(Bei dieser Mitteilung fragte ich mich im Innern: Fingieren sie das? oder haben sie es wirklich vor?)

Das 7. Korps (Ancona) kommt an die Bahn Padua—Mestre, um entweder gleichfalls nachgezogen oder etwa durch Tirol auf den deutschen Kriegsschauplatz transportiert zu werden.

Oberstleutnant Montanari fragte, ob das unserseits einen Anstand habe.

Ich: „Nein, nur müssen wir es früher wissen wegen der Instradierung."

Oberstleutnant Montanari erwähnte, dies wäre mit den Deutschen besprochen für den Fall, daß es vorwärts gehe, aber auch für jenen, daß die Deutschen einen Mißerfolg haben sollten, um ihnen zu Hilfe zu kommen.

Das 9., 10. und 11. Korps***) bleiben in den ersten Tagen gegen etwaige Landungsversuche der Franzosen stehen. Erfolgen solche nicht, dann werden auch diese Korps nachgezogen. Das 12. Korps bleibt in Sizilien gegen französische Aktionen.

Oberstleutnant Montanari fügte schließlich bei, daß General Pollio kein Freund tropfenweisen Einsetzens sei, sondern alle Kräfte möglichst bald zur Geltung bringen wolle.

Der geschilderte Aufmarsch kam wohl einer Bereitstellung für den Krieg gegen Frankreich gleich, hielt es jedoch offen, wann und wieviele italienische Kräfte auf den französischen Schauplatz nachgezogen würden. Er sah von der sofortigen Durchleitung solcher durch Tirol ab und war

---

*) Turin, Alessandria, Mailand, Genua.

**) Verona.

***) Rom, Neapel, Brindisi.

immerhin geeignet, die italienischen Kräfte auch gegen Österreich-Ungarn zu wenden. Zwar erschien das 5. Korps (Verona) nach Mailand abgezogen, dafür war aber das 7. Korps*) nach Padua—Mestre dirigiert. Alles hing von der Loyalität Italiens ab. Da der offizielle Kurs aber diese zur Basis nahm, sagte ich zu Oberstleutnant Montanari:

„Sie haben mich loyal orientiert, ich will Ihnen ebenso loyal sagen, daß wir im gemeinsamen Kriegsfalle aus unserem gegenseitigen Grenzgebiet alle Kräfte auf den Kriegsschauplatz nehmen werden."

Oberstleutnant Montanari fuhr dann fort: „Die Vorbereitungen werden so getroffen, daß wir mit den Deutschen gleichzeitig mobilisieren; der Operationsbeginn wird so angesetzt, daß wir auch gleichzeitig losgehen. Bei uns ist es strenges Geheimnis, daß die 3. Armee nicht mehr durch Tirol nach Deutschland geschickt wird. General Pollio hat angeregt, daß zu den Oberkommandos außer den Attachés noch je ein General und ein Stabsoffizier gegenseitig delegiert werden."

Ich: „Was ist die Ansicht in Italien über die allgemeine Lage?"

Mont.: „Wir haben sehr an die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruches gedacht, jetzt glaubt man nicht, daß dies momentan eintreten würde, wir könnten auch noch nicht gut Truppen aus Libyen wegnehmen."

Er fügte weiter bei: „In Italien hält man an der Idee fest, gegen die Franzosen mit der größten Energie vorzugehen, um einen möglichst baldigen Erfolg zu haben."

Ich: „Wir werden anfänglich gegen Rußland allein stehen."

Oberstleutnant Montanari hatte auf mich den Eindruck eines sehr versierten, korrekten, dienstbeflissenen und an den aufrichtigen Charakter seiner Mission glaubenden Offiziers gemacht. Sein Wesen war sympathisch, seine Umgangsformen waren tadellos. Unser Verkehr war ein kameradschaftlicher.

Das Flottenabkommen kam in der Folge tatsächlich zustande. Es wurde zwischen den beiderseitigen Marinechefs im Detail festgesetzt. Dem Wesen nach bestimmte es die Vereinigung der beiderseitigen Flotten im Thyrrhenischen Meer unter Oberkommando des k. u. k. Admirals Haus, was italienischerseits nicht nur zugestanden, sondern, wie ich glaube, sogar vorgeschlagen wurde.

Am 4. Feber gab ich Oberstleutnant Montanari folgendes Schreiben an General Pollio mit:

„Ich bitte Euer Exzellenz, meinen ganz besonderen Dank für die Entsendung des Herrn Oberstleutnants Carlo Montanari entgegenzu-

*) Ancona.

nehmen, sowie für die eingehenden Mitteilungen, die ich durch den Herrn Oberstleutnant erhielt.

Ich habe letzteren auch unserseits alles bekanntgegeben, was E. E. wissenswert sein dürfte, und bin selbstverständlich bereit, auch etwaige weitere Auskünfte zu geben, wie ich E. E. überhaupt bitte, meiner aufrichtigsten Loyalität in den so wichtigen Fragen unseres gemeinsamen Handelns im Sinne des Dreibundvertrages versichert zu sein.

Genehmigen etc. etc. . . . . ."

Es hat bei mir nicht an gutem Willen gefehlt, mit Italien offen und loyal zusammenzugehen, wenn Italien, seine Bundestreue beweisend, an unserer Seite gefochten hätte.

Ich legte Wert darauf, daß General Pollio dies wisse, umsomehr, als mir seine Persönlichkeit volles Vertrauen einflößte. Aber ich war mir auch dessen bewußt, daß dieses Vertrauen nur auf zwei Augen ruhte.

Militärische Maßnahmen in der Zeit bis 2 März 1913

Im militärischen Betriebe nahmen die organisatorische Ausgestaltung der Wehrmacht in den Grenzen der knappen Mittel, sowie die normalen konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten ihren alljährlichen Verlauf; nur hatte ich letztere dahin beschleunigt, daß die Fertigstellung der neuen Elaborate nicht erst am 1. April, sondern schon am 1. März derart bewirkt zu sein hatte, daß sie bereits mit diesem Termin in Kraft zu treten vermochten. Außer diesen normalen Arbeiten waren noch verschiedene, durch die momentane Lage bedingte Maßnahmen getroffen.

Operative Maßnahmen.
B. H. D.

Die Anhäufung erheblicher serbischer und montenegrinischer Kräfte im Gebiete von Skutari, also hart an Süddalmatien und dem dortigen wichtigen k. u. k. Kriegshafen von Cattaro, legte die Gefahr eines Einbruches dieser Kräfte nahe, für den Fall, daß nach der Einnahme Skutaris die Monarchie in kriegerischen Konflikt mit Serbien und Montenegro geraten würde. War auch in diesem Fall die Entscheidung durch ein Einrücken der ö.-u. Hauptkräfte in Serbien selbst zu suchen, so mußten doch auch gegen oberwähnte Möglichkeit besondere Maßnahmen getroffen werden. Es kam darauf an, für die Aktion gegen die oberwähnten serbisch-montenegrinischen Kräfte dem Höchstkommandierenden in B. H. D. nicht nur ausreichende eigene Kräfte zur Verfügung zu stellen, sondern auch für deren rechtzeitige Operationsbereitschaft zu sorgen. Desgleichen waren analoge Vorsorgen hinsichtlich jener Kräfte zu treffen, die den Hauptschlag in Serbien selbst zu führen gehabt hätten.

Es betraf in erster Linie die Erhöhung der Friedensstände bei den im Grenzgebiet dislozierten Korps und den Widerstand, den ich gegen die diplomatischerseits geforderte Wiederherabsetzung der Stände zu leisten hatte; weiter die schon erwähnte Forderung nach Entsendung von vier Batterien nach Semlin und den Transport der Schleppschiffe in die Save, beides unerläßliche Maßnahmen für den Flußübergang; ferner die Beschaffung von Tragtieren für die 5. Armee; Maßnahmen für die Aufgabe des 7. Korps, das, anfänglich östlich der Theiß versammelt, im Bedarfsfalle über Szlankamen zum Save-Übergang heranzuziehen war; Vorbereitungen zur Bewaffnung der Albanesen, auf deren Eingreifen gegen Serben und Montenegriner gerechnet wurde, falls letztere in Krieg mit der Monarchie geraten wären.

Besprechung mit Feldzeugmeister Potiorek am 25. Jänner.

Am 25. Jänner besprach ich mit dem zu kurzem dienstlichen Aufenthalt in Wien weilenden kommandierenden General von B. H. D., Feldzeugmeister Potiorek, die operative Lage und die ihm zufallenden Aufgaben. Während die gegen Serbien bestimmten Hauptkräfte über die Save und untere Drina (eventuell auch Donau) die Offensive nach Serbien durchzuführen hatten, waren die dem Feldzeugmeister Potiorek unterstehenden Truppen B. H. Ds., verstärkt durch sonst noch zugewiesene Kräfte, derart bereitzustellen, daß sie ebenso einem Einbruch der in Nordalbanien versammelten serbisch-montenegrinischen Streitmacht (die wir auf etwa 45.000 Mann schätzten) in die Herzegowina begegnen, als, wenn dieser Einbruch unterbliebe, an der Hauptaktion in Serbien selbst teilnehmen konnten. Überdies oblag dem Feldzeugmeister auch der Schutz Süddalmatiens. Ich meinte, daß die Montenegriner gegen Süddalmatien vorgehen würden. Potiorek warf ein, daß ja Besatzungen dort seien, worauf ich bemerkte, daß er wohl auch mobiler Reserven bedürfe. Er überlegte, ob er zu Gunsten einer möglichst starken Hauptkraft die 4. Gebirgsbrigade von dort wegziehen könne, und erwähnte, daß er die ihm zugewiesene 104. Landsturmbrigade nach Neum-Klek verlegen wolle, von wo er sie auch im Seetransport hindirigieren könne, wo es ihm nötig schiene. Potioreks Frage, ob, bei eventueller Aktion gegen Serbien, Valjevo noch in seinen Operationsbereich oder in jenen der Nachbararmee*) gehöre, beantwortete ich damit, daß Valjevo dieser

*) Es war dies die 5. Armee, die im Weltkrieg gleichfalls unter Potioreks Befehl stand.

zukäme. Ich teilte ihm weiter mit, daß, wenn es zum Kriege kommen sollte, am 1. März die Mobilisierung verfügt werden würde, er aber auch schon früher bereit sein müsse. Als Reserve des Oberkommandos war die Mobilisierung der 19. Infanteriedivision und deren Bereitstellung derart vorgesehen, daß sie entweder per Bahn an die Drina—Save gebracht oder per mare in einem großen Echelon nach Dalmatien transportiert werden konnte. Das Verfügungsrecht hierüber bezeichnete ich Feldzeugmeister Potiorek als dem Armee-Oberkommando vorbehalten. Feldzeugmeister Potiorek stellte, nachdem Seestreitkräfte ihm noch nicht unterstanden, die Forderung, daß Kriegsschiffe häufig erscheinen mögen und im Alarmfalle Fahrzeuge, wenn auch nur Torpedoboote, zur Stelle seien.

Auf die Frage Potioreks, ob es wohl zu diesem Kriege kommen wird, erwiderte ich, daß Graf Berchtold hiezu geneigt schiene. Als die Sprache auf England kam, meinte ich, man beginne dort doch schon zu erkennen, daß wir uns nur zu unserem Recht verhelfen wollen. Auch schiene es, als ob den englischen Politikern das Bündnis mit Rußland allmählich unbequem würde.

Rußland.

Die Möglichkeit eines Konfliktes mit Rußland, die Vorbereitungen, die Rußland traf, die starken Stände der russischen Truppen in den Grenzgebieten und die weitere Erhöhung derselben zwangen auch Österreich-Ungarn zu der schon mehrfach erwähnten Verstärkung der Stände mindestens bei den Grenzkorps; umsomehr als die normalen, überdies nicht allseits kompletten Friedensstände weit hinter jenen Rußlands und Deutschlands zurückstanden. In einer Audienz am 20. Jänner bat ich den Thronfolger, sich für diese Maßnahme und speziell auch dafür einzusetzen, daß für diese Zwecke eine Erhöhung des Rekrutenstandes von 7000 Mann für die Infanterie und von 1400 Mann für die Artillerie bewilligt werde. Dabei wäre auch der Bedarf für B. H. D. gedeckt gewesen. Anfangs Feber wurde mir ein Ministerrat in Aussicht gestellt, bei dem ich meine Anträge zu begründen hätte.

Außer dieser Maßnahme kamen auch noch spezielle Vorkehrungen für die Alarmfälle und die Bahnbewachung in Betracht. Am 31. Jänner besprach ich dies mit dem Kommandanten des 11. Korps (Lemberg) G. d. K. von Kolosváry. Für die Bahnsicherung erwiesen sich 14.000 Mann erforderlich, die im Mobilisierungsfalle aus dem Landsturm beizustellen waren. Da dieser im Frieden nicht einberufen werden durfte, mußte das Mittel erwogen werden, die Leute gegen Taggeld hiefür aufzunehmen. Die Wichtigkeit der Bahnsicherung aber — speziell in

Galizien, das dem Einbruche russischer Reitermassen offen lag — bedarf keines Kommentars. So hinderten auch hier wehrgesetzliche und diplomatische Rücksichten Vorkehrungen, die bei eintretendem Kriegsfall von ausschlaggebender Bedeutung werden konnten. Anfangs Feber hatte ich hierüber eine eingehende Besprechung mit dem Chef des Eisenbahnbureaus, dem ich einen bevorstehenden Aufmarsch gegen Rußland wenn auch nicht als „wahrscheinlich", so doch als „möglich" bezeichnete.

Italien.

Bei allen gegenseitigen Freundschaftbeteuerungen ließ ich mein Mißtrauen gegen Italien nicht ruhen und daher auch weiter die dringendsten jener Maßnahmen betreiben, die für den eventuellen Kriegsfall notwendig erschienen. Dazu gehörten vor allem die Befestigungsmaßnahmen in Tirol. Welche Hindernisse meine Anträge bezüglich Ausbaues der permanenten Werke fanden, und wie dieser Ausbau nur stückweise, also unzulänglich erfolgte, ist schon wiederholt erwähnt. Um so dringender war es, nicht nur zur Ergänzung der permanenten Werke, sondern auch als Ersatz derselben für feldmäßige und behelfsmäßige Anlagen zu sorgen.

Über diesbezügliche im Operationsbureau und seitens des 14. Korpskommandos (Innsbruck) bearbeitete Elaborate hatte ich entscheidende Besprechungen am 15. Jänner.

Allgemeine militärische Maßnahmen.

Außer den angeführten, auf bestimmte Kriegsmöglichkeiten gerichteten operativen Maßnahmen nahmen jene für die allgemeine Ausgestaltung der Wehrmacht ihren Verlauf. Ihrer ist später gedacht.

Innerpolitische Zustände.

Daß bei der unleugbar vorhandenen Möglichkeit äußerer Konflikte der Blick sich auch den inneren Zuständen zuwenden mußte, liegt nahe; sehr beruhigend war er nicht!

Abgesehen von dem Widerstand, den die auf die Heeresausgestaltung abzielenden Anträge fanden, stand Ungarn unter dem Wahlrechtskampf. Er war nicht nur eine soziale Frage, sondern hing mit der Befriedigung der nichtmagyarischen Nationalitäten enge zusammen. In Österreich herrschte der Widerstreit zwischen Deutschen und Tschechen, denen sich auch immer mehr die Slowenen anschlossen. Daß tschechische Politiker in hochverräterischen Beziehungen zum Auslande standen, wußte man längst. Die polnischen Sonderbestrebungen in Galizien, der Antagonismus zwischen Polen und Ruthenen, die Spaltung innerhalb der letzteren in eine austrophile und eine russophile Partei, der russische Einfluß in diesen

Gebieten schufen auch dort bedenkliche Zustände. Die italienische Irredenta trat immer dreister auf, die großrumänische blieb wach erhalten und die großserbische Agitation nahm in bedrohlicher Weise zu, gefördert durch den bedauerlichen Umstand, daß man sich nicht entschloß, die kroatische Frage zu Gunsten der Kroaten zu lösen.

Auch in B. H. D. gewann die großserbische Propaganda immer mehr an Boden.

Leider nahm auch ein Teil des Klerus, und zwar nicht nur des orthodoxen, sondern auch des katholischen, an diesem nationalen Hader teil. Diesbezügliche, im vertraulichen Wege erhaltene Mitteilungen hatten mich zu einem an das Kriegsministerium gerichteten Schreiben vom 21. Dezember 1912 veranlaßt, in dem ich auf die Notwendigkeit hinwies, diese Vorgänge einzudämmen, umsomehr, als auch die sozialdemokratische Propaganda immer mehr und mehr den Boden untergrub, auf dem der alte Staat und die alte Armee aufgebaut waren. Dieses Schreiben wurde dem Thronfolger zur Kenntnis gegeben. Seitens Seiner Kaiserlichen Hoheit aufgefordert, Details zu melden, erwiderte ich in einem Schreiben vom 28. Jänner 1913, daß ich es aus Diskretionsgründen nicht könne und fügte mit Bezug auf diese Agitation bei:

„Ich habe mich umsomehr verpflichtet gesehen, dies zu berichten, als es niemandem fremd sein kann, daß in den slawischen Gebieten seitens einzelner Beamter, Professoren und Geistlicher die großslawische Idee propagiert wurde und auch weiter propagiert wird, obzwar sie seit den jüngsten Vorgängen am Balkan einen ausgesprochen monarchiefeindlichen*) Charakter angenommen hat. Es genügt übrigens, die Rolle zu betrachten, welche die Geistlichkeit, und zwar auch die katholische, bei den Wahlen einhält, um zu erkennen, auf welchem national verhetzenden Standpunkt dieselbe großenteils steht, somit auf einem Standpunkt, welcher das naturgemäße Gefüge der Monarchie und den einmütigen Charakter der Armee zu zersetzen geeignet ist.“

Daß ich mit dieser Stellungnahme auf Widerstand stoßen, Unwillen erregen und mir Feinde schaffen würde, wußte ich, aber mir standen die Interessen unseres alten gemeinsamen Vaterlandes Österreich-Ungarn höher als sonstige Rücksichten.

Ich habe übrigens diesen Vorfall hauptsächlich deshalb erwähnt, weil er anscheinend zu der später eingetretenen Trübung meines Verhältnisses zum Erzherzog beigetragen hat.

Welch scharfe Formen die erwähnten inneren Kämpfe bereits angenommen hatten, und wie sehr man sich auch in Bosnien für die

---

*) Darunter ist die „ö.-u. Monarchie“ verstanden.

ungarischen Verhältnisse interessierte, zeigt beispielsweise ein Artikel des Sarajevoer Tagblattes vom 21. Jänner 1913:

„Ein Appell der Slowaken an die Krone.

Der »Slovensky Tyždennik«, das Organ der ungarländischen Slowaken, richtet in Angelegenheit der bevorstehenden Reichstagswahlreform in Ungarn an den König einen Appell, in dem es unter anderem heißt: »Es wird vielleicht Eurer Majestät bekannt sein, daß in Ungarn außer den magyarischen Herren und Magnaten auch arbeitendes Volk lebt. Es sind dies Magyaren, Slowaken, Rumänen, Deutsche, Serben und Ruthenen. Das sind jene, die gehorsam in den Krieg zogen, wann immer sie ihr erhabener König rief. Sie ließen zuhause ihre Familien darben und ihre Felder blieben brach liegen. Sie gingen und fielen für ihren Kaiser in der Lombardei und bei Königgrätz und auch in Bosnien modern die Überreste so manches tapferen Slowaken. Und Eure Majestät war freigebig mit Dank und Lob. Im Jahre 1861 geruhten Eure Majestät sich gegenüber einer slowakischen Deputation zu äußern, daß es Majestät Wunsch sei, slowakische Kultur und Nationalität zu erhalten und die Magyarisierung in den Schulen nicht gutzuheißen. Sechs Jahre später erhielten die magyarischen Herren uns gegenüber freie Hand. Im Jahre 1905 hatte sich Eure Majestät für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen und siehe: Im Namen Eurer Majestät bereitet die Regierung einen solchen Gesetzentwurf vor, daß das Wahlrecht nur jener erhalte, den der Stuhlrichter als verständig erkennt! Und was sind denn wir — ach Gott und Herr — daß diese Welt so stiefmütterlich mit uns umgeht? Sind denn wir Slowaken oder die Rumänen, oder die magyarischen Bauern und Arbeiter schändliche Verbrecher, Mordbrenner oder Diebe, daß man uns von den bürgerlichen Rechten ausschließen will? Wir sind eben jene, welche Eure Majestät als ‚Meine lieben Völker‘ anzusprechen geruht, wann immer es sich darum handelt, für das Reich neue Steuern oder gar das Leben zu geben. Wir sind eben jene, die treuergeben zu ihrem König kommen und auf ihrer Stirne das Mal der Sklaverei tragen, welches uns im Allerhöchsten Namen eingebrannt wurde.«“

Diese Wahlrechtsbestrebungen fanden an der herrschenden Gentry, insbesondere an der durch Graf Tisza vertretenen Gruppe, prinzipiellen Widerstand.

Was die nationale Seite der Frage anlangt, so standen die Slowaken übrigens nicht durchaus den magyarischen Bestrebungen in dem Maße ablehnend gegenüber, wie in der Regel die übrigen Nationalitäten Ungarns — viele von ihnen antworteten, nach ihrer Nationalität befragt, mit: Magyar vagyok! (Ich bin ein Ungar).

In B. H. bereitete der Landtag der Regierung mannigfache Schwierigkeiten, besonders auch hinsichtlich der Sprachenfrage. Er war bestrebt, der deutschen Sprache auch dort Hindernisse in den Weg zu legen, wo sie aus Zweckmäßigkeitsgründen unerläßlich war. Aber auch die stets zunehmende, von Belgrad eifrig genährte großserbische Propaganda bereitete der Regierung ernste Sorgen.

Der Landeschef und kommandierende General schreibt beispielsweise nach seiner Rückkehr von einer Dienstreise d. d. 20. Jänner 1913:

„Auch während meiner Abwesenheit waren Anzeigen gegen einige einheimische serbische Landleute wegen angeblicher hochverräterischer Äußerungen eingelaufen, und wenn dieselben auch an sich von keinem besonderen Belang sind, deuten sie doch das Fortbestehen und allmähliche Wirksamwerden auswärtiger Agitationen, sowie die Unverläßlichkeit einzelner einheimischer Elemente an.“

In dem Berichte vom 20. Jänner 1913 heißt es weiter:

„Am 6. Jänner langte vom Bezirksamte Brčko nachstehende telegraphische Meldung ein: »Heute morgens fanden hiesige Fischer am rechten Save-Ufer zwei Kisten mit zusammen fünfzehn serbischen Handschleudergranaten. Selbe dem Militärstationskommando übergeben.« Damit war wieder ein sehr bedeutsamer Beweis der von Belgrad aus werktätig betriebenen Agitation erbracht.“

Bemüht, den gegen Österreich-Ungarn gerichteten Machenschaften Grenzen zu ziehen und mit Serbien und Montenegro auskömmliche Verhältnisse zu schaffen, war die k. u. k. Regierung auf Verhandlungen mit Serbien bedacht. In diesem Sinne hatte der gemeinsame Finanzminister den Landeschef in Sarajevo am 31. Dezember 1912 telegraphisch um „eine programmatische Aufstellung jener Forderungen, die vom Standpunkte der politischen und wirtschaftlichen Interessen der bosnischen Verwaltung an Serbien zu stellen wären“, ersucht.

Den politischen Forderungen gab Feldzeugmeister Potiorek in nachstehender, für unser Verhältnis zu Serbien charakteristischen Zusammenfassung Ausdruck:

„1. Serbien hat in völkerrechtlich wirksamer Form endgültig allen Aspirationen auf Bosnien zu entsagen.

2. Verpflichtung Serbiens zur Auflösung und zur Verhinderung der Wiedererrichtung der »Narodna odbrana«*) sowie aller ähnlicher

*) Verein, der, skrupellos in der Wahl der Mittel, die Propaganda der Tat betrieb, was auch in verschiedenen Attentaten (Landeschef General d. I. von Varešanin, Banus Skerlecz und Cuvaj) und schließlich im Fürstenmord in Sarajevo 1914 zum Ausdruck kam.

bestehenden oder künftig geplant werdenden Vereine, die ihre Tätigkeit auch auf das Gebiet der Monarchie oder doch auf Angehörige der Monarchie erstrecken und unter dem Deckmantel kultureller Arbeit destruktive Tendenzen gegen die Monarchie verfolgen; überhaupt bindende Verpflichtung Serbiens, jede großserbische Tendenzen verfolgende oder fördernde Propaganda zu unterlassen und zu verhindern.

3. Endgültige zweifellose Festsetzung der Grenze gegen Serbien derart, daß

a) an der unteren Drina der Stromstrich des regulierten Flusses zur Grenze werde,

b) daß die Stromregulierung binnen längstens fünf Jahren auf gemeinsame Kosten der Monarchie (nicht des zur Aufbringung der zirka 25 Millionen Kronen betragenden Baukosten nicht befähigten Landes B. H.) und Serbiens durchgeführt sei und

c) daß die Monarchie als Entgelt dafür, daß sie bei dieser Grenzregulierung zweifellos manche bestehende, obschon bisher noch nicht zur Geltung gebrachte Rechte auf ziemlich ausgedehnte Gebietsstreifen bleibend aufgibt, im jetzigen osmanischen Sandžakgebiete entschädigt werde.

4. Zweifellose Regulierung der Grenze gegen das dermalige osmanische Sandžakgebiet, wobei

a) alle fremdherrlichen Enklaven auf unserem Territorium verschwinden müssen und

b) mindestens die früher von unseren Truppen besetzt gehaltenen Orte Plevlje, Prjepolje und Priboj als Engelt für unseren Gebietsanspruch an der unteren Drina und aus vielfachen sonstigen Gründen in den Besitz der Monarchie übergehen sollen. (Noch besser wäre auch Bjelopolje zur Monarchie zu schlagen, in welchem Falle die Grenze zum größten Teile durch den Lim und die Tara gebildet würde.)

5. Verpflichtung Serbiens, an unserer Grenze durch Entwaffnung aller Grenzgemeinden, Errichtung von Grenzgendarmerieposten usw. sichere, ruhige, geordnete Zustände herzustellen und zu erhalten.

6. Festlegung eines äußerst rigorosen Auslieferungsgesetzes und strenge Handhabung desselben.

7. Verpflichtung Serbiens (und Montenegros), den aus dem Sandžak auf unser Gebiet gekommenen Flüchtlingen — gleichgültig, ob sie wieder zurückkehren oder nicht — alle Eigentums- und sonstigen früheren Rechte voll zu wahren.

8. Endgültige zweifellose Festsetzung und Markierung der Grenze gegen Montenegro. (Betrifft hauptsächlich Süddalmatien, wo zu trachten ist, die Höhe des Lovčen in unseren Besitz zu bringen.)

9. Austragung der wegen auf fremdherrlichem Territorium liegenden Besitzteile, dann wegen Waldnutzungen zwischen montenegrinischen und b.-h. Landesangehörigen schwebenden Streitfragen binnen zwei Jahren."

Abgesehen davon, daß diese Forderungen Gebietsabtretungen betrafen, zu denen sich Serbien und Montenegro auf friedlichem Wege nie hergegeben hätten (z. B. Lovčen), vermochte ich in einer lediglich völkerrechtlich wirksamen Form der Entsagung Serbiens keine Gewähr zu erblicken, da ich der Ansicht bin, daß das Völkerrecht eine ephemere Rechtsgrundlage ist, die bei den ersten gut sitzenden Granaten in Trümmer geht. Ebenso schien es mir bedenklich, die Ruhe der Monarchie lediglich auf serbische Versprechungen zu gründen.

Das Völkerrecht ist eine ephemere Rechtsbasis, die dem Schwächeren sicheren Schutz nicht gewährleistet, dem Stärkeren aber, der es nach Belieben modelt, als Maske dient, seine Gewaltakte zu bemänteln.

Die wirtschaftlichen Forderungen, deren Details ich übergehe, bezogen sich auf Bahnanschlüsse, Tariffragen, eine Zollkonvention, eine Münzkonvention, Salz- und Tabakbezug, Veterinärpolizei, Flußregulierungen, Schiffbarmachungen, Regelung der Flößerei, Fischerei, des Automobilverkehres u. dgl.

Vom Wiederbeginn der Feindseligkeiten (3. Feber 1913) bis zum Bruch des Balkanbundes (28. Mai 1913).

Allgemeiner Überblick der Geschehnisse.

Die charakteristischen Merkmale dieser Zeitperiode betrafen: Albanien, Skutari, Adrianopel, Janina, den bulgarisch-rumänischen und den bulgarisch-serbischen Konflikt, der sich auch auf Griechenland erstreckte, die Londoner Botschafterkonferenz, die Politik der Großmächte, die militärischen Vorbereitungen derselben.

Die Gefahr, Serbien und Montenegro zu einem Staatswesen heranwachsen zu sehen, das — auch an der Adria festsitzend — der ö.-u. Monarchie den Weg nach dem Orient versperren, sie durch die bekannten großserbischen Aspirationen in ihrem Bestand bedrohen und stets einen Verbündeten ihrer Gegner bilden würde, ferner das langhergebrachte Protektorat über die albanesischen Katholiken, endlich die Hoffnung, in Albanien einen künftigen Bundesgenossen zu finden, hatte Österreich-Ungarn genötigt, für die Schaffung eines selbständigen albanesischen Staates einzutreten. Wohl war schon am 16. Dezember 1912 in der Londoner Botschafterkonferenz die Gründung dieses selbständigen Staates beschlossen worden, doch machten sich bei Festsetzung seiner Grenzen Einflüsse geltend, die diese Schaffung im Keime zu ersticken drohten. Sollte Albanien kein lebensunfähiger Torso bleiben, so mußten ihm die Gebiete von Kossovo, Prizren, Djakovo und Janina, vor allem aber Skutari zugesprochen werden. Nun strebte Griechenland den Besitz von Janina, das es belagerte, Serbien, dessen Truppen bereits in Albanien standen, die dauernde Festsetzung an der Adria, sowie den Weg dahin an, während Montenegro mit zäher Hartnäckigkeit um den Besitz von Skutari rang, obzwar die Mächte auf der Botschafterkonferenz die bündige Erklärung abgegeben hatten, daß Skutari Albanien verbleiben, somit von den Montenegrinern wieder geräumt werden müsse, auch wenn ihnen dessen Einnahme gelingen sollte.

Wohl mochte Montenegro in Erinnerung an den seinerzeit von den Mächten als unumstößlich erklärten, unter dem Druck der Ereignisse

sofort fallen gelassenen status quo am Balkan damit gerechnet haben, daß sich die Mächte abermals vor vollendeten Tatsachen beugen würden; in dieser Frage jedoch blieben sie einig, teils aus direkten eigenen Interessen (Italien), teils um Österreich-Ungarn gegenüber willfährig zu erscheinen, es durch Scheinerfolge zu beschwichtigen und sein selbständiges Eingreifen zu verhindern, besorgt, daß dieses Eingreifen zum Ausbruch des ihnen zu dieser Zeit noch nicht genehmen europäischen Krieges führen könnte, der ja das Ziel ihres Zusammenschlusses bildete.

Eigenartig war die Rolle Italiens, da es, bemüht um den Einfluß in Albanien und den seinerzeitigen Besitz Valonas, mit manchen Forderungen Österreich-Ungarns übereinstimmte, anderseits aber in Rivalität zu ihm geriet. Mit doppelzüngiger Gewandtheit wußte es diesem Verhältnis Rechnung zu tragen.

Deutschland wollte weder den ö.-u. noch den italienischen Bundesgenossen verstimmen. Es war bemüht, einen europäischen Krieg hintanzuhalten, in welchem Streben es mit seinen künftigen Gegnern parallel lief. Auch neigte es aus verwandtschaftlichen Beziehungen der Herrscherhäuser zur Vertretung griechischer Interessen. Inwieweit analoge verwandtschaftliche Beziehungen zwischen dem italienischen und dem montenegrinischen Königshaus Einfluß übten, war schwer ergründbar. Dagegen sprachen solche wohl bei dem Verhalten Rußlands mit, wenngleich dieses Verhalten viel gewichtiger durch die großen Ziele bestimmt wurde, die Rußland verfolgte. Diesen Zielen entsprechend, war Rußland angewiesen, für Serbien und Montenegro einzutreten, um sie als künftige Bundesgenossen im Kriege gegen Österreich-Ungarn möglichst zu Macht und Stärke gelangen zu lassen. Rußland hielt nur jene Grenzen ein, die mit Rücksicht auf eine etwaige europäische Konflagration geboten waren. Sie wäre ihm zu dieser Zeit noch verfrüht, daher unerwünscht gekommen.

In Frankreichs Zielen lag es, die russische Politik zu fördern, alles gegen Österreich-Ungarn Gerichtete zu unterstützen, während England vornehmlich darauf bedacht schien, den Weltkrieg hintanzuhalten, ihn auf günstigere Zeiten zu vertagen.

Aus diesen Bemühungen ergab sich die Einwirkung der Ententemächte auf Serbien zur Restringierung seiner adriatischen Ansprüche und auf Montenegro zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Skutari. Außer auf diplomatische Vorstellungen erstreckte sich diese Einwirkung auf eine Flottendemonstration und Blockade zur See, die mit einer Absperrung zu Lande verbunden werden sollte. Die Blockade blieb ziemlich unwirksam, wurde in wichtigen Fällen, wie beispielsweise der

Inhibierung serbischer Truppentransporte, lahm gehandhabt, während die Absperrung zu Lande lediglich auf indirektem Wege angestrebt, daher auch ohneweiters durchbrochen wurde.

Man sah davon ab, dieser Einwirkung durch Truppenlandungen Nachdruck zu geben, da hauptsächlich England dagegen war, und ließ es geschehen, daß Montenegro, den Forderungen der Mächte trotzend, die Belagerung von Skutari fortsetzte und dieses schließlich am 23. April einnahm. Angeblich im verräterischen Einverständnis mit Essad Pascha, der nach der mysteriösen Ermordung Rhiza Beys das Kommando Skutaris übernommen hatte.

Erst dann erhöhten die Mächte, voran Italien und Österreich-Ungarn, ihre Drohungen und zwangen Montenegro, am 5. Mai den Platz zu räumen, der nun eine gemischte Besatzung erhielt: 1000 Österreicher und Ungarn, 1000 Italiener, 400 Engländer, 350 Franzosen, 105 Deutsche, alles unter Oberbefehl eines englischen Admirals.

Indessen hatten die Griechen Janina belagert und es am 6. März eingenommen. Dies rief den Unwillen Italiens wach, das jede sich Valona nähernde griechische Erwerbung scheel verfolgte.

Während diese Vorgänge den Westbalkan beherrschten, setzte im Ostbalkan Bulgarien, nachdem es am 3. Feber die Feindseligkeiten wieder begonnen hatte, alles daran, sich Adrianopels gewaltsam zu bemächtigen. Die mit der Türkei gepflogenen Verhandlungen hatten das gewünschte Ziel — die Übergabe des ganzen Platzes — nicht erbracht. Die Bulgaren hielten ihn im Verein mit einem serbischen Kontingent umschlossen und bereiteten den gewaltsamen Angriff vor, während die Truppen an der Čataldža-Front etwas zurückgenommen wurden.

Ein mißglückter bulgarischer Versuch, Gallipoli zu nehmen, änderte im wesentlichen nichts. Am 26. März erstürmten jedoch 120.000 Bulgaren und 50.000 Serben Adrianopel, wo 52.000 Türken mit 620 Geschützen in ihre Hände fielen.

Noch im Vollgefühl militärischer Stärke und in der Hoffnung, alle Ziele zu erreichen, setzte Bulgarien dem dringenden Verlangen Rumäniens nach Abtretung Silistrias und des Gebietes bis an die Linie Turtukai—Balčik Widerstand entgegen. Es führte die Verhandlungen nur zögernd und störte dadurch das unablässige Bemühen Österreich-Ungarns, die Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien auszugleichen. Österreich-Ungarn galt es, Rumänien nicht an die Seite Serbiens zu treiben, sondern es sich als aktiven Bundesgenossen im Falle eines Krieges gegen Rußland zu erhalten — eine wesentliche Bedingung für erfolgreiche Führung eines solchen.

Rückhältigkeiten Bulgariens, Empfindlichkeiten auf beiden Seiten erschwerten ungemein diese Bemühungen, die überdies mit der rührigen, auf die Gewinnung Rumäniens für die Entente gerichteten Agitation Frankreichs und Rußlands zu rechnen hatten, die hiefür reichliche Geldmittel einsetzten.

Zwar fand diese Agitation Widerstand bei König Carol und mehreren seiner berufenen Räte, aber die Presse und damit die öffentliche Meinung begannen allmählich ihr zu unterliegen. Auch erwuchs ihr in der russisch und englisch orientierten Kronprinzessin eine nicht zu unterschätzende Stütze.

Am 11. Mai sprach ein Schiedsgericht der Botschafter in Petersburg Rumänien Silistria zu, den Zug der Grenze aber nur bis Sabla und nicht bis Balčik, wie Rumänien es wünschte. Doch nahm am 31. Mai die Kammer in Bukarest diese Entscheidung an. Der rumänisch-bulgarische Konflikt schien damit beglichen, er blieb es aber in der Folge nicht.

Die Türkei, die sich durch alle oberwähnten Vorgänge etwas entlastet fühlte und mit der ihr eigenen Kunst des Improvisierens ihre militärischen Kräfte allmählich gehoben hatte, ließ die Hoffnung nicht sinken, ihren europäischen Besitz auch weiterhin wahren zu können. Sie kämpfte, sowohl auf dem Schlachtfelde als am Verhandlungstische zähe um ihn.

Zwar schickte sich Rußland zu Versuchen an, die Meerengenfrage zu seinen Gunsten zu lösen, sie erhielten jedoch nie greifbare Gestalt. Die Rücksicht auf England und die Absicht, der Türkei in Armenien an den Leib zu gehen, mochten dabei mitgesprochen haben.

Die Ententemächte waren eben bestrebt, unter sich Konflikte zu vermeiden, um für den Kampf gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einmütig bereit zu sein; sie opferten kleine Ziele dem gemeinsamen großen.

Während Serbien und Bulgarien noch vereint vor Adrianopel kämpften, entwickelte sich bereits der Konflikt zwischen diesen beiden bisherigen Alliierten.

Serbien, das zur Zeit des verlustreichen Kampfes der Bulgaren gegen die türkische Hauptmacht nach leichten Erfolgen Gebiete okkupierte, auf die Bulgarien für sich gerechnet hatte (Mazedonien, Bitolja-Monastir) erhob nun Ansprüche auf diese, benützte die Gründung Albaniens als Vorwand, um sich als verkürzt hinzustellen, wie Pašić in der Skupština vom 28. Mai erklärte, und weigerte sich, auch nur ein Dorf herauszugeben.

Griechenland, wo nach dem ruchlosen Meuchelmord an König Georg (18. März) sein Sohn Konstantin I. die Regierung führte, machte ähnliche Aspirationen geltend. Beide gerieten dadurch in scharfen Widerstreit mit Bulgarien, das sich entschlossen zeigte, seine Forderungen bis zum äußersten zu vertreten.

Der Balkanbund ging damit in Brüche; dies schuf eine gänzlich neue Lage, die Österreich-Ungarn Chancen bot, wie sie kaum je wieder zu erwarten waren.

Welche Richtung die Politik der Großmächte bisher verfolgte, ist schon dem Gesagten zu entnehmen. Die diplomatische Aktion sollte sich auf der Botschafterkonferenz vollziehen; diese sank nach und nach zu einer ziemlich wesenlosen Institution herab, umsomehr, als über sie hinweg die Kabinette direkt unter sich verhandelten und selbst die Herrscher persönlich in Verbindung traten. Doch blieb sie auch weiter das Forum, auf dem Österreich-Ungarn der Zaum angelegt und es abgehalten wurde, seine Interessen auf selbständigem Wege zu verfolgen. Den Zwecken von Österreich-Ungarns Feinden hatte sie somit gedient.

Am 30. Mai kam ein Präliminarfriede in London zustande, der die türkische Grenze mit der Linie Enos-Midia festlegte, Kreta — von wo England, Frankreich und Rußland ihre Flottenabteilungen schon im Feber abgezogen hatten*) — den Verbündeten überließ, die Abgrenzung Albaniens, sowie die Entscheidung über die ägäischen Inseln den Großmächten vorbehielt und für die Regelung der finanziellen Fragen einen internationalen Ausschuß in Paris bestimmte.

Die Ententemächte, stets den Blick auf das große Ziel: den europäischen Krieg gerichtet, der ihnen vorläufig noch ungelegen gewesen wäre, setzten zu dieser Zeit ihre ausgleichenden Bemühungen fort, während sie unentwegt an der Entwicklung ihrer Wehrmacht arbeiteten, so vor allem Rußland, das nebst der Behebung mancher Rückständigkeiten allgemeiner Natur auch noch rein konkrete Kriegsvorbereitungsmaßnahmen traf. Letztere hatten Analoges — jedoch in weit geringerem Umfang — auch in Österreich-Ungarn ausgelöst. Es gab zu gegenseitigen Rekriminationen Anlaß. Sie wurden schließlich durch ein persönliches Schreiben Kaiser Franz Josephs an den Zaren**) beigelegt. Es hatte die gleichzeitige Erklärung der beiderseitigen Regierungen (11. März) zur Folge, die Truppen an den Grenzen auf den

---

*) Seitens Deutschlands und Österreich-Ungarns war dies schon längst früher geschehen.

**) 3. Feber 1913 überbracht durch Oberstleutnant Gottfried Prinz Hohenlohe in besonderer Mission. Näheres siehe später.

Friedensfuß zu setzen. Eine Maßnahme, die sich aber nur auf das Grenzgebiet gegen Rußland bezog, während anbetrachts der bedrohlichen Vorgänge am Balkan die in B. H. D. getroffenen Vorkehrungen aufrecht erhalten bleiben mußten. Die ö.-u. Wehrorganisation brachte es nun mit sich, daß von den vier Bataillonen manchen galizischen Regimentes eines sich in B. H. D. befand, so daß dessen Reservisten nicht zur Entlassung zu gelangen vermochten, sondern diese Entlassung nur die drei anderen Bataillone betraf. Die Unkenntnis dieser Eigentümlichkeit der ö.-u. Organisation hatte damals zur unbegründeten Anschuldigung geführt, Österreich-Ungarn trachte die abgegebene Erklärung zu umgehen, was durchaus nicht der Fall war.

Den auf die Heeresentwicklung gerichteten allgemeinen Vorbereitungsmaßnahmen der Ententestaaten entsprechend, brachte auch Deutschland eine dem gleichen Zwecke dienende neue Wehrvorlage ein. Auch erfolgten analoge Forderungen in Österreich-Ungarn.

Einzelheiten über die Vorgänge, Dokumente, Besprechungen.

Wie die im Vorstehenden skizzierten, vielfach ineinander verschlungenen Vorgänge der Zeitperiode bis zum Bruch des Balkanbundes allmählich in die Erscheinung traten, welche Anschauungen dabei zur Geltung kamen und wie sich meine Tätigkeit in den Gang der Geschehnisse einfügt, soll nachstehende Darstellung bieten. Sie bringt die Vorkommnisse monatweise, um dem Leser die allmähliche Entwicklung der oben zusammenfassend dargestellten Ereignisse vor Augen zu führen.

Feber.

Am 3. Feber richtete ich folgendes Schreiben an Graf Berchtold.

„Euer Exzellenz!

Ich habe heute bei Seiner Majestät die Allerhöchste Bewilligung zur Verlegung von Artillerie aus Esseg und Peterwardein nach Semlin erbeten, eine Maßnahme, die um so dringender ist, als die Donauflotille wegen des Eistreibens im Hafen von Titel festsitzt und Semlin ansonst über keinerlei Geschütz verfügt. Ich bitte E. E., diese Maßnahme bei Seiner Majestät zu unterstützen.

Ferner erlaube ich mir, E. E. streng vertraulich mitzuteilen, daß unsere Aufmarschvorbereitungen zwar so getroffen sind, daß sie jederzeit in Funktion treten können, daß dieselben aber ab 1. März vorteilhafter sind, als vor diesem Termin, weil für das neue, mit 1. März

geltend werdende Elaborat schon neu hinzugekommene Bahnstrecken ausgenützt wurden.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Am 10. Feber erhielt ich nachstehendes hierauf bezugnehmendes Schreiben des Vorstandes der Militärkanzlei Seiner Majestät:

„9. Feber 1913.

Hochgeschätzter Freund!

Bezugnehmend auf die Frage, die mir gestern Dein Flügeladjutant übermittelte, beeile ich mich, Dir mitzuteilen, daß ich mir heute eine Allerhöchste Entscheidung a. u. erbeten habe.

Diese lautet dahin, daß Du den beabsichtigten abermaligen Antrag ad Semlin beim K. M. »noch nicht« stellen mögest.

Verehrungsvollst Dein ergebenster

Bolfras, G. d. I."

Es blieb also auch weiter das bedenkliche Verhältnis bestehen, daß Serbien vom erheblich dominierenden Südufer den wichtigen Raum von Semlin sowie die Save-Donau unter Feuer legen konnte, ohne daß österreichisch-ungarischerseits das Feuer erwidert zu werden vermochte.

Ich sandte daher folgendes Antwortschreiben:

„11. Feber 1913.

Euer Exzellenz

beehre ich mich meinen ergebensten Dank für die hochgeschätzten Zeilen vom 9. d. M. zu übersenden.

Es ist bedauerlich, aber symptomatisch, daß selbst derart geringfügige militärische Maßnahmen der Furcht vor diplomatischen Schwierigkeiten untergeordnet werden. Dieses Tempo kann zu nichts Gutem führen, die Rückwirkung auf den Geist der Armee ist bereits unverkennbar.

Genehmigen Exzellenz den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung, womit ich stets bin

Euer Exzellenz gehorsamster

Conrad, G. d. I."

Diesem abschlägigen Bescheid reihten sich bald weitere an.

Das über die Vorgänge in Albanien und die Stellung der Monarchie zu letzterem Gesagte macht wohl erklärlich, daß militärischerseits die Bewaffnung der Österreich-Ungarn zugetanen Albanesen ins Auge

gefaßt wurde, vor allem im Hinblick auf den möglichen Konflikt mit Serbien und Montenegro.

Es legte sich auch schon deshalb nahe, weil die anderen Mächte keinen Anstand nahmen, ihre Schützlinge nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch mit Gewehren, Geschützen, Munition und Kriegsgerät zu versorgen und ihnen auch personelle Hilfe in der Form von „Freiwilligen" zuzuführen.

Ein Unterlassen ähnlicher Hilfe seitens Österreich-Ungarns mußte bei den Albanesen das Gefühl erwecken, von der Monarchie im Stich gelassen zu sein, und sie verleiten, Hilfe bei anderen zu suchen, so insbesondere bei Österreich-Ungarns Rivalen Italien, das sich über Skrupel hinwegsetzte.

Daher forderte ich jene Vorkehrungen, die nötig waren, um im Bedarfsfalle die Bewaffnung der Albanesen durchzuführen, zunächst durch Bereithalten der Waffen auf ö.-u. Gebiet in Süddalmatien.

Am 7. Feber erhielt ich nachstehendes Schreiben des Ministers des Äußern:

„Wien, am 6. Feber 1913.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Laut einer mir auf vertraulichem Wege zugekommenen Nachricht hat die k. u. k. Kriegsverwaltung schon jetzt vorbereitende Schritte zu einer Aktion eingeleitet, um eine größere Menge von Gewehren und Munition nach Albanien zu senden und die dortigen Bergstämme zu bewaffnen.

Bedauerlicherweise sind diese Vorbereitungen auch bei den derzeit in der Monarchie befindlichen Albanesen bekannt geworden und hätte man auch auf der hiesigen türkischen Botschaft über die geplante Aktion ziemlich genaue Informationen erhalten.

Um Gewißheit darüber zu erlangen, inwiefern die mir in diesem Belange zugekommenen Nachrichten den Tatsachen entsprechen, habe ich vorgestern den k. u. k. Sektionschef Grafen Szapáry beauftragt, diesbezüglich bei dem Herrn Kriegsminister Erkundigungen einzuziehen. General Krobatin teilte dem Grafen Szapáry auf seine gegenständliche Anfrage mit, daß er allerdings vor einiger Zeit einen größeren Posten Mausergewehre in Deutschland angekauft habe, und zwar mit der Verpflichtung, daß dieselben nur innerhalb der Monarchie verwendet werden würden. So viel er wisse, hätten E. E. die Absicht, einen gleichgroßen Posten anderer Gewehre nach Albanien zu entsenden, diese Aktion liege aber ausschließlich im Wirkungskreise des k. u. k. Generalstabes, und er habe keinerlei Ingerenz auf dieselbe.

Mit Rücksicht hierauf gestatte ich mir, E. E. um eine gefällige Mitteilung darüber zu ersuchen, ob die vom k. u. k. Kriegsminister erwähnte Aktion zur Bewaffnung der albanesischen Bergstämme tatsächlich geplant werde.

Gleichzeitig glaube ich E. E. davon in Kenntnis setzen zu sollen, daß ich vom Standpunkte meines Ressorts gegen die Ausführung dieses Planes im gegenwärtigen Zeitpunkte die schwersten Bedenken geltend machen müßte.

Obzwar es möglicherweise für den Gang der Ereignisse nicht unvorteilhaft gewesen wäre, wenn die albanesischen Bergstämme am Beginne des Balkankonfliktes in der Lage gewesen wären, sich gegenüber der serbischen Invasion entsprechend zur Wehr zu setzen, so hat seither die Lage am Balkan eine solche Änderung erfahren, daß eine nachträgliche Bewaffnung der Einwohner Albaniens meiner Ansicht nach sowohl vom Standpunkte der ungestörten Fortführung unserer auswärtigen Politik als auch von jenem der Rücksichtnahme auf die albanesischen Sonderinteressen nicht erwünscht erscheinen kann.

Die serbische Regierung wird sich in der albanesischen Frage den von den Großmächten gefaßten Beschlüssen unterwerfen und ihre Truppen aus Albanien zurückziehen müssen. Unter diesen Umständen hätte die Bewaffnung der Albanesen im gegenwärtigen Momente keine greifbare Begründung; es würde aber diese Maßnahme von den Mächten als ungerechtfertigter Neutralitätsbruch unserseits interpretiert werden, unser Verhältnis zu dem verbündeten Italien würde dadurch kompromittiert werden und letzterem Anlaß gegeben sein, seinerseits selbständig vorzugehen. Wie dringend notwendig es ist, unsere ohnehin schwierige Position nicht auch noch durch einen Konflikt mit Italien zu komplizieren, braucht wohl keiner näheren Beleuchtung.

Auf der anderen Seite würden durch die Bewaffnung der nordalbanesischen Bergstämme die schon bemerkbaren partikularistischen Tendenzen der katholischen Bezirke gefördert und nach der Abberufung der serbischen Besatzungen der Ausbruch eines Bürgerkrieges im neuen Staatswesen möglich gemacht werden. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, diese Eventualität heraufzubeschwören, welche der provisorischen Regierung die Einführung geordneter Verhältnisse in Albanien ungemein erschweren, wenn nicht unmöglich machen und den beiden benachbarten serbischen Balkanstaaten die erwünschte Gelegenheit bieten würde, die albanesische Frage als unlösbare hinzustellen und ihre Ansprüche auf die Aufteilung des Landes neuerlich vorzubringen.

Aus diesen Gründen muß ich begreiflicherweise den größten Wert darauf legen, über die Absichten des k. u. k. Generalstabes in Albanien

genau orientiert zu werden, um mir die Möglichkeit zu wahren, gegen jene Maßregeln, die mir vom Standpunkte der auswärtigen Politik nicht opportun oder gar bedenklich erscheinen, rechtzeitig Einspruch erheben zu können.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berchtold."

Ich beantwortete dieses Schreiben wie folgt:

„Wien, am 8. Feber 1913.

Euer Exzellenz!

Auf E. E. hochgeschätztes Schreiben vom 6. d. M. beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Ich rechne noch immer mit dem kriegerischen Einschreiten der Monarchie gegen Serbien, weil ich in dem Großwerden dieses Staates eine entscheidende Gefahr für die Monarchie erblicke, welche Gefahr je später desto schwerer zu beseitigen ist. Ich glaube, daß schon die Frage der Abgrenzung Albaniens, will die Monarchie nicht zurückweichen, zu einem Konflikt führen wird.

Kommt es nun zu diesem, so ist es von höchster Wichtigkeit, daß serbische Kräfte durch eine albanesische Insurrektion gebunden werden.

Es besteht daher die Absicht, den Albanesen hiezu Waffen zu liefern. Als solche sind etwa 12.000 Gewehre bestimmt.

Selbstverständlich dürfen dieselben nicht zu früh nach Albanien gesendet werden, da eine vorzeitige Insurrektion nur den Erfolg und Nutzen der letzteren in Frage stellen würde.

Um aber den Weg zu erproben, auf dem eine solche Sendung überhaupt möglich wäre, und um bei den Albanesen nicht durch bloße Worte, sondern durch eine Tat den Glauben an die Unterstützung seitens der Monarchie wach zu erhalten, soll die Sendung einer kleinen Partie dieser Waffen jetzt erfolgen; doch sind auch diese noch dermalen innerhalb der Monarchie deponiert.

Was den Neutralitätsbruch anbelangt, liegen hier zahlreiche Nachrichten vor, die beweisen, wie wenig Skrupel sich in dieser Hinsicht andere Staaten, vor allem Rußland und Frankreich, auferlegen, aber auch Italien soll schon seit längerem Waffen, speziell Gewehre und Munition, und zwar das neueste italienische Ordonanzmodell, in Albanien einschmuggeln.

Speziell liegen ganz neue Nachrichten vor, daß Rußland von Odessa schweres Artilleriematerial nach Antivari dirigiert, welche Maßnahme den für die Monarchie so sehr unerwünschten Fall von Skutari herbeizuführen geeignet erscheint.

Überdies wird eine diesbezügliche Zusammenstellung E. E. unter Evidenzbureau Nr. 399 übersendet.

Es liegt mir gewiß fern, den von E. E. vertretenen Standpunkt der äußeren Politik zu verkennen, aber ich bitte E. E. auch die schwere Verantwortung in Rechnung zu ziehen, die auf mir lastet, wenn die Ereignisse zum bewaffneten Konflikt führen, sowie auch die mir obliegende Pflicht, die hiebei in Frage kommenden Vorbereitungen nicht zu vernachlässigen, dies umsomehr, als es ja durchaus nicht feststeht, daß die Monarchie nicht etwa auch in eine große kriegerische Aktion verwickelt zu werden vermag.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Conrad, G. d. I."

Am 12. Feber wurde verfügt, daß die Gewehrsendung nach Albanien vorläufig zu unterbleiben habe; darauf schrieb ich am 19. Feber an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Meine Informationen lauten dahin, daß man in Albanien ehestens unsere Gewehrsendung erwartet, und daß Italien durch seine bisherigen Gewehrsendungen bald dort das Übergewicht an Einfluß erlangen dürfte und damit unser Einfluß für immer verloren sein würde.

Ich glaube, daß jetzt der Moment gekommen wäre, wo wir uns entschließen sollten, ob wir mit der Unterstützung der Albanesen rechnen wollen oder nicht; es scheint aber auch der Moment gekommen, sich über alle Skrupel ebenso hinwegzusetzen wie andere Mächte, die, so wie Rußland, ihre politischen Freunde auf dem Kriegsschauplatze in weitgehender Weise nicht nur moralisch, sondern auch materiell unterstützen.

Genehmigen etc. . . ."

In einem Schreiben vom 24. Feber an Graf Berchtold wies ich darauf hin, daß der erfolgreiche Raid des türkischen Kreuzers „Hamidié" die Gelegenheit bieten würde, Waffen nach Albanien zu bringen, und ergänzte dieses Schreiben durch die beiden nachfolgenden:

„Wien, 25. Feber 1913.

Ich beehre mich E. E. das Resumé der Meldungen, die mir heute zwei durch Monate in Albanien gewesene k. u. k. Offiziere erstatteten, mitzuteilen.

Dieses Resumé gipfelt darin, daß Albanien schon seit Jahren bei jedem Aufstand auf die Unterstützung Österreich-Ungarns rechnet,

nachdem aber diese Unterstützung immer ausgeblieben, bereits sehr mißtrauisch gegen uns geworden ist.

Immerhin hoffen die maßgebenden albanesischen Persönlichkeiten Valonas in der jetzigen Krise noch auf eine Unterstützung durch Österreich-Ungarn mit konkreten Mitteln, d. i. Lebensmitteln und Waffen, deren Zuschub jetzt ohne besondere Schwierigkeiten erfolgen könnte*).

Tatsächlich soll Italien für Albanien bestimmte Lebensmittel u. dgl. schon seit langem anstandslos landen.

Die Stimmung bei den Albanesen soll aber bereits eine derartige sein, daß, falls Österreich-Ungarn die Albanesen nicht bald unterstützen sollte, diese gewillt seien, sich an Serbien zu wenden.

Wo die Serben in Albanien einmarschierten, verlautbarten sie, daß, da Österreich-Ungarn die Albanesen im Stiche gelassen, sie nunmehr als Befreier kämen.

Dem mag es auch zuzuschreiben sein, daß die Albanesen nicht nur nicht gegen die Serben kämpften, sondern letzteren als Wegführer dienten. Auf dem Marsche nach Durazzo bildeten albanesische Abteilungen die Vorhuten der serbischen Kolonnen.

Ich stelle es der Erwägung E. E. anheim, ob nicht doch jetzt — wie ich mir schon wiederholt zu bemerken erlaubt habe — der Moment gekommen wäre, die Albanesen mit konkreten Mitteln zu unterstützen.

Genehmigen etc. . . .“

Diesem Schreiben ließ ich das nachstehende folgen:

„Wien, 26. Feber 1913.

Ich habe eben durch den aus Albanien rückgekehrten Rittmeister der königlich ungarischen Landwehr von Zubovics erfahren, daß in der Zeit nach dem 8. Feber in Durazzo und Antivari mit griechischen Schiffen 23 russische Offiziere und zwei Tage später 49 russische Offiziere und 70 russische Unteroffiziere in russischer Uniform mit Dienstesabzeichen angekommen sind, die auch Sättel und sonstiges Reitzeug russischen Musters bei sich hatten. Alle sprachen russisch, wovon sich Rittmeister von Zubovics direkt überzeugt hatte.

Dies wirft ein neues Licht auf die Aktivität unserer Gegner und steht in krassem Widerspruch zu unserem Verhalten.

---

*) In einem vom 2. Feber 1913 datierten Schreiben Ekrem Bey Vloras, eines angesehenen Albanesen in Valona, hieß es:

„Ich wiederhole E. E., daß nicht nur ich, sondern alle meine Landsleute des großen Interesses, das uns die Monarchie zeigt, und unserer Dankesschuld voll bewußt sind und daß wir auch fürderhin die innere und äußere Konsolidierung Albaniens von Österreich-Ungarn erhoffen.“

Ferner erhielt ich von gut informierter Seite Nachricht, daß die systematischen, auf die Ausrottung des albanesischen Elementes, ebenso wie auf die konsequente Untergrabung unseres Prestiges in Albanien hinarbeitenden Grausamkeiten der Serben gegen die Albanesen anhalten, ja sogar noch im Zunehmen begriffen sind*).

Ich erlaube mir E. E. diese zwei Tatsachen mitzuteilen und glaube, daß erstere zur Vorsicht mahnt, während die zweite uns doch veranlassen sollte, dagegen Stellung zu nehmen, wenn wir unsere Rolle in Albanien nicht ganz ausspielen wollen.

Genehmigen etc....“

In der rumänischen Frage hatte ich am 27. Jänner das bereits früher wiedergegebene Schreiben**) an Graf Berchtold gerichtet, in dem ich die Notwendigkeit hervorhob, Rumänien an unserer Seite zu erhalten und durch Vorgehen gegen Serbien eine klare Situation zu schaffen. Ich erhielt hierauf am 10. Feber folgende Antwort:

„Wien, den 8. Feber 1913.

Euer Exzellenz

hochgeschätzte Zeilen vom 27. v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und erlaube mir in Erwiderung auf dieselben die folgenden Konsiderationen zum Ausdrucke zu bringen.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage und üben unseren ganzen Einfluß zu Gunsten Rumäniens aus. Es ist dementsprechend zu hoffen, daß diese Frage eine billige Lösung finden wird.

Den rumänischen Standpunkt manu militari durchzusetzen, erschiene für uns indessen, wie dies bezüglich des bulgarischen Standpunktes für Rußland der Fall sein dürfte, als eine Aufgabe, bei der das Ziel in keinem Verhältnisse zu den Kosten steht.

Nirgends mehr als in der Monarchie wird bedauert werden, wenn infolge Austragung der rumänischen Aktion durch ein Kompromiß die Stellung König Carols auch eine leise Erschütterung erfahren sollte. Aber schließlich kann nicht geleugnet werden, daß die Allianz mit Rumänien aus rein defensiven Gründen zur Erhaltung der Existenz des Königreiches geschlossen wurde und nicht, um ihm Gebiete zu verschaffen, auf welche es weder historisch, noch juridisch, noch ethnographisch einen Anspruch zu erheben vermag.

---

*) Daß die Serben in einem Gebiete sich als Freunde der Albanesen gebärdeten, in einem anderen aber letztere ausrotteten, ist mit den Usancen der Balkanvölker völlig vereinbar.

**) Seite 52.

Ich glaube ferner nicht, daß wegen der eventuellen Nichterfüllung der rumänischen Desiderata bezüglich Silistrias die auswärtige Politik des Königreiches eine prinzipielle Änderung erfahren wird. Ist doch diese Politik von besonnenen, meist in Frankreich erzogenen rumänischen Staatsmännern schon vor vielen Jahren aus der naheliegenden Besorgnis (keine geographischen Grenzen, selbe Religion), russifiziert zu werden, festgesetzt worden. (Broschüre Take Jonescus vom Anfange der Neunziger Jahre.) Auch läßt sich nicht annehmen, daß bei den einsichtigen Elementen der Zweck unserer diplomatischen Stellungnahme für Rumänien verkannt werden könnte. Wenn letztere wohl kaum einen vollkommenen Erfolg für Rumänien zu erzielen imstande wäre, was übrigens vom Standpunkte der zukünftigen Beziehungen Bulgariens zu Rumänien nicht zu beklagen wäre, so muß in Betracht gezogen werden, daß die vorübergehende Mißstimmung in gewissen rumänischen Kreisen nicht die Nachteile aufwiegen würde, welche der Monarchie im Falle eines j e t z t e r f o l g e n d e n Eingreifens in Serbien, wodurch der Krieg mit Rußland u n b e d i n g t entfaltet werden würde, erwachsen würden. Der Fall einer Niederlage Österreich-Ungarns in jenem Kriege braucht nicht erörtert zu werden. Aber auch im Falle eines siegreichen Feldzuges, welcher nicht verfehlen würde, den Zarismus zu zerstören, würden sich die Beziehungen zu Rumänien sehr ungünstig gestalten, indem Rumänien vom Cauchemar der Russifizierung befreit und somit nicht mehr auf einen Anschluß an Österreich-Ungarn angewiesen werden würde. In jenem Falle könnte es sich sogar ganz leicht ereignen, daß das Königreich sich seitens seines liberalen, eventuell republikanischen russischen Nachbarn sicher fühlend und keinen Grund mehr habend, sich für das befreite Bessarabien zu interessieren, seine ganze Energie der Lösung der rumänischen Frage in Ungarn widmen würde.

Unter anderen Umständen erschiene es mir nicht undenkbar, daß wir Rumänien und Bulgarien an ein aktives Eingreifen unsererseits gegen Serbien durch Überlassung serbischer Gebietsteile an beide Mächte interessieren könnten. Hiezu wäre aber der Moment abzuwarten, wo die gegenwärtigen Allianzbeziehungen zwischen Bulgarien und Serbien sich lösen und der alte Zustand der Rivalität zwischen diesen Königreichen wieder eintritt.

Aus obigem ergibt sich, daß die Monarchie weder in der serbischen noch in der rumänischen Frage ein Interesse daran haben kann, es auf einen Krieg mit Rußland ankommen zu lassen, und daß sie bestrebt sein muß, die zweite Frage in einem günstigeren Moment, wo ihr der Angriff Rußlands nicht droht, zu lösen.

Über die Aussichten eines Krieges zwischen der Monarchie und Rußland gestatte ich mir E. E. anbei eine kurze Denkschrift zur Verfügung zu stellen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berchtold."

„Denkschrift C. (Beilage zu obigem Brief.)

Der Krieg mit Rußland.

Wien, am 24. Jänner 1913.

Die Konsequenzen einer Niederlage der Monarchie in einem Kriege mit Rußland sind klar.

Hier wollen wir uns hauptsächlich mit der Eventualität eines Sieges Österreich-Ungarns beschäftigen, der bei der gegenwärtigen politischen Konstellation gewiß nicht ausgeschlossen ist.

Es ist begreiflich, daß dieser Sieg »als definitive Lösung aller unserer Schwierigkeiten angestrebt wird«.

Bevor man jedoch jemand angreift, muß man genau wissen, wer er ist, Freund oder Feind.

Rußland ist in dieser Hinsicht ein doppeltes Wesen. Rußland als Nation kann als Feind der Monarchie erscheinen, der russische Zarismus hingegen muß unbedingt als unser Freund gelten.

Was ist der Zarismus? Eine orthodoxe, russifizierende Autokratie, nach den Worten Kaiser Nikolaus' I. »ein Zar, ein Glaube, eine Sprache«. Der Zarismus ist ein fremdes Produkt von byzantinischen, tatarischen (hauptsächlich) und preußischen Elementen, auf dem russischen demokratischen Volke aufgepflanzt. Paradoxale Tatarenherrschaft: Das russische Volk bezahlt seine Einigung mit seiner Freiheit.

Dieses gekünstelte und fremde Wesen des Zarismus ist bis heute geblieben. Er stellt vor allem etwas ganz anderes dar als das monarchische Prinzip z. B. in Österreich-Ungarn und Deutschland, welches, den Zeiten sich anpassend, als Verkörperung des tausendjährigen Zusammengehens und der Liebe zwischen Herrscher und Völkern erscheint. Trotz der Duma ist der Zarismus reaktionär und muß es bleiben; eine Evolution von oben wäre die einzige Lösung, aber der Kaiser hätte da mit mächtigen Elementen zu kämpfen und wird sich wohl erinnern, daß, während aus seinem Hause zwei Herrscher in Palastrevolutionen umgebracht und ein Thronerbe vom Vater zum Tode verurteilt wurde, nur ein Herrscher von revolutionärer Hand den Tod fand, und dies der »Zar-Befreier« war.

Der Zarismus fußt also auf Interessen des Herrschers, des Adels und der Beamten, auf der Armee und auf den Gefühlen des Volkes (teilweise Loyalität, hauptsächlich orthodoxe Ignoranz).

Aus obigem erhellt, warum der Zarismus reaktionär und orthodox sein muß. Aber es wäre denkbar, daß er zwar russisch, aber nicht bei den Fremdvölkern russifizierend sei. Durch eine Autonomisierung Polens und Kleinrußlands könnten diese Länder — es will scheinen — nur fester an die russische Krone gekettet werden. Aber nur scheinbar, wie das Experiment Alexander I. bezüglich Polens beweist. Dann tritt ein Circulus vitiosus ein. Polen Autonomie zu geben, ohne der russischen Nation wirkliche parlamentarische Freiheiten zu schenken, erscheint unmöglich. Und dann noch ein ökonomisches Moment: Was anfangen mit den vielen russischen Beamten, welche ihre Gehälter und erhöhte Gehälter in Polen beziehen?

Der Zarismus hat Rußland geschaffen, er kann ihm aber nicht eine normale Entwicklung sichern und dies ist seine Schwäche. Er ist ein Anachronismus. Er ist aber für die österreichisch-ungarische Monarchie geradezu eine Rettung in der Not. Ein modernes, liberales Rußland und noch mehr ein unabhängiges oder autonomes, liberales und zufriedenes Polen hätte auf unsere Slawen eine ganz andere Attraktionskraft als »Großserbien«. Der Zarismus ist geradezu das Gegengift, welches der russischen Schlange ihr Gift benimmt, denn trotz ihres Kokettierens mit dem Zarenreiche würden sich die Slawen der Monarchie bedanken, daß sie unter russische Herrschaft kommen. Dadurch, daß der Zarismus gezwungen ist, Polen und Kleinrussen schlecht zu behandeln, überläßt er uns gegen unsere Polen und — wenn wir wollten — gegen unsere Kleinrussen die schöne Rolle, und die Attraktion geht von uns aus, ohne daß wir dafür gezwungen werden, die ganze Monarchie zu slawisieren.

Es wäre immerhin denkbar, daß wir mit einer deutschen Republik im Bündnis blieben, aber mit einer russischen Republik wäre die Monarchie zur ewigen Feindschaft gezwungen.

Auch vom Standpunkte Rumäniens ist der Zarismus für die Monarchie von größtem Belange, ist es doch die Furcht, russifiziert zu werden (wie Beßarabien), die es in unser Fahrwasser treibt.

Last but not least ist die Erhaltung des Zarismus vom dynastischen Standpunkte für die Monarchie erforderlich. Eine russische Republik würde auch in dieser Hinsicht verhängnisvoll wirken.

In Rußland gibt es wohl Hitzköpfe, die eine Zerstörung der Monarchie und eine Vereinigung aller Slawen anstreben. Besonnene Elemente wünschen aber keinesfalls die ungeheure Vergrößerung

Deutschlands, welche hiedurch entstehen würde. Für den Zarismus ist aber der Fortbestand der Monarchie eine Notwendigkeit, denn seine Scheinpopularität braucht die Nähe eines Landes, wo das monarchische Prinzip wirklich populär ist und die Beziehungen zum ältesten legitimen regierenden Hause der Welt. Daher ist auch trotz ihrer nationalistischen Gesinnung, trotz der uns gemachten Vorwürfe, die galizischen Kleinrussen von den Polen schlecht behandeln zu lassen, die äußere rechte Partei in Rußland für Österreich-Ungarn und Deutschland und vielfach gegen die Westmächte.

Wie lange der Zarismus im Konflikt gegen den Liberalismus siegreich bleibt, ist fraglich. Aber aus obigem erscheint wahrscheinlich, daß, wenn keine äußere Krise ihn angreift, sein Leben wegen des »Circulus vitiosus« noch ein zähes sein wird.

Die Monarchie muß daher den Zarismus im eigenen Interesse unterstützen, und zwar nicht nur den reaktionären, sondern auch den russifizierenden Zarismus. Eine Autonomisierung Polens oder der Ukraine seitens Rußland wäre für uns verhängnisvoll, wie gesehen. Namentlich entspräche, wie bereits gesagt, die Wiedererrichtung Polens in keiner Form unseren Interessen. Im Rahmen Rußlands, im Rahmen der Monarchie oder auch ganz unabhängig würde dieses slawische Reich mit westlicher Kultur auf unsere Slawen eine gefährliche Attraktion ausüben (auch Komplikation wegen Deutschlands).

Daher könnte der Fall eintreten, wo die Monarchie den Zarismus eventuell sogar mit der Waffe unterstützen müßte, um den für uns wichtigen russischen status quo zu erhalten, der viel wichtiger ist, als der ehemalige status quo am Balkan.

Auch dürfen wir Rußland, solange es zaristisch bleibt, nur dann bekriegen, wenn andere wichtigere Interessen vorhanden sind.

Die gegenwärtige Lage erscheint dies durchaus nicht zu erfordern. Ein Sieg über Rußland wird die Revolution entfalten und wir werden unseren besten Freund, den Zarismus, verlieren. Die oft erwähnte, aber vorläufig unwahrscheinliche Eventualität einer Zergliederung des russischen Reiches würde aus obigen Gründen nichts helfen."

Auf diese Ausführungen erwiderte ich:

„Wien, 10. Feber 1913.

Euer Exzellenz!

Ich beehre mich, E. E. meinen ergebensten Dank für die hochgeschätzten Zeilen vom 8. d. M. zu übermitteln. Die interessanten Ausführungen derselben, sowie jene der beiliegenden Denkschrift lassen es

um so bedauerlicher erscheinen, daß im Jahre 1908/09, entgegen meinen dringenden Vorstellungen, davon abgesehen wurde, den damals vorliegenden, so günstigen Moment einer Sicherheit gegenüber Rußland zur Bereinigung der serbischen Frage auszunützen. Ich kann nur aufrichtig wünschen, daß das von E. E. erhoffte erneuerte Eintreten eines solchen Momentes recht bald erfolge, weil ich die Gefahren, welche der Monarchie von serbischer Seite drohen, in ihren politischen Wirkungen mindestens ebenso hoch veranschlage, als die in der gedachten Denkschrift hinsichtlich Rußlands dargelegten.

Im übrigen vermute ich, daß bei Entwirrung der nach dem Friedensschluß mit der Türkei entstehenden Komplikationen auf der Balkanhalbinsel die Monarchie, wenn sie nicht völlig zurückweicht, vor die Frage eines kriegerischen Eingreifens gestellt werden wird, ob sie nun will oder nicht, daß daher für die militärisch Verantwortlichen die Pflicht erwächst, mit dieser Möglichkeit zu rechnen und auf dieselbe vorbereitet zu sein.

Ob in Hinkunft auf die Bundestreue Italiens zu rechnen sein wird, ob Rumänien nicht früher schon seine Bestrebungen auf Siebenbürgen lenken wird, bleibt ebenso eine offene Frage wie jene, ob unter diesen Umständen Rußland, und zwar nicht der Zarismus, sondern das nationale Rußland, trotz alledem von einem Eingreifen gegen die Monarchie absehen wird.

Ich besorge, daß die Monarchie dann einer noch weit mächtigeren Koalition von Feinden gegenüberstehen wird als dermalen, einer Koalition, der sie militärisch nicht mehr gewachsen sein wird.

Daß es von größtem Vorteil wäre, wenn ein Bündnis der Monarchie mit Deutschland und Rußland zustande käme, war seit jeher meine Ansicht, und ich habe derselben in wiederholten Denkschriften Ausdruck gegeben.

Ich will nicht untersuchen, inwieweit an dem Nichtzustandekommen eines solchen die Politik des Grafen Ährenthal, inwieweit daran die der Monarchie feindliche Strömung in Rußland schuld trägt, aber das Faktum, daß es zu diesem Bunde bisher nicht gekommen ist, besteht; es ist daher das gegenwärtige, unter der Revolutionsfurcht stehende zaristische Rußland ebenso eine jede Aktion der Monarchie lähmende Tatsache, wie dies ein vom Zarismus befreites Rußland wäre. In dieser Hinsicht will bedacht sein, ob der in der Denkschrift betonte russische status quo nicht demselben Schicksal entgegengehen wird, wie jener auf dem Balkan, der als so sichere Basis der europäischen Politik deklariert worden war. Ob es daher geraten ist, unsere Interessen erneuert der

Erhaltung eines solchen status quo zu opfern oder anzuvertrauen, mag dahingestellt bleiben. Es fragt sich überdies, ob ein an die Monarchie festgegliedertes Polen nicht ein ausreichender Schutz gegen ein derart revolutionär zerstückeltes Rußland wäre.

Ich resumiere nun: Wenn es Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Rumänien (und vielleicht Bulgarien) im festen Zusammenstehen gelänge, die Macht der Tripleentente zu brechen, so dürfte für diese Mächte eine günstigere Zukunft winken, als wenn sie den Dingen einfach ihren Lauf lassen. Möglicherweise irre ich mich aber.

Schließlich möchte ich doch noch der Erwägung Raum geben, ob ein Vorgehen der Monarchie gegen Serbien dermalen unbedingt das Eingreifen Rußlands auslösen würde.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Conrad, G. d. I."

Ich überlasse es dem Leser, die Ausführungen dieser beiderseitigen Noten mit dem späteren Gang der Ereignisse zu vergleichen.

Auf ein Schreiben, das ich im Sinne der Forderungen Rumäniens an Graf Berchtold gerichtet hatte, erhielt ich folgenden Brief:

„Minister des Äußern. 14. Feber 1913.

Euer Exzellenz!

Verbindlichsten Dank für Ihr geschätztes Schreiben in Betreff der rumänischen Forderungen. Wir tun natürlich unser Möglichstes, um Rumäniens Wünschen Vorschub zu leisten. Bedauerlicherweise hat man in Bukarest die Fassung verloren, ändert täglich die Ansprüche, läßt sich vom Parteigetriebe beeinflussen usw. Auch hat bisher die Regierung ihre Ansprüche selbst durchsetzen wollen und erst in den letzten Tagen, wo schon alles verfahren ist, an den Dreibund appelliert.

Beifolgender Artikel aus der Feder eines Generalstabsoffiziers hat mich etwas erschreckt. Ist unsere mindere Bereitschaft in Bezug auf die Artillerie eine Tatsache, so wird das Hasardspiel immer ungemütlicher.

Mit besten Grüßen!

Berchtold."

Was die in diesem Briefe erwähnte Frage bezüglich unserer Artillerie anlangt, so betraf sie einen Zeitungsartikel, der Mängel unserer Geschütze zum Gegenstande hatte und sicherlich nicht von einem Generalstabsoffizier, sondern von ganz anderer Seite herrührte. Daß unsere Artillerie noch sehr der Entwicklung bedurfte, geht schon aus meinen weit zurückreichenden, unablässigen Bemühungen hervor, diese Entwicklung zu betreiben, und zwar hauptsächlich hinsichtlich der

leichten und schweren Haubitzen, der Gebirgsgeschütze und der schweren und schwersten Artillerie. Von einer bedenklichen Minderwertigkeit der Feldkanonen zu sprechen, wie dieser Artikel tat, war aber nicht begründet. Gegen dieses Geschütz, das Stahlb r o n z e rohre*) hatte, wendeten sich seit jeher und damals erneuert wieder die fachmännischen Anhänger des Stahles als Rohrmaterial, aber auch die Vertreter der Stahlindustrie, bei denen wohl geschäftliche Gründe mitsprachen, so daß jede Polemik in dieser Frage mit Vorsicht aufzunehmen war.

Am 15. Feber schrieb ich an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Mit meinem verbindlichsten Dank für das hochgeschätzte Schreiben vom 14. d. M. beehre ich mich E. E. mitzuteilen, daß unsere Artillerie tatsächlich noch nicht nach dem von mir im Jahre 1907 gestellten Antrag ausgebaut ist und die von mir schon damals verlangten Haubitzen und Gebirgsgeschütze neuester Konstruktion besitzt, daß jedoch hierin kein Grund liegt, von einem minderen Kampfwert in dem Sinne zu sprechen, daß wir den Eintritt in den Kampf zu scheuen hätten, umsomehr als bei den vorzüglichen Schnellfeuergeschützen unserer Kanonenbatterien, welche das Gros unserer Feldartillerie bilden, durch erhöhte Feuerschnelligkeit die mangelnde Zahl der Geschütze ausgeglichen werden kann, wenn nur Munition vorhanden ist, welcher Vorsorge ich erneut meine Aufmerksamkeit zugewendet habe.

1870/71 haben die Deutschen das alte, schon minderwertige Zündnadelgewehr, die Franzosen das weit überlegene Chassepotgewehr gehabt, doch haben erstere kein Bedenken getragen, trotzdem den Krieg zu führen.

Ich lasse nach dem Autor des Artikels forschen, vermute aber jetzt schon, daß es kein Generalstabsoffizier ist, weil ich von letzteren mehr Überlegung voraussetze.

Daß uns die rumänische Nervosität momentan unbequem ist, gebe ich gerne zu, aber ich denke, wer »A« sagt, muß auch »B« sagen, und der Rumänen bedürfen wir.

Es scheint, daß die Russen im Wege über Italien die Dardanellenfrage lancieren wollen; ferner, daß sie von uns, ohne selbst vorher

---

*) Stahlbronze war reine, künstlich gehärtete Bronze, der man den Namen Stahlbronze nur gab, um sie dem Stahl als ebenbürtig hinzustellen; die Stahlbronzerohre wurden im k. u. k. Arsenal, also in militärischer Regie erzeugt, die Stahlrohre waren an die Bestellung bei Privatfirmen gewiesen.

Farbe zu bekennen, die Fixierung unserer Forderungen hinsichtlich Albaniens etc. herauspressen möchten, um diese dann noch weiter herunterzuhandeln; ich glaube, daß diesbezüglich in London große Vorsicht und sehr viel Rückgrat notwendig wäre.

In aufrichtiger Verehrung mit besten Grüßen

Eurer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Bei allen Erwägungen drängte sich stets die Frage in den Vordergrund: was von Rußland zu erwarten sei?

Es ist erinnerlich, daß konkrete Kriegsvorbereitungen Rußlands, speziell auch im Grenzgebiet gegen Deutschland und Österreich-Ungarn, ähnliche, wenngleich weit geringfügigere Maßnahmen in Österreich-Ungarn ausgelöst hatten. Russischerseits wurde dies nun als aggressiver Akt hingestellt. Die hauptsächlichste der Maßnahmen war eine Standeserhöhung bei den Grenzkorps, nach deren Durchführung aber die Stände der k. u. k. Truppen noch immer weit hinter jenen der russischen zurückstanden.

Meine Auffassung war, daß anbetrachts der kritischen, noch ganz ungeklärten Lage an dieser dringenden Vorsichtsmaßnahme festzuhalten sei. Diplomatischerseits wurde jedoch gefordert, von ihr abzusehen, um jede Spannung mit Rußland zu vermeiden. Dieses Streben fand seinen prägnantesten Ausdruck in einem Allerhöchsten Handschreiben Seiner Majestät Kaiser Franz Josephs vom 1. Feber 1913 an Zar Nikolaus II. von Rußland, welches letzterem durch Oberstleutnant des Generalstabes Gottfried Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst, seinerzeitigem Militärattaché in Petersburg*) und dort wohl bekannt, überbracht wurde.

Es lautete nach einer mir erst später bekannt gewordenen Publikation:

„Mein teuerer Freund! Ich halte es für meine Herzenspflicht, mich in dieser kritischen Zeit, die wir durchleben, unmittelbar an Dich zu wenden, um in Rußland die Mißverständnisse zu beseitigen, die, wie es scheint, anläßlich unserer Politik im Entstehen begriffen sind, und den Fabeln ein Ende zu bereiten, welche den guten Beziehungen, die zum Glück zwischen unseren Ländern bestehen, schaden könnten. In dieser Absicht habe ich den Prinzen Hohenlohe-Schillingsfürst, der Dir seit seiner Anwesenheit in Rußland persönlich bekannt ist, beauftragt, nach Petersburg zu reisen, um Dir diesen Brief zu übergeben und Dir meine Gefühle unbegrenzter Freundschaft zu übermitteln. Es bereitet mir großen Kummer, zu erfahren, daß die Politik meiner Regierung, die von

*) Später k. u. k. Botschafter in Berlin, auch während des Weltkrieges.

Anfang an von dem einzigen Wunsche erfüllt war, den Wirren, die sich auf dem Balkan abgespielt haben, keine neuen Schrecknisse hinzuzufügen, daß diese Politik in Rußland ironisch aufgenommen worden ist. Wenn wir uns jeder Einmischung in den Konflikt enthalten haben, wenn wir den Aufruf der Mächte, »gemeinsam« die Fragen zu beraten, an denen wir am meisten interessiert waren, gefolgt sind, wenn uns schließlich während dieser Beratung nur das Gefühl der Versöhnlichkeit geleitet hat, so ist dies alles nur unserem Wunsche zu danken, alles zu vermeiden, was die leiseste Ursache zu einer Uneinigkeit zwischen unseren Reichen erzeugen könnte. Du kennst die schwere Verantwortung selbst, die auf uns liegt, wenn es die Rettung der Interessen unserer Völker in der politischen Krisis, die sich in der Nähe unserer Grenzen abspielt, gilt. Es wäre eine Sünde gegen unsere heilige Mission, wenn wir uns keine Rechenschaft davon ablegen würden, welche Rückwirkungen derartige Evolutionen auf unsere Länder ausüben können. Wenn ich während der gegenwärtigen Krisis, besorgt um die Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland, eine versöhnliche Haltung bewahrt habe, so will ich hoffen, daß Du das Maß meiner Anstrengungen würdigen und die großen Vorteile eines europäischen Friedens in guter Harmonie zwischen unseren Völkern ausnützen wirst. Ich bitte Dich, zu glauben an die Gefühle wahrer Freundschaft Deines Bruders und Freundes Franz Joseph."

Ich erhielt von der Mission Prinz Hohenlohes erst nachträglich Kenntnis und zwar aus dem Munde Seiner Majestät selbst.

Das kaiserliche Schreiben fand in Petersburg sehr geteilte Aufnahme. Eine kleine, versöhnlich gestimmte Friedenspartei nahm es mit Befriedigung auf, die überwiegende Mehrheit aber, so insbesondere die panslawistische Aktionspartei stand ihm kühl und ablehnend gegenüber.

Ein am 17. Feber eingelangter Bericht des k. u. k. Militärattachés in Petersburg, Hauptmann des Generalstabes F. Prinz Hohenlohe, eines Vetters Gottfried Prinz Hohenlohes, äußert sich darüber:

„Eure Exzellenz!

Seit der Mission meines Vetters des Prinzen Gottfried zu Hohenlohe ist hier weder in politischer, noch militärischer Hinsicht etwas geschehen, was sich als Berichtstoff eignen würde, trotzdem halte ich es für meine Pflicht, E. E. in dieser Form über die hiesige Stimmung in Kenntnis zu setzen, da ich glaube, daß die jetzt hier herrschende Stimmung in Hofkreisen die politischen und militärischen Maßnahmen der Regierung in nächster Zukunft sehr stark beeinflussen wird.

Ich habe in meiner laufenden Berichterstattung während der jetzigen Krise mehrfach hervorgehoben, daß ein charakteristischer Hauptunterschied gegen das Jahr 1908 und 1909 darin bestehe, daß man in Gesellschaftskreisen im allgemeinen weit entfernt ist, die schwebenden Fragen als Prestigefragen Rußlands zu betrachten, im Gegenteil oft mit großem Freimut und in freundschaftlichstem Tone die zwischen der Monarchie und Rußland bezüglich der Lösung des Balkanproblems bevorstehenden Differenzen besprechen konnte.

Dies hat sich nun nach, oder besser beinahe während des Hierseins des Prinzen Gottfried Hohenlohe — allerdings für ihn persönlich kaum bemerkbar — vollständig geändert.

Dieser Stimmungswechsel in Kreisen der Hofgesellschaft ist beinahe unverständlich.

Es ist ja E. E. genügsam bekannt, wie überaus gnädig Seine Majestät Kaiser Nikolaus meinem Vetter gegenüber war.

Auch der Minister des Äußern, Herr von Sasonow, hat sich, wenn er sich vielleicht auch anfänglich einen größeren und durchschlagenderen Erfolg von der Überbringung eines Allerhöchsten Handschreibens versprochen haben mag, in durchaus befriedigender Weise über die Mission Gottfried Hohenlohes geäußert.

In der »Rossija«, dem hochoffiziösen Regierungsorgan, wurde die Angelegenheit sympathisch besprochen, ebenso auch der vor kurzem im »Fremden-Blatt« über die russisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen am Balkan handelnde Artikel.

Die restliche russische Presse hat allerdings keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um bei der Besprechung der Mission Gottfried Hohenlohes auf die Erfolglosigkeit derselben hinzuweisen und gleichzeitig zu betonen, daß die Rüstungen Österreich-Ungarns in Galizien mit der Beteuerung friedlicher Absichten in so krassem Widerspruche ständen, daß man, solange dieselben bestünden, von einer Détente nicht sprechen könne.

Betrachtet man nun den in allerletzter Zeit in Kreisen der hiesigen Hofgesellschaft uns gegenüber deutlich fühlbar werdenden Stimmungswechsel, der mit der Aufnahme der Mission Gottfried Hohenlohes an Allerhöchster Stelle in so krassem Widerspruch steht, so kann man eine Erklärung dafür nur in der gesteigerten und in letzter Zeit wieder erfolgreicheren Tätigkeit der Kriegspartei erblicken.

Die Gründe, die diese gesteigerte Tätigkeit herbeigeführt haben, sind zweifacher Art.

Die extremen Elemente der Kriegspartei waren und sind prinzipiell gegen eine Détente, gegen eine Aussprache und gegen jede

Vertiefung der Beziehungen zwischen Rußland und der Monarchie. Sie sind zwar in der Minderzahl, doch ist ihr Einfluß jetzt stärker, denn je.

Die Gemäßigteren haben sich von der Überbringung eines Allerhöchsten Handschreibens einen Erfolg und eine derart rasche Lösung aller Fragen versprochen, die bei ihnen vielleicht jetzt eine Enttäuschung hervorgerufen hat, die sie veranlaßt, eine schärfere Stellung einzunehmen.

Auf alle Fälle hat die Mission Gottfried Hohenlohes — wenn auch nicht Allerhöchsten Ortes und bei den Leitern der russischen Politik — so doch in Kreisen der Hofgesellschaft den Erfolg gehabt, daß die Kriegspartei mit ihrer Argumentation in letzter Zeit viele Leute zu ihrer Anschauung bekehrt hat.

Ob dieser Einfluß sich in der nächsten Zeit nicht noch stärker und erfolgreicher fühlbar machen wird, so daß davon auch die Maßnahmen der Regierung werden tangiert werden, ist schwer vorauszusagen.

Ich halte es für meine Pflicht, E. E. zu melden, daß ich glaube, daß dies der Fall sein wird, umsomehr, als in letzter Zeit die Aussichten Rußlands zur Aufrollung der kleinasiatischen und der Dardanellenfrage im jetzigen Augenblick durch englischen Einfluß stark vermindert erscheinen, so daß die Regierung einem Drängen der Kriegspartei zu geringerer Nachgiebigkeit in den Westbalkanfragen, mit Hinblick auf die Aussichtslosigkeit reeller Erfolge im Osten, eher wird nachgeben müssen.

Ich glaube noch immer fest, daß es die Absicht der maßgebenden Faktoren Rußlands ist, aus der jetzigen Krise friedlich herauszukommen, doch ist die Frage, wie lange sie dem Einfluß der Kriegspartei werden widerstehen können und wollen.

Schwankungen in dieser Beziehung sind schon deutlich sichtbar, so z. B. in der telegraphischen Antwort Seiner Majestät des Kaisers auf die an Allerhöchst Denselben gerichtete Adresse des Slawenbanketts.

Die Situation ist schärfer denn je und kann, wenn es nicht bald zur Lösung kommt, derartig werden, daß im heurigen Frühjahr tatsächlich die Kriegspartei die Oberhand gewinnt.

Die Politik der k. u. k. Monarchie, die ja doch auf eine Besserung der Verhältnisse Rußland gegenüber gerichtet *ist* und nach den Ansichten der maßgebenden Faktoren bei uns auch *bleiben soll*, scheint mir durch diese Erscheinungen der allerjüngsten Zeit ernstlich in Frage gestellt.

Dessen sind sich die Leiter der russischen Politik, die meiner Ansicht nach ehrlich ähnliche Ziele verfolgen, auch vollauf bewußt, und es ist dies ein Hauptgrund, warum sie jedes, selbst noch so geringfügige

Zeichen friedlicher Absichten im Nordosten der Monarchie mit Freuden begrüßen würden, weil es ihnen ohne Entgegenkommen unserseits kaum mehr lange möglich sein wird, dem Drängen der Kriegspartei selbst gegen ihre bessere und einsichtsvolle Überzeugung standzuhalten.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner besonderen Verehrung, mit welcher ich zeichne als Euer Exzellenz gehorsamst ergebener

Hohenlohe, Hptm.

St. Petersburg, 15. Feber 1913."

Nach diesem Bericht war die Lage ziemlich durchsichtig. Man konnte sich sagen: Die Österreich-Ungarn feindliche Aktionspartei in Rußland ist mächtiger als die versöhnliche, sie arbeitet auf den Krieg gegen Österreich-Ungarn hin. Während sie selbst alle Vorbereitungen hiezu betreibt, benützt sie auch die geringfügigste Gegenmaßnahme der ö.-u. Monarchie, um diese als friedensstörend hinzustellen und die Rückgängigmachung dieser Gegenmaßnahmen zu erzwingen, den in Aussicht genommenen Gegner wehrlos zu machen, sei es, um ihn des Rückhaltes für die diplomatische Vertretung seiner politischen Ziele zu berauben, sei es, um ihn an der Herbeiführung des für Rußland jetzt noch verfrühten Krieges zu hindern, sei es, um ihn bei Eintritt des Krieges unvorbereitet zu treffen.

Diese Partei durch Konzilianz besänftigen zu wollen, war ein platonisches Beginnen, ein grober Irrtum.

Am 8. Feber besuchte mich Prinz Hohenlohe. Der Tenor unseres Gespräches war: man müsse von Rußland klaren Wein verlangen, will es mit uns sein oder gegen uns. Dazu bemerkte ich, daß wir der Abrechnung mit Serbien nicht ausweichen können, weil dieser Brand gelöscht werden müsse, auch auf die Gefahr hin, daß Rußland einschreite. Es sei aber doch noch fraglich, ob die serbischen Brüder dem Zarenreiche so nahe gehen, daß es ihretwegen den großen Krieg herbeiführen würde, der ja auch für Rußland ein Wagnis sei. Prinz Hohenlohe meinte, daß die Hofpartei nicht stark genug wäre, um über die panslawistische das Übergewicht zu behalten. Dann wurde die Möglichkeit erwogen, Rußland in den Dardanellen und in Armenien freie Hand zu lassen, um es dort zu engagieren.

Indessen war Oberst Dr. Bardolff eingetreten. Ich lud ihn ein, der Besprechung beizuwohnen. Er sagte, die Auffassung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand ginge dahin, daß die Ententemächte Rußland kaum diese freie Hand lassen, es also auch dazu nicht kommen würde, überdies wir, wenn wir es täten, in Konflikt mit Deutschland geraten könnten, was doch vermieden werden müsse. Die Entente würde

den Zaren warnen, ja keine Extratour in Armenien zu unternehmen, da dies das Losschlagen Österreich-Ungarns auslösen könnte.

Ich: „Also um den Preis der Zerstörung Österreich-Ungarns sichern sich andere den absoluten Frieden?“

Dr. Bardolff: „Der Thronfolger rechnet mit einem günstigen Umstand in der Zukunft.“

Am 10. Feber war ich im Ministerium des Äußern, wo ich, da Graf Berchtold erkrankt war, mit Graf Szapáry sprach.

Hinsichtlich der Waffensendung nach Albanien meinte ich, daß man die Masse der Gewehre noch nicht hinabsenden solle, da es verfrüht wäre. Wohl aber solle dies mit einem Teil geschehen, um den Weg für spätere Sendungen zu erproben. Auch sollte dies den Albanesen ein greifbares Zeichen unserer Unterstützung bieten. Graf Szapáry bat, auch davon abzustehen, mit dem Beifügen: „Wir müssen in der Lage sein, den Mächten erklären zu können, daß von unserer Seite absolut noch nichts geschehen ist.“

Wir besprachen hierauf den Moment, in dem die Sendung zu erfolgen haben würde. Graf Szapáry bemerkte, daß Graf Berchtold friedliche Tendenzen verfolge, jedem Krieg ausweichen und unbedingt jenen gegen Rußland vermeiden wolle. Er strebe an, die Balkanfragen auf friedlichem Wege zu ordnen.

Ich: „Ich glaube, daß es der l e t z t e Moment für die Monarchie ist — 1909 wurde bedauerlicherweise versäumt — ihren Willen durchzusetzen. Man muß sich doch ins klare kommen, was man macht, wenn unsere friedlichen Bestrebungen bezüglich Skutaris und Albaniens zurückgewiesen werden. Dann bleibt nichts übrig, als entweder nachgeben, das Prestige verlieren oder kategorisch auftreten; dazu muß man aber vorbereitet sein. Wir Soldaten müssen wissen, ob mit der Möglichkeit eines Krieges zu rechnen ist, damit man uns bereit finde, wenn es dazu kommt.“

Graf Szapáry: „Ja natürlich, wenn die Monarchie dazu gedrängt wird, denken auch wir an den Krieg.“

Ich: „Sobald ich bei Durchsetzung einer Absicht mich entschlossen habe, es auch mit Gewaltmitteln zu tun, dann gehe ich kerzengerade auf mein Ziel los, wenn nicht, dann darf ich auch nicht »krakehlen«.“

Am 13. Feber hatte ich eine gemeinsame Besprechung mit dem Kriegsminister Exzellenz Krobatin und Prinz Hohenlohe.

Prinz Hohenlohe erklärte, wir sollten mit den Standesreduzierungen beginnen, dann würde Rußland nachfolgen. Der Zar habe geäußert, daß, wenn die Standesreduzierungen unterblieben, der Krieg nicht aus-

geschlossen sei, er aber anderseits jeden Druck ausüben würde, daß Serbien uns nicht weiter provoziere.

Exzellenz Krobatin wollte das Zugeständnis machen, eine Reduktion von fünf Prozent beim 1., 10. und 11. Korps*) eintreten zu lassen; Prinz Hohenlohe forderte 30—40 Mann per Kompagnie. Dies erklärte ich für ausgeschlossen und beantragte, unsere Stände auf die Höhe der normalen russischen Friedensstände zu setzen, dies als dauernde Maßnahme aufrecht zu erhalten und jetzt schon zu deklarieren.

Prinz Hohenlohe brachte dann die Sprache auf Skutari und meinte, wenn Skutari fällt, werden die Mächte bestimmen, wem es schließlich zukommen soll. Exzellenz Krobatin bemerkte hierauf· „Dann werden wir niedergestimmt werden."

Prinz Hohenlohe erwähnte schließlich, daß der ganze Komplex der Fragen bezüglich Skutaris, Albaniens und der Mannschaftsentlassungen am 14. Feber in London besprochen werden soll.

Am 22. Feber war Prinz Hohenlohe wieder bei mir.

Prinz Hohenlohe: „Wenn wir die Rüstungen fortsetzen, wie es jetzt geschieht, so haben wir in zwei Monaten unweigerlich den Krieg mit Rußland. Wenn wir den Krieg nicht wollen, so müssen wir den Russen zeigen, daß wir unsere Stände reduzieren, selbstverständlich gegen Erklärung der Russen, ihren ganzen Jahrgang**) zu entlassen. Wenn wir abrüsten, wird Rußland friedliche Wege einschlagen."

Ich: „Wenn die russische panslawistische Partei wirklich so mächtig ist und nach dem Kriege drängt, wird sie da auf einmal von ihrem großen Programm abstehen? Haben wir hiefür Garantien??"

Prinz Hohenlohe: „Die Entlassung des russischen Jahrganges würde auch ernüchternd auf die Slawen am Balkan wirken."

Nach Prinz Hohenlohe sprach am 22. Feber Oberst Dr. Bardolff bei mir vor:

Oberst Dr. Bardolff: „Der Thronfolger hat auf der ganzen Linie abgeblasen, er will unter gar keinen Umständen den Krieg gegen Rußland, er wird ihn nicht zugeben. Er will von Serbien nicht einen Zwetschkenbaum, nicht ein Schaf, es fällt ihm nicht ein." Es könnte ja die Monarchie in die Lage kommen, mit Serbien Krieg zu führen, aber

*) Krakau, Przemysl, Lemberg.

**) Die Russen hatten einen ganzen Jahrgang, der normalmäßig schon beurlaubt sein sollte im Präsenzdienst zurückbehalten. Da auch schon der neue Jahrgang eingestellt war, schloß dies eine bedeutende Standeserhöhung in sich.

auch dann würde kein Land genommen werden; daher fordere er, daß ich der Entlassung der einberufenen Jahrgänge zustimme.

Ich: „Der Thronfolger hat immer den Standpunkt vertreten, daß ich meine Meinung äußern kann; ich werde sie ihm in diesem Falle schriftlich geben."

Oberst Dr. Bardolff erwiderte, er glaube meine Gedanken gelesen zu haben, die Sache hinwerfen zu wollen, er ersuche mich aber, jetzt keinen Eklat zu machen und den Erzherzog nicht vor der Welt bloßzustellen.

Ich: „Du hast meine Gedanken erraten, anderseits habe ich das Gefühl dafür, daß jetzt die Ereignisse sprechen. Es ist nicht abzusehen, was sie bringen und wozu sie uns drängen werden, daher sehe ich von der Idee, wegzugehen, ab."

Nach Oberst Dr. Bardolff empfing ich am 22. Feber den k. u. k. Militärattaché in Cetinje, Hauptmann H u b k a; er ergänzte seine bisherigen Berichte. Dann kam die Sprache auf Skutari. Hubka meinte, wenn Skutari albanesisch wird, dann fällt König Nikita und Montenegro wird serbisch. Er fragte, ob die Monarchie dann eingreifen würde. Ich erwiderte, daß ein kriegerisches Eingreifen den Krieg mit Rußland auslösen könne, man also Forderungen nur zu stellen vermöge, wenn man zum Krieg auch entschlossen sei. Hauptmann Hubka erachtete den Moment gekommen, Skutari den Montenegrinern zuzusprechen. Ich sagte ihm, daß ich diesbezüglich mit Graf Berchtold gesprochen und meiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben habe, daß ich dies nur dann zulässig hielte, wenn sich Montenegro völlig an die Monarchie angliedert. Bloße freundliche Beziehungen genügen nicht. Montenegro dürfte keine Bündnisse schließen, und es müßte in allen Bahn-, Zoll-, Handels- etc. Fragen volle Gemeinsamkeit herrschen. Hauptmann Hubka bemerkte, der König sei unverläßlich, er würde bei passender Gelegenheit erklären, er habe ja loyal bleiben wollen, aber sein Volk habe ihn gedrängt. Auch bestehe die Möglichkeit, daß die Gegenpartei ihn vertreibe.

Diesen Besprechungen folgte eine solche mit Graf Berchtold im Beisein des Grafen Szapáry. Sie begann mit der Frage der Standesreduzierung, ich erklärte den Moment hiefür noch nicht reif. Graf Berchtold behauptete jedoch, daß die Situation dadurch wesentlich gebessert würde.

Ich: „Ich kann nur den m i l i t ä r i s c h e n Standpunkt vertreten. So wenig wünschenswert es sein mag, wenn ein großer Krieg jetzt ausbricht, so müssen wir doch mit dieser Eventualität rechnen, da es wohl am besten wäre j e t z t den Konflikt mit Serbien auszutragen."

Graf Berchtold: „Ich würde meinen Namen für einen Krieg gegen Rußland nicht hergeben; Erzherzog Franz Ferdinand ist absolut gegen den Krieg."

Dann kam die Frage auf Skutari.

Graf Szapáry: „Was tun, wenn die Serben aus Albanien nicht herausgehen? Was tun, wenn Skutari fällt?"

Er fragte, ob es nicht möglich wäre, durch eine Expedition mit 6—8 Bataillonen dort Ordnung zu machen.

Ich: „Unter gar keiner Bedingung. Das würde zu einer Blamage führen. Wenn die Sachen so stehen, daß Waffengewalt angewendet werden muß, dann erübrigt nur der Krieg gegen Serbien und Montenegro."

Graf Szapáry: „Sie meinen, die große Aktion hätte einzusetzen?"

Ich: „Ja — aber ich muß entschieden gegen kleinliche Mittel Einsprache erheben."

Bei der stets drohenden Gefahr eines Krieges gegen Rußland war es mir von besonderem Interesse, am 18. Feber das nachstehende eigenhändige, in deutscher Sprache verfaßte Schreiben General Averescus, des rumänischen Chefs des Generalstabes, erhalten zu haben:

„Marele stat major. Bukarest, 5. Feber 1913.

Euer Exzellenz!

Diese Tage ist ein sehr interessanter Aufsatz über die inneren russischen Zustände in Bezug auf einen eventuellen österreichisch-russischen Krieg erschienen.

Der Verfasser ist ein hervorragender Gelehrter und Politiker, sicher ein zukünftiger Minister, der die Verhältnisse in Rußland ganz genau kennt, da er seine Studien dort gemacht und lange Zeit zugebracht hat.

In Vermutung, daß trotz einigen Übertreibungen der Inhalt wenigstens teilweise E. E. interessieren könnte, ließ ich denselben übersetzen und sende ihn anbei.

Ich bitte E. E. an meine aufrichtige Hochachtung glauben zu wollen.

Ergebenst

General Averescu."

Den Aufsatz gibt vollinhaltlich Anlage 2. Sein Schluß, anknüpfend an eine Dumarede Herrn Sasonows, des russischen Ministers des Äußern, lautet:

„Beim Entziffern dieser diplomatischen Sprache kann man in diesen Aussprüchen nichts anderes entdecken, als den festen Entschluß, eine aktive Politik am Balkan auf Kosten der Interessensphäre des ö.-u. Kaiserreiches zu verfolgen.

Dies ist es, welches die gegenseitige Lage der beiden widerstreitenden Mächte klar feststellt.

Unter solchen Umständen kann ein bewaffneter Streit, wenn er nicht gleich ausbrechen sollte, doch nicht für lange Zeit hinausgeschoben werden. Wir sind es uns schuldig, die Rolle unseres Landes (Rumänien) dieser Lage gegenüber aufzuklären."

Ich dankte General Averescu mit folgendem Schreiben vom 18. Feber 1913:

„Euer Exzellenz!

„Ich beeile mich, E. E. meinen aufrichtigsten Dank für Ihr hochgeschätztes, mich sehr erfreuendes Schreiben, sowie für die Übersendung des überaus interessanten Artikels zu übermitteln.

Letzterer enthält eine klare und zutreffende Charakteristik der Lage, und es erscheint mir besonders bedeutsam, daß der Verfasser vor allem die großen politischen Ziele im Auge hat, durch deren Lösung ja auch über alles andere mitentschieden würde. Die Notwendigkeit, alles auf die Erreichung dieser großen Ziele zu konzentrieren, hat der Autor sehr scharf beleuchtet.

Vielleicht geht er in der Unterschätzung Rußlands zu weit, aber hoffentlich ist sehr viel Wahres in seinen Darlegungen.

Wer wollte absehen, was die Zukunft bringt, aber unter allen Umständen hoffe ich auf das treue Zusammengehen Rumäniens mit der Monarchie.

Wie hoch wir es schätzen, dabei E. E. an so maßgebender Stelle zu wissen, werden Sie gewiß glauben

Euer Exzellenz

in aufrichtiger Hochachtung ergebenem

Conrad, G. d. I."

Selbstverständlich sandte ich den Aufsatz auch an Graf Berchtold, und zwar mit folgendem Brief vom 18. Feber:

„Euer Exzellenz!

Ich beehre mich E. E. den beifolgenden, aus dem rumänischen Original übersetzten Artikel zu übersenden, welchen mir General Averescu geschickt hat.

Der Artikel mag ja in der Unterschätzung Rußlands zu weit gehen, aber manch Wahres ist doch daran; vor allem aber erscheint es mir symptomatisch, daß gerade General Averescu im jetzigen Moment den Artikel sendet.

Ich habe in meinem Antwortschreiben an ihn auch hervorgehoben, daß es mir besonders bedeutsam erscheint, daß der Verfasser vor allem die großen politischen Ziele im Auge hat, durch deren Lösung ja auch über alles andere mitentschieden würde.

Vielleicht denkt er dabei doch an das Kleine der Silistria-Frage.

Ich bitte E. E. um gelegentliche Rücksendung des Artikels und zeichne etc. . . .“

Graf Berchtold retournierte mir den Artikel am 7. März mit folgenden Zeilen:

„In der Anlage beehre ich mich, E. E. die mir freundlichst übermittelte Aufzeichnung, deren Inhalt ich mit Interesse zur Kenntnis genommen habe, mit verbindlichstem Danke zurückzustellen.“

Wenn dieser Aufsatz auch manches Unzutreffende enthielt, so lag seine Bedeutung für mich darin, daß er mir gerade von General Averescu, also von maßgebender rumänischer Seite zugesendet wurde. Es schien mir dies Gewähr dafür, daß man in diesen Kreisen Rumäniens mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland rechnete und d a m a l s im Falle eines solchen an unserer Seite gestanden wäre.

Dem entsprach auch mein andauerndes Bemühen, unsere Beziehungen zu Rumänien warm zu erhalten und Rumäniens ohnehin nicht große Aspirationen gegenüber Bulgarien zu fördern, welch letzterem ja weit größere Entschädigungen dafür geboten werden könnten, wenn man sich gegen Serbien kehrte.

Auch nach der Mission Hohenlohes dauerten die kriegerischen Vorbereitungen Rußlands an. Die Einberufung der Reichswehr wurde plakatiert. Sie sollte sich auf 4 bis 6 Wochen und zunächst auf Podolien und Wolhynien erstrecken, wahrscheinlich aber auf das ganze Reich. Verpflegs- und Pferdekäufe, letztere auch für Bespannung der Trains, dauerten an. Die Adaptierung der Gewehre für die „S“-Munition wurde beschleunigt, die Grenzwachtruppen wurden mit Handgranaten ausgerüstet. Rußland soll in Brasilien einen Dreadnought, drei Unterseeboote und noch zwei größere Einheiten angekauft und in Sewastopol große Kohlenvorräte bereitgestellt haben; der ausgediente Jahrgang wurde noch immer zurückgehalten; bei diesem kamen Disziplinwidrigkeiten vor. Berichte von Mitte Feber meldeten Mobilisierungsgerüchte aus verschiedenen Teilen Rußlands, Vermehrung der Artilleriebespannung, Pferdezuschübe in das Grenzgebiet, das erfolgte Packen der Truppentrains, die Verlegung der Fliegerschule von Gatschina nach Warschau und jener von Moskau nach Odessa.

Über die Rüstungen Rußlands b i s zur Mission des Prinzen Hohenlohe ist das Wesentliche schon im früheren enthalten*). Der Leser mag sich aus all dem ein Bild der damaligen Lage schaffen und erkennen, daß es nicht anging, hinter Rußlands Maßnahmen gänzlich zurückzubleiben und die Hände in den Schoß zu legen; so unbequem dies auch der Diplomatie werden mochte.

Immer gespannter wurde die Lage bei dem von Montenegrinern und Serben belagerten Skutari und damit das Verhältnis zu Montenegro, das den Besitz Skutaris anstrebte.

Am 20. Feber hatte ich aus Cetinje Mitteilungen erhalten, auf Grund welcher ich am 21. Feber an Graf Berchtold schrieb:

„Euer Exzellenz!

Streng vertraulich beehre ich mich E. E. die nachfolgenden Ausführungen zur geneigten Kenntnis zu übersenden.

Diese Ausführungen stammen aus sehr versierter Quelle, die ich aber nicht nennen darf.

Mancherlei Äußerungen und Anzeichen, ja selbst Schikanen bei Erfüllung berechtigter Wünsche der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Cetinje lassen unschwer erkennen, daß man in Montenegro noch immer nicht daran glauben will, daß Österreich-Ungarn den Willen und die Macht habe, seine politischen Forderungen auch in der Tat zur Geltung zu bringen.

Aus Ährenthalscher Zeit ist man gewohnt, daß sich unsere Monarchie recht arge Dinge gefallen läßt oder gefallen lassen muß. So glaubt man auch gegenwärtig, daß Österreich-Ungarn in der Skutari-Frage schließlich isoliert bleiben werde und daß es weder auf die Unterstützung Italiens, noch auf jene Deutschlands rechnen könne.

Der italienische Gesandte (Baron Squitti) in Cetinje vertritt zweifellos einen uns gegenüber unbedingt loyalen, bundesfreundlichen Standpunkt und unterstützt die Forderungen vom Ballhausplatz im Sinne der Instruktionen seiner Regierung. Der Erfolg ist jedoch kein voller, da einesteils die italienische Presse noch immer Mißtrauen sät, anderseits

*) Neben den durch das Vorgehen Rußlands hervorgerufenen Vorschlägen für außerordentliche Vorsichtsvorkehrungen nahmen um diese Zeit (Mitte Feber und März) auch die alljährlichen konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten ihren Verlauf. So auch jene gegen Rußland; vor allem die Aufmarschelaborate. Sie rechneten mit dem Mitgehen Rumäniens und sind am Schlusse der Darlegungen für das Jahr 1913 zusammenhängend erwähnt.

auch die Königin von Italien Hoffnungen zu nähren scheint, die den Ernst der Lage abschwächen.

Und das gleiche tut eigentümlicherweise auch der deutsche Gesandte. Er trachtet wohl, Gegensätze abzuschleifen, steht aber im übrigen ganz im Banne des Königs und der Tripleentente.

Dies ist keineswegs eine bloß persönliche Anschauung.

Die prononcierten Sympathien Herrn von Eckardts*) für die Gesandten der Balkanstaaten, insbesondere aber für Montenegro, sind offenkundig; Königin Milena ist die Taufpatin des jüngsten Sohnes, somit ist nach hiesigen Begriffen zwischen beiden Familien ein verwandtschaftliches Band geknüpft.

Ob etwa auch die Verheiratung mit einer Französin eine Rückwirkung auf die diplomatische Schärfe ausübt, entzieht sich der Beurteilung, doch kann die Beobachtung nicht unterdrückt werden, daß Herr von Eckardt gegen den (seit zwei Monaten in London weilenden) ö.-u. Gesandten persönlich agitiere.

FML. Baron Giesl**) wird von ihm als der böse Geist auf der Botschafterkonferenz hingestellt, dem es zuzuschreiben ist, daß Skutari unter gar keiner Bedingung zu Montenegro kommen soll. Nach seiner Ansicht ist somit Baron Giesl künftig »in Cetinje unmöglich« und wird sich »um einen anderen Posten umsehen müssen«.

Bei den kleinlichen Verhältnissen in Cetinje verbreiten sich solche Äußerungen wie ein Lauffeuer und in der bevorstehenden Zuteilung des Legationssekretärs Grafen Kolowrat erblickt man bereits ein Anzeichen des nahen Wechsels in der ö.-u. Gesandtschaft.

Weiters sind mir folgende Informationen zugegangen, die ich mir gleichfalls erlaube, E. E. zu übermitteln.

Nach wie vor hält man in Montenegro daran fest, daß Skutari zu Montenegro kommen müsse und glaubt dies — ungeachtet der Einsprüche Österreich-Ungarns und Italiens — durch Beharrlichkeit ertrotzen zu können.

Ob nun Skutari durch Gewalt bezwungen wird oder nicht — auf keinen Fall will man freiwillig von dort weichen, man will es also selbst auf eine Intervention unter Anwendung militärischer Machtmittel ankommen lassen, falls irgend eine Großmacht hiezu ein europäisches Mandat erhalten sollte.

Diese Möglichkeit wird im Vertrauen auf Rußland einstweilen noch bezweifelt; sollte sie aber dennoch eintreten, so ist man zur Rolle des

---

*) Deutscher Gesandter in Cetinje.

**) Damals ö.-u. Gesandter in Cetinje.

Märtyrers entschlossen; Montenegro will also den etwa eindringenden Truppen keinen offiziellen Widerstand entgegensetzen und will so lange als möglich zuwarten, überzeugt, daß eine derartige Vergewaltigung des Landes die ganze slawische Welt gegen den Usurpator in Harnisch zwingen werde.

Auch auf eine Grenzsperre mit Flottendemonstration ist man gefaßt. Durch einige Wochen hofft man von den jüngst seitens Rußland gespendeten Vorräten leben zu können, und dann muß irgend eine Lösung eintreten. Man spielt eben aus Verzweiflung va banque, da man nichts mehr besitzt, folglich auch nichts verlieren kann.

Der König, dessen politischer Scharfblick durch den Einfluß der Frauen seiner Umgebung getrübt wird, der scheinbar zu viel auf seine Popularität baut, hingegen die Stärke der großserbischen Partei im Lande unterschätzt, beginnt zu ahnen, daß das ferne Rußland die Dynastie der Petrović-Njeguš ohneweiters fallen zu lassen bereit ist, wenn dies in seinem (Rußlands) Interesse gelegen sein sollte, und dieses Interesse ist keineswegs unwahrscheinlich.

Durch die bevorstehende Schaffung eines selbständigen albanesischen Staates unter der Ägide Österreich-Ungarns wird der Wert Montenegros als russische Offensivflanke im Süden Österreichs erheblich herabgedrückt; Rußland hat somit größtes Interesse daran, das austrophile Albanien durch einen möglichst starken serbischen Staat in Schach halten zu können.

Von den beiden serbischen Dynastien Karageorgjević und Petrović hat erstere dermalen das höhere Ansehen, teils auf Grund der Erfolge der serbischen Waffen im gegenwärtigen Kriege, teils im Hinblick auf die Gefügigkeit des Königs Peter, wogegen König Nikolaus als Despot bekannt ist und seine Söhne*) (ausgenommen der jüngste) keineswegs beliebt sind.

»In 34 Friedensjahren sind wir Montenegriner Barbaren geblieben, wie unser Gospodar; unser ganzes Land, unser ganzes Heer ist ohnmächtig einem einzigen Pascha gegenüber, wir sind arm und schwach geblieben, während es Serbien zu Kraft und Wohlstand gebracht hat. Fort also mit einer Dynastie, die das Unglück des Volkes zur eigenen Bereicherung ausnützt**).«

---

*) Danilo, Mirko, Petar.

**) Angeblich haben König und Kronprinz vor Kriegsbeginn an der Börse auf Baisse spekuliert und hiedurch einige Millionen Francs gewonnen.

Dies sind die Ansichten der jüngeren Intelligenz im Lande. Es bedarf dermaßen nur eines äußeren Anstoßes, um die Dynastie zu verabschieden und die vielfach ersehnte Schaffung eines einheitlichen großserbischen Staates anzubahnen.

Noch hofft König Nikolaus, daß der russische Hof (dem zwei seiner Töchter angehören) ihn und seine Dynastie halten werde. Die großserbische Partei aber weist darauf hin, daß z. B. auch der russisch-türkische Krieg von 1877 gegen den Willen des Hofes ausgebrochen ist, und daß die panslawistische Partei in Rußland heute noch weitaus mächtiger sei als damals.

Die arg verworrenen administrativen und finanziellen Verhältnisse in Montenegro begünstigen den Ausbruch einer Krise. Der König ist ohne ernsten politischen Ratgeber in Rijeka, der Minister des Äußern*) weilt seit fünf Monaten im Felde, sein Stellvertreter kann »wegen Landestrauer« keine Informationen erteilen, der Minister des Innern konfisziert sein eigenes Amtsblatt und der Finanzminister nimmt Geld, wo er kann, für den Staat in Beschlag.

Der König würde heute jede Hilfe, woher immer sie kommen mag, annehmen. Gewiß wäre er auch bereit, auf die russische Freundschaft zu verzichten, falls ihm Österreich-Ungarn sichere Garantien zu bieten geneigt wäre."

Am 22. Feber hatte ich die schon im Vorstehenden angeführte Besprechung mit dem k. u. k. Militärattaché in Cetinje, Hauptmann Hubka.

Über den Gang der Verhandlungen in London geben nachfolgende Stellen aus Berichten des dortigen k. u. k. Militärattachés Major Horváth Aufschluß.

Vom 2. Feber: „Wie ich bereits in meinem letzten Berichte erwähnt habe, ist es nur auf das Treiben Bulgariens zurückzuführen, daß es zum Abbruch der Friedensverhandlungen und zur Kündigung des Waffenstillstandes gekommen ist. Es ist dies Herrn Danew trotz des Widerstandes der Botschafter und der geringen Neigung der Verbündeten zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gelungen, weil er angeblich die anderen Delegierten mit der Drohung preßte, daß Bulgarien, falls es nicht in den Besitz Adrianopels gelangt, genötigt wäre, sich auf Gebieten schadlos zu halten, die seine Verbündeten beanspruchen. Ob es Bulgarien mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ernst meint, wird sich bald zeigen, es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß es mit der abermaligen Intervention der Mächte oder doch einer Macht (Rußland?) zu seinen

*) Martinović.

Gunsten rechnet. Daß in Rußland hiezu stark die Neigung vorhanden ist, läßt sich nicht bezweifeln, hat doch beispielsweise der russische Botschafter bei der vorletzten Konferenz, als die Antwort der Türkei noch ausständig war, den Vorschlag gemacht, man möge abermals einen Druck auf die Türkei unternehmen. Über Einfluß Englands enthält sich zwar Rußland vorderhand einer isolierten Aktion, hat aber erklärt, daß es sich hievon nicht abhalten ließe, wenn Bulgarien im Kampfe unterliegt, oder Rumänien den Bulgaren in den Rücken fällt, oder schließlich, wenn die Türken bei Täbris die Grenze des strittigen persischen Gebietes überschreiten würden. Im übrigen hat Rußland — laut Versicherung Sir Edward Greys — bezüglich Kleinasiens vollkommen beruhigende Äußerungen getan, so daß die Furcht vor der Aufrollung der armenischen Frage, die ich in meinem letzten Bericht erwähnt habe und die speziell in Deutschland eine gewisse Nervosität hervorgerufen hat, bereits geschwunden ist.

Auch die rumänisch-bulgarische Frage scheint etwas weniger kritisch zu sein."

Der Bericht erwähnt die Erklärung König Carols, wonach der König den Casus belli nur dann gegeben erachte, wenn Bulgarien von den bereits zugestandenen Konzessionen zurücktreten würde, er im übrigen bereit wäre, die Entscheidung den Großmächten oder dem Schiedsgericht im Haag anheimzustellen.

Auch die albanesische Abgrenzungsfrage stellt der Bericht als voraussichtlich zufriedenstellend hin und bemerkt nur, daß sich der k. u. k. Botschafter sowohl von Prinz Lichnowsky als von Marquis Imperiali nicht genügend unterstützt fühle. Er habe dem redegewandten, über eine unerschöpfliche Quelle von Argumenten verfügenden russischen, sowie dem geistig hochstehenden französischen Botschafter gegenüber einen schwierigen Stand. Bei Sir Edward Grey finde er zwar Freundlichkeiten, England verfolge aber nur seine eigenen Interessen und unterstütze daher auch, wenn es diese fordern, Rußland.

Ein Bericht vom 12. Feber meldet, daß der Handel um die Abgrenzung Albaniens zu fortwährenden Verzögerungen im Gang der Verhandlungen benützt werde und sagt: „Die Verschleppungstaktik Rußlands und seiner Bundesgenossen ist offenbar; man will den Fall von Skutari abwarten, um sich dann auf ein »fait accompli« berufen zu können." In diesem Sinne beraume auch Sir Edward Grey die Zusammenkünfte nur nach langen Pausen an, um Rußland einen Dienst zu erweisen.

Hinsichtlich der Türkei sagt der Bericht, daß diese noch nicht entschlossen wäre, auf die in der Demarchenote der Großmächte ausgesprochenen Bedingungen einzugehen.

Laut Bericht vom 15. Feber hatte Grey den Dreibundbotschaftern den Vorschlag Rußlands bezüglich Abgrenzung Albaniens bekanntgegeben. Danach sollte die Stadt Skutari an Albanien fallen, die sie unmittelbar beherrschende Taraboš-Höhe, dann der Lauf der Bojana und der ganze Skutari-See aber an Montenegro. Ebenso sollten Dibra, Prizren, Djakovo, Ipek, Gusinje von Albanien getrennt und zu Serbien geschlagen werden. Zu dem Feilschen um diese Grenzen kam noch die Frage wegen Janinas. Diesbezüglich sagt der Bericht: „Da jedoch wegen der Zukunft Janinas Griechenlands Aspirationen in Betracht kommen, hat unser Botschafter dem italienischen Kollegen vorgehalten, daß in dieser Frage Italien die Führung zu übernehmen hätte. Natürlich zieht sich Marquis Imperiali hievor zurück, weil er das Odium der Zustutzung griechischer Forderungen gern auch uns überlassen möchte.“

Während sich in London die Verhandlungen von Woche zu Woche derart hinschleppten, reiften auf dem Kriegsschauplatz die Ereignisse neuen Situationen entgegen.

Berichte vom 5. bis 7. Feber meldeten serbische Truppenverschiebungen; am 5. den Abmarsch der Drina-Division I nach Adrianopel, was am 7. widerrufen wurde; die Konzentrierung der Donau-Division I an der Bahn Niš—Čuprija—Palanka, der Timok-Division II in Üsküb, der Šumadija-Division I bei Allessio, den Transport schwerer Artillerie gegen Adrianopel. Bei Skutari sei die Drina-Division II näher an den Platz herangerückt. Da die montenegrinischen Verhandlungen nicht zu dessen Übergabe geführt hatten, sei der Angriff für den 7. beschlossen worden. Er geschah (nach Artillerie-Vorbereitung am 6. Feber) tatsächlich am 7. Feber, doch ohne nennenswerten Erfolg, so daß man das Eintreffen noch weiterer acht russischer 15 cm-Haubitzen abwarte.

Skutari umschlossen im Norden und Osten 22.000 Montenegriner (2., 3,. 4. Division), im Südwesten am Taraboš 6000 Montenegriner (1. Division), im Süden 17.000 Mann (die serbische Šumadija-Division I und Drina-Division II, nebst Montenegrinern).

In Skutari sollten 28.000 Türken stehen, unter Befehl Hassan Rizas und Essad Paschas; ersterer die Seele der Verteidigung.

Schwierigkeiten in den neubesetzten Gebieten Albaniens und Mazedoniens sollen die Serben gezwungen haben, Truppen dorthin zurückzusenden, so daß im Raume Üsküb—Kalkandelen—Ochrida—Monastir zirka 41.000 Serben stünden.

Während Montenegro hartnäckig den Besitz von Skutari erstrebte, schien Serbien nur mit halbem Herzen seine Bundesgenossen bei Skutari

und Adrianopel zu unterstützen, vielmehr darauf bedacht, sich die okkupierten Gebiete dauernd zu sichern.

Nicht ohne Sorge blickte es auch auf Österreich-Ungarn und ließ sich von dieser Sorge anscheinend auch bei Dislozierung seiner Truppen leiten, wohl erkennend, welche Chancen die Monarchie damals für ein Eingreifen gehabt hätte. Dieser Sorge entsprach auch das Bemühen der Belgrader Regierung, zu dieser Zeit freundliche Gesinnungen für Österreich-Ungarn zur Schau zu tragen und dem k. u. k. Gesandten gegenüber zu beteuern — ein Bemühen, das bei den nachgiebigen, friedlichen Tendenzen der ö.-u. Politik auf fruchtbaren Boden fiel.

Wie es damit aber wirklich beschaffen war, konnte niemandem entgehen, der die Ereignisse seit Dezember klaren Blickes verfolgt hatte. Mit diesem Blick sah auch der k. u. k. Militärattaché in Belgrad, Major Gelinek, die Dinge an.

Schon in einem Bericht vom 6. Feber weist er darauf hin, daß der k. u. k. Gesandte eine Annäherungspolitik an Serbien vertrete, die in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet erscheine. Weiter heißt es: „Vor kurzem besprach ich mit dem Gesandten die Broschüre Leopold Mandls über das Verhältnis der Monarchie zu Serbien nach dem Balkankriege. Während ich das Buch als überaus zutreffend bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß man in der Monarchie allgemein erkennen möge, nur durch radikale Mittel wäre eine Änderung unseres unhaltbaren Verhältnisses zu Serbien herbeizuführen, da es sich nicht um vorübergehende Verstimmungen, sondern um tiefliegende organische Gegensätze handle, bezeichnete Herr von Ugron diese Broschüre als tendenziös. Herr von Ugron machte die charakteristische Bemerkung: »Unsere Beziehungen zur serbischen Regierung sind jetzt geradezu herzlich.« Zur Regierung vielleicht, da diese durch die überaus schwierige Lage, in der sie sich bei den scharfen Gegensätzen Serbiens zu allen seinen Nachbarn derzeit befindet, gezwungen ist, jeden Konflikt mit uns zu vermeiden. Für das Volk und für die Armee sind wir trotzdem der »Erbfeind«, und der unversöhnliche Geist in der Bevölkerung findet täglich in der Presse bis zum geringsten Straßenblättchen seinen Ausdruck. Daran können auch die sehr vorsichtigen Korrekturen des Regierungsorganes nichts ändern, es sitzt infolge jahrelanger Hetze viel zu tief."

Bezüglich des Bestrebens, die ö.-u. Vertreter zu kaptivieren, schreibt Major Gelinek:

„Was die Serben in dieser Beziehung zu leisten verstehen, bewies erst vor kurzem die Mission des Konsuls Edl, der trotz seiner scheinbaren Gewandtheit nicht die nötige Feinheit besaß, den Serben nicht auf den Leim zu gehen. Es war geradezu beschämend, in welchen Obertönen

des Lobes dieser Beamte nach seiner Rückkehr aus Prizren von den Serben und ihren Leistungen sprach; von Unkorrektheiten und serbischen Grausamkeiten wußte er nichts zu berichten."

Zur Erklärung der Tendenzen des Gesandten bemerkt der Bericht weiter:

„Vor wenigen Tagen berührte ich, auf die Worte Vladan Georgević verweisend, die Möglichkeit einer Besitzergreifung Serbiens durch die Monarchie, die notgedrungen zum Trialismus führen würde. Durch mehrfache Gespräche mit ungarischen Funktionären über deren allgemeine Auffassung orientiert, überraschte es mich nicht, daß Herr von Ugron dies als undurchführbar bezeichnete, da Ungarn dies nie zugeben könne; die Reichsnotwendigkeit tritt eben bei jedem Ungarn hinter dem nationalen Gedanken zurück. Meine Argumente, daß sich die Vereinigung der Völker gleicher Sprache auf die Dauer nicht aufhalten lasse, veranlaßten ihn, schließlich zuzugeben, daß Kroatien und Slawonien eventuell im Rahmen des ungarischen Königreiches eine erhöhte Autonomie erhalten könnten; eine Sonderstellung des serbischen Banates sei jedoch ausgeschlossen. Die möglichen Konsequenzen einer großen Umwälzung bilden für jeden Ungarn eine große Sorge, und darauf können bei Herrn von Ugron auch die klarliegenden friedlichen Tendenzen basiert sein."

Datiert vom 20. Feber berichtet Major Gelinek über die seitens der Serben in den neubesetzten Gebieten an den Albanesen neuerdings verübten Grausamkeiten und fährt fort:

„Dabei glaube ich der Ansicht beipflichten zu müssen, daß es Serbien bei seinen Bestrebungen, an die Adria zu kommen, viel weniger um wirtschaftliche Vorteile, wie darum zu tun ist, das albanesische Element zu zersplittern und auszurotten.

Abgesehen von den eigenen Expansionsbestrebungen, verkennen es die Serben gewiß nicht, daß die Schaffung eines starken, verteidigungsfähigen Albanien zu den vitalsten Interessen der Monarchie gehört, und darin, nicht in wirtschaftlichen Fragen, liegt für sie genügender Grund, die Albanesen möglichst auszurotten."

Im Ostbalkan stand der Kampf um Adrianopel im Vordergrund. Berichte vom 7. Feber meldeten ein Zurückweichen der türkischen Gallipoli-Armee, aber auch die Zurücknahme der bulgarischen Truppen an der Čataldža-Linie; Berichte vom 10. Feber die Einnahme von Kavak und Bulair durch die Bulgaren und eine erfolglose Offensive der Türken am 6. und 7. Feber bei Čataldža, ferner die Andauer des Bombardements von Adrianopel. Über den Zustand der bulgarischen Armee berichtet der k. u. k. Militärattaché in Sofia, Major Laxa:

„I n f a n t e r i e gut, vorwiegend Bajonettoffensive, aber auch umfassender Spatengebrauch, häufige Nachtangriffe; K a v a l l e r i e, bei geringer Eignung der Bulgaren zum Reiterdienst, mangelhaft im Aufklärungsdienst, A r t i l l e r i e gut, Bespannungen minder; trotzdem geschickt im Überwinden von Hindernissen; Feuerleitung noch nicht auf der Höhe; T r a i n- u n d S a n i t ä t s v o r s o r g e n mangelhaft. Seuchen herrschend. Mangel an Waffen und Munition. Bei Varna sei unter Kommando Paprikows eine fünfte Armee in Aufstellung, angeblich 50.000 Mann, aus 41—46 Jahre alten Landsturmleuten gebildet." Die damit verbundene Absicht, Rumänien, mit welchem am 12. Feber in Sofia die Verhandlungen in der Kompensationsfrage begannen, zu bluffen, war deutlich.

Nach einem Berichte des k. u. k. Militärattachés in Bukarest waren die Gemüter in Rumänien damals sehr erregt. Der Bericht vom 13. Feber sagt: „Wie stark die Strömung zur Durchsetzung der rumänischen Kompensationsforderungen ist, und zwar der Forderungen und Wünsche i n i h r e r G ä n z e, erhellt am besten daraus, daß nun auch der K ö n i g, der bis vor kurzem persönlich auf Silistria keinen übergroßen Wert legte, erklärt, angesichts der überhandnehmenden Bewegung u n b e d i n g t auf der Erlangung auch der S t a d t, nicht nur der Höhen bestehen zu müssen."

Dieser Bericht im Vereine mit sonstigen Informationen veranlaßte mich zu folgendem Schreiben an Graf Berchtold:

„W i e n, 14. Feber 1913.

Euer Exzellenz!

Die nachstehend dargelegte dringende Frage zwingt mich leider wieder, E. E. zu behelligen.

Meine Informationen über Rumänien ergeben nämlich, daß dort die auf gänzliche Befriedigung der seitens Rumäniens an Bulgarien gestellten Forderungen, also auch auf Abtretung der Stadt Silistria abzielende Richtung auch den König ergriffen hat, der nun unbedingt auf deren Realisierung besteht und von uns erwartet, daß wir klipp und klar aussprechen, eine Neuregelung der Machtverhältnisse auf dem Balkan solange nicht anzuerkennen, bis die Kompensationswünsche Rumäniens in toto befriedigt sind; das heißt: wir sollen die rumänische Angelegenheit mit der gleichen Schärfe (ich setze dieselbe nämlich als zweifellos voraus), wie wir die serbischen Aspirationen auf die Adria bekämpft haben, vertreten.

Würde die Monarchie diese Haltung nicht einnehmen, dann ist die Verlängerung des bestehenden Vertrages mit Rumänien in Frage gestellt;

was dies aber für das Kräfteverhältnis im Falle einer Komplikation mit Rußland, die uns trotz aller unserer Friedensliebe und Nachgiebigkeit schließlich doch aufgezwängt werden kann, bedeutet, habe ich mir schon des öfteren darzulegen erlaubt.

Ich bin daher der Ansicht, daß wir klar und offen rückhaltlos auf der Seite Rumäniens stehen und dies entschieden deklarieren und dokumentieren müssen, sonst wird schließlich niemand unseren Freundschaftsversicherungen glauben.

Jedes weitere Lavieren erschiene mir als eine große Gefahr.

Bei Anlaß dieses Schreibens möchte ich mir erlauben, auch noch eine zweite Frage zu berühren; sie betrifft die Haltung Serbiens. Nach meinen Informationen wäre es eine folgenschwere Selbsttäuschung, wenn man annehmen würde, daß die Freundschaftsbeteuerungen der serbischen Regierungskreise aufrichtig gemeint sind; Volk, Armee und in ihrer wahren Überzeugung auch die Regierungsmänner stehen der Monarchie als Feinde gegenüber, damit muß letztere rechnen.

Aus unserer jetzigen so überaus schweren Lage kann meiner Ansicht nach nur eins herausführen, und das ist eine unbeugsame, feste und klare Haltung ohne Scheu vor der ultimo ratio — der Waffengewalt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Recht störend in meine Bemühungen, Rumänien an unserer Seite zu halten, kam mir die Nachricht, daß in Rumänien die schon früher vom König erwähnte Mär verbreitet werde, Österreich-Ungarn habe an Bulgarien 50.000 Gewehre geliefert*). Der k. u. k. Militärattaché konnte König Carol erneuert darüber Aufklärung geben und berichtete am 15. Feber: „Ich erklärte dem König in aller Form, daß von einer bewußten Unterstützung Bulgariens absolut keine Rede sein könne, und daß überhaupt die Möglichkeit einer Abgabe von Armeegewehren an einen anderen Staat als an Rumänien gar nicht diskutierbar sei. Auf Grund meiner persönlich in Wien eingeholten Informationen sei ich in der Lage zu berichten, daß Bulgarien im September, also vor der Mobilisierung, mit Wiener Gewehragenten in geheime Verbindung getreten sei und dann von diesen faktisch 50.000 minderwertige Gewehre, die aus während der letzten Jahre durch in- und ausländische Übernahms-

---

*) Dieser Gewehrhandel mit Bulgarien fand im September 1912 statt, also zur Zeit vor meiner Wiederernennung zum Chef des Generalstabes, so daß ich hievon nichts wußte. Vergleiche auch Seite 51.

kommissionen zurückgestoßenen Elementen zusammengesetzt worden wären, angekauft habe. Die Agenten seien dieselben, die kürzlich hier ihre Ausschußwaffen angeboten und die Behauptung aufgestellt hätten, sie stünden mit dem k. u. k. Arsenal in Verbindung. Bulgarien habe damals in der Not genommen, was geboten worden sei, jedoch um teures Geld ausrangiertes Material erhalten.

Seine Majestät nahm diese Mitteilungen sehr befriedigt zur Kenntnis und sagte, er persönlich habe selbstverständlich niemals an unserer Loyalität gezweifelt."

Erwähnen möchte ich hier, daß damals Österreich-Ungarn Gewehre samt Munition in offizieller Weise an Rumänien lieferte.

Über die Türkei ergaben die anfangs Feber eingelangten Berichte folgendes Bild: Verpflegsstand der Čataldža-Armee 176.000 Mann, 45.000 Tiere; Geschützzahl 380. Verpflegung der Leute mangelhaft, Futter für die Tiere fehlt, Zustand der letzteren elend, daher die Armee nicht offensivfähig.

Berichte von Mitte Feber vermuten in Thrazien, bei Čataldža 140.000 Türken, 132.000 Bulgaren, bei Gallipoli 18.000 Bulgaren; gegen letztere sollen Teile der auf dem asiatischen Ufer konzentrierten 40.000 Mann Hurschids im Seetransport herangeführt werden. Die Verpflegung Adrianopels reiche nur mehr auf sechs Wochen, der Wiederausbruch des Krieges habe im Kriegsministerium große Ratlosigkeit, im Publikum große Besorgnisse erzeugt. Ein Attachébericht vom 1. Feber, der zwar die Möglichkeit eines militärischen Erfolges der Türkei nicht negiert, sagt:

„Die allgemeine Stimmung in Konstantinopel ist jedoch durchaus nicht sehr optimistisch und sieht vielmehr der Zukunft mit trüber Besorgnis entgegen. Eine Offensive von Gallipoli, verbunden mit Landungen von Kleinasien her, ist zwar beabsichtigt, aber schwer durchführbar; Adrianopel kann früher fallen, als man annimmt, und ob die frierenden und hungernden türkischen Truppen in der Čataldža-Linie einer mehrtägigen Beschießung aus schwerem Geschütz standhalten werden, ist sehr fraglich."

Dieser Bericht gibt auch der Vermutung Ausdruck, daß man auf der deutschen Botschaft in Konstantinopel Kenntnis der von den Jungtürken beabsichtigten Umwälzung (23. Jänner) gehabt, aber keine Schritte dagegen unternommen habe. Im übrigen sagt der Bericht, habe der hiedurch zum Großvezirat gelangte Schefket Pascha in der strittigen Abgrenzungsfrage die Maritza und Tundža als annehmbare Grenzen bezeichnet und sei damit in der Nachgiebigkeit gegenüber den Balkan-Alliierten weiter gegangen, als es die frühere Regierung beabsichtigt hatte. Die Alliierten jedoch hätten eine Antwort hierauf gar nicht abgewartet,

sondern auf die Nachricht von der Umwälzung hin die Friedensverhandlungen abgebrochen und den Waffenstillstand gekündigt.

Für die Beurteilung der inneren Lage der Türkei ist das damals lancierte Projekt Münir Paschas — (vergleiche Seite 40) — bezeichnend. Es bestand im wesentlichen darin, daß alle türkischen Funktionäre europäische Beiräte erhalten sollten, denen die ganze Gewalt zu übertragen wäre. Die Reorganisation der Armee hätte ein hoher deutscher General mit deutschen und ö.-u. Offizieren durchzuführen, die innere Verwaltung wäre in die Hände eines hohen ö.-u. Staatsmannes (Exzellenz Baron Burian) zu legen. Die Gendarmerie sollte durch einen Italiener, die Marine und Zollverwaltung sollten durch Engländer, die Finanzen unter gewissen Kautelen durch Franzosen reorganisiert werden.

In gewissem Sinne hielt Deutschland seine Hand schützend über der Türkei. Ein Bericht vom 1. Feber des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel führt an: „Nun scheint allerdings Deutschland durch eine kategorische Erklärung in Petersburg ein aktives Eingreifen Rußlands vorläufig verhindert zu haben. Baron Wangenheim*) hat dies bei Gelegenheit des Bankettes am Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm**) offen verkündet, indem er Kleinasien als ein »noli me tangere« bezeichnete."

Die deutsche Politik war zu dieser Zeit von dem Streben beherrscht, jede größere Komplikation zu vermeiden. Es schien, daß sie in diesem Streben auch in manchen Fragen von Österreich-Ungarn abrückte, wie dies schon mit Bezug auf das Verhalten Fürst Lichnowskys auf der Londoner Konferenz und des deutschen Gesandten in Cetinje, Herrn Eckardt, angedeutet wurde. Auch schienen Deutschlands Rücksichten auf Griechenland bei der Grenzbestimmung für Albanien zu Differenzen mit der ö.-u. Auffassung geführt zu haben. Aber diese Details erachtete ich für nebensächlich im Hinblick auf das loyale Zusammenstehen der maßgebenden Stellen beider Reiche. Es sprach sich ja auch in den Vereinbarungen für den Fall eines uns aufgenötigten gemeinsamen Krieges und in dem Bemühen Deutschlands aus, für diesen Krieg das Mitgehen Italiens zu sichern.

Dieses Bemühen hatte ja auch in der schon dargelegten Mission des Oberstleutnants Montanari und in meiner Besprechung mit General Graf Waldersee greifbaren Ausdruck gefunden.

In dieser Angelegenheit erhielt ich am 12. Feber das nachstehende Schreiben des Generals von Moltke:

---

*) Deutscher Botschafter in Konstantinopel.

**) 27. Jänner.

„Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 31. Geheim.

Berlin, NW. 40, den 10. Feber 1913.
Moltkestraße Nr. 8.

Euer Exzellenz

wollen meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen für das hochgeschätzte Schreiben, das mir am 11. Jänner d. J. zuging. Den ersten vorläufigen Dank hat der von mir zu E. E. entsandte Generalmajor Graf Waldersee bereits ausgesprochen gelegentlich der eingehenden Besprechung über die Materien unseres letzten Schriftwechsels, die E. E. die Güte hatten ihm zu gewähren. Ich möchte nicht unterlassen, meine größte Erkenntlichkeit für den warmen und vertrauensvollen Empfang auszusprechen, den E. E. dem General bereitet haben.

Indem ich an jene mündlichen Verhandlungen anknüpfe, möchte ich zuerst hervorheben, wie sehr es mich mit Befriedigung erfüllt, daß die vom General Pollio dem Grafen Waldersee gegebenen Auskünfte über die Gruppierung der italienischen Landstreitkräfte bei Beginn eines gemeinsamen Feldzuges E. E. keinen Grund zur Beanstandung gegeben, vielmehr auch E. E. ebenso wie mich in der Überzeugung bestärkt haben, daß nicht nur Seine Majestät der König, sondern auch die zur Zeit leitenden Männer die Dinge nach ihren Kräften im Geiste der Bundestreue zu führen gewillt sind.

Sehr erfreulich ist auch die Feststellung, daß hinsichtlich der gemeinsamen Operationen der verbündeten Flotten im Mittelmeer bei E. E. und dem Admiral Graf Montecuccoli dieselben Anschauungen herrschen wie in Rom. Ich habe Grund zu der Annahme, daß, wenn es nicht schon geschehen sein sollte, italienischerseits alsbald an E. E. mit Vorschlägen für die näheren Vereinbarungen auf diesem Gebiete herangetreten werden wird. Etwaige Verzögerungen erklären sich nach neueren Nachrichten allein aus dem in der italienischen Admiralität noch nicht zum Abschluß gebrachten Personenwechsel. Ich werde tun, was in meinen Kräften steht, um den schnellen und glücklichen Abschluß dieser Angelegenheit herbeizuführen. Ebenso wie E. E. messe auch ich ihr für die gemeinsamen Aktionen eine sehr große Bedeutung bei und meine, daß bei der Größe der Ziele nebensächliche Fragen ein Zustandekommen nicht vereiteln dürfen.

Wie ich E. E. schon mitgeteilt habe, werden die deutscherseits gegen Rußland einzusetzenden Kräfte trotz des Ausfalles der dritten italienischen Armee nicht vermindert werden. Wenn sich die allgemeine Lage einigermaßen übersehen läßt, was sehr bald nach Eröffnung der Feindseligkeiten

der Fall sein wird, hoffe ich, daß sich uns die Möglichkeit bieten wird, noch weitere verfügbare Kräfte zweiter Linie im Osten einzusetzen, die je nach der Lage nach Preußen oder nach Oberschlesien vorgeführt werden können.

E. E. Wunsch eines verstärkten Schutzes der über Oderberg heranführenden dortigen Aufmarschstraßen deutscherseits habe ich, wie ich E. E. bereits mündlich erklären ließ, gerne entsprochen. Der Grenzschutz in Oberschlesien wird von 22 Bataillonen, 4 Eskadronen und 4 Batterien ausgeübt. Mit dem zehnten Mobilmachungstage sind beträchtliche Teile dieser Kräfte auch bereit, diesem Schutz einen offensiven Charakter zu geben und mit der von E. E. bereitgestellten k. k. Kavalleriedivision gemeinsam zu operieren.

E. E. wollen mir gestatten, jetzt noch auf die Lage im großen, auf die E. E. Schreiben einen Blick wirft, einzugehen.

Die Führung eines großen Krieges des Dreibundes gegen die Tripleentente, ja selbst gegen Rußland und Frankreich allein, wird, um ihn für uns zu einem glücklichen Ende zu bringen, der Anspannung aller Kräfte und der Ausnützung aller Chancen bedürfen. Eine Zersplitterung der Kräfte trägt dabei mehr wie je eine Gefahr in sich. Bedarf Österreich aller seiner Kräfte, um den Kampf gegen Rußland durchzuführen, so gilt dasselbe für Deutschland im Kampfe gegen Frankreich. Ich würde daher befürworten, auch unsere im Osten bereitgestellten Truppen im Westen einzusetzen, wenn nicht die Rücksicht auf Österreich mich daran hinderte. Denn in dem Austrag des Streites zwischen Deutschland und Frankreich liegt meiner Überzeugung nach das Schwergewicht des ganzen europäischen Krieges, und auch das Schicksal Österreichs wird nicht am Bug, sondern an der Seine endgültig entschieden werden.

Indem ich betone, daß ich nur meine persönliche Ansicht ausspreche, möchte ich noch folgendes bemerken:

Als die ersten Spannungsmomente zwischen Österreich und Serbien eintraten, hatte die Monarchie infolge des provokatorischen Verhaltens Serbiens zweifellos die Sympathien aller Großmächte — mit Ausnahme Rußlands — auf ihrer Seite. Jedermann würde es verstanden haben, wenn Österreich die Besetzung des Sandžaks als casus belli ausgesprochen haben würde, ebenso wie jedermann es verstand, daß Österreich das Entstehen eines serbischen Kriegshafens an der Adria nicht dulden konnte, ohne Preisgabe vitalster Interessen. Nachdem dann Serbien in der Hafenfrage nachgegeben und auch die Angelegenheit Prohaska in einer für die Monarchie Genugtuung bietenden Weise ausgeglichen war, befestigte sich, besonders auch in Deutschland, die Ansicht, daß die berechtigten und von Österreich selbst formulierten Forderungen und damit der

österreichisch-serbische Streitpunkt erledigt seien. Man erwartete nun allgemein, daß der Vorschlag Rußlands zu gleichzeitiger Demobilisierung eine Entspannung der politischen Lage herbeiführen werde, deren schädigende Einwirkung auf das gesamte Erwerbsleben sich auch in Deutschland in empfindlicher Weise je länger desto mehr fühlbar macht. Diese Erwartung wurde enttäuscht.

E. E. wissen, daß ein Krieg, in dem es sich um die Existenz des Staates handelt, der opferwilligen Zustimmung und der Begeisterung des Volkes bedarf. Das Gefühl der Bundestreue Österreich gegenüber ist in Deutschland stark und lebendig, es würde zweifellos in elementarer Weise zum Ausdruck kommen, wenn die Existenz Österreichs durch einen russischen Angriff bedroht werden sollte. Es würde aber schwierig sein, eine wirkungsvolle Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke ein Verständnis nicht vorhanden wäre.

Das aus gemeinsamen Begehrlichkeitsinteressen entstandene Bündnis der Balkanstaaten trägt, wie mir scheint, den Keim der Zwietracht in sich, die ausbrechen wird, sobald der Friede mit der Türkei erzwungen ist und es an die Verteilung der Beute gehen wird. Hier scheint sich nun eine glückliche Aussicht für ein Zusammengehen Österreichs mit Bulgarien zu eröffnen. Gelingt es hier, gemeinsame Interessen wachzurufen, so würde Rußland in die Lage gebracht, zwischen Bulgarien und Serbien wählen zu müssen. Ich glaube, daß in Bulgarien starke Neigung vorhanden ist, sich aus dem Verhältnis eines russischen Satrapenstaates freizumachen. Stehen aber Bulgarien und Serbien sich feindlich gegenüber, so würde Österreich volle Aktionsfreiheit gegen Rußland haben. Diese Aussicht verdient meiner Meinung nach wohl die Überlegung, ob ein Vorgehen Österreichs gegen Serbien anzuraten sein würde, so lange der Balkanbund noch festgeschlossen dasteht.

Sehr zu bedauern ist der Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien. Wenn dieser in einer beide befriedigenden Weise beigelegt werden könnte, würde es für uns alle von Vorteil sein.

E. E. werden diese Ausführungen mit einigem Erstaunen lesen. Sie gehören eigentlich nicht in die Korrespondenz zwischen zwei rein militärischen Stellen. Ich bin auch kein Politiker, aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen E. E. und mir geben mir den Mut, mich E. E. gegenüber auch über diese Dinge vertrauensvoll und privatim auszusprechen. Politik und Kriegführung stehen doch in inniger Wechselbeziehung. Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und

Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slawen ausgehen. Wer diesen Kampf kommen sieht, der wird sich klar darüber sein, daß für ihn nötig ist die Zusammenfassung aller Chancen, vor allem aber das volle Verständnis der Völker für die weltgeschichtliche Entscheidung.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung und in kameradschaftlicher Verehrung habe ich die Ehre zu sein

Euer Exzellenz aufrichtig ergebener

von Moltke, General der Infanterie.

Präs. 12. Feber 1913.
Geh. Nr. 62."

Ich beantwortete dieses Schreiben wie folgt:

„An General der Infanterie von Moltke, Berlin.
p. t.

Wien, 15. Feber 1913.

Euer Exzellenz!

Vor allem bitte ich E. E., meinen ganz ergebensten Dank für das mir durch Graf Kageneck überreichte Schreiben vom 10. d. M. und die darin zum Ausdruck gebrachte freundschaftliche und vertrauensvolle Gesinnung entgegenzunehmen, welch letztere ich, wie stets, voll und ganz erwidere.

Die durch die Mission des Generals Graf Waldersee und des italienischen Oberstleutnants Montanari bestätigte Übereinstimmung der Anschauungen zwischen den Alliierten hinsichtlich der Verwendung der Land- und Seestreitkräfte erachte auch ich als wesentliche Grundbedingung eines Erfolges und werde daher in meinem Wirkungskreise auch stets bemüht sein, eine solche Übereinstimmung aufrecht zu erhalten.

Der Entsendung des italienischen Delegierten für die maritimen Abmachungen sehen wir hier täglich entgegen, doch ist italienischerseits diesbezüglich noch kein weiterer Schritt erfolgt.

Sehr dankbar bin ich E. E. für die Inaussichtstellung noch weiterer Kräfte zweiter Linie für die Verwendung gegen Rußland, sowie für die Bereitstellung des Grenzschutzes in Oberschlesien.

Wollen E. E. bei diesem Anlasse gestatten, daß ich auf die von E. E. angeregte Frage der möglichsten Kräftevereinigung eingehe. Vor allem möchte ich dabei hervorheben, daß ich ganz demselben Prinzip ergeben bin, aber bei so großen und so komplizierten Verhältnissen, wie es jene eines Krieges zwischen Dreibund und Tripleentente wären, erscheint mir

eine extreme Anwendung dieses Prinzipes nicht durchführbar und auch nicht geraten.

So ginge es beispielsweise gewiß nicht an, daß Österreich-Ungarn alle seine Kräfte mit sämtlichen deutschen und italienischen vereinigt, um zuerst den Erfolg in Frankreich absolut zu sichern, denn bis letzterer erreicht wäre, würden Rußland und die Balkanstaaten derartige territoriale und politische Erfolge mühelos errungen haben, daß damit der gegen Frankreich erreichte Erfolg wahrscheinlich wieder wettgemacht werden würde.

Von Warschau nach Berlin, von Warschau nach Wien und von Brody nach Budapest sind je 500 km, welche bei widerstandslosem Vorgehen von Kavallerie in 10 bis 14, von Infanterie in 25 Tagen durchmessen werden können.

Von Belgrad nach Budapest oder Agram sind nur 350 km. Was es aber, und zwar schon für die Existenzbedingungen der gegen Frankreich kämpfenden Armeen bedeuten würde, wenn der Feind derart tief in das Herz Deutschlands und Österreich-Ungarns eingedrungen wäre, liegt auf der Hand.

Es erübrigt daher doch nur, sowohl gegen Rußland als gegen die Balkanstaaten gleichfalls Kräfte anzusetzen.

Kann man diese auch gegen die Balkanstaaten möglichst gering halten, so müssen jene gegen Rußland doch derart stark sein, daß sie mit Aussicht auf Erfolg ein russisches Vordringen nach Deutschland und Österreich-Ungarn im obdargelegten Sinne zu bekämpfen vermögen. Die österreichischen Kräfte allein — es sind, wie ich E. E. schon seinerzeit vertraulich mitgeteilt habe, 40 Divisionen — vermöchten dies den ohne Reservedivisionen 58, und wenn man zwei kaukasische Korps hinzurechnet, 63 russischen Divisionen gegenüber nicht zu leisten; erst mit dem Hinzutritt der 8 bis 10 rumänischen und mindestens 13 deutschen Divisionen ergibt sich die Möglichkeit des Erfolges. Wenn also Deutschland letztere im Osten einsetzt, so geschieht dies doch nicht nur mit Rücksicht auf Österreich, sondern wohl auch im Interesse Deutschlands.

Im Geiste eines nur vereinten Schlagens ließe sich allerdings auch eine Lösung in der Weise denken, daß die ö.-u. Kräfte von Haus aus im Raume Wien—Budapest (im weiteren Sinne) konzentriert würden, um erst später, durch deutsche und italienische Kräfte verstärkt, gegen die voraussichtlich vorgedrungenen Russen die Entscheidung zu suchen, indessen aber mit den Balkanstaaten abzurechnen. Aber diese radikale Lösung hätte zur Folge, daß Deutschland empfindlich gefährdet, Rumänien einem übermächtigen Angriff Rußlands ausgesetzt, und daß der Verlust

so großen eigenen Gebietes nicht nur in politischer Richtung, sondern auch bezüglich Erhaltung des Heeres bedenklich wäre.

Ich glaube also, daß es das gemeinsame Interesse erheischt, auch gegen Rußland von Haus aus im Grenzraum, dann aber derart stark aufzutreten, daß ein Kampf nicht ohne Chance ist.

Zum mindesten sind die Vorbereitungen jetzt in diesem Sinne getroffen, und so erschiene mir schon aus technischen Gründen nicht möglich, dermalen noch davon abzugehen.

Daß bei der jetzigen politischen und militärischen Lage die Niederwerfung Frankreichs das erste Ziel bilden muß, gebe ich gerne zu, aber ich denke, daß zur Erreichung des letzteren die dermalen gegen Frankreich gerechneten deutschen Kräfte im Verein mit den italienischen genügen, um dieses Ziel zu erreichen.

Und nun bitte ich, auf E. E. so interessante politische Erwägungen eingehen zu dürfen, wobei ich aber hervorhebe, daß alles folgende nur meine rein persönlichen Anschauungen wiedergibt.

Es gibt gewiß nichts Schwierigeres und Verantwortungsvolleres, als an berufener Stelle über »Krieg« oder »Frieden« mit entscheiden, vielleicht sogar entscheiden zu müssen.

Erfahrung, Studium und Nachdenken haben wohl bei jedem von uns die klare Vorstellung von der tiefgreifenden Tragik des Krieges und von der Unsicherheit seines Ausganges sowie seiner Folgen gefestigt, und keiner von uns wird ohne gewissenhafteste Prüfung der Lage leichtfertig an diese Entscheidung treten. Wer jedoch an verantwortlicher Stelle steht, kann sich ihr nicht entziehen und muß ihr bei völliger Zurücksetzung der eigenen persönlichen Interessen pflichtgemäß obliegen.

Die Schwierigkeit für den dienstlich Berufenen liegt vor allem darin, weil es eben so folgenschwer werden kann, »für« den Krieg als »gegen« denselben zu entscheiden, indem eine versäumte Chance für einen unvermeidlichen Krieg die Führung desselben unter weit ungünstigeren Umständen zur Folge haben kann.

E. E. betonen nun selbst, daß Ihrer Ansicht nach über kurz oder lang ein europäischer Krieg kommen muß, in dem es sich in letzter Linie um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum handeln wird und haben dabei sicherlich das Zusammengehen Deutschlands und Österreich-Ungarns im Auge.

Ich möchte dabei vor allem hervorheben, daß, wenn wir es bis zu dem Moment ankommen lassen, in dem die Gegnerschaft diese Form des Rassenkampfes angenommen hat, wir kaum mehr werden darauf zählen können, daß unsere Slawen, die 47 Prozent der Einwohner betragen, sich für den Kampf gegen ihre Stammesgenossen begeistern werden.

Jetzt waltet noch das Gefühl historischer Zusammengehörigkeit und der Kitt der Disziplin im Heere vor; ob dies im obgedachten Falle in Hinkunft auch noch zutreffen würde, ist fraglich. Die Monarchie darf also nicht die Gegensätze bis zum Rassenkampf gedeihen lassen, sondern sie muß trachten, Süd- und Westslawen kulturell und politisch von den Ostslawen zu trennen, sie dem Einfluß Rußlands zu entziehen.

Eine der ersten Bedingungen hiezu ist die Verhinderung des Anwachsens und der Souveränität eines selbständigen Groß-Serbiens, in dem Rußland den Hebel zur Zertrümmerung der Monarchie einsetzt.

Darin gipfelt für uns die serbische Frage.

Die Besetzung des schmalen eingekeilten Sandžaks, die Adriahafenfrage etc. sind demgegenüber ganz untergeordnete Angelegenheiten — für welch letztere allein das Schwert zu ziehen nicht dafür gestanden wäre. Mit dem Nachgeben Serbiens in diesen Richtungen ist daher für uns die serbische Frage nicht gelöst.

Sehen wir aber zu, wie Serbien sich selbständig entfaltet und zum kräftigen Verbündeten Rußlands, sowie zum Attraktionspunkt unserer Südslawen wird, dann entsteht zweifellos jene slawische Gefahr, die schließlich an das Mark Deutschlands greift; auch letzteres wird sich daher klar werden müssen, in welchem Moment es dieser Gefahr begegnen will.

Dermalen hat man Italien noch zur Seite und ebenso Rumänien, wo aber alles auf zwei Augen steht und in Hinkunft zu Gunsten Rußlands umschlagen kann.

Die Balkanstaaten sind durch den Krieg zwar moralisch wesentlich gestärkt, aber personell und materiell geschwächt, während sie in Hinkunft ihre militärischen Kräfte fast verdoppelt haben werden. Albanien würde jetzt durch einen Aufstand obendrein noch serbisch-montenegrinische Kräfte binden; ob es in naher Zukunft jenes militärische Gegengewicht gegen das verstärkte Serbien bilden wird, welches wir erhoffen, ist noch fraglich.

Vollkommen pflichte ich E. E. darin bei, daß der Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien sehr bedauerlich und sehr mal à propos ist, weil auch bei uns mit dem seinerzeitigen Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien gerechnet wird; aber dieser Konflikt ist eben ein Faktum und dermalen erübrigt doch nur, loyal und entschlossen an der Seite Rumäniens zu stehen und dieses dem Dreibund zu erhalten und sich nicht als unverläßlich zu diskreditieren.

E. E. erwähnen, daß man in Deutschland unsere Demobilisierung erwartete und durch deren Unterbleiben enttäuscht wurde.

Vor allem möchte ich betonen, daß die Lage sowohl auf dem Balkan als auch Rußland gegenüber noch derart ungeklärt ist, daß es geradezu unverantwortlich wäre, die bescheidenen Maßnahmen herabzusetzen, die unserseits getroffen wurden.

Nur die Truppen des 15. und 16. Korps haben den vollen Stand, jene des 1., 10., 11., 7., 4., 13. Korps sind bloß auf jenen Stand gebracht, der in Rußland und Deutschland im Grenzgebiet der normale ist und an dem wir so viel als möglich auch in alle Hinkunft als normalen Stand festhalten wollen; bisher konnten wir dies aus Mangel an Rekruten nicht leisten und mußten uns daher mit temporären Einberufungen von Reservisten und Ersatzreservisten behelfen. Diese Stände sind aber unerläßlich, wenn wir mobilisierungsfähig sein wollen, eine Pflicht, die wir ja auch unsern Verbündeten gegenüber haben.

Ich glaube nun auf die so interessanten Ausführungen E. E. erschöpfend geantwortet zu haben, danke E. E. ganz besonders nochmals für diese und bitte den Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung und kameradschaftlicher Verehrung entgegenzunehmen, womit ich die Ehre habe zu sein

Euer Exzellenz aufrichtig ergebenster

Conrad, G. d. I.“

Mein obiges Schreiben wurde am 19. Feber durch den k. u. k. Militärattaché Major Baron Bienerth dem General von Moltke überreicht. Der Attaché berichtet hierüber:

„Res. Nr. 74.

Bericht über eine Unterredung mit dem Chef des Generalstabes.

Gelegentlich der Überbringung des Schreibens Geh. Nr. 61 führte Seine Exzellenz der Chef des Generalstabes der Armee, General der Infanterie von Moltke, ein längeres Gespräch mit mir am 19. Feber l. J.

Seine Exzellenz beauftragten mich, E. E. für die Übersendung des Schreibens zu danken. Er habe mit dem größten Interesse die Ausführungen E. E. gelesen, die auch im allgemeinen seine Ideen zum Ausdruck bringen. Der Beginn eines Weltkrieges sei wohl zu überlegen.

Die nächste Zukunft liege noch ganz im Dunkel. Es sei eine noch offene Frage, ob es möglich sein wird, die Verhältnisse auf dem Balkan einer definitiven Regelung zuzuführen ohne einen europäischen Krieg. Dabei sei zu beachten, daß trotz verschiedentlicher Hetzereien Frankreich einen Krieg doch vermeiden möchte. Hinsichtlich Englands habe er dieselbe Vermutung, doch glaube er, daß sich England Frankreich gegen-

über durch einen schriftlichen Vertrag zu einer Mitwirkung bei einem Kriege gegen Deutschland verpflichtet habe, daher mit dessen Eingreifen gerechnet werden müßte. Es sei sehr zu bedauern, daß die unverständliche blinde Angst Englands gegen Deutschland diese beiden Reiche in die gegnerischen Staatenbündnisse gebracht habe, wo kein wirklicher Grund dazu für England vorgelegen habe. Die Interessengegensätze Englands mit Rußland und Frankreich seien doch viel bedeutender.

Die Verhältnisse in der türkischen Armee beurteile er als ganz desolate. Die Ausrüstung mit Trains fehle noch immer vollkommen, so daß eine Offensive ausgeschlossen erscheine. Es könne sich lediglich um kurze Offensivstöße handeln. Auch über die Widerstandskraft Adrianopels könne man sich kein klares Bild machen; es lägen keine zuverlässigen Nachrichten über dessen Munitionsausrüstung und Proviantvorräte vor. Artilleristische Erfolge haben die Belagerer bisher nicht erringen können, es habe sich bisher nur um Infanteriekämpfe gehandelt.

Für Österreich-Ungarn wäre eine Lösung der bulgarisch-rumänischen Frage zu wünschen, die beiden Staaten annehmbar erscheine. Wenn dann Bulgarien nicht durch eine Entscheidung der Monarchie entfremdet würde, so könnte es voraussichtlich der serbischen Nationalität die Wage halten. Der Antagonismus zwischen Bulgaren und Serben bestehe und sei jetzt nur zurückgestellt.

Hinsichtlich der Standesvermehrungen durch die neue Heeresvorlage berichte ich abgesondert.

Anschließend möchte ich einige Momente darlegen, welche auf die Stellung Deutschlands einen Schluß gestatten. Am 30. Jänner, als dem Todestage weiland Seiner k. u. k. Hoheit des Herrn Kronprinzen Erzherzog Rudolf, besuchte Seine Majestät Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen, wie alljährlich Seine Exzellenz den Herrn k. u. k. Botschafter. Über diesen Besuch hat Seine Exzellenz dem k. u. k. Ministerium des Äußern ausführlich berichtet. Von dem Inhalt des Berichtes ist mir nur zur Kenntnis gekommen, daß Seine Majestät die Erhaltung des Friedens anstrebe und betreibe, daß er aber im Falle der Verwicklung der Monarchie in einen Krieg unbedingt mit der Kraft des ganzen Reiches eintreten werde. Seine Majestät meinte, es würde schwer sein, dem deutschen Volke die Notwendigkeit eines Krieges begreiflich zu machen, denn die Frage von »Durazzo« werde nicht verstanden werden. Er meine, wegen ein paar albanesischer Städte solle man es nicht zum äußersten treiben.

Ich möchte hinsichtlich dieser Gedanken Seiner Majestät folgendes hervorheben. Ich glaube, daß für Seine Majestät doch etwas der Gedanke mitspricht, gerade das Jahr seines fünfundzwanzigjährigen Regierungs-

jubiläums friedlich begehen zu wollen, ferner die Befürchtung vor England. Hinsichtlich letzterer konnte der k. u. k. Marineattaché über ein Gespräch mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen berichten. Die Lage der deutschen Marine werde insolange als ungünstig bezeichnet, als der Kaiser-Wilhelm-Kanal noch nicht für die schweren Linienschiffe benützbar sei und die Vereinigung der Geschwader beider Liegehäfen Wilhelmshaven und Kiel nur um Dänemark herum möglich sei. Auch die noch nicht beendete Fortifikation Helgolands spiele dabei mit.

Im Generalstabe werde anderseits wieder hervorgehoben, daß bei einem weiteren Hinausschieben der großen Entscheidung sowohl Frankreich als Rußland die Ausrüstung mit schwerer Artillerie des Feldheeres und Steilfeuergeschützen nachholen können."

Mit welch gemischten Gefühlen ich den Vereinbarungen mit Italien gegenüberstand, ist schon erwähnt. Zu General Pollio hatte ich volles Vertrauen, ob aber die führenden Politiker Italiens an der Bündnistreue festhalten würden, erschien mir zweifelhaft. Da jedoch Deutschland fest darauf baute und diese Bündnistreue zur Basis der militärischen Abmachungen nahm, die ja festgelegt werden mußten, da immerhin ein Hoffnungsschimmer dafür bestand, daß Italien seiner Bundespflicht wenigstens teilweise nachkommen würde, akzeptierte ich den deutschen Standpunkt bei Feststellung des gemeinsamen Vorgehens. Ein feindliches Eingreifen Italiens stand damals, mit Rücksicht auf die durch den libyschen Krieg verursachten Störungen in Italiens Wehrorganisation nicht zu befürchten.

Die von mir seinerzeit, als die Chancen günstig lagen, wiederholt bezeichneten Momente zur Abrechnung mit Italien zwecks Schaffung klarer Verhältnisse waren ungenützt geblieben; die Lage war infolgedessen eine ganz andere geworden, man war nunmehr auf Italiens guten Willen angewiesen, der Wunsch nach diesem war der Vater des Gedankens geworden.

Auf die damalige Rolle Italiens wirft nachstehende Stelle aus einem Schreiben vom 10. Feber des k. u. k. Militärattachés in Rom, Oberstleutnant Graf Szeptycki, einiges Licht:

„Anschließend an meinen mit demselben Kurier abgehenden Bericht über Bemerkungen russischer Diplomaten melde ich, daß Rußland hier Schritte unternommen hat, um Italien für die Eröffnung der Dardanellen zu gewinnen.

Italien soll hiebei die Rolle des Vermittlers übernehmen und die Dreibundmächte für diese Idee gewinnen.

Ich habe das Gefühl, daß man hierorts gar nicht der Sache abhold wäre.

Ein Zusammenwirken der russischen und der italienischen Flotten wäre dann natürlich gegen uns gerichtet.

Anderseits höre ich, daß die italienische Marine den Wunsch geäußert hat, mit unserer Marine einen Angriffs- und Verteidigungsplan festzustellen zwecks Bekämpfung der vereinigten französisch-englischen Flotten im Mittelmeer.

Es ist schwer zu verstehen, wie diese zwei so grundverschiedenen Momente gleichzeitig von der italienischen Regierung behandelt werden können.

Eines ist für mich klar, und zwar, daß die Italiener politisch wie militärisch an alle Eventualitäten denken."

Der Bericht mahnt dann zur Vorsicht bei Vereinbarung des Flottenabkommens und fährt fort:

„Jetzt fühlt sich Italien entschieden militärisch schwach und sucht Anlehnung an uns. Wenn es sich jedoch stärkt, und dies dürfte doch in zwei oder drei Jahren unbedingt geschehen, könnte es vielleicht doch seinen politischen Gedankengang ändern und wieder in das alte Fahrwasser gelangen.

Jetzt sind die Italiener überzahm; die Irredenta, dieser bequeme Kettenhund der Regierung, wird festgehalten, und wie mir letzthin eine maßgebende Persönlichkeit erzählte, ist die Irredenta sogar in den Militärkreisen *gänzlich* geschwunden, weil sie *momentan* gar keinen Sinn hat.

Kennzeichnend für diesen momentanen, aber etwas *zu plötzlichen* Umschwung in den Anschauungen ist es, daß die Baronin Pollio mit mir und meiner Frau ostentativ deutsch spricht und sich überall als Landsmännin von uns geriert — sie ist eine Wienerin — uns zum Frühstück zu sich ladet, Einladungen zu uns annimmt etc. Dies wäre alles bis vor einigen Monaten nicht möglich gewesen."

Daneben fehlte es aber nicht an Symptomen, daß Italien seine Ziele in den sogenannten irredenten Gebieten auch weiterhin verfolgte. Zu dem systematischen Eindringen reichsitalienischer Besitzer in österreichisches Gebiet kam beispielsweise das Bestreben eines reichsitalienischen Konsortiums, die Hafengründe von Monfalcone anzukaufen, wogegen sowohl die k. u. k. Marinesektion als auch ich Einsprache erheben mußten.

In B. H. D. machte sich nach wie vor die serbische Irredenta geltend. Nach einem Berichte vom 14. Feber des Armeeinspektors in Sarajevo mehrten sich Vorfälle, die erwiesen, wie weit die serbische Wühlarbeit im Lande gedrungen sei. Fälle von hochverräterischem Gebaren bos-

nischer Soldaten, Attentate auf k. u. k. Wachposten (so in Blažuj, Doboj, Zenizovac), die Zirkulation von Korrespondenzkarten, welche die Herzegowina ostentativ als zu Serbien gehörend bezeichneten, die Ausgabe großer Bilder durch den Verein „Prosvjeta", die im Wege der Ortsgeistlichkeit im ganzen Lande verbreitet wurden und die serbischen Siege, sowie die Wiederbelebung der allserbischen Reichsidee versinnbildlichten, Ansichtskarten, die Bosnien und Herzegowina als gefesselte Jungfrauen darstellten, zu deren Befreiung Serbien kommt, sowie solche, die als geographische Karten das großserbische, die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns in sich schließende Reich darstellten, waren anscheinend geringfügige, aber immerhin bemerkenswerte Symptome. Daneben dauerte der Widerstand gegen das Sprachengesetz fort.

Ende Feber hatte ich Besprechungen mit Erzherzog Franz Ferdinand und mit Graf Berchtold.

Am 26. und 27. Feber mit Erzherzog Franz Ferdinand.

Das Resumé der Besprechungen war, daß der Erzherzog absolut Frieden mit Rußland haben wolle und auch dermalen gegen Serbien nichts zu geschehen hätte, sondern nur auf diplomatischem Wege zu versuchen wäre, das zu erreichen, was wir anstreben.

Eh.: „In aller Hinkunft werden wir mit Rußland gehen, am besten wäre es, wenn Deutschland mit dieser Idee einverstanden wäre. Dann werden wir unsere Ziele auf Italien und Serbien richten, um sie seinerzeit zu schlagen, zu züchtigen, aber keinen Fußbreit Land von Serbien zu nehmen."

Ich: „Aber unser Prestige in Albanien und unsere Interessen am Balkan? Die südslawische Frage?"

Eh.: „Tut nichts; ich weiß, daß Sie mit dem nicht übereinstimmen; seien Sie versichert, später, wenn unsere innerpolitischen Verhältnisse besser sein werden als jetzt — dann ja."

Hierauf kündigte der Erzherzog an, daß demnächst auch die Reduzierung der Stände in B. H. D. erfolgen werde, mit dem Beifügen: „Das muß sein, ein zukünftiger Regent muß auch volkswirtschaftliche Interessen vertreten."

Am 27. Feber war ich erneuert bei Erzherzog Franz Ferdinand; er las mir einen Teil eines Briefes Kaiser Wilhelms vor und bemerkte, daß er auch schon vor Empfang desselben dieselbe Idee gehabt hätte, nämlich, daß alles vermieden werden müsse, was jetzt zu einem Krieg mit Rußland führen könnte.

Der Erzherzog hob hervor, der Leitstern müsse ein Zusammengehen Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns sein, vor allem schon

aus monarchischen Gründen und setzte fort: „Möglicherweise kommt es auch zu einer Aktion gegen Serbien, nur um es zu z ü c h t i g e n*), aber unter keiner Bedingung auch nur einen Quadratmeter zu annektieren.“ Er bezeichnete die Serben als Königsmörder und meinte in Bezug auf Serbien: „man müßte nur Geld hineinstecken und hätte nichts davon“; dann weiter: „Der Krieg gegen Rußland muß vermieden werden, weil er von Frankreich geschürt wird, und zwar von den französischen Freimaurern und Antimonarchisten, die einen Umsturz herbeiführen wollen, wodurch die Monarchen vom Throne gestoßen werden sollen.“

Der Erzherzog wies darauf hin, daß der Brief des Deutschen Kaisers denselben Standpunkt vertrete, der Entschluß sei daher: „Kein Krieg!“

Dann kündigte Seine Kaiserliche Hoheit erneuert die Standesherabsetzungen an, und zwar sofort in Galizien, sehr bald auch in B. H. D.

Ich erwiderte, vor allem setze dies voraus, daß man Rußlands absolut sicher sei, und zwar jetzt sowie in Hinkunft. Rußland müsse es uns dadurch beweisen, daß es uns freie Hand gegen Serbien und Montenegro lasse. Ich bemerkte weiter, daß man überhaupt nicht wisse, welchen Gang die Ereignisse nehmen werden, die nicht abgeschlossen seien, da ja am Balkan noch Krieg geführt werde, wir also noch immer vor die Frage gestellt werden könnten, wie wir unsere Interessen am Balkan zu vertreten hätten.

Nachdem der Erzherzog, analog wie der Deutsche Kaiser, die albanesische Frage mit der Bemerkung erledigte, daß es nicht dafür stünde, wegen dieser »elenden Ziegenweiden« einen Krieg zu führen, hob ich die Bedeutung Albaniens als eines zu schaffenden Staates hervor, von dem wir hoffen, daß er einmal unser Verbündeter gegen Serbien sein werde. Auch wies ich darauf hin, daß wir den Grausamkeiten gegen die Albanesen und der Vergewaltigung der dortigen, seit jeher unter unserem Schutz stehenden katholischen Stämme nicht ruhig zusehen können, wenn wir bei ihnen nicht jeden Kredit verlieren und sie in die Arme unserer Feinde treiben wollen.

Eh.: „Unser Hauptgegner ist Italien, gegen das einmal Krieg zu führen sein wird, wir müssen Venetien und die Lombardei wiedergewinnen.

---

*) Eine Politik der bloßen Z ü c h t i g u n g entsprach meinen Anschauungen nicht. Einen Krieg nur zu d i e s e m Zweck zu führen, erachtete ich verwerflich. Große Mittel aufzuwenden, Leben und Gesundheit von Tausenden aufs Spiel zu setzen, erscheint nur gerechtfertigt, wo es sich um die Abwendung einer unverkennbaren v i t a l e n Gefahr für den Staat, um die dauernde Sicherung seines Bestandes und um das Wohl künftiger Generationen handelt.

Man darf sich daher auch jetzt bei den Marinevereinbarungen nicht zu viel einlassen, nichts verraten, nur oberflächliches Zeug sagen; ich werde den Admiral Haus schon in diesem Sinne instruieren."

Als dann die Manöver zur Sprache kamen, drückte Seine Kaiserliche Hoheit den Wunsch aus, noch in langer Friedensarbeit mit mir gemeinsam zu wirken.

Besprechung mit Graf Berchtold am 28. Feber.

Mit Bezug auf die Nachricht, daß 30.000 Serben auf dem Seewege nach Skutari kommen sollen, betonte ich die Notwendigkeit, zu erfahren, ob dies auf Wahrheit beruhe. Ich bemerkte, daß, wenn dies der Fall sei, dieser Transport unserer Flotte nicht entgehen könne. Ich schlug vor, diesfalls allen Mächten bekanntzugeben, daß wir diese Aktion erfahren haben und dagegen entschiedene Einsprache erheben. Ohne eine Drohung auszusprechen oder das weiter Geplante zu verraten, hätte unsere Flotte Befehl zu bekommen, diesen Transport anzuhalten, ihn zur Umkehr aufzufordern und im Weigerungsfalle die Umkehr mit Waffengewalt zu erzwingen. Die betreffende Instruktion wäre entweder dem Admiral Haus selbst oder einem delegierten Offizier zu geben.

Ich machte darauf aufmerksam, daß der nach Miramare reisende Thronfolger möglicherweise dagegen sein werde.

Hierauf wurde besprochen, was zu geschehen hätte, wenn im Falle der Einnahme Skutaris die Montenegriner von dort und wenn die Serben nicht von Durazzo herausgehen wollten.

Man kam überein, daß diese Räumungen verlangt werden müßten und zu trachten wäre, daß die Forderung hiezu seitens aller Mächte, und zwar auch Rußlands gestellt werde.

Graf Berchtold warf die Frage auf, ob man, wenn Montenegro sich weigert, diese Räumung nicht durch ein Expeditionskorps erzwingen könne.

Ich: „Ich habe schon einmal erklärt, daß kleinliche Maßnahmen in einem solchen Falle nicht geraten sind. Selbst wenn wir 15.000 Mann per mare dahin senden, haben wir mit 25.000 Montenegrinern und 20.000 Serben zu rechnen; unser Expeditionskorps wäre der Gefahr ausgesetzt, sich dort einen Mißerfolg zu holen. Es wäre zu fordern, wann die Räumung zu beginnen, wann sie beendet zu sein hat, unter der Androhung, daß andernfalls seitens der Monarchie an Serbien und Montenegro der Krieg erklärt würde. Dadurch würde die Frage im großen gelöst."

Weiter wurde besprochen, daß man vorher alles aufbieten müsse, ein Einschreiten Rußlands hintanzuhalten, in dessen hohen Kreisen kein

Wille zum Krieg vorhanden sei, dieser aber wohl bei der nationalen Partei zu besorgen wäre. Es wurde erwogen, ob nicht eine offene Aussprache mit Rußland möglich erschiene.

Zur Sprache kam weiter die Notwendigkeit, die Albanesen mit Waffen, mindestens aber mit Lebensmitteln (Brotfrucht und Zucker) zu unterstützen, was die Italiener trotz der griechischen Blockade im konstanten Verkehr mit ihrem Konsul durchführten.

Graf Berchtold: „Wir haben ohnedies schon, gemeinsam mit Italien, bei der griechischen Regierung die Erklärung abgegeben, auf die Blockade keine Rücksicht zu nehmen. Sie ist nur eine Schikane, aber nicht effektiv. In der albanesischen Frage können wir bezüglich Djakovo nicht nachgeben. Was geschieht, falls König Nikita vertrieben würde? Soll man eine andere Dynastie hinsetzen oder einen Sohn Mirkos?"

Ich: „Hauptsache ist, daß sich nicht Montenegro mit Serbien fusioniert."

Graf Berchtold: „Italien hat keine Einwendung gemacht, daß wir eventuell Skutari besetzen, um es den Albanesen zu erhalten."

Ich: „Nur das nicht! Dann ziehen die Italiener nach Valona und nie mehr von dort heraus. Wir müssen trachten, daß Rumänien und Bulgarien im Frieden miteinander leben, die Bulgaren für Silistria an anderer Stelle entschädigt werden, etwa Salonik."

Graf Berchtold: „Über die Entlassungen in Galizien*) ist Rußland sehr erfreut, es wird gleichzeitig auch seine Entlassungen verfügen."

Ich: „Jedweder Standesreduzierung in B. H. D. werde ich mich aber widersetzen, obzwar sie der Thronfolger schon angekündigt hat. Gegen einen Austausch einberufener Reservisten habe ich nichts einzuwenden, aber der Gewehrstand darf nicht vermindert werden."

Resumiert man all die angeführten Details, so ergab sich hinsichtlich der Lage Ende Feber:

Bemühen der Mächte, den Brand am Balkan zu ersticken oder doch zu lokalisieren, eine europäische Komplikation zu vermeiden, seitens jener der Entente, weil sie für letztere den Moment nicht gekommen, die Lage nicht günstig erachteten, seitens Deutschlands und Österreich-Ungarns aber, weil sie nicht entschlossen waren, in die große Entscheidung einzutreten, obgleich der große Konflikt unvermeidlich erschien, was deutscherseits auch ausgesprochen wurde, und obgleich nicht zu erwarten stand, daß sich die Chancen in Zukunft bessern würden. Dazu die infolge

*) Die Standesherabsetzung beim 1., 10. und 11. Korps war mittlerweile verfügt worden. Vergleiche Seite 127.

der Balkanvorgänge stets drohende Möglichkeit kriegerischer Verwicklung für die Monarchie, daher stetes Bemühen meinerseits, die unerläßlichsten militärischen Vorkehrungen getroffen zu sehen; konstantes Hintertreiben der letzteren seitens der maßgebenden Leiter der Politik; absoluter Friedenswille beider Monarchen und des Erzherzogs-Thronfolgers; Abweisung meines Antrages, die nicht zu umgehende serbische Frage jetzt, ehe die stets abnehmenden Chancen gänzlich geschwunden sein würden, gewaltsam zu lösen.

März.

Nach dem Falle von Janina, das die Griechen am 6. März, und zwar, wie mir Feik Bey sagte, infolge Kemals Verrat genommen hatten, war Skutari der vornehmlichste Brennpunkt der Ereignisse im Westbalkan. Das teils aufrichtige, teils geheuchelte Bemühen der Mächte, die Einnahme Skutaris hintanzuhalten, und der hartnäckige Wille der Montenegriner und Serben, diesen Fall herbeizuführen, standen sich schroff gegenüber. Abgesehen von der politischen Bedeutung, die der Fall Skutaris für den zu gründenden albanesischen Staat in sich schloß, war damit in militärischer Hinsicht ein Freiwerden der dort versammelten serbisch-montenegrinischen Streitkräfte und deren Ausnützung für die gewaltsame Durchsetzung des serbisch-montenegrinischen Willens zu besorgen, der immer auch mit dem Eintreten Rußlands für seine Ziele rechnete. Daß diese sich gegen Österreich-Ungarn richteten, war unverkennbar.

Bei dieser Sachlage ging auch weiter mein Bemühen dahin, die dringendsten militärischen Vorkehrungen in B. H. D. aufrecht zu erhalten, insbesondere der unablässig verlangten Reduktion der Truppenstände vorzubeugen, kleinliche Maßnahmen auszuschließen, dagegen die energische Verwehrung der feindlichen Machenschaften und die Lösung der Frage im großen Stile zu vertreten. Die daraus sich ergebenden Kontroversen erfüllten den ganzen Monat März.

Auf Grund eingegangener Meldungen richtete ich am 1. März folgende Schreiben an Graf Berchtold:

„Nach bisher eingelangten Meldungen sollen die serbischen Truppentransporte von Salonik nach Skutari zirka 8000 Mann und schwere Artillerie (16 Belagerungsgeschütze) betreffen. Ich halte diese Aktion für groß genug, unseren Einspruch gerechtfertigt zu erachten. Die übrigen Truppen scheinen auf dem Landweg nach Skutari geschickt zu werden."

Ferner:

„Von einer sehr verläßlichen Seite habe ich erfahren, daß ein im Sandžak lebender Mohammedaner, der einen bedeutenden Einfluß besitzt, die Idee lanciert habe, den Kreis von Plevlje und Kolašin gegen die

Serben unter die Gewehre zu rufen. Ich erlaube mir, E. E. dieses immerhin begrüßenswerte Symptom mitzuteilen."

Am 2. März hatte ich eine Besprechung mit Graf Berchtold. Er lag krank zu Bette und empfing mich in seinem Schlafzimmer.

Graf B.: „Was soll geschehen, wenn die Türken den Frieden schließen, Janina und Skutari von den Türken geräumt werden, Montenegro Skutari besetzt und nicht mehr hinaus will?"

Ich: „Rußland tut ja immer so, als wenn es mit uns in Frieden und Freundschaft leben wollte. Wäre es so, dann müßte es sich der Aktion der Großmächte anschließen, die Montenegriner müßten dann aus Skutari herausgehen."

Graf B.: „Wenn sie aber trotzdem nicht herausgehen, sollte man da nicht unserseits Truppen nach Skutari schicken?"

Ich: „Das geht nicht so ohneweiters. Wenn diese Truppen dort landen, stoßen sie auf Serben und Montenegriner, die dies nicht dulden werden, d. i. dann »der Krieg«. Den Krieg aber muß man mit ganzen und nicht mit halben Mitteln führen."

Graf B.: „Wenn aber Seine Majestät dem Krieg nicht zustimmt, wie kann man sie ohne Krieg dazu zwingen?"

Ich: „Ein Mittel wäre vielleicht, daß man Montenegro durch Hunger zum Nachgeben zwingt. Also: Grenzabsperrung zu Lande, Grenzabsperrung zur See, kein Schiff passieren lassen und den albanesischen Aufstand, sowie jenen im Sandžak (Plevlje und Kolašin) organisieren, das zweite Mittel ist eben die Waffengewalt, also der Krieg."

Graf B.: „Nur gegen Montenegro?"

Ich: „Nein — denn es ist ganz sicher, daß Serbien sich zu Montenegro schlägt. Wenn es Rußland wirklich aufrichtig meint, müßte es uns seinen Konsens zu diesem Schritt geben."

Graf B.: „Man kann sich allerdings nicht alles gefallen lassen, aber ich finde Unterstützung nur beim Militär; der Kaiser hat ja noch das Monarchengefühl und würde sagen: »jetzt ist es mir zu viel«; aber der Thronfolger ist nur auf der Friedensseite, ebenso der Finanzminister und die ganze Presse."

Ich: „Das ist wahr, leider liegen die Dinge so. Wenn die Aktion gegen Montenegro eintritt, müßten wir alle Rücksichten gegen die Mächte fallen lassen, eigentlich sollten wir dies jetzt schon. Rußland unterstützt Serben und Montenegriner, Italien die Albanesen — nicht im geheimen, sondern ganz offen — mit Kriegsschiffen. Sollten nicht auch wir nun die Gewehre nach Albanien schaffen?"

Die weitere Besprechung erstreckte sich noch auf einige mehr nebensächliche Fragen.

Am 5. März sandte ich folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Ich beehre mich, E. E. im nachfolgenden einige Nachrichten aus guter Quelle mitzuteilen, die für E. E. von Interesse sein dürften.

In Sofia soll sich seit mehreren Wochen der kaiserlich russische Staatsrat Josef Okulić befinden, der über sehr große Geldmittel verfügt und außerordentlich verschwenderisch lebt.

Er soll schon einige durch Spezialkuriere überbrachte Handschreiben des Zaren von Rußland erhalten haben, und soll der König von Bulgarien wiederholt den Abend bei ihm verbracht haben.

Dieser Tage soll Okulić bei den rheinischen Werken in Düsseldorf 120 Waggons Munition und sonstige Explosivstoffe telegraphisch bestellt haben, nachdem er vorher dort angefragt hatte, was sofort lieferbar sei.

Diese Bestellung im Werte von 8—10 Millionen Francs soll auf Rechnung Rußlands erfolgt sein.

Es verlautet, daß Okulić in der nächsten Zeit im Auftrage des Zaren von Rußland über Salonik nach Kairo zum Khediven, von dort nach Rom zum König von Italien und weiter nach London reisen und hiezu einen falschen Paß mit dem Namen »Mercier« benützen wird. In der Personsbeschreibung wird angeführt: »Schnurrbart, ohne Vollbart, Brille, Beschäftigung Negociant commercial«; für diese Reise dürfte er englische oder österreichische Dampfer benützen. Bisher soll er von seiner Familie begleitet gewesen sein, und zwar Frau, vier Kinder und Dienerschaft, im ganzen zehn Personen*).

Von einer anderen Seite habe ich erfahren, daß die italienische Regierung den Montenegrinern unlängst mit dem Spitalsschiff »Regina Margherita« auch schwere Geschütze und Munition nach San Giovanni di Medua geschickt haben soll.

Diese Vorkommnisse werfen ein eigentümliches Licht auf die Loyalität unserer Verbündeten und unserer neuesten Freunde.

Vielleicht sollten wir uns auch etwas weniger Zurückhaltung auferlegen “

Am 5. März kam Oberst Dr. Bardolff zu mir und teilte mir im Auftrage des Thronfolgers mit, daß dieser meine Einwilligung zur Heruntersetzung der Stände in B. H. D. verlange.

Ich: „Ich kann unter gar keiner Bedingung zustimmen; jetzt, wo sich an unserer Grenze die Sachen zuspitzen, ist der hohe Stand notwendiger, denn je.“

---

*) Fräulein Zimmermann, die Gesellschaftsdame, ist nach Zürich gereist, sie hat die gesamte Korrespondenz geführt.

Oberst Dr. B.: „In B. H. D. sind 47.000 verheiratete Reservisten."

Ich: „Tut mir leid, aber, wo sich Serben und Bulgaren verbluten und unter den Strapazen des Krieges ein ganz anderes Leben führen müssen, als unsere Leute, für die in jeder Hinsicht gesorgt wird, ist diese Weichheit nicht am Platze."

Am 6. März wurde mir ein augenscheinlich auf Einfluß des Thronfolgers entstandener Erlaß des Kriegsministeriums zur Kenntnis gegeben, der die Entlassung von vier Jahrgängen der in B. H. D. einberufenen Reservisten verfügte. Ich begab mich zum Kriegsminister, legte ihm die Lage dar und sprach mich entschieden gegen diese Entlassungen aus, worauf der Minister den Erlaß zurückzog.

Am 6. März abends sprach ich mit Graf Berchtold. Er teilte mir mit, daß er mit Seiner Majestät bezüglich Verhinderung der serbischen Seetransporte gesprochen habe, Seine Majestät aber meinte: „Das wäre der Krieg"; Graf Berchtold setzte hinzu: „Ja, alles können wir uns doch nicht gefallen lassen."

Am 7. März richtete ich folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Von sehr gut informierter Seite kommt mir nachfolgende Nachricht zu, die ich mich beeile, E. E. zur Kenntnis zu bringen:

»Die neue serbische Hilfe, zirka 30.000 Mann, ist bereits unterwegs. Da die Verbindung über Salonik durch türkische Kriegsschiffe gefährdet erscheint und mangels an Transportmitteln, wurde ein großer Teil der Truppen auf dem Landwege gegen Skutari dirigiert; die dahin führenden, sonst grundlosen Wege sind jetzt infolge des Frostes vollkommen praktikabel.

Die Entscheidung, neue Truppen vor Skutari zu entsenden, wurde auf Grund russischer Einflußnahme getroffen; offiziell hat sich Rußland zwar dafür ausgesprochen, daß Skutari dem autonomen Albanien zufällt, insgeheim rät es uns*) aber, alles daran zu setzen, um Skutari zu erobern, da es dann sicher den Montenegrinern verbleiben werde.«

Ob diese russische Einflußnahme von Petersburg ausgeht, oder der Initiative Herrn Hartwigs**) entspringt, wurde noch nicht in Erfahrung

*) Das ist den „Serben".

**) Russischer Gesandter in Belgrad.

gebracht. Serbien glaubt alles Interesse daran haben zu müssen, daß Skutari den Montenegrinern zufalle, da man dann auf Djakovo und Ipek mit Bestimmtheit rechnen kann. Es fehlt auch nicht an Kombinationen, die auf eine Personalunion oder zumindest auf ein gemeinsames Zollgebiet (Serbiens) mit Montenegro hinweisen."

Diese Mitteilungen entstammten einem Bericht des k. u. k. Militärattachés in Belgrad, Major Gellinek, vom 4. März. Sie wurden seitens eines serbischen Ministers (vermutlich Herrn Pašić?) dem rumänischen Gesandten in Belgrad gemacht, der sie unserem Attaché bekanntgab.

Am 8. März sprach ich wieder mit Graf Berchtold in Gegenwart des Grafen Szapáry und des Geheimen Rates Pogatscher, eines Vertrauensmanns des Ministers in Balkanangelegenheiten.

Graf Berchtold teilte mit, daß er beim Kaiser war und die Eventualität eines zwangsweisen Vorgehens gegen Montenegro besprochen habe für den Fall, daß Montenegro nach Einnahme Skutaris diesen Platz nicht mehr räumen würde. Seine Majestät habe daraufhin gemeint: „Das ist aber dann der Krieg."

Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, den Lovčen zu nehmen.

Ich erwiderte: „Das ist dann auch der Krieg. Mit kleinen Spielereien aber geht es nicht, sondern wenn schon, so muß mit dem Krieg gegen Serbien und Montenegro gerechnet werden, der möglicherweise den Krieg mit Rußland auslöst, dies muß gerade nicht sein, aber es kann sein."

Es kam zur Sprache, daß Seine Majestät auch die Skutarifrage nur friedlich lösen wolle. Ich bemerkte, wenn dem so sei, möge man Rußland sagen, da es ja immer beteuert, für den Frieden zu sein, wir diesen Wunsch teilten, daher von ihm erwarten, daß es uns nicht eine Lage bereite, die uns zum Kriege zwinge. Dies aber wäre der Fall, wenn Skutari nicht albanesisch würde. Das gleiche möge man auch Frankreich und England sagen.

Auf den hierauf gemachten Vorschlag, diese Frage auf die Botschafterkonferenz zu bringen, bemerkte ich:

„Dort wird gar nichts erreicht, sondern alles nur hinausgezogen. Dieser Druck müßte direkt in Petersburg, London und Paris erfolgen, aber so schnell als möglich, ehe Skutari fällt, was jeden Tag geschehen kann."

Weiter wurde darüber gesprochen, wie es immerhin nicht absolut feststehe, daß Rußland losschlagen würde, wenn wir den Krieg am Balkan führen müßten. Es wurde die Frage an mich gerichtet, wieviele Kräfte wir für letzteren brauchen und gemeint, etwa 300.000 Mann. Ich

erwiderte: „Schon etwas mehr, denn von einer einseitigen Operation gegen Montenegro allein kann keine Rede sein.“

Graf Berchtold gab der Ansicht Ausdruck, daß die Lage dermalen günstig wäre, da die Serben zersplittert seien. Ich bezeichnete dies gerade nicht als großen Vorteil, da es erwünschter schiene, die Serben mehr konzentriert zu treffen, um in e i n e m großen Schlage möglichst bald die Entscheidung herbeizuführen.

Die Erörterung darüber, ob Bulgarien den Serben beispringen würde, führte zu der Anschauung, daß Bulgarien, insolange der Friede nicht geschlossen wäre, wohl gebunden sein, nach Friedensschluß aber keinesfalls den Serben helfen dürfte.

Die Frage des Ministers, w a n n eine etwaige Aktion gegen Serbien und Montenegro beginnen würde, ihre Wirksamkeit zu äußern, beantwortete ich dahin, daß dies vor 14 bis 16 Tagen nicht zu erwarten stünde.

Bezüglich der Untunlichkeit, dermalen in B. H. D. abzurüsten, schloß sich nun auch Graf Berchtold ebenso wie der Kriegsminister meiner Ansicht an.

Was das bulgarische Verhalten im Falle eines Krieges der Monarchie gegen Serbien anlangt, war mir ein Gespräch von Interesse, das ich bereits am 4. Feber, also vor Monatsfrist, mit dem bulgarischen Militärattaché hatte. Derselbe wies dabei auf Differenzen mit Serbien wegen des Besitzes von Pirot*), Monastir und Salonik hin und beantwortete meine Frage über die Bündnispflichten Bulgariens gegenüber Serbien dahin, daß diese n u r f ü r d e n K r i e g g e g e n d i e T ü r k e i g ä l t e n. Auf meine Frage, was Bulgarien tun würde, wenn wir in Krieg gegen Serbien geraten sollten, meinte er: „Wir würden einfach den Serben sagen: »Wir Bulgaren haben bisher solche Opfer gebracht, daß wir j e t z t n i c h t m e h r m i t t u n«.“

Waren dies auch nur Äußerungen eines Einzelnen, so waren sie doch immerhin symptomatisch für die beginnende Gegnerschaft zwischen Serbien und Bulgarien.

Am 8. M ä r z, a b e n d s, hatte ich auch den deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky gesprochen. Ich gewann dabei den Eindruck, daß er den Auftrag habe, unsere Abrüstung in B. H. D. zu betreiben.

Erachtete ich auch aus volkswirtschaftlichen und aus Gerechtigkeitsgründen einen A u s t a u s c h einer gewissen Kategorie von Einberufenen zulässig und mit Rücksicht auf die Stimmung selbst geboten, so setzte

---

*) Ein vornehmlich von Bulgaren bewohntes Gebiet Serbiens, bis wohin auch 1886 die Bulgaren vorgedrungen waren.

ich mich doch jeder Verminderung des Gewehrstandes entgegen. Durch Feldzeugmeister Potiorek die gleichen Anschauungen vertreten zu sehen, war mir sehr willkommen. Die damalige Lage faßt mein Schreiben vom 10. März an Graf Berchtold zusammen — es wirft auch einiges Licht auf den Standpunkt, den Deutschland in dieser Zeit einnahm:

„Wien, am 10. März 1913.

Euer Exzellenz!

Beiliegend beehre ich mich, die Abschrift einer Depesche zu übersenden, die mir am 8. März vom Armee-Inspektor in Sarajevo zukam und ersehen läßt, daß dieser sowohl vom Standpunkt des verantwortlichen militärischen Befehlshabers, als auch vom Standpunkt als Landeschef die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft in B. H. D. für unerläßlich hält.

Die Gründe, welche meines Erachtens diese Kriegsbereitschaft in B. H. D. gebieterisch fordern, hatte ich in den letzten Tagen wiederholt die Ehre, E. E. mündlich mitzuteilen.

Ich stimme mit dem Armee-Inspektor auch darin vollkommen überein, daß ein Austausch der seit November unter den Fahnen befindlichen ältesten Reservejahrgänge durch jüngere Reservisten mit Rücksicht auf den Geist unserer Truppen unbedingt notwendig ist, wenn nicht sehr bald eine volle Entscheidung erfolgt, die nach meiner Überzeugung nur in einem kriegerischen Eingreifen gesucht werden kann, falls nicht unsere Forderungen tatsächlich erfüllt werden.

Um nötigenfalls mit dem Kriegsministerium den Vorgang bei einem solchen Austausch von Reservejahrgängen feststellen zu können, erbitte ich mir die geneigte Verständigung E. E. darüber, ob in der nächsten Zeit — also bis Ostern — eine endgültige Entscheidung darüber zu gewärtigen ist, daß unsere Forderungen erfüllt werden, oder daß ihre Erzwingung einen Appell an die Waffen erfordert.

Sollte eine solche Entscheidung innerhalb der nächsten vierzehn Tage nicht mit Sicherheit zu erwarten sein, so müßte ein Austausch der Reservejahrgänge in B. H. D. unweigerlich stattfinden.

In dem ernsten Augenblick, da Geist und Schlagfertigkeit unserer Truppen zu solchen Maßnahmen nötigen, sei es mir gestattet, E. E. nochmals kurz darzulegen, wie ich es am 7. d. M. mündlich getan habe, daß die so notwendige rasche Klärung der Lage mir nur dadurch erreichbar scheint, daß unsere Forderungen sofort klar erhoben und unter Termin gestellt werden;

daß gleichzeitig die Ausübung eines sofortigen Druckes auf Serbien und Montenegro im Sinne unserer Forderungen erzielt wird, und zwar sowohl seitens der Ententemächte Rußland, Frankreich und England, als

auch seitens Deutschlands und Italiens und daß gleichzeitig unsere Flotte in den Seeraum zunächst der albanesischen Küste entsendet wird, mit der Bestimmung, serbische Seetransporte, die für adriatische Häfen bestimmt sind, zu inhibieren oder zur Umkehr zu zwingen.

Meine letzten Nachrichten über die militärische Lage vor Skutari bitte ich E. E. dem in Abschrift beiliegenden Bericht Res. Nr. 82 des Militärattachés aus Cetinje zu entnehmen, dem ich mir beizufügen erlaube, daß auch ich den überraschenden Fall von Skutari, der die Lage wesentlich verschärfen müßte, in den nächsten Tagen für durchaus möglich halte.

Wie dringend die eben erwähnte Entsendung unserer Flotte geworden ist, werden E. E. schon den Berichten des k. u. k. Konsuls in Salonik vom 6. und 7. März entnommen haben, aus denen hervorgeht, daß die serbischen Seetransporte, die von Salonik bis an die albanesische Küste nur 4 bis 5 Tage Fahrzeit haben, teils schon bis zum 6. März verschifft, teils noch im Einlangen per Bahn in Salonik begriffen waren.

Alle diese Transporte stehen im direkten Widerspruch mit unseren Forderungen und vitalen Interessen, gleichgültig, ob sie zur Verstärkung der Belagerer Skutaris oder zur Verstärkung der serbischen Truppen in Zentralalbanien bestimmt sind.

E. E. sind sich zweifellos dessen klar bewußt, daß die politischen Hoffnungen Montenegros darauf bauen, die Besitznahme Skutaris werde ein fait accompli schaffen, dessen dauernde Erhaltung ihm mit der Unterstützung Rußlands — und wohl auch der beiden anderen Ententemächte — schließlich doch gegen unseren Willen gelingen müsse.

Neuerdings sind mir aber auch Nachrichten zugekommen, die das Verhalten des deutschen Gesandten in Cetinje, Herrn von Eckardt, in einem höchst eigentümlichen Licht erscheinen lassen.

Danach hätte Herr von Eckardt am 5. März gelegentlich der Überreichung der Kollektivnote der Mächte eine Haltung gezeigt, die bei König Nikolaus und bei der montenegrinischen Regierung den Glauben erwecken muß, daß auch unser Alliierter Deutschland geneigt sei, die mit den Interessen der Monarchie im schroffsten Widerspruch stehenden montenegrinischen Aspirationen zu unterstützen.

Diese neuen Daten über die Stellungnahme des Herrn von Eckardt, über den ich E. E. schon mit dem Schreiben Geh. Nr. 74 vom 21. Feber Mitteilungen gemacht habe, würden es meines Erachtens notwendig machen, entschiedene Vorstellungen in Berlin zu erheben und eventuell die Abberufung Herrn von Eckardts zu fordern.

Seine Haltung erschwert unser Vorgehen in der Balkanfrage umsomehr, als — wie ich von verläßlicher Seite erfahre — dem russischen Minister des Äußern ohnehin bekannt ist, daß Deutschland unbedingt

gegen jede kriegerische Verwicklung, also auch gegen jede Aktion Österreich-Ungarns ist, durch die Deutschland in eine solche kriegerische Verwicklung einbezogen werden könnte.

Mein Gewährsmann führt sogar eine Äußerung Herrn Sasonows an, dahin gehend, daß, wenn Österreich-Ungarn in einen Kampf verwickelt würde, Deutschland ihm dabei nicht zu helfen bereit wäre.

Wenn ich auch dieser letzteren Version keinen Glauben beimesse, so legen es alle Anzeichen doch dringend nahe, mit Deutschland eine klare Sprache zu sprechen und unseren ö.-u. Standpunkt auch dem Verbündeten gegenüber nachdrücklichst zu wahren.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Conrad m. p.“

Am 10. März sprach der deutsche Militärattaché Graf Kageneck bei mir vor. Das Gespräch wandte sich selbstverständlich der aktuellen Lage zu. Graf Kageneck äußerte, daß diese immer „scheußlicher“ würde. Ich gab der Meinung Ausdruck, das retartierende Prinzip gehe von Berlin aus, speziell auch von Kaiser Wilhelm, und wies auch auf das Gebaren Herrn von Eckardts in Cetinje hin, der gegen uns und auch gegen die Dreibundinteressen handle. Graf Kageneck warf die Frage auf, ob man nicht schon im Oktober 1912 hätte eingreifen sollen. Ich erwiderte, daß es jetzt zu spät sei, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, daß man damals nicht wußte, wie der Krieg ausgehen, und ob er nicht auch zu einem Sieg der Türkei führen würde, sowie daß sich gegenüber einem Eingreifen unsererseits Rußland genau so verhalten hätte, wie es sich heute dazu verhalten würde, ein Eingreifen im Herbst aber einen Winterfeldzug nach sich gezogen hätte, den man doch lieber vermeidet. Das Gespräch setzte sich dann fort:

Ich: „Wir müssen die Lage nehmen wie sie ist. Schließlich können wir uns nicht alles gefallen lassen. Die Hauptfrage ist wohl, ob Rußland eingreifen würde oder nicht — aber glauben Sie, daß es in ein paar Jahren besser sein wird als jetzt?“

Graf K.: „Die Diplomatie rechnet darauf, daß England in zwei bis drei Jahren nicht mittun würde und daß sich die Balkanstaaten untereinander in die Haare fahren werden.“

Ich: „Die Haltung Italiens ist sehr vage, Rumänien ist froissiert, es liegt die Gefahr vor, daß es von uns abschwenken wird. Deutschland ist das verzögernde Prinzip. Nicht nur der Kaiser, auch der Brief des Generals von Moltke erweckt das Gefühl, daß man der abwartende, der defensive Teil bleiben will.“

Graf Kageneck erwähnte eines Gerüchtes, wonach die Ententemächte am 2. Mai loszuschlagen gedächten.

Ich: „Nicht unmöglich. Daraus folgt für uns nur, daß wir auf Ereignisse gefaßt, also vorbereitet sein müssen."

Am 12. März war der türkische Militärattaché Oberst Blaque Bey bei mir. Seine Frage, ob wir noch weiter mit gebundenen Händen zuschauen würden, beantwortete ich ausweichend.

Am 13. März besuchte mich der russische Militärattaché Oberst Zankiewicz. Er wollte wissen, ob der in der „Neuen Freien Presse" verlautbarte Erlaß bezüglich der Reservistenentlassung*) authentisch ist, was ich bejahte. Sein ganzes, große Friedfertigkeit zur Schau tragendes Benehmen drückte den Wunsch Rußlands aus, eine kriegerische Komplikation jetzt vermieden zu sehen. Ich erklärte ihm rückhaltlos: „Warum ist denn ganz Europa in Aufregung? Wenn die Großmächte zusammenhalten würden, wäre schon längst Friede, wenn aber Serbien und Montenegro immer Unterstützung finden, dann weiß man nicht, wozu es noch kommen wird."

Am 14. März wiederholte Oberst Zankiewicz seinen Besuch, um zu fragen, wann die Beurlaubung der Reservisten erfolgen werde.

Am Abend des 14. März hatte ich eine Unterredung mit Graf Berchtold.

Nach seiner Mitteilung soll Rußland Montenegro gewarnt und Serbien geraten haben, Albanien zu räumen, unter der Bedingung, daß Djakovo den Serben zugesprochen werde. Ich schlug vor, dafür Dibra einzutauschen. Hinsichtlich Inhibierung der serbischen Truppentransporte riet ich, den türkischen Kreuzer „Hamidié" mit Kohlen zu unterstützen und sich selbst zum Entgegentreten zu entschließen. Den Austausch der Reservisten in B. H. D. betreffend wandte sich Graf Berchtold gegen einen Ersatz der Heimberufenen, um nicht durch Hinuntertransport des Ersatzes Anlaß zu beunruhigenden Gerüchten zu geben. Ich erklärte dem gegenüber, daß nicht ein Mann von B. H. D. weg dürfe, ehe nicht der Ersatz eingetroffen sei. Im weiteren Verlauf des Gespräches bemerkte ich, man solle Deutschland offen sagen, daß nur durch seine Einflußnahme die Sache verschleppt werde. Es wurde dann die Frage aufgeworfen, ob man sich den Serben zuwenden solle.

Ich: „Die Serben haben uns zu viele Beweise gegeben, daß sie unsere Freundschaft nicht wollen, auch würden wir uns Bulgarien zum Feinde machen."

---

*) Er betraf jene in Galizien. Vergleiche Seite 105, 106 und 158.

Was die Flottenaktion gegen die serbischen Transporte anlangte, erwähnte Graf Berchtold, daß der Thronfolger, dem er sie nahegelegt habe, sich dagegen aussprach, mit dem Beifügen: „Nur keinen Krieg".

Schließlich kam die Rede auf das Kommuniqué, das in der russischen Fassung den Satz enthielt: „Österreich-Ungarn habe keine aggressiven Absichten gegenüber Serbien und Montenegro" — eine Bindung, die zu deklarieren mindestens überflüssig war.

Am 15. März kam Oberst Dr. Bardolff zu mir im Auftrage des Thronfolgers, der mir sagen ließ, ich möge den Minister des Äußern nicht beeinflussen und nicht zu einer Aktion drängen.

Ich: „Ich kann nicht darauf verzichten, mit dem Minister des Äußern zu sprechen. Man kann nicht zuschauen, wenn sich gegen 60.000 Mann an unserer Grenze ansammeln, man muß sich klar darüber werden, was zu geschehen habe, wenn Serben und Montenegriner von dort nicht weggehen.

Seine Kaiserliche Hoheit möge sich nicht so sehr vom Deutschen Kaiser beeinflussen lassen; man hat uns 1909 zurückgehalten und fällt uns auch jetzt wieder in den Arm. Von dieser Seite rührt auch die ganz verfehlte türkische Politik her. Ich habe anderseits die Überzeugung, daß den Deutschen unsere Interessen gleichgültig sind, wir aber sollten an diese denken. Deutschland wird uns ruhig ausspielen, wenn es dadurch seine Hauptsorge gegenüber Frankreich besser gesichert sieht, uns eventuell auch opfern.

Im Dezember wurde ich unter Modalitäten zum Chef des Generalstabes wiedergewählt, die eine kriegerische Aktion voraussehen ließen. Seine Kaiserliche Hoheit kann mich jeden Moment wieder weghaben; ich finde über die Stiege ebenso hinunter, wie ich heraufgefunden habe und gehe ruhig weg."

Die Erkenntnis der sich immer schwieriger gestaltenden Lage, sowie die Voraussicht, daß die Lösung der unausweichlichen, der Monarchie ans Mark greifenden serbischen Frage und der damit drohende Konflikt mit Rußland immer geringere Chancen auf eigener Seite finden würden, ließen mich nur in einem vorbeugenden Handeln vor gänzlichem Schwinden aller Chancen einen Ausweg erblicken. Diesen Ausweg allseits versperrt zu sehen, erweckte in mir wohl die Idee, nicht mehr länger an einem Kurs teilzunehmen, der meiner Überzeugung nach schließlich ins Verderben führen mußte; doch hielt ich den Moment nicht gekommen, diese Idee unbedingt zu verwirklichen, sondern setzte die Bemühungen fort, die meiner Überzeugung entsprachen

Am 17. März war ich in Audienz bei Seiner Majestät.

Zuerst wurden Fragen des laufenden Dienstes behandelt, erst danach kam die politische Lage zur Sprache.

Erstere betrafen meinen Dringlichkeitsantrag zur Ausgestaltung der Wehrmacht bei Erhöhung des Rekrutenkontingentes, dann meinen Antrag auf dauernde Systemisierung der erhöhten Stände (120 Mann per Kompagnie) bei den Grenzkorps, zunächst auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1888 durch Reservisten und Ersatzreservisten, in der Folge durch das erhöhte Rekrutenkontingent. Diesen Maßnahmen stimmte Seine Majestät zu. Die Ergänzung des ungarischen Strafgesetzes durch Bestimmungen über die Spionage versprach Seine Majestät bei der ungarischen Regierung zu betreiben, ebenso sagte Seine Majestät zu, die Gesetze hinsichtlich der bosnischen Bahnen und der Lokalbahnen nicht zu sanktionieren, ehe dieselben beim Kriegsministerium gewesen wären, damit auch die militärischen Interessen gewahrt zu werden vermögen.

Dann kam das Gespräch auf die Lage. Ich gab meiner Ansicht Ausdruck, daß nichts erübrigen werde, als Serbien und Montenegro den Herrn zu zeigen. Seine Majestät meinte, die Serben würden ja aus Albanien herausgehen und sprach den Wunsch aus, daß ihnen die Großmächte dies nahelegen mögen.

Ich: „Sie werden es nicht tun und es wird notwendig werden, Gewalt anzuwenden. Es sind 60.000 Mann mit Geschützen an unserer Grenze (bei Skutari) angesammelt, und bei der Extravaganz der Serben und der Montenegriner ist es nicht ausgeschlossen, daß sie einen Gewaltstreich unternehmen, etwa gegen Cattaro. Wessen sie fähig sind, zeigt die Aufdeckung einer republikanischen Partei unter den Offizieren (Oberst Popović etc.), die das Königshaus stürzen und die Republik proklamieren will. Wir müssen den Ernst zeigen."

S. M.: „Ja — es ist eine abscheuliche Situation, die Großmächte sind aber erbärmlich."

Ich: „Wir sind ja auch eine Großmacht."

S. M.: „Wir befinden uns aber in guter Gesellschaft."

Seine Majestät sagte dies nicht ohne einen gewissen Anflug bitterer Ironie.

Diese Äußerungen Seiner Majestät zeigen, daß der Kaiser des Glaubens war, auch die anderen Mächte wären rein loyal von dem Streben geleitet, lediglich dem dauernden Frieden zu dienen und fänden nur nicht die richtigen Mittel hiefür. Daß aber die ganze Londoner Konferenz nur auf ein Scheinmanöver hinauslief, bei dem die Staaten der Entente bemüht waren, ihren künftigen großen Zielen den Boden zu ebnen, dies zu glauben, mochte einem Regenten widerstreben, der mir

gegenüber einmal den Ausspruch getan hatte: „Auch in der Politik muß man immer anständig sein."

Die Škodra-Affäre.

Von Schönbrunn in mein Bureau zurückgekehrt, erhielt ich die erste Meldung über die sogenannte Škodra-Affäre. Sie betraf montenegrinischerseits begangene Völkerrechtsverletzungen und Gewaltätigkeiten gegen den ungarischen Handelsdampfer „Škodra" und dessen Kommandanten. Der Vorfall erhellt am besten aus nachstehendem Bericht des ö.-u. Vizekonsuls Ledinegg.

„Ad 22308/8—a.

Abschrift eines Berichtes des k. u. k. Vizekonsulates in Antivari d. d. 13. März 1913, Nr. 7, an das k. u. k. Ministerium des Äußern.

Über das Bombardement von Medua (h. a. Telegramm von gestern, Nr. 6) erfahre ich vom Kommandanten des Dampfers »Škodra« der »Ungaro-Croata«, welcher mit seinem Schiffe hiebei anwesend war, nachstehendes:

Der Kreuzer »Hamidié«*) erschien gestern vor Medua, nachdem er im Laufe des Vormittags Durazzo bombardiert hatte, und eröffnete auf etwa 7000 Meter Distanz das Feuer auf die auf der Reede vor Anker liegenden sieben griechischen Transportdampfer, die serbische Truppen, zirka 4000—4500 Mann, Pferde, vier Aeroplane, Munition und Proviant ausschifften**).

Die Beschießung dauerte etwa eine Stunde und wurden hiebei zwei Transportdampfer, die Feuer fingen, vollständig zerstört, davon einer mit Munition, welche explodierte, die übrigen Dampfer, mehr oder minder beschädigt, liefen am Strande auf. Die Verluste der Truppen (Tote und Verwundete) dürften 500 Mann übersteigen. Die vier Aeroplane konnten bereits vor Beginn des Bombardements sicher ans Land geschafft werden.

Über Aufforderung des Stationskommandanten in Medua, des montenegrinischen Poručik***) Rako Kusovac, half der Dampfer »Škodra« bei dem beim Herannahen des »Hamidié« überstürzten Truppen-Debarquement mit und brachte ungefähr 500 Mann ans Land.

Eine weitere Beteiligung an der Rettung serbischer Truppen von den brennenden Schiffen, zu welcher der Kommandant des »Škodra«

*) Türkischer Kreuzer.

**) Damit erwiesen sich auch die über serbische Truppentransporte bisher eingelangten Meldungen als richtig.

***) Poručik = Leutnant.

von Poručik Kusovac unter Beschimpfungen, gefährlichen und gemeinen Drohungen, wie: »ihn erschießen oder prügeln zu lassen«, aufgefordert wurde, verweigerte derselbe mit dem Bedeuten, sein Schiff und seine Mannschaft nicht mehr riskieren zu können, ebenso wie der erste Maschinist des »Škodra«, den Kusovac mit vorgehaltenem Revolver zwingen wollte, sich mit dem Schiffe gegen die brennenden griechischen Dampfer in Fahrt zu setzen.

Offiziere und Mannschaft des »Škodra« waren während ihres weiteren von Kusovac bis heute mittags willkürlich verlängerten Aufenthaltes in Medua noch wiederholt Beschimpfungen und Androhungen seitens desselben, »sie als österreichische Spione festnehmen zu lassen«, ausgesetzt. Vor Abfahrt des Dampfers wurde dessen Kommandant vom mehrgenannten montenegrinischen Offizier noch zur Fertigung der Erklärung gezwungen, mit den Maßnahmen der montenegrinischen Behörde zum Schutze des Dampfers während des Bombardements einverstanden gewesen zu sein.

Über alle diese Vorfälle wird der Kommandant des »Škodra«, welcher, wie der erste Maschinist, noch unter dem Eindrucke der erlittenen Beschimpfungen und Drohungen stehend, mir heute abends hievon nur in unvollständiger Weise Mitteilung machte, nach Eintreffen in Fiume seiner vorgesetzten Direktion detaillierte Meldung erstatten.

Von einem beim Bombardement anwesenden serbischen Offizier erfahre ich, daß der Mithilfe des Dampfers »Škodra« die Rettung von 500 serbischen Soldaten zu danken sei, was mir der hiesige Kreisvorsteher bestätigte, wobei er auch das Verhalten des Dampfers anerkennend hervorhob.

Für die feindselige und schimpfliche Behandlung, welcher die Schiffsleute seitens Kusovac ausgesetzt waren — man bedenke nur, dem Kommandanten eines unsere Flagge führenden Schiffes wird vor seiner eigenen Mannschaft mit einer Tracht Prügel und mit Fußtritten gedroht — wäre bei der montenegrinischen Regierung die sofortige Enthebung des genannten Poručik vom gegenwärtigen Dienstposten sowie exemplarische Bestrafung desselben zu verlangen.

Ledinegg m. p.“

Man frage sich, ob der montenegrinische Poručik Kusovac es gewagt hätte, gegen einen unter englischer oder französischer Flagge fahrenden Dampfer in gleicher Weise vorzugehen und ermesse daran, wie tief das Prestige Österreich-Ungarns in den Augen der Balkanstaaten gesunken war. Vorfälle dieser Art sind nicht Ausnahmsfälle, sondern Symptome.

Prestige aber ist für einen Staat keine Eitelkeitsfrage, sondern das, was dem Kaufmann und dem Unternehmer der Kredit und das geschäftliche Ansehen sind. Wie letztere nicht auf diesen Kredit und dieses

Ansehen verzichten können, so darf auch der Staat nicht auf sein Prestige verzichten. Es gibt allen seinen politischen Schritten Nachdruck, seinen Mitteln höheren Wert, es schirmt seinen Handel und Verkehr in der Ferne, es schützt seine im Auslande lebenden Untertanen; es zu wahren, ist daher nicht nur eine moralische, sondern eine sehr praktische Pflicht.

Ich begab mich nach Empfang der Meldung sofort zu Graf Berchtold und äußerte meine Meinung dahin, daß gegen Montenegro mit aller Schärfe vorzugehen wäre. Graf Berchtold war dafür, Graf Szapáry beschwichtigte. Auf meinen Vorschlag, sofort Einheiten der Eskadre mit dem Auftrag zu entsenden, die feindlichen Schiffe unter Feuer zu nehmen, wandte er ein: „Ja, aber Rußland!" Darauf erwiderte ich, daß ich nicht glaube, Rußland würde dies zum Anlaß eines Krieges nehmen.

Ich stellte schließlich am 17. März folgenden schriftlichen Antrag, den ich an die Militärkanzlei Seiner Majestät und jene des Thronfolgers, sowie an den Minister des Äußern und den Kriegsminister richtete:

„Wien, 17. März 1913.

Ich unterbreite direkt den beiliegenden Bericht, weil ich mindestens folgende Gegenmaßregeln dringlich erachte:

1. Telegraphische Einholung eines eidlich bekräftigten Berichtes des Kapitäns des »Škodra«.

2. Sofortige Entsendung einer Flotteneinheit oder Flottenabteilung in die albanesisch-montenegrinischen Gewässer zum Schutze der heimischen Schiffahrt und der ö.-u. Untertanen.

3. Forderung einer eklatanten Genugtuung seitens Serbiens und Montenegros.

4. Im Weigerungs- oder Nichterfüllungsfalle Vorgehen der eigenen Flotte gegen die maritimen Mittel der Kriegführenden, Zerstörung derselben und Bombardement der Kriegführenden, soweit durch die Flotte möglich."

Ich ergänzte diesen Antrag am 19. März durch nachstehenden an den Minister des Äußern:

„In der Annahme, daß Euer Exzellenz bereits die Originalprotokolle über den Fall des »Škodra« zugekommen sind, beehre ich mich, darauf Bezug nehmend, mitzuteilen, daß meiner Ansicht nach die bei der serbischen, respektive montenegrinischen Regierung geplanten Schritte sogleich erfolgen sollten, ohne erst die Einvernahme des Agenten von San Giovanni*) abzuwarten."

---

*) Der in San Giovanni behördlich angestellte Agent der Schiffahrts-Gesellschaft.

Für den 18. März, abends 6 Uhr, war ich zu Graf Berchtold gerufen. Er teilte mir mit, durch den Bischof von Skutari erfahren zu haben, daß die Montenegriner die dortigen neutralen Stadtteile, und zwar auch die Konsulate, vor allem das ö.-u. bombardieren und den Fall von Skutari unbedingt erzwingen wollen.

Nun war auch bei Graf Berchtold der Entschluß gereift, in dieses Treiben einzugreifen. Er ließ Graf Szapáry, Geh. R. Pogatscher und später auch Herrn von Musulin, sowie Graf Hoyos rufen.

Es kam zu einer längeren Besprechung, wobei die Idee entwickelt wurde, Montenegro und — durch Parlamentär — auch Essad Pascha, den türkischen Kommandanten von Skutari, aufzufordern, das Feuer einzustellen, bis die neutralen Persönlichkeiten abgezogen seien. Dann wurde die Entsendung eines Landungskorps als humanitärer Polizei erwogen, welches das seitens der Türken zu räumende Skutari besetzen sollte. Man besprach, ob dieses Landungskorps nur eine kleine Abteilung rein repräsentativer Natur zu sein hätte oder eine Brigade von acht Bataillonen.

Auf all dies erwiderte ich, daß ich gegen jede kleinliche Maßnahme mein Veto einlegen müsse. Derartige Dinge seien alle recht schön ausgedacht, nehmen sich in der Theorie gut aus, führen aber in der Praxis sehr leicht zu einem Echec, der das politische und militärische Ansehen schwer schädigen kann. Man dürfe nicht übersehen, daß die Balkanvölker eine andere Mentalität haben, zu allen Mitteln entschlossen und zu jeder Tat fähig seien.

Auf die mir gewordene Einwendung, daß ja das Landungs-Korps im Feuerbereich der Schiffsgeschütze an der Küste bleiben könnte, bemerkte ich, daß dies einer „Blamage" gleichkäme, ähnlich der Lage der Italiener in der Cyrenaika, und daß uns Serben und Montenegriner von den Höhen aus nur verlachen würden.

Ich hob hervor, man müsse vor allem klar darüber werden, ob man gesonnen sei, vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken, und schlug vor: Montenegro und Essad Pascha werden aufgefordert, das Feuer einzustellen, gleichzeitig erscheint eine k. u. k. Flottenabteilung vor Medua; wird unserer Forderung nicht nachgegeben, so beschießt die Flotte, was sie erreichen kann, sieht aber von jeder Landung ab. Geben Serbien und Montenegro auch hierauf nicht nach, dann kommt es eben zum Kriegsfall.

Graf Berchtold: „Nur gegen Montenegro allein?"

Ich: „Nein, gegen Serbien und Montenegro."

Graf Berchtold entschließt sich zu diesem Schritt, jedoch nur mit Verständigung Italiens.

Ich erwähnte, mir sei das Einvernehmen zwar nicht sympathisch, doch sehe ich ein, daß es geschehen müsse. Schließlich kam — wie immer — die Rücksicht auf Rußland zur Sprache. Man erwog, daß dessen Eingreifen zwar zu besorgen, aber nicht unbedingt vorauszusetzen wäre, man aber der Sache einmal ein Ende machen müsse.

Es wurde beschlossen, daß trotz der vorgerückten Stunde*) Graf Berchtold heute noch mit mir zu Seiner Majestät nach Schönbrunn fahre. Auf die telephonische Zusage des Empfanges erschienen wir um 8 Uhr abends bei Seiner Majestät.

Graf Berchtold trug Seiner Majestät die ganze Lage vor und bat um die Ermächtigung, daß eine Schiffsdivision nach Cattaro gesendet werde, um dort bereit zu sein. Seine Majestät stimmte dieser Maßnahme zu.

Von Schönbrunn zurück, begab ich mich sofort in die Marinesektion, wo ich Vizeadmiral Kunsty und Konteradmiral Kailer die entsprechenden Mitteilungen machte und folgendes Telegramm für den Flottenkommandanten Admiral Haus schrieb:

„Über Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät von heute 8 Uhr nachmittags hat zur eventuellen Aktion an albanesisch-montenegrinischer Küste sofort eine Division in die Bocche abzugehen; dort weitere Befehle erwarten."

Auf Vizeadmiral Kunstys Frage, ob eine Landungsoperation geplant sei, erwiderte ich: „Nein — keine Ausschiffung, weil eben alles vermieden werden muß, was auch nur den Schein eines E[illegible]es haben könnte."

Am 19. März meldete mir Linienschiffskapitän Kail, daß die Division am 19. um 5.30 vormittags aus Pola ausgelaufen sei und am 20. März vormittags in der Bocche eintreffen dürfte. Sie bestand aus der Schlachtschiffdivision „Erzherzog Franz Ferdinand", „Radetzky", „Zrinyi" unter Konteradmiral Njegovan, der Kreuzerdivision „St. Georg" und „Spaun" unter Konteradmiral Fiedler und einer Torpedoflottille.

Am 19. vormittags war der k. u. k. Gesandte in Cetinje Baron Giesl bei mir und entwickelte mir Pläne verschiedener kleiner Maßnahmen, die ich mit dem Bemerken ablehnte, daß wir unsere Truppen keinem Mißerfolg, keinem zweiten Maglaj**) aussetzen dürfen. Auch Baron Giesl

*) Seine Majestät der Kaiser, der um 4 oder 5 Uhr früh morgens aufzustehen und dann sogleich sein sorgenvolles Amt zu beginnen pflegte, begab sich in der Regel vor 9 Uhr zur Ruhe.

**) Zu Beginn des bosnischen Krieges war eine Eskadron des 8. Husarenregimentes, die im friedlichen Vertrauen gegen Maglaj im Bosnatale vorging, plötzlich überfallen und nahezu aufgerieben worden.

gab schließlich zu, daß es wichtiger sei, die äußersten Mittel anzuwenden anstatt kleinlicher. Solche sekundäre Mittel schlug auch ein mir von Graf Berchtold gesendeter Bericht des Generalkonsuls Weinzettl vor, so für den Fall der Einnahme Skutaris, das sich übrigens nach Weinzettls Ansicht noch lange halten könne, die Besetzung von Krstac und Njeguš. Ich retournierte diesen Bericht — allen bloßen Schikanen und Nadelstichen abhold — mit folgendem Schreiben:

„Wien, 19. März 1913.

Euer Exzellenz!

Ich danke E. E. für die liebenswürdige Übersendung des Berichtes des Generalkonsuls Weinzettl vom 7. März l. J., den ich anbei retourniere, kann aber bei diesem Anlasse nur meine gestrigen Anschauungen über die militärische Aktion wiederholen, dahingehend, daß alle Halbheiten und kleinlichen Unternehmungen unbedingt zu vermeiden wären. Wirkt die lediglich artilleristische Aktion der Flotte nicht, dann hätten die Landoperationen gegen Serbien und Montenegro mit der ganzen dafür in Aussicht genommenen Kraft einzusetzen.

Daß damit Grenzsperre, Blockade und Förderung des Aufstandes in Albanien Hand in Hand gehen müssen, ist selbstverständlich.

Gestatten E. E. den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung, mit der ich bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Am Abend des 19. März befand ich mich mit meinen Söhnen im Theater, ich wurde um 10 Uhr durch Graf Hoyos herausgebeten und ersucht, sogleich zu Graf Berchtold zu kommen. Gleichzeitig wurde ich von Miramare, wo sich Erzherzog Franz Ferdinand befand, aufgeläutet. Seine Kaiserliche Hoheit war in größter Aufregung darüber, daß er von keiner militärischen Seite über die Entsendung der Schiffsdivision unterrichtet wurde.

Ich konnte telephonisch antworten, daß Seine Majestät am 18. März um 8 Uhr abends die Zustimmung hiezu gegeben habe und dies der Militärkanzlei des Thronfolgers mitgeteilt wurde. Die Division sei heute 5.30 Uhr vormittags von Pola ausgelaufen, um für eine eventuelle Aktion an der albanesisch-montenegrinischen Küste bereit zu sein.

Hierauf begab ich mich mit Graf Hoyos zu Graf Berchtold, bei dem ich auch Graf Szapáry traf. Es war die Nachricht eingelangt, daß die Katholiken in Albanien durch die Serben gezwungen werden, den orthodoxen Glauben anzunehmen.

Während früher, als die rein staatlichen Interessen am Spiele standen, an jede scharfe Maßnahme ablehnend oder doch zögernd herangegangen wurde, herrschte ob dieser Nachricht große Aufregung. Sie führte zur nächtlichen Konferenz zwecks Beratung energischen Einschreitens. Man war jetzt, da es sich um eine Glaubenssache handelte, auch zum äußersten bereit. Auf die Frage, was nun zu machen sei, wiederholte ich: „Nur keine kleinlichen Maßnahmen, keine Spielereien mit Besetzungen und dergleichen."

Es wurde beschlossen: Flottenaktion, Grenzabsperrung, Verbot der Lebensmitteleinfuhr nach Montenegro, Blockade bis Dulcigno. Genügt das nicht, spitzt sich die Lage weiter zu, dann Mobilisierung gegen Serbien und Montenegro!

Graf Hoyos: „Ja, es wäre am besten, sofort einzumarschieren, wenn die Forderungen nicht angenommen werden."

Ich: „Wie stellen Sie sich das vor? Wir sind zwar am erhöhten Stande, aber nicht mobilisiert."

Graf Berchtold: „Wie lange würde es dauern?"

Ich: „Zur reserviertesten Kenntnis 16 Tage. Wenn die Serben etwas unternehmen wollen, können sie vor unserem zwölften Mobilisierungstage kaum gefährlich werden; dann aber sind wir weit genug mit unserer Mobilisierung und unserem Aufmarsch. Das ist zu riskieren."

Es wurde nun die Frage erörtert, ob sich Serben und Montenegriner nicht doch trennen würden, wenn wir unsere Forderungen nur an Montenegro stellen.

Ich: „Ich glaube nicht daran, die Leute gehen miteinander; und sollte es auch geschehen, daß sie sich trennen, so wäre dies nur für den Anfang, man müßte gefaßt sein, daß dies im nächsten Moment umschlägt und muß daher von Haus aus die Mobilisierung gegen Montenegro und Serbien verfügen"*).

---

*) Ich hatte im stillen rasch überlegt, daß im Falle dieser Mobilisierung die 40. Division nach Sarajevo gekommen, die 19. Division für den Seetransport bereitgestanden wäre, so daß Feldzeugmeister Potiorek mit den vier Divisionen des 15. und 16. Korps sechs Divisionen zur Verfügung gehabt hätte, die gegen Montenegro und die in Nordalbanien befindlichen Serben ausreichend waren; überdies konnte die in Nordostbosnien zum Aufmarsch gelangende 5. Armee ebensowohl zum Einmarsch in Serbien verwendet, als im Bedarfsfalle nach Sarajevo herangeführt werden.

Graf Berchtold akzeptierte dieses Raisonnement.

Ich bemerkte, wenn man schon der Meinung sei, daß sich die Aktion gegen Montenegro allein wenden sollte, man von den Serben fordern müßte, Nordalbanien und überhaupt alle den Albanesen zugesprochenen Landesteile sofort zu räumen.

Bezüglich einer bloß einseitigen Pression auf Montenegro meinte ich, daß, wenn selbst die serbische Regierung sich von Montenegro trennen wollte, die serbische Armee es nicht tun würde. Diese habe sehr schneidige Führer, die sich schließlich um die Regierung nicht kümmern würden.

Das Gespräch wandte sich dann wieder der Vergewaltigung der Katholiken zu, und es wurde erzählt, daß der Bischof von Prizren Augenzeuge war, als 400 katholische Albanesen zum Besuch der orthodoxen Kirche gezwungen wurden, wobei die Serben auf das brutalste vorgingen.

Es tauchte die Idee auf, die katholischen Albanesen mit Lloydschiffen nach Triest zu bringen und sie dann auf den dalmatinischen Inseln anzusiedeln. Ich sprach mich absolut dagegen aus, mit dem Beifügen: „Wozu sollen wir uns auch das noch aufladen"; auch wies ich auf die Schwierigkeiten einer solchen Evakuierung hin.

Ein Herr des Ministeriums fügte zutreffend bei: „Sie würden uns nur noch den Flecktyphus und die Blattern mitbringen".

Am 20. März brachte die Presse einen Leitartikel mit schweren Klagen über die Vergewaltigung der katholischen Albanesen; man vermutete ihn seitens des Belvederes*) inspiriert.

Am selben Tage traf die Meldung ein, daß Rußland den bisher zurückbehaltenen ausgedienten Jahrgang beurlaubt habe, nachdem auch Österreich-Ungarn seine zur Standeserhöhung in Galizien einberufenen Reservisten entlassen hatte.

Das Ergebnis dieser beiderseitigen Konzilianz war, daß Rußland bei seinen schon unter normalen Verhältnissen weit höheren Friedensständen viel kriegsbereiter an den Grenzen stand, Österreich-Ungarn aber sich durch Versprechungen die Hände gebunden hatte. Dies zu einer Zeit, da die Ereignisse am Balkan immer verwickelter wurden und jeden Moment die Monarchie zu einem kriegerischen Vorgehen zwingen konnten.

Rußland — sekundiert von den anderen Mächten der Entente — war es gelungen, Österreich-Ungarn fester an die Leine zu nehmen, um die Austragung des großen Konfliktes bis zu einem Zeitpunkt zu ver-

---

*) Residenz des Thronfolgers.

schieben, zu dem ihm die allgemeine Lage und die Vollendung seiner kriegerischen Vorbereitung erhöhte Chancen erwarten ließen. Deutschland aber hat an dem Festerziehen dieser Leine mitgeholfen und damit unbewußt den Zwecken Rußlands und dessen Verbündeten gedient.

In den Balkanfragen wurde die Politik der kleinen Mittel fortgesetzt.

Am 21. März erbat der Marinekommandant Weisungen für die Flotte. Ich begab mich mit Konteradmiral Kailer und Generalauditor Feigl zu Graf Berchtold, wo nachfolgende Direktiven entworfen wurden:

„Grundlagen
für eine Flottenaktion an der montenegrinisch-albanesischen Küste.

Zweck: Durchsetzung unserer Forderungen gegenüber Montenegro und dem mit demselben kooperierenden Serbien.

Mittel:

a) Maritime Aktion an der montenegrinisch-albanesischen Küste ohne Landung;
b) Sperrung der Festlandgrenzen Montenegros und des Gebietes des ehemaligen Sandžaks Novipazar entlang der Monarchiegrenze.

Aufgabe der maritimen Aktion.

Friedensblockade der Ostküste des Adriatischen Meeres in der Ausdehnung von der dalmatinisch-montenegrinischen Grenze bis Cap Laghi, südlich Durazzo.

Die Blockade ist gerichtet gegen alle Kriegs- und Handelsschiffe, gleichgültig welcher Flagge, Kriegsschiffe Alliierter ausgenommen.

Schiffe, welche die Blockade zu durchbrechen versuchen, sind aufzufordern, den Blockaderayon zu verlassen, widrigenfalls sie aufzubringen und nach Pola zu schaffen sind.

Im Falle von Allerhöchster Stelle schärfere Maßnahmen angeordnet werden sollten, werden sich dieselben auf folgendes beziehen:

Beschießung der für Schiffsgeschütze im blockierten Küstenrayon auf dem Festlande erreichbaren serbischen und montenegrinischen Truppen, Befestigungen, Depots, militärischen Objekte oder militärischen Zwecken dienenden Anlagen."

Konteradmiral Kailer bemerkte, daß es nur eine friedliche Blockade gebe, der nächste Schritt schon der casus belli sei.

In der Beratung wurde weiter festgelegt, die an Montenegro gestellten Forderungen bezüglich Skutaris Serbien bekanntzugeben mit dem Beifügen, daß Serbien die weiteren Konsequenzen zu tragen habe,

wenn es das dortige Gebiet nicht räume, an Montenegro aber noch heute die Forderung nach Einstellen des Bombardements zu richten, widrigenfalls nach kurzer Frist die friedliche Blockade und weiter die scharfen Maßnahmen einsetzen würden.

S. M. Schiff „Maria Theresia“ wird von Salonik rückberufen; S. M. Schiff „Elisabeth“ bleibt im Marmarameer.

Ich fragte dann, was Graf Berchtold zu tun gedenke, wenn Skutari fällt. Der Minister antwortete: „Dann verlangen wir, daß die Montenegriner Skutari nicht besetzen.“

Ich schlug vor, die Aktion so zu leiten, als ob wir den Krieg suchen würden, um ihr den erforderlichen Nachdruck des Ernstes zu geben. Graf Szapáry warf ein: „daß wir den Krieg nicht scheuen würden“, und meinte, daß wir keine Macht in ihrem Prestige verletzen dürfen, da wir sonst eine ungünstige Situation hätten.

Am 22. März hatte ich einen Brief des italienischen Chefs des Generalstabes, Generalleutnant Pollio, erhalten, in dem dieser die gegenseitige Delegierung von Generalen zu den Oberkommandos im Kriegsfalle beantragte und für die bevorstehenden Vereinbarungen hinsichtlich der gemeinsamen Flottenaktion Wien als Konferenzort vorschlug.

Im Laufe des Vormittags des 22. März kam Graf Hoyos zu mir, um mir im Auftrage Graf Berchtolds mitzuteilen, daß die Weisungen an Admiral Haus ergangen seien, an Montenegro aber die Forderung, zwecks Evakuierung der Zivilbevölkerung das Feuer gegen Skutari einzustellen, mit dem Beifügen, daß wenn Skutari fallen sollte, Montenegro für die Schonung der Bevölkerung verantwortlich gemacht werde. Sofern sich aber Montenegro in diese Forderung nicht fügen sollte, würde die Blockade einsetzen.

An Serbien wurde notifiziert, daß dieser Schritt gegenüber Montenegro erfolgt sei, daß man aber, wenn Serbien sich abseits Montenegros hielte, ihm gewisse, näher bezeichnete Erleichterungen bei der Blockade einräumen würde.

Ich meinte, daß an Serbien die Forderung zu stellen wäre, Albanien zu räumen, widrigenfalls es die Konsequenzen genau so zu tragen hätte, wie Montenegro.

Alles Obdargelegte wurde seitens Graf Berchtolds bei Seiner Majestät festgelegt, wobei auch die etwas mildere Form gewählt wurde.

Auf die Bemerkung des Ministers, daß die friedliche Blockade nicht viel nützen werde, soll Seine Majestät geäußert haben: „Dann muß geschossen werden.“ Als Graf Berchtold beifügte, daß, wenn das Schießen von den Schiffen aus vergeblich wäre, zu Lande vorgegangen

werden müsse, soll Seine Majestät erwidert haben: „Das ist ja dann der Krieg, den will ich nicht."

Graf Hoyos ventilierte hierauf wieder die Idee einer Einnahme des Lovčen, worauf ich darauf hinwies, daß dies eine vorherige Mobilisierung voraussetze, die allerdings schon längst hätte erfolgt sein sollen.

Ich begab mich hierauf zu Exzellenz Baron Bolfras, besprach mit ihm die mehrerwähnten Notifikationen, bezeichnete sie als ein „verwässertes Zeug" und fügte bei: „Meiner Ansicht nach erübrigt nichts, als die Bedingungen stellen und die Mobilisierung anordnen."

Exz. B.: „Des 15. und 16. Korps?"

Ich: „Nein, die Mobilisierung für den B-Fall."*)

Exz. B.: „Das wäre wohl das einzig Richtige, aber der Minister des Äußern zögert damit. Wie stellt Ihr Euch die Absperrung der Grenze vor?"

Ich: „Absolut nicht mit Truppen, sondern durch Finanzwache und Gendarmerie; im äußersten Falle hie und da unterstützt durch Grenzjäger."

Diese meine Ansicht beruhte auf der Erwägung, daß es verwerflich wäre, Truppen, die jeden Moment zu taktischem Handeln berufen sein konnten, für Zwecke der Absperrung zu zersplittern.

Nach einem kurzen Besuch, den der deutsche Marineattaché Baron Freiberg bei mir machte, um sich über die Lage zu erkundigen, empfieng ich Major von Merizii, der mich im Auftrag Feldzeugmeisters Potiorek, dessen Flügeladjutant er war, aufsuchte. Mit ihm besprach ich die militärische Lage in B. H. D. und die möglicherweise dort sich ergebenden Aufgaben. Ich teilte ihm mit, daß im Mobilisierungsfalle die 2. und 5. Armee am sechzehnten Mobilisierungstage operationsbereit, aber auch schon am zwölften Mobilisierungstage eine genügende Truppenzahl zur Stelle sein werde, endlich daß ich im Mobilisierungsfalle nicht nur die Mobilisierung gegen Montenegro, sondern auch jene gegen Serbien verlangen werde.

Noch am 23. März richtete ich folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Ich beehre mich E. E. zunächst für die mir durch Graf Hoyos überbrachten Mitteilungen zu danken, möchte aber bei diesem Anlasse

---

*) Das ist die gegen Serbien und Montenegro vorbereitete. Sie begriff nicht nur die Mobilisierung des in B. H. D. befindlichen 15. und 16. Korps, sondern auch jene der 2. und 5. Armee in sich — diese beiden gegen Serbien bestimmt.

erneuert die Gesichtspunkte hervorheben, die ich anbetrachts der jetzigen Lage vertrete.

Ich glaube, daß es für alle rein diplomatischen Pressionsmittel zu spät und daß die Monarchie schon längst in die Notwendigkeit versetzt ist, zu handeln, sowie daß jedes Hinausziehen einer dezidierten Aktion die Lage nur verschlimmert.

Meiner Ansicht nach wären unsere Forderungen präzise zu formulieren, vor allem: Einstellung der Feindseligkeiten in Albanien und Räumung des albanesischen Gebietes seitens Serbiens und Montenegros; diese Forderung wäre unter ein kurz befristetes Ultimatum zu stellen, und wenn dieselbe nicht voll und ganz berücksichtigt wird, die für den Kriegsfall B, also gegen Montenegro *und* Serbien gerichtete *Mobilisierung* anzuordnen; gleichzeitig damit hätte die Flottenaktion einzusetzen, natürlich nicht die Friedensblockade, sondern das gewaltsame Vorgehen.

Ich muß diese Notwendigkeit des Handelns im großen Stile vom militärischen Standpunkte als einzig richtiges hervorheben und mich gegen alle mit halben Mitteln oder im Wege kleinlicher Unternehmungen gedachten Schritte aussprechen.

Erneuert möchte ich hiebei betonen, daß ich es als ausgeschlossen betrachte, daß Serbien in diesem Falle nicht mit Montenegro ginge.

Aus militärischen Gründen wäre es jedoch sehr erwünscht, wenn Bulgarien und Griechenland aus dem Spiele blieben.

Die Gefahr, welche aus der Haltung Rußlands droht, muß in Kauf genommen werden, aber eine dezidierte Haltung Deutschlands vermöchte eine Gefahr von dieser Seite wohl abzuwenden.

Ich habe die obdargelegten Anschauungen heute vormittags auch gegenüber Exzellenz Bolfras vertreten und werde das gleiche auch Seiner Majestät gegenüber tun, sobald ich vor Allerhöchst demselben erscheine.

Genehmigen etc. etc. . . .“

Am 24. März präzisierte ich meine Ansicht über die albanesische Angelegenheit in nachstehender Niederschrift:

„1. Ich bin gegen jede Aktion in Albanien mit kleinen Mitteln, also gegen jede Entsendung von Landungsdetachements u. dgl., sondern ich bin der Ansicht, daß die Frage im großen Stil gelöst werden muß, auf Grund unserer Forderung nach Räumung Albaniens, die wir endlich durchsetzen müssen.

2. Keinesfalls dürfen eigene *kleine* Abteilungen in ein Gebiet gesendet werden, das im Besetzungsbereich der Serben und Montenegriner ist; diesen gegenüber darf nur mit *voller* Kraft aufgetreten werden.

3. Sollte Italien Miene machen, albanesische Gebiete zu besetzen, so wäre dagegen entschieden Einsprache zu erheben und zu fordern, daß das italienische Vorgehen zu Lande nur parallel mit dem ö.-u. Vorgehen gegen Serbien und Montenegro statthaben dürfe.

4. Die gemeinsame Aktion hätte sich äußerstenfalls nur auf die Flotte zu beschränken.

5. Greift Italien aber den Ereignissen vor und besetzt es Valona, dann müssen unserseits sofort die Forderungen nach Räumung Albaniens seitens Montenegros und Serbiens gestellt und deren Nichterfüllung als casus belli gegen Serbien und Montenegro genommen werden. Diese Absicht müßte sofort, also jetzt schon, Italien bekanntgegeben werden.

6. Sollte die Bereithaltung eines Landungsdetachements — wie es gedacht ist: 3 bis 4 Bataillone — trotz alledem gewünscht werden, so dürfte dieses keinesfalls dem 15. oder 16. Korps entnommen werden."

Dasselbe wäre vom 3. Korps zu nehmen, aber unter keiner Bedingung aus Friedensständen zusammenzuwürfeln, da ich eine Störung der Ordre de bataille und der Mobilisierung nicht zugeben könnte, sondern es wäre ein Infanterieregiment des 3. Korps (etwa Rgt. Nr. 87) zu mobilisieren, ferner eine Gebirgsbatterie, technische Truppen, mindestens zwei Züge des 5. Dragonerregimentes (eventuell eine Eskadron), dann die nötigen Anstalten und das Brigadekommando.

Am 24. März nachtmahlte ich beim „Grünen Anker", einem kleinen Stadtrestaurant, das ich schon seit meiner Hauptmannszeit häufig besuchte. Um 10 Uhr wurde ich von dort zu Graf Berchtold berufen. Ich begab mich sofort in das Ministerium des Äußern, wo sich alsbald auch Graf Berchtold mit Fürst Montenuovo (Obersthofmeister Seiner Majestät des Kaisers), kurz darauf auch der Kriegsminister Exzellenz Krobatin und Graf Szapáry einfanden. Ursache der Konferenz war ein alarmierendes Telegramm des Militärattachés in Cetinje. Ich vertrat auch diesmal den Standpunkt der sogenannten B-Mobilisierung (also gegen Montenegro und Serbien) bei gleichzeitiger Verfügung der Blockade.

Fürst Montenuovo, der an dieser Besprechung teilnahm, warf ein: „Wozu gleich die B-Mobilisierung, es genügt doch, wenn man die Truppen, die ohnehin in B. H. D. sind, mobilisiert; Europa wird stutzig werden."

Ich: „Ich halte es für eine Utopie, zu glauben, daß Serbien und Montenegro sich trennen werden, daher muß ich die B-Mobilisierung verlangen."

Graf Szapáry machte geltend, daß die Verfügung der B-Mobilisierung einen Sturm in Europa hervorrufen, die uns wohlwollenden

Mächte mißtrauisch machen und daß man uns vorwerfen würde, die große Balkanaktion anzufangen. Er fügte bei, speziell Rußland werde geradezu genötigt, zu Gunsten der Serben einzugreifen.

Ich: „Schließlich wird doch der Moment kommen, wo wir es tun müssen, wir werden die Serben aus Albanien hinausdrücken, und wenn Skutari genommen ist, auch dessen Räumung erzwingen müssen. Man möge daher gleich diese Forderungen stellen, wenn sie nicht erfüllt werden, muß die B-Mobilisierung erfolgen."

Exz. Krobatin: „Die B-Mobilisierung betrifft sieben Korps, d. i. die halbe Armee, dies wird in Europa eine große Wirkung machen; wozu mehr mobilisieren, wenn man nur gegen Montenegro seinen Willen durchsetzen will?"

Graf Szapáry und *Fürst Montenuovo* gaben der Ansicht Ausdruck, daß man ja nach der ersten Maßnahme gegen Montenegro sehen werde, ob Serbien sich von diesem nicht sofort trenne, wenn nicht, so könne ja dann der ganze B-Fall angeordnet werden. Sie erachteten vom diplomatischen Standpunkt einen Zwischenraum — wenn auch nur von einem Tage — zwischen beiden Maßnahmen nötig, um sagen zu können, daß man sich nur Montenegro gegenüber Recht verschaffen wollte, da aber Serbien mit Montenegro gehe, unsere Kräfte auch gegen Serbien bereitstellen müsse. Der Kriegsminister schloß sich dieser Argumentation an.

Graf Szapáry: „Wenn wir die ganze B-Mobilisierung durchführen, so kommt es unbedingt zur Aktion gegen Serbien."

Ich: „Gut! — Das wäre endlich und schließlich das beste und wird ohnehin einmal geschehen m ü s s e n."

Graf Berchtold plaidierte dafür, anfänglich nur das 15. und 16. Korps zu mobilisieren, und meinte, daß dies schon den gewünschten Erfolg haben werde. Sollte es sich aber zeigen, daß Serbien unbotmäßig bliebe, hätte die B-Mobilisierung zu folgen.

Graf Szapáry: „Gegen dieses ausgepumpte kleine Volk wird man doch nicht einen solchen Aufwand treiben!"

Ich: „Sie sind nicht ausgepumpt, es sind aguerrierte Leute, sie sind sehr tüchtig, haben ihre Gefechtsverluste bald ersetzt; vor allem aber stehen 50.000 Mann an unserer Grenze konzentriert, die, wenn Skutari fällt, gegen uns frei werden."

Graf Szapáry: „Was können sie machen?"

Ich: „Sie könnten die Bocche, sie könnten Süddalmatien angehen und Erfolge erringen, die uns sehr unangenehm wären."

Graf Szapáry: „Sind denn nicht genügend Truppen unten, um dies abzuwehren?"

Ich: „Nein, das 15. und 16. Korps sind gegen die vereinigten Serben und Montenegriner nicht stark genug."

Exz. Krobatin spricht sich nur für die teilweise, nicht die ganze B-Mobilisierung aus.

Ich: „Dieser teilweisen Mobilisierung müßte sofort die ganze B-Mobilisierung folgen, sowie man sieht, daß auch die Serben sich gegen uns kehren; wir müssen uns unbedingt klar darüber sein, daß dann nicht gezögert werden darf. Das 15. und 16. Korps ist mir aber auch als teilweise Maßnahme zu wenig, ich muß dann unbedingt auch die Mobilisierung des 13. Korps*) verlangen. Sympathisch ist mir die Sache nicht, aber wenn man durchaus glaubt, daß Serbien und Montenegro sich trennen, so muß ich dem Rechnung tragen."

Graf Berchtold erklärte, am 25. zu Seiner Majestät fahren und die Blockade, sowie die teilweise Mobilisierung vorschlagen zu wollen.

Graf Szapáry: „Ja! soll man alle diese Maßnahmen schon auf das Attaché-Telegramm verfügen? Von Exzellenz Giesl ist bis jetzt (12,45 Uhr nachts) noch keine Nachricht eingelaufen."

Graf Berchtold: „Das Telegramm Giesls muß kommen, das warte ich ab; es wird länger sein und hat einen komplizierten Chiffreschlüssel."

Danach wurde die Beratung aufgehoben.

Am 25. März um 7,30 Uhr vorm. war das Telegramm Giesls eingetroffen und ich zu Graf Berchtold gerufen worden. Giesl beantragte die Bereitstellung von Landungstruppen. Graf Berchtold bemerkte, er werde Giesl Weisung geben, keine Experimente zu machen, da die Entscheidung in Wien liege.

Ich hatte Graf Berchtold mein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß an der gestrigen Beratung der streng beruflichen Funktionäre auch Fürst Montenuovo als Außenstehender teilgenommen habe.

Die Mitteilungen Graf Berchtolds ergaben folgendes:

Auf die an Montenegro gestellte Forderung, das Feuer gegen Skutari einzustellen, sagte der König zwar zu, doch mit dem Beifügen, daß er den Zeitpunkt hiefür bestimmen werde. Inhalt und Ton der Antwort waren nicht befriedigend; trotzdem sehe man jetzt von Maßnahmen ab, werde also weder die Blockade, noch die Grenzsperre verfügen, sondern vorerst ein Zirkular an die Mächte richten, das die Lage schildert und erklärt, daß wir infolge der intransigenten Haltung König Nikitas zu Maßnahmen gezwungen sein werden. Die Antworten dürften in zwei Tagen eingetroffen sein, worauf dann die Anordnung der Blockade und der Grenzsperre erfolgen könnte. Graf Berchtold habe

*) In Kroatien und Slawonien, Korpskommando Agram.

aber zwei Telegramme des k. u. k. Botschafters in Petersburg, Grafen Thurn, erhalten, des Inhalts, daß Sasonow in größter Aufregung sei, uns der Rücksichtslosigkeit gegen alle Mächte beschuldige und erkläre, Rußland, das sich ja bemüht habe, kalmierend zu wirken, sei jetzt zu den ernstesten Schritten bereit und werde sofort die Inhibierung der Entlassung der Reserve-Jahrgänge verfügen.

Dieser Schreckschuß Rußlands genügte, um sofort von allen beschlossenen Maßnahmen abzusehen, nur ich und der Kriegsminister vertraten auch weiter den von uns bisher befürworteten Standpunkt. Das Resultat war, daß nur das Rundschreiben an die Mächte ergeht, mit der Blockade gewartet und der Austausch der Reservisten in B. H. D. um zwei Tage verschoben wird, damit die Mächte dies nicht als erneuerte Einberufungen deuten.

Neben diesen politischen und militärischen Maßnahmen standen auch solche rein humanitären Charakters in Beratung.

Von Rußland war schon die Idee lanciert worden, die Zivilbevölkerung aus Skutari zu evakuieren, was freilich auf den Widerstand der Belagerer stoßen konnte, da es für den Belagerten eine Erleichterung gewesen wäre. Nachdem aber auch, im Falle der Einnahme Skutaris, damit zu rechnen war, daß eine große Menschenzahl verhungern würde und obdachlos sein dürfte, wurde eine Hilfsaktion in Szene gesetzt, welche die Versorgung dieser Leute, vor allem mit Lebensmitteln, zum Zwecke hatte. Auf den Vorschlag Graf Berchtolds genehmigte Seine Majestät das Abgehen dieser Hilfsaktion. Das ihr beigegebene militärische Personal (Verpflegsbeamte und Soldaten) hatte Zivilkleidung zu tragen und nur mit Faustwaffen ausgerüstet zu sein.

Zwei Lloyddampfer gingen hiezu von Pola nach Cattaro ab, um dort die Evakuierung zu erwarten.

In dieser Angelegenheit erhielt ich am 25. März folgendes Schreiben von Graf Berchtold:

„Wien, 25. März.

Euer Exzellenz!

Erhalte eben Telegramm von Giesl, wonach sich König Nikita doch zu einem Schritt bei Essad Pascha*) aufgerafft hat im Interesse der Zivilbevölkerung Skutaris. Hierüber werde den Mächten mit heutiger Note Mitteilung gemacht werden, dahin lautend, daß die königliche Regierung wegen humanitärer Rücksichten und in Befolgung des einstimmigen Rates der Mächte an den Kommandanten von Skutari herangetreten sei, um die Evakuation der zivilen Bevölkerung aus der Stadt

---

*) Kommandant von Skutari.

zu ermöglichen. Gleichzeitig findet sich die königliche Regierung veranlaßt, unsere Androhung als Neutralitätsverletzung zu stigmatisieren, was uns schließlich gleichgültig lassen kann. Giesl hat die Mitteilung, daß die Verhandlungen zur Ermöglichung des Auszuges der Zivilbevölkerung eingeleitet sind, zur Kenntnis genommen und will sich sofort über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen mit dem König ins Einvernehmen setzen, das Eintreffen unserer Hilfsexpedition ankündigen und auf deren Heranziehung dringen.

Es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß nun Essad Pascha aus militärischen Gründen den Exodus verweigern könnte. Dann wird uns wohl nichts übrig bleiben, als die Einstellung des Bombardements bis zum Friedensschluß zu verlangen.

Der deutsche Geschäftsträger sprach nachmittags bei mir vor, um mir von den letzten Relationen des deutschen Botschafters in Petersburg Kenntnis zu geben. Danach wäre Sasonow bereit, den Standpunkt, daß Skutari unter allen Umständen zu Albanien zu gehören habe, mit den anderen Mächten in Belgrad und Cetinje zu vertreten, dagegen sei er für die Forderung, die sofortige Evakuierung Albaniens (vor Friedensschluß) zu verlangen, absolut nicht zu haben.

Mit bestem Gruß etc.

Berchtold."

Am 25. März um 10 Uhr vormittags war ich bei Seiner Majestät in Schönbrunn. Zur Sprache kam die militärische Lage im großen. Zunächst die Notwendigkeit, den Anschluß Rumäniens zu sichern, andernfalls die Konsequenzen zu ziehen und vor allem die Wehrmacht zu erhöhen. Ich begründete dies mit folgender Kräftegegenüberstellung.

Rußland hat 65 operative Divisionen I. Linie,
35 operative Divisionen II. Linie,
Summe 100, davon im Kaukasus 6, in Finnland 1½,
also für Europa exklusive Kaukasus und Finnland 92½ (dazu in späterer Folge noch 6—10).

Serbien	16½	operative Divisionen (später 21½),
Montenegro	5 (—6)	operative Divisionen,
Summe	114	
Rumänien	16½ (später 20),	
Totale	130½	

dagegen: Österreich-Ungarn:	3×14 =	42	operative Div.
das 15. und 16. Korps	. . . .	4	„ „
weitere 2 ung. L.-D.	. . . . . .	2	„ „
		48	operative Div.

also eine Differenz von 82½ operativen Divisionen.

Deutschland stellt anfangs kaum mehr als 14 Divisionen auf dem russischen Kriegsschauplatz bei.

Es besteht somit auf Seite Rußlands allein schon eine Überzahl von 38 Infanteriedivisionen.

Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die Wehrmacht der Monarchie durch Aufstellung der Reserve-Armee*) zu erhöhen, und zwar:

14 Infanteriedivisionen mehr 14 Brigaden, also zusammen zirka 20 Divisionen.

Dies verlangt jetzt schon eine Erhöhung des Rekrutenkontingentes.

Nach diesem Raisonnement hob ich auch noch die Bedeutung der geographischen Lage Rumäniens im Falle seiner Gegnerschaft hervor.

Weiter brachte ich die Gefahr einer Vereinigung Montenegros mit Serbien zur Sprache, die von Seite Rußlands sehr gefördert würde. Es schien, daß Rußland den König Nikita von Montenegro dabei opfern wolle. Mehrere feindliche Akte Rußlands gegen ihn wiesen darauf hin, so:

Die Interpellation in der Skupština über Verwendung der russischen Subsidien, die Ablehnung des montenegrinischen Gesandten Popović in Petersburg, die Bearbeitung der montenegrinischen Intelligenz mit Geld, die günstigen Bedingungen für Ansiedlung von Montenegrinern in Neu-Serbien, die schroffe Abweisung der beabsichtigten Bußfahrt Nikitas nach Petersburg, die Aussichtslosigkeit einer Fusion beider Staaten unter dem montenegrinischen Königshaus Petrović-Njeguš.

Auf die Frage, wie sich die Monarchie zu einer Fusion zu stellen habe, erklärte ich folgende Forderungen für geboten:

Verwehrung des Zuganges zur Adria, Abtretung der montenegrinischen Küste an Österreich-Ungarn oder Albanien.

Diese Forderungen vermöchten zum Krieg zu führen, daher sei ein sofortiges Einvernehmen hierüber mit Deutschland und Italien zu pflegen.

Schließlich kam der Grenzzwischenfall auf dem Metalka-Sattel zwischen k. u. k. Truppen und montenegrinischen Abteilungen zur Sprache, wobei ich beantragte, das montenegrinische Verlangen nach Räumung oder Sühne abzuweisen.

Am 26. März langte ein Telegramm aus Miramare ein, des Inhaltes, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand gegen die Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps und nur für Zwangsmaßregeln sei, wofür die Flotte und die Truppen in B. H. D. im jetzigen Zustande

*) Über diese folgt später Eingehenderes.

genügend wären. Ich antwortete zunächst telegraphisch: „Ob die Flottenaktion nützt, ist fraglich, die Truppen in B. H. D. sind für einen Krieg gegen Montenegro und Serbien nicht ausreichend; auch das 13., 15. und 16. Korps nur für den Fall, daß sich Serbien von Montenegro trennt. Der Minister des Äußern hofft durch die Mobilisierung dieser Korps das Nachgeben Montenegros zu erreichen. Eine isolierte Aktion gegen Montenegro mit kleinen Kräften wäre unbedingt zu vermeiden."

Am 26. hatte der Gesandte ein Bataillon als Gesandtschaftswache für Cetinje erbeten, was sowohl Exzellenz Potiorek als ich ablehnten.

Am 26. war die Nachricht vom Fall Adrianopels eingelangt.

Am 27. März ergänzte ich das oben gegebene, nach Miramare gesendete Telegramm durch nachfolgende, an die Militärkanzlei des Thronfolgers gerichtete Erläuterung:

„Im Ministerium des Äußern wurde die Möglichkeit erwogen, daß die Monarchie zu Gewaltmaßregeln gegen Montenegro gezwungen werde und dabei nicht auch auf die Gegnerschaft Serbiens stößt; ich habe auf die Unwahrscheinlichkeit dieses Falles hingewiesen, sollte aber der kaum wahrscheinliche Fall einer isolierten Aktion gegen Montenegro Tatsache werden, so sind zur Bekämpfung Montenegros die dermaligen Kräfte von B. H. D. in ihrer jetzigen Verfassung nicht hinreichend; es müßte die Mobilisierung des 15. und 16. Korps und voraussichtlich auch jene des 13. Korps erfolgen. Auch in diesem Falle müßte mit Rücksicht auf Serbien, dessen Verläßlichkeit immer in Frage stünde, ein Teil unserer Kräfte an der serbischen Grenze verbleiben. Auf dieser Erwägung beruht der Vorschlag der Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps. Sollte diese teilweise Mobilisierung angeordnet werden und würde bald darauf erkennbar, daß die Haltung Serbiens eine feindliche ist, so müßte die Mobilisierung der übrigen für den B-Fall bestimmten Korps sofort erfolgen, dann aber auch die Aktion unbedingt durchgeführt werden und die Monarchie in eine aktive Balkanpolitik eintreten. Einheitlich damit müßte auf alle übrigen Mächte dahin gewirkt werden, daß Rußland verhindert werde, diese Aktion zu stören. Deutschland und England scheinen hiezu zweifellos gewillt, vielleicht könnte unter Ausnützung des Friedensbedürfnisses in Frankreich diesen beiden Mächten es gelingen, daß auch Frankreich in gleichem Sinne auf Rußland einwirkt. Schließlich möchte ich hier zum Ausdruck bringen, daß ich bei allen Gelegenheiten nach wie vor bestrebt bin, von jedweden kleinlichen, mit unzureichenden Mitteln inszenierten militärischen Unternehmungen zu Lande entschiedenst abzuraten und nur für ganze Aktionen mit voller Kraft einzutreten, denn es fehlt nicht an Versuchen, wie z. B. Entsendung eines Landungskorps von 6—8 Bataillonen nach

Skutari, eines Bataillons als Schutzwache für die Gesandtschaft nach Cetinje, Vorschieben der Garnisonen von Cattaro, Trebinje, Bilek auf montenegrinisches Gebiet u. dgl. Unternehmungen mehr, die nur dazu führen könnten, zwecklos oder selbst mit Mißerfolg im Sande zu verlaufen, die Monarchie zu diskreditieren und politisch sowie militärisch in eine höchst fatale Situation zu versetzen."

In der Nacht vom 26. auf den 27. März waren alarmierende Nachrichten aus Cetinje eingetroffen. Der Ministerrat habe beschlossen, gegen den Willen aller Großmächte Skutari zu stürmen; die Situation sei äußerst kritisch.

Die peinliche Lage, jeden Moment zum militärischen Einschreiten genötigt sein und dadurch auch in eine große Komplikation geraten zu können, anderseits der Umstand, daß die in B. H. D. befindlichen Truppen wohl den erhöhten Stand, doch nicht den vollen Kriegsstand hatten, auch nicht mobilisiert, das heißt mit allen für operative Verwendung nötigen Pferden, Tragtieren, Trains und Anstalten ausgerüstet waren, überdies der Zahl nach für den Fall größerer Verwicklungen nicht reichten, veranlaßte mich zu nachstehendem erneuten Antrag an Graf Berchtold:

„W i e n, am 27. März 1913.

Euer Exzellenz!

Die kritische Situation in Montenegro, die Ansammlung von zirka 60.000 Serben und Montenegrinern hart am süddalmatinischen Gebiete, welche nach dem täglich zu gewärtigenden Fall Skutaris frei werden, also gegen die Monarchie verwendet werden könnten, das Unabsehbare der nächsten Ereignisse macht die sofortige Mobilisierung des 15., 16. und 13. Korps umsomehr erforderlich, als es 10 bis 12 Tage währt, bis erstere beide, und noch länger, bis letzteres die Operationsbereitschaft erreicht haben.

Mit dieser Mobilisierung wäre nur den Forderungen der nächsten Sicherung für den Fall gedient, daß Montenegro a l l e i n eine feindselige Aktion beginnen sollte. Sollte sich ihm — wie höchst wahrscheinlich — hiebei auch Serbien anschließen, dann müßte die Mobilisierung der für den Fall »B« erforderlichen Kräfte sofort nachfolgen.

Gleichzeitig mit der Verfügung der Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps erschiene es zweckmäßig, die Blockade und Grenzsperre wie vorbereitet durchzuführen.

Die Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps wäre ein Akt, der in keiner Weise aus der Neutralität heraustritt, sondern nur eine unerläßliche militärische Vorsichtsmaßnahme bedeutet, die von rein militärischem Standpunkt gefordert werden muß.

Die Blockade wäre ein Heraustreten aus der Neutralität, über welches daher vom diplomatischen Gesichtspunkt zu entscheiden wäre.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Conrad."

Am 27. März sprach auch der deutsche Militärattaché Graf Kageneck bei mir vor. Er meinte, daß die Sache jetzt friedlich beigelegt werden und die Monarchie Genugtuung seitens Serbiens und Montenegros bekommen würde. Mit Bezug auf einen auch immerhin noch möglichen Konflikt kam die Sprache darauf, daß Deutschland Rußland von einem feindlichen Eingreifen abhalten, und wenn letzteres doch erfolgen sollte, ihm in den Rücken fallen müßte.

Nachmittags kam die Nachricht, daß sich Serbien anscheinend von Montenegro zurückziehe und seit 22. März die Transporte nach Albanien eingestellt habe — sie erwies sich in der Folge als nicht zutreffend.

Am Abend des 27. März war ich bei Graf Berchtold, wo sich auch Exzellenz Krobatin und Graf Szapáry einfanden.

Graf Berchtold las ein Telegramm aus Petersburg vor, wonach sich Sasonow nicht so sehr über die ö.-u. Maßnahmen, sondern darüber betroffen fühle, daß er bezüglich dieser nicht vorher verständigt worden war, wodurch er in Schwierigkeiten gegenüber der panslawistischen Partei geraten sei. Dies wäre auch der Grund, warum er im russischen Kommuniqué nicht versprochen habe, unter allen Verhältnissen Frieden zu halten. Sasonow meine, man solle es unbedingt vermeiden, aus der Entente der Mächte auszutreten.

Ich: „Dies ändert nichts an den Maßnahmen selbst, sondern nur an der Form insoweit, als man eben allen Mächten mitteile, daß die Verhältnisse in Montenegro, sowie die Truppenansammlung bei Skutari uns nötigen, auf unserem Gebiet Vorsichtsmaßregeln zu treffen. — Hierauf kann bei Seiner Majestät die Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps beantragt werden."

Am 28. März langten folgende Telegramme ein:

Vom Militärattaché in Cetinje:

„Im Auftrag des Ministeriums des Äußern forderte der Gesandte vormittags die Einstellung aller Feindseligkeiten vor Skutari. Der König antwortete ablehnend, die Regierung ungebührlich, so daß der Gesandte die Besprechung abbrechen mußte.

Der Minister des Innern steht unter polizeilicher Aufsicht, da er Aufreizung der Truppen und antiösterreichische Demonstrationen plant."

Vom Armee-Inspektor in Sarajevo:

„Laut Mitteilung der hiesigen Zeitung »Bosnische Post« sollen namhafte, für Montenegro bestimmte Vorräte an Mais und Mehl auf russische Rechnung via Fiume und Triest nach Antivari oder Cattaro unterwegs sein.“

Ich sandte diese Telegramme mit folgendem Schreiben an Graf Berchtold:

„Wien, 28. März 1913.

„Euer Exzellenz!

beehre ich mich das beiliegende, eben dechiffrierte Telegramm zu übersenden, da aus demselben die immer unhaltbarer werdende Situation gegenüber Montenegro Bestätigung findet.

Ich glaube, daß mit Bezug auf die gestern abends besprochene Kundgebung an die Mächte nicht nur die Truppenansammlung bei Skutari, sondern auch diese Haltung Montenegros als Grund für unsere in Aussicht zu stellenden Maßnahmen angeführt werden könnte.

Jedenfalls glaube ich, daß möglichste Eile in dieser Richtung geboten ist, um nicht plötzlich vor einem fatalen fait accompli zu stehen.

Genehmigen etc....

Conrad, G. d. I.

Nachschrift! Die eben dechiffrierte zweite, aus Sarajevo stammende Depesche legt die sofortige Verfügung der Blockade nahe, um diese Zufuhren inhibieren zu können.“

Hierauf erhielt ich noch am 28. März, 6 Uhr nachmittags, folgende Antwort Graf Berchtolds:

„Euer Exzellenz!

Die Telegramme des Militärattachés in Cetinje, die Sie so freundlich waren mir zur Einsicht zu übermitteln, decken sich nicht mit den einschlägigen Meldungen unseres dortigen Gesandten.

Das vorgestrige Telegramm, welches die Ausführung des Kollektivschrittes ansagte, hat seither keine Bestätigung gefunden, ebensowenig der angebliche Beschluß auf Inangriffnahme des Generalsturmes. Auch die heutige Information über Abbruch der Verhandlungen mit Giesl entspricht nicht den Meldungen des letzteren. Giesl telegraphiert unterm 27. d. M., er habe aus mehrfachen Unterredungen mit König Nikolaus und aus anderen Anzeichen den Eindruck gewonnen, daß Seine Majestät selbst zum Nachgeben bereit wäre und »daß man wohl noch sehr viel Lärm machen werde, aber doch schon mit dem Verluste von Skutari rechne«. Und weiter: »Es sprechen Anzeichen dafür, daß das Bombardement gegen Skutari nicht wieder aufgenommen wird.«

Von den Staatskanzleien der Großmächte haben wir seit gestern im ganzen befriedigende Nachrichten erhalten. England steht ganz auf unserer Seite und will Schiffe zu einer eventuell notwendig werdenden Flottendemonstration beistellen, Frankreich lenkt gleichfalls ein, und so wird Rußland immer mehr zum Bewußtsein kommen, daß es sich auf bestem Wege zu einer keineswegs »splendiden« Isolierung befindet, wenn es in seiner trotzigen Negation beharrt.

Momentan ist nach dem Gesagten unsere diplomatische Situation infolge des »Steinwurfes in den Karpfenteich« eine gebesserte; nur würden wir m. E. einen Fehler begehen, wenn wir weiter gehen wollten, ohne den Eintritt des gewünschten und anscheinend zu gewärtigenden Effektes unseres Auftretens abzuwarten.

Mit besten Empfehlungen etc. . . . Berchtold."

Im Gegensatz zu dieser optimistischen Auffassung bezüglich Montenegros haben die Ereignisse in der Folge die Anschauungen des Militärattachés bestätigt. König Nikita verharrte auch weiter im antiösterreichischen Kurs und die Montenegriner schritten zum Sturm auf Skutari.

In Ansehung der sich auch meiner Ansicht nach verschärfenden Lage wurde noch am 28. März die von Feldzeugmeister Potiorek verlangte Heranziehung der 12. Gebirgsbrigade von Banjaluka nach Sarajevo verfügt und meinerseits am 29. März mit dem Chef des Eisenbahnbureaus die beschleunigte Heranführung der 40. Division nach Bosnien besprochen und die hiezu nötige Vorarbeit veranlaßt.

Es trafen nun Nachrichten ein, daß — entgegen einer früheren Meldung — die serbischen Truppentransporte von Korinth nach dem Westen im Zuge seien, Skutari wieder bombardiert werde und König Nikita auf die Demarche der Mächte ablehnend geantwortet habe mit dem Bemerken, er könne die Feindseligkeiten nicht einstellen, da er mit der Türkei im Kriege sei.

Hier möge der Leser ein wenig verweilen und das Groteske der damaligen Lage überschauen. Kann jemand glauben, daß Montenegro in diesem gegen Österreich-Ungarn gerichteten Verhalten verharrt wäre, wenn es nicht Rußland und dessen Alliierte hinter sich gewußt hätte? Lag also nicht damals schon klar, was Österreich-Ungarn drohte, wenn es sein Schicksal in die Hände dieser Mächte legte? Folgte daraus nicht, daß nur Loslösung von diesen Fesseln und selbständiges Handeln, jetzt, da die Verhältnisse für dieses Handeln noch günstig schienen (jedenfalls weit günstiger als mit jedem kommenden Jahre), die Möglichkeit boten, der gegen Österreich-Ungarns

Bestand gerichteten Machenschaften Serbiens und Montenegros und des hinter beiden stehenden Rußlands Herr zu werden? Konnte man wirklich glauben, daß friedfertige Nachgiebigkeit zu diesem Ziele führen würde? Lag es nicht nahe, im Keime die Flamme zu ersticken, von der man erkennen mußte, daß sie andernfalls einst über der Monarchie zusammenschlagen würde?

Sasonow wußte genau, warum er den Exodus Österreich-Ungarns aus dem Konzert der Mächte hintertrieb — auch um den Preis vorläufiger Konzessionen an die habsburgische Monarchie.

Aber auch Deutschland ging vertrauensvoll an der Seite seiner Gegner.

Am Abend des 29. März war ich mit dem Kriegsminister wieder bei Graf Berchtold. Er erklärte, daß die Monarchie vorläufig nichts militärisch unternehmen werde, weil man sich von den Großmächten, die in der Frage der Zugehörigkeit von Skutari zu Albanien vollkommen übereinstimmten, nicht trennen wolle. Auch müsse erst das Resultat der am 30. März erfolgenden Demarche in Belgrad abgewartet werden. Der Minister teilte weiter mit, daß England nur eine internationale Flottendemonstration, jedoch keine Blockade beantrage. Rußland sei für Englands Antrag, wolle aber vorläufig nicht selbst teilnehmen. In der heutigen Londoner Konferenz würden definitive Entschlüsse hierüber gefaßt werden.

Ich: „Warnen nützt nichts; wenn wir tätlich herausgefordert werden, werden wir uns zur Tat entschließen müssen, das ist aber demnächst möglich. Ich habe die Besorgnis, daß zwischen Deutschland, Rußland und England auf unsere Kosten verhandelt wird; wir werden uns von allen Rücksichten loslösen müssen."

Am 30. März liefen Nachrichten über die Fortsetzung des Bombardements von Skutari, am 31. März vormittags solche über die Fortsetzung der serbischen Seetransporte von Patras nach Albanien ein*).

---

*) Diese Telegramme lauteten:

Eingetroffen 30. März, 7 Uhr nachm., vom Militärattaché in Athen.

„Zeitungstelegramm aus Patras vom 29. März: Serbischer General Bojović sagte gelegentlich Passieren von Patras, daß Skutari vier Tage nach Eintreffen seiner Truppen fallen wird. Andere Zeitungsnachricht von gestern besagt, daß jene drei griechischen Kriegsschiffe, welche die vierte griechische Division zu begleiten haben, bei Begegnung serbischer Transporte zu diesen abgeschwenkt sind. Personal, Kanzlei etc. des

6 Uhr abends des 31. März war ich bei Graf Berchtold, anfänglich war auch Graf Szapáry zugegen.

Ich: „Es scheint mir höchste Zeit, endlich aus unserer Passivität herauszutreten."

Graf Szapáry gab zu, daß eine aufschiebende Behandlung nicht mehr möglich sei, meinte aber, daß die Sache viel größere Dimensionen annehmen werde.

Ich: „Jawohl; Sie meinen Rußland?"

Graf Szapáry: „Ja, wir haben auch dies ins Auge gefaßt, wollen aber nur sicherstellen, daß wir England nicht gegen uns haben. Telegraphische Nachrichten aus London werden erwartet."

Graf Berchtold rechnete gleichfalls mit der Möglichkeit des russischen Kriegsfalles.

Ich: „Der Vorgang müßte derart eingerichtet werden, daß Deutschland nicht abseits bleibe. Zuerst müßte am Balkan scharf aufgetreten werden, darauf hin müßte wohl Rußland Farbe bekennen."

Graf Berchtold: „Rußland wird es zulassen, daß wir uns am Balkan engagieren und erst dann eingreifen."

Ich: „Wenn die B-Mobilisierung angeordnet wird, wird es sich sofort zeigen, wie sich Rußland verhält; bei seiner ersten feindlichen Maßnahme müßte dann die R-Mobilisierung, d. i. jene gegen Rußland eintreten."

Graf Berchtold: „Geht das?"

Ich: „Gewiß, aber man muß in diesem Falle b a l d ins klare kommen."

---

griechischen Hauptquartiers kam gestern aus Janina hier (Athen) an, fährt heute nach Salonik."

E i n g e t r o f f e n 30. M ä r z, 1 2 U h r n a c h m. (n a c h t s), v o m M i l i t ä r a t t a c h é i n B e l g r a d.

„Heute aus Mazedonien eingetroffen. Mehrfache Anzeichen über größere Aktion von Monastir gegen Albanien. Stimmung im serbischen Offizierskorps gegen Österreich-Ungarn und gegen Bulgarien sehr gereizt. Man nennt Eroberung von Skutari unerläßlich und das freiwillige Verlassen von Monastir ausgeschlossen."

E i n g e t r o f f e n a m 31. M ä r z, 3.05 U h r v o r m. (f r ü h) v o m M i l i t ä r a t t a c h é i n A t h e n.

„Generalkonsulat Patras meldet, daß 15 Transportschiffe mit serbischen Truppen am 29. mit wahrscheinlicher Bestimmung S. Giovanni aus Patras ausgelaufen sind. Werden von drei griechischen Kriegsschiffen begleitet."

Graf Berchtold hält die Loyalität Italiens sichergestellt und meint nun auch, daß Serbien sich nicht von Montenegro trennen werde.

Nach dieser mehr informatorischen Besprechung trennten wir uns.

Um 11 Uhr nachts langten aus Cetinje Telegramme ein, welche die Lage bei Skutari als äußerst kritisch und, wenn Stadt und Bevölkerung gerettet werden sollen, Zwangsmaßregeln noch heute nacht als notwendig bezeichneten.

Ich sandte diese Telegramme mit folgendem Schreiben an Graf Berchtold:

„Wien, am 31. März 1913.

Euer Exzellenz!

Die beiliegenden telegraphischen Berichte erhärten aufs neue, daß die Serben alles daransetzen, um im Verein mit den Montenegrinern Skutari zu nehmen, ihre Aktion also nicht von letzteren trennen, wie ich dies ja stets vorausgesagt habe.

Auch die per terram erfolgenden weiteren serbischen Truppenzuzüge nach Albanien bestätigen die Absichten Serbiens auf dieses Gebiet.

Es ist leider zu besorgen, daß die serbischen Seetransporte ihr Ziel erreichen werden, da von unserer Seite die Blockade noch immer nicht erfolgt ist.

Abgesehen davon, daß Serben und Montenegriner dadurch die Möglichkeit finden, in Albanien ein fait accompli zu schaffen, muß ich von meinem Ressortstandpunkte eine derartige Ansammlung von Streitkräften uns gegnerisch gesinnter Staaten derart nahe unserem Gebiete, speziell unserem Kriegshafen Cattaro, als überaus bedenklich erklären und ich erachte den Moment unabweisbar gekommen, in welchem die Monarchie aus ihrer passiven Rolle heraustreten muß.

Es erscheint mir hiezu geboten, der Eskader ohne jede Nebenrücksicht auf die anderen Mächte unverweilt telegraphischen Befehl zu geben, die Blockade durchzuführen und die serbischen Truppentransporte zur Umkehr zu zwingen, bezw. deren Landung zu verhindern.

Nützt dieser Schritt nichts oder entfacht er die Gegenaktion Serbiens und Montenegros, so hätte sofort die Mobilisierung gegen Montenegro und Serbien zu erfolgen, die einseitig gegen Montenegro gedachte erachte ich jetzt noch weniger genügend als noch vor kurzem.

An Montenegro wäre die Forderung zu richten, daß es sofort die Feindseligkeiten gegen Skutari einstelle; und Serbien wäre zu erklären, daß jeder weitere feindselige Schritt in Albanien den Einmarsch der k. u. k. Truppen in Serbien zur Folge hätte.

Ich bin der Ansicht, daß der Monarchie keine anderen Schritte erübrigen, wenn sie nicht in der jetzigen Krise vollständig kapitulieren

und damit nicht nur ihre Position am Balkan, sondern im Konzert der Mächte überhaupt verlieren will.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Auf dieses Schreiben erhielt ich um 1 Uhr nachts zum 1. April das folgende von Graf Berchtold:

„Wien, 31. März 1913.

Euer Exzellenz!

So bedauerlich die Nachricht des Militärattachés ist, so ist es doch nicht möglich, momentan etwas zu verfügen, was die Situation retten könnte. Die Verhängung der Blockade würde uns nur von den anderen Mächten trennen, von denen uns eben England in Aussicht stellt, Kreuzer in die montenegrinischen Gewässer zu senden, falls zwei oder drei andere Mächte dasselbe tun. Wir setzen uns mit Deutschland und Italien diesfalls in Verbindung. Was das Verhalten der Serben und Montenegriner gegen die Albanesen in Skutari anbelangt, hat bereits Giesl die montenegrinische Regierung für die etwaigen Konsequenzen desselben verantwortlich gemacht, und werden wir gegebenenfalls dies auch mit allem Nachdruck tun, wenn einmal die internationale Lage geklärt ist.

Mit bestem Gruß etc.

Berchtold."

Wenn ich in allem Vorstehenden meine gegensätzlichen Anschauungen gegenüber der zögernden Politik hervorgehoben habe, so liegt mir eine Kritik des Ministers des Äußern völlig fern, denn ich habe durchaus nicht alle Hemmnisse gekannt, die sich ihm entgegenstellten. Eine Differenz der damaligen Anschauungen dürfte auch darin gelegen sein, daß ich das Wesentliche nicht in der Durchsetzung des albanesischen Staates, sondern in der entscheidenden Lösung der serbischen Frage sah, in der ich, wird diese Lösung aufgeschoben, den unvermeidlichen Keim der schwersten Verwicklungen für Östereich-Ungarn erblickte.

Albanien. Mit der albanesischen Frage befaßte sich auch weiter die Londoner Konferenz, in deren Bann Österreich-Ungarn geblieben war. Ein Bericht des Militärattachés in London vom 14. März führt an:

„Nachdem am 6. d. M. bei der Botschafter-Reunion die Besprechung der künftigen Grenzen Albaniens wieder aufgenommen und dabei konstatiert wurde, daß scharfe Divergenzen nur bezüglich Djakovo bestehen, hat Sir Edward Grey seinen bekannten Vorschlag gemacht, wonach Serbien und Montenegro zu notifizieren wäre, daß die Grenzen

des künftigen Albaniens von den Großmächten bestimmt werden und daß bezüglich Skutaris beschlossen wurde, es müsse auf jeden Fall zu Albanien gehören, indes bezüglich Djakovo eine Entscheidung vorbehalten worden ist. Demnach sei ein weiterer Kampf um Skutari ein nutzloses Blutvergießen, und jene Territorien, die das künftige Albanien bilden werden, wären schon jetzt zu evakuieren.

Während alle Mächte diesem Vorschlag bereitwilligst zugestimmt haben, ließ die Antwort Rußlands bis auf den gestrigen Tag auf sich warten. Endlich erhielt Graf Benckendorff die erwartete Weisung, nach welcher Rußland bereit ist, den Vorstellungen der Mächte in Belgrad und Sofia sich anzuschließen, wenn Österreich-Ungarn seinen Standpunkt bezüglich Djakovos aufgibt und zustimmt, daß diese Stadt Serbien zuerkannt werde. Unser Botschafter bat hierauf von Wien dringend um Weisung, da er der Ansicht ist, daß, wenn wir überhaupt geneigt sind, bezüglich Djakovos nachzugeben, dies sofort geschehen müsse, umsomehr, als er den Eindruck hat, daß Rußland in diesem Punkte nicht nachgeben wird. Auffallend ist es jedenfalls, daß Rußland so warm dafür eintritt, daß dieser Ort an Serbien und nicht, wie man erwarten würde, an Montenegro falle. Abgesehen davon, daß Rußland mit allen Mitteln bestrebt ist, ein starkes Serbien zu schaffen, scheint diese Aktion auch in irgend einem Zusammenhange mit der Gebietsverteilung zwischen Serbien und Bulgarien, wahrscheinlich wegen der Zukunft Monastirs, zu stehen.

Bevor noch die Antwort Rußlands eingetroffen ist, hat Sir Edward Grey am 10. d. M. einen Schritt für sich getan, indem er die hier anwesenden Repräsentanten Serbiens und Montenegros zu sich beschied und ihnen mitteilte, daß, was immer auch geschehen mag, die Mächte fest entschlossen wären, daß Skutari zu Albanien gehören müsse, daher jeder Kampf um diesen Ort nutzlos sei und eingestellt werden sollte. Auf den Einwurf, daß es im Sinne der Weiterführung der Operationen sei, wenn die Angriffe auf Skutari fortgesetzt werden, bemerkte Sir Edward Grey, daß dies nicht mehr ein Kampf gegen die Türkei, sondern gegen Albanien sei und daß es geradezu ein »V e r b r e c h e n« wäre, wenn wegen der Einnahme Skutaris — angesichts des Beschlusses der Großmächte — weiter Blut vergossen wird."

Serbien und Montenegro ließen sich aber nicht abhalten, dieses „V e r b r e c h e n" zu begehen. Die Großmächte nahmen diesen Affront hin, jene der Entente, weil sie mit ihren Sympathien schließlich doch auf Seite Serbiens und Montenegros standen, in denen sie die künftigen Alliierten gegen Österreich-Ungarn und Deutschland schonten; diese beiden aber, weil sie auch weiter im Schlepptau ihrer Feinde blieben.

Die Skutari-Frage betreffend waren am 10. März zwei vom 7. März datierte Berichte des Militärattachés in Cetinje eingelangt; es hieß darinnen:

„Rußland hat in der letzten Woche sowohl in Cetinje als auch in Belgrad die offizielle Erklärung abgeben lassen, daß Skutari nicht an Montenegro fallen werde und hat insbesondere der montenegrinischen Regierung (nicht dem König!) nahegelegt, daß weitere Opfer an Menschenleben und an Volkskraft zwecklos seien, somit eine schwere Verantwortung auf die Regierung laden würden.

Allem Anscheine nach hat diese Erklärung nur in Belgrad den beabsichtigten Eindruck hervorgerufen, nicht aber in Cetinje, wo man starrsinnig an der Überzeugung festhält, daß die offizielle Stimme aus Petersburg von jener des allslawischen Rußland gewaltig übertönt werden wird, daß also das letzte Wort in der Skutari-Frage noch lange nicht gesprochen sei.

Mittwoch den 5. März überreichten die Gesandten, bezw. Geschäftsträger der Großmächte der hiesigen Regierung eine Kollektivnote mit der Anfrage, ob Montenegro eine Vermittlung in der Friedensfrage annehmen wolle.

Dieser Note fügte der englische Gesandte noch die mündliche Erklärung bei, er sei von seiner Regierung beauftragt, nur eine d e z i d i e r t e, auf »Ja« oder »Nein« lautende Antwort anzunehmen, worauf der russische Vertreter die gleiche Erklärung abgab, während der ö.-u. und der italienische Vertreter zu verstehen gaben, daß die Weisungen ihrer Regierungen zwar nicht in solch kategorischer Form gehalten seien, jedoch ebenfalls den lebhaften Wunsch nach klarer unzweideutiger Antwort erkennen lassen.

Ein vorläufiger Erfolg dieser schärferen Tonart kann darin erblickt werden, daß die montenegrinische Regierung ihre bereits vorbereitet gewesene Antwort auf die Kollektivnote zurückzog und sich Bedenkzeit zwecks Beratung mit den verbündeten Mächten erbat.

Die hiesigen Gesandten der letzteren — einschließlich des bulgarischen — glauben, daß ihre Regierungen die angebotene Friedensvermittlung annehmen werden. Montenegro hingegen (die Entscheidung ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt) will auch fernerhin auf dem Standpunkt beharren, daß ihm Skutari unbedingt zufallen m ü s s e, es will also den Kampf unbekümmert um die Friedensvermittlungen fortsetzen und propagiert somit nach wie vor die Devise: »Skutari oder Vernichtung«!

Ob dieser, äußerlich nur durch die Verzweiflungsstimmung erklärliche Eigensinn und die geplante Pose des politischen Märtyrers von Erfolg

begleitet sein werden, hängt von der Haltung Rußlands ab, teilweise auch von der serbischen Waffenbrüderschaft und vielleicht auch von der Unterstützung, die Montenegro in letzter Stunde von — Deutschland zu erhoffen scheint."

Dann:

„König Nikolaus hat jüngst im Ministerrate erklärt, daß derzeit nur der hiesige deutsche Gesandte ein wirklicher Freund Montenegros sei, aufrichtiger und verläßlicher als alle Vertreter der Tripleentente.

Diese Äußerung des Königs ist allgemein bekannt und wird auch von Herrn von Eckardt*) zugegeben, mit dem Bemerken, daß sie auf seine Verwendung in Berlin zu Gunsten Montenegros zurückzuführen sei.

Sehr bezeichnend war auch die Haltung des genannten Gesandten anläßlich der gemeinsamen Demarche der Vertreter aller Großmächte, betreffend die Frage der Friedensvermittlung.

Zur verabredeten Stunde (10 Uhr vormittags) waren alle Vertreter bis auf Herrn von Eckardt im Regierungsgebäude versammelt, um die Kollektivnote zu überreichen. Als um genannten Herrn geschickt wurde, ließ er sagen: seine Anwesenheit sei nicht notwendig, man möge die Demarche auch ohne ihn tun, er werde später kommen und in die Note Einsicht nehmen!

Da aber die übrigen Vertreter diesen Vorschlag nicht annahmen, verschob man die Demarche auf 11 Uhr und ließ den deutschen Gesandten verständigen, daß man um diese Stunde unbedingt auf seine Gegenwart rechne.

Somit mußte Herr von Eckardt doch kommen, doch brachte er seine Parteinahme für Montenegro recht augenfällig zum Ausdruck, indem er abseits auf einem Fauteuil Platz nahm und tat, als stünde er völlig außerhalb der Demarche, die doch auch ihm aufgetragen worden war.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Kommentare und Hoffnungen hier an dieses Verhalten des deutschen Gesandten geknüpft werden, man darf sich aber anderseits auch nicht wundern, wenn man in Montenegro an die Festigkeit der Dreibundpolitik nicht glauben will und aus dieser anscheinenden Uneinigkeit Nutzen zu ziehen hofft."

So stand Montenegro den Forderungen nach Verzichtleistung auf Gebiete, die den Albanesen zugedacht waren, schroff gegenüber. Wie man in Serbien darüber dachte, beleuchtet nachstehender Bericht des dortigen Militärattachés vom 12. März 1913:

---

*) Deutscher Gesandter in Cetinje.

„Geh. Nr. 103.
K. u. k. Militärattaché in Belgrad.
Res. Nr. 102.

Politische Ansichten aus Niš.

Der Gerent des Nišer Vizekonsulates legte der k. u. k. Gesandtschaft folgenden Bericht vor:

Dem Chef des serbischen Generalstabes wird in hiesigen politischen Kreisen die Äußerung zugeschrieben, die serbische Armee werde nicht einmal eine Hütte, vor der ein serbischer Posten steht, herausgeben, geschweige denn ein von ihr besetztes Gebiet. Wer ein solches haben will, der soll versuchen, es zu holen!

Ob nun diese Äußerung tatsächlich gefallen ist, jedenfalls wird sie gern geglaubt und völlig ernst genommen, womit auch die hier herrschende öffentliche Meinung gekennzeichnet ist. Man ist sich darin einig, daß Serbien das behalten müsse, was es derzeit inne hat. Diesem Standpunkte entspringt auch die täglich zunehmende Erregung gegen Bulgarien, gegen welches in einer Art und Weise geeifert wird, wie man sie bisher nur gegen die Monarchie anwenden zu müssen glaubte. Trotzdem die chauvinistische Leidenschaftlichkeit momentan von der Monarchie abgelenkt erscheint, kann man nicht behaupten, daß gegen letzteren Staat eine freundlichere Gesinnung eingetreten wäre. Dies höchstens insofern, als man ihn offensichtlich lange nicht mehr so fürchtet, als dies früher trotz aller Großsprecherei der Fall war. Man glaubt, daß die Monarchie gegenüber der festen Haltung Rußlands, das allen Beeinflussungen widersteht, ohnmächtig ist und durch seine Drohungen, die es weder ausführen will noch kann, nicht die Erfolge erzielen wird, wie vor vier Jahren.

Diese Geringschätzung der Macht Österreich-Ungarns äußert sich hier beispielsweise auch in der Beurteilung der als offiziös geltenden Presse der Monarchie, deren Kundgebungen früher bei politischen Kreisen großen Eindruck ausübten, während sie jetzt nur Spott und Gelächter hervorrufen.

Das Vertrauen auf Rußland ist größer als je — die Teilnahme an der Romanow-Feier zeigte dies in eklatanter Weise — und niemand zweifelt daran, daß Serbien sich auf dieses bis zum letzten vollkommen verlassen kann.

Es finden daher in politischen Kreisen diejenigen widerspruchslos Glauben, die zu erzählen wissen, Rußland habe der serbischen Regierung angeraten, auf alle nur mögliche Weise darauf selbst einzuwirken, daß die Albanesen mit den Waffen

demonstrieren, denn dadurch fände Serbien Gelegenheit, die Albanesen auszurotten — ohne Volk aber kein Staat. Pašić müßte dann abtreten, und nichts könnte die neue Regierung hindern, die seinerzeit von Serbien betreffs Albanien gegebene Erklärung zu widerrufen.

Jedenfalls wären die in militärischen Kreisen in letzter Zeit wieder öfters gefallenen Äußerungen, daß die Frage des serbischen territorialen Hafens an der Adria noch lange nicht endgültig gelöst sei, der Beachtung wert. Man behauptet auch, die jetzige Entsendung starker Streitkräfte an die Adria habe auch den Zweck, die militärische Position Serbiens gegen alle Eventualitäten zu schützen.

Der Verfasser obigen Berichtes unterhält zur Nišer Bevölkerung enge Fühlung und ist über die dortige Stimmung stets gut informiert.

Belgrad, am 12. März 1913.

Gellinek, Major."

Als Prätendent für den albanesischen Thron trat damals auch der Herzog von Montpensier*) auf, dessen albanesisch gedruckte Biographie im Lande verteilt wurde und einem Putsch des Herzogs den Boden ebnen sollte. Nach einer glaubwürdigen Information wollte der Herzog von Brindisi aus — auf einer französischen Privatjacht die griechische Blockade durchbrechend — Valona erreichen und sich dort zum Fürsten von Albanien proklamieren lassen. Kemals Sohn sollte ihn begleiten, die Jacht auch Waffen und Munition nach Albanien bringen.

Nach einer meinerseits am 6. März beim Minister des Äußern eingeholten Information wäre diese Kandidatur sowohl Österreich-Ungarn als Italien unwillkommen gewesen. Am 11. März besuchte mich Feik Bey, Präsident des albanesischen Komitees. Er schob den Fall Janinas dem Verrat Ismael Kemals zu und sagte, um die anständigen Elemente Albaniens zu schützen, sei eine bewaffnete Macht notwendig. Er bezeichnete die Zahl der erforderlichen Waffen und der Ausrüstung und schlug vor, sie unter türkischer Flagge an die Küste zwischen Durazzo und San Giovanni di Medua zu bringen. Dies würde die Möglichkeit bieten, einen Kern für die Insurrektion zu schaffen, die anständigen Leute zu schützen und eine konsolidierte Regierung zu bilden. Er fügte bei, daß sich Serbien äußerst aggressiv benehme, die Serben aber viele Verluste durch Krankheiten hätten.

---

*) Ferdinand Franz Bourbon Orléans-Montpensier.

Indessen tagte in Triest der albanesische Kongreß unter dem Präsidium Hil Mossis, während als Aufmerksamkeit gegen die Italo-Albanesen der greise Franz Castriota Skanderbeg rein nominell zum Ehrenpräsidenten gewählt worden war.

Den Gegenstand der Beratungen bildeten: Sympathiekundgebungen für Österreich-Ungarn und Italien, Gestaltung des künftigen Albanien, Gebietsforderungen für dieses, Freundschaftsäußerungen für Bulgarien, Widerstand gegen Serbien und Montenegro, Aufruf zur Vertretung der albanesischen Rechte mit Waffen, Verwahrung gegen die Greueltaten der Serben und Griechen, Angliederung der Kutzo-Wallachen an Albanien, endlich eine Ovation für Kaiser Wilhelm II.

Die Hoffnung des beim Kongreß anwesenden Fürsten Ghika, daß der Herzog von Montpensier auf dem Kongreß zum Fürsten von Albanien ausgerufen werde, erfüllte sich nicht. Trotzdem sandte Ghika am 5. März um 11 Uhr nachts folgende Telegramme ab:

„Docteur Gérente Yacht Mékong port Naples: Congrès voté acclamations enthousiastes choix souverain prince chrétien maison royal occidentale. Partirai Mercredi Naples. Prince Ghika"; ferner ein zweites an dieselbe Adresse mit Viodat unterfertigt: „Ai expédié lettre recommandée. Partirai Mercredi soir Naples. Tout bien mais décision sérieuse doit être prise. Jusqu'à quand restez Naples."

Aus naheliegenden Gründen war der katholische Klerus und daher auch der Vatikan an der Gründung Albaniens interessiert. Insbesondere haben die Franziskaner in patriotischer Weise für diese Idee gewirkt und die Interessen Österreich-Ungarns vertreten.

Vorgänge bei Skutari. Entgegen der Einsprache der Diplomatie griffen Serben und Montenegriner in der Zeit vom 7. bis 9. März Skutari an. Da der Angriff mißglückte, fehlte es indessen nicht an Mißhelligkeiten zwischen den Alliierten. Der serbische Kommandant Oberst Damian Popović behauptete, von den Montenegrinern in Stich gelassen worden zu sein und dies mit dem Verlust von 2500 Mann bezahlt zu haben. Seiner infolgedessen gestellten Bitte um Enthebung wurde nicht willfahrt, ihm jedoch der Auftrag erteilt, in Hinkunft selbständig zu operieren. Es wurden ihm 24 Belagerungsgeschütze zugesagt, die bereits von Salonik nach San Giovanni unterwegs waren. Auch soll (?) nach gut informierter Quelle die italienische Regierung den Montenegrinern nach dem mißglückten Angriff schwere Geschütze und Munition mittelst des Spitalschiffes „Regina Margherita" zugeführt haben. Nach Deserteur-aussagen wäre die Niederlage der Montenegriner eine empfindliche gewesen, deren Gefechtsstand auf 19.000 Mann herabgesunken. Gerüchte behaupteten, daß König Nikita anläßlich dessen das Oberkommando

niederlegen wolle. Berichte vom 4. März hatten angegeben, daß Skutari mit Lebensmitteln und Munition versehen, eine gewaltsame Wegnahme durch die Montenegriner ausgeschlossen sei. Der Platz wäre gegen die Malessia und Mirdita hin offen, der Aufstand der Nordalbanesen im vollen Zuge.

Seit der rätselhaften Ermordung des loyalen und tüchtigen Riza Bey leitete Essad Pascha die Verteidigung Skutaris. Über diesen Mord sagt ein Bericht vom 4. März: „Einem Privatbrief vom 3. Feber 1913 zufolge ist der Kommandant von Skutari Hassan Riza Bey tatsächlich am 30. Jänner um 1½ Uhr nachts türkischer Zeit*), als er von einem Besuche bei Essad Pascha unbegleitet nachhause ging, von drei Individuen überfallen und durch zwei Schüsse niedergestreckt worden. Nach sieben Stunden ist er den erlittenen Verletzungen erlegen. Vor seinem Tode legte Riza Bey dem Essad Pascha und anderen Offizieren ans Herz, die Stadt Skutari auf keinen Fall dem Feinde zu übergeben. Den Tätern gelang es, zu entkommen, doch wird allgemein angenommen, daß dieselben von Montenegro gedungen waren."

Solche Einzelheiten wollen gekannt sein, um die Mentalität der Balkanvölker richtig zu bewerten.

R u m ä n i e n. Die Schlichtung des rumänisch-bulgarischen Konfliktes wurde der Entscheidung der Großmächte anheimgegeben. Ein Bericht des Militärattachés in Bukarest vom 28. Feber 1913 (eingelangt am 3. März) sagt:

„Die äußere Politik hat mit der Annahme der Mediation der Großmächte seitens Bulgariens und Rumäniens einen Ruhepunkt erreicht, doch betrachtet man die Sache hier nur dann für erledigt, wenn tatsächlich Silistria als Gewinn der ganzen Kampagne hervorgeht. Auf dieses Endresultat muß unser Bestreben unentwegt mit eiserner Konsequenz gerichtet sein, da uns j e d e s andere als »Verrat« am treuen Bundesgenossen ausgelegt würde.

Die kriegerischen Minister Filipescu und Marghiloman haben sich mit dem ausdrücklichen Vorbehalt dem Beschlusse des Kabinetts bezüglich der Vermittlung der Großmächte gebeugt, daß sie deren Entscheidung nur akzeptieren, wenn Silistria abgetreten wird. Filipescu erklärte dabei, er werde im Gegenfalle sofort demissionieren und die Straße mobil machen, um die Regierung durch das Volk zu einer gewaltsamen Aktion zu zwingen. Er ist ganz der Mann, seine Drohung auszuführen.

Es bleibt nun abzuwarten, was die Verhandlungen der Großmächte ergeben werden. Das Minimum, mit dem man die öffentliche Meinung

*) 7 Uhr nachmittags.

Rumäniens zufriedenstellen könnte, wäre eine Grenzlinie, die an der Donau zirka 10 bis 15 Kilometer stromaufwärts von Silistria beginnen und, ganz gerade verlaufend, am Schwarzen Meere 10 bis 15 Kilometer südlich des gegenwärtigen Grenzabschlusses endigen würde. Dadurch wäre Silistria samt den dasselbe beherrschenden Höhen gewonnen und an der Küste die Grenze so weit nach Süden verlegt, als es die Sicherheit des künftig zu schaffenden Kriegshafens Mangalia unbedingt erfordert."

Als bemerkenswertes Symptom für die zu Rußland neigenden Tendenzen der Kronprinzessin fügt der Bericht bei:

„Als interessante Erscheinung hätte ich noch zu melden, daß der Kronprinz und Prinz Carol zur Romanow-Feier nach Rußland entsendet werden sollen, letzterer angeblich, weil er zur Familie gehöre. Man dürfte nicht fehlgehen, hinter dieser Absicht den Einfluß der Kronprinzessin zu suchen und als deren wahren Beweggrund eine Brautschau zu vermuten."

Dieses Projekt ist in der Folge auch tatsächlich zur Durchführung gelangt.

Einem Brief des Militärattachés vom 8. März entnehme ich:

„Der schleppende Fortgang der Vorbereitungen zur Mediationsaktion in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage — man ist bis heute noch nicht einmal übereingekommen, wo die Verhandlungen stattfinden sollen — macht es möglich, daß der Friede zwischen der Türkei und den Balkanstaaten abgeschlossen wird, ehe sie überhaupt einsetzt. Angesichts dessen hat die rumänische Regierung den Beschluß gefaßt, bei Eintritt dieser Eventualität die Armee zu mobilisieren, um den Bulgaren gegenüber nicht in die Hinterhand gedrängt zu werden, und hat diese Absicht den Gesandten der Großmächte mitgeteilt. Man ging bei der Resolution von der Erwägung aus, die durch den Frieden frei werdende bulgarische Operationsarmee könne, im Falle Rumänien die Entscheidung der Großmächte nicht annehme, sofort gegen die Dobrudžagrenze dirigiert werden, man müsse daher in der Lage sein, ungesäumt gleiches zu tun."

Dementgegen soll nach einem Berichte des Militärattachés in London Herr Maiorescu erklärt haben, Rumänien würde sich den Beschlüssen der Mächte fügen.

Mit Rücksicht auf die für Österreich-Ungarn so wichtige Rolle Rumäniens als Bundesgenosse gegen Rußland, berührte mich jedes Ablenken Rumäniens in andere Richtung empfindlich. Es war mir daher folgende Stelle des Attachéberichtes vom 22. März sehr wertvoll:

„Vor einigen Tagen hatte ich ein interessantes politisches Gespräch mit dem Minister Filipescu, in dem er mir seine Pläne für die Zukunft Rumäniens entwickelte. Filipescu, mit dem ich mich angefreundet habe,

bekannte sich offen als enragierter Anhänger eines Großösterreich in der Aurel Popovićischen Form*), in das Rumänien als Bundesstaat — so etwa wie Bayern — einzutreten hätte. Unter der Regierung König Carols sei dies zwar ausgeschlossen, doch könne es unter seinem Nachfolger vielleicht durchgeführt werden, wenn man es verstünde, den Prinzen Carol für die Idee zu gewinnen. Der Prinz sei in seinem ganzen Denken und Fühlen Rumäne und schon jetzt beseelt von der Einigung der rumänischen Rasse; diese sei aber nur möglich, wenn das Königreich mit Österreich-Ungarn ein Ganzes bilde, denn auf dem Wege irredentistischer Politik sei nichts zu erreichen."

Diese Mitteilungen waren mir auch noch deshalb von Interesse, weil sie sich mit Anschauungen deckten, die ich schon früher, auch an maßgebender Stelle, geltend gemacht hatte, allerdings darauf gefaßt, daß sie in Ungarn den größten Widerstand finden würden.

Als Symptom, daß auch die maßgebenden rumänischen militärischen Kreise damals noch an dem Bundesverhältnis mit Österreich-Ungarn festhielten, faßte ich es auf, daß General Averescu die Einladung des rumänischen Souschefs des Generalstabes Oberst Cristescu zu unseren großen Übungen anregte.

Um so störender kam mir folgender Zwischenfall, der offenbar nur auf mißverständliche Anordnungen unterer Organe zurückzuführen war. Rumänien hatte von Österreich-Ungarn eine Lieferung von Mannlichergewehren erbeten; diesem Wunsche wurde auch sofort entsprochen. Unter diesen Gewehren soll sich nun auch eine Anzahl minder brauchbarer befunden haben, was zu einem peinlichen Notenwechsel führte, den ich durch mein Verlangen, die beanständeten Waffen unserseits sofort umzutauschen, beseitigte.

B u l g a r i e n. In Bulgarien standen sich die russophile und die austrophile Partei gegenüber; der bulgarische Ministerpräsident Gešow gehörte der russophilen an. Welche Bedeutung Bulgarien als etwaiger Gegner Serbiens für die Monarchie hatte, lag auf der Hand, daher auch, wie wertvoll für letztere ein Zusammengehen mit Bulgarien war. Es durfte jedoch nie auf Kosten der Allianz mit Rumänien geschehen, als dem weit wichtigeren Bundesgenossen im etwaigen Kriege gegen Rußland. Ein Bericht vom 11. März des Militärattachés in Rom, der dort Beziehungen zu bulgarischen Persönlichkeiten pflegte, erwähnt:

---

*) Diese bestand in der Gliederung Österreich-Ungarns nach nationalen Provinzen unter Auflassung der aus der historischen Entwicklung hervorgegangenen Ländereinteilung.

„In weiterer Verfolgung meines letzten Briefes melde ich, daß die austrophile Partei in Bulgarien es gern sehen würde, wenn Österreich-Ungarn mit einem direkten Bündnisvorschlag an die Regierung herantreten würde. Dies würde — so sagte man mir — den Anlaß geben zu verschiedenartigen Erörterungen, die es der austrophilen Partei erlauben würden, sich zu sammeln und, gestützt auf unseren Vorschlag, die jetzige russenfreundliche Regierung anzugreifen und eventuell zu stürzen. Der General Sawow, obzwar in Rußland erzogen, und vielleicht gerade deswegen, ist und war immer ein großer Anhänger der austrophilen Richtung."

Nach einem Bericht vom selben Datum (11. März) des Militärattachés in Sofia hatte Österreich-Ungarn auf die Frage, ob im Falle eines Krieges der Monarchie gegen Serbien auf die Neutralität Bulgariens zu rechnen sei, wenn Österreich-Ungarn Bulgariens Ansprüche auf Salonik unterstützen würde, seitens Gešows keine Antwort erhalten. Der Bericht bemerkt:

„Gešows Verhalten richtet sich derzeit nach der momentanen militärisch-politischen Situation Bulgariens; ist diese ungünstig, so findet er nicht genug Worte, um die Dankbarkeit Bulgariens für alle Wohltaten der Monarchie zum Ausdrucke zu bringen, ist hingegen die Situation eine gute, oder macht es den Eindruck, daß eine oder die andere Frage einer günstigen Lösung zugeführt werden könnte, so ist der Ministerpräsident vollkommen zugeknöpft und unaufrichtig und zweifelt sogar an dem Wohlwollen der Monarchie."

Nichtsdestoweniger soll Bulgarien in der Folge um diese Unterstützung bittlich geworden sein, angeblich, weil sich Griechenland im gleichen Sinne in Wien beworben habe.

Im Ostbalkan stand der Kampf um Adrianopel an erster Stelle; daneben hatten sich die Vorgänge an der Čataldža-Linie und gegen Gallipoli (Bulair) vollzogen.

Ein Brief des bulgarischen Obersten Jostow aus Čerkeskiö vom 27. Feber an einen ö.-u. Kameraden charakterisiert diese Vorgänge wie folgt:

„Als ich von London hier ankam, traf ich die dritte Armee etwas zurückgenommen, was noch während des Waffenstillstandes geschehen ist. Das haben die Türken ausgenützt und Nachrichten über Erfolge in der Welt verbreitet. Es soll ihnen gegönnt werden, umsomehr, als sie nirgends irgendwelche erringen konnten. Das Terrain um Čataldža ist so sumpfig und kotig, daß dort vorläufig jede Wagenbewegung ausgeschlossen ist und die Verpflegung der Truppen stark gefährdet wäre. Es ist dort nur unsere Arrièregarde, welche die Kämpfe führt und jedes

Meter den Türken abstreitet, so daß die letzteren nicht einmal von der Schußweite ihrer großkalibrigen Geschütze hinaus sich hervortun konnten. Dabei haben sie große Verluste erlitten. Auf den anderen Fronten sind unsere Truppen siegreich vorgegangen, wobei die Schlacht vor Bulair sehr hartnäckig und blutig geführt wurde. Die Türken haben über 6000 Tote am Schlachtfelde zurückgelassen. Alle ihre Assaut-Versuche wurden zurückgeschlagen. Enver Bey selbst, welcher die Assaut-Truppen bei Sharkey geführt hatte, ist nur mit Mühe auf einem Kreuzer geflüchtet. Wir sind überzeugt, daß wir auch den Offensivgeist der neuen türkischen Armee gebrochen haben und daß sie nicht imstande ist, irgendwo Terrain zu gewinnen. Bezeichnend ist die Tatsache, daß Fälle vorgekommen sind, wo die Türken ihre Truppen sich betrinken ließen, bevor sie sie in die Attacke schickten! . . . . . .

Um der Wahrheit treu zu bleiben, muß ich beifügen, daß alle neuen Kämpfe ausschließlich durch die bulgarischen Truppen geführt wurden. Es ist kein einziger serbischer oder griechischer Soldat hier vorhanden; die griechische Flotte hat auch kein Leben gezeigt; es haben keine griechischen Assauts auf der Halbinsel Gallipoli, wie auch in Kleinasien stattgefunden, was einige Zeitungen zu verbreiten versuchten."

Türkei. Wie man türkischerseits noch Ende Feber die Lage in Adrianopel beurteilen mochte, erhellt aus nachfolgender Stelle eines Attachéberichtes aus London vom 28. Feber:

„Von größter Bedeutung von den hiesigen Vorkommnissen ist die gestern an Sir E. Grey gelangte Proposition der Türkei, in welcher sie endlich nach fruchtlosen Versuchen, um günstigere Bedingungen für den Frieden zu erlangen, als die seinerzeitige Demarchenote der Großmächte in Vorschlag gebracht hat, sich nunmehr bereit erklärt, Adrianopel gegen freien Abzug der Garnison mit allen Kriegsehren preiszugeben. Daran knüpfen sich aber folgende Bedingungen: Die künftige Grenze laufe vom Kap San Stefano am Schwarzen Meere derart zur Maritza und entlang derselben, daß India, Lüle-Burgas und Eski-Baba noch türkisch bleiben. Sultangräber und Moscheen in Adrianopel bleiben exterritorial. Die Festungswerke von Adrianopel und Kirk-Kilisse sind zu schleifen. Kriegsentschädigung wird nicht gezahlt, der aliquote Teil der osmanischen »Dette publique« wird aber von den Balkanstaaten übernommen. Das von der abziehenden Garnison in Adrianopel hinterlassene Kriegsmaterial bleibt weiter türkisches Eigentum."

Ehe dieser Schritt der Pforte Folgen zeitigte, erstürmten Bulgaren und Serben am 26. März Adrianopel, wo 52.000 Türken mit 620 Geschützen in ihre Hände fielen.

Der Fall von Adrianopel hatte in der Türkei die schwersten Besorgnisse ausgelöst. Man befürchtete einen Angriff auf Konstantinopel, dem zu widerstehen man sich nicht gewachsen hielt; Rettung erwartete man von dem Eingreifen der Großmächte. Ein Bericht des Militärattachés in Konstantinopel vom 29. März führt hinsichtlich dieses Eingreifens an:

„Sehr charakteristisch ist diesbezüglich folgender Vorfall, der sich gestern vormittags ereignete. Nachdem nun auch der französische Botschafter seine Instruktionen für die bei der Pforte zu unternehmende Demarche bezüglich des Friedensschlusses erhalten hatte, lud Markgraf Pallavicini als Doyen seine Kollegen zu sich ein, um mit denselben die Details der für gestern nachmittags projektierten Ausführung des Schrittes zu besprechen. Während der Unterredung erhielt Herr von Giers einen Brief aus seiner Botschaft und erklärte darauf, noch vor der Demarche neue Instruktionen seiner Regierung einholen zu müssen. Über die Ursache befragt, sagte der russische Botschafter, daß in seiner Instruktion die neue Grenze durch die Linie Enos—Midia und nicht wie in den Instruktionen aller übrigen Botschafter durch jene Enos, Marica, Ergene, Midia bezeichnet ist. Er müsse deshalb diese Differenz jedenfalls vorher aufklären. Wie mir Markgraf Pallavicini sagte, waren der deutsche und der englische Botschafter über diese neue Verzögerung sehr aufgebracht."

Das Feilschen um diese Grenzlinie bildete in nächster Zeit den Gegenstand endloser Verhandlungen.

Das durch den Fall von Adrianopel erneuerte Freiwerden serbischer und bulgarischer Kräfte verschärfte die Lage auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, Montenegro, sowie hinsichtlich des rumänisch-bulgarischen Konfliktes.

Aber schon tauchten die ersten Symptome einer Kontroverse Bulgariens mit seinen bisherigen Bundesgenossen Serbien und Griechenland auf und damit die Hoffnung, daß sich Österreich-Ungarn Gelegenheit bieten würde, in den Balkankonflikt eingreifend, die so vitale serbische Frage zu lösen.

Schon in seinem Bericht vom 8. März erwähnte der Militärattaché in Bukarest, nachdem er über die Möglichkeit eines gewaltsamen Vorgehens Rumäniens gegen Bulgarien gesprochen hatte:

„Ich habe den Eindruck, daß es dazu nicht kommen wird und zwar deshalb, weil Bulgariens Schwierigkeiten mit seinen Bundesgenossen von Tag zu Tag steigen. Der bulgarische Militärattaché hat mir diesbezüglich heute lebhaft geklagt. Serbien sei von einer Präpotenz, die nur durch eine Niederwerfung dauernd zu beseitigen sei. Es verlange Monastir, obwohl nach dem Bundesvertrage ganz Mazedonien bis zum Ochridasee an Bulgarien zu fallen hätte, wolle vorläufig von einer Räumung des

besetzten Gebietes nichts hören und werde deshalb möglicherweise durch Gewalt dazu gezwungen werden müssen.

Auch Griechenland habe sich in Salonik schon häuslich eingerichtet, obzwar in dem vor dem Kriege abgeschlossenen Abkommen ausdrücklich erwähnt sei, über die Zugehörigkeit des Hafens werde erst nach dem Feldzuge im Verhandlungswege entschieden werden.

Diese Hinterhältigkeit der Alliierten verstimme in Sofia ungemein und um so stärker, als Bulgarien infolge der schweren Opfer an Gut und Blut momentan außerstande sei, seine Rechte mit entsprechendem Nachdruck zu verteidigen. Für die Zukunft sei dessen einzig richtige Politik ein Bündnis mit Rumänien und in Konsequenz dessen der Anschluß an den Dreibund; mit Serbien sei auf die Dauer absolut nicht zu rechnen.

Die Ausführungen des Majors Kissow haben mir die Impression vollständiger Aufrichtigkeit gemacht und scheinen die gegenwärtige herrschende Stimmung der bulgarischen Regierung wiederzugeben, weshalb ich ihn in merito lebhaft bestärkte, beifügend, daß Österreich-Ungarn die Entwicklung Bulgariens mit großer Sympathie verfolge und ihm alles Gute wünsche; stehe es an der Seite Rumäniens und an unserer, so sei es vor serbischen Übergriffen stets sicher, im Gegenfalle jedoch niemals.

Aus diesem Gespräche glaube ich den Rückschluß auf die rumänische Kompensationsfrage ziehen zu dürfen, daß Bulgarien sich gegen eine leichte Amputation nicht stemmen wird, nur müßten die Botschafter wirklich ans Werk gehen, ehe sich die Gemüter durch die Mobilisierung der rumänischen Armee erhitzen."

Ein Bericht aus Bukarest vom 23. März ergänzt das Obige dahin:

„Die in meinem geheimen Bericht Res. Nr. 58 gemeldeten Beschwerden des hiesigen bulgarischen Militärattachés über die Arroganz der Serben und Griechen finden ihr Gegenstück in den Klagen des serbischen Gesandten über die Habsucht Bulgariens, welche dieser kürzlich Herrn Maiorescu gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, nicht ohne deutlich durchleuchten zu lassen, Rumäniens und Serbiens Interesse erfordern Zusammenschluß und gemeinsames Vorgehen. Die Sprache des Herrn Ristić soll keine Sondage mehr, sondern eine ganz deutliche Anbiederung gewesen sein, die jedoch hierseits vorläufig keine Ermutigung fand.

Man dürfte nicht fehlgehen, hinter dem Verhalten der Serben wieder die russische Regie zu vermuten. Bulgarien scheint den Russen, nach allem, was man hier hört und beobachtet, nicht bequem zu sein; in Rumänien ist es verhaßt, weil es in der Silistria-Frage unklug kleinlich handelt; die Serben fürchten es wegen der unausbleiblichen Auseinandersetzung über Monastir; also scheint der Moment für die russische Diplomatie gekommen, es zu isolieren und gleichzeitig damit uns durch

Abziehung Rumäniens einen Schlag zu versetzen. Der Plan wird hoffentlich in seiner Endabsicht mißlingen, aber eines davon dürfte bleiben: der serbisch-bulgarische Zwiespalt, also ein Zustand, der von uns eher zu begrüßen als zu fürchten ist.

Die vorerwähnte Vermutung bezüglich der russischen Intentionen bestätigen auch die jüngsten heftigen Auslassungen der russischen Presse gegen Bulgarien und dessen Grandomanie, sowie Nachrichten aus Cospoli, wonach Rußland an einer griechisch-türkisch-serbischen Verständigung arbeite."

Hinsichtlich Bulgariens enthält schon ein am 28. Feber eingelangter Brief des Militärattachés in Rom vom 24. Feber eine bemerkenswerte Stelle:

„Ich habe letzthin hier einen sehr interessanten Bulgaren begegnet, den Herrn Konstantin M. Georgiew; er ist politischer Schriftsteller und ein großer Anhänger der Allianz Bulgariens mit Österreich-Ungarn; er behauptet, daß die jetzt am Ruder stehende russophile Partei mit Danew an der Spitze unbedingt nach dem Kriege zu Fall kommen muß, da das Gros der Nation russischfeindlich gesinnt ist.

Der Zar Ferdinand muß, nach seiner Darstellung, der russophilen Partei jetzt Konzessionen machen, da er aber ein gescheiter Mann ist, tut er es nur, um jetzt, während des Feldzuges, Rußland nicht gegen sich zu haben; im Moment jedoch, wo das Kabinett Danew fallen würde und eine der inneren Volksstimmung entsprechende österreichische Regierung ans Ruder käme, wäre sein innerster Wunsch erfüllt.

Der Zar ist unbedingt für eine Allianz mit Österreich-Ungarn, hütet sich jedoch, dies irgendwie zu offenbaren, arbeitet aber im stillen immer dafür. Er wäre für eine stramme Regierung des Balkanbundes unter der Hegemonie Bulgariens im höchsten Grade eingenommen und sogar nicht abhold, nach vollendetem Kriege Serbien hiezu mit Gewalt zu zwingen. Sollte sich Serbien nicht willig den Wünschen Bulgariens ergeben, so soll es im Plane Ferdinands liegen, Österreich-Ungarn zu bewegen, eine Teilung Serbiens vorzunehmen.

Hinter Serbien stehe Rußland, und die Bulgaren fürchten, daß Rußland immer Serbien ausspielen würde, wenn das Prestige Bulgariens Rußland zu stark vorkäme.

Aus diesem Grunde gewinnt die österreichfreundliche Partei immer mehr Anhänger. — — — — — — — — — — — — — — — — —

Der Zufall hat es haben wollen, daß ich einen Tag nach diesem Gespräch eine Bestätigung der Ansichten Georgiews erhalten habe aus dem Munde der russischen Gräfin Kleinmichel.

Diese Politik treibende Dame habe ich auf das Thema Bulgarien gebracht, sie hat eine ganze Litanei von Anschuldigungen gegen den Zaren Ferdinand vom Stapel gelassen und behauptet, daß er sein Volk gar nicht verstehe, da er kein Slawe sei, Emanzipationsgedanken hege und gar kein Gefühl der Dankbarkeit für Rußland habe usw."

Ich habe diese Mitteilungen am 1. März an Graf Berchtold berichtet.

Italien. Derselbe Brief des Grafen Szeptycki vom 24. Feber enthält über Italien folgende, meinerseits gleichfalls an Graf Berchtold bekanntgegebene Stelle:

„Betreffs Italiens ist für mich die politische Richtschnur dieser kalt berechnenden Leute ganz klar. Sie haben den Dreibund mit zugemachten Augen angenommen*) und zwar erstens, weil sie sich militärisch momentan sehr schwach fühlen; von ihrem Friedenskontingent von 250.000 Mann haben sie 70.000 Mann in Libyen und würden, falls sie in der Cyrenaika aktiv vorgehen wollten, dortselbst bedeutend mehr brauchen.

Zweitens hoffen sie mit Hilfe Österreich-Ungarns die Inseln Rhodos, Stampalia und womöglich noch eine dritte zu erhalten.

Italien verspricht sich im Verlaufe der sechs Jahre, für welche Zeit der Dreibund abgeschlossen ist, militärisch und finanziell zu kräftigen, um dann eventuell gegen uns losschlagen zu können. Durch Erneuerung des Dreibundes hat Italien die volle Gewähr erhalten, in dieser Zeit der Schwäche mit uns keinen Krieg führen zu müssen.

Aus diesem Grunde können wir bei jeder Komplikation auf die Freundschaft Italiens rechnen. Ob diese Freundschaft aktiv oder nur passiv sein wird, ist schwer zu sagen, mein Gefühl sagt mir jedoch, daß man nur auf eine passive rechnen kann."

Ich habe in diesem Schreiben zu den Worten „Freundschaft Italiens" und „aktiv" ein Fragezeichen gemacht und vor das Wort „passive" das Wort „höchstens" mit Rotstift hinzugesetzt.

Diese auch mit sonstigen Beobachtungen übereinstimmenden Ausführungen ergaben gleichfalls, daß man mit Italien stets auch als Gegner rechnen müsse. Italien schien aber für die nächste Zeit in seiner militärischen Bereitschaft im Rückstande, so daß man für diese nächste Zeit nicht zu besorgen brauchte, von ihm im Rücken angefallen zu werden, wenn man nach anderer Richtung hin engagiert sein würde. Es entsprach

*) Der Dreibund wäre im Juni 1914 abgelaufen, er wurde am 7. Dezember 1912 erneuert.

daher auch der eigenen Politik, den damaligen Anbiederungsbemühungen Italiens entgegenzukommen, auch wenn man an deren Aufrichtigkeit nicht glaubte.

Rußland. Für alle seitens Österreich-Ungarns auf dem Balkan, wo seine wichtigsten Interessen in Frage standen, zu unternehmenden Schritte waren das Verhalten Rußlands und die Wahrscheinlichkeit, sowie das Maß der Gefahr, die von dieser Seite drohte, von ausschlaggebender Bedeutung. Damit mußte gerechnet werden. Sei es, daß man die so vitale serbische Frage initiativ lösen, sei es, daß man abwarten wollte, bis die Gegner an diese Lösung schreiten würden. Dieser Situation auszuweichen, war nicht möglich, sie war eben da! Man konnte sich nicht um sie herumdrücken. Rußland arbeitete noch an der Behebung mannigfacher militärischer Rückstände. Es hatte seine Ersätze noch nicht durchwegs ausgebildet, seine Reserve- und Reichswehr-Divisionen noch nicht völlig formiert, seine asiatischen Truppen standen noch im fernen Osten. Ob Rußland unter diesen Umständen es auf einen europäischen Krieg ankommen lassen, ob es hiefür die Zustimmung Englands und Frankreichs finden würde, war immerhin fraglich. Sicher war aber, daß es mit jedem kommenden Jahre vermögen würde, weit kriegsbereiter in die Aktion zu treten.

Sowohl Frankreich als England schienen ein Hinausschieben des unvermeidbaren europäischen Krieges vorzuziehen, und auch in Italiens Interesse war dies gelegen, da es bis dahin die durch den libyschen Krieg verursachten Mängel behoben zu haben hoffte.

Schon im Früheren wurde eine Äußerung des Prinzen Heinrich von Preußen angeführt, wonach England sich verpflichtet habe, im Konfliktsfalle an Seite Frankreichs und Rußlands einzugreifen. Es hatte also ein Interesse daran, daß dieser Krieg erst dann eintrete, wenn es ihm passen würde. Auch im deutschen Generalstab rechnete man mit dem Eingreifen Englands. Auffällig war mir daher, daß mich am 11. März Herr Dr. E. J. Dillon, ein bedeutender englischer Publizist, Chef des „Daily Telegraph", besuchte und mir Mitteilungen machte, die ich in nachfolgendem Schreiben an Graf Berchtold berichtete:

„Wien, 11. März 1913.

Euer Exzellenz!

Ich hatte eben den Besuch des Herrn Dr. E. J. Dillon und möchte E. E. zwei Mitteilungen machen, die mir symptomatisch erscheinen.

Erstens sagte mir Dillon, daß wenn es jetzt zum Kriege zwischen Deutschland, Österreich einerseits, Rußland, Frankreich anderseits kommen würde, England nicht mittun würde;

zweitens beteuerte er mir, daß England der Ansicht sei, daß Österreich-Ungarn bisher nur berechtigte Forderungen gestellt habe, bis auf das äußerste Maß der Nachgiebigkeit gegangen sei und insbesondere die serbische Aktion gegen Skutari, vor allem den Seetransport, nicht dulden könne. Er meinte, daß es an Österreich-Ungarn wäre — wenn die Mächte es nicht ohnehin tun — diese Aktion zu inhibieren.

Er teilte mir mit, daß er einen Artikel in diesem Sinne im »Daily Telegraph« veröffentlicht habe.

Dies alles deckt sich mit unseren Anschauungen, und da man jeden Moment besorgen muß, daß Skutari uns dieselbe Überraschung bereitet wie das durch den Verrat Ismail Kemals gefallene Janina, so erachte ich Gefahr im Verzuge.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Herr Dillon äußerte auch, daß die Kriegslust bei der Regierung in Paris sehr abgeflaut habe, das Publikum allerdings sehr aufgeregt und die Durchführung von Vorbereitungen im Zuge sei.

Er erkundigte sich über die Gesundheit des Thronfolgers. Meine Antwort lautete: „Ich habe ihn seit 10 bis 12 Tagen nicht gesehen, damals war er gesund und hat sich über die falschen Ausstreuungen in der Presse geärgert."

Ich habe im Gespräche mit Herrn Dillon nicht das Gefühl einer Unaufrichtigkeit seinerseits gehabt, allerdings waren seine Ausführungen nicht die eines offiziellen Funktionärs.

Japan. Bei der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit Rußland war es mir von ganz besonderem Wert, klar zu sehen, ob Rußlands asiatische Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz in ihrer Gänze zu erwarten wären, oder ob Aussicht bestehe, daß sie ganz oder teilweise durch die Lage in Asien, speziell durch Japan, gebunden sein würden. In Asien standen die 5 sibirischen Korps (gleich 11 sibirischen Schützendivisionen zu je 16 Bataillonen) und die beiden turkestanischen Korps (gleich 6 turkestanischen Schützenbrigaden zu je 8 Bataillonen), entsprechend 3 Divisionen, somit 14 Infanteriedivisionen, außer den Reservedivisionen, deren Zahl und Formation nicht bekannt war*).

---

*) Nach damaligen Daten verfügte Rußland an Infanteriekräften über 59 Infanteriedivisionen, 11 Schützendivisionen, 17 Schützenbrigaden, 3 Fußkosakenbrigaden, dazu eine nicht bekannte Zahl an Reservedivisionen und Mannschaft für 20 Reichswehrdivisionen ersten und

Der k. u. k. Militärattaché in Tokio Major Franz Putz, mein früherer Flügeladjutant, hatte dieser Frage sein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Von ihm erhielt ich am 6. März 1913 den nachstehenden Bericht:

„Militärattaché der k. und k. Botschaft in Tokio und Gesandtschaft in Peking.

Tokio, am 18. Feber 1913.

Euer Exzellenz

kündigten mir in einem Privatbrief vom 1. Jänner d. J. ein Geheimschreiben an, das ich leider bis heute noch nicht erhalten habe.

Da ich dessen Inhalt vermute, erlaube ich mir meine Anschauungen bezüglich des Verhaltens Japans und Chinas im Falle eines großen europäischen Krieges darzulegen.

Ich habe es als meine Hauptaufgabe betrachtet, unmittelbar nach Ausbruch des Balkankrieges mit allen Persönlichkeiten von Belang in Verbindung zu bleiben, ihre Meinungen zu erfahren und — mit der größten Vorsicht — über alle Möglichkeiten der Zukunft zu sprechen. Immer selbstverständlich als Privatperson und unter dem Vorwand des rein militärischen Interesses.

Das Resultat ist, daß wir auf eine Mitwirkung Japans im Falle eines Krieges zwischen uns und Rußland nicht rechnen dürfen.

Rußland und Japan — England mit — haben unzweifelhaft bezüglich der Abgrenzung ihrer Interessen in der Mandschurei, Mongolei und in Tibet feste Abmachungen getroffen, mit deren Bestimmungen zum mindesten das offizielle Japan zufrieden ist.

Daß Rußland auf Grund dieser Abmachungen in der Mongolei aktiver vorgeht, als Japan in der Mandschurei, hat seinen Grund darin, daß das Moskowiterreich die chinesische Empfindlichkeit weit weniger zu schonen hat als Japan, dessen Handel und Industrie schon jetzt ein enormes Absatzgebiet in ganz China besitzen (die Mandschurei betrifft nur ein relativ kleiner Bruchteil dieses Handels) und das die nächsten Jahre zur Vertiefung dieses Verkehrs, Anknüpfung neuer Verbindungen und Verdrängung schon eingeführter Firmen benützen will. Ein aggressives Vorgehen Japans in der Mandschurei würde aber sogleich den Boykott

---

20 Reichswehrdivisionen zweiten Aufgebotes. Somit ohne Reserve- und Reichswehrdivisionen: 80 Infanteriedivisionen à 16 Bataillone. Dagegen hatte Österreich-Ungarn 49 Infanteriedivisionen à 12 bis 14 Bataillone.

Dies ergibt für Rußland mehr als das doppelte, ohne Einrechnung seiner Reserve- und Reichswehrdivisionen.

und damit schwere Verluste für die japanischen Interessen zur Folge haben.

Es ist also nur das Tempo verschieden, in dem Rußland und Japan vorgehen. Meinungsverschiedenheiten, die zu politischen Spannungen führen könnten, bestehen derzeit nicht. Damit fehlt auch jeder Grund zum Eingreifen im Falle einer europäischen Verwicklung.

Neben diesem Hauptgrund haben die Symptome, die zu demselben Schlusse führen, nur mehr sekundäre Bedeutung.

Das Verhalten der japanischen Politiker und der Zeitungen gegenüber Rußland läßt viel mehr auf eine freundschaftliche Entente, denn auf eine Gegnerschaft schließen. Der Vorschlag des Bürgermeisters von Wladiwostok (in einer politischen Revue), eine russisch-japanische Allianz abzuschließen, ist im hiesigen halboffiziellen Organ freundlich besprochen worden. Eine formelle Allianz brauche schon aus dem einen Grunde nicht abgeschlossen zu werden, weil auch ohne diese alle Angelegenheiten, die beide Staaten interessieren, in der freundschaftlichsten Weise arrangiert würden. Angedeutet ist, daß jede formelle Allianz die intensive Feindschaft Chinas mit deren wirtschaftlichen Folgen nach sich ziehen würde.

In einem demnächst abgehenden Bericht führe ich aus, daß seit dem Tode des Meiji Tenno die früheren führenden Männer ganz außer-außerordentlich an Boden verloren haben. Sie waren die Begründer und Organisatoren Japans, die Führer zu Krieg und Sieg auf allen Gebieten.

Diese Führer haben nun ihre Rolle ausgespielt, und zur Herrschaft kommt ein jüngeres, in Japan modern erzogenes und im Ausland (Amerika und England) weiter ausgebildetes Geschlecht, das in erster Linie die alte Oligarchie stürzen und selbst zur Staatskrippe kommen will, dann aber alle möglichen anderen als militärische Ambitionen hat.

Dieser Kampf der Geister verhindert im Augenblick auch die Politiker, regeres Interesse an den Vorgängen in Europa zu nehmen.

Mit der Überwindung der alten Staatsmänner und des Clanregimes haben auch die führenden Militärs ihren Einfluß verloren. Der Prozeß ist zwar noch nicht ganz durchgeführt, aber er wird es in Bälde sein. Damit ist eine weitere Chance für einen Krieg überhaupt verloren. Doch waren die Ideen der Soldaten mehr auf die Annexion der Mandschurei und damit auf einen Krieg gegen China gerichtet, als auf den gegen Rußland.

Den Kriegsideen stehen geschlossen alle Politiker und alle bürgerlichen Berufe, speziell die Handelswelt, gegenüber.

Außerdem wäre ein Krieg schon aus finanziellen Gründen ganz unmöglich, weil Japan nirgends in der Welt auf Geld für einen Krieg hoffen kann.

Aus mannigfachen und komplizierten Gründen haben wir hinsichtlich unserer Auffassung des Balkanproblems die japanischen Sympathien nicht für uns.

Die Zeitungen sind fast durchwegs antideutsch, daher auch uns nicht sehr freundlich gesinnt. Balkannachrichten werden fast immer für uns ungünstig gefärbt. Man findet es selbstverständlich, daß die Balkanstaaten die Früchte ihrer Siege einheimsen sollen und daran durch keinen anderen Staat gehindert werden dürfen. Die seltenen Versuche, die Wichtigkeit des Problems für uns darzustellen, werden einfach übergangen.

China halte ich für militärisch so minderwertig, daß es als Faktor für uns überhaupt nicht in Betracht kommt. Gesetzt, es käme zu einer unüberlegten Kriegserklärung Chinas an Rußland, so würde Japan nie gestatten, die Operationen durch die Mandschurei zu führen. Damit bleibt nur die Operationslinie durch die innere zur äußeren Mongolei übrig, d. h. entlang der Karawanenstraße von Kalgan nach Kiachta. Es ist ohneweiters klar, daß die Russen davon nichts zu besorgen haben und keines besonderen militärischen Aufgebotes bedürfen. Eine Operation über Dolopoor wäre zwecklos, weil sie die abgefallenen Khanate nicht treffen würde.

Wenn ich meine Meinung kurz zusammenfasse, so kann ich leider nur meiner Meinung erneuert Ausdruck geben, daß es in absehbarer Zeit zu einem russisch-japanischen Krieg nur dann kommen wird, wenn Rußland ihn provoziert.

China kommt für die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland derzeit gar nicht in Betracht.

Nach Abschluß der jetzigen Regierungskrise in Japan werde ich die oben erwähnte Arbeit über den Wechsel in der japanischen inneren und äußeren Politik und im Zusammenhang damit auch der Wehrpolitik absenden und dann nach Peking reisen (anfangs März), um mir dort die notwendigen Informationen über eine gleiche Arbeit hinsichtlich Chinas zu holen.

Putz, Major."

Wenn man japanischerseits den Standpunkt vertrat, daß man den Balkanstaaten ihre mit den Waffen errungenen Erfolge nicht schmälern dürfe, so war es nicht logisch, auch Österreich-Ungarn verwehren zu wollen, daß es seine dadurch schwer geschädigten Interessen gleichfalls mit den Waffen wahre.

Aber wie dem auch sei, auf einen russisch-japanischen Gegensatz war nicht zu rechnen. Eher lag ein solcher zwischen Japan und Amerika vor, wo ein in Kalifornien erlassenes Gesetz bestimmte, daß Ausländer liegenden Besitz nur auf ein Jahr erwerben dürfen, dann aber die amerikanische Staatsbürgerschaft annehmen müßten, aber auch von diesen

Rechten die gelbe Rasse ausgeschlossen sei — eine sichtlich gegen die japanische Invasion gerichtete Bestimmung.

Der Bericht des Majors Putz nahm mir die Hoffnung, daß Rußlands asiatische Truppen gebunden sein würden, und ließ es mich tief bedauern, daß Österreich-Ungarn zur Zeit, als letzteres noch der Fall war, es versäumt hatte, das so wichtige serbische Problem zu lösen.

Das einzige Moment, das hinsichtlich der asiatischen Truppen Rußlands noch bestand, war die große Entfernung, die sie vom europäischen Kriegsschauplatz trennte. Die sibirischen Truppen waren dabei an die eingleisige Bahn gewiesen, deren Länge von Wladiwostok mit Fortsetzung bis Moskau zirka 7500 Kilometer betrug.

Griff man zu, nützte man die Zeit aus, bis deren Herantransport beendet sein würde, so schloß dies erhebliche Chancen für den Erfolg in sich; zögerte man, gab man Rußland die Zeit für diesen Herantransport, so waren auch diese Chancen verloren. Ein inniger Zusammenhang zwischen Politik und Kriegführung!

Die Politik der Monarchie. Wie auch in der Publizistik, speziell in der polnischen, der die russische Frage besonders nahe ging, die aktuelle Lage beurteilt wurde, ergibt ein Artikel der „Nowa Reforma“ vom 26. März 1913. Ich entnehme demselben folgende Stellen*):

„Der österreichisch-montenegrinische Konflikt, der unter den Optimisten, die die österreichischen politischen Methoden und die Kraft der österreichischen Politik überschätzten, große Befürchtungen hervorgerufen hatte, wurde bereits Montag in einer scheinbar sensationellen, in Wirklichkeit aber ganz natürlichen Art gelöst. Österreich zog sich zwar nicht vor Montenegro, wohl aber vor Rußland zurück, was immerhin eine geringere Schande ist.

Gleichzeitig mit der Entsendung zweier Flottendivisionen in die Gegend von Antivari zu »Feiertagsübungen« übersandte Graf Berchtold an Sasonow eine sehr milde Note, in welcher er bekannt gibt, daß Österreich die Vereinigung Djakovos mit Serbien zugesteht.

Hiefür erhielt Österreich von Rußland die hohe Protektion in der Angelegenheit des freien Abzuges der Zivilbevölkerung aus Skutari, was auch von Montenegro bewilligt wurde, jedoch mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß es sich nicht vor dem Willen Österreichs, sondern vor jenem der Mächte beuge.

Bezüglich des Vorfalles mit dem »Škodra« erklärte die montenegrinische Regierung, daß die montenegrinischen Behörden in San Giovanni di Medua keinerlei Gewalttätigkeiten verübt haben. Gleichzeitig erklärte die

*) Übersetzt aus dem Polnischen durch Oberleutnant Zagórski.

österreichische Regierung, daß, falls etwas Ähnliches noch einmal vorkommen sollte, energisch vorgegangen werden würde.

Das auf der Londoner Reunion von Österreich geschaffene Albanien ist durch die Festsetzung der Grenzen jeder Entwicklungsmöglichkeit beraubt, und man muß sich fragen, ob es denn dafür gestanden ist, soviele Hunderte von Millionen auszugeben, das eigene ökonomische Leben so gründlich zu zerstören, um zum Schluß ein solches Albanien zu bilden.

Die Erkenntnis, daß man am Ballhausplatz das schlechteste Geschäft gemacht hat, hat sich bereits in die Wiener Presse Eingang verschafft."

Der Artikel führt dann an, daß ein Teil dieser Presse die Behauptung aufstellt, im Ministerium des Äußern herrsche der Einfluß eines Sektionschefs, dem man direkt russophile Tendenzen zuschreibt. Eine Behauptung, die wohl nicht zugetroffen haben dürfte.

Weiter heißt es:

„Der Mangel eines Planes, das Schwanken und förmlich das Unverständnis für die sich abspielenden Ereignisse haben bisher noch nie ein so trauriges Ergebnis gezeitigt, wie jenes, das die Politik des Grafen Berchtold gebracht hat. Die Folgen seiner Fehler überleben gewiß nicht nur ihn selbst, sondern auch die Quellen seiner heutigen Macht und werden mit großer Wucht auf den Staat und dessen Bevölkerung niederfallen und sind um so schwerwiegender, als kaum die Aussicht vorhanden ist, daß diese Fehler jemals korrigiert werden könnten."

Dieser Artikel übersieht allerdings, daß die Wurzel allen Übels in der Politik des Grafen Ährenthal gelegen war, dessen Erbe Graf Berchtold anzutreten hatte.

Hinsichtlich der Anschauungen über die Balkanpolitik der Monarchie ist nachfolgender am 31. März eingelangter Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel von Interesse:

„Konstantinopel, am 27. März 1913.

Euer Exzellenz!

Es dürfte E. E. bereits bekannt sein, daß zwischen der Politik Seiner Exzellenz des Herrn Grafen Berchtold und den Anschauungen des Herrn k. u. k. Botschafters Markgrafen Pallavicini seit längerer Zeit schon ein tiefgehender Gegensatz besteht. Dieser Gegensatz kam bisher praktisch allerdings nicht zur Geltung, da der Herr Botschafter, von der Überzeugung durchdrungen, daß nur eine einheitlich und konsequent geführte Politik zum Ziele führen kann, nicht allein die ihm von Wien vorgeschriebene Haltung gewissenhaft und peinlich beobachtete, sondern

auch in seiner Berichterstattung sich bemühte, dem Standpunkte des Grafen Berchtold Rechnung zu tragen.

Es konnte jedoch trotzdem nicht ausbleiben, daß die oft diametral entgegengesetzte Anschauung des Markgrafen in dessen Berichten zum Ausdruck kam. Graf Berchtold sah sich infolgedessen vor kurzer Zeit veranlaßt, speziell seine Haltung im bulgarisch-rumänischen Konflikt in einem längeren Erlasse zu begründen. Obwohl nun der Herr k. u. k. Botschafter, um eine der ganzen Lage nach wenig ersprießliche Polemik zu vermeiden, den Erlaß des Ministers nicht beantwortete, so konnte der letztere aus der folgenden Berichterstattung doch ersehen, daß der Markgraf durch die offiziellen Ausführungen keineswegs überzeugt war und an seinen durchaus abweichenden Ansichten auch weiterhin festhielt. Graf Berchtold dürfte nun eine Klärung der Situation für nötig erachtet haben und forderte vor einigen Tagen den Herrn Botschafter auf, seine Ansichten in einem speziellen Berichte darzulegen und zu begründen.

Trotzdem nun Seine Exzellenz der Herr Botschafter mich mit seinem vollen Vertrauen beehrt und mit mir alle politischen Fragen mit rückhaltloser Offenheit bespricht, bin ich doch nicht sicher, ob es mir möglich sein wird, in den erwähnten Bericht Einsicht zu nehmen. Dank meiner obenerwähnten Beziehungen zum Herrn Markgrafen bin ich jedoch über dessen Ideengang vollkommen orientiert und infolgedessen in der Lage, E. E. diesbezüglich im Nachfolgenden Bericht zu erstatten.

Seine Exzellenz war seit jeher der Meinung, daß unsere Politik am Balkan zwei verschiedene Methoden einschlagen kann. Entweder glaubten wir an die Möglichkeit der Existenz der Türkei und wünschten die Erhaltung des status quo — dann mußten wir alle eigenen Aspirationen auf den Sandžak, Albanien und Salonik aufgeben und nicht allein die Türkei mit aller Macht (auch in Albanien) unterstützen, sondern auch einen eventuellen Angriff der Balkanstaaten auf dieselbe verhindern. Oder wir hielten den Zusammenbruch der Türkei in nächster Zeit für unvermeidlich und wollten auf der Balkanhalbinsel selbst Erwerbungen machen — dann mußten wir uns an die Spitze der gegen die Türkei gerichteten Aktion stellen und die türkische Katastrophe selbst herbeiführen. Dann hätten wir auch Aussicht gehabt, bei der Liquidierung des europäischen Besitzes der Türkei in entscheidender Weise mitzusprechen und die neue Karte der Balkanhalbinsel unseren Interessen entsprechend zu gestalten.

Einen besonderen Platz innerhalb des politischen Programms des Markgrafen nahm die pessimistische Bewertung Albaniens ein. Seine Exzellenz hält die Albanesen infolge ihrer Armut und kulturellen Rückständigkeit, ihrer religiösen und politischen Zerrissenheit, sowie des

vollständigen Mangels an einer tüchtigen Intelligenz und an ernst zu nehmenden Führern einer selbständigen Entwicklung für nicht fähig und glaubt, daß sie nur durch eine starke Faust regiert und vorwärts gebracht werden können. So lange die Albanesen Waffen haben, wollen sie weder Steuern zahlen noch Rekruten stellen, ohne welche Leistungen jedoch eine geordnete Verwaltung des Landes überhaupt unmöglich ist. Die Jungtürken hatten demnach mit der Entwaffnungsaktion im Prinzip vollkommen recht, begingen jedoch allerdings den Fehler, dieselbe zu überstürzen.

Der Herr k. u. k. Botschafter war nun vollkommen überzeugt, daß unsere offizielle Politik nach der ersteren Alternative geführt wird und demnach die unbedingte Erhaltung der europäischen Türkei zur Voraussetzung und zum Ziele hat. Er wußte zwar, daß man in Wien über Albanien optimistischer denke als er, glaubte jedoch, daß diese Differenz praktisch doch nicht zur Geltung kommen werde, da ja Albanien bei Erhaltung des status quo doch türkisch bleiben müsse.

Mit dieser offiziellen Politik unserer Monarchie am Balkan war nun nach Ansicht des Herrn Botschafters die überraschende Initiative des Grafen Berchtold im August vorigen Jahres durchaus nicht zu vereinbaren. Der Herr Markgraf konnte es sich nicht erklären, warum man ihm vor diesem Schritte keine Gelegenheit gegeben habe, seine Meinung zu äußern und ihn durch die Zirkularnote überraschte. Er würde gewiß nicht unterlassen haben, darauf hinzuweisen, daß die geplante Initiative von der Türkei als eine direkte Feindseligkeit aufgefaßt werden würde und trotz allen Erläuterungen es tatsächlich auch war. Und nicht allein, daß durch dieselbe die Position der Ententemächte in Konstantinopel gestärkt wurde, zwang man auf diese Weise die eine Autonomisierung Albaniens befürchtenden Balkanstaaten zum Zusammenschlusse, was gerade im Interesse unserer Friedenspolitik verhindert werden sollte.

Als sich dann Ende September die Tatsache des abgeschlossenen Balkanbundes enthüllte und die allgemeinen Mobilisierungen angeordnet wurden, hielt es Markgraf Pallavicini im Interesse der Monarchie für unbedingt geboten, den Ausbruch des Krieges durch eine energische Politik und nötigenfalls durch militärische Maßnahmen unserseits und Rumäniens zu verhindern. In einem außerordentlich klaren und in überzeugenden Worten verfaßten Telegramm vom 2. Oktober sprach der Herr Botschafter seine Ansicht dahin aus, daß die Türkei dem vereinigten Angriffe der Balkanstaaten kaum gewachsen sein werde und daß es für uns von vitalem Interesse sei, die Zertrümmerung des bis dahin noch intakten türkischen Blocks nicht zuzulassen. Ich glaube an dieser Stelle erwähnen zu dürfen, daß auch ich im Interesse der Erhaltung der Türkei

ungesäumte militärische Maßregeln unserer Monarchie für nötig hielt und diese Ansicht in meinem gehorsamsten Telegramm Res. Nr. 408 vom 3. Oktober*) zum Ausdruck brachte.

Als nun unsere Monarchie den Krieg nicht verhinderte und die türkischen Heere die ersten Niederlagen erlitten, wünschte Markgraf Pallavicini auf Grund der vor Ausbruch der Feindseligkeiten von Seite der Großmächte und der verbündeten Balkanstaaten abgegebenen Erklärungen bezüglich der Erhaltung des status quo, den Krieg einzustellen und die Autonomisierung der europäischen Provinzen der Türkei unter der Souveränität der Pforte durchzuführen. Der Botschafter hatte es schwer vermißt, daß wir nicht schon vor Beginn der Operationen unsere Neutralität von der unbedingten Respektierung des Sandžaks und Albaniens abhängig gemacht haben. Er erwartete nun um so bestimmter, daß wir jetzt unsere Interessensphäre in Albanien umgrenzen und im Einvernehmen mit den Großmächten die Ordnung der Dinge am Balkan in die Hand nehmen. Der Herr Botschafter hatte einen Beweis in Händen, daß Rußland einer solchen Lösung durchaus nicht abgeneigt war, da Herr Giers persönlich und spontan ihm gegenüber dieselbe angeregt hatte, worüber der Markgraf natürlich sofort telegraphisch nach Wien berichtete. Zur Überraschung des Herrn Botschafters sprach sich aber hierauf Graf Berchtold dahin aus, daß durch die militärischen Erfolge der Balkanstaaten die vor Beginn der Feindseligkeiten abgegebene Erklärung hinfällig sei und der status quo nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Auch bei diesem neuen Schritt unserer Diplomatie bedauerte der Herr Botschafter das Fehlen einer initiativen Abgrenzung Albaniens vermissen zu müssen. Er sah schon damals voraus, daß es uns nach militärischer Besetzung des ganzen Gebietes durch serbische und griechische Truppen außerordentlich schwer fallen werde, dieselben zum Verlassen des Landes zu zwingen und dem neu zu gründenden Albanien das zu seiner Entwicklung unbedingt nötige Territorium auf diplomatischem Wege zu erkämpfen.

Die Ansichten des Herrn k. u. k. Botschafters im bulgarisch-rumänischen Konflikte habe ich bereits in meinem brieflichen Bericht vom 28. Jänner d. J. angedeutet. Sie decken sich vollständig mit der Anschauung des hiesigen deutschen Botschafters Baron Wangenheim. Ebenso betrachtet es Markgraf Pallavicini als unseren Interessen geradezu

*) Zu dieser Zeit war ich Armee-Inspektor, also noch nicht wieder Chef des Generalstabes, so daß ich von diesem Telegramme keine Kenntnis hatte.

zuwiderlaufend, daß unsere Monarchie in der Londoner Konferenz als einzige Großmacht der Leistung einer Kriegsentschädigung durch die Türkei zugestimmt habe und hiebei — wie mit positiver Gewißheit vorauszusehen war — von sämtlichen anderen Mächten überstimmt worden ist.

Die Bedenken Seiner Exzellenz des Markgrafen Pallavicini gegen unsere Politik seit Beginn des Balkankrieges lassen sich demnach kurz wie folgt zusammenfassen:

Sowohl der Balkanbund als auch Bulgarien selbst sind in Zukunft ganz unbestimmte Faktoren, deren Entwicklung und Haltung niemand mit Sicherheit voraussehen kann. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Balkanbund auch nach dem Kriege geschlossen bleibt und dann einen militärisch mächtigen Faktor gegen uns bildet. Es ist höchst zweifelhaft, ob Bulgarien jemals ein für unsere Politik verläßliches Staatswesen werden kann. Glauben, Sprachverwandtschaft, Dankbarkeit und langjährige Traditionen sind ernste Hindernisse für eine ausgesprochen antirussische bulgarische Politik.

Geradezu gefährlich erscheint es dem Markgrafen, Bulgarien mit Rumänien auszusöhnen; gelingt dies, so dürften sich beide Staaten gemeinsam eher gegen uns, als gegen Rußland wenden. Es hieße dies geradezu den gesamten Balkan inklusive Rumänien gegen uns zu mobilisieren. Weit sicherer wäre es von unserem Standpunkte, die Rivalität dieser beiden Staaten aufrechtzuerhalten und Rumänien in seinen territorialen Ansprüchen energisch zu unterstützen; dann könnten wir in Zukunft wenigstens Rumäniens immer und bei jeder Gelegenheit sicher sein.

Bezüglich der Türkei glaubt der Herr Botschafter, daß wir die Widerstandskraft und die Bedeutung dieses Staates sehr unterschätzen. Nach der Schlacht bei Lüle-Burgas hätten wir den völligen Zusammenbruch der Türkei erwartet und alles verloren gegeben; nun dauert aber der Krieg schon volle fünf Monate, und die Türkei ist noch lange nicht am Ende ihrer Hilfsquellen angelangt. Trotz aller Niederlagen wird die Türkei auch nach dem Friedensschluß noch lange Zeit ein Machtfaktor am Balkan bleiben und eine verläßliche Karte in unserem politischen Kalkül bilden können. Es war daher unserseits eine sehr gewagte Politik, das stets unverläßlich bleibende Bulgarien in so auffallender Weise zu unterstützen und sich dadurch die Feindschaft unseres natürlichen Verbündeten, der Türkei, zuzuziehen.

In Albanien haben wir uns nach Ansicht des Herrn Markgrafen ein zweites Schleswig-Holstein geschaffen, welches um so gefährlicher sein wird, als die Aussichten für die innerpolitische Konsolidierung dieses neuen Staatswesens sehr gering veranschlagt werden müssen. Albanien ist ein Torso, besteht mit Ausnahme eines schmalen Küstenstreifens aus

sterilem Hochgebirge, welches seiner natürlichen Débouchén, das ist der Städte Ipek, Diakovo, Prizren und Dibra beraubt, keine Entwicklungsmöglichkeit besitzt. Die Albanesen, ein ganz unverläßliches, auf niedrigster Kulturstufe stehendes Volkselement, unter der Vormundschaft einer Handvoll feudaler Begs und charakterloser Abenteurer stehend, sind kaum geeignet, ein modernes Staatswesen zu gründen. Zu allem kommt noch, daß Albanien neutralisiert und unter die Kontrolle aller Mächte gestellt wird, so daß es schon aus diesem Grunde nicht als Gegengewicht gegen Serbien und Montenegro benützt werden kann."

Rücksichtlich der die Eignung der Albanesen für Bildung eines selbständigen Staates anzweifelnden Bemerkungen, sei darauf hingewiesen, daß mit einem fait accompli gerechnet werden mußte, das durch die überraschenden Erscheinungen des Balkankrieges geschaffen war; die nicht mehr unter dem Schutze der Türkei stehenden Albanesen waren eben da! Ihre Angliederung an die Türkei war schon aus räumlichen Gründen ausgeschlossen; sie den Serben, Montenegrinern und Griechen auszuliefern ging nicht an, und so erübrigte doch nur das Streben, Albanien zu einem selbständigen Staatswesen zusammenzufassen.

Was die Anschauungen des Markgrafen Pallavicini hinsichtlich der Haltung der Monarchie bei Eintritt des Balkankrieges betrifft, war es mir von großem Interesse, diese in wesentlichen Belangen übereinstimmend mit jenen zu finden, die ich in meinen damals (1912)*) als Armee-Inspektor verfaßten und vorgelegten Denkschriften zum Ausdruck gebracht habe.

Militärische Maßnahmen.

Welche Wege übrigens immer die ö.-u. Politik auch wandeln mochte, mußte mein Streben darauf gerichtet bleiben, die durch die aktuelle Lage bedingten militärischen Vorsichtsmaßnahmen, wenn sie schon nach diplomatischer Vereinbarung gegenüber Rußland vereitelt wurden, so doch gegenüber Serbien und Montenegro aufrecht zu erhalten und anbetrachts der für die Zukunft vorauszusehenden unvermeidlichen großen Komplikationen die Erhöhung der Wehrmacht der Monarchie mit allen in mein Ressort fallenden Mitteln zu betreiben. Dies umsomehr, als nicht nur unsere zu erwartenden Gegner rührigst an der Entwicklung ihrer Wehrkraft arbeiteten, sondern auch Deutschland, dem gegenüber man als Bundesgenosse nicht gänzlich zurückbleiben durfte.

---

*) Vergleiche diese im Zweiten Bande.

In Frankreich rechnete man schon mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, was denn auch im August 1913 zur Tatsache wurde.

In England wirkte Lord Roberts für die allgemeine Wehrpflicht und Kriegsminister Haldane (unter dem Ministerium Asquith) arbeitete an der Schaffung der Territorialarmee, die zur Zeit 247.000 Mann zählte.

Belgien erstreckte das allgemeine Wehrgesetz auf alle kriegsdiensttauglichen jungen Männer; von 65.000 derselben sollten 33.000 eingestellt werden, so daß ein Stand von 340.000 Mann erreicht würde; und

Rußland ging, wesentlich unterstützt durch französisches Geld, im großen Stile an die Erweiterung seiner militärischen Macht. Es bildete seine Ersätze aus, insbesondere das große Reservoir der Reichswehr, formierte seine Reservedivisionen, beschleunigte den Bau seiner Aufmarschbahnen und Befestigungen, entwickelte seine Ausrüstung und Bewaffnung, besonders seine Artillerie.

In Deutschland betraf die neue Militärvorlage den planmäßigen inneren Ausbau des Heeres. Von den bisher nicht ausgebildeten, in die Ersatzreserve eingereihten 90.000 Mann sollten jährlich 63.000 Mann mehr Rekruten als bisher eingestellt und während der Gesamtdauer der Präsenzdienstpflicht ausgebildet werden. Dies ergab eine Erhöhung des Friedensstandes von 544.211 auf 661.176 Mann und die hiemit verbundene Erleichterung der Mobilisierung, in späterer Folge aber eine wesentliche Erhöhung des Kriegsstandes. Weiter bezog sich die Heeresvorlage auf Neuerrichtung von Maschinengewehr- und von Fernsprech-Abteilungen, Neuformation der Fußartillerie, der Pioniere, der Verkehrstruppen, Vermehrung der Übungen des Beurlaubtenstandes, häufige Aufstellung von Reserveverbänden, Truppenübungen, Errichtung einer achten Armee-Inspektion, Standeserhöhung der Infanterie und Artillerie der Grenzkorps (720 Mann per Bataillon, sechs bespannte Geschütze und vier bespannte Fuhrwerke per Batterie); Entwicklung der Luftschiffertruppe (wofür allein 79 Millionen Mark ausgeworfen waren), Ausbau der Festungen, insbesondere an der Ostgrenze (210 Millionen Mark).

Die Vorlage schloß eine Vermehrung von 4000 Offizieren, 15.000 Unteroffizieren, 117.000 Gefreiten und Gemeinen, 27.000 Pferden in sich und erforderte 898 Millionen Mark einmalige Auslagen, sowie 180 Millionen Mark jährlicher Mehrauslagen.

Die am 28. März eingebrachte Vorlage wurde durch den Reichskanzler Herrn Bethmann Hollweg auf das Wärmste und Entschiedenste vertreten, unter offener Darlegung der ernsten politischen Lage, die über Nacht Überraschungen bringen könne und unter Hinweis auf die Folgen des Balkankrieges, die Österreich-Ungarn nötigen würden, auf seine

dortigen Grenzen mehr Bedacht zu nehmen, so daß es zur direkten Unterstützung Deutschlands weniger verwenden könne. In dem Erstarken neuer Mächte am Balkan ersah der Kanzler eine Minderung der Macht des Dreibundes.

Gewiß bedeutete die Heeresvorlage einen großen Schritt nach vorwärts, aber immerhin blieb es bemerkenswert, daß trotz der Erkenntnis, es werde sich im unvermeidlichen nächsten Kriege um Deutschlands Sein oder Nichtsein handeln, die deutschen Kriegsrüstungen relativ hinter den französischen zurückstanden.

Schon im Frieden zählte bisher Deutschland bei 66·3 Millionen Einwohnern 669 Bataillone, 510 Eskadronen, 743 Batterien mit einem Stande von 36.400 Offizieren, 783.000 Mann; Frankreich aber bei 39·6 Millionen Einwohnern 685 Bataillone, 364 Eskadronen, 728 Batterien mit einem Stande von 30.000 Offizieren, 730.000 Mann. Nach damaligen Berechnungen hätte sich auf Grund der neuen Wehrvorlagen ein Kriegsstand von 4,190.000 bei Frankreich, und von 4,240.000 bei Deutschland ergeben; das entspräche einer zehnprozentigen Auswertung der Volkskraft bei Frankreich, einer nur sechsprozentigen bei Deutschland. Frankreich hatte den praktischen Militarismus höher entwickelt als Deutschland und seine Rechnung dabei gefunden.

Man erwäge, was es bedeutet hätte, wenn das bei gleicher Anspannung auf deutscher Seite mögliche Plus von Haus aus in der Entscheidungschlacht an der Marne in die Wagschale geworfen worden wäre.

War es ein Unterschätzen der Qualitäten des französischen Heeres? War es ein zu festes Vertrauen auf Italiens Bundestreue?

In Österreich-Ungarn fehlte das Verständnis für die große Stunde gänzlich, daher auch für die Notwendigkeit äußerster Anspannung der Wehrkraft. Nur die Politiker, die aus sozialpolitischen und noch mehr jene, die aus nationalpolitischen Gründen die Zertrümmerung des alten Reiches anstrebten, mochten sich über die große Lage im klaren sein; sie hatten alles Interesse, die Entwicklung und Festigung der Wehrmacht zu hintertreiben. Auch sonst glaubte man über ein beschränktes Maß der letzteren nicht hinausgehen zu müssen, bekämpfte vielfach sogar auch dieses und meinte, sich mit Nachgeben und diplomatischen Mitteln dem unerbittlichen Ernst der Lage entziehen zu können.

Dieser veranlaßte mich, am 3. März dem Evidenzbureau den Auftrag zur Bearbeitung einer Übersicht über die voraussichtlichen Kräfteverhältnisse der einzelnen Staaten auf Grund der geplanten Heeresvermehrungen zu erteilen. Anlage 3 (unter Schleife am Schlusse des Bandes) gibt diese Übersicht.

Demgegenüber durfte Österreich-Ungarn nicht gänzlich zurückbleiben. Gemeinsam mit dem neuernannten Kriegsminister Feldzeugmeister Alexander von Krobatin trachtete ich, daß wenigstens das Dringendste jener Versäumnisse nachgeholt werde, die nach dem Ministerium Schönaich, mit dem ich andauernde Kämpfe geführt hatte, verblieben waren und deren Behebung unter dessen Amtsnachfolger General d. I. von Auffenberg während der kurzen (einjährigen) Amtswirksamkeit des letzteren teilweise schon begonnen wurde.

In diesem Sinne unterbreitete ich in einer Audienz am 17. März Seiner Majestät meinen schriftlichen Antrag vom 15. März auf den Ausbau der Wehrmacht, erbat hiefür die Unterstützung des Kriegsministers und richtete folgendes Schreiben an den Minister des Äußern:

„Wien, am 19. März 1913.

Euer Exzellenz!

Ich beehre mich E. E. mitzuteilen, daß ich vorgestern gelegentlich der Audienz bei Seiner Majestät einen dringenden Antrag auf Ausbau der Wehrmacht vorgelegt und diesen Antrag auch dem Kriegsministerium und den beiden Landesverteidigungsministerien übermittelt habe.

In diesem Antrag ist eine Erhöhung des Rekrutenkontingents gefordert und müssen auch die für den geplanten Ausbau unbedingt notwendigen finanziellen Mittel angesprochen werden. Beide Forderungen sind ohnehin leider in Grenzen gehalten, welche gegen die analogen Maßnahmen in Deutschland, Frankreich, Italien etc. weit zurückbleiben.

Um nun diese Forderungen an Rekrutenerhöhung und finanziellen Mitteln mit Aussicht auf Erfolg zur Verhandlung bringen zu können, erlaube ich mir, E. E. nicht nur um diesbezügliche Unterstützung zu bitten, sondern auch zur geneigten Erwägung zu stellen, ob es nicht vorteilhaft wäre, die Delegationen zu einem Zeitpunkte einzuberufen, zu welchem noch mit dem Eindruck der jetzigen gespannten politischen Lage und der auswärtigen Maßnahmen gerechnet werden kann.

Ich würde einen möglichst baldigen Zeitpunkt für geboten erachten.

Genehmigen etc. etc.

Conrad, G. d. I."

Außer dieser Maßnahme allgemeiner Natur war unsere militärische Lage am Balkan Gegenstand meiner steten Sorge. Die Standeserhöhung in B. H. D., die Bereitstellung der Flottenabteilung in Cattaro und sonstige Maßnahmen, wie solche hinsichtlich Verpflegung und Ausrüstung, fielen in dieses Gebiet.

Die Bedachtnahme auf etwa dort eintretende kriegerische Verwicklungen erforderte die konkrete Klarlegung der Ziele und Mittel. Ich

richtete daher nachstehendes Schreiben an den Armee-Inspektor in Sarajevo, Feldzeugmeister Potiorek:

„Wien, am 5. März 1913.

Euer Exzellenz!

Der teilweise Wandel der Lage, welcher durch die Anbahnung freundschaftlicher (?) Beziehungen zu Rußland eingetreten ist, veranlaßt mich, E. E. dieses Schreiben zu senden.

Ich habe mich vom militärischen Standpunkt gegen die Reduktion der Stände beim 1., 10., 11., 13., 4. und 7. Korps*) ausgesprochen, doch wurden die politischen Rücksichten vorangestellt und man erhofft von diesem Schritte eine größere Gefügigkeit Rußlands gegenüber unseren Forderungen am Balkan; die Zukunft wird lehren, ob diese Hoffnung zutrifft.

Es sind nun aber auch Tendenzen aufgetreten, die eine ähnliche Standesreduktion in Bälde auch in B. H. D. anstreben. Gegen diese Tendenzen habe ich nun scharf Stellung genommen und werde dies auch weiter insolange tun, als nicht vollkommen geklärte politische Verhältnisse vorliegen.

Ich bitte E. E., mich in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Bei diesem Anlaß teile ich E. E. mit, daß ich einen Antrag zur Vorlage gebracht habe, der bei Erhöhung des normalen Rekrutenkontingents und bei Erhöhung des Ordinariums einen derartigen Friedensstand zuläßt, daß alle in B. H. D. befindlichen Truppen dauernd auf erhöhtem Friedensstand (120 Mann per Kompagnie) erhalten werden können; außerdem habe ich es mir vorbehalten, einen noch weitergehenden Antrag auf Verstärkung der Wehrmacht einzubringen, wie dies durch die Maßnahmen unserer Gegner und unserer Verbündeten bedingt ist.

Was nun die momentane politische Lage anbelangt, so charakterisiert sie sich für uns wesentlich darin, daß wir nicht darauf verzichten können, jene Bedingungen, die wir für das Arrangement am Balkan gestellt haben, auch voll berücksichtigt zu sehen.

Dies kann zu ernsten Komplikationen führen, wenn speziell die Abgrenzung Albaniens und insbesondere die Lösung der Skutarifrage nicht in unserem Sinne erfolgt.

Selbst wenn die Mächte Skutari — wie wir es fordern — den Albanesen zusprechen, ist immer noch der Fall denkbar, daß die Montenegriner den Platz nach Räumung seitens der Türken besetzen und nicht mehr herausgeben, sowie, daß auch die Serben das gleiche bezüglich Durazzos und Alessios oder überhaupt Albaniens tun können.

---

*) Siehe Erster Band, Anlage 39, Seite 656.

Es kann dann an die Monarchie die Notwendigkeit herantreten, diese Räumung zu erzwingen.

In *streng vertraulicher* Weise teile ich E. E. mit, daß ich für diesen Fall zwei Modalitäten vorgeschlagen habe.

Die erste wäre die völlige Abschließung Montenegros zu Wasser und zu Lande, um es durch Entzug aller Subsistenzmittel mürbe zu machen; die zweite wäre die ultima ratio — nämlich der Krieg.

Die erstere denke ich mir derart, daß zur See die Flotte im Wege einer engen Blockade, zu Lande auf dalmatinischem und herzegowinischem Gebiet eine enge Grenzsperre für die Abschließung sorgen, während auf den übrigen Grenzen der voll zu unterstützende albanesische Aufstand jedwede Zufuhr zu vereiteln hätte.

Die zweite Modalität, den Krieg, denke ich mir nicht als einseitig gegen Montenegro durchgeführte Aktion, sondern als Krieg gegen Serbien *und* Montenegro, da ersteres mit letzterem sicherlich gemeinsame Sache machen würde. Es kämen dann jene Maßnahmen zur Durchführung, wie sie für den reinen »B«-Fall vorbereitet sind.

Wenn man nun mit diesem Vorgehen vor Augen die momentane Situation auf dem Kriegsschauplatz prüft, so ergibt sich vor allem, daß eine erhebliche Kräftekonzentrierung in der Umgebung von Skutari stattfindet.

Nach der Evidenzskizze vom 26. Feber befinden sich dort:

25.000 montenegrinische }
16.000 serbische } Gewehre,
zu welchen sehr bald (in 9 bis 10 Tagen)
9.000 serbische Gewehre von Prizren und noch rascher
7.000 serbische Gewehre von Elbassan stoßen können, so daß mindestens
57.000 Gewehre versammelt werden könnten, zu welchen überdies
8.000 im Seetransport gelangen dürften.
Es stünden also, sobald die türkische Garnison von Skutari abgezogen ist,
65.000 Gewehre dem Gegner in diesem Gebiete zur Verfügung, eine Macht, die ein Vorgehen gegen Süddalmatien und die südliche Herzegowina nicht unwahrscheinlich erscheinen läßt.

Durch den Sandžak wäre wohl nur die Javor-Brigade (10.000 Mann) höchstenfalls noch Šumadia II (10.000) zu gewärtigen, während die übrigen serbischen Kräfte voraussichtlich in Serbien selbst konzentriert werden dürften, wo ihnen dann die für den Krieg gegen Serbien bestimmten eigenen Kräfte entgegentreten würden.

Sollte diese kriegerische Komplikation eintreten, so würde ich unbedingt darauf bestehen, daß nicht etwa bloß die gegen Montenegro gedachte, sondern die für den ganzen »B«-Fall vorgesehene Mobilisierung und Versammlung mit darauf folgendem Vorgehen angeordnet würde.

Wenn die Dinge diese Wendung nehmen, die Aktion gegnerischerseits also in Süddalmatien und Südherzegowina begonnen wird, so wird es für diesen Fall die hauptsächlichste Aufgabe der unter E. E. Befehlen stehenden Truppen sein, diese feindliche Aktion zu bekämpfen.

Ich denke mir, daß dann etwa unter Ausnützung der mittleren Drina-Linie ein Vorgehen vom Sandžak her mit geringeren Kräften zu bekämpfen, die Hauptkraft aber gegen die von Montenegro her zu erwartenden Kräfte zu wenden wäre.

An der unteren Drina würden bis zum 16. Mobilisierungstag ausreichend Kräfte verfügbar sein, um gegen einen serbischen Vorstoß auf Sarajevo eingreifen zu können. Die endgültige Entscheidung würde dann durch das Einrücken der Hauptkräfte in Serbien herbeizuführen sein.

Bei der Aktionslust der serbischen Militärpartei und bei dem Verzweiflungskampf, den der König von Montenegro um seinen Thron führt, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß sich diese Tendenzen in einer Aktion gegen Süddalmatien, speziell Cattaro, Luft machen, in der Hoffnung, dadurch Rußland zum Eingreifen zu nötigen.

Es erscheint mir daher besondere Wachsamkeit und Bereitschaft gegen eine solche Eventualität geboten.

Ich bitte E. E., diese streng vertraulichen Mitteilungen entgegenzunehmen und mich gefälligst über Ihre Anschauung der Dinge in Kenntnis zu setzen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und besonderen Ergebenheit.

Conrad, G. d. I."

In B. H. D. selbst machte das Gebaren der serbischen Partei unausgesetzte Schwierigkeiten. Das Blatt „Srpska Riječ" hetzte unter dem Schutz der milden Preßgesetze andauernd gegen die Regierung. Die Durchbringung des Sprachengesetzes stieß auf Widerstand, insbesondere die von mir und vom Kriegsminister aus militärischen Gründen gestellte Forderung nach der deutschen Amtssprache bei den Bahnbehörden.

Bezüglich eines solchen Artikels der „Srpska Riječ" schreibt Feldzeugmeister Potiorek in einem Bericht vom 4. März:

„Trotz aller Schärfe und Perfidie war der Artikel derart stilisiert, daß er nicht konfisziert werden konnte. Es ist dies aber im Grunde ein Vorteil, weil er sich nunmehr im Wege der anderen hiesigen Blätter

bekämpfen läßt, was hoffentlich auch seitens der österreichischen und ungarischen Presse geschehen wird.“

Innerhalb der Monarchie dauerten die alten politischen Schwierigkeiten fort; am 7. März und 14. März war in Ungarn die Wahlreform durchgegangen, aber ohne die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht und nach Gleichstellung der Nationalitäten zu befriedigen. Die an die Wahlreform geknüpfte Hoffnung, eine Gewährung der militärischen Forderungen leichter zu erreichen, stand wieder in Frage. Die Schwierigkeiten zwischen Ungarn und Kroatien waren nicht behoben; dies förderte die Tendenzen der großserbischen Agitation.

Umsonst wurde militärischerseits ein verfassungsmäßiges Regime in Kroatien als dringend bezeichnet. Auch Feldzeugmeister Potiorek, als Landeschef in Sarajevo, wirkte in diesem Sinne, da er infolge Rückwirkung dieser abnormen Zustände auf Bosnien und die Herzegowina empfindlich davon betroffen war.

April.

Ratlosigkeit und Unentschlossenheit waren auch im April das Stigma der ö.-u. Politik.

Die Komplikationen in der Skutari-Frage drängten immer mehr der Entscheidung zu. Einserseits bestand das ohnmächtige Bemühen einzelner Großmächte, die Einnahme Skutaris durch Montenegro zu verhüten, anderseits die Hartnäckigkeit Montenegros, sie herbeizuführen; Montenegro wußte die öffentliche Meinung Rußlands und wohl auch Frankreichs und Italiens auf seiner Seite.

Am 1. April traf die Nachricht ein, daß einzelne Werke am Taraboš — der die Stadt beherrschenden Höhe — bereits genommen seien, der Fall des Platzes bevorstehe und man in Montenegro vom Aufstand in B. H. D., sowie vom Krieg gegen Österreich-Ungarn spreche. Es drohte also die mit dem Freiwerden der dort versammelten serbisch-montenegrinischen Kräfte verbundene Gefahr. Ich begab mich am 1. April abends zu Graf Berchtold und betonte die Notwendigkeit, noch heute die Forderung zu stellen, daß nach dem Fall von Skutari das Gros der serbischen und montenegrinischen Truppen in die Heimat rückkehre. Wenn die Antwort hierauf nicht befriedigend sein sollte, wäre allen Mächten zu notifizieren, daß unserseits militärische Sicherungsmaßnahmen erfolgen würden, da wir derart große Truppenansammlungen an unserer Grenze nicht dulden könnten. Graf Berchtold begab sich in dieser Angelegenheit zu Seiner Majestät, der jedoch, wie mir Graf Berchtold noch am 1. April mitteilte, keine Entscheidung traf, sondern mich für den 2. April zur Audienz befahl.

Ich flechte hier aus einem am 1. April eingelangten Bericht des Militärattachés in London vom 28. März nachstehende charakteristische Stellen ein, die auch die Rolle der Londoner Konferenz kennzeichnen:

„Es ist in letzter Zeit — wie ich mir schon in einem früheren Bericht erlaubt habe zu betonen — das Schwergewicht eben nach Wien und Petersburg verschoben worden und ist die hiesige Botschafterreunion nur mehr zu einem Forum herabgesunken, wo die Beschlüsse der beiden Kabinette ausgetauscht und zur Kenntnis genommen werden."

Weiter heißt es mit Bezug auf die wenig selbständige und wenig kraftvolle Vertretung unserer Interessen:

„Auf England wurden doch die ganze Zeit hindurch alle Hoffnungen gebaut, in England wurde stets das größte Vertrauen gesetzt; das Foreign Office von der Richtigkeit unseres Standpunktes zu überzeugen, war die einzige große Kraftanstrengung unserer Vertretung. Wie, wenn es sich in der ganzen Frage um Überzeugung und nicht um politische Machtbestrebung gehandelt hätte! Sir E. Grey half mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Rußland in seiner Verschleppungstaktik und trat mit seinem Demarche-Vorschlag nur hervor, als er sah, daß eine Lösung nicht mehr aufgeschoben werden kann. Er führte auch die energische Sprache, als er schon dessen gewiß war, daß Rußland der Demarche in Belgrad und Cetinje zustimmen wird. Die Rede hielt er nicht uns zuliebe, sondern weil wir schon in allem nachgegeben haben, wo noch nachzugeben war. Die einzige Ambition unserer Botschaft ist aber, mit den Engländern auf gutem Fuß zu stehen und alle sind glücklich, wenn England mit unserem Verhalten zufrieden ist.

England ist indessen nur dann zufrieden, wenn wir uns in allem schön den anderen fügen; sobald wir irgend ein entschlossenes Wort sagen oder Miene machen, unsere Interessen nach unserem Gutdünken zu verfolgen, so fällt der ganze englische Journalismus mit seltener Einmütigkeit über uns her. Als Graf Berchtold seinerzeit erklärte, daß wir unsere speziellen Interessen am Balkan wahren wollen; als wir gegen einen serbischen Akzeß zur Adria Veto einlegten; als wir unsere Streitkräfte an der Nord- und Südostgrenze verstärkten und als wir endlich Montenegro gegenüber entschieden aufgetreten sind, war die Kritik in den englischen Blättern sofort da, und sie tat unseren Herren so weh, wie wenn das Schicksal der Monarchie davon abhängen würde. Sobald wir uns in irgend einer Frage nachgiebig zeigen, stimmt sofort wieder das Lob an und es ist zu offenbar, daß englische Sympathien nur durch eine kraftlose Politik zu erwirken sind. Und so blieb auch unsere Vertretung die ganze Krise hindurch kraftlos, aber die Freundschaft der Engländer blieb erhalten.

Mein Gewissen drängte mich, rückhaltlos meine Eindrücke wiederzugeben, ich bitte daher E. E., meine freimütige Sprache nicht zu verübeln."

Am 1. April um 1 Uhr nachm. war der Beschluß über die internationale Flottendemonstration gefaßt worden. Demgemäß erging Befehl an Vizeadmiral Njegovan, mit S. M. Schiffen „Erzherzog Franz Ferdinand", „Radetzky", „Zrinyi", „Aspern" und der Torpedoflottille vor Antivari zu kreuzen, die fremdländischen Schiffe abzuwarten, mit deren Kommandanten das Einvernehmen zu pflegen und die erforderlichen Maßnahmen zu vereinbaren.

Was eine bloße Demonstration, wenn sie nicht auch mit der scharfen Blockade verbunden war, auf die Söhne der Berge, die von ihren Felsenhöhen lachend auf dieses diplomatische Schauspiel herniedersahen, für einen Eindruck machen würde, kann man sich leicht vorstellen, wenn man Land und Leute kennt.

Mit mir darüber längst im reinen, daß es sich in dieser Krise nicht um Detailfragen am Balkan, sondern um die große Entscheidung über Macht und Bestand der Monarchie handelte und daß die Gefahr für diese mit jedem kommenden Jahre zunehmen müsse, drängte ich zum Heraustreten aus der Umgarnung seitens der anderen Mächte und zur selbständigen Wahrung der so arg gefährdeten Interessen.

In der Audienz am 2. April, bei der ich diesen Standpunkt vertrat, erörterte Seine Majestät alle Schwierigkeiten, traf jedoch keine Entscheidung. Nach der Audienz sprach ich mit Exzellenz Baron Bolfras über die schwere Last, die auf dem greisen Herrscher ruhe. Exzellenz Bolfras äußerte sein Bedauern darüber, daß der Thronfolger in dieser Zeit auswärts von Wien weile. Er befand sich in Miramare.

Am 2. April richtete ich an Graf Berchtold ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Von der internationalen Flottendemonstration ist nichts zu erwarten. Die vielen Vereinbarungen werden immer zu wirkungslosen Maßnahmen führen, Montenegro wird nur zu weiterem Widerstand aufgemuntert, wenn es sieht, daß die Mächte nur deshalb mittun, um uns von energischen Schritten abzuhalten und Montenegro zu schützen. Wenn man schon die Neutralität gebrochen hat, müssen die Maßnahmen energisch sein:

a) zur See: Blockade, Inhibierung der serbischen Transporte, Waffenzufuhr für Albanien;

b) zu Lande: Grenzsperre und, wenn dies nicht wirkt, die Mobilisierung B.

Die Schiffe mit den Hilfsmitteln für die Bevölkerung von Skutari wären jetzt nicht von Cattaro wegzulassen, weil die serbischen und montenegrinischen Truppen diese Vorräte für sich verwenden würden."

Noch am 2. April erhielt ich nachstehende Antwort von Graf Berchtold:

„Wien, 2. April 1913.

Euer Exzellenz!

Mit vielem Danke bestätige ich den Erhalt Ihres geschätzten Schreibens vom heutigen Tage.

Daß mein Briefchen von gestern abends Ihnen heute mittags noch nicht zugekommen war, ist hier unverständlich. Es wurde um 10 Uhr abends bei Ihrem Hausbesorger abgegeben.

Mit dem Vortrag E. E. an Seine Majestät, der in seinen lapidaren Sätzen die ganze Situation treffend zusammenfaßt, stimme ich überein. In der Durchführung gibt es natürlich Übergänge, die den Verlauf aus internationalen Rücksichten etwas verzögern und vielleicht auch modifizieren können; im Wesen sind wir aber auf die dargestellten programmatischen Momente angewiesen und müssen denselben Rechnung tragen, wenn wir uns keiner Täuschung hingeben wollen.

Die Bedenken, die Sie gegen die Wirksamkeit der internationalen Flottenaktion geltend gemacht haben, scheinen mir vollkommen begründet Wir befinden uns aber gegenwärtig mitten drinnen und müssen trachten, den besten Teil herauszuschlagen, d. h. die anderen zur Stange halten machen und die Skala: Demonstration, Blockade, Landung wenn nötig durchzusetzen trachten. Sollte eine oder die andere Macht nicht parieren wollen, wird sich herausstellen, wer der wahre Störenfried ist.

Es wird Ihnen vielleicht der Gedanke nicht abzuwehren sein, daß ich gar zu viel Rücksicht auf die des Interesses anscheinend minder würdigen Großmächte nehme. Le mot de l'énigme besteht darin, daß die Situation zu ernst ist und wir vor zu schwer ins Gewicht fallenden und die Monarchie geradezu in ihrer Existenz bedrohenden Ereignissen stehen, als daß wir nicht alle Vorsicht anzuwenden haben, um die internationale Lage für uns nicht allzu ungünstig zu gestalten. Hiezu gehört vor allem das Verhältnis zu Italien. Jeder selbständige Vorstoß unserseits im gegenwärtigen Moment müßte unfehlbar Italiens Mißtrauen aufs höchste anfachen und es in die Arme Rußlands treiben. Dann hätten wir den Krieg nach drei Fronten, dem wir nicht gewachsen sind. Wir müssen mithin Italien zuliebe im Konzert vorderhand ausharren und erst wenn alles versagt, mit Italien den Weg der Abrechnung betreten.

In aufrichtiger Verehrung ganz der Ihre.

Berchtold."

Schon am Nachmittag des 2. April traf aus Cetinje die Meldung ein, daß die Flottendemonstration gar keinen Eindruck mache und nur energische Maßnahmen nützen können. Auch kam die Nachricht, daß am 31. März ein neuerlicher serbischer Truppentransport von Salonik

abgegangen sei, ferner eine Mitteilung, wonach angeblich das Bombardement von Skutari bis 3. April aufgeschoben wäre. Lag dem das Abwarten der serbischen Verstärkungen, lag ihm ein mißlungener Angriff zugrunde, worüber Gerüchte im Umlauf waren?

Eine am 3. April eingelangte Meldung, daß trotz des Kreuzens unserer Flotte ein russisches Schiff in Antivari Kriegsmaterial für Montenegro gelandet habe, veranlaßte mich, Graf Berchtold gegenüber auf den fraglichen Wert der Flottendemonstration, aber auch auf die Haltung Rußlands hinzuweisen. Ich stimmte dem Minister bei, daß man aus militärischen Gründen Italien jetzt nicht gegen sich haben dürfe, fügte jedoch hinzu, daß je mehr man für das Einvernehmen mit Italien hingibt, desto energischer gegen Montenegro und Serbien gehandelt werden müsse.

Am 4. April eingetroffene Meldungen bestätigten, daß der serbisch-montenegrinische Angriff auf Skutari am 1. April unter schweren Verlusten gescheitert sei. Die Nichtachtung des Wunsches der Mächte, von Angriffen auf Skutari abzusehen, war damit erwiesen. Man erkannte die Notwendigkeit schärferen Druckes, aber was die Diplomatie in dieser Beziehung nicht zustande brachte, verlangte sie nun vom Eskaderkommandanten.

In einer Besprechung am 4. April bei Graf Berchtold, der auch der Marinevertreter Linienschiffskapitän Kail und Graf Hoyos beigezogen waren, wurde beantragt, an den Eskaderkommandanten Vizeadmiral Njegovan Befehl zu senden, daß er einen Admiralsrat der vereinigten Flotten provozieren und dahin wirken möge, daß Montenegro, da es sich dem Beschluß der Mächte nicht füge, eine Frist von 24 Stunden gegeben werde, nach Ablauf welcher, wenn Montenegro sich weigert, den Angriff auf Skutari einzustellen, die Blockade von Spizza bis Durazzo einzutreten hätte.

Ich: „Die Hauptsache ist nicht Skutari, sondern die Räumung Albaniens seitens der Serben, was diese voraussichtlich nicht tun werden."

Graf Berchtold: „Man kann ihnen ja sagen: wenn Ihr nicht aus Albanien herausgeht, gehen wir nach Serbien hinein."

Graf Hoyos: „Es besteht die Gefahr, daß ein dauernder fester Bund zwischen Serbien und Montenegro zustande kommt."

Graf Berchtold erklärte die Zulassung eines solchen Bundes für unserseits unannehmbar.

Am selben Tage (4. April) hatte der Kriegsminister eine Audienz bei Seiner Majestät, gelegentlich welcher sich der Kaiser dem Antrag des Tragtierankaufes für die Truppen in B. H. D., der Einberufung der bosnisch-herzegowinischen Nichtaktiven, dem Austausche von 12.000

Reservisten, den Vorsorgen für die Grenzsperre und eventuell der Blockade zugänglich zeigte.

Am 5. April berichtete Feldzeugmeister Potiorek über abschwächende Weisungen des gemeinsamen Finanzministers hinsichtlich der Grenzsperre aus Besorgnis, daß damit der Handelsvertrag mit Montenegro gebrochen werde! Als ob es sich unter den obwaltenden Verhältnissen einem unbotmäßigen Nachbarn gegenüber um derart kleinliche fiskalische Bedenken handeln konnte! Ich beantragte daher beim Kriegsminister die Durchsetzung der effektiven Grenzsperre.

Am 5. April erhielt ich folgendes Schreiben, das die damalige Stellungnahme des Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand kennzeichnet:

„Schloß Miramare, am 4. April 1913.

Den Empfang des mit Kurier heute morgens hier eingelangten Res. Gstbs. Nr. 1506 vom 2. April bestätigend, beehre ich mich E. E. ergebenst zu melden, daß ich dessen Inhalt Seiner Kaiserlichen Hoheit sofort unterbreitet habe und daß Höchstdieselben hiezu folgende Stellung einzunehmen geruhen:

Mit Rücksicht darauf, daß die Balkanangelegenheit von Seite der Monarchie vor das Forum der europäischen Großmächte gebracht und daher zu einer gemeinsamen europäischen Affäre gemacht wurde, ist die Aktionsfreiheit der Monarchie zurzeit unterbunden.

Seine Kaiserliche Hoheit halten daher dafür, daß, solange das europäische Konzert wenigstens formaliter zusammen wirkt, eine selbständige Aktion der Monarchie unmöglich ist.

Zerfällt der Einklang, dann werden weitere Entschlüsse im Sinne eines selbständigen Handelns im engsten Einvernehmen mit Deutschland und Italien zu fassen sein.

Ob hiebei auf eine Mitwirkung Rumäniens zu rechnen sein wird, bleibt angesichts der zwischen diesem Staat und Bulgarien pendenten Probleme noch dahingestellt.

Für die weiteren Entschließungen wird jedenfalls der Gedankengang E. E. die Grundlage zu bilden haben.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner größten Ehrerbietung, mit der ich mich zeichne als

Euer Exzellenz gehorsamster

Dr. Bardolff, Oberst."

Indessen waren am 5. April folgende Telegramme eingelangt:

Aus Cetinje: „Größere Mengen Infanterie- und Artilleriemunition werden gegen die ö.-u. Grenze dirigiert. Gerüchtweise verlautet, daß

Proklamierung der Union mit Serbien bevorsteht. Angesichts völliger Unzulänglichkeit der Flottendemonstration und der weiteren Verschärfung der Situation beantragt Gesandter nochmals schärfste Maßnahmen, ehe es zu spät ist. König hat den Oberbefehl de facto dem serbischen General Bojović übertragen und den Kronprinzen abberufen. Hiedurch übernimmt Serbien die leitende Rolle in der Skutarifrage als Einleitung weiterer Verwicklungen."

Aus Sofia von dem am 4. April aus Adrianopel zurückgekehrten Militärattaché:

„Organe des Hauptquartiers teilten am 2. April mit, daß nur fünf Infanterieregimenter mit entsprechender Artillerie und Kavallerie in Adrianopel verbleiben. Alle übrigen Truppen — zirka sechs Brigaden — gesamte schwere Artillerie sind im Abtransport an die Čataldža; letzterer in einigen Tagen beendigt. Abtransport der Serben — zwei Divisionen — nach Serbien hat bereits 2. April begonnen."

Vom 7. Korps-Kommando in Temesvar (Kundschaftsstelle):

„Erste Staffel Donau-Division II heute vormittags allmählich eingetroffen (in Belgrad). In Belgrad verlautet, daß das Gros der serbischen Adrianopel-Armee nicht in Serbien, sondern in Albanien zur Verwendung gelangen soll."

Ich sandte diese Telegramme mit folgendem Schreiben an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz

beehre ich mich die beiliegenden sehr symptomatischen Telegramme zu übersenden. Ich glaube, daß auf Grund dieser Geschehnisse bei der Botschafterkonferenz auf eine sofortige klare Stellungnahme und auf eine unverklausulierte Fixierung der Maßnahmen zu dringen wäre, die gegen das Vorgehen Serbiens und Montenegros getroffen werden, mit der Erklärung, daß die Monarchie mit der Wahrnehmung ihrer vitalen Interessen nicht länger zögern könne und daher gezwungen wäre, ihren eigenen Weg zu gehen.

Ich muß von meinem Standpunkt auch erneuert wieder auf das höchst Bedenkliche der Massierung starker serbisch-montenegrinischer Kräfte so hart an unserem Gebiet — speziell am Kriegshafen Cattaro — hinweisen und als besonders gravierend hervorheben, daß diese Kräfte nunmehr, dank der serbischen Seetransporte, über modernes Belagerungs-Artilleriematerial verfügen.

Auf dieses Faktum könnte wohl auch den Mächten gegenüber hingewiesen und unsere Gegenaktion begründet werden.

Ich glaube, daß jetzt wohl kein Zweifel darüber bestehen kann, daß sich Serbien von der montenegrinischen Sache nicht trennen wird, sondern vielmehr eher nunmehr die Führung sowohl politisch als militärisch übernehmen dürfte.

Genehmigen etc. Conrad."

Am 5. April waren die französischen und englischen Schiffe vor Antivari eingetroffen. Graf Berchtold hatte Mitteilung erhalten, daß der Antrag auf Blockade auf Widerstand stößt. Auch kam die Nachricht, daß Italien durch die griechischen Ansprüche auf Südalbanien gereizt sei und angeblich eine Expedition nach Valona vorbereite. Die italienische Presse erging sich damals auch in Hetzartikeln gegen Österreich-Ungarn.

Am Abend des 5. April war ich bei Graf Berchtold, wo später auch der Kriegsminister erschien. Gesprächsthema war die zweifelhafte Haltung Italiens und die Notwendigkeit, es in die eigene Aktion hineinzuziehen.

Ich: „Einen gleichzeitigen Krieg gegen Italien, Rußland und am Balkan können wir nicht führen und allein auch einen solchen gegen Rußland und am Balkan nicht, gegen Italien und am Balkan kaum."

Graf Berchtold: „Äußerstenfalls müßte man Italien gegen Griechenland engagieren, ja selbst nach Albanien und Valona lassen."

Ich: „Ja unter der Voraussetzung, daß man die Italiener später wieder herausbringt."

Graf Berchtold: „Könnte jetzt Belgrad als Faustpfand besetzt werden?"

Ich: „Dazu gehört die B-Mobilisierung, um sich auch dort halten zu können*).

Graf Berchtold: „Wäre eine Beschießung von Belgrad möglich?"

Ich: „Ja, durch schwere Artillerie und durch die Donau-Flottille."

Graf Berchtold: „Wann könnte das 15. und 16. Korps operationsbereit sein?"

Ich: „Wenn die Tragtiere für den Train angekauft sind, in vier bis fünf Tagen für beschränkte Zwecke."

---

*) Bei vielen Nichtmilitärs, auch Diplomaten, bestand die irrtümliche Vorstellung, daß man mit solchen kleinlichen Pressionsmitteln etwas erreichen könne, ganz vergessend, daß dies wohl irgend einem Negerstaat gegenüber anginge, nicht aber gegen einen europäischen Staat, der über eine tüchtige Wehrmacht verfügt und obendrein die Unterstützung von Großmächten hinter sich weiß.

Schließlich wurde, mehr akademisch, über die Idee gesprochen, sich mit Rußland und den Balkanstaaten zu verständigen, um freie Hand gegen Italien zu bekommen, falls dieses feindselig gegen die Monarchie auftritt.

Am 6. April langte die Meldung ein, daß der Admiralsrat auf eine Blockade nicht eingehe, äußerstenfalls auf eine solche der montenegrinischen Küste und der montenegrinischen Schiffe. Der französische Kommandant sei aber gegen jede scharfe Maßregel. Trotzdem erging an Vizeadmiral Njegovan der Befehl zu einem erneuerten Versuch.

Am 9. April war ich mit dem Kriegsminister Exzellenz Krobatin beim bayrischen Gesandten Baron Tucher zum Souper. Exzellenz Krobatin wurde plötzlich telephonisch abberufen und erzählte, zurückgekehrt, daß der gemeinsame Finanzminister in größter Aufregung wäre, weil ein Erlaß für die Durchführung der Grenzsperre vorbereitet wurde. Dieses Intermezzo gibt Einblick in die bestehenden Friktionen.

Je komplizierter die Lage wurde, desto mehr war ich darauf bedacht, den nächst betroffenen militärischen Funktionär, Feldzeugmeister Potiorek, zu orientieren, so in nachstehendem Schreiben:

„Wien, am 7. April 1913.

Euer Exzellenz!

Bezüglich der allgemeinen Lage beehre ich mich, E. E. folgendes mitzuteilen:

Hauptcharakteristik scheint zu sein, daß keine der Großmächte: Deutschland, Italien, Frankreich, Rußland, England, einen Krieg will, daß daher alle bemüht sind, die Monarchie, selbst auf Kosten des Prestiges und der Interessen der letzteren, von einem Schritt abzuhalten, der diesen Krieg nach sich ziehen könnte.

Für die Monarchie ist es unklar, wie weit die Mächte für die Hintanhaltung einer Komplikation gehen, speziell inwieweit Deutschland und Italien ihre Bundestreue in die Wagschale werfen würden. Es ist weiter fraglich, ob — wenn die Monarchie gegen Serbien und Montenegro einschreitet — Rußland dem zusehen oder die Monarchie angreifen würde, sei es sofort, sei es in einem späteren Stadium der ö.-u. Aktion gegen diese beiden Staaten.

Bei allen diesen Fragen spielt noch der Umstand mit, daß in Rußland, Frankreich und Italien außer der offiziellen Regierung auch noch der Wille der Aktionsparteien mitspricht, so daß offizielle Zusagen noch durchaus keine Gewähr bieten.

Der Konflikt zwischen Bulgarien und Rumänien, dessen Mitwirkung gegen Rußland für uns von größter Bedeutung ist, die Spannung zwischen

Bulgarien und Serbien, das Verhalten Griechenlands mit Bezug auf den Epirus und die Hoffnung, es hier mit Italien in Gegnerschaft und damit letzteres an die Seite der Monarchie zu bringen, sind weitere Komplikationen, die infolge des Schwankens der anderen Mächte täglich wechseln.

In all dem liegt die Ursache der zögernden Haltung unserer Politik, die dermalen noch darauf hinausläuft, die Wahrung unserer ohnehin leider sehr reduzierten Balkaninteressen im Konzert mit den Großmächten zu erreichen.

Ich für meinen Teil glaube, daß letzteres nicht erlangt, die Monarchie daher vor die Wahl gestellt werden wird, entweder im wesentlichen nachzugeben oder auf eigene Faust in die Aktion zu treten, d. h. gegen Serbien und Montenegro vorzugehen und hiezu die B-Mobilisierung durchzuführen, auf die Gefahr hin, daß Rußland eingreift, also unserseits die R-Mobilisierung einsetzen muß. Kommt es hiezu, so würde auch im letzteren Falle, ebenso wie bei einer sofortigen R-Mobilisierung, die 40. I. T. D.*) Euer Exzellenz verbleiben und, wie bereits mitgeteilt, nach Sarajevo instradiert werden.

Die 19. I. T. D. hingegen würde zwar nach Triest dirigiert, von wo sie mit dem Gros am 12., Rest am 16., abgehen könnte, bliebe aber dem Armeeoberkommando vorbehalten, würde also eventuell auch nach Norden (gegen Rußland) herangezogen werden. Da diese I. T. D., wenn sie im Seetransport nach B. H. D. dirigiert würde, in einem Echelon fahren würde, damit sie als Ganzes verwendet zu werden vermöchte, entfällt die Bedeutung einer speziellen Staffelordnung.

Ich resumiere wie folgt:

E. E. müssen gefaßt sein, daß der Kriegsfall B zur Durchführung gelangt, wobei E. E. die Bekämpfung der von Montenegro, aus dem Sandžak sowie von Užice zu gewärtigenden Kräfte zufallen würde, sowie daß der R-Fall eintritt, in welchem E. E. mit dem 15. und 16. Korps der 40. I. T. D. und der 5. Armee (13. Korps, 20. I. T. D. und Landsturmtruppen) den Krieg gegen Serbien und Montenegro führen müßten.

Den Kriegsfall gegen Montenegro allein halte ich für kaum wahrscheinlich.

Für den Ankauf des vollen Pferde- und Tragtierbedarfs auf den Kriegsstand ist das Kommando bemüht, die Mittel beim Finanzminister zu erlangen, was sich in den nächsten Tagen entscheiden muß.

Ich bitte E. E. um geneigte Mitteilung, wie sich, falls dieser Ankauf bewilligt und effektuiert würde, die Konzentrierung Ihrer Truppen

*) I. T. D. = Infanterie-Truppen-Division.

gestalten wird, d. h. an welchem Tage dieselben in den Konzentrierungsräumen zur Offensive bereitstehen würden.

Ich bitte E. E., den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und der besten Grüße entgegenzunehmen, womit ich bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I.“

Dieses Schreiben beantwortete Feldzeugmeister Potiorek wie folgt:

„Sarajevo, 12. April 1913.

Euer Exzellenz!

Ich danke verbindlichst für die mir mit dem Briefe vom 7. d. M. gemachten äußerst wertvollen Mitteilungen.

Mit Bezug auf den ersten, die politische Lage betreffenden Teil des Briefes erübrigt mir — da diese Lage leider als eine gegebene Tatsache hingenommen werden muß — vor allem nur die dringende Bitte an E. E., dahin zu wirken, daß die Entscheidung über das weitere Verhalten der Monarchie in den allernächsten Wochen — vor Ende April — getroffen werde.

Daß ich für meine Person den Appell an die Waffen für die beste Entscheidung halte, spielt bei dieser Bitte nicht mit. Ich stelle die letztere nur aus den Gründen, weil eine Entscheidung — mag sie wie immer ausfallen — endlich getroffen werden muß. Ein weiteres Zögern würde die hochernste Gefahr mit sich bringen, daß bei den seit vier Monaten auf Kriegsstand befindlichen Truppen in Bezug auf Disziplin und Geist sich Erscheinungen zeigen könnten, die nicht bloß unser Ansehen vor der Welt noch weit erheblicher schädigen würden, als es bereits geschädigt ist, sondern die wir auch bei einem späteren Waffengange als ein ernstes Schwächemoment kennen lernen könnten. Daß uns dieser Waffengang binnen längstens 2 bis 3 Jahren nicht erspart werden wird, halte ich aber für feststehend.

Dermalen sind Geist und Disziplin noch durchwegs vortrefflich und werden durch kurze Zeit auch noch auf dieser Höhe zu erhalten sein. Aber alles hat schließlich ein Ende, und wenn man sich in das Seelenleben der Reservisten hineindenkt, muß man bewundern, daß sie sich dermalen noch so vortrefflich halten. Auf viel länger als noch einige Wochen das gleiche zu erwarten, wäre ein zu großer Optimismus. Sollte also die Entscheidung trotzdem bis in den Mai verschoben werden müssen, so wäre es notwendig, die ältesten Reservejahrgänge durch Leute jüngerer Jahrgänge zu ersetzen. Dies sollte jedoch sukzessive erfolgen, um den Wert der jetzt festgefügten marsch- und schießgeübten Bataillone nicht zu stark zu schädigen.

Im übrigen bleibt mir für den Fall, als es jetzt zum Kriege kommen sollte, in Bezug auf die politische Lage nur noch der Wunsch übrig, daß unsere Diplomatie wenigstens das Eine zustande bringe, uns nicht auch noch Bulgaren und Griechen auf den Hals zu hetzen.

Ich übergehe auf die im Briefe E. E. berührten militärischen Angelegenheiten.

In dieser Beziehung kann ich in der Hauptsache auf das gleichzeitig mit diesem Schreiben an E. E. abgehende Elaborat verweisen.

Ergänzend möchte ich folgendes sagen:

Wenn Skutari fällt, ehe wir alarmieren und mobilisieren, das Gros der serbo-montenegrinischen Belagerungsarmee also genügend Zeit zur Verschiebung an die herzegowinische Grenze fände, um schon in den allerersten Alarmierungstagen einbrechen zu können, würde sich die Einziehung der b.-h. Nichtaktiven im Südteile des Landes sehr schwierig gestalten, vielleicht sogar undurchführbar erweisen.

Darum wäre, wenn Skutari in einem Augenblicke fällt, wo es noch nicht entschieden sein sollte, daß wir »jetzt« unter keiner Bedingung zu den Waffen greifen werden, mit der Einziehung der b.-h. Nichtaktiven nicht weiter zu zögern. Selbstredend hätte sie dann im ganzen Lande zu erfolgen und wären gleichzeitig auch die territorialen Eisenbahnsicherungsabteilungen und Gendarmerie-Assistenzen zu formieren, sowie die Möglichkeit zu eröffnen, Beamte aus der »Evidenz« der 2. und 3. Reserve (Landsturm) nach Bedarf einzuziehen.

Daß wir uns seit Beginn der Krise in operativer Beziehung ununterbrochen geistig bereithalten und dabei immer nicht nur mit dem Falle B, sondern in erster Linie stets auch mit dem für mich schwierigeren Falle R gerechnet haben, ist E. E. aus den mündlichen Referaten, die ich zu Weihnachten und Ostern durch meinen Flügeladjutanten erstatten ließ und aus der persönlichen Rücksprache mit E. E. gelegentlich meiner letzten Wiener Reise zu Ende Jänner bekannt.

Die erste bezügliche Arbeit vom Dezember v. J. basierte auf der zu jener Zeit vorhandenen Möglichkeit, daß sich das Gros der serbischen Streitkräfte noch zeitgerecht an die Donau und untere Drina, oder doch wenigstens in die Räume Palanka—Arangjelovac, Valjevo, Užice und Plevlje verschieben und aus den drei letzteren Räumen in den ersten Alarmierungstagen in der Richtung auf Sarajevo in Bosnien einbrechen könne, während Montenegro damals durch die Kämpfe bei Skutari vollauf in Anspruch genommen war. Für diesen Fall wurde die Konzentrierung des Gros der in B. H. D. befindlichen Streitkräfte im Raume bei Sarajevo vorbereitet.

Weiter wurde dann diese erste (auf die Fälle R und B gestimmte) Arbeit unter der Annahme ergänzt, daß im Falle B später von Sarajevo aus die Offensive in den Sandžak und über Užice aufzunehmen sein dürfte.

Als der Gang der Kriegsereignisse andere operative Möglichkeiten in den Vordergrund treten ließ, haben wir die Aufnahme der Offensive nach Montenegro für die beiden Fälle vorbereitet, als die bei Skutari befindlichen Serbo-Montenegriner entweder die Bocche di Cattaro anfallen, oder ihre Hauptkraft in der Richtung auf Niksić sammeln würden. Für diese Fälle wurde die Bereitstellung des Gros der Kräfte bei Kalinovik—Nevesinje—Stolac und südlich dieser Linie geplant, um von dort nach erlangter Operationsbereitschaft im Vereine mit der gleichzeitig bei Gravosa auszuschiffenden 19. Division die Offensive aufzunehmen, während die Entscheidung über die Verwendung der nach Sarajevo instradierten 40. Division und der auf dem Seewege erst zu einem späteren Zeitpunkte zu erwartenden 22. Division dem Gange der Ereignisse vorbehalten blieb.

Als es endlich wahrscheinlicher wurde, daß Skutari fallen und die Belagerungsarmee Zeit haben könnte, sich an die Nordgrenze Montenegros zu verschieben, haben wir die Abwehr einer in den ersten Alarmierungstagen möglichen, auf Nevesinje oder Sarajevo zielenden, vermutlich aber beiderseits der oberen Narenta ansetzenden Offensive in ernste Erwägung gezogen. In diesem Falle bin ich anfänglich ganz auf die im Lande befindlichen Kräfte angewiesen und dürfte auf das zeitgerechte Verfügbarwerden der 40. Division bei Sarajevo (trotz ihrer gegen früher beschleunigten Instradierung) kaum, und auf das Eingreifen der (unter den angenommenen Verhältnissen bei Neum auszuschiffenden) 19. Division noch weniger warten können. Ich brauche dies auch nicht, weil die eigene Lage durch das Vorziehen der 5. Brigade nach Čaplina—Domanović—Stolac und der 12. Brigade auf Sarajevo erheblich gebessert worden ist.

Die dieser letzten operativen Studie zu Grunde liegenden Voraussetzungen decken sich in der Hauptsache bereits mit denjenigen des Briefes E. E., und wie ich mich bei Eintritt des von E. E. dermalen als vergleichsweise wahrscheinlichst betrachteten Falles zu verhalten gedenke, werden E. E. gleichwie alle anderen verlangten Orientierungen dem gleichzeitig mit diesem Schreiben abgehenden Elaborate entnehmen.

In diesem Elaborate ist gemäß der von E. E. erhaltenen Mitteilungen mit der 40. Division bestimmt, mit der 19. nur bedingungsweise, mit der 22. gar nicht gerechnet. Ich glaube aber mit der Annahme nicht fehlzugehen, daß E. E. nach wie vor entschlossen sind, in den Kriegsfall B mit der früher in Aussicht genommenen verstärkten Gesamtkraft ein-

zutreten, wenn der Fall R ausgeschlossen sein sollte oder doch in weiterer Ferne stünde und daß ich dann auch auf die 22. Division wieder rechnen könnte.

Ich möchte E. E. überdies bitten, zu erwägen, ob es nicht auch bei den im Briefe vom 7. d. M. gemachten Voraussetzungen besser wäre, bei Triest vorerst die 22. statt der 19. Division à double usage bereit zu stellen und die 19. statt der 22. nachzusenden, wenn die Möglichkeit hiefür vorhanden ist. Nach Galizien hat die 19. Division über Triest einen unvergleichlich größeren Umweg als die 22., die viel näher an Triest mobilisiert. Für die Herzegowina wäre aber die 22. Division entschieden vorzuziehen, weil sie gebirgsgewohnter und zum Teile mit einer Gebirgsausrüstung versehen ist, die B. H. D. sehr zustatten käme, auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatze hingegen nicht gebraucht werden kann.

Unabhängig davon, ob E. E. dieser Anregung Folge geben oder nicht, ersuche ich dringend, für den eventuellen Seetransport ab Triest — soweit dies möglich ist — Schiffe kleineren Typs chartern zu lassen. Denn große Schiffe können an keiner der überhaupt in Betracht kommenden Landungsstellen (Gravosa oder Neum) direkt anlegen, was die Ausschiffung aus solchen Fahrzeugen sehr verlangsamt.

Auch darum ersuche ich, nicht für »alle« Fälle an der Sendung der eventuell von Triest kommenden Heereskörper als »Ganzes« festzuhalten, sondern dieselben — wenn die Zulässigkeit ihrer Instradierung in die Herzegowina schon in den ersten Mobilisierungstagen außer Frage stünde — staffelweise zu expedieren, weil dies die Ausschiffung erleichtern und die Verwendungsmöglichkeit beschleunigen würde.

Zum Schlusse meines Schreibens erübrigen mir noch einige Wünsche für jene Eventualität, als von Anfang an der Fall R eintreten, mir demnach mit der 6. und 5. Armee die Bekämpfung der Serben und Montenegriner zufallen sollte.

Der wichtigste dieser Wünsche betrifft die Schaffung eines klaren Verhältnisses zur Flotte (beziehungsweise zu dem nicht außerhalb der Adria verwendeten Teile derselben). Ein solches Verhältnis läßt sich nur durch direkte Unterstellung nicht aber durch Verweisung auf gegenseitiges Einvernehmen erreichen.

Zweitens bitte ich mir — sobald der in Rede stehende Fall als voraussichtlich bald eintretend erkannt werden sollte — eine Abschrift der für die 5. Armee vorbereiteten Behelfe zukommen zu lassen, damit ich Zeit habe, mich über die Verhältnisse dieser Armee gründlich zu informieren. Die bisherigen Mitteilungen über diese Armee geben ein zwar vorläufig genügendes allgemeines Bild, aber doch keinen ausreichenden Einblick in viele wichtige Einzelheiten, so z. B. nicht darüber, ob auch im Falle

R für die sehr erwünscht scheinende Bereitstellung von Dampffähren bei Slankamen und Brčko gesorgt ist; u. s. f.

Leider sieht es gerade heute wieder sehr friedlich aus.

Mit herzlichen Grüßen

Euer Exzellenz in ausgezeichneter Hochachtung ergebenster

Potiorek, FZM."

Ich dankte Feldzeugmeister Potiorek mit nachfolgendem Briefe:

„Wien, 15. April 1913.

Euer Exzellenz

beehre ich mich vor allem meinen ergebensten Dank für die geschätzten Mitteilungen vom 12. d. M. zu übersenden und der Freude Ausdruck zu geben, daß wir uns in allen großen wesentlichen Fragen in voller Übereinstimmung befinden; einzelne Detailangelegenheiten finden in der hierstelligen Zuschrift Nr. 1621, Res. vom 15. d. M. ihre Erledigung.

Hinsichtlich der allgemeinen Lage kann ich nur anführen, daß sie mir ebensowenig geklärt erscheint wie bisher. Details sind E. E. aus den Tagesberichten bekannt.

Ich habe heute in Audienz bei Seiner Majestät erneuert die Ansicht vertreten, daß ein gedeihlicher Ausgang der Balkankrise für die Monarchie nur dann noch möglich erscheint, wenn sie sich entschließt, das Konzert der Mächte zu verlassen und ihre Interessen mit den Waffen zu vertreten, welchenfalls der zunehmende Antagonismus zwischen Serbien und Bulgarien auszunützen wäre.

Seine Majestät verschloß sich meinen Darlegungen nicht, meinte aber: »Das will sehr überlegt sein.«

Ich hoffe noch immer, daß die Ereignisse endlich die Monarchie zur Tat drängen werden und daß dann auch jene mißlichen Verhältnisse entfallen, die sich jetzt hinsichtlich der Stimmung der Reservisten geltend zu machen beginnen. Ich habe Seiner Majestät über E. E. briefliche Mitteilungen in dieser Hinsicht berichtet und bei dieser Gelegenheit die eventuell eintretende Notwendigkeit betont, einen Austausch der ältesten Reservejahrgänge eintreten zu lassen.

Mit großem Interesse verfolge ich alle Nachrichten vom Abzuge der Serben aus Albanien, vermag aber dermalen noch nicht zu ermessen, inwieweit ein solcher realisiert wird; es erscheint mir am wahrscheinlichsten, daß die serbischen Besorgnisse vor Bulgarien einen solchen Abzug als Grundlage haben.

Mit herzlichen Grüßen

Euer Exzellenz in ausgezeichneter Hochachtung ergebenster

Conrad, G. d. I."

Nachdem bisher alle Mittel gegenüber Montenegro unwirksam geblieben waren, tauchte auf Grund eines Antrages seitens Frankreichs und Italiens die Idee auf, Montenegro durch eine Geldzuwendung zum Nachgeben zu bringen. Dies veranlaßte mich zu folgendem Schreiben an Graf Berchtold:

„Wien, am 10. April 1913.

Euer Exzellenz!

Als gestern die Frage einer finanziellen Entschädigung des Königs von Montenegro zur Sprache kam, habe ich dies nicht ernst genommen, trotzdem aber sofort mich dahin geäußert, daß ich es natürlich ganz ausgeschlossen erachte, daß die Monarchie auch nur einen Heller dazu hergebe. Die heutigen Blätter bringen aber über diese Sache so viele Details, daß man fast glauben muß, es gäbe heute welche, die eine solche Lösung (?) faktisch im Auge haben. Ich möchte daher meine gestern mündlich getane Äußerung heute noch schriftlich erhärten und es als ganz unzulässig bezeichnen, daß die Monarchie an einem solchen Ausweg teilnehme.

Der schimpfliche Tribut, den Graf Ährenthal seinerzeit der Türkei zahlte, ist noch zu sehr in aller Erinnerung, als daß man der Bevölkerung erneuert Derartiges bieten könnte, umsomehr, als ihr durch die jetzige Krise neue Lasten auferlegt werden.

Hat die Monarchie überflüssiges Geld, so läge es wohl näher, dieses den Reservisten zu geben, als dem König von Montenegro. Vor allem muß aber endlich auch einmal mit einem Faktor gerechnet werden, und das ist die Armee. Die Armee, voran das Offizierskorps, würde es als eine ihr angetane Schmach ansehen, wenn man zu dieser Zuflucht griffe.

Ganz abgesehen von allem, erachte ich aber auch den politischen Effekt einer solchen Abfindung für Null. Denn König Nikita würde das Geld zwar schmunzelnd einstecken, aber dann sofort wieder in seine unzuverlässige Politik verfallen, sich daher auch mit Serbien gegen die Monarchie abfinden, welch letztere dann zu dem Schaden nur noch den Spott hätte.

Ich erachte es daher, so wie ich es schon gestern darlegte, für viel angemessener, dem König von Montenegro nahezulegen, daß er nur dann auf eine Unterstützung (natürlich keine finanzielle) seitens der Monarchie zu rechnen habe, wenn sich Montenegro in der von mir gestern erörterten Weise an die Monarchie staatlich anschließt.

Er müßte wählen zwischen der Monarchie und Serbien; wählt er erstere, dann müsse er sich aber auch konkret an diese anschließen; bloße Versprechungen wären wertlos.

Ohne diesen Anschluß bleibt stets die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenschlusses Serbiens mit Montenegro bestehen, gleichgültig, ob auf dem Thron von Montenegro ein Petrović Njeguš oder irgend ein anderer oder gar keiner sitzt.

Ich halte daher dafür, daß sich die Monarchie in solche Händel nicht hineinziehen lassen soll.

Ganz dasselbe erachte ich ebenso gegenüber der Forderung Serbiens nach 130 Millionen Kriegsentschädigung für die Räumung Albaniens geboten, da niemand den Serben befohlen hat, nach Albanien hineinzugehen.

Ich glaube, daß die Monarchie beizeiten betonen sollte, daß sie auf derartige Schliche nicht eingeht, sondern, wenn sie die Mächte dabei im Stich lassen, ihren eigenen Weg einschlagen und dafür, sowie für alle daraus folgenden Konsequenzen jene verantwortlich machen würde, welche sie in diese Zwangslage versetzen. Vielleicht wäre es jetzt doch an der Zeit, vor den Delegationen in ähnlicher Weise klar zu sprechen, wie es Bethmann Hollweg im Deutschen Reichstag getan hat; vielleicht schiene auch die jetzige Lage geeigneter, die Armeeforderungen nach erhöhtem Rekrutenkontingent und erhöhten Budgetforderungen einzubringen, als die Zeit nach Abflauen der Krise. Selbstverständlich ist dies eine persönliche Meinungsäußerung, deren Entscheidung ich ganz dem Ermessen E. E. überlassen muß.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung und der besten Grüße, womit ich bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Als gelegentlich einer Audienz diese Frage auch mit Seiner Majestät zur Sprache kam, bemerkte ich:

„Euer Majestät! Der König von Montenegro gleicht einem doppelarmigen Kandelaber, die eine Hand hält er Euer Majestät, die andere dem Zaren entgegen, mit beiden aber nimmt er."

Am 11. April war die Nachricht eingelaufen, daß serbische Offiziere mit einer Kriegskasse auf dem Dampfer „Adelsberg" in Cattaro eingetroffen seien, um nach Cetinje zu gehen. Der Kriegsminister ließ dieselben festhalten. Darüber herrschte sowohl im Ministerium des Äußern, sowie in jenem des Innern größte Aufregung — ein Symptom dafür, wie weit auf energisches Eingreifen in die Lage zu hoffen war. Um so dringender erschien es daher, daß von militärischer Seite wenigstens die nächstliegenden Maßnahmen, nämlich eine bis Durazzo erweiterte Blockade und die Grenzsperre zu Lande betrieben werden, denn es war

geradezu widersinnig, einerseits von Serben und Montenegrinern die Einstellung der kriegerischen Aktion zu verlangen, anderseits aber trotz verfügbarer Gewaltmittel ruhig zuzusehen, wie die Zufuhr von Truppen, Kriegsmaterial, Geld und Verpflegung an diese beiden Kriegführenden erfolgte.

Ohne die Doppelzüngigkeit, Schlauheit und Skrupellosigkeit der Balkanstaaten, sowie die Mentalität ihrer leitenden Persönlichkeiten richtig einzuschätzen, schmeichelte man sich, mit den althergebrachten diplomatischen Mitteln ernste Gefahren beschwören zu können und war sofort bereit, in jedem Scheinnachgeben der politischen Gegner einen großen Erfolg zu sehen.

Am 11. April, abends, erhielt ich folgenden Brief Graf Berchtolds:

„Euer Exzellenz!

Eben — 7½ Uhr abends — Telegramm aus Belgrad eingelangt, wonach Generalsekretär unserem Gesandten mitteilte, daß serbische Regierung an ihre Truppen Befehl erlassen habe, sofort alle Feindseligkeiten einzustellen.

»König Nikolaus wird wütend sein« — hätte Generalsekretär hinzugefügt — »und uns des Verrates beschuldigen, aber wir haben ihn wissen lassen, daß Serbien Pflichten gegen sich selbst habe und nicht weiter gegen seine eigenen Interessen handeln könne.«

Die Skutari-Frage dürfte auf diese Weise von selbst ihre Lösung finden, denn die Montenegriner allein werden die Festung nicht einnehmen.

Sollten die Serben trotz dieser guten Dispositionen Albanien nicht räumen wollen, wäre allerdings wieder auf die von uns ursprünglich beantragte Ausdehnung der Blockade über Durazzo hinaus zurückzukommen.

In gewohnter Verehrung etc. Berchtold.

11. April 1913."

Diesen Brief beantwortete ich mit nachstehendem:

„K. u. k. Chef des Generalstabes.
Geh. Nr. 134.

An Seine Exzellenz den Herrn wirklichen Geheimen Rat und Kämmerer
Leopold Grafen Berchtold von und zu Ungarschitz
Ritter des Ordens vom Goldenen Vliese etc. etc. etc.
Magnatenhausmitglied des ungarischen Reichstages
Minister des Kaiserlichen und Königlichen Hauses und des Äußern
in Wien.

Wien, am 12. April 1913.

Indem ich E. E. für das hochgeschätzte Schreiben vom 11. d. M. ergebenst danke, bitte ich in der schwebenden Frage die nachfolgenden Anschauungen zum Ausdruck bringen zu dürfen.

Ich sehe den Grund für die so bereitwillige Zurückziehung der serbischen Truppen von Skutari vornehmlich in dem gespannten Verhältnis zwischen Serbien und Bulgarien, vor dessen Austragung von einer Beendigung der Balkankrise nicht gesprochen werden kann, wenngleich das russische Kommuniqué schon an diesem Ziele zu stehen vermeint.

Trotz des gönnerhaften Tones, in welchem dieses Kommuniqué alle berechtigten Forderungen der Monarchie als erfüllt hinstellt, bin ich der Ansicht, daß dies für letztere noch lange nicht der Fall ist.

Vor allem wird an die Monarchie die Frage herantreten, wie sie sich im Falle eines kriegerischen Konfliktes zwischen Serbien und Bulgarien zu verhalten habe, und erachte ich dafür, daß diese Gelegenheit jedenfalls zur Ordnung des Verhältnisses mit Serbien und Montenegro auszunützen wäre.

Weiters steht die Weigerung Serbiens zur Räumung Albaniens, dann der wirtschaftliche Boykott gegen die Monarchie, endlich die Fusion Serbiens und Montenegros bevor, sei dies unter einer Dynastie oder unter zwei verbündeten Dynastien.

Diese Fusion würde dem serbisch-montenegrinischen Staate nicht nur den Seeweg an die Adria eröffnen, sondern auch eine vitale Bedrohung unseres süddalmatinischen Besitzes, vor allem unseres Kriegshafens Cattaro bedeuten, der nun den Angriffen einer modernen und wohlausgerüsteten Militärmacht (Serbien) ausgesetzt wäre, was um so bedenklicher ist, als die lokalen Verhältnisse bei Cattaro einem solchen Angriff alle Vorteile bieten, insolange nicht die Lovčengruppe und das Plateau von Zalesie dem eigenen Staatsgebiet einverleibt und permanent befestigt sind.

Ich glaube, daß die Monarchie noch immer damit rechnen muß, ihre vitalen Interessen geltend zu machen und zu vertreten, was einem vereinigten Serbien und Montenegro gegenüber doch nur mit Waffengewalt möglich wäre.

Sollten jedoch die angeblichen Sondierungen des Kronprinzen Danilo darauf hinweisen, daß es möglich wäre, mit Montenegro ein freundschaftliches Sonderabkommen zu treffen, so dürfte dieses nur unter Sicherung jener konkreten Zugeständnisse geschehen, welche ich mir schon öfter anzuführen erlaubt und welche in einem Bundesanschlusse ihren Ausdruck fänden. Als einziges militärisch wertvolles Zugeständnis ohne solchen Bundesanschluß vermöchte ich nur die Abtretung der oberwähnten

Gebiete (Lovčen, Zalesie) hinzustellen, für deren Forderung man die durch die Neugestaltung der Dinge entstandene große Gefährdung unseres Kriegshafens geltend machen könnte.

Ob eine solche Abtretung erreichbar, oder ob es nicht eher möglich erschiene, Montenegros Anschluß an die Monarchie zu erlangen, müßte ehestens festgestellt werden.

Wie ich in einem im Herbste 1912 verfaßten und auch E. E. vorgelegten Memoire privaten Charakters ausführte, hätte ich es — nachdem die Chancen des Jahres 1909 ungenützt verpaßt waren — für das erwünschteste betrachtet, wenn sich die Monarchie auf die Seite des Balkanbundes und in ein bundesfreundliches Verhältnis speziell zu Serbien und Montenegro gestellt hätte; die schroffe, bis zur gehässigen Feindseligkeit gesteigerte Ablehnung jedoch, welche die Monarchie von diesen Staaten erfuhr, hatten diesen Weg aussichtslos erscheinen lassen. Ob sich dies nun infolge der Mißerfolge Montenegros und infolge der Rivalität der Herrscherfamilien wenigstens bezüglich Montenegros jetzt etwa erreichen ließe, müßte der Versuch lehren. Die Garantien, die dafür seitens Montenegros geboten werden müßten, habe ich im Vorstehenden ausgeführt.

Daß ein Anschluß Montenegros an die Monarchie auch noch den großen Vorteil eines Landanschlusses an Albanien brächte, käme hier gleichfalls noch in Betracht.

Gelänge es, Montenegro derart zu gewinnen und in Gegensatz zu Serbien zu stellen, gelänge es weiter, Bulgarien zur direkten Angrenzung an Albanien zu bringen, so wäre Serbien dadurch derart eingeschlossen, daß es sich auch wirtschaftlich der Monarchie fügen müßte, wenn diese nicht jetzt schon darangehen will, die Frage radikal durch Inkorporierung oder den Bundesanschluß Serbiens zu lösen, was wohl vor allem schon zur Erstickung der großserbischen Expansionsbestrebungen stets das Ziel bleiben muß.

Wenn ich nun auch im Vorstehenden alle diese Verhältnisse in Betracht gezogen habe, so erscheint mir eine befriedigende Lösung der Frage doch nur im Wege eines Krieges möglich, für den im Falle eines glücklichen Ausganges ganz besonders auch in Betracht käme, daß sich damit die so gefährlich gewordene slawische, speziell südslawische Frage in einem für die Monarchie günstigen Sinne lösen würde, worin ich eigentlich die Hauptsache erblicke.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Bezüglich dieser Fragen entnehme ich einem am 10. April eingelangten Bericht des k. u. k. Militärattachés in Belgrad folgende Stellen:

„Von offizieller serbischer Seite wird versichert, daß die Truppen nach dem Falle Skutaris und nach der endgültigen Festsetzung der albanesischen Grenzen Albanien sofort verlassen werden. Eine analoge Erklärung enthält auch die Antwortnote Serbiens auf die europäische Demarche bezüglich Aufhebung der Belagerung von Skutari.

Der hiesige k. u. k. Gesandte ist von der Loyalität der serbischen Regierung in dieser Frage vollkommen überzeugt.“

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Die Tatsachen sprechen aber eine ganz andere Sprache wie die serbische Regierung.“

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Während meiner Reise im Kontakt mit serbischen Offizieren, lernte ich die Stimmung im Offizierskorps dahin kennen, daß man alle eroberten Gebiete unbedingt festhalten will.

Verschiedene Anzeichen sprechen auch dafür, daß die russische Hetze hier reger an der Arbeit ist denn je.

Die hier verbreitete Ansicht, daß die Monarchie außerstande ist, jetzt einen Krieg zu führen (wegen unvollendeter Rüstung, Angst vor Rußland und Unverläßlichkeit der südslawischen Regimenter*), wird vom hiesigen russischen Militärattaché eifrig genährt.“

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Muß an sich jeder serbischen Regierungserklärung mit Mißtrauen begegnet werden, so scheint dies insbesondere jetzt gegenüber dem Kabinett Pašić geraten zu sein, da dieses wegen des voraussichtlichen Mißerfolges bei der Aufteilung Mazedoniens ohnedies seinem Sturze entgegensieht. Das auffallende Betonen der korrekten Absichten der Regierung läßt vielmehr vermuten, daß man das Ausland über die getroffenen Maßnahmen hinwegtäuschen will, um im gegebenen Momente, je nach dem Ausgang der Skutarifrage, sich einfach über die gegebenen Versprechungen hinwegzusetzen. Zur Wahrung der Dekors würde das Kabinett Pašić abtreten, und der jetzige Regierungschef würde, wie so oft, die Leitung der russophilen radikalen Politik eine Zeitlang aus dem Hintergrunde besorgen. Es erscheint daher gewagt, vor der endgültigen

*) Diese russische Hoffnung hat sich als falsch erwiesen. Die südslawischen Regimenter, insbesondere Slowenen und Kroaten, Dalmatiner und Bosnier, haben sich im Weltkrieg glänzend geschlagen, bis zu dem Moment, in dem die Monarchie national zerteilt, der Geist der Gemeinsamkeit begraben wurde.

Räumung Albaniens auch nur das geringste unserer militärischen Maßnahmen, die hier mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, rückgängig zu machen. Wie wenig die russischen Schützlinge den Willen selbst der vereinten Großmächte respektieren, beweist ja Montenegro jetzt in eklatanter Weise."

Das Geheimnis für dieses Verhalten Montenegros und Serbiens lag eben darin, daß es in äußerster Konsequenz der Lage die Mächte der Entente auf seiner Seite wußte und auf die Einschüchterung Österreich-Ungarns durch diese rechnete.

Derselbe Bericht enthielt auch eine bemerkenswerte Äußerung des bulgarischen Gesandten in Belgrad, Herrn Toschews, und zwar:

„Herr Toschew bedauerte, daß sich jetzt bei dieser historischen Umwälzung nicht ein großer Staatsmann in Bulgarien, nicht ein Stambulow gefunden habe, der das Balkanproblem einer definitiven Lösung zugeführt hätte. »*Müssen denn sieben Staaten, darunter fünf kleine Königreiche, auf dem Balkan existieren? Nur große Staaten haben Existenzberechtigung. Die Rivalität der kleinen Staaten wird deren friedliche Entwicklung hemmen und noch größere Reibungen in Mazedonien provozieren, wie unter türkischer Herrschaft.*«

Herr Toschew sagte ganz unverblümt, wenn es zum Krieg mit Serbien kommen sollte, würde Bulgarien nicht nur die Bestimmungen des Bundesvertrages durchsetzen, d. i. Mazedonien bis Monastir gewinnen, sondern noch viel weiter gehen. Dann werde man hoffentlich in der Monarchie nicht ruhig zusehen und das Schicksal Serbiens durch eine Aufteilung für immer besiegeln."

Diese berechtigte Hoffnung Herrn Toschews hat sich nicht erfüllt. Der Krieg zwischen Serbien und Bulgarien kam, Österreich-Ungarn aber hatte ruhig zugesehen.

Die Äußerungen Herrn Toschews habe ich am 10. April an Graf Berchtold mitgeteilt.

Am 12. April war vom Militärattaché in London ein Telegramm folgenden Inhalts eingetroffen:

„Die französische Regierung erhält Nachricht aus Adrianopel und Sofia, daß ein bulgarischer Angriff auf Čataldža bevorstehe, stellt daher Antrag zur Entsendung internationalen Flottendetachements mit der Aufgabe, Sicherheit von Konstantinopel aufrecht zu erhalten, kriegerische Operationen auf der Halbinsel Gallipoli und der Nordküste des Marmarameeres zu verhindern und ungestörten Handelsverkehr durch

die Meerenge zu sichern. Rußland hat es bereits gutgeheißen, englischer Minister des Äußern will zuvor geheim mit Ministerpräsidenten beraten, Dreibundbotschafter melden den Vorschlag an ihre Regierungen. Der französische und italienische Botschafter treten für eine von den Großmächten zu garantierende Anleihe für Montenegro ein und wurden aufgefordert, konkrete Vorschläge ihrer Regierungen einzuholen.“

Ich sandte dieses Telegramm mit folgendem Beifügen an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz beehre ich mich bezüglich der umstehenden Nachricht meine Anschauung dahin zu präzisieren, daß wir gar kein Interesse haben, die Operationen der Bulgaren zu behindern, und daß, wenn dies von anderer Seite verlangt wird, wir das gleiche hinsichtlich Albaniens fordern müssen.

Daß wir in finanzieller Hinsicht gar keine Unterstützung an Montenegro leisten können, habe ich mir erlaubt, schon wiederholt auszusprechen.

Genehmigen etc. Conrad.“

Mit welchem Zagen man bei uns der Grenzsperre gegen Montenegro gegenüberstand, beleuchtet folgendes.

Am 13. April traf nachstehendes Telegramm des Armee-Inspektors und Landeschefs in Sarajevo ein:

„25 hiesige Lastwagen im andauernden Transportverkehr Cattaro, Cetinje, Podgorica ausschließlich Proviant, jeder Wagen ladet 16 Meterzentner. Gefahr, bei eventueller Grenzsperre Teil dieser Wagen zu verlieren, weil Blockade teilweise umgangen. Ich halte es für dringend geboten, daß ein solcher Lebensmittelverkehr und im Interesse der Sicherheit des Kriegshafens auch der Personenverkehr zwischen Montenegro und Dalmatien ehestens unterbunden werde und daß analoge Maßnahmen auch an der Grenze zwischen Bosnien und der Herzegowina einerseits und Montenegro und dem Sandžak anderseits statthaben. Heute 12. früh erhielt ich vom k. u. k. gemeinsamen Finanzminister in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina ein streng geheimes Telegramm, welches besagt, daß die mit Reservat Nr. 3435 gemeldete Grenzsperre nicht zur Durchführung gelange, trotzdem aber in unauffälliger Weise der Zuschub von Lebensmitteln auf dem Landwege über die montenegrinische Grenze für die Belagerungsarmee von Skutari hintangehalten werden soll.“

Also statt einer offenen, energischen, überdies durch die Neutralitätspflicht gerechtfertigten Maßnahme ein hinterhältiger Ausweg!

Ich sandte dieses Telegramm mit folgenden Begleitworten an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz beehre ich mich das vorliegende Telegramm zur Kenntnisnahme mit der dringenden Bitte zu übersenden, diesen unhaltbaren halben Maßregeln ein Ende zu machen und die strikte Durchführung der absoluten Grenzsperre anzuordnen. Genehmigen etc.

Conrad."

Graf Berchtold teilte mir hierauf mit, daß er sich in dieser Angelegenheit an den Minister des Innern und den Statthalter in Zara wende.

In derselben Angelegenheit schrieb ich am 16. April an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Nach meinen wiederholten und wohlbegründeten Anträgen auf Ergänzung der Blockade durch die effektive Grenzsperre gegen Montenegro und den Sandžak Novipazar habe ich mit Erstaunen gestern, den 15. April, die Note zur Kenntnis genommen, die in dieser Angelegenheit am 11. April vom Ministerium des Äußern unter Nr. 252 K. d. m. an den k. k. Ministerpräsidenten und an den gemeinsamen Finanzminister ergangen ist.

Auf Grund dieser Note wird an der Landesgrenze des Blockierten an Stelle einer faktischen Unterstützung des von ganz Europa proklamierten Blockadezweckes die kleinliche, nach rechtlichen Begründungen ängstlich suchende Schikane treten.

Da der wahre Zweck in der Durchführung ungenannt bleiben muß, so wird der Erfolg weder praktisch noch moralisch erreicht werden. Dies umsoweniger, als unser Beamtenkorps ohnehin meist der timiden Auffassung zuneigt und die Staatsgewalt und den Staatswillen kaum auf eigenem Gebiete energisch zu betonen gewohnt ist. Für die tatsächliche Behinderung der Lebensmittelausfuhr fehlt übrigens nach dem Wortlaut der Note jede Grundlage, da sich keinesfalls feststellen lassen wird, ob diese Lebensmittel für die montenegrinischen Truppen oder für die Bevölkerung bestimmt sind.

In einer Sonderaktion der Monarchie zum Zwecke der Unterstützung der internationalen Blockade vermöchte ich umsoweniger eine Gefahr zu erblicken, als die angebliche gemeinsame Aktion der Mächte doch nur den vielfach auch offen einbekannten Zweck hat, die Monarchie an der tatsächlichen Wahrung ihrer allerbescheidensten Lebensinteressen zu hindern.

Genehmigen etc.

Conrad, G. d. I."

Zu den ohnehin schon reichlichen Komplikationen trat jetzt noch eine neue hinzu. Es war das Verlangen Griechenlands nach der ganzen

Küstenstrecke gegenüber Korfu. Es hatte dabei Deutschlands Unterstützung auf seiner Seite.

Schon in einer Besprechung mit dem deutschen Militärattaché Graf Kageneck am 1. April machte ich diesem gegenüber die Bemerkung, daß in der jetzigen Krise Frankreich und Rußland enge miteinandergehen, die Dreibundstaaten aber nicht. In der Korfu-Frage sollte dies noch einen stärkeren Ausdruck finden.

Am 13. April, 11.15 Uhr nachts, erhielt ich folgendes Schreiben Graf Berchtolds:

„Euer Exzellenz!

Anbei erlaube ich mir das Einsichtsstück*) mit Dank zurückzusenden. Ich habe dasselbe zum Gegenstand einer Besprechung mit dem Minister des Innern gemacht, der sich darüber mit dem Statthalter in Zara ins Einvernehmen gesetzt hat.

Bei diesem Anlasse möchte ich Sie um Ihre Ansicht befragen, ob es als eine Gefahr für die Adria betrachtet werden müßte, wenn die griechische Küste nach Norden bis zur gleichen Höhe der Nordküste von Korfu ausgedehnt würde. Der italienische Generalstab hat diesfalls Bedenken ausgesprochen, der Anschauung Raum gebend, daß dann der Kanal von Korfu zu einer erstklassigen Flottenbasis umgestaltet werden könnte. In Berlin findet man diese Besorgnis »lächerlich«. Nun wird die Idee einer Neutralisierung der Küste im Falle Überganges in griechischen Besitz ventiliert. Korfu ist bekanntlich seit 1863 unter neutralem Regime.

Mit Gruß

Berchtold."

Hierauf erwiderte ich am 14. April:

„Euer Exzellenz!

Auf E. E. hochgeschätztes Schreiben vom 13. d. M. beehre ich mich E. E. mitzuteilen, daß ich hinsichtlich des Kanals von Korfu die italienische Ansicht teile.

Die Südeinfahrt in den Kanal ist nur 9 km breit, die Nordeinfahrt noch schmäler; Küstenbatterien an der Festlandsküste (jetzt albanesischen) vermöchten also allein schon die Ein- und Ausfahrt zu sperren, so daß es sehr leicht möglich ist, die Straße von Korfu zu einer erstklassigen Flottenbasis auszugestalten, wenn man die Festlandsküste von Süden an bis in die Höhe des Nordens der Insel Korfu besitzt.

Wenn die Deutschen dies »lächerlich« finden, so müßte man auf eigenartige Vermutungen kommen.

---

*) Bezog sich auf die Grenzsperre.

Es schiene, als ob die verwandtschaftlichen Beziehungen zum hellenischen Hof, dann der Besitz des Achilleions, ferner das Streben, sich das serbisch-hellenische Absatzgebiet zu sichern und vielleicht auch der Antagonismus des Deutschen Kaisers gegen den König von Bulgarien mitsprechen würden.

Wir haben die Turkophilie Deutschlands bereits teuer bezahlt, müssen also gegen dessen Serbophilie*) und die damit verbundene Hellenophilie doppelt vorsichtig sein.

Es ist nicht zu leugnen, daß an unserer zurückhaltenden Politik im jetzigen Balkankrieg zum großen Teil die retardierende und ein offenes Friedensbedürfnis voranstellende Haltung Deutschlands Schuld trägt — daran ändert jetzt nachträglich Bethmanns Rede nichts mehr — aber für die Zukunft müßten wir ein einhelliges Vorgehen Deutschlands verlangen, was vor allem fordert, daß sich Deutschland bezüglich unserer Balkannachbarn u n s e r e n Anschauungen und u n s e r e n Bedürfnissen anschließt.

Gewiß wäre es erwünschter, wenn Serbien in e n g e n und l o y a l e n Bundesanschluß an die Monarchie käme, aber bei den jetzigen Aspirationen und Stimmungen dieses Landes erachte ich jedes Liebeswerben erfolglos und nur eine Machtäußerung als letzten Versuch möglich, um unsere sonst gänzlich verlorene Position wieder zu gewinnen.

Will Deutschland das nicht, dann wird es erleben, daß die Monarchie ein slawischer Staat wird, den es in Hinkunft an der Seite Rußlands und Frankreichs sehen dürfte.

Ich halte dafür, daß, wenn die Küste vis-à-vis Korfu in griechischen Besitz käme, dies jedenfalls für uns nicht günstig ist und in diesem Falle darauf bestanden werden müßte, daß sie neutralisiert wird. Vor allem aber sollte sie Albanien verbleiben, und zwar auch noch aus dem Grunde, weil es nicht angeht, Albanien noch mehr zu beschneiden.

Dem griechischen Verlangen, die Südgrenze Albaniens bis an die Linie Tepeleni, Klisura, Frâseri, Moschopolis, Korica zurückzudrängen, wäre mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Sollte den Griechen die Kalamas-Grenze zugestanden werden, ihnen also das Südende des Kanals von Korfu zufallen, so wäre diese Küsten-

---

*) Deutschland hatte mit Serbien weitgehende wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft und den österreichischen Handel aus Serbien allmählich verdrängt; damit auch den Absatz österreichischer Industrieprodukte.

strecke unbedingt zu neutralisieren und dürften die Griechen keinerlei Befestigungen errichten.

Genehmigen etc. Conrad."

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte ich die immer mehr zunehmende Gegnerschaft zwischen Serbien und Bulgarien, in der ich, insbesondere wenn sie in offener Fehde zum Ausbruch kommen sollte, die vorteilhafteste Gelegenheit für Österreich-Ungarns Eingreifen in die Balkankrise ersehen hätte.

Dies brachte ich auch in einer Audienz am 15. April Seiner Majestät gegenüber zum Ausdruck. Nachdem in dieser zuerst die dalmatinische Bahn, das Balkanbahngesetz und die Dringlichkeit der Erhöhung des Rekrutenkontingentes erörtert worden waren, entwickelte sich folgendes Gespräch:

Ich wies auf die regierungsfeindlichen Demonstrationen in Dalmatien und auf die Notwendigkeit hin, ihnen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten und in Ragusa eine Staatspolizei einzuführen; weiter auf das Dringliche der Sanierung der Zustände in Kroatien, für das ich einen General (Rehmen) als königlichen Kommissär statt des Banus vorschlug. Die Regierung Cuvajs bezeichnete ich als unhaltbar.

Seine Majestät: „Cuvaj hat Ordnung geschaffen."

Ich: „Ja, die äußerliche Ruhe war hergestellt, aber das Volk muß das Gefühl haben, daß es in der Monarchie Recht und Schutz findet."

Hierauf kam die Stimmung der einberufenen Reservisten zur Sprache, die in der Erwartung einer kriegerischen Aktion der Einberufung gefolgt waren, jetzt aber des tatenlosen Friedensdienstes müde zu werden begannen. Daran knüpfte ich folgendes: „Die Dinge drängen zur Entscheidung; ich bin der Ansicht, daß die Monarchie nicht stets nur zögern darf, sondern auch handeln muß. Sie ist durch Serbien und Montenegro schon genügend herausgefordert worden. Es wäre zu trachten, Bulgarien in unsere Interessensphäre zu ziehen, es zum Nachgeben gegenüber Rumänien zu bringen, worin auch die Chance läge, mit Rumänien auf gutem Fuße zu bleiben. Die Gegnerschaft Rußlands muß man in Kauf nehmen. Man kann nachdenken wie man will, man vermag zu keinem anderen Entschluß zu kommen und keinen anderen Ausweg mehr zu finden. Entweder muß sich die Monarchie in alles fügen, oder sie muß selbst hervortreten."

Seine Majestät: „Aber gewiß, doch muß man es sich überlegen."

Ich wies auf die Stimmung der Offiziere, die sich durch das tatenlose Hinnehmen aller gegnerischen Machenschaften gedrückt fühlten, sowie auf Anzeichen von Unverläßlichkeit bei einzelnen Regimentern —

Erscheinungen, die in der Zukunft nur zuzunehmen drohten — hin und kam wieder darauf zurück, daß der Monarchie nichts erübrigen werde, als das Konzert der Mächte zu verlassen, ihre Interessen selbständig zu vertreten und hiezu gegen Serbien und Montenegro zu mobilisieren.

Seine Majestät: „Aber ich bitte Sie, jetzt, wo wir mit allen Mächten gehen, sollen wir ausspringen!"

Ich: „Deutschland treibt jetzt serbische und griechische Politik, man muß Deutschland sagen, daß dies nicht angeht."

Seine Majestät: „Ja, die anderen Leute sind ja auch so gescheit, aber der Deutsche Kaiser will nicht; übrigens die Rede von Bethmann Hollweg war ja sehr deutlich."

Ich: „Im April gesprochen, kommt die Rede zu spät; früher hat auch er zurückgehalten."

Seine Majestät wurde sehr nachdenklich und meinte nach einer Pause: „Aber man muß sich die Sache sehr gut überlegen."

Meiner Ansicht, das Konzert der Mächte zu verlassen, lag folgendes Raisonnement zugrunde:

Bei Beginn des Balkankrieges hatten die Mächte laut und feierlich verkündet, unter allen Umständen, wie immer der Krieg auch ausgehen möge, an dem status quo am Balkan nichts ändern zu lassen.

Unter dieser Voraussetzung hat Österreich-Ungarn sich dem Konzert der Mächte angeschlossen.

Was taten nun die Balkanalliierten? Sie kümmerten sich nicht im geringsten um das Verdikt der Großmächte und führten ihren durch nichts seitens der Pforte provozierten Raubkrieg weiter. Wohl nicht nur um eines ritterlichen Sportes willen, nach dem dann alles wieder beim Alten bleiben sollte, sondern darum, den status quo auf dem Balkan über den Haufen zu werfen und sich auf Kosten der Türkei zu vergrößern.

Und was taten die Mächte? Sie ließen es ruhig geschehen, beugten sich vor dem fait accompli, fügten sich dem Diktat der Balkanstaaten, überließen den autoritativ vertretenen status quo seinem Schicksal, sagten „Ja" und „Amen" und ließen Serbien, diesen hartnäckigen, aggressiven Feind Österreich-Ungarns, zu einer Macht und Größe anwachsen, die zur vitalen Gefahr für Österreich-Ungarn wurde. Sich jetzt selbständig gegen diese Gefahr zu schützen, war nicht nur das gute Recht der Monarchie, sondern auch eine Pflicht der Selbsterhaltung.

Österreich-Ungarn durfte erwarten, daß die Mächte, die ruhig zugesehen hatten, als Italien und die Balkanalliierten nur aus Drang nach Machterweiterung über die Türkei herfielen, jetzt Österreich-

Ungarn wenigstens nicht in den Arm fallen würden, wenn es das Recht auf seine Selbsterhaltung geltend machte.

Konnte man von der Monarchie erwarten, daß sie bei diesem Gebaren der Mächte mittun und mithelfen solle, den Strick zu winden, den man ihr schließlich um den Hals werfen würde, um sie zu erwürgen?

Was konnte Österreich-Ungarn auch in Hinkunft von diesen Mächten noch erwarten?

Lag es nicht nahe, die Fesseln abzuwerfen und seinen eigenen Weg zu gehen? Wäre dadurch nicht Österreich-Ungarns Stimme gewichtiger geworden?

Entbehrt es nicht jeder Logik und jedes Rechtsgefühles, wenn man unruhigen kleinen Staaten das Recht zuspricht, aus Machthunger den Frieden zu stören, dem dadurch schwer bedrohten Nachbarn aber das Recht streitig macht, sich gewaltsam dagegen zu wehren?

Hat es einen Sinn, solche aggressive Bestrebungen sekundärer Staaten zu dulden oder gar zu unterstützen und dadurch schwere Komplikationen zwischen den Großmächten herbeizuführen?

Mit Bezug auf den Dreißigjährigen und den Siebenjährigen Krieg schreibt der glänzende englische Historiker Macaulay*):

„Eine Reihe furchtbarer Kriege hatte Europa verwüstet, die Bevölkerung vermindert, die öffentlichen Hilfsquellen erschöpft, die Regierungen mit einer unermeßlichen Schuldenlast beladen, und als dann die beiden erlauchten Häuser, deren Eifersucht die Welt zerrissen hatte, nach zwei Jahrhunderten mörderischer Feindschaft oder trüglichen Waffenstillstandes ihren Gewinn berechneten, worin bestand da auf jeder Seite der wirkliche Nutzen? Einfach darin, daß jeder Teil den anderen abgehalten hatte, glücklicher zu werden.

Es war weder der Kaiser, noch der König von Frankreich, der die Früchte des Dreißigjährigen Krieges und des Krieges der Pragmatischen Sanktion geerntet hatte. Staaten zweiten und dritten Ranges, die, durch ihre Unbedeutendheit gegen Eifersucht geschützt, listig zu Vergrößerungen gelangten, während sie der Erbitterung der großen Häupter der Christenheit zu dienen vorgaben, hatten diese Früchte entwendet.

Während der Löwe und der Tiger einander zerrissen, lief der Schakal mit dem Raube ins Dickicht davon.“

Ich will keine Analogien mit der Zeit vor dem Weltkriege erforschen, der ja das Resultat mannigfacher Zusammenhänge und vielseitiger treiben-

*) Thomas Babington Macaulay. Ausgewählte Schriften. Deutsch von F. Steger, A. Schmidt und J. Althaus. Neunter Band. Friedrich der Große. Braunschweig. Verlag von George Westermann. 1861.

der Kräfte war, aber wer denkt bei obigem Zitat nicht unwillkürlich an Serbien und seine Schutzherren?

Von der Audienz bei Seiner Majestät am 15. April zurückgekehrt, richtete ich folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz

beehre ich mich mitzuteilen, daß ich gelegentlich der heutigen Audienz bei Seiner Majestät geltend gemacht habe, daß die Monarchie nur mehr vor der Wahl steht, jedweden Einfluß sowie ihre Machtstellung zu verlieren, wenn sie die sich immer mehr zuspitzende Balkankrise nicht mit den Waffen löst. Die provokatorische Haltung Montenegros und Serbiens geben Grund genug, aus dem Konzert der Mächte herauszutreten, und rasche Vereinbarungen mit Bulgarien müßten dafür sorgen, daß man dieses auf seiner Seite habe, gegen Zusicherung jener Gebiete in Mazedonien, die es dort beansprucht.

Ein diesbezüglicher Entschluß bei Seiner Majestät im zusagenden Sinne erschiene mir jedoch nur erreichbar, wenn diese dringende Frage auch von E. E. in der gleichen Richtung an Allerhöchster Stelle vertreten würde.

Ich kann es mir wohl erlassen, die für die Monarchie so bedenklichen Folgen näher auszuführen, die mir bei weiterem rein zuwartenden Verhalten unvermeidlich erscheinen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck vorzüglicher Hochachtung und bester Grüße von Ihrem ergebensten

Conrad m. p., G. d. I.

Wien, am 15. April 1913.“

Am 16. April meldete der Militärattaché in Cetinje, daß 10.000 Serben die Kampfstellung bei Skutari verlassen haben, aber in dortiger Gegend verbleiben. Ferner daß der König von Montenegro erklärt habe, Montenegro würde erst dann Friedensbedingungen annehmen, wenn Skutari gefallen wäre oder sein Rückzug durch die Großmächte, sei es mit Bombardement, sei es mit Landungstruppen, erzwungen würde; endlich daß Bulgarien am 15. April bei Montenegro anfragte, ob dieses den Friedensbedingungen beitreten wolle, widrigenfalls Bulgarien die Allianz mit Montenegro kündigen würde.

Dies waren erneuerte Symptome des beginnenden Konfliktes zwischen Bulgarien und seinen bisherigen Verbündeten.

Was König Nikita anlangt, so sei nicht versäumt zu bemerken, daß er in einer äußerst kritischen Lage war. Das von Serbien betriebene und von einer Partei in Montenegro genährte Bestreben nach Vereinigung beider Länder unter einer Dynastie barg für ihn die Gefahr, die seinige

beseitigt zu sehen. Diese Gefahr aber nahm zu, wenn er, der den Krieg begonnen hatte, auf Skutari verzichtete, in dessen Erwerbung sein Volk eines der vornehmlichsten Kriegsziele erblickte. Treffend charakterisiert dies ein Bericht des Militärattachés in Cetinje vom 8. April in folgender Stelle: „Des Königs unfaßbarer Starrsinn gegenüber den Forderungen der Großmächte entspringt gewiß nicht der eigenen Überzeugung, sondern ist ein Ausfluß des Terrors seiner Umgebung, die ihm in der allerbündigsten Weise erklärt hat: »Gospodar, im Augenblick, wo Du nachgibst, steht das Automobil bereit, das Dich schmachbeladen über die Grenze bringt.«"

Als Intermezzo mehr nebensächlicher Bedeutung spielte um diese Zeit die Hilfsaktion für die Albanesen mit. Ich vertrat den Standpunkt, daß diese in einer Form erfolgen müsse, die den Albanesen klar macht, daß sie von uns aus geschieht und nicht als gemeinsame Aktion mit Italien, das bei solchen Anlässen es stets verstand, seine hilfreiche Rolle in den Vordergrund zu stellen. Im übrigen viel mehr den großen Fragen zugewendet, als solchen Details, richtete ich am 18. April nachstehendes Schreiben an Graf Berchtold:

„K. u. k. Chef des Generalstabes.
Nr. 139. Geh.

An den Minister des Äußern Grafen Berchtold!

18. April 1913.

Euer Exzellenz!

Ich sehe mich ganz besonders verpflichtet, E. E. auf die jüngsten militärischen Bewegungen der Balkanstaaten aufmerksam zu machen, welche immer mehr und mehr darauf hinauszulaufen scheinen, daß die jetzigen Verbündeten ihre Waffen gegeneinander kehren werden.

So stehen sich im Vardargebiet und bei Salonik Griechen und Serben einerseits, Bulgaren anderseits gegenüber. Die fortdauernde Verstärkung dieser Truppen und die Art der von denselben angelegten Befestigungen erhärten die oben ausgesprochene Vermutung.

In diesen Verhältnissen scheint mir endlich wieder eine günstige Gelegenheit zu liegen, welche das Schicksal der Monarchie bietet, um aus ihrer inaktiven, durch den Zwang der Großmächte beengten Rolle herauszutreten und diese so sehr in Frage gestellten eigenen Interessen selbständig zu wahren.

Ich habe es schon vor Jahren als Richtlinie für die Politik der Monarchie hingestellt, daß es für sie Bedingung sei, das südslawische Problem durch Aufnahme aller Serben in das Gebiet der Monarchie zu

lösen und daher dem Entstehen selbständiger serbischer Staaten unbedingt entgegenzutreten, da diese den natürlichen Attraktionspunkt für den Abfall der eigenen südslawischen Gebiete bilden und zum Verlust der letzteren führen müssen, wobei auch der Küstenbesitz verloren ginge.

Die Monarchie hat wiederholt, zuletzt im Jahre 1909, hiezu günstige Gelegenheiten ungenützt verstreichen lassen und damit jene sehr verhängnisvolle Situation herbeigeführt, in der sie sich während der jetzigen Balkankrise befindet.

Ich erachte dafür, daß ein ähnliches Versäumnis nicht mehr statthaben dürfe, und daß sich die Monarchie jetzt klar und deutlich für e i n e Richtung entscheide, welche meiner Ansicht nach nur in der Lösung der serbischen Frage im früher dargelegten Sinne bestehen kann.

Es ist klar, daß das jetzt in die Enge getriebene, weil einem Konflikt mit Bulgarien gegenüberstehende Serbien dermalen freundliche Mienen gegen die Monarchie macht und alles aufbietet, um diese in Freundschaft einzuschläfern; aber es wäre höchst gefährlich, sich von dieser Haltung irreführen zu lassen, denn es liegt auf der Hand, daß dieses Vorgehen Serbiens sofort umschlagen wird, wenn letzteres seinen Konflikt mit Bulgarien geordnet hat.

Serbien hat seit der Annexionskrise und insbesondere jetzt nach dem Balkankrieg seine Pläne auf die südslawischen Gebiete der Monarchie und seine feindliche Haltung gegen diese zu sehr verraten, als daß man sich darüber hinwegtäuschen könnte.

Mit diesen klar proklamierten Zielen Serbiens ist aber die Monarchie vital bedroht, und es ist für diese eine Pflicht der Selbsterhaltung, diese Ziele zu einem Zeitpunkt zu durchkreuzen, der vielleicht die letzte Chance bietet.

Unter Betonung dieser Verhältnisse wäre daher den Mächten zu erklären, daß die Monarchie fürderhin ihren eigenen Weg gehen werde; sie hätte sich sodann auf die Seite der bulgarischen Ansprüche zu stellen (unter Voraussetzung der Nachgiebigkeit Bulgariens gegenüber Rumänien) und die Mobilisierung gegen Serbien und Montenegro sowie die Durchführung der Operationen gegen diese beiden Staaten folgen zu lassen.

Kriegsgründe sind reichlich vorhanden:

Die feindselige Haltung beider Staaten gegen die Monarchie, die Agitation derselben auf dem Gebiete der letzteren; die Provokationen verschiedenster Art; die kriegerischen Maßnahmen Montenegros gegen Cattaro, der serbische Boykott etc. etc., aber vor allem die von beiden Staaten längst proklamierte aggressive Absicht auf die südslawischen Gebiete der Monarchie.

Wird diese entschiedene Richtung für die Politik der Monarchie gewählt — und sie erscheint mir die einzige überhaupt noch Erfolg versprechende — so müßte aber auch jetzt schon das Verhalten der Monarchie gegenüber Serbien und Montenegro in Einklang gebracht, also jedes Liebeswerben dieser Staaten kurzweg abgewiesen und alles vermieden werden, was die Monarchie in dieser Richtung binden oder, wenn auch nur moralisch, verpflichten könnte.

Ich glaube, daß, wenn die Monarchie endlich aus der Politik der Abhängigkeit und des Geschobenwerdens in die Politik der Tat übergeht, sich das Bild sofort zu ihren Gunsten wenden würde.

Ich glaube weiter, daß bei konsequentem Festhalten an dieser Richtung auch die Großmächte nicht mit kriegerischem Vorgehen gegen die Monarchie eingreifen würden.

England und Frankreich sind zum Kriege nicht gewillt, Italien ist in Nordafrika beschäftigt und gegen Griechenland selbst engagiert, sowie in Albanien interessiert; bleibt Rußland. Es ist fraglich, ob letzteres, in welchem eine starke Partei den Krieg perhorresziert, losschlagen würde, umsomehr, wenn es von Frankreich und England zurückgehalten wird.

Schlägt es aber los, dann entbrennt eben der Kampf, mit dem man ja ohnehin schon seit langem rechnet und für welchen, wenigstens soweit es die Monarchie betrifft, die Chancen in Zukunft eher abnehmen als zunehmen werden.

Ich bitte nun E. E., mir die Richtungen der Politik, insbesondere der momentanen und der allernächsten gütigst präzisieren zu wollen, weil mir dies für die stete Bereithaltung und Anpassung der militärischen Vorkehrungen von bestimmendem Einfluß ist.

Dabei möchte ich hervorheben, daß die unklaren jetzigen Verhältnisse die dermalige erhöhte Mobilisierungsbereitschaft unbedingt erfordern, es anderseits aber schwer möglich ist, die einberufenen Reservisten noch länger untätig unter den Fahnen zu lassen, sowie daß dieser Zustand Kosten verursacht, die nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn sie einer die Interessen der Monarchie fördernden Tat nutzbar gemacht werden.

Genehmigen etc. etc. etc.

Conrad m. p., G. d. I."

Betrachtet man das Wirken der Londoner Konferenz um diese Zeit, so trägt es auf den ersten Blick den Anschein völliger Ratlosigkeit. Dieser Anschein erklärt sich aber, wenn man erwägt, wie wenig es den Mächten der Entente im Herzen darum zu tun war, Skutari den Albanesen zu erhalten, sondern darum, ihre Schützlinge und zukünftigen Bundesgenossen möglichst zu schonen und vor einem Eingreifen Österreich-Ungarns zu bewahren, überhaupt ein solches zu verhindern, da es

den Ententemächten mit Rücksicht auf ihre künftigen Pläne damals ungelegen und verfrüht gekommen wäre. Darin lag der Grund für ihre Rücksichtnahme auf Österreich-Ungarn. Dieses aber ging darauf ein und gab die letzte Chance preis, sich jener Gefahren zu erwehren, die sich gegen das alte Reich zusammenzogen.

Wäre es sonst begreiflich, daß die Staaten, die über die mächtigsten Heere und Flotten der Welt verfügten, nicht imstande gewesen sein sollten, einem Volke von 280.000 Menschen ihren Willen aufzuzwingen?

Ein Bericht des Militärattachés in London vom 24. April sagt:

„Die Ratlosigkeit, in welche die Diplomatie durch das starrsinnige Verhalten Montenegros versetzt wurde, hat sich bei der gestrigen Botschafterkonferenz in krassem Lichte gezeigt, als man stundenlang darüber beraten hat, wie dem Willen Europas Nachdruck verschafft werden könnte, und wo man schließlich zu gar keinem Resultat gelangt ist, obzwar eine rasche Aktion von größter Bedeutung wäre. Trotz der Erfolglosigkeit der Konferenz glaube ich, daß deren Verlauf E. E. interessieren dürfte und erlaube mir daher, wieder einmal auf brieflichem Wege zu berichten.

Nach längerer Diskussion, wie der Wille der Großmächte Montenegro gegenüber durchgesetzt werden könnte, kam man wieder auf den schon früher einmal vorgebrachten, dann aber wieder fallen gelassenen französischen Vorschlag, die Türkei möge Skutari an die Großmächte abtreten, dann wäre für Montenegro gar kein Vorwand mehr vorhanden, um die Belagerung fortzusetzen. Viel Anklang fand aber der Gedanke auch diesmal nicht. Die Gründe dürften wohl die sein, daß man vielleicht fürchtet, die Türkei könnte bei dieser Gelegenheit die Suzeränitätsfrage über Albanien aufrollen, oder — was noch wahrscheinlicher ist — die Mächte fürchten, daß Montenegro auch dann nicht nachgeben und sie zu einer energischen Aktion zwingen würde, zu welcher offenbar keine Neigung besteht. England ist zum mindesten entschieden dagegen; der einflußreiche Unterstaatssekretär des Foreign Office nahm gegen jede Koerzitivmaßregel Stellung, und der Ministerpräsident äußerte sich selbst gegen jede Landung von Detachements des Blockadegeschwaders, weil er eventuelle Feindseligkeiten der Montenegriner befürchtet und britische Matrosen einem Kampf nicht aussetzen will, da dies von der öffentlichen Meinung in England mit Unmut aufgenommen werden und vielleicht die ohnedies nicht zu starke Stellung der Regierung erschüttern würde. Daß sich der Minister des Äußern schon von zwei Konferenzen absentiert hat und von Lord Morley vertreten wird, wobei der Ministerpräsident auch stets anwesend ist, deutet wohl darauf hin, daß im Kabinett verschiedene Strömungen vorherrschen, und daß man

befürchtet, Sir Edward Grey könnte in seiner Entschlossenheit zu weit gehen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er selbst fühlt, er sei in der ganzen Frage mehr engagiert, als er es erwartet hätte, und so will er die kritische Zeit in der Weise übertauchen, daß er Stellvertreter vorschiebt.

Nach langem und fruchtlosem Beraten kam man bei der gestrigen Konferenz zum Schlusse, daß es das beste wäre, wenn der Anleihevorschlag so bald als möglich in Cetinje gemacht werden würde."

Während sich aber die Diplomaten abmühten, die Skutari-Frage zu lösen, war Montenegro seine eigenen Wege gegangen.

Am 21. April telegraphierte der Militärattaché in Cetinje:

„Montenegro sperrt seit heute (21. April) früh gesamten Post-, Telegraphen- und Personenverkehr in der Absicht, neue Schwierigkeiten hervorzurufen. Gerüchtweise verlautet, daß Verhandlungen wegen Übergabe von Skutari eingeleitet und voraussichtlich heute (21. April) zum Abschlusse kommen dürften. Englischer, französischer und amerikanischer Militärattaché mußten Belagerungstruppen verlassen, um keine offiziellen Zeugen der Einnahme zu haben. Ö.-u. Ministerium des Äußern glaubt Verproviantierung Skutaris durch die von den serbischen Truppen geräumten Stellungen bewirken zu können. Hiebei ist jedoch der Widerstand der Montenegriner, welche serbische Positionen übernahmen und jedwede Verbindung verweigern, sicher. Gesandter hat nochmals sofortige scharfe Gewaltmaßregeln beantragt."

Ich sandte dieses Telegramm an Graf Berchtold mit folgendem Beifügen:

„Euer Exzellenz!

beehre ich mich beiliegendes Telegramm zu übersenden, mit dem Beifügen, daß ich eine, wie nach Instehendem geplante Verproviantierung Skutaris für nicht durchführbar erachte und unter Gewaltmaßnahmen gegen Montenegro nur das kriegerische Vorgehen, also eine nach erfolgter Mobilisierung durchzuführende Operation zu verstehen vermag."

Die Entscheidung ließ auch nicht mehr lange auf sich warten; schon am 23. April traf folgendes Telegramm des Militärattachés in Cetinje ein:

„König von Montenegro hat heute italienischem Gesandten über die Kapitulation Skutaris mitgeteilt: Besatzung zieht mit allen militärischen Ehren, Waffen und Proviant unter Zurücklassung schwerer Geschütze nach Tirana ab. Stadt wurde mit vier Bataillonen belegt; Rest der Truppen in den Werken: Alle Maßregeln für die Aufrecht-

erhaltung der Ordnung getroffen. Konsulate werden bewacht, ö.-u. durch fünfzig Mann. König ließ Lebensmittel und Sanitätsmaterial Skutari senden. Kapitulation wurde zwischen Essad Pascha und dem Erbprinzen unterzeichnet. Auf die Frage des italienischen Gesandten, ob der König Skutari räumen werde, antwortete dieser »Nein«."

Diesem Telegramm folgte am 24. April das nachstehende des k. u. k. Gesandten in Cetinje:

„Ich erfahre aus sicherer Quelle vertraulich: Gestern wurden die Werke, heute früh die Zitadelle Skutaris von den montenegrinischen Truppen besetzt. Stadt wird erst besetzt, sobald türkische Garnison abmarschiert, was bis Freitag*) der Fall sein dürfte. Kombattantenzahl betrug bei der Kapitulation 22.000 Mann. Essad Pascha soll Absicht haben, sich mit den albanesischen Kontingenten nach Tirana zurückzuziehen, sich mit Djavid Pascha, welcher in der Gegend von Durazzo steht, zu vereinigen, um die Rolle eines Thronprätendenten zu spielen. Montenegriner richten sich mit dem eigenen und dem von den Serben zurückgelassenen Artilleriematerial in den Befestigungen derart ein, um auch Belagerung trotzen zu können; von einer freiwilligen Räumung des Platzes ist vorläufig keine Rede."

Die obangeführten Nachrichten werfen ein eigentümliches Licht auf die Rolle Essad Paschas und die Modalitäten, unter denen die Kapitulation von Skutari zustande kam. Sie erklären aber auch den Abzug der Serben, in welchem unsere führenden Politiker ein Symptom der serbischen Loyalität und einen Erfolg zu sehen vermeinten. (Vergleiche Seite 248.)

Das Faktum stand fest: Skutari war in den Händen Montenegros.

Die Diplomatie stand überrascht vor einer neuen Lage!

Als am 23. April um 1.30 Uhr vorm. die Nachricht vom Falle Skutaris eingetroffen war, wurde ich zu Graf Berchtold berufen, wo auch Admiral Haus, Graf Szapáry und Graf Nemes sich eingefunden hatten.

Es wurde seitens des Ministers die Frage ventiliert, wie die Montenegriner und Serben zur Räumung Skutaris zu zwingen wären. Die Dokumentierung einer scharfen Maßregel wurde in Aussicht genommen und als solche die Besetzung Dulcignos und Antivaris durch Marinedetachements vorgeschlagen.

---

*) 25. April.

Ich: „Wenn nicht ein Einvernehmen mit den Mächten erzielt werden kann, muß man sich über die äußersten Folgen im klaren sein; die Sache kann dazu führen, daß wir für unser Prestige durch einen Krieg gegen Montenegro eintreten müssen. Auf halbem Wege dürfen wir nicht umkehren. Vor allem warne ich aber vor kleinlichen Maßnahmen."

Admiral H a u s bemerkte, er könnte höchstens 2000 Mann für Marine-Detachements in Aussicht stellen. Diese könnten nur einzelne Punkte an der Küste besetzen, denn ginge man weiter, so käme man außer Ertrag der Schiffsgeschütze, was gefährlich wäre; bliebe man aber nur an der Küste, so sei die ganze Aktion unwirksam.

Ich: „Es wäre lediglich eine Bedrohung. Wenn die Montenegriner Feindseligkeiten dagegen unternehmen, müßte man dies als casus belli betrachten."

Graf Berchtold warf fragend ein: „Wenn man Cetinje besetzen würde?"

Ich: „Ausgeschlossen! Dort befinden sich 25—30.000 Montenegriner, die nun frei sind. Wenn wir was immer machen, brauchen wir 30.000—50.000 Mann. — Das ist der Krieg."

Graf Szapáry: „Den Krieg können wir nicht führen."

Ich: „Dann kann man keine aktive Politik machen. Dann darf man auch nichts verlangen."

Graf Szapáry: „Ja, wenn es schon zum Kriege kommt, ist der jetzige Moment ungünstig, denn der Gegensatz zwischen Bulgarien und Serbien verschärft sich immer mehr; warten wir ab, bis sich diese beiden in die Haare fahren."

Ich: „Ja, dieses Argument billige ich. Auch mir ist es lieber, die Serben in Serbien zu finden. Wenn Sie die Idee haben, den Krieg ins Auge zu fassen, aber jetzt Zeit gewinnen wollen, dann muß man den Mächten sagen: »Skutari ist von den Montenegrinern besetzt — gegen euren Willen; was gedenkt ihr jetzt zu tun? Wenn ihr uns nicht klar sagt, daß Skutari wieder geräumt wird, dann gehen wir unseren eigenen Weg.« Dies sichert uns freies Handeln."

Graf Berchtold: „Jetzt m ü s s e n wir etwas tun. Das kann aber den Krieg gegen Montenegro auslösen und dann auch den gegen Serbien."

Graf N e m e s warf ein, er glaube nicht, daß Serbien mit Montenegro gemeinsame Sache machen würde.

Ich: „Wenn es zum Kriege gegen Montenegro kommt, wird Serbien mittun, es wäre schließlich auch am besten. Es handelt sich nicht um die Politik der K ö n i g e von Serbien und Montenegro, sondern um die

Politik des G r o ß s e r b e n t u m s. Es handelt sich darum, ob die großserbische Frage g e g e n uns gelöst wird, oder m i t uns.

Graf Berchtold: „Ja, das ist sehr schwer."

Ich: „Aber jetzt der l e t z t e Moment."

Graf Nemes: „In einigen Jahren wird es besser sein."

Graf B e r c h t o l d glaubt dies nicht.

Ich: „Wenn wir den Krieg wollen, müssen wir uns klar darüber sein, daß wir Montenegro der Monarchie einverleiben."

Graf Nemes: „Wir werden gar nichts annektieren. Europa wäre dann gegen uns und wir würden dann dieselbe Rolle spielen wie jetzt König Nikita."

Ich: „Nach einem Krieg sieht alles anders aus. Wir hätten dann den Störenfried vom Halse, könnten unser Küstengebiet befestigen, Cattaro die richtige Form geben, wir würden an Albanien grenzen, Serbien bekäme keinen Hafen, vom moralischen Erfolg gar nicht zu reden."

Graf Nemes: „Wir haben auch stets noch mit dem Widerspruch Italiens zu rechnen."

Ich: „Wenn alles vergeblich ist, müßten wir Italien in Albanien Konzessionen machen, um es später zu delogieren. Überhaupt: e n t w e d e r müssen wir uns ruhig verhalten, o d e r die äußersten Konsequenzen ziehen."

Die ganze Debatte endete mit dem Entschluß, die Mächte zu fragen, was sie zu tun gedenken und sollten wir damit nicht einverstanden sein, zu erklären, daß wir uns unsere eigenen Entschließungen vorbehalten.

Graf Berchtold begab sich zu Seiner Majestät.

Am 24. April war der deutsche Militärattaché Graf K a g e n e c k bei mir. Wir kamen auf einen Artikel der „Vossischen Zeitung" zu sprechen, der die Balkanlage betraf.

Ich: „Ja, jetzt kommen die Deutschen, früher haben sie sich sehr passiv verhalten."

Graf Kageneck: „Es ist eben schwer, dem deutschen Bürger verständlich zu machen, daß man wegen Albaniens Krieg mit Frankreich führen soll."

Ich: „Nein, nein! Nicht am deutschen Bürger liegt es, sondern der Deutsche Kaiser hat den Ausdruck gebraucht: »Wegen der albanischen Ziegenweiden wird man doch keinen Krieg führen!«"

In dieser Geringschätzung der serbischen und der damit zusammenhängenden albanesischen Frage spricht sich so recht die völlige Ver-

kennung der großen Zusammenhänge und die Verkennung der Konsequenzen aus, die Österreich-Ungarn und Deutschland daraus zu ziehen gehabt hätten.

Hielt Deutschland fest an seiner Bagdad-Politik — und es hielt fest daran — dann mußte es auf Englands und Rußlands Gegnerschaft gefaßt sein, es durfte nicht erwarten, den Platz an der Sonne als Geschenk liebenswürdiger Konkurrenten zu erhalten, es mußte vielmehr damit rechnen, ihn erkämpfen zu müssen.

Auf diesen Kampf war daher Deutschlands Politik zu stellen, wenn es von seinen Aspirationen nicht abstehen wollte. Diesen Kampf zu führen, ehe alle Gegner erstarkt und zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen wären, war auch für Deutschland ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung. Seine zunehmende Isolierung drängte es dazu. Deutschland hatte als einzigen verläßlichen Bundesgenossen nur mehr Österreich-Ungarn. Es war Deutschlands höchsteigenes Interesse, diesen Bundesgenossen zu stärken, daher auch ihm zur Position am Balkan zu verhelfen, ihn bei Bekämpfung der von dorther drohenden Gefahren weitestgehend zu unterstützen. Die Gefahr verkörperte sich in dem anwachsenden Serbien und Montenegro, die ihre aggressiven Tendenzen direkt gegen Österreich-Ungarn richteten. Diese beiden Gegner beizeiten unschädlich zu machen, war ein Bedürfnis. Enge zusammen mit der Eindämmung von Serbiens Macht hing die Schaffung eines selbständigen Albanien. Ebensowohl, um Serbiens und Montenegros territoriale Vergrößerung zu verhindern, als um sich einen Verbündeten gegen diese feindseligen Staaten zu verschaffen.

Es handelte sich also ebensowenig um „albanische Ziegenweiden", als um „serbische Zwetschkenbäume", auch nicht um das „bescheidene Fensterchen" in Gestalt eines serbischen Adria-Hafens, es handelte sich um Österreich-Ungarns Machtstellung am Balkan, um seine eigenen südslawischen Gebiete, um seinen Küstenbesitz, damit aber um Österreich-Ungarns Machtstellung überhaupt, also auch um seinen Bundeswert für Deutschland, das isoliert inmitten seiner Feinde stand.

Die Zeiten (wenn sie überhaupt je da waren), in denen das Wort geprägt wurde, daß der ganze Balkan „nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei", waren vorüber. Insbesondere von dem Moment an, in welchem Deutschland seine Orientpolitik aufnahm und den Weg von Berlin nach Bagdad ins Auge faßte. Nicht nur, weil dieser Weg über den Balkan führte, sondern auch, weil es mit dieser Wahl Rußlands und Englands Interessen kreuzte. Es mußte zur Gegnerschaft mit Rußland kommen. Die Politik Rußlands aber wurzelte zum großen Teile

in seinem Verhältnis zu den Balkanstaaten, derer es sich bediente, um Österreich-Ungarn — als den geographisch nächsten Rivalen am Balkan — von dorther empfindlich zu bedrohen. Damit aber wurden Österreich-Ungarns und Deutschlands Interessen am Balkan solidarisch. Nur ein starkes Österreich-Ungarn vermochte der gemeinsamen Sache zu dienen. Darauf mußte Deutschlands Verhalten gerichtet sein. Dieser politischen und militärischen Notwendigkeit gegenüber hatten alle sonstigen Rücksichten zu entfallen.

Am Abend des 24. April war ich allein bei Graf Berchtold. Wir sprachen darüber, daß es zweckmäßig erschiene, den Gang der Dinge zwischen Serbien und Bulgarien abzuwarten, um nicht im ungünstigsten Momente einzugreifen. Graf Berchtold wies eine Note vor, die vermuten ließ, daß diese beiden Staaten sich friedlich ausgleichen würden. Dann warf der Minister die Frage auf, ob man nicht, um die Montenegriner aus Skutari herauszubringen, zur Belagerung des Platzes schreiten sollte. Ich erwiderte, daß dies nur über das Territorium Montenegros ginge, andernfalls ein Landungskorps von 40.000 Mann nebst schwerer Artillerie etc. erforderlich wäre. Seine Frage, ob das 15. Korps (Sarajevo) und das 16. Korps (Ragusa) zur Aktion gegen Montenegro ausreichen würden, verneinte ich. Ich fügte bei, daß wir im Kriegsfalle gegen Montenegro auch Serbien gegen uns haben würden, was ich allerdings nur begrüßen könnte. Italien müßte durch seine Interessen in Albanien an unserer Seite gehalten werden. Für einen Krieg gegen Rußland bezeichnete ich die Chancen zur Zeit günstiger, als dies in einigen Jahren der Fall sein werde.

Selbstverständlich hatte ich einen Krieg gegen Montenegro nur als selbständige, dem eigenen Entschluß entspringende Aktion der Monarchie im Auge; ich richtete daher noch am selben Tage folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Wien, am 25. April, 6 Uhr 30 Min. abends.

Die in den Blättern immer mehr lancierte Nachricht von der Durchführung der Aktion gegen Montenegro im Wege eines Mandates veranlassen mich, meiner wiederholt geäußerten Ansicht Ausdruck zu geben, daß sich die Monarchie zu einer bloßen Exekution nicht verleiten lassen dürfe. Die Aktion ist nur in Form des Krieges denkbar. Die Kosten und Opfer eines solchen aber verlangen dann auch einen dauernd greifbaren Gewinn. Dieser könnte, wie ich dies letzthin mündlich vertrat, nur in der Einverleibung Montenegros bestehen. Damit wäre erreicht:

1. Die Entfernung eines lästigen, aggressiven Gegners, der immer in den Händen Rußlands, Italiens oder Frankreichs wäre;

2. die direkte Verbindung mit Albanien;

3. die Sanierung der lokalen Verhältnisse des Kriegshafens Cattaro;

4. die Herstellung des sehr gesunkenen Prestiges der Monarchie, also durchwegs Dinge, die in ihrer Gesamtheit des Einsatzes wert wären.

Ich kann nur immer wieder hervorheben, daß nur eine Tat im großen Stile die Möglichkeit eines Erfolges in sich trägt, kleinliche Mittel einen solchen aber unbedingt ausschließen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Conrad."

Am 26. April berichtete der Militärattaché in Rom über den Eindruck, den der Fall Skutaris dort hervorgerufen hatte; er schrieb d. d. 24. April:

„Die Nachricht von der Einnahme Skutaris hat sich in den gestrigen Vormittagsstunden rasch hier verbreitet.

Ich habe gerade gestern die Gelegenheit gesucht, mit hochstehenden Personen über die Sache zu sprechen und hörte aus allen Gesprächen heraus einerseits die aufrichtigste Freude über den Fall Skutaris, anderseits eine schlecht maskierte Freude über das erneuerte Mißlingen unserer Diplomatie

Der Unmut der Presse und öffentlichen Meinung über das Vorgehen Italiens in der montenegrinischen Frage wird mit jedem Mißerfolge größer; die Regierung wird direkt getadelt, daß italienische Schiffe an der mißlungenen Demonstration teilgenommen haben, und man hält es als Zeichen der Schwäche der Regierung, daß Italien sich zwingen ließ, gegen Montenegro aufzutreten."

Wie sehr die Montenegriner damit rechneten, Skutari dauernd zu behalten, ergibt das Telegramm des k. u. k. Gesandten Baron Giesl vom 24. April. (Siehe Seite 266.)

Man stand nun vor der Frage, was zu geschehen habe, um die Räumung Skutaris zu erzwingen.

In einer Konferenz am 26. April nachmittags, der außer mir auch der Kriegsminister (Krobatin), der Marinekommandant (Haus), Sektionschef Graf Szapáry und Graf Nemes beigezogen waren, las Graf Berchtold die Antwortnote aus London auf unsere Forderung von Maßnahmen vor, die die Räumung Skutaris seitens Montenegros herbeiführen sollten. Der Vorschlag der Mächte lautete: „De reserrer le blocus." (Die Blockade enger zu ziehen.)

Es lag auf der Hand, daß sich die Montenegriner, die sich durch das ephemere Mittel der Blockade nicht hindern ließen, Skutari zu

besetzen, auch nicht durch die Blockade zwingen lassen würden, Skutari zu räumen.

Graf Berchtold beschloß, dieses Mittel abzulehnen und wenn ein wirksameres Mittel nicht in kurzer Zeit erfolgen würde, der Monarchie die Freiheit des Handelns zu wahren.

Gegen das vom Gesandten Baron Giesl vorgeschlagene Mittel, Cetinje rasch zu besetzen, sprach ich mich entschieden aus, ebenso gegen den Vorschlag, schnell in den Sandžak einzurücken. Ich machte geltend, daß derartige meskine, mit kleinen Abteilungen unternommene Maßnahmen diese Abteilungen einem Echec aussetzen und zu einer „Blamage" führen würden. Es gäbe n u r e i n e gewaltsame Lösung: den Krieg gegen Serbien und Montenegro. Ich bemerkte: „Wir dürfen den Serben jetzt nicht aufsitzen. Daß sie jetzt nachgeben, ist klar. In zwei Jahren aber werden sie die Kraft haben, sich gegen uns zu wenden. Wenn der Konflikt zum Krieg gegen Rußland führt, würden wir jetzt die Serben nicht gegen uns haben, weil sie durch Bulgarien gebunden sind."

Die Frage, ob eine getrennte Mobilisierung lediglich gegen Montenegro möglich sei, bejahte ich — aber mit dem Beifügen, daß sie mit Friktionen verbunden und es überhaupt am besten wäre, die B-Mobilisierung zu verfügen. An einem Kriegsgrund fehle es nicht. Auf den Einwurf, daß der Friedensschluß am Balkan abzuwarten wäre, weil dann der Balkanbund zerfallen würde, während jetzt noch die Solidarität zwischen Serbien und Bulgarien bestünde, also die Gefahr, b e i d e zum Gegner zu haben, bemerkte ich, daß es sich die Bulgaren wohl überlegen würden, Serbien zu noch größerer Macht zu verhelfen, „man füttere sich einen Feind nicht groß". Übrigens sei Bulgarien jetzt noch durch die Türkei gebunden.

Um 6.30 Uhr nachmittags fuhr ich mit Graf Berchtold zu Seiner Majestät nach Schönbrunn. Graf Berchtold trug Seiner Majestät die Lage vor und begründete die Notwendigkeit, wenn, wie voraussichtlich, die Botschafter-Konferenz zu keiner befriedigenden Lösung führt, mit einem Gewaltakt einzugreifen und die Mobilisierung anzuordnen. Seine Majestät stimmte zu und richtete an mich Fragen, welche die Mobilisierung betrafen. Ich wiederholte, daß eine einseitige Mobilisierung gegen Montenegro allein wohl möglich sei und das 13., 15. und 16. Korps betreffen würde, daß ich es jedoch geboten hielte, die B-Mobilisierung anzuordnen, d. i. jene gegen Montenegro u n d Serbien. Der Kaiser meinte, man solle zuerst nur gegen Montenegro mobilisieren und abwarten, wie sich Serbien dazu verhielte. Ich machte geltend, daß wir

Serbien gegenüber nicht in dem Verhältnis stünden, wie zu anderen Staaten, die selbst erst mobilisieren und damit ihre Absicht deklarieren müßten. Serbien sei bereits mobilisiert und könne diesen Vorsprung sofort zur Tat ausnützen, so daß wir mit unserer Mobilisierung zu spät kämen. Es habe die Šumadija-Division und die Javor-Brigade, im ganzen etwa 20.000 Mann, im Sandžak zu einem Vorstoß auf Sarajevo bereitstehen. Dies verlange, daß wir unsere 7. Brigade (7 Bataillone) rechtzeitig mit einer Division unterstützen können, da sonst die Serben vor Sarajevo stehen würden, während wir uns zur Offensive gegen Montenegro anschicken. Ich legte dar, daß es vorteilhaft wäre, wenn die Serben aus der Gegend von Skutari abzögen.

Seine Majestät: „Da wäre es ja besser, zu warten."

Graf Berchtold: „Man kann es nicht angehen lassen, daß Montenegro sich in Skutari häuslich einrichtet."

Seine Majestät: „Ja, aber es muß alles sehr reiflich überlegt werden. Ob es nicht notwendig würde, auch das 3. Korps (Graz) zu mobilisieren?"

Ich: „Ja, sehr erwünscht, aber nicht sofort. Erst müsse man die Haltung Italiens abwarten, mit dem es nicht zum Konflikt kommen dürfe."

Bezüglich der Gefahr eines Eingreifens Rußlands bemerkte ich, daß die Aufmarschtransporte erst am sechsten Mobilisierungstage begännen, bis zu welchem Termin es sich zeigen würde, wie sich Rußland verhält.

Dann hatte ich Seine Majestät über die militärischen Kräfte gegen Montenegro zu orientieren. Ich berichtete, daß der Armee-Inspektor (FZM. Potiorek) 50 Bataillone, also 50.000 Mann zur Offensive verfügbar habe; nicht eingerechnet die gegen Serbien verbleibende 7. und 11. Brigade, zu denen noch Formationen rückwärtiger Linien kämen.

Um 8.30 Uhr abends wurden wir von Seiner Majestät entlassen.

Auf der Heimfahrt sagte ich zu Graf Berchtold:

„Seine Majestät ist ja für die Sache. Ich bin neugierig, was der Thronfolger dazu sagen wird."

Am 26. April orientierte ich den Armee-Inspektor in Sarajevo, FZM. Potiorek, durch folgende, dem Operationsbureau schon am 24. April diktierte Zuschrift:

„Res. Gstb. Nr. 2021, vom 26. April 1913.

Wien, 26. April 1913.

Mit Bezug auf die durch den Fall Skutaris geschaffene Lage beehre ich mich, E. E. folgendes mitzuteilen:

Es besteht auch beim Ministerium des Äußern die Absicht, Skutari Albanien zuzuwenden, unter allen Umständen durchzusetzen. Ein sofortiger selbständiger diesbezüglicher Eingriff seitens der Monarchie, der folgerichtig auch die Eventualität eines Krieges ins Auge faßt, muß dermalen seitens des Ministeriums des Äußern aufgeschoben werden, um abzuwarten, wie sich der Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien gestaltet und damit man nicht durch eine vorzeitige eigene Aktion das Ausreifen des Konfliktes in einem uns ungünstigen Sinne beeinflusse.

Als Mittel für diesen Zeitgewinn ist das Herantreten an die Mächte gewählt worden, mit der Forderung, daß dieselben die Maßnahmen bestimmen mögen, durch welche Montenegro zur Räumung Skutaris gezwungen werde. Beigefügt wurde, daß, wenn eine derartige Entscheidung nicht in annehmbarer Zeit erfolgen würde, die Monarchie auf eigene Faust die gewaltsame Lösung dieser Frage durchführen würde. Nach diesen Darlegungen muß also mit der Möglichkeit eines Krieges der Monarchie mit Montenegro gerechnet werden, für welchen Fall E. E. über alles Erforderliche orientiert sind.

Meine persönliche Meinung geht dahin, daß eine Aktion gegen Montenegro nicht in der Form eines europäischen Mandates, sondern als Krieg der Monarchie durchzuführen sei, bei dessen günstigem Ausgang auch die Gebietsfrage Montenegro gegenüber, frei von jeder anderen Rücksicht, zu lösen käme, d. h. daß Montenegro der Monarchie einzuverleiben wäre.

Ich bin weiter der Anschauung, daß ein solches Vorgehen gegen Montenegro auch den Konflikt mit Serbien auslösen würde und erachte dies nur für wünschenswert, damit der ganze Komplex der großserbischen — also der montenegrinischen und serbischen — Frage durch e i n e Aktion gelöst würde.

Bezüglich Italiens besteht die Absicht, dessen Einverständnis zu einem Kriege der Monarchie mit Montenegro durch eventuelle (vorübergehende) Konzessionen in Albanien zu erlangen.

Allerdings bleibt noch die große Frage offen, wie sich Rußland zu einer derartigen Lösung der Dinge stellen würde. Ich erachte daher, daß auch mit der Möglichkeit eines Krieges mit Rußland gerechnet werden muß.

Das Resumé dieser Darlegungen ist demnach, daß dermalen die Entscheidung der Mächte über die zu wählenden Mittel einerseits und die Ausreifung des Konfliktes zwischen Serbien und Bulgarien anderseits abgewartet werden.

Sobald sich in dieser Angelegenheit etwas Wesentliches ändert, werde ich E. E hievon in Kenntnis setzen.

Als in unserem Interesse gelegen, fördere ich natürlich auch alles, was darauf abzielt, die in Nordalbanien versammelten serbischen Kräfte nach Salonik und in das Vardartal zu überführen. Die momentane Verteilung dieser Kräfte erhalten E. E. mit dem nächsten Tagesbericht.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Conrad m. p., G. d. I."

Am 27. April teilte mir Oberst Dr. Bardolff mit, daß der Thronfolger bis gestern (26.) friedlich gesinnt gewesen, dann aber aus Rücksichten für das Prestige des Thrones umgestimmt worden wäre. Er sei für das Mitgehen bei der großen Aktion und wäre am 26. bei Seiner Majestät gewesen, wo er in diesem Sinne gesprochen haben dürfte.

Am selben Tage, 27. April, besprach ich mit dem deutschen Militärattaché Graf Kageneck die allgemeine Lage und die Eventualität eines großen Krieges. Graf Kageneck erwähnte, daß Kaiser Wilhelm nicht für den Krieg sei, ebenso seien breite Kreise dagegen, im Generalstab wäre man aber von der Unvermeidlichkeit dieses Krieges überzeugt und rechne mit ihm, also auch mit dem Kriege gegen Rußland.

In dieser Hinsicht ist nachstehende Stelle aus einem Bericht vom 24. April 1921 des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel von Interesse:

„Vor einigen Tagen sagte nämlich Herr von Giers*) zu unserem Botschafter Markgraf Pallavicini, daß das Streben nach dem Besitz Konstantinopels in der Brust jedes Russen tief eingegraben ist. Derselbe bildet nicht allein die Realisierung der historischen Mission Rußlands, sondern ist auch deshalb notwendig, weil die Meerengen den einzigen möglichen Zugang des Zarenreiches zum offenen Meere bilden. Mit Rücksicht auf den ungeahnten agrarischen und industriellen Aufschwung Südrußlands in den letzten Jahren gestaltet sich das Meerengenproblem auch immer mehr zu einer wirtschaftlichen Lebensfrage des russischen Reiches. In den letzten Jahren passierte z. B. allein um 700 Millionen Rubel jährlich (beinahe 2 Milliarden Francs) Getreide die Dardanellen.

Das Streben Rußlands nach dem Besitz von Konstantinopel ist gewiß keine Neuigkeit und demgemäß auch keine Enthüllung des Herrn

---

*) Russischer Botschafter in Konstantinopel.

Giers. Daß jedoch ein offizieller russischer Vertreter sich nicht scheut, eine solche Äußerung zu machen, ist ein Beweis dafür, welch bedeutenden Schritt man in Rußland zur Verwirklichung dieses Zieles durch den Balkankrieg gemacht zu haben glaubt.

Es ist diesbezüglich um so interessanter, daß Herr Sasonow in seinen offiziellen Enunziationen die Meerengenfrage als noch nicht reif bezeichnet, um von Rußland gegenwärtig aufgeworfen zu werden. Zum Verständnis des Sinnes dieser Äußerung muß man sich die internationale Lage Rußlands vergegenwärtigen. Wollte dasselbe jetzt die Meerengenfragen aufrollen, so würde es höchstwahrscheinlich den ganzen Dreibund gegen sich haben. Überdies ist es möglich, daß sich auch England, dem die Erfolge der Balkanstaaten, sowie das russische Vordringen in Persien sehr unbequem zu werden beginnen, damit nicht einverstanden erklären würde. Diese Konstellation gibt aber der Türkei trotz ihrer jüngsten Niederlagen die Möglichkeit, den russischen Wünschen einen Widerstand entgegenzusetzen, der — so wie die Dinge heute stehen — nur durch einen Weltkrieg zu beseitigen wäre, welchem sich Rußland momentan aus mehrfachen Gründen nicht gewachsen fühlt."

Daß damals der offizielle Akkord der Monarchie mit Italien bestand, wurde durch die Meldung vom 22. April 1913 des k. u. k. Marineattaché in Rom, Korvettenkapitän Johann Prinz Liechtenstein, erhärtet, wonach der „italienische Fregattenkapitän Conz in dienstlicher Mission zur Besprechung eines Marineabkommens nach Wien abgehen werde".

Die Vorgänge bei der Übergabe Skutaris durch Essad Pascha hatten den Verdacht wachgerufen, daß dieser sich mit Montenegro abfinden würde. Als daher die Frage der Hilfsaktion für Albanien wieder hervortrat, machte ich zu der bezüglichen Note des Ministeriums des Äußern folgende Bemerkung:

„Meine Zustimmung zur Absendung der Hilfsaktion für Skutari habe ich bisher unter der Voraussetzung gegeben, daß es sich um Unterstützung einer uns freundlichen Bevölkerung handle. Nach dem Vorgehen Essad Paschas ist aber die Gewähr für diese Voraussetzung nicht mehr vorhanden; schließen sich die Albanesen, wofür ja Anzeichen sprechen, Montenegro an, dann erschiene es widersinnig, sie weiter noch zu unterstützen, sondern es wäre dem König von Montenegro die Sorge nicht abzunehmen. Es stehen ihm dazu die von den Serben zurückgelassenen Vorräte zur Verfügung.

Diese Gelegenheit wäre zu benützen, den Albanesen zu zeigen, daß man sich von ihnen sofort abwendet, wenn sie in das feindliche Lager übergehen. Italien wäre zu der gleichen Auffassung und zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen."

Indessen hatte mich am 28. April Vlora Bey besucht, mir mitgeteilt, daß Albanien einen österreichischen Thronprätendenten wünsche, man diesen dann proklamieren und Essad Pascha zum Generalissimus machen werde.

Dies stand wohl im Gegensatze zu Essads Ansprüchen auf den Thron.

Welche Rückwirkung das aggressive, durch den Fall Skutaris gekrönte, von den Mächten aber mit symptomatischem Zartgefühl behandelte Vorgehen Montenegros auf die dalmatinischen Gebiete der Monarchie hatte, ergibt sich aus nachstehender Stelle eines Berichtes vom 25. April, Res. Nr. 218, des k. u. k. Militärattachés in Cetinje, Hauptmann Hubka:

„Wenn ich mir mit vorliegendem Berichte gestatte, dieses Eurer Exzellenz gewiß nicht unbekannte Thema zu berühren, so erblicke ich die Veranlassung hiezu darin, daß ich in den letzten Monaten hier in Montenegro gar mancherlei über die Stimmung in Dalmatien hören und beobachten konnte, was weit mehr für die — angeblich pessimistische — Anschauung unserer militärischen Organe spricht, denn für die beschwichtigenden Argumente anderer Kreise.

Infolge der Kriegsereignisse sind Leute verschiedener Berufe, insbesondere Ärzte, Industrielle, Journalisten u. dgl. aus Dalamatien vorübergehend nach Montenegro gekommen, haben sich hier merkwürdig rasch assimiliert und glaubten nun auch keine Ursache mehr zu haben, ihre wahre Gesinnung zu verbergen.

Da es durchwegs intelligentere Personen besserer Stände in reifem Alter sind, kann für ihre Äußerungen nicht die übliche Entschuldigung platzgreifen, daß es sich lediglich um übermütige Reden einer phantastischen Jugend handle, zumal diese Äußerungen an überlegter Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

Es braucht nicht bezweifelt zu werden, daß es in Süddalmatien auch eine beträchtliche Anzahl solcher Bewohner gibt, die leidenschaftslos genug sind, um zu erkennen, daß ein wirtschaftlicher Ruin die unausbleibliche Folge der Vereinigung mit Montenegro sein müßte.

Anders die nationalen Chauvinisten. Diese arbeiten mit täglich zunehmender Dreistigkeit an der Ausgestaltung und Propagierung ihrer

staatsgefährlichen Ideen, und wer unter solchen Umständen zu behaupten wagt: ganz Dalmatien sei unbedingt loyal und ruhig, der tut dies entweder aus egoistischem Opportunismus oder mangels an Scharfblick."

In richtiger Würdigung dieser durch die Einnahme Skutaris verschärften Stimmung hatte Feldzeugmeister Potiorek am 27. April nachmittags ein Telegramm an mich gerichtet, in dem er den dringlichen Antrag auf Einberufung aller bosnisch-herzegowinischen Nichtaktiven stellte. Am 30. April erneuerte er diesen Antrag, sowie jenen auf Erlassung der Ausnahmeverfügungen in zwei Telegrammen an den gemeinsamen Finanzminister.

Die früher gegebenen Ausführungen über Rußland fanden eine bezeichnende Ergänzung durch nachstehenden, am 29. April eingelangten Bericht vom 23. April 1913, Res. Nr. 124, des k. u. k. Militärattachés in Petersburg, Prinz Hohenlohe:

„Heute war hier bereits am Morgen ein, wenn auch offiziell noch nicht bestätigtes, Gerücht über den Fall von Skutari verbreitet, das der Abendpresse bereits Anlaß gab, sich darüber in längeren Artikeln zu ergehen.

Großfürst Nikolaus Michajlowitsch zog mich diesbezüglich in ein längeres Gespräch. Hiebei erwähnte Höchstderselbe, daß man zwar offiziell über die Richtigkeit dieser Gerüchte noch nicht orientiert sei, daß diese Eventualität aber jedenfalls neue und weitgehende Komplikationen hervorrufen dürfte.

Ich erwiderte Seiner Kaiserlichen Hoheit, daß man meiner Ansicht nach jedenfalls mit einer solchen Möglichkeit rechnen müsse, und daß es mir als logisch denkendem Menschen unverständlich sei, wie man nach all den soi-disant de commun accord ergriffenen Maßregeln zur Erhaltung des Friedens und der ungestörten Beziehungen zwischen Rußland und der Monarchie, in logischer Folge auch bei den gemeinsamen Demarchen der Mächte, die doch auf eine Pression auf Montenegro abzielten, nicht mit der entsprechenden Energie vorgehe, welche die sichere Gewähr auf Durchsetzung des Willens bieten könnte.

Das ewige Hinziehen und das unter den verschiedensten Vorwänden zur Schau getragene Zögern, die bereits besprochenen und geregelten Grundsätze über Albanien, die Zugehörigkeit Skutaris etc. unter Anwendung der geeigneten Mittel zur Tatsache werden zu lassen, könne zu keinem guten Ende führen und müsse schließlich bei uns den schlechtesten Eindruck hervorrufen.

Die seitens Rußlands abgegebene Erklärung über die Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien (selbst im Falle der Einnahme der Stadt durch die Montenegriner) allein könne nicht genügen, wenn gleichzeitig durch fortgesetztes Zögern und ins Endlose ausgedehnte diplomatische Konversation gleichsam der Fall der Stadt seitens Rußlands systematisch vorbereitet und durch ein Albanesen-Massaker in der eingenommenen Stadt als Endergebnis gekrönt werde.

Daß man durch ein derartiges Vorgehen eine separate und in völliger Unabhängigkeit von den bisherigen Abmachungen durchzuführende Aktion der Monarchie geradezu provoziere, sei eine unleugbare Tatsache.

Die Erhaltung des Friedens und die Durchführung der in den Botschafterbesprechungen zustandegekommenen Resolutionen zu wollen und dabei gleichzeitig von der Ergreifung der hiezu nötigen Mittel zögernd und zaudernd abzustehen, seien zwei gänzlich unvereinbare Standpunkte.

Auf die Bemerkung des Großfürsten, daß der aufrichtige Wille zur Durchführung der besprochenen Grundsätze an maßgebender Stelle außer jedem Zweifel sei, erlaubte ich mir zu erwidern, daß es um so bedauerlicher sei, wenn durch die Haltung Rußlands in so wichtigen und eine rasche Entschließung erfordernden Momenten der Wille mit den Mitteln zu dessen Umsetzung in die Tat so wenig in Einklang gebracht würde.

Die öffentliche Meinung und die Presse der Monarchie seien von der Aufrichtigkeit der russischen Politik überhaupt kaum mehr zu überzeugen. Wenn man Allerhöchsten und maßgebenden Ortes bei uns auch davon überzeugt sei, so schließe dennoch die seitens der russischen Regierung eingenommene unschlüssige und zu keinem abschließenden Endresultat kommende Haltung es nicht aus, daß man sich, wenn auch mit Widerstreben, zu selbständigem und dann energischem Vorgehen gezwungen sehen könnte.

Es sei keine Zeit zu verlieren, jeder Tag könne neue Komplikationen bringen, und der eventuelle Fall Skutaris, der vielleicht indessen schon zur Tatsache geworden sei, könne die schwerstwiegenden Folgen haben.

Der Großfürst erwiderte mir hierauf, daß er ganz meiner Ansicht sei, daß er mir aber nicht verhehlen könne, daß sich in allerletzter Zeit nicht nur gegenüber der Politik Herrn Sasonows, sondern schon beinahe gegen die Person Seiner Majestät eine Bewegung fühlbar mache, welche man allerdings durch die geplante Wolgareise und den Allerhöchsten

Besuch verschiedener Städte im Innern des Reiches auszugleichen hoffe*).

Ich erlaubte mir zu bemerken, daß ich gerade von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, um so weniger begreifen könne, daß man riskiere, es auf einen Fall Skutaris ankommen zu lassen, da es doch vom russischen Standpunkte aus besehen, viel leichter sei, Montenegro zu einem Abstehen von der Belagerung zu zwingen, als die Montenegriner nach Einnahme der Stadt aus derselben zu entfernen.

Denn dies könnte ja nur auf zweifache Art geschehen, entweder durch ein seitens der Mächte zu übertragendes Mandat, oder aber durch eine auf eigene Faust durchgeführte Aktion Österreich-Ungarns, wobei Rußland, wenn es seinen abgegebenen Erklärungen treu bleiben wollte, den untätigen, wenn auch mißvergnügten Zuseher abgeben müßte.

Der Großfürst stimmte meinem — ich kann nicht leugnen — wenig diplomatischen Raisonnement bei und meinte, daß ja im Falle der Einnahme Skutaris auch die panslawistische Idee, unterstützt und geschürt durch die politischen Umtriebe der Großfürsten und Großfürstinnen montenegrinischer und serbischer Verwandtschaft, von neuem sehr stark auflodern und der Regierung neue Schwierigkeiten bereiten würde.

Darauf fragte mich der Großfürst, wie ich mir vorstelle, daß im Falle von der Einnahme Skutaris durch die Montenegriner eine Entfernung derselben aus der Stadt möglich sein sollte, da ja die Demarche der Mächte wahrscheinlich doch zu nichts führen würde, wenn sie wie bisher gehandhabt würde.

Ich sagte Seiner Kaiserlichen Hoheit, daß ich nicht Diplomat sei, mich auf derartige Verhandlungen schlecht verstünde, daß ich aber meinen sollte, daß in solchem Falle nichts anderes als eine ohne Zögern und in aller Offenheit abgegebene Erklärung Rußlands, daß man zur Ergreifung der notwendigen energischen Maßregeln Montenegro gegenüber freie Hand lasse, helfen könnte.

---

*) „Es ist dies meiner Ansicht nach nicht ganz richtig, denn von einer Bewegung gegen die Person Seiner Majestät im Reiche kann meiner Ansicht nach im Zusammenhang mit der äußern Politik nicht die Rede sein. Im Lande ist die äußere Politik das letzte, für das man sich interessiert. Es kann sich hiebei nur um gewisse Petersburger Milieus, eventuell Dumakreise handeln. Doch ist dies bis jetzt auch nicht von sehr weitgehender Bedeutung.

Jedenfalls ist diese Auffassung in Hofkreisen aber bemerkenswert und von nicht zu unterschätzender Bedeutung."

Aber auch dies könne n u r i n d e m F a l l e einen durchschlagenden Erfolg haben, wenn man sich, ohne z u z a u d e r n und z u f e i l s c h e n, dazu entschließen könnte. Langwierige Verhandlungen müßten nach den bisherigen Erfahrungen, die wir im Verlauf der letzten Zeit gemacht hatten, uns gegen jeden Erfolg derselben höchst mißtrauisch machen und könnten mit Rücksicht auf die eventuelle Ergebnislosigkeit den Entschluß zu selbständigem Vorgehen auslösen. Die Zeit für »im Omnibustempo« geführte Besprechungen sei vorüber, man müsse vielmehr b a l d zu einem Entschluß kommen.

Der Großfürst fragte mich, ob — falls man uns zur Räumung Skutaris freie Hand ließe — man damit rechnen könnte, daß man unserseits nicht auch weitergehe.

Ich antwortete, daß ich mich darauf beschränken könne, auf die Politik der k. u. k. Monarchie seit September vorigen Jahres hinzuweisen, daß sich darin meines Wissens nichts geändert habe, und daß wir Eroberungsgelüste weit besser und einfacher zu einem früheren Zeitpunkt des Balkanfeldzuges hätten stillen können.

Die enorme Nachgiebigkeit und das loyale Entgegenkommen, das die Monarchie Rußland gegenüber in den Grenzregelungsfragen Albaniens bewiesen habe, seien wohl die beste Gewähr, daß wir auch jetzt einer offenen und zu einem raschen Ende führenden Übereinkunft nicht abgeneigt sein dürften.

Was natürlich im Falle weiterer hinziehender und unschlüssiger Politik seitens Rußlands, welche ein Austreten der Monarchie aus dem Konzert der Mächte direkt provozieren müßte, geschehen würde, könnte nur die Zukunft lehren.

Der Großfürst sagte dann am Schluß mit Bezug auf den seit einiger Zeit sich immer mehr verschärfenden gesellschaftlichen Boykott, der sich uns gegenüber fühlbar macht: »Vous pouvez vraiement compter sur les doigts les personnes, qui sont restées comme moi en bonnes relations avec vous pendant toute la crise.«

Ich erwiderte, daß ich das gnädigste Wohlwollen, das mir Seine Kaiserliche Hoheit die ganze Zeit über bewahrte, umsomehr zu schätzen wüßte, als wir in gesellschaftlicher Beziehung nicht zu sehr verwöhnt worden seien. Ich sei jedoch nicht zu meinem Vergnügen hier und betrachtete daher diese gesellschaftlichen Unannehmlichkeiten als einen Teil meines Dienstes. Daß ich mich darüber hinwegsetzen könne, beweise am besten, daß ich in meinen Berichten dieselben nur flüchtig erwähnt habe, daß man aber eine derartige Haltung der gesellschaftlichen Kreise uns gegenüber nicht bemerke und fühle, sei nach deren Natur unmöglich.

Ich sei überzeugt, daß bei uns oder in jedem anderen Lande ein derartiger Mangel an Kultur schlechterdings unmöglich sei.

Ich lenkte dann auch die Aufmerksamkeit Seiner Kaiserlichen Hoheit auf einen Artikel des »Swiet«, den ich in Übersetzung beilege.

Über die eventuelle Teilnahme Seiner Majestät des Kaisers an den Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin sagte der Großfürst, daß seitens des englischen Königs auf Seine Majestät eingewirkt werde, damit er hinkomme.

(Bis jetzt hieß es immer, daß ein Besuch in Berlin sehr unwahrscheinlich sei.)

Jetzt scheint sehr viel Aussicht dazu zu bestehen und drückte der Großfürst seine Hoffnung aus, daß dies eine direkte Aussprache des Kaisers mit seiner K. u. K. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand mit sich bringen werde.

Er arbeite, wie er mir sagte, darauf hin.

24. April 1913.

Erst heute langte hier die offizielle Mitteilung über den Fall Skutaris aus Wien ein. Herr Sasonow äußerte dem Herrn Botschafter gegenüber, daß die Zugehörigkeit Skutaris dadurch nicht tangiert werde, und daß man hier zu energischeren Maßregeln seitens aller Mächte gegen Montenegro bereit sei.

25. April 1913.

Aus heute stattgehabten Besprechungen des k. u. k. Botschafters mit dem Minister des Äußern und dem Ministerpräsidenten geht hervor, daß man sowohl an Allerhöchster Stelle (wo gegen den König von Montenegro eine sehr starke Verstimmung eingetreten ist) als auch in Regierungskreisen an den Abmachungen bezüglich Skutaris festhalten will.

Herr Sasonow und Kokowcew sind jedoch für eine langsamere und nicht über das notwendige Maß hinausgehende Aktion aller Mächte. Ein Austreten Österreich-Ungarns aus dem europäischen Konzert scheint ihnen große Besorgnis zu bereiten, und möchte man dies mit allen Mitteln verhindern.

Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach ist der Moment gekommen, wo auf diplomatischem Wege ein sehr großer und energischer Druck auf die russische Regierung notwendig und auch möglich ist.

Man verträgt jetzt hier eben, um ein einseitiges Vorgehen der Monarchie zu verhüten, sehr viel, nur muß auch von uns aus beinahe Schlag auf Schlag durch energische Vorstellung die günstige Situation ausgenützt werden.

Ich gehe sogar so weit, zu glauben (und habe dies auch dem k. u. k. Botschafter gegenüber mir auszusprechen erlaubt), daß man der russischen Regierung in ihren Bestrebungen, das einmütige Vorgehen der Mächte zu wahren, soweit entgegenkommen kann, daß man für die von ihr vorgeschlagenen, sehr schwachen Koerzitivmaßregeln einen Termin setzt, nach Ablauf desselben aber, falls die gemeinsamen Demarchen keinen durchschlagenden Erfolg haben, sich jetzt bereits seitens der Monarchie ein selbständiges Vorgehen mit Zustimmung Rußlands sichert und dieses jetzt schon festlegt.

Die Stimmung ist momentan hier eine solche, daß dies zu erreichen sein könnte; freilich müßte dies bald sein.

Jede hinziehende Taktik bringt es mit sich, daß England und Frankreich — wie bei der Flottendemonstration — nach einiger Zeit »lauer« werden, anderseits, daß man hier durch den alten Fehler der Presse und öffentlichen Meinung durch Verheimlichung des jetzt bestehenden Regierungswillens für später eine viel größere und gefährlichere Macht einräumt, als die Regierung es vielleicht selbst ahnt."

So weit der Bericht Hohenlohes.

Laut Befehl des Marinekommandos Nr. 2021 vom 28. April sollte die zweite Schiffsdivision nach Teodo in den k. u. k. Kriegshafen von Cattaro abgehen; das Ministerium des Äußern stellte jedoch das Ersuchen, hievon insolange abzusehen, als unsere Seestreitkräfte an der internationalen Flottenaktion beteiligt wären.

Diese war also auch für alle maritimen Maßnahmen im eigenen Hause zur Fessel geworden. Ich bemerkte daher hiezu:

„Meine Ansicht geht dahin, daß wir uns bezüglich der eigenen Flottenbewegungen durch die Anwesenheit fremder Schiffe, sowie durch die Flottendemonstration die Hände nicht binden lassen dürfen. Ganz entschieden muß ich mich aber gegen eine solche Bindung aussprechen, wenn es sich um Flottenbewegungen innerhalb der eigenen Gewässer handelt."

In einer von 1 bis 2.45 Uhr nachmittags währenden Besprechung am 29. April vertrat Graf Berchtold die Ansicht, daß der etwaige Krieg gegen Montenegro nur die Räumung Skutaris zum Ziele haben könne. Ich erwiderte, daß, wenn dieser Krieg geführt wird, das Ziel ein höheres, nämlich die Einverleibung Montenegros sein müsse. Graf Berchtold warf ein, daß die Mächte uns in den Arm fallen, und eine Konferenz uns alles wieder abnehmen würde. Ich erwiderte, daß nach einem Waffenerfolg alles ganz anders aussehe.

Der Minister meinte, man müsse klarstellen, ob Italien zur gemeinsamen Aktion geneigt sei und müsse dann diese von See aus gegen Skutari richten, Montenegro seitwärts liegen lassend. Darauf bemerkte ich, daß uns dies den Krieg in Montenegro selbst nicht ersparen würde.

Eine Kooperation aller Mächte bezeichnete ich als für uns nicht annehmbar; ich wies darauf hin, wie lange uns diese herumzögen, und meinte, daß wir nicht mehr paktieren sollten.

Am 29. April kam vom k. u. k. Gesandten in Cetinje die Nachricht, König Nikita wäre bereit, uns den Lovčen abzutreten, wenn man ihm dafür Skutari beließe. Er schlüge vor, gegen den Lovčen vorzugehen. Er würde zum Schein schießen lassen und seinem Volke sagen, daß er der Gewalt habe weichen müssen.

Was von solchen Winkelzügen zu erwarten war, ist klar.

Am 30. April war ich mit Graf Berchtold von 9 bis 11.45 Uhr vormittags bei Seiner Majestät.

Graf Berchtold, einer selbständigen Aktion der Monarchie abgeneigt, hatte sich an Italien gewendet, um es für eine gemeinsame zu gewinnen. Die telegraphische Antwort Italiens lautete:

1. Erachte es eine solche Unternehmung für verfrüht und ungerecht;

2. wolle es ein Einvernehmen in allen Details, also Truppenzahl, Ausschiffungspunkte usw.;

3. verlange es die Festsetzung, daß montenegrinisches Territorium nicht angegriffen werde;

4. fordere es Vereinbarungen über die Entscheidungen nach Eintritt der Folgen dieser Operation;

5. dürfe die Skutarifrage nicht isoliert behandelt werden, sondern mit der Frage der Abgrenzung Albaniens überhaupt und der Stellung Essad Paschas.

Die Rücksichtnahme Italiens auf Montenegro war unverkennbar; auch lag der Verdacht nahe, daß es mit Essad Pascha in Beziehungen stehe.

Graf Berchtold wies die Punkte 1 und 3 ab. Er bezeichnete das Vorgehen eher als verspätet und die Bindung bezüglich des montenegrinischen Territoriums für unannehmbar.

Seine Majestät stimmte dieser Ansicht des Ministers zu.

Ich fügte bei: „Wenn man schon überhaupt die Expedition gegen Skutari für sich herausgreift — was ich aber ablehne, es könnte der Schluß, aber nicht der Anfang sein — so erscheint ein Vorgehen auf Skutari ganz ausgeschlossen, ohne montenegrinisches Gebiet zu

berühren, denn Grundbedingung für den Erfolg bei Skutari ist die Wegnahme des Taraboš. Dazu müßte das ö.-u. Kontingent bei Dulcigno landen und mit Ausnützung der Bojana (zum Herantransport der Geschütze und des nötigen Kriegsmaterials) in den Taraboš-Abschnitt vorgehen und die schwierigste Aufgabe, den Angriff auf den Taraboš, übernehmen. Dabei müßte es gegen montenegrinische Operationen aus der Gegend von Virpazar durch Besetzung des Sutorman-Passes und der Höhen zwischen Antivari und dem Skutarisee sich decken; es m ü ß t e also montenegrinisches Gebiet betreten werden. Das italienische Kontingent hätte bei San Giovanni di Medua zu landen, über Alessio südlich und östlich von Skutari vorzugehen und die Deckung gegen albanesische Unternehmungen (Essad Pascha) auf sich zu nehmen. Dabei kämen die Truppen in die Ebene zu liegen, wo Malaria und Typhus herrschen. Das Expeditionskorps würde durch Krankheiten mehr leiden als durch blutige Verluste."

Es gäbe nur zwei Wege: entweder Albanien seinem Schicksal überlassen, die Folgen möge man aber überlegen, oder die Frage durch den Krieg gegen Montenegro lösen, ob nun Italien mithalten wolle oder nicht. Einer bloßen Expedition gegen Skutari könne ich niemals zustimmen.

Graf Berchtold legte auf die Kooperation Italiens Gewicht und gedachte sie durch Zugeständnisse in Südalbanien zu erreichen; doch meinte er, daß uns Italien nach einem etwaigen glücklichen Krieg gegen Montenegro und Serbien die Früchte nicht belassen, sondern daß es als Gegner auftreten werde.

Ich erwiderte: „Wenn wir wirklich dieses Glück hätten, den Krieg siegreich durchzuführen, wird es sich Italien überlegen, mit uns anzubinden."

Seine Majestät warf ein: „Wenn Vereinbarungen mit Italien getroffen werden, dann müßte auch der militärische Teil vereinbart werden."

Ich fügte bei, daß ich jede Verzögerung bedauern würde, nicht nur weil die politische Lage zum Handeln drängt, sondern auch mit Rücksicht auf die Jahreszeit und bemerkte: „Wir dürfen unsere Operationen nicht in den Sommer gelangen lassen. Ich kenne die Verhältnisse genau. Die große Hitze, das Vertrocknen der Quellen, der Wassermangel, die Ausdünstung der Sümpfe, Malaria, Fieber, Typhus würden unsere Leute schwer treffen."

Sei der Mobilisierungsbefehl erfolgt, so wäre ein e r s t d a n n erfolgendes Nachgeben Montenegros nicht mehr zu akzeptieren.

Seine Majestät: „Selbstverständlich."

Graf Berchtold schlug vor, noch heute telegraphisch in Rom die Delegierung des italienischen Militärattachés Graf Albricci für die gemeinsamen militärischen Besprechungen vorzuschlagen.

Seine Majestät: „Dann werden sie ihn gerade nicht dazu bestimmen."

Graf Berchtold las dann die nach Rom zu richtende Beantwortung der fünf von Italien aufgestellten Punkte vor.

Die Frage Seiner Majestät, welche Truppen gegen Montenegro mobilisiert werden würden, beantwortete ich dahin:

„Das 13., 15., 16. Korps und einige Spezialformationen. Es ist alles vorbereitet, die Anordnungen liegen ausgefertigt. Auf den Befehl Eurer Majestät kann alles sofort durchgeführt werden."

Am 29. April richtete ich noch folgendes Schreiben an Graf Berchtold, das ich auch dem Kriegsminister zur Kenntnis gab:

„Wien, am 29. April 1913.

Die erneuerte Vertagung der Botschafterkonferenz und die damit klar zum Ausdruck kommende Tendenz der Ententemächte, jede Aktion der Monarchie zu hintertreiben, veranlaßt mich, E. E. um Entgegennahme des vorliegenden Schreibens zu bitten.

Will die Monarchie nicht gänzlich darauf verzichten, ihr gesunkenes Prestige zu heben und ihre vitalsten Interessen zu wahren, will sie nicht diese vielleicht letzte Gelegenheit benützen, um jenen schwerwiegenden Folgen vorzubeugen, die durch den bisherigen Gang der Balkankrise für sie eintreten müssen, so erübrigt ihr nur, sofort auf eigene Faust an die Lösung dieser Frage zu gehen und dabei, abgesehen von der eventuellen Mitwirkung Italiens, alle Bindungen durch die Großmächte abzuschütteln.

So wie ich schon letzthin mündlich dargelegt habe, erachte ich jede bloß auf Skutari gerichtete sogenannte Kooperation durch Expeditionskorps der Mächte für ein militärisches Unding, müßte es daher vom militärischen Standpunkte entschieden ablehnen, daß die Monarchie hierauf eingehe und erachte demnach nur den Krieg gegen Montenegro als einzig wirksamen Akt, diesen aber kann nur die Monarchie führen.

Ganz abgesehen davon, bin ich aber der Ansicht, daß für letztere die ganze Frage nicht vom Standpunkte der Räumung Skutaris aufzufassen ist, sondern, wie ich dies im Vorstehenden bereits erwähnte, als letzte Gelegenheit, die durch die Balkanvorgänge bedrohte Existenz der Monarchie zu sichern.

Ich muß in dieser Hinsicht darauf aufmerksam machen, daß die Mobilisierung und Konzentrierung der für den Krieg gegen Montenegro

erforderlichen Kräfte geraume Zeit beansprucht und daher nicht hinausgeschoben werden darf, will man den Gegnern nicht noch mehr Gelegenheit bieten, ihre der Monarchie zum Schaden gereichende Tätigkeit fortzusetzen. Ich beantrage daher, bei Seiner Majestät die Anordnung dieser Mobilisierung je eher je besser zu erbitten.

Unter einem gebe ich dem Kriegsminister Kenntnis des vorliegenden Schreibens."

Die Stimmung in Italien, insbesondere auch hinsichtlich eines Eingreifens Italiens gegen Montenegro, findet durch folgende Stelle eines Berichtes vom 27. April des k. u. k. Militärattachés in Rom über eine Besprechung mit einer der nächsten Umgebung General Pollios angehörenden Persönlichkeit eine eigenartige Beleuchtung.

Graf Szeptycki schreibt:

„Aus dem Gespräche entnahm ich, daß der Gegensatz zwischen der öffentlichen Meinung, die ganz für Montenegro ist, und der Regierung, die mit uns halten will, immer schroffer wird.

Die einzige Hoffnung der Regierung, aus diesem Dilemma herauszukommen, ist die, daß wir auf eigene Faust über Montenegro herfallen. Man erwartet dies — ohne es natürlich unserem Botschafter hier zu sagen — mit der größten Ungeduld, denn dann wird Italien ruhig zusehen können und die Regierung wird nicht mehr notwendig haben, etwas Unpopuläres zu machen, und wird auf unsere Kosten sich am Ruder erhalten.

Auf meine direkte Frage, ob Italien gemeinschaftlich mit Österreich eine militärische Operation gegen Montenegro unternehmen würde, sagte diese Person spontan und wörtlich: »Wir können dies nicht machen, wir würden sofort eine Revolution im Lande haben.«

Ich fragte weiter, ob Italien ein europäisches Mandat annehmen würde und könnte, um wieder gemeinschaftlich mit uns Montenegro den Willen Europas abzuringen.

Ich erhielt wieder diese letzte Antwort: »Dies können wir nicht machen.«

Ein weiterer Beweis, daß die Regierung sich vor direkten Ausbrüchen des Unwillens der öffentlichen Meinung fürchtet, ist der, daß der Palazzo Chigi, die Wohnung unseres Botschafters, seit der Einnahme Skutaris durch ein Bataillon Infanterie und viele Karabinieri bewacht ist."

Treffen diese Angaben zu, so wäre also im Kriegsfalle gegen Montenegro ein uns feindliches Eingreifen Italiens kaum zu besorgen gewesen.

Dieser Bericht charakterisiert auch das ganz eigenartige Verhältnis Italiens zur Monarchie. Offiziell und äußerlich eine Politik des Zusammengehens mit Deutschland und Österreich-Ungarn; ob aber überhaupt aufrichtig gemeint und wenn, von welchen Kreisen, blieb fraglich. Im Wesen aber bestand der unüberbrückbare Antagonismus gegen Österreich-Ungarn, die feindliche Tendenz mit großen Zielen auf Kosten der alten Monarchie auch weiter. Dazu die Verwandtschaft der Königshäuser von Montenegro und Italien und die Ansprüche auf Albanien.

Der unerfüllbare Wunsch, mit aller Welt in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen, die Versäumnis einer rechtzeitigen Abrechnung mit Italien, hatte Österreich-Ungarn diese unklare und unsichere Lage eingebracht. Jetzt, da die Umwälzungen am Balkan an Österreich-Ungarns Bestand zu rütteln begannen, war diese Lage doppelt empfindlich.

Äußerlich wurden die freundschaftlichen Beziehungen gewahrt. Und so sehr ich im internen Kreise aus meinem Mißtrauen gegen Italien kein Hehl machte, trug ich im offiziellen Verkehr der Politik Rechnung, die durch die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands festgelegt und durch das Festhalten am Dreibundgedanken gekennzeichnet war. Auch italienischerseits wurde diesen Äußerlichkeiten Rechnung getragen. Beispielsweise hatte mir General Pollio die vom italienischen Generalstab verfaßte Geschichte des libyschen Krieges gesandt; ich dankte ihm mit folgendem Schreiben:

„Ich bitte E. E. meinen ganz ergebensten Dank für die so liebenswürdige Übersendung der interessanten Darstellung des Feldzuges in Tripolis entgegenzunehmen und zu gestatten, daß ich Sie zu den Erfolgen beglückwünsche, welche die italienische Land- und Seemacht dort errungen hat."

Auch das im Zuge befindliche Marineabkommen war — ein wenigstens äußerliches — Symptom des Zusammengehens. Es scheint der Initiative General Pollios entsprungen zu sein. In einem Berichte vom 10. April teilte der k. u. k. Militärattaché in Rom folgende ihm gegenüber getane Äußerung General Pollios mit: „Es stellt sich immer mehr und mehr heraus, daß wir nach der Besitzergreifung Libyens eine viel zu geringe Marine haben. Wir können unmöglich Frankreichs und Englands Konkurrenz aushalten."

Der Bericht erwähnt auch, daß General Pollio die mißlichen Folgen hervorhob, die ein zu starkes Griechenland in ökonomischer und maritimer Hinsicht für Italien haben würde, Italien daher auch wenigstens einige der von ihm besetzten Inseln im Ägäischen Meere behalten müsse.

Erzherzog Franz Ferdinand stand dem Marineabkommen skeptisch gegenüber, er ließ mir schon am 9. April aus Schloß Miramare folgenden Befehl zukommen:

„Im Höchsten Auftrage erstatte ich Euer Exzellenz die Meldung, daß Seine Kaiserliche Hoheit den Höchsten Wunsch auszusprechen geruhten, es möge die Finalisierung der mit der königlich italienischen Regierung bevorstehenden Verhandlungen über ein eventuelles Zusammenwirken zur See solange als nur irgend möglich hinausgeschoben werden.

Indem ich über Höchsten Befehl die gleiche Meldung an den Marinekommandanten richte und unter Einem auch den k. u. k. Minister des Äußern von diesem Höchsten Wunsche verständige, zeichne ich mit dem Ausdruck meiner größten Ehrerbietung als

Euer Exzellenz gehorsamster

Dr. Bardolff, Oberst."

Dies bewog Graf Berchtold zu folgendem Brief vom 11. April an mich:

„Das beiliegende Schreiben von Oberst Bardolff veranlaßt mich, an Sie die Frage zu richten, ob Ihnen etwas über die Ursachen dieser Auffassung des Höchsten Herrn bekannt ist und inwieweit sich dessen Wunsch realisieren läßt. Eine separate Aktion unserer Flotte im Falle des Eintretens des casus foederis schiene mir nicht unbedenklich."

Ich antwortete am 11. April:

„Euer Exzellenz beehre ich mich mitzuteilen, daß mir die Motive, die Seine Kaiserliche Hoheit veranlassen, ein Hinausschieben der Marinekonvention mit Italien zu verlangen, nicht bekannt sind. Auch ich halte im Dreibundfalle eine isolierte Aktion unserer Flotte nicht für angemessen, bin also im Prinzip für die Vereinigung mit den Verbündeten; diskutabel erscheint mir nur das Operationsziel der vereinigten Flotten, und dabei müsse man achthaben, die vereinigten Flotten nicht in einer Richtung zu verausgaben, die nur sekundäre oder sehr prekäre Aufgaben zum Ziele habe.

Dermalen ist noch das Einverständnis Deutschlands für Wien als Konferenzort ausständig, dann erst dürfte die Delegierung der deutschen und italienischen Vertreter erfolgen, so daß ohnehin noch Zeit damit vergeht.*)

Genehmigen etc. . . ."

---

*) Indessen war laut Meldung des Marineattachés in Rom, wie schon früher angeführt, die Delegierung des königlich italienischen Fregattenkapitäns Conz nach Wien erfolgt.

Auch die Marinesektion, der ich die Bedenken des Militärattachés in Rom hinsichtlich des Flottenabkommens bekanntgegeben hatte, sprach sich für das Abkommen aus und schrieb am 13. April:

„Bezugnehmend auf die geschätzte Note Ev. B. Nr. 1586 vom 8. l. M., beehre ich mich Euer Exzellenz zur geneigten Kenntnis zu bringen, daß seitens des k. u. k. Kriegsministeriums, Marinesektion, der vom k. u. k. Militärattaché in Rom vertretenen Anschauung, besser keine maritime Abmachung mit Italien zu treffen, absolut nicht beigepflichtet werden kann, da Italien der strategischen Verhältnisse (Operationsbasen) wegen weit mehr bisher Unbekanntes wird entschleiern müssen, als dies unserseits notwendig werden dürfte.

Mit dem Ausdruck etc....

Für den Chef des k. u. k. Kriegsministeriums, Marinesektion:
C. Kailer, Konteradmiral."

Waren nun die mit Abschluß des Marineabkommens betrauten italienischen Funktionäre unbewußte Werkzeuge der — über die wahren Ziele im klaren — Leiter der italienischen Politik? Waren sie über die Doppelzüngigkeit dieser Politik informiert? Glaubte irgend jemand in Italien an die Aufrichtigkeit dieses Abkommens? War die vorangeführte Äußerung General Pollios im Sinne des Abkommens gedacht?

Diese Fragen drängten sich unwillkürlich auf.

In unverhüllter Feindseligkeit stand Frankreich der habsburgischen Monarchie gegenüber, in der es den treuen Verbündeten Deutschlands haßte.

Kennzeichnend hiefür ist nachstehender, am 16. April eingelangter Bericht des k. u. k. Militärattachés in Paris, Oberst Vidale:

„Euer Exzellenz!

Wenn ich nach der langen Zeit vollkommener politischer Unklarheit heute, da hier auch für jeden Nichtpolitiker kein Zweifel darüber herrscht, daß Österreich-Ungarn namenlos klein und schwach in die Balkankrise eingetreten ist, verfehlt und verschüchtert durch jeden russischen Bluff bisher darin gehandelt hat und heute — fast gedemütigt — im »europäischen Konzert« gegen seine ursprünglichen Wünsche nach dem Takte anderer mitzuspielen gezwungen ist, so tue ich es nur, um festzustellen, daß die allgemeine Stimmung in Frankreich genau weiter die Kurve einhält, die die russische Politik beschreibt.

Über die Haltung der öffentlichen Meinung und deren einzelne Phasen bis zum Bekanntwerden der Einigung zwischen Rußland und uns bezüglich der Reservistenentlassung berichtete ich E. E. mehrere

Male. Von da ab zeigte sich die französische Presse gemäßigter, weil ihr die allerdings nur vorübergehende Zufriedenheit Rußlands mit Österreich-Ungarn augenblicklich keinen Grund gab, gegen uns aufzutreten. Auch vielleicht, weil der neue Minister des Äußern nicht ganz so in der Hand der Presse war, wie Poincaré, dessen Wahl von ihr und Rußland abhing.

Von dem Augenblick an, als man durch das Zögern Rußlands in der Flottendemonstrationsfrage die Mißbilligung des führenden Freundes mit der ersten Geste Österreich-Ungarns zu entnehmen glaubte, ergießt sich wieder die gewohnte Flut von Schmähartikeln über das »perfide« Österreich, und es ist beschämend, in welchen Ausdrücken Herrscher, Regierung und die Monarchie bedacht werden!

Bevor ich zur Kennzeichnung des Tones, den man ruhig gegen uns anschlägt, aus den Zeitungen einige Artikelauszüge zitiere, möchte ich nur noch feststellen, daß »La Patrie« und »Paris Midi«, denen ich die markantesten Stellen entnehme, gar nicht die Winkelblätter sind, wie es die Diplomaten, die Unangenehmes lieber wegleugnen, als dazu Stellung nehmen, gern betont haben möchten. Der »Temps«, der vielen als Organ des Quai d'Orsay gilt, und der »Figaro«, den die k. u. k. Regierung umworben hat und endlich gewonnen zu haben scheint, da ungefähr seit einem Monat die Botschaftsmitglieder Freiexemplare dieses farblosen Organs erhalten, haben als Ausdruck der allgemeinen Stimmung ungefähr denselben Wert wie Preiskurante! Man liest aus diesen bloß registrierenden Blättern die »von oben« konzessionierten politischen Meinungen, die mit der Hintertreppenpolitik, die Iswolsky mehr denn je in der letzten Zeit hier betrieben hat, nichts zu tun haben.

Aber »La Patrie« und »Paris Midi« liest jedermann und holt sich da Belehrung und seine Meinung, auch wenn es bei uns nicht gern gesehen wird. Freie Republikaner interessieren sich für die geheimen Wünsche der Botschaften mißliebiger Staaten wenig.

»La Patrie«, 3. April:

»Während die Balkanstaaten ihren Heldenmut betätigen, hat Österreich nichts gezeigt als seine Niederträchtigkeit. Der alte Kaiser, der sein Leben damit zubrachte, sich schlagen zu lassen, will wahrscheinlich seine unglückselige Karriere mit einer ‚Heldentat' krönen! Jedenfalls muß er sich beeilen, denn der Tod lauert doch schon auf ihn und Skutari kann bald fallen!«

»La Patrie«, 4. April:

»Österreich bleibt allein mit seiner Schande. Die stolze Haltung des Königs Nikolaus erweckt Bewunderung. Seine Widerstandskraft,

welche Österreich entehrt . . . . . Rußland muß sehr gnädig sein, um die Gelegenheit, Österreich den Garaus zu machen, nicht zu benützen.«

»Paris Midi«, 4. April:

»Was Österreich betrifft, so folgt dieser Zwitterstaat nur seiner undankbaren Bestimmung: getreu seinem Programm, die Schwachen zu bedrücken und die Gewissen zu vergewaltigen. Die schönen Diplomaten, die mit Glacéhandschuhen und mit Backenbärten, wie man sie vor fünfzig Jahren trug, die Politik am Ballplatz dirigieren, gleichen einem Personal von Edelleuten, die durch die Ironie des Schicksals zu schmutzigen Kanalräumerarbeiten verdammt wurden. Ihr Patriotismus — vorausgesetzt, daß er sich in diesem heillos verworrenen Reich nicht gerade mit den eigenen persönlichen Interessen kreuzt oder die Grenzen übersteigt, die ihm die Hofkamarilla zieht — stellt ihre vornehme Denkart auf eine harte Probe! Welches erträumte Ideal können sie denn auch erreichen, diese Nachkommen von Hofschranzen? (Wörtlich: ces descendants de paladins, doch dürfte dies eher ironisch aufzufassen sein.) Der Wahn einer südslawischen Union ist ebenso wie der Versuch, mit dem winzigen Montenegro einen Krieg anzufangen, schon zweimal in Lächerlichkeit und verachtungswürdigem Haß, den sie sich damit zugezogen, gescheitert. Der Kreuzer ‚Edgar Quinet‘, der entsendet wurde, um die österreichische Eskader vor Antivari zu begleiten, ist eigentlich nur als Krankenwärter aufzufassen, den man einem reichen, verderbten Greis auf seine letzten Spaziergänge mitgibt, um den öffentlichen Skandal zu verhindern, daß er auf der Straße kleine Mädchen schändet!«

Die richtige Folie zu dem, was man uns hier täglich zu bieten für gut findet, gibt wohl erst die gleichzeitige Klage des »Temps« über die frankreichfeindliche Haltung der Wiener Presse.

Anläßlich der Flottendemonstrationsfrage schreibt dieses Blatt am 4. April unter der Aufschrift: »L'Autriche se montre satisfaite de la participation de la France«, »daß die Wiener Zeitungen keine Gelegenheit verabsäumen, um auf Kosten der französischen Politik und sonstigen Zustände ebenso mißfällige als höchst unziemliche Bemerkungen zu machen.« Wir, die wir nicht wagen, nur in Gedanken jemand nahezutreten!

Daß die früher erwähnte Auffassung des »Paris Midi« vom 4. April wirklich vollkommen der Wahrheit entsprach, erwies die hier am folgenden Tage publizierte offizielle Note des russischen Ministeriums des Äußern, wonach Rußland bekanntlich durch seine Zustimmung zur Flottendemonstration den Zweck verfolgte:

1. Die Zermalmung Montenegros durch Österreich-Ungarn zu verhindern,

2. zu vermeiden, daß Österreich-Ungarn vereinzelt vorgehe, was zur Bestätigung des Protektorates dieses Staates über Albanien führen könnte.

Mehr kann man schwer sagen.

Einen Durchschlag dieses Berichtes sende ich gleichzeitig an Oberst Bardolff, der seinerzeit den Wunsch aussprach, über die Haltung der französischen Presse fallweise orientiert zu werden.

Paris, am 6. April 1913 (abgesendet am 12. April).

Vidale, Oberst."

In Spanien neigten, nach allen einlangenden Berichten, die konservativen und die militärischen Kreise mehr zu Österreich-Ungarn und Deutschland, die republikanischen aber zu England und Frankreich, ihr Führer war Graf Romanones. Der König, verwandt mit der habsburgischen Dynastie, aber mit einer englischen Prinzessin vermählt, wahrte in allen Phasen der so bewegten Zeit seine Selbständigkeit und seinen Willen, ohne sich — so weit bekannt — nach irgend einer Seite hin zu binden. Ein Bericht des k. u. k. Militärattachés in Madrid, Rittmeister Prinz Schwarzenberg, vom 4. April 1913 behandelt die Möglichkeit einer Allianz Spaniens mit Frankreich und England, enthält aber auch folgende Stelle: „Herr Navarro Revertera*) leugnete damals (März 1913) jegliche Allianzbestrebungen Spaniens ab." Dem Bericht lag ein Artikel des „Temps" vom 2. April bei über ein Interview seines Korrespondenten mit dem spanischen Ministerpräsidenten Graf Romanones. Der Artikel bezog sich vornehmlich auf einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Spanien, schloß aber mit folgenden Worten:

„Ce sont là les dernières déclarations que voulut bien me faire le comte de Romanonès, mais tout laisse prévoir que nous sortirons promptement de la période actuelle d'hésitations et de recherches. En attendant, on peut méditer ces lignes de l'Imparcial: »De grandes affinités de race, d'histoire et de convenances méditerranéennes poussent l'Espagne vers l'Italie et vers la constellation dont fait partie la péninsule soeur. De hauts intérêts et un ésprit de prévoyance retiennent dans l'orbite de la France et de l'Angleterre notre pays qui se ment dans leur sphère intellectuelle et économique. L'union intime avec ces dernières puissances est, tout bien considére, la politique traditionnelle de notre pays.«"

*) Spanischer Staatsminister.

Am 2. Mai teilte mir Graf Kageneck mit, daß Deutschland absolut zur Monarchie halte und für die große Austragung des Konfliktes wäre.

Erzherzog Franz Ferdinand, bei dem ich mich nachmittags eingefunden hatte, erklärte sich mit der Mobilisierung gegen Montenegro einverstanden und besprach kurz mit mir die Lage.

Das Ungeklärte derselben erforderte es, in B. H. D. auf der Hut zu sein und die dringendsten militärischen Vorkehrungen zu treffen. Dazu gehörte die Einberufung der Nichtaktiven Bosniens und der Herzegowina und die Erlassung der Ausnahmeverfügungen in B. H. D.

Es deckte sich auch mit einer am 1. Mai telegraphisch gestellten Bitte des Feldzeugmeisters Potiorek um 10.000 Mann für den Armeetrain und um Ausgabe der Kriegsleistungsverordnung. Das ist jene gesetzliche Verfügung, auf Grund deren erst die Beistellung der Pferde, Tragtiere, sowie sonstiger Bedürfnisse für einen etwaigen Krieg zu geschehen vermochte.

Die Einberufung der Nichtaktiven B. H. Ds. war geboten, um der Gefahr vorzubeugen, sie im Falle feindlicher Invasion oder Insurrektion nicht mehr einziehen zu können. Auch hätte ihre erst im Mobilisierungsfall verfügte Einberufung zu wesentlichen Erschwernissen der sonstigen Mobilisierungs- und Aufmarschtransporte geführt.

Ich richtete daher folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Wien, am 2. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Eben habe ich von Seiner Exzellenz dem Kriegsminister, bei welchem ich mich um die Resultate seiner gestrigen Besprechung erkundigte, erfahren, daß seitens E. E. der Einberufung der Nichtaktiven in B. H. und des Landsturmes in Dalmatien Hindernisse in den Weg gelegt wurden, so daß der Befehl zu dieser Maßnahme nicht erfolgte.

Ich muß anbetrachts der mir obliegenden Verantwortung für die Schlagbereitschaft der zu eventuellen Operationen gegen Montenegro bestimmten Truppen, sowie für alle konkreten diesbezüglichen Vorbereitungen E. E. auf das Nachdrücklichste bitten, dieser so dringenden militärischen Maßnahme nicht nur keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern sie auch an Allerhöchster Stelle zu vertreten; ich würde mich andernfalls bemüßigt sehen, dieserwegen bei Seiner Majestät in Audienz vorzusprechen, was ich aber im Sinne eines einheitlichen und einmütigen Zusammenwirkens lieber vermieden sehen möchte.

Wenn auch nur mit der entferntesten Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gerechnet werden muß — und ich glaube daß dies wohl der Fall

ist — so erachte ich den Moment gekommen, in dem die militärischen Forderungen allen übrigen voranzustellen und nebensächliche Bedenken fallen zu lassen sind; die Monarchie könnte sonst leicht wieder jene Erfahrungen vermehren, die ihr aus ihren unglücklichen Kriegen geblieben sind.

Conrad, G. d. I."

In einem Ministerrat am 2. Mai wurde mitgeteilt, daß die Einberufung der Nichtaktiven resolviert und die Kriegsleistungs-Verordnung für Bosnien und Herzegowina ergangen sei, nicht aber für Dalmatien.

Zur Deckung der gesamten eventuellen Kriegsauslagen waren dem Kriegsministerium nicht 800, sondern 500 Millionen Kronen in Aussicht gestellt, davon 12½ Millionen für Anschaffung von Pferden und 5 Millionen für die Kriegsausrüstung Cattaros.

In der Ministerratssitzung waren folgende Richtlinien zur Bekanntgabe an Feldzeugmeister Potiorek zur Sprache gekommen:

1. Mit Italien würden in kürzester Zeit Vereinbarungen über eine gemeinsame Operation gegen Skutari erfolgen, ohne Fessel für uns;

2. ohne Rücksicht darauf wird an Montenegro das Ultimatum gestellt, in drei Tagen Skutari zu räumen;

3. im Weigerungsfalle wird die Mobilisierung gegen Montenegro angeordnet.

Im Hinblicke auf die Möglichkeit des Krieges gegen Montenegro war nachstehende Stelle eines Berichtes vom 29. April (eingelangt am 2. Mai) des Militärattachés in Belgrad über die Haltung Serbiens von Interesse:

„Bei der Schwierigkeit, durch direkte Fühlungnahme mit leitenden serbischen Funktionären darüber verläßliche Aufklärung zu erhalten, versuchte ich, von meinem englischen Kollegen, der in politischen Dingen meist gut informiert ist, hierüber Aufklärung zu erhalten. Oberstleutnant Thomson erscheint mir diesbezüglich jetzt um so maßgebender, als er erst vor vier Tagen von Durazzo zurückgekehrt ist, wo er drei Wochen inmitten der serbischen Truppen verbrachte, insbesondere zu General Bojović freundschaftliche Beziehungen unterhielt.

Oberstleutnant Thomson ist der Ansicht, daß Serbien sich jetzt auf keinen Fall für Montenegro militärisch einsetzen würde. Selbst in dem Falle, als die Monarchie von Rußland bedroht werden würde, wäre Serbien jetzt nicht in der Lage, Mazedonien von Truppen zu entblößen, da dies die sofortige Besetzung der strittigen Gebiete durch Bulgarien zur Folge hätte. Oberstleutnant Thomson stimmt meiner in dem Berichte vom 27. d. M. niedergelegten Ansicht vollkommen bei, daß Serbien jetzt

seine ungeteilte Aufmerksamkeit gegen Bulgarien wendet. In zwei bis drei Wochen dürfte es zum Friedensschlusse mit der Türkei kommen; dieser Zeitraum wird Serbien genügen, um seine militärischen Vorbereitungen im Vardartale und bei Kumanovo zu vervollständigen. Dann kommt es zur Auseinandersetzung mit Bulgarien, über deren Verlauf und Charakter man allerdings keine Voraussage wagen kann. Die Möglichkeit einer kriegerischen Lösung der Grenzfrage schätzen wir hier allerdings höher ein, als die eines friedlichen Arrangements.

Auf Albanien hat man hier anscheinend verzichtet; abgesehen von der Entscheidung der Großmächte, ist man hier zur Erkenntnis gekommen, daß Serbien kaum imstande wäre, das total verwüstete Land zu organisieren und zu verwalten. Aus denselben Gründen kann die Unternehmung Essad Paschas nicht ernst genommen werden. Wer jetzt in Albanien herrschen will, braucht hiezu nicht nur Truppen, sondern vor allem Geld und Lebensmittel, da das Land vollkommen ausgesogen ist, und auch die ganze diesjährige Ernte in Frage steht."

Welche Behandlung die Frage der Räumung Skutaris auf der Londoner Konferenz erfuhr, schildert ein Bericht vom 23. April des k. u. k. Militärattachés in London. Er war am 3. Mai eingelangt; es heißt darin:

„Der Gegensatz zwischen dem Dreibund und der Entente ist zu groß, die Eifersucht zu vorherrschend, als daß eine entschiedene Aktion der Großmächte zu erwarten wäre. Jeder österreichische Vorschlag trifft auf Widerspruch Rußlands, und da die Entente in der Botschafterkonferenz infolge der persönlichen Qualitäten ihrer Vertreter das gewichtigere Wort führt, so bringen die Beschlüsse stets mehr vom russischen Standpunkt zum Ausdruck, als von den Vorschlägen Österreich-Ungarns. Vergeblich erteilte Graf Berchtold unserem Botschafter die Instruktion, die Notwendigkeit eines raschen Beschlusses zu einer Maßregelung Montenegros, sei es in Form einer Bündnisexekution, sei es in Form eines Mandates an Österreich-Ungarn und Italien oder Österreich-Ungarn allein, der Konferenz nahezulegen und einen solchen Beschluß durchzusetzen: die Diskussionen, so lang und lebhaft sie auch waren, führten zu keinem anderen Resultat, als zu dem am 23. April gefaßten Vorschlag eines Kollektivschrittes in Cetinje, um den unveränderlichen Willen der Großmächte bezüglich Skutaris zu dokumentieren, welcher Kollektivschritt von der gestrigen Konferenz abermals als dringlich bezeichnet wurde, ohne daß Mittel gefunden worden wären, um ihm auch entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Die Entsendung von Expeditionstruppen, ja selbst die Landung von Detachements der Blockadeflotte fand bei Eng-

land, wie bereits berichtet, entschiedene Ablehnung, und ein englischer Ministerrat verwarf jede Aktion dieser Art. Da Rußland und Frankreich in ihrer Opposition gegen eine Mandatserteilung fest zusammenhalten und England sich in allerletzter Zeit ihrer Politik wieder eng anschloß, so kam hinsichtlich Zwangsmaßregeln die Botschafterreunion absolut zu einem toten Punkt, und alles, was erreicht wurde, ist eine Verschärfung der Blockade, welche Maßregel von Rußland als hinreichend bezeichnet wird, um Montenegro zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Man spricht noch immer von Geduld und Abwarten des Wirksamwerdens der bisherigen Aktion, während König Nikolaus sich anschickt, seine Herrschaft in Skutari dauernd zu etablieren. Der englische Ministerpräsident, der in diesen kritischen Tagen stets den Vorsitz bei den Konferenzen geführt hat, erklärte zwar unserem Botschafter, daß England fest an den früheren Konferenzbeschlüssen bezüglich der Grenzen Albaniens halte, daß »England so gut sei wie sein Wort«, aber damit ist noch nicht viel getan, wenn Rußland und Frankreich fortfahren, uns aus unseren Stellungen herauszumanövrieren. Graf Mensdorff schließt zwar aus ihrem Verhalten und aus den Reden Graf Benkendorffs, daß Rußland und Frankreich bereits Kenntnis haben, daß Montenegro nachgeben wird, und daß sie deshalb gegen jede rasche und energische Aktion Stellung nehmen und für eine Art Aushungerungspolitik plädieren, vorläufig sind aber noch keine Anzeichen sichtbar, die diese Vermutung rechtfertigen würden, und es steht nur das eine fest, daß Österreich-Ungarn infolge der Teilnahme an der Botschafterkonferenz so gut wie lahmgelegt und in seiner Entschlußfreiheit vollkommen unterbunden worden ist."

Am 4. Mai erhielt ich vom Militärattaché in Cetinje die überraschende Meldung, daß König Nikita Skutari bedingungslos räume, kurz darauf auch die Mitteilung hierüber vom Ministerium des Äußern, mit dem Beifügen, der König bäte, etwa geplante Maßnahmen um 48 Stunden aufzuschieben, der k. u. k. Gesandte aber beantragte, trotzdem das sofortige Ultimatum an Montenegro zu richten, damit Montenegro o f f e n k u n d i g gezwungen werde, sich dem Willen der Monarchie zu beugen.

In dem am 4. Mai hierauf erfolgten Ministerrat, an dem außer Graf Berchtold und mir die Minister Krobatin, Bilinski, Stürgkh und Georgi teilnahmen, wurde zunächst beschlossen, mit den Ausnahmeverfügungen in Dalmatien noch zu warten, dann aber beantragt, das Ultimatum an König Nikita zu erlassen. Graf Berchtold meinte, jetzt, da man wisse, der König wolle nachgeben, könne man ein Ultimatum nicht stellen,

Graf Stürgkh bezeichnete die Rücksichtnahme als zu zartes Empfinden, als Gefühlspolitik.

Ich befürwortete gleich allen Teilnehmern das Ultimatum und bat Graf Berchtold, zu Seiner Majestät zu fahren. Vorher gelangten aber noch schwebende Fragen zur Sprache. Ich wendete mich gegen den Vorschlag, Italien Valona zu überlassen, bezeichnete dies als einen viel zu großen Preis für die Räumung Skutaris und erachtete es nur dann zulässig, wenn wir den Krieg gegen Serbien und Montenegro führen würden und mit Valona die Neutralität Italiens uns sichern könnten.

Entschieden nahm ich gegen eine mit Italien gemeinsame Okkupation Albaniens Stellung. Sie sei in der Praxis nicht gut durchführbar, auch sei ich, mit Rücksicht auf immerhin mögliche kriegerische Komplikationen, gegen jede Verwendung stärkerer Truppen zu solchem Zwecke. Man müßte entweder zwei Divisionen mobilisieren, könne aber nicht dauernd die für Erreichung des Kriegsstandes einberufenen Nichtaktiven unter den Fahnen halten, oder man müßte die Friedensstände von etwa 100 Bataillonen anbröckeln, was man in einem Kriegsfall empfindlich spüren würde.

Graf Berchtold meinte: Etwas müsse man aber tun: Albanien einen Fürsten geben, Gendarmerieorgane, die als Postenkommandanten albanesische Leute ausbilden, dann eine bewaffnete Macht, wenigstens einige Garnisonen. Die ersten beiden Maßnahmen billigte ich, gegen die Garnisonen sprach ich mich aber aus, da sie im Falle einer Insurrektion in einen unwillkommenen Kleinkrieg verwickelt werden könnten.

Am 5. Mai früh erhielt ich folgende Zeilen Graf Berchtolds als Ergebnis seiner Audienz:

„Wien, 4. Mai 1913, abends.

Seine Majestät hat zu bestimmen geruht, daß es bei der Formulierung des bereits abgesendeten Telegrammes zu verbleiben habe. Ich habe Anlaß genommen, Mensdorff von dem Herantreten Montenegros an uns zu verständigen, damit er diese Submission entsprechend verwerte.

Mit Gruß

Berchtold."

Das Telegramm enthielt nur unsere Drohung, von einem Ultimatum war abgesehen.

Da ich damit rechnen mußte, daß trotz meiner Gegenvorstellungen die Entsendung eines Expeditionskorps nach Albanien befohlen werden könnte, beauftragte ich am 2. Mai das Operationsbureau, die Vorarbeiten hiefür zu bewirken, derart, daß jedem der Korps 1 bis 14 je ein Bataillon für das Expeditionskorps entnommen würde,

damit bei etwa eintretendem großen Kriegsfall der Aufmarsch der Armeen keine wesentliche Störung erleide.

Die Sorge, daß man sich in ein so zweifelhaftes Unternehmen einlassen könnte, ließ mich aber nicht ruhen. Ich wollte alles vermieden sehen, was größere Kräfte in Albanien zu binden vermocht und Österreich-Ungarn, ohne ihm völlig freie Hand zu lassen, den Konflikt mit König Nikita allein überantwortet hätte; dies kommt in meinem nachstehenden Schreiben vom 2. Mai an Graf Berchtold zum Ausdruck:

„Res. Gstb. 2053.

Euer Exzellenz

beehre ich mich mitzuteilen, daß nach verifizierten Nachrichten sich seit einigen Tagen etwa 5000 Mann montenegrinischer Truppen im Raume um Alessio befinden.

Ich erlaube mir beizufügen, daß meines Erachtens die Forderung auf die Räumung Skutaris durch montenegrinische Truppen selbstverständlich auch auf die Räumung Nordalbaniens bezw. des ganzen durch die Mächte für das autonome Albanien bestimmten Gebietes ausgedehnt werden muß.

Hinsichtlich der notwendigen Garantien für die tatsächliche Durchführung dieser Räumung und die Verhinderung einer etwaigen Wiederbesetzung dieser Stadt durch Montenegro müßten naturgemäß bindende Kautelen geschaffen werden.

Als solche kämen für Skutari zunächst die sofortige Besetzung durch ein gemischtes Marinedetachement der internationalen Blockadeflotte in Betracht, die bereits vorbereitet ist. Dieses Detachement müßte unmittelbar nach Ablauf des Termins für die Räumung in Skutari einrücken.

Genehmigen etc. Conrad, G. d. I."

Ferner:

„K. u. k. Chef des Generalstabes.
Geh. Nr. 145.

Euer Exzellenz!

Die andauernd zuwartende Haltung der Monarchie bringt es mit sich, daß die politische Lage stets neue Gestalten annimmt, womit sich auch die Bedingungen für die militärischen Maßnahmen fortwährend ändern.

So ist es dermalen die Aktion Essad Paschas und die zunehmende Wahrscheinlichkeit, daß Serbien Montenegro im Kampfe nicht allein lassen werde. Ersteres Ereignis löst immer mehr die Frage einer größeren militärischen Aktion in Albanien im Verein mit Italien aus,

da, wenn sich — wie möglich — Essad Pascha als Feind erweist, mit relativ geringen Kräften nichts auszurichten wäre.

Ich muß nun erneuert darauf hinweisen, daß ich jedwede direkte Aktion gegen Albanien erst dann für zulässig erachte, wenn die Verhältnisse gegenüber Montenegro und Serbien gewaltsam bereinigt sind.

Bei einer vorherigen größeren Aktion in Albanien würden wir damit rechnen müssen, überdies in Konflikt mit Montenegro und voraussichtlich auch mit Serbien zu geraten, wobei stets auch der Konflikt mit Rußland im Auge behalten werden muß.

Würden wir nun entsprechend starke Kräfte lediglich nur in Albanien ansetzen, so würden uns diese im Falle Eintritts oberwähnter Konflikte fehlen, was ich vom militärischen Standpunkt als einen eminenten Nachteil bezeichnen und wovor ich daher entschiedenst abraten müßte.

Es ist dies schon jener Fall, in dem sich die diplomatischen Aktionen den militärischen Forderungen unterordnen müssen.

Ich muß daher meine schon wiederholt geäußerte Anschauung erneuert festlegen, nämlich daß ein gewaltsames Vorgehen vor allem mit der Bekriegung Montenegros und voraussichtlich Serbiens beginnen muß, welcher dann erst das Vorgehen gegen Skutari selbst zu folgen vermöchte.

Niemals dürfte aber mit der Aktion gegen Skutari oder überhaupt in Albanien als selbständiger Akt b e g o n n e n werden.

Die italienische Forderung einer Aktion ohne Bekriegung Montenegros, und zwar auch auf montenegrinischem Gebiet, erscheint daher ganz unannehmbar.

Ich schließe mich dabei ganz den Intentionen E. E. an, daß es diesfalls erforderlich erscheint, Italien auf der eigenen Seite zu haben, was meiner Ansicht nach erreichbar wäre, wenn man Italien freie Hand in Südalbanien ließe und es damit gegen Griechenland und Essad Pascha in Konflikt brächte.

Ich bin der letzte, welcher die überaus schwierige Lage der Monarchie verkennen würde, umsomehr als ich schon vor Jahren die kommende Gefahr voraussah und damals zu dem mir dringend erschienenen Handeln — leider vergeblich — drängte; aber ich kann auch nicht verkennen, daß sich diese schwierige Lage mit dem Zuwarten nur verschlimmert.

Als einzigen friedlichen Ausweg vermöchte ich nur folgenden noch zu betrachten:

Montenegro unter der Dynastie Petrović Njeguš vereinigt sich für immer mit der Monarchie, so wie Bayern im Deutschen Reich. In diesem

Falle bleibt Skutari etc. bei Montenegro. Albanien wird seinem Schicksal überlassen, bleibt aber auch für Italien ein noli me tangere auf Grund unseres Vertrages.

Ob aber eine solche Lösung mit Rücksicht auf den großserbischen Furor noch möglich ist, vermöchte ich nicht zu beurteilen.

Jedenfalls müßte dieser politische Coup derart geführt werden, daß ihn niemand vorher ahnt, er also als völlige Überraschung wirkt.

Jeder andere — die Angliederung Montenegros nicht erzielende — friedliche Ausweg wäre ein schwerer Mißerfolg der Monarchie und würde den Keim für noch weit gefährlichere Komplikationen bilden, als es die jetzigen sind.

Gelingt diese Angliederung auf friedlichem Wege nicht, so vermöchte ich nur in dem gewaltsamen Vorgehen gegen Montenegro resp. Serbien die Möglichkeit eines für die Monarchie dauernd vorteilhaften Ausweges zu erblicken.

In jedem Falle muß eine diesbezügliche Entscheidung ehestens erfolgen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Wien, am 5. Mai 1913. Conrad m. p., G. d. I."

Endlich:

„Geh. Nr. 146.

Wien, 5. Mai 1913.

Mit Bezug auf die gestrige Besprechung drängt es mich, erneuert hervorzuheben, wie nachteilig es wäre, wenn wir uns auf eine mit Italien gemeinsame Okkupierung Albaniens durch ein Truppenkorps einließen.

Ganz abgesehen davon, daß es vor allem nicht anginge, dies in getrennten Sphären zu tun, wobei Italien der Süden mit Valona, uns aber der wertlose Norden zufiele, abgesehen davon, daß eine durchaus gemischte Okkupation, bei der jede Garnison aus Truppen beider Mächte bestände, mannigfache Unzukömmlichkeiten mit sich brächte, muß ich es als höchst nachteilig bezeichnen, derart starke Kräfte (24—30.000 Mann) in Albanien zu binden.

Dabei muß vor allem auch — wie ich dies ja auch mündlich eingehend ausführte — bedacht werden, daß es ja nicht anginge, diesen Truppenbedarf im Wege einer Mobilisierung aufzubringen, da es eben nicht anginge, die Reservisten des ganzen Kriegsstandes dauernd unter den Fahnen zu halten; es erübrigte daher nur, die Mannschaft den Präsenzständen zu entnehmen, wodurch die Truppenkaders empfindlich

geschädigt würden, ganz abgesehen von dem Ausfall von Spezialformationen.

All dies ergibt also wesentliche Nachteile für den Fall eines anderwärtigen kriegerischen Konfliktes der Monarchie.

Ich muß überdies auf die großen Kosten aufmerksam machen, die mit dieser Okkupation für die militärischen Aufwendungen verbunden wären, Kosten, die mit dem Nutzen kaum im Verhältnis stünden und viel besser zur Ausgestaltung des Heeres zu verwerten wären.

Ich denke, daß es genügen müßte, Albanien einen Herrscher und ein Gendarmeriekorps, sowie etwa militärische Instruktoren zu geben und ihm ein Anlehen für die Deckung der dringendsten Auslagen zu verschaffen.

Was aber ganz besonders gegen eine Truppen-Okkupation spricht, ist die große Gefahr, welche in der Festsetzung Italiens an der Ostküste der Adria gelegen ist.

Dieser rührige und initiative Staat würde die daraus erwachsenden Vorteile gewiß nicht ungenützt lassen.

Genehmigen E. E.... Conrad."

Viel wichtiger als die Vorgänge in Albanien und diese in den Schatten stellend, wurde aber der sich immer mehr und mehr zuspitzende Konflikt zwischen Bulgarien und seinen bisherigen Bundesgenossen Serbien und Griechenland, hervorgerufen durch den Streit um die Beute.

Mein Streben, die Monarchie nicht mit gebundenen Händen in sekundäre Aktionen in Albanien verwickelt zu sehen, war um so größer, als ich den serbisch-bulgarischen Konflikt als Ausgangspunkt großer Komplikationen erachtete, die auch die Monarchie zum Handeln im großen Stile veranlassen oder zwingen würden. Mit Bezug darauf waren mir folgende Stellen aus einem Briefe vom 2. Mai (erhalten am 5. Mai) des Militärattachés in Sofia, Oberstleutnant Laxa, von Bedeutung:

„Die Unzufriedenheit in der Armee mit Rußland ist seit den Angriffen an der Čataldža eingerissen. Die Feinde Rußlands haben das Verhalten Radko Dimitriews*) seiner ausgesprochen russophilen Gesinnung zugesprochen und damit auch etwas Propaganda gemacht, die vielleicht nicht ganz einwandfrei war.

---

*) Bulgarischer General; befehligte im Weltkriege eine russische Armee, die bei Limanowa und Tarnow durch die k. u. k. vierte Armee geschlagen wurde.

Zahlreiche Offiziere — Generalstabsoffiziere — sind an mich herangetreten und sagten mir: Für Bulgarien gibt es nur eine Politik, und die ist ein gemeinsames Vorgehen mit Österreich-Ungarn. Bis zu Beginn des Krieges und selbst während desselben hörte ich niemals eine derartige Äußerung."

Weiter:

„Hiesiger russischer Gesandter, der seit gestern sehr pessimistisch ist, äußerte sich unter anderem folgend: Die Situation ist sehr kritisch; wohin soll dies führen? Wir Russen müssen die Serben unterstützen, Österreich-Ungarn hingegen begünstigt Bulgarien und findet Mittel, seine Position in Bulgarien zu festigen."

Der serbisch-bulgarische Konflikt stellte Österreich-Ungarn vor eine große Entscheidung.

Sollte es mit Serbien sein, oder gegen Serbien?

War ersteres überhaupt noch möglich?

Und wenn nicht, lag es dann nicht nahe, bis zur äußersten Konsequenz den Weg mit Bulgarien gegen Serbien zu gehen?

Tatenlos abseits zu bleiben, war das Verhängnisvollste.

Daß Österreich-Ungarns und Deutschlands Feinde zielbewußt auf ein wohlvorbereitetes Zusammengehen zur Niederwerfung dieser beiden Staaten hinarbeiteten und das Losschlagen nur eine Frage weniger Jahre sein würde, war unverkennbar; die Vorgänge auf der Londoner Konferenz standen damit im Einklang. Das einzige Gegenmittel lag darin, dem vereinten Schlag der Feinde zuvorzukommen. Die Chance dazu schien nun durch den serbisch-bulgarischen Bruch augenfällig gegeben.

Ich schrieb daher an Graf Berchtold:

„Geh. Nr. 147.

Wien, 6. Mai 1913.

In Verfolg meines gestrigen Schreibens, in welchem ich das Unangemessene einer militärischen Okkupation Albaniens dargelegt habe, beehre ich mich, in dem vorliegenden Schreiben hervorzuheben, daß diese Frage umsomehr Beachtung verdient, als die politische Lage nunmehr eine ganz neue Gestalt angenommen hat, welche die Monarchie vor eine Entscheidung von weitesttragender Bedeutung stellt und ihr eine vorteilhafte Gelegenheit zur Ordnung ihrer arg gefährdeten Balkaninteressen bietet, wenn sie entschlossen und mit ganzer Kraft zugreift.

Es ist dies der sicher ausbrechende Krieg zwischen Bulgarien und Serbien.

Bleibt die Monarchie hiebei abseits, überläßt sie die Austragung dieses Konfliktes lediglich dem Gange der Dinge, dann hat sie die wohl letzte Gelegenheit versäumt, die so vitale großserbische Frage in ihrem Sinne zu lösen.

Will sie sich aber diesen Vorwurf ersparen, dann hätte sie sich sofort mit Bulgarien zu verständigen und sowie der Krieg zwischen Bulgarien und Serbien aktuell wird, sich auf die Seite Bulgariens zu stellen, die B-Mobilisierung anzuordnen und in Serbien einzumarschieren.

Rußland wird kaum etwas dagegen unternehmen, zum mindesten fällt für dasselbe die Aureole des Panslawismus hinweg, da Slawen gegen Slawen kämpfen (Bulgaren gegen Serben). Aber auch wenn Rußland in den Krieg treten sollte, sind dann j e t z t unsere Chancen — infolge der Bindung Serbiens — weit günstiger, als sie es in wenigen Jahren sein werden.

Italien mag, wenn es uns dieses auf Ordnung unserer Balkaninteressen gerichtete große Ziel gilt — aber auch n u r für dieses — in Südalbanien einrücken, wenn man es nicht schon anders zur Neutralität verhalten kann. Rumänien erhielte den Njegotiner Kreis zugesprochen, wenn es neutral bleibt, und es müßte Bulgarien veranlaßt werden, die Wünsche Rumäniens auch hinsichtlich Silistrias voll zu erfüllen.

Ich bitte E. E., diesen großen Moment, der sich der Monarchie jetzt bietet, aufzugreifen und ehestens eine feste Richtlinie zu fixieren, die meiner Ansicht nach nur die von mir oben angeführte sein kann.

Ich hatte eine längere Besprechung mit dem bulgarischen Militärattaché Major Tantilow, welcher mich versicherte, daß es zwischen Bulgarien und Serbien bereits zum Bruche gekommen ist, und daß der Krieg zwischen beiden Staaten unvermeidlich erscheint. Er teilte mir mit, daß Bulgarien schon in allernächster Zeit eventuell einen Separatfrieden mit der Türkei schließen wird und daß die Bundesverpflichtungen zwischen Serbien und Bulgarien ohnehin schon begraben sind.

Ich bin der Ansicht, daß dermalen unsere Interessen mit jenen Bulgariens parallel gehen, und es ist mir von großer Bedeutung, von E. E. zu erfahren, ob Sie der gleichen Anschauung sind, erstens wegen der militärischen Vorbereitungen, zweitens aber auch, um meine Haltung gegenüber den ausländischen Attachés danach regeln zu können.

Tritt die Monarchie endlich in dieses auf ein positives und bedeutungsvolles Ziel gerichtete, kraftvolle und von dem Gängelband der Mächte losgelöste Handeln ein, dann erscheinen auch die großen Opfer

gerechtfertigt, die sie jetzt schon in finanzieller Beziehung und hinsichtlich der monatelangen Rückhaltung der vielen Tausende von Reservisten gebracht hat; Opfer, die ansonsten kaum zu verantworten sind, und welche die Vertretungskörper sicherlich verurteilen würden, wenn sie für »Nichts« gebracht worden wären.

Ich bitte E. E., es zu gestatten, daß ich nochmals das Hochbedeutsame und Dringliche dieser Entscheidung hervorhebe.

Nehmen wir jetzt wieder alle möglichen Rücksichten auf die Großmächte, lassen wir uns von diesen gängeln und einschüchtern, kommen wir mit dem Entschluß zu spät, dann wird die Monarchie sicherlich jenem Verhängnis entgegentreiben, das sich aus dem Emporschnellen der großserbischen Tendenzen schon in seinen Umrissen zu entwickeln begann, und das sich ins Ungemessene steigern würde, wenn Bulgarien infolge unserer Unentschlossenheit und Untätigkeit von Serbien geschlagen werden sollte. Es wäre höchst bedauerlich und kaum zu verantworten, wenn man diese vorangeführte große Richtung nicht einschlagen und sich statt dessen in kleinliche Machenschaften in Albanien einlassen würde.

Conrad, G. d. I."

Wählte die Monarchie aber den Weg an Seite Bulgariens, dann war alles daran zu setzen, die Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien auszugleichen.

Auf Grund eines Berichtes des k. u. k. Militärattachés in Bukarest sandte ich an Graf Berchtold folgendes Schreiben:

„Geh. Nr. 148. Wien, 6. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Mit Bezug auf mein unter Einem an E. E. gesendetes Schreiben (Geh. Nr. 147) vom 6. d. M. beehre ich mich mitzuteilen, daß ich aus sehr verläßlicher Quelle die nachfolgenden Informationen hinsichtlich Bulgariens erhalten habe, welche die große Dringlichkeit der in meinem eingangs erwähnten Schreiben dargelegten Frage erkennen, also sofortige bezügliche Schritte in Bulgarien notwendig erscheinen lassen:

»Der Antagonismus zu dem südlichen Nachbarn ist durch die Regelung des Grenzstreites hier*) nicht geringer geworden; er hat sich vielmehr infolge des knausrigen, kleinlichen Verhaltens der Bulgaren im allgemeinen, der Lügen und Spitzfindigkeiten Danews im besonderen, noch vertieft und sogar den vordem objektiven König**) ergriffen, der

*) d. i. in Rumänien.

**) Carol I.

auf diese Begleiterscheinungen des Silistriastreites verärgert zurückblickt. Unter diesen Umständen kann naturgemäß von einem eventuellen Zusammengehen Rumäniens und Bulgariens keine Rede sein, bevor für dasselbe nicht eine neue Basis geschaffen ist. Die gegenwärtige Regierung könnte umsoweniger riskieren, sich ohne Erlangung neuer territorialer Vorteile durch eine Neutralitätsverpflichtung Bulgarien gegenüber zu engagieren, als einerseits ihre künftigen Nachfolger der liberalen Partei zähe an ihrer Bulgarophobie festhalten, anderseits aber Serbien und Griechenland intensiv an der Arbeit sind, Rumänien unter den phantastischesten Versprechungen für den Fall einer Auseinandersetzung mit Bulgarien in ihr Lager zu ziehen, und für ihre Bemühungen nachdrücklich bei der Presse etc. Stimmung machen.

Verharrt Bulgarien sonach in seiner die Eigenliebe der Rumänen — ein bei ihnen ungemein ausgebildetes und empfindliches Gefühl — verletzenden, den Eindruck der Mißachtung machenden Pose, so könnte man eines Tages die Überraschung erleben, rumänische Truppen in Bulgarien einmarschieren zu sehen, um serbische Aspirationen zu unterstützen! Diese Möglichkeit auszuschließen, läge wohl im eminentesten Interesse der Monarchie, weshalb diese die Pflicht hätte, beizeiten, die Gefahr erkennend, dagegen zu wirken. Das wie ist unschwer zu finden, doch schwierig zu Ende zu führen: Bulgarien muß zur Überzeugung gebracht werden, daß es in einem Kriege mit seinen heutigen Bundesgenossen Griechenland und Serbien, der mehr als eine Wahrscheinlichkeit für sich hat, nur dann auf das Wohlwollen oder gar die Unterstützung Rumäniens zählen könnte, wenn es sich entschlösse, rechtzeitig und spontan konkrete Kompensationen anzubieten, die je nach dem verlangten Gegendienst in einem kleineren oder größeren Küstenstreifen am Schwarzen Meere zu bestehen hätten. Nach vertraulichen Äußerungen Herrn Maiorescus wäre die Neutralität für die Linie Silistria—Kavarna, eine Mitwirkung für Silistria—Balčik (inklusive) zu haben.

Das müßte aber spontan geboten, nicht durch außenstehende Mächte abgerungen werden, damit die öffentliche Meinung deutlich sehe, daß Bulgarien die rumänische Freundschaft sucht. Vorläufig ist man vom Gegenteil durchdrungen, denn Silistria hat nicht Bulgarien gegeben, sondern es wurde ihm von den Mächten genommen.

Ob bei den bulgarischen Staatsmännern der Weitblick zu finden ist, der für eine solche Politik notwendig wäre, ist leider anzuzweifeln; immerhin muß die Monarchie daran gehen, ihnen die Situation klarzu-

machen und die Gefahr einer rumänisch-serbisch-griechischen Kooperation gegen ihr Land vor Augen zu führen. Ergreift Bulgarien nicht bald die Initiative zur freundschaftlichen Regelung seiner Beziehungen zu Rumänien, insbesondere tritt es nicht in Kürze mit Angeboten heran, so dürfte der Vorsprung, den Serbien hier schon dadurch sicher hat, daß es auf mehr Sympathien zählen kann, als der knickrige Nachbar, kaum mehr einzuholen und unsere Tendenz, ein rumänisch-bulgarisches Zusammengehen zu schaffen, als gescheitert zu betrachten sein.

Bulgarien ist den Rumänen zu mächtig geworden, hat sie als quantité négligeable behandelt und soll nun einbekennen, daß die rumänische Armee ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß; folgt es dieser Bahn nicht, dann setzt es seine schwer erkämpften Vorteile aufs Spiel und die Monarchie würde daraus unter Umständen den Nachteil davontragen ein noch stärkeres Serbien erstehen zu sehen.«“

Am 6. Mai sprach der bulgarische Militärattaché Major Tantilow bei mir vor, äußerte, daß er während des Krieges Bulgariens gegen die Türkei nie um Informationen über letztere gebeten habe, nunmehr aber frage, ob er solche über Serbien bekommen könnte; er wäre der Ansicht, daß Österreich-Ungarns und Bulgariens Interessen parallel liefen. Ich erwiderte ihm, daß ich ihm hierauf erst nach Rücksprache mit dem Minister des Äußern antworten könne, da ich als Soldat nicht befugt wäre, die Richtung der Politik anzugeben.

Am gleichen Tage (6. Mai) besprach ich mit Graf Kageneck die Lage und erwähnte, daß ich gegen jede Operation in Albanien sei, weil wir unsere Kräfte für andere Zwecke zusammenhalten müßten. Für Albanien genügen ein Herrscher, eine Gendarmerie und militärische Instruktoren.

Im Auftrage des Marinekommandanten meldete sich am 6. Mai Korvettenkapitän Laurin bei mir. Er teilte mit, daß hinsichtlich des Flottenabkommens Italien die Vereinigung der Dreibundflotten wünsche. Dem stimmte ich zu. Laurin äußerte Zweifel, ob es gelingen würde, die Verschiebung der französischen Kräfte aus Afrika nach dem Mutterlande zu verhindern. Als nächstes Ziel wurde die Vereinigung der Flotten besprochen, um die feindlichen Seestreitkräfte zu schlagen; als Vereinigungspunkt Messina erwogen. Zum Schutz der Adria würde Italien in Tarent, Österreich-Ungarn in Cattaro Schiffseinheiten zurücklassen. Am 7. Mai besprach ich mit dem königlich italienischen Fregattenkapitän Conz dasselbe Thema. Für das Flottenübereinkommen galten als große Linien: Gültigkeit nur im Dreibundfalle, Niederkämpfung der feindlichen Mittelmeerflotten, Messina als Ver-

sammlungspunkt der Alliierten, eine möglichst rasche Aktion, damit die russische Flotte zu spät komme. Italien würde in Brindisi, Österreich-Ungarn in Cattaro maritime Kräfte zurücklassen. Alles würde der Zustimmung Seiner Majestät vorbehalten.

Auf Grund eines mir zur Einsichtnahme vorgelegten, den serbisch-bulgarischen Gegensatz betreffenden Briefes sandte ich an Graf Berchtold am 7. Mai folgendes Schreiben:

„Geh. Nr. 149.

Ich beehre mich E. E. den Inhalt eines Briefes nachfolgend mitzuteilen, den der bulgarische Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Gančew, an einen seiner Bekannten am 30. April l. J. geschrieben hat, der mir diesen Brief zukommen ließ:

»Was ‚nedamo Bitolj'*) und ‚rat Bugarima'**) anbetrifft, so kann ich Sie versichern, daß es jedenfalls nicht Bulgarien sein wird, das sich vor einem Kriege mit Serbien fürchtet. Die Serben kann man mit einem Menschen vergleichen, der plötzlich und unerwartet eine große Erbschaft gemacht und infolgedessen seinen Verstand verloren hat. Diese Leute wissen absolut nicht, was sie tun, und wenn sie nicht noch in letzter Stunde zur Vernunft kommen, so seien Sie sicher, daß sie eines Bitoljs wegen auch Niš verlieren werden.

Wenn ein Pero Savić die Politik in Serbien macht, so sind die Serben wirklich bedauernswert. Das Land ist zum Untergang verurteilt! Eins kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen: es gibt bei uns keinen einzigen Bulgaren, der den Serben irgendein Zugeständnis machen würde. Nolens volens werden sie gezwungen werden, ihre übernommenen Verpflichtungen dem Vertrage nach Wort für Wort zu erfüllen. Im andern Falle werden unsere Truppen sie dazu zwingen und dann wird weder Rußland noch ein zweiter Khevenhüller***) imstande sein, ihnen zu helfen.«"

Welche Auffassung der Lage im Ausland herrschte, und welche Beurteilung die ö.-u. Politik dort erfuhr, erscheint durch nachstehenden am 7. Mai eingelangten Bericht des k. u. k. Militärattachés in Paris, Oberst Vidale, gekennzeichnet:

---

*) „Wir geben nicht Bitolja."

**) „Krieg mit den Bulgaren."

***) Graf Khevenhüller hatte im serbisch-bulgarischen Krieg 1885—86 an den siegreichen Fürsten von Bulgarien jene Aufforderung Österreich-Ungarns überbracht, durch die Serbien von der bulgarischen Invasion gerettet wurde.

„K. u. k. Militärattaché in Paris.
Res. Nr. 133.
Stimmungsbericht.

Euer Exzellenz!

Ein offizieller Empfang auf der italienischen Botschaft gab mir im Laufe der heutigen Nacht Gelegenheit, mit verschiedenen Diplomaten zu sprechen, welche alle jetzt im Zeichen der »Österreichischen Krise« stehend, mit regem, etwas erstauntem Interesse die verspätet erwachte Energie der Monarchie verfolgen.

In Bezug auf einheitliche Auffassung konnte ich nur soviel konstatieren, daß man, wenigstens mir gegenüber, den Standpunkt Österreich-Ungarns zu begreifen vorgibt, aber meint, daß er viel zu spät Ausdruck fand, man hätte früher handeln müssen, ohne sich durch die würdelose Haltung der Londoner Vertagungskonferenz einschüchtern zu lassen.

Als Sieger hielt Iswolsky triumphierend Cercle. Es ist hier offenes Geheimnis, daß durch ihn, von hier aus, der famose Schachzug mit Essad Pascha, der Handel wegen der »Übergabe, beziehungsweise Übernahme« von Skutari, sowie die Proklamation zum König von Albanien arrangiert wurde, und Iswolsky soll sich vor Freunden dazu bekannt haben, daß er die viele Zeit, die ihm Österreich-Ungarn lasse, dazu benützen wolle, um diesem Zweifelstaat, der immer frage, warte, und dann wieder frage, die ohnedem verfehlte Situation noch mehr zu erschweren. Als russischer Politiker hat er jedenfalls die Konjunktur gut auszunützen verstanden.

Schon vor Tagen, als die Antwort Montenegros auf die bescheidene Einladung der Mächte, Skutari zu räumen, lautete, daß der König zuerst sein Osterfest feiern wolle, dann könne man ja über die Frage weiterreden, sagte mir ein in hoher Stellung befindlicher Diplomat: »Also jetzt werden Sie doch losgehen, Sie sind doch am meisten interessiert dabei!« Seither ist sichtlich nicht viel geschehen, bloß daß mehr als eine Woche verging und eine Konferenz vertagt wurde.

Der bulgarische Gesandte, Herr Dimitri Stanciow, sprach lange Zeit mit mir über die Lage, die seiner Ansicht nach zu großen Komplikationen führen kann. Stanciow ist im Theresianum erzogen und scheint ein kluger, energischer und gebildeter Staatsmann zu sein. Er kennt ganze Generationen von unseren Diplomaten und deren geistige Kapazitäten noch von der Schulbank her und spielt hier als Vertreter des siegreichen, führenden Balkanstaates, als Slawe und Mann einer Französin — seine Frau ist eine geborene Comtesse de Géraud — eine

bevorzugtere Rolle als unser Vertreter, für dessen bei uns geschätzte Vornehmheit die Franzosen nicht das richtige Verständnis haben.

Herr Stanciow scheint, wie gesagt, durch die Kunde, daß die Monarchie sich zu erwachen anschickt, in einiger Sorge zu sein. Er sprach seine Bedenken aus, ob wir nicht vielleicht auch durch den Sandžak vorgehen, ob wir wirklich nur auf die Räumung Skutaris drängen werden und dann »nichts mehr wollen und wieder hinausgehen« und daß durch die Mitwirkung Italiens die Frage von Skutari in den Hintergrund getreten sei und eigentlich jene von Albanien die Situation charakterisiert. Auch er meinte, wir seien viel zu spät auf den Plan getreten!

Interessant sind die Artikel der deutschen Zeitungen über unsere Politik. Im »Berliner Tageblatt« von Montag schreibt ein Theodor Wolff, daß wir uns selbst vom Mittelmeer abgeschnitten haben, wenn sich Italien in Albanien—Valona festsetzt, und der »Vorwärts« höhnt das Lächerliche einer Politik, die seit Jahren darauf gerichtet war, die Italiener von der Ostküste der Adria fernzuhalten und jetzt alles zu tun gezwungen ist, um sie dort hinzuziehen.

Die französischen Zeitungen bewahren im allgemeinen ihre uns nicht gewogene Haltung, doch wird von uns mit Befriedigung darauf hingewiesen, daß ein Teil der französischen Presse gegen Montenegro Stellung genommen hat. Diese Zeitungen »Petite République«, »Aurore«, »Humanité«, »Eclair« und ähnliche, sind, wenn sie gegen uns schreiben, »Winkelblätter, die man nicht ernst zu nehmen braucht«. Nun erhielten sie in den Augen der scharfen Beurteiler plötzlich besondere Bedeutung.

Paris, am 5. Mai 1913. Vidale, Oberst."

Daß Österreich-Ungarn den herannahenden serbisch-bulgarischen Konflikt zur Lösung der südslawischen Frage auszunützen haben würde, war meine sichere Überzeugung. Wenngleich ich hiefür in dem kriegerischen Eingreifen an Seite Bulgariens die für Österreich-Ungarn nächstliegende Aktion ersah, erwog ich auch alle anderen, wenn auch noch so entfernten Möglichkeiten, die serbische Frage im Sinne des Zusammenschlusses aller Südslawen im Machtbereich der Monarchie zu lösen, und schrieb an Graf Berchtold:

„Geh. Nr. 150. Wien, am 7. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

In der sicheren Überzeugung, daß mit einem serbisch-bulgarischen Krieg die Balkankrise in eine für die Monarchie hochbedeutsame Phase

tritt, habe ich mir gestattet, in meinem gestrigen Schreiben die Anschauungen darzulegen, die sich mir für diesen Fall aufdrängen. Ich möchte jedoch nicht einseitig erscheinen und die Haltung der Monarchie auch noch von einem anderen Standpunkt erwägen, als es das Zusammengehen mit Bulgarien ist; nämlich vom Standpunkt eines Zusammengehens mit Serbien.

Als Ziel jedweder Balkanpolitik der Monarchie habe ich die Einverleibung Serbiens in die letztere vor Augen, weil ich in dem Aufblühen eines selbständigen serbischen Staates die größte Gefahr für die Zukunft der Monarchie erblicke.

Die Erreichung dieses Zieles auf gewaltsamem Wege erachte ich hiezu als die gründlichste Lösung, sie bringt uns allerdings in scharfen psychologischen Gegensatz zum serbischen Volke.

Eine Lösung erschiene vielleicht aber auch auf friedlichem Wege möglich, wenn man den serbisch-bulgarischen Konflikt konsequent und zielbewußt ausnützt, indem man an Serbien die Forderung stellt, sich in nachfolgend näher dargelegter Weise der Monarchie dauernd anzugliedern, widrigenfalls die Monarchie in den serbisch-bulgarischen Konflikt gegen Serbien eingreifen würde.

Dieser Weg hätte den psychologischen Vorteil, daß alle südslawischen Truppen der Monarchie den Kampf als nationalen auffassen, und daß ferner die Südslawen der Monarchie den Alp von sich genommen sehen würden, welcher dermalen in Form der Gegnerschaft zu Serbien auf ihnen lastet.

Durch ein auf diesem Wege mit der Monarchie vereintes Serbien würde letzteres eine ausschlaggebende Macht am Balkan werden und erschienen hiemit alle russischen Intrigen durchkreuzt.

Aber es fragt sich sehr, ob Serbien in seinem jetzigen Größenwahn überhaupt auf einen solchen Anschluß eingehen und ob es dies unter jenen bindenden Bedingungen tun würde, die unerläßlich erscheinen, wenn die Monarchie nicht hintergangen werden soll.

In groben Zügen erschienen mir die wesentlichsten dieser Bedingungen folgende zu sein:

Eingliederung im allgemeinen so wie Bayern im Deutschen Reich.

Gemeinsame Behandlung aller Fragen der auswärtigen Politik, dann des Handels und Verkehrs, daher auch gemeinsames Zoll- und Handelsgebiet.

Gemeinsamkeit des Heeres analog wie des bayrischen im Deutschen Reich, mit folgenden weiteren Details:

Gleiche taktische Reglements,
gleiche Dienstvorschriften,

gemischte Garnisonierung in der Weise, daß von jeder serbischen Division ein Regiment im Gebiete der Monarchie und die gleiche Zahl ö.-u. Regimenter in Serbien garnisonieren,

gemeinsame militärische Übungen.

Zweck dieser Maßnahmen wäre die allmähliche Interessenverschmelzung.

Nur unter allen diesen Bedingungen erschiene es mir zulässig, den Weg einer solchen friedlichen Angliederung Serbiens zu wählen, falls Serbien überhaupt auf einen solchen eingeht.

Lehnt es dies ab, dann wäre unbedingt der Weg einzuschlagen, der uns an die Seite Bulgariens stellt.

Was ich aber als Hauptsache, und zwar ganz besonders auch vom militärischen Standpunkt hinstellen muß, ist die dringende Notwendigkeit, sich sofort und dezidiert für den einen oder den anderen Weg zu entscheiden und dann an dem gewählten konsequent festzuhalten, weil sonst die Gefahr besteht, im Schwanken zwischen beiden oder im passiven Abseitsbleiben durchwegs den kürzeren zu ziehen.

Ich bitte E. E., mir diesbezüglich ganz bestimmte Eröffnungen zu machen, weil von letzteren mannigfache mir obliegende militärische Vorsorgen abhängen, die sich nicht im letzten Moment treffen lassen, sondern von langer Hand vorbereitet sein müssen, dies in jedem Staate, ganz besonders aber in einem Staate mit so komplizierten Verhältnissen, wie es die unseren sind.

Genehmigen E. E. etc.... Conrad, G. d. I."

Am 8. Mai besuchte mich Graf Berchtold. Er betonte den fortwährenden Wechsel der politischen Lage und bemerkte, daß er im großen ganzen die Tendenz habe, mit Bulgarien zu gehen, aber die Meldung vorläge, Serbien und Bulgarien würden sich unter der Patronanz Rußlands friedlich ausgleichen.

Ich meinte, daß dann der Panslawismus und die großserbische Frage mehr aufblühen würden, als wir vertragen könnten, wir aber, falls wir losgeschlagen hätten, vor einem günstigeren Resultat ständen. Graf Berchtold warf ein: „Was wäre der positive Erfolg, wenn wir Montenegro geschlagen hätten?" Ich erwiderte: „Mindestens moralische Werte, Prestigegewinn." Die Sprache kam auf das Eingreifen Rußlands. Graf Berchtold hoffte auf eine Aktion Rußlands in Asien, von der er erwarte, daß dies uns dann Chancen bieten würde.

Ich: „Wer weiß, was alles geschehen kann, bis diese Aktion eintritt. Die politische Lage ist noch nicht geklärt, man weiß nicht, was in

Montenegro geschehen und wie sich die bulgarisch-serbische Frage lösen wird."

Graf B.: „Ja, aber warum diese großen Vorbereitungen? Mit einer Mobilisierung ist man doch in zwölf Tagen fertig."

Ich: „Nein! In B. H. D. braucht man Wochen, weil wir keine Bahnen haben. Nur eine schmalspurige Bahn! Vergessen Sie nicht, daß die Montenegriner in zwei Tagen fertig sind."

Graf B.: „Ja, warum Montenegro und nicht wir?"

Ich legte nun dar, daß die montenegrinische Wehrmacht aus an Ort und Stelle befindlichen bodenständigen Leuten bestehe, wir aber gerade die bodenständigen Elemente von B. H. wegziehen, dagegen Mannschaften aus der Monarchie hinabtransportieren müßten.

Am 8. Mai referierte mir der Chef der zehnten (Mobilisierungs-) Abteilung des Kriegsministeriums, General Robert von Langer, über die zum Zwecke der Standeserhöhung in B. H. für eine Waffenübung einzuberufenden Nichtaktiven. Das Resumé war, daß diese Leute (48.000 Mann) kaum sechs Tage unter den Fahnen ständen, während 21 Tage mit Einkleidung und Reisen vergehen würden. Ich bezeichnete dies als eine der Folgen einer Politik ohne Ziel.

Am 9. Mai war ich in Audienz bei Seiner Majestät.

Auch Seine Majestät sprach sich gegen eine militärische Okkupation Albaniens aus und fragte: „Was soll man mit Albanien machen?"

Ich: „Vorerst einen Fürsten geben: Etwa Prinz Urach."

S. M.: „Ob den die Mächte annehmen?"

Ich: „Wir sollten einen Fürsten nominieren, die Albanesen würden ihn dann zum Fürsten ausrufen."

In der bulgarisch-serbischen Frage äußerte Seine Majestät: „Natürlich müsse man mit Bulgarien gehen, ohne aber Rumänien vor den Kopf zu stoßen." Der Kaiser äußerte: „Die Politik ist noch sehr unklar."

Ich erwiderte, daß daher an eine Abrüstung noch nicht zu denken sei und man in B. H. D. schlagbereit bleiben müsse und fügte bei: „Die Erfolge unserer Politik sind nicht durchgreifend."

S. M.: „Ein Erfolg ist aber doch da."

Ich: „Ja, aber die großen Fragen sind nicht gelöst, vor allem die großserbische Frage. Wir werden die Gelegenheit hiezu verpaßt haben."

S. M.: „Montenegro hat aus Furcht nachgegeben."

Ich: „Nur aus »Besorgnis«, nicht aus Furcht auf Grund eines Waffenerfolges unserseits." Ich bemerkte, daß das Ausbleiben eines solchen auch Rückwirkung auf die Wehrvorlage habe; ich hätte mit ver-

schiedenen Abgeordneten gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß man sagen wird: „Wozu die Wehrvorlage? Für eine solche Politik genügt eine Nationalgarde.“

Zur Sprache kamen dann die Grenzzwischenfälle und die Geldabfertigung für die Einberufenen. Die Abfertigung lehnte der Kaiser ab, um nicht ein Präjudiz zu schaffen. Seine Majestät war etwas unwirsch wegen der Einberufung, ich erklärte sie jedoch als notwendig, da man mit der Kriegsmöglichkeit rechnen müßte.

S. M.: „Für heuer ist ein Krieg gegen Rußland wohl ausgeschlossen!“

Ich: „Ganz sicher ist das noch nicht, ich glaube übrigens, daß Rußland auch jetzt nicht losgeschlagen hätte.“

Schließlich gab Seine Majestät die Genehmigung für das Flottenabkommen mit Italien und Deutschland.

Als resumierende Antwort auf meine verschiedenen Anträge und Mitteilungen erhielt ich von Graf Berchtold am 9. Mai nachstehendes eigenhändiges Schreiben:

Es gibt die damaligen Ansichten des Ministers im Zusammenhange wieder:

„Wien, 8. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Mit verbindlichstem Danke bestätige ich den richtigen Erhalt Ihrer geschätzten Zuschriften vom 5. und 6. d. M. und erlaube mir gleichzeitig das mir zur Einsicht gesandte Schreiben Ekrem Bey Vloras anverwahrt rückzuschließen.

Aus den bezogenen Mitteilungen E. E. glaube ich folgende Besorgnisse herauslesen zu sollen:

1. Daß eine größere militärische Aktion in Albanien in Aussicht genommen werden könnte, wodurch starke Kräfte auf Kosten der Präsenzstände gebunden und bedeutende Auslagen involviert würden, die in keinem Verhältnisse zu dem zu erhoffenden Nutzen stehen möchten;

2. daß Italien Gelegenheit bekommen könnte, am jenseitigen Ufer der Adria festen Fuß zu fassen, was vitale Interessen der Monarchie tangieren würde;

3. daß sich eine rumänisch-serbisch-griechische Kooperation gegen Bulgarien herausbilden könnte, die nur zu verhindern wäre, wenn Bulgarien zu spontanen weiteren Gebietsabtretungen an Rumänien bewogen würde;

4. daß wir bei einem Kriege zwischen Bulgarien und Serbien, der Gelegenheit bieten würde, die »großserbische Frage« zu lösen, abseits bleiben könnten.

Diesen Befürchtungen E. E. gegenüber möchte ich meine Auffassung Punkt für Punkt in Nachstehendem resumieren:

Ad 1. Die Pressenachrichten über eine größere Aktion Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien fielen in die Zeit, wo wir uns anschickten, wegen Räumung Skutaris in Montenegro und Albanien militärisch vorzugehen, was Italien veranlaßte, unser Anerbieten einer Kooperation in dem Sinne der öffentlichen Meinung mundgerecht zu machen, daß zur Rettung Albaniens ein Feldzug gegen Essad Pascha und Djavid Pascha in Erwägung gezogen werden müsse. Mit dem Wegfalle der Eventualität unseres Vorstoßes verflüchtigten sich auch automatisch die Wolken eines italienischen Eingreifens in Südalbanien, wozu der deutliche Wink von uns, daß eine Separataktion unseres Verbündeten daselbst mit unserem albanesischen Abkommen im Widerspruch stünde, nicht unwesentlich beigetragen haben dürfte.

An eine Okkupation Albaniens in größerem Stile wird derzeit n i c h t gedacht, eine solche würde nur dann ins Auge zu fassen sein, wenn geordnete Verhältnisse in dem zu kreierenden Staatswesen mit bloßem Gendarmerie-Aufwande nicht hergestellt werden könnten. In diesem Falle müßten allerdings unsere und die italienischen Truppen kooperieren, um auch nur den Schein einer einseitigen Beschlagnahme Südalbaniens durch Italien von vornherein auszuschließen.

Ad 2. Das offizielle Italien hat bereits den Rückzug in der Frage der Besetzung Südalbaniens angetreten. Wenn trotzdem italienischerseits der Versuch gemacht werden sollte — was aber höchst unwahrscheinlich ist — in Valona festen Fuß zu fassen, könnte stets durch Geltendmachung unserer Akkords ein wirksames »Quod non« entgegengehalten, eventuell — wenn uns dies im gegebenen Momente besser konvenieren sollte — durch Kooperation dem italienischen Vorgehen der Stachel genommen werden.

Ad 3. Unsere diplomatische Tätigkeit der letzten Wochen hatte zu nicht geringem Teile die Verfolgung des Zieles zum Gegenstande, die Differenz zwischen Bulgarien und Rumänien auszugleichen und dadurch die Möglichkeit zu schaffen, Bulgarien dem Dreibundsystem näher zu bringen. Was die spontane Gebietsabtretung von Bulgarien an Rumänien anbelangt, ist der Gedanke an ein solches Opfer den Bulgaren nach der denselben oktroyierten Zession Silistrias ganz besonders odios, weshalb in dieser Richtung für uns große Vorsicht geboten ist; unsere Widersacher in Sofia sind bereits an der Arbeit gewesen, uns die Urheberschaft dieses Planes zu imputieren, um die Monarchie, beziehungsweise den Dreibund in Bulgarien zu diskreditieren.

Ad 4. Derzeit sind die Dispositionen in Sofia täglich Schwankungen unterworfen. Vor wenigen Tagen noch schien der Konflikt mit Serbien in höchstem Grade wahrscheinlich, neuestens deuten die uns zugekommenen Nachrichten auf Überwiegen des Wunsches, eine Ausgleichsbasis zu finden.

Unsere Stellungnahme zu diesen serbo-bulgarischen Differenzen ergibt sich aus dem Gedankengange, daß Serbiens Zukunftsaspirationen mit der Integrität der Monarchie nicht in Einklang zu bringen sind, wogegen es keinen greifbaren Interessengegensatz zwischen Bulgarien und der Monarchie gibt. Die politische Orientierung wird uns jedoch erschwert, wenn sich die zwei slawischen Rivalen am Balkan einander nähern, um sich in versöhnlichem Geiste die Hände zu reichen. Der Gedanke liegt in diesem Falle nahe, daß, wie diese Verbrüderung in der Vergangenheit eine aggressive Spitze gegen die Türkei hatte, sich dieselbe in der Zukunft gelegentlich gegen uns wenden könnte. Mit dem Schwerte dreinzuhauen, wäre ein verführendes Auskunftsmittel gegen solche Zukunftseventualitäten. Man müßte aber dann unbedingt mit einer Konflagration mit Rußland rechnen, es würde der aus innerpolitischen Rücksichten für uns durchaus nicht wünschenswerte Kampf des Germanismus gegen den Slawismus die nächste Folge, und Italien wäre die schönste Gelegenheit geboten, sich für immer ohne besondere Kraftanstrengung in Valona festzusetzen. Unsere Bemühungen sind daraufhin gerichtet, dem Zusammenschlusse tunlichst entgegenzuarbeiten und vorzubeugen, daß aus dem eventuellen Ausgleich ein dauerndes Freundschaftsverhältnis mit konkreten Zielen sich herausbilden könne.

Indem ich E. E. bitte, vorstehende Ausführungen als streng vertraulich und rein persönlich betrachten zu wollen, nenne ich mich in steter besonderer Verehrung und Wertschätzung

Ihr ganz ergebener

Berchtold."

Diese Ausführungen standen meiner Ansicht entgegen, daß der Krieg zwischen Serbien und Bulgarien ausbrechen und Österreich-Ungarn ihn zur Lösung der serbischen Frage auszunützen haben würde.

Die Anschauungen des Ministers des Äußern mochten wohl auch Ursache des sich stets mehrenden Drängens nach Aufhebung der vorbereitenden Maßnahmen sein, die für den Eintritt eines immerhin möglichen Krieges getroffen waren.

Am 9. Mai wurde beantragt, das zweite Geschwader der Flotte außer Dienst zu stellen. Ich bemerkte hiezu:

„Ich bin der Ansicht, daß für die Abrüstung des zweiten Geschwaders zwar alle Vorbereitungen getroffen werden sollten, daß jedoch mit der Abrüstung selbst noch zu warten wäre, bis sich der serbisch-bulgarische Konflikt und die Lage in Montenegro geklärt haben, sowie bis der Friedensschluß mit der Türkei perfekt ist."

Am 10. Mai sprach ich mit dem Kriegsminister, der zu Seiner Majestät befohlen war, über die Entlassung der Reservisten. Ich bezeichnete die Entlassung als verfrüht. In Galizien möge das Dringendste geschehen, doch dürften die Kompagnien nicht unter einen Stand von 120 Mann sinken.

Das Operationsbureau wies ich an, eine Zuschrift an Graf Berchtold zu verfassen, in der unter Hinweis auf die in Hinkunft voraussichtlichen Verwicklungen die Notwendigkeit betont wird, die Erhöhung des Rekrutenkontingentes noch im Herbst zur Entscheidung zu bringen, und er gebeten würde, seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen.

Am 10. Mai meldete sich der k. u. k. Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Baron Bienerth, bei mir. Ich verständigte ihn, daß Seine Majestät das Flottenabkommen genehmigt habe und gab ihm den Auftrag, Deutschland nahezulegen, daß es unsere Bemühungen um den Ausbau der Wehrmacht unterstützen möge; wir Militärs wären bemüht, das Äußerste „herauszudrücken". General von Moltke solle er sagen, ich bedauere, daß man die Balkanfrage jetzt lediglich auf diplomatischem Wege zu lösen gedenke.

Da aber die Lösung auf kriegerischem Wege noch immer im Bereiche der Möglichkeit lag, man also für sie bereit bleiben mußte, legte ich in nachfolgendem Schreiben an Graf Berchtold die Aufrechterhaltung der bisher getroffenen, ohnehin geringfügigen allerdringendsten Maßnahmen erneuert nahe:

„Geh. Nr. 156.

Wien, 12. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Die Vorgänge in Skutari hinsichtlich Brandlegung, Plünderung und Gewalttätigkeiten seitens der Montenegriner, die Stellungnahme der albanesischen Bevölkerung gegen diese, die Zögerung der Montenegriner hinsichtlich Räumung, die Wahl eines ausgesprochen monarchiefeindlichen Ministeriums in Montenegro, die Feindseligkeiten gegen unsere Gesandtschaftsorgane etc. etc. sind Symptome, die streng dazu mahnen, gegen Montenegro dermalen noch eben so kriegsbereit zu bleiben wie bisher und den Moment nicht zu versäumen, erforderlichen Falles mit dem raschen Entschluß eines kriegerischen Vorgehens einzugreifen.

Ich kann mich daher mit allen gegenteiligen Abrüstungsmaßnahmen dermalen noch durchaus nicht einverstanden erklären und werde diese Anschauung auch an Allerhöchster und Höchster Stelle, sowie gegenüber dem K. M. zum Ausdruck bringen.

Da ein kriegerischer Konflikt mit Montenegro immerhin auch noch jenen mit Serbien auslösen könnte, so erachte ich es geboten, auch mit Rücksicht auf diesen Staat die gleiche Vorsicht walten zu lassen.

Es wäre wohl nie zu rechtfertigen, wenn Maßnahmen, die monatelang aufrechterhalten wurden, nunmehr wegen eines allgemeinen Entspannungsbedürfnisses in einem Moment aufgelassen werden sollten, dem möglicherweise dann doch noch jene Situation folgen würde, wegen welcher alle diese Maßregeln getroffen worden waren.

Conrad, G. d. I."

Ich hatte damals die Vermutung, daß auch Deutschland retardierend in die Politik der Monarchie eingreife. Symptomatisch war mir in dieser Hinsicht das schon früher (Seite 200) angedeutete Benehmen des deutschen Gesandten in Cetinje, Herrn von Eckardt, über dessen unfreundliches Auftreten gegen Österreich-Ungarn ich erneuert Bericht erhalten hatte. Ich schrieb hierüber an Graf Berchtold:

„Geh. Nr. 155.

Wien, am 12. Mai 1913.

Euer Exzellenz

Aufmerksamkeit erlaube ich mir auf das Verhalten des deutschen Gesandten in Cetinje, Herrn von Eckardt, zu lenken, welcher in der ganzen jetzigen Krise ein sehr sonderbares Benehmen an den Tag gelegt hat, worüber ich mir schon einmal Andeutungen zu machen erlaubte. Derselbe scheint ganz besondere Beziehungen zu König Nikita zu haben, ist mit einer Französin verheiratet und hat sich unserem Militärattaché gegenüber nicht immer sehr förderlich benommen. Dermalen drängt er letzteren schon wiederholt dazu, Cetinje unter dem Vorwande eines Urlaubes für einige Zeit zu verlassen, was Hauptmann Hubka natürlich zurückgewiesen hat. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß diesem Vorgehen nicht lediglich Menschenliebe zu Grunde liegt, habe vielmehr das Gefühl, daß es für uns von Vorteil wäre, wenn Herr von Eckardt von dieser unsere Interessen so nahe berührenden Stelle entfernt würde.

Conrad m. p."

In einem am 13. Mai eingelangten Schreiben vom 6. Mai des k. u. k. Militärattachés in Cetinje hieß es mit Bezug auf Herrn von Eckardt:

„Ich hatte schon seinerzeit brieflich und mündlich auf die Winkelzüge dieses Diplomaten aufmerksam zu machen Gelegenheit genommen; dermalen gewinnt es nur zu sehr den Anschein, daß es sich tatsächlich um Treibereien handle, deren Zweck darin besteht, Baron Giesl*) und mich in Cetinje unmöglich zu machen.

Bisher ist es dank des loyalen Verhaltens des italienischen Gesandten Baron Squitti unschwer gelungen, die Bestrebungen Herrn von Eckardts aufzudecken, doch hat Baron Giesl dessen Verhalten nunmehr satt und hat daher rückhaltlos über ihn nach Wien berichtet.“

Das Schreiben enthielt weiter folgenden bemerkenswerten Passus:

„Über die jämmerliche Angst vor einem Einmarsch unserer Truppen habe ich gestern berichtet. Die Prinzen, die früher am meisten geprahlt haben, waren plötzlich sehr, sehr klein geworden. Schade, daß man am Ballplatz**) um 24 Stunden gezögert hat. Blockade und Grenzsperre fangen jetzt erst zu wirken an. An Lebensmitteln fehlt es nun bald gänzlich; die Gesandtschaften bekommen per Tag nur drei Kilo Fleisch bewilligt, unsere natürlich gar nichts.“

Mit berechtigter Sorge betrachtete auch der Armee-Inspektor und Landeschef in Sarajevo, Feldzeugmeister Potiorek, die Vorgänge in Montenegro. Er sandte mir zur mündlichen Berichterstattung seinen Vertrauensmann und Flügeladjutanten Major von Merizii, den ich am 13. Mai empfing.

Merizii überbrachte mir den Wunsch Potioreks, auch das 13. Korps (Agram) unter seinen Befehl zu bekommen und Gelegenheit zu erhalten, in Kroatien Fuß zu fassen, da ihm das politische Gebiet sehr wichtig sei. Eine dauernde Angliederung des 13. Korps an den Bereich von B. H. D. bezeichnete ich aus naheliegender Bedachtnahme auf einen großen Kriegsfall für untunlich; die politische Frage bedürfe noch der Überlegung.

Auf Meriziis Anregung wegen Baues der bosnischen Bahnen teilte ich ihm mit, daß ich wiederholt die Unterstützung des Kaisers erbeten hätte, die ungarische Regierung jedoch Schwierigkeiten mache, die österreichische aber diese Angelegenheit mit der Lokalbahnfrage in Zusammenhang bringe. Erst wenn das Geld für die Lokalbahnen bewilligt würde, könne man bei der österreichischen Regierung auf Zustimmung für den Bau der bosnischen Bahnen hoffen.

Merizii bat um meine Beurteilung der Lage. Ich bezeichnete sie als ungeklärt, es sei noch kein Friede geschlossen. Seitens Montenegros

*) K. u. k. Gesandter in Cetinje.

**) K. u. k. Ministerium des Äußern.

müsse man noch immer auf einen Coup gefaßt sein; Albanien sei noch nicht konstituiert, der serbisch-bulgarische Konflikt noch nicht bereinigt, es fehle daher jedwedes Motiv für eine Abrüstung; in B. H. D. müsse noch alles bleiben, wie es ist, nur der Umtausch der Reservisten hätte zu geschehen aus Billigkeitsgründen gegen die jetzt einberufenen und schon lange im Dienste stehenden Leute.

Dann richtete ich an Merizii die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Mohammedanern, Kroaten und Serben in B. H. gestalte. Er erwiderte: „Vorläufig halten Mohammedaner und Kroaten gegen die Serben zusammen, es finden sich aber schon Katholiken im oppositionellen Lager; die Kluft zwischen Mohammedanern und Serben ist nicht zu überbrücken.“ Zur Sprache kam noch die Befestigung der Drina-Linie (Višegrad, Goražda) und der Bau der Truppenunterkünfte, endlich die Frage der erfolgten Räumung Plevljes.

Ich: „Vor vier Jahren hat Ährenthal mich gefragt, ob man den Sandžak aufgeben könne, wenn er als Minister des Äußern keine weiteren Bestrebungen auf dem Balkan verfolge. Ich erwiderte ihm, daß wir das Prinzip aufrechterhalten müßten, auf dem Balkan etwas zu wollen und diese Frage im Vorgehen gegen Serbien zu lösen hätten. Unter dieser Voraussetzung könne ich der Räumung Plevljes zustimmen, da wir ja dann weit mehr bekämen. Aus Prestigegründen sei jedes Aufgeben von Rechten und Gebieten schädlich, da es einem Zurückweichen gleiche. Ährenthal habe nun die große Frage nicht gelöst, die Aufgabe des Sandžaks aber durchgeführt.“

Am 13. Mai war ein Bericht vom 7. Mai des Militärattachés in Belgrad eingelangt, der den Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien wegen der serbischen Forderung nach Gebietsabtretungen in Mazedonien als verschärft und eine kriegerische Lösung des Konfliktes als unvermeidlich bezeichnete.

Am 14. Mai empfing ich Herrn Dr. Wladimir Frank, Sohn des verstorbenen Dr. Josef Frank und gleich seinem Vater Verfechter der loyalen dynastisch-monarchischen Interessen und Ideen im kroatischen Volke. Er schilderte mir die gespannte Lage in Kroatien. Die katholische und die unionistische Partei wollten sich fusionieren, um im Einvernehmen mit Ungarn die kroatische Frage in dem Sinne zu lösen, daß auch die Kroaten zu Worte kämen. Sie gedächten an Lukacs und Khuen heranzutreten, die es zur Verständigung mit Ungarn bringen sollten. Sie seien jedoch von Ungarn schon so oft hintergangen worden, daß sie zu Zusagen Ungarns kein rechtes Vertrauen hätten und sich daher um Garantien nach Wien wenden wollten.

Ich sagte Dr. Frank zu, dies Seiner Majestät vorzutragen, riet ihm aber, vor allem mit Graf Berchtold darüber zu sprechen. Dr. Frank meinte noch, man solle die Banusfrage noch ein oder zwei Jahre ruhen lassen, bis eine große Partei zustande gekommen wäre, aus der dann der Banus hervorgehen könne.

Dieser Besprechung folgte ein Besuch Surejah Beys Vlora, eines angesehenen, reichbegüterten Albanesen aus Valona. Er legte nahe, Albanien einen Fürsten zu nominieren und ein Gendarmeriekorps von 1600 Mann zu geben; am liebsten ausschließlich Österreicher, wenn aber auch Italiener in Frage kämen, dann gemischt aus beiden Staaten. Er wisse, daß Österreich-Ungarn den Prinzen Urach bevorzuge. Dieser habe wohl einen erwachsenen Sohn, sei aber kein Katholik.

Auch noch ein Albanese sprach am selben Tage bei mir vor, der einflußreiche, tatkräftige Hassan Bey Priština. Er erklärte: „Wir Albanesen haben auf den Krieg gewartet, wir wollten ihn mit einem großen Aufstand unterstützen. Alle Albanesen warten auch jetzt, daß Österreich sie ruft. Das ist die Ansicht des ganzen Volkes. Der Haß gegen Serbien ist so groß, daß die Ruhe noch lange nicht eintreten wird.“

Da es mir wertvoll schien, diese Disposition der Albanesen wach zu erhalten, gab ich meinem Bedauern Ausdruck, daß es vorläufig noch zu keiner militärischen Tat unserseits gekommen sei, und meinte, daß alles in der Hand der Diplomatie läge, aber noch nicht aller Tage Abend wäre, da noch viele Fragen ungelöst seien.

Am gleichen Tag — 14. Mai — erhielt ich aus Castelnuovo ein Schreiben Major Schnellers*) vom 11. Mai, das die Stimmung in der Truppe mit nachstehenden Worten schildert:

„Ich brauche E. E. nicht zu melden, welch freudig begeisterte Stimmung unter den Soldaten jeden Ranges in der ganzen Bocche herrschte, als die Ereignisse hier den schon seit lange erhofften ernsten Charakter anzunehmen schienen. Wo ich Gelegenheit fand, mit den Truppen Fühlung zu nehmen: überall derselbe heiße Wunsch, daß das erlösende Wort, dem militärische Taten folgen würden, endlich ausgesprochen werde. Unter den Offizieren gab es nur ein Gespräch: der kommende Krieg, an dessen glücklichem Ausgang niemand zweifelte; in den Mannschaften zeigte sich vielfach schon eine Art Fanatismus gegen den Feind, der sich so viel herausnehmen durfte, und speziell die

*) Im Weltkrieg Leiter der „italienischen Gruppe“ in der Operationsabteilung des ersten Armee-Oberkommandos, dessen Chef des Generalstabes ich war.

Reservisten, bei denen eine gewisse Abspannung infolge des monatelangen, anstrengenden Friedensdienstes nicht ausgeblieben war, hofften nun, endlich den Zweck ihres Hierseins, das Resultat aller Arbeit zu sehen.

Wenn es nun auch uns Soldaten an der Grenze in keiner Weise zusteht, den gefallenen Entscheidungen weiter nachzugrübeln, so glaube ich doch der aus unmittelbarer Anschauung geschöpften Überzeugung Ausdruck geben zu dürfen, daß es größte Mühe kosten wird, nach dem friedlichen Ausgang der Krise eine Schädigung des Geistes der unmittelbar beteiligten Truppen einerseits, ein Wachsen der südslawischen Agitation in der Grenzbevölkerung anderseits hintanzuhalten."

Ich gab dieses Schreiben Graf Berchtold zur Kenntnis.

Am 15., 16. und 17. Mai befand ich mich in Böhmen zur Rekognoszierung des Raumes für die Armee-Manöver des laufenden Jahres.

Am 20. Mai wurde ich von Seiner Majestät empfangen.

Seine Majestät meinte, daß für die Standeserhöhungen, denen er zustimmte, keine Unterstützung des Thronfolgers zu erwarten sei. Ich bemerkte, daß ich dies nicht glauben könne, weil niemand mehr als ein dem Throne Nahestehender ein starkes Heer brauche. Ich hob den Bedarf nach Neuformationen und Erhöhung des Rekrutenkontingentes hervor mit dem Beifügen, daß die Ministerpräsidenten Stürgkh und Lukacs von dieser Notwendigkeit überzeugt seien. Als Seine Majestät einwarf, daß die Parlamente Schwierigkeiten machen würden, erwiderte ich, man müsse den Parlamenten klarlegen, daß diese Maßnahme den Notbehelf der jetzt so drückenden Einberufungen in Hinkunft überflüssig machen werde. Sie seien auch eine Folge unserer entschlußlosen Politik. Die Balkanfrage wäre so lange nicht gelöst, als wir Serbien bestehen lassen. Das Kräfteverhältnis würde sich immer mehr zu unserem Nachteil verschieben. Auch sei diese Politik nicht ohne Rückwirkung auf die Armee geblieben, sie habe Mißstimmung und die Gefahr wachgerufen, daß sich in der Folge das Einrücken der Einberufenen im Mobilisierungsfalle zögernd gestalten könne. Bei einem Truppenkörper seien von 56 Einberufenen nur sechs Mann eingerückt.

Seine Majestät ermaß das Bedenkliche dieser Erscheinungen.

Erneuert auf die serbische Frage zurückkommend, meinte ich, das Schicksal würde uns jetzt noch einmal Gelegenheit zur Lösung bieten, es sei nicht unmöglich, daß Serbien und Griechenland gegen Bulgarien in Krieg gerieten, dann dürften wir nicht zögern, gegen Serbien einzugreifen, es wäre der letzte Moment.

S. M.: „Ja, aber die Schwierigkeit mit Rumänien!"

Ich: „Gewiß, es besteht die Gefahr, daß sich Rumänen und Serben verbinden."

S. M.: „Das muß vermieden werden. Bulgarien muß nachgeben."

Ich: „Es ist möglich, daß Italien mit Griechenland in Konflikt gerät."

S. M.: „Dann müssen wir Italien unterstützen."

Ich: „Ja, aber nur in der Form eines Einmarsches in Serbien, wir werden doch nicht in Albanien für Italien die Kastanien aus dem Feuer holen. So lange diese Frage nicht gelöst ist, wird keine Ruhe sein."

Bei dieser Lage müsse ich mich gegen die Entlassung der Nichtaktiven in B. H. D. aussprechen, äußerstenfalls könnte man eine Erleichterung durch Entlassung der vier Jahrgänge 1900—1903 eintreten lassen. Die Kompagnien hätten dann noch 200 Mann, was einen Stand von 56.000 ergäbe. Die Montenegriner hätten etwa 28.000 Mann, im Sandžak ständen etwa 8000, also im ganzen 36.000, vielleicht 40.000 Mann. Unter das obige Maß dürften unsere Stände daher nicht herabsinken. Eine Reduktion der Kompagnien auf 120 Mann würde nur einen Stand von 28.000 Mann ergeben, was ich für zu wenig hielte.

Seine Majestät akzeptierte meine Ausführungen.

Ich kam dann auf die Dringlichkeit des Ausbaues der bosnischen Bahnen zu sprechen.

S. M.: „Da sind die Parlamente dagegen."

Ich: „Man müßte den Bau der Hauptbahnen verfügen, die Kosten aus dem Rüstungskredit decken. So wie man Militärstraßen baute, könne man auch Bahnen bauen."

Seine Majestät meinte: „Dies würde sich am schwierigsten machen lassen," war aber nicht gegen den Antrag.

Auf die Prätendentenfrage für den albanesischen Thron kommend, erwähnte ich, daß man auf die Nominierung eines deutschen Prinzen warte.

S. M.: „Der Deutsche Kaiser hat abgelehnt, er will die Verantwortung nicht übernehmen, es sind noch Verhandlungen im Zuge, um den Deutschen Kaiser umzustimmen."

Ich: „Das ist um so sonderbarer, als wir in der Frage des Flottenabkommens so entgegenkommend waren."

An dieses anknüpfend, meinte ich, daß gegenüber Italien große Vorsicht geboten sei. Italiens Weg wäre: zuerst Tripolis, dann Albanien, schließlich das Trentino. Jetzt sei das Ziel auf Südalbanien gerichtet. Italien würde nicht zögern, dafür auch gegen Griechenland Krieg zu führen. Geschieht dies, dann wäre unserseits der Moment zur gründlichen Lösung der serbisch-montenegrinischen Frage zu benützen.

Am Schlusse der Audienz bat ich Seine Majestät, Verfügung zu treffen, daß seitens u n s e r e r Matrosen auf Albanesen nicht geschossen

werde. Bei Konflikten mögen dies die Engländer besorgen. Endlich meldete ich Seiner Majestät, daß die anfänglich in den südöstlichen Gebieten der Monarchie geplante Generalsreise in Oberösterreich vorgenommen werden würde, um allen politischen Kommentaren vorzubeugen. Auch legte ich Seiner Majestät die Anträge für die Armeemanöver in Böhmen vor.

Meinen Bemühungen, die militärische Situation im Südosten derart aufrecht zu erhalten, daß im Konfliktsfalle wenigstens das Dringendste vorgekehrt sei, wurde auf anderen Wegen erfolgreich entgegengearbeitet.

Am 21. Mai wurde das zweite Geschwader der Flotte außer Dienst gestellt. Am gleichen Tage eröffnete mir Oberst Dr. von Bardolff, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand telegraphische Weisung verlange, alles sofort abzurüsten und auch in den bedrohten Gebieten die Kompagnien auf den Stand von 120 Mann herabzusetzen. Ich entgegnete, daß es jedenfalls unzweckmäßig wäre, alles auf einmal zu entlassen, der Kriegsminister die sukzessive Entlassung von vier Jahrgängen vorbereitet habe.

Am 21. Mai telegraphierte der Generalstabschef des 15. Korps in Sarajevo, die Entlassung der in der Monarchie einberufenen Nichtaktiven, bei Zurückhaltung jener in B. H. D., habe bei letzteren die Absicht zu Demonstrationen ausgelöst. Eine bei der bestehenden Lage bedenkliche Erscheinung!

Während der Kriegsminister, dem vielseitigen Drängen nachgebend, die Abrüstung vorbereitete und sie als bevorstehend auch dem Feldzeugmeister Potiorek avisiert hatte, war es jetzt der Minister des Äußern, der die Abrüstung in diesem Moment für nicht opportun erklärte.

Nach Mitteilung des Kriegsministers besorgte Graf Berchtold von dieser Maßnahme eine ungünstige Rückwirkung auf Bulgarien, dessen Verständigung mit Rumänien er herbeizuführen trachte.

Über den Stand dieser Frage gibt mein nachstehendes Schreiben an Graf Berchtold Aufschluß:

„Geh. Nr. 162. Wien, am 23. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Die von Seite E. E. dem Kriegs-Ministerial-Antrag auf Entlassung von vier Reservejahrgängen in B. H. D. beigefügte Bemerkung, daß diese Entlassung derzeit inopportun erscheint, macht es mir zur Pflicht, die nachfolgenden Darlegungen an E. E. zu richten.

Ich habe mir wiederholt darauf hinzuweisen erlaubt, daß das Zurückhalten der Reservisten in monatelanger Dauer, ohne dabei zu einem kriegerischen Akt zu schreiten, von den nachteiligsten Folgen auf Selbst-

vertrauen, Geist und Disziplin der Armee sein müsse; ich habe in diesem Sinne übereinstimmend mit dem Kriegsminister und dem Marinekommandanten im Laufe des verflossenen Winters und Frühjahrs wiederholt jene Momente namhaft gemacht, in welchen uns dieses Eingreifen geboten erschien. Als dasselbe trotzdem niemals erfolgte, wurde seitens der militärischen Faktoren auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Reservisten in B. H. D. auszutauschen, so daß die Stände erhalten geblieben wären. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß die politische Lage sich in Kürze klären müsse. Diese Klärung ist aber bis jetzt noch nicht erfolgt.

Militärische Maßnahmen vertragen nun ebenso wegen der hohen Kosten, als wegen der Rückwirkung in moralischer Beziehung nicht einen Zustand permanenter Ungewißheit, sondern erfordern, daß sie auf ein bestimmtes, klar ausgesprochenes und auch mit aller Konsequenz verfolgtes großes Ziel gerichtet sind. Umfassende und kostspielige militärische Maßnahmen lediglich für Verfolgung kleinlicher Ziele erachte ich für ganz unangebracht und höchst bedenklich.

Da diese militärischen Vorbereitungen in erster Linie meinen Pflichtenkreis betreffen, bitte ich E. E. um geneigte präzise Bekanntgabe dahin, welches die nunmehr maßgebende Richtung der äußeren Politik ist — damit ich in der Lage sei, die mir obliegenden militärischen Maßnahmen im Sinne dieser Politik zeitgerecht wahrzunehmen.

Ich möchte dabei erneuert auf das Bedenkliche eines Vorganges hinweisen, der nur auf weitgehende Bereitstellung militärischer Machtmittel hinausläuft, ohne dieselben dann für eine große Aktion einzusetzen, oder gar im letzten Moment vor einer solchen zurückzuweichen.

Ich habe zufällig Kenntnis erhalten, daß E. E. sich hinsichtlich Darlegung der politischen Verhältnisse direkt an den Armee-Inspektor in Sarajevo wenden wollen; ich bitte E. E., es nur als eine mir obliegende Pflicht aufzufassen, wenn ich mir erlaube anzuführen, daß eine direkte Korrespondenz zwischen dem Ministerium des Äußern und militärischen Kommandostellen mit den für uns maßgebenden Dienstvorschriften nicht zu vereinbaren ist. Diese Vorschriften weisen den diesbezüglichen Verkehr des Ministers des Äußern nur an den Kriegsminister und den Chef des Generalstabes, ein Standpunkt, den ich im sachlichen Interesse zu wahren verpflichtet bin.

Genehmigen E. E. etc. Conrad."

Am 25. Mai hatte mich ein Herr A . . . B . . ., offenbar ein politischer Agent, besucht und mir Mitteilungen gemacht, die ich in nachstehendem Schreiben vom 23. Mai an Graf Berchtold bekanntgab:

„Euer Exzellenz!

Ich beehre mich, E. E. die nachfolgenden nicht uninteressanten Mitteilungen eines Konfidenten aus Serbien zur Kenntnis zu bringen, wobei ich allerdings nicht weiß, inwieweit den Ausführungen Authentizität beigemessen werden kann.

Der Konfident gab an, er wisse ganz bestimmt, daß ein Vertrauensmann der italienischen Regierung in Belgrad war, der Serbien den Rat gab, allen österreichischen Forderungen vorläufig unbedingt nachzugeben und alles zu fördern, was dazu führen kann, daß sich Italien in Valona festsetzt. Serbien würde dann in Nordalbanien alles bekommen.

In Belgrad fand daraufhin ein Staatsrat statt, der sich mit dieser Angelegenheit befaßte und dem auch der serbische Chef des Generalstabes Putnik beigezogen wurde.

In diesem Staatsrat kam es zu großen Meinungsverschiedenheiten und zu exzessiven Ausbrüchen der österreichfeindlichen Partei, die die Ansicht aussprach, daß die Hauptfeinde der Serben der Kaiser von Österreich-Ungarn, vor allem der Thronfolger und ich seien.

Auf das hin hat der Führer einer nicht ausgesprochen austrophoben Partei gegen die exzessiven Ausbrüche Stellung genommen und gemeint, man sollte den alten Kaiser aus dem Spiele lassen.

Eine Partei hat die Anschauung vertreten, daß die eigentlichen Gegner Serbiens Rußland und Italien sind, daß man sich in keinen Pakt mit Italien einlassen und sich von Rußland nicht so ins Schlepptau nehmen lassen sollte.

Die russophile Partei will möglichst gegen Österreich-Ungarn schüren, nicht nur in den Teilen, die von Südslawen bewohnt sind, sondern auch in Böhmen.

Eine andere Partei wieder hält es für ein Unglück, daß sich Serbien so Rußland in die Hand gegeben hat, und hofft, daß, wenn der König Peter vom Throne verschwindet, die Möglichkeit vorhanden sein wird, die Russophilen zurückzudrängen.

Der serbische Thronfolger sei ein friedlicher und ruhiger Mann, der eher für Österreich-Ungarn zu haben wäre, als der jetzige König.

Genehmigen E. E. etc.

Conrad.“

Dieser Bericht legte die Annahme nahe, daß einige serbische Politiker die antiösterreichische Richtung für doch etwas bedenklich erachteten in einem Moment, da man vor einem ernsten Konflikt mit Bulgarien stand. Die russophile Aktionspartei ging über dieses Bedenken hinweg. Auch in Montenegro wirkte sie in ihrem Sinne weiter.

Ein Bericht des k. u. k. Militärattachés in Cetinje, Res. Nr. 265 vom 19. Mai (eingelangt am 23. Mai), enthält folgende bemerkenswerte Stelle:

„Die gegenwärtige Ruhe in Montenegro ist eine natürliche Folge der allgemeinen Erschöpfung nach dem Feldzuge. Diese Erschöpfung ist in Wirklichkeit größer, als man eingestehen will, und sie wird demnach nicht ohne Rückwirkung auf das Tempo der beabsichtigten Reorganisation des Heeres, sowie auf die politische Haltung Montenegros zu unserer Monarchie bleiben.

Unbeeinflußt jedoch bleibt trotzdem die heimliche Wühlarbeit, welche dahin abzielt, die Südslawen in Österreich-Ungarn vorerst zu einem ideellen Anschluß zu bewegen, um dermaßen einer späteren effektiven Vereinigung mit Serbien oder mit Montenegro systematisch vorzuarbeiten.

Zu diesem Behufe hat vor etwa zehn Tagen in Cetinje eine konstituierende Versammlung stattgefunden, welcher u. a. auch der als panslawistischer Agitator bekannte russische General a. D. Lipovac, der ebenso berüchtigte Conte Lujo Vojnović (ein Österreicher allergefährlichster Art), der Sekretär der hiesigen serbischen Gesandtschaft, Herr Tihomir Popović, ferner mehrere hier weilende serbische Offiziere beigewohnt haben.

Bisher konnte ich nicht verläßlich in Erfahrung bringen, ob und welche positiven Beschlüsse in dieser Versammlung gefaßt worden sind, dagegen vernahm ich von zwei verschiedenen Seiten, daß die Deutlichkeit der Sprache gegen unsere Monarchie kaum noch einer Steigerung fähig sein konnte.

Ein mir persönlich bekannter Redner führte aus, daß die Aufteilung Österreichs nur mehr eine Frage weniger Jahre sein könne, und daß sich Montenegro daher rechtzeitig seine Ansprüche auf das zu erhoffende Erbe sichern müsse. Der Verzicht auf Skutari müsse in Mostar und Sarajevo vergolten werden und zu diesem Behufe sei es notwendig, jetzt schon mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in der Bevölkerung Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina der Gedanke an die Einigung aller Südslawen großgezogen werde.

Hiefür — schloß der Redner — sei ein weites Feld dankbarer Tätigkeit vorhanden; dies beweisen u. a. auch die mutvollen Kundgebungen warmfühlender Patrioten in Dalmatien, welche trotz der Militärdiktatur stattgefunden haben.

Bald nach dieser Versammlung begab sich Herr T. Popović nach Ragusa, wo er heute noch tätig ist (wird überwacht) und die Entsendung anderer Emissäre — insbesondere in die Herzegowina — scheint nur auf die Aufhebung des Paßzwanges zu warten.

Um letztere zu beschleunigen, ist heute der Minister des Äußern bei Baron Giesl erschienen; er erhielt jedoch die Antwort, daß der Paßzwang bis auf weiteres in Geltung bleiben werde, dabei durchaus keine Schikane darstelle, da er anständige Leute nicht zu genieren brauche, und über Leute mit unlauteren Absichten wolle Österreich-Ungarn künftig eine schärfere Kontrolle ausüben, als dies bisher geschehen ist."

Es ist erinnerlich, daß ich den k. u. k. Militärattaché in Berlin beauftragt hatte, zu erwirken, daß man deutscherseits meine Bemühungen um den Ausbau der Wehrmacht unterstütze. Hierüber, aber auch über die damalige deutsche Beurteilung der Lage, schreibt der Militärattaché:

„Res. Nr. 156.

Euer Exzellenz!

Wie ich bereits in meinem offenen Berichte angeführt, habe ich Seine Exzellenz von Moltke am 12. d. M. in Potsdam gesprochen. Für die Grüße lassen S. E. herzlichst danken und dieselben erwidern.

Ich habe sowohl S. E. von Moltke als auch dem Chef des Admiralstabes, Admiral von Pohl, die Mitteilung gemacht, daß Seine K. u. K. Majestät dem beabsichtigten Abkommen mit Italien über eine gemeinsame Aktion zur See Allerhöchstseine Zustimmung gegeben und daß demnach der endgültigen Konferenz nichts mehr im Wege stehe. Beide Herren haben diese Nachricht mit großer Freude entgegengenommen. Exzellenz von Moltke versicherte mir, wie schon wiederholt, daß er nach dem Schreiben des Generals Pollio die feste Überzeugung von der vollen Loyalität Italiens gewonnen hat.

Hinsichtlich der rein diplomatischen Lösung der Skutarifrage stimmt S. E. der Ansicht E. E. vollkommen bei. Dies sei nur ein Aufschub, aber keine Lösung. Daher die Verstärkungen der deutschen Wehrmacht. Als ich S. E. sagte, daß auch E. E. eine möglichste Verstärkung der k. u. k. Wehrmacht anstreben, meinte er, dies sei die notwendige Folge dieser Lösung. Auch sagte mir S. E. gern seine Unterstützung der Bestrebungen E. E. zu. Ich meinte, S. E. sollte hier mit Seiner Majestät dem Kaiser und den Leitern der Regierung sprechen, da anzunehmen ist, daß Seine Majestät der Deutsche Kaiser doch bald Gelegenheit finden könnte, sich in diesem Sinne dem Thronfolger gegenüber, ferner hohen Funktionären von hier und unserer Monarchie zu äußern.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner gewohnten Verehrung als

Euer Exzellenz gehorsamster

Bienerth, Oberst.

Berlin, am 20. Mai 1913."

Am 24. Mai sprach ich mit Oberst Dr. Bardolff. Ich wies darauf hin, daß es nicht angehe, mehr als vier Jahrgänge zu entlassen, da die Lage umschlagen und man plötzlich wieder der Leute bedürfen könne. Ich bemerkte, daß das Abrüstungsverlangen des Thronfolgers nicht mit der Lage rechne, sondern der Besorgnis vor revolutionären Kundgebungen entspringe, falls die Entlassung nicht erfolgen würde. Man müsse aber den Mut haben, auch weiter waffenbereit dazustehen.

Am gleichen Tage erörterte ich diese Frage auch mit Graf Berchtold, der mir vorwarf, in die Entlassung von vier Jahrgängen eingewilligt zu haben. Ich motivierte dies damit, daß auch dann noch 56.000 Mann geblieben wären, was gerade noch genügen konnte und fügte bei:

„Wenn es aber Ihre Verhandlungen mit Bulgarien unterstützt, wenn es vorbeugt, daß sich Rumänien mit Serbien verbindet, dann gebe ich Ihnen recht, dann muß man die Stände aufrechterhalten."

Graf B.: „Wir werden den Bulgaren den Rücken decken."

Ich: „Damit ist den Bulgaren nicht geholfen. Es ist vielleicht die l e t z t e Gelegenheit, die serbische Frage in unserem Sinne zu lösen. Also die B-Mobilisierung und den Einmarsch in Serbien. Es gibt keine andere Rückendeckung, als gegen Serbien vorzugehen."

Graf B.: „Man kann die Rückendeckung auch so auffassen, daß man Serbien sagt, falls es nicht nachgebe, würde man auf Seite Bulgariens stehen."

Ich: „Ja, dann dürfen wir aber nicht im letzten Moment wieder nachgeben. Die Leute zwecklos monatelang unter den Fahnen zu halten, ist in einem Volksheer nicht durchführbar."

Am 25. Mai abends traf mich eine erschütternde Nachricht. Die Kundschaftsstelle des Evidenzbureaus war schon seit langem einem Spionagefall auf der Spur, der den Verrat reservierter militärischer Vorschriften an eine auswärtige Macht vermuten ließ. Sie hatten das verblüffende Resultat, den Obersten Redl, damals Generalstabschef des 8. Korps in Prag, als Verräter zu entlarven. Redl wurde in Wien festgenommen, einem erschöpfenden Verhör unterzogen. Danach war ihm die Möglichkeit überlassen, sich selbst zu entleiben. Der Chef des Evidenzbureaus war nach Prag geeilt, hatte dort kommissionell die Wohnung Redls eingehendst durchsucht und alles belastende Material saisiert. Es erwies sich, daß Redl homosexuellen Umgang pflegte und sich sein Verrat auf photographisches Kopieren reservierter gedruckter Dienstbehelfe erstreckte. Ich vertrat den Standpunkt, nichts zu verheimlichen und den ganzen Sachverhalt der Öffentlichkeit darzulegen, was auch geschah, ungeachtet der mannigfachen Angriffe, die darauf folgten.

Eine Interpellation wurde im Parlament durch den Landesverteidigungsminister beantwortet.

Ich wende mich wieder den politischen Vorgängen zu.

Die Bemühungen Graf Berchtolds, Bulgarien für die Monarchie zu gewinnen, fanden in der russophilen Partei in Sofia, die im Ministerium Geschow eine Stütze hatte, Widerstand. In einem am 26. Mai eingelangten Briefe vom 20. Mai schreibt der k. u. k. Militärattaché:

„Unser Minister des Äußern hat die bulgarische Regierung wissen lassen, daß Bulgarien von uns aus jedwede Unterstützung zuteil werden wird und daß wir eine territoriale Verminderung Bulgariens nicht dulden werden. Ferner, daß wir Bulgarien auch mit einer Anleihe an die Hand gehen würden, nur müßte Bulgarien als Dank hiefür nur eine b u l g a r i s c h e Politik treiben, auf keinen Fall sich erneuert in das russische Fahrwasser begeben.

Bei einer anderen Regierung als jener Geschows hätte dies große Begeisterung hervorgerufen, bei diesen russischen Knechten jedoch ist dies bis nun ohne große Wirkung vorbeigezogen.

Geschow verschwieg sogar unsere Proposition gegenüber dem Chef der Geheimkanzlei Seiner Majestät des Königs, der bei Geschow erschien, um dem König über die momentane politische Situation Bericht erstatten zu können.“

Am 26. Mai erhielt ich einen Bericht vom 21. Mai des Armee-Inspektors in Sarajevo, Feldzeugmeister Potiorek, zur Kenntnis, aus dem ich folgende markante Stellen wiedergebe:

„Obwohl Baron Rüdt und Major von Merizii Eurer Exzellenz*) mündlich in meiner Vertretung referieren werden, halte ich es doch für geboten, E. E. auch persönlich zu schreiben. Dabei muß ich, um auch bei diesem Anlasse rückhaltslos offen zu sein, allem weiteren vorausschicken, daß ich es als Landeschef, als höchstkommandierender General in B. H. D. und als einzelner Untertan Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Kaisers und Königs für ein Unglück der Monarchie ansehe, wenn die gegenwärtige Krise ohne Austragung mit den Waffen endet.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Ich habe meinerseits am Schlusse dieses Briefes nur noch zu sagen, daß ich nach meiner Kenntnis der hiesigen inneren und äußeren Verhältnisse und nach meiner Kenntnis der Volksstimmungen entschieden davon abraten muß, in den Abrüstungsmaßnahmen jeder Art weiter zu gehen, als bis zu jenem Grade, der im Momente des Akutwerdens der

---

*) Richtet sich an den gemeinsamen Finanzminister.

Skutarifrage bestanden hat, und daß ich vorerst keine Mitverantwortung für eine darüber hinausgehende sofortige weitere Abrüstung tragen möchte."

Der Bericht Potioreks schließt mit folgender Bemerkung:

„Am 15. Mai nachmittags erhielt ich vom gemeinsamen Finanzminister telegraphisch den Auftrag zu sofortiger vollständiger Außerkraftsetzung der Ausnahmeverfügungen. Welche Erscheinungen sich nunmehr bei der hiesigen serbischen Presse und dergleichen zeigen werden, bleibt abzuwarten."

Die Ansichten Feldzeugmeister Potioreks deckten sich mit meinen, die von ihm besorgten Erscheinungen blieben nicht aus.

Am 26. Mai erhielt ich eine an das Kriegsministerium gerichtete Note des Ministeriums des Äußern Nr. 2434 vom 24. Mai 1913 zur Kenntnis, deren wesentlichster Teil lautete:

„Das k. u. k. K. M. hat sich kürzlich mit der Zuschrift Nr. 1003 Res. an das Ministerium des Äußern gewendet, um die Frage der Rückversetzung der derzeit in B. H. D. in aktiver Dienstleistung stehenden Reservisten und Ersatzreservisten des Heeres in das nichtaktive Verhältnis zur Sprache zu bringen. Ferner hat sich das K. M. veranlaßt gesehen, in einem a. u. Vortrage die teilweise Durchführung der gedachten Maßnahmen (mit Einschränkung auf die vier ältesten Jahrgänge und die im Genusse eines vollen Begünstigungstitels stehenden Mannschaften der Ersatzreserve) an Allerhöchster Stelle zu beantragen.

Diesen Anregungen der Kriegsverwaltung gegenüber habe ich mich genötigt gesehen, geltend zu machen, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen mir derzeit inopportun erscheinen.

Im Nachstehenden möchte ich mir erlauben, diese Stellungnahme meines Ressorts kurz zu begründen.

Die epochale Umwälzung, die sich seit vielen Monaten hart an unserer Südgrenze abspielt und den Zusammenbruch der europäischen Türkei zur Folge hat, geht nunmehr ihrem Ende entgegen.

Wir haben von allem Anfang an strikt vermieden, durch Parteinahme für die Türkei die undankbare und gefährliche Rolle zu spielen, einerseits den Balkanbund fester zu kitten, anderseits in die Fußstapfen eines antiquierten, angefaulten, nicht mehr in das moderne Europa passenden Staatswesens zu treten."

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Das Ministerium des Äußern rechnete also mit dem Zusammenbruch der europäischen Türkei. Es lag nahe, sich zu fragen, was an deren Stelle treten sollte und wie sich Österreich-Ungarn zu dieser Neugestaltung zu verhalten habe.

Daß die Monarchie dieser epochalen, ihre vitalsten Interessen gefährdenden Umwälzung nicht tatenlos gegenüber bleiben konnte, sondern zur dauernden Wahrung ihrer Interessen eingreifen mußte, schien mir unzweifelhaft.

Ich setzte der Note des Ministeriums des Äußern daher folgende Bemerkung bei:

„Geh. Nr. 170 vom 26. Mai 1913.

Der Inhalt der vorliegenden Note wurde mir am 24. d. M. seitens des Ministers des Äußern auch mündlich bekanntgegeben. Ich habe letzterem bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß der Antrag auf Entlassung der vier ältesten Reservejahrgänge in B. H. D. nur auf folgender militärischer Erwägung basierte:

a) Das längere Zurückhalten dieser Jahrgänge erscheint nach den vom Armee-Inspektorat in B. H. D. eingelangten Angaben von bedenklicher Rückwirkung auf den Geist dieser Mannschaften und
b) eine unmittelbare Bedrohung von B. H. D. liegt dermalen nur seitens Montenegros vor, und gegen diesen Staat genügen gerade noch die nach Entlassung obiger vier Reservejahrgänge noch verbleibenden Kräfte; sollte hingegen auch mit der feindlichen Aktion Serbiens zu rechnen sein, so müsse ohnehin die B-Mobilisierung erfolgen, die zurecht käme, da auch Serbien jetzt nahezu alle seine Kräfte in Mazedonien versammelt und momentan gegen Bulgarien gebunden hat.

Ich habe in dem erwähnten Gespräch dem Minister des Äußern gegenüber auch hervorgehoben, daß der Kriegsbereitstellung namhafter Kräfte auch die kriegerische Tat folgen müsse, was leider nicht geschehen ist, und daß es bei einem auf allgemeiner Wehrpflicht basierten Heer nicht angeht, die Einberufenen monatelang lediglich im friedlichen Alltagsdienste zu beschäftigen.

Was die politische Lage anlangt, so bin ich der Ansicht, daß bei einem Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien die Monarchie sich nicht mit einer bloßen Rückendeckung für letzteres begnügen dürfe, sondern diese vielleicht letzte Gelegenheit benützen müsse, um durch den Krieg gegen Serbien die südslawische Frage zu lösen.

Ich habe außerdem dem Minister des Äußern gesagt, daß ich von diesem Standpunkte die Notwendigkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Bulgarien und Rumänien voll würdige und daß ich, insolange die diesbezüglichen Verhandlungen geführt werden, es gleichfalls für nötig erachte, an unseren momentanen Kriegsvorbereitungen nicht

im Sinne einer Abrüstung zu rütteln. Sollte dies mit Rücksicht auf den Geist der Reservisten nicht mehr angängig erscheinen, so müßte der Austausch der Entlassenen erfolgen, wie er schon einmal beantragt war."

Die Bemerkung zur Note des Ministeriums des Äußern ergänzte ich durch nachfolgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Geh. Nr. 171.

Wien, am 28. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Soweit sich die Geschehnisse verfolgen lassen, rückt die Möglichkeit eines Krieges zwischen Bulgarien und Serbien (eventuell auch Griechenland) immer näher.

Wenn man auch seitens der Balkanstaaten stets auf alles, also auch auf einen friedlichen Ausgleich im letzten Moment, gefaßt sein muß, muß anderseits doch auch mit der Voraussetzung des Krieges gerechnet werden.

Ich erachte es, und zwar vor allem auch vom militärischen Standpunkt, den zu vertreten ich verpflichtet bin, für unerläßlich, jetzt schon unwiderruflich festzustellen, welche Haltung die Monarchie in diesem Falle einnimmt.

Wie ich mir schon des öfteren darzulegen erlaubte, vermag ich als einzig richtig nur das sofortige kriegerische Eingreifen gegen Serbien zu erkennen, weil es hoch an der Zeit ist, die große Gefahr, welche der Monarchie aus einem selbständigen Großserbien erwächst, zu ersticken.

Worin diese Gefahr liegt, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.

Jede neutrale oder zuwartende Haltung der Monarchie müßte dazu führen, dieser zwischen allen Folgen die ungünstigste einzubringen, insbesondere für den Fall, als Bulgarien geschlagen werden sollte.

Ist aber der Weg des kriegerischen Eingreifens als der richtige erkannt, dann ist folgendes jetzt schon dringend:

1. Es muß die unwiderrufliche Zusage Seiner Majestät des Kaisers gesichert sein.

2. Es müssen die bezüglichen Verhandlungen mit Bulgarien zu einem bindenden Abschluß gebracht werden, dies aus folgenden Gründen:

Es wäre ganz unmöglich, in Verhandlungen mit Bulgarien zu treten und diesem Staat Zusagen zu machen, die dann nicht gehalten werden würden;

es wäre aber auch ganz unmöglich, die im Hinblicke auf einen solchen Krieg nötigen militärischen Maßnahmen, insbesondere die Mobilisierung der in Betracht kommenden Kräfte zu verfügen, ohne dann auch in den Krieg einzutreten; ein solches Experiment zum dritten Male würden

weder die Staatsfinanzen, noch die Bevölkerung, noch die Armee vertragen, ganz abgesehen davon, daß sich die Monarchie damit nach außen gänzlich diskreditieren und jede Chance für die Lösung der serbischen Frage einbüßen würde.

Die Dringlichkeit der beantragten Verfügungen liegt darin, daß der Krieg zwischen Bulgarien und Serbien jeden Tag ausbrechen kann, daß aber, wenn die Hilfe der Monarchie rechtzeitig eintreten, also einen entscheidenden Erfolg der Serben über die Bulgaren verhindern soll, dieses Eintreten ehestens nach Kriegsausbruch erforderlich erscheint, daß aber anderseits die Mobilisierung und Versammlung der hiezu nötigen Kräfte etwa 16 Tage beansprucht, nach welcher Zeit erst die serbische Grenze eigenerseits überschritten würde.

Dieser Termin — den ich als strengst geheim und nur zur rein persönlichen Kenntnis E. E. bestimmt zu behandeln bitte — muß also bei allen bezüglichen Festsetzungen im Auge behalten werden.

Für den Krieg selbst wären die als B-Mobilisierung bezeichneten Maßnahmen erforderlich. Ziel des Krieges wäre: die endgültige Niederwerfung des aufstrebenden Großserbiens. Im Hinblick auf die Erreichung dieses für den Bestand der Monarchie so klar als notwendig erscheinenden Zieles müssen wohl alle sonstigen Bedenken in den Hintergrund treten. Das Resultat dieser Aktion hätte zu sein:

Aufteilung Serbiens, wobei der Negotiner Kreis an Rumänien, der Piroter Kreis an Bulgarien fiele, welches überdies die neuerworbenen rein bulgarischen Gebiete bekäme. Der Monarchie müßte das übrige Serbien inklusive Niš, sowie der Sandžak von Novipazar zufallen; Albanien müßte seine natürlichen ethnographischen Grenzen erhalten. Diese Ziele müßten vor Beginn des Krieges genau fixiert werden.

Ich bitte E. E. mir Ihren Standpunkt in dieser so wichtigen Frage bekanntzugeben.

Genehmigen E. E. etc. Conrad."

Am 29. Mai erhielt ich den Bericht Res. Nr. 138, vom 22. Mai 1913, des Militärattachés in Konstantinopel. Ihm entnehme ich folgende Stelle:

„Der Exarch*) gab seiner tiefen Besorgnis über die nächste Entwicklung der Dinge am Balkan und die Zukunft Bulgariens Ausdruck. Nach Ansicht des Monsignore sei es gar nicht ausgeschlossen, daß das serbische Element mit der Zeit stärker werden und das bulgarische sogar vollkommen absorbieren könnte. Das bulgarische Volk habe zwar sehr viele gute Eigenschaften, doch fehle ihm ein eigener ausgeprägter Nationalitäts-

*) Bulgarisches Kirchenoberhaupt.

sinn, welcher dem Serben und dem Griechen in so hohem Grade eigen ist. Infolgedessen sei es sicher, daß die nach Friedensschluß unter serbische Herrschaft kommenden Bulgaren nach zirka 15 bis 20 Jahren vollkommen serbisiert sein werden. Derselbe Prozeß wird sich auch mit den unter griechische Domination gelangenden Bulgaren, hier allerdings in etwas langsamerem Tempo, abspielen.

Aus diesem Grunde bildet die Teilung des im Kriege eroberten Landgebietes für Bulgarien geradezu eine Lebensfrage. Wie überhaupt zwischen den Interessen Bulgariens und jenen Österreich-Ungarns eine starke Gemeinschaft besteht, so rechnet Bulgarien auch in dieser vitalen Frage in erster Linie auf die Unterstützung der Monarchie. In Zukunft werde überhaupt ein enger Anschluß Bulgariens an die Monarchie eintreten; alle maßgebenden bulgarischen Kreise sind schon heute von dieser Notwendigkeit überzeugt.

Mit Rücksicht auf die vitale Bedeutung der Teilungsfrage für Bulgarien und die diesbezügliche Unnachgiebigkeit Serbiens muß es nach Ansicht des Exarchen früher oder später zu einem Kampfe zwischen den beiden Staaten kommen. Hiebei ist zu berücksichtigen, daß infolge der rasch fortschreitenden Entnationalisierungsarbeit der Serben die Chancen Bulgariens in Zukunft stets geringer werden müssen. Aus diesem Grunde ist der Exarch der Meinung, daß trotz der unleugbaren momentanen Schwächung Bulgariens der einmal unvermeidliche Krieg nicht aufgeschoben, sondern gleich jetzt ausgefochten werden sollte."

Je mehr die Wahrscheinlichkeit eines serbisch-bulgarischen Krieges in den Vordergrund trat, desto wichtiger war es für Österreich-Ungarn, die Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien ausgeglichen zu sehen und das freundschaftliche Verhältnis zwischen Rumänien und der Monarchie zu stärken. So willigte die ö.-u. Kriegsverwaltung auch in die Rücknahme von an Rumänien gelieferten, aber von diesem beanständeten Gewehren, obgleich die Rechtslage für Österreich-Ungarn sprach.

Wie sehr die rumänisch-bulgarische Frage auf der Schneide stand, ergibt folgender am 29. Mai eingelangter Bericht des k. u. k. Militärattachés in Bukarest:

„Res. Nr. 103, geh.

Bukarest, am 26. Mai 1913.

Euer Exzellenz!

Der Gesandte Prinz Fürstenberg ist vergangenen Samstag beim König in Audienz erschienen, um ihm im Auftrage des Grafen Berchtold bekanntzugeben, daß ein Zusammengehen Rumäniens mit Serbien und Griechenland gegen Bulgarien im vollsten Gegensatz zu unserer Politik

stünde, weil wir bei einem Streitfall der drei letztgenannten Staaten eventuell gegen Serbien mit den Waffen einschreiten würden, ferner um Seiner Majestät dringend zu raten, mit Bulgarien gute Beziehungen zu unterhalten, da er sonst die panslawistischen Tendenzen der Russen und Serben unterstütze, also eine Gefahr für Österreich-Ungarn direkt fördere.

Die Basis zu dieser Demarche, deren Opportunität sehr in Zweifel zu ziehen ist, gab die Berichterstattung des Gesandten über die von mir konform E. E. geschilderte äußere Lage und die daraus abzuleitenden Möglichkeiten. (Res. Nr. 96, geh.)

Trotz des sehr energischen Tones der Note des Grafen Berchtold — oder vielleicht eben wegen dieses Umstandes — nahm Seine Majestät diesen Ratschlägen gegenüber eine überaus abweisende Haltung an und führte in seiner Gegenäußerung aus, er halte es im Interesse Rumäniens für geboten, eine zu bedeutende Vergrößerung Bulgariens mit verhindern zu helfen und werde hiezu zwar nicht die große Leitlinie seiner Dreibundpolitik verlassen, aber unter gewissen Verhältnissen sich doch mit Serbien ad hoc verbinden, um das Entstehen einer überstarken bulgarischen Vormacht hintanzuhalten. Österreich-Ungarn sei auf dem Holzweg, wenn es den unverläßlichen Bulgaren traue; es werde von diesen nie eine Gegenleistung empfangen, stets ausgenützt, in wichtigen Momenten aber im Stiche gelassen werden, kurz eine Reihe von bitteren Enttäuschungen erleben. Die Erwiderung des Gesandten, in denen er den König von der Notwendigkeit unserer gegenwärtigen Sympathien für Bulgarien überzeugen wollte, machten nur geringen Eindruck; er schien tauben Ohren zu predigen, denn die Stimmung Seiner Majestät gegen den Nachbar ist seit längerem außerordentlich gereizt, weil Hochderselbe in dem Benehmen der Bulgaren und ihres Herrschers Verachtung erblicken zu müssen glaubt. Und darin spiegelt sich das Empfinden des ganzen rumänischen Volkes. Bulgarien hat nach hiesiger Auffassung bis jetzt rein nichts getan, um zu beweisen, daß ihm an der rumänischen Freundschaft gelegen ist. Es hat allerdings in die Abtretung Silistrias eingewilligt, das wird jedoch ausschließlich dem Konto der Großmächte — nicht uns allein etwa — gutgeschrieben; seither ist es durch seine Alliierten Serbien und Griechenland in eine prekäre Lage gebracht worden und findet es nicht einmal in dieser der Mühe wert, Rumäniens Unterstützung zu erbitten. Dieses in den Augen der Rumänen als Selbstüberhebung gedeutete Verhalten kränkt ihren Nationalstolz und den König persönlich, der sich und seinen Staat als wichtigen Faktor behandelt und berücksichtigt wissen will.

Wollen die Bulgaren — und mit diesen wir — seitens Rumäniens nicht eine serbophile Extratour gefährlichster Art erleben, müssen sie wohl

oder übel eine Annäherung suchen, konkrete Anträge stellen und nicht warten, bis man aus Bukarest an sie herantritt, weil man hier gar keine Lust dazu fühlt.

Seit der eingangs erwähnten Audienz scheint übrigens etwas in diesem Sinne geschehen zu sein, doch in viel zu tastender, zurückhaltender Weise. Der bulgarische Gesandte Kalinkow ist nämlich am letzten Sonntag aus Sofia zurückgekehrt und soll die Instruktion mitgebracht haben, zu sondieren, was die Rumänen für ihre Neutralität, was sie für eine effektive Hilfe verlangen. Das ist schon etwas, doch ungemein wenig im Hinblick auf das von den Serben und Griechen gleichzeitig Gebotene: diese haben jüngst zum zweiten Male ein Bündnis vorgeschlagen und wollten zum Lohn den Erwerb bulgarischen Territoriums in beliebigem Ausmaße garantieren. Herr Maiorescu hat den Antrag nicht angenommen; er ist also heute noch frei in seinen Entschlüssen und kann — vorläufig auch noch von inneren Strömungen unbeeinflußt — wählen. Im Augenblick des Ausbruches eines neuen Balkankrieges wird sich dieser günstige Zustand aber ungemein rasch und gründlich ändern, denn da werden die antibulgarischen Treibereien Filipescus und der Liberalen sofort mit Vehemenz einsetzen; hat die Regierung bis dahin nicht konkrete Abmachungen treffen können, die ihr von Bulgarien bedeutende Vorteile sichern, so dürfte sie nicht mehr in der Lage sein, die Neutralität aufrechtzuhalten. An dieser Tatsache können auch die schärfsten Noten aus Wien dann nicht mehr rütteln.

Ich hatte heute Gelegenheit, den bulgarischen Militärattaché, Major Kissow, zu sprechen. Er gestand ein, die Stellung der Bulgaren sei eine ungemein schwierige, ja gefährliche geworden; der Krieg mit Griechenland bestehe schon de facto, wenn auch ohne offizielle Erklärung; Feindseligkeiten Serbiens würden täglich erwartet, und man fürchte, auch die Türkei werde nicht zögern, sogleich wieder loszugehen, wenn ihr die Gelegenheit günstig erschiene. Welchen Wert unter diesen Auspizien Rumänien besitze, war dem Major unschwer deutlich zu machen.

Was die eventuellen Angebote Bulgariens anbelangt, halte ich an der Ansicht fest, die Linie Turtukai-Balčik stelle jenes Maß dar, um welches Rumänien geneigt wäre, nicht nur neutral zu bleiben, sondern sogar die Türkei in Schach zu halten. Aber das müßte, das kann ich nicht genug unterstreichen, spontan angeboten werden, um der Eigenliebe und Eitelkeit der Rumänen zu schmeicheln, weil diese beiden Schwächen gegenwärtig die Hauptrolle spielen. Sie stehen an oberster Stelle und können selbst durch die weisesten von außen kommenden

Ratschläge nicht zurückgedrängt werden; man macht hier schon jetzt Gefühlspolitik, wir müssen mit dieser rechnen.

Genehmigen E. E. etc.

Hranilovič, Oberst."

Diesem Bericht lag ein zweites Schreiben des Militärattachés vom 27. Mai bei, das mit folgender Stelle begann:

„Nach Schluß des beiliegenden Berichtes teilt mir Prinz Fürstenberg*) mit, Graf Tarnowski**) soll in Sofia auftraggemäß bekanntgegeben haben, Prinz Fürstenberg werde aus Wien den Befehl erhalten, hier***) gegen ein Kompensationsverlangen für die Zusage künftiger Neutralität energisch Einspruch zu erheben. Das fehlte gerade noch! Die Bulgaren beginnen einzusehen, daß sie Rumänien in diesem kritischen Augenblick brauchen, sind zu Konzessionen bereit und wir arbeiten dagegen, sind also bulgarischer als die Bulgaren! Das wären selbstversetzte Schläge, von denen wir uns niemals wieder erholen würden.

Prinz Fürstenberg erklärte mir, er werde einen solchen Auftrag nicht vollziehen und den Posten verlassen, wenn man darauf bestehe, daß er ihn ausführe."

Diese Mitteilungen veranlaßten mich zu nachstehendem Schreiben an Graf Berchtold:

„Geh. Nr. 172 vom 29. Mai 1913.

Mit Bezug auf meine Zuschrift, welche ich mir erlaubte gestern an Euer Exzellenz zu schicken, sei es mir gestattet, auf die große Dringlichkeit hinzuweisen, uns die Freundschaft und Bundestreue Rumäniens zu erhalten und daher vor allem auch alles aufzubieten, um die Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien zu schlichten.

Rumänien fühlt sehr genau die Stärke seiner jetzigen politischen Situation gegenüber der Schwäche Bulgariens und damit die Möglichkeit, durch ein Bündnis mit Serbien auf gewaltsamem Wege von Bulgarien zu erreichen, was dieses ihm auf friedlichem Wege nicht zugestehen will.

Ich erachte es daher für dringend geboten, Bulgarien dazu zu veranlassen, daß es an Rumänien ehestens herantritt mit der Bitte, sich die Freundschaft Rumäniens zu garantieren und mit positivem Anerbieten, als Beweis des Wertes dieser Freundschaft das bulgarische Gebiet bis an die Turtukai—Balčik-Linie freiwillig und rückhaltlos an Rumänien abzutreten.

---

*) K. u. k. Gesandter in Bukarest.

**) K. u. k. Gesandter in Sofia.

***) In Bukarest.

Bulgarien müßte bedeutet werden, daß es nur unter dieser die Neutralität Rumäniens gewährleistenden Garantie auf eine Unterstützung seitens der Monarchie zu rechnen hätte.

Ich bin der Ansicht, daß bei der bedrängten Lage, in der sich Bulgarien befindet, ein solcher Schritt der bulgarischen Regierung nicht schwer zu erreichen wäre."

In diese Bemühungen, sowohl Bulgarien als Rumänien den Dreibundmächten zu erhalten, fiel recht störend folgende Mitteilung aus einem Schreiben des Militärattachés in Sofia vom 26. Mai (eingelangt am 29. Mai):

„Folgende sehr interessante Mitteilung ist mir vor Torschluß zugekommen: Der Deutsche Kaiser hat durch hiesige deutsche Gesandtschaft an König Ferdinand Telegramme richten lassen, worin erwähnt wird, daß die bulgarischen Truppen die festgesetzte neutrale Zone (zwischen Bulgaren und Griechen) überschreiten, und dies hat die Gefechte zur Folge; der Deutsche Kaiser spricht seinen Unmut darüber aus, wünscht und setzt voraus, daß solche Übergriffe den bulgarischen Truppen strenge verboten werden. Solches Vorgehen könnte für Bulgarien von Nachteil sein."

Ferner enthielt das Schreiben folgende Nachrichten:

„Serben sollen offiziell den Vertrag gekündigt haben. Der zweite Krieg wird aller Wahrscheinlichkeit nach bald losgehen.

Rußland ist in großer Aufregung ob dieses Bruderkrieges."

Am 31. Mai war ich bei Graf Berchtold; er äußerte: Rumänien sei jetzt auf dem Standpunkt, auch den Krieg nicht zu scheuen und gegen Bulgarien loszuschlagen. Er meinte, daß eine Abtretung des von Rumänien geforderten Gebietes eine bleibende Feindschaft zwischen Bulgarien und Rumänien schaffen würde, so daß Österreich-Ungarn nicht erreichen würde, was es anstrebt, nämlich die Freundschaft zwischen beiden. Der Minister fügte bei, daß auch zwischen Bulgarien und Serbien dauernde Interessengegensätze bleiben werden und seiner Ansicht nach auch ein Großbulgarien eine Gefahr für Österreich-Ungarn wäre.

Ich warf ein: „Uns ist doch lieber ein Großbulgarien, als ein Großserbien! Was werden Sie machen, wenn die Serben und Rumänen auf Bulgarien losgehen? Dann müssen wir doch gegen Serbien gehen! Was ist Ihnen lieber: ein siegreiches Bulgarien oder ein siegreiches Serbien?"

Graf Berchtold meinte, daß letzteres wohl sehr unangenehm wäre, er aber keine Antwort geben könne, ehe er wisse, was Rumänien mache, wo jetzt alles in der Hand des Königs liege.

Noch am selben Tage gab mir Graf Berchtold brieflich seine Bestürzung über den Fall Redl kund. Ich erwiderte ihm, daß zu tiefgehenden Besorgnissen hinsichtlich unserer militärischen Lage kein Grund vorliege und ich gelegentlich meines vorangeführten Besuches mit ihm darüber gesprochen hätte, wenn dieser nicht durch die Dazwischenkunft des Herzogs von Avarna unterbrochen worden wäre.

Durch den aufkeimenden serbisch-bulgarischen Konflikt war — wie schon früher erwähnt — die albanesische Frage in den Hintergrund gedrängt; aber sie bestand auch weiter und hätte, wenn Österreich-Ungarn zur Tat gegen Serbien geschritten wäre, an Aktualität gewonnen.

Für diesen Fall wären die Albanesen als Bundesgenossen von Bedeutung geworden; bis dahin aber durfte man sie nicht zu einem Aufstand ermuntern, bei dem man sie dann im Stiche gelassen hätte.

Auch diese Frage hing mit dem Vorgehen gegen Serbien zusammen.

Von Interesse war mir daher der am 31. Mai eingelangte Bericht des Oberstleutnants von Spaić, der nach langem Aufenthalt in Albanien nach Wien zurückgekehrt war.

Der Bericht sagte unter anderem:

„Seit März d. J. haben die verschiedensten Parteiführer Albaniens Wien besucht, um beim Ministerium des Äußern Hilfe oder doch konkrete Vorschläge zur endgültigen Lösung der albanesischen Frage zu erbitten.

Alle diese Albanesen, vom Analphabeten Issa Boletini bis zum hochintelligenten Ekrem Bey Vlora haben sich dabei überzeugt, daß unsere Diplomatie zu unfähig und energielos ist, als daß von ihrer Seite der geringste Einfluß auf die Ereignisse in Albanien zu erwarten wäre.

Es wurden Meinungen und Berichte gehört, daß die Albanesen ein unzuverlässiges Volk seien.

Dagegen erlaube ich mir zu bemerken:

1. Unsere Liebe zu den Albanesen ist durchaus keine platonische, denn wir brauchen die Albanesen nötiger als sie uns. Die Albanesen werden auch noch andere Freunde finden, für Österreich ist aber Albanien das letzte Land am Balkan, auf das wir noch unsere Machtsphäre erweitern können, die letzte Position an der Adria, die wir nicht aufgeben dürfen, wir müssen also die Albanesen so nehmen wie sie sind, ob gut oder schlecht!

2. Die meisten unserer Herren Berichterstatter haben nur die Bewohner der Küstenstädte und den orthodoxen Süden des Landes kennen gelernt; diese hellenischen orthodoxen Albanesen sind allerdings ein unzuverlässiges Element. Nicht so die katholischen und mohammedanischen Stämme des Nordens. Gerade diese ehrlichen, kriegstüchtigen Bergstämme sind es aber, deren Gebiet, d. i. der Sandžak von Novipazar,

das Kossovopolje und das Adria-Hinterland bis südlich zum Škumbi, das Interessengebiet Österreich-Ungarns sind.

Österreich hat seit 300 Jahren in diese Gebiete Millionen hineingesteckt, um sich dort seinen Einfluß für die Zukunft zu sichern; jetzt im letzten entscheidenden Moment, wo man vor der endgültigen Liquidation steht, soll man rat- und tatlos zusehen, wie den Erfolg unseres Werkes andere ernten werden?

Was hat Österreich für diese Völker in der letzten Zeit getan? Es hat ihnen alles versprochen und nichts gehalten!"

Oberstleutnant Spaić, den ich am 31. Mai persönlich empfangen hatte, stellte es als durchaus möglich dar, die Albanesen zu einem bewaffneten Vorgehen gegen Serbien zu bringen, wenn man ihnen nur die Waffen dazu geben würde.

Daß man in Albanien auf die Hilfe Österreich-Ungarns zählte, geht auch aus einem an mich gerichteten Schreiben Sureya Beys Vlora, Deputierten von Berat und Vater Ekrem Beys Vlora, hervor, das ich am 24. Mai erhalten hatte und dem ein sehr interessanter Organisationsentwurf für den albanesischen Staat beilag.

Während die Großmächte, teils fernere Ziele ins Auge fassend, teils entschlußlos, auch nur mit halben Mitteln und unter sich uneinig, dem Balkanbrand gegenüberstanden, hatte der zielbewußte, energische, von Bedenken freie serbische Ministerpräsident Herr Pašić am 28. Mai in der Skupština in Belgrad erklärt, daß sich Serbien infolge Schaffung Albaniens in seinen territorialen Erwerbungen verkürzt sehe und Ersatz hiefür auf Kosten Bulgariens verlange.

Bulgarien lehnte unter Hinweis darauf, daß es die weitgrößten Kriegsopfer gebracht und die Hauptlast des Krieges getragen habe, dieses Ansinnen ab.

Damit war der Bruch zwischen Serbien und Bulgarien offiziell erklärt — Griechenland und Montenegro stellten sich auf Serbiens Seite.

Dies brachte die Ereignisse in Fluß.

Am 30. Mai war der Präliminarfriede in London geschlossen worden. Danach hatte die türkische Grenze der Linie Enos—Midia zu folgen, die Entscheidung über die Abgrenzung Albaniens und die Zugehörigkeit der Ägäischen Inseln den Großmächten, die Ordnung der finanziellen Fragen einem internationalen Ausschuß in Paris anheimzufallen, Kreta allen Verbündeten zu bleiben.

Zwischen diesen aber war es zum Bruch gekommen, sein kriegerischer Austrag stand bevor.

Trat er ein, dann schien mir folgendes die Lage zu sein:

Serbien gänzlich gegen Bulgarien gebunden, ein Niederhalten des erschöpften Montenegro mit geringen Kräften möglich, Rußland mit seinen großen militärischen Vorbereitungen noch im Rückstand, seine asiatischen Truppen noch im fernen Osten, Rumänien, wenn durch Bulgarien voll befriedigt*), voraussichtlich noch an Seite Österreich-Ungarns, Italien geschwächt durch den libyschen Krieg, überdies gerade in intimen offiziellen Vereinbarungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn; Frankreich noch vor Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit und mit seiner Steilfeuerartillerie**) weit zurück, England am Beginne seiner militärischen Reorganisation, sein Antrag, für England drei Dreadnoughts zu bauen, vom kanadischen Senat am 30. Mai verworfen, ein Symptom für die damalige Stimmung in den Dominions.

Österreich-Ungarn im Besitz von Chancen, wie sie sicherlich nie wiederkehren würden.

Die Lage drängte zum Entschluß!

---

*) Das von Bulgarien und Rumänien akzeptierte Schiedsgericht der Botschafter der sechs Großmächte in Petersburg hatte schon am 11. Mai Rumänien die Stadt Silistria mit einem Umkreis von 13 Kilometern zugesprochen, den weiteren Grenzverlauf aber nur bis Kap Sabla und nicht nach Balčik, wie Rumänien es wünschte. Am 31. Mai nahm die rumänische Kammer diese Bestimmung an.

**) Es besaß nach uns bekannten Daten nur 21 Batterien zu je vier Geschützen 15·5 cm-Rimailho-Haubitzen. Eine leichte Feldhaubitze fehlte gänzlich.

Vom Bruch des Balkanbundes bis zum Eingreifen Rumäniens (10. Juli 1913).

Juni.

Der serbisch-bulgarische Konflikt nahm nun immer schärfere Formen an, steigerte die aggressiven Tendenzen in Rumänien, rief die erneuerte Aktionslust der Türkei wach, die kaum erst (30. Mai) den Frieden zu London geschlossen hatte, und versetzte die Großmächte, die ihre Hoffnungen auf den schon gesichert geglaubten Balkanfrieden gescheitert sahen, in große Erregung. Vor allem Rußland, das eine schwere Schädigung nicht nur seiner Balkaninteressen, sondern seiner Politik überhaupt befürchtete. Insbesondere für den Fall, daß Österreich-Ungarn zu Gunsten Bulgariens in den Konflikt eingreifen und die serbische Frage lösen sollte.

Alle Bemühungen Rußlands waren daher darauf gerichtet, den serbisch-bulgarischen Konflikt friedlich beizulegen, weil Rußland sich damals für einen europäischen Krieg noch nicht genügend bereit erachtete.

Wie schon aus meinen früheren Darlegungen hervorgeht, rechnete ich mit dem kaum vermeidbaren Krieg zwischen Serbien und Bulgarien und damit, daß Österreich-Ungarn diese kaum wiederkehrende Gelegenheit zu nützen haben werde, in der serbischen Frage klare Verhältnisse zu schaffen.

Ob nun Serbien ernstliche Sorge vor einem Eingreifen Österreich-Ungarns hegte, oder aber von der Entschlußlosigkeit der ö.-u. Politik überzeugt war, an Gesten einer versöhnlichen Stimmung gegenüber der Monarchie fehlte es jetzt — da der Krieg gegen Bulgarien drohte — nicht. Symptomatisch in dieser Hinsicht ist ein Gespräch, das der k. u. k. Militärattaché in Sofia, Major Laxa, mit seinem serbischen Kollegen, Oberstleutnant Kalafatović, hatte, und über das er in einem am 4. Juni eingelangten Brief berichtet:

„Derselbe*) sagte mir unter anderem: Wir haben in Serbien eine sehr starke Partei, die für ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn ist,

*) Kalafatović.

dieselbe geht überdies so weit, daß sie es gern sehen würde, wenn Österreich-Ungarn Serbien annektieren würde, da sie der Ansicht ist, daß dies für Serbien nur von Vorteil wäre, selbst auf die Gefahr hin, daß wir unseren König verlieren würden. Kalafatović meinte, Österreich-Ungarn müßte uns nur eine gewisse Autonomie geben, und rechnet in diesem Falle auf ein starkes südslawisches Reich.

Auf jeden Fall, meint Kalafatović, wird sich nach dem Kriege Serbiens Politik ändern müssen, da doch Serbien eingesehen hat, daß es ohne Österreich-Ungarn nichts erreichen kann und auf eine Unterstützung seitens Rußlands nicht zu rechnen hat. Er ist der Ansicht, wenn es zum Kriege kommen sollte zwischen Bulgarien und Serbien, so wird sich Rußland vollkommen ruhig verhalten, da es sich weder mit dem einen noch mit dem andern Staate es völlig verderben will. Er glaubt, daß Rußlands Prestige durch den Krieg sehr leiden dürfte. Er sagte mir auch, daß Serbien auf die eroberten Gebiete nicht verzichten könne, denn Serbien hat im Kriege mehr geleistet als im Vertrage vorgesehen war, daher muß Serbien auf der Revision des Vertrages bestehen.

Im fast gleichen Sinne hat sich Oberst Lješanin auch vor einigen Tagen einem Militärattaché gegenüber geäußert.

Russischer Gesandter hier*) sehr gedrückt, er hat gar keine Hoffnung für den Erhalt des Friedens.

Man ist hier*) sehr gespannt auf das Verhalten Rumäniens, ob es neutral bleiben wird, oder aber diesen erneuerten Krieg benützen wird, um seine Ansprüche durch ein Eingreifen zu erreichen.

Meine Ansicht ist es, daß es zum Kriege kommen wird . . . .“

Diese Ansicht erhärtete ein Bericht Laxas vom 8. Juni mit folgendem:

„Die militärische Situation der einst befreundeten Balkanstaaten ist eine derartige, daß man täglich auf den Kriegsbeginn zwischen Serben, Griechen einerseits gegen die Bulgaren anderseits gefaßt sein muß. Wie E. E. aus meiner bisherigen Berichterstattung ersehen wollen, ist Bulgarien unter keiner Bedingung gesonnen, von den im Vertrage zwischen Bulgarien und Serbien festgelegten Gebieten nur eine Handbreite abzugeben; wollte die derzeitige Regierung oder eine folgende dies tun, so wird dieselbe mit Spott weggefegt. Auch auf serbischer Seite scheint die Volksseele vom Chauvinismus derart erfaßt worden zu sein, daß auch die Serben von den militärisch besetzten Gebieten nichts hergeben wollen. Ein friedlicher Ausweg wird kaum gefunden werden können und werde aller Voraussicht nach Rußlands Arbeit und Intrige diesmal nicht von Erfolg begleitet sein.“

*) Sofia.

In die ersten Junitage fiel für mich eine Audienz bei Seiner Majestät und bei Erzherzog Franz Ferdinand, dann eine Besprechung mit dem Kriegsminister.

Audienz bei Seiner Majestät am 1. Juni.

Ich referierte Seiner Majestät zunächst über den Fall Redl. Seiner Majestät ging der Vorfall zwar sehr nahe, doch nahm er ihn mit Ruhe und Überlegung auf und war auch über die Zulassung des Selbstmordes nicht indigniert.

Hierauf kam die Sprache auf die allgemeine Lage, auf die Schwierigkeit, einen Ausgleich zwischen Bulgarien und Rumänien herbeizuführen, dann auf das Naheliegende, den serbisch-bulgarischen Konflikt zum Eingreifen gegen Serbien zu benützen. Ich bezeichnete dies ebenso vom politischen wie vom militärischen Standpunkt als geraten.

S. M.: „Man kann nicht losgehen!"

Ich: „Gegen Serbien kann man es!"

S. M.: „Möglich, daß Verhältnisse eintreten, die uns zwingen, einzugreifen, wenn Serben und Bulgaren tatsächlich sich in die Haare fahren."

Doch glaubte Seine Majestät, daß sich auch diese Frage friedlich lösen werde.

Ich betonte, daß eine Abrüstung unserseits unter keiner Bedingung früher erfolgen dürfe, als bis die Balkanstaaten demobilisiert hätten.

Der Kaiser sprach sich für die Ablösung des Marinedetachements in Skutari durch Infanterie aus.

Schließlich legte ich erneuert die Dringlichkeit der Erhöhung des Rekrutenkontingents nahe, von der auch Seine Majestät vollkommen überzeugt war.

Audienz beim Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand am 4. Juni.

Eine der unerquicklichsten in meiner Dienstzeit als Chef des Generalstabes. Seine Kaiserliche Hoheit war empört über den Fall Redl, insbesondere über die Zulassung des Selbstmordes, die er auch vom kirchlichen Standpunkt verpönte*).

---

*) In der Zeit, da ich junger Offizier war, galt die Sitte, einem Kameraden, von dem man sicher wußte, daß er das Ehrenkleid geschändet habe, einen Brief auf den Tisch zu legen, der ihm mitteilte, man sei in Kenntnis seiner Tat, daneben aber einen geladenen Revolver. Das übrige war ihm überlassen.

Eine Fülle von Vorwürfen erging über mich. Der Erzherzog sagte, ich sei mit den Menschen zu gut; er würde es den Generalstab fühlen lassen.

Darauf erwiderte ich: „Ich habe die Stellung als Chef des Generalstabes nur über Wunsch Eurer Kaiserlichen Hoheit angenommen; ich habe keine Freude daran und passe nicht dazu."

Eh. F. F.: „Sie müssen den Generalstab wieder in Ordnung bringen."

Diesen auf Generalisierung eines Einzelfalles basierten Vorwurf lehnte ich ab.

Nach der peinlichen Auseinandersetzung wurden die für 1913 geplanten Armeemanöver besprochen. Ich erstattete über die Resultate meiner Rekognoszierung für diese Bericht.

Die politische Lage blieb unerörtert.

Am 9. Juni richtete ich folgenden Untertänigsten Vortrag an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand:

„K. u. k. Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 2570.

Eure K. und K. Hoheit

geruhten in der Audienz vom 4. Juni l. J. mich Höchst zu beauftragen, Vorschläge hinsichtlich der den Generalstab betreffenden Maßnahmen zu unterbreiten.

Diesem Höchsten Befehle entsprechend berichte ich wie folgt:

Vorschlag I.

Ich kann es nicht verkennen, daß schon in der Zeit meiner ersten Amtsführung, ganz besonders aber jetzt nach der unerhörten Affäre Redl, mir eine nicht glückliche Leitung der Personalien im Generalstabe vorgeworfen wurde.

Mein erster und einfachster Vorschlag geht daher dahin, mich von meiner Stellung zu entheben und durch einen General zu ersetzen, der die volle Gewähr bietet, die Personalfragen im Generalstab gedeihlicher zu lösen.

Im Falle als Eure K. und K. Hoheit sich für diesen Vorschlag entscheiden sollten, erbitte ich die diesbezügliche Höchste Verfügung zu dem Zeitpunkt, bis die jetzige schwierige politische Lage und die durch die Affäre Redl geschaffene Aufregung abgelaufen sind, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob ich mich einer Verantwortung oder einer mißlichen Situation entziehen wollte.

Vorschlag II.

Trennung der großen operativen, militärpolitischen und großzügigen Organisations- und Ausbildungsfragen von dem ausführenden und sonstigen Dienste des Generalstabes — unter Zuweisung der ersteren Agenden an einen höheren General, der direkt dem Allerhöchsten Oberbefehl untersteht; indes der Chef des Generalstabes wieder Hilfsorgan des Kriegsministers wird.

Dieser General könnte Adlatus des Allerhöchsten Oberbefehls (Armee-Oberkommandos) heißen; in seinen Wirkungskreis fielen nach den Weisungen des Allerhöchsten Oberbefehls:

Direktiven für die großen operativen Entwürfe (Aufmärsche, Reichsbefestigung),
Verkehr mit dem Minister des Äußern in militärpolitischen Fragen,
große organisatorische Fragen,
allgemeine Grundsätze für die Truppenausbildung im großen,
Generalreise (mit den Korpskommandanten und höheren Generalen),
Generalsbesprechungen (ditto),
Armeemanöver.

Die diesbezüglichen Anordnungen hätten vom Allerhöchsten Oberbefehl direkt an das Kriegsministerium zu ergehen, das dieselben den unterstehenden Sektionschefs, beziehungsweise Abteilungschefs und Hilfsorganen, also auch dem Chef des Generalstabes zur Ausführung zuweist.

Dem Adlatus des Allerhöchsten Oberbefehls wären beigegeben:
Das dermalige Operationsbureau,
ein Flügeladjutant,
ein Personaladjutant,
ein Kanzleimanipulationsoffizier.

Der Adlatus des Allerhöchsten Oberbefehls hätte die Befugnis, größeren Truppenübungen nach eigenem Ermessen beizuwohnen und die erforderlichen Informationsreisen vorzunehmen.

Bei dieser Organisation wäre dafür gesorgt, daß die Abteilungen des Ministeriums einträchtig, also nicht doppelt oder gegeneinander arbeiten und alle etwaigen Differenzen zwischen Generalstab und Kriegsministerium vermieden wären.

Als Chef des Generalstabes wäre ein tunlichst junger, dem Kriegsminister nach Charge und Rang nachstehender General zu wählen.

Der Verkehr des Allerhöchsten Oberbefehls mit den beiden Landesverteidigungsministern hätte gleichfalls im Wege des Kriegsministers zu erfolgen, um auch den Einklang zwischen diesen drei Ministerien nicht zu stören.

Im Kriege wäre der Adlatus Operationschef des Armee-Oberkommandos.

Motive für Vorschlag II.

Die Agenden des Chefs des Generalstabes sind hinsichtlich operativer, organisatorischer, personeller, instruktiver etc. etc. Fragen derart angewachsen und mit derart vielen Details belastet, daß es nicht möglich ist, all dies eingehend zu versehen, ohne dabei den Blick für das Große und die so wichtige Behandlung der großen Fragen zu beeinträchtigen.

Vorschlag III.

Der Chef des Generalstabes erhält eine Entlastung von der Fülle seiner Dienstgeschäfte durch Ausscheidung aller minder belangreichen Agenden überhaupt.

Dem Chef des Generalstabes wären alle großen Entscheidungen und großen Fragen vorbehalten; in allen sonstigen müßten jedoch die Stellvertreter das Recht der selbständigen Entscheidung haben.

Weiter wäre eine Entlastung des Chefs des Generalstabes dadurch geboten, daß ihm ein dritter Stellvertreter beigegeben würde und die Ressorts unter die drei Stellvertreter wie folgt verteilt würden:

1. Stellvertreter:

Operative und organisatorische Fragen, Evidenz der fremden Heere, Landesbeschreibung.

2. Stellvertreter:

Etappen-, Eisenbahn-, Telegraphen-, Verbindungswesen.

3. Stellvertreter:

Personalien, Ausbildung des Generalstabes (Kriegsschule, Generalstabsreisen etc. etc.).

Diesem neu zu schaffenden dritten Stellvertreter wäre mit Heranziehung der zugewiesenen Bureaus (Direktions- und Instruktionsbureaus) nicht nur die Zuerkennung der dienstlichen Eignung der Generalstabsoffiziere auf Grund der Ausbildungsergebnisse, der besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuvertrauen, sondern auch die Wahrnehmung der persönlichen und Privatverhältnisse, um die volle Integrität und Vertrauenswürdigkeit der Angehörigen des Generalstabes dauernd zu gewährleisten.

Die Feststellung der einschlägigen Verhältnisse hätte — namentlich dort, wo es sich um die Verwendung auf besonderen Vertrauensposten handelt — von Fall zu Fall, sonst jährlich einmal kommissionell zu erfolgen, um Auswahl und Ausscheidung darnach zu regeln.

Außerdem halte ich es für notwendig, daß es allen höheren Kommandanten, denen Generalstabsoffiziere beigegeben sind, dann allen General-

stabschefs und Bureauchefs zur besonderen Pflicht gemacht wird, der Lebensführung und Gesinnung der Generalstabsoffiziere ihres Dienstbereiches ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, um für deren Integrität stets voll einstehen zu können.

Im Falle der Höchsten Zustimmung Eurer K. und K. Hoheit zum Vorschlag III, würde ich die in diesem Sinne notwendigen Anträge und Verfügungen sogleich treffen. Schon dermalen habe ich mit dem in Abschrift beiliegenden Korpsbefehl die Wiedervorlage der von mir seinerzeit eingeführten Individualausweise angeordnet.

Unabhängig von den vorstehenden Vorschlägen treffe ich die Verfügung, daß die reservierten Behelfe, welche Mobilisierungs- und Kriegsvorsorgen betreffen, in doppelter Hinsicht einer genauen Durchsicht unterzogen werden:

1. In Bezug auf den Inhalt, um diesen soweit als möglich einzuschränken und Folgerungen auf konkrete Absichten zu verhindern;

2. in Bezug auf die Verbreitung, um die Zahl der damit Beteilten auf das notwendigste Mindestmaß zu reduzieren.

Wien, am 9. Juni 1913.

Conrad m. p., G. d. I."

Eine Entscheidung über diese Vorschläge erhielt ich nicht.

Besprechung mit dem Kriegsminister Exzellenz Krobatin am 9. Juni 1913.

Der Minister teilte mir mit, daß in der Kommission für die bosnisch-herzegowinische Grenzfrage eine Besetzung des Lovčen, die Wiederbesetzung des Sandžaks und eine zu unseren Gunsten durchzuführende Grenzregulierung an der unteren Drina zum Vorschlag kam. Davon hätte man nicht abzugehen und selbst mit dem Kriege zu drohen.

Ich: „Wenn wir einen »Krieg« führen, dann müssen wir ihn für hohe Ziele führen. Grenzregulierungen u. dgl. könnten den Anlaß, aber nicht das Ziel des Krieges bilden."

Weiter: „Ich vermute, daß der Krieg zwischen Bulgarien und Serbien ausbricht, und die Monarchie dazu Stellung nehmen muß. Eines von beiden: entweder mit Serbien oder mit Bulgarien. Wenn mit Bulgarien, dann heißt es die Verständigung mit Rumänien erzielen, in Serbien einmarschieren und die große Frage lösen. Einen Krieg gegen Montenegro muß man im Frühjahr führen, im Sommer erschwert der Wassermangel einen Offensivkrieg. Wenn nicht anders, müßte man in Trebinje, Bilek, Mostar und in der Bocche, wo Wasser vorhanden ist, abwarten und zuerst den Krieg gegen Serbien führen.

Auf jeden Fall aber muß man Graf Berchtold fragen, ob er Krieg führen will oder nicht."

Wir besprachen dann die Frage des Oberbefehls im Kriegsfall. Erzherzog Franz Ferdinand wolle ihn führen, doch sei zu überlegen, ob er nicht zweckmäßiger an Seite des greisen Kaisers bleiben und Erzherzog Friedrich den Oberbefehl übernehmen würde.

Nach Berichten des Militärattachés in Berlin war auch General von Moltke hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit des Kriegsausbruches zwischen Serbien und Bulgarien der gleichen Anschauung wie ich. Während man aber in Deutschland dem Bruderzwist am Balkan ruhig beobachtend gegenüberstand, war man in Rußland, insbesondere in den höchsten und den Regierungskreisen in größter Aufregung; besorgte man doch, daß das in Gestalt des Balkanbundes gegen Österreich-Ungarn geschmiedete Komplott in Trümmer gehen und Österreich-Ungarn diese Gelegenheit zum Eingreifen benützen würde.

Unter Berufung auf das ihm seitens des Balkanbundes übertragene Schiedsrichteramt richtete Zar Nikolaus II. von Rußland am 8. Juni ein drohendes Telegramm an die Könige von Serbien und von Bulgarien; es hat folgenden Wortlaut gehabt:

„Die geplante Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der vier verbündeten Staaten in Salonik, der sich sodann eine Zusammenkunft in Petersburg anschließen könnte, hat mich mit größter Freude erfüllt, da diese Absicht den Wunsch der Balkanstaaten anzuzeigen scheint, daß sie sich verständigen und das Bündnis befestigen wollen, das bis jetzt die glänzendsten Erfolge gezeitigt hat. Mit peinlichem Empfinden erfuhr ich, daß dieser Beschluß noch nicht zur Ausführung gelangt ist und daß die Balkanstaaten sich anscheinend auf einen Bruderkrieg vorbereiten, der geeignet ist, den Ruhm, den sie gemeinsam erworben haben, zu trüben. In einem so ernsten Augenblick wende ich mich direkt an Eure Majestät, wozu mich meine Rechte und meine Pflichten in gleichem Maße nötigen, denn das bulgarische und das serbische Volk haben durch ihren Bündnisvertrag die Entscheidung jeder Meinungsverschiedenheit über die Ausführung der Bestimmungen des Vertrages und der Verabredungen, die sich darauf beziehen, Rußland übertragen. Ich bitte deshalb Eure Majestät, den übernommenen Verpflichtungen treu zu bleiben und die Beilegung der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheit zwischen Bulgarien und Serbien der Entscheidung Rußlands zu überlassen. Da ich das Amt des Schiedsrichters nicht als ein Vorrecht, sondern als meine erste Pflicht betrachte, der ich mich nicht entziehen könnte, so glaube ich Eurer Majestät mitteilen zu müssen, daß ein Krieg zwischen den Verbündeten

mich nicht teilnahmslos lassen könnte. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Staat, der diesen Krieg beginnen würde, dafür der slawischen Sache gegenüber verantwortlich wäre. Ich behalte mir jede Freiheit für die Haltung vor, die Rußland gegenüber dem Ausgang eines so verbrecherischen Kampfes einnehmen würde."

In einem Schreiben vom 10. Juni berichtet der k. u. k. Militärattaché in Konstantinopel:

„Die russische Regierung hat den Großmächten den Vorschlag gemacht, die Kriegführenden im Wege einer gemeinsamen Demarche aufzufordern, unverzüglich mit der Demobilisierung ihrer Armeen zu beginnen. Markgraf Pallavicini hat Auftrag erhalten, sich einem diesbezüglichen gemeinsamen Schritte bei der Pforte anzuschließen, wenn alle hiesigen Botschafter von ihren respektiven Regierungen in diesem Sinne beauftragt werden.

Es ist interessant, daß Herr von Giers vor einigen Tagen gegenüber unserem Herrn Botschafter äußerte, daß nunmehr jede Gefahr eines Krieges der Balkanstaaten untereinander beseitigt sei. Schtscheglow sagt mir, daß Bulgarien gezwungen sein wird, nachzugeben, da es sonst den ganzen übrigen Balkan, sowie die Türkei gegen sich haben werde.

Aus dieser Äußerung geht die Methode klar hervor, deren sich Rußland bedient, um den Krieg zwischen den bisherigen Verbündeten zu verhindern; die Haltung Mahmud Schefkets dürfte demnach auch auf russisch-französische Einflüsterungen zurückzuführen sein."

Ob es im Interesse Österreich-Ungarns lag, an der Aussöhnung zwischen Serbien und Bulgarien mitzuwirken, mag dahingestellt bleiben!

Während Mahmud Schefket Pascha dem k. u. k. Militärattaché Oberst von Pomiankowski gegenüber die Gerüchte über eine Agitation in der Armee zum Zwecke einer aktiven Teilnahme im Falle eines Krieges der Balkanstaaten untereinander als ganz unwahr bezeichnete, erklärte er nach einem späteren Bericht Pomiankowskis dem k. u. k. Botschafter kurz darauf:

„daß er möglicherweise nicht imstande sein werde, seine bezüglich der Haltung der Türkei in einem neuerlichen Kriege gemachten Zusagen einzuhalten. Es sei nämlich in den letzten Tagen eine starke Gärung in der Armee aufgetreten, durch die er möglicherweise gezwungen werden könnte, im Falle des Ausbruches der Feindseligkeiten zwischen Serbien-Griechenland und Bulgarien sofort aktiv einzugreifen. Mahmud Schefket betonte, daß der faktische Ausbruch des Krieges nach wie vor im Interesse der Türkei liege, dieselbe sich daher gegenwärtig vollkommen ruhig verhalten müsse und nichts machen dürfe, was die streitenden Teile

stören könnte. Doch sprach er sich weder vor dem Herrn k. u. k. Botschafter, noch vor Baron Wangenheim, dem er dieselben Erklärungen machte, aus, welche Partei die Türkei nach Beginn der Feindseligkeiten ergreifen werde und wie er sich hiebei die Aktion der türkischen Armee vorstelle.“

Pomiankowski, der vom Kriegsminister Fuad Pascha hinsichtlich der Stimmung der Armee eine ausweichende Antwort erhalten hatte, schreibt weiter:

„Ich hatte hierauf Gelegenheit, einige andere Offiziere zu sprechen und über die angebliche Gärung zu befragen. Alle diese Herren sagten mir, daß von irgend einer Gärung keine Rede sein könne und der größte Teil der Armee nicht einen neuen Krieg, sondern vielmehr raschen Friedensschluß und Entlassung in die Heimat wünsche. Es mögen wohl einige höhere Offiziere — die jungtürkischen Offiziere vielleicht aus parteipolitischen Gründen — einen neuerlichen Krieg wünschen; man könne auch sicher sein, daß die Armee einem eventuellen diesbezüglichen Befehl willig gehorchen würde. Im übrigen jedoch ist das Friedensbedürfnis allgemein und fühle man überall, daß die Türkei gegenwärtig Ruhe und Zeit zur Sammlung dringend bedürfe.

Zu diesen Mitteilungen türkischer Offiziere möchte ich noch hinzufügen, daß die osmanische Armee infolge ihrer momentanen Organisationsmängel, sowie wegen der fehlenden Verpflegsvorsorgen zu einer ausgreifenden Offensive überhaupt kaum fähig ist. Eine eventuelle Aktion derselben würde sich daher wahrscheinlich auf kurze Vorstöße in Thrazien, etwa bis an die Linie Maritza—Adrianopel—Kirk-Kilisse beschränken müssen.“

Am 11. Juni fiel Mahmud Schefket einem Meuchelmord zum Opfer; er wurde durch Prinz Halim im Großvezirat ersetzt.

So gespannt die politische Lage auch war, die normalen dienstlichen Tätigkeiten mußten ihren Weg gehen. Sie erforderten meine zeitweise Abwesenheit von Wien.

Schon am 2. Juni war ich zur Stabsoffiziersprüfung in Wiens Umgebung in Niederösterreich, vom 10. bis 18. Juni leitete ich die große Generalstabsreise in Ostgalizien (10. Juni in Stanislau, 11. bis 14. Juni in Buczacz, 15. bis 18. Juni in Lemberg).

Es war jedoch Bedacht genommen, daß meine sonstigen Diensttätigkeiten ungeschmälert fortliefen. Telegraph, Telephon, Kurierdienst sorgten dafür und im Bedarfsfalle vermochte ich per Automobil und Bahn in wenigen Stunden in Wien zu sein. Auch hatte ich einen eigenen Chiffrenschlüssel vereinbart, den nur mein Stellvertreter Feldmarschall-

leutnant Höfer, dann der Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger und mein Flügeladjutant Major Kundmann kannten.

Am 19. Juni war ich wieder in Wien eingetroffen.

Der Konflikt am Balkan hatte sich verschärft.

Die Möglichkeit des Krieges zwischen Serbien und Bulgarien erweckte auch das Interesse der Albanesen.

Am 20. Juni besuchte mich Ismael Kemal Bey, einer ihrer Führer. Er wollte wissen, was die Monarchie zu tun gedenke, wenn dieser Krieg ausbricht. Ich wies ihn bezüglich dieser Frage an den Minister des Äußern, ebenso auch bezüglich seines Verlangens nach Waffen. Kemal äußerte, er begreife nicht, daß wir die sich uns bietenden Chancen nicht ausnützen und meinte: „Selbst wenn es zum Kriege gegen Rußland käme, wäre es kein schlechter Moment, da am Balkan alles gebunden ist."

Um das Vertrauen und die Sympathien der Albanesen nicht gänzlich zu verlieren, bemerkte ich, daß man zwischen den Anschauungen der Militärs und jenen der Diplomaten einen Unterschied machen müsse.

Am 21. Juni hatte ich eine Besprechung mit Graf Berchtold.

Ich fragte ihn: „Wie ist die Situation? Wie die Richtung unserer Politik? Was geschieht, wenn es zwischen Serbien und Bulgarien zum Krieg kommt?"

Graf B.: „Dann werden wir zuschauen und abwarten."

Ich: „Und wenn Bulgarien den kürzeren zieht?"

Graf B.: „Dann werden wir eintreten."

Ich: „Bewaffnet?"

Graf B.: „Ja."

Ich: „Werden wir in Serbien bleiben?"

Graf B.: „Seine Majestät weicht dem aus, Erzherzog Franz Ferdinand will von einer Annexion nichts wissen. Zwischen Rumänien und Bulgarien wird es nicht zur Entente kommen; Rumänien will das Festungsviereck"*).

Ich: „Würde Rumänien in den Krieg eingreifen?"

Graf B.: „Ja! Bulgarien ist darüber konsterniert."

Ich: „Glauben Sie, daß Rumänien Krieg führen wird?"

Graf B.: „Rumänien wird das, was es haben will, okkupieren."

Ich: „Würden wir ohne Rücksicht auf Rumänien die Aktion gegen Serbien durchführen?"

Graf B.: „Ja! weil Rumänien ja nur »okkupiert«."

---

*) Ruščuk, Silistria, Varna, Šumla.

Ich: „Was meinen Sie, was Rußland machen wird?"

Graf B.: „Drohen. Dann würde Deutschland eingreifen, um Rußland im Zaume zu halten."

Ich: „Wenn es sich aber nicht im Zaum halten läßt?"

Graf B.: „Dann müßte man gegen Rußland energisch auftreten."

Ich: „Das ist der Krieg. — Mit einem Wort, die Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland ist gegeben. Haben Sie in diesem Sinne mit Deutschland und Italien gesprochen?"

Graf B.: „In der letzten Zeit mit dem deutschen Botschafter von Tschirschky."

Ich: „Es wäre notwendig, sich mit Deutschland und Italien ins Einvernehmen zu setzen. Das »Um« und »Auf« ist die Frage des Krieges gegen Rußland. Darüber muß man sich im klaren sein!"

Graf B.: „Für uns wäre die Situation nicht schlecht, solange sich die Balkanstaaten in den Haaren liegen. Griechenland scheint sich an uns anbiedern zu wollen, weil es sich vor Serbien und Bulgarien fürchtet. Ein Ausfall Rumäniens wäre ja empfindlich, aber dafür hätten wir Serbien nicht gegen uns."

Ich: „Ein Ersatz ist das nicht für uns. Also ist das Resumé, daß es im Laufe dieses Sommers zu einer Aktion gegen Serbien kommen kann und daß, wenn Rußland mit seinen Forderungen ins Extreme gehen sollte, wir den Krieg mit Rußland suchen werden?"

Graf B.: „»Suchen« nicht — aber es darauf ankommen lassen."

Ich: „Das ist eben der Fehler, daß wir immer alles »darauf ankommen lassen«, aber nie ein Ziel haben. Daher ist der Einklang zwischen den militärischen Forderungen und der äußeren Politik so schwer.

Der Staat muß positive Ziele haben, die Diplomatie mit den militärischen Faktoren dies klarlegen; letztere müssen die Vorbereitungen treffen. Wenn die Diplomatie politisch günstige Verhältnisse geschaffen hat, dann »los«."

Graf B.: „Wir sind nur ein erhaltender Staat ohne positive Ziele."

Ich: „Nein! 1909 war die Vereinigung der Südslawen unter der Monarchie ein positives Ziel. Die Abneigung des Kaisers und des Thronfolgers haben die Erreichung dieses Zieles verhindert."

Graf B.: „Ja! Ich weiß, diese Schwierigkeiten kenne ich."

Vom Ballplatz in mein Bureau zurückgekehrt, besprach ich mit dem Chef des Operationsbureaus, Oberst Metzger, die Lage, speziell im Hinblick auf einen kriegerischen Konflikt mit Rußland und bemerkte bezüglich der gegenüber Serbien und Montenegro zu belassenden Minimalgruppe:

„Ich denke, wir könnten außer dem 15. und 16. Korps und den Landsturmformationen alles heraufziehen (gegen Rußland), das 13. Korps eventuell zur zweiten Armee."

Dann äußerte ich noch die Idee, Tarnopol zu einer Art place du moment provisorisch auszugestalten, hauptsächlich mit Maschinengewehren und vorhandenen älteren Geschützen.

Sowohl Serbiens als Bulgariens Haltung dem Zarentelegramm gegenüber war ablehnend. (Siehe Seite 350.)

In einem Bericht vom 21. Juni meldet der Militärattaché in Petersburg:

„St. Petersburg, am 21. Juni 1913.

Euer Exzellenz!

Das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus an die Balkanfürsten, sowie die durchaus unbefriedigenden Antworten aus Belgrad und Sofia haben eine Situation geschaffen, aus der mit Würde herauszukommen, die bange Sorge der Gegenwart und der nächsten Zukunft für die russische Regierung bildet.

Man beurteilt hier die Lage am Balkan als äußerst kritisch und ist sich über die Stellungnahme Rußlands weder für den Fall eines Krieges, noch auch für die Eventualität einer Arbitrage im klaren.

Obwohl die Antwort Serbiens im Wortlaut nicht bekannt wurde, so scheint man doch dem Inhalt nach keineswegs zufrieden zu sein, wenn auch die gegenüber der bulgarischen Antwortnote deferentere Form angenehm berührt hat.

Ich glaube nicht, daß man noch starke Hoffnungen hat, in Belgrad und Sofia diplomatisch einwirken zu können. Die Haupthebel dürften wohl in Bukarest angesetzt werden, um auf Bulgarien einzuwirken.

Prinz Nikolaus von Griechenland, der Gemahl der Großfürstin Helene Wladimirowna, ist vor einigen Tagen in politischer Mission hier eingetroffen. Über seine Tätigkeit verlautet natürlich nichts.

Der Prinz galt hier trotz seiner Allianz mit dem Kaiserhause nie als russenfreundlich und ist wenig beliebt.

Ob er eine stärkere Unterstützung des serbisch-griechischen Standpunktes seitens Rußlands erreichen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Ich glaube vielmehr, daß man sich jetzt, wo die ultima ratio diplomatischer Einwirkung auf die Balkanstaaten fehlgeschlagen hat, dazu entschließen wird, sich nach keiner Richtung hin festzulegen, um im Falle der Unvermeidlichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen den Verbündeten freie Hand zu haben.

Darauf deuten auch das Nichtauftreten Herrn Sasonows*) in der Duma anläßlich der Debatte über das Budget des Auswärtigen Amtes und die — infolge des kaiserlichen Reskriptes an Herrn Sasonow — äußerst zahmen Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden.

Es ist wohl schwer vorauszusagen, welche Haltung Rußland im Falle eines Krieges zwischen den Verbündeten einnehmen wird, doch glaube ich, daß man sich auch in diesem Falle damit begnügen wird, in der jetzigen fatalen Unschlüssigkeit zu verharren."

Für die Auffassung der Lage in Rußland ist auch ein Bericht des k. u. k. Militärattachés in Cetinje vom 24. Juni über Unterredungen von Interesse, die der Attaché mit dem den dortigen russischen Gesandten vertretenden Herrn von Obnorsky hatte, dessen Beziehungen zu Herrn von Sasonow und den einflußreichen russischen Kreisen der Bericht hervorhebt. Auch sei Obnorsky gegen die Utopien der Panslawisten, und wäre es seiner Einwirkung zuzuschreiben gewesen, daß Rußland in der Skutarifrage offiziell auf Seite der Großmächte trat und nicht zu Gunsten Montenegros einschritt.

Die von Obnorsky entwickelten Theorien gibt der Militärattaché in folgender Weise wieder:

„Rußland hat aus rein natürlichem Egoismus ein vitales Interesse an der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts in dem Sinne, daß der Tripleallianz die Tripleentente gegenüberstehe, um vor allem das mächtig aufstrebende Deutschland wirksam in Schach zu halten.

Aus dieser Ursache entspricht die mehrfach angeregte Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses von Skierniewice nicht den Interessen Rußlands, denn es würde Deutschland völlig freie Hand gegen Frankreich lassen, um dann Rußland zum mindesten wirtschaftlich zugrunde zu richten. Die Entente mit Frankreich ist also ein wechselseitiges Gebot der Selbsterhaltung, denn Rußland braucht französisches Kapital (und bezahlt es sehr gut), Frankreich wiederum benötigt ein Gegengewicht an der deutschen Ostgrenze, da es ohne dieses seine Großmachtstellung allmählich einbüßen müßte.

An der Erwerbung slawischer Gebiete auf Kosten Deutschlands oder Österreichs hat Rußland nicht das entfernteste Interesse, denn es wünscht sich weder einen Zuwachs an Polen, noch an Ruthenen, Juden oder Tschechen.

---

*) „Sasonow ist jetzt an Nierensteinen schwer leidend. Sein Vertreter enthielt sich in der Dumasitzung überhaupt jeglicher Äußerung über die politische Lage."

Rußland sucht auch keinen Ländererwerb am Balkan, aber es hat dort eine mächtige Prestigepolitik zu vertreten und kann aus dieser Ursache keine Verschiebung des Gleichgewichtes zulassen, die einen neuen Machtfaktor bedingen würde. Es könnte also weder eine Aufteilung Serbiens zulassen, wie sie nach einem Feldzuge gegen Bulgarien nur zu sehr wahrscheinlich wäre, es will aber auch kein Großserbien und schließlich auch kein großslawisches Reich, ob selbständig oder unter habsburgischer Ägide.

Solange Österreich-Ungarn ein Völkerkonglomerat unter gewissermaßen deutscher (nicht reichsdeutscher) Führung ist, hat Rußland keinen Grund, es zu fürchten; jede Vermehrung der slawischen Elemente aber oder des direkten Einflusses der Monarchie am Balkan fordert zum Kampfe um die Vorherrschaft heraus, weil Rußland sonst durch einen vom Baltischen bis zum Ägäischen Meere reichenden Staatenblock unzweifelhaft nach Asien zurückgedrängt werden müßte.

Die russische Politik während der letzten Krisen hat — trotz äußerlicher Differenzen — gezeigt, daß Rußland es lieber vermeiden will, Österreich-Ungarn ernstlich zu provozieren, und darum ist es in der Skutari-Frage nicht auf Seite Montenegros getreten und wird es offiziell auch nie zugeben, daß die serbisch-montenegrinische Union zustande komme, wie es bekanntlich schon nahe daran gewesen ist.

Aus der gleichen Ursache muß Rußland auch in der Frage der Aufteilung Mazedoniens einen Weg wählen, der von Österreich-Ungarn akzeptiert werden kann; das Gegenteil müßte die anerkannt große Geduld der Monarchie schließlich doch zum Reißen bringen, müßte zum Kriege führen, dem man sich in Rußland derzeit eben nicht gewachsen fühlt.

Solange also der status quo seitens Österreich-Ungarns aufrecht erhalten bleibt und dessen Aspirationen nicht dahin gehen, Serbien und Montenegro — in welcher Form immer — zu resorbieren, solange wird man in Rußland sehr froh sein, daß das Gleichgewicht erhalten bleibt, welches — wie schon erörtert — nicht bloß eine Prestige-, sondern eine Lebensfrage Rußlands darstellt."

Diese Ausführungen übersehen zum mindesten, daß das aggressive Auftreten von Serbien ausging, das seine Absicht, die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns an sich zu reißen, stets offen und unverblümt in Wort und Tat zum Ausdruck brachte, dabei rührigst unterstützt von Rußland.

Ob übrigens die Ausführungen Herrn Obnorskys tatsächlich dessen Überzeugung waren, oder ob es einem Teil des offiziellen Rußlands damals darauf ankam, Rußlands Politik in diesem Lichte erscheinen

zu lassen, mag dahingestellt bleiben. Für alle Fälle spiegelten sich darin doch nur vereinzelte Anschauungen wider, gegenüber den gewichtigen Stimmen der auf Zertrümmerung Österreich-Ungarns und den Krieg gegen diesen Staat abzielenden Parteien.

Eigentümlich und recht anders nehmen sich daher auch russische Ansichten aus, über die Oberst Pomiankowski am 22. Mai, also zu einer Zeit, da man den Balkanfrieden gesichert glaubte, berichtet hatte:

„Im Verlaufe des nun seinem Ende zuneigenden Balkankrieges war die Haltung der hiesigen russischen Botschaft so charakteristisch und interessant, daß es mir nicht überflüssig scheint, Euer Exzellenz hierüber zu berichten.

Der russische Botschafter Herr von Giers ist israelitischer Abstammung und überzeugter Panslawist, im übrigen aber ein gehorsamer Vollstrecker der Weisungen seiner Regierung. Gegenüber unserem Herrn Botschafter, mit welchem er in sehr regem Verkehr steht, gibt er sich gern den Anschein, als ob die Petersburger Politik gegenüber der Türkei für seinen Geschmack noch zu wenig energisch wäre. Seinen Äußerungen nach zu schließen, hätte er in manchen Angelegenheiten schärfere Maßnahmen und eine noch rücksichtslosere Unterstützung der Balkanstaaten gewünscht. Immerhin versteht es Herr Giers trotz seiner nicht sehr angenehmen Umgangsformen, die gebotene Objektivität zu wahren und speziell keine Gehässigkeit gegenüber unserer Monarchie äußerlich merken zu lassen.

Nicht so einwandfrei war das Verhalten der Gemahlin des Botschafters. Frau von Giers, eine echte Russin, hatte seit Beginn des Krieges ihr sonstiges Phlegma ganz verloren. Nicht allein, daß sie sich mehr als notwendig für ihre slawischen Brüder am Balkan ereiferte, zeigte sie auch unverhohlen ihre Feindschaft gegenüber unserer Monarchie und erklärte wiederholt der Markgräfin Pallavicini, daß sie einen Krieg zwischen Rußland und uns lebhaft wünsche.

Auch die Frau des russischen Militärattachés, Generals Holmsen — eine Tochter des in Finnland ermordeten Generals Bobrikow — legte sich seit Ausbruch des Balkankrieges wenig Zwang an, ihren Haß gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn, sowie den Wunsch nach einem Kriege mit uns zu verbergen. Sie nahm keinen Anstand, mir einmal eine französische Persiflage auf die deutschen Instruktionsoffiziere vorlesen zu wollen und sich sodann über die deutsche Armee im allgemeinen in sehr geringschätzigem Tone auszusprechen. Mit den anderen Russinnen der hiesigen Botschaft habe ich weniger Gelegenheit zu verkehren, doch weiß ich, daß fast alle diese Damen eine äußerst chauvinistische, gegenüber unserer Monarchie feindliche Gesinnung zur Schau tragen.

Mein nun abgereister russischer Kollege hat im allgemeinen eine reservierte, korrekte Haltung bewahrt und sich hiedurch in vorteilhafter Weise von den Militärattachés Englands und Frankreichs unterschieden. Seit der Kündigung des Waffenstillstandes ist aber auch General Holmsen nervös geworden und fühlte sich bei verschiedenen Gelegenheiten verpflichtet, seine slawische Gesinnung ostentativ zu betonen. Die Ursache dieser Wandlung dürfte vielleicht in seiner durch gewisse Artikel von Moskauer Tagesblättern etwas erschütterten persönlichen Stellung zu suchen sein."

Wenngleich dies vielfach nur Äußerungen von Frauen sind, so will doch bedacht sein, daß offizielle Frauen in der Regel das sagen und vertreten, was sie von ihren Männern und was sie in den offiziellen Kreisen hören.

Derselbe Bericht enthält auch Mitteilungen über Gespräche des Obersten von Pomiankowski mit dem russischen Marineattaché in Konstantinopel, Fregattenkapitän Schtscheglow, den er als echten Russen, dabei finanziell unabhängig, ohne persönlichen Ehrgeiz, aufrichtig und ehrlich schildert.

Die Mitteilungen lauten:

„Die russische Politik während des Balkankrieges erklärt Schtscheglow als durchaus falsch. Es sei ein schwerer Fehler, am Balkan einen zweiten mächtigen slawischen Staat und besonders ein Großbulgarien zu schaffen, das in der Zukunft mit Naturnotwendigkeit ein Gegner Rußlands werden muß. Geradeso unglücklich sei das Bestreben des Petersburger Kabinetts, Griechenland zum Besitz der bisher türkischen Inseln zu verhelfen. Während nämlich die Meerengen bisher nur von der schwachen Türkei, daher mit einem Schlüssel gesperrt waren, werden dieselben in Hinkunft außer von der Türkei, noch von einem starken Bulgarien und einem starken Griechenland abhängen und daher mit drei Schlüsseln gesperrt sein.

Diese Politik entspricht wohl den Interessen Englands, aber nicht jenen Rußlands, und es sei daher ein großer Irrtum gewesen, während des ganzen Krieges England nachzulaufen, wie es Herr Sasonow getan haben soll. Alle im Verlaufe der Londoner Konferenz der hiesigen russischen Botschaft zugekommenen Petersburger Informationen über die von Sasonow dem Grafen Benckendorff fallweise erteilten Weisungen begannen stets mit der stereotypen Phrase: »Mit dem Vorschlage Sir E. Greys vollkommen einverstanden etc. etc.«

Auf die Dankbarkeit der Balkanstaaten zu rechnen, ist nach Schtscheglow eine Naivetät; dieselben werden Rußland so lange als

möglich ausnützen, wenn sie aber alles erlangt haben, sich gegen dasselbe wenden.

Schtscheglow war auch ein entschiedener Gegner jeder Flottendemonstration gegen die Türkei. Er führte gegen eine solche Aktion an, daß sie die sofortige Sperrung der Meerengen durch Minen und hiemit die Unterbindung des ganzen Handels mit dem Becken des Schwarzen Meeres zur Folge haben würde. Wenn dann auch die Türkei die Meerengen öffnen wollte, so würde diese Operation — wie aus dem italienischen Kriege bekannt — einige Wochen dauern, wodurch speziell die russische Schiffahrt den größten Schaden erleiden müßte.

Ganz abgesehen davon könnten hieraus — wenn die Flottendemonstration von Rußland ausginge — andere unabsehbare Komplikationen entstehen. Denn die Sperrung des Bosporus müßte natürlich russischerseits mit einer weiteren Pression beantwortet werden, welche dann wieder Gegenmaßnahmen der Tripleallianz herausfordern müßte. Schtscheglow hatte bezüglich der Frage der Flottendemonstration heftige Auseinandersetzungen mit Giers, welcher die gegenteilige Meinung in Petersburg angeraten hatte. Schließlich entschied jedoch im kritischen Momente der Zar selbst, daß nicht allein eine Flottendemonstration, sondern überhaupt jede Pression auf die Türkei zu entfallen habe. Schtscheglow schreibt diesen Befehl der Wirkung zu, welche s e i n e Berichte an Allerhöchster Stelle hervorgebracht haben.

Interessant sind die Mitteilungen, welche mir Schtscheglow noch vor der Entscheidung der Skutari-Krise über seine Unterredung mit dem bekannten panslawistischen Agitator Briankaninow gemacht hat. Derselbe hielt sich auf der Durchreise nach Salonik in Konstantinopel auf und Schtscheglow lud ihn zu sich ein, um zu erfahren, welche Erwägungen dessen Partei bestimmen, in so heftiger Weise zum Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland zu hetzen. Briankaninow legte hierauf dar, daß Rußland unter dem gegenwärtigen absolutistisch-bureaukratischen Regime nicht leben und sich nicht entwickeln könne. Eine Änderung dieser unerträglichen Lage sei nur durch einen Krieg möglich, wobei es ihm und seinen Gesinnungsgenossen ganz gleichgültig wäre, ob derselbe mit einem Siege oder mit einer Niederlage enden würde. Hauptsache sei, daß dann alle Truppen an die Grenzen gehen müßten, worauf die Revolution im Inneren ausbrechen und ein allgemeiner Umsturz erfolgen könnte. Die Regierung wisse dies sehr gut und deshalb sei Briankaninow sicher, daß sie trotz der heftigsten Agitation es in nächster Zeit zu keinem Kriege kommen lassen werde.

Schließlich erzählte Briankaninow dem Marineattaché, daß General Radko Dimitriew anläßlich seines letzten Besuches in Petersburg während

seiner Audienz beim Zaren den Vorschlag gemacht habe, die Bulgaren würden Konstantinopel einnehmen und sodann die Stadt den Russen ausliefern. Seine Majestät soll jedoch abgewinkt und geantwortet haben: »Nein, nein, lassen wir das, das werden unsere Enkel besorgen.«"

Über das damalige Verhalten Rußlands äußert sich Bogičević in seinem 1919 erschienenen Buche*):

„Bei den Verhandlungen, die zwischen Serbien und Bulgarien dem zweiten Balkankriege im Frühjahr 1913 vorangingen, machte Rußland verzweifelte Anstrengungen, eine Einigung herbeizuführen. Hervorzuheben sind in dieser Beziehung Telegramm und Brief des Kaisers von Rußland an den König von Bulgarien. Sie hätten unmöglich in einer solchen Form abgefaßt werden können, hätte es sich nicht um russische politische Ziele gehandelt, die Gefahr liefen, infolge der Uneinigkeit der Balkanstaaten nicht zur Ausführung zu gelangen."

Weiter schreibt der Autor nach Hervorhebung der Ansprüche Serbiens auf die von ihm besetzten mazedonischen Gebiete:

„Ferner, und dieser Punkt ist noch wichtiger, ergab sich als Resultat des ersten Balkankrieges, daß Serbien auf gewisse Gebiete, vor allem auf Nordalbanien, das im serbisch-bulgarischen Vertrage als zu Serbien gehörig vorgesehen war, verzichten mußte, weil Rußland mit Rücksicht auf die zutage getretene Uneinigkeit der Balkanstaaten, mit Rücksicht auf das Nachgeben Österreichs in so vielen Punkten und mit Rücksicht auf die Haltung Englands seine gegen Österreich gerichteten Angriffspläne noch nicht zur Ausführung bringen und sie auf einen günstigeren, späteren Zeitpunkt verschieben mußte. Und auch bei diesen Verhandlungen, die dem zweiten Balkankrieg vorangingen — und das ist wieder wichtig für die Feststellungen der Verantwortlichkeiten im europäischen Kriege — wurde russischerseits, um Serbien zu größeren Konzessionen an Bulgarien zu bewegen, immer darauf hingewiesen, daß die Erlangung Bosniens und der Herzegowina für Serbien nur eine Frage kürzester Zeit sei.

Man hat bei der Betrachtung der Gründe, aus denen damals eine Einigung zwischen Serbien und Bulgarien nicht erzielt werden konnte, zu wenig Gewicht gelegt gerade auf dieses Moment, das das Ungesunde der ganzen Basis der Verhandlungen vergegenwärtigt und das, was noch wichtiger ist, zeigt, daß die beiden Balkankriege vom Standpunkt Rußlands und Serbiens nicht einen Abschluß der Entwicklung der Dinge auf dem Balkan, wie es für Bulgarien, für Griechenland und wahrscheinlich damals noch für Rumänien der Fall war, darstellten, sondern

*) Kriegsursachen. Von Dr. M. Bogičević, ehemaligem serbischen Geschäftsträger in Berlin. Druck und Verlag: Zürich 1919. Orell Füssli.

nur den ersten Schritt zum Kriege mit Österreich, und wenn möglich erst nach Niederzwingung Österreichs auch zum Kriege gegen Deutschland, also zum europäischen Kriege bedeuten sollten."

So weit Bogičević.

War Rußland bemüht, einen Waffengang mit Österreich-Ungarn zu dieser Zeit zu vermeiden, da es sich durch den Balkankonflikt mancher Chancen beraubt sah, so tauchten aus gleichem Grunde Bemühungen Serbiens auf, eine Annäherung an die Monarchie zu suchen. Daß für diese eine solche Annäherung nur in der Form einer bundesstaatlichen Eingliederung Serbiens diskutabel erschienen wäre, habe ich schon an anderer Stelle erwähnt; was jedoch von den spontanen Versuchen Serbiens zu halten war, schildert treffend folgender Bericht des Militärattachés in Belgrad vom 24. Juni 1913:

„Euer Exzellenz!

Die schwierige Lage, in der sich Serbien derzeit befindet — man hat bereits die volle Überzeugung, von Rußland neuerdings im Stiche gelassen zu werden — hat die Augen eines Teiles der hiesigen Öffentlichkeit hilfesuchend auf die Monarchie gelenkt. Von verschiedenen serbischen und nichtserbischen Seiten wurde mir dies zu verstehen gegeben und beigefügt, daß aus der dermaligen Situation die Monarchie Nutzen ziehen und zu Serbien freundschaftliche Beziehungen anknüpfen könnte.

Speziell der hiesige rumänische Gesandte bemühte sich, zu beweisen, daß niemand in Europa, und auch die Monarchie nicht ein Interesse an der Schädigung Serbiens und an der Schaffung eines Großbulgariens haben kann; unter seinen Argumenten führte er auch an, daß Bulgarien vertragsgemäß zugesagt hatte, Serbien im Falle eines Krieges mit der Monarchie 200.000 Mann zur Verfügung zu stellen. Meine Erwiderung bestand in der Frage, ob Herr Filality wirklich glaube, daß Bulgarien, welches durch keinerlei Interessengegensätze von der Monarchie getrennt ist, gegen diese auch nur einen Mann ins Feld stellen würde, und ob dieses Versprechen nicht vielleicht nur gegeben wurde, um Serbien bezüglich Mazedoniens zum Nachgeben zu veranlassen, mit der festen Überzeugung, es nie zu halten. Wie man über das Einhalten von Verträgen auf dem Balkan denke, habe ja soeben Serbien deutlich gezeigt.

Auch von italienischer und griechischer Seite, von Mitgliedern der hiesigen deutschen Kolonie, vom Hofmarschall des Königs und selbst von einem serbischen Diplomaten hörte ich in den letzten Tagen die Notwendigkeit einer serbisch-österreichisch-ungarischen Annäherung betonen. Bei den einen mag es Angst vor einem übermächtigen Bulgarien, bei den anderen Mitgefühl mit dem in einer argen Klemme befindlichen

Serbien gewesen sein, aber bei keinem meiner Mitredner hatte ich das Gefühl, daß seine Behauptungen dem Interesse für die Monarchie entsprangen.

Dieses vor Augen habend, muß man nach den bisherigen Erfahrungen zu einem entgegengesetzten Resultat gelangen. Danach erscheint die serbische Freundschaft für die Monarchie nicht nur wertlos, sondern direkt schädlich und gefährlich. Das Leitmotiv im serbischen Piemont, die großserbische Idee, ist hier so eingewurzelt, daß auch jahrelange Bemühungen sie kaum zu ändern vermögen; hiezu gesellt sich die durch Tradition und die Arbeit der russischen Diplomatie ebenso festgewurzelte russische Hypnose. Wohl möglich, daß in der gegenwärtigen Zwangslage eine moralische oder materielle Hilfe von der Monarchie mit allen möglichen Versprechungen akzeptiert würde, jedoch gewiß nur mit dem Hintergedanken, sich bei nächster Gelegenheit gegen den Unterdrücker der Serben wieder aufzulehnen, und mit der jüngst in der Skupština von einem Parteiführer ausgesprochenen Hoffnung, »daß die Monarchie bald in ein historisches Museum wandern werde«.

Dabei lebt man, ich glaube infolge unserer wiederholten Annäherungsbestrebungen, in dem Glauben, daß hier eine freundschaftliche Geste genügen werde, um bei uns offene Arme zu finden. In prägnanter Weise äußert sich hierüber in einem Bericht an die k. u. k. Gesandtschaft der Gerent des k. u. k. Vizekonsulats in Niš, ein scharfer Beobachter und gründlicher Kenner der hiesigen Verhältnisse:

»Der Führer der Radikalen in Niš hat zu einem Vertrauensmanne des Berichterstatters folgende Äußerungen gemacht:

‚Jetzt haben wir aber wirklich die russische Führung schon satt. Wenn uns jetzt Österreich-Ungarn, dessen Haltung uns gegenüber wir jetzt erst zu schätzen verstehen, zu Hilfe kommt und uns aus der Klemme, in der wir stecken, heraushilft, so kann es gewiß sein, daß wir uns ihm vollkommen anschließen und uns der russischen Bevormundung endgültig entziehen. Das sage ich ganz offen und habe gar nichts dagegen, ja wünsche es sogar, daß es der hiesige ö.-u. Konsularvertreter erfährt.‘«

Herr Hoflehner fügt dem bei:

»Diese Kundgebung kennzeichnet einerseits die gegenwärtig tatsächlich herrschende starke Verstimmung gegen Rußland, charakterisiert anderseits auch die naive Auffassung von politischen Fragen höherer Natur von seiten selbst solcher serbischer Politiker, die in ihrer Partei eine angesehene Stellung einnehmen. Diese scheinen zu glauben, ein hauptsächlich nur durch die momentane Notlage erpreßtes Versprechen einer freundnachbarlichen Haltung wäre imstande, sofort einen Systemwechsel hervorzurufen. Sie fühlen nicht, welche Überhebung in der

Annahme liegt, ein Großstaat warte mit Sehnsucht auf eine Sinnesänderung eines sich bisher nur bösartig zeigenden kleinen Nachbars und begrüße dies mit Dankbarkeit. Daran vergessen sie aber ganz, daß die Versprechungen einer unverläßlichen Partei (Radikale), die auf Vertrauen keinen Anspruch hat, ohne sicherste Bürgschaft keinen Wert besitzen. Übrigens erklären selbst serbische Politiker, daß trotz aller schweren Enttäuschungen ein Wechsel in den Richtungslinien der serbischen Politik kaum wahrscheinlich sei, so lange die jetzt herrschende Partei und vor allem deren jetzige Führer die Macht in Händen haben.«

Soweit der Bericht Herrn Hoflehners.

Doch abgesehen davon, daß an einen plötzlichen und dann auch nur einige Jahre andauernden Umschwung in der hiesigen Auffassung nicht zu denken ist, halte ich eine Änderung unseres zwar korrekten, jedoch eher ablehnenden Verhaltens gegenüber Serbien mit Rücksicht auf die Südslawen der Monarchie nicht für zweckmäßig. Es steht außer Zweifel, daß zwischen den Serben beiderseits der Save und Drina Relationen bestehen, die dem Staatsgedanken zuwiderlaufen; ihre Ausbreitung zu verhüten, ihnen entgegenzutreten, ist bei den dermaligen Beziehungen zwischen beiden Staaten viel leichter möglich, während sogenannte freundschaftliche Beziehungen für Serbien der beste Deckmantel wären, um ungestört unsere südslawische Irredenta zu kräftigen. Was würden diesem Schaden gegenüber die eventuellen wirtschaftlichen Vorteile bedeuten, die man von Serbien zu erhalten hofft, um sie in einigen Jahren gewiß wieder zu verlieren. Die Maßnahmen der letzten Zeit: Paßzwang gegen Serbien, Überwachung des Postverkehres und zweifelhafter Elemente, haben das ungescheute Auftreten serbischer Agitatoren in der Monarchie unterbunden; dies erscheint jetzt um so wesentlicher, als durch die anscheinend glänzenden Waffenerfolge der Serben ihr Anhang bei unseren Südslawen zugenommen hat.

Eine Annäherung der beiden Staaten würde auch eine weitere Annäherung der beiderseitigen Konnationalen bedeuten — man kann ihr daher nur widerraten.

Aber auch betreffs der Nützlichkeit irgendwelcher Exponierung für die bulgarische Sache fehlt mir der Glaube. Dankbarkeit von dieser Seite ist nicht zu erwarten, die Vorherrschaft des russischen Einflusses dort zu bekämpfen ist unnötig, denn der Bulgare ist ängstlich auf die Wahrung seiner Selbständigkeit bedacht, und ein zu aktives Einsetzen für die Bulgaren würde eine schwere Kränkung unserer Südslawen bedeuten, deren Heranziehen wohl das geeignetste Mittel gegen die serbische Irredenta wäre.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Gellinek, Major."

Die Zuspitzung des serbisch-bulgarischen Konfliktes steigerte die Erregung in Rumänien und dessen Aspirationen.

Es war unverkennbar, daß Rumänien im Falle tatsächlichen Kriegsausbruches entschlossen zugreifen und die Erfüllung erweiterter Wünsche auch mit Waffengewalt erzwingen werde.

Schon bei der Abgrenzungsfrage des ihm bereits zuerkannten „Silistria" forderte es — nach einem Bericht des Militärattachés in Bukarest vom 3. Juni — nicht nur die Stadt und alle Befestigungen, sondern auch noch das innerhalb der Distanz von drei Kilometern von letzteren gelegene Terrain. In dem Bericht heißt es weiter:

„Schließlich hätte ich zu melden, daß Herr Maiorescu gestern dem Prinzen Fürstenberg ganz offiziell erklärt hat, Rumänien würde bei Ausbruch eines Krieges zwischen den Balkanalliierten unbedingt mobilisieren, um mitsprechen zu können. Diesmal glaube ich an diese Absicht, denn bei der herrschenden Stimmung kann es die Regierung nicht wagen, wieder mit gekreuzten Armen zuzusehen. Gegen wen dann die Wehrmacht in Aktion treten wird, hängt wohl in erster Linie vom Ergebnis der angekündigten Annäherung Bulgariens ab."

Auch enthält der Bericht folgende Mitteilung über Griechenlands Werben um Rumäniens Gunst:

„Mittlerweile hat es der griechische Gesandte zum dritten Male versucht, beim Minister des Äußern seinen Bündnisvorschlag anzubringen, wurde aber nach Herrn Maiorescus Aussage neuerdings abgewiesen; von den Serben verlautet diesbezüglich nichts Neues."

In einem Schreiben vom 16. Juni meldet Oberst Hranilović:

„Unmittelbar vor dem Bekanntwerden des an die Könige von Bulgarien und Serbien gerichteten Zarentelegrammes hat König Carol über Antrag des Ministerrates die Einberufung von Reservisten bei drei Armeekorps — Standeserhöhung nach unserem Muster — verfügt, den Befehl aber dann annulliert, da aus dem Inhalt und kategorischen Tone der Depesche zu schließen war, daß ein Krieg der Verbündeten nicht mehr als bevorstehend anzusehen sei. Obwohl auch heute noch von der Regierung behauptet wird, sie sei durch keinerlei Abmachungen weder mit Serbien-Griechenland noch mit Bulgarien gebunden, und ich überzeugt bin, daß dies, soweit Schriftliches in Betracht kommt, auch den Tatsachen entspricht, habe ich doch den Eindruck, die beabsichtigte militärische Maßnahme sei ausschließlich gegen Bulgarien geplant gewesen und hätte bei Ausbruch des Krieges unbedingt zu einer Aktion gegen diesen Staat geführt."

Ein Bericht des Militärattachés in Sofia vom 8. Juni enthält folgende Stellen:

„Bulgarien ist noch in Sorge bezüglich des Verhaltens Rumäniens im Falle des Krieges mit Serbien. Rumänien wurde in seinen Ansprüchen auf der Botschafterkonferenz in Petersburg nicht befriedigt, wird aller Voraussicht nach trachten, den bulgarischen Krieg mit Serbien auszunützen, um einen weiteren territorialen Gewinn herauszuschlagen."

Dann weiter:

„Ein Herr, der heute von Rumänien zurückgekehrt ist und dort Gelegenheit hatte, mit maßgebenden Persönlichkeiten zu sprechen, meint, daß die Stimmung in Rumänien eine sehr erregte ist und sich gegen die Dynastie und gegen die Regierung ausdrückt."

Endlich:

„Rumänischer Gesandter Prinz Ghika ist der Ansicht, daß Rumänien nur dann neutral bleiben wird, wenn es seitens Bulgariens befriedigt werden wird."

Auch für die Türkei eröffnete sich mit Ausbruch des serbisch-bulgarischen Konfliktes eine neue Aussicht und die Hoffnung, verloren geglaubte Gebiete zurückzugewinnen. Schon das früher erwähnte Verhalten Mahmud Schefkets, das mit einem aktiven Eingreifen der Türkei rechnete, wies darauf hin.

Allerdings befand sich die Türkei in bedrängter Lage.

Die Unruhen in Armenien und die stete Gefahr, die Mächte dort einschreiten zu sehen, die kritische Lage in Arabien, die Rivalität der Mächte auf Kosten der Türkei hatten bei der Pforte Reformpläne gezeitigt, die auf die Schaffung von sechs großen Reformbezirken abzielten, an deren Spitze ein türkischer Generalgouverneur mit europäischen (in Armenien speziell englischen) Beiräten fungieren sollte. Über dieses Projekt bringt ein Bericht Pomiankowskis folgendes aus einer Äußerung des englischen Militärattachés in Konstantinopel, Major Tyrell:

„Selbst wenn jedoch Engländer zur Reformaktion tatsächlich engagiert werden sollten, würden dieselben — nach Ansicht Tyrells — nichts leisten können. Ein Resultat sei nur dort möglich, wo der Berater — wie in Ägypten — die Macht in der Hand hat und auf diese Weise die Durchführung der Reformen nötigenfalls auch erzwingen kann. Hier wird jedoch — wie bisher immer — das Gegenteil der Fall sein. Die Reformbeamten werden zwar engagiert, aber nach ihrem Eintreffen sofort kaltgestellt werden, weshalb auch mein Kollege an einen Erfolg irgendeiner Reformaktion in der Türkei nicht glauben kann."

Rußland stellte den Antrag, die armenische Reformaktion durch eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel besprechen zu lassen. Deutschlands Standpunkt gegenüber der Türkei kommt in nachstehender Stelle aus

einem Bericht des Militärattachés in Konstantinopel vom 10. Juni zum Ausdruck:

„Deutschland will zwar vorläufig seine ganze Kraft zur Erhaltung der Türkei einsetzen. Sollte es sich jedoch erweisen, daß dieses Ziel nicht zu erreichen ist, dann wird Deutschland mit aller Energie darauf bestehen, bei der Teilung nicht leer auszugehen, sondern den seinen Interessen entsprechenden Anteil zu erhalten. Baron Wangenheim deutete an, daß dieser Anteil nicht klein sein kann und jedenfalls in die vermeintlichen Interessensphären Rußlands und Frankreichs hineingreifen wird."

Zu diesen Komplikationen kamen die Kontroversen der Mächte hinsichtlich der türkischen Bahnen. Die vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Wien hatte sich bereit erklärt, unter Vorstreckung des nötigen Kapitals die Strecke Samsun—Siwas zu bauen. Der Großvezier lehnte es mit dem Bemerken ab, daß ihm bereits durch Frankreich und Rußland die Hände gebunden seien. Der russische Botschafter Herr von Giers bestätigte diesen auf einen Geheimvertrag von 1900 gestützten Widerstand Rußlands, wozu ein Bericht Oberst Pomiankowskis vom 31. Mai bemerkt:

„Wie aus diesen Äußerungen des Herrn von Giers zu ersehen, nützt Rußland nunmehr die ihm durch den Geheimvertrag von 1900 in die Hand gegebene Waffe in perfidester und rücksichtslosester Weise aus. Frankreich sekundiert ihm hiebei und macht die Einwilligung zur Besteuerung seiner Konnationalen und zur Erhöhung der Zölle, dann die Gewährung der Anleihe und die Unterstützung in der Kriegsentschädigungsfrage von der Annahme aller seiner Forderungen abhängig. Unter diesen befinden sich aber nicht allein die Bahnen Samsun—Siwas, Kerassund—Karahissar, dann Siwas—Kharput, Erzinghian—Erzerum, sondern auch die Hafenbauten in Samsun, Trapezunt, Kerassund, Ineboli und Heraklea.

Erhält Frankreich tatsächlich alle diese Konzessionen, dann ist ganz Kleinasien bis an den Bosporus in russischen und französischen Händen und speziell unser Handel dortselbst vollkommen lahmgelegt. England und Deutschland scheinen sich auf ihre in Südmesopotamien und Arabien, beziehungsweise auf die durch die Bagdadbahn markierten Interessensphären zu beschränken, so daß hiemit bereits heute eine gewisse Aufteilung der asiatischen Türkei bewirkt ist, bei welcher wir vorläufig leer ausgehen."

Die Absichten Frankreichs stießen aber auf den Widerstand Deutschlands, das dadurch seine auf die Bagdadbahn gegründeten Interessen gefährdet sah. So bildete sich ein Komplex von Fragen, der auch hin-

sichtlich Vorderasiens die scharfen Gegensätze zwischen den Mächten immer mehr hervortreten ließ. Der leidende Teil war die Türkei, der nun auch Italien erklärte, daß es die besetzten Inseln erst dann räumen werde, bis alle türkischen Offiziere die Cyrenaika verlassen haben würden, wohl wissend, daß die Türkei nicht in der Lage war, dies durchzusetzen. Das Auftreten Deutschlands entfachte die Gegnerschaft Frankreichs, Englands und Rußlands, dem die deutsche Militärmission in der Türkei ein Dorn im Auge war. Deutschland war sich über diese Gegensätze wohl im klaren, rechnete aber für den voraussichtlichen Fall, daß diese zu kriegerischen Konflikten führen sollten, mit der Bundestreue Italiens, förderte alle Vereinbarungen mit diesem und war auch weiter bemüht, das bei mir und bei unseren militärischen Kreisen bestehende Mißtrauen in Italiens Bundestreue zu zerstreuen. Interesse bietet in dieser Hinsicht nachstehender Bericht des Militärattachés in Berlin über seine Unterredung mit dem Chef des Generalstabes General von Moltke:

„Am 18. Juni konnte ich Seiner Exzellenz dem Chef des Generalstabes General der Infanterie von Moltke die Rangliste des Generalstabes und den I. Band der Geschichte der Befreiungskriege überreichen. Für beides lassen Seine Exzellenz ganz ergebenst danken. Es war dies seit Pfingsten das erstemal, daß Seine Exzellenz von Ende Mai bis Anfangs Juni die große Generalstabsreise geleitet hat.

Seine Exzellenz kam auf den Spionagefall Redl zu sprechen. Gleich Seiner Majestät finde auch er, daß das ermöglichte Ende des Verräters besser war als ein langwieriger Prozeß. Er habe Seiner Majestät bereits Vortrag gehalten und dabei betont, daß von der ganz geheimen Korrespondenz unmöglich etwas habe verraten werden können.

Sehr erfreut sei er über das gute Fortschreiten der maritimen Verhandlungen mit Italien. In dem Antrag des Oberkommandos über die vereinigten Flotten an den k. u. k. Marinekommandanten glaube er ein erneuertes Zeichen der Loyalität der Italiener erblicken zu können. Da seiner Ansicht nach der nächste Krieg nur ein europäischer sein wird, in den alle Staaten des Kontinents verwickelt sein werden, so müsse man trachten, möglichst günstige Verhältnisse für denselben sich zu schaffen, um möglichst stark auftreten zu können. Früher habe die Türkei noch einen Machtfaktor auf dem Kontinent dargestellt. Diese sei aber jetzt ausgeschaltet. Dafür müsse man mit den nunmehr stärkeren Balkanstaaten rechnen, welche bedeutendere Kräfte der Monarchie festlegen dürften. Es sei daher zu begrüßen, wenn sich das Verhältnis zwischen der Monarchie und Italien zu einem vollkommen loyalen und herzlichen

gestalte. Seiner Überzeugung nach sei dies auch der Wille aller in Italien maßgebenden Personen, mit Seiner Majestät dem König an der Spitze.

Der italienische Chef des Generalstabes General Pollio werde den diesjährigen Kaisermanövern beiwohnen, wodurch er Gelegenheit erhalte, mit diesem in persönlichen Kontakt zu treten.

Freudig begrüße er die Nachricht, daß die k. u. k. Wehrmacht weiter vermehrt werden solle. Waren die oben angeführten Verhältnisse mit ein Grund für die neue deutsche Heeresvermehrung, um wie viel mehr verbessere dadurch die Monarchie ihre Situation gegen Osten.

Die jetzige Situation auf dem Balkan sehe er als sehr bedrohlich an. Ein Krieg dürfte kaum mehr zu vermeiden sein. Den Serben scheinen ihre Erfolge zu sehr zu Kopf gestiegen zu sein — ob mit Recht, lasse er dahin gestellt. Immerhin habe es sich gezeigt, daß sie gut ausgerüstet und vorbereitet waren. Auch habe der Armeeapparat, insbesondere der Dienst hinter der Front, gut funktioniert. Die Griechen seien nach allen Berichten trotz ihrer Erfolge sehr minderwertig und kaum ernstlich in Betracht zu ziehen. Während aber die Serben in der Lage waren, sich mit dem erbeuteten Kriegsmaterial reichlich zu retablieren, sie auch keine so bedeutenden Verluste erlitten haben, seien in diesen beiden Belangen die Verhältnisse für die Bulgaren bedeutend ungünstiger. Wenn auch sonst eine Überlegenheit der Bulgaren gegenüber den Serben anzunehmen sei, so sei jetzt die Lage etwas ungewiß. Auch spreche da das Verhalten Rumäniens ernstlich mit. Ob sich aber Bulgarien nach seinen Erfolgen bereitfinden wird, die Neutralität Rumäniens durch neuerliche Gebietsabtretungen zu erkaufen, sei die Frage, so sehr dies wünschenswert erscheinen würde."

Es ist erinnerlich, daß die Verhandlungen mit Italien über das Flottenabkommen in Wien geführt wurden. Am 19. Juni hatte Italien den Antrag gestellt, das Kommando über die vereinigten Flotten im Kriegsfalle dem ö.-u. Admiral Haus zu übertragen. Ob es Italien wohl Ernst damit war?

Am 30. Juni gelangte in Deutschland die schon erwähnte, am 28. März eingebrachte neue Wehrvorlage zur Annahme.

In Österreich-Ungarn hatte sich die Zahl der inneren ungelösten Konflikte nicht vermindert. In Ungarn mußte Lukács, der den Vorsitz im ungarischen Ministerium führte, zurücktreten, da er am 3. Juni gerichtlich überwiesen worden war, vier Millionen Kronen Staatsgelder für Wahlzwecke der Arbeitspartei verwendet zu haben. Ihm folgte am 6. Juni der besonnene, willensstarke und unerschrockene Graf Stephan Tisza als Ministerpräsident.

In Kroatien gärte der Kampf der Parteien. Am 18. Juni wurde ein erneuertes Attentat gegen den Banus Baron Skerlecz verübt*).

In B. H. D., dem durch die Kriegsereignisse zunächst betroffenen Gebiet, hielten die Konflikte zwischen Katholiken, Mohammedanern und Serben vor allem aber die gegen die Regierung einsetzenden, von Serbien geschürten Widerstände an.

Wirkte hiebei auch, wie in der Sprachenfrage, das Streben mit, rein nationale Wünsche durchzubringen, so ließ doch insbesondere das Vorgehen der serbischen Partei die zielbewußten großserbischen, auf Lostrennung B. H. Ds. gerichteten Tendenzen und das einverständliche Handeln mit Serbien nicht verkennen.

Die Stellung des Landeschefs, in dessen Händen die zivilen und die militärischen Agenden lagen, und der im Kriegsfalle auch den militärischen Befehl zu führen hatte, wurde immer schwieriger. Umsomehr als die Zentralstelle in Wien den Serben gegenüber mit versöhnlichen Mitteln auszulangen vermeinte.

Zur Beleuchtung dieser Verhältnisse mögen folgende Stellen aus einem Bericht des Landeschefs vom 4. Juni und einem Briefwechsel zwischen ihm und Herrn von Bilinski, dem gemeinsamen Finanzminister, dienen.

Aus dem Bericht:

„Die Aufhebung der Ausnahmeverfügungen löste, wie ich erwartet hatte, heftige Zeitungsangriffe der serbischen und sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung aus, während der kroatische »Hrvatski dnevnik« bezeichnenderweise nur die Besorgnisse der Kroaten und der (momentan über kein eigenes Journal verfügenden) Moslims zum Ausdruck brachte, daß, ähnlich wie dies nach der Annexionskrise geschehen sei, auch diesmal Katholiken und Moslims die Zeche zu begleichen haben würden, weil die Regierung behufs Versöhnung der Serben gleich wie damals auch jetzt wieder einen die Serben entschieden begünstigenden Kurs einschlagen dürfte.

Die Angriffe des sozialdemokratischen »Glas slobode« bewegten sich trotz ihrer Heftigkeit doch im Rahmen der gewöhnlichen Kampfmethode sozialdemokratischer Blätter, und zwar vermutlich deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht ganz ohne Fühlung mit der Regierung ist und den Schein vermeiden möchte, gleich der serbischen Presse offenkundig dynastie- und monarchiefeindliche Tendenzen zu vertreten.

---

*) Das erste Attentat gegen Banus Skerlecz war am 30. September 1912 verübt worden.

Ungleich maßloser waren die Angriffe der »Srpska riječ« und des »Narod«. Sie zwangen vielfach zu Konfiskationen, obgleich ich — um die Zeitungskampagne nicht unnütz zu verlängern und noch mehr zu erbittern — die Direktive ausgegeben hatte, Angriffe persönlicher Natur soweit möglich unbeanstandet zu lassen und nur dort rücksichtslos mit Konfiskationen vorzugehen, wo gegen die Dynastie und Monarchie zielende Tendenzen offenen Ausdruck finden sollten; denn an sich war dieser Zeitungskrieg unvermeidlich, er mußte früher oder später überstanden werden. Nur der gegenwärtige Moment — wo die äußere Krise noch nicht ausgetragen ist — eignete sich dafür schlecht, weil dermalen durch solche Angriffe das Ansehen der Monarchie im Auslande gewiß nicht gefördert wird. Deshalb wäre es besser gewesen, die Zeitungsfehde auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und darum bin ich — wie bekannt vergeblich — dafür eingetreten, bei Aufhebung des Ausnahmezustandes für die Presse u. dgl. noch einige beschränkende Bestimmungen bis auf weiteres in Kraft zu lassen.

Auf Details der Zeitungsangriffe brauche ich aus dem Grunde nicht näher einzugehen, weil ein Teil der bezüglichen Artikel ohnedem schon in Wien bekannt ist.

Erwähnt muß bezüglich der von den serbischen Zeitungen gegen die Regierung gerichteten Angriffe werden, daß dieselben sichtlich nicht ausschließlich von den hiesigen, vielfach bestimmt nach Belgrader Direktiven handelnden serbischen Parteiführern, sondern auch von Wien aus beeinflußt wurden."

In dem Bericht vom 4. Juni heißt es weiter:

„Am 26. Mai erhielt ich folgenden vom 22. Mai datierten, aber wegen der durch Hochwasser verursachten Verkehrsunterbrechungen verspätet eingelangten eigenhändigen, höchst interessanten Brief des gemeinsamen Finanzministers:

»Erst heute kann ich auf die hochinteressanten Ausführungen Ihres mir von Baron Rüdt eingehändigten Schreibens vom 9. d. M. zurückkommen.

Ich habe sicherlich das volle Verständnis für diese Ausführungen, denn auch ich vertrat hier immer den Standpunkt, daß ohne Krieg die heutige Krise nicht zu lösen sei. Diese Eventualität ist nun zwar aus Anlaß eines Konfliktes zwischen Serbien und Bulgarien noch nicht ausgeschlossen; allein ich glaube nicht daran. Daher bin ich der Ansicht, daß wir uns von jetzt ab systematisch für den künftigen großen Krieg vorbereiten, inzwischen aber die Südslawenfrage in der Monarchie zu Gunsten dieser Völker ordnen und rebus sic stantibus mit Serbien ein freundnachbarliches Verhältnis etablieren sollen.

Daß hiebei die wirtschaftliche, nationale und politische Hebung von B. H. hauptsächlich ins Gewicht fällt, das brauche ich nicht zu betonen. Und dies war der Hauptgrund für meine Eile bei der Aufhebung der Ausnahmeverordnungen. Wie E. E. und ich durch deren weitere zeitweise Aufrechterhaltung unsere politische Reputation verloren hätten, wäre für uns eine Arbeit im obigen Sinne ganz unmöglich mehr.

Die Sprachenfrage, die allmähliche Besetzung der obersten Stellen durch Einheimische (beides bisher leider behindert durch die Landtagsparteien), Teilnahme an den Delegationen, Vorbereitung einer philosophischen Fakultät (im Anschluß an das Museum und das finanziell leider nicht leicht zu stärkende Balkaninstitut) und einer juridischen Fakultät, anderseits Investitionen und obligatorische Kmetenablösung — das alles muß uns demnächst beschäftigen.

Werden wir hiefür bei den Politikern offene Ohren finden? Ich zweifle daran und fürchte, daß der Ausnahmezustand mit seinen Maßregeln den Weg hiefür so ziemlich verrammelt hat. Ich habe den Ausnahmezustand über E. E. zunächst an den Kriegsminister gerichtetes Ersuchen erwirkt; wir beide müssen nunmehr die Folgen zu mildern trachten.

Die Wiederaufrichtung eines Großteils der serbischen Vereine, deren Gefährlichkeit ich nicht verkenne, deren Behandlung aber mit normalen gesetzlichen Mitteln ich wünschen muß, dürfte die serbischen Politiker vielleicht allmählich beruhigen. Es werden weiter die anhängigen politischen Strafprozesse rasch zum Abschluß gelangen müssen. Ich möchte E. E. bitten, mir hierüber eine Übersicht zu verschaffen und bei dieser Gelegenheit zu erwägen, inwieweit nicht etwa Begnadigungen oder Absolutionen mildernd wirken könnten.

Unter allen Umständen bitte ich E. E. zu glauben, daß ich die Schwierigkeiten Ihrer Stellung mir immer gegenwärtig gehalten habe und daher auch oft versuchte, Sie wenigstens über die verworrenen politischen Situationen zu informieren.«“

Der Landeschef, Feldzeugmeister Potiorek, antwortete hierauf:

„Der Brief vom 22. d. M., für den ich bestens danke, ist mir infolge der mehrtägigen Bahnunterbrechung erst vorgestern zugekommen.

Ich teile vollkommen die Anschauung E. E., daß wir, falls es nicht doch noch jetzt zu einem Waffengange kommen sollte, unsere Hauptaufgabe darin erblicken müssen, uns für den binnen weniger Jahre unvermeidlichen, unter äußerst schwierigen Verhältnissen zu führenden großen Krieg systematisch vorzubereiten.

Es ist selbstverständlich, daß getrachtet wird, auf die Dauer dieser Friedens- (besser gesagt Rüstungs-)periode ein erträgliches Verhältnis zu Serbien zu schaffen.

Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß es — selbst um den Preis weitestgehenden Entgegenkommens auf dem Gebiete der äußern und innern Politik — gelingen könnte, sich Serbien zu einem verläßlichen Freunde zu machen. Wenn — wie es nach allem Anscheine der Fall ist — die gegenwärtige Lage nicht dazu ausgenützt wird, Serbien dadurch unschädlich zu machen, daß es der Monarchie mindestens in Form einer Handels-, Zoll- und Militärkonvention angegliedert wird, muß unbedingt damit gerechnet werden, daß dieser Staat in jedem künftigen Kriege als offener und erbitterter Gegner an der Seite unserer anderen Feinde kämpfen wird. Und ebenso muß damit gerechnet werden, daß Serbien die Zeit bis zu diesem Kriege trotz aller gegenteiligen Versicherungen u. dgl. intensiv dazu ausnützen wird, sich in B. H. D., Kroatien und Südungarn den Boden für den künftigen Krieg vorzubereiten. Bei dieser Minierarbeit werden unsere eigenen Gegenmaßnahmen in den Kreisen unserer serbischen Intelligenz und Halbintelligenz höchstens bei einem sehr kleinen Teile, aber gewiß nie in ausschlaggebender Weise reussieren können. Wir werden froh sein müssen, wenn es uns gelingt, die bisher sich noch zum größten Teile passiv zeigende Masse unserer serbischen Landbevölkerung auch weiterhin in ihrem lethargischen Zustande zu erhalten, und wenn es weiter gelingt, die kroatische und moslimische Intelligenz und Halbintelligenz am Übergang in das serbische Lager, d. i. an der Vereinigung aller Südslawen zu gemeinschaftlichen, auf antidynastischer Basis stehenden Bestrebungen zu verhindern.

Meines Erachtens ergibt sich daraus als Richtschnur für das in der nächsten Zeit gegenüber den inländischen Serben anzuwendende Verhalten der Regierung:

Wohlwollende, die ökonomischen Interessen tunlichst fördernde Behandlung des Landvolkes; größte Vorsicht und, wo nötig, rücksichtslose Strenge gegenüber der Intelligenz und Halbintelligenz, der man ja im übrigen auch entgegenkommen kann und soll, keinesfalls aber auch nur im geringsten über jenes Maß hinaus, dessen Überschreitung das Mißtrauen und die Unzufriedenheit der Kroaten und Moslims wachrufen könnte. Denn oberster Grundsatz muß sein und bleiben, sich auf die beiden letzteren zu stützen, also im ganzen Lande im allgemeinen und im Landtage im besonderen mit den Kroaten und Moslims zu regieren und die serbische Opposition als etwas Unvermeidliches hinzunehmen.

Diese Gesichtspunkte werden wir bei allen im einzelnen zu ergreifenden Maßnahmen festhalten müssen, und deshalb möchte ich bezüglich der im Briefe E. E. angedeuteten Programmpunkte zunächst hinsichtlich der »obligatorischen Kmetenablösung« sagen, daß die Aufrollung dieser Frage in der nächsten Zeit vermieden werden muß. Schon die bezügliche leise Andeutung E. E. in der letzten Delegationssession hat die Moslims sehr verstimmt und die Chancen für die Durchbringung der Eisenbahnvorlage vorübergehend sehr vermindert. E. E. wissen, daß auch ich für die obligatorische Kmetenablösung wäre, sobald die äußere Krise definitiv »ausgetragen« sein wird. Insolange diese Austragung aber bloß »aufgeschoben« wird, muß ich einem derartigen Schritte entschieden widerraten. Wir haben übrigens bis dahin auch kein Geld für solche Maßnahmen, da die militärischen Rüstungen, die Eisenbahnbauten, Investitionen usw. unsere finanzielle Leistungsfähigkeit bis an die Grenze des Möglichen in Anspruch nehmen werden.

Auch für die »Schaffung einer philosophischen und einer juridischen Fakultät« könnte ich mich in der nächsten Zeit nicht aussprechen. Ganz abgesehen von dem großen finanziellen Aufwande würden wir uns damit zu den undisziplinierten Mittelschülern noch analoge Hochschüler aufbürden. Vor allem gilt es, bei unseren Mittelschülern durch Ausmerzung von Politik treibenden Professoren, durch Schaffung von Konvikten usw. Ordnung zu machen. Ich denke dabei unter anderem auch an eine Uniformierung der Mittelschüler nach galizianischem Muster, ohne jedoch schon ein endgültiges Urteil darüber zu haben.

Die übrigen Programmpunkte E. E., das ist »Beteiligung von B. H. an den Delegationen,« »Regelung der Sprachenfrage,« »allmähliche Besetzung höherer Beamtenstellen durch Einheimische,« »Entwicklung des Balkaninstitutes« kann ich nur mit größter Freude begrüßen. Freilich werden dabei große Schwierigkeiten zu überwinden sein und dies speziell bei der Besetzung höherer Beamtenstellen, auch deshalb, weil überhaupt wenige voll geeignete einheimische Elemente vorhanden sind und das Vorwärtsbringen eines zu großen Prozentsatzes der an sich meist intelligenteren serbischen Elemente die Unzufriedenheit der Kroaten und Moslims zur unweigerlichen Folge hätte.

Den Ansuchen aufgelöster serbischer Vereine um Wiedererrichtung wird unter voller Wahrung des Gesetzes Rechnung getragen werden. Allerdings wird man dabei die gemachten Erfahrungen verwerten und mitunter auf einzelnen Statutenänderungen bestehen müssen. Daß dabei zu weit gegangen werde, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil alle davon Betroffenen sicherlich an das Ministerium rekurrieren werden.

Die von E. E. gewünschte Zusammenstellung der anhängigen oder bereits abgeschlossenen politischen Strafprozesse werde ich baldigst vorlegen. Ich bezweifle aber sehr, daß ich Anträge auf Begnadigungen oder Abolitionen zu stellen in der Lage sein werde. Ich habe ähnliches im ersten Jahre meines Hierseins getan, um mit den letzten Resten der Annexionskrise aufzuräumen. Der Erfolg war jedoch ein direkt negativer, weil hierzulande Milde stets als Schwäche gedeutet wird.

Trotz allen, auch aus dem Vorgesagten erneuert zu ersehenden Schwierigkeiten der Lage werden wir doch der letzteren Herr werden; dies allerdings nur unter einer bisher nicht erwähnten Voraussetzung, die darin besteht, daß in B. H. D., in Kroatien und in Südungarn, zwar überall mit den durch besondere Verhältnisse bedingten Detailmodifikationen, aber doch nach denselben Prinzipien vorgegangen wird. Einigkeit hierüber tut vor allem not; dann ist und bleibt aber das Nächstwichtige die Herstellung normaler Zustände in Kroatien, denn falls Agram nach Belgrad schielen würde, statt als Gegengewicht für Belgrad zu dienen, würde die Gefahr eminent sein."

Wenn der gemeinsame Finanzminister der Meinung war, „daß ohne Krieg die heutige Krise nicht zu lösen sei," so war doch kaum auf eine günstigere Gelegenheit zu rechnen, als es die Lage bei Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges war. Das Abwarten sollte verhängnisvoll werden!

Am 10. Juni, also zu einer Zeit, da der serbisch-bulgarische Konflikt noch in der Entwicklung war, hatte ich folgendes Schreiben an Feldzeugmeister Potiorek gerichtet:

„Wien, am 10. Juni 1913.

Auf Res. Nr. 6136 vom 29. Mai l. J. beehre ich mich Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich auf Grund der Nachrichten der letzten Tage der Ansicht bin, daß ein kriegerischer Konflikt zwischen den Balkanstaaten, namentlich zwischen Bulgarien und Serbien, in der allernächsten Zeit durchaus nicht unwahrscheinlich ist.

Diese Ansicht habe ich auch gelegentlich einer Besprechung mit Seiner Exzellenz dem Minister des Äußern am 6. Juni ausgesprochen und beigefügt, daß manche Anzeichen dafür sprechen, Rumänien werde im Falle eines solchen Konfliktes seine Armee mobilisieren, um in den Kampf einzugreifen. Für wen Rumänien sich einsetzen würde, dürfte ganz von dem Entgegenkommen abhängen, das Bulgarien in territorialen Fragen gegenüber Rumänien an den Tag legen wird.

Graf Berchtold glaubt zwar erwarten zu können, daß Rumänien über die Besetzung der von ihm beanspruchten Gebiete nicht hinaus-

gehen und nicht aktiv gegen Bulgarien auftreten wird. Immerhin sieht der Herr Minister des Äußern in dieser unsicheren Haltung Rumäniens die größte Schwierigkeit für ein Eingreifen der Monarchie in einen eventuellen Kampf zwischen Serbien und Bulgarien zu Gunsten des letzteren.

Angesichts dieser Schwierigkeit vermochte ich nur darauf hinzuweisen, daß es dringend notwendig sei, in Sofia zu erklären, daß man auf unsere Unterstützung nur dann rechnen kann, wenn die bulgarische Regierung durch weitgehende Konzessionen an Rumänien eine Verständigung mit diesem Königreich erzielt.

Nach der Gesamtlage und nach den bisherigen Erfahrungen im Verlaufe der Balkankrise steht meines Erachtens nicht zu erwarten, daß die Monarchie in einen etwaigen serbisch-bulgarischen Kampf s o g l e i c h militärisch eingreifen wird.

Von einer Änderung in dieser Auffassung werde ich nicht verfehlen, E. E. gegebenenfalls zu verständigen.

Selbstverständlich vertrete ich nach wie vor dem Minister des Äußern gegenüber die dringende Notwendigkeit, den voraussichtlichen kriegerischen Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien zur gründlichen Lösung der serbischen Frage auszunützen, d. h. falls Serbien sich nicht durch E i n v e r l e i b u n g in den Staatenverband der Monarchie dauernd und verläßlich an diese anschließt, gegen Serbien zu mobilisieren und kriegerisch vorzugehen, um das dargelegte Ziel gewaltsam zu erreichen.

Ob sich das Ministerium des Äußern zu dieser dezidierten Stellungnahme sofort oder überhaupt entschließen wird, vermag ich allerdings nicht vorauszusehen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

C o n r a d m. p., G. d. I.“

Einerseits die Notwendigkeit, in B. H. D. alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen, also auch die Stände durch Einberufung Nichtaktiver erhöht zu haben, anderseits das dauernde Hinausschieben einer entscheidenden Tat hatte in B. H. D. dazu geführt, daß die Einberufenen des resultatlosen Wartens müde wurden. Auch drängten im Innern der Monarchie Abgeordnete und Angehörige verschiedenster Kreise auf die Rückbeurlaubung der Nichtaktiven.

Am 14. Juni erhielt ich in Buczacz, wo ich mich zur Leitung der großen Generalstabsreise befand, folgenden Bericht des Obersten R. von Steinitz:

„Über Hohen, mündlich erteilten Auftrag berichte ich über die die Stimmung der Reservemannschaft betreffenden Wahrnehmungen auf meiner Informationsreise in B. H. D.:

Ich habe Gelegenheit gehabt, in Sarajevo, Mostar, Bilek, Trebinje, Gravosa, Castelnuovo, Teodo und Cattaro mit einer großen Anzahl sowohl hoher, als auch jüngerer Offiziere, endlich mit vielen Personen des Mannschaftsstandes zu sprechen, so daß sich aus einer Summe persönlicher Eindrücke und durchaus freimütig geführter Unterredungen ein Gesamtbild ergibt, das die allgemeine Stimmung getreu widerspiegeln dürfte.

Schon in den Monaten Februar, März und April waren bei einem nicht geringen Teil der Reservemannschaft Anzeichen von Gemütsdepression aufgetreten, hervorgerufen durch die Notlage ihrer zurückgelassenen Familien. Außerdem fand die Agitation in der Heimat der Reservemannschaft slawischer Nationalität ihren Weg durch Briefe und Presse zu den unter den Waffen stehenden Landeskindern. Da überdies die erwartete kriegerische Betätigung ausblieb, waren die Symptome einer sichtbaren Herabstimmung und Unlust bei den einberufenen Mannschaften in steigendem Maße zu konstatieren.

Mit einem Schlage verschwanden jedoch alle diese unerfreulichen Erscheinungen, als in den ersten Maitagen die Entscheidung durch Aufnahme der Feindseligkeiten in B. H. D. als unmittelbar bevorstehend angesehen wurde.

Nach übereinstimmenden Schilderungen hatte die überall aufflammende kriegerische Begeisterung damals auch jene Mannschaften fortgerissen, die durch ihre Nationalität keine inneren Impulse zur Kampffreudigkeit empfangen konnten.

Der militärische und moralische Wert der Truppen hatte zu dieser Zeit seinen Höhepunkt erreicht; das in schwerer Arbeit durch unsere unverdrossenen Offiziere aufgespeicherte Ausbildungskapital, sowie die glückliche psychische Disposition der Leute schufen alle Vorbedingungen zum durchschlagenden Erfolg unserer Waffen.

Ganz außerordentlich deprimierend wirkte aber nach dieser Anspannung die unkriegerische Lösung der Skutarifrage; die im Lande stehenden Streitkräfte wurden durch das Schlußergebnis der ersten Maiwoche in eine recht ungünstige psychische Verfassung gesetzt.

Alle bereits erwähnten Anzeichen der Mißstimmung begannen als Reaktion auf den Aufschwung der Vortage in verschärftem Maße neuerlich in Erscheinung zu treten. Dem Manne ist eben ein Verständnis für die Notwendigkeit seiner vielmonatigen Zurückhaltung unter den Fahnen, ohne ihn gegen den Feind zu führen, nicht zuzumuten.

Die Aufgabe der Offiziere hinsichtlich des Geistes ihrer Untergebenen war hiedurch sehr schwierig geworden.

Die Stimmung unter den Mannschaften ist heute natürlich vielfach schattiert. Einzelne Kommandanten besorgen bei längerem Aufschub der Abrüstung Desertionen und Selbstmordversuche, andere befürchten Vergehen gegen Zucht und Ordnung, wenn nicht grobe Ausschreitungen, endlich wieder andere — und diese sind leider in der Minderzahl — glauben sich für ihre Untergebenen in jeder Hinsicht verbürgen zu können.

Immerhin — und dies muß ausgesprochen werden — habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß eine Verlängerung des gegenwärtigen Rüstungszustandes zu einem gefährlichen Experiment zu werden beginnt, welches nur durch die zwingendsten politischen Gründe zu rechtfertigen ist.

Die Gefahr ist tatsächlich vorhanden, daß an irgend einem Orte Reservistenausschreitungen platzgreifen könnten, die kaum ohne Nachahmung bleiben würden.

Die hieraus entstehende Schädigung unseres Ansehens im Auslande, speziell am Balkan, wäre außerordentlich beklagenswert. Aber auch in der Armee würde dies als schwere moralische Einbuße empfunden werden.

Ein großer Teil unserer Armee hat durch vielmonatiges, entbehrungsreiches und hartes Warten eine Kraftprobe geliefert, wie sie in der Geschichte nicht häufig vorkommt und unter unseren komplizierten und schwierigen innerpolitischen Verhältnissen als vorbildlich angesehen werden muß. Würde die Disziplin jetzt zu wanken beginnen, dann würde alles bisher Geleistete nutzlos werden. Die Riesenarbeit unserer wackeren Offiziere, die unter Überwindung zahlloser Reibungen in hohem Maße kriegsbrauchbare Truppen zu schaffen verstanden haben, wäre weggetilgt, das Vertrauen auf den Ausgang aller künftig bevorstehenden Aktionen schwer erschüttert.

Somit ergibt sich ausschließlich vom militärischen Standpunkt in Anbetracht der geschilderten Verfassung der Reservemannschaft die Forderung, entweder die in B. H. D. stehenden, nahezu kriegsstarken Streitkräfte zu kriegerischer Verwendung zu bringen oder mit der Abrüstung zu beginnen.

Steinitz, Oberst.

Wien, am 11. Juni 1913."

Ich säumte nicht, diesen die Verhältnisse in B. H. D. klar zeichnenden Bericht dem Minister des Äußern zur Kenntnis zu bringen und erhielt ihn am 4. Juli zurück.

Bei den ausgesprochen friedlichen Dispositionen unserer führenden Staatsmänner und ihrer Scheu vor jedem zeitgerechten kraftvollen Eingriff in die Ereignisse am Balkan erübrigte nichts, als den Gang der

Dinge aufmerksam zu verfolgen, ansonst aber der normalen Friedensdiensttätigkeit zu obliegen. Diese führte mich zunächst nach Oberösterreich, wo ich vom 25. Juni bis 5. Juli die Generalsreise leitete, dann nach Tirol zu Rekognoszierungszwecken und zu kurzen Urlaubsaufenthalten, während welcher ich selbstverständlich meine Dienstgeschäfte weiterführte. (Vergleiche Seite 352.)

Ich wende mich wieder dem Gange der Ereignisse zu.

Die bisherigen Darlegungen mögen ein Bild der Lage geben, wie sie zur Zeit bestand, als der Kampf zwischen Bulgarien und seinen früheren Alliierten Serbien und Griechenland begann.

Angeblich soll König Ferdinand von Bulgarien aus Besorgnissen vor Rußland mit dem Eintritt in den Krieg gezögert haben, von Danew jedoch dazu bewogen worden sein.

Am 26. Juni erhielt General Sawow den Befehl zum Operationsbeginn.

Alles wartete gespannt, auf welche Seite sich der militärische Erfolg neigen würde. Beide Armeen, die serbische wie die bulgarische, hatten ihre Kriegstüchtigkeit erwiesen. Insbesondere war es die bulgarische, die in schweren und verlustreichen Kämpfen ihre Probe bestanden hatte. Aber sie hatte dadurch auch an Zahl und materiellen Mitteln viel schwerer gelitten. Doch minderte dies nicht ihre Siegeszuversicht. Serbien hatte seine militärischen Erfolge leichter erreicht, es war daher materiell und personell geschonter. Seine weitgehenden politischen Ziele im Auge, hatte es seine Truppen auf große Gebiete verstreut, um sich diese Gebiete dauernd zu sichern. Erst der drohende Krieg gegen Bulgarien hatte eine Konzentrierung der serbischen Kräfte veranlaßt. Griechenland war in der glücklichen Lage, aus dem Kräfteverhältnis zwischen den beiden anderen Nutzen zu ziehen und seine numerisch stärkeren Kräfte ohne große Opfer erfolgreich zu verwerten.

Auf Bulgarien lastete die Sorge, daß Rumänien in den Kampf eingreifen würde. Schon am 24. Juni hatte Rumänien erklärt, daß es sich mit Versprechungen nicht begnügen könne. Rußland und Frankreich sollen Rumänien zum Losschlagen gedrängt haben aus Sorge, daß Serbien und Montenegro unterliegen und Österreich-Ungarn daraus Vorteil ziehen könnte. Die russische und französische Presse war voll der Entrüstung über den Bruch des Balkanbundes und die Entzweiung der bisherigen Alliierten, weil sie dadurch die russische Politik gestört sah. „Les Etats balcaniques ont commis la folie, dont leurs amis se plaisaient à les croire incapables,“ schreibt der „Temps“ vom 4. Juli 1913.

Am 29. Juni erfolgten die ersten Zusammenstöße im Vardartale und bei Prevista, der Kampf wurde beiderseits mit Haß und Erbitterung geführt. Vergleiche Anlage 1, Skizze B (unter Schleife am Schlusse des Bandes).

Am 30. Juni schlugen die Serben den bulgarischen Angriff an der Bregalnica zurück und besetzten Istip und Kočana.

Bei Grelena und Egri Palanka wurden die Bulgaren von Serben und Griechen geschlagen.

Der bulgarische Einbruch bei Pirot mißglückte. Die Serben besetzten Belgradžik und zernierten Vidin.

Die Griechen entwaffneten das bulgarische Detachement in Salonik, besetzten am 3. Juli Nigrita, überschritten den Vardar, schlugen die Bulgaren bei Kilkić, nahmen Kalinovo, besetzten Doiran und kämpften erfolgreich bei Demirhissar.

Sie erreichten am 10. Juli Kavala, am 11. Juli Seres, am 14. Juli Drama.

J e t z t, als Bulgariens Kraft Serbien und Griechenland gegenüber zu erlahmen begann und auch die Türkei sich anschickte, ihre verlorenen Gebiete, vor allem Adrianopel wiederzugewinnen, s c h r i t t R u m ä n i e n z u r T a t.

Vom Eingreifen Rumäniens bis zum Frieden von Bukarest (10. August 1913) und jenem von Konstantinopel (29. September 1913).

Juli — August — September.

Schon aus den früheren Darlegungen ist erinnerlich, wie eine immer mächtiger werdende Partei in Rumänien zum gewaltsamen Eingreifen in die Balkankrise drängte und allmählich den noch zögernden König mitzureißen trachtete. Auch wies manches darauf hin, daß Frankreich und Rußland im gleichen Sinne wirkten, besorgt, Serbien könnte Bulgarien gegenüber in eine schwierige Lage geraten.

In Bulgarien schien man die Gefahr zu unterschätzen, sonst wären die Widerstände nicht erklärlich, die man noch immer den rumänischen Wünschen bei Abgrenzung des Gebietes von Silistria entgegensetzte. Auch mochte man die Schlagkraft des eigenen Heeres höher veranschlagen, als sie es tatsächlich noch war. Vielleicht erhoffte man auch von Österreich-Ungarn die Hintanhaltung eines offenen Feindschaftsaktes der Rumänen. In einem Bericht vom 30. Juni schreibt der k. u. k. Militärattaché in Paris, Oberst Vidale, über ein Gespräch mit dem dortigen bulgarischen Gesandten Herrn Dimitri Stanciow, der mit Sorge auf Bulgariens Lage blickte:

„Herr Stanciow gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß Rumänien, offenbar gegen den Willen der Monarchie, mit der es doch eine Militärkonvention verbinde, gegen Bulgarien Front mache, zu dem Österreich-Ungarn am Wege der Annäherung sei, und warf die Frage auf, ob es am Ballplatz zugegeben werden würde, daß Rumänien wirklich seine feindseligen Absichten ausführe. »Denn wir« — fügte er hinzu — »werden mit den Serben und Griechen allein schon fertig werden, die Rumänen können dabei ruhig einmarschieren, denen haben wir nichts zum Gegenüberstellen!« Die von einigen Seiten aufgestellte Behauptung, daß Rußland hinter Rumäniens Handeln stehe, hielt Herr Stanciow nicht für wahrscheinlich. Er meinte vielmehr, Rumänien hätte seine Schritte auf eigene Faust »ganz kopflos« unternommen.

»Aber was würde Österreich-Ungarn jetzt tun?«

Da ich ihm leider nicht darauf antworten konnte: Es wird, wie immer, nicht genau wissen, was es tun soll, denn Entschlüsse werden bei uns nur in den alleräußersten Notfällen gefaßt und dann sind sie etwas — »übereilt«, so wich ich der direkten Beantwortung dieser Frage aus.

Herr Stanciow war nicht der einzige Diplomat, mit dem ich sprach.

Zusammengefaßt wird die Lage dahin beurteilt, daß es Österreich-Ungarns Ministerium des Äußern glücklich gelungen ist, den bisherigen einzigen Balkanfreund vor den Kopf zu stoßen, indem ohne Vorwissen Rumäniens die Annäherung an Bulgarien eingeleitet wurde. Sowie Rumänien — wahrscheinlich durch Rußland hingewiesen — davon Kenntnis erhielt, begann es selbständige Politik zu treiben. Im Hintergrunde stände vielleicht die Zusicherung, im Falle einer späteren Föde ration mit Rußland durch Siebenbürgen entschädigt zu werden."

Am 7. Juli langte folgender Bericht des Militärattachés in Bukarest ein:

„Res. Nr. 130.

Bukarest, 4. Juli 1913.

Euer Exzellenz!

In der Anlage melde ich E. E. über die Mobilisierung der rumänischen Armee.

Genehmigen etc. Hranilović, Oberst."

Nachstehend die Anlage mit den von mir während der Lektüre beigefügten Randbemerkungen:

„Mobilisierung der rumänischen Armee.

Bukarest, am 4. Juli 1913.

Der Beginn der Feindseligkeiten zwischen den Balkanstaaten hat, obwohl eine offizielle Kriegserklärung noch nicht erfolgt war, hier die Überzeugung wachgerufen, daß eine friedliche Lösung des Konflikts nicht mehr möglich sei und die rumänische Regierung veranlaßt, die Mobilisierung der gesamten Streitkräfte zu verfügen. Das königliche Dekret über die allgemeine Mobilisierung wurde gestern nachmittag vom Kabinett gegengezeichnet, abends von allen Zeitungen verlautbart und wird vom offiziellen Staatsanzeiger heute publiziert. Samstag der 5. Juli gilt als erster Mobilisierungstag, am 9. Juli soll die Marschbereitschaft der Fußtruppen erreicht, die Mobilisierung aller Waffen binnen neun

Tagen vollzogen sein; Kavallerie und Jägerbataillone erlangen die Marschbereitschaft im Laufe des Sonntags (6. Juli).

Gleichzeitig mit der ersten Linie mobilisieren auch die Reservedivisionen sowie jene Landsturmkörper, die zum Sicherheitsdienst im Innern und zu Etappenzwecken bestimmt sind.

Was der Mobilisierung folgen, wie und wo der Aufmarsch der Kräfte erfolgen wird, ist zur Stunde noch nicht entschieden und soll vom Fortgang der Ereignisse auf dem Balkan bestimmt werden. Der Ministerpräsident vom k. u. k. Gesandten über Ziel und Zweck der Mobilisierung befragt, antwortete, der Einmarsch in Bulgarien sei noch gar nicht beschlossene Sache, die Maßnahme habe vorläufig nur den Zweck, Rumänien in den Stand zu versetzen, seine Interessen zu wahren. Die Art, wie dies geschehen werde, hänge ausschließlich von den kommenden Begebenheiten ab und könne erst festgelegt werden, bis es sich zeige, zu wessen Gunsten die nächsten Kämpfe ausfallen.

Ich halte diese Erklärung für leere Ausflucht. Daß man heute noch nicht genau weiß, ob man einfach in Bulgarien einrücken und die Linie Turtukai—Balčik — eventuell Ruščuk—Varna in Besitz nehmen, oder aber ob man direkt gegen die bulgarische, gegen Serbien und Griechenland engagierte Feldarmee offensiv vorgehen soll, oder endlich, ob man beides gleichzeitig machen soll, dürfte wohl den Tatsachen entsprechen. Die in der Antwort angedeutete Möglichkeit eines Eingreifens gegen Serbien ist meiner Ansicht nach jedoch so gut wie ausgeschlossen, denn die ganze Aktion ist n u r gegen Bulgarien gerichtet. Eine Bestätigung dieser Ansicht erhielt ich gestern vom Chef des Generalstabes, der sich mir gegenüber beklagte, er könne seine Aufmarschverfügungen nicht präzise treffen, da die politische Basis bis nun eine ungemein schwankende sei. Er wolle die Operationsarmee zu einer Offensive gegen Bulgarien bereitstellen, man scheue sich aber gegenwärtig noch, dies zuzugeben, da man für diesen Fall das b e w a f f n e t e E i n s c h r e i t e n Ö s t e r r e i c h - U n g a r n s g e g e n R u m ä n i e n befürchtet, mit welchem die Sofioter Regierungsblätter drohten. R u ß l a n d s E i n v e r s t ä n d n i s h a b e m a n e r l a n g t, v o n d i e s e r S e i t e s e i m a n s i c h e r; nur die künftige Haltung der Monarchie flöße Besorgnisse ein. Diese Äußerungen lassen einerseits darauf schließen, daß nicht die Erhaltung des Gleichgewichtes auf dem Balkan das Ziel ist, sondern die Niederwerfung Bulgariens, anderseits beweisen sie, Rumänien habe hinter unserem Rücken mit Frankreich, Rußland, Serbien paktiert und sich in den Dienst unserer Gegner gestellt. Von einem Angriff auf ein siegreiches Serbien dürfte unter diesen Umständen keine Rede sein.

Rechtzeitige Einflußnahme in Bulgarien hätte der Monarchie diese Abkehr der Rumänen zweifellos ersparen können*); ob sie ausgeübt wurde oder nicht, kann ich nicht beurteilen, doch blieb sie nach hiesigen Eindrücken vollständig aus. Auch von der letzten Etappe im rumänisch-bulgarischen Grenzstreit, der Fixierung der Grenze bei Silistria, hat man hier die Impression, Österreich-Ungarn habe nichts getan, um die Bulgaren zur Annahme der rumänischen Auffassung über die Dreikilometerzone zu bringen**). Die beiden Kommissionen vertraten den genau entgegengesetzten Standpunkt: die rumänische wollte die drei Kilometer vom Festungsgürtel, die bulgarische von der Peripherie der alten türkischen Stadt rechnen, eine Einigung war unmöglich, die Verhandlungen wurden eingestellt und unser Schuldkonto in Rumänien um einen neuen Posten vermehrt***)!

Eine rege, zügellose Presse verstand es, alle Erscheinungen und Vorkommnisse, aus denen sich eine Bevorzugung Bulgariens durch Österreich-Ungarn konstruieren ließ, aufzubauschen und tendenziös zu färben und brachte die öffentliche Meinung derart gegen uns auf, daß es in den letzten Tagen zu Straßendemonstrationen gegen die Monarchie kam†). Die größte fand gestern nach Bekanntwerden der Mobilisierungsorder vor dem königlichen Palais statt, wo Brandreden gegen »das perfide Österreich« gehalten und der Krieg gegen Bulgarien gepredigt wurde. Vor der serbischen Gesandtschaft veranstaltete die Menge eine Sympathiekundgebung††).

Wie ich E. E. in meinem letzten Bericht über die Lage gemeldet habe, bin ich der Ansicht, zwischen Rumänien und Serbien bestünden zwar

---

Randbemerkungen, die ich zum Bericht machte:

*) Bestreite ich. Die Rumänen waren sich in ihrem Innern schon lange klar, über Bulgarien herzufallen. Das hätte keine österreichische Politik verhindern können. Sie haben sich jetzt entlarvt, und wir sind ihnen schon seit langem aufgesessen.

**) Das gibt man in Rumänien jetzt vor, um seine Handlungsweise zu rechtfertigen.

***) Nein! Die Rumänen waren nicht so zahm, wie sie es jetzt glauben machen wollen. Das Herfallen über Bulgarien und ein möglichst ausgiebiger Raub war und ist ihnen die Hauptsache.

†) Russischer und französischer Einfluß, dem sich die Rumänen willig ergeben.

††) Kann es etwas Perfideres geben, als die jetzige Handlung Rumäniens!

keine schriftlichen, aber doch mündliche Abmachungen*). Ein gestern in Erfahrung gebrachtes Detail bestärkt mich in dieser Meinung: der rumänische Militärattaché, Major Dabija, welcher seit drei Jahren in Sofia, seit dem Vorjahre auch in Belgrad akkreditiert ist, wurde unmittelbar nach Einstellung der Beratungen der Silistria-Kommission, der er als Schriftführer angehörte, nach Belgrad entsendet. Die Abreise war so dringlich, daß er nur einen halben Tag in Bukarest verbrachte.

Schließlich melde ich, daß der Kronprinz Ferdinand zum Oberkommandanten der Feldarmee ausersehen ist. Ihm zur Seite steht General Averescu.

Nach Etablierung des Oberkommandos werden die hier akkreditierten Militärattachés dem Hauptquartier zugeteilt, doch wird die Berichterstattung — wie mir General Averescu mitteilt — auf die Dauer der Operationen vollkommen unterbunden**)."

Zielbewußt, tatkräftig, skrupellos und mit ganzen Mitteln und Kräften griff nun Rumänien auch kriegerisch in die Balkanwirren ein***).

Es mobilisierte seine gesamten Streitkräfte, was sich — von Geringfügigkeiten abgesehen — glatt vollzog.

Der Mobilisierungsbefehl war am 3. Juli ergangen, der 5. Juli als erster Mobilisierungstag festgesetzt. Die Einberufung begann mit 6. Juli.

Von der I. Linie waren die Rosiori (permanente Kavallerie) innerhalb 24 Stunden, die Calarasi (Kader-Kavallerie) am 8. Juli, die Infanterie am 9. Juli, die Artillerie am 11. Juli marschbereit.

Von der II. Linie: die Infanterie am 12. Juli, die Artillerie am 13. und 14. Juli.

Alle Ersatzkörper waren am 23. Juli aktiviert.

Das vorzügliche Resultat erklärt sich zum Teil auch daraus, daß:

die Mobilisierung zwei Tage vor dem ersten Mobilisierungstage überall verlautbart wurde und die allgemeinen Vorbereitungen schon seit neun Monaten getroffen worden waren;

kaum ein Prozent der Reservisten sich außerhalb des zuständigen Ergänzungsbezirkes aufhält;

alle Dörfer mit den Distriktshauptstädten telephonisch verbunden sind und die Gendarmerie ihre Arbeit bereits am 3. Juli begann.

Randbemerkungen, die ich zum Bericht machte:

*) Das ist aber die Illoyalität gegen uns.

**) Evidenz-Bureau: vormerken: Reziprozität üben. Cd.

***) Siehe Anlage 1, Skizze B (unter Schleife am Schlusse des Bandes).

Die Kriegsgliederung war:
A. O. K.*) der Kronprinz,
Chef des Generalstabes: General Averescu.

Hauptarmee (Kronprinz):

I. Korps:	1., 2. Infanteriedivision,	1. Reservedivision,
II. „	3., 4. „	2. „
III. „	5., 6. „	3. „
IV. „	7., 8. „	

Kavallerie-Division Rosiori,
„ „ Calarasi,
Summe: 148 Bataillone, 74 Eskadronen,
109 Feldkanonen-Batterien, 12 Feldhaubitz-Batterien,
6 ältere Feldhaubitz-Batterien, 10 ältere Gebirgs-Batterien.

Ostarmee-Gruppe (General Culcer):
V. Korps: 9., 10. Infanteriedivision, 5. Reservedivision,
Selbständige Reservebrigade,
Summe: 48 Bataillone, 12 Eskadronen,
27 Feldkanonen-Batterien, 3 Feldhaubitz-Batterien,
2 ältere Feldhaubitz-Batterien.

In Bukarest verblieben: 4. Reservedivision.
Uneingeteilt: 2 Reservebrigaden und
2 Bataillone Graniceri.

Totale: 222 Bataillone, 88 Eskadronen,
136 Feldkan.-Batterien, 15 Feldhaubitz-Batterien,
8 ältere Feldhaubitz-Batterien, 10 ältere Gebirgs-Batt.

Ausrüstung und Bekleidung der I. Linie waren tadellos, bei der II. Linie soll es an manchem gemangelt haben.

Schon am 24. Juni hatte Rumänien betont, daß es sich mit Versprechungen nicht begnüge, am 10. Juli erklärte es an Bulgarien den Krieg unter der Vorgabe, daß Bulgarien die Warnung vor einem Krieg gegen Serbien unbeantwortet gelassen habe.

Der Aufmarsch vollzog sich teils im Fußmarsch, teils per Bahn, und zwar:

I. und II. Korps Fußmarsch, III. Korps: Gros per Bahn, Artillerie teilweise im Fußmarsch, IV. Korps per Bahn, V. Korps per Bahn und Fußmarsch.

Ein Abwarten des Aufmarsches der gesamten Armee fand nicht statt. Das I. Korps und die 1. Kavalleriedivision waren bei Bechet,

*) Armee-Oberkommando.

das IV., II. Korps und die 2. Kavalleriedivision bei Corabia, die 3. Reservebrigade bei Turnu-Magurelli versammelt und gingen über die Donau, indes die anderen Kräfte, sowie sie im Aufmarsch ankamen, den Strom überschritten (bei Corabia auf einer Kriegsbrücke, bei Bechet und Turnu-Magurelli durch Überschiffen) und den Vormarsch fortsetzten.

Am 20. Juli hatten erreicht:

Von der Hauptarmee:

1. Kavalleriedivision: Ferdinand, 2. Kavalleriedivision: Orhanije, I. Korps: Vratca, II. Korps: Kojnare, IV. Korps: Gorni Dubnik, das III. Korps war bei und südlich Corabia, die 2. Res.-Div. nördlich Corabia, die 33. Reservebrigade bei Nikopol.

Indes war die Ostarmee-Gruppe im Raume Cernawoda—Constanta aufmarschiert und nach Besetzung Silistrias (am 10. Juli) bis 20. Juli in die Linie Tutrakan, Jenidže, Dobrič, Balčik vorgerückt.

Im Nordosten und Südwesten gegen die serbischen, im Süden gegen die griechischen Streitkräfte scharf engagiert, bei Adrianopel durch die türkische Hauptmacht gefährdet, waren die Bulgaren gegen diesen Rückenstoß der Rumänen machtlos, sie konnten ihm nichts entgegenstellen.

Skizze B Anlage 1 (unter Schleife am Schlusse des Bandes) gibt das Bild der Lage nach damals vorhandenen Daten.

Es standen danach etwa 450.000 Serben und Griechen gegen 250.000 Bulgaren, die überdies noch mit 170.000 Türken zu rechnen hatten.

Rumänien erntete jetzt die Früchte seines entschlossenen, von Bedenken freien Auftretens.

In Sofia stürzte am 16. Juli das Ministerium Danew; Danew wurde durch Radoslawow ersetzt.

Am 17. Juli erging Bulgariens Friedensbitte an König Carol, der jedoch erklärte, nicht einseitig, sondern nur gemeinsam mit den anderen Bundesgenossen verhandeln zu wollen.

Nunmehr griff auch die Türkei in den Gang der Dinge ein.

Über das Instrument, das ihr hiefür zur Verfügung stand: „Die türkische Armee," gibt der k. u. k. Major Felix Wagner des 8. Feldkanonen-Regimentes auf Grund seiner Eindrücke bei der Čataldža-Armee folgendes Resumé:

„Der Wert der türkischen Armee ist trotz der Niederlage nicht zu unterschätzen.

Die Truppen und militärischen Einrichtungen machten auf mich den besten Eindruck, und ich habe dem Herrn Militärattaché nach meiner

Rückkehr gemeldet, daß ich die Armee zu einer Offensive bezw. zum erneuerten Vormarsch für fähig halte, obwohl dies vielfach (auch von deutschen Offizieren) angezweifelt wurde.

Der Geist scheint allerdings nicht überall der beste zu sein.

Die Leute aus Anatolien haben kein Verständnis für den Krieg in einem ihnen fremden Lande und sehnen sich nach Hause.

Die Führung scheint in guten Händen zu sein.

Die Offiziere im Armeehauptquartiere machen alle den besten Eindruck und sind noch voll Kriegsbegeisterung."

In seinem eingehenden Bericht führt Major Wagner als Ursachen der türkischen Niederlagen im Balkankriege an:

„Sturz der Jungtürken und Regime Nazim Paschas hatten einen völligen Wechsel der Personen an den wichtigsten Kommandostellen zur Folge, welche bei der Mobilisierung über ihre Obliegenheiten nicht orientiert waren.

Die Beurlaubung zweier Jahrgänge unmittelbar vor der Mobilisierung verursachte ein völliges Chaos.

Es kamen Leute zur Armee, die nie gedient hatten.

Für Verpflegung und Munitionsnachschub war nichts vorbereitet. (Bei Kirk-Kilisse hatte ein Batteriekommandant im ganzen zehn Schuß.)

Die sanitären Vorsorgen waren unzureichend. (In Kirk-Kilisse kam den Bulgaren eine Militärapotheke in die Hände, welche für 30.000 Francs »Pyramidon« vorrätig hatte, aber kein Verbandzeug.)

Trotzdem wurde die Offensive ergriffen. Nazim Pascha wird als der Hauptschuldige bezeichnet.

Einzelne Truppenkörper (Redifs) traten bei Kirk-Kilisse nach Zurücklegung von 50 Kilometer Marsch ohne Verpflegung in den Kampf.

Infolge des schlechten Wetters hielten die Türken nicht stand. (Bei schlechtem Wetter wurde bisher jede Übung abgesagt und unter Abdul Hamid gab es überhaupt keine Truppenübungen.)

Der beabsichtigte Rückzug nach Tschorlu wurde nicht disponiert, weil man glaubte, die Bevölkerung vor den Bulgaren beschützen zu müssen.

So kam der Mißerfolg bei Lüle Burgas, wo die Armee noch immer nicht operationsbereit war.

Hingegen wurden in der Čataldžalinie alle Angriffe der Bulgaren vom 17. bis 20. November glänzend abgewiesen und durch die Gewinnung der Höhen westlich Čekmedže anfangs Feber ein schöner Erfolg erzielt.

Bei den anderen türkischen Armeen waren die Verhältnisse noch schlechter.

Der gerade aus Albanien zurückgekehrte Dschavid Pascha, dem ich im Kriegsministerium vorgestellt wurde, erzählte, daß in der Schlacht bei Kumanovo der erste Tag ein Erfolg der Türken war.

In der Nacht kamen albanesische Beys ins Lager und erzählten, daß die Serben die Dörfer plündern und Frauen schänden. Hierauf gingen sieben Bataillone einfach durch. Sie waren bei Morgengrauen spurlos verschwunden."

In der Erkenntnis, daß sich Bulgarien dem Vormarsch der türkischen Armee von Čataldža und Bulair nicht widersetzen könne, forderte die öffentliche Meinung in der Türkei stürmisch die Wiedereroberung Thraziens und Adrianopels.

Am 21. Juli berichtet der Militärattaché in Konstantinopel:

„Wenn die Regierung diesem Verlangen der Nation nicht sofort nachgibt und die Armee vorläufig an der Linie Enos—Midia haltmachen läßt, so geschieht dies wohl nur mit Rücksicht auf die Großmächte und besonders auf Rußland, von dem man für den Fall des weiteren Vorgehens ein Veto und eventuell eine aktive Intervention befürchtet.

Es können jedoch im Laufe der weiteren Entwicklung Ereignisse eintreten, welche die Pforte zwingen würden, aus ihrer Reserve herauszutreten und den Vormarsch bis Adrianopel trotz allen dagegen sprechenden Gefahren anzuordnen. Ein solcher Fall wäre z. B., wenn sich die Lage Bulgariens im Laufe der nächsten Tage durch weitere militärische Niederlagen noch ungünstiger gestalten und in eine Katastrophe verwandeln würde."

Und weiter:

„Die hiesige Stimmung ist gegenwärtig vor allem bulgarenfeindlich und läßt sich in ihrer Vehemenz selbst durch die griechischen Phantasien nicht ablenken. Aus diesem Grunde war auch die Mission Načević von Haus aus zum Scheitern verurteilt, und werden auch unsere der Türkei erteilten Ratschläge, über die Linie Enos—Midia nicht hinauszugehen und Adrianopel den Bulgaren zu belassen, nur mit Unwillen zur Kenntnis genommen.

Aus guter Quelle erfahre ich, daß auf der Pforte schon seit einigen Tagen die Idee ernstlich erwogen wird, Bulgarien wegen der gegen die Mohammedaner Rumeliens begangenen Greueltaten den Krieg zu erklären und hiemit den Londoner Präliminarfrieden zu zerreißen."

Am 22. Juli schaffte Enver Pascha ein fait accompli. Er ließ Adrianopel durch das 10. Armeekorps besetzen, was sich kampflos vollzog. Darüber, sowie über die Frage des dauernden Besitzes Adrianopels berichtet der Militärattaché am 2. August:

„Die Wiederbesetzung von Adrianopel durch die türkische Armee hat im ganzen Reiche die größte Freude und Begeisterung hervorgerufen. Die Maßnahmen der Regierung, wie die Reise des Thronfolgers nach Adrianopel, Höchstdessen Ansprachen, sowie die offiziellen Äußerungen verschiedener maßgebender Persönlichkeiten sollen offenbar den Eindruck hervorrufen, daß es der Pforte mit dem Entschlusse, Adrianopel unter keinen Umständen wieder zu räumen, ernst sei."

Nach erfolgreichen Gefechten am 25. Juli nahmen die Griechen am 29. Juli Xanthi, Dedeagač und Makri.

Als der Niederbruch Bulgariens offenkundig war, verlangte Rumänien, das seine Ziele erreicht sah, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Am 30. Juli begann in Bukarest unter Vorsitz Maiorescus eine Konferenz, in der Serbien durch Pašić, Montenegro durch Vukotić, Griechenland durch Venizelos vertreten war. In der Abgrenzungsfrage kam es dabei zu einer scharfen Differenz zwischen Bulgarien und Griechenland, das Kavala samt Hinterland beanspruchte. Die von König Carol erbetene Intervention Kaiser Wilhelms bei König Konstantin führte zum Nachgeben Griechenlands und zum Zugeständnis des Hinterlandes von Kavala an Bulgarien.

Am 10. August wurde der Friede von Bukarest geschlossen. Bulgarien hatte Silistria sowie das Gebiet von Turtukai bis Ekrene an Rumänien abzutreten und die Befestigungen von Rusčuk, Šumla und Balčik zu schleifen. Die serbisch-bulgarische Grenze hatte vom Berge Patarika der Wasserscheide zwischen Vardar und Struma bis zur Beleš-planina zu folgen, die bulgarisch-griechische Grenze dem Kamme dieses Gebirges bis zur Mündung der Mesta.

Rumänien, Serbien, Griechenland und auch Montenegro gingen aus diesem Frieden wesentlich vergrößert hervor. Österreich-Ungarns Feinde waren zu erheblicher Machtentwicklung gelangt. Nachdem die Monarchie es versäumt hatte, durch tatkräftiges Eingreifen dies zu verhindern, versuchte sie jetzt auf diplomatischem Wege die üblen Folgen ihres Zögerns zu beseitigen oder doch zu verringern und schlug eine Revision des Bukarester Friedens vor.

Rußland, aus Rücksicht für Bulgarien, und Italien, aus Mißgunst gegen Griechenland, schienen der Revisionsidee nicht abgeneigt. Aber auf Deutschlands entschiedene Ablehnung wurde die Revision fallen gelassen.

In einer Depesche vom 10. August dankte König Carol Kaiser Wilhelm dafür, daß dank ihm der Friede endgültig bleibe.

Mit gehobenem Selbstgefühl freuten sich in Rumänien Volk und Herrscher des errungenen Erfolges.

Österreich-Ungarn sah sich jetzt genötigt, gute Miene zum bösen Spiele zu machen.

Am 12. August sandte Kaiser Franz Joseph ein Glückwunschtelegramm an König Carol. Er hat es kaum freudigen Herzens getan, denn er sah viel zu klar in die Zukunft, um nicht zu erkennen, daß sich mit diesem Ausgang der Balkanwirren Gefahren aufgetürmt hatten, die in Bälde mit eiserner Gewalt an die Pforten seines Reiches pochen würden.

Der Faden zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien war gerissen oder doch gelockert, und es stand in Hinkunft nur mehr zu hoffen, daß Rumänien auf Grund deutschen Einflusses dem Dreibund erhalten bleiben werde.

Während der Friede von Bukarest die Konflikte zwischen Serbien, Griechenland, Montenegro, Rumänien einerseits und Bulgarien anderseits zur Ruhe gebracht hatte, bestanden jene mit der Türkei noch weiter. Der feste Wille der Pforte, das wiederbesetzte Adrianopel nicht mehr herauszugeben und sich die thrazischen Gebiete zu erhalten, brachte sie in Gegensatz zu Bulgarien und Griechenland. In einem Bericht vom 2. August schreibt Oberst Pomiankowski:

„Das bisherige Verhalten der Mächte ist allerdings sehr geeignet, die osmanische Regierung in dieser Absicht zu bestärken. Es ist ein außerordentlich charakteristisches Moment, daß die Mächte sich bisher über ein gemeinsames Vorgehen nicht einigen konnten. Die Mehrzahl derselben ist zwar allerdings im Prinzip gegen das Verbleiben der Türken in Thrazien. Rußland sieht darin, abgesehen von der schweren Schädigung seines Prestiges als slawische Macht, eine Stärkung der türkischen Position an den Meerengen und Frankreich ist mit ihm selbstverständlich offiziell solidarisch. England befürchtet eine Stärkung des Prestiges des Sultans als Kalifen, was ihm mit Rücksicht auf seine mohammedanischen Untertanen in Indien und die arabischen Pläne ganz unerwünscht ist. Unsere Monarchie dagegen möchte eine zu große Schwächung Bulgariens, sowie eine Stärkung des russischen Einflusses dortselbst vermeiden. Nur Deutschland und Italien scheinen auf Seite der Türkei zu stehen und dieselbe in ihrem Streben, Adrianopel zu behalten, zu unterstützen.

Es ist nun allerdings keine leichte Aufgabe, sich über die gegen die Türkei zu ergreifenden Maßnahmen zu einigen. Eine Flottendemonstration mit Absperrung der Meerengen würde weniger die Türkei, als in erster Reihe den Handel der Mächte treffen. Ein russischer Einmarsch in Armenien dürfte auf den Widerspruch der Tripleallianz und vielleicht auch Englands stoßen; eine russische Intervention in Thrazien käme

einem Mandat zur Besetzung der Meerengen gleich und ist demnach gleichfalls nicht wahrscheinlich.

Ebenso werden sich auch die Balkanstaaten kaum entschließen, Bulgarien noch einmal zur Wiedereroberung von Adrianopel zu verhelfen, Bulgarien selbst aber dürfte mit Rücksicht auf seine letzten Niederlagen, die hiebei zutage getretene Kriegsmüdigkeit seiner Armee, schließlich das von den Türken in Adrianopel erbeutete schwere Geschützmaterial kaum in der Lage sein, den Kampf mit der Türkei von neuem aufzunehmen.

Es ist als ein äußeres Zeichen der Schwierigkeit einer Einigung zu betrachten, daß eine gemeinsame Demarche der Mächte in Konstantinopel bisher noch nicht erfolgt ist. Die isolierten Proteste und Ratschläge einzelner Botschafter bei der Pforte machen selbstverständlich gar keinen Eindruck und bestärken eher die Regierung und die Öffentlichkeit in ihrer Ansicht, daß die Türkei Adrianopel endgültig behalten werde.

Vom Standpunkt unserer Monarchie scheint es mir jetzt nach der Niederlage Bulgariens ziemlich irrelevant zu sein, ob Adrianopel schließlich Bulgarien oder der Türkei zufällt. Hauptsache ist, daß Rußland keine Gelegenheit gegeben wird, Bulgarien Adrianopel zu verschaffen und dadurch in diesem Lande wieder zu maßgebendem Einfluß zu gelangen. Für den Fall der großen europäischen Liquidierung aber ist es für unsere Monarchie von höchstem Interesse, daß Bulgarien gegen Serbien auftreten könne, was aber nur unter der Voraussetzung völliger Sicherheit von Seite der Türkei möglich wäre.

In den maßgebenden türkischen Kreisen scheint sich nunmehr nach manchen Schwankungen und trotz aller Empörung über die unerhörten, von Bulgaren begangenen Scheußlichkeiten die Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit eines Einvernehmens mit Bulgarien endlich durchgerungen zu haben. Überall hört man nunmehr die Ansicht, daß Bulgarien der natürliche Verbündete der Türkei sowohl gegen Griechenland als auch gegen Rußland sei. Dieses anzustrebende Verhältnis sei aber nur dann möglich, wenn Adrianopel türkisch bleibt; sollte die Stadt wieder an Bulgarien kommen, dann wäre die Türkei gezwungen, die erste Gelegenheit zu benützen, um sie wieder zu erobern.

Daß unter solchen Umständen eine für uns befriedigende Lösung des Problems nicht leicht ist, ist wohl klar. Ganz unmöglich dürfte sie aber nicht sein, da uns diesbezüglich Griechenland durch seine herausfordernde Expansionspolitik sehr zu Hilfe kommt. Griechenland hat nunmehr das ganze ehemals türkische Gebiet bis an die Maritza besetzt und verlangt überdies, daß Thrazien nicht unter bulgarische Herrschaft gelange, sondern zu einer autonomen Provinz erklärt werde. Wenn nicht alle Umstände täuschen, so müßte hier der Hebel eingesetzt werden, um den

scheinbar unüberbrückbaren türkisch-bulgarischen Gegensatz auszugleichen. Herr Načević ist noch immer in Konstantinopel und steht in ständigem Verkehr mit dem Großvezier, so daß die für uns so erwünschte direkte Verständigung der beiden Staaten noch immer nicht ausgeschlossen erscheint.

Übrigens hat Osman Nizami Pascha vorgestern dem deutschen Botschafter als seine persönliche Meinung erklärt, daß die Räumung Adrianopels durch die Türkei vielleicht nicht unmöglich wäre, wenn die Regierung die Möglichkeit bekäme, die Armee direkt nach Hause zu entlassen, bezw. zu repatriieren. Dies wäre jedoch nur dann denkbar, wenn die Türkei für das Aufgeben Adrianopels ganz bedeutende Konzessionen sofort erhalten würde. Als solche Konzessionen bezeichnete Osman Nizami Pascha:

1. Eine gute strategische Grenze;
2. Verzicht der früheren Alliierten auf jede Kriegsentschädigung und
3. unzweideutige Zustimmung aller Mächte zu der vierprozentigen Zollerhöhung.

Osman Nizami gilt allerdings als das bedeutendste Mitglied der gegenwärtigen Regierung, befindet sich jedoch betreffs der Adrianopler Frage in prinzipiellem Gegensatz zu seinen Ministerkollegen, wodurch der Wert seiner Äußerungen einigermaßen gemindert wird.

Die schwierige und delikate Stellung unserer Monarchie zur Adrianopeler Frage findet in türkischen Kreisen volles Verständnis. Man begreift es sehr gut, daß wir der russischen Politik nicht die Möglichkeit geben dürfen, Bulgarien Adrianopel zuzuschanzen und hält diese unsere Tendenz auch vom Standpunkte der türkischen Interessen für vorteilhaft. Ein zu starkes Betonen unserer bulgarischen Sympathien jedoch, oder gar eine Pression unserseits behufs Räumung von Adrianopel würde sehr verstimmen und müßte für die Beteiligung der Monarchie an der Reformierung der Türkei, sowie für unsere Industrie sehr nachteilige Folgen haben. Es erscheint recht zweifelhaft, ob dieser positive Schaden durch die in Bulgarien zu erreichenden Vorteile aufgewogen werden könnte.

Die hier weilenden griechischen Unterhändler Levidis und Dragunis behaupten, daß zwischen Griechenland und Serbien zwar ein vollkommenes Einvernehmen erzielt worden sei, die Regelung einiger kleinerer Fragen würde sich jedoch wesentlich vereinfachen, wenn Serbien einen Hafen an der Adriaküste erhalten könnte! Markgraf Pallavicini bedeutete den beiden Herren, daß die serbische Hafenfrage an der Adria definitiv gelöst sei und daher bei den griechisch-serbischen Verhandlungen aus dem Spiele gelassen werden müsse.“

Die Adrianopeler Frage nahm Mitte August wieder schärfere Formen an. Ein Attaché-Bericht vom 21. August lautet:

„Wie ich in meinem gehorsamsten Berichte Res. Nr. 226 vom heutigen Tage näher ausführte, beabsichtigte die Pforte, das Gebiet am Ägäischen Meere westlich der Maritza und eventuell auch einige Orte in Altbulgarien selbst zu besetzen. Hiedurch sollten die Bulgaren gezwungen werden, entweder die türkische Armee anzugreifen oder aber nachzugeben und Adrianopel abzutreten.

Als Einleitung zu diesem Schritte sendete die Pforte am 16. d. M. eine Zirkularnote an ihre Vertreter bei den Großmächten, in welcher auf die Greueltaten der Bulgaren gegen die türkischen Kriegsgefangenen verwiesen und gedroht wurde, im Falle der Fortsetzung dieser Grausamkeiten Bulgarien den Krieg zu erklären. Während nun der Botschafter in Wien die Note vollinhaltlich übergab, erklärten die türkischen Vertreter in Paris und Petersburg die Kriegsdrohung als zu gefährlich und sprachen in ihren Erklärungen nur von zu ergreifenden Maßregeln.

Als Antwort auf diese Zirkularnote beantragte die russische Regierung am 17. d. M. eine neuerliche Kollektivdemarche bei der Pforte, in welcher dieselbe unter direkter Androhung von Koerzitivmaßregeln aufgefordert werden sollte, alle westlich der Maritza besetzten Orte unverzüglich zu räumen. Ferner sprach das Petersburger Kabinett den Wunsch aus, daß die Mächte in einer gemeinsamen Note erklären sollen, der Türkei nicht allein jede finanzielle Hilfe, sondern auch die vierprozentige Zollerhöhung zu verweigern, so lange sie das jenseits Enos—Midia gelegene Gebiet nicht evakuiert hat. Schließlich wollte Rußland sogar Frankreich auffordern lassen, auf die hiesige Tabakregie in dem Sinne einzuwirken, daß dieselbe die demnächst der Pforte vertragsmäßig zukommenden bedeutenden Summen nicht auszahle.

Während nun Graf Berchtold diesem Antrage unter mancherlei Vorbehalten zustimmte, wurde die geplante Kollektivdemarche in Konstantinopel durch Baron Wangenheim vereitelt. Derselbe erklärte nämlich in der zu diesem Zwecke abgehaltenen Versammlung der hiesigen Botschafter am 19. d. M., daß seine Regierung die Anwendung von Koerzitivmaßregeln gegen die Türkei als ganz aussichtslos ansehe und demgemäß an dem von Rußland beantragten Schritte nicht teilnehmen könne.

Inzwischen war jedoch Herr von Giers selbständig vorgegangen und hatte vom Großvezier in drohendem Tone Aufklärung über die mit der türkischen Note vom 19. Juli im Widerspruch stehende Besetzung von westlich der Maritza liegenden Orten verlangt. Der Großvezier ließ sich

einschüchtern und versprach, sofort den Befehl ergehen zu lassen, das ganze Gebiet westlich der Maritza zu räumen.

Wie die Armee diesen Befehl aufnehmen wird, ist allerdings sehr fraglich. Denn wenn auch Rußland — sich auf die ungeschickte türkische Note vom 19. Juli stützend — formell im Rechte ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß vom militärischen Standpunkt aus die Besetzung einer gewissen Zone westlich der Maritza unbedingt notwendig ist.

Die plötzliche Abreise der russischen Kriegsschiffe »Kaguk« und »Rostislaw« aus dem Bosporus nach dem Schwarzen Meere dürfte auf den Entschluß des Großveziers großen Einfluß gehabt haben. Herr von Giers sagte diesbezüglich dem Herrn k. u. k. Botschafter, daß diese Maßregel den Zweck habe, den Türken keinen Zweifel an dem Ernste der Situation zu lassen."

Nunmehr schien aber doch Bulgarien in der Adrianopeler Frage nachgeben zu wollen. In einem Bericht vom 23. August meldet der Attaché:

„Vorgestern nachmittags erschien Herr Načević beim Herrn k. u. k. Botschafter und erklärte, daß Bulgarien unter Umständen geneigt wäre, mit der Türkei betreffs Regelung der Adrianopeler Frage in Unterhandlungen einzutreten. Grundbedingung sei aber hiebei, daß, falls die Verhandlungen zu keinem positiven Resultat führen sollten, der Londoner Friedensvertrag voll in Kraft bleiben müsse.

Die Pforte, welche von dieser Stimmung Bulgariens unterrichtet sei, habe behufs Führung der Verhandlungen die Entsendung des Handelsministers Suleiman Bostani Effendi nach Sofia beantragt. Die bulgarische Regierung fürchte jedoch, daß der Beginn direkter Besprechungen mit der Türkei ihren Gegnern im eigenen Lande eine Handhabe zu Angriffen bieten würde und glaubt, daß ein von den Mächten auf Bulgarien ausgeübter Druck ihre Stellung sehr erleichtern würde. Herr Načević bat nun den Herrn k. u. k. Botschafter, Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen Berchtold über diese Lage des bulgarischen Kabinetts Meldung zu erstatten und ihn zu bitten, die Mächte zu veranlassen, Bulgarien in der angedeuteten Weise zu Hilfe zu kommen.

Besonders interessant ist, daß der bulgarische Delegierte auf die Frage des Markgrafen, ob er Herrn Giers von diesem Schritte informiert habe, dies verneinte und hinzufügte, daß Giers in der Adrianopeler Frage *persönlich* einen vollkommen intransigenten Standpunkt einnehme.

Es ist jedoch bezeichnend, daß auch Herr von Giers seit gestern etwas schwankend geworden zu sein scheint. Er äußerte zu Markgraf Pallavicini, daß man noch einen Versuch machen müsse, eine gemeinsame

Aktion der Mächte zustande zu bringen. Würde dieselbe wieder scheitern, dann müßte allerdings die Adrianopeler Frage auf eine andere Weise gelöst werden. Aus dem resignierten Tone des russischen Botschafters schließt nun der Herr Markgraf, daß Herr Giers hiebei die Anerkennung der vollzogenen Tatsache durch die Mächte und Bulgarien gemeint habe."

Der tote Punkt in den Verhandlungen war aber damit nicht überwunden, die Pforte schien ihren Forderungen gewaltsamen Nachdruck verleihen zu wollen.

Ein Bericht vom 26. August bemerkt, daß die Türkei schon wegen der Unmöglichkeit, ihre Streitkräfte länger unter den Waffen zu halten, gegen Bulgarien vorgehen würde, dessen kriegsmüde Truppen kaum zu großem Widerstand fähig seien. Darüber im klaren, wäre der bulgarische Gesandte Herr Načević in großer Sorge um das Schicksal seines Landes und bedauere die Unnachgiebigkeit seiner Regierung, die die Lage verkenne. Er bat, man möge die bulgarische Regierung durch Graf Berchtold aufklären und zum Nachgeben bestimmen lassen.

Tatsächlich schien nach einem Bericht vom 2. September Bulgarien endlich zum Einlenken bereit, umsomehr, als auch Rußland nicht mehr für Bulgarien eintrat. Der Militärattaché schreibt am 2. September:

„Mein russischer Kollege sagte mir kürzlich, daß eine militärische Aktion Rußlands gegen die Türkei ganz ausgeschlossen sei und der finanzielle Boykott als einziges Mittel übrig bleibe, um die Türkei zur Räumung von Adrianopel zu zwingen. Als ich hierauf einwendete, daß ich auch an die Wirksamkeit dieses Mittels nicht glauben könne, da die Türkei — wenn von Frankreich boykottiert — in Deutschland Geld erhalten dürfte, meinte Leontiew, vor allem würde sich Italien beeilen, der Türkei die nötigen Summen zu liefern.

»Schließlich« — sagte Leontiew — »welches Interesse hätte gegenwärtig Rußland, den Zusammenbruch der Türkei zu wünschen? An Stelle derselben würden andere Großmächte treten, und Rußland kann nicht wünschen, mit Deutschland außer der europäischen auch noch eine asiatische Grenze zu haben.»"

Eine neue Schwierigkeit zwischen der Türkei und Bulgarien drohte von dem Verhalten der Bewohner Gümüldžinas. Sie hatten eine provisorische Regierung eingesetzt und erklärt, sich dem Einrücken der Bulgaren bewaffnet widersetzen zu wollen.

Nach einem Bericht vom 13. September war man aber in türkischen Regierungskreisen jetzt entschlossen, sich mit Bulgarien auszugleichen, wohl auch um freie Hand zur Abrechnung mit Griechenland zu gewinnen.

Am 29. September kam zwischen Bulgarien und der Pforte der Friede von Konstantinopel zustande. Bulgarien hatte Adrianopel, Kirk-Kilisse und Iniada der Türkei zu überlassen.

Viel länger zogen sich die Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland hin.

Die an Seite Serbiens und Rumäniens erzielten Erfolge gegen das allseits bedrängte Bulgarien hatten in Griechenland hochgespannte Erwartungen wachgerufen. Sie richteten sich zunächst auf das Gebiet bis an die Maritza mit dem Hafen von Dedeagač, hatten aber für die Folge auf Konstantinopel gerichtete Pläne im Auge. Schon am 21. Juli berichtete der k. u. k. Militärattaché in Konstantinopel:

„Aber auch ohne eine solche Eventualität*) könnte die Türkei niemals zugeben, daß sich die Griechen in Dedeagač festsetzen und ihre Grenze bis an die Maritza vorschieben. Ebenso undenkbar vom türkischen Standpunkt wäre die von Griechenland projektierte Autonomie Thraziens, da durch dieselbe die türkische Herrschaft an den Meerengen und in Konstantinopel direkt bedroht wäre.

In meinem brieflichen Berichte Res. Nr. 113 vom 24. April d. J. habe ich die byzantinischen Aspirationen der Griechen erörtert und hervorgehoben, daß die Besiegung der Bulgaren die erste Etappe zur Verwirklichung derselben bedeuten würde. Meine damaligen Vermutungen scheinen sich nunmehr zu bestätigen. Die Konstantinopeler Griechen betrachten bereits Dedeagač als griechische Stadt und ziehen aus dieser vermeintlichen Tatsache die gewagtesten Konsequenzen.

Alle Anzeichen und Prämissen deuten darauf hin, daß Griechenland nunmehr für die Türkei ein weit gefährlicherer Feind geworden ist als Bulgarien. In der Türkei leben noch immer zirka zwei Millionen, in Konstantinopel selbst 300.000 Griechen; ebenso bedeutungsvoll ist der Umstand, daß Griechenland über eine der türkischen überlegene Kriegsflotte verfügt und hiedurch befähigt wäre, Konstantinopel zu beherrschen.

In türkischen Regierungskreisen scheint man jedoch merkwürdigerweise die griechische Gefahr noch immer nicht ernst zu nehmen und zu glauben, mit derselben leicht fertig werden zu können. Osman Nizami Pascha entwickelte mir gestern, daß die griechische Armee trotz ihrer Siege nichts wert sei und sich mit der türkischen nicht messen könne. Bei Janina hätten 12.000 verhungerte Türken 70.000 Griechen durch mehrere Monate in Schach gehalten.“

Über die damalige Auffassung in türkischen Kreisen hinsichtlich der griechischen Gefahr berichtet der Militärattaché:

*) Gemeint ist der türkisch-bulgarische Konflikt wegen Adrianopels.

„Einer vorläufig noch unbestätigten Nachricht zufolge soll Bulgarien schon vor einigen Tagen der Pforte den Antrag gemacht haben, unter gewissen Bedingungen in direkte Verhandlungen betreffs Abtretung von Adrianopel einzutreten. Unter diesen Bedingungen sind hauptsächlich zwei von Bedeutung und Interesse. Die erste betrifft die Unterstützung der bulgarischen Aktion in Mazedonien durch die Türkei, die zweite eine Allianz zwischen den beiden Staaten.

In Mazedonien handelt es sich dem Sofioter Kabinett um ein Zusammenwirken des bulgarischen mit dem türkischen und albanesischen Element gegen die serbische, beziehungsweise griechische Herrschaft. Es ist wahr, daß bei dieser geplanten Kooperation der Einfluß der türkischen Regierung auf die Mohammedaner Mazedoniens von ausschlaggebender Bedeutung wäre. Die Pforte scheint zwar über ihre diesbezügliche Haltung noch nicht ganz im klaren, dürfte jedoch nicht abgeneigt sein, den bulgarischen Wunsch in Erwägung zu ziehen.

Was jedoch den Vorschlag Bulgariens bezüglich Abschlusses einer Allianz anbetrifft, so soll die Pforte denselben rundweg abgelehnt haben. Betreffs der zukünftigen Politik der Türkei sind in Konstantinopel zwei Strömungen vorhanden, von denen die eine — von Deutschland unterstützt — ein enges Zusammengehen mit Griechenland wünscht, während die zweite eine Entente mit Bulgarien befürwortet.

Es scheint mir nun nicht zweifelhaft zu sein, daß die überwiegende Mehrheit der urteilsfähigen türkischen Kreise — nach Regelung der Adrianopeler Frage — einen Anschluß an Bulgarien bei weitem vorziehen würde. Man ist sich darüber klar, daß Griechenland von nun an der gefährlichste Feind der Türkei sei und wird durch verschiedene Vorfälle der letzten Zeit in dieser Ansicht noch bestärkt.

Der Tagesbefehl des Königs Konstantin an die hellenische Armee, die Erinnerungsmedaille mit den Bildnissen des Königs Konstantin und des Kaisers Basilius Bulgaroktonos, die beabsichtigte Krönung mit der alten byzantinischen Kaiserkrone und Annahme des Namens Konstantin XII., sowie noch manche andere Symptome deuten darauf hin, daß Griechenlands zukünftige Politik auf die Verwirklichung seiner byzantinischen Aspirationen gerichtet sein wird.

Trotz dieser Erkenntnis glaubt jedoch die Pforte, sich gegenwärtig noch nicht binden zu dürfen. Sie hält es für vorteilhafter, vorläufig neutral zu bleiben und ihre Unterstützung erst später als entscheidendes Moment in die Wagschale zu werfen. Der Großvezier ist überzeugt, daß der hiezu geeignete Augenblick nicht lange auf sich warten lassen wird, da die Zustände in Mazedonien — seiner Ansicht nach — schon in einigen Monaten zu einem neuen Konflikt führen müssen."

Ein Bericht vom 11. September ergänzt dies:

„Während die jungtürkische Presse fortgesetzt eine äußerst feindselige Sprache gegen Bulgarien führt und offenbar unter russischem Einflusse ein Bündnis der Türkei mit Serbien propagiert, ist die Stimmung auf der Pforte eine wesentlich andere. Der Großvezier ist über die Entsendung einer zahlreichen bulgarischen Gesandtschaft sichtlich befriedigt, dagegen auf Griechenland äußerst schlecht zu sprechen. Vor einigen Tagen sagte Prinz Said Halim dem Herrn k. u. k. Botschafter wörtlich:

»Wir müssen wenigstens die großen Inseln nächst der asiatischen Küste behalten, sonst sind wir gezwungen, weiter Krieg zu führen.«

Baron Wangenheim*) ist von dieser Wendung der Dinge sehr unangenehm berührt. Seiner Ansicht nach müßte sich Deutschland, nachdem die Türkei ungleich wichtiger ist als Griechenland, dieser Situation anpassen. Griechenland sei durch seine Erfolge berauscht und beginne nach Meinung des Barons eine sehr gefährliche Politik zu treiben.

Wie mir Major Strempel**) selbst eingestand, ist auch er persönlich von der Inopportunität der Unterstützung Griechenlands durch die deutsche Politik überzeugt, doch ließe sich leider vorläufig dagegen nichts machen."

Ein Bericht Pomiankowskis vom 13. September bemerkt:

„Die Stimmung gegen Griechenland ist allerdings sehr gereizt. Nicht allein auf politischem und miltärischem Gebiete, sondern im wirtschaftlichen Leben fühlt man in der Türkei den Gegensatz zum Griechentum. In ökonomischer und kommerzieller Beziehung bereitet sich ein Boykott vor, der angeblich von den unteren Klassen ausgehen und hauptsächlich gegen die griechischen Gewerbetreibenden, Schiffahrtsunternehmungen, Bankinstitute etc. gerichtet sein soll.

Man wünscht allerdings bald zu einem Einvernehmen mit Griechenland zu gelangen und die Kriegsgefangenen möglichst rasch zurückzubringen. Die Inselfrage jedoch, deren Lösung sich die Mächte vorbehalten haben, bleibt aus den direkten Verhandlungen ausgeschlossen. Daß die Pforte entschlossen zu sein scheint, wenigstens die großen Inseln zu behalten, sonst aber einen neuen Krieg zu führen, habe ich E. E. bereits gemeldet.

Es ist nun klar, daß es für diese Eventualität notwendig ist, die türkische Kriegsflotte ausgiebig zu verstärken. Der vor kurzem vom Stapel gelassene Dreadnought »Reschadie« soll im März nächsten Jahres hier eintreffen. Überdies jedoch soll, wie gerüchtweise verlautet, die Pforte

*) Deutscher Botschafter in Konstantinopel.

**) Deutscher Militärattaché in Konstantinopel.

über den Ankauf mehrerer Kriegsschiffe mit Italien in Verhandlung stehen. Die Abreise des Botschafters Garroni von hier nach Italien wird mit dieser Transaktion in Zusammenhang gebracht.

Es ist charakteristisch, daß die Pforte bemüht ist, ihre Animosität gegen Griechenland vor der hiesigen deutschen Botschaft zu verschleiern. Der Großvezier sagte kürzlich dem Baron Wangenheim, daß man entschlossen sei, in kürzester Zeit entweder mit Bulgarien o d e r Griechenland in nähere Beziehungen zu treten. Auf diese Weise werde die Türkei in eine Interessengemeinschaft mit einer oder der anderen Mächtegruppe treten und die bisherige Isoliertheit, welche dem Reiche so großen Schaden gebracht hat, endgültig aufgeben."

Nicht ganz ohne Rückschlag sind die Balkanvorgänge auch auf das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland geblieben. Waren die Regierungen beider Staaten auch in dem Streben einig, das Bundesverhältnis zu Italien enger zu gestalten und Rumänien dem Dreibunde zu erhalten, so fand doch Österreich-Ungarns Absicht, Bulgarien nicht im Stiche zu lassen, bei Deutschland wenig Anklang, es stellte die Rücksichten auf Rumänien weit höher.

Schon am 5. Juli berichtet der k. u. k. Militärattaché in Paris:

„Als der k. u. k. Botschafter Graf Szögyeny-Marich*) den Auftrag erhielt, beim Staatssekretär von Jagow Schritte zu tun, damit auch Deutschland seinen Einfluß aufbiete, Rumänien abzuhalten, gegen Bulgarien Front zu machen, lehnte Jagow dieses Ansinnen ab, indem er meinte, Deutschland wolle bei seinem Bundesgenossen nicht durch Beeinflussung seiner Politik gerade in dem Augenblick Mißstimmung erregen, wo jener Forderungen an Bulgarien in so nachdrücklicher Art stelle."

Ganz eigenartig war Deutschlands Stellung zur Türkei, die es für sich gewinnen wollte, während es gleichzeitig seine Sympathien dem zur Pforte im schroffen Gegensatz stehenden Griechenland zuwendete. Man hat diese Sympathien der Verwandtschaft zwischen dem deutschen und dem griechischen Regentenhause zugeschrieben.

Ein Bericht des Militärattachés in Konstantinopel vom 2. September sagt:

„Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, hat die hiesige deutsche Botschaft vor einigen Tagen einen Erlaß aus Berlin erhalten, welcher direkt von Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm ausgehen und sogar von Seiner Majestät selbst unterzeichnet sein soll. Dieses Schriftstück soll nach Mitteilung meines Gewährsmannes hauptsächlich folgende drei Punkte enthalten und ausführen:

---

*) K. u. k. Botschafter in Berlin.

1. Es wird das Gerücht widerlegt, als ob der Kaiser eine Verwandtschaftspolitik treiben würde. In Wirklichkeit sei das Gegenteil der Fall; der Kaiser nützt nämlich Höchstseine Familienbeziehungen für die Reichspolitik aus.

2. Der Kaiser fühlte sich verpflichtet — selbst auf die Gefahr hin, in Wien zu verstimmen — Rumänien für den Dreibund zu retten. Auf diese Weise ist der Telegrammaustausch zwischen dem Kaiser und König Carol zu interpretieren.

3. Die deutsche Politik gegenüber der Türkei bleibt in Zukunft ebenso wie bisher eine freundschaftliche und wird auch fernerhin in entschiedener Weise für die Erhaltung des osmanischen Reiches eintreten."

Die vorstehenden Darlegungen geben für die Monate Juli, August, September das Bild der Lage, wie es sich mir den verschiedenen Nachrichten entsprechend darbot. Wie sich nach Maßgabe der allmählichen Entwicklung der Ereignisse mein Wirken einfügte, soll nun nachgetragen werden. Selbstverständlich stand ich hinsichtlich der Konsequenzen, die die Monarchie aus der jeweiligen Lage zu ziehen gehabt hätte, mit Graf Berchtold auch in dieser Zeitperiode in stetem Kontakt. Der mündliche Verkehr war allerdings durch meine wiederholte Abwesenheit von Wien unterbrochen, der schriftliche Verkehr ersetzte ihn jedoch.

Bei dem passiven, zurückhaltenden Verharren der Monarchie gegenüber den Balkanvorgängen mußte — wie auch schon früher erwähnt — die normale Friedenstätigkeit ihren Weg gehen; sie berief mich häufig von Wien ab. So hatte ich vom 10. bis 18. Juni die große Generalstabsreise in Ostgalizien, vom 25. Juni bis 5. Juli die Generalsreise in Oberösterreich geleitet und mich dann nach Tirol begeben.

Vom 24. bis 27. August wohnte ich den großen Kavalleriemanövern in Ungarn bei; am 28., 29. und 30. August der Angriffs- und scharfen Schießübung schwerer Artillerie auf ein markiertes Gebirgsfort auf der Mauthner Alpe bei Mauthen in Kärnten; vom 3. September bis 5. September der Schießübung bei St. Peter nächst Adelsberg. Vom 6. bis 10. September war ich bei den deutschen Kaisermanövern in Schweidnitz. Am 11. September befand ich mich in Wien und reiste am 12. September zu den Armeemanövern in Böhmen nach Chotowin. Vom 12. bis 17. September nahm ich an diesen Manövern als Chef des Generalstabes der Übungsleitung teil, kehrte am 17. September nach Wien zurück, reichte mein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand ein und begab mich zu Freunden nach Steiermark, wo ich die Entscheidung des Gesuches abwartete. Sie lautete abschlägig. Am 28. September traf ich wieder in Wien auf meinem Dienstposten ein. Eingehenderes hierüber folgt nun.

Mein Verkehr mit Graf Berchtold stand unter dem Eindruck der großen Gefahr, die sich durch die Erfolge und das Anwachsen Serbiens für Österreich-Ungarn herausgebildet hatte und die abzuwenden ein Gebot der Selbsterhaltung war.

Da ich die besten Chancen für eine direkte selbständige kriegerische Lösung der serbischen Frage ungenützt dahingegeben sah und bei unseren leitenden Kreisen die Entschlossenheit vermißte, trotz der geminderten Chancen auf eine kriegerische Lösung einzugehen, beschäftigte mich auch die Idee, eine Lösung auf anderem Wege zu versuchen. So wenig Aussicht auch der Versuch haben mochte, ungetan sollte er nicht bleiben, wäre es auch nur, um den Vorwurf zu vermeiden, daß man tatenlos auf abschüssiger Bahn verblieben sei.

Stets hegte ich auch die Befürchtung, daß man sich durch die endlosen Komplikationen am Balkan zu kleinlichen Maßnahmen verleiten lassen würde, die zur Verzettelung jener Kräfte führen mußten, deren man für ernste Lagen dringend bedurfte. Auch besorgte ich, daß man sich dadurch binden und jede Freiheit des Handelns verlieren würde.

Diesem Gedankengang folgte auch meine nächste Korrespondenz mit Graf Berchtold.

Ich stelle ihr einen vom 14. Juli datierten, noch an diesem Tage in Steiermark erhaltenen Brief meines Stellvertreters Generalmajor von Höfer voran, weil er die Auffassung kennzeichnet, die zur Zeit des Eingreifens Rumäniens in den leitenden Kreisen Österreich-Ungarns herrschte. Höfer schreibt:

„Ich sprach heute früh bei Exzellenz Kriegsminister vor, und er gab mir folgendes bekannt:

1. Stimmung im allgemeinen friedlich; Minister des Äußern hat vorerst nicht die Absicht, irgend eine Anregung für Einberufung eines Kongresses zur Regelung der Balkanfrage zu geben. Dagegen gab Jagow bekannt, daß Deutschland an einem solchen Kongresse teilnehmen würde, falls einer der Kriegführenden direkt oder durch Vermittlung einer anderen Großmacht in diesem Sinne an Deutschland herantreten würde. Dann will sich unser Minister des Äußern auch anschließen, damit nicht R.*) und F.**) allein die Länderverteilung vornehmen.

2. Ein Vorgehen gegen S.***) wegen des voraussichtlichen großen Gebietszuwachses scheint nicht erwogen zu werden, da S.***) angeblich bisher »keinen Grund zum Einschreiten« böte.

---

*) Rußland.

**) Frankreich.

***) Serbien.

3. Sollte aber R.*) »in eine ernste Aktion eintreten,« so wollen wir uns gegen dasselbe stellen.

4. Das Streben geht dahin, Rumänien dem Dreibund zu erhalten; es seien zwischen den Ministern des Äußern und des Innern Besprechungen im Zuge über ein Ansuchen Rumäniens, daß aus der Bukowina Erntearbeiter nach Rumänien gehen dürfen, um die durch die Mobilisierung dort fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Exzellenz Kriegsminister machte wohl auf das Bedenkliche dieser Maßnahme aufmerksam und verlangte, daß diesbezüglich schriftlich an das Kriegsministerium herangetreten werde.

Minister des Äußern will Rumänien jedenfalls den Rat geben, sich nicht von Rußland allzusehr bluffen zu lassen.

5. König von Griechenland hat erklärt, nicht nachzugeben, bevor er nicht in Sofia eingezogen sei, um dort Genugtuung zu nehmen für das Massaker griechischer Priester in Thrazien.

6. Griechenland sucht ernstlich Anschluß an den Dreibund (wahrscheinlich Aktion seitens des Deutschen Kaisers).

7. Aus Budapest brachte Exzellenz Kriegsminister sehr kriegerische Stimmung gegen Serbien, hält sie aber nicht für nachhaltig.

8. Ein Moment des Entgegenkommens gegenüber Rumänien ist auch das Zugeständnis der Pferderemontierung aus unseren Gebieten. Exzellenz Kriegsminister hat wohl ein Kontingent bis zu 20.000 Pferden zugestanden; ein so hoher Bedarf soll aber nicht eintreten, und es muß jeweilig bei Nennung der Bedarfszahl und des Aufbringeortes an das Kriegsministerium eingeschritten werden. Bisher sollen zirka 800 Pferde nach Rumänien abgegangen sein. (Ich werde darüber nächstens im Elench melden.)

9. Exzellenz Berchtold erhielt E. E. Brief eben, als Exzellenz Kriegsminister bei ihm war. Exzellenz Berchtold las letzterem den Brief teilweise vor und erwähnte, daß es ihm (Berchtold) jetzt und innerhalb so kurzer Zeit kaum möglich sein wird, E. E. eine definitive Antwort geben zu können.

10. Ersatz des Besatzungsdetachements in Skutari kam nicht zur Sprache. Hiezu melde ich jedoch, daß wieder ein neuer Antrag des Ministers des Äußern gewärtigt wird, der wieder eine andere Zahl angibt und voraussichtlich auf die Beigabe einer starken Musik (!) Wert legen soll (weil die Engländer auch 40 Mann Musik haben sollen).

11. Schließlich bitte ich noch, daß in dem von E. E. gewählten Chriffre-Schlüssel der für „b“ und „g“ nach meiner Vormerkung die gleiche Ziffer (12) gibt, etwa für „b“ 12 bleibe und für „g“ 21 trete. Ich würde hierüber auch Oberst Metzger und Major Kundmann verständigen.

Genehmigen etc. H ö f e r, Generalmajor.“

---

*) Rußland.

Höfers Brief beantwortete ich am 15. Juli von Kl.-Hardt wie folgt:

„Lieber Höfer!

Ich danke Dir herzlichst für Deinen ausführlichen Brief. Das ist allerdings eine traurige Perspektive, aber das logisch, unerbittlich konsequente Resultat der timiden Politik des Jahres 1908—09; wir sitzen glücklich zwischen allen Stühlen auf der Erde, wie jeder, der nicht entschieden ein selbstgestecktes positives Ziel verfolgt. Den Frieden werden wir ja haben können, wenn wir auf allen Seiten abdanken.

Daß sich eine Politik, die bisher derart zurückhaltend war, entschließen sollte, sich gegen Rußland zu stellen, glaube ich nicht mehr.

Rumänien wird so lange Profit aus uns ziehen, als es dabei seine Rechnung findet, dann aber ohne unsern Rat tun, was ihm beliebt.

Ob Griechenland an den Dreibund kommt, ist wohl auch noch fraglich, jedenfalls hat letzterer im allgemeinen Fiasko gemacht, woran wohl auch sehr viel Deutschland Schuld trägt; es hat uns zurückgehalten und mit seiner Türkenpolitik in eine falsche Richtung gebracht.

Wie stehen momentan folgende Fragen:

Erhöhtes Rekrutenkontingent? Erhöhtes Budget? Schwere Artillerie? (Angriffsartillerie, freiwerdende jetzige behufs Erneuerung unserer dermaligen ganz alten Festungsarmierung.) Leichte und schwere Feldhaubitze? Gebirgsgeschütz? Es wird in allen diesen Fragen ein erneuerter Druck nötig sein.

Geradezu erheitert hat mich die Musik für Skutari!....

Einverstanden mit G. 21. Ich reise also am 17. nach Innichen*), wo ich abends eintreffen will. Sei herzlich gegrüßt von

Deinem aufrichtig ergebenen Conrad."

Indessen nahm die Aktion Rumäniens ihren Lauf. Vor meiner Abreise nach Tirol hatte ich am 27. Juli eine Besprechung mit Graf Berchtold. Deren Inhalt faßte ich in nachstehendem Schreiben zusammen, von dem ich eine Abschrift auch der Militärkanzlei Seiner Majestät vorlegte:

„Chef des Generalstabes.
Gstb. Nr. 3210.

An den Minister des Äußern Grafen Berchtold.

Euer Exzellenz!

Entsprechend meiner Gepflogenheit, wichtige Äußerungen meinerseits nachträglich schriftlich niederzulegen, erlaube ich mir, das vorliegende

*) Zu Besuch im Klammschlössel bei der mir befreundeten Familie des Herrn Dr. Richard Ritter von Stern.

Schreiben mit Beziehung auf die Besprechung vom 27. Juli l. J. an E. E. zu übersenden.

Ich lasse verschiedene, minder aktuelle Gesprächsgegenstände beiseite und wende mich dem Kerne der Frage zu, welche durch die momentane Situation im Vordergrunde steht.

Es ist dies das voraussichtliche Sondereingreifen Rußlands gegen die Türkei, um diese zur Räumung der jenseits der Linie Midia—Enos liegenden Gebiete zu zwingen, dadurch Bulgarien zu degagieren und als dessen Retter, sowie überhaupt als tonangebende Macht am Balkan hervorzutreten.

Ich stimme der Ansicht bei, daß dies der Moment wäre, in welchem auch die Monarchie wieder aktiv einzugreifen hätte, aber nur unter der Bedingung, daß ein solches Eingreifen konkrete, große, greifbare Ziele verfolgt, welche zu den aufgewendeten Mitteln im Verhältnis stehen.

Es sind in der Besprechung am 27. Juli folgende zwei Alternativen des Eingreifens berührt worden:

Erstens, Rußland rückt in Armenien ein, Österreich-Ungarn gleichzeitig in Serbien, räumt jedoch dieses wieder, sobald Rußland Armenien räumt;

zweitens, Rußland übt den Druck auf die Türkei auf dem Balkan, also auf europäischem Boden aus, die Monarchie wirkt parallel mit, entweder durch Vorgehen gegen Serbien, oder durch gemeinsame Operationen mit Rußland und Rumänien gegen die Türkei.

Einer Aktion gegen Serbien sollte ein Ultimatum vorangehen, welches von Serbien das Einstellen der Feindseligkeiten und die Annahme der restringierten Grenzen verlangt.

Meine Ansicht über eine derartige Vorgangsweise präzisierte ich und präzisiere ich wie folgt:

Ich erachte es für ganz unangemessen, den Aufwand einer Mobilisierung gegen Serbien in den Kauf zu nehmen, lediglich um des geringfügigen Zieles wegen, bloß mitzutun, Bulgarien zu degagieren und dadurch seine Sympathie zu gewinnen.

Wenn diese Mobilisierung erfolgt, so muß dies für ein mit dem Aufwand im Verhältnisse stehendes Ziel geschehen, als welches ich nur die dauernde Besitznahme Serbiens seitens der Monarchie zu betrachten vermag.

Ich habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß in dieser Frage der Kernpunkt für Bestand und Prosperität der Monarchie gelegen ist und habe im Jahre 1909 dringend darauf verwiesen, daß der Moment für die Realisierung dieser Forderung gegeben, daß er günstig sei und kaum je wieder in gleicher Weise kommen werde.

Mein Rat blieb leider vergeblich, aber an dem Faktum der Forderung hat sich nichts geändert.

Diese Angliederung ist ein Erfordernis aus mannigfachen Gründen; ich will davon nur die wichtigsten politischen, die militärischen und die wirtschaftlichen hervorheben:

Aus politischen Gründen ist es eine eminente Gefahr, außerhalb der Monarchie und an deren südslawische Gebiete grenzend, ein selbständiges serbisches Königreich entstehen zu lassen, welches sich mit der Gloriole nationalen Heldentums und nationaler Prosperität umgibt, dadurch zum Attraktionspunkt für die Südslawen der Monarchie und zum Verbündeten aller Feinde der letzteren wird, in dem mit allen Mitteln der Agitation geförderten Streben, die südslawischen Gebiete der Monarchie und damit deren wesentlichsten Küstenbesitz an sich zu reißen.

In militärischer Beziehung ist es klar, welche große Gefahr darin liegt, daß eine wohlorganisierte, gut bewaffnete, von einheitlich nationalem Geist getragene Armee von 500.000 Mann stets bereit ist, die Monarchie im Süden anzufallen, wenn diese gleichzeitig gegen einen anderen Gegner engagiert ist; die Klugheit gebietet, dies nicht abzuwarten, sondern eine solche Gefahr im Keime zu ersticken, wozu 1909 eine selten günstige Gelegenheit war.

In wirtschaftlicher Beziehung stellt Serbien für die eines Kolonialbesitzes entbehrende Monarchie das wichtigste Absatzgebiet dar; nichtsdestoweniger mußte und muß es dieselbe über sich ergehen lassen, daß Deutschland, Italien und Frankreich ihr dort den Rang ablaufen und sie geradezu verdrängen. Diesem wirtschaftlichen Schaden vermag nur im Wege der Angliederung Serbiens an die Monarchie die Spitze abgebrochen zu werden. Außerdem kommt in Betracht, daß Serbien ein überaus fruchtbares, an Naturprodukten reiches und äußerst entwicklungsfähiges Land ist, dessen Schätze auszubeuten man nicht anderen Staaten überlassen soll.

Die Angliederung Serbiens ist also tatsächlich nicht nur von hohem Wert für die Monarchie, sondern geradezu eine Existenzbedingung für diese.

Für diesen Endzweck lohnt es sich, einen Krieg mit allen seinen Konsequenzen auf sich zu nehmen, und wenn ein Vorgehen gegen Serbien erfolgen sollte, darf es nur zu diesem Endzweck sein.

Eine Politik hingegen, welche darauf hinausläuft, daß die gegen Serbien erforderlichen Kräfte mobilisiert und konzentriert, dann aber wieder unverrichteter Dinge nach Hause geschickt werden, oder welche zwar zu einem Einmarsch, dann aber wieder zur Räumung Serbiens führt, erschiene mir unverantwortlich und höchst verderblich. Die

Politik der Monarchie im Jahre 1854 spricht zu deutlich, um noch einmal in diesen Fehler zu verfallen. Sie hat als kleinliche Tat der Monarchie nur große Opfer auferlegt, nur Feinde gemacht, niemandes Dank geerntet und deren Ansehen untergraben. Aber abgesehen von allem, vertrüge es die Armee nicht zum dritten Male, daß sie unter die Fahnen gerufen und dann unverrichteter Dinge wieder demobilisiert wird, auch zweifle ich, daß die Staatsfinanzen ein solches Experiment vertrügen, und sicherlich würde das Ansehen der Monarchie durch eine solche Vorgangsweise sowohl im Inland als auch im Ausland empfindlich leiden.

Soll es zu einem Ultimatum an Serbien kommen, so muß dieses von Haus aus derart gestellt werden, daß, wenn Serbien nicht sofort, also vor diesseitiger Mobilisierung gänzlich nachgibt und die fraglichen Gebiete räumt, ein späteres derartiges Nachgeben nach bereits begonnener Mobilisierung nicht akzeptiert, sondern die kriegerische Aktion gegen Serbien voll und ganz durchgeführt werde. Es müßte mit voller Sicherheit fixiert sein, daß etwaige zur Nachgiebigkeit drängende Stimmen ungehört bleiben.

Bei einem solchen Vorgehen gegen Serbien muß nun auch mit der Möglichkeit eines Eingreifens Rußlands gegen die Monarchie und daher mit der Aufrollung des Dreibundkriegsfalles gerechnet werden und habe ich in dieser Beziehung E. E. vertraulich und strengst geheim mitgeteilt, daß, wenn dieses Auftreten Rußlands in den ersten vierzehn Mobilisierungstagen erfolgt, ein Umspringen vom B-Fall in den R-Fall vorbereitet und durchführbar ist.

Daß Deutschland, welches in gierigem Egoismus die Monarchie aus Serbien und überhaupt vom Balkan kommerziell zu verdrängen trachtet, nicht sehr gerne mithalten würde, darf die Monarchie nicht von der Verfolgung ihres Interesses abhalten, denn man kann sicher voraussetzen, daß umgekehrt Deutschland skrupellos die Monarchie zum Mittun zwingen würde, wenn seine Interessen, so z. B. das Vorgehen Rußlands in Asien, dies erheischen würde. Ritterliche Rücksichtnahmen können in der Politik zum Verbrechen am eigenen Staate werden, sind mindestens übel angebracht.

Als Ziel des Eingreifens lediglich die Dankbarkeit Bulgariens oder eine kleine Einschränkung Serbiens hinzustellen, erachte ich mit der Größe der aufgewendeten Mittel nicht im Einklang.

Wie es mit der Dankbarkeit in der Politik, speziell jener der Balkanstaaten aussieht, zeigt am besten das Verhalten Serbiens, das im Jahre 1886 nur durch Eingreifen der Monarchie von der bulgarischen Invasion gerettet wurde.

Wenn reale Interessen in Hinkunft Bulgarien an die Monarchie weisen, wird es mit dieser sein, ansonsten, also aus bloßer dankbarer Sympathie, gewiß nicht. Bleiben aber zwischen Bulgarien und Serbien strittige Punkte offen, so ist zu hoffen, daß in Hinkunft diese beiden Staaten sich gegenseitig binden werden, wodurch die Monarchie im Süden entlastet und auch Rumänien gegen Rußland wieder frei wird, was für die Monarchie von eminenter militärischer Bedeutung für den Fall eines Krieges gegen Rußland ist. Ein saturiertes Bulgarien birgt viel eher die Gefahr, daß es sich in einen Balkanbund mit Serbien eingliedern würde, als ein Bulgarien, welches auf serbische Gebiete reflektiert.

Allerdings einer schwerwiegenden Verkleinerung Bulgariens muß eine Grenze gezogen werden; die hiezu gedachte Aktion gegen Serbien müßte aber dann nicht nur dieses Ziel, sondern die gänzliche Niederwerfung Serbiens verfolgen.

Ich komme nun auf das Eingreifen Rußlands gegen die Türkei zum Zwecke der Degagierung Bulgariens.

Sofern die analoge Aktion unserseits indirekt durch das Vorgehen gegen Serbien gemacht ist, gilt alles im Vorstehenden Gesagte, d. h. die Aktion müßte das große Ziel der Niederwerfung und Angliederung Serbiens verfolgen; ist aber die Aktion als direkte Kooperation mit Rußland gedacht, so kommt folgendes in Betracht:

Hat die Aktion bloß die Form einer Flottendemonstration, wird sie also nur mit maritimen Mitteln durchgeführt, so kann sich die Monarchie ohneweiters beteiligen, sofern die Flotte nicht zu wichtigeren Zwecken gebunden ist, z. B. in der Adria, zum Schutze Valonas. Greift Rußland aber mit Landstreitkräften am Balkan gegen die Türkei ein, so kann dies nur entweder durch eine Truppenlandung an der Schwarzen Meer-Küste, oder auf dem Landweg durch Rumänien erfolgen. Ersteres erachte ich — für sich allein — nicht sehr wahrscheinlich, weil die Landung geringer Kräfte nicht ausreichend wäre, jene bedeutender Kräfte aber zeitraubend, umständlich, selbst prekär ist.

Wählen die russischen Streitkräfte aber den Weg durch Rumänien, so ist es wohl am natürlichsten, wenn sie gemeinsam mit rumänischen Truppen gegen die türkischen Streitkräfte vorgehen, sowie überhaupt eine Mitwirkung Rumäniens höchst wahrscheinlich wäre.

Wollte nun die Monarchie, lediglich um nicht Rußland allein als Retter Bulgariens gelten zu lassen, militärisch direkt gegen die türkischen Streitkräfte mitwirken, so müßte sie etwa ein Korps zu drei Divisionen für diesen Zweck bestimmen; als solches käme natürlich das 12. Korps (Siebenbürgen) in Betracht, das via Rumänien und Bulgarien vorzugehen

hätte; dabei käme es aber in unmittelbarsten Zusammenhang mit der rumänischen Armee, so daß die Frage des Oberbefehls dringlich wäre; dieser fiele naturgemäß dem König von Rumänien oder dem Kronprinzen zu.

Zwar würde dadurch eine gewisse Waffenbrüderschaft zwischen kaiserlich-königlichen und rumänischen Truppen geschaffen werden, aber es ist doch nicht unbedenklich, die Truppen des 12. Korps, welche größtenteils rumänischer Nationalität sind, unter einen rumänischen Herrscher oder Prinzen zu stellen.

Auch ist es fraglich, ob eine solche bloß geringfügige Mitwirkung der Monarchie von besonders erfolgreichem Eindruck wäre; schließlich würde sie auch gar kein greifbares Resultat zur Folge haben.

Bei all dem will aber auch in Betracht gezogen sein, ob es für die Monarchie ein so besonderer Vorteil ist, die Türkei gänzlich zurückzudrängen und in offene Feindschaft mit ihr zu treten, lediglich um die bloß platonische Sympathie Bulgariens einzutauschen. Ein solches Zurückdrängen der Türkei hätte nur dann einen Vorteil für die Monarchie, wenn man von einer starken Türkei befürchten müßte, daß sie sich einmal mit Serbien gegen Bulgarien alliiert.

Wenn ich nun alles Vorangeführte zusammenfasse, so gipfelt es für mich darin, daß große militärische Maßnahmen nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn sie einem großen, greifbaren, bis zur Entscheidung zu verfolgenden Ziele gelten, daß es aber ganz unangemessen wäre, solche Maßnahmen zu treffen, also eine Mobilisierung durchzuführen, ohne die bereitgestellten Kräfte zum Schlage kommen zu lassen, sie vielmehr wie dies nun schon zweimal geschehen ist, unverrichteter Dinge wieder zu demobilisieren.

Genehmigen E. E. etc.

Innichen, am 28. Juli 1913.

Conrad m. p., G. d. I.“

Dem Schreiben an Graf Berchtold vom 28. Juli ließ ich das nachstehende folgen:

„Innichen, 30. Juli 1913.

Euer Exzellenz

werden es sicher selbstverständlich finden, daß mich der Gegenstand unserer Besprechung vom 27. d. M. fortdauernd beschäftigt und daß es mir mit Rücksicht auf die Eventualität eines militärischen Eingreifens vom höchsten Interesse ist, über die Richtung orientiert zu sein, die unserseits geplant ist:

Wie ich mir am 27. mündlich und in einem folgenden Schreiben schriftlich zu betonen erlaubte, dürften weiterreichende militärische Maßnahmen nicht eines geringfügigen, praktisch bedeutungslosen Zweckes wegen erfolgen, sondern es müßten dieselben für das große Ziel der Wiedergewinnung, beziehungsweise Erweiterung unserer Balkanposition aufgewendet werden; dabei dürfte Deutschland nicht wieder so, wie es im Jahre 1909 geschah, gefragt werden, da dieses unsere Machterweiterung am Balkan schon deshalb zu hintertreiben trachtet, weil es in den dortigen selbständigen Staaten ein fruchtbares Gebiet für seine kommerziellen Bestrebungen erblickt.

Es wurde bisher immer die Gefahr eines Krieges gegen Rußland als hindernder Grund für unser Auftreten am Balkan hingestellt.

Ich weiß nun nicht, inwieweit und ob überhaupt unserseits ein Vorgehen am Balkan einvernehmlich mit Rußland versucht oder sondiert wurde. Vielleicht schiene es möglich — trotz allem bisher Vorgefallenen — ein derartiges Einvernehmen zu erzielen in der Weise, daß wir uns im Verein mit Rußland vom Konzert der Mächte losmachen und als Nächstinteressierte die Balkanangelegenheiten allein ordnen, im großen ganzen in dem Sinne, daß wir den Russen den Osten, also die Türkei überlassen und dafür freie Hand im Westen, d. i. gegen Serbien, Montenegro und Albanien erhalten.

Gelänge dies, so wäre vielleicht wieder einmal die Gelegenheit geboten, die so vitale serbische Frage in unserm Sinne zu lösen, nur müßte die Tat sofort erfolgen, d. i. der Feldzug gegen Serbien und die Einverleibung dieses Staates, sei es wie Hannover, sei es wie Bayern seinerzeit ins Deutsche Reich.

Den Einwurf des Grafen Nemes, daß in dieser Frage auch das Votum der beiden Ministerpräsidenten etc. einzuholen wäre, kann ich nicht teilen, bin vielmehr der Ansicht, daß, wenn der Minister des Äußern einen solchen Vorgang für Bestand und Sicherheit der Monarchie für notwendig erachtet, die sonstigen Bedenken zu schweigen haben.

Soll es zum militärischen Handeln kommen — und niemand wünscht dies mehr als die Armee — so erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß dies nicht zu sehr hinausgeschoben werden dürfte, erstens, weil sonst die Truppen bereits zu den größeren Übungen abmarschiert sind, wodurch ihre Mobilisierung beeinträchtigt wird, und zweitens, weil ansonst die Operationen zu tief in den Herbst hineingeraten würden.

Ich wäre E. E. sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre diesbezüglichen Anschauungen mitteilen wollten, so wie ich überhaupt der Ansicht bin, daß sich derartige wichtige Fragen viel besser schriftlich als mündlich behandeln lassen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Die vorstehend erwähnten Bedenken bezogen sich auf den Widerstand Ungarns gegen die Angliederung slawischer Gebiete, wogegen ich den Standpunkt vertrat, daß, wenn diese Angliederung unterbleibt, die Abtrennung der südslawischen Gebiete der Monarchie erfolgen würde, womit überdies ihr Küstenbesitz verloren ginge.

In den Balkanwirren tauchten auch verschiedene Detailfragen auf, so die Ansprüche Griechenlands auf die Insel Saseno, die dem Hafen von Valona vorliegt, dessen einstige Besitznahme aber Italien im Auge hatte.

Ich erhielt am 4. August folgendes Schreiben Graf Berchtolds:

„Wien, 1. August 1913.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Indem ich den Empfang des geschätzten Schreibens aus Innichen vom 25. v. M. dankend bestätige, erlaube ich mir E. E. mitzuteilen, daß ich wie auch der italienische Minister des Äußern unentwegt an der Zugehörigkeit der Insel Saseno zu Albanien festhalten.

Ich habe auch unsern Botschafter in London beauftragt, die Frage dieser Insel auf der Reunion zur Sprache zu bringen und darauf zu bestehen, daß anläßlich der Fixierung der Südgrenze Albaniens auch die Zugehörigkeit Sasenos zu dem neuen Staatsgebilde in unzweideutiger Weise ausgesprochen werde.

Genehmigen Euer Exzellenz etc. Berchtold."

Weitere Ansprüche Griechenlands veranlaßten mich zu folgendem Schreiben an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Es liegen Nachrichten vor, die auf ein aggressives Vorgehen Griechenlands in Südalbanien schließen und daher die eheste Fixierung der südalbanesischen Grenzfrage wünschenswert erscheinen lassen. Ich weiß nicht, inwieweit diesbezüglich im Einklang mit Italien vorgegangen wird, halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß Verhältnisse eintreten können, welche einen Zwang gegenüber Griechenland notwendig machen.

Es ist mir von Wert zu erfahren, ob und inwieweit mit Rücksicht auf die Haltung Deutschlands ein solcher Druck seitens der Monarchie in Betracht gezogen wird, ob überhaupt, ob nur diplomatisch, ob bloß als Flottenaktion (im Verein mit Italien), ob gemeinsam mit Italien durch Landtruppen.

Auch in diesem Falle bin ich der Ansicht, daß die Monarchie, wenn sie in eine größere Aktion eintritt, dies auch für den großen Zweck der Lösung der serbischen Frage tun sollte.

Allerdings liegt das Eintreten für Albanien näher, als jenes für Bulgarien gegen die Türkei.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Wien, am 16. August 1913. Conrad."

Auch Bulgarien erhob auf Grund des Bukarester Friedensschlusses nunmehr die Forderung nach Räumung seines Gebietes seitens der rumänischen Truppen. Es stand zu besorgen, daß ein diese Forderung unterstützender Druck Österreich-Ungarns auf Rumänien die Verstimmung noch erhöhen könnte, die durch die Revisionsfrage geschaffen war.

Ich an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Bulgarischerseits wird das Verlangen gestellt, daß die rumänischen Okkupationstruppen sofort die Gebiete von Vratca und Plevna räumen, damit die bulgarische sechste und neunte Division demobilisieren können und es nicht zu Reibungen zwischen Bulgaren und Rumänen komme.

Ich erlaube mir, meiner Ansicht dahin Ausdruck zu geben, daß ich mehr als eine bloße Bekanntgabe dieses Wunsches an Rumänien für nicht opportun erachte, wenn überhaupt auf diese Frage unserseits eingegangen wird.

Wien, am 16. August 1913. Conrad."

Mitte August, als der türkisch-bulgarische Konflikt wegen Räumung Thraziens ein kriegerisches Vorgehen der Türkei gegen Bulgarien besorgen ließ, tauchte in Österreich-Ungarn die Idee auf, sich zu Gunsten Bulgariens gegen die Türkei zu wenden, sie zur Räumung Thraziens zu zwingen.

Ich an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Ich beeile mich E. E. hochgeschätztes Schreiben vom 13. d. M. zu beantworten.

Wie ich mir schon gelegentlich unserer letzten diesbezüglichen Unterredung hervorzuheben erlaubte, erachte ich eine Kooperation unserseits mit Rußland gegen die Türkei, also zur Degagierung Bulgariens nur in der Form eines Vorgehens gegen Serbien rätlich und durchführbar, umsomehr, als bei diesem Anlaß die für uns so vitale südslawische, beziehungsweise serbische Frage gelöst werden könnte, was ja überhaupt

das eigentliche Ziel eines solchen Vorgehens sein müßte; denn nur der prekären Liebe Bulgariens willen oder aus bloßen Prestige-Gründen gegenüber Rußland eine ansonst fruchtlose militärische Aktion einzuleiten, hielte ich für höchst unangebracht.

Ich muß vor allem hervorheben, daß durch die fatale Gestaltung der politischen Lage der Monarchie diese mehr denn je darauf angewiesen ist, ihre militärischen Kräfte zusammenzuhalten, sie nur für große Ziele einzusetzen, aber ja nicht für sekundäre Unternehmungen, Demonstrationen oder wie diese prekären Dinge sonst noch heißen, zu vergeuden.

Ich müßte mich daher schon vom allgemeinen militärischen Standpunkt gegen eine solche Aktion verwahren.

Was aber nun die militärische Durchführbarkeit einer direkten Aktion gegen die Türkei im Verein mit Rußland anlangt, so zeigt schon ein Blick auf die Karte, daß der Monarchie entweder nur der Seeweg oder der Landweg über fremde Gebiete zur Verfügung steht.

Was den Seeweg anbelangt, so kann dieser entweder für eine bloße Flottenaktion (Flottendemonstration) oder für eine Landungsoperation in Betracht kommen.

Erstere — nämlich eine Flottendemonstration — erachte ich ohneweiters für durchführbar, wenn sich nicht die maßgebenden Seemächte dagegen verwahren und sie zum Anlaß einer kriegerischen maritimen Gegenaktion nehmen; denn in diesem Falle unsere Flotte für eine doch nebensächliche Unternehmung zu riskieren, hielte ich für ganz unangebracht; auch sie muß für weit wichtigere, mit dem Bestand der Monarchie zusammenhängende Komplikationen bereitgehalten werden.

Was aber eine Landungsoperation betrifft, so will bedacht sein, daß die Türkei nunmehr in Thrazien eine — nach allen Berichten — wohlretablierte Armee von etwa 200.000 Mann versammelt und weitere Armeekörper in Formierung hat, daß es also höchst bedenklich wäre, mit untergeordneten Kräften im Bereich dieser Armee landen zu wollen, selbst wenn eine solche Landung im Ägäischen Meere mit einer russischen im Schwarzen Meere kombiniert würde. Landet man hingegen an einem entsprechend weit westlich von Dedeagač gelegenen Küstenpunkt, so könnte dies nur ein neubulgarischer (Lagos) oder ein neugriechischer sein.

Es ist sehr fraglich, ob sich Bulgarien jetzt noch in einen Krieg gegen die Türkei hineinziehen lassen, und noch fraglicher, ob Griechenland eine solche Landung ruhig hinnehmen würde. Zudem wäre eine solche Operation auf dem Seeweg überhaupt nur möglich, wenn sie von andern Seemächten nicht gestört wird, analog wie ich dies schon hinsichtlich einer reinen Flottenaktion hervorgehoben habe.

Soll aber eine solche Landungsoperation, welcher dann der Landkrieg in Thrazien folgen müßte, Erfolg haben, so müßte sie mit so starken Kräften geschehen, daß Zweck und Mittel durchaus nicht in Einklang stünden und daß eine solche Aktion für die Monarchie ein höchst bedrohliches Engagement bilden würde. Gegen die 200.000 bis 300.000 Mann starke türkische Armee wären für einen Erfolg wenigstens 400.000 Mann erforderlich, so daß, wenn Rußland selbst 250.000 Mann landen ließe, auf die Monarchie noch immerhin 150.000 Mann entfielen, das sind zirka zwölf Divisionen oder vier Korps, also der vierte Teil der gesamten Landstreitkräfte! Während dieser Zeit wäre die Monarchie nach allen Richtungen lahmgelegt, ganz abgesehen von den enormen Kosten und sonstigen Opfern.

Bei all dem kommt noch in Betracht, daß die Monarchie gar nicht die maritimen Mittel besitzt, um eine solche Macht in einem Echelon zu befördern, sondern dies in mehreren geschehen müßte, wodurch allein schon die Landung an einem weit westlich Dedeagač gelegenen Punkte bedingt wäre, um nicht die erstgelandeten Staffel einem isolierten Echec auszusetzen; also in einem neugriechischen Hafen.

Ich übergehe dabei ganz, daß das Landungskorps auch noch mit allen Mitteln zum Angriff auf das neubefestigte und wiederarmierte Adrianopel ausgerüstet sein müßte.

Was aber nun eine reine Operation zu Lande anlangt, so zeigt jede Karte, daß eine solche nur über serbisches oder rumänisches Gebiet erfolgen kann. Nachdem ersteres in E. E. Brief ausgeschlossen wurde, bleibt nur das rumänische Gebiet; aber auch Rußland ist in dieser Beziehung in der gleichen Lage wie wir, da es gleichfalls nur über rumänisches Territorium nach Thrazien zu gelangen vermag.

Würde eine solche Aktion gegen den Willen Rumäniens erfolgen, so gibt es nur folgende Möglichkeiten: entweder Rumänien widersetzt sich im bewaffneten Widerstand, das bedeutet den Krieg gegen Rumänien, oder es läßt, was kaum wahrscheinlich ist, Österreich-Ungarn und Rußland überhaupt gewähren, ähnlich wie anfänglich 1877, oder es tritt erst im geeigneten Moment in Aktion.

Der Krieg gegen Rumänien, welches erst kürzlich 600.000 Mann auf die Beine gebracht hat, verlangt mindestens 18 Divisionen, das sind 6 Korps, also drei Achtel der gesamten Landstreitkräfte.

Schließt sich jedoch Rumänien dem Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands an, handelt es sich also um ein bloßes Mittun der Monarchie, so ist es lediglich eine Prestige-Frage, mit wieviel Truppen dieselbe teilnehmen will.

Die 15 Divisionen der rumänischen Armee mehr etwa drei österreichisch-ungarischen und drei russischen Divisionen dürften für die Aktion ausreichen; es käme dabei österreichisch-ungarischerseits das 12. Korps (Siebenbürgen) in Betracht, welches aber zum großen Teile aus Truppen rumänischer Nationalität besteht, so daß es nicht gerade opportun erschiene, dieselben unter den Befehl des Königs oder des Kronprinzen von Rumänien zu stellen, deren einem oder anderem schon anbetrachts der überwiegenden Kräfte das Oberkommando zufiele.

Schaltet sich aber Rumänien ganz aus, gestattet es bloß den Durchmarsch durch sein Gebiet, so ergäbe sich folgender Kalkül:

Sind gegen die 200.000 bis 300.000 Türken etwa 400.000 alliierte Russen und Österreicher-Ungarn erforderlich, so entfielen also auf die Monarchie 200.000 Mann, oder zirka 16 Divisionen, das sind mehr als fünf Korps; diese müßten in den Raum Ruščuk—Korabia transportiert werden, innerhalb desselben die Donau übersetzen und dann in der Richtung auf Adrianopel vorgehen.

Für den Bahntransport stünden zwei Linien zur Verfügung: jene über Kronstadt und jene durch den Roten-Turm-Paß, denn die dritte über Turn Severin wäre durch Serbien gefährdet, ebenso wie die Donaustrecke, die daher gleichfalls als Transportlinie außer Betracht käme.

Wenn ich das Gesagte nunmehr resumiere, so ergibt sich, daß eine Operation im großen Stile derart bedeutende Machtmittel der Monarchie engagieren würde, daß dies mit dem sekundären Zweck der Verhinderung eines russischen Prestige-Zuwachses in gar keinem Verhältnis stünde und überdies anbetrachts der recht beengten Lage der Monarchie, welche ein volles Zusammenhalten der Kräfte für große, vitale Zwecke gebieterisch fordert, gar nicht zu verantworten wäre; daß weiter ein bloßes Mittun mit kleineren Kräften der Monarchie keine dankbare, kaum eine würdige Rolle einbringen, ihr nur nutzlos Feinde machen und sie temporär nach anderen Richtungen lahmlegen würde.

Wendet die Monarchie aber große Mittel auf, dann muß es auch einem großen Ziele gelten, als welches mir dermalen wie auch bisher die Lösung der serbischen Frage und damit im Zusammenhang die Wiedergewinnung der Herrschaft am Westbalkan erscheint.

Ganz abraten muß ich von Demonstrationen mit Landstreitkräften, sie kosten viel Geld, führen zu nichts und lassen bei der Truppe das entnervende Gefühl einer unvollendeten Tat zurück.

Demonstrationen erachte ich nur seitens der Flotte zulässig, im vorliegenden Fall aber auch nur unter den früher präzisierten Bedingungen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der besonderen Verehrung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I.

Klein-Hardt, am 17. August 1913."

Am 23. August hatte ich im Ministerium des Äußern eine Besprechung mit Baron Macchio; Graf Berchtold befand sich in Buchlau. Es kam damals meine Einladung zu den deutschen Manövern zur Sprache und die Frage, ob die Annahme der Einladung aus politischen Gründen mit Rücksicht eines möglichen Krieges gegen Serbien und Montenegro zulässig sei.

Ich meinte, daß Seine Majestät wohl auch mit dieser Möglichkeit zu rechnen scheine und wir uns auch nicht fortwährend hinziehen lassen könnten.

Baron Macchio erwiderte, daß man die Antwort Graf Berchtolds abwarten müsse, meine etwaige Nichtteilnahme an den deutschen Manövern mit der Notwendigkeit meiner Anwesenheit bei unseren Manövern entschuldigen könnte. Doch glaube er, daß Graf Berchtold meine Teilnahme an den deutschen Manövern wünsche.

Dann wendete sich das Gespräch dem Vorschlag zu, bosnische Grenzverhältnisse durch Besetzung kleiner Gebiete des Sandžaks zu verbessern.

Ich: „Die ganze Welt wird uns auslachen, daß wir jetzt — zehn Monate später — kommen!"

Baron Macchio: „Man könnte, ohne etwas vorher zu sagen, hineingehen und die Grenze regulieren."

Ich: „Ich habe nichts gegen einen Konflikt einzuwenden, aber dann muß man durchhalten bis zur äußersten Konsequenz."

Baron M.: „Es steht ja gar kein Feind dort!"

Ich: „Sie*) haben doch Posten an der Grenze und würden es jedenfalls erfahren. Wir dürfen nicht ein Stück besetzen und dann etwa wieder herausgehen, wir würden uns damit nur blamieren."

Der Sommer war alljährlich die Zeit, in der ich an die Bureaus, vor allem das Operationsbureau, die Direktiven für die konkreten Kriegsvorbereitungen des Folgejahres erließ. Die politische und damit auch die militärische Lage Österreich-Ungarns hatte sich durch die Balkanvorgänge und das Nichteingreifen der Monarchie so sehr zu deren Ungunsten geändert, daß ich den Minister des Äußern erneuert bitten

*) Montenegriner und Serben.

mußte, mir bekanntzugeben, welcher Richtung nunmehr die Außenpolitik folgen würde. Vor meinem Abgehen zu den Kavalleriemanövern sandte ich ihm daher folgendes Schreiben:

„Res. Gstb. Nr. 3512.

Euer Exzellenz!

Ich habe schon vor längerer Zeit E. E. um die geneigte Bekanntgabe der grundlegenden Richtung für die nunmehr seitens der Monarchie geplante Politik gebeten, da diese Kenntnis für die militärischen Vorarbeiten unerläßlich ist.

E. E. haben die Beantwortung dieser Frage anbetrachts der unklaren Lage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Da jedoch in der nächsten Zeit die grundlegenden Weisungen zur Erneuerung der Kriegsvorsorgen für das Jahr 1914 erlassen werden müssen, machen es mir diese in mein Ressort fallenden Arbeiten zur unaufschiebbaren Pflicht, vorerst im Einvernehmen mit E. E. die Voraussetzungen festzustellen, die sich auf Grund der geänderten allgemeinen Lage für die künftigen militärischen Maßnahmen der Monarchie ergeben.

Als erste Voraussetzung glaube ich das Festhalten an dem kürzlich erneuerten Dreibund bezeichnen zu können, dessen strenge Aufrechterhaltung und loyalste Durchführung uns nach wie vor die einzige Möglichkeit für ein erträgliches Kraftverhältnis im Ernstfall zu bieten vermag.

Jede Verschiebung in unseren Beziehungen zu den Verbündeten könnte zu militärischen Konstellationen führen, die für den Bestand der Monarchie im Falle eines Konfliktes äußerst bedrohlich wären.

An dieser Überzeugung vermögen auch die Anzeichen der jüngsten Zeit nichts zu ändern, die erkennen lassen, daß wir künftig auf eine Unterstützung unserer Interessen am Balkan durch die Verbündeten nicht mehr im bisherigen Maße zu zählen haben werden. Diese Anzeichen sind nur eine natürliche Konsequenz des verringerten Bündniswertes der Monarchie infolge der Rückständigkeit ihrer militärischen Entwicklung und namentlich infolge der neuentstandenen Situation auf der Balkanhalbinsel.

Im Südosten liegt die schwerwiegende Verschiebung des Kraftverhältnisses, das sich im Verlaufe der beiden abgeschlossenen Balkankriege vollzogen hat.

Wie E. E. bekannt ist, mußte schon in den Kriegsvorsorgen der letzten Jahre bei Eintritt eines jeden anderweitigen Kriegsfalles mit dem bewaffneten Eingreifen Serbiens und Montenegros gerechnet werden, deren Aspirationen auf die südslawischen Gebiete der Monarchie ganz selbstverständlich sind und diesen beiden Staaten mit unbedingt zwingender Gewalt geradezu die nationale Pflicht auferlegen, bei jeder für unser

Reich sich ergebenden schwierigen Lage in die Reihe unserer Feinde zu treten, genau so, wie dies mit Piemont in den Jahren 1848, 1849, 1859 und 1866 der Fall war.

Mit dieser bewaffneten Feindschaft Serbiens und Montenegros wird also — da die gewaltsame Lösung der serbischen Frage nach den Erfahrungen der Jahre 1908/09 und 1912/13 als von uns endgültig aufgegeben gelten kann — auch künftig mit voller Sicherheit zu rechnen sein.

Mag also Serbien auch jetzt um handelspolitischer und anderer Friedensvorteile willen bessere Beziehungen zu uns anstreben, seine und Montenegros feindliche Haltung in jedem künftigen Kampfe der Monarchie steht zweifellos fest.

Die Vergrößerung und militärische Erstarkung Serbiens wird es aber in Hinkunft für uns notwendig machen, noch weit mehr Streitkräfte als bisher in dieser Richtung zu verwenden und so der Entscheidung auf dem anderweitigen Hauptkriegsschauplatz zu entziehen.

Auf eine Bindung serbischer Kräfte durch Albanien oder Bulgarien wird keineswegs auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit zu rechnen sein. Wie immer sich die Bündnispolitik der Balkanstaaten gestalten mag, immer wird Serbien beim Kampf um die konnationalen Gebiete der Monarchie in der Lage sein, sich Bulgarien durch Konzessionen in Mazedonien vom Leibe zu halten. Es ist kaum anzunehmen, daß Serbien den Fehler begeht, den Bulgarien jetzt zu büßen hat. Albanien aber wird naturgemäß erst nach vielen Jahren einen nennenswerten militärischen Faktor bilden können und bis dahin eine leichte Beute seiner starken Nachbarn bleiben.

Noch weit schwerer, als die eben besprochenen Verhältnisse in Bezug auf Serbien, fällt aber für uns die künftige Haltung Rumäniens ins Gewicht.

Rumänien konnte bisher als ziemlich verläßlicher Annex zum Dreibund gelten. Wenn auch das Fehlen eines bindenden Vertrages nicht sicher gewährleisten konnte, daß das Gros der rumänischen Streitkräfte in einem Kriege der Monarchie mit uns gegen Rußland kämpfen werde, es konnte doch im schlimmsten Falle verläßlich auf eine Haltung Rumäniens gezählt werden, die zumindest bedeutende russische Streitkräfte zu binden und uns dadurch sehr wesentlich zu entlasten vermochte.

Es ist ohneweiters klar, welche enorme Verschiebung zu unserem Nachteil eintreten würde und welche grundlegenden Änderungen unsere Kriegsvorsorgen gegen Rußland erfahren müßten, wenn auch nur mit der Möglichkeit zu rechnen wäre, daß sich Rumänien in einem solchen Konflikt an die Seite Rußlands stellen könnte, sei es im Beginn, sei es in einem späteren Stadium des Krieges.

In dieser Frage erbitte ich eine eheste geneigte Orientierung von E. E., denn die militärischen Maßnahmen, die bei möglicher Gegnerschaft Rumäniens zu treffen meine Pflicht wäre, sind so wesentlich und erfordern so viel Zeit und Geld, daß Versäumnisse auf Grund einer optimistischen Auffassung Folgen zeitigen könnten, für die ich nicht in der Lage wäre, die Verantwortung zu tragen.

Ich kann vom militärischen Standpunkt natürlich nur einer Aufrechterhaltung und einer Befestigung des früher bestandenen Verhältnisses zu Rumänien durch Abschluß eines bindenden Vertrages das Wort reden und kann die ungeheure Bedeutung dieser Frage nicht klarer zum Ausdruck bringen, als durch die Feststellung, daß ein Verlust der rumänischen Mitwirkung dem Verlust von etwa 15 Divisionen (400.000 Mann), der Beitritt Rumäniens zu unseren Feinden aber dem Verlust von etwa 30 Divisionen (800.000 Mann) zu unseren Ungunsten gleichzuhalten wäre.

Ich kann also mit Bestimmtheit feststellen, daß dieser letztere Fall zu einer Situation führen müßte, welche die Monarchie jeder Chance eines Erfolges in allen Machtfragen völlig berauben und ihr damit auch jede Bewegungsfreiheit im Frieden nehmen würde.

Zu dieser rückhaltlosen Feststellung gegenüber E. E. verpflichtet mich meine dienstliche Stellung umsomehr, als die Ereignisse der letzten Zeit klar erwiesen haben, daß in Konfliktsfällen jedem das abgerungen und genommen wird, was nach der augenblicklichen Lage auf Grund der realen Kraftverhältnisse abzuringen und zu nehmen möglich ist.

Irrtümer in den Voraussetzungen über diese militärischen Kraftverhältnisse und ihre Folgen führen unfehlbar zu Lagen, in denen die geschickteste Diplomatie keinen Ausweg mehr finden und die bravste Armee das Unheil nicht mehr abwenden kann.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Wien, am 25. August 1913.

Conrad m. p., G. d. I.“

Die in dem vorstehenden Schreiben gekennzeichnete und mich unablässig beschäftigende schwere Sorge brachte mich auch wieder auf die Idee eines Versuches, Serbien zum friedlichen Anschluß an die Monarchie zu bringen und dadurch die für sie so vitale Frage zu lösen.

In diesem Anschluß hätte ich für beide Staaten die segensreichste Lösung und das natürliche Ziel gesehen, vorausgesetzt, daß nicht der Nimbus eines Herrscherhauses, einseitige chauvinistische nationale und unduldsame konfessionelle Bestrebungen, sondern Wohl und Gedeihen des Volkes, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung als Zweck des Staates erachtet würden.

Mochte auch bei den so sehr verschärften Gegensätzen zu Serbien und bei den insbesondere durch Herrn Pašić vertretenen Aspirationen dieses Staates ein solcher Versuch fast vergeblich erscheinen, so schien es doch nicht völlig ausgeschlossen, daß schließlich in Serbien kühle Erwägung die Oberhand gewinnen und diese Idee zum Durchbruch bringen würde.

Vor meiner Abreise zu den deutschen Manövern (6. September) entwickelte ich Graf Berchtold gegenüber diesen Gedanken in nachstehendem Schreiben, das ich in Abschrift auch an Seine Majestät und an den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand leitete.

„Geh. Nr. 225.

Wien, 6. September 1913.

Euer Exzellenz!

Vor meiner Abreise zu den deutschen Manövern drängt es mich, noch einmal auf die Anschauungen zurückzukommen, die ich bereits am 1. September vormittags E. E. gegenüber dargelegt und in unserer heutigen Besprechung wiederholt habe.

Die mit Rücksicht auf die künftige militärische Lage der Monarchie, sowie die damit zusammenhängenden militärischen Vorbereitungen wichtigsten Fragen sind jene, welche unser Verhältnis zu Serbien und unser Verhältnis zu Rumänien betreffen. Darüber muß volle Klarheit herrschen, aber nicht nur der militärischen Maßnahmen wegen, sondern auch wegen der durch die militärische Lage bedingten Richtung unserer Politik. Denn man mag die Dinge drehen wie man will, in letzter und entscheidender Linie ist es doch das militärische Kraftverhältnis, welches bestimmend wird für die Politik, weil diese sofort den Boden verliert, wenn sie mit dem militärischen Kraftverhältnis nicht im Einklang steht.

Ich habe insbesondere auch von diesem Standpunkt aus geltend gemacht, daß es für die Monarchie von größtem Vorteil wäre, wenn es gelänge, Serbien und das mit diesem in kürzester Zeit sicher vereinte Montenegro zum dauernden bundesstaatlichen Anschluß an die Monarchie zu bringen. Ich gebe zu, daß diese radikale Idee vorerst Befremden erregen muß, aber ich glaube, daß, wenn es in Serbien weitblickende Politiker gibt, und daran zu zweifeln liegt wohl gar kein Grund vor, diese Idee auch dort auf fruchtbaren Boden fallen müsse.

Für sich allein würde es der Monarchie nur unter großen Opfern und unter großen Glücksumständen gelingen, die Vorherrschaft am Westbalkan und den Weg nach Salonik zu erreichen, das gleiche gilt aber auch für Serbien; vereinigen sich jedoch beide zu dem gleichen Ziele, dann ist dessen Erreichung nahezu gesichert.

Damit würde sich aber auch auf natürlichstem und für die Monarchie vorteilhaftestem Wege die Frage des Zusammenschlusses der südslawischen Völker lösen, der ja ohnehin nicht aufzuhalten sein wird.

Es ist jedoch selbstverständlich, daß ein solcher Anschluß Serbiens und ein solches Verfolgen gemeinsamer Ziele nur dann für die Monarchie in Betracht kommen kann, wenn dieser Anschluß ganz und gar als Bundesstaat, so wie Bayern im Deutschen Reich, zustande kommt.

Bloße handelspolitische Vorteile oder diplomatische Liebenswürdigkeiten und dergleichen allein dürften keineswegs die Basis des Verhältnisses zu Serbien bilden, weil sie viel zu unsicher wären und gar keine Garantie für Serbiens Zusammengehen mit der Monarchie bieten würden.

Bei der großen Wichtigkeit, welche die volle Klarheit in dieser Frage hat, erachte ich dafür, daß an Serbien mit diesem großen Gedanken heranzutreten und zu versuchen wäre, ob derselbe sich realisiert.

Wenn ja, dann hätte die Monarchie wieder ein großes politisches Ziel, sie wäre viel unabhängiger gegenüber Rußland und stände auch für Deutschland als weit mächtigerer Bundesgenosse da, wenngleich Deutschland dadurch gewisse kaufmännische Vorteile am Westbalkan einbüßen würde. Aber auch gegenüber dem immerhin unsicheren Rumänien wäre die Position der Monarchie eine viel kräftigere und freiere.

In diesem Falle — nämlich des bundesstaatlichen Anschlusses Serbiens — blieben Bulgarien und Griechenland für die Monarchie gleichgültig; unter Umständen könnten diese beiden Staaten auch Gegner derselben werden.

Geht jedoch Serbien auf diesen loyalen Anschluß nicht ein, dann erübrigt nur, mit Serbien als Feind zu rechnen, und es folgt daraus, und zwar aus den entscheidenden Gründen des militärischen Machtverhältnisses, daß die Monarchie eine Politik befolgen müsse, welche ihr im Falle einer kriegerischen Verwicklung gegen Serbien die Allianz mit Bulgarien, eventuell auch Griechenland sichert, so daß Serbien von einem dieser Staaten oder von beiden im Süden angegriffen würde.

Was nun Rumänien anlangt, so ist zweifellos eine starke Tendenz in diesem Staate vorhanden, welche auf die Erwerbung der rumänischen Gebiete der Monarchie abzielt, da aber auch eine ähnliche Tendenz mit Bezug auf Beßarabien, also gegen Rußland gerichtet, vorliegt, wird die Politik dahin zielen müssen, letztere Tendenz in Rumänien zum Übergewicht gelangen zu lassen. Dürfte dies auch auf direktem Wege schwer fallen, so erachte ich es auf dem Umweg über Deutschland möglich, und es müßte hier die loyale Mitwirkung dieses Alliierten im Interesse der großen gemeinsamen Sache einsetzen.

Ich muß wie schon des öfteren nochmals darauf hinweisen, daß für eine Politik, bei der die Monarchie gleichzeitig außer mit Rußland auch noch mit Serbien, Montenegro und Rumänien als Gegner rechnen müßte, die militärischen Kräfte der Monarchie nicht ausreichen, um einen Erfolg zu garantieren; daß daher die Politik einen der Wege beschreiten muß, die ich im Vorstehenden angedeutet habe.

In dieser Hinsicht erachte ich vor allem dafür, daß je eher, je besser an Serbien bezüglich des weitreichenden Gedankens einer dauernden bundesstaatlichen Angliederung herangetreten und eine klare Entscheidung, ob ja, ob nein, herbeigeführt werde.

Ich hielte diese Lösung für die vorteilhafteste; scheitert sie, dann weiß man wenigstens, woran man ist, braucht sich nicht die Vorwürfe eines versäumten Versuches zu machen und hat die Richtung gegeben, in welche Politik und militärische Maßnahmen zu dirigieren sind.

Vor allem aber muß dieser Weg gegangen werden ohne zaghafte Rücksichtnahme auf die anderen Staaten, auch nicht auf Italien und Deutschland, sondern es mache es die Monarchie wie diese, das heißt, sie lasse sich vor allem durch ihre eigenen Interessen leiten.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner besonderen Verehrung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I.“

Ich wende mich nun meiner Teilnahme an den deutschen Kaisermanövern bei Schweidnitz, an unseren Armeemanövern in Böhmen und meinem Rücktrittsansuchen zu.

Bei den deutschen Kaisermanövern in Schweidnitz.

(6. bis 10. September).

Schon am 23. August gelegentlich der erwähnten Besprechung mit Baron Macchio kam meine Einladung zu den deutschen Manövern zur Sprache und äußerte Baron Macchio, er glaube, Graf Berchtold wünsche, daß ich der Einladung Folge gebe.

Es war mir bekannt, daß man deutscherseits beabsichtige, mich bei dieser Gelegenheit mit dem italienischen Chef des Generalstabes, Generalleutnant Pollio, zusammenzuführen.

Das Bemühen Deutschlands ging stets dahin, Italien inniger an den Dreibund anzuschließen. Es kam schon im Flottenabkommen und in der Frage des Durchtransportes italienischer Truppen über österreichisches Gebiet auf den französischen Kriegsschauplatz zum Ausdruck, und auch

mein deutscherseits veranstaltetes Zusammentreffen mit General Pollio entsprang diesem Bemühen.

Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle den inneren Zwiespalt hervorzuheben, mit dem ich all dem gegenüberstand. Während mein innerliches Mißtrauen gegen Italien ungeschmälert blieb, hatte mein dienstliches Wirken der offiziellen Politik zu entsprechen, und diese war auf die Bundestreue Italiens basiert. Dieser Politik mußte ich mein Wirken anpassen, ihm daher auch jene Vereinbarungen zu Grunde legen, die im Dreibundsinne getroffen waren. Auch mußte ich bei den Verhandlungen und im Verkehr mit den italienischen Vertretern — wenigstens nach außen hin — den Standpunkt des Vertrauens einhalten.

So habe ich dies auch in der Frage des Flottenabkommens und des Durchtransportes getan.

Unter Hinweis auf eine schon früher gemachte Bemerkung möchte ich hier wiederholen, daß mein Vertrauen in General Pollio ein tatsächliches war. Aber nur auf einen Einzelnen gestellt, blieb es fraglich, ob dieser Einzelne es auch vermögen würde, durchzudringen, wenn die Verhältnisse die Einlösung der Bundespflicht erheischen sollten.

Jedenfalls verstand es Italien, das in seinem Schwächezustand nach dem libyschen Krieg einen Konflikt mit Österreich-Ungarn vermeiden wollte, die Leiter der Politik Österreich-Ungarns, und vor allem jene Deutschlands, über seine wahren Absichten hinwegzutäuschen.

Auf deutscher Seite kannte man mein Mißtrauen und war bestrebt, es zu zerstreuen, mich von Italiens Bundestreue zu überzeugen.

Zur Leitung der Generalsreise in Wels befindlich, erhielt ich am 1. Juli folgendes Schreiben des k. u. k. Militärattachés in Berlin:

„Res. Nr. 192.

Euer Exzellenz!

Soeben erfahre ich im Militärkabinett Seiner Majestät, daß Seine Majestät der Kaiser und König E. E. zu den diesjährigen Kaisermanövern einladen werden. Heute sei vom Militärkabinett das Schreiben an das Auswärtige Amt abgegangen, durch welches im diplomatischen Wege bei Seiner K. u. K. Majestät um die Genehmigung dieser Einladung angesucht werden soll. Die Einladung wird erst nach Rücklangen der Antwort an E. E. ergehen. Ich werde ersucht, diese Mitteilung vorerst noch vertraulich zu behandeln.

Die Kaisermanöver zwischen dem 5. und 6. Armeekorps finden am 8., 9. und 10. September südlich Breslau statt. Zu denselben wird auch der Chef des italienischen Generalstabes, General Pollio, geladen werden. E. E. und General Pollio sollen, geich wie im Jahre 1909, bei der

Manöverleitung selbst untergebracht werden, nicht am Sitze des Allerhöchsten Hoflagers.

Wenn mir auch Exzellenz von Moltke noch keine Andeutung über die Absicht dieser Einladung E. E. gemacht hat, so glaube ich doch annehmen zu müssen, daß die Anregung hiezu von Exzellenz von Moltke ausgegangen ist, dessen eifrigstes Streben es ist, E. E. mit dem italienischen Generalstab in engere Beziehungen zu bringen. Dafür spricht auch der Umstand, daß sonst die diesjährigen Manöver nur im kleinen Rahmen mit beiderseits eng angelehnten Korps sich halten, daher der militärische Grund entschieden hinter dem politischen zurücktritt.

Über die Absichten und die mutmaßliche Stellungnahme E. E. zu dieser Einladung befragt, habe ich nur angegeben, daß unsere Kaisermanöver eine Teilnahme E. E. zulassen, wenn auch die Zeit zwischen beiden Manövern sehr kurz sei, und daß ich annehmen zu sollen glaube, daß E. E. dieser Allerhöchsten Einladung Folge leisten werden, wenn es die eigenen dienstlichen Verhältnisse nur irgend zulassen.

Mit dem Ausdrucke meiner tiefsten Verehrung verbleibe ich

Euer Exzellenz gehorsamster

Bienerth, Oberstleutnant.

Berlin, am 27. Juni 1913."

Von der Generalsreise nach Wien zurückgekehrt, erhielt ich durch den deutschen Militärattaché Graf Kageneck ein Schreiben General von Moltkes, das die Manövereinladung betraf und — die letzten Vorgänge (speziell auch den Fall Redl) berührend — Worte freundschaftlicher Anteilnahme enthielt.

Das eigenhändige Schreiben General von Moltkes lautete:

„Berlin, 29. Juni 1913.

Hochverehrter Herr Kollege!

Eine lange Zeit ist vergangen, ohne daß wir in brieflichem Verkehr gestanden haben, aber oft haben meine Gedanken den Weg zu Ihnen genommen und mit aufrichtiger Teilnahme habe ich das Schwere mit empfunden, das ein hartes Geschick Ihnen auferlegt hat. Ich weiß, was Ihr von idealem Enthusiasmus erfülltes Herz gelitten haben muß durch die Enttäuschungen der langen politischen Spannung und durch die verabscheuungswürdige Tat eines Offiziers, der in so schmählicher Weise das Vertrauen gebrochen hat. Gerne hätte ich Ihnen schon früher geschrieben, aber die Scheu hielt mich ab, an so tiefe und schmerzliche Wunden zu rühren. Nun haben Sie selber mir eine Mitteilung über diesen traurigen Fall gemacht und ich möchte Ihnen dafür nicht danken, ohne

Ihnen dabei zu sagen, wie ich mit Ihnen empfinde. Oberstleutnant von Bienerth sagte mir, er habe Ihnen schon gemeldet, daß ich Seiner Majestät unserem Kaiser schon erklärt hätte, daß ein Verrat der zwischen uns bestehenden Abmachungen ausgeschlossen sei. Ihr Schreiben bestätigt dies. Die Größe des für Österreich angerichteten Schadens kann ich nicht ermessen, immerhin tritt sie zurück gegenüber der Ruchlosigkeit des Landesverräters. Nun aber genug davon. Lassen Sie uns den Blick wieder mit Vertrauen und Zuversicht auf die Zukunft richten. Wie sie sich gestalten möge, Hand in Hand werden wir ihr entgegentreten. Die Schwüle der jetzigen Zeit drängt nach Entladung. Selbst wenn der den Balkanstaaten aufgezwungene Schiedsrichterspruch Rußlands den Ausbruch des Krieges unter den bisher Verbündeten vorläufig verhindern sollte, er wird immer nur ein Provisorium schaffen und der Staat, der das größte Opfer bringen muß, wird der erbitterte Feind des Schiedsrichters werden. Ich bin nicht darüber orientiert, welche Haltung Ihre Regierung den Dingen auf dem Balkan gegenüber einnehmen wird, nur das weiß ich, daß, wenn es zum Schlagen kommt, der Dreibund seine Schuldigkeit tun wird. Deswegen begrüße ich mit großer Freude das sich so glücklich anbahnende gute Vernehmen zwischen Österreich und Italien und aus vollem Herzen erkenne ich das Verdienst Eurer Exzellenz an, das Sie sich um das Zustandekommen des Marineabkommens erworben haben. Ich habe in der letzten Zeit des öfteren mit dem General Pollio korrespondiert und ich habe die volle Überzeugung gewonnen, daß er und seine Regierung in loyalster Weise auf dem Boden des Dreibundes stehen. Seine Majestät der Kaiser hat den General Pollio zu unseren Kaisermanövern eingeladen und ich freue mich, damit Gelegenheit zu haben, seine persönliche Bekanntschaft zu machen. Auch Sie, liebe Exzellenz, werden eine Einladung erhalten und ich bitte Sie recht herzlich, derselben Folge zu leisten. Ich verspreche mir viel von einer persönlichen Fühlungnahme der drei Generalstabschefs, um so mehr, da der General Pollio mir den großen Wunsch zu erkennen gegeben hat, Sie kennen zu lernen. Die Manöver finden am 8., 9. und 10. September in Schlesien statt. Als Manöver werden sie kein sehr großes Interesse bieten, da wir aus Ersparungsgründen dies Jahr nur zwei Korps gegeneinander manövrieren lassen, auf der einen Seite drei Infanteriedivisionen, auf der anderen zwei Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision. Beide Korps sollen im Armeeverbande rechts und links angelehnt fechten, es wird also mehr ein Gefechtsexerzieren als ein Manöver. Ich möchte aber gerne meine beiden Kollegen zu mir, zur Leitung nehmen, damit sie alles sehen können, was sie interessiert und damit wir Gelegenheit zum ungezwungenen kameradschaftlichen Verkehr haben. Also, nicht wahr,

Sie kommen? Es würde mir eine große Freude sein, Sie wieder zu sehen und Ihnen einmal wieder die Hand drücken zu können. Sie sehen, lieber Kamerad, ich schreibe Ihnen alles ganz offen und bitte Sie, meine Mitteilung vorderhand als private anzunehmen.

Lassen Sie mich also, so Gott will, sagen: auf Wiedersehen! und seien Sie inzwischen herzlich und kameradschaftlich gegrüßt von

Ihrem ganz ergebenen

von Moltke.

Besten Dank für Ihr Telegramm von der Generalsreise."

Wie ich nebenher bemerken möchte, zeigt auch dieses Schreiben, daß Deutschland und Österreich-Ungarn für ihr Bündnis nur den gemeinsamen Schutz und ihre Erhaltung im Auge hatten, nicht aber weitgehende imperialistische Ziele. Ihr Bund galt der Abwehr der aggressiven Pläne ihrer Gegner, von denen sich jene Serbiens und Rußlands direkt gegen Österreich-Ungarn richteten.

Ich beantwortete das Schreiben wie folgt:

„Wien, am 5. Juli 1913.

Euer Exzellenz!

E. E. hochgeschätztes Schreiben, welches mir gestern nach meiner Rückkehr von der Generalsreise durch Graf Kageneck übergeben wurde, hat mir eine große Freude gemacht. In schwerer Zeit ist ein Teilnahmsbeweis von so sehr verehrter Seite doppelt wertvoll; und ich habe in dem letztverflossenen Halbjahr der Bitternisse genug erlebt. Vor allem die für uns so sehr bedauerlichen Balkanereignisse, deren schädliche Rückwirkung auf die Chancen des Dreibundes nicht zu leugnen ist; dann die für den Soldaten wenig anmutende Rolle, welche die Monarchie in dieser ganzen Zeit gespielt hat, endlich die schändliche Affäre des Verbrechers Redl, eine Erscheinung, die ich nie für möglich gehalten hätte.

Auch die momentane Lage, die hauptsächlich durch das Abschwenken Rumäniens für uns bedeutungsvoll geworden ist, erscheint nicht dazu angetan, von Sorgen entlastet zu werden. Aber wie E. E. so richtig sagen: man muß die Dinge eben nehmen wie sie sind, muß der Zukunft ins Auge sehen und sich unter Gleichgesinnten um so fester aneinanderschließen.

Im jetzigen Moment, da die Balkanereignisse noch keine Klärung gefunden haben, wäre es wohl verfrüht, die Konsequenzen aus der neuen Konstellation ziehen zu wollen, aber wenn sich die Situation einigermaßen übersehen läßt, erschien mir eine Aussprache hierüber sehr erwünscht. Ich begrüße es daher auch mit großer Freude, heuer bei den deutschen Manövern E. E. wieder sehen zu können, ganz abgesehen

davon, daß mir dies auch aus rein persönlichen Gründen aufrichtiger Hochschätzung und Verehrung so sehr willkommen ist.

Auch freue ich mich, bei diesem Anlaß mit General Pollio bekannt zu werden.

In meinem Bestreben, das Marineabkommen zustande zu bringen, möge er ersehen, daß ich ein ebenso aufrichtiger Freund als aufrichtiger Gegner bin.

Im übrigen weiß Gott, was der Sommer noch bringt, ob es daher zu dem von mir so sehr erhofften Wiedersehen in Schlesien kommt; es wäre mir eine große Enttäuschung, wenn es nicht der Fall sein sollte. Ich danke E. E. ganz besonders für die vertrauensvolle Offenheit, mit der Sie mir stets begegneten, und bitte, versichert zu sein, daß ich sie voll und ganz erwidere — ich könnte dies übrigens auch gar nicht anders.

In treuer Hochverehrung

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Am 7. Juli kam mir durch das Ministerium des Äußern die offizielle Einladung zu den Manövern zu. Sie war auch an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand und den Gardekapitän General d. I. Graf Beck, als Chef eines deutschen Regimentes, ergangen. Ich antwortete dem Ministerium, daß ich, vorbehaltlich der Zustimmung Seiner Majestät, der Einladung Folge zu leisten vermag.

In einem Bericht vom 30. Juli kommt der k. u. k. Militärattaché in Rom auf diese Einladung zu sprechen und schreibt:

„Euer Exzellenz!

Ich bringe in Erfahrung, daß E. E. zu den deutschen Kaisermanövern, die in der Zeit zwischen dem 5. und 10. September nächst Breslau stattfinden werden, eingeladen sind oder werden.

Diese Einladung hat den Zweck, E. E. die Annäherung an General Pollio zu ermöglichen.

Die Sache stellt sich wie folgt dar: Der General Pollio soll den Wunsch geäußert haben, mit E. E. zusammenzutreffen.

Der General Graf*) Moltke hat es auf sich genommen, beide Herren zu denselben Manövern einzuladen, um die angeblich von Pollio gewünschte Bekanntschaft E. E. zu ermöglichen.

Dies wurde mir gesagt; ich glaube jedoch nicht, daß sich die Sache so verhält, wie sie mir von deutscher Seite gesagt wurde.

---

*) General von Moltke.

Ich glaube vielmehr, daß es Deutschland sehr darum zu tun ist, Italien voll für sich zu gewinnen und Italien zu zeigen, daß es alles bei uns erreichen kann, wenn es sich an Preußen wendet, und daß Deutschland in allem die führende Rolle im Dreibunde habe.

Ich bin nahezu sicher, daß die Idee der gemeinschaftlichen Einladung zu den Manövern von Deutschland ausgegangen ist und ist nur die weitere Folge der Marinekonventions-Idee. Ich sage dies alles, damit E. E. gegebenenfalls über den Hergang orientiert sind.

Ich merke seit geraumer Zeit, daß Deutschland es sich sehr angelegen sein läßt, durch allerlei Höflichkeiten Italien voll für sich zu gewinnen. Es können hiefür zwei Gründe sein: der eine ist unbedingt in dem gemeinschaftlichen Feinde — Frankreich — zu suchen, der andere wäre der, um im direkten Verein mit Italien die Rolle Österreich-Ungarns im Dreibund zu verringern und den Willen der Zweimächte dem Dritten, d. i. Österreich-Ungarn, immer politisch zu oktroyieren.

Die erwähnten Höflichkeiten Deutschlands mehren sich, so z. B. wurde der hiesige Militärattaché Major von Kleist zum Flügeladjutanten ernannt, was sowohl beim für solche Sachen sehr empfänglichen König, als auch in den militärischen Kreisen den allerbesten Eindruck hervorgerufen hat.

Der General Pollio wurde zu den deutschen Manövern geladen und rühmt sich dessen nach jeder Richtung.

Die schlauen Italiener sind sehr geschmeichelt, daß Deutschland um ihre Gunst buhlt, denn einerseits gibt das ihnen eine gewisse Stellung in der politischen Welt und anderseits erleichtert es ihnen die tatsächliche militärische Schwäche, hervorgerufen durch die immer mehr Kräfte verschlingende Besetzung Libyens, zu übertauchen.

Sie schämen sich, dies uns einzugestehen, und benützen Deutschland und unsere Kraft für ihre Abwehrzwecke.

Die Marinekonvention entspringt einzig und allein diesem Ideengang, und es würde mich gar nicht wundern, wenn General Pollio anläßlich der Manöver mit irgend einer neuen Idee an E. E. herantritt.

Ich erlaube mir, E. E. an einen meiner politischen Berichte im Winter 1912—13 zu erinnern, in dem ich auf die Notwendigkeit der direkten Annäherung Österreich-Ungarns an Italien gewiesen habe, falls wir es überhaupt noch wollen, im Dreibund eine führende Rolle zu spielen.

Es ist ganz komisch, daß die Deutschen jetzt dieselben kleinen Höflichkeitsmittel gegenüber Italien anwenden, die ich mir erlaubte, E. E. damals vorzuschlagen, und zwar Ernennung des jeweiligen Militärattachés in Rom zum Flügeladjutanten, Einladung höherer italienischer

Generäle zu unseren Manövern, Zusammenkünfte der Mitglieder der beiden regierenden Familien bei Jagden etc. etc.

Wollen E. E. den Ausdruck meines tiefempfundenen Respektes entgegennehmen.

Euer Exzellenz allergehorsamster

Szeptycki, Obstlt."

Mittlerweile war jene Verstimmung zwischen Wien und Berlin eingetreten, die vor allem auch im Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und König Carol von Rumänien zum Ausdruck kam.

Die Teilnahme Erzherzog Franz Ferdinands und der ö.-u. Gäste an den deutschen Manövern hatte daraufhin zu unterbleiben. Diese Verfügung war mir peinlich, ebensosehr aus persönlichen Rücksichten für General von Moltke, mit dem ich auch im Interesse der Sache freundschaftliche Beziehungen hoch bewertete, als ganz besonders deshalb, weil ich jede Dissonanz zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland vermieden sehen wollte. War es ja doch mein stetes Bemühen, das enge Aneinanderschließen beider Reiche zu fördern, so weit dies in meinem Wirkungskreise möglich war.

Ich teilte General von Moltke diese Entscheidung mit und erhielt von ihm folgende Antwort:

„Posen, 27. August 1913.

Euer Exzellenz

freundliches Schreiben, in dem Sie mir mitteilen, daß Sie genötigt sind, definitiv von der Teilnahme an unseren Manövern Abstand zu nehmen, hat mich mit aufrichtigem Bedauern erfüllt. Wenn unsere diesjährigen Manöver, die sich in kleinem Rahmen abspielen werden, auch militärisch kein großes Interesse bieten mögen, so tut es mir doch vom Herzen leid, daß ich nun nicht die Freude haben werde, Eure Exzellenz als lieben Gast und hochverehrten Kameraden nach langer Zeit einmal wieder begrüßen zu dürfen. Ich hatte mich so sehr darauf gefreut, Sie wieder zu sehen und einige Tage kameradschaftlichen Zusammenseins mit Ihnen zu verleben. Nun hat, wie so oft schon, die Diplomatie den Soldaten einen Stein in den Weg geworfen. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir so offen darüber schreiben, wie es von Anfang zwischen uns gehalten worden ist. Sie wissen, daß ich stets auf dem Standpunkt der treuesten Bundesgenossenschaft gestanden habe. Diesen Standpunkt werde ich auch nicht verlassen, und ich weiß, daß wir beide uns auf ihm immer wieder finden werden, wenn auch vorübergehende Wolken am Himmel stehen. Daß die verbündeten Staaten nicht immer und überall dieselben Interessen verfolgen können, ist ja natürlich, die Hauptsache bleibt doch,

daß der große Faktor in der Weltpolitik, der Dreibund, gewahrt bleibt. Eine Lockerung in seinem Gefüge würde von jedem Einzelnen teuer bezahlt werden müssen. So wie die Dinge sich jetzt gestaltet haben, wird, wie mir scheint, Österreich-Ungarn an Rumänien und Griechenland eine wertvolle Flankenanlehnung haben. Es wäre nicht unbedenklich gewesen, wenn Rumänien auf die andere Seite abgeschwenkt wäre. Doch ich will Ihnen keine politische Abhandlung schreiben. Ich verstehe Ihre Mißstimmung und weiß, wie viele schmerzliche Enttäuschungen Sie erlebt haben. Ich hoffe aber, daß die Politik keinen Einfluß haben wird auf unser persönliches Verhältnis und daß wir stets und immerdar uns als ehrliche Männer vertrauensvoll gegenüberstehen werden. Wenn es möglich sein sollte, Sie wieder zu sehen, wird es mir immer, wann und wo es sei, die größte Freude sein, und so lange wir offen gegeneinander bleiben, wird unsere persönliche Kameradschaft von den Schwankungen der Politik nicht berührt werden.

So lassen Sie mich Ihnen auch heute die Hand drücken und seien Sie gewiß, daß ich immer bleiben werde in herzlicher Verehrung und Kameradschaft

Euer Exzellenz treu ergebener

von Moltke."

Schließlich kam es doch zur Annahme der Einladung.

Am 6. September reiste ich nach Breslau ab; am 7. September besuchte ich die dortige, zur Jahrhundertfeier (1813) veranstaltete historische Ausstellung und fuhr nachmittags im Auto auf das Schlachtfeld von Leuthen, wo ein kurzer Vortrag über diese Schlacht orientierte. Dann weiter nach Freiburg.

In Freiburg befand sich die Manöverleitung (General von Moltke). Auch ich wohnte in Freiburg, ebenso General Pollio. Das Kaiserliche Hauptquartier war in Salzbrunn (Besitz des Fürsten von Pleß). Dort befanden sich auch Erzherzog Franz Ferdinand und Graf Beck, der König von Sachsen, der König und der Kronprinz von Griechenland etc. Ich übergehe den militärischen Verlauf der Manöver und wende mich den großen Fragen zu.

In den drei Tagen (7. bis 9. September) hatte ich Besprechungen über die Lage mit General von Moltke am 7. September; mit Exzellenz Treutler, dem Begleiter des Deutschen Kaisers für auswärtige Angelegenheiten, am 8. September in Salzbrunn; mit Kaiser Wilhelm, General von Moltke und General Pollio am 8. September gleichfalls in Salzbrunn.

Das politische Thema war bei allen Besprechungen das gleiche. Ich gebe das Wesentlichste daraus wieder:

Ich führte aus, daß zweifellos die Situation des Dreibundes durch die Balkanvorgänge gelitten hätte und man klar sein müsse, wie man sich den neuen Verhältnissen gegenüber zu stellen habe. Gegenüber Serbien gäbe es nur zwei Dinge: entweder den friedlichen Anschluß Serbiens an die Monarchie, oder Serbien als Feind zu betrachten. Wird der letztere Weg eingeschlagen, dann müsse man es uns überlassen, unsere Verbündeten dort zu suchen, wo wir es wollen.

Die Anschlußidee fand Beifall, Kaiser Wilhelm meinte: Für Deutschland sei es viel vorteilhafter, wenn Österreich-Ungarn mit Serbien in einem Hause vereint sei, als wenn es einen südslawischen Staat als Nachbar habe, der ihm stets in den Rücken fallen würde.

Es kam die Sprache auf die Gefahr, die Österreich-Ungarn in Serbien ersähe, auf die darauf gegründete Annäherung der Monarchie an Bulgarien und das Verhältnis zu Rumänien.

Ich bemerkte: „Man wirft uns vor, wir hätten ein Liebesverhältnis mit Bulgarien. Ich bitte Eure Majestät nur eines zu bedenken: Als das kleine Rumänien erklärte, daß es sich gegen ein Großbulgarien schützen müsse, hat das jedermann begreiflich gefunden, als aber Österreich-Ungarn die für seinen Bestand weit größere Gefahr eines Großserbien geltend machte, hat alles geschrien. Wir haben kein Liebesverhältnis mit Bulgarien. Daß der redliche Versuch, die Differenzen zwischen Rumänien und Bulgarien auszugleichen, gescheitert ist, ist sehr traurig. Im Jahre 1909 haben wir gegen Serbien nicht losgeschlagen, ich wurde mit meinem Antrage im Stiche gelassen."

Kaiser Wilhelm: „Ich habe Ihre Soldaten nicht zurückgehalten, ich habe erklärt, daß Deutschland ganz auf Ihrer Seite stehen wird."

Ich: „Auch in diesem Jahre hätten wir noch Gelegenheit gehabt, gegen Serbien vorzugehen."

Kaiser Wilhelm: „Warum ist es nicht geschehen? Es hat Sie niemand verhindert!"

Ich: „Der Fehler lag in der Londoner Konferenz, die Sache war in die Hand Englands und Rußlands gelegt."

Ich wies dann auf die Notwendigkeit hin, Rumänien zu bindendem Anschluß an den Dreibund zu bringen, und fügte bei: „Es ist dem französischen und russischen Gesandten in Bukarest gelungen, dort einen Umschwung gegen uns herbeizuführen, wir werden nicht so bald wieder das rumänische Volk auf unsere Seite bringen, aber wir erwarten, daß es von deutscher Seite gelingt, Rumäniens Anschluß zu sichern. Bloße Versprechungen Rumäniens würden allerdings nicht genügen."

Kaiser Wilhelm: „Nein! Rumänien müßte dem Dreibund mit denselben Kautelen beitreten wie die anderen Alliierten. Das ist eine gute Idee! Wir müssen es betreiben."

Ich hatte den Eindruck gewonnen, daß Deutschland engere politische Beziehungen mit Griechenland suche. Auf meine diesbezügliche Bemerkung erwiderte

Kaiser Wilhelm: „Wir werden Griechenland auf unserer Seite haben."

Ich: „Das wäre sehr angenehm, aber die Volksstimmung ist dort für Frankreich und nicht für Deutschland."

Kaiser Wilhelm: „Jetzt nach dem Siege kann der König in seinem Lande machen, was er will. Er wird die Politik durchsetzen, die e r will."

Das Resumé des Gespräches war: Fester Zusammenschluß Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens, dann Gewinnung Rumäniens zu bindendem Anschluß.

Besprechung zwischen General von Moltke, General Pollio, Generalquartiermeister Graf Waldersee und mir.

Hauptthema war die Mitwirkung Italiens im Dreibundfalle.

Ich führte aus, daß uns bei einem Kriege gegen Rußland das anwachsende Serbien zwingen wird, stärkere Kräfte für den Balkan zu bestimmen, als bisher, und wirkte darauf hin, daß deutscherseits mehr Kräfte für den Osten (also gegen Rußland) zugestanden würden, als nach den bestehenden Vereinbarungen bisher festgesetzt war. Im Zusammenhang damit kam die Mitwirkung Italiens auf dem französischen Kriegsschauplatz zur Sprache.

Ich richtete an General Pollio die Frage:

„Italien wird vier bis fünf Korps gegen Frankreich stellen; was machen Sie mit den anderen*)?"

General Pollio: „Die übrigen Korps sind durch den libyschen Feldzug so hergenommen, daß man sie mit gutem Gewissen nicht für operationsbereit halten kann. Mit Mühe konnte ein Operationskorps für Albanien bereitgestellt werden."

Ich: „Wenn dem auch so ist, so haben Sie doch einzelne schlagfähige Divisionen; schicken Sie eben, was Sie haben."

---

*) Italien verfügte über 14 Korps und 4 Kavalleriedivisionen; außerdem über 26 Alpinibataillone erster Linie und 26 Alpinibataillone dritter Linie, 23 militärisch organisierte Finanzwachbataillone.

Nach der Besprechung begab ich mich zu General von Moltke und legte ihm nahe, General Pollio zu sagen, wir wären im Flottenabkommen so selbstlos und entgegenkommend gewesen, daß wir das gleiche seitens Italiens hinsichtlich der Mitwirkung zu Lande erwarten könnten.

General von Moltke kam dem nach und erhielt am 9. September die Zusicherung, daß Italien zwei Kavalleriedivisionen und drei, vielleicht fünf Infanteriedivisionen für den Durchtransport durch Österreich an den deutschen Südflügel zur Verfügung stellen werde.

General von Moltke bemerkte, Pollio hege Besorgnisse hinsichtlich der Stimmung des eigenen Landes für den Fall, daß Italien gegen Frankreich in den Krieg tritt; daher müßten anfangs Truppen zurückbleiben, die später durch Tirol über den Brenner zur Verfügung gestellt würden.

Deutschland wird, wenn es zum Kriege käme, mit den Hauptkräften Frankreich angreifen und sich dann ehestens gegen Osten wenden, Italien fünf Divisionen nach Süddeutschland dirigieren, mit den übrigen Kräften gegen Frankreich vorgehen.

General von Moltke war über die Zusagen Pollios sehr erfreut.

Ich: „Aber nur nicht vertrauensselig sein!“

General von Moltke erwähnte, daß deutscherseits gegen Rußland mehr und qualitativ bessere Truppen gegeben werden, als bisher vorgesehen. Auch dort wolle man die Offensive ergreifen.

Ich: „Sie haben ja 113 Divisionen?“

General von Moltke: „Ja, wir müssen an die Engländer denken, die sicher auf französischer Seite stehen werden.“

Mir war während der Manöver einen ganzen Tag hindurch der Generalquartiermeister Graf Waldersee beigegeben, mit dem ich das Vorstehende gleichfalls besprach. Auch war ich am Manöverfeld häufig mit General Pollio zusammen. Bei Beurteilung des taktischen Verlaufes der Manöver stimmten wir in unseren Ansichten überein. Sein ernstes, ruhiges, überlegtes Wesen wirkte sympathisch und vertrauenerweckend. Ich hatte das Gefühl, daß e r es mit der Bundestreue ehrlich meine und verkehrte offen und vertrauensvoll mit i h m. Aber General Pollio war nicht Italien!

Von Freiburg aus besuchte ich auch das nahegelegene Moltkesche Familiengut Creisau und legte einen Kranz von Lorbeer auf das Grab des Generalfeldmarschalls Graf Moltke nieder, der dort auf waldgekrönter Höhe an der Seite seiner Gattin im Mausoleum ruht.

Ein Moment weihevollen Gedenkens! Dann der Blick in die endlose Leere der Nichtigkeit alles Seins, der Vergänglichkeit aller Menschengröße, alles irdischen Glückes!

Als ich die stille Stätte verließ, begegnete ich Generalleutnant Pollio, der in gleicher Absicht gekommen war.

Nach Schluß der Manöver verabschiedete ich mich freundschaftlich von General Pollio. Herzlich war mein Abschied von General von Moltke und den deutschen Herren.

Kaiser Wilhelm war auch diesmal mir gegenüber von jener offenherzigen Freundlichkeit, mit der er mich stets auszuzeichnen pflegte.

Am 10. September reiste ich von Freiburg ab.

Am 11. September war ich in Wien.

Den Bericht über meine Wahrnehmungen bei den deutschen Manövern brachte ich Seiner Majestät am 20. September im Wege der Militärkanzlei zur Vorlage. (Siehe Anlage 4.)

Manöver in Böhmen. Zerwürfnis mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand.

Die Manöver fanden südöstlich Prag, zwischen Tabor und Beneschau, statt. Sie waren als Armeemanöver im großen Stile angelegt; zehn Infanteriedivisionen und zwei Kavalleriedivisionen nahmen daran teil, zwei Armeekommanden waren aufgestellt, bei jedem sowohl das „operierende Armeekommando“ als das „Armee-Etappenkommando“, da auch der Nachschub- und sonstige Dienst im Rücken der Truppe geübt werden sollte. Für relativ reichliche Aufstellung von Auto- und Wagentrains, Anstalten und modernen Verbindungsmitteln war gesorgt, auch Flugparks waren beigezogen.

All dies sollte in einer viertägigen Operation zur Übung und Erprobung kommen. Insbesondere aber hinsichtlich der Truppenführung hatten die Manöver reichlich Gelegenheit zu bieten für die ununterbrochene Durchführung einer längeren zusammenhängenden Operation.

Am 13. September wurde die Ausgangssituation bezogen, der 14., 15., 16. und 17. waren als Manövertage bestimmt.

Das Manöverterrain war meist offenes, partienweise waldbedecktes Hügel- und Flachland, gut gangbar für alle Waffen. Das Wetter war herrlich.

Die Manöver hatten möglichst kriegsmäßig zu erfolgen. Es war daher auch darauf hingewiesen, vom Freilager Gebrauch zu machen, wo das Aufsuchen von Kantonnements unkriegsgemäße, die Truppe unnütz ermüdende Märsche erfordert hätte.

Ein wesentlicher Zweck der Manöver war auch die Erprobung der beiden Armeekommandanten und ihrer Generalstabschefs.

Die Südarmee kommandierte General d. I. Moritz Ritter von Auffenberg*), zu ihm war Oberst Rudolf Krauß als Generalstabschef bestimmt; die Nordarmee General d. K. Rudolf Ritter von Brudermann*), sein Generalstabschef war Oberst Rudolf Pfeffer.

Der Nordarmee waren ihre Divisionen in der Ausgangssituation schon mehr auf gleicher Höhe bereitgestellt, jene der Südarmee noch nach der Tiefe gestaffelt. Es kam darauf an, ob der Kommandant der Südarmee den Entschluß fassen würde, sein vorgeschobenes Korps zurückzunehmen, um dann mit vereinten Kräften zu schlagen.

General von Auffenberg tat dies bei Beginn der Manöver.

Aus diesen Anmarschaktionen, also auf Grund der durch die beiderseitigen Armeekommandanten selbst geschaffenen Lage, hätte sich dann der Zusammenstoß aller Kräfte ergeben sollen.

Dazu kam es, wie die spätere Darstellung zeigen wird, nicht.

Ich reiste am 12. September nach Chotowin, wo sich am gleichen Tage die Manöverleitung etablierte. Die Operationsabteilung war in der Schule untergebracht; ich wohnte mit meinem Flügeladjutanten beim Gendarmeriewachtmeister Kubat. Das Schloß des Barons Erwin Nadherny war für Erzherzog Franz Ferdinand, seine Militärkanzlei (Chef Oberst Dr. von Bardolff) und sein engeres Gefolge reserviert.

Seine Kaiserliche Hoheit traf Sonntag den 14. September in Chotowin ein. Die Meldung bei ihm erfolgte vormittags im Schloßhof.

Zu ihr waren aus den nächsten Orten zahlreiche Generale mit ihren Begleitern erschienen.

Nach der Meldung begab sich der Erzherzog in die Ortskirche und wohnte der Messe bei, ihn begleiteten die anwesenden Generale.

Ich suchte die Kanzlei der Manöverleitung auf, wohin dienstliche Verfügungen mich riefen.

Ungefähr nach einer Stunde wurde ich zu Seiner Kaiserlichen Hoheit berufen.

In der Meinung, es beträfe dienstliche Angelegenheiten, nahm ich einige laufende Dienststücke mit und begab mich ins Schloß.

Schon als ich bei Seiner Kaiserlichen Hoheit eintrat, fand ich ihn auffallend, auch physisch, verändert, seine, wenn er wollte, so gewinnende

*) Beide Generale kommandierten im Weltkrieg Armeen: General d. I. R. von Auffenberg die 4., General d. K. R. von Brudermann die 3. Ihre Generalstabschefs waren die Obgenannten. Die 4. Armee siegte bei Komarów, die 3. erlag anfänglich dem überlegenen Stoß der Russen östlich Lemberg, kämpfte aber danach erfolgreich in der Schlacht westlich Lemberg.

Liebenswürdigkeit in das Gegenteil verwandelt, er befand sich in einem Zustand höchster Erregung und fuhr mich barsch mit den Worten an:

„Warum waren Sie nicht in der Kirche?“

Erstaunt über diese Frage, antwortete ich, daß ich dienstlich zu tun gehabt hätte und bemerkte auf die wiederholten Vorwürfe des Erzherzogs: Wenn ein befohlener Kirchgang angeordnet war, hätte es mir gesagt werden sollen, ich hatte aber nur die Mitteilung erhalten, daß Seine Kaiserliche Hoheit nach der Meldung der Messe beiwohnen werde.

Seine Kaiserliche Hoheit: „Ihre religiösen Anschauungen kenne ich ja, aber wenn ich in die Kirche gehe, haben Sie auch zu gehen.“

Ich bewahrte bei dieser unerquicklichen Szene meine Ruhe, konnte mir aber dieses plötzliche ungnädige Gebaren nicht erklären. War es noch die Rückwirkung des Falles Redl, oder waren andere Einflüsse tätig, den Erzherzog gegen mich einzunehmen? In der Folge konnte ich mich allerdings nicht der Vermutung verschließen, daß sich Erzherzog Franz Ferdinand damals in leidendem Zustand befand, seine Stimmung also auch auf physische Ursachen zurückgeführt werden konnte.

Am ersten Manövertag fuhren Seine Kaiserliche Hoheit, ich, Oberst Metzger und einige Herren der Übungsleitung auf einen tags vorher bestimmten Standort, um der Aktion der Kavalleriedivision Zaremba beizuwohnen.

Der Erzherzog sah, nachdem er ausgestiegen war, dem Anfahren und Halten der nachfolgenden Autos zu, auch waren mehrere Autos und Wagen von Zusehern des Zivils zur Stelle.

Seine Kaiserliche Hoheit war in gereizter Stimmung und herrschte mich an, warum die Autos nicht auf einer Straßenseite hielten; er bemerkte es seien viel zu viel Nichtstuer da, machte Ausfälle gegen den Generalstab und richtete Vorwürfe wegen der Autos — die übrigens in voller Ordnung standen — auch an Oberst Metzger. Ich erwiderte nichts, Oberst Metzger bewahrte die ihm eigene kühle Reserve.

Klar war mir aber, daß des Erzherzogs Ungnade gegen m i c h gerichtet war. Damit gewann für mich auch ein Vorfall an Bedeutung, der sich damals gelegentlich einer Autofahrt ereignete, bei der ich an der Seite Seiner Kaiserlichen Hoheit saß.

Der Erzherzog sprach über sein Schloß Konopišt, erzählte, daß es einst im Besitz Wallensteins gewesen sei und warf dann, auf Wallenstein bezugnehmend, ganz unvermittelt die Bemerkung hin: „Es ist doch ganz unbegreiflich, daß ein so gescheiter Mann auf solche Abwege geraten konnte!“

Es mag Täuschung gewesen sein, aber ich empfand unwillkürlich, daß diese Worte nicht absichtslos gesprochen waren. Allerdings war

mir eine Absicht völlig unfaßbar, denn ich hatte in meinem ganzen dienstlichen Wirken stets alles vermieden, was danach aussehen konnte, als ob ich mir eine mir nicht zukommende Rolle arrogieren würde, ich hatte selbst dafür gesorgt, daß mein Name so wenig als möglich in den Zeitungen erscheine.

Ich kehre zum Gange der Manöver zurück. Schon in den ersten Tagen kam mir das Gerücht zu, der Erzherzog plane ein vorzeitiges Abbrechen der Manöver. Ich ging darauf nicht weiter ein.

Das Manöver war am 15. September im vollen Gange.

Plötzlich um 1 Uhr nachmittags erließ Seine Kaiserliche Hoheit den Befehl, das Manöver um 3 Uhr nachmittags einzustellen. Die Führerentschlüsse waren noch lange nicht ausgereift, ich machte lebhafte Gegenvorstellungen gegen das Abbrechen der Manöver, erreichte aber nur einen einstündigen Aufschub für ihre Einstellung. Der Befehl für diese Abänderung traf aber nicht mehr alle Truppen zeitgerecht. Sie hatten das Manöver bereits abgebrochen.

Gleichzeitig ergingen die mit gänzlicher Umgehung meiner Person und meiner Stellung in der Militärkanzlei des Erzherzogs ausgearbeiteten Anordnungen Seiner Kaiserlichen Hoheit für eine am 17. September unter Höchsdessen persönlichem Befehl abzuhaltende Übung gegen Markierung.

Das 9. Korps (26. und 29. Division) hatte als 5. Armee einen vier Divisionen markierenden, an eine festgesetzte Stellung gewiesenen Verteidiger zu bilden. Aus den anderen Truppen war der Angreifer formiert, und zwar eine 3. Armee unter G. d. K. R. von Brudermann aus der 13. Division und der in ein 18. Korps vereinten 5. und 10. Division;

links davon:

eine 4. Armee unter G. d. I. R. von Auffenberg

aus der 3. Division, der in ein 8. Korps vereinten 9. und 21. Division, und ein 17. Korps aus der 19. und 44. Division bestehend; am linken Flügel der 4. Armee war unter Befehl des General-Kavallerie-Inspektors Karl Graf Huyn ein Kavalleriekorps aus der 3. und 9. Kavalleriedivision gebildet. Das Kavalleriekorps hatte am Übungstag (17. September) eine Attacke gegen Infanterie zu reiten. Graf Huyn erhielt am 16. September vom Erzherzog die näheren Weisungen und die Gelegenheit, sich das Terrain anzusehen. Die beiden Armeen hatten auf Befehl des Erzherzogs die Angriffsbewegung anzutreten; die Schiedsrichter waren angewiesen, eine Feuerüberlegenheit nicht vor 10 Uhr vormittags anzunehmen. Alles war nach Zeit und Raum in feste Grenzen gelegt; ein rein formales Manöver, das zu den großen Kosten nicht im Verhältnis stand und die Übungen und Erprobungen vereitelte, die mit den Manövern geplant waren. Auch

die beabsichtigte Beurteilung der Armeekommandanten verlor damit die angestrebte Grundlage. Die durch die Ausgangssituation schon am 14. September herausgeforderte frühzeitige Entschließung des Generals der Infanterie von Auffenberg hatte zwar schon ein günstiges Urteil über seine Führerfähigkeit ermöglicht, aber für die Nordarmee war die Lage lange noch nicht so weit gediehen, um über ihren Kommandanten General d. K. von Brudermann und seinen Stabschef ein abschließendes Urteil festzustellen. Bei der Übung gegen Markierung am 17. September aber war die Führertätigkeit der Armeekommanden nahezu gleich Null.

Diese Vorgänge hatten den schon seit längerem in mir schlummernden Gedanken, in den Ruhestand zu treten, zum Durchbruch gebracht, ich hatte den Entschluß gefaßt, während der Manöver keinen Eklat zu machen, aber nach Schluß derselben mein Rücktrittsansuchen vorzulegen. Mochte der Erzherzog dies ahnen, oder mochte sein früherer Flügeladjutant Oberst von Brosch, der, mittlerweile zum Kommandanten des 2. Regiments der Tiroler Kaiserjäger ernannt, den Übungen als Schiedsrichter beigezogen war, aus eigenem Antrieb gekommen sein — kurz, Brosch besuchte mich am 16. September in Chotowin und versuchte mich von meinem Entschluß abzuhalten. Ich versicherte Brosch, daß ich während der Manöver keinerlei Aufsehen machen werde, mir aber nach deren Beendigung meine Entschlüsse vorbehalte.

Am 16. September hielten die Truppen teils Rasttag, teils bezogen sie die Ausgangssituation für die Markierungsübung.

Die Markierungsübung vollzog sich am 17. September in der vorgezeichneten Weise. Um 10 Uhr durchschritten die Infanteriedivisionen gleichzeitig den Raum, der sie vom Markierer trennte; auf spezielle Anordnung Seiner Kaiserlichen Hoheit erfolgte der Angriff des Kavalleriekorps. Ihn anzusehen begab sich der Erzherzog an den westlichen Flügel. Dort fand auch ein dicht massierter Infanterieangriff statt.

Ich blieb an der Seite Seiner Kaiserlichen Hoheit als Zuseher und mengte mich in nichts. Nach der kurzen Besprechung meldete ich mich bei Seiner Kaiserlichen Hoheit ab und eilte im beschleunigten Ritt am Kavalleriekorps, das der Defilierung harrte, vorbei nach Chotowin, um noch den Nachmittagszug zu erreichen, mit dem ich abends in Wien eintreffen wollte.

Die geschilderten Vorkommnisse waren für mich ein letzter Tropfen ins volle Glas.

Ich sah die Ratschläge, die ich in Voraussicht der großen Gefahren, die der Monarchie drohten, gemacht hatte, abgelehnt, die Anträge auf die so dringende Ausgestaltung der Wehrmacht unberücksichtigt, mein Streben nach kriegsmäßiger Ausbildung der Truppen lahmgelegt

und das Vertrauen des Erzherzogs geschwunden, über dessen Wunsch und Willen ich ja doch nur meine Stellung als Chef des Generalstabes angenommen hatte.

Am 17. September abends traf ich in Wien ein.

Am 18. September richtete ich folgendes Schreiben an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand:

„Wien, am 18. September 1913.

Eure Kaiserliche Hoheit!

Geruhen Eure Kaiserliche Hoheit mir gnädigst zu gestatten, daß ich das vorliegende freimütige Schreiben Eurer Kaiserlichen Hoheit ehrfurchtsvollst unterbreite.

Schon seit längerer Zeit zur Überzeugung gelangt, daß mein Verbleiben in der Aktivität, insbesondere in meiner dermaligen Stellung, kein Vorteil für den Allerhöchsten Dienst ist, hat sich diese Überzeugung erneuert in mir gefestigt.

Da ich jedoch peinlich alles vermeiden will, was selbst auch nur den Schein eines unkorrekten Scheidens an sich tragen könnte, bitte ich Eure Kaiserliche Hoheit Höchstselbst die Form gnädigst bestimmen zu wollen, in welcher mein Rücktritt zu erfolgen hat.

Eurer Kaiserlichen Hoheit in tiefster Ehrfurcht ergebener treugehorsamster

Conrad, G. d. I.“

Dieses Schreiben wurde am 18. September der Militärkanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand übersendet mit dem Ersuchen, es Seiner Kaiserlichen Hoheit zu unterbreiten.

Um dem voraussichtlichen Gerede in Wien zu entgehen, nahm ich Urlaub und begab mich zu nahestehenden Freunden nach Steiermark, um die Entscheidung abzuwarten.

Ich erhielt hier die Nachricht, daß der Erzherzog den General von Tersztyánszky nach Wien berufen und zu meinem Nachfolger in Aussicht genommen habe. Tersztyánszky solle in Wien auch schon nach einer Wohnung suchen. Ich hielt daher meinen Rücktritt gesichert. Am 25. September überraschte mich aber nachstehendes eigenhändige Schreiben des Thronfolgers:

„Wien III/3., Belvedere.

Euer Exzellenz!
Lieber Freiherr von Conrad!

In Beantwortung Ihres Schreibens teile ich Ihnen ganz offen meine Antwort mit. So sehr ich begreife, daß Sie den Wunsch hegen, nicht noch sehr lange Zeit in der Stellung eines Chefs des Generalstabes zu

verbleiben, so sehr hoffe ich und rechne ich bestimmt, daß Sie Ihre unschätzbare Kraft, Ihre patriotische Hingabe und Ihre so allgemein bewunderten soldatischen Eigenschaften auch fernerhin in einer anderen hohen militärischen Stellung der Armee und dem Vaterlande, die Ihnen zu so vielem Danke verpflichtet sind, erhalten. Nur möchte ich Sie im Interesse der guten Sache und in meinem Namen inständigst bitten, jetzt momentan von einer Veränderung Ihrer Stellung abzusehen und wenigstens über den Winter bis zum Frühjahr in Ihrem dornenvollen Amte auszuhalten und dadurch, wie schon so oft, der Armee und uns allen, die wir an der Leitung der Armee beteiligt sind, dieses große Opfer zu bringen. Die Gründe, die mich dazu bewegen, dieses Opfer von Ihnen, lieber Baron Conrad, zu erbitten, sind erstens, daß es einen merkwürdigen Eindruck machen würde, wenn Sie jetzt so bald wieder Ihren Posten an meiner Seite verlassen würden, wo die ganze Welt weiß, mit welcher Schwierigkeit ich Sie das zweitemal angesichts der Kriegsgefahr bei Seiner Majestät erbeten habe. Man würde daran viele Kommentare knüpfen, die weder in Ihrem, noch in meinem Interesse liegen. Zweitens wurden Sie jetzt von Kaiser Wilhelm eingeladen und so geehrt, daß jetzt ein Verlassen Ihrer Stellung auch nicht möglich ist.

Und dann hat dieses Schandjuden- und Freimaurerblatt * * * so infame Artikel gebracht, die von manchen anderen Blättern auch nachgeäfft wurden, daß Sie jetzt justament bleiben müssen, nur um dieser Bagage nicht die hämische Freude zu machen, daß sie mir Unannehmlichkeiten bereitet hat.

Ferner dürfen Sie auch jetzt nicht nach den Manövern gehen, damit já nicht die leiseste Idee aufkommen könnte, daß es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, was nur ein Gaudium für alle schlechtgesinnten Leute wäre und ebenfalls weder in Ihrem noch in meinem Interesse liegt.

Ich resumiere daher und bitte Sie im Interesse des Allerhöchsten Dienstes und nach reiflicher Überlegung meinerseits, vorläufig gar nichts dergleichen zu machen, ruhig in Ihrer gegenwärtigen Stellung zu verbleiben und zum mindesten den Winter noch durchzumachen und sich in allem vertrauensvoll an mich zu wenden. Von Ende November an bleibe ich ständig in Wien und können wir dann in Ruhe, gegenseitigem Vertrauen und Überlegung alles weitere besprechen und fixieren.

Indem ich Ihnen bei dieser Gelegenheit meinen innigsten und wärmsten Dank für die mir bisher geleisteten Dienste und Opfer ausspreche, bitte ich Sie nochmals, in gewohnter Selbstverleugnung mir auch

noch dieses Opfer zu bringen und in Ihrer Stellung zu verharren und bleibe mit den herzlichsten Grüßen in steter Gewogenheit,

lieber Baron Conrad, stets Ihr aufrichtiger

Erzherzog Franz, General der Kavallerie.

23. September 1913."

Nach Ton und Inhalt dieses Schreibens war nun ein Rücktritt für mich ausgeschlossen. Ich antwortete:

„Euere Kaiserliche Hoheit!

Euerer Kaiserlichen Hoheit hier erhaltenes, so überaus gnädiges Schreiben hat in mir die seit Halbjahresfrist bestehende Meinung zerstreut, daß ich jenes Vertrauen Euerer Kaiserlichen Hoheit verloren habe, ohne welches ein gedeihliches Wirken für mich gänzlich ausgeschlossen gewesen wäre, so daß ich es als Pflicht betrachten mußte, meinen Rücktritt zu erbitten. Geruhen Euere Kaiserliche Hoheit mir gnädigst zu gestatten, daß ich mit voller Offenheit die Umstände darlege, welche diesen Entschluß in mir reifen ließen.

Die harten Worte, welche Euere Kaiserliche Hoheit anläßlich des Falles Redl in nur zu begreiflicher Erregung über diesen einzig dastehenden Verbrecher gegen mich und gegen den unter meiner Leitung stehenden k. u. k. Generalstab wendeten, haben mich schon damals veranlaßt, Euere Kaiserliche Hoheit zu bitten, mich durch einen anderen General zu ersetzen; ich habe dann in einem gewisse Reorganisationen im Generalstab betreffenden untertänigsten Antrag diese Bitte schriftlich erneuert, jedoch hierauf keine Höchste Entscheidung erhalten. In diesem Zustand ließ ich nun die Manöver an mich herankommen, gelegentlich welcher ich eine Klärung meiner Besorgnisse bezüglich des verlorenen Vertrauens erwartete.

Die ungnädigen Worte Euerer Kaiserlichen Hoheit sowohl in Chotowin als am Manöverfelde und der Umstand, daß Euere Kaiserliche Hoheit die auf die Unterbrechung und Abänderung der Manöver bezugnehmenden Verfügungen mit voller Ausschaltung meiner Stellung, beziehungsweise meiner Person zu treffen geruhten, erschienen mir nun ein deutlicher Fingerzeig, daß meine Rolle ausgespielt und für mich der Moment gekommen ist, aus dem Dienste zu scheiden.

Ich war dazu ohne die geringste Verbitterung bereit und entschlossen, weil ich sehr gut einsehe, daß für jeden General endlich der Zeitpunkt kommt, wo er im Interesse des Dienstes durch eine jüngere Persönlichkeit ersetzt werden muß, und weil ich seit jeher das Gefühl hatte, daß meine Kräfte und meine Leistungen weit überschätzt werden, ein Gefühl, das

mich geradezu bedrückt. Mir der Pflichten gegen Euere Kaiserliche Hoheit voll bewußt, habe ich meine Bitte um Rücktritt nicht sofort an Allerhöchster Stelle vorgebracht, sondern in erster Linie Euerer Kaiserlichen Hoheit unterbreitet. Wenn nun, wie ich nach Euerer Kaiserlichen Hoheit so gnädigem Schreiben annehmen darf, Höchstdieselben mir das hohe Vertrauen, welches die unerläßliche Basis für die Versehung meiner Dienstpflichten ist, zuzuwenden und dahin zu entscheiden geruhen, daß ich an meiner Stelle zu verbleiben habe, so werde ich selbstverständlich alles daran setzen, nach bester Überzeugung meinem Dienste zu entsprechen und das gnädige Vertrauen Euerer Kaiserlichen Hoheit zu rechtfertigen.

Euerer Kaiserlichen Hoheit in tiefster Ehrfurcht treu gehorsamster

Conrad, G. d. I."

Am 28. September war ich wieder in Wien und übernahm den Dienst. Er führte mich auch auf das politische Gebiet.

Es ist mein Schreiben vom 6. September an Graf Berchtold erinnerlich*), in dem ich die Idee eines Versuches friedlicher Auseinandersetzung mit Serbien erörterte.

Ein solcher Versuch erschien mir aber nunmehr immer aussichtsloser, da Serbiens Großmachtsträume schon viel zu weit gediehen waren.

In dem Maße, als der Bukarester Friede (10. August) im Ostbalkan einigermaßen Ruhe geschaffen hatte, wandten sich Serbiens und Griechenlands Bestrebungen wieder dem Westbalkan zu, speziell Albanien, über das sich ein ganzes Netz von Verwicklungen gebreitet hatte. Territoriale Aspirationen der Serben, Griechen und Montenegriner, politische Interessen Österreich-Ungarns und Italiens, Parteibildungen innerhalb der Albanesen selbst, Agitationen der Pforte, die ein souveränes Albanien unter einem mohammedanischen Prinzen anstrebte, endlich Konspirationen der verschiedensten Prätendenten für Albaniens Thron schufen einen Zustand beständiger Unruhe und stellten die Konsolidierung Albaniens nicht nur in weite Ferne, sondern überhaupt in Frage.

Sie drohten aber auch die Monarchie in kriegerische Verwicklungen zu ziehen und erhöhten meine Sorge, daß man sich zu kleinlichen Maßnahmen verleiten und die für immerhin mögliche große Konflikte erforderlichen Kräfte zersplittern würde.

Zunehmend bedrohlicher klangen die Nachrichten aus Serbien, das gewillt schien, seine Absichten in Albanien mit Gewalt der Waffen durchzusetzen.

---

*) Seite 420.

Ein am 25. September eingelangtes Telegramm des k. u. k. Militârattachés in Belgrad lautete:

„Res. Nr. 298 vom 24. September 1913.

Im Kriegsministerium erfahre ich, daß Mobilisierung der ganzen Morava-Division I und der Reserveregimenter I*) und II*) angeordnet wurde. Auch werden mehrere Regimenter mit dem Friedensstand, darunter Regiment 7 aus Belgrad an die albanesische Grenze gesendet. Ich habe den Eindruck, daß diese Maßnahmen nicht nur Grenzschutz, sondern eine Offensivoperation bezwecken."

Dieses Vorgehen Serbiens, seine stete Wühlarbeit in den Gebieten der Monarchie, Besitzfragen hinsichtlich der Temesinsel, endlich die serbischerseits erfolgte Besetzung von Gebieten, die bereits Albanien zugesprochen waren, vor allem aber die vitale Gefahr, die aus Serbiens Machtbestrebungen auf Kosten Österreich-Ungarns drohte, stellten die Monarchie erneuert vor die Frage, ob sie diesem Gebaren Serbiens ruhig gewährend zusehen, oder ob sie es gewaltsam niederschlagen solle.

Ich sah eine Lösung jetzt nur mehr gewaltsam möglich.

Am 29. September vormittags hatte ich eine Besprechung mit Graf Berchtold über die albanesische Frage und Serbien.

Graf Berchtold hielt dafür, durch Besetzung der serbischen Stadt Šabac einen Druck auf Serbien zu üben.

Ich: „Wie denken Sie sich das?"

Graf B.: „Wir sagen den Serben, so lange ihr nicht aus Albanien geht, gehen wir nicht aus Šabac."

Ich: „Entweder lassen uns die Serben dort sitzen und lachen uns aus, oder sie gehen auf uns los; ersteres ist eine fatale Rolle, letzteres der Krieg. Daher bleibt nur: entweder wir wollen den Krieg, oder wir wollen ihn nicht. Wenn »nicht«, dann halten wir besser den Mund, behalten uns die Freiheit für die Zukunft vor und treten aus der Londoner Konferenz aus. Jetzt wäre die Gelegenheit, dort unten**) endlich Ordnung zu machen. Ein Ultimatum und wenn nach 24 Stunden nicht aus Albanien herausgegangen wird***), dann die Mobilisierung."

Graf B.: „Was wird das für Konsequenzen haben?"

Ich: „Das weiß ich nicht, aber es ist jetzt noch der Moment, es zu riskieren."

---

*) Das ist die frühere Morava-Brigade, die sich ebenfalls aus dem Morava-Divisionsbereich ergänzte.

**) Serbien, Montenegro.

***) Seitens Serbiens und Montenegros.

Graf B.: „Aber das Furchtbare dabei sind die gewissen drei Wochen vom Beginn der Mobilisierung bis zum Losschlagen. Wenn man das so haben könnte: »Ultimatum« und »Einmarschieren«."

Ich: „Das geht bei einem Kaderheer nicht."

Graf B.: „Die Mächte werden in dieser Zeit Einspruch erheben."

Ich: „Dann muß man hart bleiben."

Graf B.: „Nach glücklichem Krieg würden wir Serbien verkleinern?"

Ich: „Nein, man müßte es der Monarchie einverleiben. Übrigens, wie steht es mit Rumänien?"

Graf B.: „Der König und die leitenden Männer sind für das Festhalten am Dreibund, aber im Volke ist die Stimmung gegen uns."

Ich: „Und die anderen Mächte?"

Graf B.: „Ich kann nicht sagen, ob Frankreich und Rußland aktiv eingreifen würden. Nachdem sie bisher allen Vorgängen am Balkan ruhig zugesehen haben, ist es fraglich."

Ich: „Wenn Italien unangenehm werden sollte, müßte man ihm sagen, daß wir unsere Zugeständnisse bezüglich der Flottenvereinigung zurückziehen. Sie ist ohnehin mehr im Interesse Italiens und Deutschlands als in unserem gelegen."

Graf Berchtold kam dann wieder auf eine mit Italien gemeinsame Okkupation Albaniens zu sprechen.

Ich bemerkte, daß eine solche Okkupation im g a n z e n Lande gemischt sein müßte. Wenn sie aber schon nach Norden und Süden zu Lande getrennt wäre, müßte sie unbedingt an den Küstenpunkten gemeinsam sein. Wo ein italienisches Schiff ist, müßte auch ein ö.-u. sein.

Im übrigen, bemerkte ich, würde eine Besetzung Albaniens für uns immer eine Schwächung sein, weil uns die Truppen an wichtigerer Stelle fehlen würden. Ein Besatzungskorps in Albanien könnte nur als Kristallisationspunkt für die albanesischen Streitkräfte gelten.

Das Gespräch wandte sich dann wieder dem gewaltsamen Vorgehen gegen Serbien zu.

Graf Berchtold meinte, mit dem Herzen sei er dabei, mit dem Kopfe nicht, weil ihm das Vertrauen fehle, daß die maßgebenden Stellen durchhalten würden.

Ich erwiderte, man müsse klar mit Seiner Majestät sprechen und ihn fragen, ob er durchhalten will.

Graf B.: „Es ist auch noch der Thronfolger da."

Ich: „Über Krieg und Frieden entscheidet nur der Kaiser."

Nach der Besprechung begab sich Graf Berchtold zu Seiner Majestät.

Um 5.30 Uhr nachmittags war ich wieder bei Graf Berchtold.

Er sagte mir, der Gesamteindruck sei, daß Seine Majestät gar nicht so abgeneigt wäre, die serbische Frage energisch anzugehen, doch müsse er auf der Rechtsbasis bleiben, anders könne er nichts machen.

Ich: „Rechtsbasis gibt die Behandlung der Albanesen durch die Serben. Auf Grund des uns zustehenden Minoritätsschutzes können wir dagegen Einspruch erheben und einschreiten. Es ist die l e t z t e Gelegenheit, die serbische Frage in einem uns günstigen Sinne lösen zu können. In l ä n g s t e n s drei Jahren werden die Serben ganz anders dastehen, mit 400.000 Mann gegen uns. Es ist fraglich, ob sie dann durch andere Kräfte ganz oder teilweise abgezogen werden."

Graf B.: „Rumänien wird immer die Angst haben, daß es mit dem Verschwinden Serbiens seinen natürlichen Bundesgenossen gegen Bulgarien verliert."

Ich: „Man muß Rumänien sagen, daß es, wenn Serbien mit der Monarchie vereint ist, einen ebenso verläßlichen Schutz findet, insbesondere wenn Rumänien dem Dreibund mit allen Verpflichtungen beitritt. Auch hat Rumänien keine Gewähr, daß Bulgarien und Serbien sich nicht doch befreunden und mit Rußland gegen Rumänien kehren."

Am 29. September nach der Vormittagsbesprechung in mein Bureau zurückgekehrt, ließ ich die konkreten Vorarbeiten für den Kriegsfall gegen Serbien überprüfen und verfügte die Bearbeitung einer Studie für die eventuelle Ausrüstung eines Besatzungskorps für Nordalbanien: etwa drei Gebirgsbrigaden aus dem starken 3. Korps formiert. So sehr ich auch gegen solche Spezialunternehmungen war, vorbereitet mußte ich darauf sein.

Am selben Tage besuchte mich der Armee-Inspektor und Landeschef in Sarajevo, Feldzeugmeister Potiorek.

Wir sprachen über die Möglichkeit einer Aktion gegen Serbien. Exzellenz Potiorek erwähnte, daß er diesfalls der Moslems und der Kroaten sicher sei. Dann brachte er Fragen zur Erörterung, die an der zentralen Stelle schon seit 1907 gang und gäbe waren. Schließlich teilte er mir mit, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand im Jahre 1914 Manöver des 15. und 16. Korps in Nordbosnien unter Leitung Potioreks wünsche, denen er (der Erzherzog) beiwohnen, und bei welchem Anlasse auch die Herzogin mitkommen wolle.

Potiorek hatte für den Hofstaat Bad Ilidže nächst Sarajevo vorgeschlagen. Der Erzherzog beabsichtigte als T h r o n f o l g e r Bosnien zu besuchen, und zwar im Mai oder Juni 1914.

Ich war darüber bereits orientiert, und zwar durch Seine Kaiserliche Hoheit selbst, der es mir am 16. September während der Manöver in Böhmen mitgeteilt hatte.

Kurz möchte ich hier die damalige innerpolitische Lage in Bosnien-Herzegowina streifen.

In seinen über alle Vorkommnisse mit eingehender Genauigkeit geführten Vormerkungen berichtet für den Monat Juli der Landeschef, Feldzeugmeister Potiorek, daß sich eine neue serbische Parteigruppe zu gemeinsamer Arbeit mit den Kroaten und den Moslims gebildet habe. Ein Zusammenschluß, der als Gegengewicht gegen die serbisch-radikale Partei zu dienen vermochte.

Der Landeschef erklärte die neue Partei nur dann als Glied der Majorität akzeptabel, „wenn sie in ihrem Programme öffentlich erklärt, daß alle ihre nationalen Bestrebungen stets innerhalb jenes Rahmens stehen werden, der durch den unlösbaren Anschluß von Bosnien-Herzegowina an die Monarchie und durch die loyale Anhänglichkeit seiner Einwohner an das Allerhöchste Herrscherhaus ein für allemal gegeben ist.“ Die Parteiführer Srškić und Šola sagten dies als selbstverständlich zu und versprachen auch die Zähmung des radikalen Blattes „Srpska riječ“. Wünsche hinsichtlich Änderung der Wahlordnung und der Modifikation der Geschäftsordnung akzeptierte der Landeschef. In der Sprachenfrage aber erklärte er, über den Regierungsentwurf nicht hinausgehen zu können.

In den Vormerkungen für August brachte Feldzeugmeister Potiorek das Programm der Parteiführer des bosn.-herz. Landtages. Es war im allgemeinen gemäßigt, enthielt aber nach Ansicht des Landeschefs viele Punkte, namentlich in staatsrechtlicher Beziehung, die nicht annehmbar erschienen. Feldzeugmeister Potiorek kam zu dem Schluß, daß wohl in der Frage des bosn.-herz. Landtages ein Schritt nach vorwärts gemacht wurde, das Ziel aber noch lange nicht erreicht sei. Er beantragte, die gemäßigten Serben auf Seite der Regierung zu ziehen.

Immerhin konnte diese Erscheinung eine Wendung zum Besseren bedeuten, wenn sie nicht durch die serbisch-radikale Partei und die Einflüsse aus Belgrad durchkreuzt würde.

Mit Zustimmung Seiner Majestät erwog der gemeinsame Finanzminister auch die Entsendung von je drei bosn.-herz. Abgeordneten in jede der beiden Delegationen. Der Landeschef bezeichnete es als richtiger, in jedes Abgeordnetenhaus (Ö. und U.) sechs bosn.-herz. Landtagsabgeordnete zu senden und aus diesen drei in jede Delegation zu wählen. Jede der drei Konfessionen sollte dabei vertreten sein. In dieser Maßnahme lag ein großes Entgegenkommen.

Aber schon in seinen Vormerkungen für September berichtet Feldzeugmeister Potiorek, daß wohl die Kroaten und Moslims arbeitsfreudig seien, der Widerstand der Serben aber erneuert einsetze. Die serbischen

Erfolge von Kumanovo und Bregalnica seien den bosnischen Serben zu Kopf gestiegen; zwölf serbische Abgeordnete hätten ihre Mandate aus Furcht vor den Radikalen niedergelegt; die äußere Lage habe die inneren politischen Verhältnisse weit schwieriger gestaltet.

Am 29. September kam zwischen Bulgarien und der Pforte der Friede von Konstantinopel zustande. Adrianopel, Kirk-Kilisse und Iniada fielen wieder an die Türkei.

Durch die Friedensschlüsse hatten

gewonnen: Bulgarien 17.000 Quadratkilometer, 430.000 Einwohner; Griechenland 51.000 Quadratkilometer, 1,600.000 Einwohner; Rumänien 8300 Quadratkilometer, 302.000 Einwohner; Montenegro 6000 Quadratkilometer; Serbien 39.000 Quadratkilometer, 1,500.000 Einwohner;

verloren: Türkei 143.000 Quadratkilometer, 4 Millionen Einwohner.

Am 30. September schrieb ich an Graf Berchtold:

„Nach — sonst verläßlichen — Nachrichten soll die gesamte Zahl der gegen Albanien aufgebrachten serbischen Kräfte 50.000 Mann betragen, den Kommandanten soll rücksichtsloses und energisches Vorgehen, Niederbrennen arnautischer*) Dörfer befohlen sein. Als Ziel der Operation wird die Besitznahme von Tirana, Durazzo und Elbassan bezeichnet. Wenn diese Absichten serbischerseits zur Realisierung kommen sollten, wäre für uns zweifellos der Moment gekommen, auf Grund einer vollen Rechtsbasis einzugreifen. Ich erachte es vom militärischen Standpunkte aus dringend, daß von unseren Vertretungen diesem Vorgehen der Serben besondere Aufmerksamkeit zugewendet und stets sofort und eingehend berichtet wird, damit wir nicht von den Ereignissen überrascht werden. Bei diesem Anlasse bitte ich um geneigte Mitteilung, ob schon eine offizielle Verwarnung an Serbien ergangen ist wegen Grenzüberschreitung."

Am Schlusse der Schilderung der Vorgänge in der Zeitspanne Juli, August, September erscheint es mir am Platze, auf das schon mehrfach zitierte, im Jahre 1919 erschienene Buch des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers in Berlin, Herrn Dr. M. Bogičević, hinzuweisen. Er charakterisiert die schon damals bestehenden Ziele Serbiens und die Gedankenrichtung seiner maßgebenden Politiker. Hervorheben möchte ich folgendes:

In einem Gespräch, das Dr. Bogičević im August 1913 in Marienbad mit Herrn Pašić hatte, äußerte dieser, daß er „zunächst den Besitz

*) Arnauten = mohammedanische Albanesen.

Mazedoniens für Serbien sichern wollte, um dann erst zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina schreiten zu können".

Nach Angabe des Herrn Dr. Bogičević hat, wie schon im Zweiten Bande (Seite 419) erwähnt, Herr Pašić am Schlusse der Bukarester Konferenz dem griechischen Delegierten Herrn Politis gegenüber die Bemerkung gemacht:

„La première manche est gagnée, maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche"*).

Diese Geständnisse kennzeichnen klar die Gefahr, die Österreich-Ungarn drohte, und die Dringlichkeit, die serbischen Pläne gewaltsam zu durchkreuzen.

Aber zu dieser Erkenntnis bedurfte es gar nicht dieser Geständnisse, die Gefahr lag auf der Hand, sie war deutlich sichtbar, wenn man sehen wollte.

Allerdings kam auch die Haltung der eigenen Verbündeten in Betracht. Der frühere italienische Ministerpräsident Herr Giolitti erklärte im Jahre 1915, daß Österreich-Ungarn im August 1913 bei Italien die Zustimmung zum militärischen Vorgehen gegen Serbien eingeholt habe, aber abschlägig beschieden worden sei. Deutschland betonte zwar, daß es in allen Fällen fest zu Österreich-Ungarn stehen würde, war aber doch bemüht, einen kriegerischen Konflikt der Monarchie mit Serbien hintanzuhalten. Dr. Bogičević erwähnt, daß schon im Sommer 1912 der deutsche Staatssekretär des Äußern Herr von Kiderlen-Wächter**), sowie später sein Nachfolger Herr von Jagow wiederholt in diesem Sinne eindringlichst auf ihn eingewirkt hätten, und er deshalb bei seiner Regierung (in Belgrad) vorstellig geworden sei.

Daß Italien damals, im Hinblick auf seine militärische Unfertigkeit, den Konflikt vermieden sehen wollte, entsprach seinen geheimen Plänen gegen Österreich-Ungarn; ob aber Deutschland seinem Bundesgenossen Österreich-Ungarn damit einen Dienst geleistet hat, mag dahingestellt bleiben.

Dr. Bogičević schreibt (Seite 76) wörtlich:

„Wenn Österreich August-September 1913 gegen Serbien militärisch vorzugehen beabsichtigte, so war dies nicht eine »pericolosissima aventura«, wie es San Giuliano bezeichnet hat, sondern es beweist, daß es mit seiner Geduld zu Ende war und daß es zur Überzeugung

---

*) „Das erste Spiel ist gewonnen, jetzt muß man das zweite Spiel gegen Österreich vorbereiten."

**) Herr von Kiderlen-Wächter seit Juni 1910 Staatssekretär des Äußern. Starb Ende Dezember 1912.

gelangte, daß es doch über kurz oder lang zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien kommen müsse. Die Folgezeit hat Österreich recht gegeben."

Und weiter (Seite 77):

„Als ich damals im Herbste 1913 zum letztenmal in Belgrad weilte und nach einem Aufenthalt von einigen Tagen nach Berlin zurückgekehrt war, da hatte ich schon den betrübenden Eindruck mitgenommen, daß die Hoffnungen, die sich an die Erhaltung des europäischen Friedens auf Grund und infolge des Bukarester Vertrages mit Recht knüpfen konnten, wegen der aggressiven Komplizität der russisch-serbischen Politik und wegen des Größenwahns, der den serbischen Hof, die serbische Regierung und die unreife öffentliche Meinung in Serbien ergriffen hatte, Lug und Trug seien, und daß der kleinste Vorwand den schwersten Konflikt heraufbeschwören mußte, weil er von den maßgebenden Faktoren in Rußland und Serbien heraufbeschworen werden wollte.

Auch darin hat mir leider die nächste Zukunft nur zu recht gegeben, denn alles, was die serbische Regierung, von der russischen Regierung moralisch unterstützt, vom Bukarester Vertrag bis zum Ausbruch des europäischen Krieges getan hat, war keine Friedenskonsolidation, sondern eine neue Kriegsvorbereitungspolitik.

Finanziell vollständig die Hände Frankreich gegenüber gebunden, politisch Rußland mit Haut und Haaren verschrieben, steuerte Serbien mit raschen Schritten dem Konflikt mit Österreich entgegen."

Auch im Lichte dieser Ausführungen eines serbischen Politikers und diplomatischen Funktionärs möge man die Politik der Monarchie beurteilen.

Von Interesse ist auch folgender von Dr. Bogičević gebrachter

„Bericht des serbischen Gesandten in Paris, Vesnić, an den Ministerpräsidenten Pašić vom 27. März a. St. 1913.

Res. Nr. 177.

Herr Ministerpräsident!

In Verfolg meines letzten Berichtes aus London beehre ich mich Ihnen zu melden, daß nach den Ermittlungen, die ich hier nachträglich aus zuverlässigen Quellen geschöpft habe, Sir Edward Grey sozusagen gezwungen war, seine Ihnen bekannte Rede im Unterhause zu halten, weil Deutschland energisch in London und auch in den Hauptstädten Frankreichs und Rußlands eingegriffen hat. Deutschland hat, fast in derselben Weise wie im März 1909 in St. Petersburg, erklärt, daß es fest zu Österreich stehe und nicht zulassen könne, daß dessen Stellung in Europa noch mehr geschwächt werde! Diese Erklärung hat gestern, wie Sie

bereits wahrnehmen konnten, Herr von Bethmann Hollweg im Reichstag zu Berlin, wenn auch in anderer Form, wiederholt.

Eine kompetente Persönlichkeit, mit der ich dieser Tage hier vertraulich mich hierüber unterhalten habe, teilte mir mit, daß wir um die Hälfte der vorigen Woche herum unmittelbar vor der Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges standen, und daß der Grund, weshalb dieser Krieg mit gewissen moralischen Opfern für jetzt vermieden worden ist, unter anderem auch auf den Wunsch zurückzuführen ist, den Balkanverbündeten Gelegenheit zur Erholung, Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die in einer nicht fernen Zukunft eintreten könnten, zu gewähren.

Außerdem habe ich ebenfalls aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren, daß die Wirkung, welche die Anwesenheit des englischen Königspaares bei der Hochzeit der Tochter des Deutschen Kaisers auf die öffentliche Meinung haben wird, rasch paralysiert werden soll durch eine andere Manifestation im Sinne des Dreiverbandes und daß diese letztere eine viel größere politische Bedeutung haben wird.

Genehmigen Sie usw. usw.

Dr. Mil. Vesnić."

Hinsichtlich Österreich-Ungarns orientalischer Politik wäre für die Zeitperiode bis Ende September noch folgendes nachzutragen:

Nachdem England, Frankreich, Rußland und Italien ihre Interessensphären in Kleinasien vereinbart hatten und Deutschland weitgesteckte Ziele dort verfolgte, erwachte auch in Österreich-Ungarn der Gedanke, sich ein Interessengebiet in Kleinasien zu sichern. Die Wahl fiel auf Adalia. Damit aber kam man „zu spät".

In einem Bericht Res. 228 vom 21. August 1913 schreibt diesbezüglich der k. u. k. Militärattaché in Konstantinopel:

„Nachdem man sich der prinzipiellen Zustimmung der deutschen Regierung versichert hatte, wurde von dem Projekte auch dem Herzog von Avarna*) Mitteilung gemacht. Nun wurde vorgestern die k. u. k. Botschaft von Wien telegraphisch verständigt, daß einer Nachricht zufolge die italienische Regierung das gleiche Gebiet für ihre Penetration ausersehen habe und bereits über ein diesbezügliches umfangreiches Projekt — die sogenannte Impresa Nogara — mit der türkischen Regierung verhandelt."

Klug und voraussichtig hatte Italien seine Hand auf dieses Gebiet gelegt. Oberst von Pomiankowski meldet darüber in seinem Bericht Res. Nr. 233 vom 23. August 1913:

---

*) Italienischer Botschafter in Wien.

„Als Mahmud Schefket Pascha nach dem Umsturz vom 23. Jänner ans Ruder kam, sah er als eine seiner Hauptaufgaben die Regelung der Inselfrage mit Italien an. Seine Lage war jedoch hiebei sehr schwierig, da er nicht imstande war, zwei Forderungen der italienischen Regierung bezüglich Bengazis zu erfüllen. Die erste derselben betraf die Evakuierung der Provinz von kleineren türkischen Truppenteilen, die den Befehlen der Pforte keine Folge leisten wollten, die zweite die Ausweisung der Familie des Großscheichs der Senussi, welche sich — zirka 250 Personen stark — nach Damaskus und Aleppo geflüchtet hatte und von der Konsulta als italienische Untertanen reklamiert wurde.

Um die italienische Regierung trotzdem günstig zu stimmen, stellte Mahmud Schefket derselben die Erteilung von Konzessionen im Gebiet von Adalia in Aussicht, wofür Italien der Pforte — die gerade damals in größter Geldverlegenheit war — eine Anleihe von 350.000 Pfund verschaffen sollte. Die bezüglichen Besprechungen führten bald zu einer Einigung, und noch im Feber erhielt die Türkei die gewünschte Summe von der hiesigen italienischen Firma Società commerciale d'oriente, wobei dieselbe als Garantie bloß den Gegenwert in türkischen Schatzbons erhielt.

In dem bezüglichen Vertrage figuriert nun als letzter Artikel das Versprechen der Pforte, Italien die Konzession zum Bau folgender Bahnen zu erteilen:

1. Von Adalia längs der Küste nach Selefke oder nach Mersina;

2. von Adalia im Tale des Kalykadnos bis zu einem später zu bestimmenden Punkte.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Als nun die deutsche Regierung von diesen italienischen Plänen erfuhr, erhob sie gegen die Bahnkonzessionen, welche die Bagdadbahn schädigen mußten, Protest. Erst bei der Monarchenzusammenkunft in Kiel kam eine Einigung insofern zustande, als Italien auf die Kalykadnosbahn verzichtete, während Deutschland sich mit jener Adalia—Mersina einverstanden erklärte."

Auch die Entsendung von Fachreferenten zwecks Studium wirtschaftlicher Verhältnisse und Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen fand Widerstand, dies bei der Pforte selbst.

Sie nahm den Schritt kühl und wenig entgegenkommend auf mit dem Bemerken, „daß sie sich bisher wegen Engagierung von Fachreferenten nur an Belgien und Schweden gewendet hat, da nur dort Aussicht sei, f r a n z ö s i s c h s p r e c h e n d e Fachleute in genügender Zahl zu finden"*).

*) Bericht des Militärattachés Res. Nr. 228 vom 21. August 1913.

Die Verstimmung über Österreich-Ungarns Haltung in der bulgarischen Frage mochte Ursache dieser Ablehnung sein, vielleicht auch die Furcht, bei den anderen Großmächten Anstoß zu erregen.

Nicht minder scheiterte der Versuch, ö.-u. Offiziere als Instruktoren in die türkische Armee zu bringen. Er stieß nicht nur auf ein ablehnendes Verhalten Deutschlands, das dort a l l e i n gebieten wollte, sondern auch auf die Ablehnung der türkischen militärischen Kreise, die über Österreich-Ungarns Parteinahme für Bulgarien irritiert waren.

Eine mehr abseits liegende Komplikation bildete auch weiterhin die armenische Frage, hervorgerufen durch Rußlands Aspirationen auf Armenien, wo es auf asiatischem Boden den Hebel ansetzen wollte, um an dem Bestand der Türkei zu rütteln. Schon am 21. Juli berichtete der k. u. k. Militärattaché hierüber:

„Es war von Haus aus klar, daß das russische Reformprojekt für Armenien infolge seiner offenbaren Tendenz, die völlige Losreißung Armeniens von der Türkei vorzubereiten, von uns, sowie von den beiden anderen Mächten der Tripleallianz nicht angenommen werden konnte. Eine unmittelbare Ablehnung desselben hätte jedoch zur Folge gehabt, daß Rußland — die Abwesenheit des größten Teiles der Truppen aus den ostanatolischen Gebieten benützend — sofort Unruhen in Armenien und Kurdistan angezettelt und sich auf diese Weise einen Vorwand zum Einschreiten geschaffen hätte. Um eine solche Eventualität zu vermeiden und möglichst viel Zeit zu gewinnen, hat Markgraf Pallavicini die Besprechung des russischen Elaborates durch die ersten Dragomane angeregt und durchgesetzt.

Die Pforte hat England um die Nominierung von zwei Generalinspektoren für die beiden armenischen Sektoren ersucht. Diese Maßnahme wurde von Baron Wangenheim angeraten, welcher mittelst der englischen Generalinspektoren das russische Reformprojekt schlagen und England gegen Rußland ausspielen will. Während aber laut Mitteilung des Großveziers England die Entsendung zweier Generalinspektoren bereits zugesagt haben soll, unterstützt der englische Vertreter in der Dragomankommission das russische Projekt und hiemit auch die Vereinigung aller sechs armenischen Wilajets in eine einzige Provinz. Der Widerspruch in diesem Verhalten Englands ist bisher nicht aufgeklärt.

Baron Wangenheim bekämpft das russische Projekt mit wahrer Leidenschaft, wobei auch seine persönliche Feindschaft gegenüber Herrn von Giers zweifellos sich geltend macht. Man soll bereits in Berlin etwas besorgt geworden sein und befürchtet, daß durch das allzu scharfe Vorgehen Baron Wangenheims der Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland sich in unliebsamer Weise zuspitzen könnte."

Von den Friedensschlüssen von Bukarest und Konstantinopel bis zum Jahresende.

Oktober, November, Dezember.

Hält man sich die bisherige Entwicklung der Lage und das Bild vor Augen, das durch diese Entwicklung geschaffen wurde, so dürfte man wohl unschwer erkennen, daß Österreich-Ungarn manch günstige Gelegenheit geboten war, die ihm so bedeutungsvolle serbische Frage gewaltsam zu lösen. Es war nicht geschehen. Der Vorschlag kriegerischen Einschreitens war abgelehnt worden.

Jetzt, da Jahre dahingegangen und die Chancen zusehends in Abnahme begriffen waren, begann auf einmal bei den Staatsmännern Österreich-Ungarns, die sich bisher ablehnend verhalten hatten, die Einsicht zu dämmern, daß die serbische Frage gelöst werden m u ß, aber kaum mehr anders als durch den Krieg gelöst werden k a n n. Sie fingen an, sich mit der Idee des Krieges zu befassen, doch taten sie es mit allen möglichen Vorbehalten und steuerten damit immer mehr der Klippe zu, an der das Reich zerschellen sollte.

Zu spät rang sich auch bei führenden Männern Deutschlands diese Erkenntnis durch. Besorgt klammerte man sich an Italien.

Oktober.

Zwischen Serbien, Montenegro, Griechenland, Rumänien einerseits, Bulgarien anderseits, dann zwischen Bulgarien und der Türkei war es zur Ruhe gekommen, nur Griechenlands Konflikt mit der Pforte war noch nicht beglichen. Um Albanien aber tobte noch der Kampf. Für Österreich-Ungarn bestand auch weiter die durch Serbiens Machtbestrebungen geschaffene Gefahr.

Die Monarchie hatte es versäumt, machtvoll in die Ereignisse einzugreifen, auf ein s e k u n d ä r e s Ziel, auf Albanien, war jetzt ihre Aufmerksamkeit gerichtet.

Am 1. Oktober besuchte mich Baron Nopcsa, der unternehmende Geologe, der seine wissenschaftlichen Reisen auch in den Dienst der Staatsinteressen stellte. Er war auf dem Wege nach Albanien, hatte auch

bei Graf Berchtold vorgesprochen und ihm gegenüber ähnliche Ideen entwickelt, wie ich sie bisher vertrat. Man möge — anläßlich des Aufstandes der Albanesen — die Londoner Konferenz als abgetan betrachten und für die Albanesen ein gesünderes Albanien schaffen. Man solle an Serbien ein Ultimatum stellen, darauf hinweisend, daß es die Rechtsgrundsätze verletzt habe, weil es den Albanesen die ihnen zugestandenen Marktwege nach Ipek, Dibra etc. sperre. Baron Nopcsa meinte: „Wenn die Albanesen jetzt nicht unterstützt werden, werden die Serben bald fertig werden mit dem Aufstand."

Die zögernde Politik der Monarchie hatte also auch Albanien im Stiche gelassen.

Baron Nopcsa erzählte mir ferner, daß er als Schafhirte verkleidet auch in Rumänien herumgezogen sei, um die Stimmung im Volke kennen zu lernen. Sie sei ganz im Schlepptau Frankreichs und scharf gegen uns gerichtet. Für Österreich-Ungarn hänge das Ganze nur mehr am alten König, der Thronfolger hätte eine ganz andere Richtung. Baron Nopcsa wollte erfahren haben — zwar nicht authentisch, aber aus eingeweihten Kreisen der Bevölkerung — daß zwischen Rumänien und Serbien ein Vertrag bestehe, der den Rumänen Siebenbürgen, den Serben Bosnien und Herzegowina zusichere. Er habe dies sowohl Graf Berchtold als dem Kriegsminister mitgeteilt und seinen Landsleuten in Ungarn geraten, ihre Güter in Siebenbürgen zu verkaufen.

Ich warf ein: „Das wäre nicht gut, diese Güter würden die Rumänen kaufen, ich hielte es für besser, wenn Ungarn die finanziellen Mittel aufbringen würde, um in Siebenbürgen so viele Güter als möglich für Ungarn anzukaufen."

Nach Baron Nopcsa empfing ich am selben Tage den k. u. k. Militärattaché in Petersburg, Prinzen Hohenlohe.

Er meinte, am russischen Hofe und beim Zaren herrsche die Friedensliebe, auch die Regierung (Kokowcew) hätte die Tendenz, den Frieden zu erhalten, weil sie sehe, daß am Balkan nichts zu holen und auch in Kleinasien die Zeit dazu noch nicht gekommen sei; Konflikte mit Frankreich, England und auch Deutschland wären sonst unvermeidlich.

In Rußland bestehe die Hoffnung, sich mit der Zeit von Frankreich zu emanzipieren und von ihm nach einer Reihe von Jahren unabhängig zu sein. Uns feindlich sei jedoch die panslawistische Partei und vor allem Großfürst Nikolajewić. Er bezeichne uns für aggressiv und sehe diese aggressive Richtung im Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand verkörpert.

Ich erwiderte: „Darüber sollten die Russen doch besser informiert sein.“

Prinz Hohenlohe meinte, die Russen seien im übrigen unberechenbar wie die Kinder. Aspirationen auf Galizien wären nicht vorhanden, sie würden nur zum Schein erhoben, um uns Schwierigkeiten zu bereiten. Dagegen verhandle Rußland mit Rumänien, die Verhandlungen hätten im Herbst des Vorjahres mit bestem Erfolg begonnen. Der französische und der russische Einfluß breite sich in Rumänien aus.

Ich: „Was würde Rußland machen, falls wir ernste Komplikationen mit Serbien hätten?“

Prinz H.: „Das ist schwer zu sagen;“ doch hätte er das Gefühl, daß, wenn unserseits die Handlung plötzlich und rasch einsetzt, russischerseits nichts geschehen würde. In Rußland bestehe die Meinung, daß es in nicht ferner Zeit zu einem Konflikt in Ostasien kommen werde, nicht erst in zehn bis fünfzehn Jahren, nicht erst in fünf Jahren, sondern möglicherweise schon in drei Jahren. Die Werte, die Rußland dort investiert habe, wolle es auch verteidigen. Die Russen werden sich daher im Westen um Serbien und den Balkan nicht kümmern.

Ich: „Wenn Deutschland mit Frankreich übers Kreuz kommt, wird Rußland unter allen Verhältnissen mittun?“

Prinz H.: „Das ist durchaus nicht ausgesprochen, es wäre auch möglich, daß Rußland zögern würde. Kokowcew (der russische Ministerpräsident) ist für den Frieden in den nächsten Jahren wegen der finanziellen Lage. Er ist für große Ziele in Ostasien; Sasonow ist ein reeller, anständiger Mann, ein Kavalier; Rennenkampf ist ein ausgesprochener Mann für den Krieg, er wird Oberkommandant der gegen Deutschland gerichteten Kräfte, auch Iwanow, Militärgouverneur in Kiew, vertritt die Kriegstendenz. Im Innern Rußlands aber besteht keine Kriegslust. Von den Offizieren sind viele verheiratet, viele verschuldet und dadurch gedrückt.“

Prinz Hohenlohe erwähnte, er habe bei den heurigen Manövern mehr Einblick gewonnen, doch möge angeregt werden, daß er auch zu den Manövern russischer Korps im Innern beigezogen werde, weil dort viel reeller gearbeitet würde. Verblüffend wäre die Unorientiertheit der russischen Generalstabsoffiziere über das Terrain und die Manöver gewesen, sowie die primitive Art, in der diese durchgeführt würden.

Am 1. Oktober war folgendes Telegramm des k. u. k. Militärattachés in Belgrad eingelangt:

„Res. Nr. 307 vom 30. September nachmittags:

Mobilisierung der gesamten Drina-Division und des III. Reserveregiments (Drina-Bereich) am 29. begonnen. Gleichzeitig angeordnet:

Einrückung aller Offiziere und Mannschaften des IV. Reserveregiments (Donau-Bereich) samt Ersatzbataillon und Train.

Die Albanesen wurden gegen Dibra und Piskopeja zurückgedrängt, halten Ochrida noch besetzt, rücken von Bican gegen Ljum Kula vor. Serben haben Galičnik und Žirovnica erreicht, gegen Ochrida und Ljuma sind Verstärkungen im Anmarsch. Oberst Damjan Popović, Oberkommandant der gegen Albanien entsendeten Truppen."

Trotz Londoner Konferenz und Friedensschlüssen verfolgte also Serbien seine aggressiven Ziele weiter.

Von seinen Streitkräften waren damals nach unseren Nachrichten:

Mobil: die Drina-Division I, die Morava-Division I und die Reserveregimenter I, II, III, IV;

auf erhöhtem Friedensstand: die Šumadija-Division I, die Donau-Division I und die Timok-Division I;

en cadre waren die fünf Divisionen zweiten Aufgebotes.

Als Ziele der serbischen Aktion in Albanien waren Tirana, Durazzo und Elbassan genannt.

Am 2. Oktober vormittags war ich in Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn.

Das Referat begann mit der serbisch-albanesischen Frage.

Ich bezeichnete Serbien und nun auch Rumänien als die nächsten gefährlichen Gegner der Monarchie am Balkan und wies auf die Notwendigkeit hin, das Verhältnis zu diesen beiden Staaten klarzustellen. Entweder müsse es zu deren loyalem Bundesanschluß an Österreich-Ungarn kommen, etwa wie Bayern im Deutschen Reich, oder man müsse Serbien und Rumänien als Gegner in Betracht ziehen. Einen Mittelweg gebe es nicht. Mit handelspolitischen Vereinbarungen dürfe man sich nicht abtun lassen. Ob ein friedlicher Anschluß Serbiens überhaupt noch möglich sei, müßte sofort klargestellt werden. Die bevorstehende Anwesenheit des serbischen Ministerpräsidenten Herrn Pašić in Wien gäbe Gelegenheit dazu, doch müßte es sofort zu bindenden Vereinbarungen kommen.

Scheitern sie, ist also Serbien als Gegner zu rechnen, dann sei es ein Gebot der Selbsterhaltung, mit Serbien abzurechnen, ehe es sich (etwa gemeinsam mit Rumänien) gegen die Monarchie wendet, um dieser Bosnien und die Herzegowina (beziehungsweise Siebenbürgen) zu entreißen.

Der jetzige Aufstand in Albanien wäre zu benützen, um gegen Serbien vorzugehen, das heißt den Krieg bis zur äußersten Konsequenz zu führen.

Dann kam ich auf den Stimmungsumschwung in Rumänien zu sprechen. Seine Majestät glaubte nicht daran und bemerkte, die Versicherungen des Hofes seien sehr korrekt.

Ich: „Das steht auf zwei Augen. Der König und das Königshaus sind nicht maßgebend, sondern die Stimmung im Volke ist es."

Nochmals wies ich auf Serbien hin. „Geruhen Euer Majestät sich klar zu werden: die Gefahr kommt — jetzt ist vielleicht der letzte Moment, um einzugreifen."

Mein Eindruck nach diesen Worten war jedoch, daß sich der Kaiser nicht dazu aufraffen werde.

„Ich bitte Euer Majestät, auch mit Graf Berchtold darüber zu sprechen."

S. M.: „Ja, ich werde mit Berchtold darüber sprechen."

Ich: „Wer weiß, ob Pašić tatsächlich nach Wien kommt. Wenn nicht, so sollte man einen geschickten Politiker nach Belgrad senden. Die Monarchie steht vor einem Wendepunkt."

Seine Majestät erkannte die Gefahr, er versuchte, sie sich auszureden, sah aber davon ab, einen Entschluß zu fassen.

In Hinsicht der Klarstellung des Verhältnisses, auch zu Rumänien, meinte ich, diese Fragen seien nicht Angelegenheiten rein diplomatischer Natur, sondern sie seien eminent militärischen Charakters, weil sich darauf die Kriegsvorbereitungsarbeiten gründen müßten: der Aufmarsch gegen Rumänien, die Herrichtung Siebenbürgens als Operationsraum.

Das Gespräch lenkte ich dann auf die Lage in Albanien. Ich legte diese nach den eingelangten Nachrichten dar, besprach auch die gemeldete Operation der Serben und die Verletzung der für Albanien festgelegten Grenzen seitens Serbiens.

Ich meinte, es sei ein großer Fehler der Botschafterkonferenz in London gewesen, sich ein Gebiet nach dem anderen abhandeln zu lassen. Sollten die Serben den Aufstand in Albanien benützen, um weitere Ziele zu verfolgen, so wäre der Moment gegeben, die Situation auszunützen. Lebensfähig würde Albanien auf die jetzige Weise nicht werden, auch die Griechen gingen weiter, als es ihnen zukäme.

Für den 3. Oktober war ein Ministerrat angesagt, der über die Heeresvorlage (die Erhöhung des Rekrutenkontingents und das Budget) entscheiden sollte. Mit Bezug darauf bekräftigte ich die Unerläßlichkeit der Annahme mit dem Hinweis auf die Heeresentwicklung der anderen Staaten und legte Seiner Majestät eine Übersicht der Kriegsformationen der fremden Armeen vor.

Seine Majestät meinte, daß bezüglich der Rekruten kein Anstand obwalten werde; Tisza würde nicht so kleinlich sein, die fünf Mann per

Kompagnie zu streichen; schwieriger würde es mit dem Budget werden, es sei kein Geld da!

Ich: „Euer Majestät! Für die Erhöhung der Beamtengagen, für Lokalbahnen, Wasserstraßen u. dgl. ist Geld da, warum nicht für die Bedürfnisse der Wehrmacht? Man schaue nach Deutschland, wo 1500 Millionen Mark für die Wehrmacht aufgebracht wurden! Morgen ist Ministerratssitzung, ich bitte für den Fall, daß die Erhöhung nicht glatt durchgeht, imperativ einzugreifen."

S. M.: „Das wird nicht viel nützen!"

Ich: „O ja! Wenn Euer Majestät es den Leuten befehlen, wird ihnen die Ungnade Eurer Majestät unangenehmer sein, als eine Verurteilung durch die öffentliche Meinung."

S. M.: „Das glaube ich nicht."

Ich referierte weiter über die Dringlichkeit der Inangriffnahme des Baues der bosnischen Bahnen. Seit sieben Jahren hätte ich dies ununterbrochen gefordert, jetzt sei Gefahr im Verzug. Für Frühjahr 1914 seien hiefür 25 Millionen Kronen in Anschlag gebracht, sie sollten auf gesetzlichem Wege, quotenmäßig, bei beiden Regierungen durchgebracht werden; Graf Tisza habe zugesagt, in Österreich könnte es, wenn nicht anders, im Wege des § 14 gehen*).

Seine Majestät erwiderte, daß er die Angelegenheit betreiben würde, aber der § 14 sei in Geldsachen nicht anwendbar.

Ich legte dann Seiner Majestät den Maximal- und den Minimalantrag für den im Frühjahr geplanten, auf organisatorische und operative Rücksichten gegründeten Garnisonswechsel vor, den ich auch mit dem Kriegsminister vereinbart hatte.

S. M.: „Ich freue mich, daß Minister und Chef e i n e r Meinung sind. Wie wird das mit dem Belvedere**) werden? Sie haben doch den g r o ß e n Antrag gestellt?"

Ich: „Ja! nach den Weisungen Seiner Kaiserlichen Hoheit."

S. M.: „Das hätte ja alles durcheinandergeworfen, das geht doch nicht!"

Ich fragte dann, ob die von mir im Frühjahr angeregte Enquete zur Festlegung unserer Interessen in der asiatischen Türkei getagt habe, und

---

*) Der nur in Österreich, nicht aber auch in Ungarn vorgesehene Notparagraph (§ 14) ermächtigte die Regierung, falls das Parlament nicht tagte, gesetzliche Verfügungen zu treffen, für die sie später beim Parlament die Indemnität einholen mußte.

**) Bezog sich auf den Thronfolger.

wies auf die Notwendigkeit hin, dem Konsulat in Damaskus einen Offizier (als Beamten) beizugeben, der die türkischen Armeeverhältnisse in Asien zu beobachten hätte; der Attaché in Konstantinopel könne dies allein nicht leisten. Seine Majestät stimmte diesem Antrage zu und beauftragte mich, mit dem Minister des Äußern hierüber in Verkehr zu treten.

Dem folgte mein Referat über die deutschen Kaisermanöver, über die sich Seine Majestät eingehendst berichten ließ. (Siehe hierüber Anlage 4.)

Am Schlusse der Audienz meldete ich Seiner Majestät die Angelegenheit meines erbetenen Rücktritts und erzählte ihm den Hergang. Seine Majestät war nicht in Kenntnis der Vorgänge beim erfolgten Abbruch der Armeemanöver und deren Schlusses durch eine Markierungsübung. Er hat sich, wenn auch mit der ihm eigenen Reserve, abfällig darüber ausgesprochen und bemerkt:

„Ja, ich habe immer geglaubt, daß diese Änderung auch von Ihnen ausging."

Ich: „Euer Majestät, ich bitte mich mit den Anträgen des Belvederes nicht zu identifizieren. Ich gehe meinen e i g e n e n Weg. Von uns (der Generalstabsabteilung der Übungsleitung) wurde für die Übung am letzten Tage nicht ein Strich gemacht, es wurde alles seitens des Belvederes bearbeitet, wir hatten die Anordnungen und Befehle nur zu verlautbaren. Ich habe am 18. September Seiner Kaiserlichen Hoheit meine Rücktrittsbitte schriftlich eingereicht. Nach fünf Tagen erhielt ich die Antwort, mit der Aufforderung, in meiner Stellung als Chef des Generalstabes zu bleiben. Um einen Eklat zu vermeiden, habe ich daraufhin vorläufig von meiner Bitte um Enthebung abgesehen. Ich habe mich nicht um die Wiederernennung zum Chef des Generalstabes beworben. Ich war in meiner früheren Stellung als Armee-Inspektor zufrieden."

S. M.: „Ja — ein Wechsel wäre gar nicht möglich gewesen; das wäre nicht gegangen, es war selbstverständlich, daß Sie bleiben."

Nach der Audienz begab ich mich in die Militärkanzlei zu Exzellenz Baron Bolfras, mit dem ich mich, gestützt auf unser freundschaftliches Verhältnis, offen ausgesprochen habe.

Er fragte mich über den Hergang meiner Rücktrittsbitte und teilte mir mit, daß der Thronfolger bei Seiner Majestät gewesen wäre, der bestimmt hätte, daß ich zu bleiben habe.

Ich teilte Exzellenz Bolfras den ganzen Hergang mit und fügte bei, daß ich es „satt" hätte und nur aus Loyalitätsgründen geblieben wäre.

Exzellenz Bolfras meinte, daß auch er schon gerne gegangen wäre, aber Seine Majestät wolle „kein neues Gesicht mehr sehen," daher müsse er bleiben.

Ich erwähnte dann, daß Seine Kaiserliche Hoheit meinen Brief erst nach fünf Tagen beantwortet hätte, weil er inzwischen mit General d. K. von Tersztyánszky verhandelt habe.

Exzellenz Bolfras: „Das weißt Du auch? Er hat Tersztyánszky kommen lassen, um mit ihm zu verhandeln. Nachdem er mit ihm gesprochen hatte, hat er ihm nicht gefallen, er hat dann den Brief an Dich geschrieben."

In mein Bureau zurückgekehrt, empfing ich (2. Oktober) den deutschen Militärattaché Graf Kageneck, der mir ein Schreiben General Graf Waldersees mit Daten über russische Taktik und russische Bahnprojekte überreichte.

Nach Graf Kageneck besuchte mich der bulgarische Militärattaché Major Tantilow und teilte mir — als Geheimnis — mit, daß der bulgarische General Fitschew*) inkognito in Wien sei und mich sprechen möchte. Ich ließ ihn bitten, mich am 3. Oktober vormittags aufzusuchen.

Am 3. Oktober fand ein gemeinsamer Ministerrat statt, zu dem auch ich eingeladen worden war. Graf Berchtold beleuchtete zu Beginn die auswärtige Lage. Daran schloß sich der Kampf um die Erhöhung des Rekrutenkontingents. In diesem Kampf hatten sehr bald der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza und der ungarische Finanzminister Herr von Teleszky die Führung. Das Ergebnis war, daß außer Abstrichen am Budget von den 36.000 angeforderten Rekruten**) 4000 gestrichen wurden. Die nichtmilitärischen Vertreter schlossen sich dieser Entscheidung an.

Man erwäge die damalige politische Lage, den unverkennbaren Zusammenschluß des Deutschland und Österreich bedrohenden Ringes, das Anwachsen der Feinde am Balkan, den beginnenden Abfall der Bundesgenossen und frage sich, ob diese Entscheidung eine „staatsmännische" war! Man wird kaum behaupten können, daß die Staatsmänner, die diese Entscheidung fällten, den Weitblick hatten für die Gefahren, denen Europa entgegenging.

---

*) General Fitschew war Chef des Generalstabes der bulgarischen Armee bei ihrer siegreichen Offensive zu Beginn des Balkankrieges, er hatte dann mit Rücksicht auf die Verluste und die Erschöpfung des Heeres zur Annahme der Friedensbitte des Großveziers Kiamil geraten. Entgegen seinem Rat war am 13. November 1912 das türkische Angebot abgelehnt worden.

**) Dies hätte in den zwölf Jahren der Dienstzeit 432.000 Mann ergeben, abzüglich des natürlichen Schwundes; darauf fehlten nun 48.000.

Ich wies auf die Lage hin, vor allem auf die serbische Gefahr und die Notwendigkeit, die serbische Frage zu lösen, so lange es noch Zeit sei. Entweder den kompletten staatlichen Anschluß Serbiens auf friedlichem Wege oder gewaltsam!

Graf Tisza warf ein, daß auf friedlichem Wege der Anschluß nicht zu erreichen sei.

Ich: „Ich habe der Vollständigkeit wegen beide Wege genannt. Ich begrüße es, daß von so kompetenter Seite die friedliche Lösung als ausgeschlossen erklärt wird; es bleibt daher nur die kriegerische."

Graf Tisza sprach sich hierauf gegen jede Einverleibung Serbiens aus. Es war unverkennbar der rein magyarische Standpunkt, der jeden Zuwachs an slawischer Bevölkerung ablehnte.

Der gemeinsame Finanzminister Herr von Bilinski führte aus, daß der Einfluß Serbiens auf B. H. Schwierigkeiten mache, sich diese Gebiete zu erhalten. Ein Vorgehen gegen Serbien sei jedoch jetzt nicht möglich, man müsse sich auf den großen Krieg vorbereiten, man könne den Krieg jetzt nicht provozieren, wo alles den Frieden wolle! Wenn die Ereignisse dazu führen werden — dann ja!

Ich: „Die Monarchie hat immer Kriege verloren, weil sie immer so lange gewartet hat, bis die Chancen auf Seite der Gegner waren."

Die militärischerseits verlangten erhöhten Friedensstände bei allen Korps an den Grenzen gegen fremde Staaten — mit Ausnahme Deutschlands — wurden nur für das 15. und 16. Korps (B. H. D.) zugestanden.

Graf Berchtold bemerkte, eine Standeserhöhung beim 3. Korps (Graz) und beim 14. Korps (Innsbruck) würde einen schlechten Eindruck auf Italien machen.

Ich: „Dagegen muß ich mich verwahren. Wir können doch nicht Italien darum fragen! Italien kümmert sich in seinem Tempo nicht im mindesten um uns, es baut seine gegen uns gerichteten Befestigungen ruhig weiter aus."

Graf Tisza stellte allen Forderungen das wirtschaftliche „non possumus" entgegen. Als hierauf jedoch das Marinebudget zur Sprache kam, wurde dessen Gesamtforderung von 426 Millionen glatt bewilligt. Ungarischerseits wurde nur die Bedingung gestellt, daß der Bau von zwei Dreadnoughts an die ungarische Danubius-Werfte vergeben werde.

Zu meiner peinlichsten Überraschung legte der Marinekommandant Admiral Haus in der Debatte das ganze Flottenabkommen mit Italien dar, die Zahl der Schiffe, die wir beistellen würden, und den Antrag Italiens, die vereinten Flotten unter ö.-u. Befehl zu stellen.

Mit Rücksicht auf den höchst diskreten Charakter dieser Frage bemerkte ich:

„Ich möchte nur hervorheben, daß dieses Abkommen deutscherseits als strengstes Geheimnis behandelt wird.“

Bei der großen Bedeutung, welche die in der Ministerratssitzung vorgebrachten Meinungen und die in derselben getroffenen Entscheidungen für die künftige Entwicklung der Geschehnisse hatten, habe ich die Abschrift des Sitzungsprotokolles als Anlage 5 beigefügt. Die geäußerten Meinungen zeigten die zu spät reifende Erkenntnis, daß mit Serbien für die Dauer auf friedlichem Wege nicht auszukommen sei.

Am 5. Oktober langte folgendes Telegramm des Militär-Stationskommandanten in Cattaro ein:

„Aus sicherer Quelle erfahre ich: Morgen 5. d. M. soll Montenegro allgemeine Mobilisierung durchführen. Bei Diakovo und Gusinje sollen stärkere Zusammenstöße stattgefunden haben. Mit jedem Schiff kehren ausgewanderte Albanesen in ihre Heimat zurück und werden sofort ausgerüstet, hauptsächlich in Medua. Durazzo ist überfüllt mit geflüchteten Frauen und Kindern aus Dibra und Tirana. Lloyddampfer »Albanien« führte 125 Kisten Gewehrmunition nach Valona. Starke Auswanderung aus Montenegro dauert fort.“

Serbien und Montenegro setzten unbekümmert um die Großmächte den Kampf in Albanien fort.

Am 6. Oktober hatte ich eine Besprechung mit Graf Berchtold über die Lage, dann mit Graf Forgach. Graf Forgach stimmte mit mir darin überein, daß das beste ein gewaltsames Einschreiten wäre, doch hätte er den Glauben verloren, daß man es durchsetzen könnte. Kaiser und Thronfolger seien dagegen und Graf Berchtold vermöchte nicht, es zu forcieren.

Wie erinnerlich, lag die Türkei mit Griechenland noch im Konflikt.

Am 8. Oktober erhielt ich folgendes Telegramm:

„Zwischen Bulgarien und Türkei folgendes Defensiv- und Offensivbündnis vorläufig verabredet: Türkei wird noch zwei bis drei Verhandlungen hinziehen. Dann wird Türkei Inselfrage aufwerfen und gleichzeitig Bulgarien Revision des Bukarester Vertrages verlangen. Rumänien soll als Preis seiner Neutralität Negotiner Kreis*) angeboten werden. Wenn Griechenland nicht nachgibt, zwei Fälle möglich: Entweder Rumänien schwankt, dann bleibt Bulgarien neutral und erklärt Türkei, Marsch durch Thrazien nicht hindern können, oder Rumänien erklärt Neutralität, dann Bulgariens Anschluß und Kriegserklärung an Serbien. Nach Niederwerfung der Gegner annektiert Türkei westliches Thrazien, während Bul-

*) Zu Serbien gehörend.

garien Kavala, Monastir und vielleicht Üsküb. Albanien soll ethnographische Grenze erhalten."

Obgleich ich dieses Telegramm etwas skeptisch aufnahm, sandte ich es (8. Oktober) mit folgendem Brief an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Mir ist auf vertraulichem Wege das beiliegende Telegramm zugekommen. Bei dem kaleidoskopartigen Wechsel der Dinge am Balkan ist allerdings schwer vorauszusagen, was an der Sache Wahrheit werden, was Dichtung bleiben wird. Aber da am Balkan eben alles möglich ist, drängt sich auch uns ein Entschluß auf, wenn die Dinge eine kriegerische Wendung nehmen sollten. Meiner Ansicht nach kann dieser nur dahin gehen, endlich einmal und zwar gegen Serbien handelnd einzugreifen.

Die eigene Selbsterhaltung und das Eintreten für Albanien geben hinreichend rechtliche Gründe dazu, ohne daß man erst notwendig hätte, kleine Anlässe zu schaffen.

Ich werde mir erlauben, sobald ich nähere Nachrichten erhalte, dieselben gleichfalls E. E. mitzuteilen.

Gestatten E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und der besten Grüße

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Am 10. Oktober war ich wieder bei Graf Berchtold. Er war nicht darüber schlüssig, was geschehen solle, wenn Serbien sich weigere, Albanien zu verlassen. Er gedachte durch das 15. und 16. Korps zwei serbische Kreise besetzen und erst wieder räumen zu lassen, bis Serbien sich aus Albanien zurückgezogen haben würde. Er meinte, er habe das Gefühl, daß eine Situation wie 1854 bis 1859 geschaffen würde.

Ich: „Meinem Gefühl nach gibt es nur zweierlei; entweder man läßt die Dinge laufen, auch auf die Gefahr hin, zugrunde zu gehen, oder man schlägt los, stellt ein Ultimatum und führt den Krieg. Noch einmal mobilisieren, ohne ein Stück Land zu erwerben, verträgt die Armee nicht mehr."

Graf Berchtold: „Rumänien hat auch mobilisiert und ist wieder aus Bulgarien herausgegangen."

Ich: „Ja, aber es hat dafür etwas bekommen."

Ich bemerkte dann, als die Sprache auf Albanien übergegangen war: „Wenn wir uns nicht um Albanien kümmern, wird Italien den Schutz Albaniens übernehmen. Es erübrigt uns doch nichts als eine aktive Politik."

Indessen trat Graf Ottokar Czernin ein und blieb während der weiteren Besprechung. Im Laufe derselben äußerte ich:

„Ich habe bereits vor sechs Jahren erklärt, daß das wichtigste Moment für uns die südslawische und großserbische Frage ist, wir kommen um den Brei nicht herum."

Graf Czernin: „Aber bei uns in Österreich muß mit Kaiser und Thronfolger gerechnet werden, die sind nicht für den Krieg, am allerwenigsten der Thronfolger, er hält starr an dem Frieden."

Ich: „Man kann schließlich den Kaiser dazu bringen."

Am 13. Oktober fand eine Ministerratssitzung in Schönbrunn bei Graf Berchtold statt*). Gegenstand der Verhandlungen war das Verhalten gegen Serbien für den Fall, daß es in seinen aggressiven Tendenzen gegen Albanien verharren sollte.

Ich möchte hier erneuert den typischen Unterschied zwischen meiner Auffassung der Lage und der Auffassung jener Staatsmänner hervorheben, die nur das albanesische Problem vor Augen hatten. Mir war dieses von sekundärer Bedeutung, es galt mir nur so weit, als es mit der großserbischen Frage zusammenhing. Die Lösung dieser Frage war mir das Wesentliche, denn an ihr hingen Macht und Bestand der Monarchie. Nicht in der Schaffung eines selbständigen Albanien sah ich das Endziel, sondern in der Herstellung eines Zustandes, der Österreich-Ungarn dauernd gegen die feindseligen aggressiven Machenschaften Serbiens zu sichern vermocht hätte. Diese Sicherheit aber war nur in der Eingliederung Serbiens in die Monarchie zu finden. Ging diese friedlich nicht, so mußte sie gewaltsam geschehen.

Hiefür die augenfällig letzten Chancen auszunützen, war mein Rat.

Ich wende mich nun der Konferenz zu:

Graf Tisza verlangte, daß die Monarchie endlich das Prestige wahre, das sie schon gründlich verloren habe. Sie solle Serbien gegenüber dezidiert auftreten und fordern, daß Serbien das albanesische Gebiet räume und die Bestimmungen der Londoner Konferenz respektiere. Als äußerste Konsequenz wäre der Krieg in Aussicht zu nehmen, doch sei er der Meinung, die ernste Stellungnahme würde genügen und der diplomatische Erfolg unser Prestige herstellen.

Käme es zur Mobilisierung und würde Serbien daraufhin beigeben, so könne der Krieg immer noch vermieden werden, wenn Serbien die Kosten rückersetze, die uns dadurch erwachsen wären.

---

*) In Schönbrunn stand das sogenannte „Stöckl" dem jeweiligen Minister des Äußern zur Verfügung.

Bei Graf Tisza trat stets die Besorgnis darüber hervor, was nach Niederwerfung Serbiens zu geschehen hätte, er hatte nur die Demütigung, nicht aber die Aufteilung Serbiens im Auge.

Graf Stürgkh, der österreichische Ministerpräsident, schloß sich im allgemeinen den Ansichten Tiszas an, meinte aber, daß eine einmal angeordnete Mobilisierung ohne darauf folgenden eklatanten militärischen Erfolg nicht wieder rückgängig gemacht werden sollte. Man müsse Serbien verkleinern, es unter kommerziellen Zwang stellen und die jetzige Dynastie durch eine verläßliche ersetzen.

Herr von Bilinski betonte die Notwendigkeit, Serbien niederzuhalten, vertrat aber die Ansicht, daß bei uns die maßgebendsten Persönlichkeiten es schließlich nicht zum Kriege kommen lassen würden. Wenn aber nach erfolgter Mobilisierung wieder umgekehrt würde und erst recht nichts geschehe, sei die Bloßstellung noch größer, es sei daher das klügste, nichts zu machen.

Baron Burian anerkannte die Notwendigkeit, Serbien einmal den Herrn zu zeigen, er schlug aber nur sekundäre Mittel vor, als: Besetzung gewisser Gebiete u. dgl.

Baron Macchio sprach keine positive Ansicht aus.

Graf Berchtold erklärte sich von der Notwendigkeit eines Vorgehens gegen Serbien überzeugt, betonte, daß die Monarchie sich nicht alles gefallen lassen könne, setzte jedoch der Frage, ob der Schritt gegen Serbien erfolgen solle, seine Bedenken entgegen: das Verhalten Rumäniens, das mögliche Eingreifen Rußlands! Er gab dem Zweifel Raum, ob uns nicht Deutschland und Italien allein lassen würden.

Ich: „Ich habe bereits vor sieben Jahren schriftlich und zwar auch an Allerhöchster Stelle betont, daß die Monarchie vor dem Wendepunkt stehe, mit einer aktiven Politik am Balkan einzusetzen, daß sie die Balkanfrage, das ist für sie die serbische Frage, lösen müsse. Da bei Serbien auf eine friedliche Lösung nicht zu rechnen ist, muß Serbien als Feind betrachtet, und es darf nicht abgewartet werden, bis sich alle Verhältnisse gegen uns gekehrt hätten.

1908 hatten wir eine glänzende Gelegenheit, ich habe mit allen Mitteln gedrängt, sie zu benützen, leider vergebens.

1913 habe ich wieder darauf hingewiesen. Am Ballplatz wurde Skutaris wegen das Losschlagen gegen Montenegro auch beschlossen, nach eineinhalbstündiger Beratung bei Seiner Majestät aber wieder fallen gelassen.

Es erübrigt aber nichts, als entweder mit den Händen im Schoße seinem Schicksal entgegenzugehen oder bei nächstgünstiger Gelegenheit zuzugreifen.

Ich bin der Ansicht des Grafen Tisza, den Standpunkt der Monarchie geltend zu machen und jetzt die Gelegenheit zu ergreifen, um unsere Differenzen mit Serbien in Ordnung zu bringen. Nur bin ich der Ansicht, daß mit einem bloßen diplomatischen Erfolg das Wesen der Frage nicht gelöst ist; wir müssen unter allen Umständen einen militärischen Erfolg anstreben, unbekümmert um die Einsprache der anderen Mächte.

Das Experiment einer Mobilisierung mit darauf folgendem Abwickeln muß vermieden werden, das vertrügen die Armee und die Bevölkerung nicht mehr. Wenn nach gestelltem Ultimatum Serbien nicht nachgibt, kann ein späteres Nachgeben nicht mehr angenommen werden — es bleiben dann nur die Mobilisierung und der Krieg!"

Graf Berchtold: „Wenn man nur den Krieg dann auch gleich beginnen könnte, aber das dauert drei Wochen! — Wie wird man darüber hinwegkommen?"

Ich: „Daran ist nichts zu ändern, das liegt in der Natur der Dinge. Man wird darüber hinwegkommen, wenn man die nötige Festigkeit hat.

1870 war am 15. Juli der Beginn der Mobilisierung, am 4. August das erste Gefecht, das waren auch 20 Tage."

Graf Tisza meinte, wenn es schon zum Kriege mit Rußland kommen müsse, sei es jetzt am Ende noch besser als später.

Damit schloß die Konferenz. Graf Berchtold begab sich um 5 Uhr nachmittags zu Seiner Majestät, um über den Ministerrat zu berichten.

Am 15. Oktober war ich in Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn.

Zuerst referierte ich über die Ministerkonferenz vom 3. Oktober, über die Heeresvorlage. Ich wies auf den kleinlichen Standpunkt der Zivilminister hin, auf die Führung der Verhandlung durch Graf Tisza und Herrn von Teleszky, in deren Schlepptau Graf Stürgkh*) und Herr von Zaleski**) sich begeben hätten. Fast hätte es geschienen, als ob allem eine Verabredung vorangegangen wäre. Auch die Schädlichkeit des Abstriches von 4000 Rekruten***) erörterte ich. Es ergebe im Reservestand des Heeres einen Abgang von 40.000 Mann und erschwere den Ausbau der Reserveformationen. Dann hob ich die überraschend glatte Bewilligung des hohen — 426 Millionen betragenden — Marinebudgets hervor. Ich hätte die unwillkürliche Vermutung, daß dabei Rücksichten industrieller Natur maßgebend gewesen wären und meinte: die Zukunft

---

*) Österreichischer Ministerpräsident.

**) Österreichischer Finanzminister.

***) Später auf 3000 Mann reduziert.

der Monarchie würde nicht zur See, sondern auf dem Lande entschieden werden, dafür müsse sie stark sein.

Selbstverständlich wandte sich die Sprache auch der allgemeinen Lage zu, zunächst Serbien und Rumänien. Ich sagte, ich hätte vor Jahren schon darauf hingewirkt, mit Serbien reinen Tisch zu machen; die Gelegenheit dazu sei nicht benützt worden, die Abrechnung bleibe jedoch nicht aus, die Chancen werden aber immer geringer. Nur ein baldiger kriegerischer Erfolg gegen Serbien könne das Übel sanieren. Sogenannte diplomatische Erfolge seien wertlos, sie reizten nur und wirkten nicht. Ganz abzuweisen seien halbe Maßregeln, wie das Besetzen einiger Kreise oder Städte u. dgl., etwa gar mit Truppen auf Friedensstand, wie naiver Weise vorgeschlagen wurde. Wolle man Gewalt anwenden, so gäbe es nur ein kurz befristetes Ultimatum und, wenn es ignoriert würde: den Krieg. Also die Mobilisierung B und die Durchführung der Aktion ohne Rücksicht auf verspätetes Beigeben Serbiens. Der Schlag gegen Serbien würde auch auf Rumänien rückwirken und es mahnen, sich von Rußland abzuwenden.

Man müsse trachten, Rumänien dem Dreibund zu erhalten. Auch gewisse Aufmerksamkeiten gegen das Königshaus seien hiezu geboten. Es würden nun 50 Jahre, daß König Carol das Militär-Verdienstkreuz erhalten habe (1864). Ich bat Seine Majestät, es ihm jetzt in Brillanten zu verleihen. Auch möge man die rumänische Presse kaufen, so wie Frankreich und Rußland es so erfolgreich täten.

Eine Politik, die dazu führe, daß wir Rußland, Serbien und Rumänien gleichzeitig als Gegner hätten, wäre verwerflich, weil wir dieser Koalition militärisch nicht gewachsen wären. Es erübrigt daher nur, den aggressivsten dieser Gegner — Serbien — beizeiten zu erledigen.

Gelegenheit wäre jetzt durch den albanesischen Konflikt gegeben. Man fordere die Respektierung der Grenzen und das Einstellen der Vergewaltigung der Albanesen. — Hierauf teilte ich Seiner Majestät den Bericht des Militärattachés in Belgrad vom 11. Oktober 1913 mit, der die aggressiven Absichten Serbiens kennzeichnete.

Seine Majestät hörte diese Ausführungen mit ruhiger Überlegung an; er schien über die Tragweite der Ereignisse im klaren.

Am 16. Oktober fuhr ich nach Deutschland zur Teilnahme an der

Einweihung des Völkerschlachtdenkmales in Leipzig.

Am 16., 17., 18., 19. Oktober 1913 jährten sich zum hundertsten Male die Tage, in denen die alliierten Österreicher, Preußen, Russen und Schweden das Heer des großen Korsen zertrümmert und in die Flucht

geschlagen hatten. Deutsche Staaten, die bis dahin an Napoleons Seite standen, waren auf Seite der Verbündeten getreten. Anläßlich des hundertjährigen Jubiläums dieses epochalen Ereignisses veranstaltete Deutschland im Oktober 1913 eine prunkvolle Erinnerungsfeier, bei der auch ein imposantes Denkmal an die Völkerschlacht durch Kaiser Wilhelm II. im Beisein der deutschen Fürsten, hoher Würdenträger, vieler Gäste und einer zahllosen Menschenmenge eingeweiht wurde.

Zu dieser Feier waren auch Vertreter Österreich-Ungarns, Rußlands und Schwedens geladen worden.

Von Rußland: Großfürst Kyrill Wladimirowić;

von Schweden: Kronprinz Gustav Adolf; beide mit Deputationen;

von Österreich-Ungarn: Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand und eine Deputation, darunter der Kriegsminister Exzellenz Krobatin, ich, mehrere Generale und Offiziere; ich*) und, wie ich mich zu erinnern glaube, auch Feldmarschalleutnant von Görger als Söhne, einige der anderen Herren als sonstige Nachkommen von Veteranen aus den Befreiungskriegen. Vor allem aus dem Hause der Fürsten Schwarzenberg. Dann Baron Abele, Baron Waldstädten etc.

Wir trafen in Prag mit Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand zusammen und setzten im Hofzug die Reise nach Leipzig fort. Gelegentlich der Meldung in Prag sah ich den Thronfolger nach dem Vorfall bei den böhmischen Manövern zum ersten Male wieder. Die Begrüßung war freundlich, doch nicht ohne eine gewisse Reserve.

Der Empfang deutscherseits in Leipzig war herzlich. Die Stadt prangte im Festesschmuck, auf Straßen und Plätzen wogte ein buntes

---

*) Mein Vater, der k. u. k. Oberst Franz Conrad von Hötzendorf, entstammte einer deutschen Familie in Mähren (Brünn), wurde am 26. Juni 1793 in Ober-Klobouk geboren, trat 1813 als Kriegsfreiwilliger in die kaiserliche Armee, und zwar in das Chevauxleger-Regiment Vincent (die nachmaligen Windischgrätz-Dragoner), wurde bald Offizier und machte die Befreiungskriege mit. In der Wiener Revolution 1848 Stabsoffizier im 4. Husarenregiment, wurde er durch einen schweren Sturz mit dem Pferde invalid. Erst im Jahre 1851 wieder genesen, vermählte er sich am 10. November 1851 mit meiner Mutter: Barbara, geb. Kübler. Am 11. November 1852 wurde ich in Penzing (jetzt Wien, XIII. Bezirk) geboren. Mein Vater starb als Oberst i. P. am 30. März 1878, meine Mutter war am 1. September 1825 in Wien geboren und starb in Wien am 1. August 1915. Meines Vaters Teilnahme an den Befreiungskriegen war mir eine teure Familientradition, sie erhöhte mein Interesse an der Leipzigfeier.

Leben. Aber die Veranstaltungen trugen ein ausgesprochen reichsdeutsches, ich möchte sagen internes Gepräge. Den ö.-u., russischen und schwedischen Gästen schien nur die Rolle als Zuseher zugemessen zu sein, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich die Verstimmung, die damals bei Erzherzog Franz Ferdinand zutage trat, auf diese Ursache zurückführe. Der rein deutsche Charakter der Feier kam insbesondere in der Festrede zum Ausdruck, die am 18. Oktober bei der imposant inszenierten Einweihung des Denkmals gehalten wurde.

Im Tone des Festes schien sich jene Unterschätzung der österreichischen Leistungen in den Befreiungskriegen widerzuspiegeln, die sich auch in die deutsche, vornehmlich in die preußische Geschichtsschreibung*) eingeschlichen hatte, obgleich nur dem Beitritt Österreichs der Erfolg zu danken war. Selbst ernste Werke hatten ja Tatsachen entweder gar nicht oder entstellt gebracht.

Beim alten österreichischen Denkmal hatte eine äußerst würdige, militärisch einfache Gedächtnisfeier stattgefunden, an der nur Seine Kaiserliche Hoheit und wir ö.-u. Offiziere beteiligt waren. Darauf folgte die Bekränzung einiger österreichischer Denkmäler auf dem Schlachtfelde.

Bei den kurzen Gesprächen während der Festlichkeiten gewann ich den Eindruck, daß Kaiser Wilhelm jetzt einem kriegerischen Vorgehen der Monarchie gegen Serbien zuneige, der Reichskanzler Herr von Bethmann aber nicht; er meinte, „Österreich brauche nicht m e h r Slawen".

Während des Festaufenthaltes in Leipzig hatte mich der Thronfolger nie zu sich berufen, es kam daher auch nie dazu, die Lage mit ihm besprechen zu können.

Dagegen brach plötzlich ein neuer Konflikt herein.

Am 18. Oktober abends fand im Gewandhause zu Leipzig als Schluß des Festes ein Monstrediner für 450 Gäste statt, das alle Fürstlichkeiten, Würdenträger und Deputationen vereinigte.

Nach dem Diner begaben sich alle Teilnehmer in einen an den Tafelraum anstoßenden Saal, wo in zwanglosen Gruppen konversiert wurde. Im Gespräch mit einigen Herren unterbrach mich der k. u. k. Militärattaché Major Baron Bienerth mit der Meldung, daß Kaiser Wilhelm mich zu sich befehle und mich auch auffordern werde, die ihm noch nicht bekannten Herren der ö.-u. Deputation vorzustellen.

Ich begab mich zu Kaiser Wilhelm, der auf die serbische Frage zu sprechen kam. Er meinte, das Maß sei voll, billigte das energische

*) Es mochte dies auf die Rivalität der Herrscherhäuser Habsburg und Hohenzollern zurückzuführen sein und auf das Streben Preußens nach der Hegemonie in Deutschland. Es lag System darin!

Handeln und versicherte, ganz auf Seite der Monarchie zu stehen. Er fügte bei: „Ich gehe mit Euch. Die anderen (Mächte) sind nicht bereit, sie werden nichts dagegen unternehmen. In ein paar Tagen müßt ihr in Belgrad stehen. Ich war stets ein Anhänger des Friedens; aber das hat seine Grenzen. Ich habe viel über den Krieg gelesen und weiß, was er bedeutet, aber endlich kommt die Lage, in der eine Großmacht nicht länger zusehen kann, sondern zum Schwert greifen m u ß."

Nach diesen Worten sagte der Kaiser: „Es sind mehrere Ihrer Oberste da, die ich noch nicht kenne, bringen Sie sie mir her."

Ich ging nun daran, mit Hilfe Baron Bienerths die Herren zusammenzurufen.

Plötzlich trat raschen Schrittes und aufs höchste erregt Erzherzog Franz Ferdinand an mich heran und fragte barsch: „Was geschieht da?" Ich erwiderte: „Der Deutsche Kaiser hat mir befohlen, ich solle ihm unsere Oberste bringen."

Darauf herrschte mich der Thronfolger im heftigsten Tone an: „Das ist meine Sache. Sind Sie der Armeekommandant? Das werde ich mir ausbitten!"

Ich antwortete: „Ich bitte Eure Kaiserliche Hoheit zu entschuldigen, aber der Deutsche Kaiser hat mich beauftragt." Hierauf der Erzherzog: „Das hätten Sie mir melden sollen!"

Diese Szene war das peinlichste, was ich je erlebt hatte, umsomehr, als sie vor fremden Persönlichkeiten, fremden Generalen und Offizieren vor sich gegangen war.

Seine Kaiserliche Hoheit stellte hierauf die mittlerweile versammelte ö.-u. Deputation dem Deutschen Kaiser vor; ich entfernte mich.

General von Moltke, der die ganze Szene gehört und gesehen hatte, kam auf mich zu mit den Worten: „Wenn die Dinge s o stehen, wie soll man da mitsammen arbeiten!"

Ich: „Sie muten mir doch nicht zu, mit dem Erzherzog noch weiter zusammen zu arbeiten!"

Exzellenz Moltke: „Ich bitte Sie, nur jetzt nichts dergleichen tun. Halten Sie aus. Jetzt, wo wir einem Konflikt entgegengehen, müssen Sie bleiben."

Ich gewann bald meine Ruhe wieder.

Nachträglich konnte ich mir das Auftreten Seiner Kaiserlichen Hoheit so wie früher in Chotowin nur aus einer p h y s i s c h e n Indisposition erklären, die ihn, im Zusammenhalt mit den schon angedeuteten, ihn verstimmenden Eindrücken des Festes, im erhöhten Maße reizbar gemacht hatte.

Noch abends des 18. Oktobers erfolgte die Rückreise im Hofzug. Auf die Anfrage, wann wir uns beim Thronfolger abzumelden hätten, kam die Entscheidung, daß Seine Kaiserliche Hoheit davon absehe und während der Fahrt aussteigen werde, um sich nach Konopišt zu begeben. Wir hätten unbekümmert darum die Reise fortzusetzen.

Am 19. Oktober nach der Ankunft in Wien begab ich mich ins Bureau und sprach mit meiner engsten Umgebung (Feldmarschalleutnant von Höfer, Oberst Metzger, Major Kundmann) über meine Leipziger Erlebnisse. Ich bemerkte, daß ich jetzt nichts machen könne, so lange die Lage nicht geklärt wäre; käme es zum Kriege, so sähe ich einem Martyrium entgegen, glätte sich alles wieder, dann dächte ich daran, zu gehen; ein zweites Mal wolle ich derartiges nicht riskieren.

Indessen erhielt ich am 19. Oktober bemerkenswerte Nachrichten: einen Bericht des Militärattachés in Cetinje, ein Telegramm des 16. Korpskommandos in Ragusa und ein Telegramm des Militärattachés aus Belgrad. Ich gebe sie nachfolgend wieder.

„Bericht des Militärattachés in Cetinje.

Zu Res. Nr. 312.

Euer Exzellenz!

In Ergänzung meines gleichzeitigen Berichtes Res. Nr. 312 bitte ich E. E. noch zu hochgeneigter, vertraulicher Kenntnis bringen zu dürfen, daß man der Möglichkeit einer serbisch-montenegrinischen Union auch in unserem Ministerium des Äußern bereits nähergetreten ist und über die eintretenden Falles zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten begonnen hat.

Insoweit meine Informationen reichen, ist man entschlossen, einer Vereinigung beider Staaten so lange als möglich auf diplomatischem Wege entgegenzuarbeiten, wenn sie aber trotzdem zur Tatsache werden sollte, mit der Besetzung des ganzen montenegrinischen Küstengebietes bis an die Bojana zu antworten, Großserbien somit von der Adria abzuschneiden.

Unentschieden scheint noch die Frage zu sein, ob dieses Küstengebiet von Österreich annektiert oder dem Fürstentum Albanien zugesprochen werden solle, ebenso die Frage, ob bei dieser Gelegenheit auch eine Grenzregulierung im Kuk—Lovčen-Abschnitt zu erzwingen wäre.

Die Wahrnehmung des Zeitpunktes für die Durchführung derartiger Maßnahmen bedarf auch noch der Beleuchtung von verschiedenen Standpunkten. Während von einer Seite geltend gemacht wird, daß erst die effektive Proklamierung der Vereinigung Montenegros mit Serbien ein Einschreiten unserer Monarchie erheischen würde, betont man von

anderer Seite, daß dies unbedingt schon dann geschehen müsse, wenn durch eine Zollunion Serbien die freie Benützung der montenegrinischen Häfen wie eigenes Gebiet eingeräumt wird.

Einigermaßen optimistisch scheint die Annahme, daß die erwähnten Maßnahmen ohne diplomatischen Einspruch, zum mindesten ohne Krieg, durchzuführen sein werden. Vielleicht wird man die abermalige Absperrung vom Meere in Belgrad mit den üblichen Entrüstungskundgebungen hinnehmen, ohne augenblicklich zu den Waffen zu greifen; in Montenegro hingegen müßte unbedingt mit einer hartnäckigen Aufstandsbewegung gerechnet werden, die aus Serbien gewiß sehr rührig geschürt werden würde.

In meinem Bericht erwähnte ich die eigennützigen Intriguen des Prinzen Mirko, der seine Zukunft durch die bevorstehende Union bedroht sieht, für die er aber sogleich auf das höchste begeistert wäre, wenn man ihn zum Herrscher von Großserbien ausrufen wollte. Da aber hiefür gar keine Aussicht besteht, möchte er sich auch als Fürst von Albanien oder als unabhängiger Gospodar von Montenegro begnügen.

Wenn ihm Österreich-Ungarn dazu verhelfen wollte — bemerkte er vor einiger Zeit in einem heimlichen Gespräch — wäre er bereit, sich ganz an die Monarchie anzuschließen und sich sogar mit der Wiederbesetzung einer Zone im Sandžak einverstanden zu erklären, die für Montenegro ein »Paravent« gegen Serbien zu bilden hätte.

Ohne auf derartige Äußerungen und deren phantastisches Beiwerk Wert zu legen, glaube ich sie zur Charakterisierung der Situation E. E. zur Kenntnis bringen zu sollen, und ich werde nicht ermangeln, E. E. auch über die weitere Entwicklung der großserbischen Frage Bericht zu erstatten.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner hohen Verehrung und unbedingten Ergebenheit.

Euer Exzellenz gehorsamster Hubka, Hptm.

Cetinje, am 14. Oktober 1913."

„Telegramm der Generalstabsabteilung des 16. Korpskommandos Ragusa Nr. 2269 vom 17. Oktober 1913, 7 Uhr nachmittags.

Die Unzufriedenheit mit der provisorischen Regierung Albaniens nebst dem Parteihader der auf persönliche Interessen Bedacht nehmenden Notablen hat diese und ihren Anhang in zwei feindliche Lager getrennt, die sich einerseits mit dem Gros von 6000 Mann, 10 Geschützen, 300 Reitern unter Essad Pascha in Tirana, anderseits unter Ismail Kemal Bey mit 4500 Mann, drei Maschinengewehren, vier Geschützen bei Lješna

bewaffnet und feindselig gegenüberstehen; beide Gruppen haben längs des Skumbiflusses starke Vortruppen ausgeschieden.

Bewäffnung: Mausergewehre mit Bajonett und Handžar; Gruppe E 90 Patronen, K ...*) Patronen pro Mann. Stellungen feldmäßig befestigt, Telegraphenleitung Ljušna—Fieri—Valona errichtet.

Bei E. zirka 150 ehemalige Offiziere eingeteilt, 0ten*) Oktober für Regierung unabhängig 1,500.000 Patronen in Valona eingelangt, 12. Oktober via Durazzo unabhängig Regierung proklamiert*).

Ein Zusammenstoß kann stündlich gewärtigt werden. Gleichlautendes Telegramm ergeht wie immer. Generalstabschef."

„Telegramm des k. u. k. Militärattachés in Belgrad, Res. Nr. 231 vom 17. Oktober 1913 um 9 Uhr nachm.

Konsul in Niš telegraphierte:

Mehrfache glaubwürdige Nachrichten, daß Serbien, Griechenland und Montenegro allen Ernstes an eine Okkupation Albaniens denken und diesbezüglich ein fait accompli schaffen wollen.

Deutscher Gesandte erfährt aus sicherer Quelle, daß 4000 Serben von Veleš über Monastir nach Süden marschieren."

Um über die Vorgänge in Albanien authentisch und fachmännisch unterrichtet zu sein, hatte ich dafür gesorgt, daß sich dort auch k. u. k. Offiziere befänden.

Am 19. Oktober meldete mir Oberst Metzger, daß vier Offiziere nach Albanien abgefertigt seien und über Triest dahin abgingen.

Indessen war nachts zum 18. Oktober, wie mir am 19. Oktober vormittags der Minister des Äußern mitteilen ließ, an den k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad eine Verbalnote ergangen, die er der serbischen Regierung zu übermitteln hatte. Sie forderte im bestimmten Tone die Respektierung der Beschlüsse der Londoner Konferenz und daher auch die Räumung der widerrechtlich besetzten albanesischen Gebiete. (Siehe Anlage 6.)

Gleichzeitig erging Mitteilung hierüber nach Berlin, Rom, Petersburg, London, Paris, Konstantinopel, Bukarest, Sofia, Athen, Cetinje und an den Generalkonsul Petrović in Valona. Diese Mitteilung faßte die serbischerseits begangenen Widerrechtlichkeiten und Gewaltakte zusammen und schloß wie folgt:

„Le Gouvernement I. et R. se plait à éspérer que le Gouvernement serbe ne tardera pas à procéder à l'évacuation intégrale du territoire albanais dans un délai de huit jours.

---

*) Teilweise verstümmelt. — Chiffriert.

Au cas contraire, le Gouvernement I. et R. se verrait à son grand regret dans la nécessité d'avoir recours aux moyens propres à assurer la réalisation de sa demande."

Noch am 19. Oktober suchte ich den Minister des Äußern auf, um ihm meine Leipziger Eindrücke mitzuteilen, so vor allem die Äußerungen Kaiser Wilhelms. Graf Berchtold bemerkte, daß meine Mitteilungen auch mit den Nachrichten übereinstimmen, die er aus Berlin habe.

Dann wendete sich das Gespräch der Lage zu. Zunächst Albanien. Das beste wäre, Essad zu kaufen. Er paktiere mit der Türkei und hätte ein großes Interesse an der Schaffung Albaniens.

Hinsichtlich Serbiens äußerte Graf Berchtold, er glaube, daß es nachgeben werde; ein Vorgehen unserseits würde automatisch das Vorgehen Italiens auslösen. König Nikita sei gegen eine Fusion Montenegros mit Serbien.

Schließlich sagte mir Graf Berchtold, er warte auf die an Serbien ergangene Demarche hin auf die Antwort, wann es die Räumung Albaniens vollziehen würde. Auf meine Frage, warum er die Antwort nicht befristet habe, erwiderte der Minister: „Das wollten wir nicht tun, es hätte wie eine Schikane ausgesehen."

Indessen hatte diese Demarche bei den Mächten Aufregung ausgelöst und geteilte Aufnahme gefunden.

Am 20. Oktober gab mir Graf Berchtold das Wesentliche der hierüber eingelangten Berichte unserer Vertretungen bekannt. Rußland sei konsterniert gewesen, schiene aber keine große Gegenaktion vorzuhaben, es biete alles für eine friedliche Lösung auf und wirke in diesem Sinne auf Serbien. Frankreich hätte den Schritt Österreich-Ungarns nicht für gerecht gehalten, dies sei unserseits widerlegt worden; Deutschland gehe mit uns und würde uns energisch unterstützen; Italien sei auch für uns.

Dann warf Graf Berchtold erneuert die Idee auf, als Zwangsmaßnahme serbische Gebiete mit Truppen auf Friedensständen zu besetzen.

Ich: „Wie stellen Sie sich das vor? Potiorek hat, wenn wir mobilisieren, 80.000 Mann Infanterie, jetzt aber im ganzen nur 25.000 Mann, und diese in ganz B. H. verteilt."

Nach dieser Besprechung am Ballplatz traf ich den Kriegsminister. Er war bei Seiner Majestät gewesen, der Kaiser wäre jetzt ganz für die Mobilisierung.

In meinem Bureau suchte mich am selben Tage Oberst Dr. Bardolff auf. Der Thronfolger sei schon sehr ägriert, daß er noch keine Nachricht über den Ministerrat habe. Bardolff hatte Graf Berchtold aufgesucht, der das Referat hierüber so bald als möglich Seiner Kaiserlichen Hoheit

senden wolle. Wir sprachen dann über die Lage. Ich meinte, Seine Majestät und Graf Berchtold seien für ein entschiedenes Vorgehen. Gegen Maßnahmen, wie die vorgeschlagene Besetzung Belgrads, einen Einmarsch mit Friedensständen u. dgl. hätte ich Einsprache erhoben.

Welche Aufnahme die ö.-u. Demarche in Serbien fand, läßt nachstehender Bericht des Militärattachés, Res. Nr. 324, vom 18. Oktober 1913 entnehmen:

„Euer Exzellenz!

Unser Geschäftsträger hat heute vormittags im serbischen Ministerium des Äußern — wie Euer Exzellenz zweifellos bekannt, und wie mir vertraulich auf der Gesandtschaft mitgeteilt wurde — eine neuerliche Demarche wegen der Räumung Albaniens ausgeführt. Sie fordert innerhalb einer Frist von acht Tagen die Zustimmung Serbiens zur sofortigen Räumung des albanesischen Territoriums, nach Ablauf welcher Frist sich die k. u. k. Regierung vorbehält, widrigenfalls die geeigneten Mittel zur Durchsetzung ihres Willens anzuwenden. Der Eindruck, den Herr von Storch aus dem serbischen Ministerium mitbrachte, geht dahin, daß man serbischerseits unserer Forderung entsprechen dürfte. Die Antwort wird jedenfalls erst nach einer Konferenz des Ministerrates und nach Einholung von Instruktionen beim hiesigen russischen Gesandten gegeben werden.

Aus einem Gespräche mit dem hiesigen, meist gut informierten englischen Geschäftsträger, der sich auch auf der russischen Gesandtschaft Informationen holen kann, entnehme ich, daß die serbische Regierung durchaus nicht an einer Besetzung albanesischen Gebietes eigensinnig festhält, sondern hiezu durch den Einfluß der Militärpartei, durch die Unterströmungen im Offizierskorps — die »crna ruka«*), wie man hier sagt — gezwungen war, den Versuch zu machen, eine Grenzberichtigung durchzusetzen. Von dieser Seite drohe vielleicht auch jetzt noch die Gefahr, daß unseren Forderungen Widerstand entgegengesetzt wird. (Über den Inhalt der zweiten Demarche war der Engländer nicht informiert.) Die serbische Regierung habe bei ihrem Versuche, albanesisches Territorium zu gewinnen, auch die Absicht verfolgt, sich vor der Volksvertretung für die großen Opfer dieser dritten Kampagne eine Rechtfertigung zu schaffen, dabei habe man im Stillen gehofft, daß die Monarchie durch Rußland oder durch innere Schwierigkeiten verhindert werde, Serbien in den Weg zu treten. Ein konsequentes Festhalten an unserem Willen dürfte hier nicht verfehlen, zur Einkehr zu veranlassen,

*) Crna ruka = schwarze Hand.

da man nicht verkennt, daß ein isoliertes Serbien bei diesem Abenteuer nicht gewinnen, aber sehr viel verlieren könnte. Aber auch im Rahmen größerer europäischer Verwicklungen könnte der Zeitpunkt für neue kriegerische Unternehmungen für Serbien nicht schlechter gewählt werden, wie gerade jetzt. Die Bevölkerung sei sichtlich kriegsmüde, die finanzielle Lage des Landes wegen der Verzögerung der Effektuierung der 250 Millionen-Anleihe trostlos, die Teuerung unerträglich und in wirtschaftlicher Beziehung das Land derzeit und auf Jahre hinaus vollkommen ruhebedürftig.

Die von Seite der Militärpartei drohende Gefahr sei allerdings nicht zu unterschätzen und könnte, falls die Regierung gegen deren Willen in der albanesischen Grenzfrage nachgibt, zu schweren inneren Komplikationen führen. Schon die Pensionierung des der Regierung mißliebigen und in der Armee geschätzten Generals Živojin Mišić habe in Offizierskreisen böses Blut gemacht, wie die täglichen Ausfälle gegen die Regierung im Offiziersblatt »Piemont« deutlich beweisen. An der Spitze der Truppen in Neuserbien steht überdies der von Ehrgeiz getriebene Verschwörer Oberst Damjan Popović, der schon bei der Belagerung von Skutari bewiesen habe, wie wenig er sich um die Entscheidungen der Regierung schert.

Wenn auch nicht wahrscheinlich — ausgeschlossen ist ein Widerstand Serbiens gegen unsere kurzfristige Forderung, das autonome Albanien zu räumen, gewiß nicht.

Doch wie sich auch die Dinge entwickeln mögen, für unser Verhältnis zu Serbien ist unser entschiedenes, konsequentes Auftreten in der albanesischen Grenzfrage gewiß nur von Vorteil. Der gegen uns bestehende Haß kann keine Steigerung mehr erfahren, aber unser Prestige wird gefördert und die hiesigen Großmäuler werden daran erinnert, daß sie, auf russische Hilfe bauend, ohne uns zu fragen, doch nicht schalten und walten können.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Gellinek, Major."

Am 21. Oktober erhielt ich vom Minister des Äußern die Nachricht, daß in Belgrad der Generalsekretär dem k. u. k. Geschäftsträger erklärte, daß der Befehl zur Evakuierung Albaniens am 19. d. M. ergangen sei und die Räumung innerhalb der Fristtage erfolgen werde.

Eine gleichlautende Erklärung habe der serbische Gesandte heute (20. Oktober) abends dem Grafen Berchtold abgegeben.

Am 21. Oktober um 1 Uhr nachmittags empfing mich Seine Majestät in Schönbrunn.

Die Audienz galt der Besprechung der Lage.

Ich führte aus, daß eine friedliche Lösung des momentanen Konfliktes keinen dauernden reellen Erfolg bringe und das Wesen der Sache nicht kläre. Der Konflikt wäre damit nur aufgeschoben und die Gefahr geschaffen, zu einer Lösung unter weit ungünstigeren Verhältnissen gezwungen zu werden. Nur ein militärischer Erfolg hätte jetzt konkrete Ordnung geschaffen, so werde die Monarchie genötigt sein, sich auch in den Folgejahren auf einen Krieg gegen Serbien vorbereitet zu halten.

Mit Rücksicht darauf müsse sie auch diplomatisch vorsorgen, Bulgarien in Feindschaft zu Serbien und Griechenland erhalten, aber zum Einvernehmen mit der Türkei und Rumänien bringen. Albanien müsse konsolidiert, seine Gegnerschaft zu Serbien gefördert werden, auch seine Gegnerschaft zu Montenegro, falls dieses nicht ganz auf Österreich-Ungarns Seite träte. Die Aversion der montenegrinischen Dynastie gegen eine Fusion mit Serbien käme dabei in Betracht. Der König von Bulgarien sei nicht zuverlässig, aber im Volke, insbesondere in der Armee, neige sich die Stimmung Österreich-Ungarn zu.

Daran knüpfte ich die Mitteilungen über die schon früher gegebenen Äußerungen Kaiser Wilhelms gelegentlich der schlesischen Manöver.

Seine Majestät bemerkte: „Diesmal hat er sich sehr loyal benommen."

Ich: „Er hat gesagt, so lange da unten nicht eine Großmacht Ordnung schafft, wird nie Ordnung werden."

Kaiser Franz Joseph aber schien eigentlich doch eine friedliche Beilegung der Krise vorzuziehen.

Er wies auch auf die Schwierigkeiten eines Winterfeldzuges hin, worauf ich bemerkte, daß unsere Vorfahren vor hundert Jahren auch einen Winterfeldzug nicht gescheut hätten*).

Seine Majestät warf ein: „Das waren andere Menschen."

Dann kam die Sprache auf den immer mehr hervortretenden Stimmungswechsel in Rumänien. Mit Rücksicht darauf beantragte ich, im Kriegsfall gegen Serbien das 12. Korps (Siebenbürgen) nicht, wie bisher vorgesehen, zu mobilisieren, sondern es bereitzuhalten für den Fall einer bedrohlichen Stellungnahme Rumäniens.

Am 22. Oktober war Oberst Dr. Bardolff bei mir. Der Thronfolger wolle sich den Einfluß auf alles wahren, was den Oberfeldherrn beträfe, also auch auf die Personalien. Wir sprachen über die Armee-

*) 1813/14.

kommandanten, wobei ich bemerkte, wie nützlich es jetzt wäre, eine systemisierte Altersgrenze zu haben.

Zum Schlusse kamen wir auf die für 1914 beabsichtigten Manöver in Bosnien zu sprechen und die damit verbundene Thronfolgerreise des Erzherzogs.

Der 23. und 24. Oktober waren ganz den alljährlichen Aufmarschelaboraten gewidmet, die ich mit dem Chef des Operationsbureaus durchnahm. Speziell den Aufmärschen im Kriegsfalle gegen Rußland und in jenem gegen Italien.

Nur an General von Moltke richtete ich am 23. Oktober folgendes Schreiben:

„Euer Exzellenz!

Die freundschaftliche Liebenswürdigkeit, welche mir Euer Exzellenz durch Übersendung der famosen Bilder zugewendet haben, hat mich außerordentlich erfreut und ich bitte Sie, hiefür meinen herzlichsten Dank entgegen zu nehmen. Seit unserem letzten Beisammensein hat sich ja wieder ein »historisches Ereignis« vollzogen, aber leider gar nicht nach meinem Geschmack. Der diplomatische Augenblickserfolg hat ja an dem Wesen der Dinge gar nichts geändert und das Schwierige der Lage für die Zukunft durchaus nicht beseitigt. Was ich vor sieben Jahren und insbesondere im Jahre 1908 als das einzig Richtige bezeichnet habe, erscheint mir immer mehr noch als solches, und ich bedauere mehr denn je, daß man mich damals bei uns so ganz im Stich gelassen hat.

So erübrigt nur, den Dingen ins Auge zu sehen und für die Hinkunft so gut als möglich zu sorgen.

Nachdem mir unser letztes Gespräch im großen Saale des Gewandhauses erneuert die mir so wertvolle Überzeugung gewährte, daß Sie auch meinen persönlichen Verhältnissen als Freund gegenüberstehen, will ich nicht unerwähnt lassen, daß sich momentan meine dienstliche Position anscheinend im normalen Geleise befindet, freilich hängt dies bei unseren, Euer Exzellenz ja genugsam bekannten besonderen Verhältnissen nur an einem Haar.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Verehrung und aufrichtigsten Freundschaft Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I.“

Am 25. Oktober war ich bei Graf Berchtold. Das Resumé des zwischen uns geführten Gespräches war, daß Sonntag den 26. Oktober der Termin für das geforderte Zurückziehen der serbischen Truppen aus Albanien ablaufe, unsere Offiziere berichten würden, ob dieses Zurückziehen auch tatsächlich erfolge, daß man bis Dienstag warten, wenn die

Serben aber nicht zurückgehen, die Mobilisierung verfügen würde. Graf Berchtold meinte, Kaiser und Thronfolger wollten keinen Krieg. Er habe indes mit Feldzeugmeister Potiorek über Ereignisse gesprochen, die den Krieg auslösen könnten. Ich bat ihn, über derartige rein militärische Fragen nicht über mich hinweg mit dem Armee-Inspektor zu sprechen, sondern Auseinandersetzungen mit ihm auf zivile Agenden zu beschränken, die den Feldzeugmeister als Landeschef beträfen.

Am 27. Oktober empfing ich den k. u. k. Militärattaché in Konstantinopel, Oberst von Pomiankowski. Er bat mich um Richtlinien für sein weiteres Verhalten.

Ich: „Wir müssen uns mit der Türkei auf freundschaftlichem Fuß halten, damit Bulgarien, die Türkei und, wenn noch möglich, auch Rumänien auf unserer Seite seien, wenn es zu einem Konflikt mit Serbien kommt."

Pomiankowski: „Die Türken haben kein Vertrauen zu uns, außer wenn wir ein Defensiv- und Offensivbündnis schließen und ihnen ihren bisherigen Besitzstand garantieren würden."

Ich: „Darauf wird man sich nicht einlassen, ich bin nicht dafür, daß man sich derart bindet. Ein freundschaftliches Verhältnis ja, aber »freie Hand« und »keine absolute Bindung«."

Am 29. Oktober gab der serbische Ministerpräsident, Herr Pašić, in der Skupština ein ausführliches Exposé*) über die Lage. Hierüber, sowie über die Stimmung in Serbien schreibt der Militärattaché am 29. Oktober:

„Euer Exzellenz!

Das von uns gestellte Ultimatum ist hier noch lange nicht verschmerzt und gibt nach wie vor der Presse Ursache zu unerhörten Ausfällen. Auch in der serbischen Gesellschaft wurde mir wiederholt unverblümt gesagt, das Ultimatum sei eine neue Ungerechtigkeit, eine neue Vergewaltigung der armen Serben, denen man ein blutig erobertes Land wegnimmt und sie den Überfällen der halbwilden Albanesen schutzlos preisgibt, von dem russischen Militärattaché ganz abgesehen, der mir unverhohlen zugab, die Ansichten der Serben vollkommen zu teilen; auf meine Erwiderung blieb er mir allerdings eine weitere Antwort schuldig.

Dies alles kann nicht wundernehmen, wenn man verfolgt, wie geschickt die hiesige Regierung durch die Presse die Beeinflussung der

---

*) Solche politische Exposés sind in der Regel Kundgebungen, die darauf gerichtet sind, unter dem Scheine der Aufrichtigkeit die wahren Absichten zu verschleiern.

öffentlichen Meinung des In- und Auslandes betreibt, während scheinbar in dieser Hinsicht von unserer Seite zu wenig geschieht. Während die Parteiblätter unentwegt auf die Monarchie weiterschimpfen und die Notwendigkeit der Grenzberichtigung konsequent verfolgen, benützt das Regierungsorgan ein noch wirksameres Mittel und läßt unsere Presse sprechen; täglich bringt die »Samouprava« Auszüge aus ö.-u. oder ausländischen Schundblättern, in denen das Vorgehen der Monarchie verurteilt wird. * * *, * * *, ungarische, tschechische und dalmatinische Hetzblätter liefern da reiches Material. So schwört man hier auf die Schlagworte von den »strategischen Positionen« und der »offenen« Grenze, und die Stimmung gegen die Monarchie wird auf ihrem Tiefstande erhalten.

Dabei könnte es nicht schwer fallen, unser Vorgehen in der albanesischen Frage selbst den Serben erklärlich zu machen. Die unerhörten, von den serbischen Truppen in den albanesischen Gebieten beiderseits der Grenze verübten Greuel bieten eine ausreichende Handhabe hiezu. Tatsächlich sind die dortigen Vorgänge, die Vernichtung ganzer Ortschaften, das grausame Abschlachten wehrloser Männer, der Frauen und Kinder, die durch wiederholte Meldungen unserer Konsulate erhärtet werden, hier scheinbar gar nicht oder nur wenig bekannt, da in unserer und der ausländischen Presse hierüber jedenfalls nicht jene ständige Rubrik eröffnet wurde, die dieses unmenschliche Vorgehen der serbischen »Kulturpioniere« fordert und verdient. Hier entstellt man, und bei uns verschweigt man die Wahrheit oder streift sie immer nur in schonendster Form. Wenn in Belgrad ein fremder Korrespondent es wagt, seiner Zeitung eine ungünstige Nachricht über Serbien zu senden, so wird er sofort des Landes verwiesen. Herr Vladan Gjorgjević hingegen wandert, wie er in seinem gegen die Monarchie gerichteten Pamphlet »Quo vadis Austria?« erzählt, in Wien unbehelligt von Redaktion zu Redaktion. Seine Broschüre wurde speziell in deutschen Blättern abgedruckt und hat der in Deutschland ohnedies verbreiteten Auffassung von dem »armen, getretenen Serbien« gewiß neue Nahrung zugeführt. Serbien würde einem im analogen Sinne schreibenden ö.-u. Untertan, nachdem er, wie seinerzeit der Korrespondent der Presse und des »Pester Lloyd«, Herr Steinhardt, eine Tracht Prügel quittiert hätte, längst das Betreten seines Territoriums verboten haben.

Rücksicht und Nachsicht werden hier als Schwäche aufgefaßt und erscheinen nicht als das geeignete Mittel, die scheinbar schon wieder angestrebte Verständigung mit Serbien herbeizuführen.

Auch dem gestrigen Exposé des Ministerpräsidenten müßte entgegengetreten werden, denn es enthält zweifellos an unsere Adresse

gerichtete Verdächtigungen, den albanesischen Aufstand angezettelt und den Albanesen Waffen geliefert zu haben, und bedauert die »überraschende« Forderung der Monarchie, die für die Verteidigung der Grenze nötigen Positionen zu räumen, was das loyale Serbien gewiß nicht verdient habe.

Im übrigen haben wir hier noch immer nicht die volle Überzeugung, daß sich seit dem 26. d. M. tatsächlich kein serbischer Soldat mehr auf albanesischem Territorium befindet. Herr Pašić betont zwar neuerdings in einem Exposé, daß sich die serbischen Truppen »auf die noch nicht genau festgesetzte Grenze zurückgezogen haben« — nach einer vom Prizrener Vizekonsul stammenden, bereits am 27. ds. M. gemeldeten Nachricht scheinen diesbezügliche Zweifel sehr am Platze zu sein.

Weitgehende Vorkehrungen an der albanesischen Grenze von unserer Seite, eine scharfe Kontrolle der dortigen Vorgänge und deren schonungslose und — will man mit gleichen Waffen wie Serbien arbeiten — tendenziöse Verwertung in der Presse werden wohl die einzigen Mittel bleiben, der zweifellos bestehenden serbischen Absicht entgegenzutreten, die Bildung des albanesischen Staatswesens nach Möglichkeit zu stören, das albanesische Volk auf die grausamste Weise auszurotten, hiezu neue Vorwände an der Grenze zu schaffen und sich auf diese Weise allmählich den Weg zur Adria vorzubereiten.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Gellinek, Major."

Der Oktober war verstrichen, eine Mobilisierung gegen Serbien nicht erfolgt, die Sache im Sande verlaufen. Mir schien der letzte noch halbwegs günstige Moment dahingegeben. Damit wuchs meine große Sorge für die Zukunft. Die Symptome unserer sinkenden Chancen nahmen zu.

In dieser Sorge richtete sich mein Blick auf Rumänien.

November.

Auf Grund eingehender Mitteilungen, die ich am 29. Oktober durch den k. u. k. Militärattaché in Bukarest erhalten hatte, schrieb ich am 3 November an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Ich beehre mich E. E. den beiliegenden Zeitungsausschnitt, welcher die Anschauungen des rumänischen Universitätsprofessors Jorga, Erziehers des Prinzen Carols, wiedergibt, zu übersenden.

Anknüpfend an die Ausführungen dieses Zeitungsartikels und die mir sonst aus verläßlicher Quelle zugekommenen Informationen, möchte

ich mir gestatten, meine Ansicht dahin zu äußern, daß mit Rumänien auf unserer Seite in einem zukünftigen Kriege nicht mehr zu rechnen sein dürfte, daß Rumänien möglicherweise sogar in den Reihen unserer Gegner zu finden sein könnte, wahrscheinlich aber bei Ausbruch eines Krieges vorerst zuwarten wird, um sich schließlich auf die Seite des Stärkeren zu schlagen.

Die Idee von »Großrumänien« hat bereits derart festen Boden gewonnen, daß Siebenbürgen und Beßarabien die nächsten Ziele Rumäniens darstellen, wobei sich vorläufig die Blicke auf Siebenbürgen viel schärfer richten als auf Beßarabien.

Mit Rücksicht auf die ausschlaggebende Bedeutung, welche diese Frage für die in das Ressort meiner beruflichen Stellung fallenden konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten besitzt, muß ich zum Ausdruck bringen, daß es uns zur unbedingten Pflicht erwächst, den formell festgelegten, vertragsmäßigen Anschluß Rumäniens an den Dreibund — analog wie die Staaten dieses Bundes den Vertrag untereinander geschlossen haben — zu erreichen, weil, wenn das nicht gelingt, wir nicht wüßten, womit wir zu rechnen haben und eventuell — wie schon oben ausgeführt — der Gefahr einer aktiven Gegnerschaft Rumäniens ausgesetzt wären.

Dermalen, solange König Carol lebt, dürfte wohl diese extreme Richtung nicht wahrscheinlich sein, aber wie die Geschichte der jüngsten Zeit gezeigt hat, wurde der König gegen seine Überzeugung in eine Aktion gerissen, die gewiß nicht in unserem Interesse war, und das könnte sich wiederholen.

Was aber die Nachfolger des Königs anbelangt, so lautet ein mir zugekommenes Urteil, das ich mich beehre, in reserviertester Weise E. E. mitzuteilen, wie folgt:

»Der Thronfolger Prinz Ferdinand*), dessen mediocre Intelligenz von einer gewissen Bosheit im Charakter begleitet ist, wie sie bei eigentlich willensschwachen Menschen, die gern stark erscheinen möchten, oft vorkommt, ist äußeren Einflüssen und besonders denen seiner ihn intellektuell weit überragenden Frau ungemein zugänglich, bietet also nichts weniger als die Gewähr, daß er in ernsten Zeiten allen auf ihn einstürmenden Elementen zum Trotze bei uns ausharren wird. Prinz Carol ist anders vom Monarchistenstandpunkt, jedoch

*) König Carol hatte keinen Sohn, Thronfolger war sein Neffe Prinz Ferdinand, vermählt mit Maria von Sachsen-Koburg, einer auch durch blendende Schönheit ausgezeichneten Frau. Deren ältester Sohn war Prinz Carol.

deshalb nicht besser. Er hat etwas von seiner intelligenten, impulsiven Mutter, ist in ihrem und im chauvinistisch-rumänischen Geiste erzogen (hauptsächlich von Professor Jorga), ist fremdenfeindlich und gilt bereits gegenwärtig als der berufene Schöpfer von ‚Großrumänien', was gleichbedeutend ist mit der Eroberung von Siebenbürgen in erster, Beßarabien in zweiter Linie.«

Wien, am 3. November 1913.

Conrad m. p., G. d. I."

Der dem Schreiben beigeschlossene Zeitungsausschnitt lautete:

Aus dem „Bukarester Tagblatt" vom 19. Oktober 1913.

„Herr Jorga über die zukünftige Politik Rumäniens.

Der Vertreter des Arader Blattes »Romanuel« hatte eine Unterredung mit Herrn Universitätsprofessor N. Jorga über die rumänische Politik in allen ihren Beziehungen. Auf die Frage, welches die künftige äußere Politik Rumäniens sein müsse, antwortete Herr Jorga: »Die künftige Politik Rumäniens ist die Politik der Interessen der rumänischen Nation, gestützt auf die Energie, die Solidarität und die Organisation aller Rumänen. So leicht bis jetzt die Leitung der Politik war, so schwierig wird sie in Zukunft sein. Ich bin auch jetzt noch für einen Balkanbund.«

»Was ist Ihre Ansicht über die Beziehungen Rumäniens zu Österreich-Ungarn?«

»Ich bin auch jetzt gegen ein Bündnis mit Österreich-Ungarn. Mit wem soll man sich verbinden? Mit der österreichischen Hälfte, welche nichts bedeutet, oder mit der ungarischen Hälfte, die uns feindlich gegenübersteht? Österreich hat meiner Ansicht nach keine Zukunft, als gestützt auf Italien und Rumänien. Auf was stützt sich Deutschland? Auf das deutsche Element. Angesichts des Zerfalles Österreichs aber wird es meiner Ansicht nach vorziehen, sich die Deutschen zu annektieren, als eine Formation zu unterstützen, die zum Sterben verurteilt ist.«

»Sind Sie für eine österreich-freundliche oder österreich-feindliche Politik?«

»Wir haben weder Grund, Österreich-Ungarn herauszufordern, noch auch es zu unterstützen. Wir haben uns nicht durch seinen Schutz erhalten und werden auch nicht ohne diesen Schutz zu Grunde gehen. ‚Hilf dir selbst, dann werden dir auch deine Verbündeten helfen', das ist die Richtlinie, die wir einhalten müssen.«"

Je eine Abschrift dieses Schreibens richtete ich auch an die Militärkanzlei Seiner Majestät und an jene des Thronfolgers.

Diese Mitteilungen über Rumänien gewannen eine weitere Beleuchtung durch die sich mehrenden Nachrichten über Propagandareisen der

rumänischen Königsfamilie in Siebenbürgen. Des Zusammenhanges wegen lasse ich schon an dieser Stelle einen diesbezüglichen im Dezember erhaltenen behördlichen Bericht folgen.

Er lautete:

„Die rumänische Königsfamilie, zumeist aber das Kronprinzenpaar — seltener das Königspaar — trafen während ihres Aufenthaltes in Sinaia sehr häufig mittelst Automobils, von Sinaia über Predeal kommend, in Kronstadt ein, wo sie im Hotel »Zur Krone« Absteigequartier nahmen, Ausflüge in die Umgebung machten und zumeist am selben Tage nach Sinaia zurückkehrten. Bei diesen Ausflügen, die sich auch auf die weitere Umgebung von Kronstadt erstreckten, wurden von den hohen Herrschaften sehr häufig Bauern in der leutseligsten Weise angesprochen und um so manches — meist, wie es ihnen geht — befragt. Dieser Verkehr mit der rumänischen Bevölkerung hat in manchen Kreisen die Anschauung ausgelöst, daß es sich um eine Art Propaganda handelt. Jedenfalls wurde durch diese Berührung der hohen Herrschaften mit der Bevölkerung ein gewisser Kontakt gezeitigt, der beide Teile näher brachte und die Popularität der rumänischen Königsfamilie vermehrte.

Vorstehende Mitteilung stammt aus vollkommen verläßlicher Quelle.

Aus anderer, ebenfalls guter Quelle erfuhr ich, daß die rumänische Kronprinzessin oft in Herrenbegleitung, öfter aber auch allein, nur mit Chauffeur, Automobilfahrten auch über Kronstadt hinaus nach entlegenen Orten unternommen hat. Diese Fahrten dienten durchaus nicht dem Zwecke, mit der Bevölkerung Siebenbürgens Berührung zu suchen, im Gegenteil, die hohe Frau vermied es bei solchen Anlässen, mit jemandem zusammenzutreffen, sie trachtete vielmehr, tunlichst unerkannt zu bleiben.

Aus dritter Quelle erfuhr ich wieder, daß Mitte oder Ende August d. J. der Kronprinz von Rumänien mit dem Minister Jonescu in Kronstadt war, sich dort drei Stunden aufgehalten habe und von einem Teil der Bevölkerung sehr festlich empfangen wurde. Wer den Empfang arrangiert hatte, konnte bis zum Moment nicht sichergestellt werden; ich hoffe jedoch, die Arrangeure zu erfahren.

Über diese positiven Daten betreffend die Reisen der hohen Herrschaften in der Umgebung von Kronstadt kursieren noch verschiedene, auf ihre Richtigkeit nicht kontrollierbare Gerüchte. Beispielsweise ist es aufgefallen, daß die Reisen auf österreichischem Territorium in diesem Jahre unvergleichlich häufiger waren als früher.

Man bringt dies mit den geänderten politischen Verhältnissen in Zusammenhang. Man spricht sowohl in ungarischen, wie auch in

deutschen Kreisen viel von Agitationsreisen zum Zwecke der Erlangung einer gewissen Popularität für die Zukunft. Eine besondere Bedeutung mißt man den Reisen des Kronprinzen und seines Sohnes Carol zu.

Daß seitens der hohen Herrschaften Automobilfahrten bis in die Marmaros und in die Bukowina unternommen wurden, konnte in keinem Falle sichergestellt werden. Dies scheint auch nicht zutreffend zu sein. In der Bukowina war sicher niemand vom rumänischen Königshause.

Durch Vertrauensmänner wurde ferner sichergestellt, daß in diesem Jahre auf der Strecke Bukarest—Sinaia—Kronstadt—Budapest—Wien sehr häufig Automobile mit sehr distinguierten Leuten aus Rumänien verkehrten. Diese Fahrten nahmen derart überhand, daß die königlich ungarischen Behörden darob nervös wurden und in einem Falle auch ein Automobil anhielten, in dem sich die Gattin des Ministers Jonescu, die eine Fahrt von Bukarest nach Wien unternommen hatte, befand. Die gesteigerte Aufmerksamkeit der Behörden hatte darin ihre Begründung, daß viele der rumänischen Gäste auf ihren Reisen Fühlung mit der Bevölkerung suchten und daß man häufig nicht genau wußte, wer die Insassen seien, bezw. daß man vermutete, daß die Personaldokumente mit der Identität der Reisenden nicht übereinstimmten. Wiederholt kursierten daher Gerüchte von Inkognitoreisen der Mitglieder des rumänischen Königshauses.

Ich ließ durch Vertrauenspersonen auch in Rumänien selbst, und zwar in den Kreisen der Hofbediensteten, ganz unauffällig Recherchen pflegen. Mit Rücksicht auf das Seriöse des Gegenstandes mußte das jedoch unter dem Vorwand des Anbotes von Güterkäufen in der Bukowina und in Siebenbürgen für das königliche Haus geschehen. Auch auf diesem Wege wurde, wenn auch indirekt, festgestellt, daß seitens der hohen Herrschaften Automobilfahrten im Süden Siebenbürgens häufig unternommen werden. Selbstredend wurde von dieser Seite der Zweck dieser Fahrten lediglich als dem Vergnügen und der Zerstreuung dienend hingestellt.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Im Laufe dieses Herbstes hatte ich Gelegenheit, eine Dame des rumänischen Hochadels, deren Angehörige dem Hofe nahestehen, zu sprechen. Diese Dame, die ausgesprochen austrophil ist, erzählte mir so nebenbei und unaufgefordert auch von den Automobilreisen der hohen Herrschaften in die Gegend von Kronstadt. Sie bemerkte auch, daß dermalen nur der König allein das gute Verhältnis zu Österreich aufrechthalte. Der Kronprinz, besonders aber die Kronprinzessin neigen entschieden der großrumänischen Idee zu und üben auch in diesem Sinne Einfluß auf den Prinzen Carol. Das Verhalten dieser hohen

Herrschaften entspreche vollkommen der in Rumänien dermalen vorherrschenden öffentlichen Meinung der maßgebenden Kreise, die für Serbien sind."

Diese Mitteilungen brachten mir einen Bericht des 11. Korps-Kommandos in Erinnerung, den ich im September erhalten hatte. (Siehe Anlage 7.)

Am 3. November sprach Feldzeugmeister Potiorek mit mir über die Frage des Gebirgsgeschützes. Er vertrat ein leichtes Gebirgsgeschütz mit kleinerer Portée; ich ein solches mit möglichst großer Portée, die ich speziell im Gebirge erforderlich hielt. Durch Vermehrung der Traglasten auf sechs (also sechs Tragtiere) und Wahl eines besonders kräftigen Rohrtragtieres könnte dem entsprochen werden.

Am 5. November teilte mir Oberst Dr. Bardolff mit, daß Seine Kaiserliche Hoheit eine Generalsbesprechung wünsche, bei der ein größerer Kriegsfall an einem Beispiel durchzuarbeiten wäre. Ich hätte die Besprechung zu leiten, er würde ihr als höchste Persönlichkeit anwohnen.

Die im Kriegsfalle in Betracht kommenden höheren Generale hätten die Teilnehmer zu sein.

Ich meinte, daß ich nicht gern an diese Aufgabe herangehe, weil, falls ich auch eine von den konkreten Verhältnissen ganz verschiedene Annahme zugrunde legen würde, immerhin die Gefahr bestünde, daß konkrete Dinge in die Öffentlichkeit kämen, die besser geheim blieben. Ich werde übrigens mit der erforderlichen Vorsicht dem Wunsche entsprechen.

Dann kam das Gespräch auf die politische Lage. Oberst Bardolff bemerkte, Kaiser Wilhelm scheine Nachricht erhalten zu haben, daß er als das retardierende Moment im Jahre 1909 bezeichnet worden sei. Ich erwähnte, daß ich mich Graf Kageneck gegenüber einmal in diesem Sinne geäußert hätte. Dem entgegen stelle sich aber jetzt ein Auspruch Kaiser Wilhelms, wonach unser Wert für Deutschland sinken würde, wenn wir uns nicht zu einer mannhaften Tat aufraffen sollten.

Am 6. und 7. November wohnte ich auf dem Schießplatz in Hajmaskér der Erprobung der Gebirgsgeschütze bei.

Am 8. November empfing ich Oberst von Pomiankowski.

Er war bei Seiner Majestät gewesen, der sich dafür ausgesprochen hätte, mit der Türkei auf gutem Fuße zu bleiben.

Ich fügte bei, das Wesentliche für uns sei, wie sich die Türkei verhalten würde, wenn es zum Kriege zwischen uns und Serbien käme, wie

sie sich Rumänien, Bulgarien und Serbien gegenüber stellen und ob sie nicht etwa Bulgarien in den Rücken fallen würde.

Wichtig wäre auch, über die Qualität der türkischen Armee im klaren zu sein, um Irrtümer in dieser Hinsicht auszuschließen, wie sie im ersten Balkankrieg bestanden hätten.

Am 10. November berichtete mir der aus Berlin zurückgekehrte Chef des Evidenzbureaus, Oberst von Urbanski, General von Moltke habe sich ihm gegenüber geäußert, er hätte die größte Hoffnung, daß es mit Rumänien wieder „ins Gleise“ käme.

Gelegentlich eines den Modus für die Aufnahme in die Kriegsschule betreffenden Gespräches mit Oberst Dr. Bardolff am 12. November erwähnte dieser, es sei dem Thronfolger sehr unangenehm gewesen, bei der Leipzigfeier mir gegenüber aus der Hand gekommen zu sein.

Am 13. November war ich zum Referat beim Thronfolger. Seine Kaiserliche Hoheit empfing mich mit prononcierter Freundlichkeit. Ich referierte über die Alarm- und Aufmarschelaborate für alle Kriegsfälle. Der Erzherzog war mit allem einverstanden. Seinen Wunsch, einen Herrn seines Gefolges über die Elaborate zu orientieren, mußte ich mit dem Bemerken ablehnen, daß dies eine prinzipielle Frage wäre. Die Elaborate würden nur in e i n e m Exemplar ausgefertigt und streng geheimgehalten. Außer Seiner Majestät und Seiner Kaiserlichen Hoheit hätten Kenntnis derselben nur ich, mein Stellvertreter Generalmajor von Höfer, der Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger, mein Flügeladjutant und die Gruppenleiter im Operationsbureau, diese jedoch nur hinsichtlich des s i e betreffenden Kriegsfalles. Mehr Personen davon in Kenntnis zu setzen, wäre nicht geraten. Ich sei Tag und Nacht zu finden und könne jederzeit Seiner Kaiserlichen Hoheit direkt referieren.

Der Erzherzog wandte sich dann der politischen Lage zu.

Er war des Glaubens, daß Rumänien und Griechenland auf Seite des Dreibundes zu erhalten, beziehungsweise zu bringen sein würden.

Ich erwiderte, wenn auch das Königshaus diese Tendenz hätte, das Volk hätte sie nicht, französisches Geld und französischer Einfluß beherrschten es. Möglicherweise werden einmal die griechischen und die rumänischen Interessen kollidieren. Die großrumänische Frage sei eine Erscheinung, die mit der Zeit jedenfalls zum Durchbruch gekommen wäre, die Rumänen verfolgten große nationale Ziele. Wir müßten allerdings trachten, sie dem Dreibund zu erhalten, aber mit Vorsicht! Es sei ein großer Unterschied, ob wir sieben bis acht rumänische Korps m i t uns oder g e g e n uns hätten.

Wir sprachen dann über Deutschland. Ich meinte, Deutschland sei sehr zurückhaltend gegen uns, doch hätte General von Moltke versprochen, 14 Divisionen im Osten zu belassen, wenn es zum Kriege gegen Rußland käme. Eventuell auch mehr.

Seine Kaiserliche Hoheit: „Ja, ich habe mit dem Deutschen Kaiser gesprochen; die Deutschen werden dort ihre Festungen ausbauen und, wenn die Russen kommen, ihnen in die Flanke fallen."

Dann wandte sich das Gespräch der schon erwähnten, vom Thronfolger gewünschten Generalsbesprechung zu. Ich legte ihm meinen Entwurf für diese vor. Als Operationsraum hatte ich das Gebiet westlich der Weichsel gewählt und eine Annahme gestellt, die natürlich mit der voraussichtlichen Lage zu Kriegsbeginn nichts gemein, sondern eine Lage im Auge hatte, wie sie möglicherweise im Verlauf des Krieges gewärtigt werden konnte. Sie betraf eine russische Offensive über die mittlere Weichsel (Iwangorod—Warschau) und die ö.-u. Gegenaktion aus dem Raume nördlich Krakau. Eine Situation, wie sie ja im Oktober 1914 tatsächlich eintrat.

Das Kommando der Nordpartei (Russen) hatte Feldzeugmeister Ernst Baron Leithner*), jenes der Südpartei General d. I. Moritz Ritter von Auffenberg**) zu führen.

Der Erzherzog akzeptierte meinen Entwurf, ich hätte die Besprechung durchzuführen, er reise jetzt weg, käme erst am 29. November zurück und wolle dann der Schlußbesprechung beiwohnen.

Endlich sagte mir Seine Kaiserliche Hoheit, daß er mir für die alljährliche Personalbesprechung bei Seiner Majestät seine Wünsche noch mitteilen werde.

Am 14. November schlossen Griechenland und die Pforte den Frieden zu Athen, der die Inselfrage an die Entscheidung der Großmächte verwies. So klang der Balkankrieg allmählich aus, ohne daß Österreich-Ungarn ihn zur Sicherung seiner vitalen Interessen ausgenützt hatte. Formell bestand noch die Gegnerschaft zwischen Serbien und der Pforte, sie wurde erst am 14. März 1914 durch den Frieden von Belgrad beglichen. Tatsächlich nicht bereinigt waren noch die Zustände in Albanien.

Mit diesem Abflauen der kriegerischen Ereignisse trat die normale Friedenstätigkeit wieder in den Vordergrund.

Am 17. November hatte ich meinen Entwurf für die nächstjährige Generalsreise dem Operationsbureau zur Detailbearbeitung übergeben.

---

*) Starb noch vor Kriegsausbruch.

**) Befehligte zu Kriegsbeginn die k. u. k. vierte Armee.

Die Reise war für Juni und Juli 1914 in Hochkroatien geplant. Ausgangspunkt Karlstadt, wohin ich mich nach Schluß der bosnischen Manöver zur Leitung der Reise zu begeben hatte. Spezieller Übungszweck war die Kriegführung im Karstterrain.

Am 19. November sprach der k. u. k. Militärattaché in Rom, Oberst Graf Szeptycki, bei mir vor. Er führte aus, daß es wünschenswert wäre, Italien durch den Besuch des Thronfolgers, den ich zu begleiten hätte, eine Aufmerksamkeit zu erweisen.

Ich: „Der bejahrte Kaiser kann keine lange Reise mehr unternehmen. Ob sich der Thronfolger dazu verstehen wird, ist eine heikle Frage. Die klerikale Seite wird das Hindernis sein.*) Vielleicht setzt es jemand durch. Was mich betrifft, glaube ich ein Hindernis im Thronfolger zu sehen. Er hat die merkwürdige Idee, daß ich mir einen Wirkungskreis usurpieren will, der mir nicht zukommt. Mich nach Rom zu schicken, würde seinen Widerstand finden, aber vielleicht könnte man einen anderen hohen General wählen."

Graf Sz.: „Das hätte nicht das Gewicht, es müßte schon der Chef des Generalstabes sein. Das würde in Rom Eindruck machen."

Wir sprachen dann über die Lage. Graf Szeptycki meinte, Italien brauche uns jetzt; es wolle unsere Hilfe, ohne uns aber dafür etwas anderes zu bieten, als „nicht gegen uns" zu sein. Italien würde in zehn Jahren eine Großmacht ersten Ranges sein. Einverleibung unserer italienischen Gebiete, Erwerbungen am Balkan, in Kleinasien und in Tunis seien die vier Richtungen seiner expansiven Tendenzen.

Ich fragte Szeptycki, ob er glaube, daß Italien je die beiden erstgenannten Ziele fallen lassen würde. Er erwiderte: „Niemals! Äußerlich sind sie freundlich, weil sie unsere Armee fürchten und uns jetzt brauchen."

Ich: „General Pollio halte ich für einen ernsten, sehr sympathischen Mann."

Graf Sz.: „Auch General Pollio würde sich freuen, Exzellenz in Rom begrüßen zu können. Der König ist nicht sehr ägriert über das Ausbleiben des Gegenbesuches, er ist darüber erhaben, er ist ein sehr vernünftiger Regent, der allerdings auf militärischem Gebiet nicht sehr hervortritt. Die Armee ist sehr populär und bessert sich zusehends. Das Offizierskorps hat sich sehr entwickelt."

---

*) Ein Besuch im Quirinal schien vom katholischen Standpunkt durch das feindliche Verhältnis des Vatikans zum Quirinal ausgeschlossen.

Wie erwähnt, waren nur in Albanien die Zustände noch in Gärung. Von den vielen Thronkandidaturen trat jene des 37-jährigen Fürsten Wilhelm von Wied in den Vordergrund. Auf ihn einigten sich auch die Großmächte. Er war evangelischen Glaubens, stand daher den drei im Lande vertretenen Konfessionen (Katholiken, Moslims, Griechisch-Orthodoxe) neutral gegenüber und war auch Vater eines männlichen Erben.

Ich bemühte mich, einen k. u. k. Offizier in die Umgebung des Fürsten zu bringen. Meine Wahl war auf Hauptmann von Clanner gefallen, den ich als energischen, unternehmungslustigen, sowie unerschrockenen Offizier seit langem kannte. Er hatte sich — und zwar auch in jüngster Zeit — in Albanien aufgehalten und beherrschte auch etwas die Landessprache.

Clanner berichtete mir am 20. November über dortige Zustände. Albanien leide unter großem Mangel an Lebensmitteln. Italien sei in dieser Hinsicht äußerst hilfreich tätig; im Ministerium des Äußern in Rom bestehe eine eigene albanesische Abteilung, der auch viele Offiziere angehörten.

Ich wandte mich brieflich an Graf Berchtold, wies auf die Notwendigkeit hin, daß der Fürst mit einer gewissen Zahl verläßlicher Bewaffneter auftrete, und schlug vor, ihm eine aus ö.-u. Staatsbürgern gebildete Garde beizugeben, deren Kommandant Hauptmann von Clanner zu sein hätte.

Am 18. und 19. November erhielt ich Berichte des Militärattachés in Bukarest über die Reise Take Jonescus nach Athen und sein Streben, intime Beziehungen zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland herzustellen; ferner über das Projekt der Verehelichung Prinz Carols von Rumänien mit einer Tochter des russischen Zaren. Der Bericht enthielt auch die Bemerkung, daß unser Ultimatum an Serbien in Bukarest Eindruck gemacht habe, so wie jede Kraftäußerung, Rumänien aber für uns verloren schiene.

Ein am 21. November präsentiertes Schreiben des Militärattachés in Cetinje meldet die Verschlechterung der Beziehungen.

Montenegro rechne auf innere Zerwürfnisse Österreich-Ungarns (in Böhmen, Galizien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina) schon in den nächsten Monaten und dadurch auf die Gelegenheit für Serbien und Montenegro, auch die übrigen Südslawen zu befreien. Der serbische Einfluß sei in Montenegro im Zunehmen.

Dieser Einfluß hatte — wie Feldzeugmeister Potiorek in seinen Vormerkungen am 31. Oktober berichtete — auch in Bosnien die Sinnes-

änderung der gemäßigten serbischen Führer zur Folge, durch welche die Flottmachung des Landtages gestört würde.

So zeigte sich überall Serbiens Wirken gegen die Monarchie.

Am 21. November besuchte mich der k. u. k. Generalkonsul Kral aus Salonik, der über die politische Aktion unserer Diplomatie in Albanien, sowie im Westbalkan nicht sehr erbaut war; insbesondere hinsichtlich der Verwendung von Funktionären, die keine Kenntnis der Verhältnisse hätten. Nebenbei erzählte er mir, daß die Erfolge der Griechen über die Bulgaren größtenteils auf die Überlegenheit der griechischen Geschütze zurückzuführen waren, deren Portée jene der bulgarischen um 1000 Schritte überragt hätte. Die Unmöglichkeit, das griechische Artilleriefeuer auf diese Distanzen zu erwidern, hätte die Bulgaren demoralisiert. Mit Rücksicht auf meinen Kampf um ein Gebirgsgeschütz größtmöglicher Portée war mir diese Mitteilung sehr wertvoll.

Nach Ablösung der internationalen Marinedetachements war Skutari von Detachements der Großmächte — mit Ausnahme Rußlands — besetzt worden. Den Oberbefehl führte ein englischer Gouverneur. Das ö.-u. Detachement war vom Infanterie-Regiment Nr. 87 unter Kommando des k. u. k. Oberstleutnants Kailer beigestellt.

Ein von dort hier am 24. November eingelangter Bericht vom 17. November erwähnt, daß jetzt viele Machenschaften der früheren Vertreter der Österreich-Ungarn feindlichen Nationen ans Tageslicht kämen. Essad Pascha wolle mit Hilfe der Entente Herr von Albanien werden, er sei Österreich-Ungarn feindlich gesinnt, stehe auch mit Prenk Bib Doda in Beziehung, beide ständen mit dem Gouverneur von Skutari in Verbindung. Parteikämpfe, Mord, Raub, Diebstahl seien an der Tagesordnung. Italienische Kundschaftsoffiziere hätten konstatiert, daß die an den albanesischen Grenzen befindlichen serbischen Truppen beim Herannahen der Kundschafter aus widerrechtlich besetzten Gebieten zurückgingen, um alsbald wieder in diese vorzubrechen. Der Bericht meldete ferner 1065 festgestellte Morde, die serbische Truppen an der albanesischen Bevölkerung verübt hatten.

Am 25. November besuchte mich der Bischof von Skutari. Er bezeichnte es als bedenklich, wie ruhig wir der Ausbreitung des italienischen Einflusses in Albanien zusähen. Italien gehe sichtlich darauf aus, in Südalbanien festen Fuß zu fassen.

Der Regentenfrage sich zuwendend, meinte der Bischof: Ein Einzug des Fürsten über das unter mohammedanischem Einfluß stehende Valona würde die Katholiken Albaniens verletzen. Diese sähen ihr

Zentrum in Skutari. Das katholische Element sei aber das einzige, bei dem sich Österreich-Ungarn seinen Einfluß erhalten könne. Die Katholiken nähmen es ohnehin nicht günstig auf, daß ein Protestant ihr Fürst würde. Es erschiene dringend, die albanesische Jugend zum Unterricht in Österreich heranzuziehen, in Militärschulen, in das Theresianum, in Gewerbeschulen. Die italienische Regierung hätte bereits eine diesbezügliche Aufforderung ergehen lassen und erklärt, daß den albanesischen Jünglingen die Schulen Italiens zur Verfügung stünden. Aus Skutari allein seien 30 junge Albanesen in italienische Militärschulen eingetreten.

Nach dem hohen Kirchenfürsten empfing ich Oberstleutnant Gellinek, den k. u. k. Militärattaché in Belgrad. Er berichtete, daß Serbien für geraume Zeit einem Schwächezustand verfallen sei, finanziell in Bezug auf seine Ausrüstung. Die Geschütze wären wohl noch gut, aber Gewehre und Bekleidung müßten neu beschafft werden. Dazu kämen zahllose Konflikte mit der bulgarischen Bevölkerung. Die Idee einer friedlichen Angliederung Serbiens an die Monarchie sei aber eine abgetane Sache. Es sei bedauerlich, daß die Monarchie jetzt nicht gewaltsam für ihre Großmachtstellung eingetreten sei. Serbien hielte mit Rumänien gute Freundschaft. Wir müßten damit rechnen, daß Siebenbürgen Rumäniens nächste Etappe sei.

Am 28. November legte ich — wie alljährlich — Seiner Majestät in Schönbrunn die Alarminstruktionen und Aufmarschelaborate für das kommende Jahr (1914) vor, um die Allerhöchste Genehmigung einzuholen. Die Elaborate betrafen die Kriegsfälle: Rußland, Italien, Balkan (Serbien, Montenegro). Daran anknüpfend, meinte ich hinsichtlich Rumäniens, daß der König wohl noch die frühere Richtung habe, Rumänien selbst aber nicht.

S. M.: „Ja, das ist wahr. Der König hat die beste Absicht, aber er ist zum Schritt gegen Bulgarien getrieben worden."

Ich: „Das kann sich wiederholen."

Ich habe Seiner Majestät dargelegt, daß wir uns nun auch Rumänien gegenüber militärisch vorbereiten müßten und als ersten Schritt hiezu die Einleitung des aktiven Kundschaftsdienstes bezeichnet. Von Italiens Treue wäre ich auch nicht ganz überzeugt, wenn auch in nächster Zeit nichts zu besorgen schiene.

Nach unserer Gefügigkeit im Flottenabkommen könnten wir wohl erwarten, daß Italien im Dreibundfalle den Überschuß seiner Kräfte an den Rhein sende. Ich sprach noch über Italiens Aspirationen in Albanien und über die Notwendigkeit, eigenerseits nicht zurückzubleiben und auch k. u. k. Offiziere in das Land zu bringen.

Wieder hob ich hervor, die Diplomatie müsse es zu verhindern wissen, daß wir in eine Situation gerieten, in der wir gleichzeitg Rußland, Serbien und Rumänien gegen uns hätten.

Auch über die Generalsbesprechung und über die Gebirgsgeschützfrage referierte ich.

Seine Majestät fragte: „Ist das alles im jetzigen Budget?"

Ich antwortete: „Ja! Es ist ohnehin rasch gemacht worden, weil wir in kürzester Zeit vor die Gewehrfrage kommen. Modell 88/89 müssen wir langsam ausscheiden und durch das verbesserte Modell 95 oder durch ein automatisches Gewehr ersetzen."

Nach kurzer Pause richtete Seine Majestät mit Staunen im Gesichtsausdruck an mich die Worte: „Was sagen Sie zu den Enthüllungen!"

Er meinte die jetzt erst bekanntgewordenen Geheimverträge, die König Ferdinand von Bulgarien mit Serbien gegen Österreich-Ungarn vor dem ersten Balkankrieg abgeschlossen hatte.

Ich: „Auf dem Balkan gibt es nichts Verläßliches, dort entscheiden nur Gewalt und Macht!"

S. M.: „Das ist überall so. In der Politik ist immer die Gewalt das einzige Recht!"

Nach den unausgesetzten Konferenzen, Besprechungen und Bureauarbeiten hatte ich das dringende Bedürfnis, Bergesluft zu atmen, nahm Pickel und Rucksack, fuhr nach Payerbach und ging mit meinem Flügeladjutanten Major Kundmann am Sonntag, 30. November, auf die Rax.

Dezember.

Am 2. Dezember wieder im Bureau, fand ich ein Schreiben Graf Berchtolds, in dem er Einsprache dagegen erhob, daß ich die Hauptleute von Clanner und Ulmansky nach Durazzo und Valona gesendet hatte, während Italien seine Rekognoszenten zurückberufen habe. Ich antwortete sehr höflich, aber ablehnend, mit dem Beifügen, daß ich militärische Rekognoszenten ohne jede andere Rücksicht entsenden werde, wenn ich es für notwendig hielte.

Vom Attaché in Cetinje war eine Meldung eingelangt, daß sich Montenegro des Gebietes der Hotas bemächtigen wolle, um dann dafür den die Stadt Skutari beherrschenden, vielumstrittenen Taraboš einzutauschen. Dagegen nahm ich Stellung.

Am 5. Dezember inspizierte ich die Kriegsschule.

Am 9. Dezember besuchte mich ein Serbe, ein politischer Agent, der der Obrenović-Partei angehörte. Er wollte wissen, daß Italien mit Montenegro und Serbien einen Pakt gegen Österreich-Ungarn zu schließen beabsichtige, um sich Südalbanien mit Valona zu sichern.

Auch sprach er von einer beabsichtigten Vertreibung der Dynastie Karageorgjević und der Vereinigung Serbiens mit Montenegro. Er meinte übrigens, Prinz Danilo — der älteste Sohn König Nikitas von Montenegro — sei austrophil und wolle von Italien nichts wissen.

Am 10. Dezember erhielt ich den vom 6. Dezember datierten Bericht Res. Nr. 218, geheim, des Militärattachés in Bukarest über den bevorstehenden Rücktritt General Averescus von der Stelle des Chefs des Generalstabes. Er habe selbst um das Kommando des 1. Armeekorps (Crajova) gebeten. Das war mir ein neuer Schlag. Mit General Averescu hatte ich vor Jahresfrist konkrete militärische Vereinbarungen getroffen und in ihm einen loyalen, ritterlich denkenden Partner gefunden.

In Bukarest hatte am 3. Oktober der — über Wunsch des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand — neuernannte k. u. k. Gesandte Graf Ottokar Czernin sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Er trat sein bedeutungsvolles Amt unter den schwierigsten Verhältnissen an. Die Zeiten, da auf Rumäniens Bundestreue noch gerechnet werden konnte, waren ja vorüber. Der obenerwähnte Attachébericht sagt:

„Die in meinem Bericht Res. Nr. 193, geheim, geschilderte hostile Stimmung gegen uns hält leider an und kommt seitens der Presse in direkten Äußerungen gegen die Monarchie zum Ausdruck, seitens der Regierung im Vereine mit allen nationalen Heißspornen (Jorga etc.) in Freundschaftsbezeugungen für Serbien (Brücke bei Gruja) und Griechenland, deren Spitze sich, obzwar anscheinend gegen Bulgarien, schließlich doch gegen uns richtet."

Der Bericht hebt dann hervor, wie richtig es wäre, daß die durch Graf Tisza angebahnte Aktion zur Befriedigung der ungarländischen Rumänien dieses Ziel erreichen würde. Schon, damit den Ungarnhassern in Rumänien ein Anklagegrund benommen und das Entstehen einer organisierten Propaganda der Irredentisten in Rumänien verhindert würde.

Am 10. Dezember machte ich Graf Berchtold auf Grund eines Berichtes des Generalstabs-Hauptmannes Roßmann Mitteilung über das skrupellose Vorgehen der Italiener in Albanien im Gegensatz zu unserem zurückhaltenden, rücksichtsvollen und wenig durchgreifenden Auftreten.

Am 11. Dezember war großer Empfang beim Kriegsminister.

Am 12. Dezember besprach ich mit dem Chef des Operationsbureaus den eventuellen Kriegsfall gegen Rumänien, entwickelte meine Anschauungen und gab ihm den Auftrag, im Sinne derselben eine Studie über

den Aufmarsch bearbeiten zu lassen. Auch die Frage der gegen Rumänien anzulegenden Befestigungen wurde eingehend erörtert.

Im übrigen, meinte ich, könne es auch Rußland nicht angenehm sein, ein Großrumänien mit Siebenbürgen entstehen zu sehen. Das Beste wäre wohl, wenn wir uns mit Rußland einigten und die kleinen Balkanstaaten: Bulgarien, Serbien und Rumänien unter uns aufteilten. Deutschland würde zwar kaum dafür sein, könnte sich aber mit dem Vorteil zufriedengeben, Rußland auf Seite des Dreibundes zu haben.

Leider war Rußland damals schon so sehr in die Politik der Entente verstrickt, daß eine Lösung, wie die oben gedachte, wohl kaum mehr erreichbar schien.

Abends wohnte ich einer großen, für die Delegierten veranstalteten Soiree beim Herrenhausmitglied Herrn Dreher in Schwechat bei, gelegentlich welcher mir der frühere Ministerpräsident Exzellenz Wladimir Baron Beck, anknüpfend an die Mitteilungen über meine Kontroverse mit dem Thronfolger, ähnliche Erfahrungen und Einzelheiten über seinen Bruch mit dem Erzherzog erzählte, dessen Vertrauensmann er lange Jahre gewesen war.

Am 13. Dezember folgte ich einer Dejeuner-Einladung zum deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky. Wir waren allein und sprachen über drei aktuelle Themen. Zunächst über den bevorstehenden Besuch General Graf Waldersees und des italienischen Oberstleutnants Montanari, mit denen gewisse Vereinbarungen für den Kriegsfall besprochen werden sollten. Der Botschafter äußerte, daß nun auch Deutschland den Italienern nicht mehr traue.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Diese Erkenntnis kam allerdings zu spät. Der langjährige Irrtum einer auf Italien gegründeten Dreibundpolitik war bereits auf dem Wege, seine verderblichen Früchte zu zeitigen. Nahe lag die Erwägung, welche Politik mehr Aussicht des Erfolges habe: eine Politik mit mehreren Eisen im Feuer, die damit rechnete, stets auch einen Partner gegen den eigenen Verbündeten in Bereitschaft zu haben, oder eine Politik, die im festen Zusammenschluß, unter klarer Scheidung von Freund und Feind, in positiver Absicht ein ganz bestimmtes, gemeinsam vereinbartes, großes Ziel mit limitiertem oder doch absehbarem Termin verfolgt.

Die Entente ist mit Erfolg den letzteren Weg gegangen.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Ich führe die Besprechung mit Herrn von Tschirschky weiter. Er meinte, es wäre notwendig, die Italiener vor der ganzen Welt als Verbündete hinzustellen und sie zu zwingen, durch Beistellen von Truppen im Kriegsfalle Farbe zu bekennen. Das Verlangen, italienische Truppen

an den Rhein zu bringen, bezwecke auch, daß Italien dann überhaupt „mittun“ müsse.

Das nächste Thema war Rumänien. Der Grundton der Aussprache: die Unerläßlichkeit, daß Rumänien den Anschluß an den Dreibund offen deklariere. Herr von Tschirschky sagte, der König (Carol I.) sei ein ehrgeiziger Kopf, der seinen Wagen nicht so in der Hand habe, daß ihm die Pferde nicht durchgehen könnten.

Das dritte Thema betraf die Stellung der Deutschen in Österreich. Der Botschafter äußerte große Bedenken über die Behandlung des deutschen Elementes. Es sei doch die Kette, die das Reich zusammenhielte, man müsse die Deutschen halten, sonst bestünde die Gefahr, daß Österreich das westliche Slawenreich würde.

Schließlich wendete sich die Konversation der großen politischen Lage zu. Wir stimmten beide darin überein, daß sich die Situation sehr zu Ungunsten des Dreibundes verschoben habe.

Wir sahen beide der Zukunft besorgt entgegen, ich mit dem Gefühl, daß die eigenen Versäumnisse schuld an dieser Lage trügen.

Die Rolle Rumäniens erhielt bald eine neue Beleuchtung. In einem an mich gerichteten Brief vom 12. Dezember, den ich am 15. Dezember erhielt, schreibt der Militärattaché in Bukarest:

„Seine Majestät hat dem Gesandten vor einigen Tagen erklärt, er sei unter den momentan herrschenden Verhältnissen zu seinem größten Bedauern *nicht in der Lage, für die Erfüllung des bestehenden Geheimvertrages zwischen Rumänien und der Monarchie garantieren zu können.*“

Diese offene Erklärung König Carols läßt wohl annehmen, daß es ihm vor Jahresfrist mit der Einhaltung dieses Vertrages Ernst war — also auch diese Chance unserseits versäumt wurde.

Wie es auf dem Balkan trotz der verschiedenen Friedensschlüsse aussah, kennzeichnete nachstehender, am 15. Dezember eingelangter Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel:

„Res. Nr. 291.

Konstantinopel, am 8. Dezember 1913.

Türkisch-bulgarischer Geheimvertrag, Albanien.

Euer Exzellenz!

Über den Inhalt des türkisch-bulgarischen Geheimvertrages ist die hiesige Botschaft nicht vollkommen informiert. Man glaubt jedoch annehmen zu können, daß die diesbezüglichen Verhandlungen noch nicht perfekt sind.

Verschiedene sichere Anzeichen weisen darauf hin, daß die Türkei — d. h. die jetzt am Ruder befindlichen Männer, vor allem der Minister Talaat, Oberst Dschemal und der Großvezier, möglichst bald, eventuell vielleicht schon im nächsten Jahre gegen Griechenland und Serbien losschlagen möchten. Herr Toschew charakterisiert diese Leute dahin, daß er sie als unfähig erklärt, durch beharrliche, zielbewußte und dauernde Arbeit einen sicheren Erfolg in Zukunft vorzubereiten. Sie sind ungeduldig und wollen jetzt, wo sie die Macht in Händen haben, den großen Coup führen, um die Früchte des Sieges persönlich zu ernten.

In Sofia dagegen fühlt man sich gegenwärtig noch zu schwach, um es auf einen Krieg ankommen zu lassen, glaubt jedoch, daß Bulgarien in vier Jahren jeder Eventualität gewachsen sein werde. Infolgedessen stellte man für den Abschluß des Bündnisses die Bedingung, daß der casus foederis für Bulgarien im Falle eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland erst nach vier Jahren einzutreten habe. Vor diesem Termin soll Bulgarien nur dann zur Teilnahme am Kriege gezwungen sein, wenn Rumänien seine Neutralität schriftlich erklären würde.

Die Pforte sträubte sich lange, diese Bedingung zu akzeptieren, hat sich jedoch sicherem Vernehmen nach vor zirka vierzehn Tagen hiezu entschlossen und dies nach Sofia mitgeteilt.

Von dem sonstigen Inhalt des Vertrages ist ferner der Botschaft bekannt, daß der frühere Wunsch der Türken, Bulgarien solle nach dem neuen Kriege Westthrazien an die Türkei abtreten, nunmehr fallen gelassen worden ist. Bulgarien wird daher Westthrazien behalten und im Falle eines siegreichen Krieges Kavala samt Seres und Drama etc. dazubekommen. Dagegen soll aus Salonik mit dem dazugehörigen Gebiet ein autonomes Mazedonien geschaffen, ferner alle von Albanesen bewohnten Gebiete des jetzigen Serbien und Griechenland mit Albanien vereinigt werden.

Die Türkei soll vertragsmäßig im Falle eines Krieges mit Griechenland das Recht zum Durchmarsch durch Westthrazien besitzen. Herr Toschew glaubt, daß dieser Durchmarsch — den zu verhindern Bulgarien angeblich zu schwach ist — an und für sich für Rumänien keinen Grund bilden könne, um aus der Neutralität herauszutreten. Im übrigen wird Bulgarien — nach Mitteilung des hiesigen Gesandten — in nächster Zeit eine energische Bandenaktion gegen das griechische und serbische Mazedonien beginnen, in der Absicht, seine Gegner nicht zur Ruhe kommen zu lassen und deren Konsolidierung in den eroberten Gebieten nach Möglichkeit zu verhindern. Aus Zeitungsnachrichten geht hervor, daß diese bulgarische Aktion bereits begonnen hat.

Wie nun Oberst Dschemal Bey sowohl dem Herrn k. u. k. Botschafter als auch mir sagte, beabsichtigt man türkischerseits eine gleiche Bandentätigkeit im Kossovo zu organisieren oder zum mindesten zu unterstützen. Sicheren Nachrichten zufolge sendet das jungtürkische Komitee sowohl Waffen und Munition, als auch Offiziere und Soldaten nach Albanien. Letzthin wollte Dschemal mit einem Lloydschiff fünftausend Säcke Mehl, Biskuits etc. nach Nordalbanien senden und bat die Botschaft, diesen Transport vermitteln zu wollen. Nachdem jedoch der Verdacht vorliegt, daß die Säcke anstatt Lebensmitteln Waffen und Munition enthalten, so wurde die Übernahme des Transportes von der Lloyddirektion abgelehnt.

Die Verweigerung der Verfrachtung durch den Lloyd war um so gebotener, als es nicht ausgeschlossen scheint, daß die Türkei in Albanien eine Aktion gegen die Thronbesteigung des Prinzen von Wied vorbereitet. Seit längerer Zeit schon weisen offizielle und nichtoffizielle türkische Staatsmänner auf die Unmöglichkeit hin, daß ein christlicher Fürst sich in Albanien behaupten könne.

Der Minister des Innern Talaat teilte sogar dem Herrn k. u. k. Botschafter mit, daß in den nächsten Tagen ein albanesischer Kongreß in Elbassan zusammentreten werde, um einen mohammedanischen Fürsten zu wählen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß von der Jungtürkenpartei der Kriegsminister General Izzet Pascha für den Thron von Albanien ausersehen sei und daß für ihn auch schon in Albanien agitiert werde.

In Verbindung damit ist das Gerücht nicht ohne Interesse, nach welchem nach Abgang Izzet Paschas Oberst Dschemal Bey das Kriegsministerium übernehmen soll.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

P o m i a n k o w s k i, Oberst."

Die Besorgnisse, denen der deutsche Botschafter in unserer Besprechung am 13. Dezember Ausdruck gegeben hatte, dürften auch von den leitenden deutschen Kreisen geteilt worden sein. Ihnen entsprang daher wohl auch die von deutscher Seite geförderte Zusammenkunft General Graf Waldersees und des italienischen Oberstleutnants Montanari mit mir in Wien. Außerdem sollte bei dieser Zusammenkunft das Verhalten der im Kriegsfall in Preußisch-Schlesien zu versammelnden deutschen und der bei Krakau zu versammelnden ö.-u. Streitkräfte vereinbart werden.

Am 18. Dezember fand sich General Graf Waldersee mit Oberstleutnant Tappen bei mir im Bureau ein. Wir einigten uns über das

Programm für die Besprechung. Am 19. Dezember sollte mit Oberstleutnant Montanari der Bahntransport der italienischen Truppen durch Tirol festgestellt werden. Hierauf würde Graf Waldersee mit mir allein Rücksprache pflegen. Für 20. Dezember war eine längere Besprechung anberaumt, der auch mein Stellvertreter Generalmajor Höfer, der Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger und der Leiter der russischen Gruppe Oberstleutnant Christophori beizuwohnen hätten.

General Graf Waldersee hatte mir auch Material über Aufmarsch und Mobilisierung der Russen übergeben. Am 19. Dezember trafen Graf Waldersee, Oberstleutnant Tappen, Oberstleutnant Montanari, dann Höfer, Metzger und Christophori, ferner der Chef des Eisenbahnbureaus Oberst Ržiha bei mir zusammen.

Oberstleutnant Montanari überbrachte mir das im Anhang, Anlage 8 wiedergegebene Schreiben des italienischen Chefs des Generalstabes, Generalleutnants Pollio. Demselben war zu entnehmen, daß zunächst zwei Kavalleriedivisionen (50 Eskadronen) an den Rhein transportiert werden sollten, während ein viel weitergehender Zufluß italienischer Kräfte in nahe Aussicht gestellt wurde*).

In der nun folgenden Verhandlung wurde der Modus für den Durchtransport der beiden Kavalleriedivisionen vereinbart.

Danach blieb ich mit Graf Waldersee allein.

Graf Waldersee sprach über die Unverläßlichkeit Rumäniens und meinte, Rumänien sollte gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

General Pollio hätte geäußert, man müsse Bulgarien an der Hand halten, um es eventuell gegen Rumänien auszuspielen. Deutschland wolle mit Griechenland gehen. Davor warnte ich, mit dem Bemerken, daß Griechenland unverläßlich sei.

Graf Waldersee erwähnte, Italien hoffe mit der Türkei wieder gute Beziehungen zu bekommen. Dann kam die Sprache auf Rußland. Der General bezeichnete die Russen als sehr bedächtig; sie hätten große Komplikationen im Innern; es hieße, daß aus diesem Grunde das Gardekorps in Petersburg und das Grenadierkorps in Moskau im Kriegsfall zurückbleiben würden. Wir sprachen hierauf über die Bundestreue Italiens. Der General meinte, wenn die Italiener wirklich am Bunde festhalten und das „Mittun“ ernst nehmen sollten, so wäre es wegen ihrer Aspirationen auf Nizza.

Am 20. Dezember wurden die Besprechungen über den Bahntransport beendet. Dann blieben Graf Waldersee, Oberstleutnant Tappen,

---

*) In Betracht gezogen waren das 5. und 7., dann noch das 8. oder 9. Korps.

Oberst Metzger und Oberstleutnant Christophori noch bei mir, um gemeinsam die schon erwähnten Vereinbarungen für den russischen Kriegsfall zu besprechen.

Oberstleutnant Christophori begann mit der Darlegung unserer Alarmvorsorgen beim 1. Korps (Krakau), als dem zunächst an Deutschland grenzenden Gebiet.

Graf W.: „Wir wollen Czenstochau wegnehmen und werden dadurch von der Flanke aus Angriffe auf Ihre Bahn verhindern."

In der weiteren Besprechung wurde vereinbart, daß zur Erhöhung des Schutzes der Bahnstrecke Oderberg—Krakau, sowie der Kohlenwerke Kattowitz—Beuthen deutsche Kräfte auf russisches Gebiet vorgeschoben und im Einklang damit die k. u. k. 7. Kavalleriedivision in die Gegend von Wolbrom, Olkusz vorgehen würde. Die deutschen Grenzschutztruppen hätten sich ihr anzuschließen.

Nach dieser Festsetzung kam die Sprache auf die Flugaufklärung.

Oberstleutnant Tappen teilte mit, daß das deutsche Luftschiff „Liegnitz" hiezu zur Verfügung gestellt würde.

Oberst Metzger bemerkte, unsere Flieger könnten von Krakau aus fliegen; sie hätten aber weite Ziele, in den Raum zwischen Weichsel und Bug und bis an die Linie Brest, Kowel, Luck.

Graf Waldersee warf ein, daß auch negative Nachrichten von größtem Wert wären, worauf Oberstleutnant Christophori es als erwünscht bezeichnete, bis zum 14. Mobilisierungstag bestimmte Nachrichten zu haben.

Graf Waldersee wies auf die radiotelegraphische Verbindung hin, die wir mit Lemberg und Przemysl herstellen wollten. Auch stellte er ein sehr leistungsfähiges Luftschiff in Aussicht.

Oberst Metzger bemerkte, wir würden unsere Fliegernachrichten von Krakau nach Gleiwitz richten.

Graf W.: „Wenn die russischen Flieger über die Grenze fliegen, so wäre dies der Kriegsbeginn."

Ich betonte die Wichtigkeit der Flugaufklärung, da die Russen die Grenze derart absperren würden, daß wir nur durch Flieger etwas erfahren könnten.

Oberstleutnant Tappen warf ein, daß auch die Russen das Überfliegen der Grenze als feindselige Handlung und als Kriegsbeginn betrachten würden.

Graf Waldersee schlug vor, den Beginn der Flugaufklärung an einen besonderen Befehl zu binden, sie prinzipiell nicht früher anzuorden, als bis der Grenzschutz stehe und dabei im gegenseitigen Einvernehmen zu handeln.

Wir kamen dann auf das gemeinsame Vorgehen der am linken Ufer der Weichsel auftretenden deutschen und österreichisch-ungarischen Kräfte. Es hätte sich gegen die Weichselstrecke Anopol—Iwangorod zu richten. Deutscherseits würden 32 Bataillone, 4 Batterien, 4 bis 8 Eskadronen zur Hälfte in Posen, zur Hälfte in Schlesien versammelt, um im Einklang mit dem österreichisch-ungarischen linken Flügel konzentrisch vorzurücken. Die deutschen Kräfte könnten am 12., die unseren am 14. Mobilisierungstag antreten, so daß am 22. bis 24. Mobilisierungstag die genannte Weichsel-Strecke erreicht würde. Die Kommandoverhältnisse wurden derart geregelt, daß die Bewegung im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen, für das Zusammenwirken am Feinde aber der Rangälteste den Befehl übernehmen sollte.

Ich wandte noch ein, daß man, sobald wir bereit wären, den Beginn der Operation nicht mehr von diplomatischen Bedenken abhängig machen dürfe.

Am 19. Dezember abends waren wir beim deutschen Botschafter für 8 Uhr geladen; ich konnte erst um 9 Uhr erscheinen, da ich vorher zum Hofdiner befohlen war.

Am 20. Dezember gab ich ein Dejeuner im Grand Hotel; als meine Gäste nahmen teil: General Graf Waldersee, Oberstleutnant Tappen, der deutsche Militärattaché Graf Kageneck, Oberstleutnant Montanari, der italienische Militärattaché Oberstleutnant Graf Albricci, dann Generalmajor von Höfer, Oberst Metzger, Oberst Ržiha, Oberstleutnant Christophori und mein Flügeladjutant Major Kundmann. Die Stimmung trug den Charakter kameradschaftlichen, vertrauensvollen Verkehrs, was ich speziell auch hinsichtlich der italienischen Gäste hervorhebe. Oberstleutnant Montanari hatte uns allen den besten Eindruck hinterlassen. Sein ernstes Wesen, seine Sachlichkeit ließen annehmen, daß e r es aufrichtig meine.

Im Operationsbureau war damals der Antrag für die Errichtung der Reservearmee fertiggestellt worden, die einen wesentlichen Schritt in der von mir unentwegt betriebenen Ausgestaltung und Erhöhung der Wehrmacht bedeutet hätte. Ich komme darauf noch eingehender zu sprechen.

Am 22. Dezember erschien Oberst Dr. Bardolff bei mir. Ich übergab ihm den Antrag für die Reservearmee, mit dem Ersuchen, den Thronfolger dafür zu interessieren; ich würde das gleiche bei Seiner Majestät tun.

Wir sprachen dann über die nächstjährigen Armeemanöver, zu denen der Deutsche Kaiser eingeladen werden sollte. Ich teilte Bardolff mit, daß ich sie in Ungarn oder in Oststeiermark in Aussicht nähme. An

einen Krieg im Jahre 1914 dachte ja damals bei uns niemand. Auch über die in Bosnien abzuhaltenden Manöver, denen der Thronfolger beiwohnen würde, wurde gesprochen.

Danach legte ich den Besuch Seiner Kaiserlichen Hoheit in Rom nahe. Oberst Bardolff meinte, der Erzherzog sei dagegen. Ich erwiderte, es wäre schon deshalb das einzig Richtige, den Besuch zu machen, damit Italien der Anlaß zu jenen Ausreden benommen würde, die es jetzt mit seinem „Gekränktsein" bemäntle.

Hauptsächlich von diesem Standpunkt habe ich die Romreise des Thronfolgers erwogen. Fürstenbesuche habe ich nie sehr hoch eingeschätzt. Kaiser Wilhelm hat es an Aufmerksamkeiten für Italien gewiß nicht fehlen lassen. Es hat aber König Viktor Emanuel nicht gehindert, in der Stunde der Gefahr die Bundestreue zu brechen und seinem hartbedrängten Bundesbruder meuchlings in den Rücken zu fallen, in spitzfindiger Deutung das W e s e n des Vertrages zu verleugnen.

Jedenfalls habe ich das zwischen mir und General von Moltke getauschte Soldatenwort höher bewertet, als Freundschaftsbeteuerungen zwischen Fürstenhäusern und Staatsoberhäuptern. Es hat die Probe auf dem Schlachtfelde bestanden.

Am 23. Dezember empfing mich Seine Majestät in Schönbrunn.

Ich begann mit dem Vortrag über die Ausgestaltung der Landmacht durch Organisierung der Reserve-Armeekörper und bat um Genehmigung und um Unterstützung.

Seine Majestät interessierte sich lebhaft dafür. Die Kosten erschienen wohl für den ersten Moment erschreckend. Sie betrugen 400 Millionen, aber für die Marine waren erst kürzlich 426 Millionen ohne Schwierigkeiten bewilligt worden.

Dann stellte ich die Anträge für Einteilung der Armee-Inspektoren zur Inspizierung der verschiedenen Korps.

Seine Majestät warf ein, daß General d. I. von Auffenberg gesagt hätte, „er gehe" (in den Ruhestand). Der General besaß nicht die Sympathien des Kaisers. Er hatte sie in der Zeit verloren, als er Kriegsminister war. Ich erwiderte, daß ich von einer solchen Absicht Auffenbergs nichts wisse, daß Auffenberg bei den Armeemanövern sehr gut entsprochen habe und ein gescheiter Mensch sei. Die anderen von Seiner Majestät gemachten Bemerkungen entzögen sich meiner Beurteilung.

Ich referierte hierauf über die Verhandlungen mit General Graf Waldersee und Oberstleutnant Montanari.

Anknüpfend daran führte ich aus, daß man jetzt, nachdem es versäumt worden war, mit Italien rechtzeitig abzurechnen und man nun

auf die Freundschaft Italiens angewiesen sei, diese Freundschaft auch offen dokumentieren müsse. Ich hielte es daher für notwendig, daß der Thronfolger seinen Besuch am italienischen Hofe abstatte.

S. M.: „Wollen S i e nicht hinreisen?"

Ich: „Das wäre schlechter als gar nichts. Die Italiener würden von uns sagen: »Das Gefühl, etwas tun zu müssen, haben sie, einen Prinzen wollen sie nicht schicken, so schicken sie einen General.«"

Ich bemerkte, daß die bloße Mission eines Generals kein Ersatz für den Besuch des Erzherzogs sein könne und eher verstimmen würde.

Mit Bezug auf die Reise Seiner Kaiserlichen Hoheit sagte

S. M.: „Meinen Sie, daß es Effekt machen wird?"

Ich: „Ich halte es für notwendig."

S. M.: „Er wird nicht gehen."

Ich: „Ja! Euere Majestät brauchen doch nur zu befehlen."

S. M.: „Ja, Sie kennen ihn doch, wie er merkwürdig und unberechenbar ist. Niemand weiß es besser als Sie!"

Ich: „Ja, Euere Majestät, ich habe es am eigenen Leibe erfahren."

S. M.: „Ich werde es versuchen. Ich glaube aber, daß er nicht gehen wird."

Unwillkürlich wurde nun auch die Politik berührt. Es bliebe jetzt nichts mehr übrig, als den Dreibund zu erhalten; die Lage habe sich aber wesentlich verschlechtert. Auch Deutschland ziehe jetzt Rumänien als Gegner in Betracht. Der König hielte zwar die Zügel in der Hand, würde aber geschoben, oder richtiger: er wurde zuerst geschoben, hat sich aber dann, als er sah, daß die Sache ginge, selbst an die Spitze der Bewegung gestellt.

Nach der Audienz begab ich mich in die Militärkanzlei Seiner Majestät zu Exzellenz Baron Bolfras. Er teilte mir mit, der Thronfolger würde am 1. Jänner 1914 an den Neujahrsempfängen teilnehmen und dann eine Sitzung einberufen. Wir kamen auf die Friktionen zwischen der Militärkanzlei Seiner Majestät und jener des Thronfolgers zu sprechen.

Exzellenz Bolfras meinte: „Wie habt Ihr die Militärkanzlei des Erzherzogs Franz Ferdinand schaffen können!"

Ich erwiderte: „W i r haben sie nicht geschaffen."

Am 27. Dezember verfaßte ich die D e n k s c h r i f t über das abgelaufene Jahr (1913) und übergab sie zur Ergänzung durch statistische Daten und Anträge des Eisenbahnbureaus dem Chef des Operationsbureaus mit den Worten: „D e r B a l k a n k r i e g h a t e i n e n S t r i c h g e z o g e n, w i r m ü s s e n v o n »A« a n f a n g e n, u n s i n e i n e n e u e S i t u a t i o n h i n e i n z u l e b e n."

Diese Denkschrift Res. Gstb. Nr. 103 vom 16. Jänner 1914 habe ich am 16. Jänner 1914 Seiner Majestät vorgelegt; sie ist diesem Bande als Anlage 9 beigefügt. Außer Seiner Majestät erhielten sie der Thronfolger, der Minister des Äußern und der Kriegsminister zur Kenntnis. Beide letztere mit Ausschluß der konkreten Kriegsvorbereitungen. Die Denkschrift betraf auch ein mit vielen Jahren rechnendes Programm für die erhoffte ungestörte Entwicklung der Wehrmacht.

Die mit den Balkan-Friedensschlüssen beendete Periode ergibt für Österreich-Ungarn und auch für Deutschland eine traurige Bilanz.

Die Zeit, in der Österreich-Ungarn noch Gelegenheit hatte, seine vitalen Interessen mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten und sich durch initiativen Eingriff die Bedingungen des Bestandes zu sichern, war ungenützt dahingegangen. Damit erlosch auch für mich die Zeit, in der ich es nahegelegt hatte, mit dieser Initiative einzusetzen. Mir war der Ausgang der Balkankrise ein scharfer Wendepunkt in meinem beruflichen Verhalten. Während ich bisher in Voraussicht der drohenden Gefahren geraten hatte, die letzten Chancen auszunützen, um den unvermeidlichen Gefahren aus eigenem Entschluß heraus rechtzeitig zu begegnen, sah ich von nun ab diese Chancen auf Nimmerwiederkehr geschwunden und die Monarchie einem Zustand ausgeliefert, in dem sie lediglich nur mehr abzuwarten vermochte, was ihre Feinde über sie beschließen, wann sie es für gut befinden würden, dem alten Reiche das Messer an den Hals zu setzen. Fortan konnte es sich, da dieser Moment kaum mehr sehr fern lag, nur darum handeln, eiligst alles aufzubieten, um Österreich-Ungarns Wehrmacht — den letzten Hort für des Reiches Bestehen — auf größtmögliche Stärke zu erhöhen. Bei dem vielen, das hiefür zu schaffen war, konnte diesem Streben nur der Wunsch entspringen, einen kriegerischen Konflikt solange als möglich vermieden zu sehen.

Dieses Bestreben und dieser Wunsch waren in der kommenden Zeit Leitlinie und Merkmal meines beruflichen Wirkens. Von nun an bin ich daher auch bis zur meuchelmörderischen Provokation der Monarchie durch Serbien im Jahre 1914 mit von mir ausgehenden Anträgen auf kriegerisches Eingreifen nicht mehr hervorgetreten, kam ein solches zur Sprache, so habe ich mich darauf beschränkt, mein Urteil abzugeben, mich der getroffenen Entscheidung anzupassen und mein Wirken ganz in ihren Dienst zu stellen.

Dies trat ein, als Serbien die Brandfackel auf Österreich-Ungarn schleuderte.

Rückblick.

Überblickt man die Resultate der bisherigen, stets nur auf friedliches Ausgleichen aller Differenzen gerichteten Politik der Monarchie, so ergibt sich:

Der festeste und eigentlich einzige verläßliche Verbündete: Deutschland war verstimmt wegen Österreich-Ungarns Haltung gegenüber Rumänien, vielleicht auch jener gegenüber Griechenland. Rumänien hatte sich völlig emanzipiert und begann schon in ein feindseliges Verhältnis zur Doppelmonarchie zu treten, das zwar noch durch Rumäniens Beziehungen zu Deutschland eingedämmt erschien, aber sehr besorgen ließ, die rumänische Bundesgenossenschaft schließlich zu verlieren. Ja, es ist fraglich, ob sich Rumänien nicht damals schon Rußland und Serbien gegenüber verpflichtet hatte.

In einem Bericht Res. Nr. 253 vom 11. September 1913 schreibt der k. u. k. Militärattaché in Konstantinopel:

„Rumänien hat der Herr k. u. k. Botschafter*) niemals als einen verläßlichen Freund der Monarchie eingeschätzt. Gegenwärtig ist Seine Exzellenz noch skeptischer geworden und neigt dazu, in Rumänien einen unserer gefährlichsten Gegner zu sehen. Viele Vorfälle der letzten Zeit scheinen tatsächlich zu beweisen, daß die Stimmung im rumänischen Volke und in der Armee uns äußerst feindlich gesinnt ist. Vor einigen Tagen erklärte ein rumänischer Offizier einem mit ihm in demselben Coupé reisenden Beamten der Orientalischen Eisenbahnen ohne Umschweife, daß Rumänien nur auf den Tod des Kaisers Franz Joseph warte, um Siebenbürgen und die Bukowina zu annektieren."

Der nächste Verbündete: Italien, doppelzüngig wie immer, hatte es verstanden, seinen beiden Alliierten die Bundestreue vorzutäuschen. Allerdings war diesen kaum mehr eine andere Wahl geblieben, als — trotz bestehenden Mißtrauens — ein vages Hoffen zu nähren, Italiens Handlungsweise abzuwarten und seine gegen die Interessen der Monarchie gerichteten Aspirationen hinzunehmen.

In dem schon oft zitierten Buche des serbischen Geschäftsträgers Dr. Bogičević heißt es auf Seite 74 mit Bezug auf Herrn Giolittis Erklärung, daß Italien im August 1913 Österreich-Ungarn die Zustimmung zum militärischen Vorgehen gegen Serbien versagt habe:

„Es läßt sich dabei wieder die traditionelle Zweideutigkeit der italienischen Politik feststellen: In der albanesischen Frage eng zu

*) Markgraf Pallavicini, ein genauer Kenner des Orients.

Österreich gegen Serbien stehend und in seiner diesbezüglichen Haltung Serbien gegenüber vielfach selbst Österreich übertrumpfend, tat die italienische Regierung des öftern, was mir auch von Herrn Pašić während meines damaligen Aufenthaltes in Belgrad bestätigt wurde, so, als ob es nur Österreich allein sei, das in der albanesischen Frage gegen Serbien hetze, und benützte jede Gelegenheit, um Österreich-Ungarn bei der serbischen Regierung zu verdächtigen, denn es war ja vom Standpunkt der Spezialinteressen Italiens auf dem Balkan begreiflich, daß es ebenso wie Rußland eine aufrichtige Verständigung zwischen Österreich und Serbien nicht wünschte. In Berlin dagegen — sicherlich auch in Wien — führte im Auftrage seiner Regierung der italienische Botschafter Bollati häufig Beschwerde über das Verhalten Serbiens in Bezug auf Albanien bei Herrn von Jagow."

In der durch Österreich-Ungarns diplomatische Parteinahme für Bulgarien irritierten Türkei fehlte es nicht an feindseliger Stimmung gegen die Monarchie; auch nicht in Griechenland, das eine Unterstützung seiner Forderungen erwartet hatte.

Bulgarien, dessen Bundesgenossenschaft man im eventuellen Kriegsfall gegen Serbien in Rechnung stellte, war niedergebrochen; man hatte es ja nur mit Worten und nicht mit Taten unterstützt.

Serbien hingegen, der aggressive, unerbittliche Feind der Monarchie, war groß und mächtig geworden. Nicht nur durch die Vermehrung seiner materiellen und personellen Mittel — es hatte einen Zuwachs von 39.000 Quadratkilometern mit 1½ Millionen Einwohnern erhalten — sondern ganz besonders auch durch das Ansehen und die Rolle, die es auf moralischem Gebiet in der slawischen Welt gewonnen hatte.

Das um 6000 Quadratkilometer vergrößerte Montenegro blieb auch ferner der gefährliche Nachbar des maritim so wichtigen süddalmatinischen Gebietes. Es ging im Gefolge Serbiens und Rußlands.

Wenn Herr Pašić, der serbische Ministerpräsident, nach Schluß des Krieges gegen die Türkei geäußert hatte:

„La première manche est gagnée, maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Austriche", so konnte er es mit Zuversicht tun. Seine Politik war auf dem besten Wege, zum Schlusse zu triumphieren.

Die führende Partei in Rußland sah einen wesentlichen Schritt in ihren auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die Niederwerfung Deutschlands gerichteten Bestrebungen vollzogen. Es war zu besorgen, daß diesem Schritte die weiteren bald folgen würden. Der Boden war ja gründlich vorbereitet.

Schon zur Zeit des Eingreifens Rumäniens in die Balkankrise schreibt der k. u. k. Militärattaché in Paris, Oberst Vidale, in einem Stimmungsbericht Res. Nr. 190 vom 9. Juli 1913:

„Der überwiegende Einfluß Rußlands, in dessen zielbewußter Politik immer dieselben Leitlinien rein hervortreten: die Schwächung Österreich-Ungarns durch Verringerung seiner Bedeutung für die Balkanstaaten, die Bloßstellung und Durchkreuzung seiner Pläne macht sich auch in dieser neuerlichen Krise durch die Stimmung bemerkbar, die hier durch die augenblickliche Situation ausgelöst, besser gesagt, durch Rußland dirigiert wurde. Die Auffassung, daß diese Leitlinien alle nach demselben Endzweck hinweisen, der die völlige Lahmlegung und schließliche Zertrümmerung der Monarchie bedeutet, dürfte doch nicht so ganz von der Hand zu weisen sein.

Daß alle Sympathien auf Seite der Verbündeten und Rumäniens sind, hinter dessen Entschlüssen man trotz der gegenteiligen Versicherungen maßgebender Kreise gern den Schatten der von Osten her schiebenden Hand, die ja eigentlich ganz Europa dirigiert, wahrzunehmen glaubt, ist schon dadurch gerechtfertigt, daß man sich im Einklange mit dem mächtigen Freund fühlt."

Frankreich stand im Sinne des vereinbarten gemeinsamen Zieles selbstverständlich ganz auf Seite Rußlands. Auch ihm mochte zur Zeit der Balkankrise der Moment für einen Krieg verfrüht erschienen sein. In einem Schreiben Oberst Vidales Res. Nr. 187 vom 5. Juli 1913 heißt es:

„Man glaubt hier allgemein nicht nur an eine Lokalisierung der Kämpfe am Balkan, sondern auch, daß es der vereinigten europäischen Kriegsfurcht gelingen werde, durch Vorstellungen bei den beteiligten Staaten baldigst den Frieden herbeizuführen. Die französischen Großbanken, die vielleicht mehr noch als die zünftigen Politiker die französische Politik leiten, stehen dem Gedanken an einen »großen Krieg« sehr ablehnend gegenüber und sind auch der Balkanwirren müde. Da wirklich die Politik Frankreichs in letzter Zeit sich stets bestrebte, in jeder Hinsicht ein gutes Geschäft zu sein, so ist immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß die Meinung der Milliardäre für diesmal noch recht behält. Für diesmal wohl nur noch, solange überhaupt die Völker der europäischen Mächte an das Märchen glauben, daß ihre Schicksale bloß von Diplomatenschreibtischen aus geleitet und entschieden werden."

Ganz abseits hielt sich Schweden. Die Aussicht, es als Bundesgenossen zu gewinnen — wenn eine solche überhaupt je bestanden

hatte — war als geschwunden zu betrachten. Oberst Straub, der k. u. k. Militärattaché in Stockholm, schrieb:

„Res. Nr. 24.

Stockholm, am 1. August 1913.

In den letzten Tagen war hier in diplomatischen Kreisen das Gerücht verbreitet, der Zar werde demnächst dem hiesigen Könige einen Besuch abstatten.

Wie ich aus russischer Quelle erfahre, soll der Zar geäußert haben, er würde sich sehr freuen, wieder einige Tage in Tullgarden, der Sommerresidenz des Königs, zu verbringen.

Schwedischerseits soll man aber mit tiefem Bedauern darauf hingewiesen haben, daß Ihre Majestät die Königin so leidend sei, daß der Besuch leider nicht stattfinden könne.

Ich habe den Eindruck, daß der hiesige russische Gesandte Savinsky der Urheber dieses Planes ist, nicht aber der Zar selbst; ebenso glaube ich, daß nicht der tatsächlich leidende Zustand der Königin die Ursache der Absage ist — Ihre Majestät hält sich ja gar nicht beim Könige in Tullgarden auf, sondern auf einer Ostseeinsel — sondern daß man vielmehr einer solchen, hier durchaus nicht populären Zusammenkunft aus dem Wege gehen wollte, um nicht neuerlich politische Diskussionen über den Anschluß Schwedens an die Tripleentente oder den Dreibund hervorzurufen.

In der Öffentlichkeit würde man vielleicht auch den Eindruck gewinnen, es solle der eben stattgefundene und freundlich aufgenommene Besuch des Königs von Italien paralysiert werden, und das wollen die leitenden Kreise offenbar vermeiden.“

Die Beurteilung, die in Schweden Österreich-Ungarns Politik gefunden hatte, erhellt aus folgendem Bericht des Attachés:

„Res. Nr. 18.

Stockholm, am 14. Juli 1913.

Die Balkanpolitik unseres Auswärtigen Amtes wird in allen drei nordischen Reichen sehr abfällig beurteilt. Besonders hier in Schweden begreift man nicht, wie unsere Diplomatie sich Rumänien, unseren langjährigen treuen Freund und natürlichen Bundesgenossen, hat entschlüpfen lassen können, um sich anscheinend Bulgarien zuzuwenden. Nicht ohne Sarkasmus konstatiert man, daß Bulgarien — kaum daß es sich uns zuwandte — sofort ins Unglück kam.

Man wirft unserem Auswärtigen Amte vor, daß es entweder kein festes Ziel habe, oder doch diesem Ziele — wenn es vorhanden sein sollte — nicht energisch zustrebe.

Selbst hier in diesen Ländern, wo Pazifismus und die bekannte Neutralität eine gewisse Rolle spielen, findet sich niemand, der etwa das Bestreben Österreich-Ungarns, den Frieden aufrecht zu halten, besonders lobenswert fände. Im Gegenteil, man läßt durchblicken, daß diese übergroße Friedensliebe offenbar nur auf mangelndem Selbstvertrauen in die eigene Kraft beruhen könne.

Gelegentlich eines Diners sagte mir unlängst ein Gesandter: »Die Aufrechterhaltung des Friedens kann doch niemals das Ziel einer positiven Politik sein. Ein politisches Ziel setzt man sich nach reiflicher Überlegung, dann aber geht man darauf los und muß es erreichen, geht es im Frieden, um so besser, aber um des Friedens willen allein kann man doch ein ernstes Ziel nicht aufgeben.«

Großen Eindruck — und nicht zu unseren Gunsten — macht es auch, daß Rußland anscheinend allein am Balkan etwas zu sagen hat und wir ganz in die zweite Linie geschoben wurden.

Jene Kreise, welche uns gut gesinnt sind und Anschluß an den Dreibund suchen wollen, sind natürlich stutzig geworden, denn die Analogie zwischen dem rechten Flügel — Rumänien und dem linken — Schweden ist eine greifbare."

Reduziert man diesen Rückblick auf ein gedrängtes Resumé, so ergibt sich:

Mit dem treuesten Bundesgenossen Deutschland verstimmt, an den in der Maske des Alliierten verkappten Feind Italien durch selbstverschuldete Not gebunden, Rumänien, der militärisch so wichtige Bundesgenosse, verloren, der gefährlichste Feind am Balkan aber: Serbien, mächtig erstarkt, das Gegengewicht gegen ihn: Bulgarien, niedergebrochen, Albanien ein Chaos, Rußland und seinen Verbündeten Zeit und Gelegenheit gegeben, sich zum entscheidenden Schlag endgültig zu rüsten und ihn geeigneten Moments mit großer Chance zu führen; Österreich-Ungarn im Ausland als überlebtes Konglomerat irredenter Gebiete bezeichnet, gegen das man sich füglich alles erlauben darf, und das man danach einschätzte und behandelte.

Daß ein Staat, der durch solch zaghafte Politik seine Machtmittel diskreditierte, schließlich auch seine Bundesgenossen wankend machte, ihre Geringschätzung erweckte, ihr Vertrauen verlor und sie zum Abfall brachte, war nicht zu wundern.

Über welche Machtmittel Österreich-Ungarn aber trotz seiner Rückständigkeiten noch verfügte, hat zur allgemeinen Überraschung der Weltkrieg hinreichend erwiesen.

So weit die politischen Folgen! Die militärischen fanden in der allseitigen Erhöhung der Streitkräfte ihren Ausdruck, die auch in Österreich-Ungarn zum dringendsten Bedürfnis wurde, wollte das alte Reich die Konkurrenz bestehen, den Kampf um sein bedrohtes Dasein überhaupt noch wagen können.

Konnte man etwa glauben, daß Gegner mit so großen, weitgesteckten Zielen, wie sie Frankreich, Rußland, England, Italien und das so aggressive Serbien hatten, durch Konzilianz zu besänftigen und zur Aufgabe dieser Ziele zu bekehren wären? Gewiß nicht! So blieb nur der Kampf! Ihm aber war man zaghaft ausgewichen, als er noch Chancen des Erfolges hatte! Die Initiative neigte sich jetzt auf Feindesseite!

Wesentliche militärische Maßnahmen im Ausland.

Schon im Früheren — so insbesondere bei Schilderung der Vorgänge im Monat März — ist der militärischen Maßnahmen Österreich-Ungarns und der anderen Mächte gedacht. Ich verweise darauf, fasse diese Maßnahmen nochmals zusammen und ergänze sie.

In Frankreich wurde am 9. Juli, angeblich auf Drängen Rußlands, das Gesetz zur Wiedereinführung der dreijährigen, anstatt der seit 1905 bestehenden zweijährigen Dienstzeit eingebracht und trotz mannigfacher Widerstände am 7. August angenommen; eine Maßnahme, die auf nahe Kriegsabsichten hinwies, da die Aufrechterhaltung dieses Gesetzes für längere Zeit ausgeschlossen erschien. Dies geht auch daraus hervor, daß das Ministerium Barthou am 2. Dezember 1913 stürzte und dessen Nachfolger Doumergue die allmähliche Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit versprechen mußte. Frankreich sicherte sich aber für die nächste Zeit die erhöhte Mobilisierungsbereitschaft auf Grund der verstärkten Friedensstände. Es hatte 1913 zwei Jahrgänge, die Einundzwanzig- und Zweiundzwanzigjährigen, gleichzeitig ausgehoben.

Überdies wurde gleichzeitig mit dem erwähnten Gesetz eine halbe Milliarde zur Beschleunigung der Arbeiten für die nationale Verteidigung angefordert und bewilligt. Frankreich war nun in der Lage, „seine Friedensarmee um ein Drittel zu erhöhen, seine taktischen Einheiten auf dem vollen, neu normierten Friedensstand zu erhalten, die rasche und gründliche Ausbildung der Truppen wesentlich zu fördern, allen Neuformationen (in der Artillerie, Genietruppe, beim Luftfahrer- und Telegraphenkorps) die erforderliche Zahl von Mannschaften zuzuwenden, sein Offizierskorps zu vermehren und dessen Avancementsverhältnisse zu sanieren, somit imstande zu sein, ein Deutschland qualitativ und quantitativ ebenbürtiges Heer aufzustellen. Auch die Zahl der Längerdienenden

und Freiwilligen wird durch vorteilhafte Aufnahmsbedingungen eine erhebliche Vermehrung erfahren"*).

Hand in Hand damit ging die Neuaufstellung von Truppenkörpern, die Entwicklung der Artillerie, des Fliegerwesens und der aus den „Schwarzen" gebildeten Formationen, die man — der Kultur zum Hohn — gegen Europäer führen wollte. In großem Umfange wurden Probemobilisierungen vorgenommen und die Leistungsfähigkeit der Aufmarschbahnen gegen Deutschland erhöht. Manche Strecken erhielten drei, selbst vier Gleise. Mindestens zwölf doppelspurige Linien führten an die Ost- und Nordostgrenze. Auch die Wasserstraßen waren für den Kriegsverkehr organisiert.

Die Gesamtsumme für militärische Auslagen betrug 1913: 1.472,165.438 Francs, das sind 31 Prozent der gesamten Staatsausgaben. Frankreich hatte die äußersten Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen, daß für den Staat ein starkes, wohlausgerüstetes Heer die beste Kapitalsanlage ist.

Im großen Stile ging R u ß l a n d an seine weitreichende, zielbewußte Vorbereitung für den Krieg, der ihm zur Zeit der Balkankrise noch verfrüht gekommen wäre.

Am 25. Juli erhielt ich folgende Meldung des Militärattachés in Petersburg Res. Nr. 179 vom 19. Juli:

„Aus guter Quelle erfahre ich, daß dieser Tage eine (nichtmilitärische) Persönlichkeit sich in einem Gespräch über die russische Heeresvermehrung dahin geäußert habe, daß seitens der Reichsduma in einer geheimen Sitzung ein Nachtragsrekrutenkontingent von 20.000 Mann für das heurige Jahr bewilligt wurde.

Ich habe in meinen Berichten Res. Nr. 90.104 und 131 mehrfach diese Möglichkeit erwähnt, insbesondere in Res. Nr. 171, wo ich auf den Dank des Chefs des Generalstabes hingewiesen hatte.

Dieses Ergänzungskontingent wird es jedenfalls ermöglichen, daß unter gleichzeitiger Schiebung von Truppen innerhalb der Korps an die Errichtung von neuen Korps bereits jetzt geschritten würde."

Der obangeführte Bericht Res. Nr. 171 vom 5. Juli 1913 hatte folgendes zum Inhalt:

„Der Chef des Generalstabes G. d. K. Schilinskij hielt in der Duma in Vertretung des Kriegsministers eine Rede zum B u d g e t e n t w u r f des Kriegsministeriums. Die Äußerungen des Generals waren in großen, doch unvollständigen Zügen gehalten, immerhin gestatten sie einen, wenn auch nur teilweisen Einblick in die künftige Ausgestaltung der russischen Armee.

---

*) Veltzé: Internationaler Armee-Almanach 1913/14.

Insbesondere sind bemerkenswert die Äußerungen bezüglich Heeresvermehrung und Aufstellung neuer Truppenkörper, die bisher offiziell geleugnet wurden. General Schilinskij kündigte Neuaufstellungen infolge von Rüstungen der Westmächte an und dankte für das bewilligte Rekrutenkontingent, welches den Beginn von Neuaufstellungen zuläßt.

Bisher war offiziell bekannt, daß das bewilligte Rekrutenkontingent (455.000 Mann) gleich dem vorjährigen ist. Es ist anzunehmen, daß die Erhöhung in geheimer Sitzung bewilligt wurde. Nicht unmöglich ist auch die Version, daß die Neuaufstellungen auf Kosten der Stände der bestehenden Formationen gebildet werden und die gewünschte Sollstärke erst sukzessive erreicht wird. Militärattaché ist der Anschauung, daß bisher für die Neuaufstellungen nicht viel geschehen ist und Chef des Generalstabes im Sinne der französischen Forderungen, bezw. zur Beschwichtigung der öffentlichen Meinung sprach.

Nachstehend einige bemerkenswerte Teile der Rede des Generals Schilinskij über die Tätigkeit der Heeresverwaltung in den letzten Jahren:

»1. Ziemlich intensiver Festungsbau, Schaffung neuer Stützpunkte;

2. Ausrüstung der Haubitzdivisionen mit neuem Haubitzmodell;

3. Ausrüstung der Infanterie mit Maschinengewehren;

4. Vervollkommnung der Aufklärungs- und Verbindungsmittel bei der Kavallerie;

5. Projekt über Chauseebauten im westlichen Grenzgebiete;

6. Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung;

7. Ankauf von Automobilen und Projekte zur Automobilisierung der Trains;

8. Bedeutende Vermehrung der Aeroplane und Anschaffung einiger lenkbarer Luftschiffe;

9. Projekt über die Aufstellung von Neuformationen und über eine Verstärkung des Standes bei der Infanterie, Kavallerie und anderen Waffen;

10. Projekt für eine Vermehrung der Feldgeschützzahl innerhalb der Korps.«

Nach dem General Schilinskij sprach der Vertreter des Zentrums Engelhardt. Er erläuterte die aktiven Aufgaben im nahen Osten (Orthodoxie, Slawentum, Meerengen). Durch die Dardanellen gelangt Rußland ins Mittelmeer, wo Frankreich die Hand gereicht werden kann. Er sprach von Erhöhungen der Streitkräfte der Westmächte (Österreich um 30.000 Mann). Die technische Ausrüstung der russischen Armee sei hinter jener der Westnachbarn zurückgeblieben.

Oktobrist Protopopow sprach von der Notwendigkeit der Verstärkung der Truppen in Zentral- und Ostasien."

Das von mir verlangte Referat des Evidenzbureaus über die Aufstellung neuer Korps in Rußland lautete:

„Neue Korps sollen aufgestellt werden:

a) zwei in Europa, und zwar: je eines im Raume um Lublin und Wilna (ostpreußische Grenze); nach einer anderen Nachricht je eines im M. B. Odessa und im M. B. Kiew (östlich des Dnjepr);
b) eines im Kaukasus;
c) eines in Ostasien, und zwar mit dem Standorte Blagowjeschtschensk (Amurbahn).

Diese Neuaufstellungen sollen die deutsche Wehrvorlage 1913 paralysieren; unser Militärattaché in St. Petersburg ist der Ansicht, daß auch französische Forderungen mitspielen.

Irgendwelche Bestätigung dieser teils im vertraulichen Wege, teils durch Berlin erhaltenen Nachrichten ist bisher nicht erfolgt. Ebensowenig liegen Nachrichten über Kasernbauten, Kaderbildungen etc. in den betroffenen Gebieten vor.

Für die Bildung dieser Armeekorps käme das geheim bewilligte Nachtragsrekrutenkontingent von 20.000 Mann in Betracht.

Die Neuaufstellung eines russischen Korps bedingt theoretisch folgende Erhöhung des Rekrutenkontingents:

Friedensstand:	1 I.-Div. (nur Inf.)	ca. 7000 M.;	jährl. Kont.	$^1/_3$ =	2330	M.
„	1 K.-Division	„ 4000	„ „ „	$^1/_4$ =	1000	„
„	1 FArt.-Brigade	„ 1000	„ „ „	$^1/_3$ =	330	„
„	1 rt. Art.-Division	„ 500	„ „ „	$^1/_4$ =	125	„
„	1 Sp.(Pont.-)Baon	„ 860	„ „ „	$^1/_3$ =	285	„
„	1 schw. Art.-Div.	„ 400	„ „ „	$^1/_3$ =	125	„

Daher jährliches Kontingent für ein normales Korps zu 2 Infanteriedivisionen, 1 Kavalleriedivision:

2 Infanteriedivisionen	4660	Mann
1 Kavalleriedivision	1000	„
2 Feldartilleriebrigaden	660	„
1 Sappeur- (Ponton-) Bataillon	285	„
1 reitende Artilleriedivision	125	„
1 schwere Artilleriedivision	125	„
Stäbe, Verwaltungen etc.	500	„
Jährliches Kontingent für ein Korps:	7355	rund
	7400	Mann

Unter der Annahme, daß die Nachrichten über eine beabsichtigte Neuaufstellung von drei Korps inklusive Kaukasus auf Wahrheit beruhen, ergibt sich ein jährlicher Mehrbedarf von $3 \times 7400 = 22.200$ Mann.

Es wäre eine ständige Erhöhung des jetzigen Rekrutenkontingents um 20.000 Mann nahezu ausreichend, um insgesamt 33 Korps in Europa (statt wie bisher 30)*) mit Mannschaft zu versehen."

Rußland verstand es, seine Kriegsvorbereitungen Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber zu verschleiern. Den Reisen des Militärattachés wurden weitgehende Hindernisse in den Weg gelegt. Seine Zulassung zu den Manövern war auf die nebensächlichsten derselben beschränkt, seine Tätigkeit streng überwacht. Das gleiche widerfuhr den beiden mit Bewilligung der russischen Regierung zur Erlernung der russischen Sprache in Kasan weilenden k. u. k. Generalstabsoffizieren, während den in reziproker Weise in Österreich-Ungarn delegierten russischen Offizieren keinerlei Hindernisse bereitet wurden.

Rußland schloß sein militärisches Wirken nach außen völlig ab. Seine weitverzweigte, mächtige Polizeiorganisation kam ihm dabei hervorragend zu statten. Unter diesen Umständen verläßliche Konfidenten zu gewinnen, war äußerst schwer, insbesondere anbetrachts der geringen Geldmittel, die hiefür zur Verfügung standen. Geldmangel und diplomatische Rücksichten beschränkten überdies die Entsendung von Offizieren zu Nachrichtenzwecken nach Rußland. Ganz besonders wußte Rußland die Formierung seiner Reservedivisionen in Dunkel zu hüllen; auch bezüglich des Termins, zu dem sie im Aufmarschraum einzutreffen vermochten.

Aber es war unverkennbar, daß Rußland und Frankreich einen nahen europäischen Krieg im Auge hatten und mit erhöhten Kräften die Ausgestaltung ihrer Wehrmacht beschleunigten**).

Ein im Operationsbureau durch Oberstleutnant Christophori verfaßtes Referat vom 6. März über Rußlands fieberhaft ansteigende Rüstungspolitik führt an:

---

*) 1 Garde-, 1 Grenadier-, 25 Armee-, 3 kaukasische Korps = 30 Korps.

**) Ich erinnere hier an die schon im Früheren angeführte Stelle aus dem „Bericht des serbischen Geschäftsträgers Gruić in London vom 8. September 1911 an den serbischen Minister des Äußern Milovanović":

„Aber sowohl Frankreich wie auch seine Bundesgenossen sind der Ansicht, daß der Krieg — selbst um den Preis größerer Opfer — auf spätere Zeit, das ist auf die Jahre 1914—1915 verschoben werden müsse..... Diese Frist ist auch Rußland erforderlich."

(Bogičević: Kriegsursachen, Zürich 1919, Seite 142.)

„1. Großes, auf vier Jahre verteiltes Ausbauprogramm der Wehrmacht.

2. Sprunghafte Erhöhung der Kriegsbereitschaft.

Zu 1. Neuaufstellung von 3—4 (selbst 6) Armeekorps,
Vermehrung der Kavallerie um 19 Regimenter,
Vermehrung und Neubewaffnung der Artillerie,
Ausbau der Reichsbefestigung,
Ausbau der Bahnen,
Ausbau der Flotte,
Ausbau der Reserveformationen,
Kasernbauten.

Zu 2. Zurückhalten des dritten Jahrganges im Präsenzdienst*),
Verbot der Verlautbarung der Waffenübungen,
fortgesetzte Einberufung der Reichswehr zu Waffenübungen,
fortgesetzte Probemobilisierungen,
neues Pferdestellungsgesetz,
Bereitstellen großer Kohlenvorräte,
Bereitstellen großer Geldmittel,
Ausgestaltung der Grenzwachbrigaden."

Resumierend läßt sich sagen, daß Rußland die bösen Folgen des japanischen Krieges im wesentlichen fast schon überwunden hatte. Die Zeit hiezu war ihm gelassen worden.

Der Heeresausgestaltung in England und in Belgien erscheint schon an früherer Stelle gedacht (siehe Seite 225).

In England erachtete man die Haldanesche Heeresreform für unzulänglich. Sie war auf eine starke Territorialarmee und eine Spezialreserve neben der regulären Armee bedacht. Man forderte nun die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Belgien. Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sollte nach dem Heeresgesetz von 1913 bei Einreihung von jährlich 33.000 Rekruten eine Heeresstärke von 340.000 Mann erreicht werden.

In das Jahr 1913 fiel noch ein sehr bemerkenswertes Ereignis.

Als Holland im Mai 1913 beschloß, die Schelde-Mündung und damit den Zugang zum belgischen Hafen von Antwerpen durch Verstärkung der Feste Vlissingen sicherer zu sperren, erhob sich ein Entrüstungssturm in Frankreich und England, der unschwer den Zusammenhang mit jenen Abmachungen erkennen ließ, die zwischen Belgien einerseits, Frankreich und England anderseits hinsichtlich der Landung eng-

*) Dessen Beurlaubung soll später erfolgt sein.

lischer Truppen in Belgien bestanden — Abmachungen, für die sich in der Folge Erweise ergaben. (Mission des englischen Militärbevollmächtigten Barnadiston im April 1906; Verlangen nach Erwerbung der Schelde-Mündung, vertreten durch den Gesandten Nothomb und den Generalstabschef Oberst Jungbluth; Vorbereitung einer Landung von 4—6 Divisionen in Belgien durch den englischen Kriegsminister Lord Haldane.)

In Italien schritt — von der Volksvertretung verständnisvoll unterstützt — der Ausbau der Wehrmacht systematisch fort. Die Reorganisation der Artillerie und die Aufstellung der Mobilmilizkaders wurden eifrigst betrieben, die Sanierung der Folgen des libyschen Krieges war im Zuge.

Rüstig gingen auch die Balkanstaaten an die Weiterentwicklung ihrer Wehrmacht. So vor allem Serbien. Durch seine Kriegserfolge um etwa Zweidrittel seines bisherigen Gebietes vergrößert, formierte es aus den eroberten Gebieten fünf neue Divisionen. Außerdem schuf es sich ein vorzügliches neues Geschützmaterial, von Frankreich geliefert (Schneider-Creuzot). Rumäniens Schlagfertigkeit hatte sich im Balkankrieg erwiesen. Bulgarien war rührig daran, die nach dem Balkankrieg verbliebenen Schäden zu beheben.

In Deutschland war die neue Wehrvorlage am 30. Juni 1913 angenommen worden. Der Reichskanzler Herr von Bethmann hatte sie unter Hinweis auf die Veränderungen am Balkan wärmstens vertreten. Deutschland erzielte damit eine derartige Erhöhung des Friedensstandes der Armee, daß nicht nur sogleich deren Kriegsbereitschaft gesteigert, sondern auch in Hinkunft eine wesentliche Erhöhung der Kriegsstärke gewährleistet erschien, sobald die nunmehr verstärkten Assentjahrgänge in die älteren Wehrkategorien (Reserve und Landwehr) gelangt sein würden.

Aber Deutschland stand noch immer in der Auswertung seiner militärischen Kräfte hinter Frankreich relativ zurück. (Vergleiche Seite 225, 226.)

Militärische Maßnahmen in Österreich-Ungarn.

Hinter den weitgehenden Vorbereitungen der anderen Staaten dürfte Österreich-Ungarn, dessen politische und militärische Lage durch den Ausgang der Balkankrise eine überaus schwierige und gefährdete geworden war, nicht gänzlich zurückbleiben. Ja, es mußte sich klar darüber sein, daß ihm der Kampf um Sein oder Nichtsein drohte.

Drei offene Feinde: Rußland, Serbien, Montenegro, ein verkappter: Italien, dazu ein zweifelhafter Bundesgenosse: Rumänien und nur ein sicherer, aber durch gleich starke Kräfte gebundener Alliierter: Deutschland, kennzeichnen die Lage.

Ein militärischer Anfall von drei Seiten war augenscheinlich das Zukunftslos der Monarchie. Alle Mittel und Kräfte dagegen aufzuwenden, war dringendes Gebot, wenn man den Bestand des Reiches und der Dynastie nicht kampflos opfern wollte.

Aus dieser Erkenntnis heraus war ich — wie schon aus früheren Stellen ersichtlich — unentwegt bemüht, die Ausgestaltung der Wehrmacht zu betreiben, ihr vor allem die erforderlichen Mannschaften (Rekruten) und finanziellen Mittel zuzuführen.

Am 14. März teilte ich dem Honvedminister Baron Hazai, der mich besucht hatte, mit, daß ihm mein Antrag auf Erhöhung des Rekrutenkontingents zugehen würde. Er meinte, es werde sehr schwierig sein, den Antrag durchzubringen. Ich bemerkte, es müsse sein; die Lage fordere dringend, sich dafür einzusetzen.

Am 17. März überreichte ich den Antrag Gstb. Res. 1109 vom 15. März auf Ausgestaltung der Wehrmacht Seiner Majestät. Am 19. März verständigte ich hievon den Kriegsminister und die beiden Landesverteidigungsminister, auch übersandte ich jedem eine Abschrift des Antrages.

Am 15. April betonte ich bei Seiner Majestät, wie wichtig es sei, daß das Gesetz über die Erhöhung des Rekrutenkontingents bis September in Kraft trete.

Am 27. Juli richtete ich nachstehenden a. u. Vortrag an Seine Majestät:

„Gstb. Res. Nr. 3155.

Euer Majestät

geruhten den a. u. Vortrag des treugehorsamen Kriegsministeriums, Präs. Nr. 7620 von 1913, Allergnädigst entgegenzunehmen, in welchem auf meinen Antrag die Notwendigkeit dargelegt wurde, anläßlich der wesentlich geänderten politischen Lage und anbetrachts der spontanen bedeutenden Heeresentwicklung der europäischen Großmächte auch seitens der Monarchie nicht zurückzubleiben und mindestens jene Maßnahmen hinsichtlich Erhöhung des Rekrutenkontingents, sowie des normalen Budgets und einer besonderen einmaligen Ausgabe für Zwecke der bewaffneten Macht so rasch als möglich durchzuführen, deren Vernachlässigung von schwerstwiegender Bedeutung für die Machtstellung der Monarchie sein müßte.

Es war mir durch Euer Majestät Allergnädigst gewährt, diese Anträge auch mündlich bei einer mir Allerhöchst genehmigten Audienz in Schönbrunn darzulegen und zu vertreten.

Ich habe diese Anträge stets im Auge behalten und nun mit Bedauern und mit Sorge erfahren müssen, daß in der nie zum Abschluß kommenden Balkankrise die Ursache gefunden wurde, die Delegationen nicht einzuberufen, also die so dringliche Realisierung der gedachten Anträge im gesetzmäßigen Wege herbeizuführen.

Da nun einerseits die Balkankrise ihrer Entscheidung entgegenzureifen scheint und, soweit meine Informationen reichen, ein Eingreifen der Monarchie nicht beabsichtigt ist, vor allem aber, da die Realisierung dieser Anträge keinen weiteren Aufschub mehr erduldet, bitte ich Euer Majestät Alleruntertänigst durch eine außergewöhnliche, aber durch den Ernst der Lage bedingte Allerhöchste Entscheidung die Ausführung dieser Maßnahmen derart herbeizuführen, daß sie noch im Herbste dieses Jahres wirksam werden.

Ich sehe mich zu dieser a. u. Bitte umsomehr veranlaßt, als ich dahin informiert bin, daß die Erlangbarkeit des erhöhten Rekrutenkontingents (Heer und Marine 21.000 Mann, inklusive beider Landwehren 34.000 Mann) vor dem Jahre 1914 nach dem jetzigen Stande der Angelegenheit kaum zu erhoffen sei.

Die Erreichung dieser Erhöhung ist aber eine unerläßliche Bedingung, wenn nicht nur die am Marke der Armee zehrende Standesmisere behoben werden, sondern auch jene Ausgestaltung der bewaffneten Macht erfolgen soll, welche für deren Schlagkraft und Schlagbereitschaft mehr als dringlich erscheint.

Es wäre unter gar keinen Umständen und unter gar keinen Vorwänden zu verantworten, diese schwerwiegenden Maßnahmen erneuert hinauszuschieben und wieder ein Jahr zu verlieren; es handelt sich hier um eine Machtfrage, an welcher Bestand und Sicherheit der Dynastie und der Monarchie hängen, für die daher außergewöhnliche Maßnahmen einsetzen müssen, wenn die normalen Mittel nicht zum Ziele führen wollen.

Die Monarchie würde im Falle weiterer diesbezüglicher Unterlassungen nicht nur die zur Vertretung ihrer Existenz und ihrer Interessen unerläßliche Macht, sondern auch jedweden Bündniswert verlieren und schließlich isoliert dem Willen ihrer Gegner ausgeliefert sein.

Geruhen daher Euer Majestät Allergnädigst zu genehmigen, daß ich Euer Majestät a. u. bitte, im Wege ad hoc einberufener temporärer, außergewöhnlicher Sessionen der Vertretungskörper und unter imperativer Kundgebung des Allerhöchsten Willens die gesetzmäßige Annahme der gedachten Anträge Allerhöchst herbeizuführen.

Der Hinweis auf die glatte, nahezu einmütige Annahme analoger, aber noch viel weitergehender Anträge in den fremden Staaten vermöchte einer solchen Maßnahme noch weiteren Nachdruck zu verleihen.

Conrad m. p.

Wien, am 27. Juli 1913."

Auch während der Manöver in Böhmen verließ mich diese Sorge nicht. Ich sandte von Chotowin einen a. u. Vortrag, Gstb. Res. Nr. 3921 vom 13. September 1913, an die Militärkanzlei Seiner Majestät, dessen Inhalt dem nachstehenden, von der Militärkanzlei verfaßten und Seiner Majestät vorgelegten Auszug zu entnehmen ist:

„Nr. 2468.
M. K. S. M.
Präs. 15. September 1913.

Vortrag des Chefs des Generalstabes
d. d. 13. September 1913, Gstb. Res. Nr. 3921

mit der a. u. Bitte, der ungeschmälerten Annahme der demnächst zur Verhandlung gelangenden militärischen Vorlagen die Allerhöchste imperative Einflußnahme Allergnädigst zuzuwenden.

Angesichts der in nächster Zeit beginnenden Verhandlungen über die militärischen Vorlagen, die das Kriegsministerium und die beiden Landesverteidigungsministerien Seiner Majestät a. u. unterbreitet haben, wagt es der Chef des Generalstabes, um die Allergnädigste Unterstützung für die ungeschmälerte Annahme dieser Maßnahme zu bitten.

Die Anträge sind mit der größten Selbstbeschränkung auf das unumgängliche Mindestmaß reduziert, das sich für die Monarchie durch die infolge der Balkanereignisse schwieriger gewordene militärische Lage und durch die militärischen Fortschritte aller unserer Nachbarn ergibt. Während unsere voraussichtlichen Gegner ebenso wie unsere Verbündeten mit den größten Opfern am Ausbau ihrer Wehrmacht arbeiten, beschränken sich die gegenwärtigen Vorlagen für das Heer und die beiden Landwehren ohne jede Vergrößerung der Armee nur auf die Hebung des inneren Wertes und der Kriegsbereitschaft durch Behebung der Standesmisere und Schaffung ausreichender Friedensstände bei der Hauptwaffe, der Infanterie, dann auf Maßnahmen zur ausreichenden Dotierung der Armeekörper mit Kavallerie, mit technischen Truppen, namentlich aber mit der bei uns an Zahl bedenklich inferioren Artillerie. Die mit den jetzigen Vorlagen verbundenen Maßnahmen sollen nicht mehr als die breite Lücke schließen, die zwischen dem Programm der Wehr-

vorlage vom Jahre 1912 und den zur Durchführung dieses Programmes ganz unzureichenden personellen und materiellen Mitteln offen blieb.

Auch dann, wenn dank der Allergnädigsten Unterstützung der Armee diese ihre unerläßlichen Forderungen erfüllt werden, wird sie in ihrer materiellen Ausgestaltung hinter den Armeen der anderen leistungsfähigen Großmächte zurückbleiben. Es gilt aber jetzt zu verhüten, daß unsere Wehrmacht durch kleinliches Herabdrücken der notwendigsten Bedürfnisse in ihrer Entwicklung noch weiter gehemmt werde und weit hinter den anderen Armeen an die allerletzte Stelle zurückfalle, die ihr jede Chance des Erfolges nehmen müßte.

Von den Kaisermanövern von Deutschland zurückgekehrt, steht der Chef des Generalstabes unter dem Eindruck der zielbewußten, mit großen Mitteln und mit wahrer Opferwilligkeit des Volkes im richtigen Moment erzielten Ausgestaltung einer ohnehin starken und munifizent ausgestatteten Armee. Unsere bescheidenen Verhältnisse gestatten es nicht, einen analogen Ausbau unserer Wehrmacht zu erreichen; wenn aber bei uns auch das jetzt zur Verhandlung kommende Mindestmaß militärischer Forderungen nicht erfüllt würde, so käme damit der Bündniswert der Monarchie ernstlich in Frage.

Im Auslande würde unser Unvermögen, einen militärischen Fortschritt durchzusetzen, sogleich erkannt und die Politik bei Freund und Feind danach orientiert werden. Wir hätten in diesem Falle bei der Schwächung unserer militärischen Position und bei der Verminderung unseres Bündniswertes mit der feindseligen Haltung unserer Gegner zu rechnen, ohne auf die Festigkeit des Dreibundes mit der bisherigen Sicherheit zählen zu können.

Die lang gehemmte Entwicklung unserer Armee und der Ernst der äußeren Lage rechtfertigen in gleicher Weise die eingangs unterbreitete a. u. Bitte des Chefs des Generalstabes.

Chotowin, am 13. September 1913. Conrad m. p.“

Am 16. September erhielt ich die Verständigung, daß ich der über die Heeresvorlage entscheidenden Ministerratssitzung beigezogen werden würde.

Am 22. September richtete ich folgendes Schreiben an Graf Berchtold:

„Euer Exzellenz!

Die so vitale Frage der Heeresvorlage, welche demnächst in einer Ministerkonferenz ausgetragen werden soll, veranlaßt mich, vorliegende Zeilen an E. E. zu richten.

Ich muß vor allem hervorheben, daß die Vorlage das absolute Minimum dessen darstellt, was gefordert werden muß; daß daher jedes kleinliche Feilschen vollkommen unangebracht wäre.

Es finden sich Leute, die aus dem momentan äußerlich liebevollen Verhältnis zu Italien die Berechtigung ableiten wollen, nach dieser Seite hin ruhig schlafen zu können; nun, aus diesem Schlaf könnte es aber einmal zu einem sehr unbehaglichen Erwachen kommen.

Italien baut fieberhaft seine der Offensive — und nicht, wie Laien meinen, der Defensive — dienenden Befestigungen mit munifizenten Mitteln aus und vervollständigt auch sonst jene militärischen Vorsorgen, die gegen uns gerichtet sind.

Die Geschichte der jüngsten Zeit hat ergeben, wie rasch politische Konstellationen wechseln und Verbündete zu Gegnern werden, auch kann nur ein Kind glauben, daß in den breiten Massen der italienischen Bevölkerung, insbesondere in der so maßgebenden Intelligenz, ein Sympathie-Umschwung zu unseren Gunsten eingetreten ist.

Ich bin überzeugt, daß auch Exzellenz diese Anschauungen teilen, und deshalb bitte ich Sie, Ihren so entscheidenden Einfluß dahin geltend machen zu wollen, daß die Heeresvorlage ganz und ungeschmälert zur Annahme gelange.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I.

Wien, 22. September 1913."

Am 2. Oktober vertrat ich erneuert die Annahme der Heeresvorlage bei Seiner Majestät und bat um Einflußnahme, im Hinblick auf die für den 3. Oktober anberaumte Ministerratssitzung.

Über diese und mein Referat bei Seiner Majestät am 15. Oktober siehe Seite 460 und folgende.

Hand in Hand mit den Bemühungen um die personellen und finanziellen Mittel für den Heeresausbau, der ganz besonders auch die Erhöhung der Stände, die Vermehrung der Artillerie, die Aufstellung der Spezialformationen im Auge hatte, gingen jene um die Schaffung des neuen Artilleriematerials. Leider stießen sie vielfach auf jene verzögernden Widerstände, die sich aus dem Widerstreit der Meinungen über die zu wählenden Modelle ergaben. Insbesondere betraf dies die Feldhaubitze und das Gebirgsgeschütz, also gerade zwei dringende Neuschaffungen. Für die Feldhaubitze gab es Anträge, die mit einem Kaliber von 9·5 cm rechneten, während ich das größere Kaliber von 10·4 bis 10·5 cm vertrat. Nur dieses garantierte eine ausreichende Wirkung des Einzelschusses.

Ebenso legte ich beim Gebirgsgeschütz ein Hauptgewicht auf eine möglichst große Portée und ausgiebige Geschoßwirkung, nicht nur, um von einer Position aus weite Räume beherrschen, also den oftmaligen, im Gebirge so zeitraubenden Stellungswechsel vermeiden zu können, sondern auch deshalb, weil die Gebirgsgeschütze unserer Gegner, besonders jene französischer Provenienz, solch große Portéen besaßen, die eigenen Geschütze aber auch in dieser Hinsicht nicht zurückstehen durften. So wurde die definitive Annahme bereits vorliegender kriegsbrauchbarer Konstruktionen und Modellgeschütze an endlose, meiner Ansicht nach ganz überflüssige erneuerte Versuche geknüpft, die zwar schließlich zur Annahme der von mir befürworteten Modelle führten, aber die Beschaffung der Geschütze und ihrer Munition ganz unnötig verzögerten. Vieles mußte daher erst im Kriege eiligst nachgeholt werden.

Ebenso wie die Ausgestaltung der Feld- und Gebirgsartillerie, förderte ich jene der schweren Artillerie. Die neuen Geschütze waren für die schwere Angriffsartillerie bestimmt, die dadurch frei werdenden alten zur Armierung der festen Plätze. Zunächst Krakaus und Przemysls, die vielfach noch mit ganz alten Geschützen (M. 61 mit ganz unzureichender Portée und M. 75) ausgerüstet waren.

Von den 30·5 cm-Mörsern gelangten bereits zwölf zur Einstellung, aber die 10 cm-Kanone stand noch im Versuch, eine 14—15 cm-Kanone in Konstruktion. Die 10 cm-Kanone, vornehmlich für das Gebirge bestimmt, hatte die bisherige 12 cm-Kanone zu ersetzen, die 10·4—10·5 Zentimeter-Kanone die bisherige 15 cm-Kanone M. 80. Mit Frühjahr 1914 sollten zwei neue Festungsartilleriebataillone aufgestellt werden.

Am 16. Jänner und am 10. April hatte ich Besprechungen mit Baron Skoda über alle genannten Geschütztypen. Ich bat ihn um möglichste Beschleunigung der so wichtigen Angelegenheit.

Auf meinen Wunsch, möglichst bald 48 Mörser (30·5) bereit zu haben, bemerkte Baron Skoda, daß er mit den ihm in Aussicht gestellten Geldmitteln nur deren vierundzwanzig schaffen könne. Ein Mörser käme mit allem Zugehör außer Automobil und Munition auf 160—170.000 Kronen.

Indessen hatte ich wiederholt meinen aus der Artilleriewaffe hervorgegangenen Stellvertreter Generalmajor von Höfer zu den Versuchen delegiert. Am 30. Oktober referierte er mir über jene auf dem Schießplatz in Hajmaskér.

Am 3. November besuchte mich Feldzeugmeister Potiorek und befürwortete das leichtere Gebirgsgeschütz mit geringerer Portée.

Am 6. und 7. November wohnte ich in Hajmaskér den Versuchen bei, um mir durch persönliche Überzeugung mein Urteil festzustellen. Es fiel zugunsten des Gebirgsgeschützes M. 12 mit sechs Traglasten aus.

Der so wichtigen und dringenden Neubewaffnung der Artillerie schlossen sich noch mannigfache unaufschiebbare Beschaffungen an.

Davon nur Einiges.

Am 16. Jänner, 11. März, 14. März hatte ich Besprechungen mit dem Chef des Telegraphenbureaus Oberst Schamschula betreffs Forcierung des Baues der stabilen Radiostationen Wien und Przemysl, Aufstellung der Telegraphen- und Fernsignalpatrouillen, der stabilen und mobilen Funkentelegraphenstationen und des Telephon- und Telegraphenwesens überhaupt.

Am 27. Jänner besprach ich mit dem Kommandanten des Eisenbahnregimentes Oberst Schaible den von ihm erbetenen Ankauf zerlegbarer Lowries und von 150.000 Weichenstücken zum Umnageln der Gleise von der russischen auf die mitteleuropäische Spurweite, dann sonstige Anschaffungen für das Eisenbahnregiment, so auch für die Feldbahnen und die eisernen Brücken.

Dauernde Sorge widmete ich der Organisierung des Nachschubes. Mit dem Chef des Etappenbureaus Oberst von Mecenszeffy erörterte ich eingehend diese Frage schon zu Jahresanfang (16. Jänner, 27. Jänner, 28. Jänner), da es sich um Festlegung der Richtlinien für die im laufenden Jahre zu bewirkenden Maßnahmen handelte. Sie betrafen unter anderem die Bereitstellung der Transportmittel für den russischen Kriegsfall, die Erhöhung der Etappentruppen, die Verwendung des Landsturmes zum Etappendienst, Verpflegs-, Sanitäts- und sonstige Materialvorsorgen, Ankauf von Filtrierwagen etc., insbesondere aber die Organisierung des Nachschubes mit Automobilen.

Bei der Wichtigkeit dieses Zweiges gehe ich hierauf etwas näher ein.

Ende Jänner waren vorhanden:

87 ärarische Lastautos,
9 Werkstättenautos (davon zwei in B. H. D., sieben bei den 24 cm-Mörserbatterien),
51 leichte Lastautos bei den Verpflegsmagazinen,
600 Landes-Lastautos von der ganzen Monarchie,
12 subventionierte Privat-Lastautos.

Es standen im ganzen 663 Autos mit einer Nutzlast von 2000 Tonnen und ein elektrischer Train (System Landwehr*) für den Nachschub zur Verfügung.

*) Konstruktion des k. u. k. Oberst im Generalstab Landwehr.

Bestellt wurden:

120 Fiat-Autos à 3 Tonnen, zu liefern bis Sommer 1913,
14 Werkstättenautos (je eines per Korps),
3 Werkstättenautos für Armee-Etappenkommanden,
2 elektrische Trains, System Landwehr,
180 subventionierte Autos (bis Herbst 1913 gekauft und bei Privaten placiert).

Nach Effektuierung der Bestellungen wären 1000 Lastautos verfügbar.

Jedes Korps sollte eine schwere und eine leichte Autokolonne erhalten; ein „Divisionstag" (eintägige Verpflegung für eine Division) war mit 60 Tonnen gerechnet.

Für jede Gebirgsbrigade ein „Brigadetag" auf Auto à 9 Tonnen.

An Personenautos waren im Privatbesitz in der Monarchie 6000 kriegsbrauchbare vorhanden, davon wurden 1000 für die höheren Kommanden, 1500 für den Nachschub gerechnet.

Jedes Auto hatte für vierzehn Tage Benzin mitzubringen.

Im Aufmarschraum war Benzin für drei Wochen vorgesorgt.

Jedes Korps erhielt eine Benzinkolonne (Vorrat für vier Tage).

Jedes Armee-Etappenkommando ein Depot mit Vorrat für zehn Tage.

Nach von mir im Sommer verlangten Referaten des Etappenbureaus Nr. 2343 vom 28. Juli 1913 war zu dieser Zeit der Stand des Automobilwesens:

A. Friedensverhältnisse:

Im Frieden besitzt die Heeresverwaltung:

175 Subventionslastzüge, welche an Private zur Benützung weitergegeben wurden.

5 Subventionslastzüge befinden sich in Benützung bei der Automobilabteilung,

7 werden demnächst geliefert und, mit den erwähnten fünf in eine Autokolonne formiert, bei den heurigen größeren Herbstmanövern erprobt werden. Einteilung bei einem Armee-Etappenkommando.

2 Subventionslastzüge sind der Munitionsfabrik in Wöllersdorf zugewiesen.

120 Fiat-Lastautos, welche an Private zur Benützung ausgegeben sind.

40 Mietautos, System Fiat, welche sich bei den Militär-Verpflegsmagazinen in Benützung befinden. Hievon stehen 32 in B. H. D. in Verwendung.

20 Fiat-Lastautos werden demnächst geliefert und, in Autokolonnen formiert, bei den heurigen größeren Manövern im Herbste erprobt. Einteilung bei einem Armee-Etappenkommando.

Sonstige Neuanschaffungen sind vorläufig nicht beabsichtigt.

B. Kriegsverhältnisse:

Im Mobilisierungsfall werden aus den der Heeresverwaltung gehörenden Lastautomobilen und den im Zivilverkehr befindlichen Lastenautos, welch letztere evident geführt und auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes eingezogen werden, in nachstehenden Orten Lastautomobilkolonnen, deren Organisation wohl vorbereitet ist, formiert; in

Wien sechs Kolonnen, Bozen drei Kolonnen, Budapest fünf Kolonnen, Prag zwei Kolonnen, dann in: Eger, Komotau, Leitmeritz, Jungbunzlau, Josefstadt, Pardubitz, Pilsen, Linz, Salzburg, Bregenz, Imst, Meran, Franzensfeste, Riva, Trient, Troppau, Olmütz, Brünn, Wiener-Neustadt, Bruck a. d. Mur, Graz, Klagenfurt, Laibach, Görz, Triest, Fiume, Agram, Temesvar, Preßburg, Krakau und Lemberg je eine Kolonne.

Diese Kolonnen stehen den Armee-Etappenkommandos zur Disposition und sind in den Cahiers, den verschiedenen Kriegsfällen angepaßt, entsprechend konkret eingeteilt.

An Personenautos besteht jetzt schon eine Überzahl, die sich voraussichtlich noch vermehren wird.

Die Lastenautos werden dermalen in erster Linie zum Munitions- und Verpflegsnachschub verwendet, da eine anderweitige Inanspruchnahme infolge des jetzigen geringen Standes dieser Autos nicht möglich ist; ein Teil der Personenautos wird demnächst auch zum Verwundetenabschub herangezogen werden können.

Während nach dem Vorstehenden das Automobilwesen den dringendsten Bedürfnissen zu entsprechen vermochte, waren meine Bemühungen um das Luftfahrwesen auf weit größere Widerstände gestoßen. Schon im Jahre 1911 hatte ich die Forderung von 240 Flugzeugen gestellt, was mir damals die Bezeichnung als „Phantasten" eingetragen hatte.

Im Juli 1913 besaß Österreich-Ungarn nur 55 kriegsbrauchbare Apparate, die mit Zuziehung von besseren Schulapparaten in zehn Fliegerkompagnien à vier bemannten, zwei unbemannten Apparaten formiert wurden; dann zwei nicht sehr leistungsfähige Lenkballons.

Ich drang daher unablässig auf die Besserung dieses argen Rückstandes.

Nach bei uns vorliegenden Daten hatte Frankreich schon im Jahre 1912: 23 Lenkballons und 374 Flugzeuge, die es 1913 um 454 vermehrte; Rußland besaß 190 Flugapparate, hatte aber weitere große Bestellungen gemacht; an Lenkballons hatte es 16 fertige, drei im Bau befindliche. In Italien waren bis Frühjahr 1914: 380 Flugapparate für Heer und Marine in Beschaffung, ferner acht Ballons vorhanden, zu denen in Bälde fünf weitere kommen sollten.

Ich habe absichtlich zwei für die moderne Kriegführung so wichtige technische Errungenschaften wie es das Automobil- und das Flugwesen sind, eingehender behandelt, um zu zeigen, wie vieles in Österreich-Ungarn noch zu beschaffen, wie gerechtfertigt daher das Verlangen nach den erforderlichen Mitteln und wie kurzsichtig das Votum jener war, die diese Mittel versagten.

Das gewöhnliche, seitens des Kriegsministeriums eingebrachte Budget pro 1913 von 500 Millionen Kronen hatte die Zustimmung des österreichischen Finanzministers gefunden, während der ungarische Finanzminister Herr von Teleszky selbst davon noch 92.000 Kronen abstrich. Aber das für alle Neuanschaffungen dringend notwendige erhöhte Budget wurde für das laufende Jahr (1913) zurückgestellt, da auch das geforderte erhöhte Rekrutenkontingent im Jahre 1913 nicht mehr zu erhoffen war.

So verzögerten sich die dringendsten militärischen Maßnahmen trotz der so schwer bedrohten Lage der Monarchie.

Alles Betreiben militärischerseits war vergeblich gewesen.

Solche Versäumnisse konnten nur jenen dienlich sein, die auf den Zerfall des Reiches rechneten und auf ihn hinwirkten.

Der Ausgang des Balkankonfliktes hatte noch andere, militärisch nicht erfreuliche Maßnahmen im Gefolge, so die Herabsetzung der Truppen in B. H. D. auf das Friedensverhältnis durch Entlassung der einberufenen Nichtaktiven, den Verkauf der Pferde und Tragtiere, die Verschleppung des Baues der bosnischen Bahnen und mit all dem die Wiederschaffung des für die Mobilmachung in B. H. D. so bedenklichen Zustandes, den zu beheben in den letzten Krisen mein unablässiges Bemühen war. Daß dies bei dem Erstarken Serbiens jetzt noch schwerer ins Gewicht fiel, liegt auf der Hand.

Blind gegen die dem Reiche drohenden äußeren Gefahren, gab man sich einem Gefühl der Erschlaffung und des Nachlassens hin, dem ich besorgt gegenüberstand.

Um die Auslagen für die in B. H. D. getroffenen Vorkehrungen hereinzubringen, wurden für das Jahr 1913 die Truppenübungen in der ganzen Monarchie auf die Armeemanöver und gewisse Spezialübungen

reduziert, während alle anderen Übungen mit jenen im Regiment abzuschließen hatten. Die für Führer und Truppe, insbesondere auch für die Generale so wichtigen Übungen in größeren Verbänden aller Waffen fielen aus.

Ich habe auch in dieser Hinsicht mein mahnendes Wort nicht fehlen lassen und mich in einem a. u. Vortrag Gstb. Res. 3753 vom 26. September 1913 gegen die Einschränkung der Ausbildungsperioden, den Mißbrauch der Ernteurlaube, gegen die Reduzierung der Geldmittel für die Truppenübungen gewendet und diesen Vortrag mit folgendem Satz geschlossen:

„Im Sinne meiner a. u. Darlegungen wage ich es daher in Ansehung meiner Verantwortlichkeit ehrfurchtsvollst der Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß nebst sorgsamster Pflege und Erhaltung des traditionellen Geistes und der eisernen Disziplin unserer Wehrmacht, die unter den heutigen Verhältnissen die hervorragendste Trägerin des Einheitsgedankens der Monarchie darstellt, die kriegstüchtige Ausbildung der gesamten bewaffneten Macht nicht nur durch Zuwendung aller materiellen Mittel nachdrücklichst gefördert, sondern auch jede Einschränkung in der Durchführung der Ausbildung vermieden werden müsse."

Außer diesen allgemeinen Vorsorgen für Erstarkung der Wehrmacht waren es die konkreten Vorbereitungen, die infolge der durch den Balkankrieg hervorgerufenen Neugestaltung der Lage ein besonderes Augenmerk erheischten.

Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten 1913.

Nachdem es versäumt worden war, den durch den japanischen Krieg und die Revolution verursachten Schwächezustand Rußlands auszunützen, und dieses mächtige Reich nicht gezögert hatte, seine militärischen Mängel zu sanieren, stand Rußland als Hauptgegner wieder im Vordergrund. Dabei war sicher, daß Serbien und auch Montenegro mit Rußland gemeinsame Sache machen würden. Trotz aller Treuebeteuerungen der letzten Zeit mußte Italien immer wenigstens so weit mit Mißtrauen betrachtet werden, daß man die Kriegsvorbereitungen gegen diesen Bundesgenossen für den Fall bereithielt, daß er die Bundestreue brechen und als Feind auftreten würde. Neu kam hinzu, daß Rumänien, auf dessen Mithilfe gegen Rußland man bisher rechnete, auf dem Wege war, in das feindliche Lager überzugehen.

Nach allen diesen Seiten mußte vorgesorgt werden.

Um über die Wehrkraft von Gegnern, Alliierten und Neutralen ein möglichst zutreffendes Bild zu haben, hatte ich am 3. März das Evidenzbureau (Oberst von Urbánski) beauftragt, mir eine „Übersicht über die

voraussichtlichen Kräfteverhältnisse der einzelnen Staaten auf Grund der geplanten Heeresvermehrungen“ vorzulegen. Es ist dem vorliegenden Bande als Anlage 3 (unter Schleife am Schlusse des Bandes) beigegeben.

Rußland. (Fall R.) Die mit Deutschland im großen vereinbarten Abmachungen bildeten auch weiter die Basis, Deutschland würde also mit seinen überwiegenden Kräften zuerst den Krieg gegen Frankreich führen, nur etwa 12 bis 14 Divisionen in Ostpreußen und ein vornehmlich aus Landwehrtruppen bestehendes Korps in Preußisch-Schlesien und Posen zur Aktion gegen Rußland bereitstellen, Österreich-Ungarn aber die Aufgabe übernehmen, den Krieg gegen Rußland im Einklang mit den im Osten verwendeten deutschen Kräften zu führen, bis nach der erwarteten Entscheidung in Frankreich namhafte deutsche Kräfte nach dem Osten transportiert und zur gemeinsamen großen Aktion gegen Rußland eingesetzt würden.

So wie die Kriegführung gegen Frankreich ganz der deutschen Heeresleitung überlassen war, war die Führung der ö.-u. Kräfte ganz der ö.-u. Heeresleitung anheimgegeben, also auch die Kriegsvorbereitungen, vor allem der Aufmarsch.

Für diesen hielt ich an meinem Grundgedanken fest, von dem ich auch während des Krieges nicht abwich, den Krieg im weiten Gebiete nördlich der Karpathen zu führen, und durch aktives Handeln es nie dazu kommen zu lassen, daß der Feind diese überschreiten oder aber sie seitwärts liegen lassen und sich, sei es gegen Deutschland, sei es über Schlesien und Mähren, gegen das Herz der Monarchie wenden könne. Auch wollte ich das enge Zusammenwirken mit den gegen Rußland gekehrten deutschen Kräften stets gewahrt wissen.

Die ö.-u. Armeen hatten die hingehaltene Faust zu sein, an der jeder Versuch der Russen, die Karpathen zu überschreiten oder sich gegen Westen zu wenden, zerschellen sollte, bis die erwartete deutsche Hauptkraft eintreffen und gemeinsam zur endgültigen Entscheidung eingreifen würde.

Solche Kriegführung erheischte Operationsfreiheit, schloß das Kleben am Gebirge aus und machte den Aufmarsch in Mittel- und Ostgalizien aus den schon im ersten Bande dieses Buches entwickelten Gründen auch weiter notwendig.

Es kam nur darauf an, den Aufmarsch den geänderten Verhältnissen anzupassen, also in einigem zu modifizieren.

Diese Verhältnisse lagen im folgenden:

Erstarken und Vermehrung der russischen Wehrmacht, erhöhte Kriegsbereitschaft Rußlands infolge der getroffenen konkreten Maßnahmen im Laufe der letzten Zeit, und zwar:

Ausbildung der Reichswehr, Formierung der Reservedivisionen, Heranziehen von Truppen gegen die Westgrenze, Probemobilisierungen;

Ausgestaltung des Bahnnetzes für den Aufmarsch; endlich in der Folge der Ausfall Rumäniens als rechte Flankengruppe, wodurch der eigene rechte Flügel gefährdet, dessen Zurücknehmen und Abbiegen notwendig wurde.

Von Wichtigkeit war es, sich über die Möglichkeit russischer Aufmärsche ein Bild zu schaffen.

Ich gab daher am 19. Feber*) dem Operationsbureau folgenden schriftlichen Auftrag:

„Es ist einvernehmlich mit dem Evidenzbureau und dem Eisenbahnbureau folgende Studie zu bearbeiten:

»Rußland versammelt eine Armee am Niemen zum Einbruch in Ost- und Westpreußen; eine Gruppe zwischen Grodno und Warschau zur Verteidigung der Sperrenlinie; eine Armee (etwa fünf Korps) westlich der Weichsel zum Vorstoß über Krakau und Sandomir, eine Armee östlich der Weichsel zum Vorstoß gegen Süden, eine Gruppe im befestigten Raume Luck, Dubno, Rowno, eine Armee östlich des Zbrucz zur Offensive über diesen gegen West.

Welche Armeekörper könnten für diese Gruppierung in Betracht kommen?

Wie könnte danach die Stärke der einzelnen Gruppen sein?

In welcher Zeit (etwa von fünf zu fünf Tagen) könnte diese Versammlung vollzogen werden?

Wie gestalten sich demgegenüber die Situationen des eigenen Aufmarsches?

Welche Gegenmaßnahmen kämen unserseits in Betracht?

Anzunehmen ist, daß etwa 13 deutsche Divisionen in Ostpreußen, eine deutsche Division im südlichen Preußisch-Schlesien aufmarschieren.

Ferner ist

als Fall a anzunehmen, daß alle rumänischen Divisionen eingreifen,

als Fall b, daß dies nur seitens des rumänischen vierten Korps (Jassy) mit drei Divisionen der Fall ist.

Endlich ist hinsichtlich der russischen Kräfte als

Fall 1 zu rechnen, daß zwei kaukasische Korps herangezogen werden, als

Fall 2, daß keine kaukasischen Truppen in Verwendung kommen.«

---

*) Also zu einer Zeit, da man noch mit der Bundestreue Rumäniens rechnen konnte.

Ich hoffe, daß die Studie ergeben wird, daß in der möglichst frühzeitigen Offensive, und zwar speziell zwischen Weichsel und Bug, die wirksamste Aktion gelegen ist. Immerhin wird sich aber das Vordenken für gewisse Maßnahmen bei der ersten Armee, sowie überhaupt im Raume westlich der Weichsel nahelegen.

Sobald die Studie in ihren großen Zügen festgelegt ist, ist mir darüber zu referieren und erst nach dieser Rücksprache mit mir das weitere Detail zu bearbeiten.

Wien, 16. Feber 1913. Conrad m. p., G. d. I."

Diesem Auftrag lag eine Karte mit Angabe der Leistungsfähigkeit der russischen und der eigenen Bahnen bei.

Die wesentlichsten Daten, auf hundertachsige Züge bezogen, waren:

Russische Bahnen:

Warschau—Lublin 18 }
Siedlce—Lublin 36 } 54 Züge.
Brest-Litowsk—Cholm 36.
Brest-Litowsk—Kowel 24.
Kiew—Kowel 16.
Luniniec—Rowno 16.
Berdiczew—Rowno 36.
Kasatin—Žmerinka—Proskurow 24.
Wabniarka—Žmerinka—Mogilew—Oknica 24.
Also in die Linie Cholm—Oknica 176.
In die Linie Lublin—Oknica 230.

Österreichisch-ungarische Bahnen:

Sillein, Saybusch, Sandec, Tarnow 15 }
Oderberg—Tarnow 48 } bis Jaroslau 63.
Kaschau, Sandec, Jaslo, Zagórz 15 }
über Mezölaborcz—Zagórz 30 } bis Chyrow und Lemberg 45.
Ng. Berezno, Drohobycz, Stryj 15 }
über Munkácz—Stryj 15 } 30 bis Lemberg, Krasne.
Maramaros-Szigeth, Delatyn, Stanislau, Tarnopol 15.
Also in die Linie Jaroslau—Tarnopol 153.

Dieser am Anfang des Jahres 1913 gestellte Auftrag rechnete noch mit der Möglichkeit einer Mitwirkung Rumäniens. In der Folge fiel diese Mitwirkung immer mehr außer Betracht.

Wie der Auftrag entnehmen läßt, rückte auch die Möglichkeit nahe, daß die Russen — womit bisher weniger gerechnet wurde — schon zu Kriegsbeginn die Weichsel abwärts der San-Mündung überschreiten und auf deren linkem Ufer auftreten würden. In einer Besprechung, die ich hierüber am 22. Feber mit dem Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger hatte, gab ich meiner Meinung dahin Ausdruck, daß einem solchen Vorgehen der Russen am wirksamsten durch die eigene Offensive östlich der Weichsel begegnet würde. Es käme dabei darauf an, den linken Flügel der am San aufmarschierenden eigenen Kräfte knapp an der Weichsel zu haben; zudem gingen ja auch deutsche und ö.-u. Kräfte von Schlesien und Krakau her gegen die abwärts der San-Mündung gelegene Weichselstrecke vor. Es blieb daher bei dem bisherigen Aufmarsch in Mittel- und Ostgalizien. In der Folge aber mußte am rechten Flügel desselben dem geänderten Verhältnis zu Rumänien Rechnung getragen werden.

Der auf Grund meines Auftrages verfaßte Aufmarschkalkül über die russischen Streitkräfte wurde mir am 5. März vorgelegt. Es ergab im wesentlichen:

Gegenüber den deutschen Kräften (13 Infanteriedivisionen) in Ostpreußen:

4 I.-D.*) um Radziwiliski (100 km nördlich Kowno),
10½ I.-D. im Raume Kowno, Grodno, Wilna,
2 I.-D. nebst Reserveformationen im Raume Osowiec, Nowo-Georgiewsk, Warschau.

Gegenüber den ö.-u. Kräften:

1 I.-D., 1 K.-D.*) im Raume nördlich Krakau,
7—8 I.-D., 2½ K.-D. im Raume Lublin—Cholm am 12. Mob.-Tage,
10 I.-D., 2½ K.-D. im Raume Wladimir-Wolynsk, Luck, am 21. Mobilisierungstage,
7 I.-D., 2½ K.-D. im Raume um Dubno am 21. Mob.-Tage,
8½ I.-D., 4 K.-D. um Proskurow u. südlich am 15. Mob.-Tage.

Gegenüber den rumänischen Kräften:

4½ I.-D., 1½ K.-D. im Raume Bielcy, Kiszyniew, Bender.

Dagegen rumänische Kräfte:

3 I.-D. Jassy,
8 I.-D. Raum um Tekuciu,
(die übrigen: Dobrudža und Donau).

*) I.-D. = Infanterie-Division, K.-D. = Kavallerie-Division.

Als Variante I:

18 I.-D., 5 K.-D. im Raume Janow, Wladimir-Wolynsk,
7 I.-D., 2½ K.-D. im Raume Luck, Dubno, Kremienec;
alles andere wie vorstehend.

Als Variante II:

1 K.-D. nördlich Krakau,
1 Detachement Krasnik,
7—8 I.-D., 2½ K.-D. Raum Cholm, Wladimir-Wolynsk,
12 I.-D., 4 K.-D. Raum Luck, Dubno, Kremienec,
13½ I.-D., 5 K.-D. Raum Staro-Konstantynow, Kamenec pod.

Eigener Aufmarsch.

Sicherung:

Strecke Oderberg, Krakau: 95. Landsturmbrigade Oswieczim 7. Kavalleriedivision Krakau drei Landsturmbrigaden Strecke Krakau, Debica 100. Landsturmbrigade	57 Bataillone.
Strecke Debica, Przemysl 10. Marschbrigade	7 Bataillone.

Aufmarsch:

Am unteren San (Rozwadow) 12. I.-D., 3. K.-D., 9. K.-D.

Raum Sieniawa, Jaroslau, Rawa ruska I., X., V. Korps am 15. Mob.-Tage, davor 6. K.-D., 2. K.-D.

Nördlich Lemberg:

VI. Korps am 15 Mobilisierungstage, davor 10. K.-D.

Um Brody: 4. K.-D.

Raum Zloczow, Jezierna XI. Korps, 41. I.-D., 10. I.-D., davor 11. K.-D.
„ Tarnopol II. Korps, davor 8. K.-D.
„ Trembowla und südlich XII. Korps, davor 1. K.-D.
„ Zaleszczyki 43. I.-D.
„ Czernowitz 35. Landsturmbrigade.

Dahinter als Queue-Korps nachrollend:

IV. Korps auf Lemberg.

VIII., IX. Korps hinter dem XI.

VII. Korps hinter dem II. und XII.

Bei diesem Aufmarsch bezeichnete die Linie Zlocsow, Tarnopol, Trembowla und der Sereth die äußersten Räume, bis zu denen auch die Instradierung durchgeführt wurde. Es war aber die Möglichkeit vorhanden, je nach dem Verhalten des immer unsicherer werdenden Rumäniens den Aufmarsch auch im Kriegsfall noch rückzuverlegen, ja

es beschleunigte ihn dies sogar. Auch war es bis zu einem gewissen Grade zulässig, die nachrollenden Korps in andere Räume zu leiten*).

Im Sinne einer solchen Rückverlegung hatte ich damals auch folgenden Aufmarsch in Betracht gezogen:

1. Armee: I.**) Nisko, Rudnik.
X. Sieniawa.
V. Oleszczyce.

4. Armee: II. Cieszanow.
VI. Zwischen Cieszanow und Rawa ruska.
IX. Rawa ruska.
VIII. Zolkiew.
41. Landwehrdivision Kulikow.
XI. Lemberg.

3. Armee: XIV. Krasne.
IV. Zloczow.

2. Armee: III. Kozowa.
VII. Podhajce.
XII. Buczacz.

Gegen Serbien, Montenegro: XIII., XV., XVI.

Am 6. März gab ich unter Nr. 1070 Res. Gstb. an das Eisenbahnbureau den Befehl:

„Die auf Grund meiner Weisungen vom Operationsbureau in groben Zügen ausgearbeiteten zwei Varianten russischer Aufmärsche sind vom Eisenbahnbureau unter Berücksichtigung genauer eisenbahntechnischer Daten, der Dislokation und der Marschbereitschaftstermine zu kalkulieren und mir in Skizzenform (Übersichtskarte 1:750.000) Situationen von fünf zu fünf Tagen vom fünften Mobilisierungstag angefangen bis 31. März vorzulegen.

Die in den beiliegenden zwei Varianten aufgenommene Zusammensetzung der russischen Armeen, sowie das Detail der Linienführung ist für den auszuarbeitenden Kalkül nicht unbedingt bindend. Sollte sich aus Instradierungsrücksichten eine abweichende Armee-Zusammensetzung vorteilhafter erweisen, so ist eine solche zur Grundlage der Arbeit zu nehmen, doch sind hiebei die gegen Deutschland und Rumänien zur Verwendung bestimmten Kräfte, dann die in den Skizzen gewählten Aufmarschräume und die Kraftverhältnisse der Gruppen im großen als gegeben anzunehmen.

*) Von dieser Elastizität des Aufmarsches wurde auch im Weltkriege Gebrauch gemacht, als der Ausfall Rumäniens klar ward.

**) Nummer der Korps.

Die in den beigelegten Skizzen nicht berücksichtigten russischen Reservedivisionen sind im Aufmarschkalkül ebenfalls zu berücksichtigen, und zwar sind die 10 Reservedivisionen des Moskauer Militärbezirkes in den Raum Lublin, Cholm, Kowel, die 11 Reservedivisionen des Kasaner und Kiewer Militärbezirkes in den Raum Rowno, Dubno, Luck, teils in den Aufmarschraum der vierten russischen Armee zu instradieren.

Die Skizzen mit den entsprechenden Situationen unseres Aufmarsches hat das Operationsbureau auf Grund der Instradierungsergebnisse 1913/14 auszuarbeiten und mir die Studie mit Anträgen für den Aufmarsch 1914/15 vorzulegen.

Diese Zuschrift samt Beilagen ist gelegentlich der Vorlage der Kalküle rückzuschließen.

Beilagen: 2 Skizzen, 1 Ordre de bataille, 1 Tabelle, 3 Dislokationspläne.

Conrad m. p., G. d. I."

Am 16. April unter Res. Nr. 319 legte mir das Eisenbahnbureau die anbefohlenen Arbeiten vor.

Ich habe diese etwas umständlichen Darlegungen aufgenommen, weil sie das allmähliche Reifen des bei Kriegseintritt aktuell gewordenen Aufmarsches gegen Rußland und die Art und Weise erkennen lassen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen mir und den mir unterstehenden Bureauchefs gestaltete. Das Prinzip der Arbeitsteilung und der Ausnützung aller Kräfte und Fähigkeiten lag ihr zugrunde. Jeder sollte seinen Teil und sein Verdienst an der Arbeit haben.

Ich komme jetzt auf eine der wichtigsten Maßnahmen bezüglich des Aufmarsches.

Sie entsprang der Befürchtung, daß die zögernde Politik, nachdem sie die Zeit der Schwäche Rußlands ungenützt hatte verstreichen lassen, nunmehr die Monarchie in jene Lage bringen würde, die ich stets als die gefährlichste erachtet habe. Nämlich, daß Österreich-Ungarn zuerst in einen kriegerischen Konflikt am Balkan gebracht, zur Mobilisierung und Aktion gegen Serbien gezwungen, in der Folge aber von Rußland angegriffen werden würde. Es handelte sich für diesen Fall darum, von den bereits in Versammlung gegen Serbien begriffenen Kräften die für den russischen Kriegsfall, also nach Galizien bestimmten Kräfte dahin zu überführen, sobald der Krieg gegen Rußland einsetzen würde. Dem entsprechen zu können, waren diese Kräfte für den Aufmarsch gegen Rußland als Queue-Korps instradiert, so daß sie, wenn auch vorher gegen Serbien versammelt, den vorerst im Transport nach Galizien begriffenen Korps ohne Zeitverlust nachrollen konnten. Diese Maßnahme fand schon

an früherer Stelle Erwähnung. Ich erörterte sie am 1. April mit dem Chef des Eisenbahnbureaus, Oberst Ržiha, der bemerkte, daß dieser Frontwechsel vom Balkan nach Galizien am leichtesten bis zum fünften Mobilisierungstag durchführbar wäre, dann ginge es noch bis zum sechzehnten Mobilisierungstag, nach Beginn der Operationen gegen Serbien würde es aber immer schwieriger.

Alle Nachteile einer Politik ohne positive Ziele traten dabei hervor.

Bei der so bedeutungsvollen Frage des Aufmarsches wurde den russischen Bahnbauten unentwegt besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Das bestehende Netz gab stets die Möglichkeit, Truppen aus den Militärbezirken Moskau, Kasan, Teile von Warschau und Petersburg im Raume Iwangorod, Lublin, Cholm, Kowel zu versammeln.

Das Ausbauprogramm für das russische Bahnnetz zeigte das Streben, die Truppen der Militärbezirke Moskau, Kasan, Kaukasus, Kiew, Odessa gegen die Nordost- und Ostfront Galiziens bringen zu können.

Was Rußland tun, wo es seine Hauptkräfte versammeln würde, war fraglich, daß sein Verhältnis zu Rumänien darauf Einfluß nehmen würde, war sicher.

Dieses Verhältnis beizeiten zu konstatieren, war eine Hauptaufgabe der Diplomatie, denn es war von höchster Bedeutung für die militärische Lage.

Am 31. Jänner und am 17. April hatte mich der Kommandant des 11. Korps (Lemberg), G. d. K. von Kolosváry, aufgesucht. Er besprach die Sicherung der Bahnen im Mobilisierungsfall, bezeichnete in seinem Korpsbereich 14.000 Mann hiefür nötig und beantragte, den Landsturm zur Bahnbewachung nicht im Wege einer Einberufung, sondern gegen Taggeld aufzunehmen — eine Charakteristik unserer komplizierten wehrgesetzlichen Bestimmungen. Auch stellte er den Antrag, die Grundstücke jetzt schon zu erwerben, auf denen im Mobilisierungsfalle Befestigungen zu errichten wären. Ich schloß mich dieser Ansicht für die notwendigsten Bauten an und vertrat sie in der Folge, aber selbstverständlich nur so weit, als damit nicht eine Enthüllung von Absichten verbunden war, die dem Gegner besser verborgen blieben.

Serbien-Montenegro (Fall B*).

Am 10. Jänner erörterte ich mit dem Chef des Operationsbureaus die Operationen gegen Serbien und den serbisch-montenegrinischen Kriegsfall. An den bisherigen Vorbereitungen war im großen nichts Wesentliches zu ändern. Am 3. April kam die von mir verlangte Aus-

*) B = Balkan.

gestaltung Peterwardeins zum gesicherten Donau-Übergangspunkt im Kriegsfall B zur Sprache, für die ein Detailelaborat ausgearbeitet und alles Nötige sichergestellt wurde; dann ein Entwurf für die Befestigung Belgrads. Es sollte im Falle seiner Wegnahme als Brückenkopf großen Stiles ausgebaut werden. Die erforderliche Besatzung und Armierung waren festzulegen.

Rumänien (Fall „Ru").

Am 12. Dezember besprach ich mit Oberst Metzger den Kriegsfall gegen Rumänien und ordnete die Verfassung einer darauf Bezug habenden Studie an. Der Grundton war, daß bei den großen Chancen, die Rumänien für einen frühzeitigen Einbruch starker Kräfte in Siebenbürgen hatte, ein eigener gesicherter Aufmarsch erst an der Maros möglich wäre, um dann mit versammelter Kraft den Feind wieder aus dem Lande zu werfen. Befestigungen an den Einbruchsbahnen und den Einbruchsstraßen hätten sein Vorgehen zu verzögern, an eine weitgehende Grenzbefestigung wäre bei der großen Zahl der über das Grenzgebirge führenden Wege aber nicht zu denken; es hätte zu einer verderblichen Kraftzersplitterung geführt.

Für die an Bahnen und Straßen anzulegenden Sperren wurden in der Folge Detailelaborate angefertigt, für deren Feststellung Offiziere in die einzelnen Abschnitte entsendet wurden.

Italien (Fall „J").

Das große Mißtrauen, von dem man Italien gegenüber trotz aller Freundschaftsbeteuerungen nicht frei sein konnte, legte es nahe, die konkreten Kriegsvorbereitungen gegen Italien aufrechtzuerhalten und auszugestalten. Letzteres war nur in einigen Belangen nötig.

Am 10. April überprüfte ich mit dem Chef des Operationsbureaus die Aufmarschelaborate für den italienischen Kriegsfall. Ich urgierte die Mörserfrage mit dem Bemerken, daß wir gegen jedes moderne italienische Sperrfort zwei 30·5 cm-Mörser verfügbar haben müßten. Ferner betonte ich die Notwendigkeit von Fliegerabteilungen, die befähigt wären, wichtige Objekte im Rücken des Gegners zu zerstören. Dafür wäre vorzusorgen.

In einer Audienz am 28. November unterbreitete ich Seiner Majestät die Aufmarsch- und die Alarmelaborate für die Kriegsfälle gegen Rußland (R), Italien (J), Serbien-Montenegro (B) und holte die Allerhöchste Genehmigung ein.

Sowohl meine Anschauung der politischen Lage, als die allgemeinen und die konkreten Kriegsvorbereitungen sind in meiner Jahresdenkschrift für 1913 (Anlage 9) behandelt. In dieser Denkschrift ist auch schon auf

die zurzeit wichtigste organisatorische Maßnahme, nämlich den Antrag zur Errichtung der Reservearmee hingewiesen.

Dieser im Operationsbureau des Generalstabes eingehend bearbeitete Antrag lautete:

„Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 4708.
Reservearmee. Wien, am 24. Dezember 1913.

An das Kriegsministerium.

Im Antrag auf Erhöhung des Rekrutenkontingents Res. Gstb. Nr. 1109 von 1913 habe ich darauf hingewiesen, daß zur Anbahnung des Erfolges im Ernstfalle — entsprechend der schwieriger gewordenen militärischen Lage der Monarchie — die volle Ausnützung des kampffähigen Menschenmaterials unerläßlich ist.

Selbst dann, wenn nur das Wehrreformprogramm von 1912 zur Durchführung gelangen würde, wären in absehbarer Zeit in den Grundbuchständen der Truppen große Überschüsse an vollkommen ausgebildeten Leuten vorhanden, welche keinesfalls der Feldarmee verloren gehen dürfen. Diese Überschüsse werden im Verlaufe einiger Jahre eine solche Höhe erreichen, daß sie nur durch Aufstellung eigener Formationen aus den älteren, zur Komplettierung der Feldabteilungen nicht notwendigen Reservejahrgängen verwertet werden können, wie dies fast in allen europäischen Staaten seit Jahrzehnten der Fall ist. (Beilage 1*).

So werden Deutschland 40, Frankreich mindestens 24, Rußland 38, Italien 10 Reservedivisionen ins Feld stellen, während die Balkanstaaten ihre Streitkräfte durch Formierung von Reservetruppen fast durchwegs verdoppeln.

Diese Neuformationen bestehen überall nur aus vollständig ausgebildeten Männern im leistungsfähigen Alter (25—32 Jahre). Die bei uns infolge der Unzulänglichkeit der Feldformationen und des Fehlens einer Reservearmee notgedrungen im Rahmen der Feldarmee verwendeten Marsch- und Landsturmbrigaden können sich mit den Reservetruppen anderer Staaten weder der Masse noch der Güte nach auch nur im Entferntesten messen. Die Marschbataillone bestehen fast nur aus mangelhaft ausgebildeten Ersatzreservisten, die Landsturmbataillone aus älteren Landsturmmännern des ersten Aufgebotes, beide sind für größere Leistungen und für Operationen im freien Felde nur in geringem Maße geeignet. Überdies kann durch eine derartige Maßregel die dauernde

*) Die Beilagen des Antrages sind nicht aufgenommen, da sie das Wesentliche des Antrages nicht berühren.

Erhaltung des Gefechtsstandes der Feldformationen in Frage gestellt werden, weil die für Ersatzzwecke bestimmten Körper (Marschformationen) anderweitig verwendet werden.

Der qualitative und quantitative Vorsprung der fremden Armeen in dieser Hinsicht läßt sich nur durch Formierung einer Reservearmee einbringen, welche der dringenden Notwendigkeit entsprechend erfolgen muß, sobald es die Standesverhältnisse gestatten. Hiebei hätte als Richtschnur zu gelten, daß die neue Organisation, um auch hohen Anforderungen ohne erheblichen Kern präsenter Mannschaften gewachsen zu sein, lediglich aus voll Ausgebildeten zu formieren ist.

Die jüngsten Kämpfe auf der Balkanhalbinsel haben dargetan, daß gute Reservetruppen mit vollem Erfolg an der Seite der Feldtruppen eingesetzt werden können. Auch die Großmächte rechnen, soweit dies die Friedensvorbereitungen erkennen lassen, mit einer erheblichen Verstärkung ihrer für die Erkämpfung der Entscheidung bestimmten Streitkräfte durch Reserveformationen.

Um auch der ö.-u. Wehrmacht den dringend notwendigen erheblichen Kraftzuschuß zuteil werden zu lassen, der naturgemäß zur Mitwirkung bei allen Operationen berufen ist, muß auch hier für alle Reservetruppen gefordert werden, daß sie, entsprechend der guten Ausbildung ihrer Mannschaft, auch derart organisiert und ausgerüstet werden, daß sie mit und in der Feldarmee zur Verwendung gelangen können.

Die Größe der neuen Rekrutenjahrgänge bringt es mit sich, daß die stabilen Ersatzkörper im Mobilisierungsfalle so viele Rekruten auszubilden haben werden, daß sie nicht mit Ersatzreservisten überladen werden dürfen, die auch nach vollständigem Wirksamwerden der neuen Wehrgesetze in großer Anzahl vorhanden sein werden. (Beilage 2 a.) Dies und die Unmöglichkeit, die jungen Rekruten in den ersten Feldzugswochen für den Ersatz bei der Feldarmee zu verwenden, zwingen dazu, auch in Hinkunft für die in den ersten Stadien des Feldzuges eintretenden Verluste mobile Ersatz-Marschformationen bereitzustellen, die aber nach Maßgabe der Aufstellung von Reservetruppen nur für den Ersatzzweck zu verwenden sind.

Nach diesen Gesichtspunkten wurden die Ausbaumöglichkeiten der Infanterie und Feldartillerie in Beilage 2 und 3 dargestellt; die Organisation dieser beiden Waffen liefert die Grundzüge für die Bildung der Reservearmee, denen sich alle übrigen Maßnahmen anpassen müssen. (Beilage 4.)

Es wären demnach aufzustellen:

14 k. u. k. Reservetruppendivisionen,

14 k. u. k. Reservegebirgsbrigaden,

8 k. k. Reserveinfanteriebrigaden,
8 k. u. Reserveinfanteriebrigaden.

In der Folge würde sich dann als Gesamtbild unserer Armee ergeben:

A. 1. Feldarmee: Feldformationen des k. u. k. Heeres und der beiden Landwehren, Stärke wie bisher.
2. Reservearmee: Reserveformationen des k. u. k. Heeres und der beiden Landwehren etwa halb so stark wie die Feldarmee und zu ihrer unmittelbaren Unterstützung bestimmt.
3. Zirka ¼ der Feldarmee mobil für die rasche Behebung von Verlusten in den Feld- und Reserveformationen.
4. Ersatzformationen: Stabil für die Beistellung von Ersätzen für Feld- und Reserveformationen.

B. 1. Landsturm erstes Aufgebot. Ist bei jeder allgemeinen Mobilisierung sofort zur Verfügung, besteht aus Landsturmtruppen in der beiläufigen Stärke der Reservearmee und würde für die Nebenzwecke verwendet: Sicherheits- und sonstige Besatzungen, Etappentruppen, Eisenbahn-, Grenz-, Küstenschutz etc.
2. Landsturm zweites Aufgebot. Territorialarmee.

Sollen so große Organisationen wie die neue Reservearmee im Kriegsfall zuverlässig funktionieren, so ist eine eingehende Friedensvorbereitung unerläßlich. Jedes Versäumnis würde sich nicht nur durch Zeitverluste bei der Operationsbereitstellung, sondern auch durch eine Einbuße an Kriegstüchtigkeit empfindlich rächen. Die in Beilage 5 enthaltenen Grundlagen für die zu treffenden Vorsorgen zeigen, daß nur eine lange, zielbewußte, mit größeren Geldopfern verbundene Tätigkeit zum Ziele führen kann.

Da das Menschenmaterial für die Reserveformationen durch die Vergrößerung der Rekrutenjahrgänge in den nächsten Jahren automatisch vorhanden sein wird, ist deren Organisation nur von der Bewilligung der einmaligen Beschaffungskosten für die Ausrüstung und der minimalen fortlaufenden Auslagen abhängig.

Durch die Reservearmee wird man zirka 450.000 Mann vollständig Ausgebildete im besten Alter zum Waffendienst heranziehen. Daß diese Masse im Entscheidungskampf ein vollwertiger, ja der ausschlaggebende Faktor sein kann und in einem Ringen um die Existenz der Monarchie auch sein muß, unterliegt keinem Zweifel. Die Unterlassung der Verwertung dieses militärischen Kraftreservoirs kann somit von keiner Seite verantwortet und in keiner Weise begründet werden, am wenigsten durch den Hinweis auf Geldopfer, die nicht größer sind, als jene zur Beschaffung

einer Division von drei modernen Großkampfschiffen, und die für diesen Zweck wiederholt und ohne sonderliche Mühe erlangbar sind.

Daß aber eine Armee von 22 Divisionen und 14 Gebirgsbrigaden für die Gesamtentscheidung in einem Kampfe um das Schicksal Österreich-Ungarns weit schwerer ins Gewicht fällt als eine schwere Schiffsdivision, ist selbstverständlich und gewiß.

Obwohl der volle Ausbau der Reservetruppen erst im Laufe der nächsten zehn Jahre möglich ist, sehe ich mich schon jetzt veranlaßt, diese konkreten Anträge zu stellen, weil jene Zeit gewonnen werden muß, die zur allseitigen Klärung der Anschauungen und zur Erlangung der personellen und materiellen Mittel nötig ist.

Ich bitte ehestens mit der Lösung der aufgeworfenen Fragen zu beginnen und insbesondere

1. die Organisation der Reservearmee im Detail,
2. die Aufbringung des Offiziersbedarfes,
3. die Sicherstellung der Pferde und
4. die Bereitstellung von Waffen, Munition, Ausrüstung, Trainfuhrwerken usw.

feststellen zu lassen und den hiebei gefaßten Beschlüssen schon in den Maßnahmen der nächsten Jahre Rechnung zu tragen.

Entsprechend dem allmählichen Anwachsen des zur Verfügung stehenden Menschenmaterials kann auch die Reservearmee nur nach und nach ausgebaut werden; als Grundlage für die Reihenfolge der demnach notwendigen Vorbereitungen wurde Beilage 6 ausgearbeitet.

Nach ihr wären die Reservetruppen, so lange sie nicht die Stärke eines Bataillons pro Truppenkörper überschreiten, zur direkten Verstärkung der Feldtruppen mit Belassung bei ihren Stammkörpern zu verwenden, später aber in neue Armeekörper zu vereinigen.

Infolge des Anwachsens der Reservejahrgänge werden auch die bisher bei Feld- und Marschtruppen eingeteilten Landsturmmänner anderweitig verfügbar; wegen ihrer geringen Zahl (Inf. 7000) ist aber ein großzügiger Ausbau des Landsturmes erst dann möglich, wenn die Rekrutenjahrgänge nach dem neuen Wehrgesetz auch für ihn wirksam werden.

Im Jahre 1924 kann daher mit der Reorganisation des Landsturmes begonnen werden, 1929 kann sie beendet sein, der Landsturm wird dann die Stärke der Reservearmee erreichen.

Diese Verhältnisse werden hier deshalb angeführt, weil aus ihnen hervorgeht, daß alle Vorsorgen für die Reservearmee schon im Budget-

jahr 1922/23 im ganzen Umfang getroffen sein müssen, damit dann unverweilt an den Ausbau des Landsturmes geschritten werden kann.

Conrad m. p., G. d. I.“

Das Kriegsministerium, das über die eingehenden Personal- und Standesdaten verfügte, unterzog diesen Antrag einer genauen Prüfung.

Die zehnte (Mobilisierungs-)Abteilung des Kriegsministeriums konstatierte, daß in einzelnen Korps schon jetzt Standesüberschüsse vorhanden seien, und regte einen rascheren Ausbau der Reservearmee an.

Dieser Anregung Folge gebend, sollten nun schon 1915 Reservetruppen dort aufgestellt werden, wo Standesüberschüsse vorhanden waren, das ist im 4., 6., 7., 14. Korps, dann im k. ung. 1., 2., 3., 5. Landwehrdistrikt.

Es sollten formieren:

das 4., 6. und 7. Korps je eine Reservebrigade, eine Reserveeskadron, eine Reservekanonenbatterie;

das 7. Korps noch weitere fünf Reservebataillone, eine Reserveeskadron, eine Reservekanonenbatterie;

jeder der k. ung. Landwehrdistrikte 1, 2, 3, 5 je eine Reservebrigade (bei Auflassung der Marschformationen), der erste Distrikt überdies eine Reserveeskadron und eine Reservebatterie.

In der Mitwirkung beim großangelegten, auf Jahre hinaus reichenden Ausbau der Wehrmacht auf Grund des für die Reservearmee gestellten Antrages sah ich in Hinkunft eine meiner wesentlichsten Aufgaben. Ich hoffte, daß der Monarchie die Spanne Zeit des Friedens vergönnt sein würde, diesen Ausbau zu vollenden.

Meine Hoffnung sollte unerfüllt bleiben.

Es kam anders!

DAS ERSTE HALBJAHR 1914

JÄNNER, FEBER, MÄRZ

Inhalt.

	Seite
Vorwort	547
Rumänien	549
Türkei	563
Bulgarien	572
Serbien	574
Montenegro	578
Rußland	582
Albanien	585
Epirus	594
Deutschland	595
Italien	598
Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten	601
Ergänzungen zur allgemeinen Lage	613
Vorgänge im Innern	617
Ausbau der Wehrmacht	618
Ausbildung, Manöver, Generalsbesprechung	619
Audienzen beim Thronfolger und Kaiser	622

Vorwort.

Das erste Halbjahr 1914 ist in zwei Teilen behandelt. Die Darstellung reicht bis zu meiner Abreise zu den Manövern in Bosnien am 23. Juni.

Der erste Teil umfaßt die Monate Jänner, Feber, März.

In demselben sind für diese Zeitspanne die Ereignisse länderweise zusammengefaßt, dann die konkreten Kriegsvorbereitungen, Ergänzungen zur allgemeinen Lage, die Vorgänge im Innern, der Ausbau der Wehrmacht und die Ausbildung kurz gestreift; endlich die Audienzen beim Thronfolger und bei Seiner Majestät angeführt.

Rumänien.

Zu den bedauerlichsten Resultaten des Balkankrieges zählte für Österreich-Ungarn der Umschwung, der sich in Rumänien vollzogen hatte. Er ließ den Abfall Rumäniens vom Bunde mit Deutschland und Österreich-Ungarn kaum mehr verhütbar erscheinen. Während aber das Bestreben, Rumänien wiederzugewinnen, dazu riet, alles zu vermeiden, was als feindseliger Akt gedeutet werden konnte, zwang die Wahrscheinlichkeit, Rumänien in Hinkunft auf Seite der Gegner zu sehen, zu militärischen Vorkehrungen für den Eintritt dieser Eventualität.

Diplomatische und militärische Forderungen standen sich gegenüber.

Am 3. Jänner empfing ich den k. u. k. Militärattaché in Bukarest, Oberst von Hranilović. Er berichtete, daß in Rumänien Herr Bratianu, ein Gegner Rußlands (?), ans Ruder kommen soll und sich die Möglichkeit ergäbe, einen Wechsel der Gesinnung in Rumänien zu erreichen. Der neu ernannte Gesandte Graf Ottokar Czernin habe die Aufgabe, dies bis zum Sommer oder Herbst herbeizuführen, doch möge man bis dahin keine Maßnahme treffen, die in der Öffentlichkeit als feindseliger Akt gedeutet werden und die Wiederherstellung des alten Verhältnisses stören könnte.

Ich: „Im Herbst müßte man aber dann den Rumänen klipp und klar die Frage stellen, ob sie dem Dreibund beitreten oder nicht. Wir werden den Kundschaftsdienst einrichten und die Vorarbeiten für Befestigungen machen; vor Herbst kommt es ohnehin nicht zum ersten Spatenstich."

Hranilović deutete an, daß man einem Zusammenschluß Rumäniens, Serbiens und Italiens (!) auf der Spur zu sein scheine. Er meinte, man möge mit Italien Freundschaft pflegen, um vielleicht auf diesem Wege Rumänien wiederzugewinnen.

Ich: „Aber wie verhält es sich zwischen Rumänien und Serbien? Man muß den Rumänen, auch dem König sagen, daß wir durchaus

nicht mit Bulgarien paktieren, daß aber, wenn Rumänien in seinen Liebesbezeugungen gegenüber Serbien fortfährt, sich etwa gar mit diesem unserm Hauptgegner alliiert, Rumänien uns ins feindliche Lager treiben wird. Der König würde, wenn die Rumänen ihre Liebe zu Serbien aufgeben, bei uns jene Stütze finden, die er bei Serbien anstrebt und wir würden keinen anderen Bundesgenossen suchen."

Hranilović warf ein, eine Hauptbedingung wäre die Verbesserung der Verhältnisse der Rumänen in Ungarn. Er meinte, Graf Tisza, der ungarische Ministerpräsident, und Graf Czernin wären gute Freunde, und so ließe sich dies vielleicht erzielen. Allerdings wäre die Abneigung des Thronfolgers gegen den Grafen Tisza ein Erschwernis.

In diese Zeit fiel ein weiteres bedauerliches Symptom bezüglich unseres Verhältnisses zu Rumänien.

General Averescu, der rumänische Chef des Generalstabes, mit dem ich im Jahre 1912 konkrete Abmachungen für den Kriegsfall vereinbart hatte und der mir als Freund des Dreibundes galt, sandte mir eine Manöverdarstellung mit einem Schreiben, in dem er mir sein Scheiden aus der bisherigen Stellung anzeigte. Ich erwiderte es am 7. Jänner 1914:

„Euer Exzellenz!

Infolge temporärer Abwesenheit von Wien habe ich E. E. liebenswürdige und hochgeschätzte Zeilen erst heute erhalten.

Ich beeile mich E. E. hiefür, sowie für die Übersendung der so interessanten Manöverdarstellung meinen aufrichtigsten Dank zu übermitteln.

Ich kann nicht umhin, E. E. zu gestehen, daß ich es tief bedauere, Sie vom Posten des Chefs des Generalstabes scheiden zu sehen und daß ich mit größter Verehrung für E. E. der Zeiten gedenke, wo es mir vergönnt war, in dienstlichem Kontakt mit E. E. zu stehen.

Erlauben E. E., daß ich Sie jetzt noch zu dem Erfolg beglückwünsche, der zweifellos Ihrer Einflußnahme und den durch Sie getroffenen Vorbereitungen zu danken ist.

Indem ich E. E. alles Gute für Ihren neuen Dienstposten wünsche, bitte ich Sie, der aufrichtigsten freundschaftlichen Gesinnungen versichert zu sein, mit welchen ich bleibe

Euer Exzellenz hochachtungsvoll ergebenster

Conrad, G. d. I."

In meinem Bemühen, die Fäden mit Rumänien wieder zu knüpfen, hatte ich beantragt, den k. u. k. Oberleutnant Manfred Freiherrn von

Pawel-Rammingen in den Konsularkonzeptsdienst aufzunehmen und ihn in Bukarest zu placieren. Pawel-Rammingen hatte gute Beziehungen zum rumänischen Hof, insbesondere zur Kronprinzessin, die er — wie ich hörte — schon in den Kinderjahren kannte.

Ein vom 14. Jänner datiertes Schreiben des Ministers des Äußern brachte mir einen abschlägigen Bescheid.

Am 22. Jänner besuchte mich der rumänische Militärattaché Major Eremie. Er begann mit dem Vorwurf, daß Rumänien vierzig Jahre treu zur Monarchie gehalten habe, in der Balkankrise aber von der Monarchie im Stiche gelassen worden sei.

Ich erwiderte, daß Österreich-Ungarn der Ansicht war, Rumänien werde auch auf friedlichem Wege das erhalten, was es gefordert hatte.

Eremie: „Ja, aber die Monarchie hat auch mit Bulgarien verhandelt."

Ich: „Die Monarchie hat das als ein Mittel betrachtet, die Erfüllung der rumänischen Wünsche zu erzielen. Ich will zugeben, daß manches in nicht ganz glücklicher Form geschah, aber die Monarchie ist streng loyal gewesen. Man hat damals bulgarischerseits von uns Daten über Serbien verlangt, wir haben es abgelehnt, sie zu geben. Wir haben uns aber gewundert, als Rumänien mit Serbien in ein Bündnis trat." (Im zweiten Balkankrieg.)

Eremie: „Es war eine Entente nur für den damaligen Zweck und nur für diese Zeit; von einer weiteren Bindung ist keine Rede. Vom Dreibund wird sich Rumänien nicht abbringen lassen; ein kleiner Staat darf nicht isoliert zwischen zwei großen Staaten sitzen, sonst wird er von beiden vergewaltigt."

Ich: „Rumänien muß die Slawen fürchten, wie verträgt sich dies mit seiner Tendenz, Serbien zu fördern und uns Siebenbürgen wegzunehmen?"

Eremie negierte diese Absicht.

Ich: „Also etwa Beßarabien?"

Eremie: „Das ist etwas anderes. Bei uns besteht eine Partei, die der Einreihung Rumäniens in die ö.-u. Monarchie geneigt wäre."

Ich: „Ohneweiters. Auch bei uns ist schon darüber gesprochen worden."

Eremie: „Ja, aber nur in der Form, daß alle Gebiete rumänischer Zunge unter die Herrschaft des rumänischen Königs kommen."

Ich: „Die Idee ist sehr schön, aber eine solche Forderung muß mit der ungarischen Staatsidee rechnen, die ist tausend Jahre alt. Bedenken Sie eines: Wenn die Monarchie zerstört wird, so ist dies zum

Schaden Rumäniens und Deutschlands. Wenn aber die Slawen, das ist Serbien und Montenegro, außerhalb der Monarchie einen großen slawischen Staat gründen, werden sie die Monarchie schließlich zerstören. Was wollen Sie? Die ö.-u. Monarchie mit den Serben und Montenegrinern in ihrer Hand oder einen großen südslawischen Staat?“

Eremie: „Natürlich Österreich-Ungarn.“

Ich: „Dann darf Rumänien nicht mit Rußland kokettieren; der Weg Rußlands nach Konstantinopel führt über Rumänien.“

Damit schloß die Besprechung.

Ich möchte hier aus einer im Jahre 1919 erschienenen Publikation*) die nachfolgende Stelle aus dem Berichte einschalten, den der serbische Ministerpräsident Herr Pašić am 2. Feber 1914 über seine Audienz in Petersburg beim Zaren erstattete.

Nach vorangegangener Besprechung, wie der Bukarester Friede zu sichern wäre, heißt es:

„Das vierte Mittel wäre, Rumänien zu bewegen, entschiedener auf unsere Seite zu treten und der Türkei und Bulgarien zu erklären, es könne nicht neutral bleiben, wenn am Frieden gerüttelt wird und die Bukarester Friedensbeschlüsse in Frage gestellt würden.

Dies sind die Ziele, auf die man energisch hinarbeiten muß und die viel zur Erhaltung des Friedens beitragen können.

Darauf antwortete der Zar, man habe Vertrauen zur neuen rumänischen Regierung, daß sie sich möglichst eng an Rußland anschließen werde; er glaube, es werde nicht dahin kommen, daß der Bukarester Friede in Frage gestellt werde, aber auch er gebe zu, daß man in dieser Richtung tätig sein müsse. Bei dieser Gelegenheit erwähnte ich, daß ich zur Zeit meines Aufenthaltes in Bukarest eine Zusammenkunft mit Bratianu hatte, und daß damals Bratianu von der Idee eines Bündnisses mit Griechenland und Serbien ganz begeistert war, und daß ich über Bukarest heimzukehren beabsichtige, um zu sehen, ob Bratianu bei seiner Bereitwilligkeit und seinen Ansichten geblieben ist, die er mir enthüllte, als ich in Bukarest war. Der Zar sagte, daß das sehr gut wäre, und daß Rumänien in Österreich-Ungarn 3½ Millionen Konnationale habe, und daß diese die Vereinigung mit Rumänien wünschen; darauf sagte ich ihm, die Siebenbürger Rumänen seien bessere Nationalisten als die Rumänen in Rumänien, und König Carol habe mir

---

*) „Kriegsursachen“ von Dr. M. Bogičević, Seite 173 f.

erklärt, daß sich die öffentliche Meinung in Rumänien zu Gunsten einer Annäherung Rumäniens an die Balkanstaaten geändert habe ..."

Am 3. Feber erhielt ich einen Bericht des Militärattachés in Bukarest vom 29. Jänner, Res. Nr. 9 geh., über öffentliche Äußerungen des ehemaligen Kriegsministers Herrn Filipescu, die gegen die Behandlung der ungarländischen Rumänen gerichtet waren und die künftige Haltung Rumäniens von der Besserung dieser Behandlung abhängig machten. Der Attaché schreibt:

„Es ist schmerzlich, es uns einzugestehen, aber die Tatsache bleibt trotzdem unverrückbar, daß man als Bedingung künftiger Freundschaft die Lösung der siebenbürgischen Rumänenfrage aufstellt, also die Haltung in der äußeren Politik von dem hier befriedigenden Abschlusse einer inneren Frage der Monarchie abhängig macht. Wie erwähnt, fällt es keinem der Regierenden ein, derartiges direkt zu äußern, aber der Anspielungen vernimmt man so viele, daß man sich aus ihnen die wahren Ansichten leicht kombinieren kann.

Die Verhandlungen des Grafen Tisza sind zum Angelpunkte unserer Beziehungen zu Rumänien geworden, scheitern sie, dann wird der Eintritt in den Dreibund von uns kaum jemals mit Aussicht auf Erfolg vorgeschlagen werden können; gelangen sie jedoch zu einem guten Ende, dann besteht Hoffnung, daß man mit Geduld und konsequenter Arbeit auf der neugeschaffenen Basis dieses Ziel erreicht."

Oberst Hranilović schließt mit den Worten:

„Die heutige Stimmung gegen die Monarchie ist nicht um Haaresbreite besser, als ich sie im Oktober 1913 geschildert. Nur das Auftreten neuer günstiger Momente kann eine Wendung herbeiführen, weshalb wir im ureigensten Interesse nicht zögern sollten, sie baldmöglichst zu schaffen."

Wenn ich auch eine konziliante Lösung der ungarländischen Rumänenfrage dahin bewertete, daß Rumänien damit ein Anklagepunkt gegen die Monarchie benommen würde, so glaubte ich doch nicht, daß sich dadurch Rumänien zum Aufgeben seiner bereits hochgespannten großrumänischen Aspirationen veranlaßt sehen würde.

Indessen war Rumänien auch auf anderem Wege für seine neue Richtung tätig.

Im Berichte vom 5. Feber, Res. Nr. 11 geh., meldet der Militärattaché in Bukarest:

„Gestern mittags ist der Kronprinz von Griechenland, von Berlin kommend, in Bukarest angelangt, angeblich um dem König die griechische Kriegsmedaille zu überbringen. Hinter diesem Besuche verbirgt

sich sehr durchsichtig das vom König Carol wie vom Deutschen Kaiser gleicherweise gewünschte und geförderte Projekt einer Verheiratung des Prinzen mit der Prinzessin Elisabeta, der ältesten Tochter des rumänischen Kronprinzenpaares."

Dann heißt es aber weiter:

„In seltsamem Gegensatze zum offensichtlichen Bestreben des hiesigen Hofes, die Interessengemeinschaft mit Griechenland enger zu gestalten und dadurch nicht nur eigenen, sondern scheinbar auch deutschen Wünschen entgegenzukommen, steht die Wiederaufnahme eines anderen Heiratsprojektes, über das ich E. E. bereits einmal berichtet habe. Ganz verläßlichen Nachrichten zufolge soll nämlich der Kronprinz nun doch mit dem in Potsdam Dienst tuenden Prinzen Carol nach Petersburg auf Brautschau reisen."

Die Vermählung des Prinzen Carol von Rumänien mit einer Tochter des Zaren — ein Lieblingsprojekt der Mutter des Prinzen — stand also wieder in Erwägung.

Dem sichtlichen Umschwung in der rumänischen Politik gegenüber konnte man in militärischer Hinsicht nicht gleichgültig bleiben.

Am 10. Feber beantragte ich die Befestigung Siebenbürgens, und zwar zunächst die Vornahme der hiefür erforderlichen Detailrekognoszierungen.

Am 12. Feber besprach ich mit Oberst Straub, dem Chef des Eisenbahnbureaus, den Ausbau der Siebenbürger Bahnen.

Am 12. Feber abends war ich beim rumänischen Militärattaché Herrn Eremie in der Absicht, daß er über unsere Besprechung seiner Regierung berichte.

Ich begann mit der Darlegung meiner Ansicht, daß Rumänien doch sehr achtgeben müsse, welche Richtung es einschlagen wolle. Ich sagte: „Momentan hat Rumänien Chancen, ein gutes Geschäft zu machen. Die Sache ist gegen uns gerichtet, hat aber nur temporären Wert. Wenn Rumänien weitblickend ist, muß es sich fragen, ob das Geschäft wirklich so gut ist, als es scheint. Bulgarien will die Dobrudža, Rußland den Landweg nach Konstantinopel; wir dagegen wollen nichts von Rumänien; das möge sich Rumänien überlegen."

Eremie: „Kein vernünftiger Politiker will, daß sich Rumänien vom Dreibund lossagt; höchstens einige russophile Elemente."

Ich: „Aber ganz besonders in Ihrer Armee besteht die Tendenz, auf unser Gebiet herüberzuschielen. Man weiß nie, zu welchem Resultat eine solche Strömung führen kann."

Eremie: „Das schreibt aber nur die Presse."

Ich: „Es ist aber oft richtig.“

Eremie: „Warum ist Rumänien in diese Stellung gekommen? Wir konnten doch nicht zuschauen, wie ein Großbulgarien entsteht!“

Ich: „Sie vergessen, daß, so wie Sie kein Großbulgarien, wir kein Großserbien vertragen können. Wir sind in unserer Rücksicht auf Rumänien so weit gegangen, daß wir gegen Serbien nicht losschlugen. Wir haben Ihnen im Spiele die Vorhand überlassen.“

(Im stillen dachte ich mir allerdings, daß dieses Unterlassen lediglich eine Frucht unserer Zaghaftigkeit war.)

Der rührige serbische Ministerpräsident Herr Pašić setzte sein Bewerben um Rumänien fort, vereint mit seinem griechischen Kollegen Herrn Venizelos.

Ein am 16. Feber eingelangter Attachébericht aus Bukarest vom 11. Feber, Res. Nr. 17 geh., beginnt:

„Die Ministerpräsidenten Pašić und Venizelos haben zusammen zwei Tage in Bukarest verbracht und gestern — »hochbefriedigt von ihrem Aufenthalte,« wie beide äußerten — die Rückreise gemeinsam nach Belgrad, beziehungsweise Athen angetreten.

Ihre Anwesenheit galt den Maßnahmen für den Fall, daß ein anderer Staat die Bestimmungen des Bukarester Friedens gewaltsam umzustoßen drohte.

Hiebei ging speziell Herr Pašić von der fixen Annahme aus, zwischen der Türkei und Bulgarien sei eine gegen Serbien und Griechenland gerichtete Konvention abgeschlossen worden, deren unzweifelhafte Existenz den Zusammenschluß der zwei genannten Königreiche mit Rumänien erheische. Das Resultat der hiesigen Konferenzen soll — immer meinem Gewährsmann zufolge — in einer vollständigen Übereinstimmung der Ansichten über die künftige Haltung der drei Mächte gipfeln, ohne daß jedoch Rumänien irgendwelche bindende Verpflichtungen eingegangen wäre.“

So kennzeichnete sich bereits die rumänisch-griechisch-serbische Solidarität. War sie auch zunächst gegen Bulgarien und die Türkei gerichtet, so schloß sie doch das Abschwenken Rumäniens von Österreich-Ungarn in sich.

Derselbe Bericht schreibt hinsichtlich Rußlands:

„Zweifellos wünscht es einen neuen Balkanbund mit Einschluß Rumäniens und arbeitet in dieser Richtung mit Hochdruck.“

In einem Bericht vom 15. Feber gibt Oberst Hranilović der Meinung Ausdruck, daß in einem Kriegsfalle Rumänien das Spiel vom

Sommer 1913 wiederholen und in Lauerstellung die Entwicklung der Ereignisse abwarten würde, um in deren Verlauf gegen jene Gruppe loszubrechen, die sich als die schwächere erweist.

Am 18. Feber wurden die von Graf Tisza geführten Verhandlungen mit den ungarländischen Rumänen als aussichtslos abgebrochen. Die Reaktion der radikalnationalen Rumänen ließ nicht lange auf sich warten.

Am 23. Feber erfolgte in Debreczen gegen den griechisch-katholischen Bischof Mikloszy, der den ungarischen Ritus angenommen hatte, ein Bombenattentat, dem sechs Personen zum Opfer fielen. Die ungarisch-rumänischen Gegensätze verschärften sich.

Am 14. März wurde in Belgrad der Friede zwischen Serbien und der Türkei geschlossen; diese stand aber noch mit Griechenland wegen der Inselfrage im Konflikt. Sie suchte Anlehnung an Bulgarien, und daraus ergaben sich verschiedene Bündniskombinationen am Balkan, die auch Rumänien in sich begriffen.

In einem Bericht Res. Nr. 73 vom 11. März 1914 schreibt der Militärattaché in Konstantinopel:

„Der türkisch-bulgarische Geheimvertrag ist noch immer nicht unterschrieben! Auf türkischer Seite war man bereits sehr ungeduldig und mißtrauisch geworden, und besonders Džemal Pascha verlangte in heftiger Weise die sofortige Unterzeichnung des in allen Teilen fertigen Vertrages und der Militärkonvention.“

Bulgarien machte verschiedene Gründe für die Verzögerung geltend, verdächtigte aber auch die jungtürkische Regierung ententistischer Velleitäten. Im Bericht heißt es aber auch:

„Als ein Hauptargument gegen die gegenwärtige Unterzeichnung des Geheimvertrages führt schließlich Herr Toschew an, daß die türkisch-bulgarische Intimität nur dann praktischen Wert hätte, wenn sich zu gleicher Zeit eine Annäherung beider Staaten an Rumänien vollziehen würde.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Die Pforte hat es sogar übernommen, zwischen Bulgarien und Rumänien zu vermitteln, und der Großvezier ließ in Bukarest vertraulich sondieren, welche Kompensationen Rumänien beanspruchen würde, wenn Bulgarien sich nach Westen ausdehnen sollte“*).

---

*) Nach einem Berichte Res. Nr. 84 vom 23. März 1914 des Militärattachés in Konstantinopel lautete die Antwort Rumäniens abschlägig. Die Reise Talaat Beys nach Bukarest unterblieb daher.

Der Bericht erwähnt schließlich, daß man sowohl in Rumänien als in Griechenland die Wiederkehr des russischen Kurses in Bulgarien möglich halte und für diesen Fall ein Bündnis zwischen Rumänien, Griechenland und Albanien in Erwägung zöge. Aber noch war die Kluft zwischen Griechenland und der Pforte nicht überbrückt, die Inselfrage nicht gelöst; beide Teile beharrten vor allem auf dem Besitz von Chios und Mytilene.

In einer Besprechung, die ich am 16. März mit dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky hatte, äußerte dieser:

„Rumänien hat hoch und teuer versprochen, daß seine Sympathie für uns bestehe. Machen Sie nichts, was einer Vorbereitung gegen Rumänien gleichen könnte, denn wenn dies ruchbar würde, würde es in Rumänien dahin ausgelegt werden, daß das »perfide Österreich-Ungarn« gegen Rumänien rüstet."

Wie es aber in Rumänien wirklich aussah, darüber gab ein am 16. März eingelangter Bericht des Militärattachés in Bukarest Nr. 23 geh. vom 10. März eingehend Aufschluß. Bei dieser Lage der Dinge erachtete ich Kriegsvorsorgen gegen Rumänien als nicht mehr aufschiebbar und richtete, hauptsächlich unter Verwertung der Mitteilungen des erwähnten Berichtes, folgendes Schreiben an den Minister des Äußern:

„K. u. k. Chef des Generalstabes. Streng geheim.
Res. Gstb. Nr. 881.
Nachrichten aus Bukarest.

Euer Exzellenz!

Aus sehr gut informierter und sehr ernst zu nehmender Quelle sind mir folgende Nachrichten aus Rumänien zugekommen, die ich mir erlaube, E. E. zur Kenntnis zu bringen:

»Über den Umfang der großrumänischen Propaganda und die Stimmung in der Provinz läßt sich nunmehr ein ziemlich klares Bild gewinnen.

In ganz übereinstimmender Weise treten drei Fakten hervor, welche die Situation charakterisieren:

Vertiefung der allgemein unfreundlichen Gesinnungen gegen die Gesamtmonarchie; zunehmende Verbreitung der Idee von einer bevorstehenden Aktion gegen Österreich-Ungarn, die auch in der Armee Wurzel faßt; und schließlich antimagyarische Hetzereien in den Städten und auf dem flachen Lande.

Die beiden ersten Tatsachen lassen sich allenthalben beobachten und dazu noch seit jüngster Zeit ein immer offensichtlicheres Spielen

mit aggressiven Tendenzen. Während nämlich früher bei den Schimpfereien über die ‚perfide Politik' der Monarchie doch stets ein gewisser Respekt vor der Kraft unserer Wehrmacht mitklang, tritt das jetzt langsam in den Hintergrund, und man hört an Stelle dessen nur mehr das ins Maßlose gesteigerte Lob des eigenen Heeres, das sich der idealen Aufgabe der Befreiung der unterdrückten Brüder mit Begeisterung unterziehen und sie glanzvoll lösen werde.

Je mehr die faktischen Begebenheiten der bulgarischen Kampagne dem Gedächtnisse entschwinden, desto mehr berauschen sich jung und alt an den vollführten Heldentaten und muten sich übermenschliches Können zu. Das politischen Diskussionen höchst geneigte Offizierskorps wird naturgemäß in dieses Treiben hineingezogen; es scheint schon das Schlagwort von der baldigen Aufteilung der Monarchie aufgegriffen zu haben, denn diese Frage wird sans gêne in den Provinzstädten besprochen und selbstverständlich zu Gunsten Rumäniens gelöst. In einzelnen Garnisonen war das Thema des heurigen Winterkriegsspieles eine Offensive gegen Siebenbürgen und den Banat.

Als Hauptverbreiter der antimagyarischen Agitation sind nebst der Kulturliga die Lehrer und Geistlichen auf dem Lande, sowie die aus Ungarn emigrierten Rumänen anzusehen, die keine Gelegenheit versäumen, um den nationalen Chauvinismus aufzustacheln. Daß die Stimmung gegen uns, trotz aller Bemühungen der Monarchie, den Rumänen zu beweisen, man hätte sich ihrer stets väterlich angenommen, nicht besser werden will, hat seine Ursache zum Teil im Scheitern der Tiszaschen Verständigungsaktion, zum Teil aber in der totalen, offenbar absichtlichen Passivität der Regierung, die der Strömung freien Lauf läßt und in allen ihren Enunziationen betont, das Königreich befolge nur eine unabhängige Politik eigener Interessen, endlich aber auch in der intensiven russisch-französischen Wühlarbeit. Rußland arbeitet durch Emissäre, die unter den Bauern Gerüchte von einem bevorstehenden Einmarsch der rumänischen Armee in Ungarn ausstreuen. Frankreich hingegen wendet sich in erster Linie an die frankophile Intelligenz der Hauptstadt durch seitens bekannter Persönlichkeiten veranstaltete Vorträge (z. B. Tardieu, der Chefredakteur des ‚Temps'), die unter dem Vorwande literarischer Konferenzen nichts anderes als politische Werbereden sind, ferner durch ungezählte schmeichlerische Artikel in den französischen Zeitungen über die Tüchtigkeit des rumänischen Volkes, die Größe seiner Staatsmänner etc. Kürzlich fand hier überdies die Gründung eines Vereines ‚Amitié franco-roumaine' statt, dem der Unterrichtsminister Duca und der intrigante

französische Gesandte Blondel als Mitglieder angehören, welcher keinem anderen Zwecke dienen dürfte, als die endgültige Abkehr vom Dreibund zu erreichen.

Sowohl in der Provinz als auch in der Hauptstadt ist aber die Stimmung gleich schlecht; sie ist meiner Ansicht nach nahe dem Punkte, von dem nur ein kleiner Schritt zur offenen Feindschaft fehlt.

Zu allem Überflusse hat die Kronprinzessin für ihre ehrgeizigen Heiratspläne anscheinend von allen maßgebenden Faktoren freie Hand bekommen: am 27. März reist sie mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Carol nach Rußland, wo ein zirka dreiwöchiger Aufenthalt genommen wird!

Es wäre hoch an der Zeit, die öffentliche Meinung der Monarchie endlich über das wahre Verhältnis Rumäniens zu uns aufzuklären und statt der beschönigenden Zeitungsartikel solche zu publizieren, die die Dinge so darstellen, wie sie liegen.

Am 9. März wurde im Nationaltheater ein magyarenfeindliches Stück von Goga gespielt; dabei kam es seitens des ganzen Publikums zu Manifestationen gegen die Monarchie. Goga wurde stürmisch bejubelt, und dann sang die ganze Gesellschaft, Damen, alles, was da war, das Hetzlied ‚Wach' auf, Rumäne!‘ und das Kriegslied ‚Zu den Waffen*)!‘«

Diese Ausführungen kennzeichnen deutlich die allgemeine Strömung in Rumänien, der auch die leitenden Kreise auf die Dauer nicht entgegenzuwirken vermöchten. Selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, daß in diesen Kreisen jetzt noch die ernste Absicht vorherrscht, in einem Konfliktsfalle mit Österreich-Ungarn zu gehen, würde sich diese Absicht in kritischer Lage dem nationalen Volkswillen gegenüber als völlig machtlos erweisen.

Wie sehr diesem Umschwung an leitender militärischer Stelle in Bukarest Rechnung getragen wird, entnehme ich dem bestimmten Berichte unseres dortigen Militärattachés, daß heuer zum erstenmal auch der Kriegsfall gegen die Monarchie in die rumänischen Mobilisierungsvorsorgen einbezogen wird und daß die Versammlung der rumänischen Streitkräfte an den Grenzen Siebenbürgens von jetzt an vorbereitet sein wird.

Außer diesem gravierenden Symptom gibt es deren noch zahlreiche andere — so der tatsächliche Versuch Rumäniens, sich bei uns die

*) Bis hieher wörtlich aus dem Berichte des Militärattachés. Daran schloß ich das folgende.

General- und Spezialkarte von Siebenbürgen nicht mehr offiziell durch den Attaché, sondern hinterrücks durch Vermittler, und zwar in größerer Auflage zu verschaffen.

Daß eine feindselige Haltung Rumäniens die militärische Lage Österreich-Ungarns in jedem anderen Kriegsfalle sehr wesentlich beeinträchtigen würde, steht außer jedem Zweifel.

So erwünscht auch der Erfolg jener selbstverständlichen Bemühungen sein mag, welche darauf abzielen, die Feindschaft Rumäniens zu vermeiden, so würde doch die Heeresleitung die schwerste Verantwortung auf sich laden, wenn sie, auf den Erfolg dieser Bemühungen bauend, die Gebote militärischer Vorsicht gegen Rumänien außeracht ließe.

Die Kriegsvorsorgen in dieser wie in jeder anderen Richtung erfordern viel Zeit, Geld und Mühe. Sie müssen somit ungesäumt — dabei möglichst unauffällig — ins Werk gesetzt werden, wenn man es verhüten will, im kritischen Augenblick wehrlos zu sein.

Die Besorgnis, daß durch Vorkehrungen zur Verteidigung unseres Gebietes die noch vorhandenen günstigen Dispositionen in Bukarest getrübt werden könnten, vermag ich keineswegs zu teilen und gestatte mir, auf das ganz analoge Verhältnis der Monarchie zu Italien hinzuweisen.

Auch dort sind aggressive, aus nationalen Strömungen hervorgegangene Tendenzen beim Nachbar entstanden. Auch dort waren diese lang im Zunehmen, als unsere damals ganz unzureichenden Verteidigungsmaßnahmen Südtirol als leicht zu gewinnende Beute erscheinen ließen.

Als man sich bei uns entschloß, trotz des Bundesverhältnisses die militärischen Vorsorgen Italiens mit analogen Vorsorgen zu beantworten, hinderte dies durchaus nicht die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen.

Diese sind jetzt trotz der gegenseitigen Rüstungen vertieft und für einige Zeit gesichert, weil die latenten Gegensätze durch ein vorübergehendes Schwächemoment Italiens (Libyen) und durch eine momentane Interessengemeinschaft (Albanien) zurückgedrängt werden.

Auch für die künftige Haltung Rumäniens wird unzweifelhaft der Grundsatz gelten, daß man desjenigen Freundschaft sucht, den man als Feind zu fürchten hätte.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Wien, am 18. März 1914. Conrad, G. d. I.“

Bei der schwerwiegenden Bedeutung, welche die Haltung Rumäniens für die Schicksale Österreich-Ungarns hatte, richtete ich nachstehenden a. u. Vortrag an Seine Majestät.

„Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 1201.

Euer Majestät!

Ich habe bei verschiedenen Anlässen und in den verschiedenen Denkschriften, so insbesondere auch in jener vom 16. Jänner 1914, von dem mir obliegenden militärischen Gesichtspunkt aus hervorgehoben, daß die Monarchie, und zwar auch im Falle des Dreibundkrieges, einer Koalition Rußland, Serbien, Montenegro und Rumänien in dem Sinne militärisch nicht gewachsen ist, daß sie den Kampf mit Chance des Erfolges aufnehmen könnte, sondern letzteren nur von einer besonderen Ungeschicklichkeit der Gegner oder von einem besonderen Glück erwarten könnte.

Ich habe daraus abgeleitet, daß es die wesentlichste Aufgabe der Diplomatie bilde, einen solchen Beitritt Rumäniens zu unseren Gegnern zu verhindern.

Wenn jedoch nicht alle Anzeichen trügen, geht die Monarchie, so wie die Verhältnisse und Stimmungen dermalen liegen, dieser Koalition gerade entgegen.

Ich bin weit entfernt, die Ursachen dieses Umschwunges in Rumänien einzig und allein dem politischen Verhalten der Monarchie im letzten Balkankriege zuzuschreiben, sondern ganz davon überzeugt, daß die Keime dieses Umschwunges längst vorhanden waren und längst schon die großrumänische Partei darauf abzielt, die rumänischen Gebietsteile der Monarchie — so vor allem Siebenbürgen — mit dem Königreich Rumänien zu vereinigen.

Die zurückhaltende Balkanpolitik der Monarchie seit 1908, die vorsichtige Option derselben in der Dobrudža-Frage, die rege und geschickte Agitation Rußlands und Frankreichs in Bukarest, der Mißerfolg des Tiszaschen Ausgleichsversuches haben nur die längst schon vorhandenen Keime rascher zur Entwicklung gebracht, so daß jetzt die Tatsache vorliegt, daß das offizielle Rumänien zwar noch den äußeren Schein einer nicht geradezu feindlichen Stellungnahme wahrt, während im ganzen rumänischen Volk die großrumänische, zur Aktion gegen die Monarchie drängende Richtung derart die Oberhand gewonnen hat, daß für den Fall des Dreibundkrieges gegen die Tripleentente Rumänien voraussichtlich schon von Haus aus gegen die Monarchie vorgehen wird.

Mit dieser Möglichkeit muß gerechnet werden; bei der militärisch höchst ungünstigen Lage, welche dadurch für die Monarchie entstünde, muß man sich über folgendes jetzt schon klar werden:

Ist überhaupt noch Aussicht vorhanden, Rumänien zu einem absolut bindenden Anschluß an den Dreibund zu bringen? Diese absolute Bindung müßte durch den offenen Beitritt Rumäniens zum Dreibund, also mit offizieller Verlautbarung des betreffenden Vertrages, dokumentiert werden und müßte sich das ganze politische und militärische Verhalten Rumäniens dauernd in dieser Richtung bewegen.

Ich erachte das Zustandekommen eines solchen Beitrittes überhaupt nur durch die diplomatische Aktion Deutschlands für möglich und wäre daher ehestens mit Deutschland darüber ins reine zu kommen.

Aber auch im Falle eines solchen Anschlusses Rumäniens an den Dreibund muß immer noch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Rumänien im letzten Moment — dem Drucke des Volkswillens nachgebend — umschlägt, sich auf Seite unserer Gegner stellt, uns also die schon wiederholt betonte, höchst ungünstige militärische Lage aufdrängt.

Für diesen Fall, sowie natürlich für jenen einer von Haus aus feindseligen Stellungnahme Rumäniens gibt es nur zwei Möglichkeiten des eigenen Handelns:

Entweder man vereint Rumänien dauernd und gänzlich mit der Monarchie — so wie etwa Bayern im Deutschen Reich — um den Preis der Eingliederung Siebenbürgens in das Königreich Rumänien, wodurch dann ein großer mitteleuropäischer Block (Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien) zustande käme, welcher eine mächtige Schutzwehr gegen das russische Vordringen wäre, der Monarchie den Bestand und die Möglichkeit einer aktiven Balkanpolitik — speziell gegen Serbien — bieten, ihr gegen Italien den Rücken decken, sie aber in dieser Richtung freier machen und vor allem den Bestand der Dynastie in ihrer jetzigen Machtvollkommenheit sichern würde;

oder man sieht von dieser weithinzielenden Entscheidung ab und nimmt den Kampf mit um den Ausgang unbekümmerter Entschlossenheit auch gegen Rumänien auf, trotz der damit verbundenen militärisch ungünstigen Lage; baut dabei auf das Glück oder auf den Umstand, daß Rumänien anfänglich neutral verbleibt, was aber, wenn es freie Hand hat, kaum wahrscheinlich ist.

Vielmehr wird man damit rechnen müssen, daß sich Rumänien ähnlich wie gegenüber Bulgarien verhalten und sich mindestens Siebenbürgens bemächtigen wird, was zu verhindern unsere militärischen

Kräfte nicht ausreichen, wenn wir nicht die Chancen des Erfolges im Hauptkampf gegen Rußland noch mehr herabdrücken wollen.

Von der hohen gesamtstaatlichen Bedeutung dieser Frage für den Bestand der Dynastie und der Monarchie ganz absehend, ist es schon für die rechtzeitige Festlegung der militärischen Vorkehrungen und die konkreten Kriegsvorbereitungen unerläßlich, zu wissen, welche Aktion gewählt wird, nämlich:

Entweder die Gewinnung Rumäniens im obdargelegten Sinne,
oder der Kampf auch gegen Rumänien.

Die bezügliche Entscheidung zu erbitten, ist der Zweck der vorliegenden Denkschrift.

Wien, am 25. März 1914. Conrad m. p., G. d. I."

Türkei.

Die Türkei war nicht nur durch die engeren Balkanfragen, speziell den Konflikt mit Griechenland wegen Zuerkennung der Inseln in Atem gehalten, sondern sie war auch zum Schauplatz der Gegensätze zwischen Rußland und Deutschland, sowie überhaupt der Gegensätze zwischen Entente und Dreibund geworden. Die deutsche Militärmission und die Konkurrenz hinsichtlich der Interessensphären in Kleinasien kamen dabei in Frage.

Der Sultan hatte die deutsche Militärmission gerufen, einen leitenden deutschen General für die türkische Armee erbeten und den hiezu deutscherseits bestimmten bisherigen Kommandanten der 22. Division General Liman von Sanders zum Kommandanten des 1. Korps (Konstantinopel) ernannt. Es sollte unter seiner Leitung zu einem Musterkorps gestaltet werden.

Der General war am 14. Dezember 1913 in Konstantinopel eingetroffen und hatte noch in derselben Woche von Džemal das Korpskommando übernommen.

Aber alsbald stieß dies auf den Widerstand der Entente.

„Der russische Botschafter Herr v. Giers, dem sich die Botschafter Englands und Frankreichs anschlossen, unternahm eine Demarche beim Großvezier. Die Botschafter betonten, daß es nicht angängig sei, daß ein deutscher General die höchste militärische Exekutivgewalt in Konstantinopel ausübe. Der Prinz Said Halim soll geantwortet haben, daß die Besetzung ihrer Armeekorps eigenste Sache der Türkei sei. Die scharfen Gegensätze waren aber dadurch nicht gemildert. Wie Fürst Lichnowsky aus einer Unterredung mit Sir Ed. Grey vom

Dezember 1913 berichtet, waren die Wellen der großen Erregung, die über dieses Kommando in Petersburg herrschten, bis nach London geschlagen"*).

Auch in der Türkei selbst fand General Liman von Sanders und die deutsche Militärmission mannigfache Widerstände. Das jungtürkische Komitee war ihr nicht geneigt und zwischen dem General und dem im Jänner an Stelle Izzets zum Kriegsminister ernannten Enver bestanden Gegensätze. Dazu kam die Abneigung der Türken gegen ausländische Einflüsse. In der Mission selbst gab es Stimmen, die der Sache nicht vertrauensvoll gegenüberstanden.

In einem Bericht Res. Nr. 18 vom 19. Jänner 1914 schreibt der k. u. k. Militärattaché:

„Gleich nach der Demission Izzet Paschas ließ der neue Kriegsminister Enver den noch hier befindlichen Oberstleutnant Lossow zu sich bitten und eröffnete ihm, daß er ihn zum ersten Stellvertreter des Chefs des Generalstabes zu ernennen beabsichtige. Als sich Lossow hierauf eine Bedenkzeit erbat, gestand Enver dieselbe zwar zu, sagte jedoch, daß die Sache jedenfalls noch vor der Rückkehr des Generals Liman aus Adrianopel entschieden werden müsse. Am 8. früh schickte Enver wieder einen Offizier zu Lossow und teilte ihm mit, daß Liman am selben Tage abends zurückkehre und er noch vorher eine Antwort erwarte.

Lossow hatte sich in Berlin gegenüber den maßgebendsten Persönlichkeiten gegen die Entsendung einer neuen deutschen Militärmission ausgesprochen. Er ist Pessimist, glaubt nicht an die Möglichkeit einer wirksamen Reorganisation der türkischen Armee, hat daher in seinen Berichten sowie auch mündlich geraten, überhaupt keine neuen deutschen Offiziere mehr nach der Türkei zu schicken und die frühere Mission nach und nach von selbst absterben zu lassen.

Den jüngsten Kriegsministerwechsel, sowie die Massenpensionierung**) betrachtet Lossow als einen neuen schweren Fehler. Die Türkei wird seiner Ansicht nach nunmehr rapid dem unvermeidlichen

---

*) „Fünf Jahre Türkei." Von General der Kavallerie Liman von Sanders, Berlin. Verlag von August Scherl, G. m. b. H.

**) „Fünf Jahre Türkei". Von General d. K. Liman von Sanders: „Die ersten Amtshandlungen Envers kennzeichnen sich als rücksichtsloses Vorgehen gegen diejenigen türkischen Offiziere, in denen er politische Gegner ersah. Gegen 1100 Offiziere wurden noch im Jänner 1914 plötzlich verabschiedet."

Zusammenbruch entgegengehen. Infolge dieses seines prinzipiellen Standpunktes konnte Lossow den ihm angebotenen Posten nicht annehmen und lehnte den Antrag Envers ab.

Hierauf wurde General Bronsart, der bis dahin das Kommando der dritten Nizamdivision führte, zum ersten Stellvertreter des Chefs des Generalstabes ernannt."

Dadurch direkt an Enver gewiesen, soll General von Bronsart öfter in Widerspruch zu General von Liman geraten sein. (Attachébericht Res. Nr. 44 vom 9. Feber 1914.)

Am 10. Jänner hatte der Sultan General Liman vom Kommando des ersten Korps enthoben und ihn zum Generalinspektor der türkischen Armee ernannt.

Das war ein sichtlicher Mißerfolg Deutschlands gegenüber der Entente.

Der Militärattaché berichtet: „Die Stimmung der deutschen Instruktionsoffiziere, sowie der hiesigen deutschen Kreise im allgemeinen ist infolge dieser dem deutschen Prestige in der Türkei sehr abträglichen Vorgänge gedrückt und gereizt."

Am 14. Jänner ernannte Kaiser Wilhelm den General Liman von Sanders vorzeitig zum General der Kavallerie, was seine Ernennung zum türkischen Marschall zur Folge hatte, da die deutschen Offiziere in der türkischen Armee kontraktlich einen Dienstgrad höher standen als in der deutschen Armee.

Der türkisch-griechische Konflikt in der Inselfrage drohte zu kriegerischem Vorgehen der Türkei gegen Griechenland zu führen, die Pforte suchte sich durch einen Geheimvertrag mit Bulgarien die Unterstützung Bulgariens und die Einwilligung zum Durchzug durch bulgarisches Gebiet zu sichern; die Verhandlungen waren nahe dem Abschluß, doch zögerte Bulgarien noch mit diesem.

Auch aus Rom hatte ich hierüber Nachricht. Der dortige k. u. k. Militärattaché Graf Szeptycki schrieb am 27. Jänner:

„Ich habe letzthin mit einem Kenner des Balkan, der kein Italiener ist, gesprochen und habe folgendes erfahren, das ich so melde, wie ich es gehört habe:

»Deutschland hat in Konstantinopel momentan ausgespielt. Enver Pascha ist der Ansicht, daß Deutschland zu prononziert die Rückgabe von Chios und Mytilene verlangte; er behauptet, daß die Türkei von den Deutschen ‚wenig Geld und viele Waren' erhalte und daß man sonst nichts von Deutschland zu erwarten habe. Die direkte

Annäherung an Rußland liege im Interesse der Türkei und müsse nach der Ansicht Enver Paschas betrieben und erreicht werden.

Sollte dies ein Mittel Enver Paschas sein, um Geld von Frankreich zu erhalten? ? Dies ist leicht möglich und sehr wahrscheinlich, nachdem Enver den Krieg mit Griechenland zielbewußt vorbereitet«*).

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Mit Bulgarien ist eine Konvention geschlossen, wonach Bulgarien sich verpflichtet hat, im Kriegsfalle (Türkei-Griechenland) türkische Truppen durch Thrazien durchzulassen, und zwar unter dem Vorwande, daß es so geschwächt sei, daß es der Türkei mit Waffen in der Hand nichts verwehren kann. Außerdem sollen sich 30.000 Komitadschis, gut ausgebildet und gut bewaffnet, den Türken so quasi von selbst anschließen.

Für diese Leistungen hat die Türkei im Falle des Sieges Bulgarien die Abtretung von Salonik versprochen.

Rumänien soll dem ruhig zusehen. Serbiens und Montenegros Absichten sind noch ungeklärt."

So weit der Bericht aus Rom. Aus den früheren Darstellungen ist erinnerlich, wie eifrig Pašić und Venizelos am Werke waren, der türkisch-bulgarischen Kombination zu begegnen.

Ein Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel Res. Nr. 32 vom 28. Jänner 1914 spricht von Verstimmungen der Pforte gegen Österreich-Ungarn wegen dessen Stellungnahme anläßlich des türkischen Putsches in Valona, gegen Italien wegen seiner Forderungen betreffs der Lausanner Friedensbedingungen und Adalias, was die Pforte als „Wucher" bezeichnete. Auch über die Änderung der türkisch-bulgarischen Beziehungen äußert sich der Bericht, bringt aber dann folgende Stelle:

„Merkwürdigerweise insistieren die Türken in den letzten Tagen in besonders pressanter Weise bezüglich sofortiger Unterschrift des Geheimvertrages. Derselbe ist, nachdem einige von Enver vorgeschlagene Änderungen am Operationselaborat vom König Ferdinand angenommen und durchgeführt worden sind, allerdings zur Unterschrift fertig. Herr Toschew befürchtet aber, daß die gegenwärtigen türkischen Machthaber in ihrem Bedürfnis nach einem baldigen äußern Erfolg schon im Frühjahr einen Krieg mit Griechenland vom Zaun brechen und Bulgarien in denselben hineinziehen könnten.

*) Wegen einer Anleihe stand die Pforte mit Frankreich und mit einer nordamerikanischen Finanzgruppe in Verhandlung.

Ebenso hält es aber auch Toschew nicht für ausgeschlossen, daß, falls Bulgarien den Vertrag nicht unterschreiben wollte, die Türken die Pomakenfrage*) zum Vorwand nehmen könnten, um Bulgarien zu bekriegen. Beide Fälle müßten für Bulgarien äußerst gefährliche Folgen zeitigen. Im ersten Falle wäre die Existenz Bulgariens auf dem Spiele, da es heute zum Kriege noch nicht bereit ist. Der zweite Fall wäre aber gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Kabinetts Radoslawows und müßte Bulgarien in die Arme Serbiens und Rußlands treiben."

Toschew strebte eine Formel an, wonach der Vertrag erst nach zwei Jahren voll in Kraft treten, bis dahin wohlwollende Neutralität zugesichert werden sollte.

Die Besorgnisse, daß es zwischen Bulgarien und der Türkei zum Zerwürfnis kommen könnte, zerstreuten sich wieder.

Am 9. Feber berichtet der Militärattaché:

„Vor zwei Tagen begegnete ich zufällig dem mir schon bekannten bulgarischen Oberst Džekow, welcher gerade in den Cercle d'Orient (dem auch ich angehöre) eintrat und den dort befindlichen General Džemal zu sprechen wünschte.

Džekow sagte mir, daß Herr Toschew in drei bis vier Tagen aus Sofia nach Konstantinopel zurückkehren werde. Dann soll eine Konferenz stattfinden und der Geheimvertrag unterzeichnet werden. Er werde dann Konstantinopel verlassen und nach Sofia zurückkehren. Die Sofioter Befürchtungen betreffs eines möglichen türkischen Angriffes auf Bulgarien bezeichnete Džekow als Unsinn."

Auch die bulgarische Regierung hatte sich hierüber beruhigt.

Daß ihre Sorgen nicht so ganz grundlos waren, geht aus folgender Stelle des Attachéberichtes Res. Nr. 73 vom 11. März hervor:

„Fethy Bey hatte nämlich in Sofia am 14. Feber eine Note übergeben, in welcher der bulgarischen Regierung zur Regelung der Pomaken-Frage eine zwanzigtägige Frist gegeben wurde. Gleichzeitig wurden in Türkisch-Thrazien Truppenverschiebungen vorgenommen und bei Demotika ungefähr 10.000 Mann konzentriert. Obwohl nun diese Maßnahme offenbar ein Bluff war, so geriet die bulgarische Regierung doch in heftige Aufregung und wendete sich an unsere

*) Pomaken sind mohammedanische Bulgaren im Rhodope-Gebirge; Nachkommen der alten Thraker; zirka 400.000 Köpfe. Es handelte sich um ihre religiösen Vorrechte.

diplomatischen Vertreter in Konstantinopel und Sofia mit der Bitte um Einwirkung auf die Pforte.

Den Bemühungen des Markgrafen Pallavicini und des Grafen Tarnowski gelang es allerdings, die Sache beizulegen und die Türken zur Zurücknahme der komminatorischen Note zu veranlassen (was am 21. Feber geschah), doch ist es natürlich, daß es nicht möglich war, das gegenseitig wiedererwachte Mißtrauen sofort wieder zu beseitigen."

Über sonstige Mitteilungen dieses Berichtes, so auch hinsichtlich des Drängens der Pforte auf Unterzeichnung des Geheimvertrages siehe an früherer Stelle (Seite 566).

Ein eigenartiges Licht auf die türkisch-bulgarischen Beziehungen wirft der Bericht des Militärattachés Res. Nr. 57 vom 2. März 1914.

„Euer Exzellenz!

In der letzten Zeit habe ich E. E. mehrere Male über Befestigungsprojekte der türkischen Heeresleitung berichtet, welche sowohl in militärischer als auch politischer Richtung recht auffallend sind.

Während die Pforte einen Geheimvertrag und eine Militärkonvention mit Bulgarien abschließt und auch mit Rücksicht auf die militärische Erschöpfung Bulgariens von demselben in nächster Zeit kaum etwas zu befürchten hat, werden weitläufige Pläne zur Befestigung der Grenze ausgearbeitet. Dagegen vermißt man Maßnahmen zur Sicherung der in Zukunft in erster Linie von Rußland bedrohten Hauptstadt, sowie des Bosporus. Ansätze hiezu (mein Bericht Res. Nr. 28 vom 28. Jänner l. J.) wurden angeblich durch die Pforte selbst wieder nach der bulgarischen Grenze abgelenkt.

Wie ich nun aus sicherer Quelle erfahre, ist dieses merkwürdige Verhalten eine Folge der Einflüsterungen der deutschen Militärmission. Sowohl Marschall Liman als auch die Generale Bronsart und Weber haben vor ihrem Abgehen aus Berlin von Kaiser Wilhelm selbst die Weisung erhalten, die Befestigung der bulgarischen Grenze, sowie die Kriegsvorbereitungen gegen Bulgarien nach Kräften zu fördern, dagegen eine Befestigung Konstantinopels, sowie des Bosporus unbedingt zu hintertreiben. Der Kaiser wolle wegen der Türken absolut keine Schwierigkeiten mit Rußland haben! Ich betone, daß diese Information aus absolut sicherer Quelle stammt und als vollkommen verläßlich betrachtet werden kann.

Diese Instruktion erklärt auch das merkwürdige Verhalten Limans betreffs der von Enver Pascha beabsichtigten temporären Auflassung Adrianopels als befestigten Platz. Es ist übrigens nicht

unmöglich, daß Enver Pascha das Spiel der deutschen Mission zu durchschauen beginnt und sein Entschluß bezüglich Adrianopels im Zusammenhange damit stehen könnte.

Daß Mahmud Schefket Pascha die Ausgestaltung Konstantinopels zu einem großen befestigten Lager plante und ein diesbezügliches Projekt ausarbeiten ließ, habe ich E. E. seinerzeit gemeldet. Heute weiß ich bestimmt, daß diese Absicht schon damals durch die deutsche Mission bekämpft und zu Fall gebracht worden ist.

Die Frage der Verstärkung der Bosporus-Befestigungen wird aber in nächster Zeit wieder aufs Tapet kommen, und zwar infolge Lieferung der bei Krupp bestellten acht Stück 30 cm-Küstenhaubitzen, über deren Aufstellung man bald zu entscheiden haben wird. Wie ich höre, beschäftigt sich Marschall Liman schon jetzt intensiv mit dieser Frage.

Von gut informierter Seite erfahre ich, daß Enver Pascha sich mit dem Gedanken trägt, die gesamte Küstenartillerie dem Marineministerium zu unterstellen. Es scheint dies ein weiteres Anzeichen dafür zu sein, daß Enver die Deutschen durchschaut und die Bosporus-Befestigungen ihrem Einfluß entziehen will.

Die Deutschen bekämpfen diese Absicht selbstverständlich mit allen Mitteln. Es geht ihnen hiebei wohl auch um die Durchführung ihrer politischen Instruktionen, hauptsächlich aber darum, daß im Falle der Verwirklichung der Enverschen Absicht die ausgiebigen Bestellungen für die Küstenartillerie naturgemäß England zufallen müßten.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst."

Zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei schwebten Verhandlungen bezüglich Gewinnung eines kleinasiatischen Hafens für die ö.-u. Interessensphäre. Ein Bericht des Militärattachés Res. Nr. 58 vom 2. März 1914 sagt hierüber:

„Nachdem die Tatsache, daß die Italiener uns bei Adalia zuvorgekommen waren, nicht mehr zu ändern war und die Pforte mit Rücksicht darauf von irgend welchen Konzessionen an unsere Unternehmer nichts wissen wollte, entschloß sich Graf Berchtold Ende November, die Etablierung unserer Interessensphäre bei Adalia aufzugeben und für dieselbe die zirka hundert Kilometer östlich gelegene Gegend von Alaya in Aussicht zu nehmen.

Die Pforte hatte gegen Hafen- und Eisenbahnkonzessionen in dieser Gegend an unsere Unternehmer nichts einzuwenden, machte

jedoch aufmerksam, daß dieselben sowohl deutscher- als auch italienischerseits in Anspruch genommen werden könnten. Um demnach keine Gelegenheit zu nachträglichen Protesten zu geben, riet der Großvezier bezüglich der unserseits gewünschten Konzessionen vorher mit Italien und Deutschland ein Einvernehmen herzustellen.

Die nun diesbezüglich eingeleiteten Unterhandlungen unseres Ministeriums des Äußern haben bisher noch zu keinem Resultat geführt. Deutschland verhält sich überhaupt ablehnend und erklärt, daß das Gebiet östlich Alaya in die Interessensphäre der Bagdadbahn falle. Unser Wunsch nach einer Bahnkonzession von Selefke nach Ermenak wurde von der deutschen Bank als unzulässig bezeichnet, da im Tale des Goetz Tschai bereits deutsche Unternehmer Bergwerkskonzessionen besäßen, weshalb die Erbauung einer ö.-u. Bahn dortselbst den deutschen Interessen zuwiderlaufen würde.

Etwas entgegenkommender als die Deutschen erwiesen sich die Italiener. Sie erklärten sich im allgemeinen mit der Abtretung eines Gebietes westlich von Alaya an unsere Unternehmer einverstanden und machten nur die Größe desselben von der ihnen englischerseits westlich Adalia zugestandenen Zone abhängig. Je größer die Italien westlich Adalia abzutretende Interessensphäre ausfällt, um so größer könnte das uns westlich Alaya von Italien zu überlassende Wirtschaftsgebiet werden.

Nicht unerwähnt kann aber bleiben, daß sowohl Deutschland als auch Italien uns hiebei rieten, auf die Südküste von Anatolien überhaupt zu verzichten und unsere Interessensphäre in Syrien in der Gegend von Lattahie zu suchen. Da jedoch diese Gegend bereits ganz in französischen Händen ist, so war es klar, daß unsere beiden Verbündeten mit ihrem Rat nichts anderes beabsichtigten, als uns in Südanatolien auf billige Art los zu werden, weshalb Graf Berchtold den guten Rat höflichst ablehnte.“

Indessen hatten sich England und Italien betreffs Südanatoliens in einer Weise verständigt, die auch England ein gewisses Recht auf das Hinterland von Alaya einräumte und es fraglich machte, ob man in London geneigt sein würde, die Lage dortselbst durch neue Abmachungen mit Österreich-Ungarn zu komplizieren. Aber nicht nur auf den Widerstand der zukünftigen Gegner stieß die Monarchie, sondern auch auf jenen ihres Verbündeten: Deutschland.

Der Bericht Res. Nr. 83 vom 23. März 1914 des k. u. k. Militärattachés sagt hierüber:

„Schließlich teilte Baron Wangenheim unserem k. u. k. Botschafter mit, daß auch der deutsche Generalstab sich gegen die Überlassung eines Küstenstriches östlich Alaya an unsere Monarchie ausgesprochen habe.“

Dieses anscheinend geringfügige Vorkommnis zeigt, wie weit es ein Staat bringt, der vor zeitgerechter Kraftäußerung zurückschreckt, obgleich er durch seine geographische Lage — wie kein anderer — berufen gewesen wäre, im Orient ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

Die Kurzsichtigkeit seiner Politiker, die nur dem kleinlichen inneren Hader lebten, und die Unentschlossenheit seiner führenden Staatsmänner hatten Österreich-Ungarn diese Lage eingetragen.

Wie schon an früherer Stelle erwähnt, war am 14. März 1914 in Belgrad der Friede zwischen Serbien und der Türkei geschlossen worden; nur mit Griechenland war die Inselfrage noch nicht beglichen, der Friede noch nicht hergestellt.

Die Parteinahme Deutschlands für Griechenland hatte die Pforte verstimmt, dagegen neigte Rußland der Überlassung der Inseln, die den Dardanelleneingang beherrschten, an die Türkei zu. Allerdings mit dem Hintergedanken, sie einmal — mit den Meerengen — in eigenen Besitz zu bekommen.

Diese Verhältnisse mögen die Vorgänge erklären, über die eine Stelle des Attachéberichtes Res. Nr. 84 vom 23. März 1914 lautet:

„Es mehren sich die Anzeichen, daß die Strömung für eine Annäherung der Türkei an die Tripleentente an Ausdehnung und Stärke zunimmt. Im jungtürkischen Komitee werden häufige Debatten über dieses Thema geführt und es ist charakteristisch, daß hiebei besonders scharfe Reden gegen Deutschland geführt werden.

Ein besonderes Symptom ist die Bildung eines Komitees für eine türkisch-russische Annäherung, welchem einerseits mehrere ernst zu nehmende türkische Persönlichkeiten, anderseits Mitglieder der hiesigen russischen Botschaft angehören. Über die Ernennung des ausgesprochen französisch gesinnten Džemal Pascha zum Marineminister berichte ich an anderer Stelle.

Die Ursache dieser bemerkenswerten Schwenkung dürfte in verschiedenen Momenten zu suchen sein. Vor allem ist es der Finanzbedarf der Türkei, welcher nur in Frankreich gedeckt werden kann, dann die Heranziehung der beiden Dreadnoughts und die Lösung der Inselfrage, welche gute Beziehungen zu den Mächten der Tripleentente unbedingt erfordern. Die Hauptursache dürfte jedoch in der wenig

glücklichen Politik der Tripleallianz liegen, welche in der Türkei ein stets wachsendes Mißtrauen erzeugt.

Deutschland hat in der letzten Zeit seine Karten zu sehr aufgedeckt und die Befürchtung erregt, daß es nach Aufteilung des türkischen Reiches und Besitzergreifung der wichtigsten Territorien desselben strebt. Italien benahm sich sehr ungeschickt und verriet seine Absicht, sich für den Fall der Auflösung der Türkei, in der Gegend von Adalia einen Anteil zu sichern. Ähnliche Neigungen zeigten sich auch bei uns betreffs Südanatolien und gelangten im Wege einiger indiskreter Zeitungsartikel (Österreichische Rundschau) zur Kenntnis der türkischen Regierung.

Markgraf Pallavicini ist nun der Ansicht, daß die Pforte infolge dieser Lage es vorziehen könnte, sich ganz in die Arme Rußlands zu werfen, welches infolge des Widerstandes Englands keine Hoffnung haben kann, Armenien zu erhalten, und demnach ein Interesse hat, die Teilung der Türkei zu verhindern. Der Herr Botschafter glaubt auch nicht, daß Rußland gegenwärtig die Absicht hat, die Türkei anzugreifen, daß die russischen Rüstungen vielmehr den Zweck haben, Deutschland zu impressionieren und die gefahrdrohende Ausbreitung seines Einflusses in Anatolien einzudämmen."

Bulgarien.

Die politischen Vorgänge in Bulgarien — so weit sie zu meiner Kenntnis reichten — sind schon im Vorstehenden behandelt. Sie betrafen den gegen Griechenland gerichteten türkisch-bulgarischen Geheimvertrag, mit dessen Fertigung Bulgarien noch zögerte; den dagegen geplanten Zusammenschluß Rumäniens, Griechenlands und Serbiens, wofür Pašić und Venizelos rührigst tätig waren; die vorübergehende Verstimmung zwischen Sofia und Konstantinopel und das gescheiterte Bemühen der Pforte, eine Annäherung zwischen Rumänien und Bulgarien herbeizuführen.

Ein Schreiben vom 24. März des k. u. k. Militärattachés in Sofia, Oberstleutnant Laxa, enthält über die Lage in Bulgarien folgendes:

„Ich habe zu wiederholten Malen Erwähnung getan von der höchst schwierigen finanziellen Lage, in welcher sich die derzeitige (halbwegs austrophile) Regierung befindet; ich habe in meiner Berichterstattung bemerkt, es müßte rasche Hilfe von der Monarchie und dem Dreibunde kommen, damit Bulgarien im Fahrwasser der Monarchie bleiben und damit die Regierung wenigstens in dieser Richtung auf einen positiven Erfolg hinweisen könne.

Ist jedoch Bulgarien gezwungen, die Anleihe in Frankreich aufzunehmen, so muß dies seitens Bulgariens über Rußland geschehen. Die Folge davon ist ein völliges Abschwenken Bulgariens in das russische Fahrwasser, und die Monarchie sowohl als auch der Dreibund haben ihre Rolle in Bulgarien auf immer ausgespielt.

Erst gestern erfuhr ich von einem Vertrauensmann, daß man von russischer Seite dem König erneuert das Messer an die Kehle setzte und verlangte: die Absetzung des russophoben Kabinetts; geschieht dies nicht, so wird Rußland Sorge tragen, daß Bulgarien in Frankreich keine Anleihe machen kann.

Rußland verlangt kein ausgesprochen russophiles Ministerium, da es weiß, daß dies unmöglich, aber es wünscht eventuell ein Ministerium Malinow.

Dies wäre der erste Schritt zum ausgesprochenen Russophilismus.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Überläßt nun unser Ballplatz, der anscheinend schwer eine Entscheidung treffen kann, auch Bulgarien den Russen, so ist ein Wiederaufleben des Balkanbundes — in verstärkter Auflage — vielleicht einschließlich Rumäniens nicht völlig von der Hand zu weisen.

Hat sich in Bulgarien wieder ein russophiles Ministerium eingesetzt, so wird dieses Rußland vollkommen gefügig sein und ein erneuertes Bündnis mit den serbischen Brüdern eingehen. Kommt Bulgarien wieder in russische Hände, so wird Rußlands Einfluß es nahezu zu einer russischen Provinz machen."

Der Bericht schildert dann die bedrängte Lage Bulgariens und meint:

„Ich glaube daher, daß Bulgarien gewiß leicht an uns gebunden werden könnte und dann auch an der Monarchie festhalten würde."

Man erinnere sich der russisch-bulgarischen Militärkonvention vom Dezember 1909, deren Artikel I Bulgarien verpflichtete: „Im Falle eines gleichzeitigen bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien oder mit Österreich-Ungarn und Rumänien — ungeachtet dessen, wer die Initiative zu diesen Zusammenstößen ergriffen haben sollte — seine gesamten Streitkräfte zu mobilisieren" und die kriegerische Aktion nicht eher einzustellen, „als bis die russische Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben haben sollte".

Man erinnere sich ferner des bulgarisch-serbischen Vertrages vom 29. Feber 1912 und der ihm angeschlossenen Militärkonvention, deren

Artikel III Bulgarien verpflichtete, im Kriegsfall zwischen Österreich-Ungarn und Serbien 200.000 Mann auf serbisches Gebiet zum Kampf gegen Österreich-Ungarn zu entsenden. (Vergleiche Zweiter Band, Seite 421.)

Zwar hatte der Balkankrieg einen scharfen Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien geschaffen, aber unter russischer Einflußnahme war manches wieder möglich.

Serbien.

Serbien kamen diese unausgeglichenen Konflikte am Balkan nicht sehr gelegen. Es hätte der Freiheit und der Ruhe nach dieser Seite bedurft — denn es hatte weit Größeres im Auge: die Schaffung Großserbiens auf Kosten der ö.-u. Monarchie. Es wollte daher den ehesten Ausgleich der untergeordneten Fragen, um alle seine Anstrengungen auf dieses große Ziel vereinigen zu können. Auf dieses war es bei allen Abmachungen bedacht, ihm galt auch die energische Entwicklung von Serbiens Wehrmacht. Bezogen sich die Vereinbarungen mit Griechenland und Rumänien zunächst wohl noch auf den Balkan, so waren sie doch in weitblickender Weise hauptsächlich gegen Österreich-Ungarn gerichtet. Rumänien zum Feind des Dreibundes umzustimmen, Rußlands Hilfe sich zu sichern, unbekümmert darum, daß dies den Weltkrieg zur Folge haben müsse, die Entente für sich zu gewinnen, dabei auf Italiens Abfall vom Dreibund rechnend, Österreich-Ungarn aber mit einer skrupellosen Propaganda zu unterwühlen — waren die Leitlinien seiner Politik. Ganz wesentlich gefördert wurden diese Tendenzen durch den Offiziersbund (crna ruka = schwarze Hand) und der vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Vereinigung: narodna odbrana.

Wenn die serbische Regierung auch nach außen hin bemüht war, ihr Zusammengehen mit diesen Verbindungen in Abrede zu stellen, so mag das glauben, wer da will. Tatsache aber ist, daß ihr dieses Wirken nicht verborgen war und damit fällt die Verantwortung auf sie. Über das Doppelspiel der „offiziellen" und der „nichtoffiziellen" Politik ließ sich wohl kein Kind mehr täuschen, es hätte große Einfältigkeit dazu gehört.

Vor allem zielte Serbien auf die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina ab.

So wie Rußland seine nur auf Machterweiterung gerichteten Kriege gegen die Türkei unter dem Deckmantel der Christenbefreiung führte, wählte Serbien für seine aggressiven Machtbestrebungen die Maske der Erlösung der slawischen Brüder!

Man frage jetzt Kroaten und bosnische Moslims, wie sie über diese Erlösung denken.

Die Welt aber ließ sich düpieren oder tat wenigstens so, als ob sie an Serbiens selbstlose Mission glauben würde, es diente ja den Zielen von Österreich-Ungarns Gegnern.

Das damalige Stadium der serbischen Politik ist am treffendsten durch den schon öfter zitierten Ausspruch gekennzeichnet: „La première manche est gagnée, maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche"*). Er findet eine Ergänzung in den Äußerungen, die Herr Pašić in Marienbad Herrn Dr. Bogičević gegenüber getan hat**) und in dem Bericht, den der serbische Ministerpräsident über seine Audienz beim Zaren am 2. Feber 1914 erstattet hat***). Ich entnehme ihm folgende Stellen:

„Vor allem dankte ich (Pašić) ihm (dem Zaren), daß ich so glücklich war, eine Audienz zu erhalten, um persönlich den Dank des serbischen Königs und des serbischen Volkes für die Unterstützung zu überbringen, die uns Rußland während der ganzen Zeit der Balkankrise gewährt hat, und dafür, daß es Wache stand und auf diese Weise die Einmischung Österreichs in den Balkankrieg verhinderte."

Nachdem der Bericht anführt, daß sowohl der Zar als Pašić das kriegerische Vorgehen Bulgariens gegen Serbien verurteilten und die Schuld auf König Ferdinand von Bulgarien geschoben hatten, fährt der Bericht fort:

„Hierauf fügte ich hinzu, daß wir unserseits mit ihnen (den Bulgaren) nicht schmollen (?) dürfen, sondern bedenken müssen, wie die Einigkeit Serbiens und Bulgariens beiden nützlich sein wird und daß vielleicht eine Zeit kommt, wo man Bulgarien noch etwas nachgeben könnte, wenn es bei der Lösung der serbisch-kroatischen Frage behilflich sein wollte. Darauf fragte der Zar, wie viel Serbokroaten in Österreich-Ungarn leben, und was sie jetzt glauben und wünschen. Ich antwortete ihm, über sechs Millionen, und sagte ihm, wo sie leben. Ich sagte ihm auch von den Slowenen, daß sie zu den Serbokroaten gravitieren und sich die serbokroatische Sprache aneignen werden, weil ihre Mundart schlecht ist und sie längst ihre nationale Selbständigkeit verloren haben; dann sagte ich ihm, daß sich gerade jetzt ein Slowene in Petersburg aufhalte, der an der Gründung einer südslawischen Bank

---

*) Siehe Zweiter Band, Seite 419; Dritter Band, Seite 448 und 506.

**) Siehe Zweiter Band, Seite 419. Siehe auch Dritter Band, Seite 24.

***) Bogičević, Kriegsursachen, Seite 170 u. ff.

arbeitet und auch die russischen Banken dafür gewinnen will. Dem Zaren war das sehr lieb und er sagte, wie nötig es wäre, daß sich die russischen Banken mehr für die slawischen Länder interessieren würden und daß es gut wäre, wenn Hribar mit seiner Mission Erfolg hätte.

Ich erzählte dann dem Zaren, welcher Umschwung sich bei den Slawen in Österreich-Ungarn vollzogen hat, wie zahlreiche Starčević-Anhänger, welche früher das Heil von Österreich erwarteten, jetzt einsehen, daß ihnen dieses Heil nur von Rußland oder Serbien kommen könne und daß sie die Gelegenheit kaum erwarten können, ihre Wünsche erfüllt zu sehen; und dann sagte ich ihm, daß, soviele Gewehre wir haben werden, soviele Soldaten wir aus jenen Ländern bekommen werden." — — — —

Weiters:

„Dann fragte er (der Zar), wieviel Soldaten Serbien jetzt aufstellen könne. Serbien hat, sagte der Zar, die Welt damit überrascht, daß es 400.000 Mann marschieren ließ. Ich antwortete: »Wir glauben, eine halbe Million gut bekleideter und bewaffneter Soldaten aufstellen zu können.« »Das ist genügend, das ist keine Kleinigkeit, damit kann man viel ausrichten.«"

Herr Pašić berichtet dann, daß er dem Zaren die Bitte König Peters vorgetragen habe, seinen Sohn mit einer Zarentochter zu verheiraten. Der Zar habe die Bitte freundlich aufgenommen, aber beigefügt: er habe das Prinzip, seinen Kindern die Entscheidung des Herzens zu überlassen, und er wünsche nicht, sie in der Wahl ihres künftigen Lebensgefährten zu beeinflussen. — — — —

Der Bericht fährt fort: „Sodann sprachen wir von anderen Dingen, nachdem ich gesagt hatte: »Wenn es uns beschieden ist, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathie des ganzen serbischen Volkes genießen, und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen, serbisch-kroatischen Volkes werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz werden die ganze Balkanhalbinsel umfassen.«

Der Zar hörte meine Worte mit sichtlicher Freude an. Der Eindruck dieses ganzen Momentes war ein guter."

Der Bericht schließt mit dem Ausspruche des Zaren:

„Für Serbien werden wir alles tun, grüßen Sie den König und sagen Sie ihm (russisch): Für Serbien werden wir alles tun."

Dieses Programm war deutlich! Es ging Österreich-Ungarn an die Existenz.

In einem Berichte an den Minister des Äußern vom 10. Feber 1914 über die Neuorganisation der montenegrinischen Wehrmacht durch Rußland wehrt sich der russische Geschäftsträger Obnorski in Cetinje gegen den Versuch Serbiens, auch serbische Instruktoren in die montenegrinische Armee zu bringen, und schreibt:

„Diese Versuche erscheinen mir sehr seltsam, nachdem Herr Pašić unseren Gründen bezüglich der Notwendigkeit, die montenegrinische Armee unter unserer Mitwirkung zu organisieren, zugestimmt hat (siehe Telegramm Hartwigs vom 17. November 1913, Nr. 1390), und ganz unerklärlich von einem in politischen Geschäften so erfahrenen Mann, wie es der Chef des Belgrader Kabinetts ist, der nicht umhin kann, anzuerkennen, wie schwierig die Verwirklichung dieses Gedankens bei der jetzigen politischen Konstellation ist, wenn er nicht etwa mit der östlichen Politikern eigenen Hinterlist und Gleichgültigkeit in der Wahl von Mitteln unsere machtvolle Unterstützung in dem dann unvermeidlichen und gewiß vorzeitigen Kampfe Serbiens gegen die österreichische Monarchie auszunützen gedenkt“*).

Im Zusammenhang mit dieser großserbischen Politik stand auch das Bestreben Serbiens, die Union Serbiens und Montenegros unter einer Dynastie, bei Ausschaltung der montenegrinischen, herbeizuführen. Auch Rußland förderte diese Bestrebung. (Siehe später.)

Daß der am 14. März in Belgrad geschlossene Friede das feindselige Verhältnis zur Türkei beendete, erscheint schon früher angeführt.

Am 13. Jänner hatte ich aus sehr verläßlicher Quelle erfahren, daß Serbien 550.000 Gewehre bestellt habe. Diese Ziffer läßt einen Rückschluß auf die Infanteriestärke der serbischen Wehrmacht zu. Sie repräsentiert das Minimum für den Fall, daß Serbien alle Fußtruppen mit dem neuen Gewehre bewaffnen wollte. Viel wahrscheinlicher erschien jedoch, daß die neuen Waffen nur für das Operationsheer bestimmt seien, die Formationen rückwärtiger Linie aber mit älteren Modellen bewaffnet würden. In Abschlag zu bringen wäre nur ein gewisser Prozentsatz als Reservevorrat.

Die daraus sich ergebenden Daten stimmen mit den vorangeführten Angaben, die Herr Pašić dem Zaren hinsichtlich der zukünftigen Stärke des serbischen Heeres gemacht hat. (Eine halbe Million.)

---

*) Bogičević, Kriegsursachen, Seite 125.

Montenegro.

Montenegro war erschöpft durch den vorangegangenen Krieg; seine Aspirationen auf albanische Gebiete waren nicht befriedigt; es schien, als ob König Nikita seine darauf abzielenden Pläne noch weiter verfolgen wollte, sei es im friedlichen Ausgleich mit den Albanesen, sei es gewaltsam. Ihm und seiner Dynastie drohten aber die Unionsbestrebungen zwischen Serbien und Montenegro, die auch unter russischer Patronanz standen. Rußland hatte auch die Neuorganisation des montenegrinischen Heeres in die Hand genommen.

Am 17. Jänner besuchte mich ein Herr A . . . ., der aus Skutari und Cetinje kam, wo er Beziehungen hatte. Er behauptete, daß zwischen Montenegro, Serbien, Griechenland und Italien sich etwas vorbereite und wir Italien nicht trauen sollten. Die Verhältnisse für die montenegrinische Dynastie stünden schlecht, die Partei, die König Peter von Serbien zum Regenten wünsche, sei überwiegend, zudem sei im montenegrinischen Königshause ein Zwist zwischen Kronprinz Danilo und seinem Bruder Mirko ausgebrochen, der Danilo aus dem Sattel heben wolle. König Nikita hätte das Gefühl, daß er vor die Türe gesetzt würde.

König Nikita hatte nicht so Unrecht!

In seinem Bericht vom 2. Feber 1914 über die Audienz beim Zaren sagt Herr Pašić:

„Über Montenegro sagte er (der Zar) mir, er wisse, daß dort das ganze Volk auf unserer (der serbischen) Seite stehe und die Vereinigung mit uns wünsche. Ich erzählte ihm, was zur Zeit des Krieges und später getan wurde und was der montenegrinische Gesandte in Belgrad, Mijusković, darüber spricht, und daß Mijusković darüber mit dem König sprechen werde und daß er ihm raten werde, daß er selbst, solange es noch Zeit sei, die Frage der Personalunion mit Serbien anregen möge, da nach seinem Tode (nämlich des Königs Nikolaus) die Sache schwierig und für die ganze Dynastie gefährlich werden könnte“*).

Indessen unterstützte Rußland die Entwicklung der montenegrinischen Wehrmacht, die sich kaum gegen jemand anderen als Österreich-Ungarn oder Albanien richten konnte.

Laut Bericht des russischen Geschäftsträgers Obnorski in Cetinje vom 10. Feber 1914 an den Minister des Äußern in Petersburg**)

---

*) Bogičević, Kriegsursachen, Seite 175.

**) Bogičević, Kriegsursachen, Seite 122.

waren für Unterhaltung und Versorgung des montenegrinischen Heeres jährlich 4 Millionen Rubel, für die Instrukteure 500.000 Rubel, für Artillerie- und Kriegsmaterial 15 Millionen Rubel veranschlagt. Es sollten sechs Divisionen mit einem Kriegsstand von 50.000 bis 60.000 Mann gebildet werden.

Rußland schuf sich damit in Montenegro ein Armeekorps, das es jederzeit gegen B. H. D., insbesondere auch gegen den so wichtigen ö.-u. Kriegshafen Cattaro ansetzen konnte.

Am 16. Feber nachmittags waren vom Militärattaché in Cetinje Telegramme eingelangt, die einen Putsch Montenegros gegen Albanien vermuten ließen, angeblich vereint mit Serbien.

Bei der Unberechenbarkeit der Balkanvorgänge war Vorsicht immerhin geboten.

Ich gab am 17. Feber Weisungen an das Operationsbureau dahingehend, daß man sich vor allem klar werden müsse, ob es sich nur um einen lokalen „Balkanrummel" handle oder ob die Aktion Montenegros das Zündholz wäre, mit dem Rußland den großen Krieg entfachen wolle. Je nachdem müsse man abwarten und sich freie Hand bewahren oder sich sofort mit Deutschland und Italien verständigen.

Scheitere der Putsch an dem Widerstand der Großmächte, so sei die Sache erledigt. Für alle Fälle müsse man alle Kräfte außer dem 15. und 16. Korps für den etwaigen Krieg gegen Serbien oder den großen Krieg bereithalten. Übrigens scheine es, daß Rußland und Frankreich dermalen noch nicht gewillt seien, den großen Krieg zu provozieren, obgleich die faktischen Maßnahmen Rußlands in den Grenzbereichen darauf hindeuteten, daß sich Rußland für eine Aktion gegen die Monarchie bereit mache. Ich resumierte:

Zunächst abwarten, aber den diplomatischen und militärischen Informationsdienst aufs höchste anspannen;

mit Deutschland und Italien sich sofort verständigen;

alle Mobilisierungsvorsorgen eingehend überprüfen, Mängel sofort beheben;

die bereits vorgeschlagene turnusweise Reservisten-Einberufung durchführen.

Am 17. Feber eingelangte Telegramme zerstreuten die Besorgnisse und meldeten, daß die Albanesenstämme Hoti und Gruda durch eine Deputation in Cetinje ihrem neuen Vaterland (Montenegro) Treue und Ergebenheit ausdrücken ließen.

Am 9. März erhielt ich durch den Militärattaché in Cetinje Nachrichten, die ich Graf Berchtold durch folgendes Schreiben bekanntgab:

„Aus sehr gut orientierter Quelle erhalte ich folgende Nachrichten aus Montenegro:

In Cetinje kursiert das Gerücht, daß Rußland dem König Nikolaus den ganz positiven Vorschlag gemacht habe, freiwillig zu Gunsten Serbiens abzudanken. Dem König soll ein standesgemäßer Aufenthalt in Rußland und eine Lebensrente zugesichert worden sein.

Im Zusammenhang mit dieser Nachricht sind dem Gewährsmann von ernst zu nehmender Seite Andeutungen gemacht worden, daß Serbien im Falle seiner Vergrößerung durch den Anschluß Montenegros geneigt wäre, in Mazedonien größere Gebiete an Bulgarien abzutreten, um durch diese Konzessionen der bulgarischen Revanche-Idee den Boden zu entziehen.

Alle diese Umwälzungen am Balkan werden sich nach dem Berichte unter russischer Ägide abspielen und soll Rußland fest entschlossen sein, eine eventuelle Einmengung der Monarchie nicht zuzulassen. Man sei übrigens überzeugt, daß die Monarchie diesmal die vollzogenen Tatsachen wohl oder übel werde hinnehmen müssen, weil militärische Maßnahmen und Drohungen Österreich-Ungarns den Krieg gegen Rußland zur Folge haben müßten.

Ich füge dem bei, daß möglicherweise die für den April anberaumte sogenannte Probemobilisierung in Rußland mit diesen Vorgängen zusammenhängt, was den obigen Gerüchten eine gewisse Wahrscheinlichkeit verleiht.

Sollte die Fusion Montenegros mit Serbien erfolgen, so erscheinen dadurch wesentliche Interessen der Monarchie, und zwar vor allem auch militärische, tangiert und wäre das stets vertretene Prinzip durchbrochen, Serbien nicht an die Adria gelangen zu lassen.

An der Monarchie wäre es dann, den Küstenstreifen von Spizza bis zum Anschluß an Albanien für sich in Besitz zu nehmen. Dadurch wäre auch die so sehr erwünschte direkte Verbindung mit letzterem Staate geschaffen.

Ich bitte E. E., mich von Ihren diesbezüglichen Anschauungen und Absichten in Kenntnis zu setzen.

Wien, am 11. März 1914. Conrad m. p., G. d. I."

In einem Bericht vom 18. März, Res. Nr. 51/I, kennzeichnet der k. u. k. Militärattaché in Cetinje, Hauptmann Hubka, in nachfolgend

angeführten Stellen die prekäre Lage des montenegrinischen Fürstenhauses und die rege großserbische Aktion:

„In Ergänzung meines persönlichen Berichtes Res. Nr. 38/I vom 4. d. M. bitte ich E. E., auch die nachfolgenden Symptome zur Kenntnis bringen zu dürfen, welche erkennen lassen, daß in Montenegro staatliche Umwälzungen mit russischer Unterstützung vorbereitet werden. In der jüngsten Zeit sind einige Montenegriner, welche jahrelang in Rußland gelebt haben, hieher zurückgekehrt und haben der Skupschtina eine Reihe von Interpellationen teils überreicht, teils angekündigt, in denen über den Verbleib verschiedener russischer Schenkungen, Stiftungen u. dgl. Rechenschaft gefordert wird.

Das auf mehrere Jahrzehnte zurückreichende Beweismaterial, sowie ausreichende Subsistenzmittel werden den Interpellanten von Rußland geliefert; es ist klar, daß durch die erwarteten Enthüllungen nichts anderes bezweckt wird, als den König Nikolaus systematisch betriebener Unterschlagungen zum Nachteile des Volkes zu bezichtigen und ihn somit seiner letzten Anhänger zu berauben.

Gleichzeitig wird die großserbische Propaganda mit reichen, ebenfalls aus Rußland stammenden Mitteln fortgesetzt. Sie erstreckt sich in erster Linie auf die Intelligenz im Lande, auf die Popen, Lehrer, Beamten u. dgl., aber auch auf Kleinbauern und Gewerbetreibende, indem sie ihnen beweist, daß Montenegro als selbständiger Staat wirtschaftlich nicht bestehen könne, daß dem Ruin aller Steuerträger einzig und allein durch die Union mit Serbien vorgebeugt werden könne."

Und weiter:

„König Nikolaus, der jetzt sogar bereit wäre, eine Fahrt nach Kanossa zu unternehmen, um sich und seiner Dynastie die Gnade des Zaren wieder zuzuwenden, soll diesbezüglich aus Petersburg eine schroffe Ablehnung erhalten haben."

Damit stimmt nachstehende Stelle aus dem schon öfter erwähnten Bericht des Herrn Pašić vom 2. Feber 1914 über seine Audienz beim Zaren*):

„Der Zar kritisierte sehr heftig die Haltung Montenegros und sagte, daß Montenegro nicht aufrichtig handle, wie es auch jetzt im Einverständnisse mit Österreich sei, und wie er zufällig erst gestern von seinem Minister gehört habe, daß Montenegro irgendwelche Intrigen gegen Serbien und dessen Dynastie im Sinne habe und daß man daher achtgeben müsse, daß es nicht etwas Schlimmes anrichte."

---

*) Bogičević, Kriegsursachen, Seite 176.

Auch diese Details erweisen, wie Serbien mit Rußlands, und zwar auch des Zaren, Unterstützung an der Realisierung seiner großserbischen Bestrebungen arbeitete, die sich direkt gegen Österreich-Ungarn richteten.

Rußland.

Der schwerste Druck, der andauernd auf mir und meiner engeren, in die militärische Lage Europas eingeweihten Umgebung lastete, war die Erkenntnis, daß Rußland, nachdem die Zeiten seiner Schwäche ungenützt geblieben waren, nicht nur zusehends erstarkte, sondern auch in hastiger Eile Vorbereitungen betrieb, die auf die Absicht eines baldigen Krieges schließen ließen. Damit wurde es fraglich, ob Österreich-Ungarn die so sehr erwünschte Friedenszeit gegönnt sein würde, seine Heeresentwicklung, insbesondere die angebahnte Schaffung der Reservearmee vollends durchzuführen.

Zwar sprach man von russischen Kriegsabsichten in Asien (Armenien), aber alles deutete vielmehr darauf hin, daß diese nach dem Westen, gegen Deutschland und Österreich-Ungarn, gerichtet seien. Auch die ganze politische Agitation Rußlands auf dem Balkan wies darauf hin. Serbien, Montenegro und Rumänien sollten für die Sache Rußlands gewonnen und in Bulgarien wenigstens ein russophiles Ministerium ans Ruder gebracht werden. Die am 26. Jänner 1914 in Frankreich abgeschlossene Anleihe von 2½ Milliarden Francs bot Rußland reiche Mittel, und es war bekannt, daß der französische Generalstab es durchgesetzt hatte, daß diese Summen für Kriegsvorkehrungen im Westen, vornehmlich auch den Bau strategischer Bahnen, verwendet wurden.

Was diese Sorge erhöhte, war die Unklarheit über die Vorgänge in Rußland. Die minimalen Geldmittel und diplomatische Rücksichten beschränkten den Kundschaftsdienst*). Man stand vor einer hohen, undurchdringlichen Mauer und wußte nur, daß sich dahinter etwas vorbereite. So fehlten auch Daten über den Herantransport der sibirischen Truppen, obgleich dieser, wie sich erst später herausstellte, bereits im Frühjahr 1914 begonnen hatte.

Am 8. Jänner war der k. u. k. Militärattaché in Petersburg, Hauptmann Prinz Hohenlohe, bei mir.

Er sprach die Vermutung aus, daß die Russen etwas gegen Armenien vorhätten, es dort im Frühjahr zum Krieg kommen dürfte und

---

*) Siehe Erster Band, Seite 449.

Rußland nur warte, bis sich der griechisch-türkische Konflikt entschieden hätte.

Ich: „Das bedeutet für uns keine wesentliche Entlastung. Höchstens ein Gewinn von drei Korps, mehr dürfte Rußland dazu nicht nehmen. Ist Rußland auch bereit, nebstbei den Hauptkrieg im Westen zu führen?"

Hohenlohe: „Ich denke: »ja«! Es werden wohl ernste Bedenken dagegen sein, da auch ein kleiner Krieg Störungen in die normalen Vorbereitungen bringt. Die Zurückhaltung der Reservisten wurde »geheim« erlassen. In der Garde in Petersburg ist plötzlich ein kriegerischer Geist erwacht. Bisher wußte sie, daß sie im Kriegsfalle in Petersburg bleiben würde, nun ist sie auch auf den Kriegsschauplatz bestimmt, speziell die Garde-Kavallerie-Division gegen Österreich-Ungarn. Der Großfürst äußerte: »Mein Regiment wird das erste sein, das gegen Österreich-Ungarn kommt.«"

Prinz Hohenlohe sagte, die Franzosen drängten die Russen zu einem offensiven Aufmarsch gegen Westen; die französische Militärmission hätte darauf eingewirkt, er wisse aber nicht, mit welchem Erfolge.

Ich: „Es interessiert uns, zu erfahren, ob und wo die Russen auch westlich der Weichsel etwas haben würden."

Hohenlohe: „Die französische Mission ist etwas verstimmt, weil ihr zu wenig gezeigt wird; sie ist von vielem, was sie gesehen hat, nicht erbaut."

Hohenlohe wies darauf hin, daß er nie zu den größeren russischen Manövern im Westgebiet geladen würde, während an den russischen Attaché in Wien zu allen größeren Manövern eine Einladung erginge; er bat um Reziprozität.

Ich billigte es und sagte, ich würde in Hinkunft um seine Teilnahme an größeren Manövern im Westen bitten, auf einen abschlägigen Bescheid aber mit der Nichteinladung des russischen Attachés zu unsern Manövern antworten.

Am 12. Jänner besuchte mich der Kommandant des 11. Korps (Lemberg), G. d. K. von Brudermann, und erwähnte, daß nach Mitteilung eines Gutsbesitzers aus der Gegend von Lublin Generale und Stabsoffiziere der Petersburger Garde-Kavallerie-Division und solche aus dem Kiewer Militärbezirk eine Übungsreise zwischen Bug und Weichsel durchgeführt und geäußert hätten, die Russen würden im Kriegsfall diesen Raum verschleiern und beim Vorgehen der Österreicher zurückgehen.

Die Übereinstimmung mit Hohenlohes Angaben war auffällig.

Zwischen Österreich-Ungarn und Rußland waren Grenzberichtigungen im Zuge. Am 14. Feber traf die russische Kommission zum Winteraufenthalt in Wien ein.

Über Rußlands rege Tätigkeit am Balkan ist schon gesprochen. Ein Schreiben des Militärattachés in Konstantinopel Res. Nr. 43 vom 9. Feber berichtet:

„In Durazzo hielt sich vor kurzem ein angeblich serbischer Untertan namens Dimitriew auf und versuchte unter den dort wohnenden Mazedoniern für ein unter Herrschaft eines russischen Großfürsten (Michael Alexandrowitsch) stehendes autonomes Mazedonien Propaganda zu machen. Auch in andern Orten der Balkanhalbinsel sollen ähnliche Agitationen wahrgenommen worden sein."

Diese Nachricht schien nicht ganz aus der Luft gegriffen; ich hatte auch eine Broschüre zugesandt erhalten, die für ein selbständiges Mazedonien plädierte.

Mit Bericht vom 15. Feber meldete mir der k. u. k. Attaché in Petersburg, daß er vom Kriegsminister General Suchomlinow empfangen worden sei und dieser ihm mitgeteilt habe, der an Stelle des Obersten Zankiewitsch neuernannte russische Militärattaché Oberst Baron Winecken glaube, in Wien mißliebig zu sein, da er vom Kriegsminister sehr verspätet und von mir gar nicht empfangen worden wäre. Ich richtete hierauf folgenden

Brief an den Militärattaché Hauptmann Prinz Hohenlohe:

„Wien, 18. Feber 1914.

Lieber Hohenlohe!

Ich bin Seiner Exzellenz General Suchomlinow sehr dankbar, daß er die Angelegenheit des Obersten von Winecken so offen und gerade aufgegriffen hat, und werde daher in nachfolgendem gerade so offen antworten.

Bei uns denkt niemand daran, daß Oberst von Winecken mißliebig sei, im Gegenteil, er hat bis jetzt überall nur einen sympathischen Eindruck gemacht; daß wir nach den Erfahrungen der letzten Jahre vorsichtig und nach der Verschlossenheit, die unser Militärattaché in Rußland findet, etwas zurückhaltend sind, kann uns wohl niemand verübeln.

Daß ich Oberst Winecken nicht empfangen hätte, ist mir absolut nicht erinnerlich; möglicherweise fiel seine Absicht, mich aufzu-

suchen, in jene Zeit (im Herbst), während der ich von Wien abwesend war.

Seither war Winecken aber sowohl zur ersten Vorstellung als auch bei sonstigen Anlässen hier, so erst kürzlich mit den drei russischen Herren, die zur Grenzregulierungskommission gehören. Ich bitte Sie, dies gelegentlich Seiner Exzellenz Suchomlinow mitzuteilen und grüße Sie bestens als Ihr ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Das Charakteristische der militärischen Lage Rußlands zu dieser Zeit läßt sich in folgendem zusammenfassen: Nach Beendigung der Balkanwirren schritten alle Mächte mit erhöhtem Eifer an die Ausgestaltung ihrer Wehrmacht. Während sich diese Bestrebungen aber bei den Mittelmächten im Rahmen einer allgemeinen, nicht auf einen bestimmten Termin gestellten Maßnahme hielten, traf Rußland Vorkehrungen, die auf die Absicht eines nahe bevorstehenden Krieges deuteten. Unter dem Namen von „Probemobilisierungen" begann es bereits im Feber mit der Einberufung seiner Nichtaktiven, die es aber, wie sich später herausstellte, nicht mehr entließ. Auch hatte es, wie allmählich durchsickerte und wie es sich in der Folge gleich bei Kriegsbeginn bestätigte, schon im Frühjahr mit dem Herantransport seiner asiatischen Truppen begonnen.

Albanien.

Das Bemühen Österreich-Ungarns, als Gegengewicht gegen das mächtig angewachsene Serbien einen selbständigen lebensfähigen albanesischen Staat zu gründen, war auf der Londoner Konferenz durchkreuzt worden.

Die Mächte der Entente hatten zu Gunsten ihrer künftigen Alliierten Serbien und Montenegro und zu Gunsten Griechenlands wichtige, von Albanesen besiedelte Gebiete diesen Staaten überwiesen und schon dadurch die Lebensfähigkeit Albaniens untergraben. Zudem sollte die Serbien dienende Donau—Adria-Bahn das Land durchqueren. Für den gebliebenen Rumpf einigten sie sich, den Fürsten Wilhelm von Wied zum Fürsten von Albanien zu ernennen. Eine von Essad Pascha geführte Deputation bot ihm in Neuwied die Krone an, die er annahm. Ein von den Großmächten gebotenes Darlehen von 75 Millionen Francs sollte die ersten Auslagen für die Schaffung des neuen Staates decken. Dieser Schaffung stellten sich aber alsbald

mannigfache Schwierigkeiten entgegen. Die Rivalität zwischen Österreich-Ungarn und Italien, das vor allem sein Auge auf Valona gerichtet hatte, das Widerstreben der Mohammedaner gegen einen christlichen Fürsten, dem sie einen Moslim und selbst die Herrschaft des Sultans vorgezogen hätten, das Streben Griechenlands, das noch die Albanien zugesprochenen Gebiete von Argyrokastro, Kolonia und Premeti besetzt hielt, sich albanesisches Gebiet zu sichern, endlich die Intrigen albanesischer Parteiführer, insbesondere die falsche Rolle Essad Paschas, gehörten hiezu.

Standen die Mächte der Entente und auch Italien den Interessen Österreich-Ungarns feindlich gegenüber, so hatte sich Deutschland nie warm dafür eingesetzt, sei es aus dem Streben, den Frieden zu erhalten, sei es aus Rücksicht für die Ansprüche Griechenlands.

Am 8. Jänner eingelangte Berichte aus Albanien schilderten die dortigen Zustände chaotisch; das Verbot in Skutari, das noch international besetzt war, die Nationalflagge zu hissen, hätte sehr verstimmt. Ich äußerte damals: „Fürst Wied wird nicht sehr auf Rosen gebettet sein" und besprach hierauf die Schaffung einer albanesischen Wehrmacht, an der wir ein ebenso großes Interesse hätten wie Albanien selbst.

Am 13. Jänner stellte ich nachstehenden Antrag:

„Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 87.

An den Minister des Äußern Grafen Berchtold.

Die militärische Situation in Europa charakterisiert sich derzeit dadurch, daß schon in den nächsten Jahren mit dem Ausbruch eines neuerlichen Balkankrieges oder auch einer großen europäischen Konflagration gerechnet werden muß.

In einem solchen Falle wäre naturgemäß auch Albanien in Mitleidenschaft gezogen. Dieses Land ist allerdings auf der Londoner Konferenz unter der Garantie der Großmächte neutralisiert worden. Im Kriege entscheidet jedoch nur die Macht und es ist klar, daß, wenn bei einer europäischen Verwicklung der Dreibund unterliegt, auch die Aufteilung Albaniens unter seine Grenznachbarn eine der natürlichen Folgen sein müßte.

Es ist daher für Albanien eine Lebensfrage, über militärische Machtmittel zu verfügen.

Die eingangs erwähnten, durch die allgemeine Rüstungstätigkeit erhärteten Tatsachen weisen darauf hin, daß die Schaffung einer Wehr-

macht in Albanien zu den wichtigsten und dringendsten Aufgaben gehört, welche den neuen Fürsten erwarten.

Für die Gründung eines selbständigen Albanien war wesentlich die Schaffung einer solchen Wehrmacht maßgebend, weil dieselbe für die Monarchie einen wesentlichen Faktor im Kraftkalkül bilden wird, da sie befähigt wäre, serbisch-montenegrinische Streitkräfte zu binden. Mehrjährige intensive militärische Tätigkeit vorausgesetzt, wäre Albanien immerhin imstande, zirka 80.000 wehrfähige Männer ins Feld zu stellen.

Es wäre verfrüht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen detaillierten Organisationsplan für die albanesische Wehrmacht entwerfen zu wollen. Ich möchte es jedoch nicht unterlassen, in einigen grundlegenden Fragen E. E. meine Ansichten mitzuteilen und auch anzudeuten, in welcher Weise die Schaffung einer albanesischen Wehrmacht begonnen werden könnte.

Die Wehrmacht Albaniens muß, wenn sie nicht auf die Dauer eine Quantité négligeable bleiben will, derart organisiert werden, daß sie der Qualität nach den Streitkräften Serbiens und Griechenlands möglichst ebenbürtig werde.

Es schiene mir daher verfehlt, wenn für Albanien ein reines Milizsystem, wie zum Beispiel in Montenegro, oder aber die Organisierung des Heeres in Anlehnung an die aufzustellende Gendarmerie geplant würde. Meiner Ansicht nach wäre unbedingt ein stehendes Heer mit etwa zweijähriger Dienstzeit anzustreben. Eine derart organisierte Wehrmacht wird auch das beste Mittel sein, die Einheit des Fürstentums in allen Volksschichten deutlich zum Ausdruck zu bringen und das Nationalbewußtsein und die Loyalität zu heben. Bei den gegenwärtig äußerst primitiven Verhältnissen im Lande fallen dem Heere auch sehr große kulturelle Aufgaben zu, die sich nur dann lösen lassen, wenn die ganze wehrfähige Jugend durch ein bis zwei Jahre unter den Fahnen dient. Im Anschluß an die militärische Ausbildung wird ein elementarer und landwirtschaftlicher Unterricht am Platze sein, die Truppen werden an Kommunikationsbauten teilnehmen etc. etc.

Für den Fürsten wird eine aus ausgewählten längerdienenden Berufssoldaten zusammengesetzte Truppe, eine Art Leibwache oder Garde, erforderlich sein. In erster Linie ist es notwendig, für die Organisierung der Infanterie und von Maschinengewehrabteilungen, sowie für Gebirgsartillerie vorzusorgen. An technischen Truppen (Pioniere, Sappeure, Telegraphentruppe etc.) wird für den Anfang ein geringer Kader genügen müssen.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes wird der präsenten Wehrmacht sehr enge Grenzen ziehen. Es erscheint mir daher ganz unerläßlich, daß Albanien auf absehbare Zeit auch für militärische Zwecke ausgiebig subventioniert werde.

Besondere Vorsorgen werden für die Schaffung eines wenigstens zur Not geeigneten Offiziers- und Unteroffizierskorps notwendig werden, namentlich dann, wenn man im Kriegsfall die gesamte wehrfähige Bevölkerung auch tatsächlich bewaffnen und in organisierten Verbänden verwenden will.

Die in Albanien etwa vorhandenen Reste der ehemaligen türkischen Truppen sind als Basis für eine mitteleuropäischem Muster nachstrebende Heeresorganisation unbrauchbar, und es ist bei Berücksichtigung aller Umstände vollständig klar, daß eine ausgiebige auswärtige Mithilfe unerläßlich ist. Als solche kommt wohl nur jene durch den Dreibund, eventuell auch mit Ausschluß von Deutschland, in Betracht.

Zur Schaffung dieser Grundlagen und zur Ausbildung der ersten Instruktionskaders ist die Entsendung einer Offiziersmission, ähnlich wie die deutsche Militärmission für die Türkei, nach Albanien notwendig, jedoch in einem erweiterten Maße hinsichtlich der unteren Chargen.

Österreich-Ungarn ist der einzige Militärstaat Mitteleuropas, welcher die Erfordernisse einer Balkan-Gebirgsarmee, wie sie Albanien benötigt, durch jahrzehntelange Erfahrungen eines ansehnlichen Teiles seiner Wehrmacht, nämlich der Truppen in B. H. D., von Grund aus kennt.

Für die Organisierung der albanesischen Streitkräfte kann demgemäß aus sachlichen Gründen in erster Linie nur eine ö.-u. Offiziersmission in Betracht kommen.

Ich verkenne jedoch nicht, daß aus politischen Rücksichten Italien den Wunsch haben wird, bei einer solchen Aktion beteiligt zu sein, und daß demgemäß auch mit der Heranziehung italienischer Offiziere gerechnet werden muß.

Hiebei wäre eine etwa von Italien angeregte Teilung in territoriale Interessensphären aus zahlreichen gewichtigen Gründen unzulässig und auch sachlich schlecht, da sie eine Zweiteilung der albanesischen Armee zur Folge hätte.

Nach Möglichkeit hätte jedoch der Monarchie die Führung und Leitung der Militärmission zuzufallen und hätten unsere Ausbildungsvorschriften und Reglements maßgebend zu sein.

Den italienischen Interessen könnte vielleicht dadurch entsprochen werden, daß die Ausbildung bestimmter Waffengattungen, zum Beispiel der Gebirgsartillerie, ganz einer italienischen Militärmission zufiele.

Die finanzielle Basis könnte fürs erste dadurch geschaffen werden, daß die von der Monarchie und von Italien der albanesischen Regierung zugedachten Subventionen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt gewidmet werden, einen Teil derselben militärischen Zwecken zuzuwenden.

Ich bitte E. E., meine Darlegungen einer geneigten Würdigung zu unterziehen, zu der beantragten Aktion die prinzipielle Zustimmung Seiner Majestät einzuholen und sodann angesichts der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage ohne Verzug die weiteren einleitenden Schritte zu tun.

Ich bitte E. E. ferner, mich über diese Angelegenheit orientiert zu halten und in allen Fragen militärischer Natur, die hiebei zur Erörterung kommen könnten, im Einvernehmen mit mir vorgehen zu wollen.

Schließlich sei es mir gestattet, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Schaffung einer Wehrmacht in Albanien einerseits für dieses an drei feindlich gesinnte Staaten grenzende Land geradezu eine Existenzfrage bildet, anderseits jedoch auch für die Monarchie bei jedem Balkankonflikt von größter Bedeutung ist. Die fortdauernde Spannung in der militär-politischen Situation macht diese Angelegenheit zu einer äußerst dringenden; die bevorstehende Thronbesteigung des Fürsten bietet die Gelegenheit zu ihrer Klärung, und es muß betont werden, daß durch jede Verzögerung uneinbringliche Zeit verloren ginge, was von den nachteiligsten Folgen begleitet sein kann.

Eine Abschrift dieser Note richte ich an die Militärkanzlei Seiner Majestät, an die Militärkanzlei des Generalinspektors der gesamten bewaffneten Macht und an das Kriegsministerium.

Genehmigen etc. etc.

Wien, am 13. Jänner 1914. Conrad m. p."

Am 17. Jänner teilte mir ein aus Skutari gekommener Ingenieur mit, daß in Albanien mohammedanischerseits gegen den Fürsten Wied agitiert wurde, auch erwähnte er, daß uns die Italiener dank der rührigen Tätigkeit ihres Konsulats in Albanien den Rang abgelaufen hätten.

Für den 12. Feber wurde Fürst Wied in Wien erwartet.

Am 11. Feber meldete sich der dem Fürsten für den Wiener Aufenthalt zugeteilte k. u. k. Oberst Mietzl (Militärattaché in Rom) bei mir. Ich instruierte ihn dahin, daß ich die Entsendung einer ö.-u. Militärmission mit Instruktionsoffizieren für die Armee nach Albanien wünsche, den k. u. k. Hauptmann von Clanner, der vollkommen italienisch, etwas albanesisch spräche und das Land kenne, in die Umgebung des Fürsten bringen möchte und als k. u. k. Militärattaché in Albanien den mir als besonders tüchtig bekannten Oberstleutnant von Lerch des Generalstabs ausersehen habe. Mietzl wolle dies fördern.

Am 13. Feber war ich einem Dejeuner beigezogen, das Graf Berchtold dem Fürsten Wied gab. Nach dem Dejeuner hatte ich eine Besprechung mit dem Fürsten.

Ich orientierte ihn, bemerkte, daß niemand ein so großes und aufrichtiges Interesse an Albanien habe wie wir, und bat ihn, sich stets an uns zu wenden. Ich wies auf die Notwendigkeit einer bewaffneten Macht hin und sagte: „Nehmen Sie sich ö.-u. Offiziere als Instruktoren.“ Auf den Einwand der Eifersucht der anderen Mächte, speziell Italiens, meinte ich: „Verteilen Sie die Instrukteure nach Waffengattungen, geben Sie uns die Infanterie und Kavallerie.“ Ich wies darauf hin, daß von den holländischen, für die Gendarmerie bestimmten Offizieren Thomsen den ö.-u. Interessen entgegen sei.

Fürst Wied: „Das Land braucht jahrelangen Frieden.“

Ich: „Die Ereignisse eilen schneller, als die eigenen Wünsche. Die Albanesen wollen die ihnen vorenthaltenen Gebiete zurückbekommen. Durchlaucht haben die große Aufgabe, tüchtige Soldaten zu schaffen.“

Charakteristik der Lage sei, daß Rußland und Frankreich treibend in die Politik eingriffen und über kurz oder lang eine große Sache ins Rollen kommen dürfte.

Ich habe dem Fürsten dann Hauptmann von Clanner und Oberstleutnant von Lerch empfohlen; beide seien verläßliche Männer, auf die er rechnen könne.

Fürst Wied: „Italien ist sehr loyal; es tut alles für Albanien.“

Ich: „Das wäre ja sehr gut.“ — Auch wir hätten das größte Interesse an einem unabhängigen freien Albanien, der Fürst möge sich an uns wenden, ich stünde ihm jederzeit zur Verfügung und würde trachten, seinen Wünschen zu entsprechen.

Die männlich-schöne, stattliche Erscheinung des Fürsten war ein Empfehlungsbrief. Er machte den Eindruck eines vornehmen, in den Anschauungen des preußischen Offiziers erzogenen Mannes; ob er

aber der skrupellose „Gewaltmensch“ sein würde, wie es am Balkan erforderlich ist, schien mir fraglich.

Ich fragte den Fürsten, ob er den Balkan, ob er speziell Albanien kenne. Als der Fürst dies verneinte, gestattete ich mir die Bemerkung: „Dann dürften Durchlaucht einige Überraschungen erleben.“

Wie man in Rußland über Albanien dachte, zeigt nachstehende Stelle aus dem schon öfter zitierten Bericht des serbischen Ministerpräsidenten Pašić vom 2. Feber 1914 über seine Audienz beim Zaren:

„Er (der Zar) wundere sich über den Fürsten Wied, wie er sich zum Fürsten von Albanien habe wählen lassen können, da doch Albanien seiner Ansicht nach nicht lebensfähig sei und zwischen Griechenland und Serbien geteilt werden müßte. Vielleicht wird Albanien ein Zankapfel zwischen Österreich und Italien werden. Darauf äußerte ich (Pašić) meine Meinung, daß Italien und Österreich schon längst im Streite seien und daß sie das Bündnis nur aus Furcht vor einem kriegerischen Konflikt geschlossen hätten, und daß sie sich auch jetzt nur aus Angst vor einem Kriege untereinander zu einer gemeinsamen Okkupation von Valona entschlossen haben dürften“*).

Als Kandidat für den albanesischen Thron war auch Izzet Pascha (der türkische Kriegsminister) aufgetreten.

Ein Bericht Res. Nr. 43 vom 9. Feber des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel sagt hierüber:

„Das jungtürkische Komitee scheint sich über die Vorgänge in Valona**) vorläufig beruhigt und die weitere Agitation für Izzet Pascha momentan eingestellt zu haben. Die Verurteilung Bekirs hat keine besondere Aufregung hervorgerufen; die Presse begnügt sich, die Nachricht zu registrieren.

Enver Pascha sprach sich über Izzet in recht abfälliger Weise aus und kritisierte dessen Mangel an Energie und Entschlossenheit. Wenn man einen Thron gewinnen wolle, so dürfe man nach Ansicht Envers nicht ruhig in Konstantinopel sitzen bleiben! Izzet befindet sich vorläufig in Konstantinopel und beabsichtigt seine Auslandsreise erst dann anzutreten, wenn der Prinz von Wied in Albanien eingetroffen sein wird.“

---

*) Bogičević, Kriegsursachen, Seite 174.

**) Mißglückter Putsch zu Gunsten einer mohammedanischen Thronkandidatur.

Der Attaché meldet, daß das in Konstantinopel liegende k. u. k. Stationsschiff S. M. „Taurus“ für die Reise des Prinzen von Wied von Triest nach Durazzo bestimmt sei, so daß der Fürst unter ö.-u. Flagge in Albanien landen würde.

Am 16. Feber waren die schon erwähnten Telegramme aus Cetinje eingetroffen, die einen Putsch Montenegros gegen Albanien besorgen ließen, der aber nicht erfolgte. Am 17. Feber meldete ein Telegramm, daß die Albanesenstämme Hoti und Gruda, die zu Montenegro geschlagen wurden, diesem ihrem neuen Vaterland Treue gelobt hätten. (Vergleiche Seite 579.)

Am 28. Feber erhielt ich durch einen Brief des k. u. k. Militärattachés in Rom vom 25. Feber die ersten Anzeichen der Intrigen Essad Paschas. Sein Streben mochte vorerst darauf gerichtet sein, den Fürsten ganz in seine Gewalt zu bekommen und dadurch die erste Rolle in Albanien zu spielen, in der Folge aber darauf, den Thron für sich zu gewinnen. Italien aber wollte sich seinen Einfluß auf Albanien durch Essad sichern.

Oberstleutnant Graf Szeptycki schreibt:

„Anläßlich der Anwesenheit Essad Paschas in Rom konnte man genau feststellen, wie sehr die Italiener um die Gunst desselben buhlen.

Sie haben getrachtet, Essad vom Punkte seiner persönlichen Eitelkeit für sich zu gewinnen und dies ist ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach gelungen.

Wie groß die Gefahr gewesen sein muß, daß Essad vollends unter italienischen Einfluß gelange, ist dadurch gekennzeichnet, daß Sureja Bey, der Vater von Ekrem Bey, sofort aus Neapel nach Rom gekommen ist, um Essad zu beaufsichtigen und zu mäßigen.

Ich höre weiter, daß der Aufenthalt des Prinzen von Wied in Durazzo ausgeschlossen ist und daß es bereits eine abgemachte Sache ist, daß Wied sich in Tirana im Schlosse von Essad Pascha etablieren und hiemit vollkommen unter seinen Einfluß gelangen wird. Der schlaue Sureja Bey, der der einzige zuverlässige Freund Österreichs ist, hat sich anläßlich einer Geldvorstreckung an Essad von demselben die Hälfte des Schlosses in Tirana abtreten lassen, um auf diese Art die Kontrolle über Prinz Wied zu behalten.

Gute Bekannte des Prinzen von Wied sagen mir, daß er oft stützig ist; sollte er diese Eigenschaft als König vis-à-vis seinem zukünftigen Kriegsminister Essad herauskehren, so würde dies das Ende seiner Regierung bedeuten.“

Vorgreifend sei hier bemerkt, daß Prinz Wied trotz der mangelhaften Unterkunftsverhältnisse in Durazzo blieb; in Tirana wäre er Essads Gefangener gewesen.

Am 28. Feber besuchte mich Prenk Bib Doda, der bekannte Führer des katholischen Albanesenstammes der Mirditen. Der Inhalt meiner Besprechung mit ihm geht aus dem nachstehenden Schreiben hervor, das ich hierüber an Graf Berchtold richtete:

„Ich hatte eine längere Rücksprache mit einem albanesischen Notablen, die ich mir erlaube, Euer Exzellenz mitzuteilen. Man kann sich in Albanien nicht genug wundern, daß die Monarchie, welche so große Opfer gebracht hat, hinsichtlich Einflusses in den Hintergrund tritt, alles den übrigen Staaten überläßt.

Bei der kaum zu leugnenden Timidität des neuernannten Fürsten ist die große Gefahr vorhanden, daß er ganz in die Hand eines Mannes fällt, welcher dermalen Essad Pascha zu sein scheint.

Man müßte auf den Fürsten einwirken, daß er über den Parteien bleibe und auch mit denjenigen Elementen rechnet, die gerade nicht zur Partei des Essad Pascha gehören und gerade jene Bevölkerung betreffen, welche, katholischen Glaubens, die verläßlichsten Anhänger der Monarchie sind.

Man warnt insbesondere auch vor der Zulassung des rumänischen Einflusses des Prinzen und betrachtet in Albanien diesen Einfluß nicht als einen verläßlichen Faktor. Man ist der Ansicht, daß der Fürst jenem Einfluß, der am konstantesten und intensivsten auf ihn einwirkt, Folge geben wird, und besorgt, wenn dies nicht seitens der Monarchie geschieht, es zweifellos erfolgreich von anderer Seite geschehen wird. Zu dem kommt, daß man auch in kommerzieller, finanzieller und sonstiger Hinsicht gleichgültig der Initiative Italiens zusieht, welches, obgleich nicht beliebt, bei den Albanesen dank seiner Rührigkeit alle möglichen diesbezüglichen Beziehungen anknüpft und inauguriert.

Es wurde mir auch nahegelegt, daß das für die Monarchie immerhin verläßlichste Element die katholischen Albanesen seien, die man nicht vor den Kopf stoßen sollte.

Es wurde mir der Antagonismus gegen Serben und Montenegriner als ein unumstößliches Faktum hingestellt, an dem eine zeitweise Verständigung mit diesen beiden Nationen gar nichts ändern kann.

Es erscheine aus dieser Ursache geboten, unsern offiziellen Vertreter in Albanien anzuweisen, in welcher Richtung er wirken und auf den Fürsten konstant Einfluß nehmen soll.

Bei diesem Anlasse nehme ich erneuert Gelegenheit, E. E. die Dringlichkeit zu wiederholen, vom Fürsten direkt zu fordern, daß er für Heranbildung der Armee die Instruktoren der Hauptsache nach von der Monarchie anspreche."

Prinz Wied war mit seiner Frau (geborenen Prinzessin Schönburg) nach Albanien abgereist und landete am 5. März 1914 in Durazzo, von Essad im Namen des Landes begrüßt. Die Stimmung des Landes war aber keineswegs ungeteilt dem Fürsten zugewendet. Jene der Mohammedaner war gegen ihn gerichtet, was sich nur zu bald in einem Aufstand zeigen sollte.

Zum Ministerpräsidenten in Albanien wurde Turkhan Pascha gewählt. Diesen charakterisiert ein Bericht Res. Nr. 84 vom 23. März 1914 des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel, Oberst Pomiankowski:

„Die Ernennung Turkhan Paschas zum Ministerpräsidenten in Albanien hat in Konstantinopel nicht sehr befriedigt. Turkhan befürchtet auch, daß die Pforte ihm möglicherweise Hindernisse bereiten könnte und verließ heimlich Konstantinopel, was hier natürlich einen sehr schlechten Eindruck machte.

Turkhan ist Südalbanese, hat das griechische Gymnasium in Janina besucht und später in Athen studiert. Er war Generalgouverneur auf Kreta und kennt von dort Venizelos. Seit zehn Jahren war er türkischer Botschafter in Petersburg.

Von ganz sicherer Seite erfahre ich, daß Turkhan seit jeher vollständig in russischem Solde steht. Auf der Pforte ist dies wohlbekannt, und sollte er jetzt abberufen und pensioniert werden, weshalb er — dies voraussehend — es vorzog, in albanesische Dienste zu treten.

Daß dieser Ministerpräsident in Albanien für die Interessen unserer Monarchie nicht günstig sein kann, ist klar."

Diese kurz skizzierten albanesischen Verhältnisse ließen es voraussehen, daß der zum ö.-u. Gesandten für Albanien ernannte Botschaftsrat Liman von Löwenthal eine sehr schwierige Stellung haben würde.

Epirus.

Eine weitere Komplikation trat hinzu. Wie schon erwähnt, hielten die Griechen noch die Gebiete von Argyrokastro, Kolonia und Premeti im Nordepirus besetzt, Gebiete, die Albanien zugesprochen waren. Als nun die Griechen im März 1914 diese Gebiete räumten, erklärte sich der Nordepirus unter Zographos als selbständige Republik. Die Absicht, auf diesem Wege die genannten Gebiete seinerzeit an Griechenland zu bringen, war unschwer zu erkennen. Die Lebensfähigkeit Albaniens hätte

dadurch einen weiteren schweren Schlag erlitten. Ich riet, Maschinengewehre mit Instruktoren, dann Mannlichergewehre den Albanesen zu senden, um es ihnen zu ermöglichen, den Aufstand im Keime zu ersticken.

Deutschland.

So wie Österreich-Ungarn trieb auch Deutschland den Gefahren entgegen, denen man weder durch eine große diplomatische, noch durch eine militärische Aktion zuvorgekommen war. Die Erkenntnis der zunehmenden Verdichtung dieser Gefahren und ihres unaufhaltsamen Herannahens, bei allmählicher Versperrung der Wege, ihnen zu entgehen, lag als schwerer Druck auf jenen, die verantwortungsvoll in die Zukunft zu blicken hatten.

Mochten die einen diese Gefahren noch in weiter Ferne wähnen, sie unterschätzen und auf das Glück vertrauen, mochten die andern sie noch größer erachten, als sie waren und ihrem baldigen Eintritt besorgt entgegensehen — die Gefahren waren unverkennbar da, wollte man auch noch so sehr die Hände vor die Augen halten. Blieb nur mehr das Losbrechen der Gefahren abzuwarten, so galt es doch, für dieses Losbrechen die militärische Lage so gut als möglich zu gestalten. Deutschland setzte alles daran, sich der aktiven Mitwirkung Italiens zu versichern, Österreich-Ungarn schloß sich ihm an — eine andere Wahl war nicht mehr geblieben. Beide sahen besorgt auf Rumänien, trachteten es am Bunde zu erhalten, glaubten aber immer weniger an diese Möglichkeit. Österreich-Ungarn suchte für Rumänien Ersatz in Bulgarien; ein Bemühen, dem Deutschland anfänglich zögernd, selbst widerstrebend gegenüberstand. Deutschland schien mehr auf Griechenland und die Türkei zu rechnen, obgleich es der militärischen Kraft des Osmanenreiches wenig vertraute.

Die Politik der letzten Jahrzehnte hatte die Allianz-Möglichkeiten auf diese Staaten reduziert; der Bund der Gegner war bereits zu fest gekittet, sie hatten ihre Ziele schon vereinbart, ihr militärisches Vorgehen abgemacht. Darüber war man nicht im Zweifel.

Demgegenüber war bei den Mittelmächten nach Schluß des Balkankrieges jene Stimmung eingetreten, die bei Verzicht auf eigene Initiative das Kommende passiv abwarten läßt.

Kam auch die Idee zur Sprache, daß ein früherer Austrag der europäischen Spannung günstigere Bedingungen gefunden hätte, so drang zum Schlusse doch die Erkenntnis durch, daß der Moment vorüber sei, diesen Austrag selbst hervorzurufen.

Am 4. Jänner war der deutsche Militärattaché Graf Kageneck bei mir, wir besprachen die allgemeine Lage. Graf Kageneck meinte, General von Moltke neige eher einer kriegerischen Lösung zu, die hohen Kreise seien jedoch entschieden für den Frieden. Mit Befremden sehe General von Moltke auf die Haltung Rumäniens, es werde zur Kontroverse mit Bulgarien kommen. Der König wolle sich sein Handeln für den großen Krieg freihalten.

Ich meinte, es gebe nur drei Möglichkeiten: entweder gar nichts zu unternehmen, das berge freilich die Gefahr des Versumpfens, oder den großen Krieg, dieser aber wäre ein Vabanquespiel, oder endlich den Krieg gegen Serbien allein. Bei einem ruhigen Verhalten Rußlands wäre dies wohl das Erwünschteste, denn besser ein Südslawien unter starker Hand, als ein selbständiges Großserbien.

Am 27. Jänner fand anläßlich der Geburtstagsfeier für Kaiser Wilhelm ein Dejeuner bei Erzherzog Friedrich und abends eine Hoftafel bei Seiner Majestät in Schönbrunn statt; auch Erzherzog Franz Ferdinand war für diesen Tag nach Wien gekommen. Die Toaste bewegten sich in den wärmsten Worten der Freundschaft und Bundestreue. Ich sprach mit dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky über die Orientbahnangelegenheiten. Er meinte, daß durch Deutschlands verfehltes Handeln die Franzosen darin die Oberhand gewonnen hätten.

Die schon früher erwähnten Berichte der Militärattachés aus Rom vom 27. Jänner und aus Konstantinopel vom 28. Jänner standen im Einklang mit dieser Mitteilung, sie führten an, daß Deutschland bei der Pforte momentan ausgespielt habe, Enver sogar von einer Annäherung an Rußland spräche, dann daß die Haltung der Dreibundmächte in der Inselfrage in der Türkei Entrüstung hervorgerufen habe.

Am 9. Februar sprach ich wieder mit Graf Kageneck. Er äußerte: „Die Italiener zögen sich sehr mit der Zusage der für den französischen Kriegsschauplatz beizustellenden Korps."

Ich: „Wenn es zum großen Krieg kommen sollte, werden sie sich nicht sehr anstrengen. Geht der Krieg gut aus, so machen sie ein Geschäft: Nizza etc. Geht der Krieg ungünstig aus, so werden sie der Entente sagen: »Wir haben euch ja gar nicht viel getan, gebt uns dafür Südtirol etc.« Daher muß Italien gebunden werden, die vereinbarten Korps zur Verfügung zu stellen."

Ich sagte dann, Deutschland müsse seine Augen gegen Rußland offen halten, Rußland sei gewillt, aktive Politik zu treiben und diese sei zweifellos gegen Westen gerichtet.

Graf Kageneck: „Ob Rußland wohl losschlagen wird?"

Ich: „Ich glaube eher »ja« als »nein«. Fast schiene es gut, wenn es bald losschlüge, denn besser wird unsere Lage nicht. Aber man muß sich klar sein, daß es sich um einen Kampf um »Sein« oder »Nichtsein« handelt. Wenn wir siegen, dann haben Deutschland und Österreich-Ungarn das Heft in der Hand; wenn nicht, dann geht es dem Deutschtum an den Hals. Es kommt die slawische Gefahr. Im Jahre 1908 war ich der einzige, der dies vorhergesehen und gesagt hat: »Los!« Aber über Wunsch Deutschlands ist die friedliche Politik eingeschlagen worden. Wäre ein deutscher Kaiser wie Wilhelm I., mit Bismarck an der Seite, gewesen, der eingesehen hätte, daß von der Lösung dieser ö.-u. Frage auch das Wohl Deutschlands abhängt, so wäre anders gehandelt worden."

In einer Audienz am 10. März (siehe später) besprach ich mit Seiner Majestät die Notwendigkeit, über die Gefahren der ganzen Lage sich mit Deutschland und Italien zu verständigen. Mit ersterem wäre dies bei dem bevorstehenden Besuch Kaiser Wilhelms in Wien möglich.

Die Nachrichten über die immer konkretere Formen annehmenden kriegerischen Maßnahmen Rußlands mehrten sich.

Am 16. März sprach ich darüber mit dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky und sagte, die Frage mit Rußland sei so ernster Natur, daß man sich fragen müsse, ob nicht ein früherer Austrag vorteilhafter wäre. Der Botschafter erwiderte: „Zwei Große sind dabei hindernd, Ihr Erzherzog Franz Ferdinand und mein Kaiser"; er fügte bei, daß beide nur gezwungen und einem fait accompli gegenüber sich zum Kriege entschließen würden, es müßte eine Situation sein, in der man nicht anders kann, als „losgehen".

Ich meinte, daß am Balkan stets Verwicklungen drohen, die eine solche Lage schaffen könnten, daß daher eine Aussprache unserer Staatsmänner notwendig sei, da man in allen Fällen sicher gehen müsse.

Die Sprache kam dann auf Rumänien.

Herr von Tschirschky: „Rumänien hat hoch und teuer versprochen, daß seine Sympathie für uns bestehe. Machen Sie nichts, was einer Vorbereitung gegen Rumänien gleichen könnte, denn wenn dies ruchbar würde, würde es in Rumänien dahin ausgelegt werden, daß das perfide Österreich-Ungarn gegen Rumänien rüstet*).

Ich: „Ja, wenn wir Rumäniens sicher wären, dann wäre ein Krieg gegen Rußland zu riskieren, natürlich müßten wir mit Deutschland rechnen."

Am 17. März überbrachte mir Graf Kageneck ein Schreiben General von Moltkes; es behandelte hauptsächlich militärische Fragen, ich habe

---

*) Siehe Seite 557.

es daher im folgenden bei Darlegung der konkreten Kriegsvorbereitungen aufgenommen. Hier sei daraus nur erwähnt, daß General von Moltke nicht an die nahe bevorstehende Herbeiführung eines Krieges durch Rußland oder Frankreich glaubte, daß er mit der Zurückhaltung Englands rechnete, die Trübung des Verhältnisses zu Rumänien bedauerte und Rumäniens Wiedergewinnung betrieb, daß er von der militärischen Macht der Türkei nichts hielt, Griechenland und Serbien für die lebensfähigsten Staaten am Balkan erachtete — Serbien für den weitaus gefährlichsten Gegner Österreich-Ungarns. Er bezeichnete es als fraglos, daß in der europäischen Atmosphäre eine ungeheure elektrische Spannung vorhanden sei, die zur Entladung dränge, und man wünschen müsse, daß der Ausbruch des Gewitters einen festgeschlossenen Dreibund vorfände*).

Der geringen Bewertung Bulgariens in General von Moltkes Brief stelle ich die Ausführungen des k. u. k. Miltärattachés in Sofia in seinem Schreiben vom 24. März 1914 gegenüber (siehe Seite 572).

Italien.

Das große Rätsel in der Dreibundpolitik war weiter auch Italien!

Mit dem Ausgang des Balkankrieges war die letzte Möglichkeit geschwunden, diesen von mir stets als verkappten Gegner erachteten Bundesgenossen auch offen als Feind zu behandeln und mit ihm abzurechnen. Dazu kam, daß Italien nun selbst in weitgehender Weise Verpflichtungen einging, die als Bürgschaft für seine unverrückbare Bundestreue gelten konnten. Ob man diesen Verpflichtungen traute oder nicht, sie waren nicht von der Hand zu weisen; vor allem auch, weil Deutschland auf sie baute und sie für den operativen Kalkül im Kriegsfalle in Rechnung stellte.

Meinem wohl n i e e r l o s c h e n e n Z w e i f e l im Herzen stellte ich die H o f f n u n g gegenüber, daß Italiens Verhalten vielleicht doch ehrlich gemeint sein könnte. Möglicherweise zog Italien die Nachbarschaft eines nach Italiens Seite saturierten Österreich-Ungarn der Nachbarschaft eines selbständigen Großserbien vor.

Wie immer aber auch mein persönliches Empfinden war, ich mußte der Richtung dienen, die unsere Politik und jene Deutschlands eingeschlagen hatte.

Umsomehr aber kam es darauf an, die Verpflichtungen Italiens in konkreter Weise bindend festzulegen. Sie sprachen sich aus in der Bei-

*) Siehe Seite 609.

stellung jener Heeresmacht, die Italien auf den französischen Kriegsschauplatz zu Deutschlands Verfügung senden würde.

Im Kontrast zu Italiens zur Schau getragener Willfährigkeit, seine Politik im Dreibundsinne zu gestalten, stand allerdings sein Vorgehen in Albanien. Es entbehrte nicht der feindlichen Spitze gegen Österreich-Ungarn.

Aber gegenüber der schwerwiegenden Frage des unverkennbar herannahenden großen europäischen Konfliktes traten Rivalitäten wegen Albaniens in den Hintergrund.

Ein über Balkanvorgänge stets sehr gut informierter Berichterstatter, den ich am 17. Jänner sprach, warnte vor Italien, er deutete an, daß zwischen Italien, Serbien, Montenegro und Griechenland Abmachungen im Zuge seien und daß uns Italien in Albanien den Rang abgelaufen habe.

In seinem Bericht vom 2. Feber 1914 äußerte Herr Pašić seine Meinung, daß Italien und Österreich schon längst in Streit seien und daß sie das Bündnis nur aus Furcht vor einem kriegerischen Konflikt geschlossen hätten (siehe Seite 591). In der schon früher angeführten Besprechung, die ich am 9. Feber mit dem deutschen Militärattaché Graf Kageneck hatte, meinte dieser, daß sich die Italiener mit der Beistellung ihres Kontingents noch zögen, worauf ich bemerkte, daß sie sich kaum sehr engagieren dürften (siehe Seite 596). Am 14. Feber richtete ich ein — später vollinhaltlich gegebenes — Schreiben an General von Moltke, in dem ich die Notwendigkeit betonte, sich der Beistellung der italienischen Kräfte zu versichern (siehe Seite 601). Aber schon am 16. Feber brachte mir Graf Kageneck die Nachricht, daß der König von Italien der Entsendung von drei italienischen Korps nach Deutschland zugestimmt habe. Am 18. Feber erhielt ich einen vom 16. Feber datierten Brief des k. u. k. Militärattachés in Rom mit folgender Mitteilung:

„Seine Exzellenz General Pollio hat mich heute zu sich berufen, um mir folgendes zu sagen, mit dem Auftrag, es nach Wien zu melden:

Der König hat seine Einwilligung gegeben, daß außer den zwei K. T. Divisionen*) eine Armeegruppe unter Kommando des Generals Zuccari, bestehend aus drei Korps à je zwei Liniendivisionen, im Kriegsfalle F**) an den Rhein geschickt wird. Das italienische Eisenbahnbureau hat bereits die Arbeiten begonnen, um die Instradierung dieser Korps (V., VII. und IX)***) an die Grenzstationen Ala, Pontebba und Cormons vorzubereiten.

*) Kavallerie-Truppen-Divisionen, siehe Seite 432.

**) F = Frankreich.

***) V. Verona, VII. Ancona, IX. Rom.

Diese Arbeiten werden bis spätestens Ende März hierorts beendet sein.

Der General Zuccari begibt sich nach Deutschland und auch nach Berlin, um an Ort und Stelle alles persönlich durchzustudieren.

Die Bitte des Generals Pollio an Eure Exzellenz geht dahin, daß das ö.-u. Eisenbahnbureau beauftragt werde, die Instradierungsarbeiten dieser italienischen Armee durch unser Gebiet und auf unsern Strecken zu beginnen, damit bis Ende März diese Arbeiten gleichzeitig mit den italienischen fertiggestellt werden."

Dann folgten noch Fragen wegen des rollenden Materials.

Am 20. Feber sandte ich an Graf Szeptycki folgende Antwort:

„Besten Dank für Dein geschätztes Schreiben vom 16. d. M. Ich bitte Dich, Exzellenz Pollio mitzuteilen, daß bei uns alles derart vorbereitet ist, daß sofort mit der Fortsetzung der Arbeiten begonnen werden kann, sobald die italienischen Fahrhefte einlangen. Das Prinzipielle diesbezüglich wurde ja schon bei den letzten Konferenzen hier vereinbart*)."

Am selben Tage — 22. Feber — war der italienische Militärattaché Graf Albricci bei mir, um das gleiche Thema zu erörtern.

Eine volle Bestätigung fand diese Angelegenheit in dem Schreiben General von Moltkes, das mir Graf Kageneck am 17. März überbrachte. Es ist später vollinhaltlich gegeben. Ehe ich darauf eingehe, möchte ich nur noch der Differenzen gedenken, die zwischen Italien und Österreich-Ungarn hinsichtlich Kleinasiens bestanden und auf die diesbezüglichen früheren Ausführungen hinweisen (Seite 570).

---

*) Siehe Seite 85 u. ff.

Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten.

Wie alljährlich, erfolgten auch im laufenden Jahre die konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten in der normalen Weise. Blieben sie auch im großen ganzen auf der bisherigen Basis, so mußte doch den geänderten Verhältnissen am Balkan, dem drohenden Abfall Rumäniens und den sichtlich auf einen nahe bevorstehenden Krieg gerichteten Maßnahmen Rußlands, aber auch der anscheinend günstigen Disposition Italiens Rechnung getragen werden.

Schon im früheren ist erwähnt, daß ich am 10. Feber einen Antrag auf die Befestigung Siebenbürgens stellte, und die Bewilligung für die sofortige Vornahme der hiezu nötigen Rekognoszierungen erbat. Am 12. Feber stellte ich mit dem Chef des Eisenbahnbureaus Oberst Straub die Forderungen wegen Ausbaues der siebenbürgischen Bahnen fest. Sie gingen vor allem darauf hin, die Strecke Szolnok—Nagyvarad—Kolozsvár an die Maros derart doppelgleisig auszugestalten, daß wir mit 72 Zügen, d. i. mit 1½ Divisionen täglich, in die Mitte des Aufmarschraumes gelangen könnten.

Am 14. Feber richtete ich nachstehendes Schreiben an General von Moltke:

„Euer Exzellenz!

Ich habe einige Zeit gezögert, ob ich E. E. mit dem nun vorliegenden Schreiben stören soll; aber die meiner Auffassung nach doch sehr ernste Lage mag es rechtfertigen, wenn ich mich wieder einmal brieflich an E. E. wende.

Ich glaube, es ist kaum zu verkennen, daß Europa wieder großen, vielleicht katastrophalen Ereignissen entgegengeht, und daß wenigstens die Möglichkeit sehr dazu mahnt, auf der Hut zu sein. Nachdem es leider versäumt wurde, durch eigenes Zugreifen im Jahre 1908/09 und vielleicht auch im Jahre 1913 den Ring zu sprengen, der uns nunmehr zu umschließen droht, erübrigt nichts, als den Konsequenzen dieser Unterlassung ruhig ins Auge zu sehen, sich die Gefahr nicht zu verbergen oder wegzutäuschen, sondern so viel als möglich noch zu tun, um ihr zu begegnen. Ich bin sicher, darin eins zu sein mit den Anschauungen E. E.

Wenn ich die gravierendsten Momente der jetzigen Lage hervorhebe, so scheinen mir dies die folgenden zu sein:

Vor allem die auf den treibenden Einfluß Frankreichs zurückzuführenden Maßnahmen Rußlands zwecks einer von Haus aus mit überlegener Kraft einsetzenden russischen Offensive, wobei die enormen Summen, welche Frankreich zur Verfügung stellt, deutlich zeigen, wie sehr es Frankreich um diese Offensive zu tun ist. Hand in Hand gehen damit die Machinationen der Balkanstaaten, in deren Reihen sich jetzt auch Rumänien begeben hat.

Daß Serbien und Montenegro zweifellos aktiv gegen uns eingreifen werden, braucht nicht betont zu werden, ebenso auch nicht, daß das geschwächte Bulgarien und das erst im Entstehen begriffene Albanien uns kaum wesentlich entlasten werden; welche Rolle die Türkei und welche Griechenland wählen werden, ist nicht recht abzusehen und jetzt kaum zu erklären. Was aber von höchster Bedeutung ist und einer ehesten Klärung bedarf, ist das Verhalten Rumäniens.

Bei dem Antagonismus, der sich in Rumänien gegen uns herausgebildet hat, und bei den agressiven Zielen gegen uns, welche sich die großrumänischen Chauvinisten stellen, ist sehr mit der Gefahr zu rechnen, daß Rumänien auf Seite unserer Gegner stehen wird, und müßte es jetzt schon als relativ günstig gelten, wenn Rumänien neutral bleiben sollte.

Ich glaube nun, daß es von deutscher Seite am ehesten möglich wäre, Rumänien zu einem Verhalten zu gewinnen, welches nicht gegen den Dreibund gerichtet wäre. Sollte dies gelingen, so wäre unsere militärische Situation eine wesentlich günstigere.

Je mehr sich unsere Gegner zusammenschließen, desto mehr tritt die Notwendigkeit hervor, daß auch Italien alle seine Machtmittel für die große Entscheidung einsetzt; ich glaube daher, daß deutscherseits darauf zu dringen wäre, daß Italien die sofortige Absendung der drei Korps auf den deutschen Kriegsschauplatz schon jetzt zusagt und daß die hiezu nötigen Instradierungen jetzt schon fix abgemacht werden; weiter müßte Italien aber auch noch dazu bewogen werden, seine übrigen immerhin noch beträchtlichen Landkräfte der großen Sache zur Verfügung zu stellen; auch in dieser Hinsicht erscheint mir eine deutsche Einwirkung erfolgversprechender als eine solche unserseits.

Ich rechne nun damit, daß es bei diesem Eingreifen Italiens, und zwar nur hinsichtlich der drei Korps, deutscherseits möglich sein wird, ausreichendere Kräfte von Haus aus gegen Rußland zu wenden, damit wir dort nicht ohne Chance an unserm Vorhaben einer ehesten Offensive festhalten können.

Bei den tiefgreifenden Folgen eines großen Krieges ist es ja möglich, daß kein Großstaat sich leichterdings zu einem solchen entschließen wird; aber die Erfahrung lehrt, daß oft auch schon ein kleiner Anlaß den Stein ins Rollen gebracht hat.

Ich wäre E. E. sehr verbunden, wenn Sie die Güte hätten, mir Ihre diesbezügliche Anschauung der Lage mitzuteilen und benütze den Anlaß dieses Briefes, um der ganz besonderen Verehrung, sowie den freundschaftlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit denen ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p."

Die mittlerweile erfolgten Vereinbarungen mit Italien sind im früheren dargelegt (Seite 599). Veranlaßt durch die am 16. Feber eingelangten Nachrichten über einen bevorstehenden montenegrinischen Putsch gegen Albanien*), hatte ich an diesem Tage eine Besprechung mit dem Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger, die nicht nur den Maßnahmen galt, die im Falle eines solchen Putsches zu treffen wären, sondern die auch die allgemeine Lage in Betracht zog. Ich meinte, daß, nachdem Rußland erst jetzt seine große Heeresanleihe gemacht habe, also mit seinen Vorbereitungen noch nicht fertig zu sein scheine und nachdem auch die neue 1400-Millionen-Anleihe in Frankreich auf ähnliches hindeuten dürfte, könnte geschlossen werden, daß diese beiden Staaten dermalen noch nicht gewillt seien, den großen Krieg zu provozieren. Immerhin würden aber die faktischen Maßnahmen Rußlands in den Grenzbereichen erkennen lassen, daß sich Rußland für eine Aktion gegen Österreich-Ungarn bereit mache. Vorsicht sei daher nötig. Man müsse die Lage abwarten, den diplomatischen und militärischen Informationsdienst aufs höchste anspannen und sich mit Deutschland und Italien verständigen.

Am 17. Feber kam die Bewilligung des Kriegsministeriums zur Vornahme der Rekognoszierungen für die Befestigungen in Siebenbürgen; doch war noch die Genehmigung Seiner Majestät einzuholen.

Am 24. Feber gab ich dem Operationsbureau allgemeine Direktiven als Grundlage für Ausmittlung der Emplacements und den Entwurf der Befestigungen gegen Rumänien.

Als Zweck: das Vordringen der rumänischen Hauptkräfte über die Karpathen und weiter in Siebenbürgen, sowie im Banat zu verzögern, sei es, um Zeit für die Versammlung der eigenen Streitkräfte zu gewinnen, sei es, um vorerst an anderer Stelle die Entscheidung zu suchen.

---

*) Siehe Seite 579.

Diese Verzögerung sollte geschaffen werden:

a) durch Aufhalten der mobilen Streitkräfte selbst und

b) durch Behinderung des Nachschubes; dazu käme ferner:

c) die Behinderung des Verkehres auf der Donau außer durch Befestigungen auch noch durch die Flottille.

Ad a. Die relativ große Wegsamkeit der Karpathen machte es notwendig, sich auf die Sperrung der Straßen zu beschränken, da es ganz ausgeschlossen erscheine, dies auch hinsichtlich der zahlreichen sonstigen Wege durchzuführen; es wäre damit auch eine arge Zersplitterung mobiler Kräfte verbunden.

Ad b bedinge vor allem die Sperrung der Bahnen und so viel als möglich die Sperrung der Straßen.

Ad c ließe sich hinsichtlich der Befestigung durch eine auch für a und b notwendige Anlage erzielen.

Demgemäß wurden in erster Linie der Tölgyes-, der Gymes-, der Oitoz-Paß, die Einbruchsstraßen (und Förderbahnen) in die Háromszék und das Kronstädter Becken, der Rotheturm- und der Szurduk- (mit dem Vulkan-) Paß, endlich Bahn, Straße und die Donau bei Neu-Orsova zur fortifikatorischen Sperrung bestimmt. Je eine Rekognoszierungsgruppe hatte an diese Stellen abzugehen.

Diese Vorkehrungen vertrat ich auch in einer Audienz bei Seiner Majestät am 24. Feber (siehe später Seite 626).

Die durch Rußlands militärische Maßnahmen hervorgerufene Besorgnis beschäftigte mich andauernd, wiederholt sprach ich hierüber mit meiner nächsten militärischen Umgebung, so am 3. März mit Oberst Metzger, dem Chef des Operationsbureaus*).

Ich äußerte, es ginge mir immer mehr und mehr im Kopfe herum, ob man warten solle, bis Frankreich und Rußland bereit wären, uns gemeinsam anzufallen, oder ob es nicht wünschenswerter wäre, daß der unvermeidliche Konflikt früher beglichen würde; auch die slawische Frage gestalte sich immer schwieriger und gefährlicher für uns.

Metzger meinte, daß es ohnehin dazu kommen könnte, wenn, wie im Frühjahr zu erwarten, Serbien und Montenegro sich fusionieren würden;

---

*) Die normale Tageseinteilung war folgende: am Morgen ritt ich meine Pferde ab, dann begab ich mich ins Bureau. Die Zeit bis 11 Uhr vormittags war persönlichen Vorstellungen, Meldungen und dienstlichen Besuchen zugemessen, die Zeit von 11 Uhr an ausschließlich den Bureauchefs vorbehalten. Von diesen kam zuletzt in der Regel der Chef des Operationsbureaus; die Agenden seines Ressorts erforderten zumeist sehr lange Zeit.

allerdings würde uns der Schreck vor einem Krieg mit Rußland abhalten, dagegen einzugreifen. An anderer Stelle führte ich an, daß ich für den Fall dieser Fusionierung lediglich die Forderung nach einer Landverbindung mit Albanien beantragte. (Seite 580.)

Ich meinte weiter: das Programm Frankreichs und Rußlands sei klar, sie seien noch nicht fertig und warten ihre volle Bereitschaft ab. Auch die Balkanstaaten verstärken sich, vor allem Serbien. Warum warten wir? Für uns besteht die große Frage, ob man es noch möglich haben würde, bei zwei Drittel slawischer Bevölkerung für Deutsche und Magyaren zu kämpfen.

Dieser Meinungsaustausch war rein akademisch, aber er kennzeichnete die Stimmung, die uns beherrschte.

Versäumte Gelegenheiten! Unabwendbare Gefahren! Voraussicht, daß alles Bemühen, die Wehrkraft für die Stunde der Entscheidung höchstmöglich zu entwickeln, wie bisher scheitern würde — und nur die vage Hoffnung, daß doch noch alles besser kommen könnte, als man besorgte!

Passives Gewähren hatte uns diese Lage eingebracht.

In meiner Jahresdenkschrift für 1913*) sind die Eventualitäten angeführt, für welche die konkreten Kriegsvorbereitungen für das Jahr 1914 getroffen waren**). Die leitenden Ideen für diese Vorbereitungen, vornehmlich für den Aufmarsch in jedem der gedachten Fälle, waren im großen und wesentlichen dieselben, wie sie im vorliegenden Werke schon dargelegt erscheinen***).

Die bedeutende Verstärkung der russischen Heeresmacht und der Ausbau der russischen Bahnen, aber auch das Schwinden der rumänischen Bundestreue schufen für Rußland operative Möglichkeiten, auf die vorgedacht werden mußte. Andauernd mit dieser Frage beschäftigt, gab ich am 9. März dem Operationsbureau nachstehenden Auftrag, als Grundlage für weitere Besprechungen mit mir bezüglich der Vorarbeiten für 1915.

„An: Operationsbureau mit dem Auftrag, einvernehmlich mit dem Eisenbahn-Bureau den inliegenden Entwurf durchzugehen und mir zu referieren.

Wien, 9. März 1914. Conrad m. p.

---

*) Seite 754.

**) Siehe Seite 775 u. ff.

***) Vergleiche Erster Band, Seite 367—406.

Aufmarsch gegen R (Rußland)

Vor dem hauptsächlich durch die Intervention Joffres erfolgten Einwirken Frankreichs schien es, daß Rußland unter Preisgebung des Landes westlich der Weichsel am Njemen—Narew und in Wolhynien, Podolien aufmarschieren und erst nach komplett vollzogenem Aufmarsch zur Offensive übergehen würde; seit der Einwirkung Frankreichs hingegen ist voraussichtlich diese Offensive viel früher gedacht, als es nach den obigen Voraussetzungen geschehen wäre, und auch zu erwarten, daß die Versammlung der Kräfte hiezu weiter westlich erfolgen würde, wobei als Hauptziel die möglichst baldige Anfassung Deutschlands französischerseits gewünscht wird.

Die Zweieinhalb-Milliarden-Anleihe, sowie alle seither bekannt gewordenen Bahn- und Heeresausgestaltungen weisen auf diese Absicht, sowie darauf hin, daß Rußland und Frankreich ihre großzügige Absicht der Niederwerfung Deutschlands und Österreich-Ungarns auch mit großen Mitteln verfolgen.

Ohne auf die zahlreichen Reflexionen einzugehen, die sich daraus ergeben, sei nur hinsichtlich des russischen Aufmarsches hervorgehoben, daß dieser sich rascher und mit größeren Kräften, sowie weiter westlich, also auch wieder im Weichselland vollziehen und daß demselben sofort der Einbruch großer Kavalleriemassen, eventuell auch jener kriegsbereiter sonstiger Formationen vorangehen wird. Welche Chancen letztere Maßnahmen haben könnten, sei hier gleichfalls übergangen, da im Vorliegenden lediglich festgestellt werden soll, wo die Versammlung der eigenen Kräfte zu erfolgen habe.

Im Sinne des Obigen ist wahrscheinlich die Versammlung einer starken russischen Macht am Njemen—Narew zur sofortigen Offensive gegen Ostpreußen, einer starken russischen Macht zwischen Bug und Weichsel zur Offensive gegen Berlin, beziehungsweise zur vorhergehenden Offensive gegen die in Galizien aufmarschierenden ö.-u. Kräfte, an denen nicht vorbeigegangen werden kann, einer starken russischen Macht an der Ostgrenze Galiziens, sei es im Raume Dubno—Woloczysk, sei es in zwei Gruppen, nämlich einerseits bei Dubno, anderseits am Zbrucz, gleichfalls zur Offensive gegen die ö.-u. Kräfte in Galizien, einer sekundären Kraft zum Vordringen südlich des Dnjestr.

Endlich muß auch mit der Versammlung russischer Kräfte westlich der Weichsel gerechnet werden.

Daraus ergibt sich ein die ö.-u. Kräfte in Galizien von Haus aus umfassender russischer Aufmarsch, der, wenn die russische Offensive

abgewartet würde, zur Umschließung der im Raume Jaroslau—Lemberg gedachten ö.-u. Kräfte führen müßte.

Soll dies vermieden werden, dann erübrigt nur, ehe der Ring sich schließt, gegen einen Teil derselben so rasch als möglich und so stark als möglich loszugehen, indes die anderen Teile abzuhalten.

Dieser Teil kann nur jener zwischen Weichsel und Bug sein, da bei einem Vorgehen von Haus aus gegen Osten ein aus dem Raume zwischen Weichsel und Bug geführter russischer Stoß starker Kräfte eine katastrophale Situation schaffen könnte.

Eine zwischen Weichsel und Bug geführte eigene Offensive unterstützt aber auch am wirksamsten die deutschen Kräfte und beugt auch am wirksamsten einer russischen Aktion vor.

Den eigenen Aufmarsch aber einzig und allein auf diesen Fall zu basieren, ist jedoch nicht angängig, da möglicherweise (wenngleich in Zukunft wenig wahrscheinlich) doch nur untergeordnete russische Kräfte zwischen Bug und Weichsel versammelt werden, daher die Gefahr eines Luftstoßes vorhanden wäre, anderseits aber die Notwendigkeit einträte, mit nahezu allen Kräften sich gegen Osten zu wenden.

Der eigene Aufmarsch muß also beiden Möglichkeiten Rechnung tragen.

Im großen entspricht dem die in der Skizze dargestellte Versammlung, und zwar:

a) eine Armee (I.) im Raume Rudnik—Maydan—Jaroslau—Rzeszow;
b) eine starke Armee (IV.) im Raume Oleszyce—Rawaruska, Zolkiew—Lemberg, Grodek—Mosćiska;
c) eine schwächere Armee (III.) im Raume Busk—Zlocsow;
d) eine schwächere Armee (II.) westlich des Sereth.

Und zwar:

I. und IV. Armee, sowie eventuell Teile der III. Armee zur Offensive zwischen Weichsel und Bug (rote Marschlinien),

indes III. und II. Armee den Schutz der Ostflanke besorgen. Dies für den Fall, als Rußland starke Kräfte zwischen Bug und Weichsel, oder gar westlich der Weichsel versammelt.

Sollten aber zwischen Bug und Weichsel nur geringere russische Kräfte versammelt sein, so hätte die erste Armee dieselben zurückzudrängen, respektive den erforderlichen Schutz gegen selbe zu besorgen, während alles andere zum Schlage gegen Osten zu wenden wäre.

Für diesen wären alle Kräfte in der Front gegen Ost oder Nordost vorerst zu versammeln, um mit allen vereint zu schlagen.

Also etwa wie die Skizze zeigt in der Front: Martynow—Kamionka, d. i. 100 km (IV., III., II.), insgesamt 25 bis 30 Divisionen und etwa Sokal—Grubieszow 40 km, also zirka 9—10 Divisionen; oder in der Front Halicz—Rawaruska, d. i. 140 km, oder 35 Divisionen (I. Armee) noch nördlich davon.

In beiden Fällen, wenn nötig, eine Gruppe südlich des Dnjestr, um ein russisches Vordringen zwischen Dnjestr und Karpathenfuß zu verhindern.

Bei diesem Schlage gegen Osten mit gesamter Kraft hätten die III. und II. Armee jedem Engagement des Gros auszuweichen und sich erst in der Linie Przemyslany—Martynow, respektive weiter westlich oder südwestlich zu stellen.

Die große Idee wäre:

Die III. und II. Armee stellen den Gegner in der Front,

die IV. Armee führt den entscheidenden Stoß,

die I. Armee schließt sich diesem an, vervollständigt ihn oder deckt ihn gegen Nord.

Würden sich aber die russischen Hauptkräfte gegen die IV. Armee wenden, dann kämen die II. und III. in die Lage, von Südwest her gegen Nordost entscheidend vorzugehen, soweit nicht die II. Armee Kräfte in den Raum zwischen Dnjestr und Gebirge abgeben muß.

Um diese Entwicklung gegen Osten nicht zu verzögern, dürfte der Aufmarschraum der I. Armee nicht westlicher als Rudnik liegen.

Der skizzierte Aufmarsch der I. Armee gäbe überdies die Möglichkeit, diese Armee mit ihrem Westflügel in zwei, mit allen Kräften in fünf Märschen an die Weichselstrecke Sandomierz—Polaniec zu bringen, obzwar ich nochmals hervorhebe, daß jeder russischen Aktion westlich der Weichsel am wirksamsten durch die eigene Offensive östlich derselben begegnet wird, und daß für diese alle Kräfte eingesetzt werden müssen.

Die Aktion westlich der Weichsel muß den kombinierten ö.-u.-deutschen Kräften überlassen bleiben, die von Krakau—Czenstochau her gegen die Weichsel vorzugehen haben.

Ein Aufmarsch an der San—Dnjestr-Linie mit etwa 30 Divisionen von der San-Mündung bis Przemysl und etwa 10 Divisionen bei Stry und Rudki-Grodek—Sadowa-Wisznia würde, abgesehen von den beengten Raumverhältnissen und der ungünstigen Lage, zu den Aufmarschbahnen die operative Freiheit beschränken und um die Initiative von Haus aus bringen; während man bei passivem Abwarten gewärtig sein müßte, an den Flügeln umgangen und gefaßt zu werden.

Der in der Skizze dargestellte Aufmarsch ist allerdings gefährdeter und daher auch schwerer zu schützen, aber er ist der für initiativen Kriegsbeginn wirksamere und daher anzustreben; für seinen Schutz aber besonders zu sorgen. Conrad m. p.“

Am 17. März brachte mir Graf Kageneck nachstehenden Brief General von Moltkes als Antwort auf mein Schreiben vom 14. Feber. (Siehe Seite 601.)

„Chef des Generalstabes der Armee.
Ir. Nr. 169. Persönlich.

Berlin, den 13. März 1914.

Euer Exzellenz

bitte ich zu verzeihen, wenn ich erst jetzt auf das gütige Schreiben vom 14. Feber d. J. antworte. Es lag mir daran, die Verabredungen mit Italien feste Formen gewinnen zu lassen, bevor ich die sich aus denselben ergebenden Folgerungen E. E. zur Kenntnis gab. Am 10. und 11. d. Mts. haben nun die Besprechungen mit dem italienischen General Zuccari stattgefunden, der zum Befehlshaber der nach Deutschland zu entsendenden italienischen Armee bestimmt und von General Pollio hierher gesandt wurde. Sie haben zu einem vorläufig befriedigenden Ergebnis geführt, und zwar dahin, daß die Entsendung von zwei Kavalleriedivisionen und drei Armeekorps nunmehr bestimmt zugesagt ist. Allerdings können die Korps in dem laufenden Mobilmachungsjahr erst am 19. Mobilmachungstag mit den Anfängen bei uns eintreffen, würden also nicht vor dem 22. Mobilmachungstag verwendungsbereit sein, während die beiden Kavalleriedivisionen, wie es in Wien festgelegt worden ist, am zehnten Mobilmachungstag eingetroffen sein werden. General Zuccari hat mir aber zugesagt, im Laufe dieses Jahres die Vorbereitungen so zu treffen, daß vom 1. April 1915 ab der Abtransport um fünf Tage beschleunigt wird. Ferner hat er mir vertraulich mitgeteilt, daß General Pollio, in vollem Verständnis dafür, daß die Entscheidung des Krieges nördlich der Alpen liegt, sein dauerndes Bestreben darauf richten werde, den jetzt zur Verfügung gestellten drei Korps weitere folgen zu lassen.

Es handelt sich nun zunächst um Regelung der Transportstraßen und Zeiten, die natürlich von dem Ort und dem Termin abhängig zu machen sind, an denen Italien die zur Entsendung bestimmten Korps bereitstellen kann. Die Einzelheiten sollen so schnell wie möglich in Italien ausgearbeitet und hierher so wie nach Wien mitgeteilt werden.

Ich hoffe, daß diese Angelegenheit sich so beschleunigen läßt, daß wir vom 1. April d. J. ab alles geregelt haben werden.

Ich komme nun zu der E. E. in erster Linie interessierenden Frage, inwieweit die italienische Hilfe das Einsetzen stärkerer deutscher Kräfte, als bisher vorgesehen, im Osten möglich erscheinen läßt. Wie ich schon anführte, können in dem laufenden Mobilmachungsjahr die italienischen Korps erst am 22. Mobilmachungstag verwendungsbereit auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen sein. Wir können mit dem Beginn unserer Operationen gegen Frankreich natürlich nicht auf sie warten. Ich hoffe sogar, daß bis zum 22. Mobilmachungstag schon die wichtigsten Entscheidungen gefallen sein werden. Wie sich die Kriegslage aber bis dahin gestaltet haben wird, ist unmöglich vorherzusehen. Man kann sogar nicht einmal wissen, ob die italienische Armee an den jetzt bestimmten Ausschiffungsorten überhaupt entladen werden kann, oder ob die Ausladungen unter der Voraussetzung einer starken französischen Offensive weiter zurückverlegt werden müssen. Das wird sich sehr zu unsern Gunsten ändern, wenn Italien uns stärkere Kräfte zur Verfügung stellt, und vor allem, wenn die Italiener fünf Tage früher eintreffen. Zurzeit muß man aber mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, und wir müssen den Krieg so beginnen, als ob die Italiener überhaupt nicht zu erwarten wären. Wir können daher zunächst keine Änderungen in den einmal getroffenen Dispositionen eintreten lassen. Dagegen rechne ich bestimmt damit, daß wir, sobald die Kriegslage, wie sie sich nach Eintreffen der italienischen Truppen gestaltet hat, sich übersehen läßt, einige Korps aus dem Heeresverbande herausziehen und gegen Rußland einsetzen können. Die Rücktransporte dafür sind vorbereitet und können in wenigen Tagen ausgeführt werden.

Es bildet dauernd den Gegenstand meiner Überlegungen, wie wir unserem österreichischen Bundesgenossen helfen können. E. E. haben aber eine zu klare Einsicht in das Wesen des Krieges, um mir nicht zuzustimmen, wenn ich an dem Grundsatz festhalte, erst unsere Hauptkräfte einzusetzen, um den nächsten und gefährlichsten Gegner zu schlagen. Ist dies gelungen, können wir die dann frei werdenden Kräfte gegen den zweiten einsetzen.

Immerhin habe ich zur Unterstützung Österreichs während der ersten Kriegsperiode in Aussicht genommen, ein Armeekorps zunächst zurückzuhalten, um es bei Bedarf sogleich auch gegen Osten einsetzen zu können, ferner zwei Reservedivisionen zu örtlicher Verwendung im Osten bereitzustellen. Vom 1. April 1915 ab wird noch die planmäßige

Stärke unseres Ostheeres um eine weitere Reservedivision erhöht werden können und wird sich nach Maßgabe der italienischen Hilfstruppen noch weiter verstärken lassen.

Auf die Betrachtungen über die politische Lage eingehend, die in E. E. Schreiben vom 14. Feber enthalten sind, möchte ich folgendes sagen:

Die ungeheuren pekuniären Mittel, die Frankreich den Russen zur Verfügung gestellt hat, sind unter der Voraussetzung von bindenden Gegenleistungen hergegeben worden, die in der Verpflichtung des Ausbaues der dem Aufmarsch dienenden strategischen Bahnen bestehen, ferner in der Verstärkung des Präsenzstandes der Armee und in der Zusicherung einer möglichst frühzeitigen Offensive. Alle Nachrichten, die wir aus Rußland haben, weisen nicht auf eine zurzeit beabsichtigte aggressive Haltung hin. Ich glaube nicht, daß Rußland in nächster Zeit eine Gelegenheit zum Kriege gegen Österreich, oder, was dasselbe sagen will, gegen uns suchen oder herbeiführen wird. Es ist ziemlich sicher, daß die in beträchtlicher Höhe geforderten Mittel zum Baue von Kasernements nicht Neubauten dienen werden, die für eine Neuaufstellung von starken Truppenverbänden nötig sein würden, sondern dazu, die geradezu trostlosen Unterbringungsverhältnisse der bereits vorhandenen Truppen zu verbessern. Rechnen muß man dagegen mit einer erheblichen Verstärkung des Präsenzstandes durch Erhöhung der jährlichen Rekrutenquote.

Noch viel weniger als von Rußland ist jetzt vonseiten Frankreichs eine aggressive Haltung zu erwarten. Frankreich ist augenblicklich in einer militärisch sehr ungünstigen Lage. Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit, die Ausbildung von zwei in kurzen Zwischenräumen eingestellten Rekrutenjahrgängen haben Schwierigkeiten gezeitigt, die nicht so leicht zu beheben sind. So tut zwar Frankreich alles, um seinen Bundesgenossen Rußland militärisch nach Möglichkeit zu stärken, es wird denselben aber schwerlich in absehbarer Zeit zum Kriege gegen den Dreibund treiben.

England hält sich vorsichtig zurück. Es wird einen europäischen Krieg nicht entfachen, aber es wird denselben auch nicht verhindern, da es Aussicht hat, aus demselben handelspolitische Vorteile zu ziehen. Es bleibt damit seinem alten Prinzip getreu, die Gelegenheit, während sich der Kontinent die Hälse abschneidet, zur weiteren Ausbreitung seiner Weltmacht zu benützen.

Das was mir ebenso wie E. E. die größte Sorge macht, ist die Trübung des guten Einvernehmens zwischen der Monarchie und Rumänien. Ich bedauere es immer wieder, daß Österreich diesen

zuverlässigen und wertvollen Bundesgenossen gegen ein zweifelhaftes und geschwächtes Bulgarien eingetauscht hat.

Ich kann E. E. versichern, daß von hier aus alles geschieht, um Rumänien am Dreibunde festzuhalten. Ich lasse keine Gelegenheit vorübergehen, unser Auswärtiges Amt auf die Wichtigkeit dieser Sache hinzuweisen, die auch von ihm klar erkannt wird.

Die Türkei ist militärisch eine Null! Die Berichte unserer Militärmission lauten geradezu trostlos. Die Armee ist in einer Verfassung, die jeder Beschreibung spottet. Wenn man früher von der Türkei als von dem kranken Manne sprach, so muß man jetzt schon von dem sterbenden sprechen. Sie hat keine Lebenskraft mehr und befindet sich unrettbar im Zustande der Agonie. Unsere Militärmission gleicht einem Ärztekollegium, das am Sterbebett eines unheilbar Kranken steht.

Für die lebensfähigsten Staaten der Balkanhalbinsel halte ich Serbien und Griechenland. Ersteres für das weitaus gefährlichste für Österreich. Ich kann es nicht beurteilen, wie weit die Anziehungskraft dieses aufblühenden Staates auf die österreichischen Untertanen serbischer Nationalität wirkt. Hier liegt meines Erachtens eine sehr ernste Frage für die Monarchie, die wohl alles daransetzen müßte, Serbien wenigstens wirtschaftlich an sich zu fesseln. Es hilft nichts, sich zu sagen, wie es hätte werden können, wenn man dem Rate E. E. im Jahre 1908 gefolgt wäre. Man muß mit der Lage rechnen, wie sie nun einmal ist, und E. E. haben recht, wenn Sie sagen, daß man den Verhältnissen ruhig ins Auge sehen und so viel wie möglich tun muß, um der Gefahr der Lage zu begegnen.

Es ist keine Frage, daß in der europäischen Atmosphäre eine ungeheure elektrische Spannung vorhanden ist, die zur Entladung drängt. Möge der Ausbruch des Gewitters einen fest geschlossenen Dreibund vorfinden. Seine Stärke liegt im gegenseitigen Vertrauen und in dem ehrlichen Willen jedes einzelnen, am gemeinsamen Ziele mitzuarbeiten. Dies herbeizuführen ist mein dauerndes Bemühen, und ich bin dankbar, daß E. E. sich mit mir in dem gleichen Bestreben vereinigen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung und treuester kameradschaftlicher Gesinnung, mit der ich verbleibe

Eurer Exzellenz ganz ergebener

von Moltke, Generaloberst."

Die von Italien gemachten Zusagen waren von ausschlaggebender Bedeutung — wenn Italien es damit ehrlich meinte!

Um den Preis, mit solcher Übermacht, wie es die verbündeten deutsch-italienischen Kräfte gewesen wären, im Westen auftreten zu können, mußte man es hinnehmen, im Osten vorerst auf keine weitere deutsche Hilfe zu rechnen und die schwere Last der russischen Übermacht allein zu tragen.

Die Zuversicht General von Moltkes, daß bis zum 22. Mobilmachungstag die wichtigsten Entscheidungen gefallen sein würden, ließ wenigstens hoffen, daß die Entlastung nicht allzu spät eintreten würde.

In der Ansicht, daß Rußland und Frankreich den Krieg nicht wünschten, insolange ihre eifrigst betriebenen Vorbereitungen nicht beendet sein würden, stimmte ich mit General von Moltke überein, aber ich war sicher, daß sie nach erlangter Bereitschaft den Krieg herbeiführen, auch Serbien und Montenegro gegen Österreich-Ungarn einsetzen und alles aufbieten würden, auch Rumänien zur Teilnahme von Haus aus zu gewinnen.

Der Glaube, daß Serbien durch wirtschaftliche Konzessionen zu befriedigen gewesen wäre, erschien mir als Irrtum — Serbiens Ziele waren weit höher gesteckt und nur auf Kosten Österreich-Ungarns zu erfüllen.

Rumäniens wäre man vor dem Balkankrieg noch sicher gewesen, nach dem Kriege hatten die großrumänischen, auf den Besitz Siebenbürgens gerichteten Aspirationen die Oberhand gewonnen; nur im alten König lag noch eine gewisse Gewähr, daß sich Rumänien bestenfalls neutral verhalten werde und das war anzustreben.

War aber die Bundestreue Rumäniens verloren, dann erübrigte nur mehr Bulgarien als Verbündeter am Balkan.

Die zwischen Deutschland und Italien getroffenen Vereinbarungen gaben keinen Grund zu Änderungen in den für das Jahr 1914 bewirkten konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten.

Die vorstehenden Ausführungen mögen für die Zeit vom Jahresbeginn bis Ende März 1914 ein Bild der Lage bieten, wie es sich aus den mir zugänglichen Quellen ergab. Als Ergänzung will ich noch folgendes beifügen:

Ergänzungen zur allgemeinen Lage.

Anläßlich der Ernennung des Fürsten von Wied zum Herrscher (Mbret) von Albanien hatte ich am 26. Jänner eine Besprechung mit Graf Berchtold, die sich auch auf die allgemeine Lage erstreckte.

Ich meinte, man solle sich, in Anbetracht der großen Verwicklungen, die sich unverkennbar vorbereiten, in Albanien in nichts mehr einlassen und überhaupt zunächst warten, bis der Fürst hinunterkäme.

Graf Berchtold bemerkte, Fürst Wied wolle unten auf dem Schiffe residieren. Darauf erwiderte ich, daß dies nicht angängig sei und ihm nichts erübrige, als pompös zuerst in Skutari und dann in den anderen Städten einzuziehen.

Graf Berchtold: „Es steht zu hoffen, daß sich alles willig fügt. Aber was machen wir, wenn es nicht geschieht?"

Ich: „Gar nichts."

Graf B.: „Ja, aber wenn Italien sich einmischt?"

Ich: „Das darf es nicht, wenn es loyal sein will."

Graf B.: „Und wenn Fürst Wied ermordet würde?"

Ich: „Auch dann können wir nichts machen. Es kommt eben ein anderer Kandidat. Uns kann jeder recht sein, der einen Staat bildet und keinen fremden Einfluß dort geltend werden läßt."

Graf B.: „Ein Prinz Napoleon, der eine österreichische Erzherzogin heiratet?"

Ich: „Das wäre eine gute Kombination."

Hierauf besprach Graf Berchtold die Möglichkeit eines nahen kriegerischen Konfliktes zwischen der Türkei und Griechenland.

Ich: „Ich glaube nicht daran, weil die Türkei die erwarteten Schiffe nicht erhalten wird."

Graf B.: „Der Vertrag der Pforte mit Bulgarien ist noch nicht perfekt."

Ich: „Wenn es dazu käme, würde Serbien mit Griechenland gegen die Türkei gehen."

Graf B.: „Was machen wir dann?"

Ich: „Wir lassen die Dinge auslaufen. Nur muß die serbische Frage einmal gelöst werden."

Graf B.: „Rumänien nimmt jetzt einen guten Weg; die Feindseligkeiten lassen nach."

Ich: „In Bulgarien herrscht jetzt eine russophile Bewegung. Das wissen die Rumänen und drücken sich wieder zum Dreibund. Es besteht eine rumänische Idee dahin, daß, wenn Österreich-Ungarn einwilligen würde, seine rumänischen Gebiete unter die Herrschaft des Königs von Rumänien zu stellen, Rumänien geneigt wäre, sich in Österreich-Ungarn einzugliedern, wie Bayern im Deutschen Reich. Die Idee ist zweifellos gesund, scheitert aber an der rumänischen Dynastie und an dem ungarischen Staatsgedanken."

Am 3. Feber besuchte mich der Reichsratsabgeordnete Herr Doktor Langenhan. Er erwähnte, daß der Kriegsminister in seiner Rede zur

Rechtfertigung der Kriegskredite dargelegt habe, daß wir ganz unfähig gewesen wären, einen Krieg zu führen, man also Gott danken müsse, daß es zu einem Kriege nicht gekommen sei. Ich negierte diese pessimistische Anschauung über die Armee und bemerkte, daß der Kriegsminister wohl so gesprochen haben dürfte, um die zurückhaltende Politik des Ministers des Äußern zu rehabilitieren und um die militärischen Forderungen drastisch zu motivieren.

Um diese Zeit mehrten sich die Nachrichten über die russischen Probemobilisierungen. Am 12. März teilte mir Graf Berchtold zwei Telegramme des Konsulats in Jassy und eines des Vizekonsulats in Crajova mit, die eine Verschärfung des russischen Grenzwachdienstes und russische, sowie rumänische Mobilisierungsvorsorgen meldeten.

Am gleichen Tage — 12. März — hatte ich eine

Unterredung mit Graf Berchtold.

Graf Berchtold besprach die allgemeine Lage. Seine Auffassung ginge dahin, daß Rußland alle diese Maßnahmen träfe, nicht in der Absicht eines Krieges im Westen, sondern einer Aktion in Asien (Armenien), falls sich die Türkei dort in irgend ein Abenteuer einlassen sollte*).

Ich: „Diese Möglichkeit steht auch mit meiner Auffassung der Lage nicht im Widerspruch, aber die Russen sind auch gefaßt darauf, den Krieg im Westen zu führen und rechnen damit. Daher ist dieser Krieg möglich. Wir müssen von den Maßnahmen für Asien die Vorbereitungen trennen, die Rußland mit weiter Sicht macht, und damit rechnen, daß Rußland und Frankreich offensive Ziele haben mit der Absicht, im Westen »loszugehen«, sobald es ihnen passend erscheint. Auch kann Rußland zu Aktionen schreiten, die uns vor die Frage stellen, ob wir uns das bieten lassen oder nicht, ob wir eingreifen, also auch Krieg gegen Rußland führen, oder es ruhig geschehen lassen sollen. An uns ist es, sobald als möglich mit Deutschland pragmatisch festzustellen, wie wir handeln werden, wenn der eine oder der andere Fall eintritt. Die jetzige Anwesenheit des Deutschen Kaisers

*) In dem Maße als die Kriegschancen für Österreich-Ungarn schwanden, begann sich die ö.-u. Diplomatie mit den Kriegsmöglichkeiten zu befassen. Während man die tatsächlichen Ereignisse hatte ungenützt verstreichen lassen, baute man seine Hoffnungen auf eine Verwicklung Rußlands in Armenien, die aber niemals eintrat.

müßte zu einer Aussprache benützt werden. Man dürfte sich nicht lediglich auf eine Besprechung beschränken, sondern es müßte eine vertragsmäßige Niederlegung, ein Staatsakt sein, geschlossen mit den beiderseitigen Ministern."

Graf Berchtold neigte dieser Anschauung zu und meinte, er würde es anregen.

Ich: „Exzellenz haben von einer russischen Aktion in Armenien gesprochen. Dazu müßte doch Deutschland Stellung nehmen. Für uns wird die Frage der Fusion Montenegros und Serbiens ins Rollen kommen. Wir dürfen Serbien nicht ans Meer gelangen lassen."

Graf B.: „Der Küstenstreifen bleibt albanesisches Gebiet, diesbezüglich werden wir auch mit Italien zum Einverständnis kommen. Ich erwarte in dieser Frage eine Antwort Mereys aus Rom."

Damit kam die Sprache auf einen etwaigen Ministerwechsel in Italien. Graf Berchtold glaubte nicht, daß Tittoni ans Ruder käme und fügte bei, San Giuliano versichere übrigens, daß der bisherige Kurs beibehalten würde.

Graf Berchtold glaubte auch nicht, daß die Fusionierung Serbiens mit Montenegro sich in einem spontanen politischen Akt vollziehen werde, sondern allmählich, so daß es nicht möglich sein würde, einzugreifen.

Ich meinte, wir würden eben unser Veto einlegen.

Graf B.: „Erzherzog Leopold hat mir gesagt, daß wir militärisch nicht vorbereitet seien und es in drei Jahren besser sein würde."

Ich: „Der Erzherzog ist General-Artillerie-Inspektor. Daß unsere Artillerie nicht fertig ist, darin hat er recht. Seine Meinung bezieht sich eben nur auf die Artillerie, die wird hoffentlich immer besser werden, aber das relative Kraftverhältnis im allgemeinen wird für uns immer schlechter, je länger sich die Entscheidung hinauszieht. Dermalen scheint Italien auf unserer Seite zu sein und England scheint zu wanken. Serbien ist vom letzten Kriege noch nicht erholt und jetzt weniger kriegsbereit als in drei Jahren. Bulgarien ist ein umklammerter Staat, der stets auch von der Türkei bedroht ist. Man kann auf Bulgarien nicht sehr bauen, die Politik nicht darauf stützen. Der springende Punkt ist Rumänien. Da wäre wohl alles aufzubieten, um es auf unserer Seite zu haben und nicht auf Seite unserer Gegner."

Graf B.: „Die Rumänen werden zuwarten und dann erst je nach der Lage in Aktion treten."

Noch möchte ich zweier Ereignisse gedenken, die sich in der Zeit bis Ende März ereignet hatten.

Das eine war eine ganz eigenartige große Kundgebung in Schweden, die Zeugnis gab, wie sehr man auch dort mit den aggressiven Tendenzen Rußlands und dessen Hinarbeiten auf einen Krieg im Westen rechnete.

Am 6. Feber erschien vor dem König in Stockholm ein aus allen Teilen des Landes beschickter massenhafter Bauernumzug, um die Beschleunigung der Rüstungen mit Bezug auf Rußland zu erwirken. Aber auch in allen anderen Schichten schien die Gefahr erkannt zu sein, denn eine private Sammlung ergab in Kürze den Betrag von sechzehn Millionen Mark für den Bau eines Panzerschiffes.

Der König billigte diese Richtung; das anscheinend den Ententemächten zuneigende Ministerium Staaff trat zurück. Ein Ministerium Hamerskjöld kam zur Regierung; Neuwahlen erfolgten, der neue Reichstag bewilligte den Bau von acht Panzerschiffen und die Erhöhung der Dienstzeit auf ein Jahr.

Auch Norwegen mißtraute Rußland, es näherte sich Schweden und traf Vorsorgen für die Landesverteidigung (am 3. Juli 1914 bewilligte der Storthing 11·6 Millionen Kronen für diesen Zweck).

Das zweite bemerkenswerte Ereignis war der Rücktritt des Ministeriums Caillaux in Frankreich. Caillaux hatte im Jahre 1911 das Marokko-Abkommen mit Deutschland abgeschlossen und galt als friedensgeneigt. In dem gegen ihn seitens der Nationalisten geführten Kampf veröffentlichte der Redakteur des „Figaro“, Calmette, private Briefe, worauf die Gattin Caillaux’ am 16. März den Redakteur niederschoß. Caillaux legte infolgedessen seine Stelle nieder.

Vorgänge im Innern.

Unbeschadet der von außen drohenden Gefahren ging der innere Hader in Österreich-Ungarn weiter.

In Böhmen der Kampf zwischen Deutschen und Tschechen, der auch für die Verwaltung des Landes böse Folgen zeitigte, in Bosnien-Herzegowina der Widerstreit zwischen Kroaten und Mohammedanern einerseits, Serben anderseits, dazu die immer dreister auftretende großserbische Propaganda, die sich auch auf die anderen slawischen Gebiete der Monarchie erstreckte; in Krain, Kärnten und Südsteiermark der Konflikt zwischen Deutschen und Slowenen, im Küstenland und in Tirol die italienische Irredenta. In Ungarn war der Ausgleich mit den Rumänen gescheitert, am 18. Feber die Verhandlung

abgebrochen worden, nur in Galizien war ein solcher am 14. Feber zustande gekommen. Von den zehn Mitgliedern des Landesausschusses sollten nun acht Polen, zwei Ruthenen sein, in vierzehn gemischtsprachigen Wahlkreisen erhielten die Ruthenen zwei Mandate, die Errichtung einer ruthenischen Universität in Lemberg wurde zugestanden.

Am 16. März wurde in Österreich der Reichsrat vertagt, da ihn die Tschechen durch Obstruktion lahmgelegt hatten. Statt seiner trat der Paragraph 14 in Wirksamkeit*). Mit dem Paragraph 14 wurden 375 Millionen Kronen Schatzscheine ausgegeben und die geforderte Rekrutenzahl ausgehoben.

Ausbau der Wehrmacht.

Die oben angeführten Bewilligungen ermöglichten nur die allerdringendsten Ausgestaltungen. Die Hauptsorge bildete für mich die wesentliche Verstärkung der Wehrmacht durch Schaffung der Reservearmee. Sie sollte die Mittel bieten, den infolge einer zögernden Politik zunehmenden Gefahren wenigstens halbwegs gewachsen und in der Lage zu sein, schon zu Kriegsbeginn mit einer stärkeren Operationsarmee auftreten zu können, als es dermalen der Fall wäre.

Am 24. Jänner hatte ich in dieser Frage eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister Feldzeugmeister von Krobatin. Er teilte mir mit, daß vom jetzigen Budget nichts abgestrichen würde, es aber sehr fraglich wäre, ob man das Geld für die Reservearmee erhielte. Er würde die Sache noch studieren lassen und versuchen, die Forderung unterzubringen, spätestens für das Budget von 1916/17.

Auf meine Frage: „Warum nicht früher?“, antwortete der Minister: „Weil für 1915/16 das Versorgungsgesetz für Offiziere und Unteroffiziere eingebracht wird.“

Diese Forderung erachtete ich allerdings für dringlich, nicht minder aber jene hinsichtlich der Reservearmee. Um meiner Ansicht drastischen Ausdruck zu geben, bemerkte ich: Ich stünde auf dem Standpunkt, lieber die gesamte Flotte zu verkaufen, als die Reservearmee nicht aufzustellen. Ihrer bedürften wir vor allem. Sie erfordere bei Heer und Landwehr zusammen ein jährliches Ordinarium von zirka 37 Millionen und eine einmalige Auslage von zirka 400 Millionen. Für die Marine seien aber jetzt glatt 426 Millionen bewilligt worden!

*) Siehe Anmerkung auf Seite 458.

Am 28. Jänner sprachen im Auftrage des Kriegsministers Sektionschef von Arz und Oberst Steinitz bei mir vor in der Frage der Reservearmee; sie erwähnten, daß sie zuerst die Stände überprüfen wollten. Ich erwiderte, ich verlangte, daß alle in derselben Richtung arbeiteten; ich wüßte aus Erfahrung, daß jeder Antrag des Chefs des Generalstabes in den Abteilungen des Kriegsministeriums „zerzaust" würde und daß ich, wenn dies nicht aufhörte, mit Seiner Majestät sprechen würde. Ich fügte bei: „Mit dem Antrag auf die Schaffung der Reservearmee stehe und falle ich."

Sektionschef von Arz versicherte, daß das Kriegsministerium ganz in der von mir gewünschten Richtung arbeite.

Ausbildung, Manöver, Generalsbesprechung.

Die friedliche Situation, in der man zu sein glaubte, und mit der man für lange Dauer rechnete, ließ das Bestreben aufkommen, an den militärischen Auslagen möglichst Ersparungen zu machen; auch an der Truppenausbildung. Diese Tendenz war auch durch den Thronfolger vertreten. Er plädierte für die Reduzierung des Manöverprogrammes und war auch der Vornahme von Armeemanövern nicht geneigt. Doch setzte ich diese durch, sie sollten in Südwestungarn zwischen dem IV., V. und XIII. Korps stattfinden, mein Antrag, auch das III. Korps beizuziehen, wurde abgelehnt. Aber auch das im Prinzip genehmigte Programm sollte reduziert werden, falls die Kosten zu groß würden.

Um der bedauerlichen Tendenz solcher Maßnahmen Schranken zu ziehen, habe ich den Abschnitt „Truppenausbildung" geschrieben und in die Denkschrift vom 16. Jänner 1914 aufgenommen*). Am 5. Jänner gab ich dies auch Oberst Dr. von Bardolff, dem Vorstand der Militärkanzlei des Thronfolgers, bekannt.

Am 20. Jänner teilte mir Oberst Dr. von Bardolff mit, daß der Thronfolger für die Armeemanöver die Zeit vom 1. bis 5. September wünsche. Als erster Etablierungsort der Übungsleitung wurde Sankt Gotthard in Aussicht genommen.

Am 28. Jänner erfolgte die Genehmigung der Armeemanöver in Ungarn auch seitens des Kriegsministeriums, das wegen der finanziellen Seite der Frage zu entscheiden hatte.

Außer diesen Vorsorgen für die Manöver wurden jene für die Generalsreise und die große Generalstabsreise, die beide ich zu leiten hatte, getroffen.

---

*) Siehe Seite 764.

Als ganz besondere Übung kam in diesem Jahre die als „Generalsbesprechung“ bezeichnete zur Vornahme*); sie entsprang einer Anregung Erzherzog Franz Ferdinands.

Die längere Zeit in Anspruch nehmenden schriftlichen Arbeiten der Teilnehmer waren im Winter im Zuge und soweit gediehen, daß Ende Feber 1914 die Versammlung der Teilnehmer zu den mündlichen Schlußbesprechungen anberaumt werden konnte, die ich zu halten hatte. Sie fanden am 26., 27. und 28. Feber statt, betrafen die von den beiden Parteikommandanten getroffenen Maßnahmen, hauptsächlich aber die Technik der Führung großer moderner Armeen.

Bei diesen Besprechungen waren Ihre Kaiserlichen Hoheiten die Erzherzoge Franz Ferdinand, Friedrich, Eugen, Leopold und Franz Salvator zugegen. Nach Schluß derselben waren abends alle Teilnehmer beim Thronfolger zu einem großen Rout im Belvedere geladen. Bei der gewinnenden Liebenswürdigkeit des Erzherzogs als Hausherr verlief der Abend sehr animiert und harmonisch.

Leider hatte die Sache ein unangenehmes Nachspiel. Durch eine unglaubliche Indiskretion war trotz der strengen Verpflichtung zur Geheimhaltung ein Klatsch über die Generalsbesprechung in die Öffentlichkeit gelangt, der bald die Runde durch alle Blätter machte, und zwar auch im Auslande. Er gab zu den abenteuerlichsten Auslegungen Anlaß.

Die ungarische Zeitung „Az Est“ vom 4. März (nachm.) schrieb hierüber einen langen Artikel, in dem es hieß:

„Das Kriegsspiel wurde, wie uns unser Wiener Korrespondent mitteilt, auf Grund der Operationspläne des Armee-Inspektors Baron Auffenberg angelegt.“

Daran schließt das Blatt Mitteilungen über ein diesbezügliches Memorandum G. d. I. von Auffenbergs betreffs der „militärischen Politik“ der Monarchie etc.

Davon war nun keine Rede! G. d. I. von Auffenberg hat bei der Generalsbesprechung im Rahmen der von mir gestellten und von Seiner Kaiserlichen Hoheit genehmigten Annahme die Südpartei geführt, so wie Feldzeugmeister Baron Leithner die Nordpartei. Daß sich jede Behandlung der für den Kriegsfall wirklich geplanten Operationen ausschloß, erscheint schon auf den Seiten 486 und 488 angeführt und begründet.

---

*) Siehe Seite 486, 488.

Aber der Zeitungssturm war entfesselt, sehr zum Nachteil der Sache. Artikel erschienen ferner: im „Berliner Tageblatt“ vom 22. Feber, in der bulgarischen „Večerna pošta“ vom 23. Feber (5. März), in der rumänischen „Minerva“ vom 20. Feber, im „Bukarester Tagblatt“ etc. etc.

Am 9. März kam Graf Kageneck zu mir, um mir mitzuteilen, daß auch in der „Schlesischen Zeitung“ (Breslau) ein die Generalsbesprechung behandelnder Artikel erschienen sei. Er meinte mit Recht, daß dem eine grobe Indiskretion zugrunde liegen müsse. Im Laufe des Vormittags des 9. März wurde mir berichtet, der Artikel stamme aus Wiener Pressekreisen.

Indigniert über diese Indiskretionen richtete ich an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand schriftlich die Bitte, eine Untersuchung zu verfügen und erbat telephonisch eine Audienz bei Seiner Majestät.

In dieser Audienz (am 10. März) berichtete ich Seiner Majestät den Vorfall, brandmarkte die Indiskretionen und betonte die Notwendigkeit einer Untersuchung.

Seine Majestät bezeichnete die Zeitungsartikel als ein seichtes, gehaltloses Geschwätz (ein „Wischiwaschi“, wie er sagte) und verurteilte den Klatsch.

Ich habe dieses bedauerliche Vorkommnis etwas weiter behandelt, weil es von unseren Gegnern in entstellender und gehässiger Weise kommentiert wurde. Sie bauschten die Sache zu einer „Affäre“ auf, wo es sich lediglich um eine mehr technische Führungsübung gehandelt hatte, die ein gegenseitiges Verständnis bei der Befehlgebung fördern sollte.

Im übrigen sah ich meine Abneigung gegen die Vornahme dieser auffälligen Übung gerechtfertigt. (Siehe Seite 486.)

Audienzen beim Thronfolger und Kaiser.

Für die Zeit bis Ende März wären der Vollständigkeit wegen noch Audienzen beim Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und bei Seiner Majestät nachzutragen.

Audienz bei Erzherzog Franz Ferdinand im Belvedere am 3. Jänner.

Seine Kaiserliche Hoheit war lange Zeit durch den Empfang der amerikanischen Gesandtschaft in Anspruch genommen gewesen, so daß mein Referat beschleunigt werden mußte. Es betraf den Antrag über die Reservearmee, die alljährlichen konkreten Vorarbeiten für die eventuellen Kriegsfälle, welchen beiden Anträgen der Erzherzog zustimmte, das Manöverprogramm, das er möglichst reduzierte, die Manöver in Bosnien, die Feldzeugmeister Potiorek zu leiten hatte und denen Seine Kaiserliche Hoheit beiwohnen würde.

Dann äußerte der Erzherzog den Wunsch, die Generale Puhallo, Tersztyánsky und Rhemen bei den Manövern als selbständige Kommandanten zu sehen. Es waren die Generale, die er an meiner Statt für die Stelle des Chefs des Generalstabes in Aussicht gehabt haben dürfte.

Audienz bei Erzherzog Franz Ferdinand im Belvedere am 25. Feber.

Besprochen wurden Personalien, der Schluß der Generalsbesprechung, die nationalen Stimmungen und ihre Gefahren, die dringende Sorge für eine gediegene Offiziersergänzung.

Der Erzherzog wandte sich gegen das allzu lange Verbleiben von Offizieren in, wie er sagte, „erbgesessenen“ Stellungen, gegen die Omnipotenz des Kriegsministeriums und die „selbstherrlichen Verfügungen des Präsidialbureaus,“ wie er sich ausdrückte.

Von der Audienz zurückgekehrt, äußerte ich Oberst Metzger gegenüber, der Erzherzog hätte sich mir gegenüber sichtlich zusammen-

genommen, ich hätte ihm gegenüber das gleiche getan; momentan ginge es noch.

Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn am 16. Jänner 1914.

Ich überreichte meine Jahresdenkschrift für 1913*), bat Seine Majestät, sie zu lesen und mich rufen zu lassen, falls ich eingehender darüber referieren sollte. Der politische Teil, insbesondere die rumänische Frage, wurde gleich vorgenommen.

Ich wies dann auf die Stellen hin, die nur für Seine Majestät und den Thronfolger bestimmt, ansonst aber streng geheim wären.

S. M.: „Sind Sie sicher, daß über die Sache im Belvedere**) nicht gesprochen wird?"

Ich: „Meiner Ansicht nach stehen die Dinge so: die Militärkanzlei des Erzherzogs Franz Ferdinand hat eine andere Stellung als die Militärkanzlei Eurer Majestät. Zu Eurer Majestät kommt der berufene Funktionär direkt, da Eure Majestät stets anwesend sind, dem Thronfolger, der meist auswärts ist, werden die Anträge durch den Vorstand seiner Militärkanzlei, Oberst Bardolff, zugemittelt. Derart entsteht die Anomalie, daß die Anträge durch untergebene Organe einer Revision unterzogen werden, und daß diese Organe, nicht aber der höhere Funktionär selbst, referieren. Dies ist hinderlich für den Dienstgang. Ich bin überzeugt, daß Oberst Bardolff nur das Beste will, aber die Stellung an sich ergibt ein ungesundes Verhältnis. Es ist auch bei den Manövern zum Ausdruck gekommen. Ich erhielt für den Abbruch der eigentlichen Manöver und die Anordnung der Markierungsübung ein fertiges Elaborat, das nur in der Militärkanzlei des Erzherzogs Franz Ferdinand ausgearbeitet worden sein konnte."

S. M.: „Auch in Zivilangelegenheiten ist es so."

Seine Majestät sprach hierauf über die politische Lage; ihm schien es bezüglich Rumäniens am günstigsten, wenn wir wieder auf den alten Standpunkt kämen. Der König von Rumänien wolle ein Bündnis mit Griechenland, auch die Türkei habe er dazu haben wollen.

Ich: „Jedenfalls aber muß man auch gegen Rumänien vorbereitet sein."

S. M.: „Das ist richtig; ja gewiß!"

---

*) Siehe Seite 754.

**) Palais, in dem der Thronfolger bei seinem Wiener Aufenthalt wohnte.

Ich: „Es scheint, daß Rußland und Frankreich daran sind, zu einer großen europäischen Gefahr zu werden. Rußland vermehrt sein Heer um drei Korps; es behält seine Reserven zurück, was eine dauernde Maßnahme bleiben soll; es verhindert strenge den Einblick in militärische Tatsachen, ein Beweis, daß es etwas zu verbergen hat. Die Milliardenanleihe in Frankreich ist ein Zeichen, daß etwas im Zuge ist. Die Bahnbauten dienen größtenteils nur militärischen Zwecken. Der französische Einfluß in Rußland scheint sehr groß zu sein. Frankreich hat die Anleihe nur unter der Bedingung gewährt, daß Rußland sie hauptsächlich für kriegerische Zwecke verwende.

Man weiß nie, wie die Dinge sich gestalten werden, aber es wäre erwünscht, wenn Griechenland und Rumänien sich dem Dreibund anschließen würden."

Seine Majestät bemerkte, es sei seitens Griechenlands kleinlich, daß es den Italienern in Albanien Schwierigkeiten mache.

Ich: „Die Balkanfürsten unterscheiden zwischen »offizieller« und »nichtoffizieller« Politik. »Offiziell« räumen sie die albanesischen Gebiete und »nichtoffiziell« unterstützen sie das Bandenwesen. Es wäre für uns unangenehm, wenn Italien einen Anlaß zum Einschreiten bekäme. Jedenfalls erfordert die jetzige Lage, daß wir die Wehrmacht ausgestalten, um für alle Fälle bereit zu sein. Heutzutage kann man Politik nur machen, wenn man sich nicht zu scheuen braucht, Krieg zu führen."

S. M.: „Aber es muß auch der entsprechende Anlaß dazu da sein."

Ich: „Im Einklang mit den russischen Rüstungen werden auch die serbischen Schritt halten. Sämtliche serbische Militärs erklärten, daß sie das Kriegsportefeuille nur übernehmen, wenn achtzig Millionen für das Heer votiert werden."

Schließlich kam mein Antrag zur Dekorierung des italienischen Oberstleutnants von Montanari zur Sprache.

S. M. meinte nur: „Glauben Sie nicht, daß das auffallen wird?"

Ich verneinte es, worauf Seine Majestät bemerkte, er werde den Antrag dem G. d. K. Graf Paar übergeben.

Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn am 30. Jänner 1914.

Seine Majestät genehmigte den Vorschlag für die Verleihung der Armeekommanden im Kriegsfalle und den Antrag für die Truppenübungen. Für ein Armeekommando war auch G. d. I. von Auffenberg bestimmt.

S. M.: „Auffenberg hat doch gesagt, er geht nach den Manövern!"

Ich: „Er hat ja bei den Manövern entsprochen."

S. M.: „Gescheit ist er ja!"

Hierauf gab ich meiner Besorgnis Ausdruck, daß am Budget wieder Abstriche gemacht werden würden.

S. M.: „Keine Rede davon, daß etwas gestrichen wird, es wird nur hinausgeschoben."

Ich: „Das läßt sich nicht hinausschieben."

S. M.: „Von den bewilligten Krediten wird nichts nachgelassen."

Als sich die Sprache Rumänien zuwendete, zeigte es sich, daß Seine Majestät Rumänien nun gleichfalls nicht mehr traue.

Ich: „Im rumänischen Offizierskorps herrschen großrumänische Tendenzen. Ob der König die Möglichkeit hat, dies einzudämmen, weiß ich nicht."

S. M. machte eine abwinkende Handbewegung und sagte: „Ich glaube nicht."

Daran schloß ich wieder meine Bitte um Einwirkung hinsichtlich Schaffung der Reservearmee, umsomehr da ich wüßte, daß sich dagegen verschiedene Strömungen geltend machten.

Seine Majestät versprach Nachdruck darauf zu legen.

Für die so dringende Finalisierung der Munitions- und Geschützfrage, die durch unablässige Widerstände und Einzelmeinungen verzögert wurde, bat ich Seine Majestät, die Einführung der bereits genügend erprobten Modelle kurzweg zu befehlen.

Eine Bitte um Erleichterungen für die Berittenmachung der Generalstabsoffiziere nahm Seine Majestät gewährend auf.

Zum Schlusse kam das Überhandnehmen der Ernteurlaube zur Sprache. Seine Majestät bezeichnete sie mit Recht als einen „Schwindel"*).

---

*) Unter dem Vorwand, bei den Erntearbeiten aushelfen zu müssen, gelangten Leute des Präsenzstandes im Sommer zur Beurlaubung. Abgesehen davon, daß die geringe Zahl dieser Leute für die Gesamtmonarchie kaum als Hilfe in Betracht kam, betrachteten viele der Beurlaubten dieses Zugeständnis lediglich als Gelegenheit zur Erholung und zum Vergnügen, so daß es nicht an Klagen fehlte, dahingehend, daß diese Urlauber meist nur im Wirtshause wären. Manche Abgeordnete fanden aber in der Erwirkung der Urlaube ein Mittel, sich populär zu machen.

Die Maßnahme schädigte die Ausbildung und war eine Ungerechtigkeit gegen die Mannschaften, die nicht landwirtschaftlichen Berufen angehörten.

Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn am 24. Feber 1914.

Zu Beginn meldete ich Seiner Majestät, daß der König von Italien die Entsendung von drei Korps nach Deutschland für den Kriegsfall zugesagt habe, daß diese Korps das V., VII. und IX. sein würden, und daß die Instradierungsarbeiten angebahnt seien.

Daran schloß ich die Hervorhebung der Notwendigkeit, nunmehr, da die Politik schon diese Richtung eingeschlagen habe, das Bündnis mit Italien zu festigen und auch zu dokumentieren. Ich bezeichnete hiezu die Reise des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand nach Rom als dringlich; man wisse nicht, welche Ereignisse das Frühjahr bringen würde. Rußland betreibe seine Probemobilisierungen, es habe für den 15. März 150 Mann per Kompagnie einberufen; dies könne nur den Zweck haben, Krieg zu führen oder bestimmten Forderungen erhöhten Nachdruck zu geben. Es gewinne Bedeutung im Zusammenhalt mit den Konferenzen in Petersburg (Pašić, Venizelos und Rumänien), der russischen Anleihe von zweieinhalb Milliarden, dem ergangenen strengen Verbot der Publikation irgend welcher militärischer Maßnahmen in den Zeitungen.

Ich meinte, die Reise des Thronfolgers wäre eine Sache, an der vielleicht das Schicksal der Monarchie hänge.

S. M.: „Ja, das sehe ich ein. Ich werde versuchen, den Erzherzog dazu zu bringen."

Auf Rumäniens Haltung übergehend, bemerkte ich, König Carol sei nicht mehr auf dem früheren Standpunkt hinsichtlich des Bündnisses, man müsse damit rechnen, auch Rumänien als Gegner zu haben, daher vordenken und sich vorbereiten. Ich begründete die Notwendigkeit des Ausbaues der siebenbürgischen Bahnen und der Befestigungen, sowohl der permanenten als der feldmäßigen und erbat die Genehmigung für die hiezu nötigen speziellen Rekognoszierungen.

Seine Majestät war nicht sehr dafür. Auf seine Einwände erwiderte ich, daß man im eigenen Lande doch Befestigungen bauen könne, wir dies ja auch gegen Italien täten, das unser Verbündeter sei. Seine Majestät erließ weder eine Bewilligung noch ein Verbot und meinte hinsichtlich der Rekognoszierungen, daß sie ohne Auffälligkeit zu machen wären, die Feldbefestigungen würden auffallen.

Zur Charakteristik der Lage legte ich Seiner Majestät eine Übersicht der Heeresstärke der verschiedenen Mächte vor*), wies auf das Verhältnis zwischen Dreibund und Tripleentente und betonte erneuert die Dringlichkeit der Formierung der Reservearmee.

Zum Vortrag gelangten ferner:

Änderungen in der Stationierung der Donauflottille, die Dringlichkeit der Geldbeschaffung für die bosnischen Bahnen und der parlamentarischen Erledigung der Rekrutenkontingentserhöhung in Österreich, die Bestimmungen für das Verhalten bei Grenzüberschreitungen, wobei ich gegenüber Serbien und Montenegro dieselbe Schärfe forderte, wie sie diese Staaten üben.

Ich berichtete, daß die von mir am 19. März beantragten albanesischen Sprachkurse für Offiziere erst jetzt ins Leben träten.

Seine Majestät wunderte sich über diese lange Verzögerung.

Ich wies dann erneuert darauf hin, wie nötig es sei, den kombattanten Offizier hervorzuheben und bat Seine Majestät, alle Versuche der Nichtkombattanten nach Gleichstellung mit den kombattanten Offizieren zurückzuweisen.

Zum Schlusse nahm Seine Majestät aus dem Schreibtisch meine Denkschrift vom 16. Jänner 1914**); er hatte sie eingehend gelesen und hob den Kern derselben hervor.

In dieser Audienz ist mir die besonders gute Laune Seiner Majestät aufgefallen.

Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn am 10. März 1914.

Ich begann mit dem schon früher erwähnten Verlangen nach einer Untersuchung der über die Generalsbesprechungen erfolgten Indiskretionen***).

Daran schloß sich die Besprechung der allgemeinen Lage, insbesondere mit Bezug auf die aggressiven militärischen Maßnahmen Rußlands. Ich wies auf die Notwendigkeit, sich angesichts dessen mit Deutschland zu verständigen und auf die jetzt durch die Ankunft des Deutschen Kaisers gebotene Möglichkeit, mit ihm diese Frage zu besprechen.

S. M.: „Er bleibt nicht lange da, er wird dieser Aussprache ausweichen."

---

*) Siehe Anlage 3.

**) Siehe Anlage 9.

***) Siehe Seite 620.

Ich: „Deutschland scheint die Gefahr nicht sehen zu wollen. Sie geht ihm aber genau so an die Existenz wie uns. Die Deutschen müssen daraus auch die Konsequenzen ziehen. Ebenso nötig ist die Verständigung mit Italien.“

S. M.: „Sie haben ganz recht, aber die italienische Regierung hat denselben Charakter wie jene Deutschlands.“

Ich: „Umsomehr muß man sie festlegen. Der Thronfolger müßte jetzt im Interesse des Staates nach Rom fahren.“

Ich kam dann auf die große russische Agitation in Galizien zu sprechen und fragte, warum man nicht die Gegenaktion mit den Ukrainern betreibe und eine ukrainische Universität in Lemberg errichte. Die Polen würden sich doch mit den Ukrainern eher vertragen als mit den Russen.

Meiner Bitte um Einflußnahme auf den Bau der bosnischen Bahnen versprach Seine Majestät Folge zu geben. Meinen Hinweis auf die großen Mittel, die für das höchst prekäre galizische Wasserstraßenprojekt zugesagt seien, beantwortete der Kaiser mit der Bemerkung: „Da wird ja ohnehin nichts gemacht werden, schade um jeden Gulden.“

Ich beantragte ein Junktim zwischen der „Lokalbahnvorlage“ und dem Ausbau der so notwendigen Bahnen in Bosnien, Galizien und Siebenbürgen. Seine Majestät nahm diese Idee beifällig auf.

Dann bat ich um die nachträgliche Bewilligung der vom Rekrutenkontingent abgestrichenen 3000 Rekruten; mindestens für das nächste Jahr, wenn nicht schon heuer. Seine Majestät sagte zu, mit Tisza und Stürgkh hierüber zu sprechen.

Auf meine Besorgnis, daß es zu keiner Einberufung der Delegationen und daher zu keiner Bewilligung der Geldmittel kommen würde, erwiderte Seine Majestät, daß der Zusammentritt der Delegationen gesichert sei. Die Aushebung der bisher schon bewilligten Rekruten würde auf Grund des § 14 erfolgen.

Schließlich erbat ich eine Auszeichnung für den Zugskommandanten, der die montenegrinischen Übergriffe am Metalka-Sattel (zwischen Čajnica und Plevlje) energisch zurückgewiesen hatte.

APRIL, MAI, JUNI

Inhalt.

Seite

Vorwort 631
Rumänien 633
Türkei 649
Serbien 661
Montenegro 663
Deutschland 665
Besuch bei General Moltke in Karlsbad 667
Rußland 674
Frankreich 675
England 675
Albanien 676
Die allgemeine Lage 694
Ausbau der Wehrmacht 697
Zusammenkünfte Kaiser Wilhelms II. mit Erzherzog Franz Ferdinand 700
Audienz beim Kaiser am 4. Juni 700
Übungsreise, Manöver, Abreise nach Sarajevo 702
Schlußwort 704

Vorwort.

Charakteristisch für die Zeit von März bis Ende Juni 1914 ist das engere Zusammenschließen der Ententemächte zu ihren großen Zielen, das Begleichen aller zwischen ihnen bestehenden sekundären Differenzen, das Werben um weitere Alliierte, vor allem um Rumänien, das Streben nach einem Balkanbund, der sich gegen Österreich-Ungarn und Deutschland richten sollte. Zwischen der Türkei und Griechenland bestand noch der Konflikt in der Inselfrage, was zu einer vorläufigen Scheidung der Balkanstaaten in zwei Gruppen führte, deren eine durch die Türkei und Bulgarien, deren andere durch Griechenland, Serbien und Rumänien gebildet war. Aber auch noch andere Allianz-Kombinationen am Balkan tauchten auf. Rußland stützte aus schon erwähnten, selbstsüchtigen Gründen in der Inselfrage die Türkei, Deutschland pflegte den Akkord mit der Pforte, wandte seine Sympathien aber auch Griechenland zu, also dem Alliierten Serbiens.

Serbien, das wohl nach dem Kriege eine Zeit der Erholung wünschen mochte, blieb trotz offizieller friedlicher Versicherungen der nie ruhende aggressive Todfeind Österreich-Ungarns. Es strebte die Union mit Montenegro an, wo hauptsächlich nur die Dynastie einer solchen widerstrebte. Auch diese Union war ein offener Schritt gegen Österreich-Ungarns Interessen, ein Schritt weiter in den großserbischen Zielen. In Albanien herrschten völlig ungeordnete Zustände. Der kaum ernannte Fürst sah sich schon einem Aufstand gegenüber. Bei der Hilfe, die bei allen Mächten gesucht, und bei dem Zutritt, der allen gewährt wurde, war die Lebensfähigkeit Albaniens in Frage gestellt. Albanien hatte in *dieser* Form den Wert für die Monarchie verloren. Sich dort mit Truppen zu engagieren, wäre nicht zu verantworten gewesen. Es hieß die Kräfte zusammenhalten für die unverkennbar herannahende große Gefahr. Von dieser wünschte und hoffte man, daß sie möglichst lange hinausgeschoben bleibe, um Zeit für die eigene Heeresentwicklung zu gewinnen.

Die kommende Gefahr drängte zu um so engerem Anschluß an die Verbündeten und dazu, den wankenden Bundesgenossen Rumänien

womöglich doch noch zu gewinnen. Um Rumänien festzulegen, war die Idee aufgetaucht, den Bundesvertrag zu veröffentlichen. Die Beziehungen zu Italien festzuknüpfen, war insbesondere Deutschlands Bemühen, das voll auf Italien vertraute. Aber Italiens Verhalten in Albanien entschleierte seinen Antagonismus gegen Österreich-Ungarn. Man hoffte, daß die Differenzen nur auf dieses Gebiet beschränkt bleiben würden und daß man Italien für die große Frage vertrauen könne.

In der Abgrenzung der Interessensphären in außereuropäischen Gebieten, vornehmlich in Vorderasien, kam es zu einer Einigung zwischen den Großmächten.

Österreich-Ungarn war dabei leer ausgegangen. Es war dort auch auf die Widerstände seines Alliierten Deutschland gestoßen.

In Österreich-Ungarn rechnete man mit dem Frieden. Der Ausbau der Wehrmacht, vor allem die Schaffung der Reservearmee, die Entwicklung der Artillerie, die Gewehrfrage, die Befestigungsbauten, nun auch jene gegen Rumänien, die Erweiterung und Verbesserung des Bahnnetzes, der Ausbau der Flotte, die Truppenausbildung standen im Vordergrund.

Rumänien.

Die zurzeit wichtigste aktuelle außenpolitische Frage war für Österreich-Ungarn die Klarlegung des Verhältnisses zu Rumänien, vor allem auch aus militärischen Gründen.

Mit der Wiederherstellung des wankenden bundesfreundlichen Zusammenschlusses Rumäniens und der Monarchie war der k. u. k. Gesandte in Bukarest Graf Ottokar Czernin betraut.

Die Aussichtslosigkeit dieser Aufgabe und das Verhältnis zu Rumänien kennzeichnet Graf Czernin in klarer, geradezu klassischer Weise im nachfolgenden Bericht:

„Z. 27/P.

Bukarest, am 2. April 1914.

Gegenstand: Verhältnis zu Rumänien. Geheim.

An Seine Exzellenz den Herrn Minister des k. und k. Hauses und des Äußern Grafen Berchtold.

Nach Entgegennahme des Erlasses Euer Exzellenz, Z. 1286 vom 26. März laufenden Jahres, geheim, habe ich nicht mehr die geringste Hoffnung, E. E. von der Richtigkeit meines Standpunktes zu überzeugen. Wenn ich trotzdem nochmals auf dieses Thema zurückkomme, so geschieht dies nur deshalb, weil ich aus einigen der von Hochdenselben angeführten Argumenten den Eindruck gewonnen habe, mein Bericht, Z. 18 A vom 11. März laufenden Jahres, sei zum Teile mißverstanden worden, und weil ich diese Diskussion nicht abschließen lassen möchte, ohne wenigstens meinen Standpunkt unzweideutig klargestellt zu wissen.

E. E. stehen insofern auf derselben Basis wie ich, als Sie mir zugeben, »daß das gegenwärtige Verhältnis der beiden Reiche ein sehr ungünstiges ist« und daß Hochdieselben mir ausdrücklich bemerkten, daß Sie darin in »Übereinstimmung mit mir ein sehr ungünstiges, ja bedenkliches Moment der politischen Konstellation erblicken«. E. E. lehnen jedoch alle meine Vorschläge, die eine Klärung der Situation herbeiführen könnten, ab und teilen mir Ihre Absicht mit, die außer der

erhofften deutschen Einwirkung darin besteht, abzuwarten und die Zeit wirken zu lassen.

Bevor ich auf dieses Moment der erhofften automatischen Besserung und meine dieser These ganz entgegengesetzte Ansicht eingehe, nur ein Wort über die eventuelle deutsche Intervention:

E. E. meinen, die Einwirkung von Berlin werde den gewünschten Erfolg bringen. Ich bin an und für sich nicht davon überzeugt, nachdem doch so manches in der Vergangenheit — zum Beispiel das Telegramm Seiner Majestät des Deutschen Kaisers bei der Revisionsfrage — die rumänische Frage nicht sehr im ö.-u. Sinne zu betrachten schien. Aber immerhin. Wie wird diese Einwirkung vor sich gehen? Doch wohl durch den hiesigen deutschen Gesandten, denn der vorübergehende Besuch des Herrn Beldiman wird schwerlich eine nachhaltige Wirkung haben. Nun ich glaube, wenn E. E. diesen meinen deutschen Kollegen näher kennen würden, würden Sie meine Ansicht teilen, daß seine Person allein die Negation jedes Erfolges bedeutet. Ich habe verschiedene seiner politischen Berichte gelesen, und ich kann nur das Eine konstatieren, daß ein Fleisch und Bein gewordenes Grammophon die genaueste Charakteristik seines Wesens ist. Was der König oder Bratianu ihm sagen, berichtet er wortwörtlich, ohne irgend einen Kommentar nach Berlin, und die hiesigen Staatsmänner, die ihm hundertmal überlegen sind, werden natürlich die leichte Arbeit verrichten und ihm jene Politik als die ihre suggerieren, die sie in Berlin geglaubt wissen wollen.

Wenn übrigens seine Königliche Hoheit, der Prinz Carol, ein halberwachsener Jüngling, dem die Politik ein Buch mit sieben Siegeln ist, und ein Vertrauensmann Seiner Majestät des Deutschen Kaisers Höchstdemselben gesagt haben, »Rumänien halte nach wie vor an dem Dreibunde fest«, so kann ich demgegenüber erwidern, daß m i r Seine Majestät der König Carol selbst gesagt hat, »wie die Dinge momentan lägen, könne Rumänien in einem Kriege nicht mit der Monarchie gehen,« eine Äußerung, die für mich schwerer wiegt, als die gegenteilige des Prinzen Carol. (Mein Privatbrief vom 8. Dezember v. J.)

Nun geben E. E. der Überzeugung Ausdruck, daß ich es durch »unverdrossene ruhige Beharrlichkeit« erreichen könne, den »möglichst offenen, ehrlichen Anschluß Rumäniens an den Dreibund zu erreichen«, denn, so argumentieren E. E., dieser Anschluß liegt im Interesse Rumäniens, da es die einzige Politik ist, »welche die volle Unabhängigkeit Rumäniens zu schützen und das Land vor auswärtigen Gefahren zu bewahren imstande ist«. Mit anderen Worten: E. E. meinen, Rumänien macht momentan eine für sich unrichtige gefährliche Politik, und wenn

es gelingt, die Leute hierüber aufzuklären, dann werden sie einlenken, und diese Aufklärung soll vor allem meine Aufgabe sein. Hier spitzt sich der Meinungsunterschied zwischen E. E. und meiner Wenigkeit zu. Ich behaupte, die rumänische Politik ist eine zwar recht unaufrichtige, aber eine keineswegs für sie selbst ungünstige oder kurzsichtige. Und welche ist diese Politik? Die Wiederholung der vorjährigen Taktik in vergrößertem Maßstabe. Ich habe die Aufmerksamkeit E. E. verschiedene Male auf den Umstand zu lenken versucht, daß hier zwei Richtungen miteinander kämpfen — eine österreichischfreundliche, der der König, Maiorescu und eine kleine Minorität der obersten Kreise angehören und eine entgegengesetzte, welche ganz anders kalkuliert. Diese letztere glaubt fest an einen früher oder später ausbrechenden Krieg zwischen der Monarchie und Rußland und will für diesen Fall so oder so bereit sein; das heißt Rumänien wird erst warten, um sich sodann dem Sieger anzuschließen und dem Besiegten »mit einer Million Soldaten« den Todesstoß zu geben, und sich so entweder Siebenbürgen oder Beßarabien zu holen. Das schreiben hier mehr oder weniger offen die Zeitungen tagtäglich, das spricht das Volk überall, das sagt auch das Offizierskorps, so denken auch die Deputierten und die Minister, so denkt man auch in Cotroceni*), wo einmal der männliche Teil der Menage nicht die Hauptrolle spielen wird. Nun ich finde diese letztere Politik weder sehr ehrlich, noch sehr vertrauenerweckend für die anderen, aber vom rumänischen Standpunkt kann ich sie weder für dumm noch für ungünstig halten. Wenn E. E. nur acht Tage hier an meiner Stelle wären, so würden Sie sich von der Unmöglichkeit jener Aufgabe überzeugen, die Hochdieselben mir auftragen. Wie soll ich denn die Rumänen überzeugen, daß ein zukünftiger Krieg mit Rußland ein Ding der Unmöglichkeit ist, wo wir doch alle an diese Zukunftsmöglichkeit denken, und wie soll ich den Leuten suggerieren, daß es dann nicht ihr Vorteil wäre, vorerst zuzuschauen, dann über den Schwächeren herzufallen und sich mühe- und gefahrlos die Früchte eines leichten Sieges zu holen? Die Logik dieser Politik ist viel zu scharf und viel zu klar, als daß man sie jemandem ausreden könnte, und die Erinnerungen an das vorige Jahr, wo diese Politik triumphiert hat, läßt sich nicht einfach wegwischen.

Ich bin viel zu viel von dem Gefühl der Disziplin durchdrungen, um mich nicht allen Anordnungen und Befehlen E. E. zu fügen, solange ich auf diesem Posten bin. Aber es widerspricht meinem ganzen Naturell, Hochdenselben gegenüber dergleichen zu machen, als wenn ich eine Aktion für erfolgversprechend hielte, von deren Erfolglosigkeit ich über-

---

*) Wohnort des Kronprinzenpaares.

zeugt bin, und ich bin von dem Ernste meiner Aufgabe zu stark durchdrungen, als daß irgend jemand mich bewegen könnte, auch nur ein Jota anders als meiner Auffassung entsprechend zu berichten.

Es ist mir vollständig gleichgültig, ob und wem meine Berichte gefallen oder mißfallen, ich habe eine viel zu hohe Auffassung von meiner Mission, um in meiner Berichterstattung gegenüber wem immer auch nur die geringste Konzession zu machen. Ich berichte einfach, was ich für wahr halte, ich tue damit meine Pflicht und warte, was darauf erfolgt.

Unsere Taktik hier hat sich mit dem Augenblick ändern müssen, wo die ungarisch-rumänischen Verhandlungen gescheitert sind. Bis dahin war die Hoffnung vorhanden, die österreichischfreundliche Strömung werde die Oberhand behalten, und es werde möglich sein, den antiösterreichischen Elementen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und wenn — wie n i c h t i c h, aber viele glauben — diese ganze siebenbürgische Frage nur ein Vorwand war, ein Paravent, hinter dem sich der König und seine Ratgeber versteckt haben, um dahinter eine andere Politik treiben zu können, so wären sie, hätte man ihnen diesen Paravent fortgezogen, in eine Situation gelangt, die wir hätten für uns ausnützen können. Diese günstige Situation ist nicht geschaffen worden, der Ausgleich jenseits der Berge ist mißlungen, und mathematisch von diesem Tage an haben hier die antiösterreichischen Demonstrationen im Theater, der Liga, der Presse und der Straße angefangen. Die liberale Regierung, die nicht viel Mut gehabt hat und im Grunde immer gegen uns war, hat ihn ganz verloren, seitdem sie zu bemerken glaubt, daß die g e s a m t e öffentliche Meinung in das antiösterreichische — oder besser gesagt — ungarfeindliche Fahrwasser einschwenkt, mit anderen Worten: zwischen den beiden sich hierzulande bekämpfenden Richtungen, der österreichischfreundlichen und der entgegengesetzten, hat sich in den letzten Wochen eine wesentliche Verschiebung zu Gunsten der letzteren vollzogen. Wäre Seine Majestät der König wirklich, wie E. E. mir schreiben, »der unbedingte Herr in seinem Hause«, so hätte das also nicht viel zu sagen. Bei uns zum Beispiel wäre es gewiß nicht sehr wichtig, ob ein Bündnis populär ist oder nicht; wenn von Schönbrunn aus der Befehl an die Armee ergeht, sie möge marschieren, so wird sie marschieren. E. E. behaupten, dies sei hier auch der Fall. Wenn E. E. meinen entgegengesetzten Berichten, die hierin mit jenen des Prinzen Fürstenberg, des Barons Haymerle und des Obersten von Hranilović übereinstimmen, nicht glauben — jenen Berichten, welche sich darin erschöpfen, zu erklären, daß die öffentliche Meinung hier eine leider ganz unverhältnismäßig größere Bedeutung hat, als zum Beispiel bei uns, so kann ich meinen

Standpunkt natürlich nicht ziffernmäßig beweisen, weil es einen solchen Beweis überhaupt nicht gibt. Aber ich möchte nur wissen, warum Seine Majestät der König so überaus ängstlich das Geheimnis unseres Vertrages gehütet wissen will, warum nicht einmal sein Minister des Äußern davon wissen darf, warum er die Veröffentlichung in Friedenszeiten für ein Unglück und die Ausführung in Kriegszeiten dennoch als leicht hinstellt? Warum sollen dasselbe Volk und dieselbe Armee, die das Prinzip der Sache angeblich mit einem Sturm der Entrüstung beantworten würden, die Praxis derselben voll Bereitwilligkeit auf sich nehmen? Welches sind denn die Gründe, daß niemand im ganzen Reiche außer dem König und zwei Ministern davon wissen dürfen? Und warum hat denn Seine Majestät der König im Gegensatz zu seinem Großneffen mir offen erklärt, »unter den momentanen Verhältnissen könne er das Bündnis nicht effektuieren«, wenn er die gegenteilige Überzeugung hat (mein Privatbrief vom 8. Dezember d. J.), zu einer Zeit, wo die Volksstimmung gegen uns ganz unvergleichlich besser war als heute? Hatte er den einen Zweck, dem ö.-u. Gesandten eine unwahre Mitteilung dieser Tragweite zu machen, die in Wien sehr peinlich berühren mußte? Ich glaube, daß Seine Majestät persönlich ein Gentleman in des Wortes wahrster Bedeutung ist — im Gegensatze zu Bratianu — und die von dem überwiegenden und sich sehr laut äußernden Teile Rumäniens geforderte, früher skizzierte Politik mehr fürchtet als wünscht, da er ja fühlt, daß sie nicht im Einklang mit seinem Worte ist: ihn aber trennt ein breiter Graben von der öffentlichen Meinung, und er wird über diesen Graben nicht springen, wenn man ihn nicht dazu zwingt. Nachdem er mir mitgeteilt hat, er könne das Bündnis momentan nicht effektuieren, fühlt er sich wohl auch entlastet und meint, wenn man in Wien dazu schweigt, so sei das Weitere nicht seine Sache.

Mir wurde seinerzeit von E. E. der Auftrag erteilt, die Situation zu klären und es zu erreichen, daß wir im Ernstfall auf die Unterstützung Rumäniens rechnen können. Und da spitzt sich die Frage zum zweitenmal zu: sind E. E. überzeugt, daß diese russische Kriegsgefahr eine Utopie ist, daß es in absehbarer Zeit nicht dazu kommt, dann natürlich hat die ganze rumänische Frage gar keine aktuelle Bedeutung; denn ob sie in Friedenszeiten hier etwas mehr oder weniger auf uns schimpfen, ist doch schließlich ganz einerlei, dann ist es das klügste, mit gar nichts zu rühren und alles zu lassen, wie es eben ist. Haben aber E. E. die entgegengesetzte Ansicht, und stehen Hochdieselben noch auf dem Standpunkt, den Sie im November zur Zeit meiner Entsendung hieher eingenommen haben, daß ich darauf hinarbeiten soll, daß uns der

wankende Bundesgenosse im Ernstfall sicher sei, dann verstehe ich meinerseits nicht, wie ein einfaches Abwarten und Nichtsmachen die Lage bessern soll, da französischer- und russischerseits nicht zugeschaut und abgewartet, sondern mit Hochdruck gearbeitet wird, um die Situation auszunützen, die durch das Scheitern der Budapester Verhandlungen, das Debreczener Attentat usw. sowieso schon für sie vorbereitet ist, und die ganz zufrieden sind, wenn sie es nur erreichen, daß Rumänien ohne direkten Anschluß an sie selbst definitiv von uns getrennt wird.

Ich bin auf diesen Posten gestellt worden ohne mein Zutun und ohne meinen Wunsch. Dieser Posten ist der Anfang und das Ende meiner »diplomatischen Karriere«, ich habe hier persönlich nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren, und dieses Moment wird mich vielleicht auch bei jenen, die mein Vorgehen nicht immer mit dem größten Wohlwollen betrachten, über den Verdacht erheben, ich könnte jemals eine Zeile schreiben, die etwas anderes enthält, als das, was ich glaube und wovon ich überzeugt bin.

Man kann alle meine Berichte und Schilderungen als falsch, einseitig und unrichtig stempeln, man kann meine Vorschläge alle ablehnen — das kann ich ertragen in dem ruhigen Gefühle, einfach meine Pflicht getan zu haben. Aber niemals könnte ich es ertragen, wenn ich mir später einmal selbst den Vorwurf machen müßte, in den Stunden der Gefahr nicht rechtzeitig gewarnt zu haben.

Der k. u. k. Gesandte:

Czernin, m. p."

Anfangs April befand sich der k. u. k. Militärattaché in Bukarest, Oberst Hranilović in Wien. Er war sowohl zum Minister des Äußern als zu Seiner Majestät berufen worden und depeschierte auch an seinen vorgesetzten Gesandten Graf Czernin nach Bukarest:

Telegramm Nr. 1 vom 6. April.

„Minister des Äußern und Graf Forgach scheinen nunmehr auch von der Notwendigkeit überzeugt, die auf Publikation des bestehenden Vertrages abzielenden Besprechungen mit dem König und mit Bratianu sogleich zu beginnen. Beide wollen jedoch die Angelegenheit sehr vorsichtig behandelt wissen, damit eine Weigerung des Königs die Beziehungen nicht verschlechtert. Graf Forgach ist auch für die Aufnahme der gegen Bulgarien gerichteten Klausel in den Vertrag. Habe morgen zehn Uhr Audienz beim Kaiser, darauf wieder Besprechung mit Minister des Äußern.

Militärattaché."

Telegramm Nr. 2 vom 7. April:

„Habe Seine Majestät genau so deutlich wie den Minister des Äußern informiert und auch auf unrichtige Beurteilung der Lage seitens Deutschlands hingewiesen. Trotzdem will Seine Majestät, der im Prinzip mit Ihren Anregungen einverstanden ist, daß die Aktion zur Veröffentlichung des Vertrages von uns und von Deutschland gemeinsam unternommen werde. Minister des Äußern, welchen ich nach der Audienz aufsuchte, wollte auch Italien in die Angelegenheit hineinbringen, wovor ich dringend gewarnt habe. Minister des Äußern ist morgen zehn Uhr beim Kaiser und wird mir Erlaß an Sie mitgeben. Ich ankomme Samstag oder Sonntag.

Militärattaché."

Gelegentlich meiner Besprechungen mit Oberst von Hranilović während seines Wiener Aufenthalts hatte ich ihm auch meine Anträge für die Befestigungsbauten gegen Rumänien mitgeteilt. Er war gleichfalls der Ansicht, daß die Ausführung der Befestigungen unbedenklich geschehen könne und auch dem politischen Verhältnisse eher nützen als schaden würde.

Von Bukarest aus, wohin Oberst von Hranilović wieder zurückgekehrt war, berichtete er über seine Wiener Mission:

„Res. Nr. 46, geheim.

Bukarest, am 14. April 1914.

Euer Exzellenz!

Da ich keine Gelegenheit mehr hatte, über den Erfolg meiner Mission zu berichten, melde ich kurz zusammengefaßt darüber folgendes:

In der Audienz bei Seiner Majestät schilderte ich ganz unumwunden die Situation und knüpfte daran den Schluß, daß eine weitere Passivität unserseits großen Schaden brächte, weshalb mit der Aktion zur Verlautbarung des Bündnisvertrages sofort einzusetzen wäre. Seine Majestät nahm die Absicht, mit den Rumänen reinen Tisch zu machen, im allgemeinen zustimmend auf und bemerkte nur, daß eine Forderung nach Publikation des Vertrages nicht von uns allein, sondern im Verein mit Deutschland zu stellen wäre, da die ganze Angelegenheit ja Deutschland ebenso angehe wie uns. Ich konnte dazu nur sagen, daß eine gemeinsame Aktion natürlich viel wirksamer wäre, Deutschland hier aber durch Herrn von Waldhausen derart elend vertreten sei, daß es über die Lage ganz falsch informiert sei, demnach vor allem in Berlin aufklärend zu wirken wäre. Seine Majestät befahl mir dann, in Wien zu bleiben, bis ich Direktiven vom Grafen Berchtold für unseren Gesandten erhalten hätte.

Mittwoch und Donnerstag wurde ich zu Graf Berchtold berufen und mußte dort ganze Vorträge vor den Sektionschefs Forgach, Macchio und vor dem Botschafter Merey, der sich über Ersuchen des Ministers — meiner Ansicht nach aber ganz unbefugt und verständnislos — in die Sache hineinmischte, sowie auch vor dem Minister halten über die absolute Notwendigkeit, die Politik der zwei Sessel endlich aufzugeben und mit Rumänien Klarheit zu schaffen, um wenn möglich dieses an uns zu binden — wenn jedoch nicht, abzuschwenken und offen mit den Bulgaren zu verhandeln, welche ohnedies Bündnisse jeder Art und Form anbieten.

Während dieser Konversation wurde mir unter anderem wiederholt die Frage vorgelegt, was ich von der Befestigung unserer Grenzen gegen Rumänien halte, ob dies hier nicht einen sehr üblen Eindruck hervorrufen und eine Verständigung hindern würde. Durch eine plastische Schilderung dessen, was uns in einem Kriege mit Rußland bei ungeschützten Grenzen durch die Rumänen passieren könnte — freier Marsch bis Budapest! — glaube ich den Herren die Dringlichkeit der Befestigungsbauten nachgewiesen zu haben. Hinsichtlich des Eindrucks einer solchen Maßnahme aber betonte ich, daß jede Tat, sowie überhaupt alles, was nur entfernt an Aktivität erinnert, in Bukarest ungemein beruhigend und ernüchternd wirkt, da die Rumänen nur solange schreien, als sie den Angefeindeten schwach und unentschlossen glauben, daß also die Aufführung von Forts nur heilsam wirken würde.

Nachdem ich in diesen vielstündigen Konferenzen, in denen jeder nach seiner Art mich überzeugen wollte, daß nichts machen doch das beste wäre, bis zum Überdruß wiederholt hatte, es sei für uns eine Lebensfrage, endlich das Doppelspiel Rumänien—Bulgarien aufzugeben, gelang es mir mit schwerer Mühe, einen Auftrag an den Grafen Czernin zu erpressen. Der Brief an letzteren, den ich mitnahm, ist vom Minister selbst geschrieben, beginnt wie alle Noten seit einem Jahre mit der Aufforderung, die Rumänen zu überreden, ihnen die Vorteile einer Dreibundpolitik auszumalen etc. etc. und fährt dann wörtlich fort:

». . . im Verlaufe Ihrer Gespräche könnten dann E. E. bei sich ergebender passender Gelegenheit die Frage aufwerfen, was rumänischerseits geboten werden könnte, falls wir geneigt wären, dem Königreich seinen gegenwärtigen Besitzstand — auch die Erwerbungen des Bukarester Friedens — zu garantieren. Dies würde eventuell den Anlaß geben, die Frage der Veröffentlichung des Vertrages anzuschneiden, was jedoch bei dem heiklen Charakter des Gegenstandes und der Möglichkeit einer Preßindiskretion nur dem König gegenüber ventiliert werden

sollte. Sollte der Gedanke der Publizierung nicht a limine abgewiesen werden, müßte jedenfalls entsprechende Sicherheit verlangt werden, daß durch systematische Vorbereitung der öffentlichen Meinung die Eventualität einer selbstredend durchaus unerwünschten hostilen Stellungnahme der öffentlichen Meinung als ausgeschlossen betrachtet werden könne. Den Zeitpunkt wie die Modalitäten für die Aufnahme und Fortführung dieser Konversation überlasse ich Ihrem Takte, doch wolle Bratianu von der Vertragsverlängerung vorderhand nichts gesagt werden.«

Vorstehenden Befehl wird Graf Czernin bald in die Tat umsetzen, und zwar in einer jeden weiteren Zweifel ausschließenden Weise; dafür bürgen seine Energie und sein Charakter. Bratianu weiß — wie ich erst gestern hier erfahren habe — von der Verlängerung des Vertrages, mit ihm wird also jedenfalls alles besprochen werden. Gar nicht eingeweiht sind der Minister des Äußern Porumbaru, sowie die übrigen Mitglieder des Kabinettes, deshalb bleiben diese außer Spiel.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir E. E. bezüglich der Übernahme des Evidenzbureaus die Bitte zu unterbreiten, mir nach der zirka fünfzehn Tage beanspruchenden Einführung des Majors Randa in die hiesigen Verhältnisse ein längeres Zusammenarbeiten mit dem Obersten von Urbanski in Wien zu bewilligen, da sich die Agenden des Bureaus in den letzten Jahren doch so ausgebreitet haben, daß eine intensive Orientierung erforderlich erscheint. Auch bitte ich hochgeneigtest verfügen zu wollen, daß in dem Kriegsministerialerlaß, der meine Ablösung regelt, das Verbleiben in Bukarest bis zur Einführung des Nachfolgers ausgesprochen werde.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Hranilović, Oberst."

Diese Ausführungen geben erneuert Zeugnis von der vorsichtigen, undezidierten Politik der Monarchie, die durch allseitige Konzilianz ihre Ziele erreichen zu können vermeinte und darüber die Gelegenheiten zu erfolgversprechendem Handeln versäumte, bis es, wie sich nur allzubald zeigen sollte, zu spät war.

Der Schlußsatz des Berichtes bezog sich darauf, daß ich Oberst von Hranilović zum Chef des Evidenzbureaus gewählt hatte, welchen Posten er auch im Mai antrat.

Zum Militärattaché in Bukarest wurde Major des Generalstabes Randa ernannt.

Die so große und für die eigenen konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten, speziell den Aufmarsch, so einschneidende Bedeutung, die das Verhalten Rumäniens im Kriegsfall gegen Rußland hatte, war mir, wie aus allem früheren hervorgeht, der stete Anlaß, auf eine völlige Klärung unseres Verhältnisses zu Rumänien zu dringen. In diesem Sinne ist auch mein a.-u. Vortrag am 25. März 1914 gehalten, in dem ich auch die Idee einer Eingliederung Rumäniens in die Monarchie ähnlich wie Bayern im Deutschen Reiche zur Erwägung stellte.

Diese Lösung, aber auch den ganzen Komplex der zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien schwebenden Fragen, sowie das Verhältnis der Monarchie zu Serbien behandelt der k. u. k. Gesandte in Bukarest Graf Ottokar Czernin in seinem, mir am 21. April zur Kenntnis gelangten, geradezu glänzenden Schreiben vom 11. März 1914 an den Minister des Äußern, Grafen Berchtold. (Siehe Anlage 10.) Er führt aus, daß nach zahlreichen, bei allen unterstehenden Konsulaten eingeholten Berichten die Stimmung in der Armee und der Bevölkerung Rumäniens g e g e n Österreich-Ungarn gerichtet ist und gelangt zu einer äußerst pessimistischen Auffassung.

Die Verhältnisse würden immer ungünstiger und drängten zu einer Abhilfe. Eine Konstellation Rumänien, Bulgarien, Griechenland, angeschlossen an den Dreibund, sei nicht undenkbar, bedinge aber die Befriedigung bulgarischer Ansprüche, was nur auf Kosten Serbiens geschehen könnte, also friedlich nicht zu machen wäre. Über Serbien heißt es wörtlich:

„Ich habe, und nicht erst seit gestern, das sehr lebhafte Gefühl, daß wir mit dem heutigen Serbien aufräumen müssen, wenn wir endlich einmal Ruhe auf dem Balkan bekommen wollen.

Das oft gehörte Argument: ein serbischer Krieg sei zwecklos, wir könnten Serbien nicht annektieren, denn wir hätten so wie so schon genug von dieser Sorte, halte ich nicht für richtig, obwohl ich den Nachsatz »au pied de la lettre« unterschreibe."

Und weiter:

„Ich will damit nicht sagen, daß meine unmaßgebliche Meinung dahin geht, heute oder morgen einen Krieg mit Serbien vom Zaun zu brechen. Aber ich glaube, es wäre in unserem Interesse, den Serben die Verdauung ihrer neuen Ländereien — vor allem Mazedoniens — etwas zu erschweren."

Wieder auf Rumänien kommend, befürwortet Graf Czernin die Idee der Angliederung des Königreiches an die Monarchie und führt den gleichen Ideengang Filipescus an.

Auch der König schiene eine Aussprache hierüber gewärtigt zu haben, doch besäße Graf Czernin keine weitergehende Instruktion in dieser Richtung. Eines sei sicher: so wie es momentan hier steht, kann es nicht bleiben.

Den Rumänen sei freilich auf Grund des Vertrages eine Politik gesicherter Rechte ohne bindende Pflichten willkommen. Die austrophobe Stimmung sei — insbesondere seit dem Scheitern des ungarisch-rumänischen Ausgleiches — im Zunehmen, die großrumänische Agitation, die russisch-französischen Intrigen und der serbisch-rumänische Flirt seien im Wachsen.

Der Gesandte schildert treffend die Verschlagenheit Bratianus und resumiert: Ermächtigung zu Besprechungen mit König Carol hinsichtlich der Zukunftskonstellation, Klärung der Lage. Ist sie gegen uns, dann „dem König klipp und klar sagen, daß wir diesen einseitigen Bündniszustand nicht dulden können und verlangen, daß Rumänien sich entweder offen an den Dreibund anschließt oder wir das Bukarester Vorbild nachahmen und auch unbekümmert um diesen von ihnen zuerst verletzten Bündnisvertrag handeln und uns andere Bundesgenossen suchen werden".

Graf Czernin beantragt dann die Publikation des Vertrages, analog wie dies mit dem Vertrag mit Italien geschehen sei. Nur der König, Bratianu und Maiorescu seien in Kenntnis von der Verlängerung des Vertrages; die im Ausland akkreditierten Beamten Rumäniens wüßten davon nicht, und glaubten daher nicht gegen die Politik ihres Königs zu handeln, wenn sie der Entente zutrieben. König Carol sei nicht mehr Herr in seinem Lande wie vor wenigen Jahren; er fürchte die Volksstimmung und scheue eine Kraftprobe mit ihr. Das österreichisch-ungarisch-rumänische Bündnis sei „zurzeit ein wertloser Fetzen Papier." Rumänien wird bei einem kriegerischen Konflikt nicht auf Seite der Monarchie stehen, der heutige Zustand ist der für uns denkbar ungünstigste, da er uns bindet, ohne zu irgend was zu helfen. Ein Abwarten, ein passives Sichtreibenlassen, ein laisser faire laisser aller wird diesen Zustand nicht ändern; nur ein zielbewußtes aktives Auftreten der Monarchie, der eiserne unbeugsame Wille, Rumänien zu zwingen, Farbe zu bekennen, kann in zwölfter Stunde unberechenbares Unheil abwenden".

Der noch immer nicht beglichene Konflikt zwischen Griechenland und der Pforte in der Inselfrage ließ besorgen, daß die Türkei ihre Ansprüche mit Waffengewalt vertreten werde zu Lande und zur See; sei es gleich, sei es nach Eintreffen des erwarteten Dreadnought, den sie bestellt hatte. Diese Sorge zeitigte auf dem Balkan die mannigfachsten Bündnis-

kombinationen. Sie waren aber auch für weitgesteckte Zukunftsziele gedacht und angebahnt. Pašić und Venizelos waren in Bukarest gewesen, Rumänien sandte den General Coanda nach Konstantinopel und die Pforte den Innenminister Talaat nach Bukarest und nach Livadia an den Zarenhof.

Am 22. April 1914 unter Res. Nr. 116 berichtet Oberst Pomiankowski:

„In Verfolg meines gehorsamsten brieflichen Berichtes Res. Nr. 108 vom 13. d. M. melde ich, daß Enver Pascha den von ihm angekündigten Besuch beim deutschen Botschafter Baron Wangenheim am 12. d. M. abgestattet hat.

Laut den hiebei vom Kriegsminister gemachten Mitteilungen bestand die Mission des Generals Coanda darin, die Pforte zu sondieren, ob sie geneigt wäre, einem Bündnis zwischen Griechenland, Rumänien und Serbien beizutreten. Als Preis dieser Allianz hätte Griechenland zu Gunsten der Türkei auf die Inseln zu verzichten. Dieser Balkanvierbund müßte sich auf die Tripleentente stützen, da ein ferneres Zusammengehen Rumäniens mit Österreich-Ungarn wegen der siebenbürgischen Frage nicht mehr möglich sei.

Enver Pascha will dem rumänischen General geantwortet haben, daß die Türkei sich gegenwärtig nicht binden könne. Dem Baron Wangenheim jedoch gestand der Kriegsminister, daß die Türkei keiner Kombination beitreten könne, infolge welcher sie ein feindliches Bulgarien in der Flanke haben würde. Die unmittelbare Konsequenz dieser Lage wäre nun, daß, wenn Bulgarien ins russophile Lager einschwenken würde, auch die Türkei gezwungen wäre, sich der Tripleentente anzuschließen.

Der deutsche Botschafter war durch die Erklärungen Enver Paschas geradezu alarmiert und sendete sofort nach Berlin eine Depesche, in welcher er schleunige Gegenmaßnahmen dringend forderte. In einem Gespräch mit dem Herrn k. u. k. Botschafter, welchem er diese Depesche vorlas, erklärte er offen die von Seiner Majestät Kaiser Wilhelm geführte deutsche Politik als falsch und gefährlich. Deren Hauptfehler seien die kaiserliche Gräkophilie, dann die Einflußsphärenpolitik in der Türkei; es sei nun allerhöchste Zeit, der Fortsetzung dieser Politik mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Der Botschafter versicherte weiter, entschlossen zu sein, anläßlich seines Besuches auf Korfu die Lage offen darzulegen und Seine Majestät eindringlichst auf die aus der bisherigen Richtung für den Dreibund

drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Da jedoch Baron Wangenheim bei Kaiser Wilhelm momentan nicht sehr in Gnade ist (angeblich aus archäologischen Gründen), so habe er den Zeitpunkt seiner Abreise derart gewählt, daß er gleichzeitig mit dem Reichskanzler auf Korfu eintreffe, um auch dessen Einfluß im Sinne einer Änderung der kaiserlichen Politik ausnützen zu können. Baron Wangenheim verhehlt sich trotzdem nicht, daß er keine leichte Aufgabe haben werde, da der Kaiser gegenwärtig auf die Türkei sehr schlecht zu sprechen sei.

Die höchst wichtigen Mitteilungen Envers über die Mission Coandas werden durch unseren Gesandten in Bukarest, Grafen Czernin, welcher kürzlich einige Tage in Konstantinopel zugebracht hat, vollinhaltlich bestätigt. Graf Czernin gestand dem Herrn k. u. k. Botschafter, daß auch seiner Auffassung nach Rumänien für den Dreibund verloren sei. König Carol habe ihm übrigens offen gesagt, daß im Falle eines Krieges zwischen Östereich-Ungarn und Rußland Rumänien nicht auf der Seite der Monarchie stehen könnte."

Mit diesen Mitteilungen stimmt der Bericht des Militärattachés in Bukarest, Res. Nr. 59 geheim, vom 25. April 1914 überein:

„Euer Exzellenz!

Graf Czernin hat im Sinne des vom Minister erhaltenen Auftrages das Thema der Vertragspublikation beim König zur Sprache gebracht und — wie vorauszusehen war — weder eine Zu- noch Absage erhalten. Die Besprechung war beiderseits ganz unverbindlich, da Graf Czernin das Ganze als persönliche Idee hinstellte, doch merkte meiner Ansicht nach der König genau, daß es sich um den Beginn einer Aktion handle. Er versprach, sich die Sache zu überlegen, ersuchte den Gesandten, mit seinen Ministern vorläufig darüber nicht zu sprechen, sondern sich gelegentlich wieder an ihn zu wenden und versicherte den Grafen Czernin, es dränge ja gar nicht, denn die rumänische Armee werde, solange e r lebe, niemals gegen Österreich-Ungarn marschieren. »Nach meinem Tode . . . .« — da kam eine bezeichnende Geste, mit der der König zu sagen schien, »was dann geschehen wird, das weiß kein Mensch«.

Vorgestern empfing der König mich in Audienz zwecks Entgegennahme des Schematismus, war ungemein liebenswürdig, vermied jedoch im Gegensatz zu früher mit peinlicher Sorgfalt, über Politik oder die Stimmung im Lande zu sprechen. Er erzählte mir von seiner Jugend, von Reisen, von der spanischen Armee, sprach über Pferdezucht, kurz über alles mögliche, nur kein Wort über die Lage. Dieses sein Ver-

halten dem Gesandten und mir gegenüber zeigt deutlich, daß Seine Majestät sich dessen wohl bewußt ist, die bisherige Entwicklung der politischen Beziehungen fände in Wien keinen sonderlichen Beifall, und daß er Zeit gewinnen wolle, sich einen Plan zurechtzulegen. Trachten wird er jedenfalls, die gegenwärtige Art des Bündnisses aufrecht zu erhalten, da sie ihm bequem ist; auch auf die Erweiterung durch die Klausel der territorialen Garantie geht er selbstredend sofort ein, bietet sie ihm doch nur Vorteile. Der Verlautbarung aber wird er sich durch alle möglichen Vorwände zu entziehen bemühen, weshalb ich es für dringend angezeigt hielte, nunmehr auch von Berlin aus mit dem gleichen Vorschlag an ihn heranzutreten. Ich arbeite in der hiesigen deutschen Gesandtschaft intensiv in diesem Sinne, ohne jedoch auch nur ein Wort verraten zu haben, daß Graf Czernin bereits den ersten Schritt getan. Die Angelegenheit wird so dargestellt, als warteten wir auf Deutschlands gleichzeitiges Vorgehen.

Seit Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen, wonach die Heiratspläne in Athen und Petersburg nicht ganz zur Zufriedenheit der Kronprinzessin stehen, hat die Treiberei gegen uns ein wenig abgenommen. Prinzessin Elisabeth will den Diadochen noch immer nicht und wird von der Mutter, die ein doppeltes Fiasko befürchtet, jetzt systematisch bearbeitet. Und Prinz Carol scheint in Petersburg eher einen üblen Eindruck hinterlassen zu haben. Um die Wahrheit zu verwischen, lanciert die Kronprinzessin durch ihre Vertrauten die Mär in das diplomatische Korps und in die rumänische Gesellschaft, die jungen Leute gefielen sich gegenseitig sehr, sie sehe deshalb mit Vertrauen der Erfüllung ihres Herzenswunsches entgegen; doch werde Prinz Carol noch ein bis zwei Jahre studieren und dann heiraten. Nun scheint sie an der Arbeit, den Kaiser von Rußland zu einem Besuch in Bukarest zu überreden und hofft auf diese Weise, der Realisierung ihrer Pläne näher zu kommen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Hranilović, Oberst."

Im Widerspruch mit dieser Auffassung des Verhältnisses zu Rumänien scheint die Ansicht Kaiser Wilhelms gewesen zu sein. In seinem Bericht Res. Nr. 125 vom 4. Mai 1914 meldet der Militärattaché in Konstantinopel, daß nach einer Äußerung des von Korfu, wo sich Kaiser Wilhelm zur Zeit befand, zurückgekehrten deutschen Botschafters Baron Wangenheim der Kaiser fest überzeugt wäre, daß die Verstimmung Rumäniens gegenüber unserer Monarchie nur

vorübergehender Natur sei und die frühere Intimität in kurzer Zeit wieder hergestellt sein werde.

Diese Ansicht des Kaisers teilten jedoch andere deutsche Kreise nicht.

Im Bericht Res. Nr. 145 vom 5. Mai 1914 schreibt der k. u. k. Militärattaché in Berlin Oberstleutnant Baron Bienerth:

„Die Lage beurteilt Graf Waldersee sehr ungünstig. Auf Rumänien könne seiner Ansicht nach nicht mehr gerechnet werden. Dort habe der russische Rubel und der Frank zu stark in uns feindlicher Weise gearbeitet." Dann: „Und an eine Änderung der Stimmung in naher Zeit sei nicht zu denken."

Am 25. Mai äußerte ich dem zum Chef des Evidenzbureaus ernannten, nun schon dauernd in Wien befindlichen Oberst von Hranilović gegenüber, daß ich mit der Feindschaft Rumäniens rechne. Hranilović glaubte gleichfalls, daß wir Rumänien als Gegner betrachten müßten. Der König und der Kronprinz seien sehr verlegen gewesen, als das Gespräch darauf kam, daß der Zar zum Besuch nach Rumänien käme. Die Rumänen hätten immer zwei Eisen im Feuer und setzten sich in jenes Nest, das das wärmere ist.

Ich: „Ob Rumänien mit Serbien definitive Abmachungen gegen uns abgeschlossen hat?"

Hranilović: „Gegen uns »nein«, gegen Bulgarien »ja«. Vor den Bulgaren haben sie noch immer große Angst. Mit Bulgarien sollte man gute Freundschaft halten, ohne sich zu binden, weil man nie weiß, ob die Bulgaren bei der Stange bleiben."

Ich: „Wenn Bulgarien in einen Kampf geriete, würde die Türkei gegen Bulgarien losgehen?"

Hranilović: „Ich glaube nicht, weil sie den Vertrag gegen Griechenland geschlossen haben."

Schließlich bemerkte Oberst von Hranilović, daß Graf Czernin die Absicht hätte, sich im Herbste zurückzuziehen.

Über die Mission Talaat Beys in Bukarest und über die Stellungnahme Rumäniens in den schwebenden Balkanfragen gibt nachstehender, am 3. Juni eingelangter Bericht des neuernannten Militärattachés in Bukarest Major Randa Aufschluß.

„Res. Nr. 85, geheim.

Euer Exzellenz!

Herr Oberst von Hranilović wird E. E. die derzeitige politische Situation in Rumänien mündlich gemeldet haben.

Nachdem der türkische Minister des Innern diese Woche hier weilte und gestern abgereist ist, erlaube ich mir, nun über Zweck und Erfolg seiner Reise einiges zu berichten.

Talaat Bey dürfte mit folgenden Missionen betraut gewesen sein:

1. In der zwischen der Türkei und Griechenland schwebenden Inselfrage mit Hilfe Rumäniens Griechenland bis zum Herbst, d. i. bis zur Fertigstellung des neuen türkischen Dreadnoughts, hinzuziehen, auf daß dann die Pforte eine energische Sprache gegenüber Griechenland führen könne.

In dieser Hinsicht scheint Talaat Bey vollkommen reussiert zu haben. Rumänien wird voraussichtlich die gewünschten Unterhandlungen mit Griechenland entrieren.

2. Ausschaltung einer rumänischen Intervention zu Gunsten Griechenlands, falls es zum Seekrieg zwischen der Türkei und Griechenland käme.

Auch in dieser Hinsicht soll den Wünschen Talaat Beys weit entgegengekommen worden sein. Bratianu meinte, ein Seekrieg zwischen der Türkei und Griechenland berühre Rumänien nicht.

Wohl würde aber voraussichtlich Rumänien einen Angriff der Türkei durch oder mit Bulgarien auf Griechenland nicht zulassen.

3. Talaat Bey sondierte eingehend die Stimmungen für ein türkisch-rumänisch-bulgarisches Bündnis. Er überzeugte sich, daß es derzeit unmöglich sei, Rumänien und Bulgarien unter einen Hut zu bringen.

Nach einigen Andeutungen Talaat Beys wolle die Türkei ohne den Beitritt Rumäniens mit Bulgarien keine Allianz schließen, da man in Konstantinopel den Bulgaren nicht traue.

Außerdem dürfte die Reise Talaat Beys nach Bukarest auch rein persönliche Motive gehabt haben; er will Großvezier werden und daher Beziehungen anknüpfen.

Prinz Carol ist diese Woche nach Berlin abgereist und wird beim Besuch des Zaren in Constanza nicht zugegen sein; die Verlobung mit der Tochter des Zaren ist also derzeit nicht zu gewärtigen. Nach Andeutungen der Kronprinzessin soll sie in ein bis zwei Jahren stattfinden??

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner Ehrerbietung.

Eurer Exzellenz gehorsamst ergebener

Randa, Major.

Bukarest, am 30. Mai 1914."

Am 13. und 14. Juni fand die Zusammenkunft König Carols mit dem russischen Zaren in Constanza statt.

Türkei.

Wie schon erwähnt, stand für die Türkei momentan die Inselfrage im Vordergrund. Die Pforte war gefaßt, den Konflikt mit Griechenland auch gewaltsam auszutragen.

Zu Lande bedingte dies ein Überschreiten bulgarischen Gebietes, daher Vereinbarungen mit Bulgarien. Für den Seekrieg kam in Erwägung, ob die vorhandenen maritimen Streitkräfte genügen würden, oder das Eintreffen des bestellten Dreadnoughts abzuwarten wäre. Rußland neigte in der Inselfrage auf die Seite der Türkei. Es rechnete mit dem seinerzeitigen Besitz der Meerengen und wollte sich daher der Inseln versichern, die den Zugang zu diesen sperrten. Deutschland hingegen stand auf Seite Griechenlands. Es kam dadurch in Zwiespalt mit seinem Bestreben, die Türkei für sich zu gewinnen. Diese sah sich im Hinblick auf ihre Zukunftspolitik in einer schweren Lage. Sie mußte mit ihren Balkannachbarn ins reine kommen und sie mußte sich entscheiden, ob sie sich dem Dreibund oder aber der Tripleentente zuwenden solle. Von beiden Mächtegruppen war sie in ihren Interessen in Kleinasien gefährdet. Man schritt dort mehr oder weniger über sie hinweg zur Scheidung der Einflußsphären. Es kam auch in den Bahnbauten zum Ausdruck.

Durch die deutsche Militärmission war die Türkei mit Deutschland engagiert und der Entente gegenüber in eine schiefe Lage gebracht. Die türkische Marine war unter Leitung eines englischen Admirals. Im Innern standen sich die jungtürkische, fortschrittliche und die alttürkische, konservative Richtung gegenüber. Ein Machtmittel fand die Türkei in der islamitisch-nationalen Propaganda.

Der nachstehende Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel enthält Eingehenderes hierüber.

„Res. Nr. 108.
Politische Lage des Reiches.

Konstantinopel, am 13. April 1914.

Euer Exzellenz!

In mehreren meiner brieflichen Berichte habe ich E. E. bereits über die in letzter Zeit auftretenden Anzeichen einer russisch-türkischen Annäherung Meldung erstattet. Gegenwärtig unterliegt es nun keinem Zweifel, daß seit der Rückkehr des Herrn von Giers von seinem Urlaub nach Konstantinopel die Haltung Rußlands gegenüber der Türkei sich vollkommen geändert hat.

Die Ursachen für diesen Frontwechsel der russischen Politik scheinen hauptsächlich in zwei Momenten zu liegen. Man befürchtet in Petersburg vor allem, daß es Deutschland gelingen könnte, die türkische Armee ganz in die Hand zu bekommen und daß dies um so leichter wäre, je mehr man die Türkei durch eine intransigente Politik in die Arme Deutschlands treiben würde. In zweiter Linie aber ist es die von Deutschland betriebene, offenbar auf eine zukünftige Teilung der Türkei abzielende Einflußsphärenpolitik, welche den Gedanken nahelegt, als Beschützer der Integrität des türkischen Reiches aufzutreten.

Die rücksichtslose Verfolgung der Politik der Interessensphären hat tatsächlich bereits einen vorläufig noch stummen Gegensatz zwischen der Türkei und Deutschland hervorgerufen. Die anläßlich der italienischen Adalia-Forderungen entstandene Preßkampagne der türkischen Zeitungen gegen die Einflußsphären der fremden Mächte hat in deutschen Kreisen lebhafte Unruhe erzeugt. In Verbindung mit dieser Preßkampagne steht die islamitisch-nationale Propaganda, als deren eifrigster Verfechter der Kriegsminister Enver Pascha angesehen wird.

Diese Erscheinungen gaben Baron Wangenheim Gelegenheit, sich über dieses Thema gegenüber dem Herrn k. u. k. Botschafter ausführlich zu äußern. In seiner gewohnten heftigen Weise verteidigte Wangenheim das Prinzip der Interessensphären und sagte offen, daß Deutschland einen Eingriff in die von ihm beanspruchte Zone niemals dulden würde. Sollte z. B. Italien (?) versuchen, eine wirtschaftliche Konzession in der Gegend von Adana zu erlangen, so würde es hiebei auf den energischesten Widerstand Deutschlands stoßen. Im Falle eines Angriffs auf seine Rechte würde Deutschland auch nicht zögern, sich mit Frankreich und England behufs gemeinsamer Verteidigung zu verbünden.

Auf türkischer Seite hat sich in letzter Zeit das Gefühl der völligen Isolierung immer mehr und mehr verstärkt. Selbst in der für das deutsche Prestige anscheinend so wichtigen Frage der deutschen Militärmission hat Deutschland die Türkei im Stiche gelassen, so daß die Pforte gezwungen war, dem russisch-französischen Druck bezüglich des Generals Liman nachzugeben*). Die Türken sind nun überzeugt, daß ihr Reich auch im Falle eines russischen Angriffes auf keine Hilfe von Seite des Dreibundes zu rechnen habe. Hiezu kommt, daß die großen russischen Rüstungen Eindruck machen und das deprimierende Gefühl der eigenen Hilflosigkeit stärker als sonst empfinden lassen.

Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß in den maßgebenden türkischen Kreisen die Idee entstand, Rußland

*) Siehe Seite 563—565.

einfach zu fragen, unter welchen Bedingungen es die Existenz der Türkei garantieren würde. Der einflußreiche Präsident des Staatsrates und voraussichtliche zukünftige Großvezier Halil Bey verglich während eines Gespräches die Situation der Türkei charakteristischerweise mit der eines Mannes, welcher in einem Walde gleichzeitig von mehreren Räubern angefallen wird und dem stärksten und zugleich nächsten derselben sein Hemd anbietet, nur um sein Leben zu retten. Halil hob hiebei besonders hervor, daß die Politik der Tripleentente sehr aktiv und rührig, jene der Tripleallianz dagegen so schwerfällig sei, daß eine Verständigung mit derselben in absehbarer Zeit kaum erwartet werden könne.

Die Pforte ist sich selbstverständlich darüber klar, daß die Annahme des russischen Schutzes nicht allein große Opfer kosten würde, sondern auch die Selbständigkeit der Türkei gefährden könnte. Bestimmte Anzeichen sprechen auch dafür, daß die auf eine russisch-türkische Annäherung abzielenden Besprechungen noch nicht begonnen worden sind und die Pforte vorher noch einen letzten Versuch mit der Tripleallianz unternehmen will, in der Hoffnung, den Verzweiflungsschritt in Rußland vielleicht doch vermeiden zu können.

Nachdem schon der Großvezier sowie Talaat Bey gegenüber verschiedenen Persönlichkeiten Äußerungen fallen ließen, nach welchen die Sondierungen des Generals Coanda nicht allein die Inselfrage, sondern auch jene der Annäherung der Türkei an Rumänien betroffen hätten, sprach sich nach Abreise des Generals der Kriegsminister Enver Pascha gegenüber dem bulgarischen Gesandten Herrn Toschew diesbezüglich offen aus.

Nach Mitteilung Envers hätte Coanda ihn direkt gefragt, ob die Türkei geneigt wäre, mit Rumänien, Griechenland und deren Verbündeten in nähere Beziehungen zu treten. Hierauf will Enver geantwortet haben, daß die Türkei in keine Kombination eintreten könne, welche nicht auch Bulgarien in sich begreift, worauf Coanda gesagt haben soll, daß zwischen Rumänien und Bulgarien gegenwärtig noch eine tiefe Kluft existiere.

Die Türkei müsse — fuhr Enver fort — unbedingt wieder in den Besitz der Inseln gelangen und sei er deshalb nach wie vor für eine enge Kooperation mit Bulgarien. Die Türkei und Bulgarien würden — falls sie sich auf den Dreibund stützen könnten — einen so gewaltigen Block darstellen, daß Rumänien früher oder später gezwungen wäre, sich demselben anzuschließen. Die Türkei könne aber nicht länger isoliert bleiben, und der Moment naht, wo sie sich

entscheiden müsse. Enver wird daher demnächst den deutschen und ö.-u. Botschafter aufsuchen und ihnen diese Situation darlegen.

Angesichts dieser Lage beschäftigt sich Markgraf Pallavicini in seinen letzten Berichten mit der Frage, welche Richtung unsere Monarchie nun einschlagen solle. Seine Exzellenz sieht im Falle des eventuellen Zustandekommens einer russisch-türkischen Verständigung voraus, daß dann auch Bulgarien gezwungen wäre, in russophiles Fahrwasser einzulenken. Und da der Herr Botschafter Rumänien für den Dreibund und speziell für unsere Monarchie bereits als verloren betrachtet, so sieht er in einer russisch-türkischen Verständigung auch die Verwirklichung des russischen Traumes eines gegen unsere Monarchie gerichteten Balkanbundes.

Um dieser eminenten Gefahr zu begegnen, schweben dem Herrn Botschafter zwei Möglichkeiten vor. Entweder entschließen wir uns zu einer nachdrücklichen Unterstützung der Türkei und Bulgariens, so daß diese beiden Staaten das Gefühl haben, daß der Dreibund hinter ihnen steht. Sollten wir jedoch diesen Weg nicht einschlagen können, dann bleibt nach Ansicht des Markgrafen nichts übrig, als die Änderung der großen Richtlinien der Monarchie.

Wenn ich mir nun gestatten darf, auch meine Ansicht zu diesem Problem zu äußern, so kann ich mich diesbezüglich nur auf meinen brieflichen Bericht Res. Nr. 271 vom 14. Oktober 1913 berufen. So viel ich von hier beurteilen kann, hat meine schon damals geäußerte Ansicht, daß wir auf Rumänien nicht rechnen können, seither an Wahrscheinlichkeit sehr gewonnen. Entschließen wir uns jetzt — vielleicht in zwölfter Stunde — nicht, wenigstens die Türkei an uns zu binden, so ist es leicht möglich, daß wir auch die Türkei und Bulgarien endgültig verlieren und dann am Balkan vollkommen isoliert dastehen.

Auf welchem Wege diese Orientierung mit den Dispositionen der deutschen Politik in Einklang zu bringen wäre, kann ich allerdings von hier aus nicht beurteilen und dies um so weniger, als Seine Majestät Kaiser Wilhelm jetzt hellenistischer denn je gesinnt sein soll. Es scheint mir jedoch, daß die unverrückbare Basis der deutschen Politik auf absehbare Zeit hinaus in der unbedingten Sicherung des Bestandes unserer Monarchie bestehen müsse und daß von diesem Standpunkte aus Deutschland nicht imstande wäre, sich einer unbedingten Notwendigkeit zur Erreichung dieses Zieles zu entziehen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst."

In einem am 8. Mai eingelangten Schreiben Res. Nr. 125 ad vom 5. Mai meldet Oberst von Pomiankowski eine Verschärfung der türkisch-griechischen Beziehungen. „Bei einem Diner am 3. d. M. sprach der Großvezier in sehr erregtem Tone über Griechenland und sagte so laut, daß ihn der unweit befindliche griechische Gesandte hören konnte, daß, wenn Griechenland es wagen sollte, die Fahrt des »Sultan Osman«*) nach den Dardanellen zu stören, kein Grieche in Konstantinopel und in der Türkei überhaupt bleiben werde. Laut heutigen Zeitungsnachrichten soll die Besatzung des »Sultan Osman« (Offiziere und Mannschaft) in vierzehn Tagen von hier nach England abgehen."

Das Wirrsal in der Balkanlage illustriert auch folgender, am 18. Mai eingelangter Bericht:

„Res. Nr. 144.
Politische Lage.

Konstantinopel, am 13. Mai 1914.

Euer Exzellenz!

Wie bereits aus meiner früheren Berichterstattung zu entnehmen war, ist die Mission des Generals Coanda — eine Basis für die Verständigung der Türkei und Griechenland zu finden — an der Unnachgiebigkeit des letzteren Staates gescheitert.

Mit Rücksicht auf dieses negative Resultat hat nun Coanda bei Gelegenheit seiner zweiten Anwesenheit in Konstantinopel angeregt, daß der Minister des Innern Talaat Bey so bald als möglich nach Bukarest reisen solle, um dortselbst die weiteren Schritte zu besprechen und durch diese Demonstration auf Griechenland einzuwirken. Wenn Griechenland dann noch immer nicht nachgeben sollte, so würde Rumänien eine offizielle Vermittlungsaktion in der Inselfrage in Angriff nehmen.

Im Falle einer nochmaligen griechischen Ablehnung wäre der Versuch einer rumänisch-türkisch-serbisch-griechischen Annäherung als endgültig gescheitert anzusehen und will die Bukarester Regierung dann einen Zusammenschluß zwischen Rumänien, der Türkei, Bulgarien und Serbien vorschlagen. Als Basis derselben hätte zu gelten, daß Bulgarien, Cavalla, Serbien einen anderen Hafen (Salonik?) im Ägäischen Meere erhalten solle.

In einer vor zirka einer Woche stattgefundenen Unterredung des Großveziers mit dem Herrn k. u. k. Botschafter bezeichnete Said Halim eine türkisch-griechische Annäherung als direkt unmöglich.

*) Der bestellte Dreadnought.

Eine türkisch-rumänische Verständigung sei nach Ansicht des Prinzen gleichfalls undurchführbar, weil Rumänien sich unbedingt freie Hand bewahren will.

Die einzig richtige Politik der Türkei bleibe also die Verständigung mit Bulgarien, welch letzteres jedoch aus Angst vor Rußland den fertiggestellten Bündnisvertrag zu unterschreiben zögert. Diese Angst würde nur dann schwinden, wenn der Dreibund die Patronanz der bulgarisch-türkischen Allianz übernehmen würde. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gestalten sich aber trotzdem immer freundlicher und selbst solche türkische Staatsmänner, welche wie Džemal Pascha früher gegen die türkisch-bulgarische Annäherung waren, sind jetzt überzeugte Anhänger derselben geworden.

Eine wichtige Illustration zu dieser politischen Lage am Balkan bildet der sehr interessante Artikel des Bukarester Blattes »Universul« vom 3. d. M. (reproduziert vom »Jeune Turc« am 5. d. M.), den ich am 5. Mai dem k. u. k. Evidenzbureau übersendet habe. Der Sinn der in diesem Artikel proponierten Entente zwischen der Türkei, Bulgarien und Rumänien ist kurz gesagt folgender: Rumänien würde sich verpflichten, der Türkei und Bulgarien freie Hand gegen Griechenland zu geben; umgekehrt müßte die Türkei Rumänien nicht allein den Besitz der Dobrudža garantieren, sondern auch die Verpflichtung übernehmen, Rumänien, wenn es anderwärts beschäftigt wäre, gegen jeden Angriff von Seite Bulgariens zu schützen. Was unter der anderweitigen Beschäftigung gemeint wird, ist wohl unschwer zu erraten.

Mit Rücksicht auf die gespannten Beziehungen zu Griechenland ist es nur natürlich und erklärlich, daß die Türkei gegenwärtig bestrebt ist, ihr Verhältnis zu Rußland um jeden Preis so gut als möglich zu gestalten. Die Durchführung dieser Absicht wird der Pforte wesentlich erleichtert durch die offenkundige Tendenz Rußlands, die Türkei in das Lager der Tripleentente hinüberzuziehen. Herr von Giers soll der Pforte nicht allein die Entsendung einer außerordentlichen Mission nach Livadia suggeriert, sondern überdies Enver Pascha im Namen des Kaisers Nikolaus eingeladen haben, an den diesjährigen großen russischen Manövern teilzunehmen.

In Erfüllung des Wunsches der russischen Regierung wurde der Finanzminister Dschavid Bey bestimmt, die Mission nach Livadia zu führen, während Talaat Bey ungefähr gleichzeitig — offiziell einer Einladung Take Jonescus folgend — nach Bukarest reisen sollte. Diese ursprüngliche Disposition wurde jedoch durch einen neuen aus Petersburg gekommenen Wink umgestoßen, demzufolge weder das Zustande-

kommen der rumänisch-bulgarisch-türkischen Verständigung, noch die Reise Talaats nach Bukarest im gegenwärtigen Moment Rußland erwünscht wäre. Hierauf übernahm Talaat die Führung der Mission nach Livadia, während seine Reise nach Bukarest vorläufig aufgeschoben wurde.

Aus nachträglichen Andeutungen des deutschen Botschafters geht mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß derselbe in Korfu den Auftrag erhalten hat, in Konstantinopel eine neue Aktion behufs Erzielung einer griechisch-türkischen Verständigung zu unternehmen. Wie Baron Wangenheim in einem vor einigen Tagen an Herrn von Jagow gerichteten Privatbrief mitteilt, scheint eine diesbezügliche Aktion gescheitert zu sein und hält der Botschafter jetzt das Zustandekommen einer Verständigung in der Inselfrage für vollkommen ausgeschlossen. Wangenheim führt dann weiter aus, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei, und daß der Dreibund sofort die Patronanz der sich bildenden rumänisch-bulgarisch-türkischen Allianz übernehmen müsse.

In deutschen Kreisen ist man über den Philhellenismus des Kaisers Wilhelm lebhaft beunruhigt und sieht als eine Hauptursache desselben den alljährlichen Aufenthalt Seiner Majestät auf Korfu an. Zwischen den deutschen Staatsmännern wird deshalb der Plan erwogen, den Verkauf des Achilleion anzuregen, was allerdings schon mit Rücksicht auf die archäologischen Studien des Kaisers nicht so leicht durchführbar sein dürfte. Kaiser Wilhelm soll übrigens tatsächlich die Absicht haben, im Sommer nach Bukarest zu reisen und König Carol einen Besuch abzustatten.

Unsere Beziehungen zur Türkei sind in letzter Zeit recht kühl geworden. Die Ursache dieser Gestaltung liegt in unserer Tendenz, sich eine Einflußsphäre in Südanatolien zu schaffen und in den diesbezüglichen höchst inopportunen Elukubrationen der »Neuen Freien Presse« sowie verschiedener anderer Organe. Charakteristisch für die türkische Verstimmung ist das Unterbleiben des angekündigten Besuches Enver Paschas beim Markgrafen Pallavicini (mein brieflicher Bericht Res. Nr. 108 vom 13. April), ferner türkische Beschwerden über das Verhalten unserer Eskader in Adalia etc. etc.

Die Beurteilung des Exposés des Grafen Berchtold in der Türkei ist sehr verschieden, vielfach nicht sehr günstig.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst."

Indessen war die Reise Talaats nach Livadia erfolgt.

Hierüber, sowie über die weitere Zuspitzung des türkisch-griechischen Konflikts und die Schwankungen der türkischen Politik schreibt der Militärattaché in Konstantinopel:

„Res. Nr. 149.
Politische Lage.

Konstantinopel, am 25. Mai 1914.

Euer Exzellenz!

Über die Resultate der Reise Talaat Beys nach Livadia ist es selbstverständlich schwer, schon jetzt etwas Authentisches zu erfahren. Aus verschiedenen Andeutungen jedoch, welche Talaat in seinen Gesprächen fallen ließ, geht mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß er in Livadia Gelegenheit gehabt hat, Herrn Sasonow den türkischen Standpunkt in der Inselfrage ausführlich darzulegen.

Talaat führte hiebei aus, daß die Türkei zwar alles aufbieten werde, um betreffs der Inseln zu einem friedlichen Arrangement mit Griechenland zu gelangen. Wenn sich jedoch diese Absicht als undurchführbar erweisen sollte, so würde die Türkei — den Erklärungen Talaats zufolge — auch vor einem Appell an die Waffen nicht zurückschrecken. Von maßgebender russischer Seite soll Talaat zu verstehen gegeben worden sein, daß Rußland gegen das Zufallen der Inseln an die Türkei nichts einzuwenden hätte.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß für diese Politik der russischen Regierung auch die Erwägung maßgebend war, hiedurch den Gegensatz zu der philhellenischen Haltung Deutschlands demonstrativ hervortreten zu lassen. Die deutschen Staatsmänner sind jedoch eifrig bemüht, die griechenfreundliche Stimmung Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm zu beeinflussen und abzuschwächen. Der besonders warme Empfang des Panzerkreuzers »Goeben« in Konstantinopel dürfte in dieser Beziehung eine gewisse Wirkung ausüben, und ist man nun bemüht, auch den Besuch dieses Kriegsschiffes in Dedeagać in gleichem Sinne auszunützen.

Herr Toschew hat seine Regierung dringend aufgefordert, den Empfang des »Goeben« so feierlich als möglich zu gestalten und König Ferdinand zu veranlassen, den Kronprinzen Boris zu diesem Zwecke nach Dedeagać zu delegieren. Durch diese Maßnahme glaubt der hiesige bulgarische Gesandte, die bekannte persönliche Animosität des Kaisers gegen König Ferdinand in günstigerem Sinne beeinflussen zu können. Ob der Besuch des deutschen Schiffes im genannten bulga-

rischen Hafen als ein Anzeichen beginnender Ernüchterung bei Kaiser Wilhelm aufzufassen ist, mag vorläufig dahingestellt bleiben.

Auf türkischer Seite hat man betreffs des Anschlusses an eine der beiden Mächtegruppen bisher noch keinen definitiven Entschluß gefaßt. Said Halim Pascha erklärte dem Herrn k. u. k. Botschafter vor dessen Abreise (zu einem kurzen Urlaube nach Bukarest, Budapest und Wien), daß die Türkei nach wie vor zu einer Annäherung an die Tripleallianz bereit ist.

Die Voraussetzung hiefür ist jedoch, daß der Dreibund eine einheitliche Politik mache, da bei der jetzigen Zerfahrenheit, wo Österreich-Ungarn eine türkisch-bulgarische, Deutschland dagegen eine türkisch-griechische Freundschaft raten, ein Anschluß der Türkei unmöglich erscheint. Eine weitere Bedingung wäre, daß die Tripleallianz der Türkei für den Fall eines Angriffes einen effektiven Schutz bietet, da, falls dies nicht zutreffen sollte, die Annäherung nur die Existenz der Türkei gefährden und derselben gar keinen Vorteil bringen würde.

Schließlich betonte der Großvezier neuerdings, daß die Türkei nicht zu lange warten könne und sich in absehbarer Zeit für eine der Mächtegruppierungen entscheiden müsse.

Said Halim Pascha erklärte auch unserem Botschafter, daß er sofort bereit wäre, mit Bulgarien in nähere Beziehungen zu treten, d. h. den fertiggestellten Geheimvertrag zu unterschreiben. Die Partizipation von Rumänien sei hiebei gar nicht notwendig; der Großvezier ist überzeugt, daß das Gewicht einer unter der Patronanz des Dreibundes zustande gekommenen türkisch-bulgarischen Allianz so groß wäre, daß Rumänien gezwungen sein würde, sich derselben anzuschließen. Die Beziehungen der Türkei zu Rußland seien zwar jetzt gut, was jedoch durchaus nicht bedeutet, daß eine Annäherung erfolgt wäre.

Wie aus dieser Lage zu ersehen, ist das Bestreben der Türkei offenbar darauf gerichtet, vorläufig Zeit zu gewinnen und das Terrain vorzubereiten, um nach Erlangung der Überlegenheit zur See die Lösung der Inselfrage in Angriff nehmen zu können. Wann der erste Dreadnought im Goldenen Horn einlaufen wird, ist auch heute noch nicht sicher, doch sagte mir Admiral Lympus vor einigen Tagen, daß dies kaum vor Mitte September, möglicherweise sogar später der Fall sein werde. Die Proben mit dem »Sultan Osman« beginnen Ende Juni und werden zirka zwei Monate dauern, so daß, wenn hiebei alles

gut geht, das Schiff Ende August seine Reise nach Konstantinopel antreten könnte.

Es ist hiebei bemerkenswert, daß der Großvezier jetzt erklärt, die türkische Flotte könne auch ohne Dreadnoughts die griechische mit Aussicht auf Erfolg angreifen. Der »Averoff« sei das einzige brauchbare größere Schiff der Griechen und könne gegen die zwei deutschen Panzerschiffe, dann die schnellen Kreuzer »Hamidie« und »Medschidie« der Türkei doch nicht aufkommen. Die Ursache der türkischen Mißerfolge zur See während des Balkankrieges waren nur die unfähigen Schiffskommandanten; diese seien gegenwärtig beseitigt und durch junge, tüchtige Elemente ersetzt worden, unter welchen sich mehrere Reuß (gewesener Kommandant der »Hamidie«) finden werden.

Die Beziehungen der Türkei zu Griechenland sind andauernd sehr schlecht. Vor einigen Tagen unternahm der hiesige griechische Gesandte Herr Panas eine neuerliche Demarche bei der Pforte, im Laufe welcher er sich über die fortdauernde Verfolgung des griechischen Elementes in der Türkei, sowie die völlige Ignorierung der zahllosen Reklamationen von Seite der Gesandtschaft und des Patriarchats beschwerte. Der Gesandte soll hiebei dem Großvezier erklärt haben, daß, wenn nicht bald eine Änderung eintreten sollte, seine Anwesenheit in Konstantinopel bald zwecklos werden würde.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst.“

Bezüglich der Mission Talaats sei auch auf das Schreiben des k. u. k. Militärattachés in Bukarest vom 30. Mai 1914 hingewiesen (Seite 647). Weiteres hierüber enthält der folgende Bericht. Er bringt auch die Idee einer Balkan-Kombination, die unter russischer Ägide augenfällig gegen Österreich-Ungarn gerichtet gewesen wäre. Ob Ähnliches tatsächlich im Zuge war, oder ob diese Idee nur als Einschüchterungsmittel lanciert wurde, mag dahingestellt bleiben.

„Res. Nr. 163.
Politische Lage.

Konstantinopel, am 3. Juni 1914.

Euer Exzellenz!

Auch die seit meinem letzten brieflichen Bericht vorliegenden Nachrichten scheinen zu bestätigen, daß die Besprechungen Talaat Beys in Livadia zu einer für den türkischen Standpunkt nicht ungünstigen Klärung der russisch-türkischen Beziehungen beigetragen haben.

Einer zwar nicht authentischen, immerhin aber glaubwürdigen Quelle zufolge wäre Rußland bereit: 1. bezüglich Armeniens und Kurdistans sein vollständiges Desinteressement zu erklären, 2. der Türkei zum Besitz der Inseln — womöglich auf friedlichem Wege — zu verhelfen und 3. der eventuellen Kandidatur eines Mohammedaners auf den albanesischen Thron keine Schwierigkeiten zu bereiten. Als Gegenleistung hiefür solle die Türkei Bulgarien an sich ketten und sodann samt demselben einem unter der Ägide Rußlands zu bildenden Balkanbund beitreten.

In einem kürzlich stattgefundenen Gespräch mit dem deutschen Botschafter versicherte der Großvezier neuerdings, daß die Türkei noch immer frei sei, fügte aber hinzu, daß nun demnächst etwas geschehen müsse.

Der Besuch Talaat Beys in Bukarest hat, soviel bisher zu erkennen ist, trotz des äußerlich ostentativ warmen Empfanges kein greifbares Resultat ergeben. Herr Toschew hat aus Sofia Nachrichten, daß Talaat bei seinen Besprechungen mit den rumänischen Staatsmännern die Lebenskraft und die militärische Stärke Bulgariens zu sehr hervorgehoben und hiedurch das Gegenteil dessen erreicht habe, was er anstrebte. Man wäre nun in Rumänien wieder mißtrauisch und ängstlich geworden und wolle infolgedessen von einer Annäherung an Bulgarien nichts wissen.

Für die Stellungnahme Rumäniens zur Inselfrage ist es gewiß sehr bezeichnend, daß Talaat Bey sofort nach seiner Rückkehr die strengsten Befehle gegeben hat, die bisherigen Vexationen der Griechen auf der ganzen Linie einzustellen. Auch gegenüber dem griechischen Gesandten änderte die Pforte ihre bisherige Sprache. Der Großvezier versprach schleunigste Erledigung aller Beschwerden; Talaat hob hervor, daß die beiden Staaten keine gemeinsame Grenze haben, daß demnach kein Grund zu Mißverständnissen vorhanden sei und die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland sogar mehr als freundschaftliche werden müßten.

Welche Bedeutung dieser plötzliche Wandel hat, und ob derselbe nicht nur dem Zwecke dient, Zeit zu gewinnen, wird sich erst in der Zukunft erweisen.

Welche Rolle bei dem in Wirklichkeit eher kühlen Empfang Talaats die gleichzeitigen Ereignisse in Albanien gespielt haben, ist vorläufig noch nicht bekannt. Charakteristisch ist jedoch, daß Talaat Bey nunmehr Izzet Pascha zum albanesischen Ministerpräsidenten vorschlägt und der Großvezier erklärt, selbst im Falle, wenn die Kandidatur eines

mohammedanischen Fürsten ernstlich in Frage kommen sollte, derselben jetzt nicht mehr zustimmen zu wollen.

Über Antrag der internationalen Kommission in Albanien, welche angeblich Beweise dafür in Händen hat, daß die Revolte von jungtürkischer Seite angestiftet worden sei, wurde vom k. u. k. Ministerium des Äußern eine internationale Demarche bei der Pforte angeregt, bei der unser Vertreter eine sehr ernste Sprache führen sollte.

Der k. u. k. Geschäftsträger Baron Mittag-Lenkheym, welchem diese Absicht telegraphisch angekündigt wurde, machte diesbezüglich geltend, daß ein solcher Schritt ganz wirkungslos bleiben, aber gewiß die Folge haben würde, die Pforte gegen uns zu verstimmen, was mit Rücksicht auf die in Schwebe befindliche Studienkonzession für die Bahn Gemlik—Brussa—Simav sehr bedauerlich wäre. Baron Mittag erhielt hierauf den Auftrag, die Demarche nur si omnes mitzumachen, womit dieselbe voraussichtlich begraben ist, da sowohl der französische als auch der deutsche Botschafter erklärt haben, sich einem solchen Schritte nicht anschließen zu wollen.

In Wien ist es schließlich nach vieler Mühe gelungen, ein Bankkonsortium — Diskontogesellschaft, Ungarische Bank- und Handelsgesellschaft und Wiener Bodenkreditansalt — zusammenzubringen, welches sich bereit erklärte, den Bau der Bahn Gemlik—Brussa—Simav zu übernehmen, worauf die Botschaft Anfang Mai das offizielle Ansuchen um die Studienkonzessionen für diese Linie der Pforte überreicht hat.

Inzwischen ist aber die Bewilligung zweifelhaft geworden, weil im letzten Pariser wirtschaftlichen Abkommen die französische Gesellschaft Soma-Panderma das Recht zum Bau einer Verbindung mit Brussa erhalten hat. Diese Linie muß über Kirmasti gehen, welchen Ort anscheinend auch die Bahn Brussa—Simav passieren müßte, da dieselbe gezwungen ist, das südlich Brussa vorgelagerte Gebirgsmassiv des Olymp westlich zu umgehen.

Noch vor drei Monaten hätten wir diese Bahnkonzession anstandslos erhalten können!

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst."

Im Gegensatz zu den obigen Nachrichten über einen freundschaftlichen Ausgleich der Türkei mit Griechenland stand nachstehendes Telegramm vom 12. Juni 1914 des k. u. k. Gesandten in Athen, Herrn von Szilassy, an Graf Berchtold:

„Der Jahrgang 1908 der griechischen Marinereservisten ist einberufen worden. Griechische Regierung hat vor einigen Tagen noch vier Unterseeboote von Deutschland erworben und soll in Verhandlungen über mehrere stehen. Lage gewiß sehr ernst. Gerüchtweise verlautet, daß, wenn Türkei nicht Satisfaktion gibt, Griechenland irgend einen Coup machen werde, Besetzung einer Hafenstadt zum Beispiel."

Serbien.

Die Bestrebungen Serbiens, Griechenland und Rumänien zum gemeinsamen Bunde zu gewinnen, erscheinen schon mehrfach erörtert. Mochten diese Bestrebungen zunächst wohl gegen Bulgarien gerichtet sein, so lagen sie doch ganz auch in der Richtlinie jener Politik, die durch den Ausspruch des serbischen Ministerpräsidenten Herrn Pašić gekennzeichnet ist: „Maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche" (jetzt muß man das zweite Spiel vorbereiten gegen Österreich).

Sich am Balkan den Rücken decken, Rumänien gegen Österreich-Ungarn gewinnen, um dann vereint mit Rußland der Monarchie an den Leib zu gehen, war der unverkennbare Weg; die Erwerbung der südslawischen Gebiete, vor allem Bosniens und der Herzegowina, das Ziel. Der Traum des großserbischen Reiches sollte sich damit erfüllen. Vorläufig aber hatte Serbien auch noch näher gelegene Bestrebungen im Auge; sie waren auf Albanien gerichtet. Nebenher gingen Serbiens Bemühungen, die Fusion Serbiens und Montenegros herbeizuführen.

In einer Unterredung mit Graf Berchtold am 22. April kam das Gespräch auf diese Frage. Auf meine Bemerkung, daß wir im Falle einer serbisch-montenegrinischen Fusion den Landanschluß an Albanien, also den Küstenstrich verlangen müßten, warf Graf Berchtold ein, daß Italien dem entgegen wäre. Ich meinte, wir müßten uns klar darüber werden, ob wir die Fusion hinnehmen wollten, dann sollten wir aber überhaupt nichts dagegen tun und auch nicht darüber reden, oder ob wir uns gegen die Fusion stellen wollten, dann müßten wir auf den Krieg gefaßt sein. Dieser dürfe jedoch nicht einer so untergeordneten Sache wegen geführt werden, sondern müßte die radikale Lösung der serbischen Frage zum Ziele haben. Graf Berchtold wies auf Rußland hin; ich erwiderte, daß ja Deutschland und Italien uns zur Seite stehen müßten, worauf Graf Berchtold äußerte: „Die werden uns in die Arme fallen"; er fügte bei, er habe Nachricht, daß Kaiser Wilhelm erfahren hätte, es wären unter der Ägide Rußlands Verein-

barungen im Zuge, wonach Serbien dem König von Montenegro sein Land abkaufen würde. Ich bezeichnete dies als „Tatarennachrichten". Graf Berchtold bemerkte, Deutschland hätte uns geraten, uns gegen die Fusion auszusprechen und die Erhaltung Montenegros mit seiner Dynastie zu verlangen. Ich erwiderte, daß damit für uns nichts erreicht wäre; die Bewegung wurzle im Volke und dieses würde die Dynastie entfernen, wenn sie ihm nicht passen sollte.

Ich führe hier ein dem schon oft zitierten, im Jahre 1919 erschienenen Buche „Kriegsursachen" entnommenes Telegramm des russischen Geschäftsträgers Obnorski in Cetinje vom 26. April 1914 an*):

„König Nikolaus hat dieser Tage nach langem Zögern den Befehl erteilt zur Übergabe seines schon vor einiger Zeit nach Belgrad gesandten eigenhändigen Schreibens an den König von Serbien, in welchem Serbien eingeladen wird zu einer schleunigen Vereinbarung mit Montenegro über die Vereinigung beider Staaten auf militärischem, diplomatischem und finanziellem Gebiete unter der unabänderlichen Bedingung »des Vorbehaltes der Unabhängigkeit und Eigenart beider Staaten und ihrer Dynastien«. Am Schlusse hebt König Nikolaus hervor, daß die Vereinbarung »sehr nützlich für das noch nicht befreite Serbentum« sein würde und im Sinne des ewigen Protektors der Slawen Rußlands gelegen sei."

Im Mai 1914 zog sich König Peter von Serbien von den Regierungsgeschäften zurück, angeblich aus Gesundheitsrücksichten. Kronprinz Alexander übernahm die Regentschaft (sein älterer Bruder Georg hatte am 27. März 1909 auf sein Thronfolgerecht verzichtet). An Serbiens Politik änderte dies nichts. Das Zusammengehen mit Griechenland und Rumänien blieb ihr nächstes Ziel. Allerdings meldete ein Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel vom 4. Mai, daß Baron Wangenheim in Korfu von scharfen Unstimmigkeiten zwischen Griechenland und Serbien gehört hätte, was Kaiser Wilhelm bestärkt haben sollte, von seiner bisherigen (griechenfreundlichen) Politik nicht abzugehen.

Am 25. Mai sprach ich mit dem Kriegsminister über die serbische Orientbahnfrage**). Er meinte, es sei kein großer Zug darin. Ich erwiderte, ich würde geradeso handeln wie die Serben und auf die Zumutungen nicht eingehen; im übrigen wisse man nicht, ob die serbische Bahnfrage nicht lediglich eine Geschäftsfrage einer Interessentengruppe sei, zu deren Vertreter sich man nicht zu machen

---

*) Dr. Bogičević, Kriegsursachen, Seite 142.

**) Betraf Bahnen auf ehemals türkischem, jetzt serbischem Gebiet.

brauche. Es stehe nicht dafür, denn man müsse sich klar sein, daß man eine Forderung nur dann durchsetzen könne, wenn man gewillt wäre, auch mit den Waffen dafür einzutreten.

Wir müßten uns daher auch klar darüber werden, ob wir es dulden würden, wenn die Serben, die ja an Albaniens Grenzen stehen, in Albanien einrückten. Wollten wir es nicht dulden, so bliebe nur der Krieg gegen Serbien.

Am 23. Juni erhielt ich nachstehenden Bericht des Militärattachés in Konstantinopel:

„Res. Nr. 178.
Politische Nachrichten.

Konstantinopel, am 15. Juni 1914.

Euer Exzellenz!

1. Der griechische Gesandte hat am 12. d. M. abends dem Großvezier eine Note übergeben, in welcher das Aufhören der Griechenverfolgungen erneuert in dringender Weise gefordert wird. Für den Fall, daß diesem Verlangen keine Folge gegeben werden sollte, behält sich Griechenland die Freiheit des Handelns vor.

Ein Termin ist in der Note nicht angegeben, weshalb derselben der Charakter eines Ultimatums nicht zugesprochen wird.

2. Der hiesige serbische Geschäftsträger hat vor einigen Tagen den deutschen Botschafter im Auftrage Pašić' gefragt, wie sich Deutschland im Falle eines serbischen Einmarsches in Albanien verhalten würde. Baron Wangenheim soll dringendst abgeraten und darauf hingewiesen haben, daß ein solcher Schritt unfehlbar zu einem sofortigen Kriege mit unserer Monarchie führen würde.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst."

Montenegro.

In Montenegro bildete die Fusion mit Serbien die Tagesfrage. Die Fusion wurde von der großserbischen Partei, unterstützt von Serbien und Rußland, mit Hochdruck betrieben; die Dynastie und eine kleine ihr ergebene Partei waren dagegen, auch mochte sie bei den Stämmen des alten Gebietes nicht überall Sympathie gefunden haben.

Je mehr König Nikita erkannte, daß ein Widerstand gegen die Fusion aussichtslos sein würde, desto mehr trachtete er, auch im Falle der Fusion seinem Hause die Krone Montenegros zu erhalten.

Am 23. Mai erhielt ich nachstehenden Bericht des k. u. k. Militärattachés in Cetinje:

„Res. Nr. 92/I.

Euer Exzellenz!

Jene auf eine Vereinigung Serbiens mit Montenegro abzielenden Bestrebungen, welche ich bereits in meinen persönlichen Berichten an E. E., Res. Nr. 38/I und 51/I vom 4. bezw. 18. März d. J., zu kennzeichnen vermochte, haben in jüngster Zeit einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts gemacht, dem sogar eine reelle Basis nicht abgesprochen werden kann.

König Nikolaus — aus der Not eine Tugend machend — hat in Belgrad vertraulich anfragen lassen, ob die serbische Regierung geneigt wäre, eine Union beider Königreiche unter Beibehaltung b e i d e r Dynastien anzubahnen.

Herr Pašić antwortete im Prinzip zustimmend, wünschte jedoch nähere und konstitutionell verbürgte Vorschläge, da er die beliebte Taktik des Königs Nikolaus hinreichend zu kennen scheint. Auf das hin begab sich der montenegrinische Gesandte Mijušković nach Cetinje zur Einholung entsprechender Instruktionen und Vollmachten.

Mijušković ist nunmehr wieder nach Belgrad zurückgekehrt, versehen mit einer vom Gesamtministerium gezeichneten Erklärung, daß die montenegrinische Regierung bereit wäre, einer Union mit Serbien unter nachstehenden Modalitäten zuzustimmen:

1. Gemeinsame diplomatische Vertretung im Auslande;

2. Vereinigung des gesamten Heerwesens unter formeller Aufrechterhaltung der montenegrinischen Kontingente;

3. einheitliches Zollgebiet;

4. einheitliche Geldwährung auf Grund einer Münzkonvention.

Die Verhandlungen über die Detail- und Durchführungsbestimmungen dürften längere Zeit in Anspruch nehmen und (über Wunsch Montenegros) bis zur Perfektionierung der internationalen Anleihe hinausgezogen werden.

Ob und inwieweit Rußland zu diesen Ideen bereits Stellung genommen hat, ist nicht bekannt, doch gilt eine zum mindesten wohlwollende Auffassung für sicher.

Ich habe vorstehende Ausführungen aus dem Grunde der Berichterstattung an E. E. für wert gehalten, da sie mir von einer durchaus ernst zu nehmenden Persönlichkeit mit entsprechendem Einblick in die hiesigen Vorgänge vertraulich mitgeteilt worden sind, und ich hoffe

in der Lage zu sein, E. E. auch über die ferneren Phasen fallweise berichten zu können.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner hohen Verehrung und unbedingten Ergebenheit.

Euerer Exzellenz gehorsamster

Hubka, Major.

Cetinje, am 20. Mai 1914."

Meine Stellungnahme in der Fusionsfrage erscheint durch meine schon im Früheren erwähnte Besprechung mit Graf Berchtold am 22. April gekennzeichnet (Seite 661).

Am 4. Mai war vom Militärkommando Zara die Meldung eingelangt, daß Montenegro an die Befestigung des Lovčen*) schreite und hiezu von Italien sechs Millionen Lire und die Geschütze erhielt. Ich schrieb an Graf Berchtold, daß darin eine bundesfeindliche Handlung Italiens läge, die alle Zusagen Italiens als wertlos hinstellen würde. Ich bat den Minister um Klarstellung.

Am 11. Mai besuchte mich Herr A. B ...., der Politiker, der mir oft schon über Balkanvorgänge berichtet hatte.

Er erzählte, daß Montenegro von russischer und serbischer Seite gedrängt werde, den Lovčen zu befestigen. Maßgebende militärische Funktionäre wollten jedoch mit uns keine Konflikte haben, „nicht das Feuer mit Spiritus löschen", wie sie sagten, sondern das Geld auf notwendigere Dinge verwenden.

Nach Herrn B ....s Mitteilung wolle sich Italien an Montenegro und Serbien anbiedern, es habe ihnen einen Zusammenschluß: Italien, Serbien, Montenegro, Rumänien nahegelegt, doch sei König Nikita darauf nicht eingegangen. Er wäre seit der Balkankrise auf Italien schlecht zu sprechen.

Deutschland.

Die Balkanpolitik Deutschlands während der hier besprochenen Periode ist — so weit meine Orientierung reichte — im Vorstehenden gekennzeichnet.

Militärische und politische Einflußnahme auf die Türkei, die es auf eigener Seite wünschte, Hinneigung Kaiser Wilhelms zu Griechenland, das aber mit Serbien, dem Todfeind Österreich-Ungarns, ging, Bemühung um Erhaltung Rumäniens am Bunde, wenig Sympathie für

*) Montenegrinisches Gebirgsmassiv, das den ö.-u. Kriegshafen von Cattaro dominierte.

Bulgarien, Wahrung der Interessensphären in Kleinasien — bildeten die markantesten Momente.

Auch Deutschlands große Politik war auf den Frieden gestimmt; doch sah es mit Sorge auf die zunehmenden Rüstungen Rußlands. Deutschland betrieb wohl gleichfalls seinen Heeresausbau, aber während dieser mit Jahren rechnete, trugen die Maßnahmen Rußlands den Charakter rein konkreter, auf baldigen Kriegsausbruch abzielender Vorkehrungen.

Im Frühjahr 1914 stand Deutschland in Verhandlungen mit England und Frankreich, die zur Abgrenzung der Interessensphären in Kleinasien und Syrien führten. Es erfolgte die Bekanntgabe, daß Deutschland und Frankreich sich dort hinsichtlich der Bahnen geeinigt hätten. Mitte Juni kam es zur Einigung mit England bezüglich Vorderasiens und Zentralafrikas. Deutschland sollte mit Zustimmung Portugals die wirtschaftliche Entwicklung Angolas zufallen.

Hinsichtlich der deutschen Politik gegenüber Griechenland schreibt Oberst von Pomiankowski in seinem Bericht Res. Nr. 125 vom 4. Mai 1914:

„Hier in Konstantinopel sind noch keine Anzeichen einer beginnenden serbisch-griechischen Entfremdung wahrzunehmen. Das Verhältnis der Pforte zu Griechenland ist ebenso gespannt, wie es war, während die Beziehungen zu Bulgarien — nach Äußerungen des Großveziers und Herrn Toschews*) zu urteilen — in letzter Zeit besser und vertrauter geworden zu sein scheinen.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Angesichts dieser Lage drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob sich Seine Majestät Kaiser Wilhelm nicht durch die griechische Regierung täuschen läßt"**).

Die auch in deutschen Kreisen herrschende Beunruhigung über Kaiser Wilhelms Hellenismus kommt in dem Bericht des k. u. k. Militärattachés Res. Nr. 144 vom 13. Mai 1914 zum Ausdruck (siehe Seite 655).

In militärischer Beziehung blieben die bisherigen Vereinbarungen mit Deutschland auch weiter aufrecht. Sie ergänzten sich durch mein Bemühen, etwas mehr deutsche Kräfte für den russischen Kriegsschauplatz zu erhalten. Deutschland bot alles auf, den Bund mit Italien fester zu knüpfen.

---

*) Bulgarischer Gesandter.

**) Vergleiche Seite 662.

Besuch bei General von Moltke in Karlsbad.

Am 22. April erhielt ich nachstehenden Brief General von Moltkes:

„Karlsbad, Haus Bremen, 20. April 1914.

Sehr geehrter Freund und Kollege!

Ich bin seit dem 15. d. M. zu einer vierwöchigen Kur hier in Karlsbad, war in Berlin an einer schlimmen Bronchitis erkrankt, die mich sehr heruntergebracht hatte, erhole mich hier aber von Tag zu Tag und fühle die Kräfte wiederkehren. Wie ich aus Berlin höre, ist die Transportsache dort geregelt, was mich sehr freut. Ich würde gerne einmal wieder mich mit Ihnen aussprechen. Wenn Ihr Weg Sie in dieser Zeit in die Nähe von K. führen sollte, würde ich mich außerordentlich freuen, wenn Sie mich aufsuchen könnten.

Vielleicht macht es sich? Gerne hörte ich einmal von Ihnen, wie es Ihnen geht. Seien Sie herzlich gegrüßt von Ihrem getreuen

Moltke."

Ich antwortete:

„Wien, 22. April 1914.

Hochverehrter Freund!

Ich beeile mich vor allem meinen wärmsten Dank für die freundschaftsvollen Zeilen zu übersenden, die mir eine große Freude bereitet haben, und zwar auch deshalb, weil ich denselben mit Vergnügen Ihre fortschreitende Genesung entnehme.

Die liebenswürdige Idee eines Wiedersehens in Karlsbad ist mir sehr verlockend; bei der Sensationssucht unserer Presse und der Gefahr, alle möglichen Kommentare an einen Besuch geknüpft zu sehen, muß ich mir aber vorerst die Genehmigung Seiner Majestät hiezu einholen, sobald Allerhöchst derselbe wieder hergestellt ist, was ja nach den letzten Bulletins in Kürze zu gewärtigen ist.

Die gedachten Arbeiten sind glatt erledigt.

Ihre freundliche Frage, wie es mir geht?, kann ich, um offen zu sein, leider nur damit beantworten, daß mir sehr viel zu wünschen übrig bleibt; nur meine Gesundheit hat mich vorläufig noch nicht im Stiche gelassen, das ist ja allerdings auch etwas.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen bitte ich, die aufrichtigsten Grüße entgegenzunehmen von Ihrem getreuen

Conrad m. p., G. d. I."

Am 8. Mai kam mir ein Bericht des k. u. k. Militärattachés in Berlin Oberstleutnant Baron Bienerth vom 5. Mai zu.

Nach Erwähnung des Karlsbader Kuraufenthaltes General von Moltkes schreibt Baron Bienerth:

„Gestern hatte ich Gelegenheit, den Generalmajor Graf Waldersee zu sprechen, der meinte, daß eine Aussprache Euer Exzellenz mit Exzellenz von Moltke wegen der rumänischen Frage ihm sehr vorteilhaft erschiene.

Bei dieser Aussprache hatte ich Gelegenheit, in dem von E. E. gewünschten Sinne zu sprechen, daß durch das Entgegenkommen auf maritimem Gebiet nunmehr Italien wieder Kräfte nach Süddeutschland gebe, daß aber nunmehr Deutschland seine Kräfte im Osten verstärken solle. Graf Waldersee betonte, daß die Unterstützung E. E. beim Marineabkommen dankbarst anerkannt werde. Ich habe auch den Eindruck, daß man eine Verstärkung der Kräfte gegen Osten im Auge hat, und daß dies gerade den Wunsch zeitigte, eine Aussprache in Karlsbad in die Wege zu leiten. Ferner betonte Graf Waldersee erneuert seinen Eindruck von der vollsten Loyalität des italienischen Generalstabes."

Der Bericht berührt dann die im Zuge befindlichen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland wegen eines Abkommens zur gegenseitigen Rückbeförderung der Wehrpflichtigen im Mobilisierungsfall und fährt fort:

„Mein italienischer Kollege, General Graf Calderari, erzählte mir — vorläufig noch streng vertraulich — daß er von der Absicht Exzellenz Moltkes durch Graf Waldersee gehört habe, E. E. und General Pollio in diesem Jahre wieder zu den Kaisermanövern einzuladen, um dadurch wieder eine gegenseitige Aussprache herbeizuführen."

Am 8. Mai erbat ich im Wege der Militärkanzlei die Allerhöchste Genehmigung Seiner Majestät zur Reise nach Karlsbad und erhielt folgende Entscheidung:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät geruhten Euer Exzellenz die Reise nach Karlsbad zum Besuch des Chefs des Generalstabes der deutschen Armee, Generals der Infanterie von Moltke, mit Allerhöchster Befriedigung Allergnädigst zu bewilligen."

Auf meine Mitteilung hierüber an General von Moltke langte folgende Antwort ein:

„Karlsbad, Haus Bremen, 10. Mai 1914.

Sehr verehrter Freund!

Ich freue mich außerordentlich darauf, Sie am Dienstag zu sehen. Sie werden mich zur angegebenen Zeit zu Hause finden. Ich bleibe

noch bis Donnerstag hier. Dann ist meine Kurzeit beendet und ich kehre nach Berlin zurück. Haben Sie Dank, daß Sie die weite Reise machen wollen.

Auf Wiedersehen. Bis dahin herzliche Grüße von Ihrem getreuen

M o l t k e."

Ich freute mich nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus rein persönlichen Gründen, General von Moltke wiederzusehen. Ich war ihm mit aufrichtiger Sympathie und Freundschaft zugetan.

Am 12. Mai um 9 Uhr vormittags reiste ich von Wien ab und traf abends um 6,16 Uhr in Karlsbad ein.

Ich begab mich sogleich zu General von Moltke. Nach herzlicher Begrüßung begann unsere Unterredung, die bis 8 Uhr abends währte. Wir waren allein.

Wir besprachen zunächst die politische Lage und das Festhalten an unseren bisherigen Vereinbarungen für den gemeinsamen Kriegsfall. Anknüpfend daran äußerte ich: „Wir würden mit Rumänien nicht mehr als Alliierten rechnen können, sondern müßten es möglicherweise selbst als Gegner in Betracht ziehen." General von Moltke warf ein, Rumänien würde vorerst neutral bleiben und abwarten.

Ich: „Es ändert aber nichts an unserer Absicht, mit den Hauptkräften in Galizien aufzumarschieren. Umsomehr muß ich aber hervorheben, wie wünschenswert es wäre, daß deutscherseits für den russischen Kriegsschauplatz etwas mehr geschähe, als bis jetzt beabsichtigt ist."

M.: „Zwölf Divisionen — vielleicht etwas mehr — östlich der unteren Weichsel."

Ich: „Die russische Offensive wird sich auch gegen die Provinz Preußen richten, und Sie haben so wenig Kräfte dort."

M.: „Es werden noch weniger russische Kräfte dort sein."

Ich: „Damit können Sie nicht rechnen. Rußland wird sich gegen uns wenden, aber auch von Warschau ist nicht weit nach Berlin; ich gebe Ihnen zu bedenken, was geschehen könnte, wenn w i r in eine ungünstige Situation gerieten. Dann hat Rußland den Weg frei. Was fangen Sie an, wenn Sie im Westen keinen Erfolg haben und im Osten Ihnen die Russen derart in den Rücken kommen?"

M.: „Ja, ich werde machen, was ich kann. Wir sind den Franzosen nicht überlegen."

Ich: „Hundert Divisionen haben die Franzosen nicht."

M.: „Wir werden durch Ausbau der Weichselfestungen: Thorn, Graudenz, Marienwerder die Russen aufhalten."

Ich (fragend): „Von Italien haben wir keine direkte Unterstützung zu erwarten?"

M.: „Pollio ist geneigt, außer den drei Korps noch Kräfte, speziell an Österreich-Ungarn, zur Verfügung zu stellen."

Ich: „Sehr schön! Aber mir wäre es lieber, wenn auch Sie noch diese italienischen Kräfte nehmen würden und von Ihren Kräften das V. und VI. Korps*) gegen Rußland beließen."

Ich wies auch auf die kürzeren Transportwege.

M.: „Das ist richtig, aber das kann ich nicht tun."

(Ich dachte im stillen, daß General von Moltke seine preußischen Korps lieber seien, als fremde Kräfte.)

„Wo würden Sie diese Kräfte einsetzen? (Die italienischen).

Ich: „Das kann ich noch nicht sagen, politische Rücksichten und Transportkalkül sind maßgebend. Ausschließen würde ich die Italiener von einem Eingreifen in Albanien."

M.: „Pollio hat gesagt: »Gemeinsame Freunde haben gemeinsame Feinde.«"

Ich: „Ob ich die italienischen Kräfte gegen Rußland oder gegen Serbien einsetzen würde, kann ich erst sagen, bis ich konkrete Daten habe."

(Ich habe mir dabei gedacht, das klügste wäre, sie nach Budapest zu dirigieren und der zweiten Armee anzuschließen. Sie konnten auf dieser Route ebenso gegen Rußland geführt, als von ihr gegen Serbien abgezweigt werden.)

Ich fragte weiter: „Was ist es mit einer italienischen Operation über die Westalpen?"

M.: „Davon halte ich nicht viel. Ich begreife auch nicht die Furcht der Italiener vor feindlichen Landungen. Die werden nicht zu fürchten sein. Ich habe eine Nachricht, daß die Engländer vier Divisionen nach Südfrankreich schicken sollen gegen Italien. Ich glaube aber nicht, daß die Engländer ihre Truppen ohne unmittelbare Verbindung mit der Flotte verwenden werden."

Wir sprachen dann über die Wahrscheinlichkeit eines Krieges.

General von Moltke meinte, daß jedes Zuwarten eine Verminderung unserer Chancen bedeute; mit Rußland könne man eine Konkurrenz in Bezug auf Massen nicht eingehen. Er sagte weiter:

„Bei uns erwartet man unglückseligerweise von England immer eine Deklaration, daß es nicht mittun werde. Diese Deklaration wird England nie geben."

---

*) Posen und Breslau.

Ich: „Die Haltung Deutschlands in den verflossenen Jahren hat die günstigen Gelegenheiten verstreichen lassen. Im Jahre 1908 geschah bei uns der grobe Verstoß, nicht gegen Serbien loszugehen; auch noch im vorigen Jahre!"

M.: „Warum sind Sie da nicht losgegangen?"

Ich: „Im letzten Moment war Seine Majestät dagegen."

General von Moltke betonte, daß er von der wirklichen Loyalität der italienischen offiziellen Kreise, speziell General Pollios, überzeugt sei.

Ich: „D a s glaube ich; aber auch Pollio ist nur ein Mensch, er kann morgen nicht mehr da sein. In Italien sind es die Volksströmungen, die im letzten Moment zu einem Umschlag führen können. Wir dürfen nicht mit S i c h e r h e i t auf Italien rechnen."

Dann kamen die Balkanverhältnisse zur Sprache.

Ich: „Bulgarien ist parterre. Aber wie es auch immer sei, einen fixen Faktor gibt Bulgarien nie ab, weil die verschiedenen Strömungen sich dort die Wage halten. (Gemeint war die russophile und die bulgarischnationale, russophobe.) Rumänien ist für uns verloren. Man schiebt u n s die Schuld zu, daß das Verhältnis zu Rumänien verdorben wurde. Unser Vorgehen wurde aber nur zum Anlaß genommen, die wahren Gefühle und Motive zu verbergen. Die großrumänische Frage war schon vor dreißig Jahren da. Sie wurde eine Zeitlang niedergehalten. Die Balkankrise hat sie wieder zum Durchbruch gebracht. Die Rumänen werden mobilisieren, sich abseits halten, um erst je nach dem Gang der Ereignisse zu handeln."

M.: „Pollio hat den Antrag gestellt, daß die schon jetzt bestehenden operativen Abmachungen schriftlich niedergelegt werden. Er werde ein Elaborat senden.".

General von Moltke teilte mir dann mit, daß dieses Elaborat in Berlin eingetroffen sei; Graf Waldersee würde es ihm vorlegen, es zeige Italien von sehr egoistischem Standpunkt.

Ich: „Bevor ich an die italienische Loyalität glaube, müßte sie sich auch im Verhalten Italiens gegenüber Serbien, Montenegro und Albanien zeigen. Für die Befestigung des Lovčen soll Italien den Montenegrinern sechs Millionen Lire zugestanden haben. Es ist wohl nur ein Gerücht, aber es ist möglich. Eine Abmachung nur von den drei Generalstabschefs unterschrieben, hätte keinen bindenden Wert, sie müßte vom Einverständnis der Monarchen getragen sein."

Wir kamen dann auf die Entwicklung der Reserveformationen zu sprechen.

M.: „Die Franzosen haben den Geburtenrückgang, aber die Deutschen haben eine kürzere Lebensdauer. Unsere Reserveformationen schmelzen schneller zusammen als jene Frankreichs. Wie steht es mit Ihrer Reservearmee?"

Ich teilte General von Moltke das Wesentliche hierüber mit und bemerkte: „Wir hoffen im Laufe von zehn Jahren 14 Reservedivisionen und 14 Reservegebirgsbrigaden zu haben."

M.: „Das ist eine lange Zeit!"

Ich: „Ja, aber es würde von Jahr zu Jahr immer besser."

M.: „Können Sie auf Ihre südslawischen und rumänischen Truppen rechnen?"

Ich: „Man kann da kein Prophet sein. So wie sie jetzt sind, haben wir zu Besorgnissen keinen Anlaß, aber ein gefährlicher Boden ist es; je mehr sich die Zeit hinauszieht, desto ärger kann es werden."

Das Gespräch lenkte sich dann auf das Thema einer gemeinsamen Aktion Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien.

Ich: „Von jedweder gemeinsamen Operation in Albanien will ich nichts wissen; es ist mir um jedes Bataillon leid."

General von Moltke teilte mir nun mit, daß die für das Jahr 1914 anberaumten Kaisermanöver bei Eichstädt stattfinden würden. Beteiligt wären vier preußische und zwei bayrische Korps unter Prinz Rupprecht. Erzherzog Franz Ferdinand wird die Einladung zu den Manövern annehmen. General von Moltke fügte bei:

„Da werden Sie ja auch mitkommen?"

Ich: „Der Erzherzog wird mich kaum mitnehmen. Ich könnte nur mitkommen, wenn eine spezielle Einladung an mich erginge."

M.: „Auch der König von Italien wird an den Manövern teilnehmen. Man hat diesbezüglich bei Erzherzog Franz Ferdinand angefragt. Er war einverstanden."

Das Gespräch wandte sich der Türkei zu.

M.: „Die türkische Armee ist absolut wertlos. Sie hat keine Waffen, keine Munition, keine Kleider. Die Offiziersfrauen gehen betteln auf der Straße. Jetzt will die Türkei ein Seestaat werden und schreibt uns um Geld."

Ich: „Es wäre wohl besser, das Geld für die Landarmee zu verwenden."

Wir sprachen über die Gewehrfrage. Ich erkundigte mich, ob Deutschland schon daran denke, ein automatisches Gewehr einzuführen.

M.: „Von einer Neubewaffnung der Infanterie ist keine Spur. Unser Gewehr ist sehr gut, wir denken nicht daran, ein anderes einzuführen."

Zum Schlusse streiften wir nochmals die politische Lage, ich äußerte:

„Für uns bleibt der springende Punkt die südslawische Frage."

Um 8 Uhr abends kam Major Kundmann, wir nahmen ein einfaches Abendessen bei General von Moltke und blieben bis 10 Uhr abends beisammen. Ehe ich ging, fragte ich nochmals General von Moltke, wie lange es im gemeinsamen Krieg gegen Rußland und Frankreich seiner Ansicht nach dauern dürfte, bis Deutschland sich mit starken Kräften gegen Rußland wenden könne.

M.: „Wir hoffen in sechs Wochen nach Beginn der Operationen mit Frankreich fertig zu sein, oder wenigstens so weit, daß wir unsere Hauptkräfte gegen Osten verschieben können."

Ich: „Also mindestens sechs Wochen müssen wir unseren Rücken herhalten gegen Rußland."

Ich verabschiedete mich herzlich von General von Moltke, nicht ahnend, daß ich ihm zum letzten Male die Hand drückte.

Zwar war ich während des Krieges zu Besprechungen mit General von Falkenhayn auch in Berlin, doch währten diese Aufenthalte nur sehr kurz. Auch hatte ich das Empfinden, daß nach dem ungünstigen Ausgang der Marne-Schlacht und dem Zusammenbruch der auf den Erfolg in Frankreich gegründeten Hoffnungen ein Wiedersehen mit mir den in seiner Gesundheit angegriffenen General schmerzlich berühren könnte.

Um 10 Uhr abends begab ich mich mit Major Kundmann zum Bahnhof, um 12 Uhr nachts reisten wir von Karlsbad ab und trafen am 13. Mai um 12,50 Uhr nachmittags in Wien ein.

Am 14. Mai vormittags teilte ich dem Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger alles Wesentliche der Besprechungen mit, vor allem auch die Möglichkeit, daß italienische Kräfte im Kriegsfall zu uns stoßen. Im Sinne meiner schon früher angeführten Erwägungen führte ich aus, daß ich die italienischen Kräfte auf Budapest zu dirigieren gedächte, um sie der zweiten Armee anzuschließen. Diese zweite Armee hatte im Kriegsfall gegen Rußland den rechten Flügel der Kräfte in Galizien zu bilden. Die italienischen Truppen könnten über Budapest nach Stryj und Stanislau dirigiert, oder wenn nötig von Agram, selbst noch von Budapest gegen Serbien abgezweigt werden. Für die Entnahme dieser Kräfte kämen drei italienische Korps in Betracht; vermutlich das VI., IX., XI. (Bologna, Rom, Bari). Ich beauftragte Oberst Metzger, eine Studie in diesem Sinne arbeiten zu lassen.

Am selben Tag (14. Mai) erhielt ich folgende Zeilen vom Chef der Militärkanzlei Seiner Majestät:

„13. Mai 1914.

Hochverehrter Freund!

Wie Dir bekannt, waren Seine Majestät von Deinem Entschlusse zur Reise nach Karlsbad sehr befriedigt, und interessiert Sich unser Allerhöchster Herr lebhaft für das Ergebnis Deiner Unternehmung.

Da Seine Majestät aber Empfänge fast ganz eingestellt haben, weil vermieden werden soll, daß Seine Majestät viel spreche, bitte ich Dich, mir alles Wissenswerte entweder mündlich oder schriftlich für Seine Majestät geneigtest anvertrauen zu wollen.

Verehrungsvollst grüßt Dich herzlichst

Dein ergebenster

Bolfras, G. d. I.“

Ich begab mich zu Exzellenz Baron Bolfras, orientierte ihn über die Besprechung mit General von Moltke und händigte ihm eine Aufzeichnung ihres wesentlichen Inhaltes ein. Noch am 14. Mai sandte mir Baron Bolfras diese Aufzeichnung zurück.

Mit Bericht Res. Nr. 161 vom 25. Mai 1914 des k. u. k. Militärattachés in Berlin erhielt ich die an meine Person gerichtete Einladung zu den deutschen Kaisermanövern.

Ich sandte den Bericht am 28. Mai an die Militärkanzlei des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand zur Einholung der höchsten Willensmeinung.

Rußland.

Auf allen Erwägungen für die Zukunft, auf allen Hoffnungen für die ungestörte Entwicklung der eigenen Wehrmacht lasteten drückend die unausgesetzten Kriegsvorbereitungen Rußlands und die Schwierigkeit, hinter den Schleier zu blicken, mit dem Rußland seine Zurüstungen verhüllte. Ein Heeresbudget von zweieinhalb Milliarden Mark für 1914, die Absicht, bis 1916 eine Friedenspräsenzstärke von 1,800.000 Mann zu erreichen, die Verlängerung der Dienstzeit vom 1. Jänner bis 1. April, wodurch bei der Infanterie und fahrenden Artillerie drei, bei den übrigen Waffen vier vollausgebildete Jahrgänge präsent waren, kennzeichneten Rußlands Ziele.

Auf Antrag des französischen Ministers des Äußern Doumergue war im Mai 1914 der Abschluß eines Marineabkommens zwischen Frankreich, England und Rußland zustande gekommen. Wie später bekannt wurde, hatte am 26. Mai der russische Chef des Flottenstabes

die Vereinbarungen mit England getroffen. In diesen war auch vorgesehen, daß englische Handelsschiffe im Kriegsfalle russische Truppen nach Pommern überführen.

In Asien schienen die Differenzen mit England hinsichtlich Persiens ausgeglichen. Allerdings standen sich dort beide Reiche als Rivalen gegenüber. Rußland hatte es verstanden, die persische Provinz Aserbeidschan so gut wie in seinen Besitz zu bringen.

Frankreich.

Der innigen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland in Hinsicht eines gemeinsam zu führenden Krieges ist schon wiederholt gedacht. Der russische Botschafter in Paris, Herr von Iswolsky, der erbitterte Gegner Österreich-Ungarns, war in diesem Sinne eifrigst tätig. Auch die Beziehungen zwischen Frankreich und England knüpften sich fester. Am 21. Mai weilte das englische Königspaar zu Besuch in Paris.

Am 26. April war wohl der friedlich gesinnte Caillaux wiedergewählt worden und war die Zahl der Sozialisten in der Kammer von 70 auf 120 gestiegen, aber an den auf den Krieg berechneten Maßnahmen änderte dies nichts; vor allem nichts an der wiedereingeführten dreijährigen Dienstzeit.

Am 12. Juni wurde das gemäßigte Ministerium Ribot gestürzt, ehe es die Regierung begonnen hatte. Ribot wurde durch den Sozialisten Viviani ersetzt. Auch er konnte nur für eine spätere Zukunft die Wiederverkürzung der Dienstzeit bei Einführung der militärischen Jugenderziehung versprechen. Die dreijährige Dienstzeit aber wurde beibehalten. Rußland soll andernfalls mit der Kündigung des Bündnisses gedroht haben.

Am 29. Mai hatte Frankreich mit Italien einen Verständigungsvertrag über Tunis abgeschlossen.

England.

Des Marineabkommens mit Rußland ist oben gedacht. Eine Interpellation Kings im Unterhause im Juni, ob dieses Abkommen bestehe, beantwortete Grey ausweichend dahin, daß England keine Verpflichtung habe, an einem europäischen Kriege teilzunehmen.

Einen erfolgreichen Schritt hatte England in Persien getan.

Im Juni schloß das englische Marineamt mit einer englisch-persischen Gesellschaft einen Vertrag über die Petroleumausbeutung im neutralen Teile Persiens und nahm 44 Millionen Mark Aktien,

wodurch sich England dortselbst nicht nur festgesetzt, sondern eine bedeutungsvolle Vorsorge für den Bedarf der Ölfeuerung bei der Flotte und dem sonstigen Motorenbetrieb gesichert hatte.

Mit Italien kam im Mai eine Einigung über die Bahnen in Kleinasien zustande.

Im Innern aber war England zu dieser Zeit durch die irische Frage schwer bedroht*).

Am 25. Mai genehmigte das englische Unterhaus Homerule. Am gleichen Tage bewaffneten sich die irischen Nationalisten gegen Ulster. Carson und Bonar Law forderten die Ausnahme Ulsters von der Homerule. Das Oberhaus stimmte dieser Forderung zu. Die Gegensätze verschärften sich. Vom 2. Juni bis 24. Juni erfolgte Besprechungen bei König Georg V. schlugen fehl. Es drohte der Bürgerkrieg.

Albanien.

Schon aus den früheren Darlegungen geht hervor, in welcher Form allein Albanien von Wert für Österreich-Ungarn gewesen wäre. Nämlich: als selbständiger Staat in engen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zur Monarchie und mit dieser auch im Bündnis, vor allem gegen Serbien und Montenegro.

Anstatt dessen war Albanien der Schauplatz des Widerstreites verschiedener Mächte und Parteien. Am schärfsten trat die Rivalität Italiens hervor. Der Keim hierzu war durch die Abmachungen gelegt, die Österreich-Ungarn schon vor Jahren mit Italien hinsichtlich Albaniens getroffen hatte.

Diese wären gegenstandslos geworden, wenn man Italien beizeiten als Gegner erkannt, mit ihm gebrochen und abgerechnet hätte. Eingewiegt in die Beruhigungen der Dreibundpolitik hatte man durch Italien nun auch die Position in Albanien verloren.

Ein kräftiger, energischer, an einer Richtung festhaltender, die Politik im Sinne Österreich-Ungarns führender Herrscher hätte viel-

*) Am 16. Jänner 1913 hatte das Unterhaus Homerule angenommen, am 30. Jänner 1913 verwarf das Oberhaus die Vorlage. Am 10. Juni 1913 nahm das Unterhaus das Gesetz abermals an und am 15. Juli 1913 verwarf das Oberhaus das Gesetz wieder. Ulster nahm scharf Stellung gegen die Annahme und bewaffnete auf Carsons Anregung etwa 10.000 Freiwillige zum Kampf gegen Irland. Die englische Kavalleriebrigade Gough weigerte sich, gegen Ulster einzuschreiten.

leicht Albanien für die Interessen Österreich-Ungarns noch retten können. Tatsächlich blieben aber in Albanien die verschiedensten Einflüsse geltend. Engländer, Holländer, Italiener hatten ihre Hände im Spiel und auch an türkischen Eingriffen und rumänischen Einmengungen fehlte es nicht. Dazu kamen die stets drohende Haltung Serbiens, die Agitation Montenegros und das Streben Griechenlands, sein Machtgebiet auf Kosten Albaniens zu erweitern. Zwar wahrte Griechenland durch Abzug seiner Truppen den äußeren Schein*), aber die unter Zographos ausgebrochene Revolte im Epirus, der sich als selbständige Republik erklärte, diente Griechenlands Zielen. Auch dagegen hatte sich Albanien nun zu wehren. Es gebrach jedoch an regulären Streitkräften und einer organisierten Führung. Gewehre und Handwaffen waren wohl vorhanden, doch mangelten Geschütze. An solchen waren drei Gebirgsbatterien bei Skoda in Österreich-Ungarn bestellt, die auch, begleitet von zwei k. u. k. Artillerieoffizieren (Hauptmann Br. Klingspor und Leutnant Tomjenović) und einem Geschützmechaniker geliefert wurden.

Aber es fehlte die feste Hand, die landeskundige, gewaltsame, auf das Volk direkt wirkende Persönlichkeit. Die Komplikationen verschärften sich durch den augenscheinlichen Verrat des zum Kriegsminister ernannten Essad Pascha und die damit zusammenhängende Revolte mohammedanischer Albanesen. Zwar ward Essad verhaftet, aber die Gegensätze, die Verstimmungen im Lande blieben und sollten durch die europäische Kontrollkommission geschlichtet werden. Diese aber schmälerte durch ihre Befugnisse das Ansehen des Fürsten und war im Lande mißtrauisch aufgenommen.

Für ein derart zerfahrenes Albanien größere militärische Kräfte aufzuwenden, verbot die allgemeine Lage, die durch die Gefahren gekennzeichnet war, die Österreich-Ungarn und Deutschland von allen Seiten drohten.

Immerhin aber war es geboten, den Kontakt mit Albanien nicht zu verlieren, sich den politischen, wirtschaftlichen und insoweit auch den militärischen Einfluß zu wahren, als dies durch Verwendung ö.-u. Instruktoren in der zu schaffenden albanesischen Wehrmacht und durch Ausbildung von Albanesen in der Monarchie zu erreichen war.

Dabei mußte aber die Rivalität Italiens in Kauf genommen werden, an die man sich vertragsmäßig gebunden hatte. Die Ausbildung und Leitung der Gendarmerie gelangte in die Hände holländischer Offiziere.

---

*) Siehe Seite 594.

Schon im Dezember 1913 hatte ich Graf Berchtold zwei umfangreiche und vorzügliche Berichte über Albanien gesendet, deren einer den Generalstabshauptmann Rosman, deren anderer den Generalstabshauptmann Milan Ulmansky zum Verfasser hatte. Beide Offiziere waren von mir nach Albanien entsendet worden. Ihre Elaborate enthielten erschöpfende Angaben über das so wenig gekannte Land und treffende Anträge für die dort zu unternehmenden Schritte in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehung. Graf Berchtold sandte mir die Berichte am 16. April zurück.

Am 22. April hatte ich mit dem Minister die auch schon früher erwähnte Unterredung (Seite 661).

Es kam die Entsendung einer Militärmission nach Albanien zur Sprache. Zunächst: zehn ö.-u., zehn italienische Offiziere. Ich beantragte Oberst Lerch als Militärattaché für Albanien. Er könnte längstens dann diesen Dienst antreten, wenn dies auch seitens eines italienischen Attachés geschähe. Wir sprachen über Essad Pascha. Er sei ganz im Fahrwasser Italiens und mit italienischem Geld bestochen.

Ich meinte, man könne ja das gleiche tun.

Auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen Griechenland und Albanien übergehend, bemerkte ich, daß sich Serbien und Montenegro sicher in einen solchen mengen würden und dann die Gelegenheit geboten wäre, gegen diese beiden Ruhestörer vorzugehen.

Graf Berchtold zeigte mir ein für Skutari bestimmtes Telegramm, das die Weisung enthielt, für die militärische Ausbildung auf eine Abgrenzung der Bereiche zwischen uns und Italien nicht einzugehen. Die Kompagnien mit gerader Nummer wären uns, jene mit ungerader Nummer den Italienern zuzuweisen. Dem gegenüber vertrat ich die Ansicht, daß die Ausbildung der ganzen I n f a n t e r i e Österreich-Ungarn, die Ausbildung der a n d e r e n W a f f e n Italien zuzuweisen wäre. Für die Infanterie hätten ausschließlich die ö.-u. Reglements zu gelten. Das Telegramm wurde in diesem Sinne geändert. Herr Generalkonsul Rapaport warf ein, daß dies nicht angenommen, sondern die Mischung der Waffengattungen verlangt werden würde. Schon der Parität wegen.

Ich: „Die Parität liegt in der Zahl der beizustellenden Instruktoren, die ist gleich. Wir müssen ja doch nicht immer nur dem zusehen, was die andern machen. Treten wir auch einmal fordernd auf.“

Unsere Konversation wandte sich dann den schon früher erwähnten Angelegenheiten zu (siehe Seite 661).

Der Aufstand der Griechen im Epirus schuf eine neue Frage. Zur Bekämpfung desselben waren nur schlecht ausgebildete albanesische

Milizen und holländische Gendarmerieoffiziere verfügbar. Es tauchte der Vorschlag auf, ö.-u. und italienische Offiziere zur Ausbildung der Milizen heranzuziehen.

Graf Berchtold, der eine Zusammenkunft mit Marquis di San Giuliano in Abbazia gehabt hatte, richtete nachstehendes, auch mir zur Kenntnis gegebene Telegramm an Ritter von Löwenthal, den k. u. k. Gesandten in Durazzo:

„Wien, am 24. April 1914, 11,50 Uhr p. m.

Im Verlaufe meiner Konversation mit Marquis di San Giuliano in Abbazia habe ich auch die in Euer Hochwohlgeboren Telegramme vom 11. April l. J. behandelte Anregung Mufid Beys wegen Entsendung ö.-u. und italienischer Offiziere zur Ausbildung der gegen die Epiroten aufzustellenden Miliz zur Sprache gebracht. Hiebei bemerkte ich, daß ich diesem Gedanken näherzutreten bereit wäre, jedoch mich des heiklen Charakters einer solchen parallelen Verwendung von Offizieren unserer beiderseitigen Armeen bewußt sei und jedenfalls Kautelen geschaffen werden müßten, damit keine Rivalitäten und Friktionen daraus entstehen: gleiche Anzahl, gleiche Chargen, gleichartige Verwendung, und zwar nach Truppenkörpern gesondert und nicht nach territorialen Rayons geschieden usw., lauter Dinge, die ich übrigens erst nach Einholen eines gegenständlichen Gutachtens unseres Generalstabes definitiv zu formulieren imstande wäre.

Marquis di San Giuliano ist zwar zuversichtlich in betreff der klaglosen Durchführung einer eventuellen Kooperation von Offizieren beider Armeen, indem er auf das Beispiel von Skutari hinweist, wo gerade die ö.-u. und die italienischen Offiziere im besten kameradschaftlichen Einvernehmen stehen, und auch geltend macht, daß sich erfahrungsgemäß Offiziere verschiedener Länder besser miteinander verstehen als Zivilisten. Er besorgt nur, daß die Zuteilung von Offizieren unserer beiderseitigen Armeen zu den epirotischen Okkupationstruppen große Erregung bei den Mächten der Tripleentente hervorrufen und eine Stellungnahme gegen diese Maßregel provozieren würde, die die ohnehin nicht leichte Aufgabe des Herrn Venizelos gegenüber der öffentlichen Meinung noch erschweren müßte. Im übrigen teilte der Minister meine Anschauung, daß vorerst noch der Generalstab in dieser Frage zu konsultieren wäre, und fügte den Wunsch hinzu, daß auch die beiderseitigen Vertreter in Athen und Durazzo um ihre Ansicht über die politischen Folgen der Maßnahme befragt werden sollten. Meine abschließende Bemerkung, daß man die Rückwirkung auf Griechenland vielleicht durch die Beschränkung der Verwendung der Offiziere auf

die Ausbildung der Miliz neutralisieren könnte, unter Ausschluß der Teilnahme an den militärischen Operationen, nahm der Minister zustimmend entgegen.

So weit die Unterredung mit Marquis di San Giuliano.

Indem ich Ihren Vorschlägen zu vorstehenden Fragen entgegensehe, möchte ich zu Ihrer Orientierung noch folgendes beifügen:

Baron Conrad, welchen ich über die Frage zu Rate gezogen habe, stimmt mit mir darin vollkommen überein, daß bei der Organisation die Zuweisung spezieller territorialer Rayons an die ö.-u. beziehungsweise italienischen Instruktoren unbedingt zu vermeiden wäre. Er wünscht, daß unseren Offizieren die Ausbildung der Infanterie ausschließlich eingeräumt werde, und ist dafür bereit, die Parität mit Italien durch folgende Konzessionen zu wahren:

1. Die italienischen Offiziere hätten die Kavallerie und technischen Truppen auszubilden, wofür Italien besonders qualifizierte Kräfte besitzt, sowie ferner auch die Artillerie. Die Lieferung von Geschützen unserseits läßt der Chef des Generalstabes nicht als Argument gegen die Übernahme der Artillerieorganisation durch die Italiener gelten.

2. Die volle Parität mit Italien könnte hinsichtlich der Zahl der beiderseits zu entsendenden Instruktoren gewahrt werden, da Baron Conrad damit einverstanden ist, daß Italien ebensoviel (etwa dreißig) Offiziere für Artillerie, Kavallerie und technische Truppen, als wir für die Infanterie beistelle.

Indem ich Euer Hochwohlgeboren ersuche, diesen Wünschen des Chefs des Generalstabes bei Ihren Vorschlägen Rechnung zu tragen und wenn irgend möglich schon jetzt in dem von Baron Conrad gewünschten Sinne tätig zu sein, möchte ich Euer Hochwohlgeboren noch ersuchen, Ihr besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß nicht etwa durch ein Arrangement zwischen den dortigen Machthabern und Baron Aliotti (der laut Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 216 vom 23. d. M. eine diesbezügliche Aktion vorzuhaben scheint) in dieser Hinsicht ein fait accompli geschaffen wird. Dies ließe sich am besten dadurch vermeiden, wenn Euer Hochwohlgeboren tunlichst bestrebt sind, möglichst gute Beziehungen auch zu Essad Pascha zu unterhalten, der bei der gegenwärtigen Sachlage noch als der relativ stärkste Machtfaktor in Albanien angesehen werden muß und dessen Mitwirkung wir daher zur Wahrung unserer Interessen benötigen."

Die in diesem Telegramm angeführte Ansicht über das kameradschaftliche Verhältnis zwischen k. u. k. und kgl. italienischen Offizieren war vollkommen zutreffend, sowohl hinsichtlich der Offiziere des Land-

heeres, als ganz besonders auch jener der Marine. Der Verkehr der hohen politischen Funktionäre bewegte sich in äußerlich korrekten Formen. Unter der Hand jedoch glimmte der diplomatische Konflikt, und in ganz offener Form betrieb die italienische Presse ihre Gehässigkeit gegen Österreich-Ungarn.

Am 2. Mai war Herr Generalkonsul von Rapaport des Ministeriums des Äußern bei mir. Er sprach über die Schwierigkeiten hinsichtlich der Aufteilung der Instruktionsoffiziere für Albanien und teilte mir mit, daß Machinationen im Zuge seien, die auf die Heranziehung rumänischer Offiziere nach Albanien abzielten*). Der Fürst, dann Essad und Italien seien dafür. Der k. u. k. Gesandte meine, daß nichts dagegen sprechen würde.

Ich: „Unter gar keiner Bedingung! Man muß dem Fürsten sagen, daß wir darin einen unfreundlichen Akt gegen die Monarchie erblicken würden, die doch Albanien geschaffen habe."

Herr von R.: „Die Italiener wollen sich dieser Sache entziehen, weil sie besorgen, daß die Instruktionsoffiziere gezwungen sein könnten, gegen Griechenland zu kämpfen, was ihnen nicht paßt."

Ich: „Die Offiziere sind nicht zum Kämpfen, sondern als Instruktoren hinabgeschickt. Wenn die Italiener keine Offiziere senden wollen, so ist das für uns kein Grund, gleichfalls keine Offiziere zu senden."

Herr von R.: „Der Modus, die Instruktoren nach Waffengattungen aufzuteilen, wird nicht realisierbar sein, weil den Italienern die Artillerie zu wenig sein wird."

Ich: „Aber uns hätte es genügen können? Man sollte im Ministerium des Äußern den Standpunkt aufgeben, stets in der Hinterhand zu bleiben."

Herr von R.: „Die Schwierigkeiten liegen darin, daß der Fürst in der Hand Essad Paschas ist und Italien diesen gewonnen hat. Unglücklicherweise hat sich Löwenthal mit Essad überworfen**). Auch an holländische Offiziere denkt man in Albanien."

Ich: „Politisch sind uns holländische Offiziere gleichgültig, aber militärisch dürfen sie uns nicht unsere Plätze wegnehmen."

Am 16. Mai besuchte mich Herr Generalkonsul von Rapaport wieder. Er erzählte, die Italiener hätten einen Major nach Albanien

---

*) König Carol von Rumänien war mit dem Fürsten Wied verwandt. Die Königin Elisabeth war eine geborene Fürstin von Wied.

**) Die folgenden Ereignisse zeigten, daß der k. u. k. Gesandte Herr von Löwenthal den Intriganten Essad richtig beurteilt hatte.

gesendet, er sei albanesischer Staatsbürger geworden und in den Dienst des Fürsten getreten.

Ich: „Die Italiener sind uns also zuvorgekommen."

Herr von R.: „Wir möchten auch einen Stabsoffizier, der freiwillig die albanesische Staatsbürgerschaft annehmen würde, in albanesische Dienste bringen."

Ich: „Gehen Sie in das Kriegsministerium, dort wird man gewiß einen Major finden, der zu diesem Schritt bereit ist."

Herr von R.: „Es ist nach Ansicht des Ministeriums des Äußern ganz unmöglich, daß nur wir die Offiziere für die Ausbildung der albanesischen Infanterie geben; einen Teil der Infanterie muß man auch Italien überlassen."

Ich: „Militärisch ist es nur vernünftig, eine Waffe durch eine Macht ausbilden zu lassen. Wenn wir aber schon teilen müssen, dann nehmen wir uns noch die Artillerie und überlassen den Italienern die technischen Waffen."

Am 25. Mai besprach ich die albanesische Frage mit dem Kriegsminister. Er wollte Richtlinien haben. Zunächst hinsichtlich der Entsendung gemischter Kontingente, das ist solcher mehrerer Mächte, anläßlich der in Albanien ausgebrochenen Revolte.

Ich: „Meiner Ansicht nach ist schade um jeden Mann, den wir da unten haben. Ein gemischter Schutz für den Fürsten*) nur dann, wenn auch die anderen Mächte Detachements beistellen, damit auch wir vertreten sind. Was die gemischte Okkupation anlangt, so müßten wir, wenn alle Mächte dazu Kontingente geben, auch durch ein Kontingent vertreten sein."

Ich meinte dann weiter, man solle dieses Albanien seinem Schicksal überlassen und erklären, daß, wenn ein Staat sich dort in einer Weise einmengen würde, die uns nicht passen sollte, wir dagegen Stellung nehmen würden. Man lasse sich auch nicht auf eine gemeinsame Okkupation mit Italien ein und binde sich überhaupt nicht die Hände. Auch nicht für den Fall einer gemeinsamen Okkupation. Passe uns diese nicht mehr, so gingen wir eben wieder heraus.

Kriegsminister: „Der Kaiser ist aufgebracht darüber, daß Hauptmann Klingspor mitgeschossen hat"**).

---

*) Zum Schutze des Fürsten war ein Detachement von hundert Mann telegraphisch angefordert worden.

**) Siehe hierüber später. Hauptmann Baron Klingspor hatte seitens Albaniens in Österreich-Ungarn bestellte Geschütze nach Durazzo gebracht und zwei davon auf Befehl des Fürsten ins Feuer gesetzt.

Ich: „Er (Klingspor) ist unten. Hat die Geschütze hingebracht für den Fürsten, den auch Österreich-Ungarn eingesetzt hat. Er sieht den Fürsten gefährdet; hat keine weiteren Direktiven. Soll er als ö.-u. Offizier sich zurückziehen und das Hasenpanier ergreifen? Es war ganz natürlich, daß er schießen ließ. Der Mann ist zu schützen."

Das Gespräch wandte sich dann Serbien zu (siehe Seite 662).

So widerlich mir die Idee war, eine größere Truppenzahl in Albanien festzulegen, mußte ich doch mit der Möglichkeit rechnen, daß dies diplomatischerseits gefordert werden würde.

Am 26. Mai besprach ich daher mit dem Chef des Operationsbureaus Oberst Metzger diese Möglichkeit und die diesfalls zu treffenden Maßnahmen. Ich bemerkte, wir müßten darauf gefaßt sein, ein Kontingent von etwa 4000 Mann beizustellen. Mir widerstrebe alles, was mit einem Zerreißen der Friedensformationen zusammenhinge, ein solches wäre daher zu vermeiden.

Während man sich so über Albanien den Kopf zerbrach, vollzogen sich in Albanien selbst Ereignisse, die zwar in Hinblick auf den Weltkrieg höchst geringfügig erscheinen, die aber für die Entstehung dieses Staates bedeutungsvoll waren und auch einen Einblick in die wirren Verhältnisse des Landes boten.

Deshalb sollen sie hier näher ausgeführt werden. Die Schilderung beruht fast ausschließlich auf den Berichten des k. u. k. Hauptmanns Heinrich von Clanner, der sich zur Zeit der Geschehnisse in Durazzo, dem Sitze des Fürsten und der Regierung, befand*).

Das Wesentliche der Ereignisse waren der Verrat des Kriegsministers Essad Pascha, die zweideutige Rolle, die Italien dabei gespielt hatte, der Einfluß, der anscheinend auch türkischerseits geübt wurde, und als Folge all dessen die gegen den Fürsten gerichtete Revolte. Nebenher ging der Aufstand im Epirus.

Bericht vom 26. April. Clanner fragte Essad Pascha, ob gegen den Epirus etwas unternommen werde. Essad verneinte es mit der Begründung, daß Geschütze mangelten, während die Griechen zwölf Geschütze und viele Maschinengewehre besäßen. Die Lieferung der Geschütze aus Österreich-Ungarn hätte sich verzögert**).

---

*) Der Fürst hatte den Antrag Essads, in Tirana, der Heimat Essads, zu residieren, abgelehnt. Er wäre dort der Gefangene Essads gewesen (siehe Seite 592).

**) Sie waren von der albanesischen Regierung bei Skoda in Pilsen bestellt.

Essad hatte dem Fürsten vorgeschlagen, keine Miliz aufzustellen, sondern nur die Gendarmerie im Epirus zu verstärken.

Etwa sieben italienische Offiziere hatten sich nach Tirana begeben; zu welchem Zwecke, war nicht klar. Im Hafen lag eine italienische Eskader. Ihr Kommandant, der Herzog der Abruzzen, veranstaltete am 26. April ein Diner an Bord, zu dem der Fürst*), die Fürstin, zwei Hofdamen, der Adjutant des Fürsten Ekrem Bey Libohova, der Sekretär Sami Bey Vlora und Turkhan Pascha geladen waren. Essad Pascha hatte die italienische Eskader in Begleitung des Dragomans der italienischen Gesandtschaft besucht. Der Herzog der Abruzzen inspizierte die italienische Schule in Durazzo, er fuhr dahin im Auto Essads.

Bericht vom 28. April. Im Wachdienst in Durazzo standen 98 Gendarmen, davon 7 bei Essad. Der holländische Major, der das Stadtkommando führte, verlangte aus Ausbildungsgründen deren Ablösung. Essad wies ihn an den holländischen General de Veer in Valona. Der Stadtkommandant verfügte die Ablösung. Unter Einfluß Essads widersetzte sich die Wache dagegen. Der Stadtkommandant entließ daher die Leute aus dem Gendarmeriedienst, konnte ihnen aber die Waffen nicht abnehmen, da sie ihr Eigentum waren.

Essad hatte von seinen eigenen Leuten 25 Bewaffnete im Turme seines Hauses.

Bericht vom 3. Mai. Aus Korča kamen Bitten um Verstärkung gegen die Epiroten. Demonstrationen für den Krieg gegen Griechenland fanden statt. Die Regierung verfügte nichts.

Bericht vom 6. Mai. Die Zustände im Epirus verschlechterten sich, es erfolgten feindliche Vorstöße gegen Korča und Tepeleni. Laut Telegramm aus Tepeleni besetzte albanesische Gendarmerie am 4. Mai Kodra und Hormovo. Sie fand in der griechischen Kirche in Kodra 200 gekreuzigte Leichname mohammedanischer Albanesen, die von den aufständischen Griechen massakriert worden waren. Eine furchtbare Erbitterung unter den Mohammedanern war die Folge. Die Beys von Tirana und Valona sammelten ohne Regierungsauftrag Freiwillige, etwa 2000 bis 3000 Mann unter Abdi Bey gegen den Epirus. Auch Ekrem Bey begab sich nach Valona, um von dort aus mit seinen Leuten teilzunehmen. Abends trafen Telegramme des holländischen Majors Sneller ein mit Nachrichten über stattgehabte Gefechte.

---

*) Fürst, albanesisch: Mbret = König, Herrscher.

Der Fürst blieb dauernd in Durazzo. Er besuchte die nähere Umgebung gelegentlich von Spazierritten, die er fast täglich unter Gendarmeriebegleitung unternahm.

Am 5. Mai war der englische Oberst Phillips, der Chef der fremden Missionen, aus Skutari zum Besuch des Fürsten eingetroffen. Er war begleitet von seinem italienischen Adjutanten und dem k. u. k. Hauptmann Cvitković.

Letzterer machte dem Hauptmann von Clanner Mitteilungen über die Zustände in Skutari. In Skutari herrsche der italienische Einfluß. Der italienische Konsul Galli hätte auch Oberst Phillips dafür gewonnen. Galli, der ehedem in Triest war, arbeite gegen Österreich-Ungarn, diskreditiere auch die österreichischen Waren. Die Italiener trachteten auch mit Hilfe des Klerus unseren Einfluß im Lande zurückzudrängen. Während in Italien selbst befohlene Kirchengänge der Truppen nicht statthätten, würde die italienische Mannschaft in Skutari zu solchen verhalten. Phillips sei mit dem italienischen Minister Aliotti auf gutem Fuße, er sei gegen Österreich-Ungarn, hoffe zum Gouverneur Nordalbaniens ernannt und mit der Aufstellung der albanesischen Wehrmacht betraut zu werden. Phillips hatte den Kommandanten von Alessio, den k. u. k. Hauptmann Worko, durch den englischen Kapitän Francis ablösen lassen; dieser begünstigte die Italiener. Während unter Workos Kommando stets Ruhe herrschte, gab es nun stets Streitigkeiten mit den Albanesen.

Montenegro besetzte die ihm zugesprochenen Gebiete der albanesischen Stämme Hotti und Gruda. Einige Familien der letzteren flüchteten, die Mehrzahl aber gab sich zufrieden. Sie war von den Montenegrinern mit französischem Geld bezahlt.

Bericht vom 13. Mai. Die italienischen Offiziere suchen Anknüpfung bei den albanesischen Ministern; so Kapitän Lorenzo Fineschi bei Turkhan Pascha. Die Vorschläge Clanners für die gemeinsam zu bewirkende Versorgung der Bevölkerung, das billigere Vieh aus Bosnien zu kaufen, stießen auf den Widerstand der Italiener.

Essad hatte sich vorübergehend nach Tirana begeben. Dort erklärten ihm die Leute, daß sie nur auf direkten Befehl des Fürsten nach dem Süden (Epirus) ziehen würden.

Man berief hierauf in Durazzo 200 bis 300 ehemalige türkische Redifs (Reservisten) ein.

Der Fürst hatte von König Carol den Rat erhalten, für die Aufstellung der Wehrmacht keine Ausländer heranzuziehen. (Es war kein freundlicher Akt gegen Österreich-Ungarn und zeigte auch, wie wenig König Carol die albanesischen Zustände kannte.)

Am 13. Mai waren die von der österreichischen Firma Skoda gelieferten Geschütze eingetroffen, mit ihnen Hauptmann Baron Klingspor, Leutnant Tomjenović und ein Mechaniker. Hauptmann Baron Klingspor begab sich zu Herrn von Trotta, dem Obersthofmarschall des Fürsten, um sich ihm vorzustellen. Trotz des Entgegenkommens, das man von einem Deutschen erwarten sollte, empfing Trotta Baron Klingspor nicht. Dieser erwiderte: „Ich bitte Trotta auszurichten, daß wir unseren Besuch aus Etikettegründen gemacht haben, wir als k. u. k. Offiziere hieher kommandiert sind, unseren Dienst zu machen, und nicht gewöhnt seien, in Vorzimmern abgefertigt zu werden." Dieses Auftreten wirkte.

Die Geschütze fanden allseits Bewunderung.

Bericht vom 15. Mai. Der Fürst empfing die k. u. k. Offiziere, besichtigte nachmittags die Geschütze und unterstellte dem Hauptmann Baron Klingspor zwei türkische Artillerieoffiziere. Essad übertrug Baron Klingspor die Aufstellung der drei Batterien und wünschte noch mehr k. u. k. Artillerieoffiziere.

Bericht vom 19. Mai. Seit einigen Tagen, nach Rückkehr Essads aus Tirana, tauchten von dort und aus Bazar Šjak Gerüchte über eine ausgebrochene Revolte auf. Hauptmann von Clanner ritt am 17. Mai dorthin, fand aber alles ruhig.



R. - Rashtbul

Indessen griff in Durazzo am 18. Mai die Furcht vor einem Angriff um sich. Eine der neuen Batterien wurde am Nordende der Stadt in Stellung gebracht und die Brücke zwei Kilometer östlich Durazzo mit Maschinengewehren und Gendarmen besetzt, Schußrichtung gegen Tirana. In das Palais wurden telegraphische Verbindungen zum Fürsten und zu Essad gelegt. An die Beamten wurden Waffen verteilt. S. M. Geschützter Kreuzer „Szigetvar", der auf der Reede lag, machte sich gefechtsklar und zur Ausschiffung von Landungstruppen bereit. Die bereits ausgelaufene italienische Torpedobootflottille sollte zurückkehren.

Das Haus Essads wurde von Gendarmerie umstellt.

Die Maßnahmen waren unverständlich. Es hieß, Essads Rücktritt stünde bevor.

Um 4 Uhr nachmittags wurde Hauptmann Baron Klingspor ins Palais gerufen und gefragt, ob die Geschütze feuerbereit seien, was er bejahte. Auf Klingspors Frage, ob er den Befehlen Essads Folge zu leisten habe, wurde ihm erwidert: „Nein“. Er wurde an die Weisungen des holländischen Majors Sleus gewiesen; den Befehl zum Schießen würde außerdem der Fürst selbst erteilen.

Um 1 Uhr nachts wurden alle Zugänge zu Essads Haus besetzt, um 2 Uhr nachts zwei Geschütze gegen das Haus gerichtet.

Essad wurde zum Fürsten gerufen; er folgte der Berufung nicht.

Um 3,30 Uhr nachts begab sich der holländische Major Sleus mit Ajet Libohova und einigen Bewaffneten zu Essad und forderte ihn auf, die Waffen abzuliefern und sich zu ergeben.

Die Leute Essads legten anfänglich die Waffen nieder, ergriffen sie aber auf ein Zeichen Essads wieder und begannen zu schießen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, bei dem auch die beiden Geschütze beschossen wurden. Auf Befehl vom Palais des Fürsten gab nun Hauptmann Baron Klingspor gegen den Turm von Essads Haus vier Granatschüsse ab und beschoß dann, da die äußerst festen Mauern des Turmes widerstanden, das Haus.

Als auf dem Hause die weiße Fahne gehißt wurde, wurde das Feuer eingestellt. Die Halbbatterie hatte im ganzen zehn Schuß abgegeben. Am Platze blieben zwei Tote und zwei Verwundete.

Essad wurde durch Kapitän Armstrong, den ö.-u. Dragoman, den italienischen Dragoman, zehn ö.-u. und zehn italienische Matrosen verhaftet und mit seiner Frau auf S. M. Kreuzer „Szigetvar“ gebracht. Von Essads Getreuen wurden sechzehn festgenommen.

Zum Schutz des Palais landeten der k. u. k. Kreuzer 50, die italienische Torpedobootflottille 250 bis 300 Mann.

Essad war in Durazzo gehaßt. Die Volksmenge begab sich zum Palais und brachte Hochrufe auf den König, die Königin und den Prinzen aus.

Die Umgebung Durazzos wurde nun von Freiwilligen, Gendarmerie und Maschinengewehren besetzt.

Bericht vom 20. Mai. Mittags des 20. Mai wurden zwei Maschinengewehre und hundert Freiwillige in der Richtung gegen Bazar Šjak vorgeschoben. Die Abteilung stand unter Befehl eines holländischen Majors, ging bis Rashtbul vor und sandte Unterhändler

nach Bazar Šjak, welche die dort versammelten Leute aufforderten, auseinanderzugehen und ihre Wünsche durch eine Deputation dem Fürsten vortragen zu lassen. Die Abteilung kehrte hierauf nach Durazzo zurück. Um 6 Uhr abends trafen, geführt von ihren Hodžas (Priestern), 4000 bis 5000 Mann ein und stellten sich dem Fürsten zur Verfügung. Die holländischen Offiziere witterten darin eine nach Ansicht Clanners unbegründete Gefahr. Der Hofmarschall Trotta lehnte beabsichtigte Ovationen als gefährlich ab. Nachdem die Leute dem Befehl, die Waffen abzulegen, willig nachgekommen waren, wurden sie in der griechischen Kirche untergebracht und bewacht.

Man sah Gefahren, die nicht bestanden.

Indessen war Essad auf einen Dampfer der Navigazione italiana geschafft worden, um nach Brindisi geführt zu werden, von wo er nach Mailand gelangen sollte.

Die Freilassung Essads wurde in Durazzo von den Albanesen mit Entrüstung aufgenommen. Sie sagten, von Italien werde der „Schurke" unterstützt; man hätte ihm den Prozeß machen und ihn nicht laufen lassen sollen.

Bericht vom 23. Mai. Zwischen den k. u. k. Offizieren und den holländischen Offizieren war es zu Unstimmigkeiten gekommen, die sich immer mehr verschärften. Auf die Zumutung, die Geschütze an die Holländer zu übergeben, die nur für den Gendarmeriedienst und nicht zur Formierung der Wehrmacht angestellt waren, erwiderte Hauptmann Baron Klingspor, er würde die Geschütze nur übergeben, wenn er den Befehl dazu erhielte. Die Frage des holländischen Majors Sleus, was Österreich-Ungarn eigentlich hier wolle, beantwortete Klingspor dahin, daß ihn dies nichts angehe. Das Verhalten der Holländer nahm Formen an, welche die Intervention des Gesandten erheischten.

Die k. u. k. Offiziere begaben sich bis zur Klarstellung ihrer Lage an Bord der „Szigetvar". Den Unteroffizieren befahl Hauptmann Baron Klingspor, bei den Geschützen nichts anzurühren und in der Gesandtschaft zu nächtigen.

Hauptmann von Clanner berichtet: „Ich muß melden, daß das Benehmen der holländischen Offiziere, voran Thomson und Sleus, dann de Veer, ein direkt feindseliges den Österreichern vis-à-vis ist, da sie auch anscheinend fürchten, aus ihrer alles dominierenden Stellung verdrängt zu werden. General de Veer machte dem Ingenieur Hickisch im übrigen die Andeutung, daß in vierzehn Tagen seine Artilleristen da sein würden."

Die in der Presse gebrachten Darstellungen des Wirkens der holländischen Offiziere bei Essads Verhaftung stellt Clanner dahin richtig, daß sich beim Angriff auf Essads Haus keiner der Gendarmerieoffiziere in dessen Nähe befand. Major Sleus begab sich bei Beginn des Schießens ins Palais und dann zur Batterie, die von unseren Offizieren bedient wurde.

Am 22. Mai wurde eine Expedition nach Tirana ausgerüstet, auch ein Geschütz mitgenommen. Dreihundert der zum Schutz des Fürsten eingetroffenen Malissoren schlossen sich an. Von 9,30 bis 10,30 Uhr war schwaches Gewehr- und Maschinengewehrfeuer aus der Richtung von Rashtbul hörbar. Seit Mittag des 23. Mai wurde ab und zu gegen Rashtbul mit von Albanesen bedienten Geschützen gefeuert.

Bericht vom 24. Mai. Nach 3 Uhr nachmittags des 23. Mai verstärkte sich das Feuer. Die Nachricht vom Zurückweichen der vorgesendeten Abteilungen verursachte eine Panik in Durazzo. Die Bewohner flüchteten an Bord der Schiffe. Der Fürst, die Fürstin und das Gefolge begaben sich auf die italienische Yacht „Misurata“. Der Fürst kehrte um 7,30 Uhr, die Fürstin gegen 9 Uhr abends ins Palais zurück.

Der Eindruck auf die Bevölkerung war nicht günstig.

Nach Mitteilung Professor Seiners, der sich am 23. Mai am Gefechtsfeld befand, wurde die auf Rashtbul entsendete Abteilung umzingelt und ihr das Geschütz und zwei Maschinengewehre abgenommen. Die Zahl der aufständischen Bauern soll etwa 400 betragen haben.

Unter den Gefallenen auf Seite der fürstlichen Partei befand sich auch ein junger Österreicher, der Jurist Berger. Hauptmann von Clanner riet den anwesenden Österreichern, Ungarn und Deutschen, sich nicht auf das Gefechtsfeld zu begeben, da man vor allem „wissen müsse, für wen und für was man sich erschießen lasse“.

Nach dem Gefecht kam es zu Kontroversen zwischen Albanesen und den Holländern. Mit Bezug auf diese äußerte Murad Bey Toptani: „Nous avons assez de ces ...... là!“

Bericht vom 26. Mai. Die Mitteilungen über das Gefecht ergänzten sich dahin, daß die nachts vom 22. auf den 23. von Durazzo abgerückte Kolonne 80 Mann zählte mit einem Geschütz und zwei Maschinengewehren. Ihr schlossen sich etwa 100 Malissoren an. Die Kolonne rückte auf die Höhen nordöstlich Bazar Šjak und wurde hier umzingelt und gefangen. Der Gendarmerieposten in Bazar Šjak mußte nach tapferer Gegenwehr die Waffen strecken; die Aufständischen stammten aus den Kazas: Pekinj, Kavaja, Kruja, Tirana und Ishmi.

Sie waren mit dem italienischen Armeegewehr und mit Mausergewehren bewaffnet. Alle Anzeichen ließen Essad, den bisherigen Vertrauten Italiens, als Anstifter des Aufstandes erkennen.

Es kam nun zu Verhandlungen. Am 24. Mai früh überbrachte Hauptmann Saar den Aufständischen den Antrag des Königs:

1. der König erteilt allgemeine Amnestie;
2. die Leute haben sich in ihre Dörfer zu zerstreuen;
3. den Nationalisten und den Gendarmen ist der Abzug mit Waffen zu gestatten.

Die Aufständischen verlangten die Entscheidung der Vertreter der Großmächte, von denen ja, wie sie sagten, der Fürst (König) eingesetzt sei.

Gegen 5 Uhr nachmittags des 24. Mai traf fast vollzählig die Kontrollkommission ein. Der k. u. k. Generalkonsul Kral, ein energischer und mit den Balkanverhältnissen eingehend vertrauter Funktionär, war ihr Sprecher. Sein festes, bestimmtes und die Mentalität der Leute richtig erfassendes Auftreten stellte die Ruhe einstweilen her.

Hauptmann von Clanner fügt seinem Berichte bei:

„Die Veränderungen, welche in den letzten Monaten mit dieser früher ganz loyal gesinnten Bevölkerung vorgingen, sind durch türkische Agitation hervorgerufen worden, wobei vielleicht auch Serbien die Hand im Spiele haben mag.

Es ist nur zu bedauern, daß Leute, welche die Seele dieses Volkes gar nicht kennen, dem ganzen Lande und seinen Bewohnern fremd, ja gar nicht freundlich gegenüberstehen, es versuchen, mit Gewalt und mit gänzlich untergeordneten Kräften das gewünschte Ziel zu erreichen."

Die italienische Presse versäumte es nicht, die geschilderten Vorgänge zu den gehässigsten Ausfällen gegen Österreich-Ungarn auszubeuten. So beispielsweise „Il Matino" vom 21. und 22. Mai 1914. Dazu schreibt Hauptmann von Clanner:

„Das Einvernehmen unserer und der italienischen Seeoffiziere ist das denkbar beste; die Italiener schämen sich fast ihrer Journalistik."

Bericht vom 6. Juni. Diesem Berichte entnehme ich wörtlich:

„Etwa vom 24. Mai soll unserer Gesandtschaft durch die auf dem Dache derselben etablierte Marinesignalpatrouille bekanntgeworden sein, daß aus dem von Oberstleutnant Muricchio bewohnten Hause, das in der Nähe des Hauses Essads liegt, bei Nacht Lichtsignale gegen Rashtbul abgegeben wurden, die von dort aus Erwiderung fanden.

Unsere Gesandtschaft scheint hievon vertraulich dem holländischen Stadtkommandanten (jetzt Major Thomson, in dessen Abwesenheit Major Roelfsham) Mitteilung gemacht zu haben. Der holländische Hauptmann Fabius beobachtete erneut gestern diese optische Verbindung. Man schritt nach 9 Uhr abends zur Verhaftung des Oberstleutnants Muricchio, des Professors ...... und des hiesigen italienischen Postdirektors Cavaliere Allessi. Zwei Frauen und ein Mann entflohen in der Dunkelheit. Briefschaften und Schriftstücke wurden saisiert.

Der italienische Gesandte Aliotti soll nach Erzählung des Hauptmannes Fabius anfangs sehr resolut gegen diese Verhaftung aufgetreten, dann aber sehr klein geworden sein und wurden die Verhafteten nur gegen Ehrenwort des Gesandten, sich zur Verfügung des albanesischen Gerichtshofes bereitzuhalten, freigelassen.

Diese Vorgänge, wie auch die Einflußnahme Aliottis auf den Fürsten zum Verlassen des Landes am 23. Mai führten zu einem direkten Haß der patriotisch gesinnten Albanesen gegen alles Italienische, ja man spricht sogar davon, italienische Waren boykottieren zu wollen. Demgegenüber tragen die meisten hiesigen besseren Leute eine direkt austrophile Gesinnung schon offen zur Schau.

Hauptmann Klingspor wurde heute mittag vom Fürsten in Audienz empfangen. Etwa achtzig Nationalisten warteten beim Palais und gingen Hauptmann Klingspor, als er ans Land kam, entgegen. Paftali hielt an denselben eine lange patriotische Ansprache, die in Hochrufe ausklang. Klingspor erwiderte kurz und begab sich sodann ins Palais. Unter den Nationalisten befanden sich auch Facil Pascha und Mehmed Bey Konitza.

Nach der Audienz sagte mir Klingspor, der Fürst hätte ihn schließlich gefragt, wie er Artilleristen nun ausbilden solle, worauf Klingspor den Vorschlag machte, sie bei uns ausbilden zu lassen, welchen Vorschlag der Fürst gern annehmen würde."

Am 21. Mai, also kurz nach der Verhaftung Essads, kam Graf Harrach mit Turkhan Pascha zu mir*).

Turkhan sprach viel über Essad. Er verstehe ihn nicht, er sei überrascht über die unüberlegte Handlung.

Ich: „Er wollte eben selbst Thron und Krone."

Turkhan: „Kein Gedanke. So weit kannte er doch die Verhältnisse selbst."

Ich: „Ich habe dem Fürsten gesagt, daß er in erster Linie eine bewaffnete Macht schaffen solle. Statt sich aber an uns, die wir das

---

*) Siehe Seite 594.

selbständige Albanien gegründet haben, zu halten, läßt er sich überall raten. Dreißig Offiziere mit einem vorzüglichen Oberst, die sogar bereit sind, in albanesischen Staatsdienst überzutreten, stellen wir zur Verfügung."

Turkhan: „Wäre das möglich! Ich werde dem Fürsten sagen, darauf einzugehen."

Ich: „Das ist der einzige Weg. Er solle sich aber nicht einfallen lassen, andere Offiziere zu nehmen. Unsere Offiziere kennen ähnliche Verhältnisse, das sind Leute, die Sie brauchen können."

Turkhan, der fließend französisch sprach, machte mir den Eindruck eines eleganten Diplomaten alter Schule; ob er es vermögen würde, einem neuen Staat auf die Beine zu helfen, mußte sich erst zeigen.

Welche Aspirationen Serbien zur Zeit nach dem Putsche Essads hatte, erhellt aus dem Berichte Res. Nr. 178 vom 15. Juni 1914 des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel.

Es trug sich mit der Absicht, einzumarschieren (siehe Seite 663).

Ich habe die Ereignisse in Albanien nicht in stilistisch abgerundeter Form geschildert, sondern durch kurze Angabe des Wesentlichen aus den mir erstatteten Berichten. Den Kommentar dazu vermag sich der Leser unschwer selbst zu bilden. Auch dürfte er danach über die Zustände im klaren sein, zu denen es in Albanien gekommen war.

Österreich-Ungarn war bestrebt, ein souveränes Albanien zu schaffen, auf das es auch als Verbündeten rechnen konnte.

Die Gegner Österreich-Ungarns trachteten dieses Streben zu durchkreuzen; sie hatten ihre Absicht erreicht.

Es war ein Mißerfolg der ö.-u. Politik, die vermeint hatte, durch nachgiebige Fügsamkeit auf der Londoner Konferenz ein selbständiges, der Monarchie ergebenes Albanien aus den Händen der Großmächte zu erhalten. Man glaubte an deren Loyalität.

Auf Grund mir zugekommener Berichte machte ich dem Minister des Äußern Mitteilung über das illoyale Vorgehen italienischer Funktionäre. Ich erhielt hierauf folgende Note:

„Nr. 2742.
Vorgehen der Italiener in Albanien.

Wien, am 15. Juni 1914.

An Seine Exzellenz den Herrn k. u. k. Chef des Generalstabes
G. d. I. Franz Freiherrn Conrad von Hötzendorf.

Die Beilagen der geschätzten Zuschrift vom 12. l. M. Res. Gstb. Nr. 2114, habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen und beehre mich, für deren Übermittlung meinen Dank auszusprechen.

Wenn auch der Konfidentenbericht aus Pola einige Übertreibungen enthält, so geht doch aus den mir zugekommenen Meldungen hervor, daß das Vorgehen amtlicher und halbamtlicher italienischer Organe in Albanien nicht immer ein völlig einwandfreies war. Mein Bestreben geht dahin, die italienische Regierung von dem offenbar mit den erhaltenen Instruktionen in Widerspruch stehenden Verhalten ihrer Organe zu überzeugen und eine striktere Einhaltung der gegebenen Zusagen zu erreichen.

Die bisher konstatierten Vorgänge und kleineren Reibungen, deren langsames Abflachen zu erwarten steht, geben indessen noch keinen Grund, um eine Änderung unseres bisherigen Verhältnisses zu Italien ins Auge zu fassen.

Berchtold."

Ich stand der Loyalität der italienischen Regierung skeptischer gegenüber.

Faßt man die politische Aktion Österreich-Ungarns und Deutschlands für die im Vorstehenden besprochene Zeit — Juni 1914 — zusammen, so läßt sich sagen:

Sorgenvolle Ahnung des Herannahens der unvermeidbaren großen gemeinsamen Gefahr, kein klarer Wille, ihr kraftvoll zu begegnen, keine feste, auf ein bestimmtes, nahes Ziel gestellte Richtung, kein einheitliches Zusammengehen in diesem Sinne am Balkan, im ganzen eine Politik, die weit davon entfernt war, einen baldigen Krieg anzustreben oder gar auf ihn hinzuwirken.

Dazu in Österreich-Ungarn das kleinliche Herumfeilschen an der Wehrmacht, der einzigen Stütze für Macht und Bestand der Monarchie. (Vergleiche das Ministerrats-Protokoll vom 3. Oktober 1913. Anlage 5.)

Die allgemeine Lage.

Meine damaligen Anschauungen über die politische Lage der Monarchie faßte ich in folgendem Schreiben an den Minister des Äußern zusammen:

„Geh. Nr. 302. Verschluß.

Euer Exzellenz!

Mit Bezug auf die Unterredung, zu welcher mich E. E. am 21. d. M. abends beriefen, möchte ich in Anbetracht der Wichtigkeit des erörterten Themas das Nachfolgende schriftlich zusammenfassen.

Vor allem bin ich jedesmal, wenn sich die Frage der momentanen politischen Situation der Monarchie aufwirft, genötigt auf die Genesis zurückzugreifen, welche der jetzigen Lage zu Grunde liegt, weil nur im Zusammenhang mit dieser Genesis eine richtige Beurteilung möglich erscheint.

Schon zur Zeit meiner ersten Ernennung zum Chef des Generalstabes habe ich im Winter 1906/07 darauf hingewiesen, daß das entscheidende Problem für die Monarchie auf dem Balkan und vor allem in der Lösung der südslawischen (besser gesagt serbischen) Frage liegt. Als Etappe zu dieser Lösung erwies sich damals die vorhergehende Niederwerfung Italiens erforderlich, um nach dieser freie Hand gegen Serbien zu erhalten.

Auf diese Handlung wurden daher auch alle militärischen Maßnahmen gestellt. Sie blieben ungenützt.

Als hierauf die Annexionskrise 1908/09 das Vorgehen gegen Serbien in erste Linie stellte, betrieb ich mit allen mir in meiner Stellung zu Gebote stehenden Mitteln das Übergehen zur Tat, das ist zur Führung des Krieges gegen Serbien und Montenegro zwecks Lösung der serbischen Frage, in einem für die Monarchie vorteilhaften Sinne.

Aber auch diese ausnehmend günstige Gelegenheit blieb unbenützt; ich wurde von allen übrigen Räten Seiner Majestät überstimmt.

Es war damals schon klar, daß die Vergeltung für dies Unterlassen nicht ausbleiben würde. Sie kam rascher als ich dachte; und

zwar mit dem Balkankrieg 1912, in welchem unsere Gegner, unser Zögern richtig ausnützend, zur Tat übergingen, und zwar mit vollem Erfolge.

Ich habe damals — E. E. dürften sich wohl dessen erinnern — nahegelegt, eine große Entscheidung hinsichtlich der Richtung der Politik der Monarchie zu treffen, nämlich entweder sich mit Serbien solidarisch zu erklären, ihm den Antrag gemeinsamer Balkanpolitik für die Zukunft zu stellen um den Preis der Eingliederung in die Monarchie, oder wenn sich dies (wie wahrscheinlich) als unerreichbar erweist, zur offenen Feindschaft überzugehen und diese in die Tat umzusetzen, d. h. gegen Serbien und Montenegro den Krieg zu führen.

E. E. werden ja auch alle meine und überhaupt auch die von allen anderen militärischen Stellen betriebenen Maßnahmen in Erinnerung haben, die darauf abzielten, diesen Krieg zu führen und die zunächst in der vollen Mobilisierung des 15. und 16. Korps (als den langsamst zu mobilisierenden) ihren ersten Ausdruck gefunden haben.

Im Sinne der Gegnerschaft zu Serbien wurde nun auch die Errichtung des selbständigen albanesischen Staates vorgeschlagen, der für mich — wie ich dies wiederholt schriftlich und mündlich vertrat — nur die Bedeutung einer militärischen Schwächung Serbiens und Montenegros hatte für den Fall des von mir und den übrigen militärischen Räten unentwegt vertretenen kriegerischen Vorgehens gegen diese beiden Staaten.

Nur in diesem Zusammenhang sah ich die Bedeutung der Forderung nach einem selbständigen Albanien. Obwohl nun die Aktion Serbiens und insbesondere die Aktion Montenegros wiederholt drastische Anlässe zum kriegerischen Eingreifen der Monarchie geboten hatten, erfolgte dieses Eingreifen nicht — — — ja noch mehr, die Politik der Monarchie legte sogar die ganze Angelegenheit in die Hände aller übrigen Mächte, band sich damit selbst die Hände und setzte die Schaffung Albaniens als Zweck, während nach meiner Auffassung diese Schaffung nur als Anlaß und als Unterstützung für den eigentlichen Zweck, das ist: die Abrechnung mit Serbien und Montenegro, zu gelten gehabt hätte.

Diese Abrechnung erfolgte nicht, und es blieb nur das Verlegenheitsobjekt zurück, nämlich: Albanien.

Hätte die Monarchie durch Eingreifen gegen Serbien und Montenegro ihren festen Willen zur Tat bekundet und demselben kriegerischen Nachdruck verliehen, dann wäre wahrscheinlich auch eine andere Konsequenz ausgeblieben, nämlich das plötzliche Hervortreten Rumä-

niens und dessen wohl nicht mehr zu verkennende Absage an die Monarchie, die jetzt durch Rumäniens offenen Anschluß an Rußland erneut Ausdruck gefunden hat.

Der im Vorstehenden kurz geschilderte Hergang der politischen Ereignisse hat dazu geführt, daß die Monarchie nunmehr an ihrer Nordost-, Ost- und Südostfront von ausgesprochen aggressiven, positive Ziele verfolgenden Gegnern (Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro) umgeben ist, daß sie im Südwesten einen unverläßlichen Verbündeten (Italien) und nur an der Nordwestgrenze einen verläßlichen Alliierten hat, der jedoch durch zwei mächtige Nachbarn (Rußland und Frankreich) bedroht ist, wenn ich schon von England ganz absehe.

Die dermalige Lage der Monarchie gipfelt daher darin, daß sie auf große, über ihre Weiterexistenz abschließende Entscheidungen gefaßt sein muß, daß sie daher alle ihre militärischen Kräfte für diese große Entscheidung entwickeln und ungeschmälert bereithalten muß und diese Kräfte nur für einen großen entscheidenden Zweck einsetzen darf, dies aber auch sofort entschlossen tun muß, wenn ihre wirklichen Existenzinteressen bedroht sind, oder wenn ihr der Gang der Dinge wieder eine Situation zuführt, welche ihr, wie dies 1908/09 so sehr der Fall war, Chancen bietet, ihre Interessen durch eine positive Tat zu fördern.

Damit komme ich nun auf den eigentlichen Ausgangspunkt unserer Besprechungen zurück, nämlich auf das Verhalten der Monarchie gegenüber den Vorgängen in Albanien und fasse meine Ansicht wie folgt zusammen:

Ablehnung jedweder militärischen Okkupation, welche weitere Kräfte der Monarchie binden, bezw. zu einer solchen Bindung führen würde;

Verwahrung gegen jedwede derartige Okkupation seitens anderer Mächte, widrigenfalls direktes Vorgehen gegen diese Mächte (seien dies nun Serbien, Montenegro oder Italien);

jedwede sonstige Unterstützung Albaniens durch Geld, Waffen, Munition, Schiffe, vornehmlich aber durch Instruktoren, um endlich eine der albanesischen Regierung verläßlich zur Verfügung stehende bewaffnete Macht zu schaffen, analog wie es Rußland so erfolgreich mit Montenegro tut, und wie ich es bei E. E. wiederholt seit dem vergangenen Winter — aber leider stets erfolglos — beantragt habe.

In dieser Hinsicht erwähne ich nochmals, daß dermalen schon zirka dreißig k. u. k. Offiziere zur Verfügung stehen, welche etwas albanesisch gelernt haben und bereit sind, diese Mission anzutreten.

Ehe ich dieses Schreiben beende, möchte ich noch kurz auf die wichtigsten jener militärischen Maßnahmen zurückkommen, die ich im Hinblick auf den großen Existenzkampf der Monarchie für die dringendsten erachte; sie sind:

Schaffung der Reservearmee, daher eheste Einbringung und Durchsetzung der bezüglichen Vorlage, und zwar hinsichtlich Rekruten und Geld, Beschleunigung der Artilleriebewaffnung;

beschleunigter Ausbau der strategisch wichtigen Bahnen (Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, dann gegen Rußland, Serbien und Rumänien);

permanente Befestigung der Südostgrenze, und zwar sofort und derart, daß die Bauten an allen Stellen gleichzeitig beginnen. Hierin sehe ich nicht nur eine unabweisbare militärische Notwendigkeit, sondern auch einen politischen Akt, weil ich der Überzeugung bin, daß dieses entschlossene Auftreten der Monarchie in Rumänien eine gewisse Ernüchterung hervorrufen wird, und überhaupt der Überzeugung bin, daß Schwäche immer, Kraftäußerung niemals üble Folgen zeitigt.

Ich verkenne nicht, daß all dies große finanzielle Opfer bedingt, aber die bedrohte Existenz des Staates erheischt sie, und die Erwägung, daß für Marinezwecke erst jüngst 426 Millionen glattweg bewilligt wurden, läßt diese Forderungen umsomehr gerechtfertigt erscheinen, als über die Existenz der Monarchie nur im Landkrieg, niemals aber auf dem Wasser entschieden werden wird.

Ich bitte schließlich E. E., Ihren vielvermögenden Einfluß bezüglich der von mir geforderten und vertretenen militärischen Vorkehrungen geltend zu machen.

Wien, am 22. Juni 1914. Conrad, G. d. I., m. p.“

Ausbau der Wehrmacht.

Die sich sichtlich auftürmende große, unabwendbare Gefahr voraussehend, aber noch auf eine längere Friedensperiode hoffend, galt nun mein Bemühen ganz und gar der höchstmöglichen Stärkung unserer Wehrmacht. In ihr erblickte ich das einzige Mittel, den Bestand der ö.-u. Monarchie zu sichern.

Ich übergehe all die Details der dienstlichen Tätigkeit, die diesem Bemühen entsprangen. Nur folgendes will ich anführen.

Am 25. April suchte ich den Kriegsminister auf, wünschte ihm Erfolg bei den Delegationsverhandlungen (sie galten auch dem Budget und dem Rekrutenkontingent) und bat ihn, „hart“ zu bleiben. Der Minister meinte: „Es wird keine besonderen Schwierigkeiten geben.“

Am 27. April besuchte mich Baron Skoda. Ein Geschütz wurde zur Ansicht gebracht. Ich wies auf die Notwendigkeit beschleunigter Erzeugung der Geschütze hin. Baron Skoda bemerkte, es bedürfte sechs Monate zur Herstellung der Maschinen und der nötigen Werkzeuge, weshalb die Entscheidung über das zu wählende Modell dringend sei. Er könne dann aber achtzig Feldhaubitzen per Monat erzeugen.

Wir brauchten $42 \times 36 = 1512$ Haubitzen, was eine Zeitdauer von zwanzig Monaten, also rund zwei Jahre, ergab.

Auch die Gewehrfrage beschäftigte mich andauernd. Dabei kam nicht nur die Neuschaffung eines Automaten, sondern auch die Umgestaltung des bestehenden Gewehres in einen solchen in Betracht. Für diese Umgestaltung lag ein Projekt der italienischen Firma Revelli vor. Zu dessen Prüfung wurden Oberstleutnant Rebhahn und Major Stummer nach Italien gesendet, wo sie in Begleitung des k. u. k. Militärattachés Graf Szeptycki das Gewehr erprobten und verschiedene Etablissements besuchten. Graf Szeptycki berichtete hierüber eingehend in einem Schreiben vom 24. Mai. Das transformierte Modell war als nicht kriegsbrauchbar erkannt worden, da es ein sehr starkes Einölen der Patronen zur Voraussetzung hatte, was im Felde nicht gesichert schien.

Der Bericht erstreckte sich auch auf Maschinengewehre, automatische Pistolen, Munition, Automobile, Flugzeuge, Luftschiffe, Motoren, Ballonabwehrkanonen.

Am 28. Mai suchte mich der General-Genie-Inspektor (Blenesi) auf. Er berichtete mir über seine Reise in B. H. D. Das für den Vermać (bei Cattaro) beabsichtigte Befestigungsprojekt ließe sich sehr gut ausführen, der Straßenbau in der Krivošije gehe gut vorwärts, die Ausgestaltung von Crkvice (in der Krivošije) sei beendet, auch die Zisterne fertig, ebenso das Noyau von Trebinje; er bezeichnete es als „gut“. Der Inspektor reise nun nach Galizien. Ich sprach über die Befestigungen in Siebenbürgen und wies auf die Notwendigkeit hin, ihren Bau nicht stückweise nacheinander, sondern an allen Stellen gleichzeitig zu beginnen.

Hinsichtlich der mir so sehr am Herzen liegenden bosnischen Bahnen hatte ich mich in einem Schreiben vom 6. Juni an Exzellenz

Potiorek gewendet. Seine Antwort zeigt, welche Schwierigkeiten sich der Bauausführung entgegenstellten:

„S a r a j e v o, Konak.

Euer Exzellenz!

Auf das hochgeneigte Schreiben vom 6. d. M., betreffend die b.-h. Bahnbauten, beehre ich mich E. E. nachstehendes zu erwidern.

Tatsächlich hat eine Münchner Firma das billigste Offert gestellt. Dasselbe kommt jedoch aus mehrfachen Gründen nicht in Betracht.

Ebenso ist es richtig, daß eine neue Offertverhandlung für die Bahnstrecken Banjaluka—Jajce und Šamac—Doboj ausgeschrieben werden mußte. Denn die einheimischen (ö.-u. und b.-h.) Firmen haben bei der Erstellung der Offerte einen Ring gebildet und sind mit den unverschämtesten Forderungen, so u. a. mit einer 25-prozentigen Preissteigerung gegenüber den von der Landesregierung errechneten Daten, hervorgetreten. Wenn sich letztere diesen Forderungen gebeugt hätte, würden die unannehmbarsten Konsequenzen entstanden sein, und wäre es ganz ausgeschlossen gewesen, mit den im Gesetze für den Bahnbau vorgesehenen Geldmitteln das Auslangen zu finden.

Die Vornahme einer neuen Offertverhandlung wird den Baubeginn um etwa zwei Monate hinausschieben, doch wird dies für die Fertigstellung der Bahnbauten ohne Einfluß sein, denn auf der Linie Banjaluka—Jajce ist der für die Fertigstellung maßgebende, die längste Zeit beanspruchende Bau des Bočačtunnels bereits vergeben und im vollen Gange, während bei den übrigen Arbeiten auf offener Strecke eine Verzögerung von zwei Monaten keine Rolle spielt. Demnach ist bestimmt zu erhoffen, daß die Strecke Banjaluka—Jajce, wie bisher kalkuliert, mit 1. Oktober 1916 fertiggestellt sein wird.

Für die Fertigstellung der Strecke Šamac—Doboj ist in analoger Weise der Bau der Savebrücke bei Šamac ausschlaggebend. Dieselbe wird, wie E. E. bekannt, von der k. ung. Regierung gebaut, und sind diese Arbeiten bereits in Angriff genommen. Die Strecke Šamac—Doboj wird daher, gleichgültig, ob die Bauarbeiten auf offener Strecke zwei Monate früher oder später aufgenommen werden, zum Zeitpunkte der Vollendung der Savebrücke fertig sein.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und besonderen Ergebenheit.

S a r a j e v o, am 15. Juni 1914. P o t i o r e k."

Zusammenkünfte Kaiser Wilhelms II. mit Erzherzog Franz Ferdinand.

Vom 23. bis 25. Oktober 1913 hatte sich Kaiser Wilhelm II. zum Jagdaufenthalt bei Erzherzog Franz Ferdinand in Konopišt befunden. Am 27. März 1914 weilte der Kaiser beim Erzherzog in Miramare, am 12. und 13. Juni 1914 in Konopišt. Ich war keiner dieser Zusammenkünfte beigezogen und war überhaupt nie in Konopišt*). Inwieweit diese Besuche bloße Freundschaftsakte waren, inwieweit sie politischen oder militärischen Besprechungen galten, weiß ich nicht. Auch machte mir der Erzherzog keine näheren Mitteilungen darüber. Vielleicht hatte er meine Enthebung von der Stelle des Chefs des Generalstabes im Auge. Sein Wunsch, die drei schon früher genannten Generale bei den Manövern in selbständiger Verwendung zu sehen, könnte darauf hinweisen. (Siehe Seite 622.)

Nach der Entrevue im Juni 1914 begab sich Seine Kaiserliche Hoheit nach Miramare, um von dort aus in Begleitung der Eskader nach Dalmatien und dann weiter nach Bosnien zu reisen.

Audienz beim Kaiser am 4. Juni.

Am 4. Juni hatte ich eine Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn.

Vor der Audienz erzählte mir Fürst Montenuovo, der Thronfolger wäre beim Kaiser gewesen und hätte anklingen lassen, daß er nicht gerne zu den bosnischen Manövern seiner Gesundheit wegen ginge. Er vertrüge die große Hitze nicht. Der Kaiser habe ihm erwidert: „Mache es, wie Du willst.“ Der Erzherzog fragte dann, ob er auch seine Gemahlin, die Herzogin von Hohenberg, nach Bad Ilidže**) kommen lassen dürfe, was Seine Majestät bewilligte.

Ich trat dann bei Seiner Majestät ein.

Seine Majestät befand sich wieder sehr wohl und folgte allen Ausführungen mit großem Interesse.

Ich begann mit dem geänderten Verhältnis zu Rumänien und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit militärischer Vorsorgen. Sie betrafen die Belassung einer Minimalgruppe gegen Rumänien im Falle eines Krieges gegen Rußland und die für diesen Fall erforderliche

---

*) Damit widerlegen sich auch alle an meine Teilnahme bei diesen Besprechungen geknüpften Erzählungen, die, wie so viele andere, glatt erlogen sind.

**) Der für den Erzherzog bestimmte Aufenthaltsort nächst Sarajevo.

Instruktion für den Kommandanten in Siebenbürgen; den Aufmarsch im Falle eines Krieges gegen Serbien, bei dem auch ein feindliches Vorgehen Rumäniens zu besorgen wäre und die Verteilung der gesamten Streitkräfte der Monarchie in diesem Falle, endlich die Unaufschiebbarkeit der Befestigungsbauten in Siebenbürgen, deren Kosten etwa achtzig Millionen Kronen betragen würden. Ich legte Seiner Majestät alle darauf bezüglichen Elaborate vor.

Seine Majestät war sich im klaren darüber, daß wir nunmehr mit Rumänien als Gegner rechnen müßten.

S. M.: „Werden die Rumänen nicht noch feindlicher werden, wenn sie sehen, daß wir Ernst machen?"

Ich: „Nein, im Gegenteil; mit Italien war es auch so."

Anknüpfend an die oberwähnte Verteilung der Gesamtstreitkräfte der Monarchie erläuterte ich die Dringlichkeit des Ausbaues der Reservearmee und der Bewilligung des Geldes und der Rekruten.

Der Rekrutenbedarf für den Ausbau der Formationen erster Linie betrüge 3000 Mann, jener für die Kaders der Reservearmee 6000 Mann; an einmaligen Auslagen für die Reserveformationen wären beim Heere 260 Millionen Kronen, bei beiden Landwehren 140 Millionen Kronen, an fortlaufenden Auslagen beim Heere 25 Millionen Kronen erforderlich.

Ich referierte dann über meinen Besuch bei General von Moltke in Karlsbad.

Als die Rede auf Albanien kam, bemerkte ich, daß man angesichts der Gesamtlage eine militärische Intervention vermeiden müsse; es sei dabei nichts zu holen, man laufe aber Gefahr, Truppen dort zu binden, die für die großen Zwecke erforderlich wären. Ginge eine Macht in Albanien in einer unsere Interessen schädigenden Weise vor, dann wäre sich gegen diese Macht d i r e k t zu wenden. Albanien solle nur ein wunder Punkt für Serbien und Montenegro bleiben. Für alle Fälle legte ich jedoch Seiner Majestät die im Operationsbureau bearbeiteten Entwürfe für die Bildung eines Okkupationskorps von 4000 und eines solchen von 2000 Mann vor.

S. M.: „Sie werden auch zu den d e u t s c h e n Manövern hinaus müssen. Der Deutsche Kaiser hat in Konopišt davon gesprochen. Auch Pollio kommt mit dem König von Italien"*).

---

*) Mit Bericht Res. Nr. 161 des k. u. k. Militärattachés in Berlin hatte ich die Einladung zu den deutschen Kaisermanövern erhalten. Ich holte am 28. Mai die Willensmeinung Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinands ein.

Wir gelangten damit zur Erörterung der deutschen Politik.

S. M.: „Der Deutsche Kaiser flirtet mit Griechenland und das Ende wird sein, daß sich das Ganze gegen uns richtet."

Ich: „Nach meiner Ansicht ist es das Vernünftigste, sich nach keiner Seite zu binden, aber auch niemanden vor den Kopf zu stoßen. Allianzen ohne Krieg bröckeln ab. Man soll die jeweilige Lage ausnützen und sich mit denen, die die gleichen Interessen haben, verbinden." — Ich kam dann nochmals auf Albanien zu sprechen. „Man will anscheinend einen mohammedanischen Albanesen auf den Thron Albaniens bringen."

S. M.: „Vielleicht auch gut; dann müßten wir das Protektorat über die Christen übernehmen."

Zur Besprechung gelangten ferner:

Das hochverräterische Verhalten des Abgeordneten Markow, die Truppenübungsdotation für 1914, Personalfragen, die große Generalstabsreise, die Generalsreise und nochmals die Manöver.

Seine Majestät interessierte sich sehr für diese Reisen und insbesondere für die zunächst bevorstehenden Manöver in Bosnien.

Schließlich bewilligte mir Seine Majestät einen kurzen Urlaub im Verlaufe des Sommers.

Ich habe auch die Einzelheiten dieser Audienz behandelt, weil sie ein Bild der Stimmung geben, die damals bei uns herrschte. Sie war auf den Frieden gerichtet.

Übungsreise, Manöver, Abreise nach Sarajevo.

Wie in den vorangehenden Darstellungen erwähnt, hatte mir Erzherzog Franz Ferdinand schon gelegentlich der Armeemanöver in Böhmen 1913 seine Absicht mitgeteilt, im Frühjahr oder Sommer 1914 nach Bosnien zu reisen und bei diesem Anlasse auch Manövern der Truppen des 15. und 16. Korps beizuwohnen, die nach Anordnung und unter Leitung des Landeschefs und Armee-Inspektors Feldzeugmeister Potiorek stattzufinden hätten. Seine Kaiserliche Hoheit würde mich und Oberst Metzger zu diesen Manövern als Zuseher einladen.

Wessen Initiative der Entschluß für diese Reise des Thronfolgers entsprungen war, wer die Modalitäten für sie festgesetzt hat, weiß ich nicht. Daß aber endlich wieder — wie seinerzeit Kronprinz Rudolf — ein kaiserlicher Prinz Bosnien und die Herzegowina besuchen würde, erschien mir nur erklärlich und im Interesse der Dynastie gelegen; besonders wenn der Thronfolger selbst diese Reise unternähme.

Da ich zur Leitung der Generalsreise am 29. Juni früh in Gospić in Hochkroatien einzutreffen hatte, fragte ich am 6. Mai bei Oberst Dr. Bardolff an, für welchen Termin die Reise Seiner Kaiserlichen Hoheit anberaumt sei, weil ich längstens am 27. Juni abends von Sarajevo nach Kroatien abreisen müsse.

Ich wurde in Kenntnis gesetzt, daß ich am 24. Juni in Bad Ilidže (bei Sarajevo) einzutreffen hätte und am 27. abends von Sarajevo wieder abreisen könne. Danach konnte ich mein Programm feststellen.

Am 8. Juni reiste ich zur Leitung der großen Generalstabsreise mit meinem Flügeladjutanten Major Kundmann im Automobil (dessen ich für die Leitung der Übungen bedurfte) über Graz, Marburg, Pettau, Czakaturn nach Nagykanizsa. Mit der großen Generalstabsreise verband ich auch die Absicht, das Terrain kennen zu lernen, das für die Armeemanöver im Herbst 1914 in Aussicht genommen war.

Vom 9. Juni bis 18. Juni leitete ich die große Generalstabsreise; am 19. Juni war ich wieder in Wien.

Am 23. Juni reiste ich mit Oberst Metzger und Major Kundmann von Wien ab nach Sarajevo.

Schlußwort.

Damit schließe ich die drei ersten den Geschehnissen vor Ausbruch des Weltkrieges gewidmeten Bände.

Es mag ja dem Leser mühevoll gewesen sein, sich durch die vielen Einzelheiten durchzuringen; hat er sich aber dieser Mühe unterzogen, so dürfte er ein zutreffendes Bild der Lage gewonnen haben, wie sie in Östereich-Ungarn bestand, als der große Existenzkampf über das alte Reich hereinbrach.

Für die Schaffung dieses Bildes schien mir die eingehaltene Form des „Mosaik" entsprechender, als ein sorgfältig „zusammengepinseltes, effekthaschendes Gemälde".

Ich dachte, daß es für den Leser anregender sein müsse, aus dem dargebotenen Material die Schlüsse selbst zu ziehen, als eine subjektiv gefärbte Zusammenfassung fertig hinnehmen zu sollen.

ANHANG

(Anlage 1—10)

[Die Anlagen 1 und 3 als Beilagen unter Schleife am Schlusse des Bandes]

Inhalt.

Seite

Anlage 1: Skizze A: Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz Jänner 1913

Skizze B: Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz Juli 1913

Als Beilagen unter Schleife am Schlusse des Bandes

„ 2: Die Aussicht eines österreichisch-russischen Krieges und Rumänien 707

„ 3: Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der Wehrmächte infolge der in Aussicht stehenden Heeresverstärkungen (März 1913)

Als Beilage unter Schleife am Schlusse des Bandes

„ 4: Bericht über die Wahrnehmungen bei den Manövern in Deutschland 1913 720

„ 5: Protokoll des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten vom 3. Oktober 1913 724

„ 6: Verbalnote an die serbische Regierung vom 17. Oktober 1913 747

„ 7: Politische und militärische Nachrichten aus Rumänien 748

„ 8: Schreiben des italienischen Chefs des Generalstabes Generalleutnant Pollio vom 28. November 1913 752

„ 9: Jahres-Denkschrift für 1913 754

„ 10: Bericht des Gesandten Graf Czernin an den Minister des Äußern vom 11. März 1914 781

Anlage 2.

Die Aussicht eines österreichisch-russischen Krieges und Rumänien.*)

Verfasser: C. Stere. — Erschienen in
„Viata romåneasca“,
aus dem Rumänischen übersetzt.

Vor beinahe drei Monaten, am Vorabend des Balkankrieges, schrieb ich an derselben Stelle: „Wie sich nun dieser lokale Zusammenstoß dennoch als ein großer und blutiger Krieg ergibt, in welchem über eine Million Streiter mit über zweitausend Geschützen in Tätigkeit treten werden, so ist der Glaube, daß seine Ergebnisse auf dieselbe Art und Weise eingedämmt werden könnten, wie in den Jahren 1885 und 1897, lächerlich. Die erzielten Resultate nach einem solchen Kriege, wie immer sie auch geartet sein mögen, werden durch sich selbst eine derartige Veränderung in den Verhältnissen der realen Macht mit sich bringen, *daß eine bloße platonische Drohung der Großmächte nicht imstande sein wird, wirksam zu sein.*“

Sehr wahr!

Zu jener Zeit harrte Europa noch der Antwort auf die Kollektivnote, welche sie der Türkei und den vier verbündeten Balkanstaaten überreicht hatte und durch die sich die Unterzeichneten verpflichten, keine territorialen Veränderungen in den Balkanländern zu dulden, welch immer die Erfolge in diesem Kriege sein würden. Dabei gab es viele, welche an die magische Macht der *„Status Quo-Formel“* glaubten.

Leider! Dieser Kinderglaube war das Postulat Aehrenth-ls schon 1909.

Heute ist der Waffenstillstand nach ungeahnten Erfolgen des Balkanbundes zustandegekommen; die Bevollmächtigten der Balkanstaaten haben sich in London vereinigt, woselbst auch die Sitzungen der Botschafterkonferenz der Großmächte stattfinden. Europa ist bereit, die Revolution der Balkangeographie zu unterzeichnen und bemüht sich nur noch, um die richtige Form, alle Gegensätze der verschiedenen Interessen auszugleichen, ausfindig zu machen.

Während dieser ganzen Zeit sah Rumänien, wenn auch nicht beruhigt, doch ohne aus seiner Reserve herauszurücken, der Entwicklung der Dinge entgegen.

---

*) Mit den von mir damals (1913) gemachten Randbemerkungen.

Diese unsere Haltung hat in der europäischen Presse mehr oder weniger phantastische Ideen über den eigentlichen Grund dieser Reserve hervorgerufen. Die Mehrzahl schob Rumänien diabolische Pläne unter, aber es fehlte nicht an Stimmen, welche in unserer „Unempfindlichkeit" einen nicht gutzumachenden Fehler sahen. Ich gebe hier einige Zeilen aus einer russischen Zeitung wieder, welche das eine für sich haben, nicht verdächtigt zu werden, unserem Lande sympathisch gesinnt zu sein.

„Es ist möglich, daß heute Rumänien denselben Fehler begeht, welcher im Jahre 1866, gerade zur Zeit der Thronbesteigung König Carols, von dessen Beschützer, Napoleon dem Dritten, begangen wurde, als er eine ganz andere Dauer des Krieges zwischen den beiden rivalisierenden deutschen Mächten erwartete. Hier darf aber Rumänien nicht außeracht lassen, daß als »Entgelt« für Frankreichs diplomatische Ungeschicklichkeit es vier Jahre später ein »Sedan« gegeben hat. Es ist aber möglich, daß die rumänische Regierung nicht die Freiheit hatte, selbst die vorteilhafteste Haltung für ihr Land zu wählen. Alles dies liegt noch unter einem nebelhaften, diplomatischen Schleier. Wie dem aber auch sei, wir können nicht erwarten, daß Rumänien in der Lage wäre, einer Verteilung der Türkei mit gekreuzten Armen zuzusehen. Der Erfolg des Nachbars hat seine Interessen auf das tiefste berührt, und dies gebietet den Zuschauern bei dem Balkandrama, jeden Schritt Rumäniens auf das aufmerksamste zu verfolgen."

Ich zitiere diese Zeilen nicht nur deshalb, weil ich in meinem weiter oben angegebenen Artikel, lange vor Ausbruch der Feindseligkeiten zufälligerweise auch den von Frankreich begangenen Fehler angedeutet habe, sondern auch deshalb, weil der erste Akt des Balkandramas ohne Anteilnahme Rumäniens vor sich ging. Nur die Zukunft wird es lehren, inwiefern die Tatsache, daß sich dieser Akt ohne uns abgespielt hat, nicht ein Beweis sei, daß er gegen uns abgeschlossen wurde; doch der Vorhang ist noch nicht endgültig gefallen und wir können Handlungen, deren wir gewärtig sein müssen, auf ungefähr noch durchblicken.

Zum mindesten können wir heute, sowohl von der öffentlichen Meinung, als auch von jenen, die für unsere Geschicke verantwortlich sind, fordern, daß sie sich die Gefahren der Lage nicht verbergen.

Welches ist nun unsere heutige Lage, und welche Gefahren haben wir zu gewärtigen?

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Sowohl in unserer Tagespresse, als auch in der allgemeinen öffentlichen Meinung ist das Problem sehr einfach gestellt.

Für die einen gibt uns ein Großwerden der Balkanstaaten, insbesondere Bulgariens, ein Recht auf Gebietsausdehnung auf Kosten dieses Landes, und zwar als Entschädigung für unsere „weise Haltung", eine Entschädigung oder ein Preis, den uns die Großmächte Europas zuerkennen müssen.

Andere betrachten diese Ansprüche als unmoralisch und gefährlich und predigen Verbrüderung der Balkanvölker und unseren Eintritt in den siegreichen Balkanband, wenn wir auch nicht an den Siegen teilgenommen haben und auch nicht zu dem Gelage der Sieger geladen sind.

Sowohl für die einen wie für die anderen ist diese Angelegenheit ein rein örtliches Problem und man glaubt, es könnte direkt zwischen uns und den Balkanstaaten geschlichtet werden, eventuell mit der wohlwollenden Hilfe „Europas", ohne daß die allgemeine Lage der großen internationalen Politik auch nur in Betracht gezogen wird.

Dieses einfältige Denken setzt uns nur bitteren Enttäuschungen aus und kann von sehr fatalen Folgen für die Tätigkeit unseres Staates werden.

Möge das Ergebnis der Londoner Verhandlungen welches immer sein, uns bleibt nichts anderes übrig, als uns genaue Rechenschaft abzulegen über die durch den Krieg vom Standpunkt der Wechselbeziehungen in der europäischen Politik geschaffene Lage und uns unsere eigenen Wege festzustellen.

Ich will versuchen, diese Lage einer eingehenderen Untersuchung zu unterziehen.

Vor drei Monaten habe ich versucht darzustellen, daß der Balkanstreit nicht für sich allein, von den die ganze zivilisierte Welt interessierenden Problemen losgelöst, betrachtet werden kann.

„Die Lösung des lokalen Balkanproblems" — schrieb ich damals — „in dem oder jenem Sinne wird unbedingt einen Einfluß auf die Weltgeschichte ausüben ... und ob nun das Kriegsgeschick die Wagschale zu Gunsten der einen oder der anderen der zwei sich gegenüberliegenden Tendenzen der europäischen Politik neigen wird, so gibt es keine Macht der Welt, welche imstande wäre, einen Weltbrand zu verhindern ... und mögen die Großmächte, in Erwartung günstigerer Verhältnisse, noch so fest entschlossen sein, den Ausbruch des Endstreites aufzuschieben."

Jetzt, nachdem uns die Ergebnisse des Balkankrieges bekannt sind, hängt alles von folgender Frage ab:

Hat dieses Ergebnis die Lage geschaffen, welche wir in obigen Zeilen vorhergesehen haben? Kann nämlich das Verschwinden der europäischen Türkei als entscheidendes Moment in dem seit Jahrhunderten anhalten-

den Prozesse zwischen der Habsburgischen Monarchie und dem Kaiserreiche Rußland, als Vertreter der beiden politischen Richtungen, betrachtet werden?

Ich glaube, daß die Beantwortung dieser Frage nicht zweifelhaft sein kann.

Das osmanische Kaiserreich, trotz jeden Mangels an Lebenskraft und trotzdem es sich fern von allen großen Kombinationen der europäischen Politik hielt, *bildete einerseits für Österreich-Ungarn eine vollkommene Sicherheit in Bezug auf dessen südliche Grenze; anderseits stärkte es die Stellung Rumäniens und erleichterte ihm die historische Aufgabe, Rußland von den Slawen der Balkanhalbinsel zu trennen.*

Und diese Rolle konnte die Türkei erfüllen, trotzdem, oder besser gesagt, weil sie kein aktiver Faktor in der europäischen Politik war.

Sollte der *Balkanbund* eventuell die Stelle des osmanischen Reiches einnehmen, würde sich die Lage von Grund aus ändern. Er verspricht von Haus aus ein *wichtiger* und dazu *sehr tätiger Faktor der europäischen Politik zu werden.*

Hierdurch ist in erster Reihe *Österreich-Ungarn genötigt, sich eine neue Verteidigungsfront gegen Süden zu schaffen,* und in zweiter Reihe *Rumänien,* diese natürliche Scheidewand zwischen den zwei slawischen Gruppen; da es sich nicht mehr auf die osmanische Macht stützen kann, stellt es von da an nicht nur eine geringere Wiederstandskraft dar, sondern und vielmehr ist es in seiner Existenz selbst bedroht. Es darf daher nicht wundernehmen, wenn nach dem Balkankriege die politische Richtung Rumäniens im Lande selbst und zum ersten Male angegriffen wurde, und dies könnte unserem westlichen Nachbarn schmerzliche Aussichten eröffnen.

Diese Lage macht es Österreich-Ungarn, welches selbst zur Hälfte slawisch ist, zur dringenden Pflicht, sich der Präponderanz über die Balkanslawen tatsächlich zu versichern.

Diese Präponderanz kann sich aber nicht durch bloße diplomatische Künste sicherstellen lassen, selbst nicht, falls es gelänge, die Balkanslawen zu ködern. Das Kaiserreich der Zaren würde seine ganze Macht aufbieten, eine solche Möglichkeit zu hintertreiben.

Vor mir liegt die Denkschrift eines österreichischen Schriftstellers. Sie ist um so interessanter, als der Autor, ein Pole von Geburt, also einem Volke angehörend, welches unter den Slawen Österreichs eine hervorragende Rolle spielt, ohne zu wanken, die Lage Österreich-Ungarns folgendermaßen darstellt:

„In den jetzigen Zeiten kann Österreich nur durch tätiges Eingreifen auf der Balkanhalbinsel, durch einen Krieg gegen Rußland, durch Zerteilung dieser aus dem größten Teile der ehemaligen Gebiete Polens bestehenden Macht, durch Vereinigung dieser Gebiete mit Galizien und durch Bildung eines neuen polnischen Staates, welcher mit Österreich-Ungarn durch dynastische Bande oder selbst durch Einverleibung verbunden wäre, zu einem politischen Gleichgewicht gelangen.“ (Dies alles vom Verfasser selbst unterstrichen.)

Und da diese Denkschrift an die Adresse der ungarischen Staatsmänner gerichtet ist, fügt der Verfasser hinzu:

„Galizien ist ein Gebiet, welches wie ein Puffer zwischen Ungarn und Rußland liegt. Es ist im Interesse Ungarns, daß dieses Land nicht nach Rußland gravitiere und stärker werde. Es liegt im Interesse Ungarns, daß das Gebiet nördlich der Karpathen so groß als möglich sei und einen kräftigen Verteidigungswall für Österreich-Ungarn bilde.“

Dieselbe Vorsorge flößt dem polnischen Schriftsteller auch die *Notwendigkeit einer Annexion Beßarabiens durch Rumänien ein.*

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte es scheinen, als hätten wir es mit einem Leitmotiv der Zukunftsmusik zu tun; wenden wir aber mehr Aufmerksamkeit an das, was um uns vorgeht, so können wir mit Leichtigkeit die Schwierigkeit der Verhältnisse herausfinden.

Dieser Tage brachte eine große Pariser Zeitung, welche ihre Nachrichten meist aus dem Ministerium des Äußern schöpft, einen langen Bericht, in welchem die ganze Tätigkeit Österreich-Ungarns seit Anfang Juni und bis zu den letzten Mobilisierungsmaßnahmen aufgezählt wird. Laut diesem Bericht soll die Monarchie sogar 850.000 Mann auf den Kriegsfuß gebracht haben. Die französische Zeitung fragt sich, was es für eine Bewandtnis mit diesen Rüstungen hätte. Serbien werde ja sicher von den Großmächten zum Gehorsam gezwungen werden, und Rußland gebe ja fortwährend friedliche Versicherungen. Trotz derartiger friedlicher Versicherungen, auch seitens Österreich-Ungarns, könnten die Pessimisten diese Versicherungen der nackten Wirklichkeit entgegenstellen und eine Parallele ziehen mit politischen Tatsachen am Vorabend des Balkankrieges ...

Aus Vorgesagtem ist zu folgern, daß die Vorbereitungen Österreichs nur einen Sinn haben können, nämlich den, daß es auf keinen Fall auf die Sicherstellung seiner Vorherrschaft auf dem Balkan verzichten will. Der serbische Hafen an der Adria, die Autonomie Alba-

niens oder die „Rechtsansprüche“ Rumäniens sind bloß *nötige Arabesken* zu dem *Leitmotiv* dieser *großen historischen Notwendigkeit.*

Österreich-Ungarn würde nur gegenüber einer unbezwingbaren Macht auf seine Tätigkeit verzichten, d. h. in unserem Falle nur dann, *wenn es gute Gründe hätte, vor einem Kriege mit Rußland nachzugeben.*

Als einfacher Schriftsteller, der in die Geheimnisse der Götter nicht eingeweiht ist, und nur über solche Nachrichten verfügt, welche aller Welt zugänglich sind, habe ich dennoch den Eindruck, als ob die Habsburgische Monarchie heute *nicht nur nicht zurückscheut vor einem Kriege mit Rußland, sondern ihn für unvermeidlich hält* und ihn sogar herbeiwünscht.

Dieser Eindruck wird noch durch die *Kenntnis der inneren Lage Rußlands* in mir bestärkt, und sicherlich *fehlt diese Kenntnis den leitenden Kreisen in Wien auch nicht.*

Ich habe die Überzeugung gewonnen, *daß Rußland heute europäischen Heeren nicht standhalten kann,* und ich will diese meine Behauptung näher erklären.

Wenn die Rede von der militärischen Macht Rußlands ist, so ist das große Publikum immer von den Zahlen beeinflußt, welche man in allen Armee-Almanachen findet, und von denen wir gewöhnt sind, sie als Grundlage der militärischen Macht eines Landes zu nehmen, z. B. 160 Millionen Seelen, ein Kriegsfuß von 5 und mehr Millionen, ein Reichshaushaltetat von beinahe 6 Milliarden usw.

Hätte man auf Grund dieser Angaben den Ausgang des russisch-japanischen Kriegs voraussagen wollen?

Ein Krieg an der Westgrenze aber würde sich in Wirklichkeit unter noch ungünstigeren Bedingungen für Rußland abspielen, wenn auch scheinbar ein ungünstiger Faktor, die große Entfernung, wegfällt.

In der Tat; vom Standpunkte der Strategie steht die Entfernung in geradem Verhältnisse zu der Entwicklung des Eisenbahnnetzes. Wie die beiden hier in Betracht kommenden Länder in dieser Beziehung stehen, zeigen uns folgende Tatsachen: Galizien ist das an Eisenbahnen ärmste Land Österreichs, während das dichteste Eisenbahnnetz Rußlands sich gerade in Russisch-Polen befindet. Trotzdem gibt es in Galizien doppelt soviel Eisenbahnstrecken als in Russisch-Polen, und zwar kommen in Galizien auf einen Flächenraum von 1000 Quadratkilometer 50 km Eisenbahnstrecken, gegenüber rund 25 km in Russisch-Polen.

Für den Rest Österreichs und des europäischen Rußlands hingegen steigen diese Ziffern für das erstere auf 70 km und fallen auf 10 km für das letztere.

Diese Lage wird durch die militärische Organisation Rußlands für dieses noch ungünstiger. Es ist ja bekannt, daß dort die Regimenter ihre Rekruten nicht aus dem Garnisonsbereich, sondern aus polizeilichen Gründen aus sehr entlegenen Gegenden ziehen, z. B. dienen Leute aus Beßarabien in Polen und im Kaukasus, die Polen in Sibirien oder besten Falls jenseits der Wolga usw. Nicht mehr so strikte!

Berücksichtigt man die große Menge an lebendem und totem Material, das an die Westgrenze des Reiches in Bewegung gesetzt werden muß, ist es nicht schwer festzustellen, daß bei oben genannten Transportmitteln die Mobilisierung keine besonders günstigeren Bedingungen aufzuweisen hat, als jene für den Feldzug in der Mandschurei, welche mit Hilfe der transsibirischen Strecke bewerkstelligt wurde. ?

Aber schließlich haben diese Verhältnisse vielleicht eine untergeordnete Bedeutung. Ebenso alle Folgerungen, welche man aus der allbekannten Mißwirtschaft der russischen Verwaltung ziehen könnte; z. B. besagt ein amtliches Schriftstück jüngsten Datums, daß die in der russischen Armee verteilten Stiefel, welche den Staat 7 Rubel kosten, nur drei Wochen getragen werden können, so daß die Soldaten, regelmäßig gezwungen sind, dieselben für 1 bis 1½ Rubel zu verkaufen und sich dann andere aus eigenen Mitteln anzuschaffen. Senator Neuhardt, welcher diese Mißwirtschaft aufdeckte, konnte in dem an den Kaiser gerichteten Bericht unumwunden behaupten, daß die russische Intendantur eine viel größere auflösende Wirkung ausübt, als irgend welche revolutionäre Aufwiegelung.

Mehr als alle diese Betrachtungen, so wichtig sie auch sein mögen, wiegt die Tatsache, daß in einem Kriege an der Westgrenze Rußland mit einer Bevölkerung von 50 Millionen Seelen zu rechnen hat, welche in diesem Teile des Landes, vom Eismeer im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden, *Todfeinde des russischen Staates in seiner heutigen Verfassung sind.* !

Einige Erläuterungen in dieser Hinsicht sind hier nötig.

Im äußersten Norden haben wir *Finnland* mit einer Bevölkerung von 3½ Millionen. Dieses befand sich 1905 in offenem Aufruhr gegen das Kaiserreich und konnte nicht zur Ruhe gebracht werden, bis nicht ein kaiserlicher Ukas ihm vollständige Selbstverwaltung und eine höchst radikale Verfassung verlieh. Sowie jedoch die kaiserliche Regierung der inneren Schwierigkeiten ledig wurde, scheute sie sich nicht, nach und nach alle diese Zugeständnisse zu widerrufen, wodurch sie den Samen des Aufruhrs in alle Herzen streute.

Im Kriegsfall wird ganz Finnland auf Seite des Feindes Rußlands treten.

In den *baltischen Provinzen,* wo andere 3½ Millionen Menschen wohnen, ist die Lage *nicht viel günstiger.*

Im Jahre 1905 war der Aufstand in keiner russischen Provinz so blutig, daß er eine so grausame Niederwerfung erfordert hätte, wie gerade in diesen Gebieten.

Die *große Anzahl der Letten und Esthen unter der Schiffsbemannung der russischen Kriegsflotte* erklärte in erster Reihe die bekannte *revolutionäre Bewegung des Schiffsvolkes.* Im Kriegsfalle würden Desertierungen in Masse an der Tagesordnung sein.

Was die *10 Millionen Polen* Rußlands anbelangt, so benötigen die Dinge nicht weitere Erläuterungen. Wenn zwar die russische Militärmacht die vielen polnischen Aufstände im Blute zu ersticken vermochte, so gelang es ihr noch lange nicht, dieses Volk gänzlich zu unterjochen und jedwede Regung nach nationaler Freiheit auszurotten. Selbst die Russen sind von dieser Tatsache so durchdrungen, daß selbst ein so einflußvolles Blatt, wie die *„Nowoje Wrjemja" den Verkauf von Russisch-Polen an Deutschland befürworten konnte.* In Wirklichkeit mag dieses Blatt, welches des öftern aus offiziellen Quellen schöpft, wohl nicht an einen tatsächlichen Verkauf gedacht haben; es wollte wohl nur die öffentliche Meinung auf einen eventuellen Verlust dieses Gebietes vorbereiten.

Heute rüstet Russisch-Polen gewissenhaft zum Kriege. Selbst die strengsten polizeilichen Maßnahmen vermögen dort nicht Herr der revolutionären Aufwiegelung zu werden, während in Galizien Tausende der gebildeten polnischen Jugend sich im Waffendienst üben, um die nötigen Offiziere und Unteroffiziere für die künftige Revolution heranzubilden.

Drei Millionen Litauer, nicht mit den Letten zu verwechseln, sind mit den Polen durch geschichtliche Traditionen vereint. Sie haben an *allen polnischen Aufständen teilgenommen,* und trotzdem die russische Regierung in letzter Zeit versucht hat, einen Antagonismus zwischen Litauen und Polen hervorzurufen, blieb diese Bevölkerung, *welche fanatisch an ihrem alten römisch-katholischen Glauben* hängt und zu einem nationalen Bewußtsein gelangt ist, ein eingefleischter *Feind des russischen Regimes.*

Die *Ukraine,* mit *über 20 Millionen* Ruthenen, gehörte seinerzeit ebenfalls zum alten Polen. Von unserem Standpunkt aus besitzt diese Bevölkerung nicht in allen Teilen ihres Gebietes dieselben Interessen. Jenseits des Dnjepr bilden die Ruthenen eine amorphe Masse, der jedes nationale Bewußtsein abgeht; aber diesseits des Flusses, wo eine kräftige polnische Minorität die obere Schichte der Bevölkerung bildet, wo in den

Städten die jüdische Bevölkerung versammelt ist, ist das Nationalgefühl erwacht und die gebildeten Ruthenen führen einen harten Kampf gegen die russische Herrschaft. Aus ihrer Mitte sind viele namhafte Schriftsteller, politische Persönlichkeiten und Professoren hervorgegangen, welche von den Russen verfolgt, zum Verlassen ihres Vaterlandes gezwungen wurden und jetzt unter den österreichischen Ruthenen eine äußerst russenfeindliche Stimmung hervorgebracht haben. Die Ruthenen Galiziens sind in steter Fühlung mit den in der Ukraine ansässigen und deren feindliche Haltung gegen Rußland ist ein charakteristisches Merkmal für den Seelenzustand dieser Bevölkerung. Diese Haltung wurde in jüngster Zeit in Rücksicht auf einen österreichisch-russischen Krieg von sämtlichen ruthenischen Parteien an den Tag gelegt. Die ruthenische Bevölkerung jener Gebiete, welche uns interessiert und welche russenfeindlich gesinnt ist, erreicht die schöne Zahl von *7 Millionen.*

In einer gleichen Lage befinden sich auch die *5 Millionen* der sogenannten *Weißrussen,* ein ethnisches Zwischenglied zwischen Polen und Ruthenen. In der großen *Mehrzahl zum römisch-katholischen Glauben* gehörend, sind dieselben in kultureller Hinsicht den Polen verpflichtet und gravitieren deshalb auch zu diesem Lande hin.

Südlich des alten Polens, *diesseits des Dnjestrs,* kann die aus 2½ *Millionen* zum *größten Teil von Rumänen* abstammende Bevölkerung niemals einer militärischen russischen Unternehmung dienen, und *insbesondere nicht gegen eine rumänische Armee* — mögen die „wahren Russen", wie es die Herren Krupenski, Purischkewitsch, Kruschewan u. a. a. sind, noch so sehr mit ihrer Dienstwilligkeit prahlen. Im Jahre 1905, in dem lodernden Feuer, von dem Rußland heimgesucht wurde, begannen selbst die oberen russisch gewordenen Schichten Beßarabiens offen rumänenfreundliche Gefühle zur Schau zu tragen.

Schließlich befinden sich in den Städten aller dieser Gebiete über *5 Millionen Juden.* Da diese Masse selbst der elementarsten menschlichen Rechte beraubt und den grausamsten Verfolgungen preisgegeben ist, ist sie von einem *unversöhnlichen Hasse gegen das russische Regime beseelt.* Nicht nur, daß die gebildeten Kreise den revolutionären Parteien einen hohen Prozentsatz Mitglieder zuführen, auch in den ärmsten und elendesten Kreisen des jüdischen Volkes fand die Bewegung vom Jahre 1905 die energischeste Unterstützung. In einem Kriegsfall würden nicht nur alle jüdischen Elemente für die russische Armee verloren gehen, sondern sie würden sogar dem Feinde zu gute kommen.

Somit haben wir, angefangen vom Finnischen Meerbusen und längs der Flüsse Düna, dem oberen

Dnjepr und dem Bug bis zum Schwarzen Meer ein Gebiet, welches Mitteleuropa beinahe an Größe übertrifft und von mehr als 40 Millionen Menschen bewohnt wird. Dieses Gebiet kann nicht als eine Stütze für das Kaisertum des Zaren gerechnet werden, im Gegenteil, es gereicht eher zum Vorteil des Feindes, welcher auf seiner Fahne die politische und nationale Freiheit tragen würde.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt uns, daß mit Beginn der Feindseligkeiten zwischen Österreich und Rußland das russische Heer die polnischen Gebiete räumen muß, um nicht in der Flanke gefaßt zu werden und eventuell von seiner Mobilisierungsbasis abgeschnitten zu werden. Dieser Rückzug dürfte um so notwendiger sein, als bei den oben angedeuteten Bedingungen die russische Mobilisierung nur äußerst langsam voranschreiten dürfte. In dem von der russischen Armee verlassenen Gebiete würde die gegen den angestammten Bedrücker feindliche Stimmung der einfallenden Armee nicht nur einen jubelnden Empfang bereiten, sondern auch eine tatkräftige Unterstützung gewähren.

Wenn selbst während des russisch-japanischen Krieges die polnischen Deserteure zu Zehntausenden zählten, so würde eine österreichische Armee, an deren Spitze sich polnische und ruthenische Regimenter befinden (natürlich aus Galizien), *sofort* einen Zuwachs von beinahe *500.000 ausgebildeten und begeisterten Streitern*, d. h. beinahe allen Jahrgängen des Beurlaubtenstandes des besetzten Gebietes, erhalten. Wir haben ja gesehen, daß gerade in Hinsicht auf eine solche Möglichkeit die polnische Jugend Galiziens sich der militärischen Ausbildung widmet, um die nötigen Offiziere und Unteroffiziere abgeben zu können. Aber nicht weniger wertvoll wird auch der Beistand der Zivilbevölkerung sein. Bei den Bedingungen des modernen Krieges, bei den großen Räumen, auf denen die Massenheere verteilt sind, bei der Wichtigkeit einer Organisation des Nachschubes und der Verpflegung, können die Gefühle der Zivilbevölkerung von ausschlaggebender Wirkung sein.

In der gleich günstigen Lage wird sich die Invasionsarmee in allen beschriebenen Gebieten befinden, ohne besonders die Aufnahme hervorzuheben, auf welche *die rumänischen Regimenter mit Recht in Beßarabien rechnen dürfen.*

Zu diesen Rücksichten müssen wir noch jene hinzufügen, welche der inneren Lage Rußlands selbst entspringen.

Die Unterdrückung der revolutionären Bewegung vom Jahre 1905 hat dem Zarentum einen *zweifelhaften Triumph* sichergestellt. Sie hat

nicht nur keine Aussöhnung der Gemüter gebracht, sondern sie dient vielmehr als Ausgangspunkt einer sozialen Zersetzung und Zerstückelung, welche bis in die tiefsten Schichten der Bevölkerung gedrungen ist. Die agrarischen Maßnahmen des verstorbenen Ministerpräsidenten Stolypin trafen die tausendjährige Verfassung des russischen Klerus auf das empfindlichste, ruinierten den Kleinbauer und überlieferten ihn einer steten revolutionären Erregung. Ganz Rußland seufzt heute unter dem Belagerungszustande. Im Frieden werden 25% des stehenden Heeres für den Polizeidienst, zur Erhaltung der inneren Ordnung, verwendet. Aber die Ordnung will sich trotz der 800 bis 900 jährlichen Hinrichtungen und unzähligen Verbannungen nach Sibirien nicht herstellen lassen.

Wie nun im Kriegsfalle? *Wieviel Prozent des Heeres müssen der rein militärischen Verwendung zu Gunsten der rein polizeilichen* ? *entzogen werden?* Und welches ist der Seelenzustand, der das Heer selbst beherrscht? Wer kennt die jüngsten Vorgänge in der Marine und bei den Festungsbesatzungen nicht? Diese sind nicht durch gewöhnliche revolutionäre Aufwiegelungen entstanden, sondern „für Brot und Suppe“, wie die Soldaten selbst erklärten, und womit bewiesen wird, daß auch das Heer vom Prozeß der allgemeinen Auflösung nicht verschont geblieben ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß es dasselbe Heer ist, welches nach dem russisch-japanischen Kriege seine Generale und Stabsoffiziere zwang, per Schiff auf dem Meere in die Heimat zurückzukehren, weil die Mannschaften in die Wagen der Züge eindrangen und die Offiziere hinausjagten.

Das russische Heer ist ein vor kurzem besiegtes Heer, welches nicht mehr viel moralischen Halt hat, mit dem dem Besiegten eigenen Seelenzustand. Die Schlachten werden nicht auf Grund der großen Zahl der Gefallenen verloren, sondern durch den Glauben an die Fatalität der Niederlage, und *das russische Heer glaubt nicht mehr an* ? *Sieg. Noch mehr, man kann behaupten, daß es überhaupt keinen Sieg wünscht.* In der heutigen Zeit kann das Heer von den tiefen Strömungen der öffentlichen Meinung nicht mehr ferngehalten werden, und in Rußland wünscht die obere, gebildete Schichte in ihrer überwiegenden Mehrzahl eine Niederlage, denn nur ein unglücklicher Krieg kann heute, so wie in der Vergangenheit, in Rußland einen Ansporn für dringende Reformen abgeben, *während ein Sieg die Gewaltherrschaft der Zaren kräftigen würde.*

In solcher seelischen Verfassung und bei dem zwischen Soldaten und Vorgesetzten herrschenden Antagonismus, wie er uns durch die Aufstände für „Brot und Suppe“ vor die Augen geführt wurde, kann

die in Kasernen eingepferchte Menge keine Armee im wahren Sinne des Wortes darstellen. Sie kann nie und nimmer eine Quelle der Macht für den Staat sein, sondern höchstens ein Faktor, aber einer der gefährlichsten der allgemeinen Schwäche und der Ordnungslosigkeit. Mängel technischer Natur, welche doch eine große Bedeutung haben, liegen in diesem Falle gänzlich in zweiter Linie.

Um das Bild zu vervollständigen, wäre es vielleicht nötig, einige Aufklärungen über das Verhältnis des russischen Kaiserreiches zu seinen Nachbarn im Südosten und äußersten Osten zu geben. Doch möchte ich hier diese Analyse nicht übertreiben. Das bisher Angeführte dürfte, hoffe ich, genügen, um die oben ausgedrückte Überzeugung zu bekräftigen, *daß das russische Kaiserreich nicht jene übermäßige Macht darstellt, welche ihm Legende und Märchen beimessen.*

Diese Lage ist sicherlich in Wien zur Genüge bekannt, geradeso wie in Paris und London, und die interessierten Kreise werden es wohl verstehen, die nötigen Folgerungen zu ziehen.

Der polnische Schriftsteller, dessen ich weiter oben erwähnte, sagt noch in seiner Denkschrift:

„Im Jahre 1905 hätten zwei österreichische Armeekorps die militärische Macht Rußlands leicht vernichten können, leichter noch als heute jene Serbiens. Damals hatte die Schwäche Rußlands ihren Höhepunkt erreicht."

Der Schreiber dieser Zeilen hat seinerzeit die Aufmerksamkeit auf die klägliche Lage des „nordischen Kolosses" gelenkt. Und tatsächlich im Herbste des Jahres 1905 stockte während zweier Monate jeder Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, keine Steuern wurden ausgehoben, in Petersburg war die Regierungsgewalt zwischen dem revolutionären Komitee der Arbeiter und dem Ministerrat geteilt, in Moskau kämpfte man auf den Barrikaden, Festungen fielen in die Hände der Aufrührer, während die Schlachtschiffe entweder ohne Bemannung blieben oder in fremden Häfen herumirrten. In allen größeren Städten waren Blutbäder an der Tagesordnung. In jener Zeit waren selbst die heutigen „wahren Russen" aus Beßarabien nahe daran, „unsern König" zu rufen, und sie meinten darunter den König von Rumänien.

Trotzdem schritt damals Europa nicht ein. *Österreich rührte sich nicht,* Deutschland hatte sogar Truppen an der Grenze zusammengezogen, um der Regierung des Zaren Beistand zu leisten, während Frankreich einen Beistand von 2 Millionen als Darlehen gewährte, und dies gab Rußland die Möglichkeit, des Sturmes Herr zu werden.

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie sich die Passivität und die Hilfeleistungen der westlichen Mächte aufklären lassen. Die „Kon-

junktur" der damaligen Politik war eine andere, und man glaubte damals auch nicht an ein so tiefes Herabsinken der russischen Macht.

Jetzt, nach den Änderungen, welche auf der Balkanhalbinsel vor sich gegangen sind, jetzt entsteht für die Mächte Mitteleuropas die Pflicht, diese Lage, bevor es zu spät ist, ins reine zu bringen.

Über diese Tatsache geben sich selbst die maßgebenden russischen Kreise Rechenschaft. Immer öfter erschallt in Petersburg der Ruf: *„Wir oder Österreich.*" Die einflußreichen Kreise des russischen Hofes sind sogar der Meinung, daß ein Krieg gegen Österreich die *letzte Aussicht bildet, Herr des Chaos und der fortschreitenden Auflösung des Kaiserreiches zu werden.* Selbst der Minister des Äußern, Herr *Sasonow,* sagte in seiner „friedlichen" Rede, die er in jüngster Zeit in der Duma hielt, folgendes:

„Rußland ist eine europäische Macht: unser Kaiserreich erblickte die Welt nicht an den Ufern des Irtisch, sondern an denen des Dnjepr und in Moskau. Das Anwachsen unserer Besitzungen in Asien darf nicht der Hauptzweck unserer Politik sein, weil dies ein Verlegen des Schwerpunktes des Kaiserreichs gegen Osten bedeuten würde, und dadurch würde die Lage Rußlands in Europa und im nahen Osten geschwächt werden können."

Beim Entziffern dieser diplomatischen Sprache kann man in diesen Aussprüchen nichts anderes entdecken, als den *festen Entschluß,* eine *aktive Politik am Balkan auf Kosten der Interessensphäre des österreichisch-ungarischen Kaiserreiches zu verfolgen.*

Dies ist es, das die gegenseitige Lage der beiden widerstreitenden Mächte klar feststellt.

Unter solchen Umständen kann ein bewaffneter Streit, wenn er nicht gleich ausbrechen sollte, *doch nicht für lange Zeit hinausgeschoben werden.* Wir sind es uns schuldig, *die Rolle unseres Landes dieser Lage gegenüber aufzuklären.*

Anlage 4.

Bericht über die Wahrnehmungen bei den Manövern in Deutschland 1913.

Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 2720.

Allergnädigster Herr!

Geruhen E. M. Allerhöchst zu genehmigen, daß ich bezüglich meiner Teilnahme an den deutschen Manövern die wesentlichen Ergebnisse und Eindrücke unter Ausscheidung alles Nebensächlichen tief untertänigst berichte.

S. M. der Deutsche Kaiser war gegen mich überaus gnädig; ich habe das Empfinden gehabt, daß S. M. entschieden jede Verstimmung beseitigt haben will, die sich aus den jüngsten Balkanvorgängen ergeben haben könnte.

Auch von allen sonstigen Seiten wurde ich auf das Zuvorkommendste und Loyalste behandelt.

Es lag sichtlich das Bestreben vor, mich mit dem gleichfalls anwesenden italienischen Chef des Generalstabes Generalleutnant Pollio in Kontakt zu bringen.

Erwähnenswerte Besprechungen hatte ich mit S. M. dem Deutschen Kaiser, und zwar in Gegenwart der Generale von Moltke und Pollio. Ferner mit General von Moltke, und zwar teils allein, teils mit General Pollio, mit General Graf Waldersee, welchem die Bearbeitung der konkreten Kriegsvorsorgen obliegt, endlich mit Exzellenz Treutler, dem Begleiter S. M. des Deutschen Kaisers für auswärtige Angelegenheiten, letztere Besprechung über Wunsch des Generals von Moltke.

Deutscherseits, und zwar besonders auch von Seite des Kaisers, wurde die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltens der Dreibundmächte allem vorangestellt, sowie jene, Rumänien dem Dreibund zu erhalten. Ich habe letzteres auch als unser Bestreben bezeichnet, mit dem Beifügen, daß es aber geboten wäre, Rumänien in aller Form, also mit den gleichen Verpflichtungen, wie sie zwischen den Dreibundmächten bestehen, in den Bund zu bringen, um im entscheidenden Moment keine Täuschung zu erleben.

Ich habe bei diesem Anlasse die Anschuldigungen widerlegt, welche gegen die Monarchie anläßlich ihres Verhaltens gegenüber Rumänien in der letzten Balkankrise erhoben wurden.

Dem deutscherseits betonten Wunsch gegenüber, daß die Monarchie mit Serbien in ein freundschaftliches Verhältnis gelange, habe ich hervorgehoben, daß die Monarchie mit Serbien vor allem in ein klares Verhältnis kommen und für ein freundschaftliches Verhältnis eine dauernde Gewähr haben müsse.

Ich habe dabei nicht unterlassen, darauf hinzudeuten, daß deutscherseits in Serbien Beziehungen, insbesondere solche kommerzieller Natur angeknüpft werden, welche den Interessen der Monarchie zuwiderlaufen. S. M. der Deutsche Kaiser erklärte, ohne dies negieren zu können, dezidiert, daß solche Bestrebungen deutscherseits zurücktreten müssen, wenn es sich um große politische Fragen handelt.

Deutscherseits besteht sichtlich das Streben, Griechenland an sich zu ziehen, es dem französischen und russischen Einfluß zu entwinden; die Anwesenheit des Königs von Griechenland bei den Manövern wurde hiezu weitestgehend benützt.

Gegen Bulgarien besteht in Deutschland, insbesondere beim Kaiser, ein ausgesprochen feindliches Gefühl, doch glaube ich, daß sich dieses vornehmlich gegen den Herrscher dieses Landes richtet.

General Pollio hat das loyale Festhalten Italiens am Dreibund wiederholt betont. Ich halte ihn für einen ruhigen, ernsten, in seinen Maßnahmen sehr genauen, vielleicht etwas zu bedächtigen, bezüglich seiner Gesinnungen vollkommen verläßlichen, aber zurückhaltenden Mann, der sich auch bei den Manövern in Deutschland rasch Achtung und Sympathie erworben hat; doch vermag eine einzelne Persönlichkeit nie Gewähr zu bieten für das Verhalten eines Staates, besonders wenn in letzterem Kräfte mitsprechen, wie in Italien.

Auf alle vorstehend angeführten politischen Fragen habe ich mich nur soweit eingelassen, als sie die militärische Konstellation und die daraus für die Kriegsvorbereitungen sich ergebenden Konsequenzen betreffen.

Bei diesen Besprechungen kam es auch zutage, daß während der letzten Balkankrise in Italien die Vorbereitungen für ein ganzes Armeekorps zur Landung in Albanien getroffen waren und daß Italien seine Interessen in Albanien scharf im Auge hat.

Hinsichtlich der Manöver berichte ich wie folgt:

Dieselben fanden zwischen Hohenfriedberg, Striegau und Schweidnitz statt, bei sehr gutem Wetter, in einem sehr geeigneten, jedoch vorwiegend flachen, offenen Terrain.

Nordgegner war das fünfte Korps, welches vorerst nur zwei Divisionen zur Stelle hatte, während die dritte per Bahn erst sukzessive eintraf.

Südgegner war das sechste Korps zu zwei Infanterie- und einer Kavalleriedivision.

Die Korps waren beiderseits im Verband angenommen, ihnen also der Rahmen zugewiesen, welcher ihnen innerhalb ihrer Armeen zukam. In diesem Rahmen durften sie sich aber mit voller Gegenseitigkeit frei bewegen, auch wurden die Manöver durch die Nacht nicht unterbrochen.

S. M. der Kaiser leitete die Manöver sehr impulsiv, im engsten direkten Verkehr mit General von Moltke.

Die obere Führung war im allgemeinen wie bei uns; bei der Südpartei war ein zu langes Zusammenhalten der Divisionen in einer einzigen Marschkolonne die Ursache des Mißerfolges. Ich glaube bei uns eine größere Geschicklichkeit im Vorgehen und Zusammenwirken nebeneinander handelnder Kolonnen und Gruppen annehmen zu dürfen, sowie eine weit geringere Scheu vor Bodenschwierigkeiten, speziell gebirgigem Terrain.

Die Truppen sind vorzüglich, alles ist mit reichen Mitteln ausgerüstet, die Stände sind hoch, das Bataillon mit ca. 800 Mann.

Die Infanterie erscheint mir im Detail der Gefechtsführung, im gegenseitigen Zusammenwirken und in der Terrainbenützung weniger geschickt und weniger elastisch als die unsrige. Sie tritt nicht selten sehr massiert auf, was im Kriege zu großen Verlusten führen dürfte.

Die Kavallerie ist sehr solide, macht aber nicht den leichten, flinken Eindruck wie die unsrige.

Detailausbildung von Mann und Pferd ist bei uns weit durchgearbeiteter, eine derartige Gleichheit in Sitz und Haltung wie bei uns fehlt, aber die Leute reiten schneidig.

Auffällig war mir die geschickte Handhabung der Lanze, welche allgemein beliebt ist und dem Rekruten schon nach der vierten Woche in die Hand gegeben wird.

Die geschlossenen Gefechtsbewegungen sind mir schwerfälliger vorgekommen als bei uns. Die Nahaufklärung durch Gefechtspatrouillen erschien mir unzureichend.

Das Feuergefecht und das Zusammenwirken mit Maschinengewehren ist der Kavallerie sehr geläufig, die Maschinengewehre sind aber, weil fahrend, lange nicht so verwendungsfähig wie unsere.

Die Artillerie ist zweifellos sehr gut, doch scheint ihr die Anwendung des indirekten Schießens viel fremder zu sein wie unserer; sie wird daher mancher Gefechtsaufgabe nicht so entsprechen können wie diese.

Die schweren Haubitzen wurden bei der Südpartei am zweiten Gefechtstage nicht so verwendet, wie es diesen schweren Steilfeuergeschützen entsprochen hätte.

Die technischen Arbeiten waren vorzüglich durchgeführt, alle Verschanzungen sehr richtig angelegt und mit den vollen Profilen ausgehoben.

Von Scheinstellungen wurde mit Erfolg Anwendung gemacht.

Im reichsten Maße kam die Flugaufklärung zur Geltung. Es waren stets viele Aeroplane in Aktion; am ersten und dritten Tage auch zwei Zeppelinballons.

Gegen diese Luftfahrzeuge war ein Teil der reitenden Artillerie probeweise mit Ballonabwehrkanonen versehen.

Die telephonischen und telegraphischen Verbindungsmittel stehen den unsern weitaus nach.

Wenn ich mir auch gestattet habe, im Vorstehenden einzelne Mängel anzuführen, so muß ich doch hervorheben, daß mir die Teile der deutschen Armee, die ich gesehen hatte, im Totalen den vorzüglichen Eindruck einer von einheitlichem Geist beseelten, für die Initiative erzogenen, hervorragend tüchtigen und mit reichen Mitteln ausgestatteten bewaffneten Macht hinterlassen haben.

Wien am 20. September 1913.

Conrad m. p., G. d. I.

Anlage 5.

Protokoll des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten vom 3. Oktober 1913*).

Wien, am 3. Oktober 1913.

Gegenwärtige:
der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh,
der k. ung. Ministerpräsident Graf Tisza,
der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Ritter v. Bilinski,
der k. u. k. Kriegsminister FZM. Ritter v. Krobatin,
der k. k. Minister für Landesverteidigung G. d. I. Freih. v. Georgi,
der k. ung. Landesverteidigungsminister FML. Baron Hazai,
der k. k. Finanzminister Ritter v. Zaleski,
der k. ung. Finanzminister Dr. Teleszky,
der k. u. k. Chef des Generalstabes G. d. I. Baron Conrad,
der k. u. k. Marinekommandant Admiral Haus.

Graf Berchtold:

Bevor wir in die Besprechung des Verhandlungsgegenstandes der heutigen Sitzung eingehen, möchte ich mir erlauben, einige Aufklärungen über die derzeitige auswärtige Lage zu geben und daran anknüpfend die Ausblicke zu besprechen, welche dieselbe für die Zukunft zu bieten imstande ist.

Der Abschluß der türkisch-bulgarischen Verhandlungen hat nicht nur die territoriale Abgrenzung zwischen der Türkei und Bulgarien definitiv festgelegt und mit dieser Neuordnung in Konnex stehende Fragen bereinigt, sondern auch ein engeres Verhältnis zwischen den beiden genannten Staaten hergestellt, das für die nächsten Jahre richtunggebend sein dürfte.

Auf der anderen Seite ist der türkisch-griechische Gegensatz, der in den Ansprüchen Griechenlands auf die dem kleinasiatischen Festlande vorgelagerten, bisher türkischen Inseln seine wesentliche Nahrung

*) Verfaßt im Ministerium des Äußern.

findet, bis nun nicht ausgeglichen, so daß mit der Möglichkeit eines türkisch-griechischen Waffenganges gerechnet werden muß.

Unmittelbarer als durch diese Vorgänge werden wir durch die gleichzeitig sich vollziehende albanesische Aufstandsbewegung betroffen, die gegenwärtig die serbische Regierung in Atem hält und die Möglichkeit weiterer Komplikationen in sich birgt. Wir haben uns dieser Bewegung gegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß es zwar Serbien zusteht, auf dem eigenen Gebiete nach Gutdünken die nötigen Repressivmaßregeln zu ergreifen und durchzuführen, daß aber die von der Londoner Botschafter-Reunion gezogene Grenzlinie nicht überschritten und die dem neuen Staatswesen zugesicherte Neutralität nicht verletzt werden dürfe.

Von diesem Gedanken ausgehend, haben wir in freundschaftlicher Form die serbische Regierung auf die ernsten Folgen aufmerksam gemacht, die eine Ignorierung der Londoner Beschlüsse nach sich ziehen müßte. Wenn auch die Belgrader Machthaber es in dieser Richtung an Versicherungen nicht fehlen lassen und bei den von allen Seiten in Belgrad gegebenen Ratschlägen nicht anzunehmen ist, daß man es serbischerseits zum äußersten wird ankommen lassen, so muß immerhin mit der Möglichkeit einer serbischen Besetzung strategisch wichtiger Punkte jenseits der von den Mächten fixierten Grenzlinie gerechnet werden.

Wir werden uns, im Falle dieses Ereignis eintreten sollte, vor die Alternative gestellt sehen: entweder die Schaffung eines fait accompli, welches die erste und wohl auch letzte Etappe der Absorbierung Albaniens durch Serbien bilden würde, stillschweigend zu dulden oder ein Ultimatum betreffs Evakuierung des autonomen Albaniens durch Truppen an die Belgrader Adresse zu richten.

Wir haben stets die Schaffung eines selbständigen Albaniens als eine schwierige diplomatische Arbeit angesehen, aber auch als das einzige Mittel, einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Adria zu unseren Ungunsten vorzubeugen. Dadurch, daß wir dieses Ziel auf friedlichem Wege erreichen wollten und uns daher mit den anderen Mächten ins Einvernehmen setzen mußten, ist das von uns intendierte albanesische Staatswesen im Kompromißwege auf das Minimum der Existenzfähigkeit reduziert worden.

Unter diesen Umständen scheint es wohl nicht möglich, Serbien gegenüber auf Konzessionen einzugehen. Es würde dies nicht nur unserem Prestige schweren Eintrag tun, sondern auch die Zukunft Albaniens noch prekärer gestalten, als es derzeit bereits der Fall ist,

und müßte dadurch das Adriaproblem in bedenkliche Nähe gerückt werden.

Schon aus diesen Ausführungen über die momentane Lage können die beiden hohen Regierungen ersehen, auf was für eine labile Basis der Balkanfriede durch die Friedenstraktate von Bukarest und Konstantinopel und die Londoner Botschafter-Reunionsbeschlüsse gestellt ist. Wir werden in der Zukunft nicht mehr mit einer ohnmächtig hinsiechenden Türkei und verhältnismäßig kleinen und schwachen christlichen Staatengebilden am Balkan zu rechnen haben, sondern mit kraftvollen, national geeinten Militärstaaten, von denen die beiden an uns grenzenden mit ihren ethnischen Wurzeln weit in die Monarchie hineinreichen und mehr oder minder eingestandene Aspirationen auf die betreffenden Gebiete hegen, indes der Bestand des von uns und Italien geschaffenen albanesischen Staatswesens gleichfalls von zwei der Balkanstaaten bedroht erscheint. Für die nächste Zukunft ist allerdings infolge der starken Beschneidung Bulgariens im Bukarester Frieden ein kaum zu überbrückender Gegensatz zwischen diesem Staate einerseits, Serbien und Griechenland anderseits gegeben, der unsere neue, unruhige Nachbarschaft bis zu einem gewissen Grade neutralisieren dürfte. Mit der Möglichkeit wird aber immerhin fortan gerechnet werden müssen, daß sich einmal der Balkanbund mit einer Spitze gegen uns rekonstruieren könnte, etwa in der Weise, daß Serbien für eine Schadloshaltung auf Kosten der Monarchie mazedonische Gebietsteile Bulgarien in Aussicht stellen könnte.

Wenn wir vom Balkan absehen, wo — wie gesagt — die Verhältnisse an unserer Grenze wesentlich unsicherer geworden sind, als es früher der Fall war, haben die Grundlagen unserer auswärtigen Politik in letzter Zeit keine einschneidenderen Änderungen erfahren. Durch die im vorigen Jahre erfolgte Erneuerung des Dreibundes ist die bisherige Orientierung unserer Außenpolitik auf eine weitere längere Periode sichergestellt worden. Innerhalb des Dreibundes sind im Laufe der Orientkrise bisweilen allerdings gewisse Unterschiede in der Auffassung zwischen uns und Berlin wahrnehmbar geworden: eine ernstere oder dauernde Bedeutung ist denselben jedoch nicht beizumessen. Anderseits hat das Zusammenarbeiten mit Italien in der albanesischen Politik neue Berührungspunkte zwischen uns und dem italienischen Verbündeten geschaffen, die unseren Beziehungen zum Vorteil gereicht haben. Bedauerlicherweise ist durch die bekannten Triester Erlässe wieder ein Schatten auf diese Beziehungen geworfen worden, wobei die übermäßige Empfindlichkeit, mit welcher diese Maßnahme der österreichischen Regierung in der ganzen öffentlichen

Meinung Italiens aufgenommen wurde, dargetan hat, daß den Belastungsproben dieses Allianzverhältnisses gewisse Grenzen gezogen sind.

In unserem Verhältnisse zu den Mächten der Tripleentente ist insoferne eine Besserung zu verzeichnen, als England während der ganzen Orientkrise uns gegenüber eine loyale Haltung eingenommen und wiederholt unseren Anschauungen zum Durchbruch verholfen hat, womit gebesserte Beziehungen zwischen Berlin und London Hand in Hand gehen. Die Konfliktsmöglichkeit, die aus dem früher bestandenen gespannten Verhältnisse zwischen Deutschland und England gegeben war, ist daher nicht unbedeutend abgeschwächt.

Rußland und Frankreich sind momentan anscheinend friedensbedürftig. Das Rüstungsfieber aber, das vor einigen Monaten Frankreich ergriffen hatte und in der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht konkrete Gestalt angenommen hat, wie dessen Parallelerscheinung, die Neuausgestaltung der deutschen Wehrmacht, lassen unzweideutig erkennen, daß der Tag der Abrechnung nur aufgeschoben ist und die zielbewußte Tätigkeit, die sich das französische Kapital anschickt, am Balkan zu entfalten, um daselbst den Boden wirtschaftlich und politisch zu erobern, deuten den Weg an, der bis dahin zurückgelegt werden soll, um in der entscheidenden Stunde unsere Kraft zu binden.

Resumierend möchte ich betonen, daß zwar Aussicht vorhanden ist, aus der diesmaligen schweren Krise ohne blutigen Waffengang herauszukommen und für die nächste Zukunft keine größere Konflagration zu erwarten ist, die uns in Mitleidenschaft ziehen könnte, daß aber die dauernde Erhaltung der Integrität der Monarchie es angesichts der veränderten Verhältnisse mit zwingender Notwendigkeit erfordert, die Wehrkraft bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen auszugestalten und insbesondere einen adäquaten Schutz der Süd- und Ostgrenze vorzusehen.

Der königl. ung. Ministerpräsident

möchte zu dieser Darstellung nur eine Bemerkung betreffend die serbisch-albanesische Frage machen. Er stimme mit Grafen Berchtold vollkommen überein und freue sich über den jüngsten, von uns in Belgrad gemachten Schritt, welcher in freundlicher, nicht provozierender Weise erfolgt sei. Man müsse unseren Standpunkt nicht nur Serbien, sondern auch den Großmächten gegenüber betonen, damit man nicht vor ein fait accompli gestellt werde. Je offener und entschiedener unsere Erklärung ist, daß wir eine Abänderung der in London fest-

gesetzten Grenze Albaniens nicht dulden werden, um so besser werde dies im Interesse einer friedlichen Lösung sein, welche die Großmächte wohl nicht hintanhalten werden wollen. Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre überblicke, so trete eine Erscheinung ganz konsequent hervor: Die Blamierung der Großmächte auf der ganzen Linie hinsichtlich allem, was im Namen Europas gesprochen worden sei. Wenn hingegen eine Macht sage, daß sie vor der äußersten Konsequenz nicht zurückschrecke, so mache das einen sichtlichen Eindruck. Er bitte daher kein Hehl daraus zu machen, daß wir eventuell bereit seien, bezüglich der Durchführung der Beschlüsse der Londoner Botschafter-Reunion auch allein vorzugehen.

Der Vorsitzende

teilt die Ansicht des Grafen Tisza und ist in der Lage, bekanntzugeben, daß bereits einzelne Mächte in unserem Sinne freundliche Ratschläge in Belgrad gegeben haben.

Der k. k. Ministerpräsident

stimmt seinerseits den Ausführungen des Vorsitzenden und des k. ung. Ministerpräsidenten vollkommen bei. Es gäbe eine gewisse Grenze, über die nicht hinausgegangen werden dürfe. Wenn wir uns auch keiner Schuld bewußt seien, so müsse doch konstatiert werden, daß die Schwerbeweglichkeit des europäischen Konzertes dessen geringe Autorität zur Folge gehabt habe. Man habe in London ein Albanien geschaffen, welches dessen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufe und seine natürliche Bewegungsmöglichkeit einschränke. Er weise dabei auf die Erschwerung bezw. Unmöglichkeit des Besuches gewisser Märkte seitens der Albanesen hin. Die Delimitationskommissionen kommen mit ihren Arbeiten nicht weiter, ebenso langsam vollziehe sich die Wahl des Fürsten, die Einsetzung der Exekutivgewalt usw. Dies erzeuge in Albanien alle möglichen Bewegungen über die Grenze hinaus. Er erlaube sich den Wunsch zu äußern, daß man mit allem Nachdruck die Konstituierung Albaniens beschleunige. Solange man dieses Land als res nullius bestehen lasse, müsse man auf alles gefaßt sein.

Der Vorsitzende

führt aus, daß man, um überhaupt zu einem Resultat zu gelangen, gewisse Konzessionen hinsichtlich des Umfanges Albaniens habe machen müssen. Die Beschlüsse der Londoner Konferenz einschließlich jenes bezüglich der Freizügigkeit der Märkte auf serbischem Gebiete seien in Belgrad notifiziert worden. Man wende auch dort nichts dagegen ein, sondern stelle nur die Sache so dar, als ob die Albanesen den Besuch

der Märkte dazu benützen, um die Bevölkerung aufzuhetzen. Das Verbot des Märktebesuches wäre daher nicht die Ursache des Aufstandes, sondern die Folge des Benehmens der Albanesen.

Der Kandidat auf den Thron Albaniens ist bereits unterwegs und wenn es gelingen werde, ihn zur Annahme zu bewegen, so sei alles andere von geringer Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes

hebt zwei schwierigste Punkte der Monarchie, das Verhältnis zu Serbien und Montenegro, hervor, die sicher unsere nächsten Gegner sein werden und nur den Moment abwarten, bis die Monarchie anderwärts engagiert sei. Was unsere Bundesgenossen betreffe, so stehe wohl Deutschland zu uns, die Hilfe Italiens aber komme nur Deutschland zugute. Die Wurzel des Übels sei das Anwachsen Serbiens und seine Bestrebungen, Frankreich, Rußland und Rumänien für sich zu gewinnen. Nach seiner Ansicht müsse man da klare Verhältnisse schaffen, insbesondere auch hinsichtlich Rumäniens. Er stelle sich das so vor, daß sich uns entweder Serbien loyal komplett angliedere in einem Verhältnisse wie etwa Bayern zum Deutschen Reiche, oder daß man zur offenen Feindschaft übergehe, wozu jetzt der günstigste Moment sei. Eine bloß äußerliche Regelung des serbisch-albanesischen Konflikts sowie des Verhältnisses zu Serbien überhaupt werde nichts nützen. Serbien werde nur Zeit gelassen, sich zu stärken. Es handle sich nicht bloß um die ziffermäßige Anzahl unserer Gegner, die Gefahr liege vielmehr in einem Großserbien, welches eine Verseuchung unserer südlichen Gebiete durch eine Irredenta zur Folge haben werde. Man müsse Serbien sofort fragen und eine umgehende Antwort, ja oder nein, verlangen, ohne ihm oder den Großmächten Zeit zu lassen.

Der Vorsitzende

gibt dem Chef des Generalstabes ganz recht. Es ist aber zu bedenken, daß in einem solchen Falle unsere Verbündeten kaum hinter uns stehen, vielmehr uns in den Arm fallen würden. Dann wäre nicht nur nichts gewonnen, sondern unsere Beziehungen zu Serbien wären noch schlechter. Der serbische Ministerpräsident Pašić habe ihm gerade heute die Versicherung erteilt, daß es Serbiens Wunsch sei, mit uns ein freundliches Verhältnis anzubahnen, wobei er von Dezennien eines freundlichen Auskommens sprach. Der Vorsitzende möchte zwar keine Garantie für die Länge und die Aufrichtigkeit dieser Beziehungen übernehmen, jedenfalls bestünden aber obige Bedenken hinsichtlich der von Baron Conrad gemachten Anregung.

Der k. ung. Ministerpräsident

nimmt ganz entschieden Stellung gegen eine staatsrechtliche Angliederung Serbiens an die Monarchie, und zwar, weil die Sache praktisch unmöglich sei und sich ganz Europa auf Seite Serbiens stellen würde. Die Sache wäre aber auch von Nachteil für die Monarchie.

Serbien sei ein unangenehmer Nachbar, damit müsse man sich eben abfinden, aber man brauche es nicht gleich zu verschlucken. Serbien habe sich durch seine Vergrößerung auch große Schwierigkeiten bereitet. Es gäbe viel Reibungspunkte, namentlich sein Verhältnis zu Albanien und Bulgarien. Er komme auf das zurück, was er schon früher gesagt habe, daß man die Gelegenheit benützen müsse, der Welt zu zeigen, daß man entschlossen sei, Serbien ein entschiedenes Halt zuzurufen, wenn es seine Versprechungen nicht halte. Wenn ein energischer Protest nicht helfe, müsse man ein Ultimatum stellen, um Serbien eine diplomatische, eventuell eine militärische Niederlage zu bereiten. Da dürfe man nicht schwanken und sich nicht aufhalten lassen.

Der gemeinsame Finanzminister

macht darauf aufmerksam, daß die Agitation in Bosnien und der Herzegowina von Serbien aus ganz gewaltig betrieben werde. Darunter werden wir Jahre leiden müssen, weil der politisch fortgeschrittenste und relativ größte Teil der Bevölkerung in den annektierten Ländern die Serben seien. Die Idee des Chefs des Generalstabes halte er für nicht erfüllbar. Vielleicht hätte man diese Idee früher verwirklichen können; wollten wir dies jetzt tun, so würde Europa, das uns bisher mit Unrecht als Friedensstörer bezeichnete, dies dann mit Recht behaupten können. Der Plan des Chefs des Generalstabes habe aber überdies eine staatsrechtliche Bedeutung, weil darüber auch die Parlamente zu entscheiden hätten und deren Zustimmung nicht zu erwarten sei. Man könnte wohl, wenn sich die Verhältnisse darnach gestalten, aktiv gegen Serbien vorgehen, aber dessen Angliederung an die Monarchie, wie sich dies Baron Conrad vorstelle, sei unmöglich. Unter welchem Drucke sollte dies denn jetzt geschehen, wo Serbien ein Großstaat geworden ist?

Leider könne Redner aber auch die Hoffnung des Grafen Tisza nicht teilen, daß wir Gelegenheit haben werden, der Welt unseren Willen zu zeigen, Serbien werde uns nämlich keine Gelegenheit dazu geben, in einem Momente, wo ganz Europa den Frieden will. Was Pašić heute gesagt habe, sei sicher wahr, denn Serbien brauche Zeit, um sich zu konsolidieren. Daß die Serben für einen späteren Zeitpunkt die Absicht

haben, uns unsere südlichen Provinzen streitig zu machen, darüber bestünde natürlich kein Zweifel. Wir müssen uns auf diesen großen Kampf vorbereiten und daher ohne Rücksicht auf die allerdings sehr geschwächten Finanzen und die sehr prekäre wirtschaftliche Lage schon heute die Armee entsprechend verstärken.

Der k. k. Ministerpräsident

führt folgendes aus: Die erste von Baron Conrad erwähnte Eventualität könne wohl nicht in Betracht kommen. Graf Stürgkh betrachtet als eine Voraussetzung einer Aktion gegen Serbien, daß wir von Serbien offenkundig verletzt werden, da es dann zu einer Auseinandersetzung kommen müßte, die wohl eine capitis diminutio Serbiens mit sich brächte. Heute bilde Serbien eine große Attraktion, weil man sehe, daß sein Prestige auf Kosten des unsrigen gewachsen. Nehme der Aufschwung Serbiens weiter zu, so würden sich unsere Südslawen noch mehr hinzugezogen fühlen, da nütze die beste innere Politik nichts. Er denke so wie der gemeinsame Finanzminister und auch er glaube, daß man sich auf das Intensivste vorbereiten müsse. Jeder Tag bringe neue bedenkliche Symptome. So habe erst gestern der serbische Gesandte in einem Interview die Verstaatlichung der serbischen Bahnen ventiliert, trotz der angeblichen Garantien in der Konzessionsurkunde und trotz der Londoner Formel. Eine Auseinandersetzung mit Serbien und eine Demütigung desselben sei die Lebensbedingung der Monarchie. Wenn dieselbe heute nicht erfolgen könne, so müsse man sich doch gründlich darauf vorbereiten.

Der Chef des Generalstabes

erwidert, daß er nur der Vollständigkeit wegen zwei Alternativen aufgestellt habe. Er freue sich darüber, daß der friedliche Weg von so kompetenten Stellen als ausgeschlossen hingestellt wird, daß daher nur der gewaltsame erübrigt, aber er glaube, daß man den Krieg dann führen müsse, sobald die Chancen günstig seien. Die meisten Kriege werden verloren von denjenigen, welche diese Chancen verpassen. Jedes Hinausschieben verschlimmere, vom rein militärischen Standpunkt betrachtet, die Lage. Wenn wir zuwarten, so bedinge dies die extreme Ausgestaltung unserer Wehrmacht. Darauf müsse er den größten Wert legen.

Es ergreift hierauf

der Kriegsminister

das Wort und führt folgendes aus: Der in der Verwaltung der beiden Staaten und im gemeinsamen Haushalte ab 1914 zu bewirkende Über-

gang auf die neue Budgetperiode bedingt die Einschaltung eines halbjährigen, den Zeitraum 1. Jänner bis 30. Juni 1914 umfassenden Heeresbudgets. Mit Rücksicht auf diesen Umstand wurden in dem Summar über das Gesamterfordernis des Heeres für das erste Halbjahr 1914 den Ansprüchen der Kriegsverwaltung die halben Beträge der korrespondierenden Bewilligungen pro 1913 zugrunde gelegt.

Der k. k. Finanzminister

möchte hiezu bemerken, daß hinsichtlich des normalen Teiles des Budgetentwurfes noch einige Posten unbereinigt seien, worauf

der Kriegsminister

entgegnet, daß das Normalbudget im Wege von unmittelbaren Verhandlungen zwischen dem Kriegsministerium und den beiden Finanzverwaltungen bereits festgestellt sei. Nur hinsichtlich der Post Systemisierung von Evidenzoffizieren und Pferdeergänzungsreferenten habe das k. k. Finanzministerium einige Änderungen gewünscht, deren Durchführung jedoch auf solche Schwierigkeiten stoße, daß das Kriegsministerium nicht in der Lage sei, den bezüglichen Anregungen Folge zu geben. Mit Rücksicht auf diesen Umstand sowie in Anbetracht dessen, daß die schon pro 1913 beabsichtigt gewesene Realisierung der in Rede stehenden Maßnahme aus Schlagfertigkeitsrücksichten unbedingt notwendig ist, weil sonst die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Stellung von Pferden und Fuhrwerken für Zwecke des Heeres nicht nutzbar gemacht werden könnten, wäre es dringend wünschenswert, daß das k. k. Finanzministerium diesen Anträgen zustimme. Im übrigen sei ihm gemeldet worden, daß keine Anstände vorhanden sind.

Der k. k. Finanzminister

erwidert, daß diesbezüglich ein Mißverständnis vorliegen müsse, da der Vertreter des Finanzministeriums bei der Besprechung im Mai dem Vertreter des Kriegsministeriums nur das Einverständnis mit der formellen Art der Behandlung des Halbjahresbudgets gegeben habe.

Der Minister hat erst im September die Ziffern des Budgets zur Prüfung bekommen. Was speziell die Systemisierung von Evidenzoffizieren betreffe, so dürfe nicht übersehen werden, daß die österreichische Regierung auf Grund ausdrücklicher Zusicherung des Kriegsministeriums im Parlament erklärt habe, die Durchführung des Pferdestellungsgesetzes werde nichts kosten. Und jetzt, wenige Monate nachher, komme man mit dieser Aufforderung. In einem Augenblicke, wo man große Lasten auf sich nehme, solle man, statt neue Anstalten zu schaffen, lieber trach-

ten, mit den bisherigen Kräften das Auslangen zu finden und auf dem Gebiete der militärischen Verwaltung zu sparen.

Der Kriegsminister

hält dem entgegen, daß er zu diesem Zwecke überhaupt keine verfügbaren Offiziere habe. Er weist auf Rumänien hin, welches einfach anläßlich der Mobilisierung alle Ortschaften umstellt und sämtliche Pferde und Wagen requiriert habe. Auf eine solche Art aber können wir nicht vorgehen.

Nachdem nun

der k. ung. Finanzminister

hervorhebt, daß die Kriegsverwaltung auf dem Standpunkt stehe, die seit 1910 eingetretene Preissteigerung nicht decken zu können und deshalb mit Nachtragskrediten kommen müsse,

der Chef des Generalstabes

den meritorischen Wert für die Operationsfähigkeit betont, welchen die Systemisierung der Pferdeevidenzoffiziere besitzt, erklärt

der k. k. Ministerpräsident,

daß das Evidenzblattsystem im Parlamente so gut aufgenommen worden sei, daß Grund zur Annahme vorhanden ist, man werde diese Post nicht relevieren.

Der k. k. Finanzminister

erklärt angesichts der Versicherung des Kriegsministers, daß diese Organisation unentbehrlich sei, sich der betreffenden Ausgabe weiter nicht widersetzen zu wollen.

Der Kriegsminister

fährt nun fort: Die unausgesetzt fortschreitenden Rüstungen der Nachbarstaaten, die vielfach ungeklärte Situation, sowie die in das allgemeine Bewußtsein gedrungene Erkenntnis, daß im modernen Völkerleben das Recht an der Seite der Starken ist, legen der Heeresverwaltung die Pflicht auf, bei entsprechender Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung alle Vorkehrungen zu treffen, die eine Erhöhung der Schlag- und Widerstandskraft der Wehrmacht herbeizuführen geeignet sind.

Hiezu gehört vor allem die unumgänglich notwendige Stärkung der Truppenstände, die in den Grenzbereichen in erhöhtem Maße, bei den sonstigen in Betracht kommenden Heereskörpern in geringerem Umfange durchgeführt werden müsse. Die

Erhöhung der Stände ist teils eine unmittelbare, teils eine indirekte, die sich dadurch äußert, daß gewisse bisher auf den Stand ihrer Truppenkörper zählende Formationen einen eigenen Stand erhalten sollen.

Neuaufstellungen sind pro erstes Halbjahr 1914 nur in ganz beschränktem Umfange beabsichtigt.

Die rascheste Verwirklichung der in der bez. Vorlage beantragten Organisationsmaßnahmen, die vornehmlich auf die Stärkung unserer ungewöhnlich niedrigen Friedensstände, sowie auf die Einleitung der Ausgestaltung unserer quantitativ unzulänglichen Artillerie abzielen, bildet ein eminentes staatliches Interesse, weil sie die Wehrfähigkeit der Monarchie bedeutend erhöhen wird. Die Aufbesserung der Friedensstände, namentlich jener in den Grenzbezirken, ist aber nicht nur vom militärischen, sondern auch vom politischen und volkswirtschaftlichen Standpunkt dringend geboten, weil sie zur Folge hat, daß bei einer Verschärfung der äußeren politischen Lage nicht sofort zur Anwendung einer militärischen Ausnahmeverfügung geschritten werden muß, die wohl nur kurze Zeit verborgen bleiben kann, die Öffentlichkeit beunruhigt, wirtschaftlich von lähmendem Einfluß ist und die Erwerbstätigkeit der von einer plötzlichen Einberufung betroffenen Staatsbürger oft gerade zu einem solchen Zeitpunkte unterbricht, in dem die Anwesenheit des Ernährers doppelt erwünscht wäre.

Die Sitzung wird hierauf von halb 2 bis 4 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung legt

der Kriegsminister

Tabellen vor über die Verhältnisse der aktiv Dienenden zu den Reservisten im Kriegsfalle bei uns und anderen Großmächten, dann über Kriegsformationen des Dreibundes gegenüber jener der Tripleentente bezw. Serbiens, Montenegros und Rumäniens.

Der Chef des Generalstabes

ergänzt noch die ausführlichen Darlegungen des Kriegsministers und weist speziell darauf hin, daß eigentlich die Marschtruppen in die vorgebrachten Ziffern nicht einzurechnen sind, weil sie bestimmt wären, die erste Linie zu ersetzen. Auch müsse man die Ziffern nicht summarisch nehmen, sondern die Raumverteilung berücksichtigen, woraus sich ergebe, daß wir in den ersten Monaten eines Krieges im Osten oder Südosten beinahe allein bleiben.

Der k. k. Ministerpräsident

möchte, ohne die Argumente des Kriegsministers abschwächen zu wollen, doch aufmerksam machen, daß dieser Rumänien in die Zahl der

Dreibundgegner aufgenommen habe, während wir einen gewissen Anspruch haben sollten, Rumänien nicht als Gegner betrachten zu müssen. Mit diesem bestehe doch eine Vereinbarung, wegen welcher wir anläßlich der Handelsvertragsverhandlungen übermäßige Opfer an unausgenütztem Fleischkontingent Serbiens gebracht haben.

Der Vorsitzende

stimmt dem zu, indem er sagt, der Vertrag bestehe fort, sei erst vor kurzem erneuert worden; alle rumänischen Staatsmänner jeder politischen Richtung erklären, am Dreibunde festzuhalten und Herr Take Jonescu gab jüngst seiner Meinung Ausdruck, daß auch bei einem Regierungswechsel eine Änderung der Auslandspolitik nicht in Frage komme. Allerdings, fügt Graf Berchtold hinzu, sei die Volksstimmung immer gegen diese Politik gewesen und es sei immerhin zu besorgen, daß eine Volksbewegung einen Umschlag herbeiführt.

Der k. ung. Ministerpräsident

meint gleichfalls, daß der Kriegsminister den schlimmsten Fall angenommen habe, daß nämlich im Südosten 46 Divisionen gegen und keine für uns stünde. So schlimm seien die Verhältnisse doch wohl nicht. Einer entsprechenden auswärtigen Politik wird es immer gelingen, einen Teil der militärischen Kräfte am Balkan für uns zu gewinnen. Rechnen wir Serbien und Rumänien gegen uns, so kann ein Anschluß Bulgariens und der Türkei an uns mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden.

Im gleichen Sinne äußert sich

der k. ung. Finanzminister.

Wenn die Balkanvölker gegen uns sind, so sei die Ursache wohl auch darin zu finden, daß sie an uns keine ökonomische Stütze finden, während die Tripleentente in der Lage sei, sie ökonomisch zu unterstützen. Eine solche Unterstützung sei unserseits ausgeschlossen, wenn wir zu viel rüsten. Auf einen Einwurf

des Chefs des Generalstabes,

daß wir in einem finanziellen Wettstreite mit Frankreich immer unterliegen müßten und daher auf militärischem Gebiete stark sein wollen, erwidert

Dr. Teleszky,

daß es sich nicht um eine Konkurrenz handle, sondern darum, den Balkanstaaten im Notwendigsten ökonomische Unterstützung zu leihen.

Graf Berchtold

fügt dem hinzu, daß Griechenland den deutschen Markt in Anspruch nehme, um nicht ganz Frankreich ausgeliefert zu sein.

Dr. v. Bilinski

begreift den Wunsch des k. ung. Finanzministers. Es sei dem Sprecher aber bekannt, daß Serbien von einer hiesigen Bankengruppe Geld und industrielle Förderung angeboten worden sei, daß man dieselbe hingezogen, doch mit ihr nicht abgeschlossen habe. Man behandle solche Angebote nur als Pressionsmittel gegenüber anderen Gruppen. Allerdings muß zugestanden werden, daß eine in Belgrad mit österreichischem und ungarischem Kapitale seinerzeit errichtete Bank bei Beginn des Krieges den Kredit eingeschränkt, während eine dortselbst bestehende französische Bank den Zinsfuß herabgesetzt hat.

Dr. Teleszky

erklärt, er habe hauptsächlich Rumänien und Bulgarien vor Augen gehabt.

Der Kriegsminister

gibt nun eine Zusammenstellung der Ereignisse seit dem Beginn des ersten Balkankrieges und weist nach, daß wir, sobald es nur irgend möglich war, die Sicherungsmaßregeln herabminderten im Sinne einer finanziellen Erleichterung und im Interesse der Bevölkerung.

Der k. ung. Finanzminister*)

hebt hervor, daß er sich seit seiner Mitwirkung an dem Zustandekommen der Wehrvorlage des Jahre 1888, also seit 25 Jahren, immer für die Ausgestaltung der Wehrmacht eingesetzt habe. Die Anforderungen seien keineswegs exorbitant, im Gegenteil, wenn man sie mit den militärischen Auslagen anderer Mächte vergleiche. Wenn man sie dennoch nicht in vollem Umfange akzeptieren könne, so liege der Grund darin, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen fehlen. Vom finanziellen Standpunkte müsse man überhaupt unser Vorgehen als leichtsinnig bezeichnen, weil wir große Gefahr laufen, finanziellen Kalamitäten entgegenzugehen. Nichtsdestoweniger müsse er allen Forderungen zustimmen, welche eine absolut notwendige Bedingung unserer Wehrfähigkeit bilden, aber nur diesen, denn bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage kann bloß das für die Sicherheit der Monarchie unbedingt Notwendige geleistet werden. Es handle sich um vier große

*) Sollte wohl heißen: Der k. ung. Ministerpräsident.

Gruppen und er wolle bezeichnen, was er innerhalb derselben für unbedingt notwendig halte:

1. Die unabweisliche Forderung der Entwicklung unserer Artillerie.

2. Die gemischte Gruppe von Forderungen betreffend die technischen Truppen, besondere Verwendungen und Abkommandierungen bezw. den Ersatz des einschlägigen Menschenmateriales für die Infanterie. Er sehe vollkommen ein, daß die technischen Truppen anderen Großmächten ebenbürtig ausgestaltet werden müssen, wobei die Infanterie nicht verkürzt werden dürfe.

3. Die Verstärkung des Friedensstandes in den Grenzgebieten. Da möchte er jedoch vor einer optischen Täuschung warnen. Die Annahme, daß, wenn die Kompagnien 120 Mann gehabt hätten, die außerordentliche Belastung der letzten Vorbereitungen hätte vermieden werden können, sei wohl nicht ganz richtig, denn die von uns ergriffenen Vorsichtsmaßregeln seien weit über dieses Maß hinausgegangen. Dagegen sei nicht zu leugnen, daß man bei erhöhten Ständen vermeiden kann, bei jeder peinlichen diplomatischen Situation zu solchen für unsere diplomatische Stellung sehr mißlichen Maßregeln greifen und dabei einen gewiß nicht wünschenswerten, die Bevölkerung drückenden Vorgang wählen zu müssen. Was die Standeserhöhung in Galizien betreffe, so sei diese eine Notwendigkeit. Hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina würde er bitten, daß man womöglich auf der Zahl von 39 Bataillonen stehen bleibe. Ebenso möchte er dafür plädieren, daß man von den 8 Bataillonen an der serbischen Grenze absehe. Für den Ernstfall bedeuten diese 8 Bataillone sehr wenig und eine Großmacht habe es doch nicht nötig, Serbien gegenüber zu solchen Maßregeln zu greifen, umsoweniger, als die serbischen Friedensstände gering bleiben. Er halte es politisch und praktisch für besser, von diesen 8 Bataillonen abzusehen. Ebenso sei eine Verstärkung bei den Korps gegen Italien nicht erforderlich. Die albanesische Frage werde noch lange Zeit eine Rolle spielen. Gerade jetzt, wo die Triester Erlässe so verstimmen, erscheine ihm eine solche militärische Maßnahme politisch mißlich. Im Falle absoluter Notwendigkeit würde er sich aber, was die Truppen des XV. und XVI. Korps betrifft, fügen.

Der Chef des Generalstabes

weist bezüglich Bosniens und der Herzogowina auf die ungünstigen Eisenbahnverbindungen hin, welche die Ursache sind, daß wir zur Aufstellung der Kriegsformationen drei Wochen benötigen. Bosnien besitze nur drei wenig leistungsfähige Bahnen, die naturgemäß die Militärtransporte nur langsam bewältigen können. Montenegro kann in ein

paar Tagen mit der Mobilisierung fertig sein. Wir brauchen also in Bosnien-Herzegowina so viel Truppen, um dem ersten Anprall Widerstand bieten zu können. Daher müsse er für den erhöhten Stand eintreten. Was Italien und Serbien betreffe, bezw. das III., XIV., XIII., VII. Korps, so ist die Standeserhöhung notwendig, weil den Grenztruppen schon am ersten Alarmierungs- resp. Mobilisierungstage viele wichtige Aufgaben zufallen, wie z. B. die Eisenbahnsicherung, Grenzbewachung, Kundschaftsdienst usw., dann die Mobilisierung. Diesen Aufgaben wären sie nicht gewachsen, wenn man sie numerisch schwäche. Er müsse übrigens ehrlich sagen, daß er in die Bundesfreundlichkeit Italiens kein volles Vertrauen habe. Italien setzt seine Kriegsvorbereitungen gegen uns, so vor allem die Befestigungen fort, als ob es in uns einen künftigen Gegner sehen würde.

Graf Tisza

kommt nun zur vierten Gruppe der Forderungen, das ist die Standeserhöhung bei der Infanterie um fünf Mann per Kompagnie, und zwar bei 292 Bataillonen. Er glaube, daß die militärische Wichtigkeit dieser Maßregel unwillkürlich überschätzt werde. Man stehe unter dem Eindrucke der jetzigen Standesverhältnisse bei der Infanterie. Diese seien unhaltbar, und zwar vom Standpunkte der Ausbildung als von jenem der Kriegsbereitschaft. Wenn jetzt mobilisiert werden sollte, so hätten die Kompagnien 180 ausgebildete Mannschaften und 70 Ersatzreservisten und Landsturmmänner, während die Gegner kompakte ausgebildete Massen zur Verfügung haben. Diesem Zustande ist aber durch das Wehrgesetz 1912 abgeholfen, infolgedessen die Infanterie-Kompagnien seinerzeit über wenigstens 400 ausgebildete Leute verfügen, hiermit ihren eigenen Bedarf vollständig decken und 150 Mann an Reserveformationen abgeben können werden. Die volle Wirkung des neuen Wehrgesetzes werde sich erst nach zehn Jahren ergeben und es frage sich, ob wir so lange Zeit haben. Es sei von eminentem Interesse, aus der jetzigen Lage rasch herauszukommen und wenigstens dem Zustande der Inanspruchnahme von Ersatzreservisten in der ersten Linie abzuhelfen. Dies wird beiläufig drei Jahre auf Basis des jetzigen Wehrgesetzes in Anspruch nehmen. Er weist an der Hand eingehender Daten nach, daß die ganze Wirkung einer weiteren Erhöhung des Friedensstandes der Kompagnie auf 100 Mann eine Vermehrung der Reserve an ausgebildeter Mannschaft nach zwölf Jahren um 26, nach der oberwähnten dreijährigen Periode um neun Mann sein werde. Dies sei unleugbar ein Vorteil, könne aber gewiß nicht als eine Lebensfrage für unsere Wehrfähigkeit eingestellt werden. Im Hinblicke auf die finanziellen Verhält-

nisse sei es jedoch notwendig, daß nur das unbedingt Notwendige verlangt werde. In Ungarn werden alle Anforderungen der einzelnen Ressorts für neue Ausgaben geradezu brutal zurückgewiesen. Man dürfe nicht mehr verlangen, als was vertretbar sei, denn das würde sich sehr rächen und sich gegen das Militär wenden. Er habe viel gekämpft wegen seiner Bestrebungen zu Gunsten eines guten Verhältnisses zwischen Volk und Heer und wolle in diesen Bestrebungen nicht erlahmen. Redner bespricht nun die finanzielle und ökonomische Situation und sagt, daß die finanzielle Aktionsfähigkeit auch im militärischen Interesse gelegen sei. Würde man den Stand mit 5 Mann erhöhen, so bedeute das eine Erhöhung der Rekruten um 3, also um 51 Mann, was in zwölf Jahren mit Abzug eines dreißigprozentigen Abganges 429 Mann in der Kompagnie ausmacht, so daß sich die Reserve an ausgebildeter Mannschaft von 151 auf 177, also um 26 Mann vermehren würde.

Auf Basis des jetzigen Wehrgesetzes bekommt die Kompagnie jährlich 48 Rekruten statt wie früher 25. Mit jedem Jahre bessere sich daher der Vorrat der Kompagnie an ausgebildeten Reservisten nach Abzug eines Abganges von zehn Prozent um 21. Der jetzige Bedarf an Ersatzreservisten von 72 Mann sinke also im ersten Jahre auf 51, im zweiten auf 30, im dritten auf 9.

Wenn man dagegen eine Vermehrung der Rekruten auf 51 vornimmt, so würde diese Besserung jährlich 3 Mann bedeuten und der Bedarf der Ersatzreserve im ersten Jahre 48, im zweiten 24 ausmachen und mit Ende des dritten Jahres ganz aufhören. Der Unterschied belaufe sich also im ersten Jahre auf 3, im zweiten auf 6, im dritten Jahre auf 9 Mann. In beiden Fällen hört der Bedarf an Ersatzreservisten zu Ende des dritten Jahres ganz auf, da ja der Bedarf von 9 Mann größtenteils durch den Überschuß der Truppenkörper mit erhöhtem Präsenzstand gedeckt werden könnte. Der ziffernmäßige Abzug der geforderten 19.500 Mann würde ca. 4800 bedeuten.

Hier wirft der Chef des Generalstabes ein, daß diese Berechnung wohl mathematisch richtig sei, daß aber für den Stand von 100 Mann noch andere Rücksichten sprechen. Abgesehen von solchen der Ausbildung ist zu bedenken, daß 2½ Rekruten per Jahr und Kompagnie mehr, in zehn Jahren ca. 45.000 voll ausgebildeter Leute ergeben, was dem Infanteriestande eines Korps zu drei starken Divisionen entspräche.

Der k. ung. Ministerpräsident

proponiert nun, einen Abzug von rund 4000 Mann vorzunehmen, so daß für eventuelle neue Formationen eine Reserve von ca. 800 Mann

übrig bleibe. Dies sei die äußerste Grenze, bis zu welcher die ungarische Regierung gehen, bezw. die Verantwortung übernehmen könnte.

Der gemeinsame Finanzminister

entledigt sich eines Allerhöchsten Befehles, wonach in der heutigen Konferenz die Dringlichkeit des Beginnes mit dem Bau der bosnischen Bahnen zur Sprache gebracht werden soll. Bauherr sei wohl Bosnien, jedoch darf mit dem Bau nicht begonnen werden, bevor nicht beide Staaten der Monarchie durch besondere Gesetze die Beiträge sichergestellt haben. Redner habe die Detailprojekte der zunächst auszubauenden Linien: Banjaluka—Jaice, Šamac—Doboj fertigstellen lassen. Dieselben seien auch schon politisch begangen worden. Solange aber die bez. Gesetze in den beiden Parlamenten nicht geschaffen sind, könne man mit dem Bau nicht beginnen. Um damit rechtzeitig fertig zu werden, muß mit dem effektiven Bau im nächsten März begonnen werden. Um letzteres zu ermöglichen, müsse man aber längstens anfangs Dezember die Arbeiten ausschreiben. Er könne die Verantwortung einer weiteren Verzögerung nicht übernehmen und ersuche die beiden Herren Ministerpräsidenten, für die baldige Vorlage und Perfektionierung des Gesetzes Sorge zu tragen.

Nachdem noch

der Kriegsminister

beantragt, um die finanzielle Belastung der beiden Staaten zu verringern, die Durchführungsdauer der in Aussicht genommenen Maßnahmen von drei auf fünf Jahre zu verlängern, was eine Ersparung von 40 Millionen bedeute, erwähnt

der k. k. Ministerpräsident,

daß man im Hinblicke auf die bis 1917 ausdehnbare dreijährige Dienstzeit die Erhöhung von 5 Mann per Kompagnie bei ausschließlicher Bedachtnahme auf die Aufrechterhaltung der Standesverhältnisse äußersten Falles bis dahin verschieben könnte. Es entstünde aber allerdings die Frage, ob dies politisch taktisch richtig wäre. Nach dem Wehrgesetze vom Jahre 1912 käme jetzt das von 1913/1914 und dann im Jahre 1917 wieder eines.

Die k. k. Regierung trete dafür ein, daß für die Ausgestaltung des Heeres das Möglichste getan werde. Um die parlamentarischen Schwierigkeiten richtig einzuschätzen, müsse man aber die großen Auslagen der jüngsten Vergangenheit und die wirtschaftliche Depression, sowie die Konkurrenz mit anderen Anforderungen, wie zum Beispiel die bosnischen Bahnen, berücksichtigen.

Der k. ung. Ministerpräsident

könnte dem nicht beistimmen, daß man in wenigen Jahren wieder mit einem neuen Wehrgesetz komme. Die ungarische Regierung müßte sich dagegen verwahren, daß solche wieder aufs Tapet kommen, ohne daß sich die Weltlage verschlechtere. Er halte es auch politisch nicht für zweckmäßig, Italien gegenüber besondere Sicherungsmaßregeln zu treffen.

Der Vorsitzende

sieht keinen Grund zu einer Verschlechterung unserer Beziehungen zu Italien in den nächsten Jahren. Er könne also die projektierten Maßnahmen nicht als wünschenswert und vom politischen Standpunkte aus als nicht begründet bezeichnen, militärisch könne er natürlich keine Verantwortung übernehmen.

Der Chef des Generalstabes

sagt, daß man die militärischen Maßnahmen nie von politischen Rücksichten abhängig machen sollte. Man brauche da nur auf Italien zu verweisen. Wir müssen unsere Nachbarn gewöhnen an den ruhigen Ausbau unserer Wehrmacht.

Der k. k. Finanzminister

erklärt, daß die Übernahme jeder neuen Belastung verheerenden Eindruck auf die finanzielle Lage ausübe. Seit 1909 habe man fort und fort ungeheure Lasten übernommen. Insgesamt sind rund 1200 Millionen außerhalb des normalen Budgets in der Zeit von 1909 bis 1914 inklusive für Militärzwecke teils verausgabt, teils beschlossen. Hiezu komme der Rest der Ausgaben anläßlich der politischen Wirren, die neuen Rekruten, die analogen Ausgaben in den Landwehren und das neue Flottenprogramm. Dies alles sei eine Aufgabe, die zu bewältigen jeder Beschreibung spottet. Kreditpolitisch stünden wir ebenfalls schlecht. Wir haben, Österreich und Ungarn zusammengerechnet, 900 Millionen Schatzscheine ausgegeben. Zur militärischen muß auch die finanzielle Schlagfertigkeit kommen. Er müsse daher gleichfalls bitten, die Auslagen auf das Unabweisliche zu beschränken. Freudig begrüße er die Ausdehnung des Programmes des Kriegsministers auf fünf Jahre.

Der k. ung. Finanzminister

bezeichnet die Mehrleistung, im Falle alle Forderungen zugestanden würden, einschließlich der Landwehren und der Sanierungen im Staatsbudget Ungarns pro 1914/1915 gegenüber 1913 mit 61 Millionen. Was das bedeutet, beweise der Umstand, daß die reichste Einnahme, die

Branntweinsteuer, 120 Millionen trage, also z. B. um 50 Prozent erhöht werden müßte. Er wäre daher für jede ersparte Million dankbar und bitte um größere Reduktionen, namentlich in den ersten Jahren.

Nach einer weiteren längeren Diskussion wird folgender Beschluß gefaßt:

Im Rüstungskredit werden von den Kosten jener Maßnahmen, welche mit 1. Oktober noch nicht getroffen sind, reduziert:

Ad Post 5: 3,080.000 auf 2,000.000 K.

Ad Post 6: 6·1 Millionen auf 3·5.

Ad Post 24: Diese Post per 15,400.000 mit einer zweijährigen Verwendungsdauer wird nicht vor 1. Jänner 1914 angesprochen.

Ad Post 25: 30,000.000 auf 10,100.000, welch letztere in einer separaten Nachtragskreditvorlage anzufordern sind.

Die Kosten des Haubitzenmaterials werden nach Maßgabe der Neuformationen der Haubitzenregimenter verlangt werden, was 1915/1916 der Fall sein dürfte.

Hinsichtlich der Beilage L der Vorlagen des Kriegsministeriums wurde das Ordinarium von 12,100.000 auf 7,250.000 und das Extraordinarium von 17,000.000 auf 4,600.000 reduziert.

Hinsichtlich der Streichung von 4000 Mann wird dieselbe zur Kenntnis genommen, der Kriegsminister behält sich jedoch vor, darüber noch im Laufe der künftigen Woche mit den beiden Regierungen zu verhandeln und bemerkt, daß im Falle diese Streichung bliebe, er oder sein Nachfolger noch innerhalb der Gültigkeitsdauer des jetzigen Wehrgesetzes diese 4000 Mann wieder verlangen würde.

Der k. k. Finanzminister

bringt nun noch zur Sprache, daß er gehört habe, es seien wiederholt Verträge mit Arrendatoren abgeschlossen worden, wobei gewisse Nebenleistungen wie Bauten und dergleichen bedingt wurden. Dagegen müsse man Stellung nehmen, weil dies eine Umgehung des Budgets bedeute und einen Nachteil für die Preisregulierung mit sich bringe. Die Arrendatoren machen in einem Jahre eine Nebenleistung, in dem nächsten bleiben ohne diese Leistung die Preise gleich.

Der k. ung. Finanzminister

schließt sich seinem österreichischen Kollegen an und erwähnt, daß z. B. in den Preis für Konserven auch eine Fabriksamortisation komme, und die Fabriken würden so gebaut, daß sie nach Ablauf des Vertrages nichts wert seien.

Es werden nunmehr die Vorlagen des Ministeriums des Äußern, des gemeinsamen Finanzministeriums und des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes angenommen und wird beschlossen, daß die Auslagen für die Internierung türkischer Truppen im Budget des Kriegsministeriums und jene für das Marinedetachement bezw. das Bataillon in Skutari im Voranschlage des Ministeriums des Äußern nachgewiesen werden.

Der Kriegsminister

erklärt, daß er den nächsten Delegationen neben dem in der bisherigen Form verfaßten Heeresbudget auch ein nach vereinfachten Grundsätzen zusammengestelltes Präliminare vorlegen werde, damit diese Vertretungskörper entscheiden, welcher von den beiden Alternativ-Vorschlägen künftig angewendet werden soll. Das Muster dieses vereinfachten Präliminares werde keine Standesziffern enthalten und ausdrücklich als „Muster" bezeichnet werden.

Der k. k. Finanzminister und der k. k. Ministerpräsident

betonen, daß bei diesem Vorgang jede Mißdeutung, als ob ein doppeltes und alternatives Budget eingebracht werden sollte, sorgfältig anszuschließen und höchstens ein Schema der neuen vereinfachten Zusammenstellung in der Delegation zur Einholung einer prälablen Wohlmeinung dieser Körperschaft als Anregung vorzulegen wäre.

Es wird nun zu den Vorlagen der Marine übergegangen und erklärt

der Marinekommandant,

daß man aus dem Budget nicht ersehe, in was für einer Misere die Marineverwaltung lebe. Bei seinem Amtsantritte habe er den Entwurf eines Voranschlages vorgefunden, der um 7 bis 8 Millionen höher gewesen sei, als die kontingentierte Ziffer nach dem Schönaichschen Übereinkommen. Admiral Graf Montecuccoli habe seinerzeit eine Erhöhung von jährlich 6½ Millionen verlangt, 4½ Millionen seien ihm in Aussicht gestellt worden, die zur Not den Bedürfnissen genügt hätten, faktisch habe er 1½ Millionen erhalten. Nun sei der Präsenzstand der Marine um 2000 Mann erhöht worden, die größeren Schiffe verlangen größere Erhaltungskosten, und so habe sich von Jahr zu Jahr ein höheres Defizit eingestellt, es sei daher nicht ausgeführt worden, was dringend notwendig war. Er habe eingesehen, daß diese 7 bis 8 Millionen nicht durchzubringen seien und daher alles gestrichen, was nur irgend möglich war. Um Ersparungen zu erzielen, habe er die Sommermanöver aufgegeben, das feldmäßige Schießen usw. eingestellt.

Admiral Haus beweist nun, daß er mit diesen 1½ Millionen das Auslangen unmöglich finden könne und gibt verschiedene Aufklärungen über das Flugwesen. Hierauf werden die Marinevorlagen unverändert angenommen.

Der Marinekommandant bespricht ferner die Notwendigkeit eines weiteren außerordentlichen Kredites für den Ausbau der Flotte und die Beschaffung der erforderlichen Akzessorien. Die Monarchklasse müsse ersetzt werden. In der ganzen Welt verstehe man nicht, weshalb wir damit warten. Admiral Haus weist darauf hin, welchen anderen Ausgang der Balkankrieg genommen hätte, wenn die Türkei auch nur zwei Dreadnoughts gehabt hätte. Er begründet die Notwendigkeit des raschen Baues von vier Schlachtschiffen, drei Kreuzern, sechs Torpedofahrzeugen, zwei Donaumonitoren und eines Lebensmitteltransportdampfers. Er habe zwar im Hinblicke auf die Erklärungen der ungarischen Regierung auf Befehl Seiner Majestät davon Abstand genommen, einen Dreadnought durch das Stabilimento auf dessen Risiko bauen zu lassen, jedoch habe er den beteiligten Firmen in großen Zügen von den Plänen Mitteilung gemacht, so daß dieselben in der Lage sind, 1½ Monate nach der Bestellung mit dem Bau zu beginnen und denselben in drei Jahren zu beenden.

Der k. ung. Finanzminister

betont gegenüber dem Plane des Marinekommandanten, daß, wenn so schnell gebaut werden würde, von Mitte 1917 an 180 Millionen Schulden vorhanden wären, was abgesehen von allem anderen die Folge hätte, daß die in Betracht kommenden Finanzinstitute genötigt wären, ihre Barvorräte in Anspruch zu nehmen.

Der k. k. Finanzminister

bringt die hinsichtlich der Bedürfnisse der Marineverwaltung in dem gemeinsamen Ministerrate vom 9. Oktober 1912 gefaßten Beschlüsse in Erinnerung, wonach in den Delegationen erklärt wurde, daß rechtzeitig ein Kredit zum Ersatze der Monarchklasse in Anspruch genommen werden wird, so daß nach Ablauf der Kreditbewilligungsfrist der 312·4 Millionen mit dem Baue der neuen Schiffe begonnen werden kann und der Ausbau der neuen Schiffsdivision vom Jahre 1915 angefangen sichergestellt erscheint. Herr von Zaleski sagt weiter, daß kein Grund vorhanden sei, von diesem Beschlusse abzugehen.

Hierauf beantragt

der k. ung. Finanzminister

folgende Änderung in dem Plane des Marinekommandanten:

In der Kreditperiode 1914/1915 werden 45 Millionen bewilligt, 1915 bis 1918 je 100 Millionen, zusammen 300 Millionen, 1918 bis 1919 81,836.000 K, in Summa der von der Marineverwaltung geforderte Betrag von 426,836.000 K. Diese Kredite würden in diesen Raten geleistet und dürfe nur nach deren Maßgabe gebaut werden. Von der Betrauung eines weiteren Etablissements außer Stabilimento und Danubius mit dem Baue von Dreadnoughts wäre abzusehen. Die Quote von 45 Millionen käme nicht vor dem 1. Jänner 1915 zur Auszahlung.

Der Antrag Dr. Teleszkys wird angenommen.

Der k. k. Ministerpräsident

erörtert die Frage der bosnischen Bahngesetze. Dieselben seien wegen der Ereignisse des vorigen Jahres verschoben worden und er gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß man mit dem Baue wegen dieser Ereignisse, sowie nach dem Stande der technischen Vorarbeiten, endlich wegen der Schwierigkeit der Finanzierung auch kaum begonnen hätte, selbst wenn die Gesetze beschlossen worden wären. Im österreichischen Abgeordnetenhause sei die Erledigung gewiß nicht eine leichte Arbeit.

Man dürfe nicht übersehen, daß man in verhältnismäßig kurzer Zeit acht Militärgesetze habe durchbringen müssen. Die Vorlagen entsprechen auch nicht in jeder Beziehung den Wünschen des österreichischen Parlaments, das doch eine Bewilligung für 60 Jahre mit dem quotenmäßigen Anteil von je zehn Millionen Kronen zu erteilen habe.

Es wird nun beschlossen, daß beide Regierungen diese Gesetze im Laufe des Herbstes gleichzeitig einbringen, daß die Vorlagen aber nicht unbedingt gleichzeitig verhandelt werden müssen. Da Graf Tisza aufmerksam macht, daß man durch ein beschleunigtes Tempo in Ungarn vielleicht einen gewissen Druck auf das österreichische Parlament ausüben könne, daß man aber in Ungarn die ganze Sache als eine gerade für Ungarn vorteilhafte darstellen müsse, was der österreichischen Regierung möglicherweise nicht angenehm sein dürfte, so behält sich Graf Stürgkh vor, auf die taktische Frage der gleichzeitigen oder getrennten Behandlung noch zu antworten, und dankt dem k. ung. Ministerpräsidenten für sein in dieser Angelegenheit bewiesenes Entgegenkommen, von dem er Gebrauch mache. Als Reflexion möchte er nur noch bemerken, daß vom rein militärischen Standpunkte betrachtet, das Ganze vor die Delegationen gehört hätte, wo es leichter durchzubringen gewesen wäre.

Graf Berchtold

erbittet sich noch die Zustimmung, in das Budget 1914/1915 einen Betrag von 38.900 K an Telegrammkosten anläßlich der Übermittlung von Depeschen des Telegraphenkorrespondenzbüros an die Regierung in Albanien, welche darum gebeten habe, einstellen zu dürfen.

Diese Zustimmung wird erteilt. Es wird hierauf beschlossen, bei Seiner Majestät die Einberufung der nächsten Delegation für ungefähr Mitte November in alleruntertänigsten Antrag zu bringen. Die zweitnächsten Delegationen wurden für Jänner 1914 in Aussicht genommen.

Nunmehr schließt der Vorsitzende die Sitzung um 10 Uhr abends.

Berchtold m. p.*)

---

*) Hinsichtlich der von Graf Berchtold angeführten Äußerungen des serbischen Ministerpräsidenten Herrn Pašić sei verwiesen auf Seite 419 des Zweiten und auf die Seiten 448 und 506 des Dritten Bandes dieses Werkes.

Anlage 6.

Verbalnote an die serbische Regierung vom 17. Oktober 1913.

Expediert als Telegramm in Chiffern
am 18. Okt. 12 Uhr 10 Min. a. m.

La légation I. et R. à Belgrade a eu l'honneur d'attirer, plus d'une fois, par ordre de son Gouvernement, l'attention du Ministère Royal des Affaires Étrangères sur la nécessité de respecter strictement les décisions de la réunion des Ambassadeurs à Londres et de s'abstenir de toute action militaire dans le territoire attribué par la volonté des Puissances à l'Albanie.

Ce point de vue du Gouvernement I. et R. est d'autant plus justifié que la réunion de Londres a déjà tenu compte, dans un mesure très large et au détriment de l'Albanie, des désirs formulés par la Serbie au sujet de la délimitation en question.

L'Autriche-Hongrie ne saurait donc consentir en aucun cas à ce que la décision internationale sur les confins de l'Albanie fût modifiée ultérieurement en faveur de la Serbie.

La dernière réponse donnée à ce sujet par le Gouvernement Royal serbe à la Légation I. et R. est tout aussi peu satisfaisante que le contenu de la notice remise au Ministère I. et R. des Affaires Étrangères par Monsieur le Ministre de Serbie.

En effet l'ordre qui enjoint aux troupes serbes d'arrêter leur marche ne saurait être consideré comme suffisante. Il est indispensable aux yeux du Gouvernement I. et R. que le Gouvernement serbe procéde au rappel immédiat des troupes qui ont dépassé les frontières fixées par la réunion de Londres et qui occupent par conséquent des territoires faisant partie de l'Albanie.

Le Gouvernement I. et R. se plaît à espérer que le Gouvernement serbe ne tardera pas à procéder du territoire albanais dans un délai de huit jours.

Au cas contraire, le Gouvernement I. et R. se verrait à son grand regret dans la nécessité d'avoir recours aux moyens propres à assurer la réalisation de sa demande.

Anlage 7.

Politische und militärische Nachrichten aus Rumänien.

K. u. k. Generalstabsabteilung des 11. Korps.
K. Nr. 1289.

An den k. u. k. Chef des Generalstabes
in Wien.

Lemberg, am 31. August 1913.

Aus sehr verläßlicher, dabei sehr gut informierter Quelle verlautet über die Haltung und Politik Rumäniens gegenüber Österreich-Ungarn:

a) Was die Stimmung in Rumänien gegenüber Österreich-Ungarn anbelangt, so ist auch das offizielle Rumänien nunmehr von Österreich vollkommen abgeschwenkt. Mein Gewährsmann hat darüber sämtliche Kreise der rumänischen Gesellschaft, auch die offiziellen sondiert und alle sind in dieser Hinsicht eines Sinnes, wenn auch offiziell Österreich-Freundlichkeit noch zur Schau getragen wird.

Im Hause des Ministers * * *, anläßlich eines Dejeuners, dem mein Gewährsmann beiwohnte, erfuhr er, daß zwischen Deutschland, Rußland, Rumänien, Serbien und Italien betreff Österreichs eine förmliche Aufteilungs-Vereinbarung bestehe, die nach dem Tode unseres Allergnädigsten Kaisers realisiert werden würde.

Italien wäre derjenige Staat, welcher berufen sei, diese Frage aufzurollen.

Mein Gewährsmann, der eine politisch wohl versierte Persönlichkeit ist, versicherte mich, daß es sich um eine wirkliche Kombination und nicht um eine Plauscherei handelt.

b) Von hohen rumänischen Offizieren, mit denen er viel in Berührung war, erfuhr mein Gewährsmann, daß zwischen Rumänien und Serbien vor ca. sechs bis acht Wochen eine Militärkonvention abgeschlossen wurde.

Die bezüglichen Verhandlungen wurden vom Obersten Cristescu, Souschef des rumänischen Generalstabes, der zu diesem Zweck in geheimer Mission in Belgrad war, und dem Obersten Cihoschi, der vor kurzem zum Militärattaché in Belgrad ernannt wurde, geführt.

Als mein Gewährsmann dies erfuhr, lancierte er eine Notiz in diesem Sinne in die „L'Independence Roumaine", um zu sehen, ob diese Nachricht offiziell dementiert werden wird. Bis heute ist ein solches Dementi nicht erschienen. Nachdem Stimmen laut wurden, daß es sich im gegebenen Falle nur um eine Operationskombination für den Feldzug mit Bulgarien handle, forschte mein Gewährsmann nochmals bei hohen Offizieren nach. Die Nachforschung ergab, daß es sich um eine dauernde Militärkonvention handelt.

c) Mein Vertrauensmann, der, wie eingangs berichtet, Gelegenheit hatte, in sehr verschiedenen Kreisen der rumänischen Gesellschaft zu verkehren, warf wiederholt die Frage auf, daß Rumänien die Pflicht habe, sich der beßarabischen Rumänen anzunehmen, die mit Gewalt entnationalisiert werden, während die Rumänen Österreich-Ungarns trotz der Klagen der Siebenbürger Rumänen sich national, kulturell und wirtschaftlich sehr gut entwickeln. Jedesmal mußte er jedoch wahrnehmen, daß man für diese Frage nur sehr geringes Verständnis hat, und daß das ganze rumänische Volk des Königreiches österreichfeindlich gesinnt ist.

Soviel mein Gewährsmann.

Von anderer, auch recht gut informierter Seite erfahre ich noch folgendes:

Die Amnestie, die anläßlich der Romanow-Feier beßarabischen Rumänen auch zuteil wurde, ferner die Anordnung der russischen Regierung, daß in den beßarabischen Schulen auch die rumänische Sprache gelernt und in den rumänischen Dörfern Beßarabiens auch der Gottesdienst in rumänischer Sprache abzuhalten ist, gründet sich auf ein geheimes Abkommen zwischen der russischen und rumänischen Regierung.

Die antiösterreichischen Demonstrationen in Bukarest und im Grenzgebiete anläßlich der Mobilisierung waren von der rumänischen Kulturliga (Liga pentru cultura) inszeniert, und zwar mit Vorwissen gewisser offizieller Kreise des Königreiches.

Deutsche Kaufleute, Großindustrielle und deutsche Gesellschaften, deren es in Rumänien genug gibt, machen ihren Einfluß in Rumänien gegen Österreich geltend und bemühen sich, sowohl die Politik Österreichs, wie auch dessen kommerzielle Stellung in Rumänien wo nur möglich zu diskreditieren. Die Vertretungsbehörden Deutschlands in Rumänien unterstützen dieses Treiben auf das tatkräftigste.

Ich habe in letzter Zeit bezüglich Rumäniens folgende Wahrnehmungen gemacht:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine großrumänische Bewegung, deren Endziel die Restituierung, richtiger Schaffung Dakurumäniens ist, im Königreiche besteht. Die Fäden dieser Bewegung strahlen nach allen vier Weltgegenden aus. Heute arbeitet diese Bewegung, vorläufig den Boden für eine nationale und politische Einigung vorbereitend, nur auf geistige und kulturelle Vereinigung aller Rumänen hin und hat auch in dieser Hinsicht nur Teile der rumänischen Intelligenz — abgesehen von den Siebenbürger Rumänen — ergriffen.

Diese Bewegung, die von Tag zu Tag zunimmt, ist keinesfalls zu unterschätzen, da deren Spitze sich in erster Linie gegen Österreich richtet.

Die Jugend Rumäniens, die „Romania juna", ist Träger dieser Idee, die an den Universitäten Jassys und Bukarests, allwo Leute wie Doktor J o r g a wirken, propagiert wird.

Dr. Jorga, ein äußerst begabter, aber oberflächlicher Gelehrter, ist Geschichtsforscher, sowie politischer Agitator und hat den weitestgehenden Einfluß auf die rumänische Jugend durch seine historischen und Agitationsschriften und durch seine Vorträge erlangt. Alle seine Arbeiten sind antiösterreichisch, in allen seinen Vorträgen predigt er Haß gegen Österreich.

Jorga, der auch Abgeordneter ist, ist antisemitisch gesinnt. Er hat eine faszinierende Rednergabe und schwärmt seit jeher von einem rumänischen Nationalstaat.

Die großrumänische Bewegung wird heute von der Kulturliga (Liga pentru cultura di sozietate), deren Sitz in Bukarest ist, geleitet.

Diese Liga, eine Vereinigung intelligenter Elemente aller Gesellschaftsschichten Rumäniens, verfolgt ähnliche Zwecke, wie der russische Wohlfahrtsverein, jedoch mit dem Unterschiede, daß die Tätigkeit im Auslande heute noch nicht jene aggressiven Formen angenommen hat, die das Vorgehen des Wohlfahrtsvereines am östlichen Karpathen-Glacis charakterisieren.

Präsident der Kulturliga ist heute General a. D. Stephan S t o i k a, ein der extrem chauvinistischen Richtung huldigender Mann.

Im Dienste der Kulturliga ist nahezu die gesamte Presse Rumäniens tätig, was heftige Angriffe gegen Österreich betrifft, allen voran das Blatt „Adeverul". Heute ist die ganze, nicht unter dem Einfluß der Regierung stehende Presse Rumäniens antiösterreichisch.

Dieser rapide Umschwung in der Politik, bezw. in der öffentlichen Meinung trat anfangs Jänner 1913 ein und ist nicht zum geringen Teile dem russischen Einfluß zuzuschreiben. Daß das Blatt „Adeverul" mit russischem Gelde subventioniert ist, ist allgemein bekannt.

Die rumänische unabhängige Presse ist so ziemlich das Spiegelbild der öffentlichen Meinung des Landes, und diese ist dermalen gegen Österreich und mit ihr die liberale Partei des Landes.

Anläßlich der Mobilisierung gegen Bulgarien ist dies in Straßendemonstrationen antiösterreichischer Tendenz — nicht nur in Bukarest, sondern auch in den Provinzstädten — besonders im Grenzgebiete deutlich wahrnehmbar gewesen. Am lebhaftesten hat sich an diesen Demonstrationen die Jugend beteiligt.

Wie in wenig Ländern sind die Regierung und das Parlament in Rumänien von der öffentlichen Meinung abhängig. Ein Umschwung ist über Nacht möglich, und ich glaube nicht irre zu gehen, daß ein solcher in kürzester Zeit zu gewärtigen ist und ein Abschwenken Rumäniens von Österreich unmittelbar bevorsteht, wenigstens sprechen alle Anzeichen dafür.

Daß dies auf die österreichischen Rumänen, besonders auf jene Siebenbürgens, sehr stark rückwirken wird, ist nicht zu bezweifeln.

Der großrumänische Gedanke hat durch die letzten Erfolge in der Balkankrise neue Nahrung bekommen und auch in die Armee Eingang gefunden; das Offizierskorps ist durchwegs großrumänisch gesinnt und schwärmt von neuer Vormachtstellung Rumäniens im Südosten Europas.

Was schließlich die große Masse der Bauernbevölkerung Rumäniens betrifft, so ist diese heute zwar noch indifferent, allein die Volksschule propagiert auch unter ihr die Idee der nationalen Vereinigung aller Rumänen, und der Zeitpunkt ist nicht ferne, wo die großrumänische Bewegung auch diese Volksschichten ergriffen haben wird.

Es ist mir bekannt, daß dermalen besonders in der Walachei im Volke Flugschriften verbreitet werden, die die Ereignisse der Okkupation der Donaufürstentümer durch Österreich, dann die neueren Vorkommnisse in Ungarn, besonders den Memorandum- und Replicaprozeß tendenziös entstellend, der antiösterreichischen, insbesondere aber der Propaganda gegen Ungarn dienen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Flugschriften, dann auch historische Darstellungen, die sich auf die Kriege der walachischen Wojwoden und auf die Okkupation der Bukowina beziehen und sehr tendenziös gehalten sind, entweder im Auftrage oder doch über Initiative der Kulturliga erscheinen.

I. V.

Hempel m. p., Hptm.

Anlage 8.

Schreiben des italienischen Chefs des Generalstabes Generalleutnants Pollio vom 28. November 1913 an mich.

Il Capo di stato maggiore dell' esercito
Nr. 120 Confidentiel

Rome, le 28 Novembre 1913.

Excellence!

D'après se qu'on a prévu dans les inoubliables journées des manoeuvres de l'Armée Allemande, j'ai obtenu de S. M. le Roi mon auguste Souverain, l'autorisation d'envoyer deux divisions de cavalerie sur l'échiquier franco-allemand dans le cas d'une guerre de la triple alliance.

Dans la conversation que nous avons eue à Salzbrunn Votre Excellence a bien voulu me déclarer que pour le transport sur le théâtre d'opération de ces deux divisions, Elle aurait mis à ma disposition les chemins de fer du Tyrol, à dater probablement de la 10ème journée de mobilisation.

Or j'ai l'honneur de rapporter à Votre Excellence que j'ai envoyé à Berlin le Lt. Colonel d'État-Major Carlo Montanari pour arranger définitivement les details de cette expédition de troupes et surtout pour savoir où ces deux divisions devraient être dirigées.

J'ai donné l'ordre au Lt. Colonel Montanari (qui a déjà eu l'avantage d'avoir été présenté à V. E.) de s'arrêter à Vienne à son retour de Berlin, et de solliciter, par le moyen du Lt. Colonel Albricci, l'honneur d'une audience près de V. E. Dans l'espoir que V. E. daigne le recevoir, le Lt. Colonel Montanari exposera le résultat des conférences qu'il a eues à Berlin et demandera quelles lignes de chemin de fer peuvent être effectées au transport de ces troupes et dans quels jours le mouvement pourra être exécuté.

Une fois que V. E. aura donné ses décisions, je ferais la même proposition que j'ai faite à notre éminent collègue S. E. le général de Moltke, c'est a dire que nos respectifs bureaux de transports militaires règlent tous les details des mouvements par correspondance et à l'aide de nos attachés militaires, sans multiplier les missions extraordinaires qui donnent toujours l'éveil.

Je prie par conséquent V. E. de bien vouloir donner son opinion quand le Lt. Colonel Montanari et le Lt. Colonel Albricci auront l'honneur de se présenter à V. E.

Les deux divisions auront la force de 50 escadrons (20 escadrons l'une des deux et 30 escadrons l'autre). Naturellement elles auront leur dotation d'artillerie à cheval, de cyclistes, pontonniers etc. et de tous les services.

Je suis sûr Excellence que cette prochaine conference aura le résultat d'assurer le mouvement de ces deux divisions grâce à la juste idée, partagée par S. E. de Moltke et par moi, que l'alliance signifie surtout union des forces, et je vous prie d'agréer d'avance mes plus vifs remerciements.

J'espère aussi que le jour ne soit pas loin où je puisse assurer un plus large concours de troupes royales italiennes sur l'échiquier stratégique de l'Europe centrale.

En attendant et en réevoquant les journées dans lesquelles j'ai eu la chance de me trouver près de V. E., et de vivre avec Elle dans une parfaite communion d'idées et de vues sur le vaste champ des grandes opérations militaires, j'ai l'honneur de prier V. E. de bien vouloir agréer mes salutations empressées et l'assurance de mes sentiments de bonne camaraderie militaire.

De V. E. très devoué

Pollio, Lt. Général.

Anlage 9.

Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 103.

Jahresdenkschrift für 1913.

Euer Majestät!

Die Balkanereignisse der Jahre 1912/13 haben derart tiefgreifende Veränderungen in der politischen Lage hervorgerufen, daß es unerläßlich erscheint, auch vom militärischen Standpunkt, dessen Wahrnehmung den wesentlichsten Teil der Pflichten meiner Stellung ausmacht, diese Lage in Betracht zu ziehen und die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu fixieren. In diesem Sinne bitte ich Euer Majestät, die nachfolgende Denkschrift allergnädigst entgegenzunehmen und mir a. u. zu gestatten, daß ich in derselben meine Anschauungen in jener freimütigen Weise darlege, wie dies Euer Majestät auch schon ehedem allergnädigst entgegenzunehmen geruhten.

Ich scheide die Denkschrift in drei wesentliche Abschnitte, und zwar:

I. Die politische Lage.
II. Die allgemeinen Kriegsvorbereitungen.
III. Die konkreten Kriegsvorbereitungen.

Während von diesen der erste und zweite (I. und II.) ohneweiters zur Kenntnis der übrigen berufenen militärischen Stellen, der erste (I.) auch zur Kenntnis des Ministers des Äußern gelangen könnte, ist jener sub III, d. i. die konkreten Kriegsvorbereitungen, ausschließlich für die Allerhöchste Person Eurer Majestät, sowie für die Höchste Person Seiner K. u. K. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand bestimmt; dies mit Rücksicht auf strengst geheime Behandlung.

Chef des Generalstabes.
Res. Gstb. Nr. 103.

Denkschrift vom Jänner 1914.

I. Die politische Lage.

Das militärische Kraftverhältnis ist die Grundlage jeder realen Politik; denn jedweder noch so künstliche und anscheinend erfolgreiche diplomatische Aufbau bricht zusammen, wenn er vor dem Appell an die Waffen zurückscheuen muß. Von diesem Gesichtspunkt aus muß daher die politische Lage beurteilt werden.

In dieser Hinsicht haben nun die Balkanereignisse der Jahre 1912/13 tiefgreifende Änderungen gegenüber der vorherigen Situation zur Folge gehabt, somit eine neue Lage geschaffen.

Ich vermöchte jedoch auf letztere nicht einzugehen, ohne kurz den Gedankengang zu präzisieren, der mich in der Periode vor dem Balkankrieg und während desselben geleitet hat und als Grundlage für die militärischen Maßnahmen diente, so weit ich auf selbe Einfluß hatte.

Im Herbste 1906 — bei Antritt meiner jetzigen Stellung — habe ich in einer Denkschrift meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Zukunft der Monarchie auf dem Balkan zu suchen ist, daß hiezu die Besitznahme Serbiens und Montenegros erfolgen müsse, erstens, um der Monarchie am Balkan den entscheidenden Einfluß zu sichern, zweitens aber, um zu verhindern, daß ein souveränes Serbien zum gefährlichen Feind und zum Attraktionspunkt für die südslawischen Gebiete der Monarchie werde. Nachdem aber zu dieser Zeit bei jedem Schritte der Monarchie gegen Serbien die offene Feindschaft Italiens zu gewärtigen war, habe ich die Niederwerfung dieses damals militärisch noch relativ schwächeren Landes als ersten Schritt bezeichnet.

Der damalige Minister des Äußern Graf Ährenthal hat sich dieser Richtung nicht angeschlossen, sondern ist im Jahre 1908 in Konsequenz der Umwälzungen in der Türkei an die Annexion Bosniens und der Herzegowina bei Preisgebung des Besatzungsrechtes im Lim-Gebiet geschritten, was den weitestgehenden Widerstand des in seinen großserbischen Aspirationen sich nunmehr offen deklarierenden Serbiens hervorrief.

Ich habe damals mit Aufgebot des ganzen Einflusses meiner Stellung dahin gedrängt, diesen Moment nunmehr — als vielleicht letzte — dabei zweifellos günstige Gelegenheit zur Durchführung der Aktion gegen Serbien zu benützen; auch waren weitgehende militärische Vorbereitungsmaßnahmen, so insbesondere die in aller Ruhe vollzogene Standesaugmentierung in B. H. D. getroffen.

Ein Eingreifen Rußlands war damals nicht zu besorgen, da Deutschland dies als casus belli deklariert hatte; gegen das damals militärisch noch rückständige Italien wären die eigenen außer der Aktion gegen Serbien verfügbaren Kräfte (25 Divisionen) ausreichend gewesen, Frankreich scheute aus finanziellen Gründen den Krieg, die Türkei war durch Bulgarien gebunden, Rumänien bewahrte noch ein freundschaftliches Verhältnis zur Monarchie.

Tatsächlich bestand anscheinend bei den maßgebendsten Funktionären auch schon die Geneigtheit, den Schritt gegen Serbien zu unternehmen. Als aber plötzlich das kluge Nachgeben Serbiens und Rußlands eintrat,

erklärte sich Graf Ährenthal gegen ein kriegerisches Vorgehen am Balkan und begnügte sich mit den auf die Annexion B. Hs. abzielenden Maßnahmen.

Serbien und Rußland hatten dadurch freie Hand gewonnen, was sie auch mit aller Energie ausgenützt haben. Der Balkanbund und der Balkankrieg waren die nächste Aktion und der kaum von jemandem vorausgesehene gänzliche Zusammenbruch der türkischen Streitkräfte die nächste Folge.

Um nach dieser Überraschung noch zu retten, was zu retten war, stellte die Monarchie gemeinsam mit Italien die Forderung nach einem selbständigen Albanien auf; die dabei zutage kommenden Interessengegensätze mit Italien und die auf der Botschafterkonferenz in London gemachten Konzessionen führten aber zu einer Schaffung, welche kaum in absehbarer Zeit einen lebensfähigen, kräftigen Staat darstellen wird.

Von Erfolg zu Erfolg schreitend, war es besonders Serbien, welches im Ausblick auf seine großserbischen Aspirationen Territorien festnahm, durch deren Okkupierung es die Interessen der Monarchie wesentlich tangierte (Albanien, Durazzo), und auch Montenegro verletzte durch hartnäckige Belagerung Skutaris diese Interessen.

In diesen Vorgängen erachtete ich — wenn auch weniger günstig wie im Jahre 1908/09 — noch einmal die Gelegenheit gekommen, am Balkan einzugreifen und die serbische Frage dauernd und gründlich zu lösen. In Übereinstimmung mit dem Kriegsminister, dem Marinekommandanten, dem Armee-Inspektor in Sarajevo und dem gemeinsamen Finanzminister Bilinski wurde nun diese Idee nach allen Richtungen gefördert und schließlich durch die volle Kriegsbereitschaft der Flotte, sowie jene des 15. und 16. Korps eine günstige Chance für das Losschlagen geschaffen.

Dieses Losschlagen erfolgte jedoch nicht, und zwar auch dann nicht, als der plötzliche Konflikt zwischen Bulgarien einerseits, Griechenland und Serbien-Montenegro anderseits erneuert dazu riet.

Das Eingreifen der Monarchie unterblieb namentlich in Hinblick darauf, daß es uns in scharfe Gegnerschaft mit Rumänien zu bringen drohte.

Im Gegensatz zu diesem zurückhaltenden Vorgehen der Monarchie war indessen Rumänien in skandalösester Weise zur Tat übergegangen, hatte seine gesamte Armee nicht nur mobilisiert, sondern auch in Bulgarien einrücken lassen und hiemit die Rolle des entscheidenden Staates am Balkan gewonnen, welche Rolle bei einem Eingreifen gegen Serbien der Monarchie zugefallen wäre.

Rumäniens Interessen kreuzten sich nun mit jenen der Monarchie, da es an die Seite Serbiens trat und sein politischer Erfolg erweckte Aspirationen, welche — wenn auch seit jeher schlummernd — nunmehr in ihrer ganzen Größe auftraten und, angespornt durch Frankreich und Rußland, Rumänien zum Gegner der Monarchie machten.

Dieses Abschwenken Rumäniens und die nichterfolgte Abrechnung mit Serbien und Montenegro erachte ich als den großen Schaden, welcher aus der jüngsten Balkankrise für die Monarchie resultiert, und welcher durch die scheinbaren temporären diplomatischen Erfolge betreffs Schaffung Albaniens, Erhaltung Skutaris, Zurückziehen der serbischen Truppen nicht im geringsten aufgehoben ist.

Nur ein kriegerischer Erfolg gegen Serbien und Montenegro hätte die für die Monarchie so vitale Balkanfrage im günstigen Sinne gelöst und ihr damit auch jenes Prestige verliehen, welches die nun groß gewordenen Balkanstaaten, vornehmlich auch Rumänien, im Zaume gehalten und auch alle übrigen Staaten zur Vorsicht gegen die Monarchie gemahnt hätte.

Darin lag meiner Ansicht nach der Kern der Frage.

Serbien und Rumänien sind dadurch zu den nächsten gefährlichen Feinden der Monarchie geworden und finden darin die Unterstützung Rußlands und Frankreichs; die Tripleentente hat dadurch ein Übergewicht gewonnen, welches sich vor allem im militärischen Kräfteverhältnis ausspricht, aber zum nicht geringen Teile auch darin liegt, daß diese Verbindung den finanziell kräftigsten und dadurch einflußreichsten Staat, nämlich Frankreich, in sich schließt.

Es kann schon vorweg ausgesprochen werden, daß bei einer Konstellation von Frankreich, Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro auf der einen Seite und Österreich-Ungarn, Deutschland, Italien auf der anderen das militärische Übergewicht, und zwar nicht nur in ziffermäßiger, sondern auch in geographischer Hinsicht auf Seite der Tripleentente liegt, und daß es insbesondere Österreich-Ungarn ist, welches bei Beginn eines Krieges mit dieser Konstellation die schwerste Last zu tragen haben wird.

Dies ist schon bei einem bloß neutralen Verhalten Rumäniens der Fall, während bei einem kriegerischen Eingreifen Rumäniens gegen die Monarchie ein sehr gefährliches Übergewicht auf Seite der Gegner der letzteren liegen würde.

Daraus ergibt sich, daß das Ziel der Politik darauf gerichtet sein muß, eine solche Konstellation hintanzuhalten und daher entweder Rumänien — und zwar ehestens — klar und offen zur Deklarierung

seiner Zugehörigkeit zum Dreibund, sowie dazu zu veranlassen, daß es alle seine Handlungen nur nach diesem Gesichtspunkt richte, oder, wenn es dies verweigert, damit zögert, Ausflüchte gebraucht, es unbedingt als Feind zu betrachten und seine Verbündeten gegen Rumänien zu suchen, wo man sie eben findet, damit die militärischen Kräfte Rumäniens eintretenden Falles in anderer Richtung gebunden seien.

Ich kann nicht umhin, jetzt schon hervorzuheben, daß ich die letztere Alternative für wahrscheinlicher halte, weil in Rumänien Tendenzen mächtig geworden sind, welche die Gegnerschaft zur Monarchie nach sich ziehen und auch den Herrscher dieses Staates in diese Richtung drängen werden. Außerdem hat das Verhalten Rumäniens eine Unverläßlichkeit dokumentiert, welche Rumäniens Haltung in Zukunft selbst dann noch zweifelhaft erscheinen läßt, wenn es sich vorher als bundestreu gerieren würde. Ergibt sich aus letzterem Grunde auch die Notwendigkeit, bei den militärischen Vorbereitungen Rumänien für alle Fälle als Gegner in Betracht zu ziehen, so erschiene doch noch ein Versuch im Sinne der ersteren Alternative geboten, nur müßte derselbe gleichzeitig auch von Deutschland und Italien, und zwar in dezidierter Weise unternommen werden.

Ob ein ähnlicher Vorgang Serbien gegenüber noch geraten wäre, möchte ich bezweifeln; die Perioden, in welchen ein dauernd freundschaftlicher Anschluß Serbiens noch möglich erschien, sind vorüber, so daß Serbien nach seinen letzten Erfolgen nunmehr als Feind der Monarchie in Rechnung kommt; also auch nur als solcher zu behandeln wäre.

Das gleiche gilt von Montenegro, dessen König keine andere Wahl haben wird, als im großserbischen Geist zu handeln.

Was aber die beiden, hinsichtlich der Landmacht mächtigsten Stützen der Tripleentente, nämlich Rußland und Frankreich betrifft, so wäre es allerdings ein großer Erfolg, wenn es gelänge, bei einem Kriege der Monarchie gegen Serbien und Rumänien Rußland neutral zu erhalten oder es unter Scheidung der beiderseitigen Interessensphären zur gemeinsamen Aktion am Balkan zur Seite zu haben; aber eine solche Kombination erscheint ganz unwahrscheinlich, vielmehr kann fast als sicher angenommen werden, daß dieser Kampf nur im Ringen zwischen Dreibund und Tripleentente ausgetragen werden kann.

Daß durch das Eingreifen Rußlands gegen die Monarchie auch das Eingreifen Deutschlands gegen Rußland und damit jenes Frankreichs gegen Deutschland ausgelöst würde, dürfte unvermeidlich sein. Dann aber müßte auch das Eingreifen Italiens erfolgen und s c h e i n t dieser Staat dermalen auch tatsächlich gewillt, seiner Dreibundpflicht voll nachzukommen.

Hiefür dürfte eine Gewähr übrigens auch in dem immer mehr hervortretenden Gegensatz Italiens zu Frankreich liegen, ein Gegensatz, der sich seit Italiens Erwerbungen in Nordafrika noch mehr verschärft hat, indem einerseits Italien den Besitz von Tunis anstrebt, anderseits Frankreich (eventuell im Verein mit England) Tripolis und die Cyrenaika den Italienern wieder abzunehmen trachtet; wozu noch die Aspirationen Italiens auf Nizza und Savoyen, sowie jene Frankreichs auf Maddalena treten.

Die Bemühungen der Monarchie müssen daher darauf gerichtet sein, Italien in dieser Gegnerschaft zu Frankreich zu erhalten, anderseits die eigenen Beziehungen zu Italien möglichst freundschaftlich zu gestalten und es zum Einsetzen seiner gesamten militärischen Kraft gegen Frankreich zu veranlassen, damit Deutschland in der Lage sei, tunlichst starke Kräfte im Osten gegen Rußland zu erübrigen.

Wenn es auch diese Erwägungen — wie schon früher erwähnt — kaum wahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Monarchie in die Lage kommt, einen Krieg gegen Rumänien allein oder gegen Serbien, Montenegro und Rumänien allein zu führen, wenn also auch damit zu rechnen ist, daß diese Staaten immer nur gemeinsam mit Rußland gegen die Monarchie vorgehen werden, so muß man doch hinsichtlich der politischen Lage auf alle möglichen Überraschungen gefaßt sein und muß daher auch dieser kaum wahrscheinliche Kriegsfall in Betracht gezogen werden, mit dem festen Entschluß, falls dieser günstige Fall eintreten sollte, ohne Zögern zuzugreifen und den Schlag gegen Serbien oder Rumänien, beziehungsweise gegen beide zu führen.

Mit Rücksicht hierauf kann gesagt werden, daß die Monarchie einem Kriege gegen ein koaliertes Serbien—Montenegro—Rumänien, wenn sie Rückenfreiheit gegen Rußland und selbstverständlich gegen Italien hat, bei ihren dermaligen militärischen Kräften mit Aussicht auf Erfolg gegenüberstände, selbst wenn sie einen Teil der letzteren in Galizien belassen würde.

Da ich eine Rückkehr Rumäniens an die Dreibundseite kaum mehr zu erhoffen erachte, fasse ich im Hinblick auf das militärische Kraftverhältnis die politische Lage wie folgt zusammen:

Deutschland ist stets als Verbündeter zu erhalten, seine und Österreich-Ungarns Interessen sind gemeinsam durchzukämpfen; ein niedergeworfenes Deutschland wäre ebenso der Ruin der Monarchie, wie eine niedergeworfene Monarchie ein schwerer Schaden für Deutschland wäre.

Italien muß als Verbündeter erhalten und zur möglichsten Krafteinsetzung im Dreibundsinne veranlaßt werden; sein Abschwenken zur

Tripleentente wäre eine vitale Gefährdung Österreich-Ungarns und Deutschlands.

Eine Koalition Frankreichs, Rußlands, Serbiens, Montenegros und Rumäniens würde der Tripleentente eine bedeutende Überlegenheit gewähren. Um diese halbwegs zu paralysieren, ist es erforderlich, Serbien, Montenegro und Rumänien derart am Balkan zu verwickeln, daß die Streitkräfte dieser Staaten, insbesondere jene Rumäniens, nicht gegen die Monarchie frei werden, wenigstens nicht in ihrer Gänze. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Bulgarien, Albanien und die Türkei für dieses Eintreten zu gewinnen, eventuell auch Griechenland, wenn sich eine Gegnerschaft zwischen ihm und Serbien ergeben sollte.

Um in diesem großen Kriege den mächtigsten Feind der Monarchie — Rußland — so viel als möglich nach anderen Richtungen zu binden, erscheint die Gewinnung Schwedens für den Dreibund und die politische Aktion zu dem Zwecke geboten, im Kriegsfalle der Unterstützung der Bevölkerung in den westlichen Grenzgebieten Rußlands sicher zu sein sowie der Versuch, Rußland in Asien in neue Kämpfe zu verwickeln.

Wenn es gelänge, England abseits der Ereignisse zu erhalten, so wäre dies ein großer Erfolg für den Dreibund — die unleugbaren Interessengegensätze zwischen England und Rußland machen dies nicht ganz unwahrscheinlich.

Zur ziffernmäßigen Bewertung der im Vorstehenden erörterten, auf das militärische Kraftverhältnis als entscheidenden Faktor basierten politischen Situation und der daraus zu ziehenden Konsequenzen diene die nachfolgende Tabelle.

Operative Divisionen:

		I. Linie		II. Linie		Zusammen	
		jetzt	künftig (1920)	jetzt	künftig (1925)	jetzt	künftig
A	Rußland .	59½	64 (1920)	34	40 (1925)*)	93½	104
	Frankreich	48	48	40**)	40**)	8	88
	Serbien .	6	10 (1918)	5	10 (1923)	11	20
	Montenegro	4	6 (1917)	.	.	4	6
	Rumänien	10	10	6½	10 (1915)	16½	20
	Summe	127½	138	85½	100	133	238

*) Vermutlich.

**) Summe der Gefechtskraft aller Res.-Formationen.

		I. Linie		II. Linie		Zusammen	
		jetzt	künftig (1920)	jetzt	künftig (1925)	jetzt	künftig
B	Deutschld.	50	50	28	40 (1920)	78	90
	Öst.-Ung.	48*)	48*)	**)	**)	48	48
	Italien .	25	26(1917)***)	12	12	37	38
	Summe	123	124	40	52	163	176
	England .	6	6	.	.	6	6
	Bulgarien	10	10	4½	5	14½	15
	Griechenl.	11**)	15(1920)**)	.	?	11**)	15**)
	Türkei .	34**)	34	35**)	35**)	69**)	69**)
	Schweden	6	6	.	.	6	6

Die Mächtegruppe „A" zählt also 238 operative Divisionen, die Mächtegruppe „B" 176.

Dabei sind für Rußland das I. und II. kaukasische Korps und die kaukasische Reservedivision, das sind fünf Divisionen, nicht gerechnet, dagegen das III. kaukasische für Westeuropa eingestellt; es müßte hier entfallen, wenn Rußland in Asien gegen die Türkei engagiert wäre.

Diese Darlegungen zeigen deutlich, wie schwer es ins Gewicht fällt, ob Rumänien auf Seite der Monarchie steht, ob es neutral bleibt, oder ob es sich auf die Seite der Gegner der Monarchie stellt.

Es will scheinen, daß die nächsten großen politischen Vorgänge sich aus dem Streben Serbiens und Rumäniens ergeben werden, die konnationalen Gebiete der Monarchie zu gewinnen, und zwar unter der Patronanz von Rußland und Frankreich.

Dagegen müssen in erster Linie alle Vorsorgen gerichtet werden, und zwar:

1. Hinsichtlich der äußeren Politik durch möglichstes Engagieren der feindlichen Mächtegruppe, insbesondere Rußlands und der feindlichen Balkanstaaten nach anderen Richtungen und immer festeres Zusammenschließen der dem Dreibund angehörigen Mächte.

2. Militärisch durch äußerste Entwicklung der bewaffneten Macht, und zwar insbesondere des Landheeres (allgemeine Kriegsvorbereitungen) und durch konsequente, auf sofortiges initiatives Handeln abzielende

---

*) Einschließlich der aus 14 Gebirgsbrigaden bestehenden vier Infanterie-Truppendivisionen des 15., 16. Korps.

**) Ohne die mit Res. Gstb. Nr. 4708 beantragte Res.-Armee, für die noch nichts vorgesorgt ist.

***) Zirka eine Division italienischer Freiwilligenkorps.

konkrete Kriegsvorbereitungen, denen aber dann keine zögernde Politik mehr in den Arm fallen dürfte.

3. Hinsichtlich der inneren Politik:

a) Schaffung von Verhältnissen, welche den Südslawen, Rumänen und Ruthenen der Monarchie Existenzverhältnisse bieten, die es ihnen wünschenswerter erscheinen lassen, innerhalb der Monarchie zu leben, als in konnationalen Nachbarstaaten, damit gepaart aber auch
b) das schärfste und rücksichtsloseste Vorgehen gegen jedweden Irredentismus und
c) eine lebhafte, mit allen Mitteln (Schule, Kirche, Presse, Literatur, Belehrung während der Militärdienstzeit) arbeitende, also auch reich mit Geld dotierte Propaganda für die Interessen der Monarchie.

Nur in dem einmütigen Zusammenwirken aller dieser Bestrebungen sind die Grundlagen für den Erfolg zu finden.

II. Die allgemeinen Kriegsvorbereitungen.

Es kann nicht Aufgabe dieser Denkschrift sein, die Gesamtheit aller auf die Entwicklung der bewaffneten Macht abzielenden Maßnahmen zur Sprache zu bringen, weil diese eine Fülle von Einzelheiten ergeben würden, welche den Blick für das Große zu verwirren geeignet wären und welche sich organisch vollziehen müssen, so wie ein Baum nach allen Seiten Äste, Zweige und Blätter treibt, wenn nur Stamm und Wurzeln gesund sind. Aber es erscheint am Platze, die hauptsächlichsten Richtlinien hervorzuheben und damit jene Maßnahmen, welche als die wichtigsten und dringlichsten bezeichnet werden müssen. Diese sind:

1. Die Pflege des Geistes.
2. Die Truppenausbildung.
3. Die organisatorische Entwicklung:
   a) die Entwicklung der jetzt bestehenden Formationen (I. Linie),
   b) die Schaffung der Reserve-Armeekörper (II. Linie),
   c) die Ausgestaltung des Landsturmes.
4. Die materielle Ausrüstung.
5. Die Reichsbefestigung.
6. Die Bahnen.
7. Die Marine.

1. Die Pflege des Geistes.

Es ist nicht zu leugnen, daß nicht nur anarchistische und sozialistische Agitationen den Geist des Heeres anzunagen bemüht sind, sondern daß diesem eine noch größere Gefahr in nationalistischer Hinsicht droht,

d. h., daß auswärtige Staaten (Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro, Italien) bemüht sind, den Geist der Irredenta in Volk und Heer zu tragen.

Dieser Propaganda muß eine viel schärfere entgegengesetzt werden, und es wäre traurig, wenn der Staat nicht Mittel und Wege finden würde, dabei die Oberhand zu gewinnen; nur müßten hiebei reichliche Geldmittel eingesetzt, alle kleinlichen Bedenken beiseite geschoben und die rechtlichen Grundlagen für ein entscheidendes Auftreten geschaffen und ausgenützt werden.

Neben dieser Pflege des politischen Geistes muß aber auch jene des militärischen Geistes bis zum Extrem gepflegt und durch eine scharfe und konsequente Disziplin während der Dienstzeit unterstützt werden.

Diese Disziplin muß in der Konsequenz und Energie des Forderns ihren Ausdruck finden, sie muß sich daher in der ganzen Haltung von Offizier und Mann äußern, muß sich bei starken kriegsähnlichen Leistungen bewähren und darf nicht unter formalem Scheindrill ihre Gehaltlosigkeit verbergen.

Dieser militärische Geist muß der feste Kitt sein, welcher das Heer zusammenhält, er darf nichts zu tun haben mit Nationalität, Konfession oder sonstiger Lebensanschauung; in ihm allein müssen sich alle finden, welche den k. u. k. Soldatenrock tragen; gleiche Pflichten, gleiche Rechte; jede nationale oder konfessionelle Propaganda muß verbannt bleiben.

Im Heere eines weder national noch konfessionell einheitlichen Staates*) muß der militärische Geist alles übrige ersetzen.

Ganz besonders ist die Pflege des militärischen Geistes im Offizierskorps nötig, bei welchem auch der Geist der Ritterlichkeit und ein stolzes Standesbewußtsein hinzutreten müssen; die Keime dafür sind in der Schule zu legen, aber auch in der Folge muß alles aufgeboten werden, was ihn zu fördern, alles vermieden werden, was ihn zu schädigen geeignet ist.

Ein dringendes Gebot ist es dabei, den kombattanten Offizier vor allem hervorzuheben; er ist der Führer im Kampfe; der Mann, der ihm zu folgen hat, muß im Frieden schon daran gewöhnt sein, ihn ganz

---

*) Für die ganze Monarchie perzentuell nach Nationalitäten: Deutsche 24·6 %, Magyaren 17·3 %, Tschechen 17·2 %, Serbokroaten 11·2 %, Polen 8·6 %, Ruthenen 8·1 %, Rumänen 6·5 %, Slowenen 2·9 %, Italiener 1·6 %, Sonstige 2·0 %.

Prozentuell nach Religionen: Katholiken 75·7 %, Protestanten 9·2 %, Griechisch-Orientalische 9·0 %, Juden 4·4 %, Mohammedaner 1·2 %, Sonstige 0·5 %.

besonders ausgezeichnet zu sehen; dabei kommen auch scheinbare Äußerlichkeiten in Betracht.

Bis vor kurzem hat in dieser Hinsicht eine zunehmende Nivellierung zwischen kombattantem Offizier und nichtkombattantem, sowie Beamten und dergleichen stattgefunden, der Sache sehr zum Schaden. Diesen Vorkommnissen muß Einhalt getan, sie müssen redressiert, beziehungsweise muß die Stellung des kombattanten Offiziers prägnant hervorgehoben werden.

Der Offizier, welcher schon im Frieden zu Pferde, bei schweren Touren, am Flugfeld etc. etc. Leben und Gesundheit riskiert, im Kampfe aber die schwersten Gefahren und Verantwortungen zu tragen hat, muß scharf unterschieden sein von Auditoren, Intendanten, Armeestandsoffizieren, Beamten, Tierärzten usw.

Dafür ist insbesondere die Jugend empfänglich, und gerade diese ist ja berufen, in vorderster Linie zu stehen.

Hand in Hand damit muß aber auch ein Verhalten gehen, welches den Offizier nicht schutzlos preisgibt, wenn er irgendwo in Konflikte gerät, insbesondere dann, wenn diese etwa lediglich auf ein ausgeprägteres Standesbewußtsein zurückzuführen sind, Konflikte, die bei unserem sehr taktvollen, ja bescheidenen Offizierskorps ohnehin sehr selten sind.

Hieher gehört aber schließlich auch die unerläßliche Besserstellung des Offiziers in finanzieller Hinsicht; er darf vor allem hinter dem sich Gehaltserhöhungen mit allerlei Mitteln ertrotzenden Beamtentum nicht zurückstehen.

2. Truppenausbildung.

Es ist natürlich nicht angängig, in der vorliegenden Denkschrift die zahlreichen Momente zu berühren, welche in ihrem Zusammenwirken zur militärischen Überlegenheit führen; nur noch eines derselben möchte ich hervorheben, da ihm ganz besondere Bedeutung zukommt, nämlich die Truppenausbildung.

Die Zahl der Streitkräfte findet an der Bevölkerungszahl und der perzentuellen Auswertung derselben für den Kriegsdienst, sowie an den Geldmitteln ihre Grenze, ebenso ist dies bezüglich der materiellen Ausrüstung der Fall; leider steht die Monarchie in dieser Konkurrenz hinter den anderen Staaten zurück.

Umsomehr aber muß sie bemüht sein, dies auf einem Gebiete wett zu machen, wo hauptsächlich Sachverständnis, Ausdauer und Energie entscheidend sind, wie dies hinsichtlich der Truppenausbildung der Fall ist, wenngleich auch hier unter ein gewisses Maß der finanziellen Mittel nicht heruntergegangen werden darf, vielmehr eine möglichst hohe Bemessung derselben reichliche Zinsen trägt.

Die Vorschrift für die Truppenübungen von 1909 steht ganz auf modernem Standpunkt und enthält alle erforderlichen Bestimmungen, es kommt nur darauf an, diese mit aller Konsequenz durchzuführen.

Sie steht auf dem einzig und allein gesunden Boden der möglichsten Kriegsmäßigkeit der Manöver und beruht auf der Erkenntnis, daß diese nicht nur die operative und taktische Übung, sondern auch das Bewähren bei Strapazen und Entbehrungen und das Überwinden der zahlreichen Reibungen bei derartiger Durchführung zum Zwecke haben.

Mit dieser Gestaltung der Manöver ist die Monarchie bahnbrechend gewesen, sie wurde überall nachgeahmt und es wäre ein bedauerlicher Rückschritt, wenn sie von dieser Bahn wieder abweichen würde.

Insbesondere ist auch die jährliche Vornahme von Armeemanövern ein bedeutender Fortschritt.

Bei den enormen Heeren, welche in Hinkunft auf einem Kriegsschauplatz zur Aktion kommen werden, bilden die „Armeen" die organischen Glieder für die Führung im großen; von dieser aber hängt wesentlich der Erfolg ab, da im heutigen Kriege vornehmlich die Überlegenheit der operativen Lage entscheidend wird.

Aber auch auf Nebenkriegsschauplätzen bildet die Armee das Machtaufgebot, welches einheitlich für den Erfolg eingesetzt werden muß, und somit das Armeekommando die oberste Stelle, in welcher sich die Führung konzentriert.

In früheren Zeiten hatten diese Rolle die „Korps", heute ist diese auf die „Armeen" übergegangen. Es ist daher unerläßlich, die Armeekommandanten in dieser Führung und den ganzen Apparat der Armeekommanden in diesem Zusammenarbeiten praktisch zu üben.

Daß die Korpskommandanten im Frieden stets die Unzulänglichkeit der Waffenübungsdotationen hervorheben, ist eine sehr natürliche und selbst bei der reichlichsten Dotierung immer wieder zu gewärtigende Erscheinung; sie darf aber nicht dazu verleiten, diese Erhöhung auf Kosten der so dringend notwendigen Armeemanöver eintreten zu lassen.

Dagegen Einsprache zu erheben, bin ich vom Standpunkte der großen Armeeführung aus verpflichtet.

Das wünschenswerte Ziel hinsichtlich der größeren Manöver wäre:

Jährlich Armeemanöver unter höchster Leitung, an welchen mindestens 4 Korps und 2 bis 3 Kavalleriedivisionen beteiligt wären, alles nebst den Landwehrdivisionen.

Manöver von Korps gegen Korps unter Leitung der Armee-Inspektoren bei allen übrigen Korps.

Manöver von Division gegen Division unter Leitung der Korpskommandanten in allen Korps.

Größere Kavalleriemanöver unter Leitung des General-Kavallerie-Inspektors, dann selbstverständlich die Übungen innerhalb
der Infanteriedivisionen und
der Kavalleriedivisionen, welch letztere gleichfalls jährlich hiezu zu konzentrieren wären.

Ferner wären fallweise die größeren Spezialübungen vorzunehmen, als:

Große feldmäßige scharfe Schießübungen,
Übungen im Festungskrieg,
große Flußübergangsübungen, auch mit Notbrückenbau,
Landungsübungen im Verein mit der Marine,
große Wintermanöver u. dgl.

Dieses Ziel muß angestrebt werden, soll die Landmacht in Hinkunft mit dem Gefühl in den Kampf gehen, durch harte, zielbewußte und verständnisvolle Arbeit das Möglichste für ihre Vorbereitung getan zu haben und wenigstens auf diesem Gebiet ihren Gegnern überlegen zu sein.

3. Die organisatorische Entwicklung.

In dieser Beziehung sind hervorzuheben:

a) Die Entwicklung der jetzt bestehenden Formationen (I. Linie),
b) die Schaffung der Reservearmeekörper (II. Linie),
c) die Ausgestaltung des Landsturms.

Ad a) In erster Hinsicht liegt ein umfangreicher Entwurf vor, welcher, gestützt auf das erhöhte Rekrutenkontingent und die zum Teil schon bewilligten Geldmittel, im Ausreifen begriffen ist. Die dringlichsten Maßnahmen sind dabei:

1. Die Standeserhöhungen bei der Infanterie und Kavallerie;
2. die Ausgestaltung von zwei k. k. Landw.-Kavallerie-Regimentern;
3. der Ausbau der Radfahrerkompagnien;
4. „ „ der bosnisch-herzegowinischen Truppen;
5. „ „ der Feldartillerie;
6. „ „ der Gebirgsartillerie;
7. „ „ der Festungsartillerie;
8. „ „ der Sappeurtruppe;
9. „ „ der Brückenbataillone;
10. „ „ der Eisenbahnbrigade;
11. „ „ des Telegraphenregiments;
12. „ „ der Luftschiffertruppe;
13. „ „ der Trainorganisation.

Ad b) Die Schaffung der Reservearmee.

Die im I. Teil dieser Denkschrift (politische Lage) enthaltene Tabelle zeigt deutlich die Rückständigkeit der Monarchie hinsichtlich der Stärke

der Kriegsformationen, die sich am besten in der Zahl der operativen Divisionen ausspricht.

Während kleine Staaten, wie Rumänien, mit 7·2 Millionen Einwohnern 16½, das alte Serbien mit 2·9 Millionen Einwohnern 11, das alte Bulgarien mit 4·3 Millionen Einwohnern 14½ operative Divisionen ins Feld stellen, zählt die Monarchie mit 52 Millionen Einwohnern nur 48 operative Divisionen.

Dieses Mißverhältnis wird noch krasser, wenn man die Streitmacht der Balkanstaaten in Betracht zieht, wie sie sich in Hinkunft gestalten wird*). Zudem kommt bei allen diesen Staaten noch eine erhebliche Streitmacht dritter Linie.

Wenn man also beispielsweise bei einem Kriege gegen Serbien, Montenegro und Rumänien den jetzt schon 31½, später 46 Divisionen dieser Staaten die gleiche Zahl entgegenstellen würde, so blieben überhaupt nur 2 Divisionen zu sonstiger Verfügung.

Diese Verhältnisse erfordern gebieterisch eine Änderung; das neue Wehrgesetz, resp. das erhöhte Rekrutenkontingent bietet hiezu auch die Möglichkeit.

Der diesbezügliche, im Detail bearbeitete Entwurf, über welchen ich Euer Majestät am 23. Dezember l. J. referierte, fixiert die hiefür zu treffenden Maßnahmen. Die beiliegende Tabelle zeigt, wie sich die Reservearmee allmählich entwickeln würde und ergibt, daß nach deren Ausbau die Landmacht (im Jahre 23—25) um

14 Reserve-Infanteriedivisionen des Heeres und
8 Reserve-Infanteriedivisionen der Landwehren und
14 Reserve-Gebirgsbrigaden vermehrt wäre, so daß die gesamte Landmacht bestände aus:

66 operativen Divisionen,
28 Gebirgsbrigaden.

Dieses Ziel muß mit aller Energie angestrebt, die dafür erforderlichen Mittel müssen beschafft werden.

Sie betragen (soweit es heute überblickt werden kann) im Ordinarium
des Heeres zirka 25·7 Millionen,
der k. k. Landwehr zirka 5·5 Millionen,
der k. u. Landwehr zirka 5·5 Millionen

---

*) Nach dem Bukarester Frieden:

Rumänien	7·4	Millionen,	20	operative Divisionen
Serbien	4·25	„	20	„ „
Bulgarien	4·75	„	15	„ „

jährlich und erfordern im ganzen eine einmalige Ausgabe von rund 400 Millionen Kronen, und zwar

etwa 260 Millionen Kronen beim Heere,
„ 66 „ „ bei der k. k. Landwehr,
„ 63 „ „ bei der k. u. Landwehr.

Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1913 für die Schaffung einer Schlachtschiffdivision mit Annexen im Ministerrat 426 Millionen Kronen zugesagt wurden und voraussichtlich in der nächsten Delegation auch widerspruchslos bewilligt werden, so erscheint obige Ausgabe für die Reservearmee von 22 Divisionen und 14 Gebirgsbrigaden mehr als gerechtfertigt. Die Schicksale der Monarchie werden sich zweifellos zu Lande entscheiden, die möglichste Ausgestaltung der Landmacht ist für sie daher Existenzfrage.

Der Flotte könnte es sonst geschehen, daß sie, wenn sie von Operationen in See an die heimatliche Küste rückkehren will, keine heimatliche Küste mehr findet.

Ad c) Um die Formationen I. und II. Linie voll und ganz zur operativen Verwendung frei zu haben, ist die Formierung der Körper III. Linie (Landsturm) für die zahlreichen Aufgaben lokaler Natur sowie des Etappendienstes usw. erforderlich; ihre weitere Entwicklung bildet dann die nächste Stufe des Ausbaus. Sollten die verfügbaren Stände nicht genügen, so wäre die Landsturmpflicht so wie in anderen Staaten bis zum 45. Lebensjahr auszudehnen, wodurch noch drei Jahrgänge, d. i. zirka 200.000 Mann an Ausgebildeten gewonnen würden. Wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Landsturmpflicht bis zum 45., in Frankreich bis zum 47. Lebensjahr dauert und daß die Balkanstaaten die Waffendienstpflicht bis zum 50., selbst bis zum 60. Lebensjahr erstrecken, so erscheint obige Forderung gewiß nur gerechtfertigt.

Die Notwendigkeit, in Hinkunft den Landsturm auch weiter auszugestalten, verbietet es entschieden, mit der Verwendung der bisher für die Landsturmbrigaden bestimmten Ausrüstung (Waffen, Trainmaterial etc.), wenn auch nur vorübergehend, für Zwecke der Reservearmee zu rechnen. Abgesehen davon, daß auch während der Übergangszeit die volle Schlagfertigkeit des Landsturms erhalten bleiben muß, würde durch eine derartige Maßregel der einheitliche Ausbau der Reservearmee erschwert.

4. Die materielle Ausrüstung.

Bewaffnung.

In dieser Hinsicht steht die Bewaffnung allem anderen voran. Ich muß es als eine bedauerliche Erscheinung bezeichnen, daß infolge mannigfacher Versäumnisse, Zögerungen und Experimente, sowie infolge der

im Jahre 1910 nicht voll einbekannten Heereserfordernisse vor den Vertretungskörpern, speziell die Bewaffnung der Artillerie eine bedenklich rückständige ist.

Außer der Feldkanone M. 5 besitzt die Feldartillerie kein modernes Geschütz; sowohl die 10·4 cm-Feldhaubitze als die 15 cm schwere Feldhaubitze sind veraltet.

Die Gebirgsartillerie hat nur eine moderne Haubitze, dagegen ist ihr Hauptgeschütz, die Kanone, gänzlich veraltet.

Ebenso schlimm steht es mit der Festungsartillerie.

Außer den neuen 30·5 cm-Mörsern, von denen aber nur die Hälfte des Bedarfes vorhanden ist, verfügt sie nur über das Material von 1880 und den 24 cm-Mörser als Belagerungsgeschütz; in vielen Festungen ist noch das nach Portée und Feuerschnelligkeit ganz unzulängliche Material M. 1861 eingestellt.

Es sind also äußerst dringend zu bestellen:

Die Gebirgskanone, dies insbesondere im Hinblick auf die Balkanstaaten, welche durchwegs vorzügliche, moderne Portée und Geschoßwirkung habende, sehr leistungsfähige Gebirgsgeschütze besitzen;

die leichte und schwere Feldhaubitze, um die Haubitzbatterien modern auszurüsten und die jetzigen Feldhaubitzen für Zwecke der Armierung der festen Plätze frei zu bekommen;

die 15 cm-Belagerungshaubitze;

die 10·4 und 15 cm-Belagerungskanone;

die restlichen 30·5 cm-Mörser;

die einzelnen für Spezialzwecke und für die Küstenarmierung noch nötigen Geschütze.

Dabei ist damit gerechnet, daß das freiwerdende Material 1880 als Ersatz für das auszuscheidende Material 1861 zu dienen habe.

Außer der Neubewaffnung der Artillerie tritt aber auch jene der Infanterie immer mehr in den Vordergrund. Ganz abgesehen davon, daß die Bewaffnung mit einem automatischen Gewehr in Betracht kommt, wird auch die Erneuerung der jetzigen Gewehre M. 88/90 immer dringender, wozu sich die Forderung nach einem für die „S"-Munition geeigneten Gewehr und die Notwendigkeit eines erhöhten Vorrates für Neuformationen und Standeserhöhungen gesellt.

Ich habe diese Erfordernisse schon in einem Memoire vom Jahre 1911 für den damaligen Bedarf angedeutet und damals den Betrag von zirka 200 Millionen als hiefür notwendig angegeben.

Durch die Formierung der Reservearmee wird die Beschaffung von zirka 320.000 Infanteriegewehren beim Heere und zirka 65.000 bei jeder der beiden Landwehren notwendig.

Die Beschaffung von zirka 450.000 Infanteriegewehren unseres bis dahin mehr als 20 Jahre alten Modells wäre gewiß unrationell. Eine praktische und zugleich ökonomische Lösung wäre wohl nur derart möglich, daß bei Neubewaffnung der ganzen I. Linie die Reservetruppen das jetzige Infanteriegewehr übernehmen.

Ebenso dringend wie die Bewaffnungsfrage, ist jene hinsichtlich der Munition.

Nicht nur, daß es hier noch an Vorräten fehlt, gewährleisten auch die dermaligen Fabriken nicht eine derartige Nacherzeugung, daß schon der Ersatz des Munitionsverbrauchs nach den ersten Entscheidungskämpfen zeitgerecht gewährleistet ist; den Erfordernissen eines längeren Krieges hinsichtlich des Munitionsersatzes aber überhaupt nicht mit Sicherheit entsprochen werden kann.

Die Schaffung dieser Vorräte, sowie die Ausgestaltung der Munitions- und Pulverfabriken gehört daher gleichfalls zu den vitalen Dringlichkeiten.

Luftfahrzeuge.

Ein weiteres dringendes Bedürfnis bildet die Beschaffung von Flugzeugen. Ich habe in einem Antrag vom Jahre 1911 die Zahl von 240 Flugapparaten als Minimum bezeichnet. Die modernen Forderungen überholen diese Ziffer noch bedeutend. Vorhanden sind dagegen nur

35 Schulapparate,

84 feldbrauchbare Apparate.

Die Beschaffung der noch fehlenden Apparate sowie aller damit zusammenhängenden Erfordernisse ist daher unerläßlich.

Bei den knappen Geldmitteln und bei den Erfahrungen, welche Deutschland mit Luftschiffen gemacht hat, läßt sich auf die Beschaffung von solchen schwer einraten, daß aber solche Vehikel mit großem Aktionsradius im Kriege, besonders vor Beginn der Operationen, eine entscheidende Rolle spielen können, ist nicht zu verkennen.

Automobile.

Die Versorgung der heutigen Massenheere mit Verpflegung und sonstigen Bedürfnissen macht die Verwendung von Automobilen so weit nur möglich nötig. Wenn auch die Heranziehung dieser Vehikel auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes vorgesorgt ist, so bedarf es doch auch noch spezieller ärarischer Autotrains, deren Beschaffung unerläßlich ist.

Verbindungsmittel.

Die fortschreitende Entwicklung der drahtlosen Telegraphie macht die ausreichende Dotierung mit transportablen Apparaten erforderlich.

Montur und Ausrüstung.

Es erscheint sehr an der Zeit, auch der Kavallerie moderne Feldmonturen inkl. einer Kopfbedeckung zu geben und Pack und Ausrüstung feldmäßiger zu verbessern.

5. Die Reichsbefestigung.

Es ist zweifellos, daß bei freier Verfügung über reichliche Geldmittel durch die Erbauung reich ausgestatteter permanenter Befestigungen auf allen in Frage kommenden Kriegsschauplätzen der Monarchie vorteilhafte Bedingungen für die Versammlung der Streitkräfte und für die weitere Führung der Operationen geschaffen werden könnten, wenn auch eine solche Ausgestaltung darin ihre Grenze findet, daß es nicht geraten erscheint, eine große Zahl von Besatzungstruppen (insbesondere Infanterie und Artillerie) in Befestigungen festzulegen, auch wenn diese Truppen nur Landsturmformationen angehören.

Bei den äußerst beschränkten Mitteln, welche jedoch der Monarchie für militärische Zwecke zur Verfügung stehen, erscheint es geboten, diese Mittel vor allem zur Ausgestaltung der mobilen Kräfte zu verwenden und für Befestigungen nur das unbedingt Nötigste zu verausgaben. Dieses Nötigste beschränkte sich bisher auf die Erhaltung der vorhandenen permanenten Festungen, darunter insbesondere Krakaus und Przemysls;

den Ausbau der Befestigungen gegen Italien;

den Ausbau der Befestigungen in B. H. D.;

die Erhaltung und Verbesserung der Befestigungen an der Küste, insbesondere Polas als Hauptkriegshafen;

die Herstellung, bezw. Vorbereitung von feldmäßigen und behelfsmäßigen Anlagen in Galizien, in B. H. D. und im Grenzgebiet gegen Italien, endlich in Weganlagen zu fortifikatorischen Zwecken.

In diesen Maßnahmen darf keine Unterbrechung eintreten, sondern es sind die geplanten Bauten, so wie die sich dafür noch notwendig erweisenden auch weiter auszuführen. Dies gilt auch hinsichtlich jener gegen Italien, erstens, weil der Umschwung der politischen Lage nie vorauszusehen ist, und zweitens, weil eine kriegsbereite Monarchie auch ihren Verbündeten gegenüber eine dezidierte Sprache führen kann.

Die durch die jüngsten Balkanereignisse wesentlich geänderte Lage erfordert es aber auch an der Südostfront, gegen Rumänien, durch Fortifikationen vorzusorgen.

Ist man sich über die Gegnerschaft oder die Unzuverlässigkeit Rumäniens im klaren, dann dürften keinerlei Rücksichten der Courtoisie oder der Diplomatie davon abhalten, sich für den Austrag mit den Waffen die nötigsten Chancen zu sichern.

Die nötigsten Chancen dürften den Betrag von mindestens 40 Millionen Kronen erfordern.

Das Bedürfnis nach diesen Anlagen ergibt sich aus folgender Erwägung:

Dank der umfassenden Konfiguration Rumäniens gegenüber Siebenbürgen, dank der guten Verbindungen und der kurzen Konzentrierungsstrecken kann Rumänien in viel kürzerer Zeit den wesentlichsten Teil seiner Kräfte zum Einbruch in Siebenbürgen versammelt haben, ehe diesen unserseits bei der vollen Unzulänglichkeit der nach Siebenbürgen führenden Bahnen auch nur annähernd genügende Kräfte entgegengestellt werden könnten.

Wenn also selbst der im ersten Teil dieser Denkschrift erwähnte unwahrscheinliche Fall einträte, daß uns bei vollkommen gesicherter Neutralität Rußlands die Versammlung ebenbürtiger Kräfte gegen Rumänien möglich wäre, so könnten nur durch die fortifikatorische Sperrung der wichtigsten Einbruchslinien nach Siebenbürgen die Bedingungen für einen gesicherten Aufmarsch unserer Streitkräfte geschaffen werden.

Von geradezu ausschlaggebender Bedeutung erscheint aber diese Sperrung im Falle eines Krieges der Monarchie gegen Rußland, wenn Rumänien in die Reihen unserer Feinde tritt, weil wir dann völlig außerstande sind, dem rumänischen Angriff auch nur annähernd äquivalente Kräfte entgegenzustellen, ohne jede Chance für den Erfolg am Hauptkriegsschauplatze zu verlieren.

Diese Verhältnisse erfordern gebieterisch permanente Sperren an den Haupteinbruchsstellen, speziell an den Bahnen, d. i. mindestens Straße im Jultal, Petrosen, Roten-Turm-Paß, Kronstadt (Brasso), Gyimes-Paß, endlich die Straßen-, Bahn- und Stromsperre bei Orsova; erwünscht wäre auch die permanente Sperrung des Bodzaer und Oijtoz-Passes.

Rumänien kann seine Hauptkraft (16 Divisionen) am 14. Mobilisierungstag an der Linie Crajova, Buzeu versammelt und von dort bei fehlendem Widerstand Budapest in 30 Märschen erreicht haben. Dieser Umstand fällt besonders ins Gewicht, wenn man bedenkt, wie vital die in Galizien versammelten eigenen Kräfte durch einen solchen rumänischen Vorstoß in ihrer Basis getroffen würden.

6. Die Bahnen.

Eisenbahnbureau des Generalstabes.

Die planmäßige militärische Ausgestaltung der Leistungsfähigkeit der Bahnen der Monarchie muß unbedingt gleichen Schritt mit dem Ausbau der Wehrmacht halten.

Die Ausgestaltung der Kriegsformationen der Armee durch neue Heereskörper (Reservearmee) wird in ihrem Werte sehr beeinträchtigt, wenn das Kommunikationswesen nicht ihre rechtzeitige Heranbringung in die Aufmarschräume verbürgt. Ausgestaltung der Wehrmacht bedingt also naturnotwendig die Ausgestaltung der militärischen Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes nach bestimmten Aufmarschrichtungen.

In der Monarchie sind auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus pro 1914 keine militärisch nennenswerten Investitionen in Aussicht genommen. Die österreichische Lokalbahnvorlage, die einen Staatszuschuß von rund 270 Millionen Kronen notwendig macht, bringt keine Verbesserung der militärischen Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes. Sie ist, resumierend vom militärischen Standpunkt beurteilt, wertlos. Ganz minimale, militärisch untergeordnete Bedeutung besitzen nur die in die Lokalbahnvorlage aufgenommenen Projekte:

a) Hermagor—Kötschach,
b) St. Lucia—Tolmein und vielleicht noch
c) Görz—Cervignano.

In den letzten Jahren wurde seitens des k. k. Eisenbahnministeriums der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der in südwestlicher Richtung führenden Linien in befriedigender Weise durch den Ausbau des zweiten Gleises Salzburg—Wörgl Rechnung getragen.

Obwohl auch eine weitere Erhöhung der militärischen Leistungsfähigkeit der Alpenbahnen wünschenswert wäre, so wurde in letzter Zeit dieselbe doch weniger betrieben, weil sie weniger aktuell war und weil die Erhöhung der Leistungsfähigkeit dieser schwierigen Gebirgsbahnen mit ungeheuren finanziellen Opfern verbunden ist.

Einer Verstärkung der militärischen Position in B. H. D. wird durch die Führung zweier normalspuriger Linien von Šamac nach Sarajevo und von Banjaluka nach Mostar in nicht allzuferner Zukunft Rechnung getragen sein. Das bosnische Bauprogramm sieht seiner Verwirklichung entgegen, und es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß diese militärisch außerordentlich wichtigen Bahnen in zirka drei bis vier Jahren fertiggestellt sein dürften.

Die dritte militärisch wichtige Linie Ogulin—Knin ist im Bau. Ihre dringend notwendige Fortsetzung nach Metković ist jedoch trotz des in dieser Beziehung ergangenen Allerhöchsten Handschreibens in keinerlei Weise gesichert; vorläufig wurden mit der Lokalbahnvorlage nur die Kosten für ihre Projektierungsarbeiten sichergestellt.

Es wäre daher mit allen Mitteln der Ausbau der letztgenannten Linie zu betreiben, wie auch alles daran zu setzen, daß bei der Verwirklichung des bosnisch-herzegowinischen Bauprogramms das raschestmögliche

Tempo eingehalten werde; überdies muß von ungarischer Seite der Bau des zweiten Gleises Budapest—Semlin endlich durchgeführt werden.

Obwohl somit in der militärischen Eisenbahnpolitik in Bezug auf die in südwestlicher und südöstlicher Richtung führenden Linien in den letzten Jahren immerhin ein Erfolg verzeichnet werden kann, hat die militärische Ausgestaltung des in nordöstlicher Richtung führenden Eisenbahnnetzes eine Stagnation erfahren.

Die Aufmarschverhältnisse in nordöstlicher Richtung müssen verbessert werden; es muß unbedingt die militärische Leistungsfähigkeit des ostgalizischen Netzes gehoben werden; vor allen müßten die seit Jahren erhobenen Forderungen erfüllt werden, und zwar:

1. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Strecke Miskolcz—Przemysl für 60 hundertachsige Züge.

2. Die Führung hundertachsiger Züge auf der Strecke
   a) Stryj—Stanislau—Czortkow,
   b) Delatyn—Stefanowka.

3. Zweites Gleis von Zloczow nach Tarnopol.

Insbesondere aber ist auch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der östlich Mezölaborcz über die Karpathen führenden Linien dringend notwendig.

Um schließlich auch in östlicher Richtung gegen Siebenbürgen günstigere Transportmöglichkeiten zu erzielen, müßte die Linie Szolnok—Püspökladány—Nagyvárad—Kolozsvár, sowie die Linie Szolnok—Békesczaba—Arad—Alvincz, endlich die Linie Nagykároly—Dés leistungsfähiger gestaltet werden.

In den nächsten Jahren wäre somit das Hauptaugenmerk auf die Erhöhung der militärischen Leistungsfähigkeit der ostgalizischen Bahnen und der Linien über Mezölaborcz und östlich davon, endlich der früher genannten, nach Siebenbürgen führenden Linien und der Linie Budapest—Semlin zu richten.

7. Die Marine.

Es steht wohl außer Zweifel, daß eine starke Marine erforderlich ist, wenn es sich darum handelt, in fernen, auf dem Landwege nicht erreichbaren Gebieten seinen politischen, kommerziellen und sonstigen Interessen wirksamen Nachdruck zu verleihen, sowie, daß eine solche Marine im engeren Bereich die Landoperationen, insbesondere — sofern sie Truppenverschiebungen zur See betreffen — wesentlich zu unterstützen, beziehungsweise oft überhaupt erst zu ermöglichen vermag.

Es ist daher gewiß gerechtfertigt, namhafte finanzielle Mittel für diesen Zweck zu widmen, aber die Flüssigmachung dieser Mittel darf nie

auf Kosten der Entwicklung der Landmacht geschehen, an deren Erfolg oder Mißerfolg Bestand von Dynastie und Reich einzig und allein gebunden ist.

Der Sorge für die Entwicklung der Seemacht wird durch den Marinekommandanten Rechnung getragen; nur bezüglich jenes Teiles der Marine, welcher bei Binnenoperationen mitzuwirken berufen ist, muß ich hier hervorheben, daß die neue Lage am Balkan der Flottille eine wesentlich erhöhte Bedeutung zugemessen hat.

Die Notwendigkeit, große Flüsse (Drau, Save, Donau, Theiß) eigenerseits zu überschreiten oder deren Überschreitung durch den Gegner zu hindern, sowie die Entwicklung der Flottillen der anderen Uferstaaten und die Möglichkeit, auch Fahrzeuge anderer Staaten in der Donau erscheinen zu sehen, erfordern eine weitere Ausgestaltung und Vermehrung der k. u. k. Flottille, wofür Anträge bereits gestellt sind, deren Realisierung ich neuerlich als dringend bezeichnen muß.

III. Die konkreten Kriegsvorbereitungen.

Mit Rücksicht auf die Darlegungen des Abschnittes I (politische Lage) ergibt sich hinsichtlich der konkreten Kriegsvorbereitungen folgendes:

Bei den komplizierten Nachbarverhältnissen der Monarchie und der Verschiedenartigkeit der gegen sie gerichteten möglichen Mächtegruppierungen ist es unerläßlich, die konkreten Kriegsvorbereitungen derart zu treffen, daß sie diesen Möglichkeiten Rechnung tragen, und sich klar zu sein, was in jedem Falle — und möge dieser auch noch so ungünstig erscheinen — zu geschehen habe.

Es ist nun aber nicht zulässig, die Vorbereitungen für jeden einzelnen Fall unbekümmert um jene für die übrigen Kriegsfälle zu treffen, weil dies zu den bedenklichsten Komplikationen und Kollisionen führen könnte, es müssen vielmehr diese Vorbereitungen derart getroffen sein, daß sie sich störungslos aneinander passen, und daß es möglich wird, einen gegen schwächere Gegner vorbereiteten oder bereits begonnenen Aufmarsch in jenen gegen einen Hauptgegner umzulenken, falls letzterer erst später in Aktion tritt.

Nach Voranstellung dieses allgemeinen Prinzipes für die konkreten Kriegsvorbereitungs- und speziell die Aufmarscharbeiten soll jetzt auf die einzelnen Fälle eingegangen werden.

Als größte und in ihren Folgen schwerstwiegende Kombination muß bei der heutigen Lage der Krieg zwischen Dreibund und Tripleentente hingestellt werden; die Vorbereitungen für diesen Fall müssen daher die Grundlage bilden; sie komplizieren sich für die Monarchie dadurch, daß

es nicht gewiß ist, welche Haltung Rumänien einnehmen wird, ob und in welchem Maße Serbien und Montenegro, welche unbedingt als Gegner zu rechnen sind, auch noch in anderer Richtung engagiert sein können, endlich, welche Haltung die übrigen Balkanstaaten einnehmen werden.

Wie immer dies aber sein mag, muß für alle Fälle e i n e s vorangestellt werden: daß die Hauptentscheidung vor allem gegen den Hauptgegner (Rußland) gesucht, also gegen diesen das Maximum an Kräften so rasch als möglich vereint und zum Schlag eingesetzt werden muß.

Die derartige Erreichung eines möglichst frühzeitigen Erfolges verlangt naturgemäß den Aufmarsch möglichst weit vorn, also in Mittel- und Ostgalizien, und bürgt noch am ehesten dafür, daß ein erfolgreiches Fortschreiten der mit Rußland verbündeten Balkanstaaten paralysiert und die Möglichkeit geboten wird, Rußland gegenüber etwa freiwerdende Kräfte im späteren Verlauf gegen diese Balkanstaaten zu wenden.

Zu einem solchen Vorgehen nötigt überdies auch das Verhältnis zu Deutschland, dessen gegen Rußland aufmarschierende Kräfte ansonst einem übermäßigen Anfall preisgegeben wären. Bei diesem Einsetzen des Kraftmaximums gegen Rußland will aber bedacht sein, daß diese Kräfte nur zum geringeren Teile auf die Linie Lemberg—Krakau—Wien, zum weit überwiegenden hingegen auf jene Lemberg—Budapest basiert sind.

Ein seitens Rumäniens gegen die Strecke Munkacs—Budapest oder seitens Serbiens gegen Budapest geführter Stoß vermöchte daher auf die Aktion der Hauptkraft entscheidend zurückzuwirken, wenn diese nicht früher schon den entscheidenden Erfolg nördlich der Karpathen errungen hat.

Ein solcher ist aber kaum vor dem 30. Mobilisierungstag zu erhoffen. Die rumänische Armee kann am rund 14. Mobilisierungstag zum Einbruch in Ungarn bereit sein, könnte also bei widerstandslosem Vorgehen nach 16 Märschen, also am 30. Mobilisierungstag an obiger Linie angelangt sein, während die serbische in analoger Weise am 30. Mobilisierungstag vor Budapest stehen könnte.

Es ist daher unerläßlich, Vorsorge zu treffen, daß ein solches feindliches Vorgehen hintangehalten, mindestens aber verzögert werde.

Dies muß geschehen: bezüglich Serbiens durch die Offensive der in B. H. D. ohnehin nicht abkömmlichen Kräfte, sowie durch jene, welche an der Save-Donau zur Verwehrung von Übergängen erforderlich sind, bezüglich Rumäniens aber durch permanente Befestigung der Einbruchswege nach Siebenbürgen, sowie bei Orsova und durch eine mobile Kraft, welche — unterstützt durch diese Befestigungen — ein rumänisches Vorgehen wenigstens verzögert.

Daraus ergibt sich überzeugend, wie wichtig es ist, Rumänien am Dreibund oder wenigstens neutral zu erhalten, oder es mit Bulgarien in Konflikt zu bringen, sowie die Notwendigkeit, Serbien gegen seine Balkannachbarn zu verwickeln, um wenigstens einen Teil seiner Kräfte zu binden. In dieser Beziehung kommt auch Albanien in Betracht, und es ist daher dringlich, die Wehrmacht dieses Staates zu schaffen.

Im Vorstehenden wurde der ungünstigste Kriegsfall in Betracht gezogen; gelingt es jedoch, Rumänien zum Bundesbeitritt zu erhalten, oder bleibt Rumänien verläßlich neutral, dann müssen die oben gegen letzteres veranschlagten, allerdings minimalen Kräfte an den Ostflügel der in Galizien aufmarschierenden herangezogen werden.

Tritt Rumänien an die Seite der Monarchie gegen Rußland in den Krieg, dann bessern sich die Chancen der Monarchie ganz wesentlich; da dies jedoch nach der jetzigen Lage der Dinge kaum anzunehmen, sondern bestenfalls zu erwarten ist, daß Rumänien sich zuwartend verhält, so müssen die Kriegsvorbereitungen (Aufmarsch) in Galizien ohne Rücksichtnahme auf die Kooperation mit Rumänien getroffen werden, d. h. es dürfen dieser problematischen Kooperation wegen nicht Verhältnisse geschaffen werden, die sich im Falle eines Versagens Rumäniens für die eigene Lage unvorteilhaft erweisen würden.

Den vorstehenden Darlegungen wurde die Annahme zu Grunde gelegt, daß der Dreibundkrieg zum Ausbruch kommt; eine noch schwierigere Lage ergibt sich für die Monarchie aber für den Fall, daß Serbien, Montenegro und Rumänien den Krieg gegen die Monarchie eröffnen, Rußland sich aber vorerst nur zuwartend verhält, um erst in der Folge einzugreifen.

Dann wäre es an der Monarchie, den Krieg gegen Rußland sofort zu beginnen, was aber nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn Deutschland auch sofort gegen Rußland in den Krieg tritt.

Bindende diplomatische Abmachungen für diesen Fall mit Deutschland sind daher unerläßlich und wären sofort zustande zu bringen.

Wird aber dieser Fall nicht durch den sofortigen Krieg gegen Rußland gelöst, bleibt dieses — von Deutschland bloß bedroht — in seiner zuwartenden Haltung und gehen Serbien und Rumänien aktiv vor, dann erübrigt der Monarchie nichts, als den Krieg gegen Serbien (Montenegro) und Rumänien zu führen, da sie doch nicht untätig zusehen kann, wie eine oder die andere dieser Mächte in ihr Gebiet eindringt.

Dies bedingt konkrete Kriegsvorbereitungen, und zwar den Aufmarsch einer starken Armee gegen Serbien und einer Armee gegen Rumänien.

Erstere in B. H. D., sowie an der Drina-Save-Donaustrecke zur Offensive nach Serbien;

letztere in Siebenbürgen, mit den Hauptkräften an der Maros (Karlsburg, Szász Regen), da jeder weiter vorn gelegene Aufmarsch den Rumänen gegenüber zu spät kommen würde, welche zwischen dem 12. und 16. Mobilisierungstag vollkommen zum Einbruch in Siebenbürgen versammelt sein könnten.

Nach vollzogenem Aufmarsch hätte dann sofort die eigene Offensive einzusetzen. Die Bearbeitung dieses Aufmarsches ist daher schon aus den obigen Gründen notwendig, sie kommt aber auch für den immerhin nicht ganz unmöglichen Fall in Betracht, daß Rußland durch innere Wirren oder große Verwicklungen in Asien gebunden ist, und die Monarchie diese Lage benützen will, um mit Serbien, Montenegro und Rumänien abzurechnen.

Außer den obgedachten Kriegsfällen ist nun auch eine Lage denkbar, welche die Monarchie zum raschen Vorgehen bloß gegen Serbien (Montenegro) veranlassen oder geradezu nötigen kann, welches Vorgehen in einer energischen und mächtigen Offensive zum Ausdruck kommen müßte.

Dies bedingt die Aufmarscharbeiten gegen Serbien und Montenegro als sogenannten reinen (S + M) Fall, wie er schon dermalen vorgesehen ist.

Gegen die dermalen 350.000 serbisch-montenegrinischen Gewehre muß mindestens die gleiche Zahl gestellt werden; .... werden von den serbisch-montenegrinischen Kräften Teile durch Aufstände (Albanien? Mazedonien?) oder gegen Bulgarien abgezogen, um so besser; jedenfalls muß mit allen Mitteln darnach gestrebt werden, ein solches Abziehen herbeizuführen.

Kaum wahrscheinlich ist eine Konstellation, in welcher die Monarchie zu einem Kriege gegen Montenegro veranlaßt sein könnte, ohne auch gleichzeitig mit jenem gegen Serbien rechnen zu müssen; immerhin müssen aber die Kriegsvorbereitungen für den Fall S + M derart getroffen werden, daß sich jene gegen Montenegro auch selbständig durchführen lassen. Den 50.000 montenegrinischen Gewehren muß etwa die eineinhalbfache Übermacht (also zirka 70.000 Gewehre) gegenübertreten, wenn es sich um die Offensive nach Montenegro handelt. Im Fall S + M jedoch wird das Schicksal Montenegros durch das Schicksal Serbiens mit entschieden; es ist für diesen Fall daher angängig, sich gegen Montenegro zunächst nur abwehrend zu verhalten, dafür aber umsomehr Kräfte gegen Serbien einzusetzen.

Die Aufmarschvorbereitungen gegen S + M müssen daher derart elastisch sein, daß sie diese Möglichkeit zulassen.

Von den Nachbarmächten der Monarchie kommt als Gegner auch noch Italien in Betracht.

Daß eine feindliche Kombination Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro und Italien gegen die Monarchie eine Lage schaffen würde, welcher die Monarchie militärisch ganz und gar nicht gewachsen wäre, liegt auf der Hand. Daraus ergibt sich die dringende Forderung an die Diplomatie, es nie zu einer solchen Kombination kommen zu lassen, und daher dermalen — so wie dies schon im Abschnitt I dargestellt wurde — die Notwendigkeit, mit Italien im engen und loyalen Bundesverhältnis zu verbleiben, beziehungsweise dieses zu festigen.

Aber der oft so ganz unerwartet kommende Umschwung in der politischen Lage könnte es immerhin dazu bringen, daß die zweifellos bestehenden und durch die albanesische Frage vermehrten Interessengegensätze zwischen Italien und der Monarchie die Oberhand gewinnen und zum kriegerischen Konflikt zwischen beiden Staaten führen, wobei dann wohl immer auch mit dem kriegerischen Eingreifen Serbiens und Montenegros zu rechnen sein wird.

Es müssen also auch die Kriegsvorbereitungen gegen Italien getroffen werden in dem Sinne, daß eine numerisch mindestens gleich starke, womöglich überlegene Hauptkraft zur raschen Offensive gegen Italien vereinigt und aus dem Überschuß eine gegen Serbien und Montenegro gerichtete Kraft bereitgestellt wird.

Außer diesen Aufmarschvorbereitungen ist aber auch nach wie vor der ununterbrochene Ausbau der Reichsbefestigungen gegen Italien unerläßlich, sowie auch letzteres, unbekümmert um die momentane Lage, am Ausbau seiner Befestigungen gegen die Monarchie festhält.

Als Resumé über die konkreten Kriegsvorbereitungen ergibt sich daher, daß diese für die folgenden Fälle fertigzustellen sind:

1. Dreibund gegen Tripleentente (im Einklang und Einvernehmen mit Deutschland und Italien, wie dies bereits erfolgt ist), und zwar:

Die Monarchie an der Seite Deutschlands und Italiens gegen Rußland und Frankreich sowie dessen Verbündete, somit für die Monarchie:

a) *Rußland,* Serbien, Montenegro und Rumänien*);
b) *Rußland,* Serbien, Montenegro. Rumänien neutral;
c) *Rußland,* Serbien, Montenegro. Rumänien an Seite der Monarchie.

2. **Österreich-Ungarn gegen Serbien, Montenegro und Rumänien.**

Rußland zuwartend, und durch Deutschland gebunden, oder sonst engagiert.

---

*) Es bedeutet: das kursiv Gedruckte im Original rot unterstrichen; das gesperrt Gedruckte im Original grün unterstrichen; das fett Gedruckte im Original blau unterstrichen.

3. Österreich-Ungarn gegen Serbien und Montenegro.

4. Österreich-Ungarn gegen Montenegro.

5. Österreich-Ungarn gegen Italien, Serbien und Montenegro.

Wie schon eingangs zu vorliegendem Abschnitt erwähnt, werden diese Vorbereitungen auch bei den verschiedenen Fällen in der Weise die gleichen sein, wie es die Farben bezeichnen.

Die Detailbearbeitungen der einzelnen Aufmärsche, beziehungsweise konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten erfolgt nach meinen Weisungen durch das Operationsbureau, wonach ich die Allerhöchste und die Höchste Genehmigung derselben einholen werde, soweit dies nicht für dieses Jahr bereits geschehen ist.

Mit Rücksicht auf den äußerst geheimen Charakter der vorliegenden Ausführungen (Abschnitt III) sind diese — wie schon einleitend hervorgehoben — ausschließlich zur Allerhöchsten Kenntnis Seiner Majestät, sowie zur Höchsten Kenntnis Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand bestimmt.

Wien, 16. Jänner 1914.

Conrad m. p., G. d. I.

Anlage 10.

Bericht des Gesandten Grafen Czernin an den Minister des Äußern vom 11. März 1914.

Nr. 18 A—B/P.

Ich habe allen der hiesigen k. u. k. Gesandtschaft unterstehenden Konsulaten den Auftrag erteilt, Berichte über die Stimmung einzusenden, die in der rumänischen Armee und Bevölkerung der Monarchie gegenüber herrschen.

Indem ich dieselben in der Beilage unterbreite, füge ich bei, daß meine ursprüngliche Intention gar nicht dahin ging, diese Stimmungsbilder Euer Exzellenz zu übermitteln, sondern daß sie bloß als Kontrolle für mich gedacht waren, weil ich erforschen wollte, ob meine äußerst pessimistische Auffassung über die hiesige Entwicklung der Dinge nicht vielleicht doch eine subjektive und irrtümliche sei.

Diese Befürchtung haben mir diese Berichte genommen. Sie sprechen für sich selbst, und ein jeder weitere erläuternde Kommentar derselben erscheint wohl als überflüssig. Diese Zeilen verfolgen daher auch nicht so sehr den Zweck, nochmals eindringlichst auf die immer ungünstiger werdenden Verhältnisse in Rumänien hinzuweisen — diese Tatsache ist nur die Basis des Berichtes — sondern dieser zieht vielmehr gewisse Konklusionen aus diesen Verhältnissen; er stellt ein vages allgemeines Bild jener geistigen Reflexerscheinungen dar, welche durch die hier herrschenden Eindrücke geweckt und ausgelöst werden, und er befaßt sich mit den Konstellationen, welche eintreten könnten an Stelle eines, wie ich glaube, unhaltbaren Verhältnisses.

Es ließe sich vor allem gewiß eine Konstellation denken, die zum Beispiel Rumänien, Bulgarien und Griechenland umfaßt und diese drei Staaten an den Dreibund anschließt, wenn die Form dieses Anschlusses wohl vorerst auch nur eine etwas vage wäre, und wenn auch eine gründliche Klärung des speziellen Verhältnisses zwischen Rumänien und uns mir die Voraussetzung scheint. Ich glaube aber nicht, daß diese Allianz dauernd möglich wäre, ohne die bulgarischen Ansprüche irgendwie zu befriedigen, was in diesem Falle wohl auf Kosten Serbiens

geschehen müßte, also friedlich nicht zu machen wäre. Gegenüber Bulgarien hat man hier entschieden friedliche Wünsche, wenn dieser Friede die Garantie der neuerworbenen Provinz sichert, und mit Griechenland ist ja die Annäherung auch ersichtlich und wird durch die Heirat der Prinzessin Elisabeth noch verstärkt werden. Anderseits scheint mir die Sache zwischen uns und Serbien anders zu stehen. Hier sind die Verhältnisse bereits zu weit fortgeschritten. Der großserbische Gedanke ist bereits zu stark Wirklichkeit geworden, als daß man hoffen könnte, es werde gelingen, ein dauernd freundnachbarliches Verhältnis anzubahnen, bei dem wir nichts von ihnen und sie nichts von uns wollen. Ich habe, und nicht erst seit gestern, das sehr lebhafte Gefühl, daß wir mit dem heutigen Serbien aufräumen müssen, wenn wir endlich einmal Ruhe auf dem Balkan bekommen wollen.

Das oft gehörte Argument, ein serbischer Krieg sei zwecklos, wir könnten Serbien nicht annektieren, denn wir hätten so wie so schon genug von dieser Sorte, halte ich nicht für richtig, obwohl ich den Nachsatz au pied de la lettre unterschreibe.

Nach noch mehr Serben verlangt wohl niemand in der Monarchie; aber man könnte nach einem gelungenen Feldzug Bulgarien und Griechenland aus serbischem Territorium befriedigen — damit indirekt auch Rumänien — man könnte Albanien abrunden und zu einem Grenzstaat der Monarchie machen und Serbien auf ein Minimum reduzieren. Ich glaube, man darf in der Politik eine kriegerische Präventivmaßregel nicht ausschließlich vom Standpunkt des Verspeisens betrachten. Man hat Serbien den europäischen Blinddarm genannt; bleiben wir bei diesem treffenden Beispiel; auch den Blinddarm läßt sich niemand aus gastronomischen Rücksichten operieren, man operiert nicht, um ihn weiter zu verwerten, sondern um endlich Ruhe zu bekommen. Ich will damit nicht sagen, daß meine unmaßgebliche Meinung dahin geht, heute oder morgen einen Krieg mit Serbien vom Zaune zu brechen. Aber ich glaube, es wäre in unserm Interesse, den Serben die Verdauung ihrer neuen Ländereien, vor allem Mazedoniens, etwas zu erschweren. Wenn wir die große Unzufriedenheit der Mazedonier unterstützen, so werden wir erstens erreichen, daß die Serben, durch ihre eigenen Angelegenheiten beschäftigt, keine Möglichkeit haben, uns mit ihrer Irredenta zu molestieren, und zweitens, daß die Konsolidierung ihres neuen Staates sich viel langsamer und schwieriger gestaltet. Beides hätte wohl einen großen Wert für uns; denn unser feindseliger kleiner Nachbar wäre damit auf Jahre gebunden.

Es lassen sich wohl noch andere Kombinationen denken, die für Rumänien akzeptabel und für uns günstig wären. Am Balkan ist ja alles noch im Flusse, alles noch im Werden begriffen, und eine gesunde Initiative könnte hier so manches erreichen.

Noch weitergehend sind Projekte und Gedanken, welche direkt eine Änderung des Verhältnisses zwischen der Habsburgischen Monarchie und Rumänien selbst anstreben.

Der mit vielem Grund bei uns angefeindete frühere Minister Philipescu (hat er doch bei seinen Aktionen immer das Wohl seines Landes als ausschließliche Richtschnur), dieser Mann hat politische Ideen, die über die nächsten Wochen hinausreichen, und sein Programm kann keinesfalls als eine Utopie bezeichnet werden. Er steht auf dem Standpunkt, daß das heutige Verhältnis zwischen der Monarchie und Rumänien ein völlig unhaltbares ist, eine Prämisse, die ich vollständig teile. Es muß viel besser werden, oder wir müssen auseinandergehen, ein drittes gibt es nicht. Nun ist der Mann viel zu klug, um nicht einzusehen, daß die Zukunft Rumäniens eine bedeutend sicherere wäre, wenn es gelänge, sein Land fest an uns zu ketten; da steht nun vor allem die siebenbürgische Frage dazwischen, wie ich E. E. bereits in ungefähr jedem meiner Berichte zu melden mir erlaubte. Wenn wir aber ganz Rumänien der Monarchie angliedern würden, so würde dieses Hindernis entfallen. Philipescu stellt sich die Sache nun folgendermaßen in friedlicher Lösung vor, daß wir Siebenbürgen an Rumänien abtreten würden, dafür aber das ganze Rumänien der Monarchie staatsrechtlich einverleiben und die hiesigen Hohenzollern unter unsere Dynastie kämen, also nach dem Muster Bayerns oder Sachsens mit dem Deutschen Reiche.

Das mag im ersten Momente wie eine Utopie klingen, aber es ist jedenfalls ein politischer Gedanke, der weiter blickt als auf morgen oder übermorgen, und jede große Frage bietet vorerst fast unübersteigbar scheinende Hindernisse. Ich habe übrigens diese Idee, die gar nicht Anspruch auf besondere Originalität erheben kann, vor einigen Jahren selbst bei meinen Abgeordnetenkollegen vertreten und sehr wenig Widerspruch dabei gefunden. Daß in Ungarn der Gedanke sympathisch aufgenommen werden würde, scheint wohl allerdings nicht wahrscheinlich.

Daß ein Mann wie Philipescu solche Ideen in seinem Kopfe wälzt — wenn er mir sie auch nicht erzählt, so weiß ich doch, daß er sie hat — ist wohl jedenfalls bezeichnend und Philipescu ist nicht der einzige hier, der an fernere Zeiten denkt.

Ich habe den bestimmten Eindruck, ohne dies durch Fakta beweisen zu können, daß Seine Majestät der König ursprünglich dachte, ich sei mit gewissen, die Zukunft betreffenden Vorschlägen ausgerüstet worden. Mehr als einmal machte er wie zufällig eine Bemerkung, ein hingeworfenes Stichwort, welches mir anscheinend die Gelegenheit geben sollte, über das kleinliche politische Alltagsgetriebe hinaus über die Zukunft der beiden Reiche zu sprechen.

Ich weiß aus einer der kompetentesten Quellen, von einer Seiner Majestät sehr nahestehenden Seite, daß der König oft düstere Gedanken hat und nicht ohne Sorge denkt, was mit seinem Reiche nach seinem Tode geschehen wird; erst kürzlich bei seinem recht heftigen Unwohlsein revidierte er sein politisches Testament und ließ dem Thronfolger, der sich damals bei seiner sterbenden Mutter befand, einige letzte Wünsche übermitteln.

Ich habe natürlich Gelegenheiten, wo Seine Majestät zu solchen Gesprächen geneigt schien, ungenützt vorübergehen lassen müssen, da ich keine weitergehenden Instruktionen in dieser Richtung besitze. Aber ich bitte E. E., mir zu glauben, daß es kein verlorener Versuch sein müßte, wenn E. E. mir Aufträge erteilen würden, die über das Maß der täglichen Kleinarbeit hinausreichen und mir die Erlaubnis geben würden, einmal offen mit Seiner Majestät über die Zukunft beider Reiche sprechen zu dürfen.

Natürlich müßte ich dafür etwas genauer jene Pläne und Absichten kennen, die E. E. bezüglich einer eventuellen staatsrechtlichen Änderung, wie auch zukünftiger Bündnisse unserer Monarchie überhaupt für richtig, möglich und daher diskussionsfähig betrachten.

Aber ich wiederhole: Das eine ist sicher, so wie es momentan hier steht, kann es nicht bleiben, Dieser gänzlich ungeklärte, vage, krankhafte Zustand, der zwischen uns und Rumänien herrscht, kann nur ein Stadium sein, wie eben jede Krankheit, dem entweder der Tod oder die Genesung folgt, das heißt, wir müssen uns wiederfinden, oder das Bündnis geht vollkommen in die Brüche, und damit entstehen vollkommen neue Kombinationen am Balkan.

Daß uns die fünf rumänischen Armeekorps in einem eventuellen russischen Kriege fehlen werden, ist vielleicht nicht einmal die Hauptsache. Aber die unbedingt notwendige Befestigung der siebenbürgischen Grenze gegen Rumänien, die Hunderte von Millionen kosten wird, wird unvermeidlich sein; denn die sich an sich selbst entzündende und daher zunehmende austrophobe Stimmung wird Rumänien vom Bundesgenossen zum Gegner machen.

Rumäniens Staatsmänner wissen genau so gut wie ich, daß dieser Zustand ein unhaltbarer ist und daß er durch etwas anderes verdrängt werden muß und verdrängt werden wird, nur ist der Unterschied aber der, daß es in dem hiesigen Interesse liegt, diesen Moment noch hinauszuschieben. Für Rumänien ist ja die momentane Rolle sehr bequem; hier ist man unser sicher, man weiß, daß wir, durch den Vertrag gebunden, tatsächlich verläßliche Bundesgenossen sind, und schließlich besteht ja doch die Möglichkeit, daß in den nächsten Jahren ein russischer Konflikt entsteht, und für diesen Fall kann es in Bukarest nur sehr angenehm berühren, durch die Habsburgische Monarchie gedeckt zu sein. Rechte ohne Pflichten sind ja wohl von jeher der Idealzustand des menschlichen Egoismus gewesen, und vom rumänischen Standpunkt ist es also sehr begreiflich, daß sie diesen Zustand aufrechterhalten wollen.

Und doch bitte ich E. E. mich nicht mißzuverstehen. Ich bin überzeugt, daß die maßgebenden Faktoren hier genau ebensowenig — oder noch weniger — gern in ein intimes Bundes- und daher Abhängigkeitsverhältnis zu Rußland kämen, ich bin ferner überzeugt, daß man hier viel zu klug ist, um nicht ganz genau zu verstehen, daß Rumänien nicht in einer „splendid isolation" — ohne Bundesgenossen — bestehen kann, ich glaube also gar nicht, daß sie au fond die Allianz mit uns aufheben oder gegen etwas anderes eintauschen wollen, ich behaupte nur, daß ihnen das Dunkel, das unser Vertrag einhüllt, sehr zustatten kommt und daher sehr lieb ist, weil es ihnen die Vorteile des Vertrages sichert, ohne seine Nachteile zu bringen.

Gewiß sind die Herren Bratianu & Co. sehr erfreut und vielleicht etwas erstaunt, wenn sie sehen, daß wir trotz ihrer Versicherungen, sie könnten das Bündnis zurzeit nicht effektuieren, dennoch so zähe an seiner heutigen Form festhalten, welche ihnen selbst alle Vorteile und uns alle Nachteile bringt, und sicher wünschen sie vorerst gar nichts anderes, als die Aufrechterhaltung eines Zustandes, der sie selbst frei läßt und uns gleichzeitig bindet.

Nun wird bei alledem allerdings von kompetenter rumänischer Seite betont, die Stimmung des Volkes sei ja wandelbar, man hoffe, eine austrophilere Strömung werde doch mit der Zeit durchbrechen, und ähnliche schöne Trostesworte mehr. Ich habe diesen Worten eine gewisse Bedeutung beigelegt, solange die Hoffnung auf ein Gelingen des ungarisch-rumänischen Ausgleiches bestand, welches zweifellos eine sehr bedeutende Detente hervorgerufen hätte, aber ich halte sie im gegenwärtigen Moment für leere Phrasen, weil ich gar keinen Grund

mehr für eine Besserung der Volksstimmen erblicken kann. Kommt nicht ein äußerer Anlaß hinzu — ein Anschwellen der gefürchteten bulgarischen Gefahr oder dergleichen, welche uns allerdings die Handhabe bieten könnte, für geforderte Leistungen Gegenleistungen zu verlangen — so wird diese austrophobe Stimmung, welche unausgesetzt geschürt wird, nur noch zunehmen. Und mit einer solchen Kombination, welche Rumänien bedrängt und uns dadurch hilft, kann man doch schwer rechnen.

Wie wird sich also die Situation hier mit Naturnotwendigkeit weiterentwickeln? Auf der einen Seite das Mißlingen des ungarisch-rumänischen Ausgleiches und die Wühlereien der hiesigen panrumänischen Gesellschaft, die durch die ungarische Opposition und ihr rumänenfeindliches Verhalten fortgesetzt neue Nahrung erhält, alles das verstärkt und benützt durch die russisch-französischen Intrigen, auf der andern Seite das Anwachsen der hostilen Stimmung gegen uns, der zukünftige König wahrscheinlich an der Seite einer Zarentochter, der rumänisch-serbische Flirt in stetem Wachsen begriffen, mit einem Wort ein Anwachsen aller ungünstigen Momente und ein rapides Abnehmen der vorteilhaften Chancen. Bratianu wiederholt mir täglich, ich sei sein wirklicher Freund, noch nie habe er mit einem fremden Gesandten so offen reden können wie mit mir, und was dergleichen süße Worte mehr sind. Er hält mich für dümmer, als ich es tatsächlich bin. Dieser durchtriebene, mit allen Salben geriebene Premier Rumäniens wünscht natürlich, daß ich gerührte Berichte über die freundliche Stellung Rumäniens einsende, weil er eben will, daß ich dazu beitrage, den jetzigen unklaren Zustand zu erhalten. Ich mache dergleichen, an seine persönliche Freundschaft zu glauben, weil ich es für praktisch halte, einen persönlichen Kontakt mit ihm zu pflegen, aber ich traue ihm nicht über den Weg, und ich glaube seine Intentionen ganz genau zu kennen; diese Intentionen sind mit einem Worte: uns als Rückendeckung und Sicherheitsventil so lange zu benützen, bis man uns nicht mehr braucht.

Und nun wollen E. E. mir gestatten, kurz zu resumieren, worin meine unmaßgebliche Ansicht kulminiert:

Es ist ein vitales, unabweisbares Bedürfnis der Monarchie, unser Verhältnis zu Rumänien zu klären, und wenn ich dies versuche, so folge ich einem direkten Befehl Seiner Majestät des Kaisers. Es ließe sich dies vorerst versuchen, indem vertrauliche Aussprachen mit Seiner Majestät dem König über die Zukunftskonstellation zu entamieren wären, wozu mir aber natürlich von E. E. Instruktionen erteilt werden

müßten, in welchem Sinne und in welcher Richtung dies geschehen dürfte. Vielleicht gelingt es doch durch solche Gespräche, die dicken Nebel etwas zu zerstreuen und klarer zu sehen. Sehr viel Hoffnung auf ein greifbares, erfreuliches Ergebnis habe ich diesbezüglich ja gewiß nicht. Aber ich glaube doch, daß Seine Majestät persönlich — zum Unterschiede von seinen Ratgebern — unter dem Gefühl leidet, daß er eine Politik befolgt, die vielleicht im momentanen Interesse seines Volkes, aber doch nicht ganz im Einklang mit dem von ihm geschlossenen Vertrage ist. Gelingt es nicht, etwas zu erreichen und erbringen im Gegenteil diese Gespräche den Beweis, daß Rumänien das Dunkel haben will, weil es ihm paßt, eine Politik zu machen, die zwar in ihrem Endziel gegen uns gerichtet ist, bei der wir aber als Schutzmann daneben stehen sollen, damit es nicht bei der Arbeit gestört werde, daß es also unter unserer Patronanz, Rückendeckung und Protektion genügend erstarken will, um uns dann als Dank im gegebenen Moment diplomatisch oder militärisch in den Rücken zu fallen; erweisen offene Aussprachen dieses Resultat, dann, glaube ich, sollte unsere Langmut nicht so weit gehen, als interessierter Zuschauer dabei zu stehen, sondern dann wäre wohl der Moment gekommen, zu handeln. Und dieses Handeln bestände einfach darin, dem König klipp und klar zu sagen, daß wir diesen einseitigen Bündniszustand nicht dulden können und verlangen, daß Rumänien sich entweder offen an den Dreibund anschließt, oder wir das Bukarester Vorbild nachahmen und auch unbekümmert um diesen von ihnen zuerst verletzten Bündnisvertrag handeln und uns andere Bundesgenossen suchen werden.

Wollen E. E. diese kategorische Form nicht, so bliebe noch immer der andere Ausweg, den ich E. E. bereits mündlich zu entwickeln die Ehre hatte und der darin bestände, die Veröffentlichung des Vertrages durch eine Indiskretion irgendwo im Auslande zu erzwingen und Rumänien vor die Wahl zu stellen, sich mit diesem Faktum abzufinden, oder sich offen von uns abzuwenden.

In Italien genießen wir wohl auch nicht mehr Sympathien als hier, dennoch ist es mir nicht bekannt, daß die Tendenz des gesamten bewaffneten und unbewaffneten Volkes jenseits der Alpen sich in ähnlich hostiler Stimmung gegen die Monarchie äußern würde, als dies hier der Fall ist. Warum nicht? Weil dort die Öffentlichkeit unseres Bündnisses Millionen von vernünftigen Menschen abhält, eine Politik zu encouragieren, die — wie sie eben wissen — nicht die momentane der Regierung sein kann, weil die Klammern der Publizität das ersetzen, was ihm an Volkstümlichkeit fehlt.

Dazu kommt noch eines: Wie E. E. bekannt ist, weiß außer dem König, Bratianu und Maiorescu niemand in ganz Rumänien die Verlängerung unseres Bundesvertrages. Alle im Auslande akkreditierten rumänischen Beamten beispielsweise glauben, gar nicht gegen die Intentionen ihres Königs zu handeln, wenn sie eine Politik vertreten, die Rumänien der Tripleentente in die Arme treibt. Viele sind darunter, welche die Ententemächte dem Dreibund vorziehen, und da sie ihren König, ihre Regierung und ihr Vaterland frei glauben, so handeln sie darnach.

Nun werden mir E. E. einen gewiß anscheinend sehr berechtigten Einwurf machen und mir sagen: Der König könne dies alles ändern, wenn er wolle, ohne zur Veröffentlichung des Vertrages zu schreiten; er brauche ja nur seiner Armee und seinen Beamten unzweideutig zu sagen, daß er, obwohl durch keinen Vertrag gebunden, an der Seite Österreich-Ungarns und des Dreibundes stehen wolle; gewiß, das wäre der Fall, wenn Seine Majestät der König noch der Mann wäre, der er vor wenigen Jahren gewesen zu sein scheint: der unbedingte Herr in seinem Lande.

Das ist aber der König meiner Ansicht nach nicht mehr.

Seine Majestät ist älter als seine Jahre. Gegen den Strom zu schwimmen, ist nicht mehr sein Verlangen, die vorjährige hostile Stimmung seines Volkes gegen ihn — er wurde ganz allgemein als der Ausländer und Verräter am Volke bezeichnet —, diese Stimmung hat ihn erschreckt, und er traut sich nicht mehr gegen das Volksempfinden aufzutreten. Ein Monarch, der allzuängstlich lauscht, was das Volk schwätzt, beweist aber damit immer, daß er mehr getrieben wird, als er selber führt. Der König fühlt, daß ein offenes Einbekenntnis zu einer austrophilen Politik — ob mit oder ohne Erwähnung des Vertrages — zu einer Kraftprobe werden würde zwischen ihm und seinem Volke, und diese Kraftprobe scheut er, und freiwillig wird er sich ihrer sehr ungern unterziehen.

Vielleicht herrscht bei E. E. die Ansicht vor, auch die Veröffentlichung des Vertrages werde keine Garantie für die Einhaltung geben, und ich will das Gegenteil gar nicht apodiktisch behaupten, ich frage jedoch, welche andere Möglichkeit dennoch besteht, um uns eine größere Sicherung des rumänischen Bündnisses zu erzwingen, und ich behaupte, daß auch ein mangelhaftes Mittel so lange das beste ist, als kein besseres gefunden wird.

Und nun nehme ich an, durch einen glücklichen Zufall würde das Bundesverhältnis und das Faktum eines geschlossenen Vertrages mit

Rumänien öffentlich bekannt und die jedenfalls sofort von hier geforderte Desavouierung der Nachricht würde in einer Form erfolgen, die dank ihrer Abfassung eine Bestätigung und nicht eine Widerlegung der Sachlage wäre. Welches wären die Folgen? Das Ereignis wäre jedenfalls derart, daß es wohl von der ganzen europäischen Presse gründlich erörtert werden würde, und speziell hier in Rumänien wäre der Widerhall ein ungeheurer! Nun sind meiner unmaßgeblichen Meinung nach nur zwei Fälle möglich: Entweder der Sturm der öffentlichen Meinung bewegt die maßgebenden Faktoren hier, das Bündnis zu eliminieren und uns die volle Aktionsfreiheit zurückzugeben, oder der König und sein Ministerium überstehen den Sturm, und die Öffentlichkeit gewöhnt sich nach und nach daran, das heißt, es tritt ein Zustand ein, der ungefähr an das Verhältnis mit Italien erinnert, in beiden Fällen aber würde sich die Situation klären.

Es kann nicht mein Amt sein, E. E. einen Rat zu erteilen, und ich bin weit davon entfernt. Aber ich muß Hochdieselben pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß wir hier mit erschreckender Schnelligkeit auf einer schiefen Ebene bergab gleiten und daß keine Zeit mehr zu verlieren ist, daß es eine Vogel-Strauß-Politik wäre, wollte man die Dinge hier lassen, wie sie sind, denn auf die Gefahr hin, einer hundertfachen Wiederholung beschuldigt zu werden, muß ich es nochmals eindringlichst und nachdrücklichst melden: Das österreichisch-rumänische Bündnis ist zurzeit ein wertloser Fetzen Papier, Rumänien wird bei einem kriegerischen Konflikt nicht auf Seite der Monarchie stehen, der heutige Zustand ist der für uns denkbar ungünstigste, da er uns bindet, ohne irgend was zu helfen. Ein Abwarten, ein passives Sichtreibenlassen, ein „laisser faire laisser aller“ wird diesen Zustand nicht ändern; nur ein zielbewußtes, aktives Auftreten der Monarchie, der eiserne, unbeugsame Wille, Rumänien zu zwingen, Farbe zu bekennen, kann in zwölfter Stunde unberechenbares Unheil abwenden.

PERSONENVERZEICHNIS*)

*) Mit dem vorliegenden Band III schließt die Vorgeschichte des Weltkrieges ab. Das Personenverzeichnis umfaßt diese ganze Periode (Band I, II, III).

Personenverzeichnis.

Abbruzzen, Herzog der III 684
Abdi Bey, III 684
Abdul Hamid, Sultan, II 21, 27, 190, III 388
Abdul Reschad, siehe Mohammed V.
Abele, Baron, III 468
Abrahamowicz, Reichsratsabgeordneter, I 529
Ährenthal, Baron, später Graf, ö.-u. Minister des Äußern, I 39, 41, 42, 46, 55, 57, 63, 66, 67, 68, 71, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 89, 90, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 111, 112, 114, 115, 116, 119, 122, 124, 125, 128, 129, 132, 133, 134, 135, 138, 139, 140, 141, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 160, 161, 162, 163, 169, 173, 180, 185, 186, 187, 188, 196, 197, 199, 200, 205, 207, 208, 224, 238, 245, 255, 369, 393, 399, 421, 422, 432, 444, 451, 513, 514, 515, 516, 518, 519, 520, 527, 528, 529, 530, 533, 557, 572, 573, 574, 575, 581, 588, 593, 601, 610, 622, 629, 631, 638, 664, 665, II 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 30, 35, 36, 52, 61, 70, 73, 90, 101, 113, 115, 121, 123, 133, 134, 137, 139, 140, 147, 160, 161, 162, 171, 172, 175, 181, 182, 185, 211, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 226, 227, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 242, 243, 244, 245, 246, 251, 253, 260, 262, 265, 269, 270, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 281, 282, 285, 286, 287, 289, 308, 315, 325, 332, 342, 389, 390, 429, 430, 434, III 83, 118, 132, 219, 246, 320, 707, 755
Albori, General, I 114, 147, 152
Albrecht, Erzherzog, Feldmarschall, I 148, 588, II 355
Albricci, Graf, italienischer Militärattaché in Wien, II 393, 394, III 76, 80, 86, 87, 501, 600, 752, 753
Alessi, Cavaliere, italienischer Postdirektor in Durazzo, III 691
Alexander I., Kaiser von Rußland, III 116
Alexander II., Kaiser von Rußland, I 172, III 61
Alexander (Obrenović), König von Serbien, I 60, 663, 664, III 23
Alexander (Karageorgević), Kronprinz, nachmaliger König von Serbien, I 206, II 416, III 20, 326, 662
Alfonso, König von Spanien, III 293
Ali Mehemet, II 345, III 60
Aliotti, Baron, italienischer Gesandter in Albanien, III 680, 685, 691
Amelio, italienischer General, II 310
Andrassy Julius sen., Graf, Minister des Äußern, I 102, 107, 286, 662

Andrassy Julius jun., Graf, ungarischer Minister, I 75, 133, 622
André, französischer Kriegsminister, I 213
André Wladimirowitsch, russischer Großfürst, II 213
d'Annunzio Gabriele, II 255
Appel v., Feldmarschalleutnant, III 57
Apponyi Albert, Graf, ungarischer Minister, I 565
Armstrong, Kapitän, III 687
Arnautović, Šerif, II 41
Arz, Baron, Sektionschef im Kriegsministerium, nachmaliger Chef des Generalstabes, I 320, 340, III 619
Asinari di Bernezzo, italienischer General, I 200, II 255
Asquith, englischer Ministerpräsident, II 202, 205, 423, III 71, 225
Attems, Graf, Statthalter in Dalmatien, III 84
Auffenberg Moritz R. v., Kriegsminister, I 77, II 147, 148, 154, 156, 270, 273, 309, 374, 375, 377, III 76, 222, 434, 437, 438, 488, 502, 620, 624, 625
Augusta Viktoria, Kaiserin von Deutschland, I 69
Avarna, Herzog von, italienischer Botschafter in Wien, II 175, 185, 287, 288, 289, III 340, 450
Averescu, rumänischer Kriegsminister, später Chef des Generalstabes, I 194, 589, II 197, 355, 356, 358, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 370, 410, III 49, 50, 129, 130, 131, 206, 385, 386, 494, 550

Badeni, Graf, österreichischer Ministerpräsident, I 213
Badeni, Graf, ö.-u. Geschäftsträger in Brüssel, II 391
Bakalarczicz Wladislav, II 266
Bardolff v., Dr., Flügeladjutant des Erzherzogs Franz Ferdinand, II 283, 309, 311, 324, 325, 331, 373, 380, 405, III 125, 126, 127, 128, 161, 162, 169, 236, 275, 289, 293, 324, 329, 435, 474, 477, 486, 487, 501, 502, 619, 623, 703
Barnadiston, englischer Militärbevollmächtigter, III 516
Barthou, französischer Ministerpräsident, III 510
Bartmann Paul, II 245, 266
Basta Anton, II 266
Battenberg, Prinz, III 61
Beck, Graf, Gardekapitän, früher Chef des Generalstabes, I 31, 33, 79, 85, 443, 558, III 427, 430
Beck Wladimir, Freiherr v., österreichischer Ministerpräsident, I 46, 84, 90, 102, 103, 105, 106, 162, 163, 518, 519, 520, 565, III 495
Bekir, III 591
Beldiman, III 634
Benckendorff, Graf, russischer Botschafter in London, II 399, 400, III 62, 63, 198, 297, 359
Bendak Eugenie, II 266
Benko, Baron, bosnischer Ziviladlatus, II 42
Berchtold, Graf, Minister des Äußern, I 173, 451, II 212, 213, 308, 309, 314, 324, 325, 331, 341, 351, 352, 353, 363, 366, 370, 379, 388, 389, 390, 395, 401, 403, 406, 407, III 7, 36, 37, 48, 52, 54, 56, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 82, 83, 84, 94, 106, 108, 110, 111, 113, 115, 119, 120, 126, 128, 129, 130, 131, 132, 140, 155, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 168, 169, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 183, 184, 185, 186, 187, 189, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 202,

212, 213, 218, 219, 220, 221, 222, 227, 231, 232, 233, 234, 235, 237, 238, 246, 248, 252, 253, 254, 255, 260, 261, 262, 267, 268, 270, 271, 272, 273, 283, 284, 285, 286, 289, 294, 296, 297, 298, 299, 303, 305, 308, 310, 312, 313, 314, 316, 317, 318, 321, 322, 324, 325, 329, 330, 332, 333, 335, 336, 338, 339, 340, 350, 353, 354, 375, 376, 378, 394, 395, 396, 401, 402, 403, 404, 409, 411, 412, 416, 420, 422, 442, 443, 444, 445, 447, 454, 457, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 473, 474, 475, 476, 478, 479, 481, 490, 493, 494, 504, 520, 551, 557, 569, 570, 580, 586, 590, 593, 613, 614, 615, 616, 633, 638, 639, 640, 642, 655, 660, 661, 662, 665, 678, 679, 693, 694, 724, 727, 728, 729, 735, 736, 741, 746, 754, 781
Berchtold, Gräfin, II 212, 213
Berger, Jurist, III 689
Berlepsch, Baron, ö.-u. Militärattaché in Bern, I 206, II 34, 95
Bethmann Hollweg, deutscher Reichskanzler, II 9, 210, III 81, 225, 247, 256, 258, 451, 469, 516
Beust, Graf, I 219
Bienerth, Freiherr v., österreichischer Ministerpräsident, II 13, 113, 115, 123, 134, 135, 137, 141, 143
Bienerth, Freiherr v., ö.-u. Militärattaché in Berlin, I 575, II 11, 102, 103, 105, 207, 208, 209, 210, III 151, 317, 423, 424, 425, 469, 470, 647, 667, 668
Bilimek v., ö.-u. Militärattaché in Bukarest, II 197, 200, 201
Bilinski v., Dr., ö.-u. gemeinsamer Finanzminister, II 13, III 297, 370, 371, 375, 446, 461, 465, 724, 730, 736, 740, 756
Bismarck, I 25, 59, 102, 169, 589, III 597
Blanc Camille, II 201
Blaque Bey, türkischer Militärattaché in Wien, II 160, 176, III 166
Blenesi, General-Genie-Inspektor, III 698
Blennerhasset Rowland, I 218
Bloch, russischer Staatsrat, I 367
Blondel, französischer Gesandter in Bukarest, III 559
Blunt W., englischer Kriegskorrespondent, II 205, 206
Bobrikow, russischer General, III 358
Bobrinski, Graf, panslawistischer Führer, III 71
Bogičević M., Dr., ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, I 205, 662, II 216, 312, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 422, III 361, 362, 447, 448, 449, 505, 514, 552, 575, 578, 581, 591, 662
Boguslawski, I 307
Bojović, serbischer Kriegsminister, III 23, 194, 237, 295
Bolfras, Baron, Generaladjutant und Chef der Militärkanzlei des Kaisers Franz Joseph, I 115, 121, 321, II 117, 119, 120, 121, 122, 140, 142, 144, 145, 176, 181, 271, 272, 273, 274, 277, 324, 325, 331, 342, III 107, 181, 182, 233, 459, 460, 503, 674
Bolgár Franz v., ungarischer Staatssekretär, II 148, 149, 153, 154
Boljetinac Issa, III 58, 340
Bollati, italienischer Botschafter in Berlin, III 506
Bompard, französischer Botschafter, II 29
Bonaparte, siehe Napoleon

Bonar Law, englischer Minister, III 676
Boog Adolf v., Generalstabschef des Festungskommandos Trient, I 431
Boris, Kronprinz von Bulgarien, jetziger König, I 204, III 656
Boris, russischer Großfürst, II 213
Bostani Suleiman Effendi, III 395
Božanović, III 23
Bratianu, rumänischer Ministerpräsident, I 250, II 361, 365, III 549, 552, 634, 637, 638, 641, 643, 785, 786, 788
Briankaninow, panslawistischer Führer, III 360
Bronsart, General, III 565, 568
Brosch v. Ahrenau, Alexander, Flügeladjutant des Erzherzogs Franz Ferdinand, I 34, 35, 74, 115, 145, 153, 154, II 270, 283, III 438
Brudermann Rudolf, R. v., G. d. K., III 435, 437, 438, 583
Brunialti, italienischer Abgeordneter, II 255
Bülow, Fürst, deutscher Reichskanzler, I 75, 76, 80, 95, 96, 129, 132, 148, 384, 529, 575, 631, II 9
Burian, Graf, gemeinsamer Finanzminister, später Minister des Äußern, I 83, 86, 89, 102, 144, 153, 157, 192, 293, 297, 298, 447, 511, 514, 518, 519, 527, 568, 572, II 43, 72, 272, 273, III 143, 465
Buxton, englisches Unterhausmitglied, II 202

Caillaux, französischer Ministerpräsident, III 617, 675
Caillaux, Frau, III 617
Calderari, Graf, italienischer Militärattaché in Berlin, III 668
Call, Baron, österreichischer Minister a. D., Sektionschef im Ministerium des Äußern, I 116
Calmette, Redakteur des Pariser „Figaro“, III 617
Cambon, französischer Botschafter in Berlin, II 419, 422
Caneva, italienischer General, II 175
Carl Ludwig, Erzherzog, II 49
Carlowitz-Maxen, II 20
Carol I., König von Rumänien, I 52, 57, 61, 62, 81, 82, 85, 156, 159, 193, 194, 202, 324, 392, 588, 589, 590, 591, 592, II 19, 21, 197, 198, 199, 201, 351, 352, 354, 355, 356, 357, 358, 360, 361, 362, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 408, 409, 410, 414, III 39, 43, 44, 45, 46, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 78, 83, 84, 89, 104, 113, 136, 140, 141, 142, 206, 305, 339, 365, 381, 390, 391, 401, 409, 429, 454, 457, 467, 482, 485, 492, 496, 503, 549, 550, 552, 553, 554, 596, 623, 625, 626, 634, 635, 636, 637, 638, 640, 643, 645, 647, 648, 655, 681, 685, 708, 784, 786, 787, 788, 789
Carol, Prinz von Rumänien, III 205, 206, 481, 482, 485, 490, 554, 559, 634, 646, 648
Carp, rumänischer Ministerpräsident, II 197, 198, 199, 216
Carson, englisches Parlamentsmitglied, III 676
Cartwright, englischer Botschafter in Wien, II 208
Castriota Aladro, II 346
Cavalli, I 425
Chamberlain, I 217
Chéradame André, I 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223
Chlumecky Leopold, Baron, II 308, 314
Christian X., König von Dänemark, II 424

Christophori, Oberstleutnant des Generalstabes, II 109, III 499, 500, 501, 514
Churchill Winston, englischer Minister, II 204
Cihoschi, rumänischer Militärattaché in Belgrad, III 748
Ciocârdia, Redakteur des Bukarester „Universul", II 362
Cis Damian, II 266
Clam-Martinic, Graf, Herrenhausmitglied, später Ministerpräsident, I 285, II 120
Clanner v., Hauptmann, III 490, 493, 590, 683, 685, 686, 688, 689, 690
Clausewitz, I 245, 254, 352, 353, II 90
Clemenceau, I 214
Coanda, rumänischer General, III 644, 645, 651, 653
Colpi Josef, I 200, II 245, 258, 266
Conceiro, portugiesischer monarchistischer Führer, II 424
Conrad v. Hötzendorf Barbara, geb. Kübler, I 99, II 95, 284, III 468
Conrad v. Hötzendorf Franz, Oberst i. P., III 468
Conrad v. Hötzendorf Herbert, Freiherr, I 99, II 52
Conz, italienischer Fregattenkapitän, III 276, 289, 307
Cords Hans, II 266
Corti E. C., II 24
Crajniceanu, General, Chef des rumänischen Generalstabes, I 194, 196, 203, 373, 392, 423, II 62, 197, 199, 200, 358, 362
Cramon v., Oberstleutnant, I 68
Creuzot, II 32, III 23, 516
Cristescu, Souschef des rumänischen Generalstabes, III 206, 748
Cristofferi, italienischer Pamphletist, II 255
Csicserics, Oberst des Generalstabes, II 52
Csoban, Major im Generalstab, I 207, II 265
Culcer, rumänischer General, III 386
Cuvaj v., Banus von Kroatien, III 98, 257
Cvitković, Hauptmann, III 685
Czernin Ottokar, Graf, ö.-u. Gesandter in Bukarest, später Minister des Äußern, II 140, III 463, 464, 494, 549, 550, 633, 638, 640, 641, 642, 643, 645, 646, 647, 781
Czibulka, General, I 147

Dabija, rumänischer Militärattaché in Sofia und Belgrad, III 385
Damian, serbischer Oberst, III 203
Danew, bulgarischer Kammerpräsident, später Ministerpräsident, II 352, 353, 357, 366, 409, III 28, 29, 35, 46, 50, 53, 63, 64, 135, 211, 305, 379, 387
Danglis, Chef des griechischen Generalstabes, III 32
Danilo, Kronprinz von Montenegro, I 145, 206, III 134, 237, 249, 266, 494, 578
Dante Luigi, II 266
Deák Franz, I 18
Dean, II 266
Dekiert Ladislaus, II 266
Diaz, Präsident von Mexiko, II 216
Dillon E. J., Dr., englischer Publizist, III 213, 214
Dimitrew Radko, bulgarischer General, III 21, 35, 302, 360
Dimitriew, III 584
Dimitry Pawlowitsch, russischer Großfürst, II 213
Djavid Pascha, türkischer Finanzminister, II 28, III 266, 315, 389, 654
Dobrzanski Wladimir, II 266
Doumergue, französischer Minister, III 510, 674

Draga, Gattin des Königs Alexander von Serbien, III 23
Dragunis, griechischer Diplomat, III 393
Dreher, Herrenhausmitglied, III 495
Dschekow, bulgarischer Oberst, III 567
Dschemal Pascha, türkischer General, III 497, 498, 556, 563, 567
Duca, rumänischer Unterrichtsminister, III 558
Dumas Charles, französischer Deputierter, III 73

Eckardt v., deutscher Gesandter in Cetinje, III 133, 143, 166, 167, 200, 318, 319
Edl, ö.-u. Konsul, III 138
Eduard VII., König von England, I 51, 55, 59, 61, 142, 211, 223, 588, II 33
Egli, schweizerischer Oberst, II 34, 95
Einem, deutscher Kriegsminister, I 70
Einem, Hauptmann im Generalstabe, I 575
Elegović, Dr., kroatischer Politiker, I 525
Elisabeth, Königin von Rumänien (Carmen Silva), I 159, II 361, 362, 364, 365, 369, III 681
Elisabeth, Prinzessin von Rumänien, III 554, 646, 786
Engelhardt, Duma-Mitglied, III 512
Enver Pascha, II 178, III 22, 40, 208, 389, 564, 565, 566, 568, 569, 591, 596, 644, 645, 650, 651, 652, 654, 655
Eremie v., rumänischer Militärattaché, II 20, III 80, 551, 552, 554
Essad Pascha, II 386, III 61, 103, 174, 186, 187, 204, 266, 276, 277, 284, 285, 296, 300, 309, 315, 472, 474, 491, 585, 586, 592, 593, 677, 678, 680, 681, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692
Eugen, Erzherzog, I 31, 35, 152, 321, II 68, III 620

Faber, englisches Unterhausmitglied, II 202, 203, 204
Fabius, holländischer Hauptmann, III 691
Facil Pascha, III 691
Fadda, italienischer General, II 75, 256
Falkenhayn v., General, III 673
Favre Jules, I 216
Favre Wilhelm, schweizerischer Major, II 95, 96
Feigl, ö.-u. Generalauditor, III 179
Feik Bey, III 159, 202
Fejervary, Baron, ungarischer Landesverteidigungsminister u. Ministerpräsident, I 285, 286
Ferdinand II., Kaiser, I 253
Ferdinand, König von Bulgarien, I 112, 139, 159, 204, 205, 250, 574, II 26, 27, 81, 196, 201, 312, 331, 370, 414, III 22, 29, 34, 35, 161, 211, 212, 256, 330, 339, 350, 361, 365, 379, 477, 493, 566, 575, 656, 721
Ferdinand, Kronprinz von Rumänien, II 360, III 205, 385, 386, 409, 454, 482, 484, 485, 554, 559, 647, 784
Ferry Jules, I 214
Fethy Bey, III 567
Fičew, bulgarischer General, III 34, 36, 460
Fiedler, ö.-u. Konteradmiral, III 175
Filality, rumänischer Gesandter in Belgrad, III 362
Filipescu, rumänischer Minister, II 197, 200, 358, 365, III 42, 48, 50, 51, 52, 55, 204, 205, 337, 552, 642, 783
Fineschi Lorenzo, italienischer Kapitän, III 685

Firdusi, bosnischer Politiker, II 41
Fischer von Ledenice Moritz R. v., ö.-u. Militärattaché in Bukarest, I 193, 194, 196, II 20, 196, 197
Flandern, Gräfin von, II 351, 361
Flotow, Baron, ö.-u. Botschaftsrat, II 210
Flotow v., deutscher Diplomat, II 391
Flotow, Frau v., geb. Prinzessin Schahowskoy, II 391
Forgach, Graf, Gesandter in Belgrad, später Sektionschef im Ministerium des Äußern, I 145, 146, III 462, 638, 640
Foscari, italienischer Abgeordneter, II 171
Francis, englischer Kapitän, III 685
Frank Josef, Dr., Führer der kroatischen Starčević-Partei, I 73, 525, 526, III 320
Frank Liborius, General d. I., II 69
Frank Wladimir, Dr., kroatischer Parteiführer, III 320, 321
Franz I., Kaiser, II 36
Franz Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger, I 33, 34, 35, 36, 37, 38, 43, 46, 55, 56, 57, 62, 68, 69, 70, 71, 74, 79, 93, 112, 115, 117, 122, 129, 133, 134, 135, 144, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 163, 203, 204, 245, 284, 295, 300, 320, 323, 328, 338, 355, 357, 358, 432, 564, 566, 575, 591, 592, 635, 636, 662, II 19, 39, 46, 47, 48, 49, 50, 71, 93, 94, 95, 112, 116, 117, 140, 144, 145, 146, 147, 155, 164, 207, 210, 211, 232, 233, 256, 270, 273, 274, 275, 282, 283, 306, 309, 311, 325, 342, 351, 352, 353, 354, 361, 363, 369, 370, 373, 374, 379, 380, 382, 405, 410, 411, 412, 413, 428, III 39, 73, 75, 76, 81, 82, 94, 96, 125, 126, 127, 128, 129, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 169, 176, 189, 214, 233, 236, 273, 275, 282, 289, 294, 322, 324, 326, 328, 329, 345, 346, 349, 350, 353, 354, 421, 427, 429, 430, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 441, 444, 445, 454, 458, 459, 460, 462, 464, 469, 470, 474, 476, 477, 478, 479, 486, 487, 488, 489, 494, 495, 501, 502, 503, 504, 547, 550, 561, 596, 597, 619, 620, 621, 622, 623, 626, 627, 672, 674, 700, 701, 702, 703, 754, 780
Franz Joseph I., Kaiser, I 23, 33, 34, 35, 36, 39, 43, 44, 46, 49, 55, 57, 63, 64, 65, 68, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 93, 103, 110, 111, 112, 115, 116, 117, 127, 128, 132, 134, 140, 141, 144, 145, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 166, 172, 180, 181, 187, 188, 191, 194, 196, 200, 203, 205, 206, 207, 212, 224, 243, 245, 246, 255, 285, 292, 293, 295, 296, 297, 298, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 321, 322, 323, 328, 333, 334, 335, 336, 342, 345, 360, 366, 393, 396, 399, 420, 421, 422, 423, 439, 440, 446, 447, 450, 451, 509, 512, 513, 514, 516, 520, 521, 525, 527, 555, 572, 575, 588, 591, 624, 626, 631, 635, 665, 673, 676, II 11, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 36, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 57, 60, 61, 69, 70, 71, 73, 74, 91, 92, 98, 101, 105, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 123, 128, 138, 141, 142,

143, 144, 147, 148, 155, 172, 177, 181, 196, 207, 208, 211, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 243, 244, 246, 265, 269, 270, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 309, 351, 352, 353, 354, 360, 361, 362, 363, 367, 368, 369, 370, 374, 375, 389, 410, 411, 428, 429, 430, 431, 432, 434, 435, 452, III 12, 41, 48, 77, 79, 80, 81, 82, 84, 85, 97, 105, 106, 121, 122, 159, 160, 162, 163, 170, 175, 180, 181, 182, 185, 186, 191, 227, 231, 233, 234, 235, 245, 247, 257, 258, 260, 268, 272, 273, 275, 284, 285, 286, 287, 291, 298, 308, 313, 317, 319, 321, 322, 323, 324, 326, 333, 336, 345, 350, 353, 354, 391, 416, 420, 423, 427, 434, 440, 444, 445, 446, 456, 457, 458, 459, 462, 464, 465, 466, 467, 474, 475, 479, 486, 487, 488, 489, 492, 493, 501, 502, 504, 505, 517, 518, 519, 521, 536, 547, 589, 596, 597, 603, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 638, 639, 646, 666, 671, 674, 682, 700, 701, 702, 720, 744, 746, 748, 754, 767, 780, 786

Franz Salvator, Erzherzog, III 620

Freiberg, Baron, deutscher Marineattaché in Wien, III 181

Friedjung Heinrich, Dr., österreichischer Historiker, I 207

Friedrich der Große, I 169

Friedrich, Erzherzog, I 35, 43, 304, 320, II 69, III 81, 596, 620

Friedrich VIII., König von Dänemark, II 424

Frugoni, italienischer Generalleutnant, II 96

Fuad, Prinz von Ägypten, II 345, 406, III 60

Fuad Pascha, türkischer Kriegsminister, III 352

Fürst (Wassermann), II 269

Fürstenberg Karl Emil, Prinz, ö.-u. Gesandter in Bukarest, II 358, 362, 365, 366, 370, III 335, 338, 365, 636

Gagern, Baron, ö.-u. Gesandter, II 95

Galli, italienischer Konsul in Skutari, III 685

Gallina, I 353

Garnier-Pagès, I 216

Garroni, italienischer Botschafter in Konstantinopel, III 400

Gelinek, ö.-u. Militärattaché in Belgrad, III 138, 139, 163, 202, 364, 476, 481, 492

Georg V., König von England, II 188, 206, III 64, 282, 450, 675, 676

Georg, König von Griechenland, II 331, III 105

Georg, Kronprinz von Griechenland, III 553, 554

Georg, Prinz von Serbien, I 206, III 662

Georgević Vladan, I 664, III 139, 480

Georgi Friedrich, Freiherr v., österreichischer Landesverteidigungsminister, I 336, II 46, 111, 123, 137, 270, 273, III 297, 724

Georgiew Konstantin M., III 211

Gerngroß, russischer General, I 209

Geschow, bulgarischer Minister, II 367, III 56, 206, 207, 330

Ghika Albert, Fürst, II 346, III 203

Ghika, Prinz, rumänischer Gesandter in Sofia, III 366

Giers v., russischer Botschafter in Konstantinopel, III 209, 222, 275, 276, 351, 358, 360, 394, 395, 396, 452, 563, 649, 654

Giers v., Frau, III 358
Giesl, Baron, Militärbevollmächtigter in Konstantinopel, späterer ö.-u. Gesandter in Cetinje, I 139, 555, 572, 575, 635, II 165, 166, 400, 403, 406, III 77, 82, 133, 175, 185, 186, 187, 189, 191, 192, 197, 237, 271, 272, 297, 319, 328
Giolitti, italienischer Ministerpräsident, II 177, 193, III 505
Goga, rumänischer Schriftsteller, III 559
Goltz Pascha, von der, Generalfeldmarschall, II 21, 25, 27
Goluchowski, Graf, ö.-u. Minister des Äußern, I 249, 664, II 174, 347
Gorakuki Luigi, albanesischer Parteiführer, II 164
Gordon, II 205
Görger v., Feldmarschalleutnant, III 468
Gorlow, russischer Publizist, I 220
Goschen Edward, II 419
Goßler v., preußischer Kriegsminister, I 221
Gough, englischer Kavalleriegeneral, III 74, 676
Grey Edward, englischer Staatssekretär, I 666, II 176, 202, 203, 205, 206, 399, 400, 401, 419, III 29, 30, 56, 63, 64, 136, 137, 197, 198, 208, 232, 262, 359, 450, 563, 675
Gruić, serbischer Geschäftsträger in London, I 667, II 216, 421, III 514
Guicciardini, I 198, II 12
Gustav, König von Schweden, III 508, 617
Gustav Adolf, Kronprinz von Schweden, III 468
Gutenstein, General, I 474

Hahn, Konsul, II 331
Hakki Ismail Bey, türkischer Oberstleutnant, II 32
Haldane, Lord, englischer Minister, II 423, III 225, 515, 516
Halil Bey, Präsident des türkischen Staatsrates, III 651
Hamerskjöld, schwedischer Ministerpräsident, III 617
Härdtl, Baron, österreichischer Minister des Innern, II 13, 18, 23
Harrach, Graf, III 691
Hartwig v., russischer Gesandter in Belgrad, II 357, 408, 415, III 162
Hartwig v., Frau, II 357
Haus, Großadmiral und ö.-u. Marinekommandant, II 70, III 87, 91, 157, 175, 180, 266, 267, 271, 369, 461, 724, 743, 744
Hatzfeld, Fürst, deutscher Legationsrat, II 391
Haymerle, Baron, Legationsrat, II 358, III 636
Hazai v., ungarischer Landesverteidigungsminister, II 45, 111, 123, 135, 137, III 517, 724
Heeringen, General, I 70
Heinrich, Prinz von Preußen, III 153, 213
Helena, Königin von Italien, III 133
Helene Wladimirowna, russische Großfürstin, Gemahlin des Prinzen Nikolaus von Griechenland, III 355
Helfert, Historiker, I 75
Hellmuth, Hauptmann, I 307
Hempel, Hauptmann, III 751
Herjeu, rumänischer Kriegsminister, II 358
Hickisch, Ingenieur, III 688
Hieronymi, ungarischer Handelsminister, II 71
Hil Mossi, III 203
Hitrowo, russischer Gesandter, II 355
Hoenig, I 307

Höfer, Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, II 111, III 353, 402, 403, 404, 471, 487, 499, 501, 522
Hoflehner, Gerent des ö.-u. Vizekonsulats in Niš, III 363, 364
Hohenberg (Sophie), Herzogin von, Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand, I 150, 153, 662, II 95, III 445, 700
Hohenlohe Franz, Prinz, ö.-u. Militärattaché in Petersburg, II 109, 110, 189, 191, 212, 213, 216, III 65, 68, 122, 125, 126, 127, 278, 283, 454, 455, 582, 583, 584
Hohenlohe Gottfried, Prinz, ö.-u. Militärattaché in Petersburg, später Botschafter in Berlin, II 213, III 105, 121, 122, 123, 124, 131, 132
Holmsen, russischer Militärattaché in Konstantinopel, III 358, 359
Holzhausen, Baron, Oberst, I 328
Hordliczka v., Oberst des Generalstabes, I 345
Hortstein Lothar v., FML., I 336
Horváth, ö.-u. Militärattaché in London, II 202, 206, 399, 401, III 27, 31, 65, 135
Howe, II 346
Hoyos, Graf, III 174, 176, 177, 180, 181, 235
Hranilović, ö.-u. Militärattaché, I 139, 205, II 196, 358, 408, 410, III 42, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 55, 56, 338, 365, 382, 549, 550, 552, 555, 636, 638, 639, 641, 646, 647
Hribar, slowenischer Politiker, III 576
Hubka, ö.-u. Militärattaché in Cetinje, II 402, III 128, 135, 277, 318, 472, 580, 665
Humbert I., König von Italien, II 210
Hummel, Major, II 93
Huršid Pascha, ehemaliger türkischer Kriegsminister, III 22
Huyn Karl, Graf, General-Kavallerie-Inspektor, III 437

Idriß, Scheich, II 168, 169, 310
Illić, serbischer Oberst, II 195
Imperiali, Marquis, italienischer Botschafter, III 56, 57, 136, 137
Iswolsky, russischer Minister des Äußern, später Botschafter in Paris, I 95, 116, 148, 197, 198, 205, 208, 246, 574, 629, 637, 665, 666, 667, II 22, 25, 80, 419, III 309, 675
Iwanow, bulgarischer General, III 21, 35
Iwanow, Militärgouverneur in Kiew, III 455
Izzet Pascha, Chef des türkischen Generalstabes, später Kriegsminister, II 32, 159, 169, 195, III 498, 564, 591, 659

Jagow v., deutscher Staatssekretär für Äußeres, II 418, III 400, 402, 448, 506, 655
Jahia, Scheich, II 168, 169, 310
Jakobsohn, Dr., Zionistenführer, II 345
Janković, II 266
Janković, serbischer General, III 20
Jeczes Josef, II 266
Jeftanović Gligorje, Präsident der bosnisch-herzegowinischen serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde, I 74, 568, II 41
Joffre, französischer General, III 606
John, Baron, ehemaliger ö.-u. Kriegsminister, I 286, 340
Jorga, Dr., rumänischer Universitätsprofessor, III 481, 483, 494, 750
Jostow, bulgarischer Oberst, III 30, 31, 32, 63, 207
Jovanović, Baron, Feldzeugmeister, I 74

Jovanović, serbischer Gesandter in Wien, II 325
Jungbluth, Oberst, III 516
Justh v., ungarischer Parteiführer, II 153, 155

Kageneck, Graf, deutscher Militärattaché in Wien, I 399, II 208, 286, 287, 288, III 80, 147, 167, 168, 191, 255, 268, 275, 294, 307, 424, 426, 460, 486, 501, 596, 597, 599, 600, 609, 621
Kail, ö.-u. Linienschiffskapitän, III 87, 175, 235
Kailer, ö.-u. Konteradmiral, III 175, 179, 290
Kailer, Oberstleutnant, III 491
Kalafatović, serbischer Militärattaché in Sofia, III 343, 344
Kalinkow, bulgarischer Gesandter in Bukarest, III 337
Kallay v., ehemaliger Reichsfinanzminister, I 518, 568, 570
Kaplanski Franz, II 266
Karl I., Kaiser, I 320
Katsura, japanischer Staatsmann, II 424
Kemal Ismail Bey, II 164, 167, III 159, 202, 214, 353, 472
Kessel, General, I 70
Khevenhüller, Graf, ehemaliger ö.-u. Gesandter in Belgrad, I 662, III 308
Khuen-Hederváry, Graf, ungarischer Ministerpräsident, II 38, 123, 135, 155
Kiamil Pascha, Großvezier, II 188, 326, III 22, 460
Kiderlen-Wächter v., preußischer Staatssekretär, II 210, 417, 418, III 448
King, englisches Parlamentsmitglied, III 675
Kissow, bulgarischer Militärattaché in Bukarest, III 210, 337
Kleibel, Oberst des Generalstabes, I 344
Kleinmichel, Gräfin, III 211
Kleist v., deutscher Militärattaché in Rom, III 428
Klepsch-Kloth, früherer ö.-u. Militärattaché in Berlin, I 575
Klingspor, Baron, Artilleriehauptmann, III 677, 683, 684, 686, 687, 688, 691
Klobučar, General d. K., Landwehr-Oberkommandant, I 114, 304
Knitsch Johann, II 266
Kokowcew, russischer Finanzminister und Ministerpräsident, II 423, III 282, 454, 455
Kolosváry v., G. d. K., III 94, 535
Kolowrat, Graf, Legationssekretär, III 133
Komarowsky Johann, II 266
Konitza Mehmed Bey, III 691
Konstantin, Kronprinz, später König von Griechenland, III 21, 23, 105, 390, 397, 403, 430, 432, 721
Konstantinović, serbischer General, I 207
Koslowski Marian, II 266
Kossuth Franz, ungarischer Handelsminister, I 91, 92, 189, 524, 565, II 71, 155
Kossuth Ludwig, I 18
Košutić, serbischer Diplomat, I 666
Kovačević, Postenführer, I 152
Kovačew, bulgarischer General, III 21
Kral, ö.-u. Generalkonsul in Saloniki, III 491, 690
Kramař, Dr., tschechischer Parteiführer, I 212
Krauß Alfred, Generalmajor, Kommandant der Kriegsschule, I 350
Krauß Rudolf, Oberst, III 435
Krauß-Elislago, Oberst, II 51

Kretschmar Adolf, II 245, 266
Krieghammer, Baron, G. d. K., ehemaliger Kriegsminister, I 356
Krobatin Alexander v., ö.-u. Kriegsminister, III 75, 108, 109, 126, 127, 162, 164, 183, 184, 185, 186, 191, 194, 227, 235, 238, 239, 247, 271, 287, 294, 297, 317, 324, 345, 349, 402, 403, 454, 474, 494, 504, 517, 614, 615, 618, 662, 682, 698, 724, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 740, 742, 743
Krupenski, III 715
Krupp, II 32
Kruschewan, III 715
Kubat, Gendarmerie-Wachtmeister, III 435
Kuhn, Baron, ö.-u. Gesandter in Cetinje, I 129
Kühne, I 307
Kundmann Rudolf, Flügeladjutant des Chefs des Generalstabes Conrad, II 52, 95, 107, 358, 360, 375, III 353, 403, 471, 493, 501, 673, 703
Künigl Erich, Graf, Rittmeister, I 297
Kunsty, ö.-u. Vizeadmiral, III 175
Kuropatkin, russischer General, I 308, II 52, 133, III 65, 71
Kusovac Rako, montenegrinischer Offizier, III 171, 172
Kuszmajewski Miecislaus, II 266
Kutinčew, bulgarischer General, III 21
Kyrill Wladimirowić, russischer Großfürst, II 213, III 468

Lakom, Hauptmann, II 94
Lalance, I 214
Landwehr, Oberst im Generalstab, II 305, III 523
Langenhan, Dr., österreichischer Reichsratsabgeordneter, III 614
Langer Robert, v., General, III 313
Langer Rudolf, Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, I 334, 340, II 13, 45, 285
Laube Adalbert, Major, I 308
Laurin, ö.-u. Korvettenkapitän, III 307
Laxa, ö.-u. Militärattaché in Sofia, III 32, 36, 139, 302, 343, 344, 572
Ledinegg, ö.-u. Vizekonsul, III 171, 172
Leithner Ernst, Baron, General, Genie-Inspektor, I 71, 336, 428, 431, 438, III 488, 620
Leontiew, russischer Militärattaché in Sofia, III 396
Leopold Salvator, Erzherzog, I 336, III 616, 620
Lerch v., Oberstleutnant im Generalstab, III 590, 678
Letica, Bischof, I 568
Levidis, griechischer Diplomat, III 393
Libohova Ekrem Bey, Adjutant des Fürsten Wied, III 684, 687
Lichnowsky, Fürst, deutscher Botschafter in London, III 28, 64, 136, 143, 563
Liechtenstein Johann, Prinz, ö.-u. Militärattaché in Rom, III 276
Liman von Sanders, General, III 563, 564, 565, 568, 569, 650
Lipoščak, Generalstabschef des 15. Korps, I 77, 163
Lipovac, russischer General, III 327
Lješanin, Oberst, III 344
Lloyd George, II 202, 204
Löbl, Oberst des Generalstabes, I 443
Lossow, Oberstleutnant, III 564
Loubet, Präsident der französischen Republik, I 63
Löwenthal, R. v., ö.-u. Gesandter in Albanien, III 594, 677, 681
Lukacs v., ungarischer Ministerpräsident, III 322, 369

Lyautey, französischer General, II 423
Lympus, Admiral, III 657
Lynker, General, I 70

Macaulay, Thomas Babington, englischer Historiker, III 259
Macchio, Baron, Sektionschef im Ministerium des Äußern, I 125, III 416, 422, 465, 640
Madero, II 216
Madžarow, bulgarischer Gesandter in London, III 35
Maggio Emilio, II 266
Magrini, italienischer Oberleutnant, II 18
Maiorescu, rumänischer Ministerpräsident, II 358, 359, 360, 362, 365, III 45, 46, 55, 205, 210, 306, 337, 365, 390, 635, 641, 788
Malinow, bulgarischer Parteiführer, III 573
Mandić, Dr., kroatischer Parteiführer, II 41
Mandl Leopold, Schriftsteller, III 138
Manuel, König von Portugal, II 39
Marghiloman, rumänischer Minister, II 365, III 55, 204
Maria, Kronprinzessin von Rumänien, jetzige Königin, III 74, 104, 205, 482, 484, 485, 550, 554, 559, 646, 648
Maria Pawlowna, russische Großfürstin, II 213
Markow, österreichischer Reichsratsabgeordneter, III 702
Marschall, Baron, deutscher Botschafter in Konstantinopel, II 31, 187
Marterer, General, I 43
Martinović, montenegrinischer Minister des Äußern, III 135
Martschenko, russischer Militärattaché in Wien, I 128, 129, 591, 628, 629
May, I 307
Mecenseffy v., Chef des Etappenbureaus, I 347, III 523
Medaković, Dr., Präsident des kroatischen Landtages, I 526
Meiji Tenno, III 216
Mensdorff, Graf, ö.-u. Botschafter in London, I 224, II 399, 400, 401, III 19, 62, 64, 65, 136, 137, 198, 296, 297, 298, 411
Merey v., ö.-u. Botschafter in Rom, II 19, 162, 222, 225, 226, 230, 233, 238, 242, 243, 244, 245, 262, 267, 268, 269, 272, 273, 274, III 616, 640
Merizii, Major, Flügeladjutant des FZM. Potiorek, III 181, 318, 319, 330
Merta Ignaz, Major, I 308, 326
Metternich, Fürst, Kanzler, II 36
Metzger Josef, Oberst im Generalstab, I 320, II 51, 86, 95, III 353, 354, 403, 436, 471, 472, 487, 499, 500, 501, 531, 603, 604, 622, 673, 683, 702, 703
Michael Alexandrowitsch, russischer Großfürst, II 408, III 584
Mietzl, ö.-u. Militärattaché in Rom, II 162, 171, 176, 177, 191, 194, III 590
Mijušković, montenegrinischer Gesandter in Belgrad, III 578, 664
Mikloszy, griechisch-katholischer Bischof, III 556
Milan (Obrenović), König von Serbien, I 60, 663, 664
Milena, Königin von Montenegro, III 137
Milobedzki Aurel, II 266
Milowanović, serbischer Minister des Äußern und Ministerpräsident, I 665, 666, 667, II 232, 311, 416, 421, III 514
Milutinović, serbischer Generalstabsoberstleutnant, I 141
Mirko, Prinz von Montenegro, I 206, II 331, 403, III 134, 158, 472, 578

Mišić Živojin, serbischer General, III 476
Misu, rumänischer Gesandter in London, II 20, 409, 410, III 43, 53, 55
Mittag-Lenkheym, Baron, ö.-u. Geschäftsträger in Konstantinopel, III 660
Mohammed V. (Abdul Reschad), Sultan, II 27
Moinier, französischer General, II 202
Moldowan, II 266
Moltke, Graf, Generalfeldmarschall, I 79, 102, II 47, 340, III 433
Moltke v., Chef des deutschen Generalstabes, I 67, 68, 69, 70, 85, 94, 132, 133, 140, 142, 156, 164, 165, 194, 202, 203, 324, 373, 376, 377, 379, 384, 394, 396, 399, 401, 403, 405, 421, 423, 448, 573, 574, 575, 631, II 10, 11, 22, 54, 57, 60, 61, 62, 70, 102, 105, 107, 207, 208, 209, 285, 286, 394, III 81, 87, 143, 147, 151, 167, 317, 328, 368, 424, 426, 427, 429, 430, 432, 433, 434, 470, 478, 487, 502, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 609, 612, 613, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 701, 720, 722, 752, 753
Montanari, italienischer Oberstleutnant, III 89, 90, 91, 143, 147, 495, 498, 499, 501, 502, 624, 752, 753
Montecuccoli, Graf, ö.-u. Marinekommandant, I 132, 421, 437, 550, 624, II 70, 126, III 87, 144, 743
Montenuovo, Fürst, Obersthofmeister, III 183, 184, 185, 700
Montpensier Ferdinand, Herzog von, III 202, 203
Monts, Graf, deutscher Botschafter, I 42
Morley, Lord, III 264
Mufid Bey, III 679
Muktar Mahmud Pascha, türkischer Großvezier, II 188, 424
Müller, II 266
Münir Pascha, ehemaliger türkischer Botschafter in Paris, III 40, 143
Muricchio, italienischer Oberstleutnant, III 690, 691
Musulin v., ö.-u. Diplomat, III 174
Mutsuhito, Mikado, II 424

Načević, bulgarischer Gesandter, III 389, 393, 395, 396
Nadherny Erwin, Baron, III 435
Napoleon I., I 145, 383, 582, II 346
Napoleon III., III 708
Napoleon Roland, Prinz, II 201
Napoleon Viktor, Prinz, II 345, 346, III 60
Nastić, Agent, I 83
Natzmer, I 307
Nazim Pascha, türkischer Kriegsminister, II 354, 366, III 22, 388, 393, 397
Nazimow, bulgarischer Generalstabschef, I 85
Nemes, Graf, III 266, 267, 268, 271, 410
Nenadović, serbischer Gesandter in Konstantinopel, I 664, II 195
Neschad Bey, II 178
Neuhardt, russischer Senator, III 713
Nicholson William, englischer Feldmarschall, II 203
Nicolusi, II 266
Niel, französischer Marschall, I 215, 216
Nikita, siehe Nikolaus, König von Montenegro
Nikolai Mihailowitsch, russischer Großfürst, II 213, III 278, 279, 280, 281, 282
Nikolai Nikolajewitsch, russischer Großfürst, II 213, 357, III 454

Nikolajew, bulgarischer Kriegsminister, I 139, II 26
Nikolaus I., Kaiser von Rußland, III 115
Nikolaus II., Kaiser von Rußland, I 51, 129, 141, 142, 162, 197, 198, 202, 205, 208, 210, 367, 573, 665, 666, II 9, 12, 21, 22, 80, 191, 207, 214, 312, 343, 346, 360, 408, 416, 423, III 35, 63, 64, 65, 105, 115, 121, 123, 124, 126, 161, 279, 280, 282, 350, 355, 360, 361, 454, 490, 508, 552, 554, 575, 576, 577, 578, 581, 582, 591, 646, 647, 648, 654, 713
Nikolaus, König von Montenegro, I 60, 77, 79, 124, 145, 156, 207, 572, 575, 629, II 25, 158, 163, 164, 168, 313, 402, 403, 406, 407, III 20, 25, 60, 61, 77, 128, 133, 134, 135, 158, 166, 185, 186, 188, 191, 192, 193, 200, 203, 230, 231, 237, 246, 247, 248, 260, 261, 262, 266, 268, 276, 282, 284, 291, 297, 299, 309, 318, 474, 494, 578, 580, 581, 662, 663, 664, 665, 758
Nikolaus, Prinz von Griechenland, III 355
Njegovan, ö.-u. Konteradmiral, III 175, 233, 235, 239
Nopcsa Franz, Baron, II 162, 166, III 84, 453, 454
Nothomb, Gesandter, III 516
Novaković Stojan, serbischer Ministerpräsident, I 231, 232
Nowosiolow Iwan, II 266

O'Beirne M., englischer Botschaftsrat, III 67
Oberdank, I 200, II 252
Obnorsky v., russischer Geschäftsträger in Cetinje, III 356, 357, 577, 578, 662
Okulić Josef, russischer Staatsrat, III 161
Ollivier Emile, I 216

Paar, Graf, Generaladjutant des Kaisers Franz Joseph, III 624
Padiauer, Hauptmann, I 413
Paftali, III 691
Paić, Oberstleutnant, II 246, 259, 262, 264, 265, 267, 269
Paprikow, bulgarischer General, III 35, 140
Pallavicini, Markgraf, ö.-u. Botschafter in Konstantinopel, I 104, II 184, 185, 187, 189, III 209, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 275, 351, 393, 395, 399, 498, 505, 568, 571, 572, 644, 645, 650, 652, 653, 655, 657
Panas, griechischer Gesandter in Konstantinopel, III 658
Pankhurst, Lady, Führerin der englischen Suffragetten, II 423
Pašić Nikola, serbischer Ministerpräsident, I 665, 666, II 24, 311, 419, 420, III 30, 104, 163, 202, 251, 341, 390, 420, 449, 456, 457, 479, 481, 506, 552, 555, 566, 572, 575, 576, 577, 578, 581, 591, 599, 626, 642, 661, 663, 664, 729, 730, 746
Pawel-Rammingen, Manfred, Freiherr v., III 551
Pellegrini Battista, I 198, 199, 251
Pelletan, I 215
Petar, Prinz von Montenegro, III 134
Peter (Karageorgjević), König von Serbien, I 60, 91, 113, 206, 568, 664, II 232, 233, 346, III 134, 326, 350, 365, 575, 576, 578, 662
Petrović, Generalkonsul in Valona, III 473
Pfeffer Rudolf, Oberst, III 435
Pflug, Hauptmann, II 67
Phillips, englischer Oberst, III 685
Picard Ernest, I 216
Piechocinsky Maryan, II 266

Pitkowski Adam, II 266
Pitreich Heinrich, Baron, ehemaliger ö.-u. Kriegsminister, I 32, 43, 356, 565
Pitt, englischer Minister, I 169
Pittner, Baron, bosnischer Ziviladlatus, I 568, II 43
Pius X., Papst, II 9
Plessen, General, I 70
Plönnies, Generalmajor, I 566
Pogatscher, ö.-u. Gesandter, I 98, III 163, 174
Pohl, Hauptmann, II 95
Pohl v., deutscher Admiral, III 328
Poincaré, Präsident der französischen Republik, I 143, II 423, III 12, 71, 291
Politis, griechischer Diplomat, II 419, III 448
Pollio, Baron, Chef des italienischen Generalstabes, III 76, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 144, 153, 180, 287, 288, 290, 328, 369, 422, 423, 425, 427, 428, 430, 432, 433, 434, 489, 499, 599, 609, 668, 670, 671, 701, 720, 721, 752, 753
Pollio, Baronin, III 154
Pomiankowski, ö.-u. Militärattaché in Konstantinopel, I 203, II 25, 28, 33, 159, 169, 175, 178, 181, 182, 184, 187, 195, III 39, 41, 351, 352, 358, 359, 366, 367, 391, 399, 450, 479, 486, 498, 569, 594, 644, 652, 653, 655, 658, 660, 663, 666
Ponsomby, englisches Unterhausmitglied, II 202, 203
Popović, serbischer Gesandter in Petersburg, II 217
Popović, montenegrinischer Gesandter, III 188
Popović Damijan, serbischer Oberst, I 664, III 170, 456, 476
Popović Tihomir, Sekretär der serbischen Gesandtschaft in Cetinje, III 327
Popovici Aurel, III 206
Poričić Alois, II 266
Porumbaru, rumänischer Minister des Äußern, III 641
Postnikow, II 266
Potapow, russischer Oberstleutnant, I 233
Potiorek Oskar, FZM., Stellvertreter des Chefs des Generalstabes Grafen Beck, später Landeschef von Bosnien, I 33, 320, 321, II 43, 48, 69, 156, 273, 277, 397, 399, 406, III 79, 93, 94, 98, 165, 181, 189, 193, 228, 230, 236, 239, 240, 245, 273, 278, 294, 319, 324, 330, 331, 370, 372, 375, 445, 446, 474, 479, 486, 490, 522, 622, 699, 702
Potocki, Graf, Statthalter in Galizien, I 78
Potocki, russischer Oberstleutnant, II 53
Prenk Bib Doda, albanesischer Führer, II 346, III 23, 61, 491, 593
Priština Hassan Bey, III 321
Prittwitz v., General, III 89
Prohaska, III 145
Protivensky Erich, II 266
Protopopow, Duma-Mitglied, III 513
Przyborski, Generalmajor, II 73, 272
Puhallo, General, III 622
Purischkewitsch, III 715
Pusyrewski, I 308
Putnik, Chef des serbischen Generalstabes, III 326
Putz Franz, Flügeladjutant des Chefs des Generalstabes, später Militärattaché in Tokio, I 68, 142, 401, 431, 628, II 10, 51, 52, 92, 93, 94, III 215, 217

Rabinovicz Johann, II 266
Radoslawow, bulgarischer Ministerpräsident, III 387, 567
Rajaković, Oberleutnant, II 36, 264

Rakodczay, Banus von Kroatien, I 74, 87, 88
Ramberg, Baron, General der Kavallerie, I 74
Randa, ö.-u. Militärattaché in Bukarest, III 641, 647, 648
Rapaport v., Generalkonsul, III 678, 680, 682
Rascanu, rumänischer Militärattaché in Berlin, II 61
Rauch, Banus von Kroatien, I 74, 133
Rebhahn, Oberstleutnant, III 698
Redl, Oberst, III 329, 340, 345, 346, 368, 424, 436, 441
Reimer William sen., Rittmeister a. D., II 375
Reimer William, Oberleutnant, Personaladjutant des Feldmarschalls Conrad, II 375
Religa Heinrich, II 266
Remsy Bey, türkischer Militärattaché in Petersburg, II 189, 191
Rennenkampf, russischer General, III 455
Ressel, Kapitän des rumänischen Generalstabes, II 358
Revertera Navarro, spanischer Staatsminister, III 293
Reuß, Kommandant der „Hamidie“, III 658
Revelli, italienischer Gewehrkonstrukteur, III 698
Rhemen, Baron, Sektionschef, II 265, III 256, 622
Ribot, französischer Ministerpräsident, III 675
Riedl, Sektionschef, II 369, 370
Rifaat Pascha, türkischer Minister, II 25
Rifaat Pascha, Frau, geb. v. Riesenkampf, II 29
Ristić Jovan, serbischer Regent, I 665
Ristić, serbischer Gesandter in Bukarest, II 420, III 210
Riza Hassan Bey, Festungskommandant von Skutari, III 23, 103, 204
Roberts, englischer Feldmarschall, I 280, III 225
Robesco, rumänischer General, II 195
Robilan, italienischer General, Höchstinspizierender in Mazedonien, I 81, 93
Rocca, italienischer Marinekommandant, III 87
Roelfsham, holländischer Major, III 691
Rohmeder W., Dr., II 258
Romanones, Graf, spanischer Parteiführer, später Ministerpräsident, III 293
Roosevelt, früherer Präsident der Vereinigten Staaten, II 12
Roßmann, Generalstabshauptmann, III 494, 678
Rovetta, II 256
Rozdzianko, Präsident der russischen Duma, II 423
Rubin, Baron, italienischer Militärattaché in Sofia, II 12
Ruchet, schweizerischer Bundes-Vizepräsident, II 96
Rudolf, Kronprinz, III 152, 702
Rüdt, Baron, III 330, 371
Rupprecht, Kronprinz von Bayern, III 672
Ruvoös Josef, II 266
Ržiha, Oberst, Chef des Eisenbahnbureaus, I 443, III 499, 501, 535

Saar, Hauptmann, III 690
Said Halim, Prinz, türkischer Großvezier, II 178, 181, 182, 187, 188, 423, III 352, 399, 563, 653, 657
Salis, Graf, Feldzeugmeister, I 434
San Giuliano, Marquis, italienischer Minister des Äußern, I 198, II 12, 17, 19, 162, 171, 193, III 616, 679, 680

Sasonow, russischer Minister des Äußern, I 665, II 22, 415, 417, 420, III 62, 64, 123, 129, 166, 167, 186, 187, 191, 194, 218, 276, 279, 282, 356, 359, 455, 656, 719
Savić Pero, III 308
Savinsky, russischer Gesandter in Stockholm, III 508
Sawow, bulgarischer General, III 34, 36, 207, 379
Schaible, Oberst, Kommandant des Eisenbahnregiments, III 523
Schamschula, Oberst, Chef des Telegraphenbureaus, III 523
Schebeko, russischer Botschafter, II 357, 360
Schefket Mahmud Pascha, türkischer Kriegsminister, II 27, 28, 32, 195, 423, III 22, 40, 142, 351, 352, 366, 451, 569
Schefket Thorgut Pascha, II 159, 163, 164, 165, III 43, 48
Scheidemann, Führer der deutschen Sozialdemokraten, II 422
Schemua, Chef des Generalstabes, II 306, 309, 373, III 76
Scherff, I 307
Schilinsky, G. d. K., Chef des russischen Generalstabes, III 511, 512
Schlieffen, Graf, G. d. K., Gouverneur der Festung Mainz, II 96
Schneider-Creuzot, III 516
Schneller, Major, III 321
Schönaich, Baron, Landesverteidigungsminister, später Kriegsminister, I 32, 34, 42, 43, 44, 46, 73, 74, 76, 102, 106, 109, 110, 111, 115, 122, 131, 132, 133, 134, 135, 144, 145, 152, 153, 156, 157, 160, 161, 163, 168, 180, 185, 186, 187, 191, 199, 224, 255, 284, 285, 295, 298, 300, 305, 320, 335, 341, 345, 421, 422, 514, 518, 554, 555, 565, 600, 603, II 13, 14, 17, 45, 47, 72, 73, 111, 112, 113, 114, 115, 120, 123, 127, 128, 135, 137, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 151, 230, 231, 232, 236, 238, 247, 251, 262, 269, 270, 272, 273, 315, 377, 427, 428
Schönburg, Prinz, ö.-u. Gesandter in Bukarest, I 196
Schopenhauer Artur, I 338
Schtcheglow, russischer Militärattaché in Konstantinopel, III 351, 359, 360
Schuwalow, I 665
Schwarzenberg, III 468
Schwarzenberg, Prinz, ö.-u. Militärattaché in Madrid, III 293
Seely, englischer Unterstaatssekretär für Krieg, II 206
Shek, Sektionschef, II 43
Seilern, Baron, Generalstabshauptmann, II 177
Seiner, Professor, III 689
Sergius, russischer Großfürst, II 213
Sieghart Rudolf, Dr., Sektionschef, I 565
Sighele, Professor, II 256, 259
Simić, serbischer Gesandter, I 667
Simon Jules, I 215
Simonides Edmund, II 266
Skanderbeg, III 59, 60
Skanderbeg Franz Castriota, III 203
Skerlecz, Baron, Banus von Kroatien, III 98, 370
Skina, Major, rumänischer Militärattaché in Wien, II 20
Skoda, Baron, II 377, III 88, 522, 677, 683, 686, 698
Slameczka, Major, II 95
Sleus, holländischer Major, III 687, 688, 689
Smerczynski, II 266
Sneller, holländischer Major, III 684
Sokol Baci, albanesischer Parteiführer, II 163, 164, 165

Solari, General, I 474
Soos, Major, II 67
Sophie, Königin von Griechenland, III 29
Souta Johann, II 266
Spaić v., Oberstleutnant, III 340, 341
Spalajković, Dr., serbischer Gesandter, I 74, 665, III 34
Spanocchi, Graf, ö.-u. Militärattaché in Petersburg, I 209, 210, II 52
Sprecher von, Oberst-Korpskommandant, Chef des schweizerischen Generalstabes, I 206, II 34, 95, 96, 211
Squitti, Baron, italienischer Gesandter in Cetinje, III 132, 319
Staaff, schwedischer Ministerpräsident, III 617
Stadler, Dr., Erzbischof von Sarajevo, I 88, 192, II 41
Stanciow Dimitri, bulgarischer Gesandter in Paris, III 309, 381, 382
Stanciow, Frau, geb. Komtesse de Géraud, III 309, 310
Steinbeiß, Kleinbahnbesitzer in Bosnien, I 190
Steinhardt, Zeitungskorrespondent, III 480
Steinitz, R. v., Oberst, III 376, 378, 619
Steinmetz, deutscher General, II 47
Stepanović, serbischer General, III 20
Stere C., rumänischer Publizist, III 707
Stern Richard, Dr., R. v., III 404
Stillfried, Baron, Major, II 93
Stoika Stefan, General, Präsident der rumänischen Kulturliga, III 750
Stolypin, russischer Ministerpräsident, II 21, 212
Storch v., III 475
Straub Johann, Chef des Eisenbahnbureaus, I 443, III 554, 601.
Straub Eugen, ö.-u. Militärattaché in Stockholm, III 508
Strempel v., deutscher Militärattaché in Konstantinopel, II 31, III 39, 399
Stroßmayer, Bischof, I 515
Stummer, Major, III 698
Stürgkh Karl, Graf, österreichischer Ministerpräsident, II 38, III 85, 297, 298, 322, 465, 466, 724, 728, 731, 733, 734, 740, 743, 745
Suchomlinow, russischer Kriegsminister, I 209, 663, II 80, 90, III 71, 584
Syromiatnikoff M., russischer Publizist, I 220
Szapáry, Graf, Sektionschef im Ministerium des Äußern, III 81, 108, 126, 128, 129, 163, 173, 174, 176, 180, 183, 184, 185, 191, 195, 266, 267, 271
Szaszkiewicz, General, II 49
Szeptycki, Graf, ö.-u. Militärattaché in Rom, II 393, III 153, 154, 287, 429, 489, 565, 592, 600, 698
Szeptycki, Gräfin, III 154, 212
Szilássy v., ö.-u. Gesandter in Athen, III 52, 82, 83, 660
Szögyeny-Marich, Graf, ö.-u. Botschafter in Berlin, I 67, II 11, III 400

Take Jonescu, rumänischer Minister, II 358, 360, 365, III 28, 43, 46, 53, 114, 484, 485, 490, 654, 735
Talaat Bey, türkischer Minister des Innern, III 40, 497, 498, 556, 644, 647, 648, 651, 653, 654, 655, 656, 658, 659
Tantilow, bulgarischer Militärattaché in Wien, III 304, 307, 460

Tappen, Oberstleutnant, III 498, 499, 500, 501
Tardieu, Chefredakteur des „Temps", später Minister, III 558
Tarnowski, Graf, ö.-u. Gesandter in Sofia, II 366, III 338, 568
Tegetthoff Wilhelm v., Admiral, I 436
Teleszky v., ungarischer Finanzminister, III 460, 466, 526, 724, 733, 735, 736, 741, 742, 744, 745
Tellenbach, I 307
Tersztyánszky v., General, III 439, 460, 622
Thomson, englischer Militärattaché in Belgrad, III 295
Thomson, holländischer Major, III 688, 691
Thun Franz, Graf, Statthalter von Böhmen, später österreichischer Ministerpräsident, II 37
Thurn, Graf, ö.-u. Gesandter in Sofia, später Botschafter in Petersburg, I 139, 205, 346, III 186
Tisza Stefan, Graf, ungarischer Ministerpräsident, I 138, 284, II 155, 376, III 85, 97, 369, 457, 458, 460, 461, 464, 465, 466, 494, 550, 552, 556, 558, 724, 727, 730, 735, 736, 738, 739, 741, 745
Tittoni, italienischer Minister des Äußern, I 67, 74, 106, 116, 143, 198, 247, 248, 605, 614, II 12, III 616
Todorović, II 266
Todorow, bulgarischer General, II 325, 331
Todorow, bulgarischer Finanzminister, III 35
Tomassini Otto, II 266
Tomjenović, Artillerieleutnant, III 677, 686
Toptani Murad Bey, III 689
Torqueville, II 346
Toschew, bulgarischer Gesandter in Belgrad, III 252, 497, 556, 566, 567, 651, 656, 659, 666
Treutler, Begleiter Kaiser Wilhelms für auswärtige Angelegenheiten, III 430, 720
Trompczynska Marie, II 266
Trotta v., Obersthofmarschall des Fürsten Wied, III 686
Tscharner Eduard v., schweizerischer Oberstleutnant, II 95, 96
Tscharykow, russischer Botschafter in Konstantinopel, I 591, II 29, 30, 189, 215, 415
Tschirschky v. Bögendorff, deutscher Botschafter in Wien, I 67, 95, II 207, 287, 288, III 78, 79, 164, 354, 495, 496, 498, 501, 557, 596, 597
Tucher, Baron, bayrischer Gesandter in Wien, III 239
Turkhan Pascha, Ministerpräsident in Albanien, III 594, 684, 685, 691, 692
Tyrell, englischer Militärattaché in Konstantinopel, III 366

Ugron v., ö.-u. Gesandter, II 199, III 138, 139
Ulmansky Milan, Generalstabs-Hauptmann, III 493, 678
Ungern-Sternberg, II 266
Urach, Herzog v., II 346, III 61, 313, 321
Urbanski v., Oberst des Generalstabes, I 575, II 14, III 487, 527, 641
Urussow, Fürst, I 667

Varešanin v. Vareš Marian, Statthalter und Militärkommandant in Dalmatien, später bosnischer Landeschef, I 115, 123, 141, 147, 155, 156, 186, 514, 572, 593, II 24, 43, 273, III 98
Vecchia Dallia, II 266
Veer de, holländischer General, III 684, 688

Veltzé, Herausgeber des Internationalen Armee-Almanachs, I 143, III 511
Venizelos, griechischer Ministerpräsident, II 313, III 390, 555, 566, 572, 594, 626, 642, 679
Verdy du Vernois, deutscher General, I 307, 326
Vesnić Mil., Dr., serbischer Gesandter, I 666, III 449, 450
Viale, italienischer Admiral, II 310
Vidale, ö.-u. Militärattaché in Paris, II 390, 392, III 71, 290, 293, 308, 310, 381, 510
Viktor Emanuel III., König von Italien, I 63, 197, 202, 208, 664, II 12, 193, 209, 210, 257, 280, 310, III 12, 144, 161, 369, 428, 489, 502, 508, 599, 626, 672, 701, 752
Viktoria, Königin von Schweden, III 508
Viktoria Louise, Tochter des Deutschen Kaisers, III 451
Viktoria Mary, Königin von England, II 188
Viviani, französischer Ministerpräsident, III 675
Vlora Ekrem Bey, III 61, 62, 112, 277, 314, 340, 341, 592
Vlora Sami Bey, III 684
Vlora Surejah Bey, III 321, 341, 592
Vojnović Lujo, Conte, III 327
Vukotić, montenegrinischer Vertreter bei der Bukarester Friedenskonferenz, III 390

Wagner Felix, Major, III 387, 388
Waldersee, Graf, deutscher General, III 38, 39, 82, 84, 87, 88, 143, 144, 147, 432, 433, 460, 495, 498, 499, 500, 501, 502, 647, 668, 671, 720
Waldhausen v., deutscher Botschafter in Bukarest, III 634, 639
Waldstädten Johann, Baron, I 308
Waldstädten, Baron, Chef der Operationsabteilung des zweiten Armee-Oberkommandos im Weltkrieg, I 320, III 468
Wallenstein, I 253, 254, III 436
Wangenheim, Baron, deutscher Botschafter in Konstantinopel, III 40, 143, 222, 352, 367, 394, 400, 452, 571, 644, 645, 646, 650, 655, 659, 662, 663
Wassermann (Moni Fürst), II 266
Waßerthal Alexander v., Chef des Instruktionsbureaus des Generalstabes, I 344
Weber, General, III 568
Weckerle Alexander, Dr., ungarischer Ministerpräsident, I 90, 102, 104, 105, 106, 133, 162, 163, 518, 519, 520, 525, 565
Weinzettl, ö.-u. Generalkonsul, III 176
Wied Wilhelm, Fürst von Albanien, III 61, 490, 498, 585, 586, 587, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 613, 614, 681, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691
Wied, Fürstin, geb. Prinzessin Schönburg, III 594, 684, 687, 689
Wierzbicki Wladimir, II 266
Wildbolz, schweizerischer Oberst, Divisionskommandant, II 95
Wilhelm I., Kaiser von Deutschland, I 102, 589, III 597
Wilhelm II., Kaiser von Deutschland, I 51, 53, 57, 68, 69, 70, 159, 202, 203, 204, 211, 221, 252, 335, 380, 383, 384, 575, II 9, 11, 12, 22, 179, 207, 209, 210, 340, 391, 413, 422, 423, III 78, 81, 143, 152, 155, 156, 159, 167, 169, 203, 256, 258, 268, 275, 323, 328, 339, 368, 390, 400, 401, 403, 423, 425, 429, 430, 431, 432, 434, 440, 450, 469, 470, 474, 477, 486, 488, 501, 502, 554, 565, 568, 596, 597, 615, 626, 634,

644, 645, 646, 647, 652, 655, 656, 657, 661, 662, 665, 666, 700, 701, 702, 720, 721, 722
Wilhelm Friedrich, Kronprinz von Preußen, II 209, 282
Wille, schweizerischer Oberst-Korpskommandant, II 95, 96
Williams, englischer Admiral, II 186
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, II 424
Wilson, englischer General, II 203
Winecken, Baron, russischer Militärattaché, III 584, 585
Winzor, Feldmarschalleutnant, Landeschef in Bosnien, I 83, 141, 572
Witte, russischer Minister, II 21, III 65
Wladimir, russischer Großfürst, I 205
Woinovich Emil, G. d. I., I 308
Wolff Theodor, Chefredakteur des „Berliner Tageblatt", III 310
Worfoluk Iwan, II 266
Worko, Hauptmann, III 685
Württemberg Wilhelm, Herzog von, Feldzeugmeister, I 107
Wyndham, englischer Militärattaché in Petersburg, II 110

Yoshihito, Mikado, II 424
Yuanschikai, Präsident der chinesischen Republik, II 424

Zagórski, Oberleutnant, III 218
Zaleski v., österreichischer Finanzminister, III 84, 466, 724, 732, 733, 741, 742, 743, 744
Zampolli, italienischer Militärattaché in Belgrad, I 97
Zankiewicz, russischer Militärattaché in Wien, III 168, 584
Zeki Pascha, II 386
Zeynek, R. v., Chef der Balkangruppe im Operationsbureau des Generalstabes, I 153, 655
Zimmermann, Fräulein, III 161
Živković Mihailo, General, serbischer Kriegsminister, I 183, 672
Zographos, III 594, 677
Zotu, General, Chef des rumänischen Generalstabes, II 199, 200, 358
Zubovics v., III 112
Zuccari, italienischer General, III 600, 609

Berichtigungen
zum Ersten, Zweiten und Dritten Bande

Erster Band:

Seite	21,	Zeile	14	von	unten:	„Stammesverwandtschaft“ statt „Namensverwandtschaft“
„	51,	„	18	„	oben:	„1897“ statt „1879“
„	93,	„	12	„	oben:	„1903“ statt „1909“
„	98,	„	3	„	oben:	„Pogatscher“ statt „Pogačar“
„	110,	„	22	„	oben:	„7.“ statt „9.“
„	149,	„	14	„	unten:	„37“ statt „25“
„	172,	„	7	„	oben:	„nach“ statt „in“
„	251,	„	17	„	oben:	„1914“ statt „1912“
„	418,	„	10	„	unten:	„1917“ statt „1918“
„	508,	„	22	„	oben:	„für vier“ statt „vier“
„	508,	„	23	„	oben:	„Millionen Patronen“ statt „Millionen“
„	566,	„	2	„	unten:	„Plönnies“ statt „Plönnwies“

Zweiter Band:

Seite	24,	Zeile	2	von	unten:	„den“ statt „dem“
„	27,	„	7	„	unten:	„Ordüs“ statt „Orders“
„	265,	„	10	„	unten:	„Generalstabsmajor“ statt „Generalmajor“
„	361,	„	20	„	unten:	„siebenten“ statt „siebten“
„	377,	„	1	„	unten:	„im“ statt „am 11.“
„	377,	„	1	„	unten:	„1911“ statt „1912“
„	440,	„	12	„	unten:	„ihrer“ statt „seiner“

Dritter Band:

Seite	36,	Zeile	2	von	oben:	„Sawow“ statt „Sowow“
„	152,	„	15	„	unten:	„II.“ statt „I.“
„	585,	„	19	„	oben:	„soll“ statt „hatte“
„	585,	„	20	„	oben:	„zu bestätigen schien“ statt „bestätigte“
„	585,	„	21	„	oben:	„von Truppen aus dem Osten begonnen haben“ statt „seiner asiatischen Truppen begonnen“.

AUS UNSEREM VERLAG

RIKOLA VERLAG
WIEN • LEIPZIG • MÜNCHEN

FELDMARSCHALL CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT

1906—1918

BAND I:

Die Zeit der Annexionskrise

1906—1909



BAND II:

Die Zeit des libyschen Krieges und des Balkankrieges bis Ende 1912

1910—1912

Der Kampf um den Heeresausbau / Der Konflikt mit Graf Ährenthal / Meine Entlassung 1911 / Meine Wiederernennung 1912



BAND III:

Ausgang des Balkankrieges / Friedensperiode bis zum Fürstenmord in Sarajevo

1913 und erstes Halbjahr 1914

Die weiteren Bände umfassen den Weltkrieg und erscheinen fortlaufend

KRONPRINZ RUDOLF

POLITISCHE BRIEFE AN EINEN FREUND 1882—1889

Eingeleitet und herausgegeben von JULIUS SZEPS

Mit einem Bildnis und einem Brieffaksimile

Hier wird der Öffentlichkeit eine große Zahl von Briefen übergeben, die der am 31. Jänner 1889 jäh aus dem Leben geschiedene Kronprinz an den Herausgeber des „Neuen Wiener Tagblattes" schrieb, und die den schriftstellerisch sehr begabten Prinzen als einen durchaus vom liberalen Geiste seiner Zeit erfüllten Politiker zeigen, als einen aufgeklärten, scharfkritischen Kopf und Freund der Wissenschaften. Seine Briefe sind nur dem Tagebuch Friedrichs III. vergleichbar, dem ein ähnlich tragisches Geschick verwehrt hat, seine Ideen zur Wirklichkeit zu führen. So ist auch die Tragödie des liberalen Kronprinzen zur Tragödie Europas und des Liberalismus überhaupt geworden.

VIKTOR BIBL

DER ZERFALL OESTERREICHS

KAISER FRANZ UND SEIN ERBE

Das Werk Bibls, aus den neuerschlossenen Schätzen des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs schöpfend, entwickelt in klarer und flüssiger Darstellung die tieferen Ursachen des späteren Zusammenbruchs. Es bildet einen Grundpfeiler für die Kenntnis der Geschichte des Habsburgerstaates und damit der neueren Weltgeschichte.

*

„. . . . . Bibls Darstellung fußt streng auf einwandfreier Aktengrundlage. Der Versuch, die Geschichte Österreichs von neuen Gesichtspunkten aus zu beleuchten, ist dem Verfasser glänzend gelungen. Aufbau und Schreibweise vermitteln uns Bibls Auffassung in vollendeter Form . . . ." (Neues Wiener Tagblatt)

BEILAGEN

ANLAGE 1

Skizze A: Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz, Jänner 1913

Skizze B: Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz, Juli 1913

ANLAGE 3

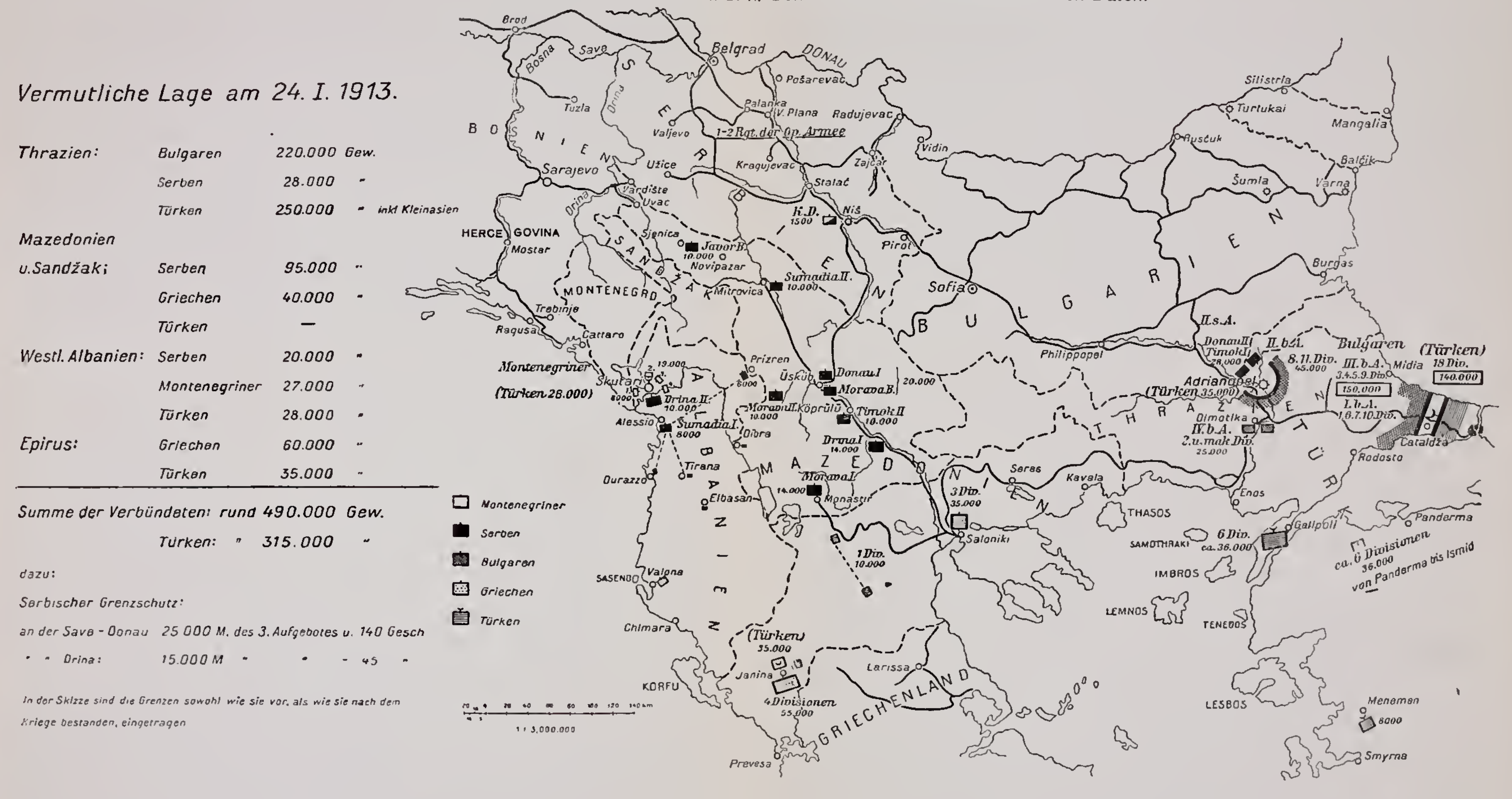
Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der Wehrmächte infolge der in Aussicht stehenden Heeresverstärkungen, März 1913

Da eine Vermehrung der aktiven Armeekörper mit der deutschen Wehrvorlage nicht in Kraft tritt, ergibt sich eine Erhöhung der Kriegsstärke der Armee erst dann, wenn die in Hinkunft assentierten stärkeren Rekrutenjahrgänge in die Altersklassen der Reserve und später in jene der Landwehr gelangen. Bestehen einmal alle Reservejahrgänge bereits aus erhöhten Assentjahrgängen (1920), so erhöht sich die Zahl der Reservedivisionen zu dieser Zeit um zwölf (im ganzen vierzig); desgleichen würde sich die Zahl der — dem Menschenmaterial nach — aufstellbaren Landwehrdivisionen um zwölf erhöhen (sodann etwa 28 Landwehrdivisionen I. und 28 solche II. Aufgebotes), wenn alle Landwehrjahrgänge bereits aus erhöhten Assentjahrgängen bestehen werden (etwa 1931). Letztere Vermehrung (bezügl. der Landwehrdivisionen) ist wegen der noch in weiter Ferne stehenden Verwirklichung in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Conrad III, Anlage I, Skizze A.

Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz Jänner 1913

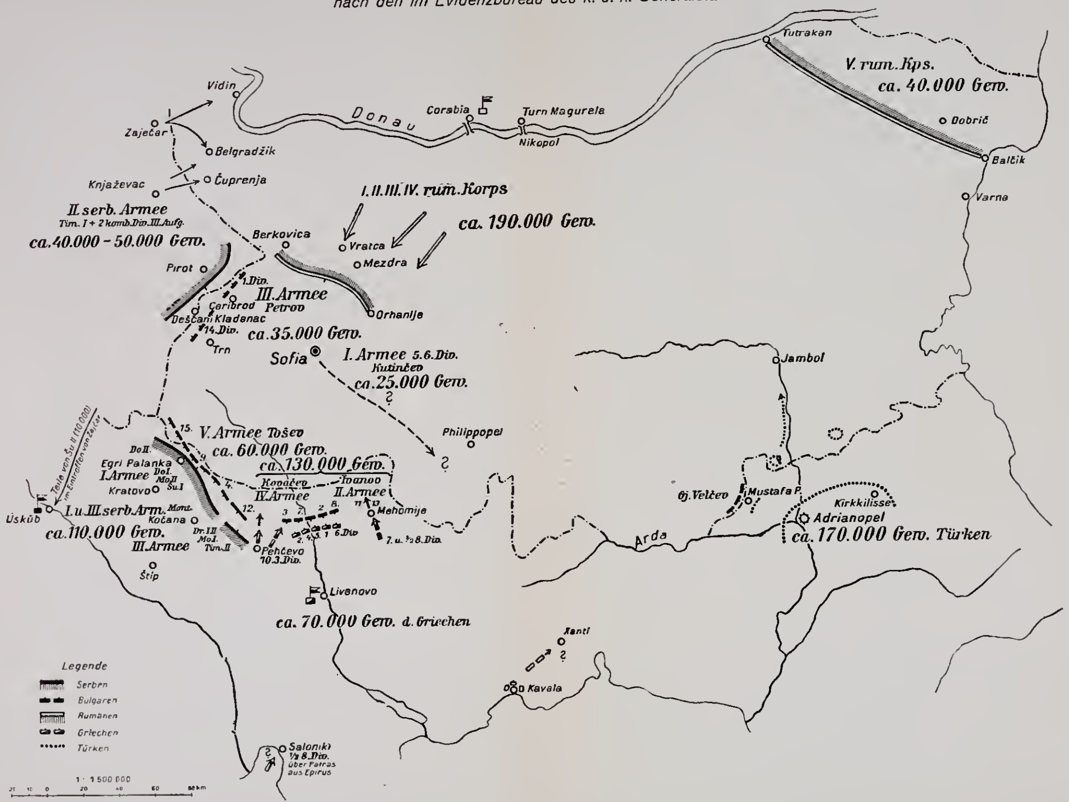
nach den im Evidenzbureau des k. u. k. Generalstabes damals vorhandenen Daten.



Conrad III, Anlage 1, Skizze B.

Lage auf dem Balkan-Kriegsschauplatz Juli 1913

nach den im Evidenzbureau des k. u. k. Generalstabes damals vorhandenen Daten.



Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der Wehrmächte.

L e g e n d e z u D e u t s c h l a n d :

Da eine Vermehrung der aktiven Armeekörper mit der deutschen Wehrvorlage nicht in Kraft tritt, ergibt sich eine Erhöhung der Kriegsstärke der Armee erst dann, wenn die in Hinkunft assentierten stärkeren Rekrutenjahrgänge in die Altersklassen der Reserve und später in jene der Landwehr gelangen. Bestehen einmal alle Reservejahrgänge bereits aus erhöhten Assentjahrgängen (1920), so erhöht sich die Zahl der Reservedivisionen zu dieser Zeit um zwölf (im ganzen vierzig); desgleichen würde sich die Zahl der — dem Menschenmaterial nach — aufstellbaren Landwehrdivisionen um zwölf erhöhen (sodann etwa 28 Landwehrdivisionen I. und 28 solche II. Aufgebotes), wenn alle Landwehrjahrgänge bereits aus erhöhten Assentjahrgängen bestehen werden (etwa 1931). Letztere Vermehrung (bezügl. der Landwehrdivisionen) ist wegen der noch in weiter Ferne stehenden Verwirklichung in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Conrad III, Anlage 3.

Evidenzbüro des k. u. k. Generalstabes.

Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der Wehrmächte infolge der in Aussicht stehenden Heeresverstärkungen

I. Landstreitkräfte:

	Deutschland	Rußland	Frankreich	Italien	England	Belgien	Holland	Dänemark	Rumänien	Serbien	Montenegro	Bulgarien	Griechenland	Türkei	Anmerkung
Kriegsstärke der Linie I.	2,750.000 M.	1,782.000 M.	2,390.000 M.	515.000 M.	145.000 M.	340.000 M.	115.000 M.	50.000 M.	230.000 M.	170.000 M.	Miliz 45.000 M.	320.000 M.	120.000 M.	500.000 M.	ALBANIEN beiläufige Abschätzung — soweit jetzt möglich — im ganzen ca. 90.000 waffenfähige Männer (20—50jährige)
Kriegsstärke der Linie II.	620.000 M.	906.000 M.	700.000 M.	265.000 M.	70.000 M.	100.000 M.	80.000 M.	17.000 M.	120.000 M.	130.000 M.		120.000 M.	80.000 M.	450.000 M.	
Kriegsstärke der Linie III.	370.000 M.	795.000 M.	1,100.000 M.	170.000 M.	257.000 M.	100.000 M.	Landsturmges. noch nicht in Kraft (250.000—300.000 M.)	?	50.000 M.	50.000 M.		100.000 M.	50.000 M.	?	
Kriegsstärke der sonstigen (Ersatz-)Formationen	500.000 M.	407.000 M.		230.000 M.	? Freiwillige	?	? Freiwillige	23.000 M.	50.000 M.	70.000 M.	5000 M.	80.000 M.	?	?	
Kriegsformationen und deren Kriegsstärken: A Operationsheer: aktive Divisionen	50	71	47	26	6	8	4	4—5 Dionen	10	8	5	14	6	41	
A Operationsheer: sonstige mobile Divisionen	62	25	36	12	.	4	.	Kriegsgliederung ist nicht verlautbart	8	7	.	.	6	37	
A Operationsheer: Summe der mobilen Divisionen	112	96	83	36	6	12	4		18	15	5	14	12	78	
A Operationsheer: Gesamtstärke des Operationsheeres*)	3,070.000 M.	2,345.000 M.	2,390.000 M.	780.000 M.	131.000 M.	340.000 M.	110.000 M.	67.000 M.	350.000 M.	300.000 M.	45.000 M.	440.000 M.	250.000 M.	950.000 M.	*) Darunter auch Korps- und Armeeunmittelbare
B Besatzungsheer: immobile höhere Verbände	22 Dionen	50 Dionen	36 Dionen	3 Divisionen u. 16 Brigad.	14 Dionen	?	?	?	.	.	.	.	.	?	
B Besatzungsheer: sonstige immobile (Landsturm- und Ersatz-) Formationen	870.000 M.	545.000 M.	1,000.000 M.	230.000 M.	84.000 M.	?	?		80.000 M.	120.000 M.	5000 M.	180.000 M.	?	?	
B Besatzungsheer: Gesamtstärke aller immobilen Streitkräfte	1,170.000 M.	1,545.000 M.	1,800.000 M.	400.000 M.	341.000 M.	200.000 M.	85.000 M.	23.000 M.	100.000 M.	120.000 M.	5000 M.	180.000 M.	?	?	
A + B = Gesamtstärke der Landmacht	4,240.000 M.	3,890.000 M.	4,190.000 M.	1,180.000 M.	472.000 M.	540.000 M.	195.000 M.	90.000 M.	450.000 M.	420.000 M.	50.000 M.	620.000 M.	250.000 M.	950.000 M.	
Gesamt-Friedensstärke: Mann (darunter Offiziere)	800.000 M. (32.000 Offz.)	1,066.000 M. (62.000 Offz.)	700.000 M. (30.000 Offz.)	335.000 M. (25.000 Offz.)	145.000 M. (5900 Offz.)	150.000 M. (7000 Offz.)	25.000—60.000 M. (2000 Offz.**)	13.900 M. (800 Offz.)	100.000 M. (5000 Offz.)	? 50.000 M. (4000 Offz.)	?	? 80.000 M. (5000 Offiz.)	27.000 M. (2500 Offz.)	360.000 M. (13.000 Offz.)	
Gesamt-Friedensstärke: Pferde	140.000	180.000	100.000	67.000	21.000	i. Lande überhaupt 241.000	3000	?	20.000	?	?	?	7000	58.000	
Gesamt-Friedensstärke: Bespannte Geschütze	ca. 4000	ca. 3300	3000	1200	520	?	?	?	760	?	?	?	280	900	
Friedensstände der Bataillone	750 M. (?)	460 M. (erhöht 690 M.)	700 M.	400 M.	800 M.	450 M. ?	350—900 M. **)	50—400 M. ***)	440 M.	400 M.	.	500 M.	400 M.	400 M.	
Friedensstände der Eskadronen	145 M.	146 M.	150 M.	160 M.	192 M.	?	130 M. ?	30—120 M. ***)	120 M.	80 M.	.	110 M.	120 M.	80 M.	
Geschützzahl (hievon bespannt) pro Batterie des Friedensstandes	6 (6)	8 (4 oder 8)	4 (4)	Feld: 4 (4) Gebirge: 6	6 (4)	4 (?)	?	?	I. Aufg.: 6 (6)	I. Aufg.: 4 (4)	4 (./.)*)	I. Aufg.: 4 (4)	4 (4)	4 (4)	
Munitionswagen (hievon bespannt) pro Batterie des Friedensstandes	6 (2)	16 (2 oder 4?)	12 (2)	.	.	?	?	?	I. Aufg.: 6 (2)	I. Aufg.: 12 (2)	? (./.)*)	I. Aufg.: 4 (2)	12 (?)	7 (?)	
Kriegsbereitschaft: Anzahl der Reserve-Jahrgänge, welche zur Komplettierung der präsenten Formationen erforderlich	1 Jahrgang	4 (2) Jahrgänge	2—3 Jahrgänge	2 Jahrgänge	?	7 Jahrgänge	4 Jahrgänge	5—6 Jahrgänge	5 Jahrgänge	8 Jahrgänge	33 Jahrgänge	(?) 8 Jahrgänge	7 Jahrgänge	8 Jahrgänge	
Kriegsbereitschaft: Anzahl der im Kriegsfall neu zu bespannenden Geschütze (Munitionswagen) der präsenten Formationen	550 Gesch. (ca. 5700 Munwag.)	530 Gesch. (über 5000 Munwag.)	870 Gesch. (9600 Munwag.)	450 Gesch. (3.860 Munwag.)	160 Gesch. (1360 Munwag.)	?	?	?	160 Gesch. (600 Munwag.)	?	?	?	?	?	
Vorstehende Daten basiert auf dem Ausbau der Wehrmacht bis zum Jahre	1920	?	1915	1920	1913	1920	1914	1913	1915	1920	1920	1920	1915	1915	
Anmerkung	.	Asiatische Kräfte (1/2 Mill. Kriegsstand) nicht eingerechnet	.	Außerdem ca. 50.000 M. in Lybien	Diese Zusammenstellung umfaßt nur Großbritannien und Irland mit Ausschluß aller Kolonien	.	**) Je nach der Jahreszeit. (Hohe Stände nur zu den Manövern)	***) Im Winter niedere, im Sommerhalbjahr (mit Ausnahme der Erntezeit) höhere Stände	.	.	*) Keine Bespannung	.	.	.	

II. Seestreitkräfte

Kriegsf… und deren	B Besatzungsheer	immobile höhere Verbände	22 Dionen	50 Dionen	36 Dionen	u. 16 Brigad.	14 Dionen	?	?	?	.	.	.	.	.	?
		sonstige immobile (Landsturm- und Ersatz-) Formationen	870.000 M.	545.000 M.	1,000.000 M.	230.000 M.	84.000 M.	?	?		80.000 M.	120.000 M.	5000 M.	180.000 M.	?	?
		Gesamtstärke aller immobilen Streitkräfte	1,170.000 M	1,545.000 M.	1,800.000 M.	400.000 M.	341.000 M.	200.000 M.	85.000 M.	23.000 M.	100.000 M.	120.000 M.	5000 M.	180.000 M.	?	?
	A + B = Gesamtstärke der Landmacht		4,240.000 M.	3,890.000 M.	4,190.000 M.	1,180.000 M.	472.000 M.	540.000 M.	195.000 M.	90.000 M.	450.000 M.	420.000 M.	50.000 M.	620.000 M.	250.000 M.	950.000 M.
Gesamt-Friedensstärke	Mann (darunter Offiziere)		800.000 M. (32.000 Offz.)	1,066.000 M. (62.000 Offz.)	700.000 M. (30.000 Offz.)	335.000 M. (25.000 Offz)	145.000 M. (5900 Offz.)	150.000 M. (7000 Offz.)	25.000—60.000 M. (2000 Offz.**)	13.900 M. (800 Offz.)	100.000 M. (5000 Offz.)	? 50.000 M. (4000 Offz.)	?	? 80.000 M. (5000 Offz.)	27.000 M. (2500 Offz)	360.000 M. (13.000 Offz.)
	Pferde		140.000	180.000	100.000	67.000	21.000	i. Lande überhaupt 241.000	3000	?	20.000	?	?	?	7000	58.000
	Bespannte Geschütze		ca. 4000	ca. 3300	3000	1200	520	?	?	?	760	?	?	?	280	900
Friedensstände der	Bataillone		750 M. (?)	460 M. (erhöht 690 M.)	700 M.	400 M.	800 M.	450 M. ?	350—900 M. **)	50—400 M. ***)	440 M.	400 M.	.	500 M.	400 M.	400 M.
	Eskadronen		145 M.	146 M.	150 M.	160 M.	192 M.	?	130 M. ?	30—120 M. ***)	120 M.	80 M.	.	110 M.	120 M.	80 M.
Geschützzahl (hievon bespannt)	pro Batterie des Friedensstandes		6 (6)	8 (4 oder 8)	4 (4)	Feld: 4 (4) Gebirge: 6	6 (4)	4 (?)	?	?	I. Aufg.: 6(6)	I. Aufg.: 4(4)	4 (./.)*)	I. Aufg.: 4(4)	4 (4)	4 (4)
Munitionswagen (hievon bespannt)			6 (2)	16 (2 oder 4?)	12 (2)	.	.	?	?	?	I. Aufg.: 6(2)	I. Aufg.: 12 (2)	? (./.)*)	I. Aufg.: 4(2)	12 (?)	7 (?)
Kriegsbereitschaft	Anzahl der Reserve-Jahrgänge, welche zur Komplettierung der präsenten Formationen erforderlich		1 Jahrgang	4 (2) Jahrgänge	2—3 Jahrgänge	2 Jahrgänge	?	7 Jahrgänge	4 Jahrgänge	5—6 Jahrgänge	5 Jahrgänge	8 Jahrgänge	33 Jahrgänge	(?) 8 Jahrgänge	7 Jahrgänge	8 Jahrgänge
	Anzahl der im Kriegsfall neu zu bespannenden Geschütze (Munitionswagen) der präsenten Formationen		550 Gesch. (ca. 5700 Munwag.)	530 Gesch. (über 5000 Munwag.)	870 Gesch. (9600 Munwag.)	450 Gesch. (3.860 Munwag.)	160 Gesch. (1360 Munwag.)	?	?	?	160 Gesch. (600 Munwag.)	?	?	?	?	?
Vorstehende Daten basiert auf dem Ausbau der Wehrmacht bis zum Jahre			1920	?	1915	1920	1913	1920	1914	1913	1915	1920	1920	1920	1915	1915
Anmerkung			.	Asiatische Kräfte (½ Mill Kriegsstand) nicht eingerechnet	.	Außerdem ca. 50.000 M. in Lybien	Diese Zusammenstellung umfaßt nur Großbritannien und Irland mit Ausschluß aller Kolonien	.	**) Je nach der Jahreszeit. (Hohe Stände nur zu den Manövern)	***) Im Winter niedere, im Sommerhalbjahr (mit Ausnahme der Erntezeit) höhere Stände	.	.	*) Keine Bespannung	.	.	.

II. Seestreitkräfte:

		Deutschland	Rußland	Frankreich	Italien	England	Belgien	Holland	Dänemark	Rumänien	Serbien	Montenegro	Bulgarien	Griechenland	Türkei	Anmerkung
Gesamtanzahl an	Schlachtschiffen	41	18	36	22	67	.	.	.	.	.	.	.	5	6	
	Kreuzern	60	26	30	30	134	.	6	4	4 kleine	.	.	?	.	2	
Hievon nicht in den Heimatsgewässern	Schlachtschiffe	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
	Kreuzer	18	4	4	7	28	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Gesamtkriegsstand der Kriegsmarine		180.000 M.	92.000 M.	120.000 M.	62.000 M.	160.000 M.	.	7000 M.	4500 M.	?	.	.	.	?	?	
Gesamtfriedensstand der Kriegsmarine		78.000 M.	64.000 M.	77.000 M.	35.000 M.	120.000 M.	.	?	?	?	.	.	.	5000 M.	15.000 M.	
Vorstehende Daten beziehen sich auf den Ausbau der Flotte bis zum Jahre		1920	1918	1920	1916	1915	.	1913	1913	1915	.	.	.	1915	1915	
Anmerkung		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Bis jetzt nur Torpedoboote	.	.	

Wien, am 17. März 1913.